Acta Borussica

Neue Folge

Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums

1817–1934/38

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von

Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2003

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38

Band 8/I

21. März 1890 bis 9. Oktober 1900

bearbeitet

von

Hartwin Spenkuch

2003

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706
© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2003
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier
Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach
ISBN 3–487–11005–9

Inhalt

Vorwort I

Zur Form der Edition VII

Einleitung 1

Abkürzungsverzeichnis 43

Regesten Nr. 1/1890 bis 413/1900 51

Sachregister 385

Personenregister 482

Addenda und Corrigenda zum Personenregister von Band 7 (1879–1890) 684

Ortsregister 686

Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums 718

Verzeichnis der zitierten Archivalien 720

Verzeichnis der zitierten Literatur 741

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums – dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums – die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.
Der vorliegende Band, bearbeitet von Hartwin Spenkuch, behandelt den Zeitraum vom 21. März 1890 bis zum 9. Oktober 1900.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem – zumeist handschriftlich – überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert", „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819" sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert" vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.[1] Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, vermittelt vom Zivilkabinett. Dieses „Büro" des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung weiterzuleiten. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in

[1] *Literatur in Auswahl*: *Otto Hintze*, *Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert*, *zuerst 1908*, *wieder in ders.*, *Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-*, *Rechts- und Sozialgeschichte Preußens*, *2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich*, *Göttingen 1967*, *S. 530–619*, *bes. S. 551 ff. u. 557 ff.* – *Ernst Klein*, *Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums*, *in*: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961)*, *S. 195–261*, *bes. S. 198 ff.* – *Werner Frauendienst*, *Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit*, *in*: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960)*, *S. 104–177.* – *Fritz Rietdorf*, *Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte*, *jur. Diss. Göttingen 1939.* – *Ludwig von Rönne*, *Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie*, *2. Bd.*, *1. Abt.*, *2. Aufl. Leipzig 1864*, *S. 58–67.*
Ernst Müller/Ernst Posner, *Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem*, *I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung*, *Heft 24)*, *Leipzig 1934*, *S. 96.* – *Hans Branig, Winfried Bliß, Werner Petermann (Bearb.)*, *Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem*, *Teil 2*, *Köln/Berlin 1967*, *S. 41–48.*
Waltraud Elstner, Die Bestände der I. und II. Hauptabteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nach ihrer Rückführung. Ein Überblick, in: Aus der Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, hrsg. von Jürgen Kloosterhuis, Berlin 1996, S. 155–199 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte, Bd. 1).

Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der primus inter pares war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, eine bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.
Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium de jure allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wenngleich de facto die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhaupts und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmengleichheit.
Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung, bzw. deren Folgen in den dreißiger Jahren.[2]

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten

[2] *Vgl. Schulz, Gerhard, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Frankfurt/M. u.a. 1974, S. 515, Anm. 84 (= Die nationalsozialistische Machtergreifung, Bd. 2; Ullstein-Buch Nr. 2993).*

häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegenüber den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten – mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges – sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum

Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.
Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5200 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen – die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.[3] Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.[4]

[3] *Neugebauer, Wolfgang, Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA, in: Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.*

[4] *Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in*: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)*, *Jahrbuch*, *Jg. 1994 ff*., *Berlin 1995 ff. – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes*. *– Vgl. ferner das „Probeheft“*: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, *hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka*, *Wolfgang Neugebauer*, *Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz*,

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Rainer Paetau, *Christina Rathgeber*, *Gerhard Schulze*, *Hartwin Spenkuch*, *Reinhold Zilch; Hildesheim*, *Zürich*, *New York 1996*.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv.* Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze[1], die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner[2].

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium" des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratssitzungen[3], d. h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.
Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.
Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.
Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).
Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.
Unter **„Anwesend"** erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.
Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.
Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.
Die Sigel **[V]** und **[U]** stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellensprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

---

1 *Schultze, Johannes, Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedr. bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.*

2 *Meisner, Heinrich Otto, Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918, Göttingen 1969.*

3 *GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. I–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.*

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.
Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z. B. **3.–5.** *Drei Ordenssachen*.
Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.
Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.
Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar-** und **Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.
Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.
Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z. B. *144*/20 88–93v.
Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.
Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z. B. Ablösungen, konstitutionelle Regierung, Preußen-Reich-Verhältnis, Weltkrieg 1914–1918.
In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.
Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.
Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen**, **Ordens-, Disziplinar-** und **Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.
Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z. B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Einleitung

Die Entlassung Otto v. Bismarcks am 20. März 1890 begleiteten die beiden linksliberalen Bildungsbürger Theodor Mommsen und Ludwig Bamberger rückblickend mit seither vielzitierten (Schadens-)Bilanzen: Bismarcks fortwirkendes Erbe bestehe in einer „Knechtung der deutschen Persönlichkeit“ meinte Mommsen; der Kanzler habe „Verwüstungen (...) im Geist und in der Gesetzgebung des Landes“ angerichtet, schrieb Bamberger.[1] Wie immer man diese pointierten Urteile historisch einschätzen mag: Im Frühling 1890 begann ein neuer Abschnitt in der preußisch-deutschen politischen Geschichte. Der vorliegende Band – nach Erscheinungsdatum wie Reihenzählung der achte der Acta Borussica, Neue Folge – behandelt die 413 Sitzungen des Preußischen Staatsministeriums bzw. des Kronrats[2], die zwischen dem 21. März 1890 und dem 9. Oktober 1900 stattfanden. Der Band bietet der Forschung mit den Regesten einen zusammenhängenden Überblick, mit den Anmerkungen von ministeriellen Sachakten sowie relevanter Literatur vielfache Ansatzpunkte für weitere Forschungsarbeit, mit dem Sachregister eine systematisierte Ordnung der Materialfülle der Quelle und mit dem Personenregister in Form von Kurzbiographien einen nützlichen biographischen Index. Wie bereits in der Einleitung des die Jahre 1879–1890 umfassenden Bandes 7 betont, werden damit keineswegs alle politisch-exekutiven Handlungen der preußischen Ministerien oder gar des Reichs erfaßt, geschweige denn alle gegenwärtige Forschung beschäftigenden Themenfelder, die sich zuweilen nur ansatzweise in den Staatsministerial-Sitzungsprotokollen widerspiegeln.

Dem Wesen einer Regesten-Edition und dem Forschungsstand über einen im wesentlichen gut erforschten Geschichtsabschnitt entsprechend, sind somit primär Überblick, Erschließung von Quellenbeständen für künftige Arbeiten und punktuell Bekräftigung bzw. Neuakzentuierung bestehender Forschungsmeinungen intendiert, nicht hingegen monographische Analyse, umfassende Aktenauswertung oder gar abschließende Behandlung von Themen.[3]

Eine notwendigerweise knappe Einordnung einiger grundlegender Erkenntnisse aus der edierten Quelle in die wohlbestellte Forschungslandschaft zur Dekade 1890–1900, die nicht selten als „Scharnierjahrzehnt“ angesehen wird, soll in den folgenden beiden Abschnitten geboten werden.

---

[1] Zitiert nach Gagliardi, Ernst, Bismarcks Entlassung, Bd. 2, Tübingen 1941, S. 238 bzw. Bamberger, Ludwig, Erinnerungen, hrsg. von P. Nathan, Berlin 1899, S. 501. Vgl. dazu Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. u. a. 1980, S. 708. Ähnlich urteilte der Philosophieprofessor Theobald Ziegler, Die geistigen und socialen Strömungen des 19. Jahrhunderts, 2. Aufl., Berlin 1901, S. 588: Bismarcks übermächtige Persönlichkeit „brach vielen das Rückgrat und gewöhnte (...) Beamte und Politiker an eine Unselbständigkeit des Urteils und an eine Fügsamkeit des Handelns, die den Charakter schädigte.“ Bekannt ist auch Webers Urteil von 1917, daß „Bismarcks riesenhafte Größe“ „selbständige Köpfe“ nicht neben sich duldete und „eine Nation *ohne alle und jede politische Erziehung*“ hinterließ. Weber, Max, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Max-Weber-Gesamtausgabe, Bd. 15, hrsg. von W. J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 449.

[2] Die Protokolle befinden sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), Berlin-Dahlem, unter den Signaturen I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6, Bde. 102–141 (Sitzungen) bzw. Rep. 90a, B III 2c Nr. 3, Bde. IV–V (Kronräte). Diese Signaturen werden in der Edition abgekürzt mit Band- und Blattzahl zitiert.

[3] Wenn zudem einzelne in der Literatur tradierte faktische Irrtümer – vgl. Sitzung am 26.5.1894, TOP 6 mit Anm. – oder die Behauptung bei Röhl, John C. G., Wilhelm II., Bd. 2: Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888–1900, München 2001, S. 1151, der Kaiser habe dafür gesorgt, daß das 2. Flottengesetz unter Überspringung des Staatsministeriums direkt an den Bundesrat ging – was ausweislich der Sitzung am 20.1.1900 falsch ist – korrigiert werden können, dann dürfte dieser Nebeneffekt der Edition nur hilfreich sein.

Der letzte Teil widmet sich stärker der formal-technischen Seite, die bereits am Schluß der Einleitung von Bd. 7 (1879–1890) ausführlich erläutert wurde.[4]

1. „Neuer Kurs", „Sammlungspolitik", „Weltpolitik": Politische Grundprobleme Preußen-Deutschlands unter Caprivi und Hohenlohe im Zeichen gesellschaftlicher Mobilisierung

Das erste Jahrzehnt nach Bismarcks Abgang wird üblicherweise chronologisch in drei politische Abschnitte geteilt, die Caprivi-Zeit (1890–1894), das erste Triennium Hohenlohes (1894–1897) sowie die Übergangsphase zur Welt(macht)politik vom Eintritt Bülows und Tirpitz' 1897 bis zum Kanzlerwechsel 1900. Diese Dreiteilung ist jedoch insofern kein inhaltliches Gliederungsschema, als zahlreiche innen- und außenpolitische Problemstellungen während des ganzen Jahrzehnts wesentlich unverändert bestanden. Vor gut drei Jahrzehnten hat John Röhl diese Dekade als permanente Regierungskrise apostrophiert.[5] Die Hauptprobleme, die dem zugrunde lagen und soweit sie in der Protokoll-Edition greifbar werden, sollen im folgenden abgehandelt werden. Zunächst sei ausdrücklich betont, daß zahlreiche Sachfragen der 1890er Jahre bereits eingehende monographische Bearbeitung gefunden haben. Das gilt für die staatliche Repression gegenüber der Sozialdemokratie und für die Sozialpolitik der Ära Berlepsch; Fragen des Rechtswesens wie das Bürgerliche Gesetzbuch, die Militärstrafgerichtsordnung oder den Lippischen Thronfolgestreit; die Schulreform und die preußische Landgemeindeordnung; die Polen- und die Pressepolitik; den Mittellandkanal und das Börsengesetz; die politische Sozialgeschichte der Richter und das Duellwesen; die Handelsvertrags- und Außenpolitik unter Caprivi sowie das Verhältnis zu den USA; den Flottenbau, die Miquelsche Finanzreform, den Landwirtschaftsprotektionismus und den Bund der Landwirte; die katholische Kirche nebst dem Agieren der Zentrumspartei; die Reichstagswahlen und die spezifisch preußischen Institutionen des Dreiklassenwahlrechts und des Herrenhauses.[6]

---

[4] Vgl. Spenkuch, Hartwin (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 7: 8. Januar 1879 bis 19. März 1890, Hildesheim u. a. 1999, S. 24–29.

[5] Röhl, John, Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im 2. Kaiserreich 1890–1900, Hamburg 1969.

[6] Die folgende Liste pars pro toto: Saul, Klaus, Der Staat und die Mächte des Umsturzes, in: AfS 1972, S. 293–350; Wittwer, Walter, Vom Sozialistengesetz zur Umsturzvorlage, Berlin (O) 1983; Berlepsch, Hans-Jörg v., „Neuer Kurs" im Kaiserreich?, Bonn 1987; John, Michael, Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany, Oxford 1989; Schulte-Nölke, Hans, Das Reichsjustizamt und die Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Frankfurt/M. 1995; Schubert, Werner/Jacobs, Horst Heinrich (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB. Einführung, Biographien, Materialien, Berlin/New York 1978; Dies. (Hrsg.), Die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in systematischer Zusammenstellung der unveröffentlichten Quellen, 2. Teilbde., Berlin/New York 1990; Anker, Josef, Die Militärstrafgerichtsordnung des Deutschen Reiches von 1898, Frankfurt/M. 1995; Bartels-Ishikawa, Anna, Der Lippische Thronfolgestreit, Frankfurt/M. 1995; Albisetti, James C., Secondary School Reform in Imperial Germany, Princeton 1983; Lamberti, Marjorie, State, Society and the Elementary School in Imperial Germany, New York/Oxford 1989; Kitzel, Karlheinz, Die Herrfurthsche Landgemeindeordnung, Stuttgart 1957; Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire (1871–1900), New York 1981; Balzer, Brigitte, Die preußische Polenpolitik 1894–1908 (...), Frankfurt/M. 1990; Stöber, Gunda, Pressepolitik als Notwendigkeit, Stuttgart 2000; Horn, Hannelore, Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals, Köln/Opladen 1964; Schulz, Wolfgang, Das deutsche Börsengesetz, Frankfurt/M. 1993; Ormond, Thomas, Richterwürde und Regierungstreue, Frankfurt/M. 1994; Bringmann, Tobias, Reichstag und Zweikampf, Freiburg 1997; Leibenguth, Peter, Modernisierungskrisis des Kaiserreichs an der Schwelle zum wilhelminischen Imperialismus, Phil. Diss., Köln 1975; Weitowitz, Rolf, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler L. v. Caprivi 1890–1894, Düsseldorf 1978; Lahme, Rainer, Deutsche Außenpolitik 1890–1894, Göttingen 1990; Pommerin, Reiner, Der Kaiser und Amerika, Köln/Wien 1986; Berghahn, Volker, Der Tirpitz-Plan, Düsseldorf 1971; Thier, Andreas, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie, Frankfurt/M. 1999; Aldenhoff-Hübinger, Rita, Agrarpolitik und Protektionismus, Göttingen 2002; Puhle, Hans-Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), Bonn 1975; Gatz, Erwin (Hrsg.), Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977; ders. (Bearb.), Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 2: 1888–1899, Mainz 1979; Loth, Wilfried, Katholiken im Kaiserreich, Düsseldorf 1984; Fairbairn, Brett, Democracy in the Undemocratic State, Toronto 1997; Anderson, Margaret L., Practising Democracy, Princeton 2000; Kühne, Thomas, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867–1914, Düsseldorf 1994; Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus, Düsseldorf 1998.

Wie schon im vorhergehenden Bd. 7 dieser Reihe sei hier erneut die Bedeutung der Editionen von Walther Peter Fuchs, John Röhl, Norman Rich/M. H. Fisher oder Heinrich Otto Meisner und die Wichtigkeit der Biographien über Hohenlohe, Miquel und Wilhelm II. hervorgehoben. Als grundlegend ist insbesondere Röhls schon genanntes quellengesättigtes Erstlingswerk über das Regierungsgeschehen von Bismarcks Abgang bis Bülows Amtsantritt zu bezeichnen. Schließlich sei an die großen Gesamtdarstellungen zum deutschen Kaiserreich, die den 1890er Jahren in Preußen einigen Raum widmen, erinnert.[7]

Der „neue Kurs" – so in Abwandlung eines Telegramms Wilhelms II. der zeitgenössische Ausdruck schon im April 1890 – bedeutete in vielfacher Hinsicht eine politische Neuorientierung und erzielte auf mehreren Gebieten durchaus einige Erfolge. Personell symbolisierte ihn Caprivi, aber inhaltlich war er auf die Mitarbeit von Handelsminister Berlepsch, Innenminister Herrfurth, Kriegsminister Kaltenborn und gerade anfangs auch von Finanzminister Miquel angewiesen; im Reich repräsentierten ihn die Staatssekretäre Boetticher und Marschall. Öffentlich und im Staatsministerium hat Caprivi – wie später Hohenlohe – die Versöhnung im Innern als Ziel seines Wirkens bezeichnet. Versöhnen bedeutete praktisch, daß Anstrengungen zur Integration von während der Herrschaft Bismarcks staatlicherseits relativ ausgegrenzten oder gar offen bekämpften Gruppen unternommen und ein gutes halbes Dutzend bedeutsamer Reformgesetze auf den Weg gebracht wurden.[8]
Gesellschaftliche Mobilisierung, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten im Staatsministerium und gesetzgeberische Rückschläge sowie – primär von Wilhelm II. verursachte – Personalveränderungen bewirkten auf das ganze Jahrzehnt betrachtet einen schwankenden Kurs der Politik; die Kabinettskrisen der Jahre 1892, 1894 und 1897 stehen dafür. Jenseits dessen lassen sich aber doch drei Aspekte ausmachen, die die Staatsministerialberatungen der 1890er Jahre in Variationen, aber durchaus deutlich, durchziehen: Erstens ging es häufig um Interaktion und nicht selten um Gegensätze zwischen Staatsmacht und gesellschaftlichen Kräften, z. B. bei Sachfragen von Kirche und Kommunen, Vereinen und Wirtschaftseinheiten, Polenpolitik und konstitutioneller Verfassungsordnung. Zweitens stand als große, neuralgische Einzelfrage während der ganzen Zeit das Verhältnis zur stetig wachsenden, verbalrevolutionären Sozialdemokratie auf der Tagesordnung. Dieses überaus relevante Integrationsproblem läßt sich an weiten Themenfeldern festmachen, zuvörderst den bekannten Umsturz-, Vereinsgesetz- und Zuchthaus-Vorlagen sowie dem gewerblichen Arbeiterschutz im Rahmen der Gewerbeordnung, den Versicherungsgesetzen oder auch bei Streiks, aber zudem in Militärfragen und Beamtendisziplin, in der Pressepolitik, dem Schul- und Bildungswesen (Fall Singer, Fall Arons, Studentenvereine), beim Kommunalwahlrecht oder dem Verhältnis zu den Bundesstaaten, denen preußischerseits verschiedentlich eine „zu laxe" Haltung angekreidet wurde. Nicht nur Württemberg und die Hansestädte, sondern auch Bayern und die Thüringer Kleinstaaten wurden so kritisiert. Einen dritten durchgängigen Aspekt stellte ab 1893 die Frage der Rückwir-

Born, Karl-Erich, Preußen im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, in: W. Neugebauer (Hrsg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. 3, Berlin 2000, S. 15–148 erscheint in Fragestellungen und Bibliographie veraltet. Die neuere Forschungslage resümiert: Ullmann, Hans-Peter, Politik im Deutschen Kaiserreich 1871–1918, München 1999.

[7] Fuchs, Walther Peter (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. v. Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bde. 3 und 4, Stuttgart 1980; Röhl, John (Hrsg.), Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, 3 Bde., Boppard 1976–1983; Rich, Norman/Fisher, M. H. (Hrsg.), Die geheimen Papiere F. v. Holsteins, Bde. 3 und 4, Göttingen 1961/1963; Meisner, Heinrich Otto (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls A. Grafen v. Waldersee, Bd. 2, Stuttgart/Berlin 1922; Hohenlohe-Schillingsfürst, Ch. Fürst zu, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. von K. A. v. Müller, Stuttgart 1931; Stalmann, Volker, Fürst Ch. zu Hohenlohe-Schillingsfürst (im Druck); Herzfeld, Hans, Johannes v. Miquel, Bd. 2, Detmold 1938; Röhl, Wilhelm II., Bd. 2; Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, München 1992, bes. S. 699–709; Mommsen, Wolfgang, Bürgerstolz und Weltmachtstreben, Frankfurt/Berlin 1995, bes. S. 90–173; Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, München 1995, bes. S. 1005 ff. Bei der Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, hrsg. von Hansjoachim Henning und Florian Tennstedt, steht die III. Abt. für die 1890er Jahre noch aus.

[8] Vgl. Caprivi in: StenBerAH 15.4.1890, S. 1048 (der Kurs soll der alte bleiben); Sitzungen am 29.9.1890, TOP 1 und 7.5.1898, TOP 5 (Caprivi bzw. Hohenlohe über Versöhnungskurs).

kung von staatlichen Maßnahmen auf den Argarbereich, namentlich die ostelbische, adelig dominierte Großlandwirtschaft, dar. Diese Rückwirkungen wurden im Staatsministerium auf vielen Feldern debattiert, beim Arbeitskräftemangel, bei den Zöllen und Lebensmittelpreisen, bei der Kommunalorganisation und der Gewerbeordnung. Mit den drei Wortpaaren Staat und Gesellschaft, res publica und Sozialdemokratie, Nationalökonomie und Landwirtschaft trifft man somit die übergreifenden Spannungsfelder der 1890er Jahre im Staatsministerium.
An den konkreten großen und weniger großen Themen der Beratung sei dies näher erläutert.

Ein erster Bereich von Themen läßt sich unter dem Rubrum **gesetzgeberische Reformmaßnahmen** zusammenfassen. Der nachmalige Kanzler Bernhard v. Bülow formulierte Ende 1890 in diesem Sinne gegenüber Philipp Eulenburg: „Seit 1808 – Stein und Hardenberg – bestand bei uns kein solcher Reformdrang.“[9]
An erster Stelle figurierte hier die Sozialpolitik, ein Gebiet, das der im Januar 1890 durch Wilhelm II. berufene Handelsminister Hans v. Berlepsch mit Gewerbegerichten und Arbeitsschutz, Maximalarbeitszeiten und Arbeitsordnung, Berggesetz-Novelle und Arbeiterwohnungsbau bestellte. Hierin bestand der hauptsächliche positive Niederschlag des von Caprivi gebilligten Versuchs zur Entschärfung der sozial(demokratisch)en Frage; Berlepsch akzeptierte sogar explizit die Beteiligung von Sozialdemokraten an Gewerbegerichten. Gleichzeitig konnte Innenminister Herrfurth – von Wilhelm II. danach schnell als „demokratischer“ Minister geschmäht – nunmehr seine von Bismarck abgeblockten Pläne für eine Landgemeindeordung, quasi den fehlenden Schlußstein der Selbstverwaltungsreorganisation ab 1872, in Gesetzesform vorlegen. Die durch die Möglichkeit der Zusammenlegung von Landgemeinden mit bisher separaten Gutsbezirken intendierte antijunkerliche Stoßrichtung wurde zwar im Verlauf der Staatsministerialberatungen (v. a. am 2. Januar 1891) bzw. der Landtagsverhandlungen stark abgeschwächt, und die von Miquel durchgesetzte Überweisung der Realsteuern auch an die Gutsbezirke sicherte diesen ihre finanzielle Basis. Aber ganz ohne Effekte auf die ländliche Elite ist die Landgemeindeordnung nach neuerer Forschungsmeinung doch nicht geblieben.[10] Eine dritte Serie von Reformvorlagen bezog sich auf den Finanzbereich. Die von Finanzminister Miquel nach einer mehrjährigen Stagnationsphase unter Bismarck im Landtag zur Annahme gebrachten Novellen zur Einkommen-, Real- und Vermögenssteuer können als vielleicht gewichtigster Reformerfolg der 1890er Jahre angesehen werden. Daß dem beim Wahlrecht sowie der ländlichen Steuerverfassung keine entsprechende Modernisierung korrespondierte, ist wohl der Haupteinwand gegen eine rein positive Beurteilung.[11]
Neuansätze gelangen auch in vier anderen Bereichen. So wurde unter Justizminister Schelling, und ab 1893 vor allem Justizstaatssekretär Nieberding, das Jahrhundertwerk Bürgerliches Gesetzbuch mit einer 2. Expertenkommission vorangetrieben, im Reichstag beraten und 1896 verabschiedet – allerdings nach Festschreibung preußisch-landesrechtlicher Vorbehalte, primär hinsichtlich des Vereins- und Stiftungsrechts, aber auch bei Landwirtschaftsfragen und Gesindeordnung sowie beim Adelsrecht. Hinzu traten das Handelsgesetzbuch und Novellen zu einigen grundlegenden Justizgesetzen. Im Bildungswesen konnte zwar, primär wegen des kulturpolitischen Gegensatzes zwischen Liberalen und Zentrumskatholiken, zum wiederholten Male kein schon in der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 stipuliertes Volksschulgesetz verabschiedet werden, sondern

[9] Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 615 (23.12.1890).
[10] Vgl. die gründlichen Analysen von Berlepsch, „Neuer Kurs“ und Kitzel, Landgemeindeordnung (S. 66–86 zu Bismarcks Blockade). Letztere positiv eingeschätzt bei Wagner, Patrick, Landräte, Gutsbesitzer, Dorfschulzen. Zum Wandel der „Basisposten“ preußischer Staatlichkeit in Ostelbien im 19. Jahrhundert, in: Holtz, Bärbel/Spenkuch, Hartwin (Hrsg.), Preußens Weg in die politische Moderne, Berlin 2001, S. 249–283, bes. S. 280 ff. Für Caprivi und die SPD vgl. StenBerRT 28.2.1891, S. 1792 und 10.12.1891, S. 3307 sowie Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 186; Berlepsch’ Haltung lt. Sitzung am 11.6.1894, TOP 2. Wilhelms II. Wort, Herrfurth sei Demokrat lt. Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Stuttgart 1931, S. 99.
[11] Vgl. detailliert das nunmehrige Standardwerk von Thier, Steuergesetzgebung, hier S. 886 ff.

1897 nur ein Lehrerbesoldungsgesetz, aber mit der – von Wilhelm II. persönlich beförderten – Änderung von Lehrplan und Berechtigungswesen der höheren Schulen 1890/1900 sowie der Besserstellung der Technischen Hochschulen 1898 gelangen doch Anpassungen an das Industriezeitalter, ja erreichte Preußen hier Vorbild-Funktion in Deutschland.[12]

Für die beiden christlichen Kirchen brachten auf der katholischen Seite ein Sperrgelderverwendungsgesetz und diverse Veränderungen wie die Wiederzulassung von geistlichen Orden weitere Abschwächung der Folgen des Kulturkampfes; auf der protestantischen Seite bewirkten gewisse Modifikationen in der (altpreußischen) Synodalordnung bzw. die Sanktionierung für vermögens- oder personalrechtliche Kirchengesetze eine Abnahme direkter Staatsinterferenz, aber auch die Möglichkeit, sich kirchenpolitisch wie theologisch weiter auszudifferenzieren. Schließlich wurde im Umfeld der Aufhebung des Welfenfonds 1892 und mit den von Caprivi auch aus außenpolitischem Kalkül geförderten, ansatzweisen Lockerungen in der Polenpolitik 1890–1894 eine weniger schroffe Haltung gegenüber zwei regionalen bzw. nationalen Minderheiten eingenommen.[13]

Dieser partiellen Neuorientierung des Obrigkeitsstaates unter bzw. seit Caprivi – weitere Elemente wie die parteipolitische Auflockerung oder die letzten Endes nicht aufgebbare industriestaatliche Option werden noch zu behandeln sein – standen indessen zugleich unterschiedlich akzentuierte Stränge zur Beibehaltung, ja teils Verstärkung staatlich-politischer Kanalisierung, Formierung oder Gängelung der Gesellschaft gegenüber. So behielt sich der Staat beim Vereinsrecht im Rahmen der Einführung des BGB – wie selbstredend im öffentlichen Recht, im Kirchenbereich, im Schulwesen, in der kommunalen Selbstverwaltung – Genehmigungs- und Kontrollrechte vor, etwa über Stiftungen, um bürgerschaftliches Engagement hier weiterhin überwachen zu können. Gegen die vermeintlich zu lasche Straffestsetzung der Landgerichte gerade in Arbeiter- oder Majestätsbeleidigungsprozessen versuchte man mit gezielter Ernennung konservativer Landgerichtsdirektoren einzuschreiten. Die Entschädigung von im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen, also unschuldig Verurteilten, wurde u. a. auch deshalb nur widerwillig dem Reichstag zugestanden, weil damit der Ruf der staatlichen Justizgewalt beschädigt werden konnte.[14]

Das Disziplinarrecht der Beamten sollte gemäß Beschluß vom 23. März 1891 (TOP 9) auch dann eine Maßregelung erlauben, wenn der Strafrichter auf Freispruch erkannt hatte – ein altes Thema des Beamtenrechts, das angesichts verstärkter Interessenartikulation in den 1890er Jahren selbst jenseits offenkundiger politischer Instrumentalisierung weiter aktuell blieb.

Bürgerliche Selbsttätigkeit, hier Volkshochschulkurse, befand Miquel in der Sitzung am 22. Januar 1898 (TOP 4) für gut, zumal gegen sozialdemokratischen Radikalismus, aber eben nur, solange der Staat die Hand darauf halten und sie in gute Bahnen lenken könne. Deutliche staatliche Formierung der Gesellschaft läßt sich ferner bei den diversen Kammern konstatieren, bei Handelskammern, Handwerkskammern, Ärzte- und Apothekerkammern.

Die Beispiele ließen sich vermehren, ohne damit im Gesamturteil den ab 1890 einige wenige Jahre möglich scheinenden Weg einer rechtzeitigen, sozial integrativen Modernisierung aus den Augen zu verlieren. Über die positive Einschätzung der reformatorischen Ansätze der Caprivi-Zeit besteht

[12] Vgl. die Sachregister gelisteten Sitzungen zu BGB und Volksschulwesen; John, Politics and the Law; Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 320 f. (Gesinderecht). Zur sozialen Komponente des BGB: Repgen, Tilmann, Die soziale Aufgabe des Privatrechts. Eine Grundfrage in Wissenschaft und Kodifikation am Ende des 19. Jahrhunderts, Tübingen 2001. Kompakter Überblick zum Bildungswesen mit Bibliographie: Albisetti, James, Education, in: R. Chickering (Hrsg.), Imperial Germany. A Historiographical Companion, Westport 1996, S. 243–271.

[13] Vgl. Sitzungen am 7.12.1890, TOP 1 und 19.1.1891, TOP 1 (Sperrgelder) bzw. 29.9.1890, TOP 10, 3.7.1891, TOP 4 und 29.6.1894, TOP 1 (Ordens-Wiederzulassung) sowie am 5.4.1890, TOP 1 (Synodalordnung). Vgl. allg. Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Bd. 2: Die Verselbständigung der Kirche unter dem königlichen Summepiskopat (1850–1918), hrsg. von J. Rogge und G. Ruhbach, Leipzig 1994, S. 225 ff. Vgl. Sitzungen am 31.3.1891, TOP 1, 4.1.1892, TOP 1 und 17.3.1892, TOP 3 (Welfenfonds) bzw. am 12.7.1890, TOP 5, 18.12.1893, TOP 5 und 27.2.1894, TOP 4, 11–12 und Blanke, Prussian Poland, S. 121 ff. (Polenpolitik).

[14] Zum Stiftungsrecht vgl. Sitzungen am 13.10.1899, TOP 4 und 18.11.1899, TOP 3 sowie jetzt Reuter, Andreas, Rechtsfähige Stiftung und Charitable Corporation, Berlin 2001. Sitzungen am 11.1.1894, TOP 2 (Richter) und am 5.12.1896, TOP 2 (Entschädigungsfrage).

im übrigen unter Historikern relatives Einvernehmen; die Reihe umfaßt dabei sowohl die quellengesättigt arbeitenden Autoren wie Weitowitz und, trotz widersprüchlicher Stellen, Leibenguth, wie auch die Verfasser von Überblicken wie Th. Nipperdey, K. Hildebrand und H. Böhme.[15]

Ein zweites großes Themenfeld der Staatsministerialberatungen betraf die **Landwirtschaft im Rahmen der Nationalökonomie**. Als Ergänzung zur Neuausrichtung der Handelspolitik unter Caprivi wurde der Zuzug von Landarbeitern aus Russisch-Polen erleichtert, und das Rentengutsgesetz sollte Arbeitskräfte seßhaft machen. Eine Zollsuspension wurde sogar während der Getreideknappheit 1891 vom Reichskanzler selbst abgelehnt und spezielle Staffeltarife für Agrarprodukte eingeführt, um deren Absatz im westlichen Preußen zu erleichtern. Für die verkehrsmäßig randständige Provinz Ostpreußen wurde im gleichen Jahr ein landwirtschaftliches Maßnahmenbündel angestoßen, und Landwirtschaftsminister Heyden-Cadow traf Vorbereitungen für eine korporative Agrarreform, u. a. mit Erbrechtsbeschränkung, Krediterleichterungen und Landwirtschaftskammern. Nur die Erleichterung von Vieh- und Fleischimporten aus Österreich-Ungarn, vom Kanzler zur Ausweitung auf andere Staaten vorgesehen, konnte als die Landwirtschaft nachteilig treffend angesehen werden.[16]
Seit März 1893 war das Staatsministerium dann mit (zehn) konkreten Forderungen der (ostelbischen Groß-) Landwirte konfrontiert, denn die schon in den guten Jahren gewachsenen strukturellen Probleme gerade der ostelbischen Produzenten von Getreide hatten sich verschärft, und führende Agrarier machten nun die Handelsvertragspolitik wie die Gesamtrichtung der Caprivischen Politik für die deutlicher perzipierte Notlage verantwortlich. Landwirtschaftliche Experten wie Minister Heyden-Cadow verwiesen etwa in der Sitzung am 11. Januar 1894 zu Recht auf multikausale Ursachen. Aber der angepeilte moderate Abbau des Agrarprotektionismus wurde nicht zuletzt deshalb so heftig angegriffen, weil in den Augen der Landwirte wie der Öffentlichkeit der unter Bismarck mit dezidiert antiliberaler politischer Zielrichtung ab 1878 inaugurierte Protektionismus als Synonym für eine konservative Orientierung von Regierung und Staatsbürokratie überhaupt stand. Diese Perzeption, in der die Handelsvertragspolitik zum großen „Sündenbock“ geriet, erhielt schon durch die parteipolitische Auflockerung ab 1890 erste Nahrung, und wuchs sich bald auch in Publizistik und Wissenschaft zur Debatte Agrarstaat versus Industriestaat aus.[17]

[15] Weitowitz, Deutsche Politik und Handelspolitik, S. 305 ff. Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 174 nennt Caprivi realitätsfern und zeiht ihn eines bei der Massenpolitisierung unmöglichen, verordneten aufgeklärten Konservatismus, während er S. 208 konstatiert, Caprivi habe Bismarcksche Politiktendenzen „umgebogen“. Nipperdey, Deutsche Geschichte, S. 708 resümiert, die hoffnungsreiche Neuorientierung sei an Parteienzerklüftung, Reich–Preußen-Spannungen und Kaiser gescheitert. Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich, Stuttgart 1995, S. 167, sieht Caprivi gemäß der preußischen Tradition rechtzeitiger Einleitung von Reformen handeln; so auch in: Wirtschaftliches Wachstum und auswärtige Politik. Betrachtungen zur Geschichte der „Ära Caprivi“ (1890–1894), in: W. Feldenkirchen u. a. (Hrsg.), Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen. Festschrift für H. Pohl, Stuttgart 1995, S. 135–149. Ähnlich: Böhme, Helmut, L. v. Caprivi: Der vergessene Kanzler oder: Die vernichtete Chance einer politischen Modernisierung des Deutschen Reiches, in: D. Emig u. a. (Hrsg.), Sprache und politische Kultur in der Demokratie. H. G. Schumann zum Gedenken, Frankfurt/M. 1992, S. 163–185.

[16] Zur Handels- und Außenpolitik vgl. Canis, Konrad, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 71 ff. Äußerungen Caprivis am 30.9.1890, TOP 1 und 8.11.1893, TOP 1. Sitzungen am 11.10.1890, TOP 2 (Landarbeiter); 15.8.1891, TOP 1 (Staffeltarife); 24.6.1891, TOP 2 (Ostpreußen); 8.12.1893, TOP 2 und 22.12.1893, TOP 4 (Heyden); 29.11.1890, TOP 1 und 15.1.1891, TOP 2 (Fleischimporte).

[17] Jüngst hat Aldenhoff-Hübinger, Agrarpolitik und Protektionismus, diese für Preußen-Deutschland spezifische Symbolfunktion des ansonsten auch in Frankreich virulenten Agrarprotektionismus herausgearbeitet. Sie argumentiert gut begründet, daß diese Schutzpolitik landwirtschaftlichen Fortschritt wie Industriewachstum in Deutschland nur moderat hinderte, aber z. B. Konzentration auf bessere Böden und stärkeren Lohnanstieg der Arbeiter bremste, zumal Deutschland starke Wirtschaftsdynamik und weltwirtschaftliche Verflechtung ohne billige Importe aus Kolonialgebieten aufwies. Das Ausmaß der Agrarkrise wird erneut seit Heß, Klaus, Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich, Stuttgart 1990, wissenschaftlich diskutiert; vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 207–220. Zur älteren Industriestaatsdebatte vgl. Barkin, Kenneth, The Controversy over German Industrialization 1890–1902, Chicago 1970.

Die wesentlichen Wegmarken und Wendepunkte der Landwirtschaftspolitik lassen sich anhand der Protokolle gut verfolgen. Standen unter Caprivi anfangs noch übergreifende staats- und außenpolitische Aspekte im Vordergrund, nämlich den Zweibund zu kräftigen und einen Zollkrieg mit Rußland zu vermeiden, so mußte der Handelsvertrag mit dem Zarenreich 1893/94 innenpolitisch hart erkämpft werden. Die preußische Regierung gab die von ihr an sich befürworteten und sinnvollen Staffeltarife auf, um die Zustimmung Bayerns zum Abkommen zu gewinnen; als Kompensation wurde den östlichen Produzenten, aber auch den dortigen Seestädten, die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide gewährt. Zwar lobte Wilhelm II. noch im Kronrat vom 18. Februar 1894 wegen der verbesserten Beziehungen zu Rußland den Handelsvertrag als große Errungenschaft Caprivis, die selbst Bismarck nicht leicht erreicht hätte, aber untergründig bewegten sich Kaiser und östliche Großlandwirtschaft schon in eine andere Richtung, seit Wilhelm II. im Februar 1893 eine Landwirte-Delegation empfing. Eine zunehmende pro-agrarische Orientierung deutete sich ferner im Kronrat vom 11. Januar 1894 an, und der endgültige Bruch zwischen Kaiser und Kanzler war – zweiter Grund neben der Umsturzvorlage – indiziert, als der Monarch am 20. Oktober 1894 gerade dann einer Gruppe ostpreußischer BdL-Mitglieder Audienz gewährte, als Caprivi den Ehrenbürgerbrief des freisinnig geprägten Danziger Magistrats entgegennahm. Der „aufgeklärte Kurs“ Caprivis (Hans Delbrück) verlor im Machtdreieck von verfestigter Parteienstruktur, innenpolitischem Schwenk Wilhelms II. und Widerstand der Konservativen in Preußen bis ins Staatsministerium hinein die Basis.[18]

Die Agenda der Beratungen des folgenden Kabinetts Hohenlohe quoll dann geradezu über von agrarischen Themen, und die Minister Miquel, Köller, Hammerstein, Recke und Rheinbaben agierten oft als ausgesprochene Befürworter agrarischer Wünsche. Die zahlreichen Tagesordnungspunkte zur Landwirtschaft spiegeln sich im Sachregister dieses Bandes umfänglich wider, und die Rücksicht auf letztere ging so weit, daß am 3. April 1895 Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen den Gymnasiallehrern rang- und titelmäßig gleichgestellt wurden. Ob Maßnahmen Auswirkungen auf den Agrarsektor haben konnten, wurde somit regelmäßig geprüft oder mündlich erörtert.

Die Beziehungen der Regierung zum Anfang 1893 gegründeten Bund der Landwirte (BdL), einem mit den verwobenen Ideologemen Antikapitalismus, Radikalnationalismus und Antisemitismus vergleichsweise spezifischen deutschen Verband, stellten sich indessen keineswegs ungetrübt dar. Das gespaltene Verhältnis zum BdL wurde evident in der einerseits mehrfach geäußerten Kritik an seiner fordernden Unmäßigkeit; über diese Agitation wurde erstmals in der Sitzung am 18. Dezember 1893 geklagt. Andererseits wurden ihm – anders als Vereinen sonst – sogar Informationen aus Akten der Ministerien mitgeteilt. Vielfach war von dieser pressure group, in den Protokollen meist Agrarier genannt, die Rede und verschiedene Staatsminister bemerkten bedauernd, daß sie die einst regierungstreue konservative Partei in Oppositionshaltung geführt habe; gerade Kanzler Hohenlohe sah sie als einseitige Interessenvertreter überaus kritisch. Zur insbesondere am Beispiel des BdL lange diskutierten Frage, ob eher „Manipulation von oben“ oder „Druck von unten“ bei der Entstehung und Ausbreitung der neuen Massenverbände zu betonen sei, sagen die Staatsministerialprotokolle nicht allzu viel aus. Aus dem umrissenen ambivalenten Verhältnis sowie der Mitgliedschaft vieler Beamter im BdL ergibt sich die in der neueren Literatur verbreitete, vermittelnde Interpretation, daß nicht die genannte Alternative, sondern ein komplexes Wechselspiel zutrifft.[19]

Aber trotz aller Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange und trotz des seit 1897 angepeilten neuen Zolltarifs bleibt festzuhalten, daß BdL wie preußische „Junker“ generell gegenüber dem

[18] Vgl. neben den im Text genannten Sitzungen die am 12.2.1894, TOP 2 und 17.2.1894, TOP 1 (Staffeltarife, Identitätsnachweis). Zum 20.10.1894 vgl. Wippermann, 1894, II, S. 136–138 und Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890/1894, Stuttgart/Berlin 1929, S. 209 und 217 (Gesandten-Berichte).

[19] Vgl. Sitzungen am 8.10.1895, TOP 9 (Akten an den BdL) und 20.8.1899, TOP 2 (Konservative Partei) sowie Aldenhoff-Hübinger, Agrarpolitik und Protektionismus, S. 59 (Besonderheiten des BdL), S. 108 (komplexes Wechselspiel). Im gleichen Sinne Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich, S. 82 f. und Blackbourn, David, The Long Nineteenth Century. A History of Germany, 1780–1918, New York/Oxford 1998, S. 490.

Staatsministerium durchaus nicht alles durchsetzen konnten, was sie wollten.[20] Die drei anfänglichen Hauptforderungen – staatliches Getreidehandelsmonopol (Antrag Kanitz), Doppelwährung (Bimetallismus) und Zähmung des Marktes durch radikale Börsenreform – erwiesen sich als unerfüllbar. Viele „kleine Mittel" bis hin zu einem zeitweiligen Verbot des Börsenterminhandels mit Getreide setzte das Staatsministerium um; eine offizielle Denkschrift über die ergriffenen Maßnahmen listete das alles auf. Aber grundsätzlich war die Industriestaatsentwicklung nicht aufzuhalten, und Eisenbahnen, Kanalbauten sowie Flottenbau förderten gleichfalls die Industrialisierung, die stets schon aus machtpolitischen Gründen für Deutschland unabweisbar blieb. Die Förderung der „notleidenden", politisch relativ zuverlässigen und durch viele (adelige) Exponenten in höchsten Regierungspositionen repräsentierten Landwirtschaft ging weit, aber immer wieder (nicht nur bei den Handelsverträgen Caprivis) waren staatspolitische und auch mehrfach außenpolitische Rücksichten zu üben. Letztere verlangsamten beispielsweise den Ausschluß ausländischer Fleisch- und Wurst-Importe durch sanitäre Maßnahmen wie ein Fleischbeschaugesetz, was bekanntermaßen mehr der Viehzucht treibenden Landbevölkerung der Westprovinzen via höhere Viehpreise zugute kam als den östlichen Getreideproduzenten. In ähnlichem Sinne gab Minister Hammerstein am 28. April 1900 bezüglich des Saccharingesetzes, das die Rübenzuckerproduktion schützen sollte, zu Protokoll, „daß wieder einmal Maßregeln, die im Interesse der Landwirtschaft [...] liegen, aus Gründen der auswärtigen Politik vertagt würden".[21]

Zahlreiche Tagesordnungspunkte zwischen 1890 und 1900 widmeten sich dem weit gefaßten Thema Infrastruktur und besaßen damit Relevanz auch und gerade für die Landwirtschaft. Die Felder Kanalbau, Kleinbahnen, Eisenbahn-Personen und -Frachttarife, Maßnahmen gegen die Hochwasser von Oder, Elbe und Weichsel oder Neuorganisation der Wasserwirtschaftsbehörden lassen sich anführen. Hierbei wie speziell bei diversen Eisenbahntarifen für Güter und Personen (Fahrpreiserhöhung für Arbeitsmigranten aus den Ostprovinzen!) gaben Staat und Staatsregierung nicht den maximalistischen östlich-agrarischen Interessen nach. Das Infrastrukturinteresse setzte sich beim Bau des Mittellandkanals bis Hannover mühsam, aber doch gutenteils durch, und bei Eisenbahntarifen dominierte meist der fiskalische Einnahmegesichtspunkt.[22]

Finanzielle bzw. strukturelle Gründe wie Marktferne, Rohstoffarmut, geringe Bevölkerungsdichte verhinderten auch, daß die (im Grunde bis 1945 dauernde) relative Unterentwicklung gerade der nordöstlichen Provinzen staatlicherseits wirksam abgestellt werden konnte. Zwar wurden vom Staatsministerium im Juni 1891 eine Ministerreise nach Ostpreußen beschlossen, die Provinzial-Dotationen bis 1914 deutlich aufgestockt und durch Oberpräsident G. v. Goßler in den 1890er Jahren sogar ein Industrialisierungsversuch in Westpreußen unternommen, aber die wirtschaftliche Hebung des preußischen Nordostens ließ sich nicht durchgreifend bewerkstelligen.[23] Selbst die an sich sinnvollen Staffeltarife mußten ja, wie erwähnt, wieder aufgegeben werden.

Auch im Handwerks- und Gewerbebereich konnten sich vom BdL unterstützte Forderungen nach deutlicher Revision der Gewerbefreiheit (z. B. mittels Befähigungsnachweis) gegen die stets auch wirtschaftsliberale Einstellung im Kabinett letztlich nicht durchsetzen, und die dann eingerichteten

[20] Vgl. dazu z. B. Blackbourn, Long Nineteenth Century, S. 344 f.

[21] Sitzung am 1.6.1896, TOP 6 mit Anm. (Denkschrift). Analyse: Nonn, Christoph, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996. Sitzung am 28.4.1900, TOP 1 (Zitat).

[22] Horn, Kampf um den Bau des Mittellandkanals; Sitzung am 2.4.1898, TOP 3 sowie am 12.4.1902, TOP 10, in: Zilch, Reinhold (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38, Bd. 9: 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909, Hildesheim u. a. 2001, S. 87 (Arbeiter-Rückfahrkarten). Schon in der Sitzung am 14.5.1891 wurde die Kompetenz von Eisenbahnminister Thielen bei Tariffragen beschnitten und auf das Staatsministerium übertragen; er blieb vor allem auf Miquels Placet angewiesen; vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 263 f.

[23] Vgl. die zum Kronrat am 24.6.1891, TOP 2, genannte Literatur sowie Abelshauser, Werner, Staat, Infrastruktur und regionaler Wohlstandsausgleich im Preußen der Hochindustrialisierung, in: F. Blaich (Hrsg.), Staatliche Umverteilungspolitik in historischer Perspektive, Berlin 1980, S. 33–58, und Baier, Roland, Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Köln/Wien 1980.

Handwerkerkammern folgten wie die Landwirtschafts- oder Handelskammern dem Prinzip der partiell freiwilligen, vor allem aber staatlich kontrollierten Wirtschaftsorganisation.[24]
Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Staatspolitik wurde somit zwar vielfach von den in der Regierungsspitze bis zu Wilhelm II. gut repräsentierten Landwirtschaftsinteressen beeinflußt, man willfuhr ihnen dort sogar zum Teil, aber versagte ihnen zugleich manches, weil reine Agrarstaatspolitik keine Option darstellte, und der Regierungsspitze ein Gutteil Handlungsautonomie selbst in der Dekade 1890–1900 erhalten blieb. Daß agrarische Kräfte Preußens die Caprivische durchgreifende industriestaatliche Wende blockieren konnten und eine Landtagsauflösung gegen die preußischen Konservativen bei der Kanalkrise 1899 von Wilhelm II. und Miquel verhindert wurde, belegt zugleich die jenseits von, ja gegen Parlament und Öffentlichkeit bewahrte Stärke der adeligen bzw. beamteten Eliten des Hegemonialstaats im Deutschen Reich.[25]

Hinsichtlich des **Verhältnisses der Regierung zu Parlamenten und Parteien** bedeuteten die 1890er Jahre einen irreversiblen Aufbruch, ohne daß aus der Bismarck-Zeit überkommene Einstellungen zur Gänze verschwanden und die Konflikte zwischen Regierung und der mobilisierten Gesellschaft in Form von Massenverbänden, aufsteigender Sozialdemokratie, Beamtenvereinen oder sonstigen sozialen Bewegungen ausblieben.[26]
Am Anfang stand der genannte Versuch Caprivis, das von Bismarck zerschlagene innenpolitische Porzellan zu kitten und in die parteipolitische Neuorientierung sowohl den Freisinn wie das Zentrum nebst seinem regionalistischen Anhang einzubeziehen. Es folgte unter Hohenlohe erst ein Schlingerkurs von Spitzen gegen die Sozialdemokratie und Arrangement mit dem Zentrum, dann der Versuch, „bürgerliche Sammlungspolitik“ im Zeichen der Bülow–Tirpitzschen Welt- und Flottenpolitik zu treiben. Strukturell lag allem Taktieren die Tatsache von sozialkulturell geformten, gegeneinander abgegrenzten vier bis fünf Parteien-Blöcken zugrunde, nämlich preußische Konservative nebst christlich-sozialem Anhang, west- und süddeutsche Zentrumskatholiken mit welfischen, polnischen und elsässischen Hospitanten, in rechte und linke Gruppen gespaltener Liberalismus sowie Sozialdemokraten.[27] Die bürgerlichen Parteien wetteiferten nicht nur untereinander, sondern stellten schon in sich Konglomerate aus diversen sozial-regionalen Gruppen dar, sowohl bei den Mandatsträgern wie bei der Wählerschaft. Und die bis zum Ende des Kaiserreichs charakteristische Komplizierung der politischen Situation lag darin, daß in Preußen faktisch keine Mehrheit gegen die Konservativen zustandekam bzw. von der Regierung nicht gewünscht wurde,

[24] Vgl. Sitzungen am 2.2.1892, TOP 7, 28.7.1893, TOP 15 sowie am 13.6.1896, TOP 4.

[25] Dieses Urteil ist, wie stets, nicht nur Sach-, sondern auch Einschätzungsfrage, denn die Verwendung der Begriffe Autonomie oder Stärke fällt bei verschiedenen Autoren auch verschieden aus. Daß neuere Arbeiten, wie Eley, Geoff, Society and Politics in Bismarckian Germany, in: German History, H. 1 (1997), S. 101–132, S. 118, meint, „severely underestimate the bourgeoisie's political dominance under the *Kaiserreich*“, bewahrheitet sich anhand der Staatsministerialprotokolle jedenfalls nicht im engeren politischen Bereich.

[26] Ähnlich urteilt Hertz-Eichenrode, Dieter, Deutsche Geschichte 1890–1914. Das Kaiserreich in der Wilhelminischen Zeit, Stuttgart 1996, S. 57 f., und fährt fort, „der nun politisierte Deutsche war noch keineswegs ein politischer Deutscher oder ein an parlamentarisch-demokratische Prozesse gewöhnter Bürger“. Es wurden gegründet: 1890 der Volksverein für das katholische Deutschland, 1891 der Alldeutsche Verband, 1893 der Bund der Landwirte und der Handlungsgehilfen-Verband, 1894 der Ostmarken-Verein, 1898 der Flottenverein.

[27] Bei den Reichstagswahlen 1893 bzw. 1898 erhielten im ersten Wahlgang die Konservativen nebst Anhang rd. 1,7 Mio. bzw. 1 Mio. Stimmen, das Zentrum mit Hospitanten rd. 1,9 Mio. Stimmen, der in NLP und Freisinn zerfallende Liberalismus 2,1 Mio. bzw. 1,9 Mio. und der Außenseiter SPD 1,8 bzw. 2,1 Mio. Stimmen. Das Urteil von Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Max-Weber-Gesamtausgabe, Bd. 15, S. 474, es existiere bloß „ein Parlament der Beherrschten mit negativer Politik gegenüber einer herrschenden Bureaukratie“ überspitzt die Lage.

während im Reich eine Majorität jenseits der Rechten aus den zuzeiten scharf konkurrierenden bürgerlichen Parteien von Liberalen und Zentrumskatholiken gefunden werden mußte.[28]
In den Protokollen spiegelt sich das neue Verhältnis zu den unter Bismarck als „Reichsfeinde" geschmähten Gruppierungen explizit wider; schon am 29. September 1890 werden Zentrum und Freisinn als Stützen Caprivis bezeichnet. Der linke Liberalismus, der sich über die Heeresvorlage 1893 in Richtersche Volkspartei und militärfreundlichere Freisinnige Vereinigung spaltete und später dem Landwirtschaftsprotektionismus, den Ausnahmegesetzen und der Flotte kritisch gegenüber stand, wurde auf individueller Ebene jetzt mit Orden und Titeln besser behandelt; bei Bestätigungen „agitierender" Freisinniger Richterscher Observanz als Wahlbeamte gab es jedoch noch mehrfach Konfrontationen. Über begrenzte Kontakte anläßlich der Caprivischen Handelsverträge ist das Verhältnis vor dem Bülow-Block nicht dauerhaft hinausgekommen.[29]
Zentral blieb im Reich fast immer die Haltung des Zentrums, da weder das in sich zerstrittene konservativ-nationalliberale Bismarck-Kartell noch die Opposition über die Mehrheit geboten. Eine regierungsinterne Analyse vor den Wahlen 1898 betonte deshalb dementsprechend, daß man das Zentrum gewinnen mußte, selbst für eine etwaige Änderung des Reichstagswahlrechts. Die „wachsende Machtstellung des Zentrums", so die Formulierung schon am 20. April 1895, blieb Grundtatsache. Im Mikrokosmos der katholischen Partei suchte man den agrarisch-adeligen rechten Flügel zu stärken, arrangierte sich beim BGB oder den Flottengesetzen, aber auch mit der bürgerlichen Honoratioren-Führung um Ernst Lieber, zumal nach Posadowskys Äußerung in der Sitzung am 22. November 1897, Protektionismus nur mit dem Zentrum durchzusetzen war.[30] Vielfache Reibungsflächen blieben allerdings bestehen – in Kulturfragen, im Militärbereich oder selbst noch bezüglich einer schärferen Polenpolitik, da das Zentrum aufgrund der gemeinsamen Konfession die Verbindung zu den Polen nicht ganz verlor und weithin als national unzuverlässig eingestuft wurde.[31] Häufig wurde in den Protokollen gefragt, wie das Zentrum zu einer Frage steht oder konstatiert, daß dies und jenes diese Partei verärgern könnte. Dies wurde z. B. am 8. bzw. 18. Mai 1896 deutlich, als das Zentrum sogar die Bedingung stellte, daß zum Abschluß der BGB-Beratung im Reichstag die Fortführung der Landtagssession nötig sei, weil dann die Doppelmandatare ihre Landtags-Diäten erhielten. Hohenlohe und die Ministermehrheit gaben dem nach, während andere Ressortchefs inklusive Boetticher das als gelinde Erpressung empfanden. Ein ähnliches Junktim gab es in der Sitzung am 11. Februar 1898 bezüglich der Gehälter von Landbriefträgern und einer Gehaltserhöhung für Reichsstaatssekretäre, was auf Miquels Wunsch um ein Jahr vertagt wurde. Die protestantisch-freikonservativ einzustufenden Minister (Goßler, Herrfurth, Schönstedt, Brefeld, Thielen) blieben wie ihre Kollegen zur Bismarck-Zeit kritisch gegen die Katholiken eingestellt, aber die Reichsvertreter Marschall, Hohenlohe oder Nieberding arbeiteten in der Regel mit dieser Mittelpartei. Die deutlichste Sprache spricht wohl der am 20. Dezember 1899 gefallene Satz, das Zentrum sei für Mittellandkanal bzw. Flottenvorlage zu gewinnen, denn „bei der gegenwärtig feindlichen Stimmung der Konservativen" könne ohne diese Partei „keine fruchtbare Politik im Reiche getrieben werden". Auch bei den Fragen Kolonialpolitik, Reichsfinanzen oder Militärstrafprozeßordnung bewahrheitete sich diese Einschätzung mehrfach, ohne daß man angesichts der

[28] Ph. Eulenburg schrieb 1896, „in Preußen konservativ und zugleich im Reiche liberal zu regieren – das ist die Aufgabe, die ohne Krach zu lösen nur ein sehr gewandter Kaiser mit einem sehr gewandten Kanzler fähig ist." Nur konservative Regierung führe zum „Hexentanz des gekränkten Liberalismus in Süddeutschland", Regieren „a là Caprivi" „auf der schiefen Ebene zur Republik." Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1696.

[29] Vgl. Sitzungen am 26.7.1890, TOP 6 (Orden) und am 8.10.1895, TOP 7 (freisinnige Abgeordnete werden Geh. Justizräte). Bestätigungskonflikte belegen die Sitzungen am 13.10.1892, TOP 8 und 6.10.1898, TOP 10; weitere Beispiele für die Ablehnung Freisinniger bei Spenkuch, Herrenhaus, S. 322. Zu Caprivis Verhältnis zum Freisinn vgl. Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 129.

[30] Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 451–453 (Denkschrift) und die Analyse bei Loth, Katholiken, S. 64 ff.

[31] Vgl. Sitzung am 6./7.11.1896, TOP 6, und die Aussage von Kriegsminister Goßler am 30.12.1897, TOP 2, das Zentrum sei militärkritisch sowie Miquels Satz am 9.10.1900, TOP 4, daß man die Katholiken für eine wirksame Anti-Polenpolitik gewinnen müsse. Vgl. Smith, Helmut W., German Nationalism and Religious Conflict: Culture, Ideology, Politics, 1870–1914, Princeton 1995, bes. S. 192 ff.

genannten sachlichen und personellen Reibungen die Zentrumspartei schon als Regierungspartei ansehen kann.
Dem Bedeutungsgewinn des Zentrums korrepondierte eine relative Krise im Verhältnis der Regierung zur Deutschkonservativen Partei, die sich wesentlich als Folge der engen Verknüpfung mit dem BdL bzw. dem Aufsteigen christlich-sozialer und antisemitischer Strömungen ergab. Der partiell anti-gouvernementalen Haltung der Partei ab 1893 standen aber nach wie vor gewichtige Gemeinsamkeiten mit der Regierung im Militärwesen, beim Kampf gegen die Sozialdemokratie und bezüglich grundlegender Verfassungsfragen gegenüber. Die prekäre Spannung zwischen der Stellung als traditioneller parlamentarischer Stütze der Monarchie und der Opposition gegen ein ihren Interessen zuwiderlaufendes Regierungshandeln spiegelte sich beim großen Streit um den Bau des Mittellandkanals darin wider, daß die konservativen „Kanalrebellen“ schon nach kurzer Disziplinierung in höhere Verwaltungsposten berufen wurden. Hans v. Dallwitz avancierte später gar zum Minister, Ernst v. Jagow zum Oberpräsidenten. Die Konservativen blieben Fleisch vom Fleische der Staatsbürokratie, in Preußen aufgrund des Dreiklassenwahlrechts stets strukturelle Mehrheits- und faktisch Regierungspartei, wenngleich in landwirtschaftlichen Interessenfragen eigensinnig.[32]
Bezüglich der Nationalliberalen kann eine Äußerung Wilhelms II. im Kronrat vom 17. März 1892 quasi als Motto dienen: „die Nationalliberalen von den Freisinnigen geschieden und durch das Kartell den Konservativen genähert zu sehen“ sei „ein großer Gewinn für die Politik gewesen“. Damals ging es um das Zedlitz’sche, dem Zentrum annehmbare Volksschulgesetz, dem die protestantisch ausgerichteten Nationalliberalen ihre Zustimmung verweigerten. Später versetzten die regierungsseitigen Versuche, sie für Anti-SPD-Gesetze zu gewinnen, die Partei in inneren Zwist. Gemäß ihrer rechtsstaatlichen Tradition stimmte sie aber doch mehrheitlich gegen die Einschränkungen des Versammlungsrechts und Ausnahmebestimmungen in der Umsturz-Vorlage, der preußischen Vereinsgesetz-Novelle und der Zuchthausvorlage. Auch für die anschließende Sammlungspolitik Miquels konnte die Partei der „Marinefreunde“ wegen ihrer regionalen, sozialen und programmatischen Vielfalt und der Interessengegensätze zu den konservativen Seniorpartnern nicht zur Gänze vereinnahmt werden. Jenseits aller antisozialdemokratischen Sammlungsparolen stellt eine gründliche Analyse seit den Wahlen von 1898 nämlich zunehmende gesamtliberale und abnehmende konservativ-nationalliberale Wahlbündnisse fest.[33]
Die zentrale innenpolitische Herausforderung des Kaiserreichs bildete spätestens seit der zweiten Hälfte der 1890er Jahre der Aufstieg der Sozialdemokratie. Die Integration ihrer Wähler wie der Arbeiter überhaupt wurde mit dem zeitweiligen sozialpolitischen Attentismus nicht nur nicht weiter befördert, sondern mit den drei genannten Ausnahmegesetzen zusätzlich erschwert. Der Aspekt der Abwehr der SPD durchzog nun die Gewerbepolitik einschließlich der Reaktion auf Streiks, die Haltung gegenüber Subalternbeamten und Wehrpflichtigen, das Schulwesen (Fall Singer) und Hochschulfragen (Fall Arons, sozialistische Studenten), die Pressepolitik und das Thema Kommunalwahlrecht. Eine auch in anderen Sachfragen merkliche preußisch-(süd)deutsche Unterschiedlichkeit in politischer Konfrontation drückte sich in der am 13. Juni 1899 protokollierten Bemerkung aus, in Württemberg und den Hansestädten würde der SPD gegenüber eine „zu laxe“ Haltung eingenommen.[34]
Die Schwierigkeit, im Reichstag Mehrheiten für Gesetzentwürfe zu finden, verliehen beim Kaiser, bei Militärs wie Waldersee und bei einigen konservativen Spitzenbeamten wie Innenminister v. d.

[32] Vgl. Retallack, James, Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876–1918, Bosten 1988, S. 91 ff. und Sitzungen am 28.8.1899, TOP 1 und 20.12.1899, TOP 5 (Kanalrebellen).
[33] Vgl. Sitzungen am 6.5.1895, TOP 2, 25.3.1896, TOP 5, 9.4.1897, TOP 1 und 14.4.1897, TOP 3 sowie 29.7.1897, TOP 3. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 278 ff. Pohl, Karl Heinrich, Liberalismus und Bürgertum 1880–1918, in: L. Gall (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, konstatiert S. 286: „Über Preußen wissen wir bislang wenig“ (außer einem Aufsatz Hellmut Seiers).
[34] Vgl. Sitzung am 13.6.1899, TOP 1 und Spenkuch, Hartwin, Vergleichsweise besonders? Politisches System und Strukturen Preußens als Kern des „deutschen Sonderwegs“, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 262–293.

Recke der Idee Virulenz, ein ungleiches Reichstagswahlrecht zu oktroyieren. Die Forschungsliteratur hat sich mehrfach damit beschäftigt, aber zuletzt mit Recht betont, daß ein solcher Oktroi per Staatsstreich doch keine Option für Normalzeiten darstellte, da schon im Staatsministerium kaum Mehrheiten dafür eintraten, die Bundesstaaten dagegen votierten (etwa im Oktober 1894) und Rechtsstaatlichkeit, Verwurzelung des Reichstags(wahlrechts) in der politischen Kultur wie außenpolitische Situation dagegen sprachen. Nach 1900 war an gewaltsam durchgesetzte Wahlrechtsänderung nicht mehr ernsthaft zu denken, aber die Auflösung des Reichstags wurde davor – wie 1893 wegen der nicht akzeptierten Heeresvorlage – für den Fall der Ablehnung der Flottenvorlage gemäß Protokoll noch zweimal erwogen und ist ja 1906 tatsächlich erfolgt.[35]

Im Verhalten gegenüber den Parlamenten gab es neben der immerhin eine gewisse Einschüchterungswirkung ausübenden Auflösungsdrohung weitere Kontinuitäten aus der Bismarck-Zeit. So kam man regierungseitig auch in den 1890er Jahren Resolutionen und Initiativgesetzentwürfen von Landtag und Reichstag vielfach nicht nach, eine Haltung, die sich grundlegend erst im Weltkrieg änderte. Die Beispiele von Zurückweisung parlamentarischer Wünsche erstreckten sich vom Vereinsrecht über die Zulassung katholischer Orden, Militär- und Beamtenfragen bis zu Diäten und Reisekostenersatz für die Abgeordneten selbst. Weiterbestehende Reserven gegenüber den Wahlkörpern finden sich auch in Details wie beim Hausherren-Recht des Reichstagspräsidenten und in dem ihm gegebenen Tadel, weil er den Bundesratsbevollmächtigten Minister Brefeld verbal gemaßregelt hatte, oder der bewußten Vorenthaltung von Sachinformationen. Schließlich belegen die ausdrücklich postulierte Rückbindung der sachlichen Zusagen von Staatssekretären oder Ministern im Reichstag an die Zustimmung des Staatsministeriums bzw. des Bundesrats wie die mehrfach protokollierte dezidierte Ablehnung von Kompetenzüberschreitungen und „Hineinregieren nach Preußen“, daß die Frontstellung der Regierung gegen das Reichsparlament keineswegs a limine aufgegeben worden war.[36]

Ein Unterschied zwischen Reichs- und Landtag mag darin gefunden werden, daß man sich der Nationalrepräsentation gegenüber nicht gleich schweigsam verhalten konnte, wie gegenüber der preußischen Vertretungskörperschaft, deren Wünsche herkömmlicherweise dann unbeantwortet blieben, wenn sie sich auf Etatgestaltung oder Gesetzentwürfe bezogen. Aus der am 5. November 1897 protokollierten Aussage Hohenlohes und Posadowskys, daß im Reichstage anders als in Preußen auf Resolutionen, die sich auf Gesetzentwürfe beziehen, stets geantwortet würde, dürfte dies zu schlußfolgern sein. Der Reichstag besaß ja frühzeitig ein größeres Prestige und Gewicht als das Dreiklassenparlament, und so ließ sich die Ordre Wilhelms II. vom 2. Mai 1889, daß vor jeder Beteiligung von Regierungsvertretern an Beratungen über parlamentarische Initiativgesetzentwürfe die Genehmigung des Monarchen einzuholen sei, in der Praxis nicht durchhalten.

Eine zu optimistische (Fehl-)Perzeption der parlamentarischen Lage im Staatsministerium läßt sich bezüglich beider Parlamente erkennen; man erhoffte und erwartete Zustimmung selbst dort, wo realistischerweise nur geringe Aussichten auf Annahme eines Gesetzentwurfs in der gewünschten

[35] Zechlin, Staatsstreichpläne; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 628 f. (Reckes Pläne); Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 199 ff.; Rauh, Manfred, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973, S. 134–139; Röhl, Wilhelm II., S. 945–953, Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 456–458; Anderson, Practising Democracy, S. 244 ff. und 422 ff.; Sitzungen am 26.1.1897, TOP 2 (nach der Wilhelm II. gegenüber Waldersee äußerte, „Sie hätten mal die Gesichter der Herren sehen sollen“ zum Vorschlag gegen die SPD vorzugehen) und TOP 7, 23.2.1898, TOP 1 und 20.12.1899, TOP 6; vgl. Loth, Katholiken, S. 66. Allerdings verweist Ritter, Gerhard A., Die Reichstagswahlen und die Wurzeln der deutschen Demokratie im Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift Bd. 275 (2002), S. 399 darauf, daß Sachsen 1896 handstreichartig das Wahlrecht änderte.

[36] Vgl. u. a. Sitzungen am 18.11.1896, TOP 4 und 6.1.1898, TOP 2 (Landtags-Resolutionen); 8.6.1892, TOP 1 (Militärfagen); 15.9.1892, TOP 5 (Kompetenzüberschreitung); 11.6.1894, TOP 4 (Wahlrecht); 11.10.1895, TOP 8 (Diäten); 29.1.1896, TOP 4 (Quebrachozoll); 25.3.1896 (Holzungen); 1.10.1897, TOP 1 (Berufsvereine); 18.12.1897, TOP 9 (Psychiatriegesetz); 15.1.1898, TOP 2 und 1.7.1899, TOP 9 (Reichstagspräsident); 13.2.1897, TOP 8 und 15.1.1898, TOP 1 (Informationsstopp); 15.1.1898, TOP 1 und 28.10.1899, TOP 2 (Zusagen im Reichstag).

Form bestand. Dies läßt sich als Folge der Trennung zwischen Spitzenbürokraten und parlamentarischem Betrieb deuten.[37]

Zu den übergreifenden Streitfragen hinsichtlich der 1890er Jahre, nämlich inwieweit die politische Mobilisierung im preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat mit den Begriffen obrigkeitlich initiierte Sammlungspolitik oder gesellschaftlich beförderte Parlamentarisierung treffend beschrieben ist, liefern die Protokolle nicht allzu viele direkte Hinweise, zumal in ihnen die gesellschaftlichen Prozesse und Diskurse nur marginal vorkommen, aber einige Bemerkungen aus der Perspektive „von oben" sind doch angebracht.

Hinsichtlich der früher als erfolgreiche Manipulationsstrategie gedeuteten Sammlungspolitik haben die mehrseitig dagegen vorgebrachten Einwände gute Begründung in den Quellen. Weder sind Miquels Konzept (das er in einem Brief schon am 6. März 1890 äußerte) der „kleinen Sammlung" von Landwirtschaft und Industrie gegen die Sozialdemokratie und die „große Sammlung" von Tirpitz' bzw. Bülow, also der Versuch, mit Flottenbau und Weltpolitik die wilhelminische Gesellschaft zu einen und Deutschland global zu etablieren, genetisch oder taktisch zwei gleichgerichtete Stücke eines „Grand Design" noch können die Widersprüche und Zielkonflikte der beiden Ideensets in der Praxis übersehen werden. Industrie und Mittelstand, Großlandwirtschaft und Flottenfreunde waren nicht leicht unter einen Hut zu bringen. Der an der Intention gemessene Mißerfolg stellte sich jedoch praktisch als Teilerfolg dar, denn die mühsam gefundenen Kompromisse in der Flotten- und Zollfrage bedeuteten funktional eine Stabilisierung, die sich in der Popularisierung des Flottengedankens wie der Welt(macht)politik, der Zolltarif-Mehrheit von 1902, der Neuformation der politischen Landschaft und der partiellen Annäherung von Zentrum, ja Freisinniger Vereinigung an die diversen „nationalen Belange" ausdrückte.[38]

Ein zweiter Punkt sei betont: Sowohl die Veränderung in der parlamentarischen Konstellation wie Flotten-, Kolonial- und Welt(macht)politik waren „von oben", von den Kabinetten Caprivi und Hohenlohe, eingeleitet und befördert. Caprivi hielt einen Fundamentalkonflikt mit dem Reichstag für den Ruin des Reiches, zumal außenpolitisch, und Hohenlohe sah sich gar als Garanten der Reichseinheit, speziell gegen preußischen wie süd(west)deutschen Partikularismus. Beider Versöhnungspolitik, deren Öffnung jedenfalls zum Zentrum allerdings schon durch die Reichstagswahlergebnisse erfordert wurde, feindete man von Seiten des Kaisers nebst Entourage, von Ministern/Spitzenbeamten und preußisch-konservativer Gruppierungen an. Daraus ergaben sich die meisten politischen Krisen 1892–1899. Diese Konstellation war labil und historisch prägend, weil die Parteien zwar Mitsprache, aber nicht Mitverantwortung gewannen. Wohl war das nationalliberal-freikonservative Bürgertum für Flotte, Kolonien und imperiales Ausgreifen empfänglich bis enthusiastisch. Aber Wirkungsmacht gewannen diese Sentiments eben erst durch das Bestreben von Wilhelm II., Bülow und Tirpitz Welt- und Flottenpolitik sowie von Miquel, bürgerliche Sammlungspolitik zu betreiben, um, wie der Finanzminister in der Sitzung am 22. November 1897 äußerte, ältere (innen)politische Gegensätze durch außenpolitische Fragen zu überlagern und national zu einen.

---

[37] Vgl. Sitzungen am 5.11.1897, TOP 6, Bl. 184v–185 und am 30.4.1889, TOP 2 mit Anm. Zur Haltung gegenüber Initiativgesetzentwürfen vgl. das Memorandum des Bürodirektors Schröter v. 6.10.1894, in: Rep. 90, Nr. 196, Bl. 171–173. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 529, spricht beim gleichfalls zu optimistisch eingeschätzten Wahlrechtsreformversuch 1910 gar von „bürokratischem Autismus" der Regierung.

[38] Leibenguth, Modernisierungskrisis, Anhang, S. 215 (Miquel 6.3.1890). Nicht erst Eley, Geoff, Sammlungspolitik, Sozialimperialismus und das Flottengesetz von 1898 [1974], in: Ders., Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991, S. 99–143, bes. S. 139 ff., hat Widersprüche in der Sammlungspolitik benannt, schon Stegmann, Dirk, Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz. Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890–1897, in: I. Geiss u. a. (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 161–184 tat dies. Jüngste Problematisierung: Bönker, Dirk, Maritime Aufrüstung zwischen Partei- und Weltpolitik. Schlachtflottenbau in Deutschland und den USA um die Jahrhundertwende, in: J. Heideking/R. Fiebig-v. Hase (Hrsg.), Zwei Wege in die Moderne, Trier 1998, S. 231–259, bes. S. 244 f. Vgl. Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich, S. 93 f.

So verschränkten sich – zumal aufgrund der gegebenen Strukturen – die negativen Stränge gegenseitig: Die Regierung konnte zwar ihre Konzeption vorantreiben, aber nicht ohne Rücksicht auf Parlamente wie öffentliche Meinung, und die Parteien konnten (re)agieren und Einfluß nehmen, aber ohne politische Verantwortung, etwa gar auf Ministerposten. Die Problematik bestand gerade darin, daß Aufbruch und Beharrung neben- und gegeneinander standen, und die Interaktion die negativen Aspekte verstärkte. Ähnliches gilt bei diversen Sachfragen. So begannen sich die Reichsinstitutionen zu emanzipieren, aber standen unter dem Einfluß des konservativen Preußen; die vergleichsweise vorbildliche Sozialpolitik wurde fast durchgängig von Aktionen mit antisozialdemokratischen Spitzen konterkariert; gesellschaftliche Initiativen von Beamtenvereinigungen über wirtschaftliche Verbände und „nationale" Vereine bis hin zu modernen Kunstströmungen breiteten sich aus, aber wurden durch den verfassungsmäßig-systemisch gesetzten Rahmen geprägt und fast regelmäßig durch quellenmäßig belegbare Regierungsinterferenz verformt.[39]

Insgesamt scheint deshalb ein Fazit wie das von Geoff Eley, um 1900 habe aufgrund der Erfolge wie BGB und Flottenvorlagen bzw. des Mißerfolgs der drei Anti-SPD-Vorlagen, eine „practical stabilization of parliamentary forms, which rendered the operation of the political system (...) indistinguishable from a situation defined by a constitution that was officially more strongly parliamentary" geherrscht, unzureichend.[40]

Treffender scheint für diesen Problemkreis die Sicht Thomas Kühnes, wonach die Regierung selbst in der Defensive (wie besonders nach 1909) noch große Blockademacht besaß. Denn die dualistische Konstruktion besonders im Reich erforderte, daß immer beide Seiten den geplanten Veränderungen zustimmten. So hatte der Reichstag eine starke Position bei Reichsfinanzen und BGB, Flotte und Kolonien – insgesamt bei Veränderungen des Status quo –, die Regierung bei Verfassungsfragen und Vereinsrecht, Militärwesen und Beamtenrecht, insgesamt bei verfassungsmäßig fixierten Bereichen.[41]

Ein zentrales Problem bildeten dabei die unterschiedlichen Mehrheiten in den beiden wichtigsten Parlamenten: Im Landtag gab es eine „eingebaute" deutschkonservativ-freikonservative Mehrheit, im Reichstag reichten diese beiden Gruppierungen selbst unter Einschluß aller Rechtsliberalen nicht zur Majorität, so daß faktisch keine Gesetzgebung gegen das Zentrum – nebst Anhang mit rd. $^1/_3$ aller Sitze versehen – zustandekam. Zudem existierte ein kulturpolitisch begründeter Gegensatz zwischen (National-)Liberalen und Zentrum, der zu überwinden war, sollten Erfolge wie das BGB erzielt werden. Deshalb hatten Caprivi wie Hohenlohe im Reich das Zentrum zu gewinnen und konnten die Konservativen Preußens nicht ganz verprellen. Insoweit sorgten die politischen Verhältnisse Preußens stets für Komplizierung. Nur durch Mitte-Links-Mehrheiten in Preußen wäre das Regieren im Reich leichter geworden, aber die preußischen Minister konnten sich nicht zu einer Wahlparole gegen die Konservativen entschließen, und als sie 1899 bei der Kanalkrise fast bereit dazu waren, scheute Wilhelm II. vor dieser Konfrontation zurück. Denn, so Hohenlohe Ende August 1899 zu seinem Sohn, wie sollte Wilhelm II. „mit einem liberalen Ministerium auskommen?"[42] Damit ist schon eine wesentliche Dimension des Preußen–Reich-Verhältnisses berührt.

---

[39] Meisner, Heinrich Otto, Der Reichskanzler Caprivi, Darmstadt 1969, S. 27; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 474. Daß obrigkeitliche Interferenz selbst tendenziell regierungskritische Massenbewegungen beeinflußte und prägte, ist seit Chickering, Roger, We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914, London 1984, bes. S. 188–190, 206, 302 unzweifelhaft. Ähnliches stellten Föllmer, Moritz, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation, Göttingen 2002, S. 42–45, und im Kulturbereich Müller-Dreier, Armin, Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs. Der Evangelische Bund 1886–1914, Gütersloh 1998, S. 552 f., fest.

[40] Eley, Geoff, The Social Construction of Democracy in Germany, 1871–1933, in: G. R. Andrews/H. Chapman (Hrsg.), The Social Construction of Democracy, 1870–1990, New York 1995, S. 90–117, S. 105 (Zitat).

[41] Butzer, Hermann, Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag, Düsseldorf 1999, S. 333, betont, daß auch das Diätengesetz 1906 zwar von den Parteien lange gefordert, letztlich aber von Bülow und Posadowsky durchgesetzt wurde.

[42] Kühne, Thomas, Die Jahrhundertwende, die „lange" Bismarckzeit und die Demokratisierung der politischen Kultur, in: L. Gall (Hrsg.), Otto von Bismarck und Wilhelm II. Repräsentanten eines Epochenwechsels?, Paderborn 2000, S. 85–118; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 523 (25.8.1899) und Retallack, Notables of the Right, S. 137. Die

Das große Thema **Preußen–Reich-Verhältnis** besitzt nach der edierten Quelle drei miteinander verschränkte Dimensionen. Einmal geht es um die Stellung der Bundesstaaten zu Sachproblemen im Bundesrat, dann das Verhältnis der Staatsminister zum Reich und zwischen preußischen Ressorts bzw. Ministern und Reichsämtern bzw. Reichsstaatssekretären, sowie schließlich um die grundlegenden Tendenzen zur Verreichlichung und damit implizit der Beförderung der Parlamentarisierung, die insbesondere vom Reichsparlament ausgingen.

Bezüglich der ersten Dimension ist festzustellen, daß in den Protokollen die zentralen Fragen, die den Bundesrat 1890–1900 beschäftigten und auch in der Literatur behandelt sind, vielfach auftauchen: Vereinsrecht, Gewerbeordnung, Lippischer Thronfolgestreit und Militärstrafgerichtsordnung. Hierbei wachten die Bundesstaaten über ihre Interessen, und Preußen hatte die Balance zwischen faktischer Vormachtstellung und Rücksicht auf die Mittelstaaten zu wahren. Letzteres trat nicht nur bei der Militärstrafgerichtsordnung zutage, wo Preußen einen bayerischen Senat akzeptieren mußte, um Bayern dafür zu gewinnen, sondern auch bei Steuerfragen, wie etwa bei der Branntweinsteuer. Ob die Süddeutschen hierbei Vorteile genossen, wie im Staatsministerium bedauernd behauptet wurde, ist hier nicht zu entscheiden. Die Aussage erhellt aber die mentale Disposition unter den preußischen Ministern. Öffentlich sollten indessen gegen den zweitgrößten Bundesstaat möglichst keine Bundesratsmehrheiten entstehen, was die Ministerrunde veranlaßte, sich bei einer Teilfrage im Lippischen Thronfolgestreit des Drucks auf die norddeutschen Kleinstaaten, die eine Mehrheit für Preußen ergeben hätten, zu enthalten. Eher wurden bundesstaatliche Wünsche, deren Erfüllung preußische Interessen allzu sehr beinträchtigt hätten, schon intern und im Vorfeld abgeblockt; so etwa der Vorstoß Bayerns, eine reichische Erbschaftssteuer zur Finanzierung der Flottenvorlage in Aussicht zu nehmen.[43]

Wo die Bundesstaaten auf ihren Rechten insistierten, dokumentieren ferner die sechs (im Staatsministerium behandelten) Fälle, bei denen Preußen im Bundesrat überstimmt wurde bzw. majorisiert zu werden drohte. Einmal wurde ein Antrag als nicht mehrheitsfähig zurückgezogen; zweimal ging es quasi um Reservatrechte, nämlich die Notenprivilegien Badens bzw. Württembergs; dreimal setzten außerpreußische Bundesstaaten eine etwas weniger strikte Regelung im Rechts- bzw. Gewerbebereich durch. Bei den umstrittenen Zwangsinnungen fanden Preußen und die süddeutschen Staaten im Bundesrat einen Kompromiß.

Zwei weitere Protokollaussagen deuten einen Bedeutungsverlust des Bundesrats gegenüber den Reichsorganen an. In der Sitzung am 3. Juli 1896 äußerte Boetticher bedauernd, daß die Bundesratsausschüsse nun häufig eine (aus dem Reichstag eingekommene) Materie einfach dem Reichskanzler zur Stellungnahme überwiesen, ohne sich selber schlüssig zu werden. Und am 26. Januar 1895 wurde konstatiert, daß Präsidialanträge größeres öffentliches Ansehen genössen als preußische Anträge. Dies korrespondiert mit dem bekannten Literaturbefund, daß Präsidialanträge im Bundesrat zunahmen, ja dominierten. Allerdings ergab eine Anfrage Caprivis anläßlich der Niederlegung des Ministerpräsidentenamtes, daß schon von 1884 bis März 1892 nur 25 preußische und 296 Präsidialanträge (d. h. solche der Reichsverwaltung) im Bundesrat gestellt wurden. Das

„unverwechselbare Kontur“ von gesellschaftlicher Partizipationsforderung und Pluralisierung bei blockierter Modernisierung der Herrschaftsordnung und unvollendeter Parlamentarisierung konstatierte jüngst Langewiesche, Dieter, Politikstile im Kaiserreich. Zum Wandel von Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter des ‘politischen Massenmarktes’, Friedrichsruher Beiträge Bd. 18, Friedrichsruh 2002, S. 28.

[43] Vgl. Sitzungen am 20.5.1897, TOP 1, 14.10.1897, TOP 4, 5.11.1897, TOP 7 und 15.2.1898, TOP 2 (Militärstrafgerichte); 16.11.1892, TOP 2 und 13.11.1895, TOP 3 (Branntweinsteuer); 18.11.1898, TOP 1 (Lippe); 5.2.1900, TOP 3, 14.3.1900, TOP 5 und 3.4.1900, TOP 3 (Erbschaftssteuer). Kleinlicher Ressortstandpunkt wurde in der Sitzung am 11.10.1895, TOP 7, offenkundig, wo es um die Aufteilung der Kosten für Grenzgendarmen ging; dabei (und erneut in der Sitzung am 23.9.1908, TOP 5) konnten sich die Reichsvertreter knapp durchsetzen.

verhinderte jedoch nicht, daß das Staatsministerium regelmäßig die Abgabe der 17 preußischen Bundesratsstimmen festlegte und damit die Reichsverwaltung kontrollieren konnte.[44]

Die vor wie nach 1890 reservierte Haltung des Staatsministeriums gegenüber dem Reich wird verschiedene Male deutlich. Die preußisch-landesrechtlichen Vorbehalte gegenüber dem BGB wurden bereits oben genannt. Der Vorstoß von fünf Ministern Ende 1894, die Verwaltung des Nord-Ostseekanals nicht einer Reichs-, sondern einer preußischen Behörde zu übertragen, der nur durch die Stimme von Staatssekretär Marschall abgewehrt wurde, ist ein weiteres instruktives Beispiel dafür.[45]

Relativ wenig Beachtung fand bisher ein Vorgang, der formal verbrämt doch den Versuch darstellte, die Tendenz zur Verreichlichung dauerhaft einzudämmen, ja umzukehren. Die Rede ist von der mit Votum vom 15. Mai 1895 gestarteten Initiative des bekanntermaßen starken und taktisch versierten Johannes Miquel, die darauf abzielte, dem Finanzminister wie bis 1880 eine entscheidende Mitwirkung bei der Aufstellung des Reichsetats zu ermöglichen. Die Ursache für den Vorstoß lag rund 15 Jahre zurück. 1879 hatte Bismarck angeordnet, daß der Reichsetat ab 1881 ohne vorgängige entscheidende Mitwirkung des preußischen Finanzministers im Reichsschatzamt aufzustellen sei; einen Widerpruch von Minister Bitter wischte Bismarck kurzerhand vom Tisch. Ein erster derartiger Vorstoß Miquels schon 1890/92 wurde auf Betreiben Caprivis nicht weiter verfolgt.[46]

1895 versuchte es Miquel erneut. Um Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ressorts im Bundesrat, Ungleichbehandlungen wie differierende Beamtenvergütungen und v. a. Schwierigkeiten im preußischen Budget, die aus Rückwirkungen reichischer Etatansätze entstehen könnten, zu verhindern, verlangte er, daß die jährlichen Mehrforderungen des Reichsetats ihm gleichzeitig mit dem Reichsschatzsekretär gemeldet werden sollten und die Bewilligung von einem Staatsministerialbeschluß abhängig zu machen sei. Ferner reklamierte er für die preußischen Bundesratsbevollmächtigten in den Bundesratsausschüssen „eine diskretionaire Befugnis hinsichtlich ihrer Stimmabgabe“.

Seine entschiedene und überaus deutliche Antwort vom Juni 1895 ließ Hohenlohe von Staatssekretär Marschall verfassen. Darin bestritt dieser wirkliche Mißstände, denn bei großen Fragen werde der Finanzminister rechtzeitig informiert, während umgekehrt Preußen „selbst bei den einschneidensten Maßnahmen fast immer von einer Beteiligung der Reichsverwaltung absieht“. Miquels Antrag bedeute „eine wesentliche Schwächung des Reichskanzlers als der obersten Reichsbehörde und eine Stärkung aller partikularistischen und dezentralisierenden Elemente (...) in den größeren Einzelstaaten. (...) Wenn der Reichskanzler nicht mehr ohne Mitwirkung des preußischen Finanzministers mit den ihm untergebenen Reichsressorts über neue Etatsanforderungen verhandeln könnte, würde er in eine verfassungswidrige Abhängigkeit von der preußischen Finanzverwaltung geraten“. Im Entwurf hieß es noch, der Reichskanzler würde „gleichsam

[44] Vgl. Sitzungen am 27.2.1894, TOP 10 (Schulvorbildung von Ärzten und Apothekern); 25.3.1896, TOP 7 und 7.3.1900, TOP 4 (Notenprivilegien Württembergs bzw. Badens); 3.11.1895, TOP 3 (Verkaufsverbot für Konsumgenossenschaften an Nicht-Mitglieder); 19.1.1897, TOP 2 (Staatshaftung bei Grundbuchordnung); 18.12.1899, TOP 4 (Anlegung der Rücklagen der Unfallversicherung). Anders als Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, S. 49 ausführt, datiert die letzte Niederlage Preußens also nicht vom März 1896. Vgl. Sitzungen am 29.10.1895, TOP 6, 31.12.1896, TOP 7 und 2.2.1897, TOP 5 (Zwangsinnungen). Die Zitate lt. Sitzungen am 26.1.1895, TOP 2 und 3.7.1896, TOP 5. BArch, RK, Nr. 359a (Statistik der Präsidialanträge); Druck der Tabelle bei Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 87.

[45] Vgl. Sitzungen am 26.1.1895, TOP 3 und 7.1.1896, TOP 7 (BGB) sowie am 21.12.1894, TOP 1 und Rauh, Parlamentarisierung, S. 44 (Kanalbehörde).

[46] Vorgang erwähnt bei Rauh, Parlamentarisierung, S. 46, kurz geschildert bei Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 438–440; Hohenlohes Entgegnung gedr. in: Denkwürdigkeiten, S. 67–71. Der Votenwechsel 1895 in: BArch, RK, Nr. 236, Bl. 7 ff.; ebd., Bl. 18–20 Bismarcks Antwort an Bitter v. 8.8.1881 (abschriftl.). Bismarcks Ordre in der Konferenz der Reichsstaatssekretäre v. 9.4.1879 gedr. bei: Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 256 f.

zum Unterstaatssekretär des Finanzministers herabsinken“, und in seinem Tagebuch notierte Marschall dazu: „Das fehlte noch“.[47]
Auch Boetticher widersprach Miquel, da doch meist in Preußen ausgebildete Beamte des Reichsschatzamtes die Etatfragen bearbeiteten. Eine „Superrevision“ des Reichsbudgets durch das preußische Finanzressort sei unzumutbar, auch gegenüber anderen Bundesstaaten. Kriegsminister Bronsart machte obendrein geltend, daß der gewünschte Vorrang Miquels nicht nur den Kriegsminister hinsichtlich des preußischen Heereskontingents zurücksetze, sondern auch die Kommandogewalt des Monarchen in Militärfragen beeinträchtige und wohl niemals die Billigung Wilhelms II. fände. Alle drei Gegenvoten wollten allerdings den preußischen Staatsministern genügend Zeit einräumen, um noch vor dem oder spätestens im Stadium der Bundesratsverhandlungen Einwendungen erheben zu können. Der durch Philipp Eulenburg informierte Monarch billigte umgehend mündlich den Standpunkt Hohenlohes.[48]
Angesichts dessen wie der massiven Einwände der Ressortchefs verzichtete Miquel mit Votum vom 4. Oktober 1895 auf Weiterverfolgung seines Vorstoßes, freilich nicht ohne zu betonen, daß unterschiedliche Meinungen preußischer Ressortvertreter im Bundesrat dem Reichsgedanken schadeten und Preußen „sehr wohl befugt“ sei, „vor den übrigen Bundesstaaten, einschließlich Bayerns, eine bevorzugte Stellung einzunehmen“.
Die ganze Episode belegt augenfällig, daß die Verreichlichung seit den 1890er Jahren in personeller Hinsicht von den Kanzlern – nicht nur Caprivi und Hohenlohe, sondern, wie die Vorgeschichte von 1879 belegt, selbst Bismarck in seiner „reichsfreundlichen“ Phase – getragen wurde. Kanzler und Staatssekretäre waren hier und meist auch sonst stete Anwälte des Reichsgedankens; selbst aus Preußen stammende Männer wie Posadowsky und Tirpitz, später auch Bülow, stellten im Reichsdienst etwaigen preußischen Partikularismus hintenan. Ein kleines Indiz findet sich ferner auf sprachlicher Ebene; 1895/96 wurde erstmals im Protokolltext der unter Bismarck verpönte Begriff „Reichsregierung“ gebraucht.[49]
Damit ist die Ebene des Verhältnisses von Staatsministern und Staatssekretären berührt. Die Protokolle lassen diesbezüglich verschiedene Stationen und Facetten aufscheinen. Schon vor der Trennung von Ministerpräsidenten- und Reichskanzleramt 1892–1894, die zusätzliche Komplizierung bedeutete, kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern von Reichsämtern und preußischen Ressorts im Bundesrat, so etwa zwischen den Unterstaatssekretären Meinecke (Finanzministerium) und Aschenborn (Reichsschatzamt). Mit Schreiben vom 7. Mai 1891 erklärte Caprivi dies bei Detailfragen in den Bundesratsausschüssen für unbedenklich, aber appellierte an die Minister bei „Bedenken von grundsätzlicher Bedeutung oder von politischer Tragweite“ gegen Reichsvorlagen die Meinung des Staatsministeriums einzuholen. Dies verhinderte nicht weitere Streitfälle, und Ministerpräsident Eulenburg erklärte zu Beginn der Sitzung vom 26. Mai 1894 eine sachlich weniger bedeutende zur Grundsatzfrage. Caprivi hielt es für praktisch kaum möglich, daß das Staatsministerium stets jede Detailfrage vorab regele, gab aber insofern nach, als er mit Erlaß vom 5. Juli 1894 bestimmte, daß die Reichsämter mit den Ministerien künftig ohne Einschaltung des preußischen Außenministers und Ministerpräsidenten (wie im Erlaß Bismarcks vom 25. Mai 1885 bzw. im Staatsministerialbeschluß vom 1. Juni 1885 angeordnet) in Verbindung treten dürften. Die Bundesratsbevollmächtigten sollten jedoch vor einem förmlichen Bundesratsbeschluß die Meinungsbildung im Staatsministerium herbeiführen.[50]

[47] Zitate nach BArch, RK, Nr. 236, Bl. 31v und Bl. 33v. Der Entwurf gedr. in: Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 69. Marschalls Tagebuch lt. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1500, Anm.

[48] Votum Boettichers v. 11.6.1895 in: BArch, RK, Nr. 236, Bl. 54 ff.; Votum Bronsarts v. 16.6.1895, ebd., Bl. 60. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 70 f. (Bericht Ph. Eulenburgs über Wilhelms II. Haltung).

[49] Votum Miquels v. 4.10.1895 in: BArch, RK, Nr. 236, Bl. 65. In den Staatsministerialprot. gibt es folglich keinen expliziten Niederschlag der Frage; vgl. Sitzung am 6./7.11.1896, TOP 1 mit Anm. Eine Prägung durch das Ressort betont auch Bonham, Gary, Ideology and Interests in the German State, New York 1991, S. 375 ff. Begriff Reichsregierung: Sitzungen am 25.3.1895, TOP 6, Bl. 89 (Brefeld) und 3.5.1896, TOP 5, Bl. 64v (Boetticher).

[50] Vgl. Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 319–321 und BArch, RK, Nr. 359a, Bl. 13 f. (Caprivi 1891); Sitzungen am 15.3.1897, TOP 2 und 30.12.1897, TOP 4 (weitere Streitfälle).

Beide Vorgänge belegen, daß die Reichsämter bei ihren Vorlagen auf einen Beschluß im Staatsministerium angewiesen blieben. Dafür sprechen in den Protokollen insbesondere die vielfachen Tagesordnungspunkte, die die Instruktion der preußischen Stimmen im Bundesrat betrafen. Es sei daran erinnert, daß das Staatsministerium auch die Handelsverträge, die (versuchte) Reichsfinanzreform und die diversen Militärvorlagen billigen mußte, und aus Preußen gerade wichtige Initiativen der 1890er Jahre wie Berlepsch' Sozialpolitik, die Zollrevision, die antisozialdemokratischen Vorlagen oder die landwirtschaftsprotektionistischen Maßnahmen stammten, der Hegemonialstaat also hinsichtlich der Reichsangelegenheiten direkt wie indirekt belangvoll blieb. Selbst im Bundesrat verblieb der Vorsitz der Ausschüsse für Finanzen, für Justiz, für Eisenbahnfragen wie auch für das Landheer den preußischen Ministern. Die in der Literatur als Beleg für die Verreichlichung angeführte geringere Beteiligung preußischer Beamter im Bundesrat von 1913 im Vergleich zu 1890 resultierte folglich primär aus der Zeit nach 1900.[51]

Drei Ansatzpunkte für die Verreichlichung gab es nun allerdings schon vor 1900, nämlich in formaler, personeller und sachlicher Hinsicht.
Als Folge der Sitzung am 11. November 1896 (TOP 4) gingen Einladungen zu Staatsministerialsitzungen seitdem direkt an die Reichsstaatssekretäre, sofern Fragen beraten wurden, bei denen sie die Initiative ergriffen hatten. Bei anderen Materien konnte der Reichskanzler die Zuziehung von Staatssekretären veranlassen, und die Amtsinhaber taten dies auch. Zudem gewannen Reichsstaatssekretäre von preußischen Ressorts zwei Ausschußvorsitze im Bundesrat hinzu, nämlich Handel (Reichsamt des Innern) und – im Gefolge der Sitzung vom 2. Mai 1899 – Rechnungsprüfung (Reichsschatzamt). In Reichsbelangen wenig involviert waren hingegen die Minister für Handel, Landwirtschaft, Kultus und Inneres, nicht zufällig jene Ressorts, deren Chefs bis 1918 häufig als hartnäckige Vertreter preußisch-partikularer Standpunkte auftraten. Dies bedauerte ein Memorandum des Reichsamts des Innern 1911 mit dem Nachweis, daß die Kultusminister ab 1889, Miquel ab 1894 und der Innenminister ab 1904 nicht mehr substantiell im Reichstagsplenum gesprochen hatten.[52]
In personeller Hinsicht ist auf die – primär aus der politischen Konzeption und Konstellation resultierenden – reichsfreundlichen Tendenzen Hohenlohes bereits verwiesen worden, und der nachfolgende Kanzler Bülow setzte dies fort. Beide verwahrten sich gegen zu schroffe preußische Interessenstandpunkte. Während im Staatsministerium bis Mitte der 1890er Jahre faktisch nur der Innenstaatssekretär den Kanzlern dauerhaft beispringen konnte, änderte sich dies ab 1897 deutlich. Schon Marschall war ab 1894 ein am Reich orientierter Staatsminister, desgleichen sein Nachfolger Bülow ab 1897. Insbesondere verstärkten Posadowsky und Tirpitz die Reichsseite, wogegen sich das Staatsministerium anläßlich der Berufung des letzteren zum Staatsminister auch deutlich, aber erfolglos verwahrte. Bülow und Tirpitz genossen zudem gerade als besondere Vertrauensleute Wilhelms II. relativ große Gestaltungsfreiheit. Über Fachkompetenz, politisch-taktisches Geschick und robustes Selbstbewußtsein verfügte nicht zuletzt Posadowsky, der schon als Reichsschatzsekretär den Landwirtschaftsminister Hammerstein die eigene verfassungsmäßige und politische Stellung spüren ließ. Mit Schreiben vom 2. Februar 1895 teilte er nämlich bezüglich einer even-

[51] Vgl. das Memorandum des Vortragenden Rats R. A. Schulze v. 1.11.1911, in: BArch, RAdI, Nr. 116684, S. 244–299, hier S. 278 und 280. Selbst Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 131, konzediert „das starke Übergewicht des preußischen Staatsministeriums gegenüber der Reichsleitung" noch in den 1890er Jahren. Die Aussage von Born, Preußen im Deutschen Kaisereich, S. 34, unter Posadowsky sei 1897–1907 die „Emanzipation der Reichspolitik vom preußischen Staatsministerium vollendet" und „das frühere Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen umgekehrt" worden, stimmt bezüglich der Belege nicht. Weder wurden StS nun erst preuß. Bundesratsbevollmächtigte, noch ging der Vorsitz in den Ausschüssen für Finanzen, Handel und Verkehr sowie Justiz auf StS über. Schon 1880 waren auch die (U)StS Hofmann, Herzog, Stephan, Schelling, Scholz Bundesratsbevollmächtigte. Richtig ist allerdings, daß der StS des Reichsamts des Innern die Ausschüsse für Handel, Verfassung sowie Geschäftsordnung leitete und der StS des Reichsschatzamts ab 1899 den Rechnungsausschuß. Rauh, Parlamentarisierung, S. 46 f. (Beteiligung preußischer Beamter im Bundesrat 1890 bzw. 1913).

[52] Notiz v. 5.6.1899 in: Rep. 90a, A VII 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 147. Vgl. Memorandum Schulze, S. 280 ff.

tuellen Zuckersteuer-Novelle mit, wohl könne Preußen sie vorbereiten und im Bundesrat einbringen, aber dann werde er als Reichsschatzsekretär die Vertretung der Vorlage im Reichstag dem Landwirtschaftsminister überlassen.[53] Dies entspräche jedoch „weder [nach] dem Sachverhältnis noch politisch" der Opportunität, primär „im Hinblick auf die (...) übrigen Bundesstaaten". Bei dieser Steuerfrage handle es sich verfassungsmäßig um eine Frage „welche lediglich Gegenstand der Reichsgesetzgebung ist".

Von fundamentaler Bedeutung war, daß der skizzierten formalen und personalen Seite der Frage der Trend der Zeit sachlich zu Grunde lag. Den Reichsstaatssekretären kam nämlich die Tendenz zugute, anstehende Fragen reichseinheitlich zu regeln – offenkundig etwa beim BGB und im Justizbereich (vertreten durch Nieberding), bei Gewerbeangelegenheiten (vertreten durch Posadowsky) und im Postwesen (vertreten durch Stephan und Podbielski). Anders gesagt: Der Funktionswandel des Staates zum Interventionsstaat, der die Reichsinitiative bedingte, wie auch die mit der Flotten- und Weltpolitik verbundenen (u. a. finanziellen) Probleme bewirkten, daß sich der sachliche Fokus von Preußen auf das Reich verschob. Die Reichskompetenz wuchs somit in einem dynamischen Prozeß der Verschränkung von sachlichen, politischen und persönlichen Komponenten. Diese drei Entwicklungen lagen der These Manfred Rauhs von einer „stillen Parlamentarisierung" gegen die preußische Hegemonie und das Staatsministerium zugrunde und sind insoweit zu bestätigen. Die Protokolle lassen auch erkennen, daß die Reichsämter unter selbstbewußten, tatkräftigen Chefs ab 1897 stärker wurden. Aber daß die Zusammenarbeit von Reichsleitung und Reichstag und ein damit korrespondierendes Zurücktreten von Staatsministerium und Bundesrat schon als „stille Parlamentarisierung" zu deuten sind, dürfte doch zu weit gehen, zumal wenn Parlamentarisierung definitorisch Abhängigkeit der Regierung von der Parlamentsmehrheit bedeutet. H.-U. Wehler schlägt zur Kennzeichnung dieser stetigen, aber unterschiedlich „vermachteten" Aushandlungsprozesse zwischen Regierung und Bürokratie, Parteien und Verbänden den Begriff „autoritärer Korporativismus" vor; Ch. Schönberger spricht resümierend von „*bargaining mit Junktims und Kompensationsgeschäften*."[54]

Insbesondere ist bei diesem Problemfeld der Faktor Preußen zu berücksichtigen, das sich in den Protokollen meist als konservative Abwehrposition gegen gesellschaftliche Initiativen, als Wahrer preußisch-konstitutioneller Verfassungsgrundsätze und Hort der Beharrung gegen die von Reich und Reichstag ausgehenden Modernisierungsansätze darstellte. Sicher lassen sich auch der deutsche Staaten-Föderalismus, die gesellschaftliche und parteipolitische Zerklüftung oder die in weiten bürgerlichen Kreisen perzipierte Gefahr der verbalrevolutionären Sozialdemokratie als Modernisierungshindernisse anführen. Aber Preußens (traditionelle) Strukturen und der Bismarcksche Politikstil wirkten auch hier vielfach prägend. Mit dem Staatsministerium, das die preußische Verwaltung leitete und meist der Ursprungsort von Reichstagsinitiativen ablehnenden Bundesratsbeschlüssen war – ein Autor bezeichnet deshalb den Bundesrat als „Einfallstor Preußens ins Reich" – der Rekrutierung auch der meisten Reichsstaatssekretäre aus der preußischen Bürokratie, der Stärke seiner Finanzen sowie als klar dominierende Militärmacht blieb Preußen präsent und bedeutsam. Die preußische Hegemonie der 1870er Jahre stellte sich im Zuge der beginnenden Ver-

[53] Posadowsky lt. BArch, RK, Nr. 2170, Bl. 19 f. Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 133 folgert schnell, die Genannten hätten die Reichspolitik „im Laufe der Zeit immer stärker aus der Umklammerung durch die preußische Hegemonie" gelöst. – Wie umständlich der Geschäftsverkehr blieb, zeigte sich, als im Gefolge der Sitzung am 26.11.1895, TOP 6, Boetticher als Vizepräsident des Staatsministeriums auf Briefbogen des RAdI dem Kanzler Hohenlohe den Staatsministerialbeschluß über den direkten Verkehr von Reichsämtern mit preuß. Handelskammern mitteilte. Dann gab Hohenlohe diesen Beschluß an alle Reichsämter, auch an das RAdI.

[54] Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 31 und ders., Parlamentarisierung, S. 36. Die Literatur stellt sich weit überwiegend gegen Rauhs These; vgl. Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich, S. 89 f. und Langewiesche, Politikstile, S. 21. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 1042. Schönberger, Christoph, Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift Bd. 272 (2001), S. 623–665, Zitat S. 636.

reichlichung seit den späten 1890er Jahren zunehmend als Dualismus zwischen dem Reich und dem größten Einzelstaat dar, verkörpert insbesondere im Staatsministerium.[55]

Die weiteren Themen der Protokolle erstreckten sich auf viele Gebiete. Zahlreiche – wohl die meisten Tagesordnungspunkte überhaupt – gab es zu **Beamtenfragen**. Die Besoldungserhöhungen, die Hinterbliebenenversorgung und sonstige Gehaltsfragen der höheren und subalternen Staatsdiener bildeten dabei einen ersten Schwerpunkt. Der Fragenkatalog reichte hier bis zur Frage, ob bei einer Entfernung zwischen Wohn- und Dienstort von mehr als zwei Kilometer Dienstgänge abrechenbar wären oder wann Kleinbahnen obligatorisch benutzt werden sollten. Mehr Bedeutung mag man der von einer Ministermajorität weiterhin befürworteten Zurücksetzung der Techniker gegenüber den juristisch vorgebildeten Bürokraten zumessen. Diese sollten nicht „die Macht haben in der Verwaltung", nicht einmal im Bau- und Eisenbahnenwesen, wie in zwei Sitzungen explizit festgestellt wurde. 1898 bemängelte Miquel die Ernennung eines Technikers zum Eisenbahndirektionspräsidenten; dabei ging es erst um den vierten derartigen Fall bei über zwanzig Bahnbezirken.[56]
Als zweite Kernfrage der Beamtenpolitik ist die politische Disziplinierung höherer Beamter, die aktiv gegen die jeweilige Regierungspolitik auftraten, zu bezeichnen. Dies reichte von Caprivis Maßregelungsversuch gegen beamtete Gegner seiner Handelsvertragspolitik über den Erlaß gegen die Befürworter einer nur fakultativen Zivilehe im BGB 1896 bis zur schon genannten Maßregelung der „Kanalrebellen" 1899 und der mehrfachen Aufforderung an Beamte mit Parlamentsmandaten, diese niederzulegen, um Konflikte mit der Regierungspolitik zu vermeiden. Spektakuläre Einzelfälle wie das Disziplinarverfahren gegen den Kritiker der Dänenpolitik Hans Delbrück und besonders die Entlassung des aktiv für die Sozialdemokratie eintretenden Privatdozenten Leo Arons aufgrund eines eigens dafür durchgesetzten Gesetzes traten hinzu.[57]
Seit 1897 widmete man sich auf Initiative Miquels hin einem dritten Problemkreis, nämlich den Beamtenvereinen. Ihre Formierung gerade im quantitativ bedeutsamen Bereich der Subalternen von Eisenbahn, Post und Militär wurde als ungehörig angesehen, soweit sie jenseits von Selbsthilfe nun Forderungen an den Staat stellten und – horribile dictu – sogar Kontakte zu den Parlamenten knüpften. Aus Posadowskys Reichsamt des Innern stammte die Formulierung: „Der konstitutionelle Staat muß sich auf sein Beamtentum politisch unbedingt verlassen können; seine Kraft reicht nicht aus, den parlamentarischen Kampf erfolgreich zu führen, wenn er sich hierbei auf frondierende Beamte stützen soll, welche sich sogar nicht scheuen, die Schwerkraft der Parlamente gegen ihre vorgesetzten Instanzen in Bewegung zu setzen." Die Einbindung der Frage in die Abwehr etwaiger parlamentarischer Terraingewinne wird hier ganz offenkundig. Dabei gelang es einerseits wohl, die als agitatorisch angesehenen Vereine zu zügeln und insbesondere sozialdemokratische „Unterwanderung" bis in die Weltkriegszeit einzudämmen, andererseits ließen sich weitere Zusammenschlüsse von Beamten nicht grundsätzlich verhindern. Privilegierung, Disziplinierung und Interessenformierung der Beamten blieben aktuelle Themen.[58]

[55] Spenkuch (Bearb.), Protokolle, Bd. 7, S. 14 und ders., Vergleichsweise besonders?. Vgl. schon Ritter, Gerhard A., Einleitung, zu ders. (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983, S. 7–13, hier S. 10 f. (preuß. Hegemonie) und Boldt, Hans, Der Föderalismus im Deutschen Kaiserreich als Verfassungsproblem, in: H. Rumpler (Hrsg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914, München 1991, S. 31–40 (Bundesrat als Einfallstor Preußens ins Reich, sog. „Staatssekretarisierung" v. a. als Kampfbegriff preuß. Konservativer gegen jede perzipierte Bedeutungsminderung Preußens).

[56] Vgl. Sitzungen am 8.4.1899, TOP 4 (Dienstgänge); 5.1.1897, TOP 4 (Kleinbahnen); 15.1.1894, TOP 6 und 17.6.1898, TOP 4 (Eisenbahndirektionspräsidenten) sowie Rep. 90, Nr. 1020 (Miquels Votum v. 1.10.1898).

[57] Vgl. Sitzungen am 18.3.1892, TOP 2 und 18.12.1893, TOP 11 (Caprivi); 18.4.1896, TOP 3 bzw. 28.8.1899, TOP 3 (Erlasse); 30.12.1897, TOP 4 und 2.4.1898, TOP 6 (Mandatsniederlegung); 16.12.1898, TOP 8 (Delbrück); 28.11.1894, TOP 3 und 20.1.1900, TOP 9 (L. Arons). Vgl. Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973, S. 105–128.

[58] Sitzung am 30.12.1897, TOP 4 mit Anm. (Zitat RAdI). Beispiele für Disziplinierung bei Halmen, Rainer M., Staatstreue und Interessenvertretung, Hamburg 1988, sowie Saul, Klaus, Konstitutioneller Staat und betriebliche

Auch über den Bereich der unmittelbaren Staatsbeamten hinaus läßt sich dieser Dreiklang in den Protokollen aufspüren. Die in den 1880er Jahren unter Puttkamer und Bismarck vielfach ausgefochtenen Konflikte um Bestätigung von freisinnigen **Kommunalwahlbeamten** wollte zwar das Staatsministerium im Zeichen von politischer Entspannung nicht fortsetzen, aber es gab weiterhin spektakuläre Einzelfälle. Vor allem gilt dies für die von Wilhelm II. gegen ministeriellen Rat eineinhalb Jahre verzögerte Bestätigung des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner 1898/99. Welche Taktik hier generell mit im Spiele war, deutet sich in der Aussage Miquels am 30. Dezember 1897 (TOP 4) an, wonach starke Tätigkeit der Magistratsangehörigen für ihre Kommunen deren unerwünschten Blick auf die „eigentlichen staatlichen und politischen Angelegenheiten" abzuwenden geeignet sei.

Vermehrte Kontrolle sollte hingegen bei den **Ernennungen von Richtern** ausgeübt werden; dieses Thema nahm als Tagesordnungspunkt quantitativ sehr zu. Die Gründe dafür liegen sicherlich primär bei dem Bestreben, zu milde Urteile gegen Sozialdemokraten, im Pressewesen und bei sonstigen Strafprozessen via Personalauswahl zu verhindern. Staatsministerium wie Justizminister wollten intentional die „richtigen Ansichten" fördern. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten gestand Schelling 1894 mit der Bemerkung ein, selbst die (primär für Strafkammern gepflogene) Ernennung von Landgerichts-Direktoren mit konservativer Gesinnung reiche nicht durchwegs zur Erzielung erwünschter Ergebnisse aus.[59]

In den Zusammenhang von Privilegierung und Disziplinierung gehört ferner das **Ordens- und Titelwesen**. Orden und Titel wurden seit den 1890er Jahren in immer größerem Umfang verliehen, sowohl als – von Wilhelm II. am 15. Februar 1898 explizit benanntes – politisches Regierungsmittel „von oben" wie auch als Pazifizierungsmittel auf Forderungen „von unten". Kriegervereine forderten diese Art staatlicher Anerkennung für verdiente Aktivisten, Provinzial- und Subalternbeamte drängten danach, um ihre Zurücksetzung hinter die Zentralbehörden zu beenden, und die Ressortspitzen selbst waren gleichfalls genötigt, mehr Orden und Titel für ihre zunehmende Beamtenzahl zu beantragen. Obwohl man angesichts dieser Forderungen im Staatsministerium über eine Entwertung durch zu viele Auszeichnungen klagte und somit die inherente Spannung durchaus erkannte, wurden doch die sog. Normalzahlen von Ordensdekorationen kräftig erhöht, zumal als Kompensation im Sozialprestige für einkommensmäßig depravierte Beamte. Gleichzeitig gab es in der Ministerrunde mehrfach Zurückhaltung bei der (vorzeitigen) Verleihung hoher Titel an Beamte (a. D.), während Wilhelm II. persönlich beispielsweise die Zahl der Wirklichen Geheimen Räte merklich vermehrte. Handelsminister Brefeld regte am 27. Dezember 1897 an, für Kaufleute bzw. Industrielle doch höhere Orden als bloß solche IV. Klasse beantragen zu dürfen, und Miquel meinte, daß Frankfurter alte Familien für preußische Orden und Titel durchaus empfänglich seien. 1900 wurde sogar der Anregung, mehr Auszeichnungen an den Mittelstand, ja an Arbeiter zu vergeben, wohlwollende Prüfung versprochen. Die zugrundeliegende Frage, inwieweit damit Loyalitätssicherung in weiten Kreisen wirklich erreicht wurde, ist hier nicht zu entscheiden, wenngleich zwei neuere Arbeiten dies bejahen. Klar ist jedenfalls, daß die glänzenden Auszeichnungen der Monarchie nicht wenige dadurch geprägte Mitglieder der wilhelminischen Generationen bis in die verfassungsmäßig ordenslose Weimarer Republik danach streben ließ.[60]

Herrschaft, in: D. Stegmann u. a. (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 315–336. Umfangreiches Aktenmaterial dazu u. a. in: Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Bd. 4 und Adhib. II.

59 Vgl. Sitzung am 11.1.1894, TOP 2 und Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 422–426.

60 Vgl. Sitzungen am 30.12.1895, TOP 3 bzw. 1.6.1896, TOP 4 (Kriegervereine); 3.11.1896, TOP 8 und 10 sowie 19.3.1898, TOP 6 (Subalternbeamte); 26.1.1897, TOP 8, 29.11.1897, TOP 3 und 27.6.1898, TOP 7 (Normalzahlen); 26.11.1895, TOP 3 und 3.5.1896, TOP 2 (Entwertung); 20.4.1896, TOP 4 (Miquel); 7.3.1900, TOP 7 (Arbeiter). 1924 äußerte Stresemann, es sei „eine Torheit und psychologische Dummheit gewesen, die Orden abzuschaffen"; vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Marx I und II/1, bearb. von G. Abramowski, Boppard a. Rh. 1973, S. 340; ebd., S. 172 f. zur Schaffung neuer Orden und Titel in Bayern. Zur erkennbaren Wirkung vgl. Stöber, Pressepolitik, S. 65–71, und Reitmayer, Morten, Bankiers im Kaiserreich, Göttingen 1999, S. 67–81.

Unter das gleiche Rubrum Beeinflussung der Öffentlichkeit fällt auch das mehrfach im Staatsministerium erörterte Thema **Pressepolitik**. Nachdem unter Caprivi 1890/91 eine Beendigung der offiziösen „Preß-Wirtschaft“ à la Bismarck versucht worden war, bemühten sich die Innenminister Köller und v. d. Recke 1894 und 1898 um eine erneute Befestigung regelmäßiger Pressebeeinflussung. Dies effizient durchzuführen, erwies sich angesichts von Differenzen zwischen den Ressorts und vor allem des Aufstiegs der Massenpresse als schwierig. Speziell große Zeitungen zeigten sich recht selbständig.[61] Neben der direkten Pressearbeit der Ministerien, besonders in den konservativ gestimmten Kreisblättern, gab es allerdings noch die indirekte Einflußnahme, etwa durch den Anzeigenboykott gegenüber offensiv regierungskritischen Blättern wie der „Posener Zeitung“ bzw. auch gegenüber „ultramontanen“ katholischen Zeitungen oder durch einen auf kleinere, tendenziell weniger oppositionelle, zugeschnittenen, nach Papiergewicht gestaffelten Postzeitungstarif.[62]
Als durchaus belangvoll erwiesen sich ferner Presse-Prozesse und (Majestäts-) Beleidigungsanklagen. Sie wurden zwar nach den Staatsministerialprotokollen nicht immer erhoben, da der Ausgang ungewiß blieb. Aber statistisch erreichten sie unzweifelhaft in den 1890er Jahren ihren Höhepunkt (1894: 720 Verurteilungen), um später, speziell nach einer mildernden Ordre Wilhelms II. 1907, stark abzufallen (1908: 34 Verurteilungen). Die neuere Literatur dazu konstatiert einmütig einen gewissen Einschüchterungs-Effekt.[63] All das hemmte die Entfaltung einer kritischen Publizistik, aber schloß sie keineswegs aus, zumal nicht zuletzt regierungsinterne Kämpfe in Presseorganen ausgetragen wurden, wie Bismarcks Veröffentlichungen gegen die Männer des Neuen Kurses, die Instrumentalisierung der Zeitungen in der Affäre Lützow–Leckert–Tausch oder schon der Entscheidungskampf zwischen Caprivi und Eulenburg 1894, wo die Meldung der „Kölnischen Zeitung“ über das Obsiegen Caprivis bei Wilhelm II. diesen trotzig zur Entlassung des Kanzlers mit veranlaßte, belegen.
Einen neuen Anlauf zur Germanisierung in den Ostprovinzen unternahm man in der **Polenpolitik**, die – nach der benannten milderen Phase unter Caprivi – seit 1897 durch den Hannoveraner Miquel wieder verschärft wurde. Besondere Unterstützung gaben seiner Linie, die von Wilhelm II. im Kronrat vom 7. Oktober 1896 gebilligt worden ist, aber auch die geborenen Preußen Posadowsky und v. d. Recke, Studt und G. Rheinbaben. Die für Preußen einst charakteristische übernationale Staatsidee wurde im Zeichen nationalistischer Zuspitzung zugunsten von Zwangsmaßnahmen gänzlich aufgegeben und mit der Sprachenpolitik entstand ein neues Kampffeld, besonders in der Volksschule. Die Rechtsstaatsidee wurde in der Verwaltung – vom Nationalliberalismus weitestgehend gebilligt – zunehmend gebeugt; selbst mehrere Urteile des Oberverwaltungsgerichts zugunsten polnischer Vereine bzw. Versammlungen verhinderten nicht spätere diskriminierende Maßnahmen wie das Ansiedlungsverbot für Polen 1904 oder das Enteignungsgesetz 1908. Ansiedlungspolitik, Einsatz der Beamten und „nationale“ Ideologie beförderten zwar einerseits ein deutsches Lager, reichten andererseits jedoch nicht hin, um bei der andauernden Westwanderung von Deutschen Terraingewinne der polnischen Nationalbewegung zu verhindern, zumal der Nationalismus vermehrt auch den polnischen Mittelstand in Stadt und Land erfaßte. Wie schon im „Kulturkampf“ verhinderten mehrere Faktoren einen veritablen Erfolg der Anti-Polenpolitik: Finanzknappheit und Begrenzung bürokratischer Steuerung angesichts gesellschaftlicher Gegenkräfte,

[61] So bekannte Holstein 1902, daß der Korrespondent der Kölnischen Zeitung, Franz Fischer, seit 18 Jahren täglich bei ihm im Auswärtigen Amt gewesen sei, während Wilhelm II. 1897 versuchte, gerade diese Zeitung zu boykottieren. Vgl. Holstein, Friedrich v., Lebensbekenntnis in Briefen an eine Frau, hrsg. von H. Rogge, Berlin 1932, S. 208 und Sitzungen am 8.1.1897 bzw. 9.2.1897, TOP 1 sowie Sitzung am 3.5.1896, TOP 3 (große Zeitungen).

[62] Zur Posener Zeitung vgl. Sitzungen am 8.2.1899, TOP 5, 8.4.1899, TOP 1 und 13.1.1900, TOP 4; zum Postzeitungstarif vgl. Sitzungen am 5.11.1897, TOP 3 und 2.5.1899, TOP 1.

[63] Lenman, Robin, Germany, in: Robert J. Goldstein (Hrsg.), The War for the Public Mind. Political Censorship in Nineteenth-Century Europe, Westport/London 2000, S. 35–79; Röhl, Wilhelm II., S. 624 ff.; Rebentisch, Jost, Die vielen Gesichter des Kaisers. Wilhelm II. in der deutschen und britischen Karikatur (1888–1918), Berlin 2000, S. 57–60; Stöber, Pressepolitik als Notwendigkeit, passim. Vgl. Sitzung am 23.3.1907, TOP 3.

(Rest-)Legalismus und Differenzen in der politisch-praktischen Konzeption.[64] Auf diesbezüglich jüngst in einem Forschungsüberblick gestellte Fragen nach Perzeption und Meinungsdifferenzen innerhalb sowie Initiativen aus und Wirkungsgrenzen gegenüber der Bürokratie, lassen sich anhand der zahlreichen Tagesordnungspunkte wohl klarere Antworten geben. Im letzten Protokoll des vorliegenden Bandes findet sich die harte Einschätzung Miquels, wolle man in der Polenpolitik nicht wie in Österreich mit politischem Einflußgewinn des Polonismus enden, dann gehe es um einen Kampf auf Leben und Tod.[65]

Nahm somit die antipolnische Frontstellung an Schärfe zu, so verlor der langjährige Gegensatz von preußisch-protestantischem Staat und **katholischer Kirche** analog zur politischen Annäherung der Regierung an das Zentrum an Brisanz. Starke mentale Reserven blieben zwar erhalten – so äußerte Justizminister Schönstedt am 6. Oktober 1897 (TOP 2), Jesuiten stünden „an Staatsgefährlichkeit hinter den Sozialdemokraten nicht zurück", und Miquel behauptete im Oktober 1900, die Geldmittel für den Erwerb von Bauernhöfen durch Posener Polen stammten „aus kirchlichen Quellen, insbesondere vom Jesuitenorden" –, aber Akte wie das schon 1891 ergangene Sperrgelderverwendungsgesetz bewirkten Entspannung. Zwar setzte man die von der Zentrumspartei wie einer linken Reichstagsmehrheit langjährig geforderte und letztlich von Wilhelm II. verhinderte Wiederzulassung des Jesuitenordens nicht in Realität um, aber es wurden doch zahlreiche katholische Ordensniederlassungen gestattet. Deren Nützlichkeit in den Kolonien konstatierte der protestantische Ministerpräsident Botho Eulenburg bereits in der Sitzung am 29. Juni 1894. Bischofswahlen betrachtete man – mit Ausnahme der durch Eingreifen Wilhelms II. in den Fokus gerückten Kölner Wahl 1899 – gelassener, und auch die im Kulturkampf eingeführten Dispensationen von Priestern, die ihre Ausbildung (teilweise) in außerpreußischen Landen absolviert hatten, wurden als weniger brisant vom Staats- auf das Kultursministerium verlagert.[66] Große Bedeutung gewann beim Verhältnis zur katholischen Kirche der bereits seit 1886/87 in Staatsrat wie Herrenhaus als Mittelsmann der Regierung eingeschaltete Breslauer Erzbischof Kardinal Kopp, der offenbar in dauernder Kommunikation mit dem jeweiligen Kultusminister stand und versuchen sollte, zu „radikale" Positionen bei den Bischofskonferenzen abzuwiegeln. In der Personalpolitik der Staatsverwaltung Preußens genossen Zentrums-Katholiken aber weiterhin wenig Förderung; dies gab am Ende des behandelten Jahrzehnts Anlaß zum von Julius Bachem in die Öffentlichkeit getragenen Streit um die Parität bei Stellenbesetzungen, der in der Sitzung am 25. Januar 1899 angesprochen wurde.[67]

Eine Personalentscheidung bildete auch den ersten Tagesordnungspunkt zum Thema **Juden und Antisemitismus**. Als Universitätsrektoren waren Juden gemäß Staatsministerialbeschluß zu bestätigen, auch Juden in nicht-leitenden Stellungen, etwa als Oberregierungsrat, blieben unbeanstandet. Zu leitenden Positionen, hier der eines Polizeipräsidenten, konnten hingegen nur konvertierte Juden aufrücken. In solchen Fällen gab es indessen weiterhin Ressentiments, die sich in Abstufungen von den Vorurteilen Hohenlohes gegen den „jüdischen Streber" R. v. Bitter als Ministerkandidaten bis

[64] Vgl. Wichardt, Hans-Jürgen, Die Polenpolitik Preußens und die Vereins- und Versammlungsfreiheit in der Rechtsprechung des Kgl. Preußischen Oberverwaltungsgerichts, in: Zeitschrift für Ostforschung 27 (1978), S. 67–77 und Ross, Ronald J., The Failure of Bismarck's Kulturkampf, Washington, D. C. 1998, S. 12.

[65] Molik, Witold, Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zu Forschungstand und -perspektiven, in: H.-H. Hahn/P. Kunze (Hrsg.), Nationale Minderheiten und Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 29–39, hier S. 38. Innerbürokratische Differenzierung findet sich z. B. in der Sitzung am 22.4.1899, TOP 15 mit Anm. Zur Prozeßhaftigkeit vgl. Schattkowsky, Ralph, Nationalismus und Konfliktgestaltung. Westpreußen zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, in: M. G. Müller/R. Petri (Hrsg.), Die Nationalisierung von Grenzen, Marburg 2002, S. 35–79.

[66] Vgl. Sitzungen am 9.10.1900, TOP 4, Bl. 187 (Zitat); 10.7.1899, TOP 1 bis 28.10.1899, TOP 10 (Kölner Bischofswahl) sowie am 4.1.1895, TOP 5 (Dispensation durch den Kultusminister).

[67] Eine Aufstellung 1896 ergab an katholischen Verwaltungsbeamten: 1 Ober- und 2 Regierungspräsidenten, 8 von 102 Oberregierungsräten, 9 von 48 Oberverwaltungsgerichtsräten, 30 von 283 Regierungsräten, 54 von 614 Regierungsassessoren, 67 von 488 Landräten, davon 14 in Westfalen und 41 in der Rheinprovinz; vgl. Rep. 77, Tit. 884 Nr. 79 Bd. 1, Bl. 101 ff. Unter den Ministerialräten waren Katholiken mit weniger als 10% vertreten; zum schwankenden Anteil in der Justiz vgl. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 498 ff.

zur rassistischen Verächtlichmachung Friedrich v. Holsteins von „Halbblut-Juden“ äußerten. Derselbe Hohenlohe war indessen bereit, den jüdischen Unterstaatssekretär Paul David Fischer zum Staatssekretär des Reichspostamtes zu befördern, scheiterte aber daran, daß Wilhelm II. bereits Podbielski ausersehen hatte.[68] In einer ähnlichen Verschränkung von Rechtsstaatlichkeit und Vorurteilen zeigte sich Justizminister Schelling 1892 einerseits befriedigt über den Freispruch für den jüdischen Schlachter A. Buschhoff wegen des abstrusen Vorwurfs eines „Ritualmordes“ und begann andererseits eine judenfeindliche Wende in der Personalpolitik bei Richterernennungen. Der Antisemitismus Hermann Ahlwardts wurde von Staatsministern zwar abgelehnt – nicht zuletzt deshalb, weil Ahlwardt die Regierungsspitzen mit der Behauptung der Bevorzugung von Juden beleidigte –, aber zugleich betrachteten manche Minister jüdische Geschäftsleute als unredlich.[69] Da Juden häufig für liberale Parteien eintraten, ja in Städten wie Posen und Breslau den sich der nationalistischen Konfrontation partiell verweigernden Freisinn personell trugen, erwuchs daraus der Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit. Schließlich sollte die Einwanderung von Ostjuden aus dem Zarenreich verhindert werden, eine Frage, die auf die Weimarer Republik verweist.[70]

Wie schon im vorangegangenen tauchen auch in diesem Band **Militärfragen** nur sporadisch oder anhand der Finanzierungsproblematik in den Protokollen auf. Dies gilt sowohl für die knapp behandelte Militärvorlage 1893 wie auch den **Flottenbau**, der nur am 6. Oktober 1897 grundsätzlich und ausführlich debattiert wurde, aber so folgenreiche Rückwirkungen auf Parteienkonstellation und Innenpolitik besaß. Mit großer Ausführlichkeit läßt sich immerhin der Streit um die Militärstrafgerichtsordnung 1895–1898 verfolgen. Sie stellt zweifellos einen symbolisch aufgeladenen Konflikt um Essentials der Staats- und Militärtradition Preußens dar. Hier treffen der (liberale) Kampf um Rechtsstaatlichkeit, die Frage der monarchischen Prärogativen, ein bayerischer Anti-Borussismus sowie Ressortstreit zwischen Kriegsministerium und Militärkabinett zusammen. Bei der Fortsetzung des Streits wegen der genauen Organisation des Reichsmilitärgerichts wird vor allem anhand der Sachakten der quasi extrakonstitutionelle Status des Kriegsressorts offenbar, das sich unter Verweis auf die Kommandogewalt und Letztentscheidungskompetenz des Monarchen gegen die zivilen Ministerien wie das Reichsschatzamt durchzusetzen bemühte. Eine Denkschrift des letzteren vom 2. Oktober 1899 beklagte, daß der Kriegsminister ressortegoistisch und unter Umgehung der Zivilinstanzen Entscheidungen Wilhelms II. herbeiführe, die finanzpolitisch kaum zu billigen seien.[71]

Im Militärbereich belegen die Sitzungprotokolle über die **Kriegervereine**, daß die Haltung der Regierungsspitzen im Vergleich zur Bismarckzeit positiver geworden war. Kriegervereine erschienen nun grundsätzlich förderungswürdig; Beamte sollten in sie eintreten und sie führen, was in vielen Lokalorganisationen auch erfolgte. Gleichwohl wurden Veteranen- und Unterbeamten-Vereine, die z. B. einen Ehrensold forderten, mißtrauisch beobachtet und bekämpft. Somit läßt sich

[68] Vgl. Sitzungen am 16.6.1890, TOP 11, 20.2.1895, TOP 1 und 16.10.1897, TOP 10 (Ernennungen); Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1916 (Holstein); ders., Deutschland ohne Bismarck, S. 138 (Bitter), Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 335 und Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 132 f. (Immediatbericht für P. D. Fischer).

[69] Vgl. Sitzungen am 22.7.1892, TOP 8 und 3.5.1900, TOP 5; dort die neue Literatur zum Thema „Ritualmord“; zu Richtern vgl. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 493–518; Sitzungen am 25.3.1893, TOP 7 und 10.4.1893, TOP 5 (Ahlwardt); 24.10.1896, TOP 1, 24.3.1897, TOP 5 und 23.12.1897, TOP 3 (unredliche Juden).

[70] Sitzungen am 19.3.1898, TOP 4 und 13.1.1900, TOP 4 („unzuverlässige“ Juden); Hettling, Manfred, Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918, Göttingen 1999; Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 285 f. (Juden, Freisinn, Polen); Sitzungen am 30.7.1892, TOP 4, 25.1.1899, TOP 7 sowie am 22.3.1920, TOP 5, 20.4.1920, TOP 5 und 8.10.1920, TOP 2 (Ostjuden), in: Schulze, Gerhard (Bearb.), Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, Bd. 11: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim u. a. 2002, S. 162, 171, 198; vgl. auch Zilch (Bearb.), Protokolle, Bd. 9, S. 164 und 190.

[71] Vgl. Sitzungen am 24.6., 2.9. und 21.9.1899 (Reichsmilitärgericht) sowie BArch, RK, Nr. 360, Bl. 79 ff. (Denkschrift des RSA v. Okt. 1899 mit Bezug auf diese Sitzungen).

hier wie bei diversen anderen Einzelfragen eine Mischung aus gesellschaftlicher Mobilisierung und obrigkeitlicher Förderung bzw. Reglementierung beobachten.[72]
Die gut erforschte, schwankende **Außenpolitik** der 1890er Jahre – der Caprivischen Hinwendung zum Zweibund mit Österreich und Annäherung an England folgte seit dem Burenkrieg 1895 im Zeichen der sog. Kontinentalliga eine Wiederannäherung an Rußland und schließlich die aus dem Schatten beider Flügelmächte heraustretende Welt- und Flottenpolitik – tritt in den Protokollen primär mit Handelsfragen hervor. Dies trifft sowohl auf das Verhältnis zu den USA zu, die Bülow am 22. Dezember 1898 als aufsteigende „Weltmacht" bezeichnete, wie auf die Beziehungen zu Preußens traditionellem, aber trotz der Kooperation 1894–1898 im Zuge machtpolitischer Rivalitäten problematischen Alliierten Rußland. Der wirtschaftliche Kampf mit den USA wurde schon im Kronrat am 18. Februar 1894 von Wilhelm II. explizit als Herausforderung genannt; bei den Fleischimporten und der Konzessionierung amerikanischer Lebensversicherungsgesellschaften trat diese ökonomische Seite zu Tage. Rußland sollte in der Frage der Getreideexporte über ostpreußische Häfen und bei der Zollkonferenz 1896/97 geschont werden und durch vermehrte Petroleumimporte eine Kompensation erhalten, somit insgesamt Deutschland gegenüber günstiger gestimmt werden. Dieses politische Ziel kollidierte jedoch mit dem Landwirtschaftsprotektionismus, und die Präferenz für russisches Petroleum ließ sich trotz Geheimhaltung gegenüber dem Reichstag nicht recht realisieren. Die „springende Unruhe" (Hermann Oncken, 1929) der Außenpolitik nach 1890 ist damit in diversen Tagesordnungspunkten ansatzweise faßbar.[73]

Die in den Protokollen meist nur punktuell aufscheinende **Kulturgeschichte** taucht im weiteren Sinne doch verschiedentlich auf. So geht es häufiger um Denkmäler und nationale Feiern, wenngleich aus der Sicht „von oben". Jenseits interessanter, aber bekannter Einzelheiten wie dem Verbot von Gedenkfeiern zur 1848er Revolution und dem gleichzeitigen Streit um die Gestaltung des Friedhofs für die Berliner Märzgefallenen wird vor allem deutlich, daß die starke Zunahme offizieller nationaler Feiern seit dem 25jährigen Jubiläum der Reichsgründung Anfang 1896 bzw. dem 100. Geburtstag Wilhelms I. 1897 wesentlich auf Anregungen Wilhelms II. beruhte und die Popularisierung der Denkmäler und Feiern in weiten Kreisen nicht ohne korrespondierendes Entgegenkommen auf Regierungsseite verstanden und analysiert werden kann.[74]
Eingestreut in die Tagesordnung finden sich diverse, nur kurz angerissene kulturgeschichtliche Themen, die vom Landschaftsschutz im Siebengebirge über Lotterie-Spielsucht nebst Notlage der Künstler im Rheinland, mehrere (Welt-)Ausstellungen und die Homöopathie bis zum Sport reichen. Dessen politische Dimension bezeichnete Miquel am 15. Januar 1898 mit der Formulierung, Sport-

[72] Vgl. Sitzungen am 27.12.1897, TOP 1, 22.1.1898, TOP 9 und 18.10.1898, TOP 3 (Kriegervereine). Rohkrämer, Thomas, Der Militarismus der „kleinen Leute". Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990, belegt S. 36 f., daß 1913 22,4% der Vorsitzenden der Kriegervereine Landräte waren. Vgl. zum Militärbereich auch Spenkuch, Vergleichsweise besonders?, S. 284 ff.

[73] Vgl. zur Außenpolitik die genannten Werke Weitowitz, Deutsche Politik und Handelspolitik; Lahme, Deutsche Außenpolitik; Canis, Von Bismarck zur Weltpolitik sowie den kolonialpolitisch akzentuierten Überblick von Fröhlich, Michael, Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880–1914, 2. Aufl., München 1997. Vgl. Sitzungen am 12.12.1895, TOP 6 und 15.3.1897, TOP 4 (USA); 3.11.1896, TOP 3, 6.1.1897, TOP 3, 28.1.1897, TOP 1 sowie ab 16.5.1898, TOP 4 und 7.3.1900, TOP 2 (Getreide bzw. Petroleum aus Rußland).

[74] Aus der anschwellenden Literatur seien pars pro toto genannt: Alings, Reinhard, Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – Zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918, Berlin/New York 1996; Mai, Gunther (Hrsg.), Das Kyffhäuser-Denkmal 1896–1996. Ein nationales Monument im europäischen Kontext, Köln u. a. 1997. Schneider, Ute, Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918), Essen 1995; Dies., Einheit ohne Einigkeit. Der Sedantag im Kaiserreich, in: S. Behrenbeck/A. Nützadel (Hrsg.), Inszenierungen des Nationalstaats, Köln 2000, S. 27–44; U. v. Hirschhausen/J. Leonhard (Hrsg.), Nationalismen in Europa, Göttingen 2001; Vogel, Jakob, Nations in Arms: Military and Commemorative Festivals in Germany and France, 1871–1914, in: K. Friedrich (Hrsg.), Festive Culture in Germany and Europe from the 16th to the 20th century, Lewiston 2000, S. 245–264. Vgl. Sitzungen am 18.12.1897, TOP 4, 12.3.1898, TOP 5 und 25.1.1899, TOP 3 (Märzgefallene); 30.12.1895, TOP 7 und div. TOP seit 7.10.1896, TOP 5 (Wilhelm I.).

förderung sei „politisch nützlich“, denn Sporttreibende verfielen nicht so „leicht auf politische Dinge“.[75]
Die Geschlechterdimension spiegelt sich in einigen Details wider: **Frauen** sollten ohne Wahlrecht zur Handelskammer bleiben, aber konnten nun etatmäßige Beamtinnen werden. Dementsprechend finden sich im Jahre 1897 mit J. Krause, M. Guttknecht und M. Priesent erstmals Frauen beim Tagesordnungspunkt Disziplinarsachen. Die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen war nach staatsministerieller Überzeugung gesetzlich zu untersagen, und Kultusminister Bosses Ziel hieß, sie „zu guten Hausfrauen und Müttern“ zu erziehen, wobei eine schnelle Emanzipation generell abgelehnt wurde. Andererseits bestand seit 1896 in Preußen die Möglichkeit für Frauen, das Abitur (extern) abzulegen, trotz der Verweigerung der Errichtung eines städtischen Mädchen-Gymnasiums in Breslau, das nach Bosse „in das gefährliche Fahrwasser der unnatürlichen Frauenemanzipation“ geführt hätte.
Zur **Umweltgeschichte** gibt es – neben dem schon genannten Landschaftsschutz – einige wenige Tagesordnungspunkte über vermehrte Hochwasser aufgrund von Abholzung in Schlesien und über die Wasserverschmutzung der Elbe durch die provinzialsächsische Kali-Industrie.[76]
Die **Konsumgeschichte** ist – neben dem Tagesordnungspunkt Beteiligung von Beamten an Konsumgenossenschaften – vor allem mit der Warenhaussteuer vertreten. Gegen Hohenlohe, Posadowsky, Brefeld und Schönstedt wurde sie am 18. November 1899 im Staatsministerium mit knapper Mehrheit beschlossen. In einer sozialhistorischen Interpretation wurde jüngst diesbezüglich argumentiert, daß der Widerstand gegen Warenhäuser offenbar in Preußen-Deutschland größer war als anderswo, insbesondere stärker antisemitisch aufgeladen, und daß hier wie sonst dem in diesem Fall den „Mittelstand“ protegierenden Staat die Letztentscheidung zukam. Diese drei Eigenheiten lassen sich vorderhand – vorbehaltlich weiterer international vergleichender Forschung – zugunsten eines „Sonderwegs“ in der Konsumgeschichte deuten.[77]
Alles in allem tauchen somit in den Protokollen der 1890er Jahre die neuralgischen Themen des preußisch-deutschen Konstitutionalismus in mancherlei Variationen auf. Die Interaktion von monarchischem Obrigkeitsstaat und den gesellschaftlichen Kräften der Mobilisierung und Politisierung im „Gebilde ‘zwischen den Zeiten’“ (H.-P. Ullmann) weiter zu erhellen, wird die Forschung nicht müde. Ob die aus Mobilisierung und Politisierung resultierende Pluralisierung eher als Partizipationserweiterung, ja Demokratisierung oder nicht vielmehr als verschärfte Konfrontation, ja Paralysierung zu deuten sind, diese Frage bleibt weiterhin spannend.[78]

2. *Kanzler, Kaiser und Konflikte: Das Staatsministerium zwischen Bismarcks Entlassung und der Jahrhundertwende*

Im Jahrzehnt von 1890 bis 1900 sahen Preußen bzw. das Reich fünf wichtige Kabinetts-Umbildungen: 1890, 1892, 1894, 1896/1897 und 1900. Markierte das Jahr 1890 den Neubeginn nach Bismarck, leitete 1892 die Entmachtung Caprivis ein, brachte 1894 den Kanzlerwechsel, bedeutete

[75] Geradezu aktuelle Kulturgeschichte findet sich bei Themen wie den vorweihnachtlichen Ladenöffnungszeiten in Berlin über 19 Uhr hinaus, was in Provinzstädten als unschicklich betrachtet wurde (Sitzung am 8.12.95, TOP 3) bzw. bei der Anregung Miquels, auch fünf Brief-Zustelltermine täglich genügten dem Publikum und sparten der Post Kosten (Sitzung am 17.6.1898, TOP 3, Bl. 178v). Sitzung am 5.12.1896, TOP 4 (Homöopathie).

[76] Vgl. Sitzungen am 5.12.1896, TOP 7 (Handelskammern); 13.3.1897, TOP 6 (Beamtinnen); 13.2.1895, TOP 2 (Versammlungen); 25.4.1898, TOP 5 (Bosse). Vgl. [Bosse, Robert], Zur Frauenfrage, in: Die Grenzboten, 59,2 (1900), S. 1–12, 66–76, 133–142, S. 134 (Zitat) bzw. das Stichwort Umweltschutz im Sachregister dieses Bandes.

[77] Ullmann, Hans-Peter, „Der Kaiser bei Wertheim“ – Warenhäuser im wilhelminischen Deutschland, in: Dipper, Christoph u. a. (Hrsg.), Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für W. Schieder, Berlin 2000, S. 223–236, S. 235 f.

[78] Ullmann, Hans-Peter, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt/M. 1995, S. 7. Langewiesche, Politikstile, bes. S. 23 und 27 f., tendiert offenbar zur ersten Alternative, ebenso Anderson, Practising Democracy. Gründe für die zweite Alternative benennt Spenkuch, Vergleichsweise besonders?. Selbst der moderate Born, Preußen im deutschen Kaiserreich, S. 142, konstatierte: „Der Mangel an Reformfähigkeit führte zum Ende der Monarchie in Preußen.“

1896/97 das endgültige Ende für den neuen Kurs und wurde 1900 der Aufbruch zur Weltpolitik mit Hohenlohes Ablösung durch Bernhard v. Bülow bekräftigt.[79] Die herausragenden Minister dieses Zeitraums, das Phänomen des sog. persönlichen Regiments Wilhelms II. sowie Kernprobleme des Staatsministeriums als Gremium seien nun vor dem Hintergrund der Protokolle analytisch dargestellt.

Der „vergessene Kanzler" **Caprivi** (so Helmut Böhme) wurde anfangs ob seiner Persönlichkeit sogar von Bismarck gelobt, erhielt vom Zentrumschronisten Karl Bachem eine positive Bewertung, aber wurde vom Kaiserfreund Philipp Eulenburg wegen seines Wesens bald als eine „Mischung aus Unteroffizier und Rechnungsrat" bespöttelt.[80] In den Staatsministerialprotokollen erscheinen seine Wortmeldungen nur wenige Male farbig oder strategisch weiterführend. Dies mag damit zu tun haben, daß Caprivi kein dominierender Bismarck sein konnte; ihm fehlten sicherlich dessen Erfahrung, Prestige und ausgeprägter Machtwillen. Aus diesen Gründen trat auch die Kollegialität im Staatsministerium nun deutlicher hervor; zugleich versuchte Caprivi, dieses Gremium als Rückhalt gegen etwaige Einmischungen Wilhelms II. einzusetzen. Daß dies zunehmend weniger gelang, sondern mehrere Minister eher dem Monarchen zu gefallen versuchten, bedeutete eine grundlegende Schwäche, die sich nach der Ernennung von Botho Eulenburg zum Ministerpräsidenten 1892 verstärkte und mit der sachlichen Kontroverse um die künftige Haltung gegenüber Sozialdemokratie und Reichstag im Herbst 1894 seine Entlassung beförderte. Der klug beobachtende badische Gesandte Jagemann bezeichnete jenen Abschnitt als das „Dreiseelenregiment Caprivi – Eulenburg – Miquel", was die Richtungsdivergenzen im obersten politischen Gremium klar benennt.[81]

Mit Caprivi trat im Oktober 1894 Landwirtschaftsminister Wilhelm v. **Heyden-Cadow** zurück, der vom strikten Agrarprotektionismus seines Vorgängers Lucius v. Ballhausen abgegangen war, vermehrte Vieh- und Fleischimporte erlaubt und zur Lösung der Probleme der Landwirtschaft 1893/94 staatliche Rahmenverbesserungen (Landwirtschaftskammern, Kreditreorganisation, Anerbenrecht) sowie mehrere „kleine Mittel" angepeilt hatte. Ministerkollege Bosse bedauerte sein Ausscheiden sehr, denn Heyden sei „eine absolut ehrliche, zuverlässige Natur, sicherer Herr seines Ressorts" und habe mit „allen vortrefflich" gestanden.[82]

Sein Nachfolger im Ressort, der einst welfisch gesonnene Hannoveraner Ernst von **Hammerstein-Loxten,** bewegte sich anfangs auf ähnlichen, moderat konservativen Bahnen. So optierte er sowohl gegen den bereits erwähnten Antrag Kanitz wie die Doppelwährung, sprach sich gegen die von den Agrarkonservativen gewünschte Beteiligung der Kreisausschüsse bei der Rentengutsbildung und die Zurückweisung von Importgetreide wegen mangelnder Qualität aus, war nicht dezidiert für ein Verbot des Getreide-Terminhandels und wurde vom BdL-Vorsitzenden B. v. Ploetz persönlich beleidigt. Im Zuge des unter dem Druck der Agrarier insgesamt zunehmenden Protektionismus zeigte sich Hammerstein ab 1897 dann immer deutlicher pro-agrarisch. Er bezeichnete das Zentrum

[79] Zum Staatsministerium 1890–1900 vgl. BArch Koblenz, NL W. Frauendienst, Nr. 3, Manuskript Das Preußische Staatsministerium 1808–1918, S. 94–144 und Hartung, Fritz, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918, in: FBPG Bd. 44 (1932), bes. S. 312–350.

[80] Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 5, Köln 1929, S. 123. Bismarck formulierte im Juni 1890, Caprivi habe „einen klaren Kopf, ein gutes Herz, eine großmütige Natur und eine große Arbeitskraft. Alles in allem ein Mann ersten Ranges." Otto v. Bismarck, Die gesammelten Werke, hrsg. von G. Ritter u. a., Bd. 9, 3. Aufl., Berlin 1926, S. 42. Kronratssitzung am 18.2.1894 (Wilhelm II.). Eine moderne Biographie fehlt; Material bietet Gothein, Georg, Reichskanzler Graf Caprivi. Eine historische Würdigung, München 1917.

[81] Vgl. Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 243 f.; Meisner, Der Reichskanzler Caprivi, S. 40. Jagemann, Eugen v., 75 Jahre des Erlebens und Erfahrens (1849–1924), Heidelberg 1925, S. 119. Später konstatierte er eine „Zweiseelenwirtschaft" Hohenlohe – Miquel; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 318.

[82] Vgl. Sitzungen am 8.12.1893, TOP 2 und 11.1.1894, TOP 1. Presse-Berichte über Heydens Amtszeit in: Rep. 87, ZB Nr. 362. VI. HA, NL Bosse, Nr. 8, Bl. 126 (Okt. 1894). Vgl. Aldenhoff, Rita, Agrarbewegungen und Agrarpolitik in Preußen/Deutschland 1890–1894, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1995, S. 795–808 (Heydens Ansatz).

als unzuverlässig und die Konservativen bzw. die rechten Nationalliberalen als Regierungspartner und setzte vor allem mit Hartnäckigkeit strenge Einfuhrverbote für Vieh aus Preußens östlichen Nachbarstaaten bzw. Fleischimporthindernisse gegenüber den USA, aber auch eine unvollständige inländische Fleischbeschau, durch. Bei seiner Landwirtschaftspolitik ist deutlich, daß den Landwirten der Westprovinzen und der Viehwirtschaft, von der ja gerade die bäuerlichen Landwirte profitierten, seine besondere Zuwendung galt.[83]

Wenig allgemeinpolitisches Profil entwickelten in den Protokollen wie in ihrer Amtstätigkeit generell die Justizminister **Schelling** und **Schönstedt**, Handelsminister **Brefeld** und Eisenbahnminister **Thielen**; Hohenlohe nannte sie 1896 herablassend diis minorum gentium. Die Tagebücher von Kultusminister **Bosse** stellen allerdings eine authentische, deshalb auch verschiedentlich angemerkte Quelle dar und sind aufschlußreich besonders während seiner Zugehörigkeit zum Staatsministerium 1892–1899. Er habe, so ein Beobachter über Bosses Ministertätigkeit, „aus großer Herzensgüte die Disziplin in einen hintern Rang" gestellt. Das persönliche Hauptinteresse des gläubigen Protestanten galt Kirchenfragen, so daß Friedrich Althoff die Abteilung (Hochschul-)Bildung relativ selbständig leiten konnte – Hutten-Czapski sprach mißbilligend von „Geheimratswirtschaft" im Kultusressort – und diese Stellung auch nicht verlor, als Kultusminister **Studt** ab 1899 sich deutlicher den Bereichen Wissenschaft und Technik zuwandte. Seine hauptsächliche Amtstätigkeit entfaltete dieser in Wilhelms II. Augen „beste" Minister, da er zuverlässig seine Befehle ausführe, genau wie Innenminister Georg v. **Rheinbaben** – ehemals enger Mitarbeiter Miquels im Finanzministerium, aber im Staatsministerium „sehr selbständig bis zum Eigensinn" – erst unter Bülow.[84]

Über die Kriegsminister **Verdy, Kaltenborn**, **Bronsart von Schellendorff** und **Goßler**, die in den Staatsministerialprotokollen primär bei Ressortfragen, etwa der schon genannten Militärstrafgerichtsordnung, faßbar werden, erfährt man in der edierten Quelle kaum etwas über den Forschungsstand hinausgehendes.[85]

Gewissermaßen einen Rückschritt an der Spitze des Handelsministeriums bedeutete die Ersetzung des sozialpolitischen Reformers **Berlepsch** – seine Sozialpolitik wurde oben umrissen – durch den Laufbahnbeamten **Brefeld** 1896. Brefeld vertrat primär schwerindustrielle Interessen, weniger die des Handels und natürlich die Staatsinteressen, was ja seiner Laufbahn entsprach. Er bezeichnete in der Sitzung am 23. Februar 1898 Herrenhaus-Kandidaten aus Industriekreisen sogar als „mehr oder weniger minderwertig", den Kohlenhandel 1900 öffentlich als „ein notwendiges Übel" und wurde wegen der die Schwerindustrie begünstigenden Zolltarife von 1902 von freihändlerischer Seite als „Minister gegen den Handel" apostrophiert.

Eine konservative Wendung läßt sich zudem an der Abfolge der vier Innenminister der 1890er Jahre, nämlich **Herrfurth**, **Eulenburg**, **Köller** und **v. d. Recke** festmachen. Im Gegensatz zum freikonservativen Reformbürokraten Herrfurth, der mit seiner angeblich adelsfeindlichen Personalpolitik Unmut erregte und im Streit um Miquels grundbesitzfreundliche Steuerreform-Komponenten unterlag, stammten die drei Letztgenannten aus den Reihen der preußischen „Junker". Bekanntlich bezeichnete es Wilhelm II. 1894 als seine Intention, einen der „strammsten" preußischen

[83] Vgl. Sitzungen am 9.3.1895, TOP 7 (Kanitz); 16.10.1895, TOP 3 (Doppelwährung); 29.4.1895, TOP 7 und 29.6.1895, TOP 8 (Rentengutsbildung;); 15.1.1896, TOP 6 (Getreide-Zurückweisung); 9.3.1896, TOP 11 (Beleidigung); 20.4.1896, TOP 6 (Getreide-Terminhandel); 2.2.1897, TOP 3 (Zentrum). Die zahlreichen Sitzungen zu den Vieh- und Fleisch-Einfuhrverboten sind im Sachregister unter dem Stichwort Landwirtschaft aufgelistet. Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 360 (u. a. Presse-Berichte 1895 ff.)

[84] Zitate aus: Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 194 f. und Hutten-Czapski, Bogdan Graf v., 60 Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. 1, Berlin 1936, S. 294 und 300. Bosses Erinnerungen aus seiner Zeit im RAdI bzw. RJA wird F. Tennstedt (Kassel) in Kürze edieren. VI. HA, NL Bosse, Nr. 9, Bl. 142v (über Rheinbaben 5.10.1900); Zilch, Reinhold, Artikel G. v. Rheinbaben, in: NDB, Bd. 21, Berlin 2003. Zedlitz-Trützschler, Robert Graf, Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof, Stuttgart u. a. 1924, S. 162 (Studt).

[85] Vgl. weiterhin die ältere Literatur, v. a. Meisner, Heinrich Otto, Der Kriegsminister 1814–1914, Berlin 1940 und Schmidt-Bückeburg, Rudolf, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser 1787–1918, Berlin 1933, S. 188 ff. sowie neuerdings Anker, Militärstrafgerichtsordnung und Schmid, Michael, Der „eiserne Kanzler" und die Generäle. Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871–1890), Paderborn 2003.

Konservativen zum Innenminister erwählt zu haben. Ein langjähriger Vortragender Rat im Innenressort urteilte, Köller und sein Nachnachfolger ab 1901, Hans v. Hammerstein, „brachten zu dem preußischen Ministerposten nicht die nötigen Kenntnisse mit und auch nicht den Fleiß, den keine Mühe bleichet". Derselbe Beobachter kennzeichnete Innenminister Recke zudem als „schwach und unsicher, wenn Entschlüsse zu fassen waren, also eigentlich immer", während der badische Gesandte Jagemann berichtete, Recke sei „gewiß mehr ein ausführender königlicher Sekretär als ein konstitutioneller Ratgeber". In der Tat bezog sich Recke in seinen Beiträgen am Kabinettstisch mehr als andere auf tatsächliche oder vermeintliche Wünsche Wilhelms II., und zur bemängelten Unsicherheit paßt, daß er so häufig wie kein anderer Minister am Text seiner Ausführungen in den Protokollen eigenhändige Korrekturen anbrachte, wobei er meist vorsichtigere Formulierungen einsetzte oder Teile strich.[86]

Unter den Reichsstaatssekretären sind vor allem vier Männer hervorzuheben. Der älteste, **Heinrich (v.) Stephan**, leitete die Reichspost bereits seit 1870. Er wurde im Januar 1895 mit dem Titel Staatsminister geehrt, nahm aber bis zu seinem Tod im April 1897 als solcher an keiner einzigen Staatsministerialsitzung teil, sondern war nur am 30. Oktober 1893 unter den weiteren Teilnehmern zu finden, so daß er in den Protokollen nicht weiter hervortritt.
Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, der Katholik **Rudolf Nieberding**, wurde 1893 von Caprivi im Sinne einer Geste an die Zentrumspartei ernannt. Er war im Staatsministerium anerkannt, seit er die Umsturzvorlage 1894/95 geschickt vertreten hatte. Als sein Hauptverdienst gilt das Zustandekommen des BGB 1896, bei dem er sowohl Zentrum wie Nationalliberale einband. Nieberding war im Staatsministerium häufig bei Rechtsmaterien Referent und erreichte mit 16 Amtsjahren die zweitlängste Amtszeit aller kaiserzeitlichen Staatssekretäre.
Mit fast 19 Jahren die längste Amtszeit erreichte **Alfred (v.) Tirpitz**. Seine unvermittelte Ernennung zum Staatsminister durch Wilhelm II. verursachte im Staatsministerium 1898 Empörung. Bei den Sitzungen fehlte er zwar häufig, stimmte jedoch bei einigen kontroversen Fragen für die Linie von Kanzler Hohenlohe. Daß seine mit der Sammlungspolitik à la Miquel nicht deckungsgleiche Marinepolitik im Staatsministerium nur einmal detailliert debattiert worden ist, aber er für selbige volle Rückendeckung beim Monarchen genoß, ist bereits angeklungen.[87]
Gleichfalls durch abrupten Willensakt des Kaisers kam der Generalmajor a. D. und konservative Reichstagsabgeordnete **Viktor v. Podbielski** zur Stellung des Staatssekretärs des Reichspostamtes, obwohl ihm eine fachliche Vorbildung fehlte und er sogar im BdL eine führende Position bekleidete. Allerdings arbeitete er sich ein und brachte eine Postgesetz- und Postzeitungstarif-Reform durch den Reichstag.[88]

Sucht man unter den Ressortchefs der 1890er Jahre nach Männern, die das bürokratische Normalmaß an politischer Konzeption, Leistungsfähigkeit und legislativen Erfolgen überragen, dann stehen sicherlich (neben den Kanzlern, Berlepsch und Tirpitz) drei Namen an der Spitze: Marschall, Posadowsky und Miquel.

---

[86] Dorrmann, Michael, Eduard Arnhold (1849–1925), Berlin 2002, S. 76 u. Zilch (Bearb.), Protokolle, Bd. 9, S. 16 (Brefeld). Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 347 („strammster Konservativer"); Kruse, Francis, Vergangenes und Gebliebenes. Lebenserinnerungen eines preußischen Beamten, Eschwege 1967, S. 107 (Kruse über Recke); Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 194 (Jagemann über Recke).

[87] North, Gottfried, H. v. Stephan, in: Persönlichkeiten der Verwaltung, hrsg. von K. G. A. Jeserich und H. Neuhaus, Stuttgart u. a. 1991, S. 219–223; Hunt, James C., Catholic Officials, Parity and the Center Party in Imperial Germany: the Case of Nieberding, in: Fides et historia 16 (1983), S. 45–54 und Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, passim; Epkenhans, Michael, A. v. Tirpitz (1849–1930), in: Michael Fröhlich (Hrsg.), Das Kaiserreich. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2001, S. 228–239 (mit neuerer Literatur). Vgl. Tirpitz' politische Stellungnahmen in den Sitzungen am 2.5.1898, TOP 3, 28.10.1898, TOP 5, 2.5.1899, TOP 6 und 21.11.1899, TOP 2.

[88] Vgl. Sitzungen am 2.5.1899, TOP 1 und 4.12.1899, TOP 2 (Postgesetz); Rep. 87, ZB Nr. 367; Zilch (Bearb.), Protokolle, Bd. 9, S. 17 und ders., Artikel V. v. Podbielski, in: NDB, Bd. 20, Berlin 2001, S. 555 f. (Podbielski).

Der badische Jurist und (seit 1883) badische Gesandte in Berlin, **Adolf Freiherr Marschall v. Bieberstein**, wurde im Frühling 1890 auf Anregung von Friedrich v. Holstein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Obwohl kein gelernter Diplomat, erwies er sich als Arbeitskraft und eloquenter Debatter im Reichstag sowohl für Caprivi (bei den Handelsverträgen) wie für Hohenlohe (bei diversen Fragen) als unentbehrlich. Bis Oktober 1894 ist Marschall in den Protokollen kaum faßbar; seine Ernennung zum Staatsminister ohne Geschäftsbereich scheint bis dahin Botho Eulenburg verhindert zu haben. Als er, wiederum auf Holsteins Empfehlung, zum Mitglied des Staatsministeriums avancierte, sprach er dort primär zur Außen(handels)politik. Im Reichstag arbeitete Marschall vor allem mit der Zentrumspartei zusammen. Er trat gegen Konfrontation mit der Arbeiterbewegung, für Sozialpolitik und Reichsgedanken, die Zulassung katholischer Orden, eine modernisierte Militärstrafgerichtsordnung, insgesamt die versöhnliche Linie Caprivis und Hohenlohes ein.[89] Speziell die Handelsverträge machten „den badischen Staatsanwalt" bei den ostelbischen Konservativen verhaßt, und Wilhelm II. wurde er unbequem, weil er mit dem Zentrum parlamentarische Kontakte pflegte und Bernhard Bülow bereits zum Nachfolger ausersehen war. Vor allem verargte der Monarch ihm seine Haltung beim Ultimatum des Staatsministeriums in der Köller-Krise: „*Marschall* ist ganz allein der Erfinder und spirtus rector der Intrige gewesen (...). In seinen Augen ist das Staats*ministerium* als ganzes das Organ, das zu befehlen und zu regieren hat, und ist jede freie Willensmeinung des Königs, die anders lautet, als das *Ministerium will*, ein Unding." Hohenlohe hielt schon aus Eigeninteresse an Marschall fest, und als er nach der Affäre Leckert – Lützow – Tausch seiner Ablösung widerwillig zustimmte, verlor er seinen wichtigsten Bundesgenossen in der Regierungsspitze. Als Schützling Großherzog Friedrichs I. von Baden wurde Marschall mit dem Posten eines Botschafters in Konstantinopel immerhin gut versorgt. 1912 sollte seine Versetzung nach London das deutsch-britische Verhältnis verbessern helfen, aber Marschall starb schon nach zwei Monaten.[90]

An Fachkompetenz, politisch-taktischem Geschick und Selbstbewußtsein kam dem entlassenen Marschall sicherlich **Arthur Graf v. Posadowsky-Wehner** gleich, der 1893 vom Posener Landeshauptmann zum Chef des Reichsschatzamtes aufrückte – als erster Staatssekretär, der seine Ernennung ausschließlich dem Kaiser verdankte, wie John Röhl vermerkt. Gleichwohl entwickelte Posadowsky in seinen vierzehn Amtsjahren, davon zehn im Reichsamt des Innern, durchaus eigenes Profil. Schon 1893/94 geriet er mit Caprivi aneinander und war am Ende auch dem Kaiser wohl deshalb unsympathisch, weil er seit dem Mißerfolg mit der Umsturzvorlage 1899 meist ein Arrangement mit dem Reichstag suchte.[91]
Als Reichsschatzsekretär stand Posadowsky anfangs noch im Schatten Miquels, aber schon beim zweiten Versuch einer Reichsfinanzreform 1895 emanzipierte er sich. Häufiger noch als Nieberding wohnte er Staatsministerialsitzungen bei. Deshalb war es nur konsequent, daß er, als Miquel sich 1897 nicht zur Übernahme des Reichsamtes des Innern und der Vizekanzlerschaft überreden ließ, diese Ämter zugesprochen erhielt. Er gestaltete sie durchaus auf der formal konzilianten, zwischen den Bundesstaaten ausgleichenden, frei- und reformkonservativen Linie seines Vorgängers Boetticher. Wie dieser in den 1880er Jahren (und Handelsminister Brefeld eben gerade nicht) nahm sich Posadowsky ab 1897 die Sozialpolitik als eigenes Wirkungsfeld vor; nach einem Jahr-

[89] Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 2; Brauer, Arthur v., Nekrolog, in: Biographisches Jahrbuch 17 (1912), Berlin 1915, S. 206–224; Schütte, Ernst, Freiherr Marschall v. Bieberstein. Ein Beitrag zur Charakterisierung seiner Politik, Phil. Diss., Leipzig 1936, S. 20–35; Wolf, Stefan Ph., A. Marschall v. Bieberstein, in: Badische Biographien, N. F. Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 195–198. Eine moderne Biographie fehlt.

[90] Vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 662 f. und 672; Röhl, Wilhelm II., S. 795 ff. und 936; Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 1260 (Wilhelm vs. Marschall); ebd., Bd. 3, S. 1620 (Zitat).

[91] Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 101 (Ernennung aufgrund BArch, RK, Nr. 1621); Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 720; Schmidt, Martin, Graf Posadowsky. Staatssekretär des Reichsschatzamtes und des Reichsamtes des Innern 1893–1907, Phil. Diss., Halle/S. 1935; Graf Posadowsky als Finanz-, Sozial- und Handelspolitiker, anhand seiner Reden dargestellt von J. Penzler u. a., 4 Bde., Leipzig 1907–11; Henning, Hansjoachim, Arthur Graf v. Posadowsky-Wehner (1845–1932), in: Persönlichkeiten der Verwaltung, S. 245–249.

zehnt sprach man hier von der Ära Posadowsky, weil er die Versicherungsgesetze, die Gewerbeordnung und die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Arbeitnehmer weiterzuentwickeln bestrebt gewesen ist.
Ein zweites wichtiges Tätigkeitsfeld bildete die Vorbereitung der Zolltarifrevision, der sich Posadowsky seit 1897 und durchaus im Sinne der Miquelschen Sammlung annahm. Besser als dem im Zentrum stets beargwöhnten ehemaligen Nationalliberalen Miquel gelang es ihm, auch hier das Zentrum einzubinden, und sein Regieren mit dieser Partei als Kern von Mehrheiten wurde erst durch Bülows konservativ-liberale Blockbildung 1907 unmöglich.
Meist, aber nicht immer gehörte Posadowsky zu den mäßigenden Elementen, denn bei der Polenpolitik vertrat der aus der Provinz Posen stammende Vizekanzler seit dem Kronrat vom 7. Oktober 1896 gemeinsam mit Miquel eine die Konfrontation nicht scheuende Linie. Nach einer im Protokoll vom 9. Oktober 1900 bei Tagesordnungspunkt 4 wieder gestrichenen Passage hielt er nötigenfalls weitere Ausnahmegesetze gegen die Polen für erwägenswert.
Zwar beklagte Posadowsky 1896 gegenüber Hohenlohe pessimistisch, daß „Deutschland mehr und mehr Industriestaat werde. Dadurch würde der Teil der Bevölkerung gestärkt, auf den sich die Krone nicht stützen könne, die Bevölkerung der großen Städte und der Industriebezirke. (...) Gehe es so fort wie jetzt, so werde die Monarchie entweder in Republik übergehen, oder, wie in England, eine Schattenmonarchie werden.“ Aber in seiner praktischen Politik versuchte er doch meist, den Verwerfungen dieser säkularen Tendenz reformkonservativ zu steuern.[92]

Die faszinierendste Politikerpersönlichkeit im Staatsministerium der Zeit ist zweifellos **Johannes (v.) Miquel** gewesen. Als er Mitte 1890 von Wilhelm II. zum Finanzminister ernannt wurde, hatte er bereits gut vier Jahrzehnte politischer Tätigkeit hinter sich, unter anderem als Briefpartner von Karl Marx, als Abgeordneter in Hannover und Mitbegründer des Nationalvereins, als Bankier und führender nationalliberaler Parlamentarier der Reichsgründungszeit, als Urheber des richtungsändernden Heidelberger Programms dieser Partei, als Frankfurter Oberbürgermeister mit Leistungen etwa beim kommunalen Wohnungsbau, bei der Armenfürsorge oder im Schulwesen.
Miquels Redebeiträge im Staatsministerium dürften in der Summe den größten Umfang unter den Ministern erreicht haben; jedenfalls sind sie ab 1895 die längenmäßig am ausführlichsten protokollierten. Er formulierte stets strategisch klar, taktisch geschickt, inhaltlich überzeugend. Miquel war der Mann der großen Linien, in der Finanzpolitik, in der Polenpolitik, im Versuch der bürgerlichen Sammlung, bei der Förderung der Landwirtschaft. Zum letzteren Thema erklärte er am 8. Dezember 1893, daß die agrarischen Fragen nun die Agenda dominieren würden und der Staat hierfür die größten Opfer bringen müsse, was er dann allenthalben umzusetzen versuchte. Sicherlich ist hierin der konservativ gewendete Miquel zu erkennen und selbst sein wohlwollender Biograph Herzfeld sah in der Verschärfung des Dreiklassenwahlrechts durch Miquels Finanzreform 1891/93 seinen verhängnisvollsten Fehler. Aber in Teilbereichen wie dem Wohnungsbau, der Zentralgenossenschaftskasse oder dem Komptabilitätsgesetz darf er als fortschrittlich gelten. Und sogar bei den Fragen, bei denen er eine ambivalente oder falsche Richtung erstrebte, lassen sich auch richtige Einzelbeobachtungen erkennen.[93]
Im Bundesrat wurde der gebürtige Hannoveraner Miquel als Verkörperung Preußens angesehen, und das zu Recht, denn er verteidigte den preußischen Standpunkt nicht nur dort, sondern ebenso im Staatsministerium gegen etwaige Aufweichung durch Reichsinterferenz.

[92] Sitzungen am 20.4.1895, TOP 3 und 16.3.1896, TOP 1 (Reichsfinanzreform) bzw. am 29.7.1897, TOP 2 (Zolltarifrevision); Rassow, Peter/Born, Karl Erich (Hrsg.), Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914, Wiesbaden 1959, S. 263–270 (Entlassung); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 156 (1896).

[93] Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 313; ähnlich Thier, Steuergesetzgebung, S. 914–918. Realistische (Teil-)Einsichten Miquels finden sich etwa in den Sitzungen am 9.10.1900, TOP 4 (zu den unumkehrbaren Mechanismen der polnischen Nationsbildung) und am 13.7.1890, TOP 3 bzw. 13.1.1900, TOP 5 (zur Sozialdemokratie als Reformbewegung, aber keine Revolution machende Partei).

Seit er 1892 durch Appelle nicht zuletzt an Wilhelm II., dessen Wohlwollen er meist genoß, den Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurf mit verhindert hatte, galt er als Caprivis „gefährlichster Nebenbuhler". Hohenlohe zieh ihn „agrarische(r) Velleitäten" und betrachtete ihn aufgrund seiner taktischen Finessen als „faux frère". Als Vizepräsident des Staatsministeriums ab 1897 präsidierte er anstelle des altersmüden, oft fehlenden Hohenlohe häufig dem Gremium.
Miquels Standing nahm deutlich ab, als die neuen Vertrauensleute Wilhelms II. Tirpitz und Bülow am Kabinettstisch saßen, und er geriet in erste Schwierigkeiten mit der Kanalkrise 1899, wo man ihm eine zweideutige Haltung vorwarf. Auch krankheitsbedingt verfaßte er zwei, von Wilhelm II. noch abgelehnte, Rücktrittgesuche. Mit der zweiten Kanalkrise 1901 und dem Erstarken des neuen Kanzlers Bernhard Bülow kam seine Laufbahn im Mai 1901 ans Ende.
Der von Miquel entlassene Seehandlungspräsident Octavio Zedlitz machte Miquel damals gar für den „Niedergang der Stellung des Staatsministeriums" verantwortlich, weil er Wilhelm II. zu sehr nach dem Munde geredet habe. Dies bürdet ihm wohl zu viel Verantwortlichkeit auf, aber Miquel bemühte sich natürlich um Fühlung mit und Einfluß bei Wilhelm II., denn das war ihm bei mehreren heiklen Streitfällen sehr nützlich.[94]
In der großen Biographie Hans Herzfelds werden Miquels Positionen als Minister ausführlich und milde abwägend dargelegt. Herzfeld hat dazu die Staatsministerialprotokolle ausgewertet; da ihm jedoch aus politischen Gründen die behördliche Auflage gemacht wurde, die Benutzung der Akten von Staatsministerium, Finanzministerium und Reichskanzlei zu verheimlichen, unterblieb jeder Hinweis auf diesen Quellenfundus, selbst in den Anmerkungen.[95]

„Ein katholischer Bayer Kanzler und Preußischer Ministerpräsident (...) – das wird ein schönes Geschrei unter den Stockpreußen geben", notierte Baronin Spitzemberg anläßlich der Ernennung von **Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst** Ende 1894. Der Ernannte selbst formulierte fünf Bedenken, darunter sein Alter von 75 Jahren, die mangelnde Redegabe, der nichtmilitärische Status und die geringe Kenntnis preußischer Verhältnisse – aber nahm an, noch dazu unter Zusicherung zusätzlicher Repräsentationsgelder, was die Anhänglichkeit an den Posten und Wilhelm II. vergrößerte. Seine folgende Amtstätigkeit wurde von der Forschung im Resümee meist als zu schwach bewertet, da der greise Grand Seigneur an Indolenz und mangelnder Durchsetzungsfähigkeit gelitten habe.[96]
Hohenlohe selbst notierte im März 1895, „einige Minister, so Thielen, Berlepsch und Bosse, beklagen sich darüber, daß ich die Leitung des Staatsministeriums nicht energischer führte. Ich habe Köller gesagt, dies sei für mich, da ich noch zu neu sei, viel zu gefährlich. Ich könnte mich da leicht festfahren. Köller gab dies zu. Die Herren sind von früher her gewohnt zu gehorchen und wollen keine Freiheit, die von anderen [z. B. Miquel] (...) zu Intrigen benützt würde." Gut zwei Jahre später resümierte Bosse im Nachgang zur Sitzung vom 6. Mai 1897: „Die Vereinsgesetz-Novelle wird eingebracht. Hohenlohe ist damit ganz zufrieden. Er unterschätzt die Situation und ist

[94] Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 224 (Bundesrat); Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 343 und Sitzungen am 22.1.1892 bzw. 17.3.1892, TOP 5 (Volksschulkrise); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 83, 450 und 592 (über Miquel). Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 214 f. und Bl. 236 ff. (Rücktrittsgesuche 6.5.1899 bzw. 20.2.1900). Zedlitz-Neukirch, Octavio Freiherr v., Miquel als Finanz- und Staatsminister, in: Preußische Jahrbücher 105 (1901), S. 1–18, S. 18 (Zitat).

[95] Vgl. Ritter, Gerhard A., Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk, in: Otto Büsch (Hrsg.), Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk, Berlin 1983, S. 13–91, hier S. 40.

[96] Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 327. Neue Biographie: Stalmann, Fürst Ch. zu Hohenlohe-Schillingsfürst (im Druck). Einzelarbeiten: Fraley, J. David, Reform or Reaction: The Dilemma of Prince Hohenlohe as Chancellor of Germany, in: European Studies Review 1974, S. 317–343; ders., Government by Procrastination: Chancellor Hohenlohe and Kaiser William II, 1894–1900, in: Central European History 1974, S. 159–183; Meisner, Heinrich Otto, Der Kanzler Hohenlohe und die Mächte seiner Zeit, in: Preußische Jahrbücher 230 (1932), S. 35–50 und 131–148; Müller, Karl Alexander v., Der dritte deutsche Reichskanzler, in: Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Abteilung, Jg. 1931/32, H. 3, S. 3–60.

ohne jeden energischen Entschluß, ein liebenswürdiger, vornehm gesinnter Greis, aber kein Minister, am wenigsten ein Ministerpräsident."
Andererseits wird Hohenlohe seit H. O. Meisner zugute gehalten, seine „Stärke war sein passiver Widerstand, das beste bewirkte er in der Negation", und seine „unbeirrbare Ruhe hat manches Extrem verhütet". Schlimmeres verhindert, ausgleichend gewirkt, Wilhelm II. gebremst zu haben, das waren schon Hohenlohes eigene Entschuldigungsgründe vor sich selbst. 1896 notierte er in selbstbewußter Selbsterkenntnis: „Unter den obwaltenden Verhältnissen bin ich, trotz aller Mängel, doch immer noch der beste Reichskanzler." Hingegen betrachtete Wilhelm II. den „Oheim" häufig als hinderlich. So äußerte er Anfang Mai 1897 gegenüber dem sächsischen Militärbevollmächtigten, der „Kanzler habe zu gehorchen, und das könne er nicht. (...) Die unter des Kanzlers Leitung stattfindenden Sitzungen des Staatsministeriums seien der reine Skandal. Da werde debattiert und abgestimmt. Der Kanzler komme ihm hernach mit Majoritätsbeschlüssen des Staatsministeriums. (...) Da sei er dazwischengefahren. Er habe den Leuten gesagt, daß sie zu gehorchen hätten und sonst nichts."[97]
Aber Hohenlohe vermittelte nicht nur und ging Konflikten aus dem Weg oder erzielte „Vermeidungserfolge", wie zwei Kurzcharakteristiken jüngst resümierten, sondern seine zähe Widerständigkeit läßt sich anhand der Protokolle verschiedentlich beobachten: bei der Köller-Krise, bei der Militärstrafgerichtsordnung, bei der Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine, bei der Abwehr von Staatsstreichgedanken. Hier engagierte er sich und bestand einige Konflikte relativ erfolgreich, wenngleich er bei anderen gegen Kaiser und Kollegenmehrheit unterlag, wie damals wohl jeder liberale Ansatz ohne Rückendeckung durch Monarch, Bürokratiespitzen und Parlamentsmehrheit unterliegen mußte. Sicherlich war Hohenlohe von Anfang an nicht der Mann, die zerfahrene Politik zwischen dem Reich und Preußen straff-einheitlich zu leiten, aber einmal exponierte er sich noch mutig. Er trat nämlich in der Sitzung vom 23. August 1899 zur Kanalkrise entschieden für eine Auflösung des Abgeordnetenhauses gegen die Konservativen ein, was eine neue Richtung preußischer Politik hätte bedeuten können, aber von Wilhelm II., gestützt von Miquel, aus Rücksicht auf den Adel zurückgewiesen wurde.
Kurz davor hatte er sein inzwischen vielzitiertes Urteil formuliert: „Wenn ich so unter den preußischen Exzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite. (...) Alles was ich in diesen 4 Jahren erlebt habe, erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Deutschen haben recht, wenn sie meine Anwesenheit in Berlin für eine Garantie der Einheit ansehen."[98]
Nach dem Revirement von 1897 tritt uns Hohenlohe im Grunde schon machtlos entgegen; Bosse konstatierte „völlige Hilfslosigkeit und Unzulänglichkeit". Damals Boetticher und Marschall preisgegeben und nicht mit Eklat zurückgetreten zu sein, ärgerte Hohenlohe später selber; ob das etwas geändert und nicht lediglich Bülow früher ans Ruder gebracht hätte, läßt sich nur mutmaßen und eher bezweifeln. Es blieb ihm nun noch übrig, weiterhin eigenständige Meinungen zu Protokoll zu geben. In diesem Sinne stimmte er gegen Miquels Warenhaussteuer und erklärte sie für ein Übel und völlige Illusion. Für seine Meinung, daß Fleischbeschau und Viehimportverbote die Fleischpreise für die Masse der Bevölkerung ungerechtfertigt erhöhen würden, fand er keinen Widerhall bei den Ministern. Aus altliberaler, staatskritischer Überzeugung sprach er sich gegen staatliche Wohnungsinspektion aus, aber dafür, daß industrielle Neugründungen auch anständigen Arbeiter-Wohnraum nachweisen müßten. Politische Klarsicht bewies er mit der Einschätzung, daß die

[97] Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 49 und S. 163 (bester Kanzler); VI. HA, NL Bosse, Nr. 9, Bl. 22 (Tagebuch 1897); Meisner, Kanzler Hohenlohe, S. 37 und S. 141; Canis, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 247 (Wilhelm II.).
[98] Ullmann, Politik im Deutschen Kaiserreich, S. 35; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 1002; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 474 (Zitat).

Reichstagswahlen 1898 nur mit einem Sieg der Massenparteien Zentrum und Sozialdemokratie enden konnten.[99]
Jenseits von Erfolgen und Mißerfolgen spricht aus der Quelle manchmal ein erstaunlich realistischer, echter Vertreter des moderaten Liberalismus der Jahrhundertmitte, der ihn lebenslang kennzeichnete. So war Hohenlohe bei der Umsturzvorlage gegen die von katholischer Seite erstrebte Strafandrohung für die fahrlässige Verletzung religiöser Gefühle und auch bei der sog. lex Heinze, die ihm nur „Heuchelei und Scheinheiligkeit" zu fördern schien, für Freiheit in der Kunst. In den Denkwürdigkeiten heißt es diesbezüglich ferner: „Was ist schamlos? Was ist Scham? Der Unflätige erregt keine Scham, sondern Ekel. (...) Naturvölker kennen keine Scham. (...) Unsere Annahme, daß das Schamgefühl nur durch rohe und unflätige Darstellungen oder Kundgebungen verletzt werde, läßt sich nicht aufrecht erhalten." Um die gleiche Zeit zeigte der 80jährige geradezu aktuellen Realismus in Moralfragen: „Gäbe der Staat den Prostituierten, die man doch nicht entbehren kann, eine gesicherte Existenz, so würde das Zuhältertum von selbst aufhören."
Im Herbst 1900 erst erkannte er: „Alles, was auf die auswärtige Politik Bezug hat, wird von S. M. und Bülow beraten und beschlossen. Die Fragen der inneren Politik bearbeiten die Ressortchefs ohne meine Mitwirkung, weil sie wissen, daß S. M. meinen Rat nicht hört."
Den Nachfolger hatte Wilhelm II. schon Ende 1895 gegenüber Philipp Eulenburg bezeichnet: „Bülow soll mein Bismarck werden, und wie der mit Großpapa nach außen Deutschland zusammenschmetterte, so wollen wir beide im Innern den Wust von Parlamentarismus und Parteischablone reinigen!" Im gleichen Brief gab der Monarch zustimmend eine Meinung aus seiner Entourage wieder, derzufolge Marschall das Musterbeispiel sei für einen „rein süddeutsch konstitutionelle(n) Mensch(en), der von dem *König von Preußen* keine Ahnung und für denselben und seine Gott Lob so eigenartige Stellung auch nicht das geringste Verständnis" habe. Diese Meinung bekräftigte er Anfang 1897 gegenüber dem steten Scharfmacher Waldersee: „Ich kann mit diesen süddeutschen Ministern [Hohenlohe, Marschall] nicht zusammenwirken, sie verstehen mich nicht. Ich nehme mir wieder Norddeutsche oder Altpreußen; spätestens zum Frühjahr schicke ich die Gesellschaft fort." Bülow hingegen versprach 1896, daß er sich nicht wie Caprivi und Hohenlohe als „Vertreter des 'Gouvernements' und bis zu einem gewissen Grade des Parlaments Sr. Majestät gegenüber" betrachten, sondern daß mit ihm „im guten Sinne, aber tatsächlich ein persönliches Regime beginnen" würde.[100]

Im Rahmen der hiermit vorgestellten Minister klingt fast durchgängig das Thema an, das seit langem wie wohl kein zweites nicht nur die Forschung, sondern auch die historisch interessierte Öffentlichkeit beschäftigt, das **persönliche Regiment Wilhelms II**. Bei diesem schillernden Begriff muß geklärt werden, was er genau bezeichnen soll, nämlich a) die ubiquitäre, alltägliche Regierungsgewalt des Kaisers oder b) das Abstecken des Rahmens von politischen Möglichkeiten oder c) die wiederholte, aber punktuelle Intervention des Monarchen in Innen- und Außenpolitik.
Aufgrund des in Jahrzehnten angehäuften Quellenmaterials, nicht zuletzt der Eulenburg-Korrespondenz und anderer Briefwechsel, wird man zunächst in einem allgemeinen Sinne dem Satz John Röhls zustimmen können, daß es „oberhalb der Verwaltungsbürokratie mit dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten an der Spitze eine weitere Struktur gab, nämlich die der Hofgesellschaft, ohne welche das gesamte System nicht verstanden werden kann." Die Zuspitzung dieser These zu Röhls Formulierung: „Seit Mitte 1896 war (...) die Entscheidungsgewalt Wilhelms II. in

[99] VI. HA, NL Bosse, Nr. 9, Bl. 142v (5.10.1900). Vgl. Sitzungen am 18.11.1899, TOP 14 (Warenhaussteuer); 7.3.1900, TOP 1 (Fleischbeschau); 2.4.1898, TOP 3 (Wohnungsinspektion); 13.10.1900, TOP 7 (Arbeiter-Wohnraum); 23.2.1898, TOP 1 und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 441 (Wahlen), S. 592 (Rücktritt 1897).

[100] Sitzungen am 31.10.1894, TOP 5 (Umsturzvorlage) und 18.11.1898, TOP 2 sowie Mast, Peter, Künstlerische und wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich 1890–1901, Rheinfelden 1980, S. 168 f. (lex Heinze); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 569 und 560 (Scham, Prostitution); ebd., S. 582 (machtlos); Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1620 f. (Wilhelm II. 25.12.1895), ebd, S. 1714 (Bülow 23.7.1896); Meisner (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Waldersee, Bd. 2, S. 382 f. (6.1.1897).

der Innen- und Rüstungspolitik allenfalls noch durch die beiden Berliner Parlamente, den Reichstag und den Preußischen Landtag, eingeschränkt“ und blieb „deren Meinung im Bereich der Außen- und Militärpolitik ohnehin nicht gefragt“ wird hingegen von der Forschung ganz überwiegend als zu personalistische Verengung eines komplizierten politischen Systems abgelehnt. Denn säkulare Tendenzen wie die Industrialisierung, der Aufstieg der SPD oder die Massenpolitisierung, komplexe Sachfragen wie die Handelsverträge und die Finanzreform oder selbst das gesamte höhere Beamtenpersonal kann Wilhelm II. nicht beherrscht haben. Daß er keine Parlamentsmehrheiten befehlen konnte, gesteht selbst die zitierte Formulierung Röhls implizit zu. Für eine strukturgeschichtliche Betrachtungsweise ist deshalb Wilhelm II. „ein Akteur neben anderen“, wenngleich „zeitweilig ein einflußreicher Mann“.[101]

Andererseits geht mit dem Satz „the options available to Germany’s last Kaiser seemed so depressingly narrow“ eine der Röhlschen Sicht wohlbegründet und grundsätzlich widerstreitende Biographie Wilhelms II. vielleicht schon etwas zu weit mit der Exkulpation.

Denn die schon vor einem Jahrzehnt von Th. Nipperdey bedächtig abgewogenen Argumente scheinen im Lichte der Staatsministerialprotokolle der 1890er Jahre bestandskräftig.[102]

Erstens stellen in der Tat die 1890er Jahre die Kernperiode des „persönlichen Regiments“ dar. Hier bestimmte Wilhelm II. die Personalauswahl, auch aufgrund von Einflüsterungen der Entourage von Ph. Eulenburg bis hin zu den Militärs, in hohem Maße. Die Kanzler und Minister wurden 1890, 1894, 1896/97, 1900 vom Kaiser frei ernannt; die Regierungskrisen dieser Jahre lassen sich meist auf kaiserliche Richtungsänderungen zurückführen. Später lassen sich eher Wahlergebnisse, öffentliche Meinung oder gescheiterte Gesetzesvorhaben als Ursachen ansehen und schon unter Bülow, jedenfalls nach der Daily-Telegraph-Affäre 1908 trat der Kaiser im politischen Prozeß generell deutlich zurück.

Zweitens bestimmte der Monarch in dieser Dekade die Agenda der Regierungspolitik größtenteils. Ohne seine Anstöße und Rückendeckung wären weder die Sozialpolitik Berlepsch’, die Schul- und Hochschulreform, die antisozialdemokratische Wende 1894 nebst den folgenden Vereinsgesetz- und Zuchthaus-Vorlagen, noch der Flottenbau ab 1897, der andauernde Anti-Parlamentarismus oder die Behauptung der tradierten und popularisierten Militär-Monarchie gegen zivile Interferenz so verlaufen wie geschehen. Damit brachte er Verwirrung und Unruhe in Regierung, Parteien und politisches System, ohne säkuläre Tendenzen ändern, Lösungen befehlen oder sich in allen Einzelfragen durchsetzen zu können. Bekanntlich scheiterten die drei großen antisozialdemokratischen Vorlagen 1895–1899 im Parlament, andererseits aber nicht zuletzt an Wilhelm II. eben auch die Versöhnungsansätze Caprivis und Hohenlohes.

Dazu kamen jene kleineren Eingriffe, die das Regierungshandeln erschwerten, und sich in Tagesordnungspunkten wie Entsetzen über spektakuläre Reden, dem zweijährigen Widerstand gegen die Beseitigung des Verbindungsverbots für Vereine, der mehrjährigen Komplizierung der Militärstrafgerichtsordnung oder der Verhinderung der vom Staatsministerium erbetenen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes niederschlugen. Allerdings war der Monarch zu unstet, um das Tageshandeln des Staatsapparates wirklich kontrollieren zu können, so bei seiner Ordre, vor Abstimmungen im Bundesrat informiert zu werden und bei seinem „Kontaktverbot“ gegenüber der Kölnischen Zeitung.

---

[101] Röhl, John, Der „Königsmechanismus“ im Kaiserreich, in: Ders., Kaiser, Hof und Staat, München 1987, S. 137 und ders., Wilhelm II., S. 17 (Zitate). Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 1016 ff., S. 1020 (Zitat). Einen Problemaufriß bietet: Lerman, Katherine A., Wilhelmine Germany, in: J. Breuilly (Hrsg.), Nineteenth-Century Germany. Politics, Culture and Society 1780–1918, London 2001, S. 207–215.

[102] Clark, Christopher, Kaiser Wilhelm II, Harlow 2000, S. 260. Clark sieht den Kaiser weitgehend als bloßen Exponenten der Zeit, als seit Bülow schon innenpolitisch, später auch außenpolitisch machtlos und glaubt nicht, daß angesichts von Verfassungslage und gesellschaftlich-politischer Zerklüftung eine andere Person den Lauf der Dinge für das Reich hätte wirklich anders gestalten können. Als Repräsentanten der Zeit sieht den Kaiser auch Kroll, Frank-Lothar, Wilhelm II. (1888–1918), in: Ders. (Hrsg.), Preussens Herrscher, München 2000, S. 290–310, bes. S. 297–299 und 303 f. Nipperdey, Deutsche Geschichte, S. 480–485.

Drittens erfüllte Wilhelm II. die Aufgabe der Koordination in der politischen Spitze und zwischen Innen-, Außen- und Militärpolitik nicht bzw. trug zur Desorganisation und Reformblockade bei, auch indem er weiter in Tagesfragen intervenierte und alternativen Lösungsmöglichkeiten widerstrebte. Das wirkte sich im Umfeld des Weltkriegs verhängnisvoll aus; schon ab 1896 wurde der Kaiser in Großbritannien negativ gesehen, speziell als Motor von Rüstung und Flottenwettlauf. Diese Art von (Nicht-)Wirkung ist in der Forschung weithin anerkannt.
Viertens bedeuteten sowohl die Personalpolitik wie die bekannten Vorlieben und Vorurteile Wilhelms II. verengte Optionen für das Regierungshandeln und Prägung des politischen Stils im weiteren Sinne. Dies gilt einmal für einige große Fragen wie Flotte und Rivalität mit England, Parlamentarisierung und Kommandogewalt, wozu bereits Th. Nipperdey resümiert hat, diese „Grenzsetzungen waren es, die dem persönlichen Regiment am stärksten verfassungsprägendes Gewicht verliehen". Ferner wirkte der Kaiser auch quasi stilbildend mit seiner Prämiierung des Byzantinismus, seinem Militärkult und der Hochschätzung von strammer Schneidigkeit. Sicherlich war der „Medienkaiser" Wilhelm II. partiell auch Repräsentant von zeitgenössischen Tendenzen, aber zeitgleich pflegten süddeutsche Monarchen in Baden, Bayern, Hessen oder Württemberg vergleichsweise leisere, zivilere, moderatere Stile. Es gab also Handlungsspielraum.
Die eingangs gestellte Frage nach den drei Bedeutungsebenen des „persönlichen Regiments" scheint somit am ehesten mit einer Kombination aus den oben bezeichneten Möglichkeiten b) und c), nämlich Abstecken des Rahmens politischer Optionen und wiederholter, aber punktueller Intervention des Monarchen in Innen- und Außenpolitik beantwortbar. Daß ihm dies so möglich war, beruhte auf den Verfassungstraditionen Preußens und korrespondierte mit dem Bestreben von Eliten in Militär und Bürokratie, mit der konstitutionellen Monarchie auch ihre eigene Position an der Spitze gegen Parlamentsmehrheiten, gesellschaftliche Reformkräfte und natürlich die Sozialdemokratie zu verteidigen. Insofern wurde der Monarch sogar ein Stück weit von den alten Eliten instrumentalisiert. Die allerdings komplizierte preußisch-deutsche Verfassung, die in der Tat bestehende Zerklüftung der deutschen politischen Landschaft wie die außenpolitisch gefährdete Mittellage hätten indessen eine andere Haltung erfordert, als sie Wilhelm II. in Rodomontade vermeintlicher preußischer Traditionen einnahm.[103]

Bilanzieren wir abschließend die Position des **Staatsministeriums als Gremium** anhand der Gesichtspunkte interne Krisen und Stellung zum Monarchen sowie Spannungsverhältnis zu Landtag und Reichstag, also den drei Grundproblemen im Langzeittrend.
Bezüglich der Ministerauswahl ist bereits ausgeführt worden, daß die zentralen Weichenstellungen wie Kanzlerwechsel durch Wilhelm II. persönlich erfolgten. In einigen anderen Fällen konnte das Kabinett Kompromisse erzielen, vor allem Hohenlohe 1894, als er die Kaiser-Favoriten Georg v. Heydebrand und Hermann Tessendorf zugunsten von Hammerstein und Schönstedt verhinderte. In der Ablehnung Jenckes als Finanzminister setzte das Ministerium sich sogar durch, während der Protest gegen Tirpitz' Ernennung zum Staatsminister erfolglos blieb und Bülows Berufung hingenommen wurde. Der Beschluß in der Sitzung am 29. Juni 1897, daß das Staatsministerium bei Ministerernennungen gehört werden müsse, hat die Letztentscheidung des Monarchen nicht außer Kraft gesetzt.[104]
Bezüglich der Rücktritte sind – wiederum jenseits der vom Kaiser induzierten Kanzler- und Minister-Revirements, die Caprivi, Eulenburg, Schelling und Heyden 1894, Berlepsch und Bron-

[103] Vgl. Sitzungen am 24.3.1897, TOP 9, 28.4.1897, TOP 1, 5.11.1897, TOP 6, 24.9.1898, TOP 3, 8.1.1897 und 9.2.1897, TOP 1 (kaiserl. Eingriffe); Rebentisch, Die vielen Gesichter des Kaisers, S. 165 ff.; Nipperdey, Deutsche Geschichte, S. 484. Die Instrumentalisierung des Kaisers durch die alten Eliten betont jetzt Mommsen, Wolfgang J., War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, Berlin 2002, bes. S. 8–11, 257–263. Ob klügeres Agieren in der Weltpolitik die in der Staatenkonkurrenz angelegte (kriegerische) Konfron–tation vermieden hätte, problematisiert Schroeder, Paul W., International politics, peace, and war, 1815–1914, in: Timothy C. W. Blanning, The Nineteenth Century. Europe 1789–1914, Oxford 2001, S. 158–209, hier S. 190–199.
[104] Vgl. Fraley, Reform or Reaction, S. 320 ff.; Sitzungen am 16.6.1890, 22.3.1898, TOP 1 und 28.3. 1898.

sart 1896, Marschall und Boetticher 1897 sowie Hohenlohe das Amt kosteten – drei Gruppen unterscheidbar. Die Demission von Scholz, Lucius und Maybach 1890/91 sind quasi als Spätfolgen des Sturzes Bismarcks anzusehen. Eine zweite Gruppe stürzte als Folge von parlamentarischen Niederlagen bei Gesetzentwürfen; dies trifft für Goßler und Zedlitz 1891/92 zu, für Recke und Bosse 1899. Wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ressortchefs demissionierten 1892 Herrfurth und 1893 Maltzahn; letzterer wollte die Militärvorlage jenes Jahres gutenteils auch durch eine Biersteuer decken, während Caprivi aus Rücksicht auf die süddeutschen Staaten dagegen votierte.

In einem spektakulären Fall setzte das Staatsministerium den Abschied eines Ressortchefs durch. Der stramm konservative Köller machte sich nicht nur mit scharfem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie unbeliebt, sondern beging überdies einen Bruch der Vertraulichkeit im Staatsministerium, als er gegenüber Militärs ausplauderte, daß das Gremium nicht geschlossen hinter der Reform der Militärstrafprozeßordnung stand. Diese sog. Köller-Krise 1895 findet sich in den Sitzungen am 13. und 18. November 1895 und ist in ihrem genauen Ablauf zuletzt erneut von Röhl dargestellt worden. Diese politische Geschlossenheit gegenüber dem Monarchen blieb jedoch Episode, und wenige Jahre später notierte Kultusminister Bosse, jeder Ressortchef „wurstele in seinem Ressort weiter“.[105]

Das eine grundlegende Kennzeichen des Staatsministeriums der 1890er Jahre bestand somit in der politischen Heterogenität des Kabinetts unter den – im Vergleich mit Bismarck oder B. Bülow schwächeren – Kanzler-Ministerpräsidenten. Dem lag das verfassungsmäßig fixierte monarchische Ernennungsrecht zugrunde. Die Existenz rivalisierender Gruppierungen mit divergierenden politischen Vorstellungen im Staatsministerium ergab sich also einerseits aus der Konstruktion des preußischen Konstitutionalismus. Dieser Zustand kennzeichnete das Gremium über Jahrzehnte, angefangen von den Differenzen zwischen Ministerpräsident Manteuffel und dem ständisch-hochkonservativen Innenminister Westphalen bei der Verfassungsrevision, über die bremsende Rolle Roons im altliberalen Reformministerium um 1860, die spannungsreichen Duos Caprivi – Eulenburg und Hohenlohe – Miquel bis zu den Dissonanzen Bethmann Hollwegs mit den konservativen Ministern Trott zu Solz, Schorlemer und Loebell im Weltkrieg. Gerade den beiden Kanzlern Caprivi und Hohenlohe erwuchsen große Schwierigkeiten, weil sie die Beharrungskräfte in den politischen Spitzen einbinden mußten, um zu Reformen zu gelangen.[106]

Das Staatsministerium als das zentrale politische Lenkungsorgan Preußens – und mangels entsprechender Gremien – des Reiches agierte andererseits zudem in einem essentiellen Spannungsverhältnis zu Landtag und Reichstag, das bis 1848/67 naturgemäß nicht bestand und sich angesichts der nun einsetzenden Fundamentalpolitisierung verschärfte, ja die Suprematie und Steuerungskompetenz der Bürokratie in Frage stellte. Der politische Handlungsspielraum war in den 1890er Jahren zwar noch durchaus gegeben, wie die oben genannten Regierungsinitiativen in Außen- und Polenpolitik, Sozial- und Landwirtschaftspolitik oder die Führungsrolle von Beamten in „nationalen“ Vereinen belegen. Aber eine eindeutige Option für eine konservative Politik im Sinne der Landtagsmehrheit oder eine Mitte-Links-Linie mit der Reichstagsmehrheit wurde in den 1890er Jahren – und im Grundsatz auch später – vermieden, ja sollte unter der Prämisse einer „Regierung über den Parteien“ nicht getroffen werden.

Die grundlegende Komplizierung resultierte damit aus dem von Preußens Eliten unnachgiebig verteidigten nicht-parlamentarischen Verfassungssystem, wo die Minister nicht nach politischem Talent, sondern aus der Beamtenschaft rekrutiert wurden, also die Führungsauslese auf ein Berufsfeld begrenzt blieb, und sie dem Parlament wie der Gesellschaft überhaupt als Repräsentanten des monarchischen Staates gegenüberstanden. Dieser Dualismus war phasenweise schärfer oder weni-

[105] Vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 246 f. (Maltzahn 16.7.1893); Röhl, Wilhelm II., S. 805–813 und Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 32–69 (Köller-Krise); VI. HA, NL Bosse, Nr. 9, Bl. 99 f. (Zitat 9.10.1899).

[106] Vgl. Röhl, Wilhelm II., S. 794: „Die grundlegende Schwäche des preußischen Staatsministeriums als Führungsorgan war eine Heterogenität, die wiederum die natürliche Folge der impulsiven und inkonsequenten Ernennungspraxis des Kaisers war.“ Den politischen Rahmen dafür blendet Röhl aber weitestgehend aus.

ger scharf ausgeprägt, aber blieb die Crux des Systems. Eingebunden in ein heterogenes Staatsministerium und von Vorgaben bzw. Interventionen Wilhelms II. beschränkt, waren Caprivi wie Hohenlohe persönlich wie politisch nicht die Männer, um dieses System zu transzendieren. Dem auf das Vertrauen des Monarchen gestützten Bülow gelang bis zur Reichsfinanzreform 1908/09 durch Taktieren und politische Vorspiegelungen das Überspielen der Antagonismen. In den letzten Vorkriegsjahren verschärfte sich der Dualismus bis an den Rand der Paralyse und wurde erst angesichts des Drucks der Kriegsprobleme unter politischen Konvulsionen zugunsten des Parlaments entschieden. Der personelle circulus vitiosus des preußisch-deutschen Konstitutionalismus, daß systemische Reformen mit dem berufenen (Minister-) Personal nicht zu erreichen, neue Kräfte aber erst nach einem Systemwechsel einrücken konnten, wurde durchbrochen. Das Staatsministerium, ernannt als Vertrauensgremium des Monarchen, geschwächt durch inneren politischen Dissens und im Spannungsverhältnis zwischen den konservativen Bastionen Preußen und den modernisierenden Impulsen aus dem Reichstag stehend, hat bei diesem Wandel über Jahrzehnte eine alles in allem retardierende Rolle gespielt.
Kaiser-Freund Philipp Eulenburg hat die Problematik der aus der so lange siegreichen preußischen Tradition erwachsenen Konstellation bereits in einem nachdenklichen Moment 1903 reflektiert und formuliert[107]:

„Es handelt sich also um die Überwindung folgender Schwierigkeiten. Der preußische Ruhm und die preußische Tradition ruhen auf den Schultern der Armee und eines großartigen Beamtenstandes. Wir können diese großen Traditionen nicht verlassen, ohne uns vor dem Ausland zu schwächen; wir können nicht an dem Bestand unserer Armee rütteln. Diese Tradition ist aber das Unüberwindbare (...). Aber weshalb könnte nicht die Elite in andere Formen einlenken? Sie ist doch genial genug, um die Zeit zu verstehen. (...) Aber diese stärksten Männer des Staates haben auch nicht die Kraft, den ehernen Reif der Tradition zu durchbrechen (...). Denn die Tradition hat sich in Preußen eine Form geschaffen, die, anderen Kulturstaaten völlig unverständlich, zugleich als ein Sinnbild der individuellen preußischen Kraft erscheint. (...) Wie ein eherner Ritter steht das Preußentum auf hohem Postament und sieht die Massen nahen, ohne sich auf seinem Standort zu rühren. (...) Das alte Preußen bemerkt nicht einmal, daß die Kraft der preußischen Tradition, die glänzende Organisation, auch die Stärke des vierten Standes geworden ist, der aus Preußen besteht wie wir alle – und der uns lehren würde, die neue Zeit zu begreifen, auch wenn verändertes Wahlrecht und andere Palliativmittel als Versuche aufgewendet würden, die Sozialdemokratie zu beseitigen (...). Wir sind das disziplinierte, von den Hohenzollernstöcken erzogene Volk, und es fehlt uns das Verständnis für die furchtbare Unselbständigkeit, zu der man uns erzogen hat.
Was sollen wir aber tun, um der unausweichlichen Katastrophe zu begegnen? Abwarten, daß etwa Österreich zusammenbricht und uns vor kriegerische Aufgaben stellt? Abwarten, daß unsere leitenden Staatsmänner einen Krieg anzetteln, um aus der ungeheuren Schuldenlast und sozialen Kalamität herauszukommen und dem Militärstaat Boden unter die Füße zu schaufeln? Abwarten, daß der vierte Stand uns angreift, und alsdann den Versuch machen, ihn zu vernichten? (...) Abrüsten, den 'Nichtsatisfaktionsfähigen' die Hand reichen und alle Kräfte in den Dienst des sozialen Lebens und Staates stellen? Wer wird dieses Unerhörte wagen?"

3. Spezifika der Quelle und praktische Benutzungshinweise

Die **Sprache** der Protokolle 1890–1900 darf – wie bereits für die vorangehende Periode 1879–1890 im Band 7 geschehen – weiterhin als bürokratisch und gedämpft bezeichnet werden. Unter Caprivi sind die etwas kürzer gehaltenen Niederschriften noch zurückhaltender als später, wo für die Jahre 1896/97 die längsten Protokolle der Periode vorliegen; sie nähern sich Wortprotokollen und umfassen beispielsweise am 25. März 1896 fast 60 Blatt oder am 6./7. November 1896 fast 80 Blatt.

[107] Zum Dualismus Regierung–Reichstag zusammenfassend Schönberger, Überholte Parlamentarisierung, S. 642–649. Haller, Johannes (Hrsg.), Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld, Berlin 1924, S. 307 f.

Deshalb mußte in der Edition sehr knapp formuliert werden und gemäß den Richtlinien für derartige Vorhaben auch bewußt zurückhaltend.

Die Protokolle wurden verschiedentlich – dies ist jeweils angemerkt – sogar versiegelt, um strenge **Geheimhaltung** zu wahren und nichts nach außen dringen zu lassen. Dies gilt auch gegenüber dem Monarchen, denn im Umfeld der Köller-Krise riet Ph. Eulenburg ihm, sich doch durch Vermittlung des Reichskanzlers die Niederschriften kommen zu lassen, um selber festzustellen, wer das „Ultimatum" des Staatsministeriums anstiftete.
Der durchwegs vertrauliche Charakter der Staatsministerialsitzungen bedeutete jedoch nicht, daß die zu den Akten gegebenen Niederschriften signifikante oder punktuell erkennbare Lücken aufweisen. Vielmehr handelt es sich bei von der Literatur zuweilen als „Geheimsitzungen" apostrophierten Beratungen um informelle Besprechungen zwischen Ministern, die beim Geschäftsbetrieb der Ressortchefs jederzeit stattgefunden haben können.

Andererseits trifft es natürlich zu, daß nicht alles in den Sitzungen Gesagte und Besprochene protokolliert wurde. Erstens gab es einige ganz wenige Sitzungen, über die absichtlich keine Niederschrift angefertigt wurde, so am 22. Januar 1892. Zweitens erscheinen Diskussionen über brisante Personalia allenfalls kurz. Drittens sind nicht nur manche Aussagen, sondern vor allem auch die situative Schärfe der rhetorischen Auseinandersetzung oft nur durch andere Quellenarten zu belegen. So berichtete Bülow an Eulenburg Ende 1897, daß „im Ministerrate" – es dürfte sich um die Sitzung am 29. November 1897 gehandelt haben – Posadowsky, Miquel und Goßler meinten, daß der „kleinste Mißerfolg" bei der deutschen Besetzung Kiautschous im Reichstag Unruhe und in Berlin Tumulte verursachen könnte.[108]

Für die ausführlichen Protokolle der Jahre 1895–1898 zeichnete der **Unterstaatssekretär** G. P. Humbert verantwortlich. Recht kritisch urteilte rückblickend Hohenlohes Berater Graf Hutten-Czapski über ihn: „Der Protokollführer, Unterstaatssekretär Humbert, versah sein Amt technisch vorzüglich, hatte aber gar kein Gefühl für die eigentlichen Aufgaben dieses hohen Kollegiums, welches die preußische Politik leiten sollte. Er schrieb bogenlange Protokolle, die beinahe stenographische Berichte waren, verstand es aber nicht, den eigentlichen politischen Inhalt der einzelnen Ministerreden schlagend wiederzugeben." Und an anderer Stelle meinte er, daß dieser „Posten bekanntlich zu den politisch gleichgültigsten der Monarchie gehört".
Immerhin versuchte Wilhelm II. nach Humberts Tod einen Rat des Geheimen Zivilkabinetts zum Nachfolger zu ernennen, um über Staatsministerialsachen unmittelbar informiert zu bleiben. Aber Hohenlohe lehnte ab und wollte seinen Vertrauten aus der Reichskanzlei, Kurt v. Wilmowski, zum Unterstaatssekretär berufen, was wiederum Wilhelm II. verweigerte. Mit der Ernennung des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsjustizamt Rudolf v. Seckendorff blieb die Position des Unterstaatssekretärs wie schon unter Homeyer (bis 1894) eine unpolitische Beamtenstellung, während die engsten politischen Berater der Kanzler wie seit Bismarck üblich in der Reichskanzlei saßen, nämlich unter Caprivi Karl Goering, unter Hohenlohe Kurt v. Wilmowski und unter Bülow Alfred v. Conrad sowie vor allem Friedrich Wilhelm v. Loebell.[109]

Wie seit vielen Jahrzehnten üblich, wurde für Beschlüsse über nicht strittige Fragen oder zum formalen Abschluß eines hinreichend beratenen Vorgangs vom Staatsministerium nicht selten das **Umlaufverfahren** gewählt. Dies ist der Grund, warum in den Akten zuweilen Beschlüsse für Tage genannt werden, an denen gar keine Sitzung stattgefunden hat.

[108] Vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 63 mit Anm. 32 (angebliche Geheimsitzung) und ders. (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1631 (Ratschlag im Umfeld der Köller-Krise) bzw. S. 1878 (Bülow 1897).

[109] Hutten-Czapski, 60 Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. 1, S. 248 und S. 360 (Humbert); Rep. 89, Nr. 27, Bl. 169 ff. (Immediatbericht Hohenlohes zur Nachfolge Humbert) und Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 237 (Wilmowski); Spenkuch (Bearb.), Protokolle, Bd. 7, S. 26 f. und Zilch (Bearb.), Protokolle, Bd. 9, S. 38 (Bedeutung des UStS).

Die **Reinschriften** der 1890er Jahre wurden im Büro des Staatsministeriums weiterhin durch Schreiber handschriftlich erstellt. Nachdem 1897 eine Schreibmaschine gekauft worden war, fertigte man das Protokoll vom 25. August 1898 erstmals maschinengeschrieben an und wiederholte dies am 7. Januar 1899. Danach arbeitete man aber ganz überwiegend wieder mit Schreiber-Handschrift, bis schließlich ab Herbst 1907 durchgängig Maschinenschriften vorliegen.
Daß bei den Textfassungen sachlich schwieriger Materien die (Reichs-)Ressorts, d. h. faktisch die unter den weiteren Teilnehmern geführten Ministerialkommissare, Entwürfe zulieferten, belegt die Bleistift-Marginalie zur Sitzung am 17. Juni 1898: „Im Einvernehmen mit Herrn Ministerialdirektor v. Woedtke“ erstellt.[110]

Der **Bestand Staatsministerium** (Rep. 90/90a) im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz weist bei vielen Untergruppen erhebliche Überlieferungslücken auf. Deshalb mußte für die Anmerkungen häufig auf die parallelen Aktenbestände der einzelnen Ministerien zurückgegriffen werden. Deren Überlieferungen sind teilweise sogar vorzuziehen, da sie im Umfang größer sind, etwa wegen interner Vorarbeiten, eingeholter Stellungnahmen nachgeordneter Behörden bzw. Eingaben Privater, die nicht bis auf die Ebene des Staatsministeriums und seiner Repositur gelangten.

Künftigen Nutzern können mit den **Akten-Nachweisen in den Anmerkungen** meist nur erste Hinweise auf die relevanten Quellenbestände gegeben werden, da es aus Raum- und arbeitsökonomischen Gründen nicht möglich war, jeweils alle einschlägigen Akten anzumerken. Zu größeren Sachfragen existieren nämlich häufig mehrere Akten-Nummern oder gar ganze Akten-Reihen, teils sogar mit Adhibenda, die bei monographischer Forschung heranzuziehen sein werden.

Bezüglich der **Abschriften** einzelner Tagesordnungspunkte der Protokolle sei erneut vermerkt, daß diese Abschriften sich meist (aber nicht immer) in den Sachakten der Ministerien befinden. Dies gilt auch für Reichskanzlei und die Reichsämter.
Auf drei vielbändige Sammlungen von Abschriften zu verschiedenen Beratungsgegenständen sei besonders hingewiesen. Im Bestand Alte Reichskanzlei des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde befinden sich unter der Nummer 2014 (unvollständige) Abschriften der Kronräte 1890–1894 und unter den Nummern 364–367 sowie 2028–2030 (noch lückenhafter) Abschriften von Tagesordnungspunkten der Zeit 1890–1900. Die einigermaßen dichte Parallelüberlieferung im Bestand Handelsministerium wurde, wie schon im Band 7 der Edition, in den Regest-Köpfen der Jahre 1890–1896 vermerkt. Eine weitere Überlieferung von Abschriften im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin umfaßt zwar nominell die Jahre 1890 bis 1900; sie wurde jedoch wegen ihrer großen Lückenhaftigkeit nicht extra in den Regest-Köpfen angemerkt.[111]

Explizit sei ferner auf die **Bestände der Reichsämter im Bundesarchiv Berlin** hingewiesen, die wegen des preußischen Fokus der Edition und aus arbeitsökonomischen Gründen nicht durchgängig systematisch ausgewertet werden konnten. Für die 1890er Jahre existieren in den Reichsämtern, vor allem natürlich im Reichsamt des Innern, im Reichsjustizamt und im Reichsschatzamt, teils lange Aktenreihen zu mancherlei Problemen, die auch in den Protokollen angesprochen werden. Thematisch arbeitende Forscher werden sie grundsätzlich einzubeziehen haben.

Neben den Ministerialakten wurden auch einige **Nachlaß-Bestände** an passender Stelle annotiert bzw. zitiert, vor allem das Tagebuch von Kultusminister Bosse. Hingegen konnte das Tagebuch von Staatsminister Marschall arbeitsökonomisch bedingt nicht eingesehen werden, da es sich in Privatbesitz befindet. Diese Quelle wurde jedoch in den Editionen von W. P. Fuchs und J. Röhl bereits ausgewertet und vielfach angemerkt. Der Nachlaß Hohenlohe im Bundesarchiv Koblenz

[110] Vgl. Zilch (Bearb.), Protokolle, Bd. 9, S. 32 und Protokoll-Bd. 135, Bl. 229 (Marginalie zur Sitzung am 17.6.1898).
[111] Rep. 120, CB I Nr. 4 Bde. 6–14 bzw. PA AA, R 4244–4259 (Parallelüberlieferungen).

wird in der im Druck befindlichen Biographie Hohenlohes von V. Stalmann ausführlich berücksichtigt. Schließlich konnten im Rahmen der Protokoll-Edition die kleinen Rest-Nachlässe des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium Rudolf Meinecke bzw. des Vortragenden Rats im Staatsministerium Friedrich v. Kurowsky außer acht gelassen werden.

Das **Personenregister** des vorliegenden Bandes weist zwei Ergänzungen auf. Erstens ist eine Liste der Addenda und Corrigenda zum Personenregister des vorhergehenden, 1999 publizierten Bandes 7 angefügt. Sie umfaßt neben dem damals bedauerlicherweise vergessenen Dr. Angerstein rund zwei Dutzend Korrekturen und Komplementierungen, die dem Bearbeiter zwischenzeitlich zur Kenntnis gelangten.
Zweitens traten in den Protokollen 1890–1900 implizit genannte, aber gar nicht oder nur mit unangemessenem Aufwand identifizierbare Personen derart häufig auf, daß eine separate Liste angebracht erschien. Dort finden sich von den im Protokoll vom 4. Januar 1896 (Bl. 9) genannten Unteroffizier bzw. dem Gärtner der deutschen Kolonialstation Buea (Kamerun) über diverse Ministerialkommissare bis zum am 14. März 1900 (TOP 3) erwähnten Generalvertreter der US-amerikanischen Fleischwaren-Firma Armour and Co. diejenigen nur indirekt genannten Personen, bei deren Ermittlung der Bearbeiter kapitulierte. Den Wert der Edition sollte dies nicht schmälern.

Im übrigen gilt für die **Formalia** weiterhin das im vorhergehenden Band 7, S. 27–29 Gesagte.

Danksagung

„Wir sind Zwerge auf den Schultern von Riesen“ hat Thomas Nipperdey nicht ganz ohne Understatement und Bescheidenheitsgestus 1990 im Nachwort zum 1. Teil seiner Deutschen Geschichte 1866–1918 formuliert. Wie sehr auch und gerade eine Editionstätigkeit der monographischen Arbeit älterer und neuerer Historiker verpflichtet ist, ergibt sich schon aus dem Literaturverzeichnis wie den Anmerkungen dieses Werkes. Eine Grundwahrheit liegt ferner darin, daß der vorliegende Band nicht ohne die finanzielle Förderung durch das Akademienprogramm von Bund und Land Berlin, die langjährige Unterstützung durch die Betreuungskommission und die kritischen Augen meiner Berliner Kolleginnen und Kollegen B. Holtz, R. Paetau, Ch. Rathgeber und R. Zilch, besonders E. Schaffranke, hätte entstehen können. Mehrere Historiker und Archive gaben dankenswerterweise Auskünfte; besonders das die vielen, im wörtlichen Sinne gewichtigen Akten des Dahlemer Geheimen Staatsarchivs ausgebende Personal sei pars pro toto lobend genannt. Am Ende bleibt nur wie schon 1999 die Hoffnung auszusprechen, daß der nunmehr leicht zugängliche, aufbereitete Quellenfundus als Hilfsmittel nützlich wirkt und der weiteren Forschung über Preußen resp. das Kaiserreich etwas voran hilft. Qui vivra, verra.

Abkürzungsverzeichnis

à l. s.	= à la suite
a. D.	= außer Dienst
AA	= Auswärtiges Amt
Abg.	= Abgeordneter
Abschr.	= Abschrift
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AdlerO	= Adlerorden
AG	= Aktiengesellschaft
AGerR	= Amtsgerichtsrat
AGerSekr.	= Amtsgerichtssekretär
AH	= Abgeordnetenhaus
AK	= Armeekorps
Akad. d. Wiss.	= Akademie der Wissenschaften
ALR	= Allgemeines Landrecht
Altlib. / altlib.	= Altliberale / altliberal
AMinm. / AMinr.	= Außenministerium / Außenminister
Amtm.	= Amtmann
Amtsass.	= Amtsassessor
Amtsger.	= Amtsgericht
AmtsHptm.	= Amtshauptmann
ao.	= außerordentlich(er)
AppGer.	= Appellationsgericht
AppGerAss.	= Appellationsgerichtsassessor
AppGerR	= Appellationsgerichtsrat
AR	= Aufsichtsrat
Ass.	= Assessor
Aufz.	= Aufzeichnung
[B]	= Beschluß
bad.	= badische
BArch	= Bundesarchiv
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerisch
BdL	= Bund der Landwirte
Begr.	= Begründer
BergA	= Bergamt
BergAss.	= Bergassessor
BergHptm.	= Berghauptmann
BergR	= Bergrat
BergRef.	= Bergreferendar
Bevollm.	= Bevollmächtigter
BezPräs.	= Bezirkspräsident
Bgm.	= Bürgermeister
bkF	= bei keiner Fraktion
Bl.	= Blatt
BundesR	= Bundesrat

dän.	= dänische(r)
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
Dept.	= Departement
DFP	= Deutsche Fortschrittspartei
DFsP	= Deutsche Freisinnige Partei
DHT	= Deutscher Industrie- und Handelstag
Dir.	= Direktor
Dirig.	= Dirigent
Div.	= Division
DkP	= Deutschkonservative Partei (ab 1876)
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
dt.	= deutsche
DVP	= Deutsche Volkspartei
ev.	= evangelisch
exped.	= expedierender
Exz.	= Exzellenz
f. / ff.	= folgende (Seite / Seiten bzw. Blatt / Blätter)
Fasz.	= Faszikel
FBPG	= Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
FinMinm. / FinMinr.	= Finanzministerium / Finanzminister
FinR	= Finanzrat
ForstAss.	= Forstassessor
Forstm.	= Forstmeister
ForstR	= Forstrat
ForstRef.	= Forstreferendar
franz.	= französisch
Frh.	= Freiherr
Fstm.	= Fürstentum
FsVg	= Freisinnige Vereinigung
FsVp	= Freisinnige Volkspartei
FVP	= Fortschrittliche Volkspartei
gedr.	= gedruckt
Geh.	= Geheimer
GehArchivR	= Geheimer Archivrat
GehHofR	= Geheimer Hofat
GehKrR	= Geheimer Kriegsrat
GehOFinR	= Geheimer Oberfinanzrat
GehOMedR	= Geheimer Obermedizinalrat
GehR	= Geheimer Rat
gen.	= genannt
Gen.	= General
GenAdj.	= Generaladjutant
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenStAnw.	= Generalstaatsanwalt
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Gfscht.	= Grafschaft
ghzgl. / Ghzgtm.	= großherzoglich / Großherzogtum
Gouv.	= Gouverneur
Gr. GenStab	= Großer Generalstab
GS	= Gesetz-Sammlung für den Preußischen Staat

GStA	= Geheimes Staatsarchiv
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
hannov.	= hannoveranische(r)
HAPAG	= Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft
HausMinm.	= Ministerium des Königlichen Hauses
HausO	= Hausorden
hess.	= hessisch
HGB	= Handelsgesetzbuch
HH	= Herrenhaus
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
histor.	= historisch
HK	= Handelskammer
Hl. / hl.	= heilig
Hptm.	= Hauptmann
hs.	= Handschrift / handschriftlich
hzgl. / Hzgtm.	= herzoglich / Herzogtum
i. d. R.	= in der Regel
i. e. R.	= in den einstweiligen Ruhestand (versetzt)
Inf.	= Infanterie
interim.	= interimistisch
internat.	= international
Jg. / Jgg.	= Jahrgang / Jahrgänge
JMinBl.	= Justizministerialblatt
JMinm. / JMinr.	= Justizministerium / Justizminister
JohanniterO	= Johanniterorden
JusR	= Justizrat
KabMinr.	= Kabinettsminister
KabR	= Kabinettsrat
KabSekr.	= Kabinettssekretär
kais.	= kaiserlich
kath.	= katholisch
Kav.	= Kavallerie
Kdr.	= Kommandeur
KG	= Kammergericht
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kgr.	= Königreich
Kl.	= Klasse (bei Orden)
KO	= Kabinettsordre
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommand.	= kommandierender
kommissar.	= kommissarisch
kons.	= konservativ
KonsPräs.	= Konsistorialpräsident
KonsR	= Konsistorialrat
konst.	= konstitutionell

KoP	= Konservative Partei
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPM	= Königliche Porzellanmanufaktur
KR	= Kronrat
KrDept.	= Kriegsdepartement
KrMinm. / KrMinr.	= Kriegsministerium / Kriegsminister
KronenO	= Kronenorden
Krs.	= Kreis
KrsAss.	= Kreisassessor
KrsDir.	= Kreisdirektor
KrsGer.	= Kreisgericht
KrsGerR	= Kreisgerichtsrat
KrsHptm.	= Kreishauptmann
KrsJusR	= Kreisjustizrat
KrsSekr.	= Kreissekretär
KuMinm.	= Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten (Kultusministerium)
KuMinr.	= Kultusminister
Landesdir.	= Landesdirektor
LandesR	= Landesrat
LandMinm. / LandMinr.	= Ministerium / Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGR	= Landgerichtsrat
Lib.	= Liberal(e)
LibVg	= Liberale Vereinigung
Lit.	= Literatur
LT	= Landtag
ltd.	= leitender
Ltn.	= Leutnant
MAA	= Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern (Innenministerium)
MdLT	= Mitglied des Landtags
MdLV	= Mitglied der Landesversammlung
MdNatVers.	= Mitglied der Nationalversammlung
MdProvLT	= Mitglied des Provinziallandtags
MdR	= Mitglied des Reichstags
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
MinBl.	= Ministerialblatt
MinDir.	= Ministerialdirektor
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
MinR	= Ministerialrat
Minr. Kgl. Haus	= Minister des Königlichen Hauses
Minr.	= Minister

Minr.dI	= Minister des Innern (Innenminister)
MinSekr.	= Ministerialsekretär
Mitarb.	= Mitarbeiter
Mitbegr.	= Mitbegründer
Mitgl.	= Mitglied
Mitgr.	= Mitgründer
Mithrsg.	= Mitherausgeber
MöA	= Minister der öffentlichen Arbeiten
MS	= Manuskript
N. F.	= Neue Folge
n. f.	= nicht foliiert
NatVers.	= Nationalversammlung
NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
NPZ	= Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung
o.	= ordentlicher(s)
OAmtm.	= Oberamtmann
OAppGer.	= Oberappellationsgericht
OAppGerR	= Oberappellationsgerichtsrat
OB	= Oberbürgermeister
OBauDir.	= Oberbaudirektor
OBauR	= Oberbaurat
OBergABez.	= Oberbergamtsbezirk
Oberstltn.	= Oberstleutnant
OGer.	= Obergericht
OGerR	= Obergerichtsrat
OJusAss.	= Oberjustizassessor
OJusR	= Oberjustizrat
OKirchenR	= Oberkirchenrat
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLKulturger.	= Oberlandeskulturgericht
OLKulturGerR	= Oberlandeskulturgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPostDir.	= Oberpostdirektor
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORechR	= Oberrechnungsrat
ORegR	= Oberregierungsrat
OS	= Oberschlesien
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
OTribunalR	= Obertribunalrat
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGR	= Oberverwaltungsgerichtsrat
PA AA	= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PolAss.	= Polizeiassessor
PolDir.	= Polizeidirektor
PolKom.	= Polizeikommissar
PolLtn.	= Polizeileutnant
poln.	= polnisch
PolPräs. / PolPräsidium	= Polizeipräsident / Polizeipräsidium

PolR	= Polizeirat
PostR	= Postrat
Präs.	= Präsident
Premierltn.	= Premierleutnant
Priv.-Doz.	= Privatdozent
Prot.	= Protokoll
Prov.	= Provinz
ProvLT	= Provinziallandtag
RAdI	= Reichsamt des Innern
RDI	= Reichsverband der Deutschen Industrie (1919–33)
RechR	= Rechnungsrat
Rechtsanw.	= Rechtsanwalt
Red.	= Redakteur
Ref.	= Referendar
Reg. / reg.	= Regierung / regierend(er)
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat
RegRef.	= Regierungsreferendar
RegSekr.	= Regierungssekretär
RegVizepräs.	= Regierungsvizepräsident
ReichsR	= Reichsrat
Reinschr.	= Reinschrift
REMinm.	= Reichsernährungsministerium
RFKP	= Reichs- und Freikonservative Partei
RG	= Reichsgericht
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
RGR	= Reichsgerichtsrat
Rgt.	= Regiment
RgtKdr.	= Regimentskommandeur
rhein.	= rheinisch
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RJA	= Reichsjustizamt
RK	= Reichskanzlei
Rklr.	= Reichskanzler
RKom.	= Reichskommissar
RMarineA	= Reichsmarineamt
RMdI	= Reichsministerium des Innern
RPA	= Reichspostamt
RSA	= Reichsschatzamt
RT	= Reichstag
RV	= Reichsverfassung vom 16.4.1871
RVA	= Reichsversicherungsamt
RWiA	= Reichswirtschaftsamt
sächs.	= sächsisch
SchulR	= Schulrat
Sekr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Sp.	= Spalte(n)
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschland

Spezialkom.	= Spezialkommissar
Stadtger.	= Stadtgericht
StadtGerR	= Stadtgerichtsrat
StadtR	= Stadtrat
StAnw.	= Staatsanwalt
Stellv. / stellv.	= Stellvertreter / stellvertretende(r)
StenBerAH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten
StenBerBundesR	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reiches
StenBerHH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses
StenBerRT	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags
StGB	= Strafgesetzbuch
StKom.	= Staatskommissar
StMinm. / StMinr.	= Staatsministerium / Staatsminister
StPO	= Strafprozeßordnung
StR	= Staatsrat
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement
TH	= Technische Hochschule
TOP	= Tagesordnungspunkt
[U]	= Unterschrift
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UStS	= Unterstaatssekretär
[V]	= Vorsitz
Verf.	= Verfasser / Verfassung
Verw.	= Verwaltung / Verwalter
VerwDir.	= Verwaltungsdirektor
VerwGerDir.	= Verwaltungsgerichtsdirektor
VfS	= Verein für Social-Politik
Vizepräs.	= Vizepräsident
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogen
VortrR	= Vortragender Rat
Wirkl.	= Wirklicher
Wiss. / wiss.	= Wissenschaft / wissenschaftlich
württ.	= württembergisch
z. D.	= zur Disposition gestellt
z. R.	= zur Reserve
z. S.	= zur See
ZBl.	= Zentralblatt
ZDI	= Zentralverband Deutscher Industrieller
Zentrum	= Zentrumspartei
Zivilgouv.	= Zivilgouverneur
Zivilkab.	= Zivilkabinett
Zivilverw.	= Zivilverwaltung
ZPO	= Zivilprozeßordnung

Nr. 1 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 21. März 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen[1]*, Bd. 102, Bl. 208–208v; MF 608. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 267–267v.*

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Besprechung[2] *zur* Frage der Verabschiedung *Bismarcks. StS H.* Bismarck *motiviert sein* Rücktrittsgesuch. *Da an den neuen* Träger der *auswärtigen* Politik Deutschlands gewaltige Anforderungen gestellt *werden, kann er als* kranker Mann *nicht weiter amtieren.*[3]

1 *Es handelt sich um Korrekturen H. Bismarcks zur Motivierung seines Rücktrittsgesuchs.*
2 *Vgl. Eppstein, Georg Frh. v. (Hrsg.), Fürst Bismarcks Entlassung, Berlin 1920, S. 68–76 (17.–21.3.1890).*
3 *Vgl. Bußmann, Walter (Hrsg.), Staatssekretär Graf Herbert v. Bismarck, Göttingen 1964, S. 563 ff.; Gradenwitz, Otto, Bismarcks letzter Kampf 1888–98, Berlin 1924, S. 177–194 sowie Stamm, Heinrich, Graf H. v. Bismarck als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Phil. Diss., Braunschweig 1979, S. 551 ff. und Röhl, John, Wilhelm II., Bd. 2: Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888–1900, München 2001, S. 369–375 zu den politisch-taktischen Hintergründen des Rücktritts.*

Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 209–221v; MF 608.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Amtseinführung des neuen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten* Caprivi. — **2.** *Entlassung H.* Bismarcks *und Ernennung* Caprivis *zum Außenminister und Bundesratsbevollmächtigten.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[1] *v.* Rauchhaupt und Graf zu Limburg-Stirum *betr.* Fürsorge für die Hinterbliebenen *eines* getöteten Gendarmen *nach dem Köpenicker* Aufruhr[2]. Unterstützung *ist* im Verwaltungswege zu gewähren. [B] — **4.** Abänderung der ständischen Uniformen *der Beamten*. [B] — **5.** *Stellungnahme zur Frage*[3] *E. Richters nach Vorlage eines Notgesetzes anstelle des nicht rechtzeitig verabschiedeten Staatshaushalts. Da das AH* Schuld *daran trägt, ist* kurze Zeit *ohne gültigen Staatshaushalt auszukommen.* [B] — **6.** *Sechs Ernennungen*. [B] — **7.** *Stellungnahme zum* Antrag[4] *H.* Lassen und Johannsen *betr. Wiedergewährung der preußischen Staatsangehörigkeit an nun rückkehrwillige, ehem. dänische Optanten in* Schleswig. *Dies ist* unannehmbar. [B] — **8.** *Gesetzentwurf*[5] *betr.* erleichterte Abtretung kleiner Grundstücke zu öffentlichen Zwecken. *Die vom HH dazu beschlossene Stempelgebührenfreiheit für* Unschädlichkeitsatteste *ist* unannehmbar. [B] — **9.** *Ordenssache.* Graf *E.* zur Lippe-Biesterfeld *hat keinen Anspruch auf einen Orden I. Kl.* [B] — **10.** *Ordenssachen. Die* freikonservative Fraktion *fühlt sich gegenüber den* konservativen und nationalliberalen *Fraktionen* zurückgesetzt; *ein Orden für W. v.* Kardorff *wird erwogen.* [B]

1 *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 112; Debatte dazu 27.3.1890, S. 1021–1023.*
2 *Vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 81 v. 22.3.1890, S. 2 (Demonstration unter Belagerungszustand).*
3 *StenBerAH, Session 1890, 26.3.1890, S. 989–992.*
4 *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 41; Debatte dazu 14.5.1890, S. 1632–1638.*
5 *StenBerHH, Session 1890, Drucks. Nr. 27/28; Annahme am 7.2.1890, S. 22–28; vgl. auch StenBerAH, Session 1890, 24.4., 3.5., 13.5.1890, S. 1307–1309, 1451 f., 1616 f. (Gebührenfreiheit).*

Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 222–239; MF 608/609. — Abschr. [TOP 1–7, 9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 275–286v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz zu 1, U].

1. *Novelle*[1] *zur* Gewerbeordnung *aufgrund der* kaiserlichen Erlasse[2]. *Lt. Berlepsch gibt es dazu Ergänzungen bezüglich* Zuchtlosigkeit unter jüngeren Arbeitern *und den* Zwang zum Besuch der Fortbildungsschulen. *Die von Berlepsch befürwortete* Regelung der Wohnungsfrage *soll nach Meinung einer* Majorität *ggf. später* abgesondert *angegangen werden* [B]. *Die Arbeitszeitvorschriften des* Entwurfs *und die Stempelsteuerfreiheit für* Lehrverträge *werden bestätigt, das Verbot der Kinderarbeit präzisiert*[3] [B]. *Maybach regt einen verschärften* § 153 *gegen Verleitung zum* Vertragsbruch *an* [B]. — **2.** *Zur* Veröffentlichung der Protokolle der Staatsratssitzungen *ist die Initiative Wilhelms II. abzuwarten.*[4] [B] — **3.** *Stellungnahme zur* Resolution[5] *des RT betr. Aufhebung des militärischen Gerichtsstands* für Offiziere außer Dienst. *Wilhelm II. billigt die Zustimmung Preußens im* Bundesrat.[6] — **4.** *Wilhelm II. erwartet die* Grundsätze *einer* neuen Militär-Strafprozeßordnung.[7] [B] — **5.** *Lt. Caprivi will Wilhelm II. kein von Bismarck erwogenes neues* Sozialistengesetz [...] vorgelegt wissen.[8] — **6.** *Die* Einführung einer einheitlichen Zeitrechnung, *der sog. mitteleuropäischen Zeit, ist nicht* eilig; *zunächst sind die hauptsächlich Betroffenen zu hören.*[9] — **7.** *Die Forderung katholischer Kreise nach früher versprochenen* Dotationen *an die* katholische Kirche[10] *ist weiterhin* untunlich. [B] — **8.** *Entbindung eines katholischen Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt.[11] [B] — **9.** *Die* Anträge[12] *betr.* Bestrafung der Schulversäumnisse *in* Volksschulen *und betr.* gesetzliche Regelung *der* Schulpflicht *sind, obwohl von Zentrum und Freisinn ausgehend, daraufhin zu prüfen, ob etwas* Annehmbares *daraus hervorgeht*. [B] — **10.** *Der Wunsch der bayerischen* Regierung *nach* Einfuhr *von* Rindvieh *aus* Österreich *ist wegen Viehseuchen dort im* Bundesrat *abzulehnen. Bei der* Einfuhr *von Schlachtschweinen und Schafen wird der Reichskanzler ein* toleranteres Verfahren *anstreben*.[13] [B]

---

1 *Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 15, Bl. 13–25v. Vgl. Berlepsch, Hans-Jörg v., „Neuer Kurs" im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896, Bonn 1987, S. 152 ff. und Schmitt, Sabine, Der Arbeiterinnenschutz im deutschen Kaiserreich. Zur Konstruktion der schutzbedürftigen Arbeiterin, Stuttgart 1995, S. 98 ff. Zur Wohnungsfrage vgl. Berlepsch, „Neuer Kurs", S. 79 ff.*

2 *Vgl. Sitzung am 31.1.1890, TOP 2 mit Anm. 3 bzw. Schultheß, 1890, S. 19 f. (sozialpolit. Erlasse v. 4.2.1890).*

3 *Vgl. auf Bl. 241 des Bandes das Schreiben Berlepsch' mit der in der Sitzung vereinbarten Fassung von § 135, Abs. 1 u. 4 der Gewerbeordnung.*

4 *Die Veröffentlichung unterblieb; vgl. die Protokolle von 1890 in: Rep. 80, II Nr. 10 u. 11.*

5 *StenBerRT, Session 1888/89, 5.12.1888, S. 116–119 und 8.2.1889, S. 877 f.*

6 *Vgl. die Novelle zur Militärstrafgerichtsordnung v. 3.5.1890, RGBl., S. 63.*

7 *Vgl. Sitzung am 9.2.1890, TOP 4 mit Anm.*

8 *Diese Willensbekundung bezog sich auf eine entgegengesetzte Äußerung Bismarcks in der Sitzung am 2.3.1890, TOP 2 (Bd. 102, Bl. 103).*

9 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115053 (1890–92) und Nrn. 107515/107516 (Materialsammlung).*

10 *Vgl. StenBerAH, Session 1890, 19.3.1890, S. 810–813 (MdA Krebs u. Windthorst, KuMinr. Goßler).*

11 *Diese (bis zur Sitzung am 4.1.1895, TOP 5 reichenden) Tagesordnungspunkte werden bei den zugehörigen Personen im Personenregister durch den stehenden Begriff Dispensation angedeutet.*

12 *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 83 u. Nr. 73; Debatte dazu 28.3.1890, S. 1039–1044. Die unerledigten Anträge nahm inhaltlich bald der Gesetzentwurf über die Schulpflicht auf.*

13 *Vgl. Rep. 87, E Nr. 6566 (Schlachtvieheinfuhr aus Österreich-Ungarn); Konservatives Handbuch, 3. Aufl., Berlin 1898, S. 242–247 (Statistik der Vieheinfuhr 1890–95, betont kons. Sicht) und Eßlen, Joseph Bergfried, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches, Stuttgart 1912, S. 111–118 u. 127 ff. (wiss. Analyse aus liberaler Sicht).*

Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 243–261, Anlagen: Bl. 262–263v; MF 609. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 287–298.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 1].

1. Sanktionierung *mehrerer* Kirchengesetze *der* evangelischen Kirche *anläßlich des Antrags*[1] *der* Berliner Kreissynoden, *eine* Umlage *zu genehmigen. Goßler kritisiert* Bismarcks *feindliche* Haltung *zu den* evangelischen Konservativen; *diese feste* Stütze *der* Krone *soll nicht länger* kleinliche Bevormundung *erfahren. Die* Umlage *wird genehmigt*[2]*, die Novelle*[3] *zur* Kirchengemeinde- und Synodalordnung *Altpreußens aber zurückgestellt. Das* Kirchengesetz *betr. die* Emeritierungsordnung *und ein weiteres* Kirchengesetz *für* Schleswig-Holstein *werden gebilligt.*[4] [B] — **2.** Offizöse *Pressepolitik*[5]*. Caprivi hat die* Einwirkung von Seiten der Reichskanzlei *beendet, im* Auswärtigen Amt *wird sie deutlich* vorsichtiger *gehandhabt. Der* Staatsanzeiger *soll* politische Mitteilungen *künftig* ohne Polemik *bringen* [B]. *Die im AH verlangte* Rechnungslegung *über den* Welfenfonds[6] *oder dessen Rückgabe soll nicht konzediert werden, aber dessen* Verwendung [...] innerhalb der gesetzlichen Schranken *erfolgen* [B]. *Nach Scholz und Herrfurth muß man* Windthorst, *den* Welfen *und dem Freisinn in der Provinz* Hannover *weiterhin mit Fondsmitteln entgegentreten* [B]. — **3.** *Die* Benutzung *der* Staatsarchive *durch H. v.* Sybel *für sein Werk* über die Gründung des Deutschen Reichs[7] *bleibt weiterhin zulässig; allerdings soll eine einzusetzende* Kommission *das Werk vor* Veröffentlichung *prüfen.* [B] — **4.** *Terminierung und geplante Gesetzesvorlagen für die Reichstagssession ab* Mai *1890*. [B] — **5.** *Das* Verhalten *zur Kundgebung der* Sozialdemokratie *für den Achtstundentag am* 1. Mai *1890 ist bald zu beraten.*

---

1 *Rep. 76, III Sekt. 12 Abt. XIV Nr. 3 Bd. 2, n. f. (Antrag v. 26.6.1889, Zeitungsausschnitte, Votum v. 26.3.1890).*

2 *Unschädlichkeitserklärung aufgrund des Gesetzes v. 3.6.1876, Art. 8 mittels Anlage (Bl. 263). Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 106 ff. (Voten, Gesetzentwürfe). Vgl. auch BArch, RAdI, Nr. 114973, n. f.*

3 *BArch, RAdI, Nr. 115027, Bl. 193 ff. (Gesetzentwurf). Vgl. Sitzung am 22.2.1888, TOP 1 mit Anm. und Rep. 89, Nr. 22773, Bl. 260–264 (Immediatbericht v. 11.11.1890 zum Verlauf der Frage 1885–90).*

4 *Unschädlichkeitserklärung aufgrund des Gesetzes v. 6.4.1878, Art. 23 mittels Anlage (Bl. 262).*

5 *Vgl. Stöber, Gunda, Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Stuttgart 2000, S. 220–229 (1890–94); Groth, Otto, Die Zeitung, Bd. 2, Leipzig 1928, S. 216 f. sowie Eckardt, Julius v., Lebenserinnerungen, Bd. 2, Leipzig 1910, S. 66–70 u. 88–96 (1882–85).*

6 *Vgl. die im Prot. erwähnte Anfrage Rickerts zur offiziösen Presse und Windthorsts zum Welfenfonds in StenBerAH, Session 1890, 15./16.4.1890, S. 1052–1057, 1064, 1093–1101 (Herrfurth, Caprivi).*

7 *Vgl. Sybel, Heinrich v., Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I., 7 Bde., München 1889–94, S. XI bis XIV; Seier, Hellmut, Heinrich v. Sybel, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen 1971, S. 24 bis 38, hier S. 36; StenBerAH, Session 1890, 16.4.1890, S. 1102 f. (Windthorst bezichtigt Sybel anti-katholischer Tendenz). Zum Fortgang der Sache vgl. Fuchs, Walther Peter (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, 4 Bde., Bd. 3, Stuttgart 1980, S. 29.*

Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 264–283; MF 609/610. — Abschr. [TOP 1–6, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 299–309.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–10], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Verhalten zur* Kundgebung *der SPD am* 1. Mai *1890. Da es* Zwistigkeiten *unter den* Arbeitern *gibt und die Lage je nach Ort verschieden ist, sind primär* Präventivmaßregeln *angebracht. Herrfurth erläßt eine* Verfügung[1] *an die* Regierungspräsidenten, Demonstrationen *sind zu* verbieten, *etwa* feiernden Arbeitern *in* Staatsbetrieben *ist mit* Entlassung *zu drohen und die* Militärbehörden *sind* überall auf dem Laufenden *zu halten*.[2] [B] — **2.** *Der Gesetzentwurf*[3] *betr.* Verwendung der Sperrgelder *ist mit Kardinal* Kopp *abgestimmt. Falls die Zentrumspartei und die* geistlichen Oberen *sich mit dem Gesetzentwurf* beruhigen, *werden die* Kartellparteien *dafür* stimmen. [B] — **3.** Verlängerung der Notenprivilegien der Privatnotenbanken[4]; *vertagt.* — **4.** *Wilhelm II. wünscht eine Kronratssitzung; Themen werden Denkmalsbau für* Wilhelm I. *und* Schulreform *sein.* — **5.** *Dem Gesetzentwurf*[5] *betr*. Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 *wird Preußen im* Bundesrat *zustimmen*. [B] — **6.** *Landwirtschaftsvereine* in den Ostprovinzen *bitten, wieder Landarbeiter aus Rußland zuzulassen, was Lucius für die* Monate April–Oktober unterstützt. *Herrfurth ist nicht für* eine mildere Praxis. Beschlußnahme *vertagt*.[6] [B] — **7.** *Titelverleihung. Ernennung. Zwei Ordenssachen.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B] — **9.** *Eine Novelle zum Berggesetz*[7] *wird für die* nächste Session *des Landtags vorbereitet.* [B] — **10.** *Der* Antrag[8] *J.* Grimm *betr*. Einführung der Städteordnung *von* 1853 *im* Regierungsbezirk Wiesbaden *ist wohlwollend aufzunehmen.* [B] — **11.** *Beim Initiativgesetzentwurf*[9] *R.* Zelle *betr. Änderung der Wahlbezirke und der Stadtverordnetenzahl durch die Kommunalbehörden selbst sind unerwünschte Kommissionsbeschlüsse im* Plenum *des AH zu beseitigen.* [B] — **12.** *Die Frage der Benutzung des Submissionsstrichs im Bürobetrieb der Ministerien wird vertagt.*

---

1 *Rep. 77, Tit. 2513 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 51 ff.*

2 *Vgl. Rep. 90a, D I 4c Nr. 5, hier Bl. 1–24 und Wittwer, Walter, Vom Sozialistengesetz zur Umsturzvorlage. Zur Politik der preußisch-deutschen Regierung gegen die Arbeiterbewegung 1890 bis 1894, Berlin (O) 1983, S. 74–81.*

3 *Rep. 77, Tit. 413 Nr. 42, Bl. 153–157v. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 114991 (1889–91); StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 151; Debatte dazu 29.4.1890, S. 1394–1422. Siehe auch Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 5, Köln 1929, ND Aalen 1967, S. 246 f.*

4 *Vgl. Sitzungen am 16.6.1890, TOP 2 und 18.11.1890, TOP 3 mit Anm.*

5 *StenBerBundesR, Jg. 1890, Sitzung am 20.1.1890, Anlage 2 zu § 32 (= vom Reichstag angenommener Initiativgesetzentwurf Windthorst); Zustimmung in der Bundesratssitzung am 24.4.1890, § 204.*

6 *Vgl. Sitzung am 11.11.1890, TOP 2 mit Anm.*

7 *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3 Bd. 8, Bl. 320 ff. und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 409.*

8 *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 119; Debatte dazu 7.5.1890, S. 1480–1490.*

9 *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 20 bzw. 159; Debatte dazu 12.5.1890, S. 1590–1596.*

Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 285–294; MF 610.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [U], Lehnert [zu 2].

1. *Zur Novelle der* Gewerbeordnung *soll im* Bundesrat *ein* Antrag[1] Preußens *zum* § 125 *betr. den* Vertragsbruch *von Arbeitern eingebracht werden.* [B] — **2.** *Beim Nachtrag*[2] *zum Staatshaushalt* 1890/91 *werden* Wünsche *von Lucius und Goßler nach* Gehaltserhöhungen *für einzelne Beamtenkategorien* zurückgestellt. *Dem* Landtage *steht* eine Bestimmung über anderweite Verwendung *der beantragten Gelder nicht zu*. [B] — **3.** *Eine* Verlängerung der Notenprivilegien der Privatnotenbanken *soll* über den 1. Januar 1891 hinaus [...] nicht stattfinden. [B] — **4.** Verhalten *zur Kundgebung der SPD am* 1. Mai *1890. Die preußischen Maßregeln sind den* deutschen Regierungen *mitzuteilen*. [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Beamte als Parlamentarier. Nach seiner* Versetzung *soll dem* Regierungspräsidenten v. Colmar *nahegelegt werden, ungeachtet der Gefahr eines Wahlsiegs der Polen, sein Mandat im Abgeordnetenhaus niederzulegen*. [B]

[1] *Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 15, Bl. 83–87v; vgl. StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 50 u. 54.*
[2] *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 148; Debatte dazu 28.4.1890, S. 1365–1392.*

Nr. 7 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 19. April 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 214–228v; MF KR 26/27. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 22492, Bl. 222–230.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Caprivi, Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer.

1. Denkmal *für* Wilhelm I. *auf der Berliner* Schloßfreiheit[1]. *Der Gesetzentwurf und ein Künstler-Wettbewerb sind vorzubereiten*. [B] — **2.** *Das* Gesuch[2] *des Berliner* Magistrats *v. 8.5.1889 auf Errichtung eines* Denkmals *für* Friedrich *III. an der* Friedrichsbrücke *ist abzulehnen und ein* Denkmal *auf der* Museumsinsel *zu planen.* [B] — **3.** *Neue* Gestaltung des Unterrichtswesens[3]. *Im Rahmen dieser Schulreform soll in Volksschulen ein veränderter* Religions- und Geschichts-Unterricht *die Schüler* widerstandsfähiger *gegen* Irrlehren *und Umsturzbestrebungen* machen. Einwendungen *von* katholischer Seite *gegen den* der vaterländischen Geschichte gewidmeten Leitfaden *sind wesentlich unbegründet. Mit Hilfe von Prof.* Schmoller *soll der volkswirtschaftliche* Leitfaden *überarbeitet werden. Für Grundfragen des* höheren Schulwesens *regt Goßler eine Schulkonferenz*[4] *an, die* Organisation, Lehrplan, körperliche Ausbildung, Erziehungsaufgabe, Reifeprüfung, Berechtigungswesen *und Lehrerausbildung behandeln wird. Wilhelm II. ist gegen Ersitzung der* Berechtigung *zum* einjährigen Militärdienst; das Gymnasium *muß* von Schülern, *die es* lediglich behufs Erlangung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst besuchten, befreit werden. *Die* Konferenz *ist vorzubereiten.* [B] — **4.** *Köpenicker Unruhen. Wilhelm II. rügt das ineffektive Verhalten der* Gendarmen *und der* Behörden. *Ein wirksameres Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, die sich Wilhelm II. zufolge* wohl organisiert und militärisch exerziert gezeigt *hat, ist zu prüfen.*[5] [B]

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115040 (v. a. Voten) und zur Bauausführung Rep. 93, B Nr. 2376.*
[2] *Vgl. Sitzung am 16.8.1889, TOP 3 mit Anm.; Rep. 89, Nr. 20939, Bl. 5 f. und Schultheß, 1890, S. 88 (Schreiben Wilhelms II. v. 26.5.1890).*
[3] *Vgl. Albisetti, James C., Secondary School Reform in Imperial Germany, Princeton 1983, S. 172 ff., hier S. 192 ff.*
[4] *Vgl. Führ, Christoph, Die preußischen Schulkonferenzen von 1890–1900 in: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. von Peter Baumgart, Stuttgart 1980, S. 189–223, hier S. 194–199.*
[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115047 (April–Okt. 1890).*

Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 296–323; MF 610. — Abschr. [TOP 1–8, 11, 13–15]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 315–334.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz [zu 4–15], Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–5, U], J. K. F. Schultz [zu 2], Reichardt [zu 6].

1. *Der Gesetzentwurf*[1] *betr.* die Schulpflicht *wird gebilligt.* [B] — **2.** *Zum* Fideikommiß Reisen *des* Fürsten Sulkowski *wird ein* Familienschluß[2] *nicht beanstandet.* [B] — **3.** *Bei der Novelle zur* Gewerbeordnung *wird ein* Zusatz[3] zum § 155 *gebilligt.* [B] — **4.** *Militärvorlage*[4] betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. *Umfang und Kosten der Heeresvermehrung. Lt. Caprivi wurde die* Form des Septennats *gewählt, um den* Parteien *entgegenzukommen; zur* Durchführung *der* militärischen Ausbildung aller Dienstfähigen *ist aber diese* Form *künftig zu überwinden.* [B] — **5.** *Ausbau des* deutschen Eisenbahnnetzes[5] *zu Militärzwecken. Eine höhere Kostenbeteiligung* Preußens *wird gebilligt, um den* übrigen Staaten ein gutes Beispiel *zu geben.* [B] — **6.** *Beim von der Schweiz betriebenen* Projekt eines internationalen Eisenbahntransportrechts *muß* Preußen *die* Sicherheit *haben, daß den* Bestimmungen über die Veröffentlichung der Tarife *von allen* Staaten [...] streng nachgekommen *wird. Der* Bundesrat *wird der* Wiederaufnahme der Verhandlungen zustimmen. [B] — **7.** Vermehrung und neue Organisation *der* Fabrikinspektoren[6]. *Nach Berlepsch sollen sie die* Brücke zwischen Staatsregierung und Arbeitern bilden *und* Aufgaben *gemäß dem sozialpolitischen Kaiser-Erlaß vom 4.2.1890 erfüllen.* [B] — **8.** Bestrafung des Kontraktbruchs *von Landarbeitern*[7]. *Lt. Lucius ist angesichts von Industrialisierung und der Grenzsperre gegen* Rußland *durch ein etwaiges* Strafgesetz *hier* keine wirksame Abhilfe *möglich. Die* Angelegenheit *ist* im Reich weiter *zu verfolgen.* [B] — **9.** *Caprivi fragt Verdy nach Folgerungen aus der Kronratssitzung zu den* Köpenicker *Unruhen.* — **10.** *Titelverleihung. Zehn Ernennungen. Zwei Ordenssachen.* [B] — **11.** *Titelverleihung.* [B] — **12.** *Ernennung.* [B] — **13.** *Der* Resolution[8] *des HH betr. sofortige Vorlage einer Novelle zum Einkommensteuergesetz ist in der laufenden* Session *nicht* nachzukommen. [B] — **14.** *Gesetzentwurf*[9] über Rentengüter *im HH. Die dort beschlossene Stempelfreiheit für* Verträge *ist auch im AH* zu

[1] *BArch, RAdI, Nr. 115037 n. f. (Entwurf v. 18.4.1890). Vgl. StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 189; Debatte dazu 12.5.1890, S. 1596–1613.*

[2] *Rep. 90, Nr. 164, n. f. (8 S.). Vgl. Rep. 77, Tit. 41 Nr. 102, Bl. 53 ff.*

[3] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 54 und Sitzung am 3.5.1890, § 227.*

[4] *Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 16 Bd. 5, Bl. 147 ff. Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 6 u. 84 (Kommissionsbericht); Debatte dazu 14./16.5.1890, S. 75–119 (Annahme am 28.6.1890), sowie Förster, Stig, Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status Quo Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985, S. 31–36.*

[5] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 49 u. 104; Debatte dazu 18.6.1890, S. 389–416 (2. Nachtragsetat).*

[6] *Vgl. Rep. 120, BB VII 4 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 4 f. (Anregung Berlepsch' v. 22.4.1890) u. Bl. 34 ff. (Denkschrift zur Reorganisation) sowie Berlepsch, Neuer Kurs, S. 279–290.*

[7] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 160, Bl. 39 ff. (Voten); Rep. 87, B Nr. 264, bes. Bl. 90–102v (Memorandum v. 24.2.1890) und Saul, Klaus, Um die konservative Struktur Ostelbiens: Agrarische Interessen, Staatsverwaltung und ländliche „Arbeiternot" in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983, S. 129–198, hier S. 134–138. Vgl. Sitzung am 10.12.1890, TOP 2 mit Anm.*

[8] *StenBerHH, Session 1890, Drucks. Nr. 104 (Miquel); Annahme Sitzung am 9.5.1890, S. 215; dazu Wippermann, 1890, I, S. 151. Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1696, Bl. 179 ff. (Scholz' Steuerreform-Gesetzentwurf v. 18.6.1890).*

[9] *Rep. 84a, Nr. 4293, Bl. 47–57 (Lucius 15.1.1890). Vgl. StenBerHH, Session 1890, Drucks. Nr. 25 und Debatte am 25.4.1890, S. 118–122.*

bekämpfen. [B] — **15.** *Die* Unterstützung *für* Hinterbliebene[10] *von Subalternbeamten soll generell nicht durch* Armenverbände, *sondern durch staatliche* Unterstützungsfonds *erfolgen.* [B]

[10] *Vgl. Hue de Grais, Robert Graf, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem deutschen Reiche, 10. Aufl., Berlin 1895, S. 86 f.*

Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Mai 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 14] und Korrekturen, Bd. 103, Bl. 2–44; MF 611.

Anwesend: Caprivi [V zu 1–8, U], Boetticher [zu 1–13, U], Maybach [U], Lucius v. Ballhausen [zu 1–11, U], Scholz, Herrfurth [U], Schelling [U], Verdy [U], Berlepsch [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Barkhausen [für G. Goßler, zu 10–14], v. Tepper-Laski [zu 11, 14], Rieth, v. Kurowsky, Frh. v. Broich [alle zu 14].

1. *Ernennung;* Koch *wird Reichsbankpräsident.* [B] — **2.** *Terminierung des Schlusses der Landtagssession 1890.* [B] — **3.** Denkmal *für* Wilhelm I. *auf der Berliner* Schloßfreiheit. *Mitteilung des Plans an die* parlamentarischen Körperschaften[1] *und Grundstücksfrage.* [B] — **4.** *Titelverleihung.* [B] — **5.** *Drei Ordenssachen. Drei Ernennungen.* [B] — **6.** Berufung *von vier neuen Mitgliedern in das* Herrenhaus. [B] — **7.** *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf*[2] *F.* Graf *betr. eine* Entschädigung für an Milzbrand *verendete* Tiere *im Regierungsbezirk Sigmaringen. Eine* wohlwollende Behandlung *ist angeraten.* [B] — **8.** *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf*[3] *Th.* Conrad *betr. ein Wildschadensgesetz. Dieser ist abzulehnen und eine Plenardiskussion*[4] *durch* Benehmen mit dem Präsidenten *des AH zu verhindern.* [B] — **9.** *Offiziöse Pressepolitik. Herrfurth will die Provinzpresse nicht länger mit* Artikeln *und* Geld *aus dem Innenressort unterstützen, da dies kostspielig und meist* unwirksam *ist. Gegen* polnische, dänische, welfische *Umtriebe können die* Oberpräsidenten *ihre* Dispositionsfonds *nutzen. Lucius und Berlepsch optieren für weitere publizistische Stützung der* Konservativen *gegen Zentrum und SPD sowie bei* Wahlen. *Mit* 6 gegen 2 Stimmen *wird Herrfurths Linie gebilligt.*[5] [B] — **10.** *Ordenssachen anläßlich der* Reise *Wilhelms II.* nach Ostpreußen. *Der Königsberger* Stadtverordnetenvorsteher *H. L.* Weller *ist nicht auszuzeichnen, da wie bisher* Mitglieder *der* freisinnigen Partei *nicht vorgeschlagen werden.* [B] — **11.** Gala-Uniformen *für Beamte* (Einführung von Kniehosen pp.) *und* Einführung einer Hoftracht. *Der* Erlaß[6] *Wilhelms II. v. 1.5.1890 ist von den* Ressorts *umzusetzen.* [B] — **12.** *Deutsche Delegation zum* Jubiläum der Universität Montpellier. [B] — **13.** *Das* 25jährige Jubiläum *der TH* zu Aachen *ist kein Grund zur Verleihung hoher* Orden. [B] — **14.** *28 Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, 30.6./2.7.1890, S. 712 u. 743–745.*
[2] *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 164; Debatte dazu 14.5.1890, S. 1638–1647.*
[3] *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 45; 1. Debatte dazu 5.3.1890, S. 498–509.*
[4] *Die Verhinderung gelang; vgl. StenBerAH 14.5.1890, S. 1662 f. und 6.6.1890, S. 1943–1945.*
[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 140 ff. (Herrfurth, Caprivi) und Nöth-Greis, Gertrud, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Pressepolitik und Propaganda, Köln 1997, S. 1–78, hier 33 ff.*
[6] *Abschr. in: Rep. 77, Tit. 915 Nr. 16, n. f. Vgl. Riedel, Georg, Die Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staats- und Hofbeamten-Uniformen, Berlin 1897, S. 52 ff. (Text der Verordnung und Abbildung dazu) und Wippermann, 1890, I, S. 247 u. 233.*

Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 14. Mai 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 2], Bd. 103, Bl. 46–58; MF 612. — Abschr. [TOP 1, 3–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 14–22v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth [zu 8–10], Schelling, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz, U], Rieth, F. Seydel [beide zu 2].

1. *Terminierung des* Landtagsschlusses *1890. Die* 2. Lesung *des Sperrgelderverwendungsgesetzes soll noch stattfinden, um dem* Zentrum *die* Verantwortlichkeit für das Nichtzustandekommen *aufzubürden*. — **2.** *Pensionssache*. [B] — **3.** *Der Wunsch Berlepschs nach statistischen Erhebungen*[1] über die Arbeiterverhältnisse *im Rahmen der* Volkszählung 1890 *wird gebilligt*. [B] — **4.** *Der* Wunsch *Bayerns nach* Verschärfung der Strafvorschrift des § 148 Nr. 4 der Reichsgewerbeordnung[2] *ist allenfalls später erfüllbar*. [B] — **5.** *Die* Resolution[3] *des RT* wegen [...] Dienstpflicht *der Theologiestudenten in der* Krankenpflege *ist abzulehnen*. [B] — **6.** *Dombau zu Berlin. J.* Raschdorff *wird auf Wunsch Wilhelms II. dessen Architekt.*[4] [B] — **7.** *Das* Kirchengesetz[5] *betr.* Verletzung kirchlicher Pflichten im Konsistorialbezirk Kassel *wird gebilligt*. [B] — **8.** *Die* Verleihung *des Titels* Vizepräsident *an den dritten* Direktor (Iffland) *der* Oberrechnungskammer *wird abgelehnt*. [B] — **9.** *Sessionsschluß des* Landtags *soll noch* vor Pfingsten *sein, auch wenn das dem* Zentrum *unliebsame Sperrgelderverwendungsgesetz dann nicht mehr beraten werden kann.*[6] — **10.** *Ernennung*. [B]

1 *Vgl. Sitzung am 28.6.1890, TOP 2 und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 202 ff.*
2 *Die Nichtachtung behördlicher Untersagung eines Gewerbebetriebes konnte gemäß § 148, Nr. 4 mit 150 M. Geldstrafe oder 1 Monat Gefängnis bestraft werden. Diese Vorschrift wollte Bayern verschärft sehen.*
3 *StenBerRT, Session 1889/90, 18.1.1890, S. 1082–1091. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115027, Bl. 78 ff. (Votum Verdys v. 25.4.1890).*
4 *Vgl. Rep. 93, B Nr. 2530, Bl. 244 f. (Goßler 12.5.1890).*
5 *BArch, RAdI, Nr. 114998, n. f. (Entwurf Goßlers v. 5.5.1890).*
6 *Erneute Beratung des TOP 2 aufgrund Mitteilungen Herrfurths aus der laufenden Abgeordnetenhaus-Sitzung.*

Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juni 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 14] und Korrekturen, Bd. 103, Bl. 60–81; MF 612.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–13], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy [zu 1–13], Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Zedlitz-Trützschler [zu 1], v. Tepper-Laski [zu 2 und 14], Frh. v. Broich [zu 14].

1. Wiederbesetzung *des* erzbischöflichen Stuhls in Posen[1]. *Da der in Rom lebende* Ledochowski *nicht zurückrufbar und* Weihbischof *E.* Likowski *als* Pole *zu verhindern ist, soll* in Rom

1 *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Posen-Gnesen Nr. 1 Bd. 4 (umfassende Akte für 1890/91) und Gatz, Erwin, Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977, S. L–LX u. S. 105 ff. (aus Akten des PA AA, teils identisch mit der zitierten Akte); ebd., S. 111–113, Druck von TOP 1 der Sitzung.*

bald der deutschgesinnte *L.* Redner *vorgeschlagen werden*. [B] — **2.** Statuten[2] des Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold *und Verleihungsgrundsätze.* [B] — **3.** *Ordenssache*. [B] — **4.** Ausstellungen *sind weiterhin kein* Anlaß *für* Ordensverleihungen. [B] — **5.** *Wilhelm II. und Staatsministerium werden sich am* deutschen Bundesschießen [...] nicht beteiligen. — **6.** *Terminierung des Schlusses der Landtagssession 1890 rücksichtlich* Sperrgelderverwendungsgesetz *und* Schulpflichtgesetz; *ein* definitiver Beschluß *ist noch* nicht *möglich*. — **7.** *Sechs Ernennungen*. [B] — **8.** *Ordenssache*. [B] — **9.** *Ordens- bzw. Titelverleihung an zwei leitende Beamte der* Landesbank Wiesbaden *werden abgelehnt, da beide zur* freisinnigen Partei *gehören.* [B] — **10.** Mitteilungen über die guten Erfolge *von Prof. H. v.* Helmholtz *beim Universitätsjubiläum in* Montpellier. — **11.–12.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **13.** *Ernennung*. [B] — **14.** *Acht Disziplinarsachen*. [B]

[2] *Rep. 90, Nr. 2022, Bl. 83–106 (Statut und Stiftung am 17.6.1890). Vgl. Wippermann, 1890, I, S. 304.*

Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 82–84v; MF 612.

Anwesend[1]*: Caprivi [V, U], Boetticher [U], Maybach [U], G. Goßler, Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch [U]. — Prot.: Homeyer [U].*

Scholz hat den Abschied erbeten und Wilhelm II. will Kruppdirektor H. Jencke *zum* Finanzminister ernennen[2]. *Jenckes Haltung zur* Arbeiterschutzgesetzgebung *stößt bei mehreren Ministern auf Kritik. Nach Berlepsch meint* Jencke, Arbeitgeber *müßten für* ihre Arbeiter sorgen, *aber* letztere *hätten* hierbei nicht mitzusprechen; *Caprivi wird die* Bedenken *gegenüber Wilhelm* II. *nicht geltend machen, da es* zwecklos *wäre*.[3] [B]

[1] *Gelesen [U]: Lucius v. Ballhausen, Verdy.*
[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 128 ff. (Rücktrittsgesuch Scholz' – wegen Augenleiden! – v. 14.6.1890); Röhl, John, Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im Zweiten Kaiserreich 1890–1900, Hamburg 1969, S. 61 f. und Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 3 f., 7–9.*
[3] *Lt. Notiz Homeyers v. 22.6.1890 (Bl. 85) erledigte sich die Sache, weil Jencke den Posten ablehnte.*

Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 16. Juni 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 86–99; MF 612/613. — Abschr. [TOP 1–4, 6, 8–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 31–40.

Anwesend: Caprivi [V, U], Boetticher [U], Maybach [U], G. Goßler, Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch [U]. — Prot.: Homeyer [U].

1. Neubau *der* Landtagsgebäude[1] *an der Leipzigerstr. 3–4 und der* Zimmerstraße. *Die Gestaltung von* Baurat *F.* Schultze *wurde von den* Gesamtvorständen beider Häuser *grundsätzlich gebilligt, zumal die* alten Bäume, *vor allem die* berühmten Eibenbäume, *damit* erhalten *bleiben. Die Abstände zu den Nachbargebäuden sind ausreichend. Ab* 1894 *können Landtag und Reichstag umziehen.*

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 79 Bd. 4, n. f. (Landtagsneubauten 1884–1890) und Spenkuch, Hartwin, Bismarck, Bäume und Barrieren. Zu einem unbekannten Aspekt preußischer Parlamentsbaugeschichte in: Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte, hrsg. von Helmut Engel u. Wolfgang Ribbe, Berlin 1994, S. 43–55.*

[B] — **2.** *Eine* Verlängerung der Notenprivilegien der Privatnotenbanken *kommt auch für preußische* Privatnotenbanken *über den* 1. Januar 1891 *hinaus nicht in Frage*. [B] — **3.** *Die anstehende* Reise *Wilhelms II.*[2] *macht seine Unterschriftsleistung* für längere Zeit *unmöglich*. — **4.** Zum Entwurf eines Reglements[3] über das Verhalten der Zivilbehörden bei Reisen Allerhöchster und höchster Personen *werden Voten eingefordert*. — **5.** Uniform *für den* Statthalter von Elsaß-Lothringen; *Detailfrage*.[4] [B] — **6.** *Die* Genehmigung *Wilhelms II.* zur Vertagung des Reichstags *ist vor dessen* Reise *einzuholen. Die längere* Vertagung *bedarf der* Zustimmung des Reichstags *und könnte die* Verjährung *von* Strafverfahren *gegen* fünf Reichstagsmitglieder *wegen* Preßvergehen *bedeuten. Dies wird Boetticher* in nähere Erwägung nehmen. [B] — **7.–8.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **9.** *Titelverleihung*. [B] — **10.** *Wilhelm II. wird ein neues* Mitglied des Herrenhauses *berufen*. [B] — **11.** *Die Wahl von Prof. Dr. med. J.* Bernstein *zum* Rektor *der* Universität Halle *ist zu bestätigen, da jüdisches* Bekenntnis *keinen* Grund zur Versagung der Bestätigung *darstellt*. [B] — **12.** *Ernennung. Der neuernannte Volksschuldezernent im Kultusministerium,* Oberkonsistorialrat *H.* Bayer, *soll Goßler zufolge den* Evangelischen Oberkirchenrat *verlassen, damit nicht* von katholischer Seite berechtigter Anstoß *daran genommen wird*. [B]

[2] *Wilhelm II. besuchte ab Mitte Juni 1890 mehrere Orte in Deutschland und segelte dann im Nordmeer. Zu diesen Reisen vgl. Marschall, Birgit, Reisen und Regieren. Die Nordlandfahrten Kaiser Wilhelms II., Bremerhaven 1991.*

[3] *Vgl. Sitzung am 12.3.1890, TOP 3 mit Anm.*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 611, n. f. (Schreiben Boettichers v. 28.4.1890) und Sitzung am 18.12.1889, TOP 5 mit Anm.*

Nr. 14 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 22. Juni 1890.

Vollz. Reinschr.[1] *mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 100–107; MF 613. — Abschr. [TOP 1–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 41–47v.*

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Vertrag mit* England *über* Helgoland *und Sansibar*[2]. *Caprivi optiert für die* Einverleibung *nach* Preußen *und* Erklärung *zum* Reichskriegshafen. — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Gesetzentwurf betr.* erleichterten Abverkauf kleiner Grundstücke *zu* öffentlichen Zwecken. *Zur im Landtag beschlossenen Stempelgebührenfreiheit ist der neue* Finanzminister *noch* zu hören. [B] — **4.** *Die* gesetzliche Regelung des Wasserrechts[3] *ist landesgesetzlich, aber unter* Zuziehung *des* Reichsjustizamts *in* Angriff zu nehmen. [B] — **5.** *Lucius regt spätere Voranmeldungen zum Staatshaushalt und eingeschränkte* Mitwirkung des Finanzministers *bei Ernennungen von Provinzialbeamten*

[1] *Nach einem Schreiben Rottenburgs v. 22.6.1890 wurde in dieser Sitzung auch die Ernennung Miquels vom Staatsministerium besprochen und gebilligt; Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 134.*

[2] *Vgl. Lahme, Rainer, Deutsche Außenpolitik 1890–1894. Von der Gleichgewichtsstrategie Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis, Göttingen 1990, S. 125 ff. (diplomatiegeschichtlich) und Leibenguth, Peter, Modernisierungskrisis des Kaiserreichs an der Schwelle zum wilhelminischen Imperialismus. Politische Probleme der Ära Caprivi (1890–1894), Phil. Diss., Köln 1975, S. 199–203 (v. a. innenpolitisch).*

[3] *Vgl. zur Entwicklung der 1890er Jahre allg. Büschenfeld, Jürgen, Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870–1918), Stuttgart 1997, S. 244 ff. (aufgrund Rep. 87, F Nr. 894 u. Rep. 76, VIII B Nr. 2120). Zum komplizierten Wasserrecht juristisch: Seiler, Harald, Die Gewässerbenutzungen und ihre Rechtsgrundlagen im Verlauf der Geschichte des Wasserrechts. Ein vergleichender Überblick, jur. Diss., Bonn 1976.*

an; eine Beschlußnahme *dazu wird aber vertagt*.[4] — **6.** *Der Initiativgesetzentwurf R.* Zelle[5] *ist als* Gesetzentwurf *annehmbar und in der nächsten Session* als Regierungsvorlage einzubringen. [B]

[4] *Die Frage blieb unerledigt; vgl. Rep. 90, Annex L Nr. 44, Bl. 11 (Denkschrift des MinDir. Sachs von 1918 betr. Zuständigkeiten bei Ernennungen inklusive der historischen Entwicklung der Frage seit der Bismarckzeit).*

[5] *Vgl. Sitzung am 11.4.1890, TOP 11 mit Anm. Vgl. zum Fortgang BArch, RAdI, Nr. 115027, Bl. 160 ff. (Gesetzentwurf und Schreiben Herrfurths v. 17.10.1890).*

Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 1] und Korrekturen, Bd. 103, Bl. 109–132; MF 613. — Abschr. [TOP 2–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 49–53v.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Herrfurth, Schelling, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Miquel], R. de la Croix [für G. Goßler], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 1].

1. *16 Disziplinarsachen.* [B] — **2.** Gewerbestatistische Erhebungen *und* Volkszählung 1890 *sind aus praktischen Gründen nicht zu verbinden, sondern gesonderte* Ermittlungen *betr.* Hausindustrie und Lohnstatistik *in Staatsbetrieben anzustellen.* [B] — **3.** *Reglement über das* Verhalten der Zivilbehörden bei Reisen *Wilhelms II. und* anderer fürstlicher Personen. *Die* Zahl *der Anwesenden bei* Empfängen *ist* zu beschränken. [B] — **4.** *Ordenssache.* [B] — **5.** *Ordensverleihungen an* Personen polnischer Nationalität. *Dabei bleibt die* individuelle Beurteilung *der* einzelnen Persönlichkeit [...] entscheidend. [B] — *Titelverleihung. Zwei Ordenssachen.* [B]

[1] *Gelesen: Caprivi [U].*

Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 134–153v; MF 613/614.

Anwesend: Caprivi [V, U], Boetticher [U], Lucius v. Ballhausen [U], Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch, Miquel [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Bartsch [zu 2].

1. *Amtseinführung des neuen Finanzministers J.* Miquel.[1] — **2.** Verlegung eines Knabenpensionats der Dominikaner von Venlo in Holland nach Warburg. *Die* Dominikaner *sind zur* Erziehung männlicher Jugend *ungeeignet und ihre Niederlassung* rechtlich unzulässig. [B] — **3.** Verhalten *gegenüber der* Sozialdemokratie *nach dem* Außerkraftreten des Sozialistengesetzes[2]. *Nach Herrfurth ist momentan eine energische Anwendung* bestehender Gesetze, *die*

[1] *Vgl. zur Ernennung Herzfeld, Hans, Johannes v. Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, Bd. 2, Detmold 1938, S. 196–200; Röhl, John, Deutschland ohne Bismarck, S. 61 f. sowie Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 3 f., 7–9.*

[2] *Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (RGBl. 1878, S. 351) trat am 30.9.1890 außer Kraft. Vgl. Rep. 84a, Nr. 8463, Bl. 231–240 (Voten Herrfurths und Caprivis v. 25.6./5.7.1890).*

Verstärkung *der* Polizei *und ggf. Verfolgung durch* Staatsanwälte *angezeigt; später kann ein schärferes* Reichsgesetz *zum Vereins- und Versammlungsrecht* nötig *werden. Die Kontrolle der* Presse *durch die* Staatsanwaltschaft *bleibt rechtlich schwierig. Eine* Verschärfung des gemeinen Rechts *in einer Novelle würde, wie früher sogar* im Bundesrat[3], *wohl* scheitern, *zumal die Parteien* Strafvorschriften, *die alle treffen könnten, ablehnen. Miquel zufolge nimmt die* revolutionäre Kraft *in der SPD ab und erwarten Arbeiter primär* reale Verbesserungen. *Lt. Berlepsch soll man der* Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Lohnfrage mehr entgegenkommen. *Somit ist kein neues* Spezialgesetz, *sondern die energische* Handhabung *bestehender* Gesetze[4] *gegen die* Ausschreitungen der Sozialdemokratie *angeraten.* [B] — **4.** Ernennung *Miquels* zum Mitgliede des Reichsbank-Kuratoriums. [B] — **5.** *Polenpolitik anläßlich des Wunsches des polnischen Rittergutsbesitzers* v. Lukomski *nach Rücktritt vom Verkauf seines Guts an die* Ansiedlungskommission. *Ein* Eingehen *darauf ist lt. Caprivi* eine unschädliche Konzession *an die Polen, die neuerdings* einen modus vivendi *mit der Regierung* suchen *und* ihre Spitze gegen Rußland *kehren*.[5] [B] — **6.** *Ernennung*. [B] — **7.** Steuerreform *und Rückwirkung auf die Arbeit an Volksschulgesetz sowie* Landgemeindeordnung. *Etwaige* Differenzen *sollen die Ressortchefs* schriftlich *und dann* mündlich *ausgleichen*.[6] [B]

[3] *Vgl. Sitzung am 8.3.1889, TOP 1 und 5.5.1889, TOP 3 mit Anm. sowie Pack, Wolfgang, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890, Düsseldorf 1961, S. 199–201 und Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 176–178.*

[4] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8463, Bl. 250 f. (geheime Verfügung Schellings an die Oberstaatsanwälte v. 6.9.1890 wegen Verfolgung von SPD und deren Presse) sowie Rep. 84a, Nr. 8464, passim (1892/93). Der entsprechende Erlaß Herrfurths an alle Regierungspräsidenten v. 18.7.1890 gedr. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 1, Berlin (O) 1966, S. 642–644. Vgl. auch Saul, Klaus, Der Staat und die „Mächte des Umsturzes" in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 293–350, hier S. 299 ff.*

[5] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 195 f. (Bericht Zedlitz' zum Fall). Zur Polenpolitik Caprivis vgl. Münstermann, Wilhelm, Die preußisch-deutsche Polenpolitik der Caprivizeit und die öffentliche Meinung, Phil. Diss., Münster 1936, S. 31–52 und Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 161–175 (aufgrund BArch, RK, Nr. 665). Zur Umorientierung der Polen vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 122 Bd. 29, Bl. 46–49v (Bericht Zedlitz-Trützschlers v. 18.3.1890).*

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 114977, n. f. (ausführliche Darlegung Miquels v. 24.7.1890 und Denkschrift zur Finanzlage).*

Nr. 17 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juli 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7–8], Bd. 103, Bl. 155–170; MF 614. — Abschr. [TOP 1–4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 61–67.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Herrfurth, Miquel. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, Droop [beide zu 7–8], Lisco, v. Schmidt, K. v. Horn [alle zu 7], v. Tepper-Laski [zu 8].

1. Denkschrift[1] *betr. die Neuorganisation der* Gewerbeinspektion; *vertagt*. — **2.** Beschwerden[2] *über* Konsumvereine. *Da sie meist* Gewerbesteuer *zahlen und als* Regulatoren des Marktes *wirken,*

[1] *Rep. 84a, Nr. 11317, Bl. 85 ff. (5.7.1890). Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 279–283.*

[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 10479, Bl. 1–11 (Beschwerden, u. a. des Zentralvorstandes kaufmännischer Verbände und Vereine Deutschlands). Aus Sicht der landwirtschaftlichen Interessenverbände: Agrarisches Handbuch, hrsg. vom Bund der Landwirte, 2. Aufl., Berlin 1903, S. 514–521.*

sind Schritte *gegen sie* untunlich. [B] — **3.** *Ausarbeitung eines* Bürgerlichen Gesetzbuches[3]. *Caprivi will* durch Berufung einer neuen Kommission *das* Zustandekommen [...] fördern. [B] — **4.** Verfälschung von Kaffeebohnen. *Preußen wird deswegen einen* Antrag[4] *beim* Bundesrat *stellen*. — **5.** Verleihung *eines* erblichen *Herrenhaussitzes an* Graf *H.* Arnim *zu* Muskau. *Die* Antecedentien[5] *Arnims und die* Ansicht *Wilhelms II. sind zu erfragen*. [B] — **6.** Orden *und* Auszeichnungen *für* Mitglieder der freisinnigen Partei. *Herrfurth zufolge wurden sie bisher prinzipiell versagt, aber nun sollen persönlich* gemäßigte Oberbürgermeister *wie F.* Friedensburg *und O.* Oertel *ausgezeichnet werden*[6]. *Nach Meinung Caprivis wird mit dem bisherigen* Grundsatze [...] möglicherweise *zu* brechen *sein*. [B] — **7.–8.** *Acht Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11775 (Juli–Nov. 1890); BArch, RAdI, Nr. 115042, n. f. (1890–95); Schubert, Werner/Jacobs, Horst Heinrich (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB. Einführung, Biographien, Materialien, Berlin/New York 1978, S. 338 sowie John, Michael, Politics and the Law in late nineteenth century Germany. The Origins of the Civil Code, Oxford 1989, S. 167 ff.*

[4] *StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 141 und StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 248. Vgl. Rep. 76, VIII B Nr. 3235.*

[5] *Arnim-Muskau war 1877 im Gefolge der Affäre um den Botschafter Harry Graf v. Arnim gerichtlich belangt worden. Seine Berufung zum MdH auf Lebenszeit erfolgte erst 1909.*

[6] *Friedensburg (Breslau) wurde Geh. Regierungsrat, Oertel (Liegnitz) erhielt den Roten AdlerO IV. Kl. Vgl. Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 134 f. und Ormond, Thomas, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994, S. 367–455, bes. S. 411–426 zur langjährigen Benachteiligung Linksliberaler.*

Nr. 18 Sitzung des Staatsministeriums am 5. August 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 172–192; MF 614/615.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, G. Goßler, Herrfurth, Miquel. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Michelly [für Lucius v. Ballhausen, zu 1].

1. *Ordenssachen; Revision in fünf Fällen*. [B] — **2.** *Ernennung;* v. Wolff *soll Präsident der* Oberrechnungskammer *werden.* [B] — **3.** *Einkommensteuerreform*[1]. *Grundsatzdiskussion zwischen Miquel und Herrfurth betr. die* Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer *an die* Kommunen. *Die* Bildung *von* Samtgemeinden[2] *als* Träger aller staatlich-kommunalen Aufgaben *wird abgelehnt. Miquel regt eine einprozentige preußische* Erbschaftssteuer *für* Deszendenten *an* [B]. *Die* Grundzüge[3] *einer* Reform der Gewerbesteuer *sind demnächst zu beraten* [B]. — **4.** *Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls in Posen. Das* Domkapitel *hat nur ultramontane,* intransigente Polen *vorgeschlagen. Der* Papst *ist auf diplomatischem Wege zur* Ernennung eines genehmen Erzbischofs zu bewegen.[4] [B] — **5.** *Die Erhöhung der* Remuneration *der Posener* Kapitularvikare Likowski und Kraus *wird gebilligt*. [B] — **6.** *Titelverleihung*. [B] — **7.** *Die* Genehmigung *zur* Niederlassung *der* Benediktiner *in* Bonn *wird versagt*.[5] [B] — **8.** *Bezüglich* Verlegung des Buß-

[1] *Vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 7, Bl. 172–191 (Miquels* Denkschrift über die Reform der direkten Steuern *v. 24.7.1890) und die umfassende Analyse von Thier, Andreas, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie. Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, Frankfurt/M. 1999, S. 436–445.*

[2] *Zum Zusammenhang von Samtgemeinden, Grundsteuer-Überweisung und Einkommensteuer-Reform vgl. Kitzel, Karl-Heinz, Die Herrfurthsche Landgemeindeordnung, Stuttgart 1957, S. 93–98.*

[3] *BArch, RAdI, Nr. 114977, n. f. (übersandt von Miquel am 6.8.1890). Ebd. auch Votenwechsel dazu.*

[4] *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Posen-Gnesen Nr. 1 Bd. 4, Bl. 86 ff. (diplomat. Schriftwechsel) u. Bl. 204 ff. (Vorschlagsliste) sowie Gatz, Akten zur preußischen Kirchenpolitik, S. L–LX u. S. 105 ff.*

[5] *Vgl. PA AA, R 9325, n. f. (Antrag von Abt Maurus Wolter, Charakterisierung der Benediktiner).*

und Bettages *auf* denselben Tag *in ganz* Norddeutschland *sind die katholischen* Bischöfe *zu hören.*[6] [B] — **9.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **10.** *Die* Bestätigung *des wiedergewählten Berliner Oberbürgermeisters* Forckenbeck *wird Wilhelm II. empfohlen*. [B] — **11.** *Das* Immediatgesuch[7] *der* Stadt Göttingen *nach Präsentationsrecht zum* Herrenhause *ist abzulehnen, da selbst größere* Städte *dort nicht vertreten sind*. [B]

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115041 (1891–93).*

[7] *Vgl. Rep. 77, Tit. 496b Nr. 9 Adhib. Spec. Nr. 29, n. f. (Bewerbungen Göttingens 1890–1913). Vgl. zum Kontext Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998, S. 306–312.*

Nr. 19 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 12–13] und Korrekturen, Bd. 103, Bl. 195 bis 226; MF 615/616.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch, Miquel. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski [zu 2], Rieth, Möbius [beide zu 12], Frh. v. Broich [zu 13].

1. Bestätigung *des Berliner OB* Forckenbeck[1] *und Caprivis Neuer Kurs. Die* Bedenken *Wilhelms II. wegen* Forckenbecks *Ablehnung der* Regierung [...] Wilhelms I. *sind sachlich widerlegbar. Caprivi will angesichts der* zielbewußten Opposition *von* Industriellen *und* Agrariern *die Stützen seiner neuen* Politik der Versöhnung, *nämlich* Zentrum *und* Fortschrittspartei *nicht verstimmen; eine* Nichtbestätigung *könnte zur Ablehnung der geplanten* reformatorischen Gesetzentwürfe *führen. Herrfurth will eine neue* Ära kommunaler Konflikte *um freisinnige* Bürgermeister *vermeiden. Die* Nichtbestätigung *würde Miquel zufolge dem Staatsministerium die* Lösung *seiner* Aufgabe [...] einfach unmöglich *machen*. [B] — **2.** Anrechnung der Militärdienstzeit auf die Anciennität der Zivilbeamten[2]. *Caprivi möchte der Anregung des* Grafen *K. v.* Behr[3] *nach* Anrechnung *wie in* Hessen *folgen*. [B] — **3.** *Die* Funktionszulage der Zentralbüro-Vorsteher in Ministerien *soll in* pensionsfähiges Diensteinkommen *umgewandelt werden*. [B] — **4.** *Rang- und Titelverhältnis des* Vizepräsidenten *des* Rechnungshofs des Deutschen Reiches, *A.* Mand. [B] — **5.** Aufnahme *von Reichs- und Staatsanleihen mittels Bankkonsortien. Miquel moniert deren Bedingungen, aber Direktverkauf an das* Publikum *erreicht wohl nicht das nötige Volumen*.[4] [B] — **6.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **7.** *Titelverleihung.* [B] — **8.** *Entbindung zweier katholischer Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der* Vorbildung *für ein geistliches Amt.* [B] — **9.** *Der* Direktor der Königlichen Museen *R.* Schöne *reist zum Pariser* Amerikanistenkongreß. [B] — **10.** *Die* Niederlassung *der Münsteraner* Kapuziner *in* Aachen *wird* gestattet.[5] [B] — **11.** *Ordenssache.* [B] — **12.–13.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 240c Nr. 9 Bd. 2, Bl. 206 ff.; Rep. 89, Nr. 14499, Bl. 48–60 (Immediatbericht) und Röhl, John (Hrsg.), Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1976, S. 578 u. 580 (Eingreifen Eulenburgs).*

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/1, n. f. (div. Schriftwechsel zur Anrechnung aus den Jahren 1890–96).*

[3] *StenBerAH, Session 1890, 16.4.1890, S. 1092 f.*

[4] *Vgl. Riesser, Jakob, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration, 3. Aufl., Jena 1910, S. 272 f., 288–292, 309–311 (Anleihenplazierung durch Preußenkonsortium und Reichskonsortium).*

[5] *Zu den ab 1890 wiederzugelassenen kath. Orden gibt es in Rep. 77, Tit. 413 Beiakten 4 Spezialia eine umfangreiche Aktenreihe, die provinzweise gegliedert ist und die Jahre 1890 bis 1918 umfaßt.*

Nr. 20 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 30. September 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 103, Bl. 229–244; MF 616. — Abschr. [TOP 1]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 83–88v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch, Miquel. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn.

1. *Grundsatzdiskussion zur Handelspolitik. Caprivi will wegen der zunehmenden Abschließung* Rußlands *und* Nordamerikas, *die Deutschland zukünftig* schwerere Opfer auferlegen *könnte* als ein europäischer Krieg, *eine handelspolitische Verständigung mit* Österreich-Ungarn. *Als* Grundlage *für das wertvolle* politische Bündnis *ist* eine Herabsetzung *der* landwirtschaftlichen Zölle erforderlich, *denn es ist* unmöglich [...] ein politisches Bündnis aufrecht zu erhalten, wenn man sich handelspolitisch *bekriegt. Lucius wendet sich entschieden gegen diese* Ermäßigung *und weitere* Vorteile *für die* Industrie. *Berlepsch und Miquel halten die* vorgeschlagene Richtung der Politik für richtig, *trotz gewisser Härten für die Ostprovinzen und die* Landwirtschaft *sowie Einnahmeverlusten für die* Reichskasse. *Lt. Herrfurth machen die* politischen Gründe *tarifäre* Konzessionen unvermeidlich. *Caprivi erwartet, daß durch diese handelspolitischen Fragen die* ganze politische Parteistellung verschoben werden *kann, aber hofft, daß* man zwischen *den* Zollsätzen von 1885 und 1887 werde bleiben können. *Zuerst ist ein Vertrag mit* Österreich-Ungarn *auszuhandeln*.[1] [B] — **2.** *Kriegsminister Verdy informiert über seine Rücktrittsabsicht*.[2]

[1] *Vgl. Weitowitz, Rolf, Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo v. Caprivi 1890–1894, Düsseldorf 1978, S. 41–64, bes. S. 59–61.*

[2] *Der Rücktritt erfolgte zum 4.10.1890. Zu den Gründen vgl. Meisner, Heinrich Otto (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, Bd. 2, Stuttgart 1925, ND Osnabrück 1967, S. 132–34 und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 539.*

Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 104, Bl. 2–18; MF 616. — Teildruck [TOP 3]: Schubert, Werner/Jacobs, Horst Heinrich (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB. Einführung, Biographien, Materialien, Berlin/New York 1978, S. 338 f.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Öhlschläger [zu 1–3].

1. *Amtseinführung des neuen Kriegsministers v.* Kaltenborn-Stachau. — **2.** Anerkennung des Rechts *der Standesherren* auf hausgesetzliche Regelung ihrer Familien- und Güterverhältnisse *im BGB*[1]*; Preußen wird im* Bundesrat *dagegen stimmen*. [B] — **3.** *Bildung der 2.* Kommission *zur* zweiten Lesung *des BGB. Neben* Juristen *sollen auch Parlamentarier und Vertreter* anderer Interessenkreise *berufen werden. Der* Staatssekretär des Reichsjustizamts *Öhlschläger soll* Vorsitzender

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 38, Bl. 77–94 (Anfrage des RSA und Voten des AA bzw. Miquels) sowie BArch, RAdI, Nr. 115042 n. f. Zur Gesamtproblematik vgl. Schier, Rolf, Standesherren. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), Karlsruhe 1977, S. 136 f.*

werden.[2] [B] — **4.** *Neuorganisation der* Gewerbeinspektion[3]. *Diskussion von* acht Punkten, *u. a.* Rang *und* Zahl *sowie* Vorbildung *der neuen* Regierungsgewerberäte. *In* den übrigen deutschen Bundesstaaten *sollen an diese* Beamten ähnliche Anforderungen gestellt *werden*. [B] — **5.** *Das* Monitum *der* Oberrechnungskammer *bezüglich Lieferung von Freiexemplaren des Staatsanzeigers an* fünf *Beamte wird zurückgewiesen*. [B] — **6.** *Glückwunsch zum* 90. Geburtstag *des* Grafen *H. v.* Moltke. [B] — **7.** *Ordenssache. Titelverleihung. Ernennung.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B] — **9.–10.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **11.** *Ernennung*. [B] — **12.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der* Vorbildung *für ein geistliches Amt.* [B] — **13.** Mitteilungen *Goßlers zur* Lage der kirchenpolitischen Angelegenheiten. [B] — **14.** *Eine Anregung in der Budgetkommission des HH*[4]*, den Titel* „Gesetzsammlung für die Königlich Preußischen Staaten" *zeitgemäß zu ändern, wird abgewiesen, da er nicht zu* Mißverständnisen oder Unzuträglichkeiten Anlaß *gibt*. [B]

[2] *Vgl. Schulte-Nölke, Hans, Das Reichsjustizamt und die Entstehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Frankfurt/M. 1995, S. 192.*
[3] *Vgl. Rep. 120, BB VII 4 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 83 ff. (Votum Berlepsch' v. 3.9.1890).*
[4] *Vgl. StenBerHH, Session 1890, Drucks. Nr. 87, S. 21. Vgl. Rep. 90, Nr. 196 (mehrfache Überlegungen, zuletzt im Gefolge der Sitzung am 18.12.1899, TOP 1). Die Namensänderung in Preuß. Gesetzsammlung erfolgte erst 1907.*

Nr. 22 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 16. Oktober 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 233–263; MF KR 27/28.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Caprivi, Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn. — Prot.: Homeyer.

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn.

1. *Der Gesetzentwurf*[1] *betr.* Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich *wird von Wilhelm II. gebilligt. Nach Debatte soll* Helgoland *der* Provinz Schleswig-Holstein, *nicht* Hannover *zugeordnet werden. Wilhelm II. betrachtet* Helgoland *als* sturmfreies Fort, *das als* ein Verteidigungswerk für *den* Nordostseekanal *fungieren wird*. [B] — **2.** *Verteuerung der* Lebensmittel, *insbesondere von Fleisch*[2]. *Nach Lucius sind die hohen* Preise *nicht* Folge *der* Zollpolitik, *sondern* notwendiger veterinärpolizeilicher Maßregeln *gegen eingeschleppte Viehseuchen*. Erleichterungen *für die Schlachtvieheinfuhr sind* getroffen, *soweit* veterinärpolizeilich *zulässig*. — **3.** Finanzlage Preußens *und des* Reichs *sowie* Zuckersteuer. *Nach Miquel bleiben* erhöhte Aufwendungen, *etwa für* Beamtengehälter, *die* sozialpolitischen Aufgaben *oder die* Militärverwaltung *bei unsicheren* Einnahmen *unmöglich. Zuvor sind sichere direkte* Steuern *und Mehreinnahmen aus der* Zuckersteuer *nötig, denn die* Überschüsse der Eisenbahnen *und die* Zolleinkünfte *schwanken. Lt. Maltzahn sind* Exportprämie *und* Verbrauchsabgabe *seit* 1887 *als doppelte Vergünstigung für die Zuckerindustrie unhaltbar; eine erhöhte* reine Verbrauchsabgabe *wird nun* unabweisbare *finanzpolitische* Notwendigkeit. *Lucius zufolge muß international und* sehr schonend vorgegangen *werden, da die* finanziell schwächsten Landesteile *im östlichen Preußen* am härtesten betroffen

[1] *BArch, RAdI, Nr. 116781, Bl. 71–72v. Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 145; Debatte dazu 2./4.12.1890, S. 751–757 u. 777–781 sowie StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 62; Debatte dazu 29.1.1891, S. 556–565.*
[2] *Vgl. Schultheß, 1890, S. 159 f.*

werden. Wilhelm II. erklärt sich ganz einverstanden.[3] [B] — **4.** *Neue Methode der* Herstellung von Wasserstoffgas *aus Zinkabfällen für* Luftballons. *Wilhelm II. macht auf den* militärischen *Wert* aufmerksam.[4] — **5.** *Parteitag der SPD in* Halle[5]. *Nach Herrfurth gibt es dort* Opposition gegen die älteren *Parteiführer* Bebel und Liebknecht, *aber sie bleibt nach* Zahl *und* Bedeutung [...] in der Minorität, *zumal G. v.* Vollmar *jenen als einziger* einigermaßen gewachsen *ist*.

[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 150 (Zuckersteuer-Novelle); Debatte dazu 12.12.1890, S. 888–913 und Kaufmann, W., Weltzuckerindustrie und internationales und koloniales Recht, Berlin 1904, S. 71 ff., hier S. 76–82.*
[4] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 69d (Ausfuhr v. Zinkabfällen ist lt. Immediatbericht nicht nennenswert).*
[5] *Vgl. Wippermann, 1890, II, S. 50 ff. (Streit der „Jungen") u. S. 61–82 (Parteitag v. 12.–18.10.1890).*

Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Oktober 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 104, Bl. 21–37; MF 616/617. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 99–109v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn. — Prot.: Tepper-Laski [U].

1. *Miquels Gesetzentwurf zur Einkommensteuerreform*[1]. *Herrfurth setzt die* Besteuerung *auch der* Aktiengesellschaften *durch, da sonst* Unzufriedenheit *entsteht* [B]. *Mehrere Detailänderungen* [B]. *Miquels Ziel, die* Landräte *grundsätzlich vom* Vorsitze in der Einschätzungskommission *zu entbinden, wird abgelehnt, da eine* Verringerung *ihres* Einflusses im Kreise *Herrfurth zufolge* politisch *unerwünscht ist* [B]. *Die* Überweisung *von* Grund- und Gebäudesteuer *an die Kommunen ist abgeschwächter zu fassen* [B]. — **2.** *Novelle*[2] *zur* Erbschaftssteuer. *Der früher erwogene halbe Steuersatz für* Grundbesitz *und* Gewerbekapital *erschien Miquel unbillig. Lucius würde als* Abgeordneter gegen das Gesetz stimmen. *Zum Ausgleich sollen die* Steuersätze für Deszendenten und Ehegatten *nur* ½% *statt* 1% *betragen* [B]. — **3.** Entwurf einer Landgemeindeordnung für die 7 östlichen Provinzen[3]. Meinungsverschiedenheiten *wurden* im Wege kommissarischer Beratungen *ausgeräumt*. [B] — **4.** *Goßlers Volksschulgesetzentwurf*[4]. *Die Mitwirkung von Finanz- und Innenministerium bei der kultusministeriellen Kostenfestsetzung für* Schulbauten *und* Lehrergehälter *wird abgelehnt* [B]. *Die* Verteilung *der maximal* 9 *Mio*. Mark *Staatszuschüsse zu Schulzwecken ist später zu vereinbaren* [B]. — **5.** *Terminierung der* Eröffnung *der Landtagssession 1890/91*. [B]

[1] *Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 8, n. f. (Gesetzentwurf; Voten, v. a. Herrfurths und Miquels).*
[2] *Rep. 151, HB Nr. 1704, Bl. 99–122v. In dieser Akte auch Vorarbeiten zum Entwurf.*
[3] *Rep. 77, Tit. 760 Nr. 10 Bd. 6, n. f. (Druck vom 29.10.1890). Vgl. auch die Bde. 4 u. 5 (mit Vorentwürfen, Voten und der* Denkschrift betreffend die Reform der Landgemeindeordnung *nebst 6 Anlagen) sowie Kitzel, Landgemeindeordnung, S. 99 ff.*
[4] *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 8, Bl. 14–31v. Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 8 und Clausnitzer, Leopold, Geschichte des Preußischen Unterrichtsgesetzes, 2. Aufl., Berlin 1891, S. 309–312.*

Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 104, Bl. 39–70; MF 617. — Abschr. [TOP 1–6, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 111–122v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–8], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–8]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–6], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 9].

1. *Stellungnahme zum* Antrag[1] Badens *betr. Änderung des Branntweinsteuergesetzes. Die beantragte Steuerbefreiung für den* Haustrunk *von* Kleinbrennern *wird abgelehnt, in Details aber* Entgegenkommen. [B] — **2.** *Stellungnahme zu den* Anträgen[2] Sachsens und Bayerns *betr.* Einfuhr lebenden Rindviehs aus Österreich-Ungarn *im* Bundesrat. *Caprivi moniert politisch die Verständigung der Antragsteller* untereinander, nicht aber mit Preußen *und die* Veröffentlichung *der* Anträge. *Lucius ist dezidiert gegen jede Gefährdung des* günstigen *Zustands der deutschen Viehwirtschaft und weniger* Schutz *für die* Landwirtschaft. Erleichterungen der Vieheinfuhr *sollen nach Boettichers Vorschlag nur erfolgen, soweit im Ausland genügend* Schutz gegen Seucheneinschleppungen *besteht*. [B] — **3.** *Der Gesetzentwurf*[3] *betr.* Fürsorge für hilfsbedürftige Geisteskranke *wird gebilligt*. [B] — **4.** *Gehaltsnachzahlung und* Pensionserhöhung *für* Beamte *aufgrund des* Nachtragsetat[4] *für 1890/91*. [B] — **5.** *Ein neuer* Endtermin *für Voranmeldungen zum* Staatshaushaltsetat *wird gebilligt*. [B] — **6.** *Stellungnahme zur Resolution*[5] *des AH betr.* Einführung von Dienstalterstufen *in der Beamtenbesoldung. Miquel ist dafür, um so* die Beamten an *den Staat* zu fesseln *und* zufriedener zu machen. *Nach Maltzahn wirkt das preußische* Beispiel *auch* auf das Reich, *aber bei der Post ist StS Stephan dagegen. Preußen wird der* Einführung *näher treten*. [B] — **7.** *Der* Verein Berliner Künstler *plant eine internationale* Kunstausstellung *für* 1891[6]. *Hilfe durch das* Auswärtige Amt *gibt es erst bei genauem Programm*. [B] — **8.** *Einkommensteuerreform. Die* Einkommensteuer *für* Aktiengesellschaften *wird ermäßigt; die Einkommensdeklaration für Landwirte wird modifiziert. Die Entbindung der Landräte vom* Vorsitz *der Einschätzungskommission wird erneut mit* 6 gegen 3 Stimmen *abgelehnt*. [B] — **9.** *Elf Disziplinarsachen.* [B]

[1] *StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 106.*
[2] *StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 104 u. 105; Sitzung am 4.12.1890, § 609 (Einfuhrerleichterungen werden beschlossen).*
[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 60 (voller Titel: Gesetzentwurf betr. die außerordentliche Armenlast); Debatte dazu 29.1.1891, S. 551–556.*
[4] *Vgl. Sitzung am 19.4.1890, TOP 2 mit Anm.*
[5] *StenBerAH, Session 1890, 20.5.1890, S. 1786 (Antrag der Budgetkommission).*
[6] *Sie fand ab 1.5.1891 in Berlin statt; Wilhelm II. hielt eine Eröffnungsansprache. Vgl. Wippermann, 1891, I, S. 128. Die zugehörige Akte Rep. 76, Ve Sekt. 1 Abt. 5 Nr. 9 Bd. 1 ist nicht überliefert.*

Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 104, Bl. 71–82; MF 617/618. — Abschr. [TOP 2–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 124–128.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–7], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–7]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. *Die* Thronrede[1] *wird* durchberaten. [B] — **2.** Berliner Dombau; *Goßler wird Landtagsmitglieder wegen* Bewilligung von Mitteln *ansprechen*.[2] — **3.** *Verteilung der* Gesetzentwürfe *zur*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, 12.11.1890, S. 2 f.*
[2] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 97, Bl. 21 ff. (Goßler und Miquel zur Finanzierung) und Rep. 93, B Nr. 2530, Bl. 290–293 (Goßler an Wilhelm II. über Gespräche mit Landtagsmitgliedern am 16.12.1890).*

Session 1890/91 an AH und HH. Die großen Reformgesetzentwürfe *sind zuerst dem AH vorzulegen.* [B] — **4.** *Nach* Mitteilungen[3] *im* Berliner Tageblatt *über* Staatsministerialsitzungen *ersucht Caprivi um* Geheimhaltung. — **5.** *Eine* Neuwahl von Mitgliedern *zum Preußischen* Volkswirtschaftsrat *ist einstweilen nicht anzusetzen*.[4] [B] — **6.** Schriftstücke *an Wilhelm II. sollen* nur geschrieben und nicht etwa im Typendruck *vorgelegt werden*.[5] [B] — **7.** *Titelverleihung*. [B] — **8.** *Sechs Disziplinarsachen*. [B]

[3] *Konnten nicht nachgewiesen werden.*
[4] *Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 78 Bd. 4. Damit war der Volkswirtschaftsrat praktisch aufgelöst. Die Mitglieder wurden letztmals im Staatshandbuch für 1891 (S. 113–115) verzeichnet.*
[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 196, Bl. 121 f. (Anfrage Caprivis).*

Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7–8] und Korrekturen, Bd. 104, Bl. 83–107; MF 618.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–3], Boetticher, Maybach [zu 1–6], Lucius v. Ballhausen [zu 1–4], G. Goßler [zu 2–8], Herrfurth, Schelling, Berlepsch [zu 1–5], Miquel. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Kügler [zu 2], Rieth, Bohtz [beide zu 7], Frh. v. Broich [zu 8].

1. *Helgoland-Sansibar-Abkommen. Abfindung an den* Sultan *durch genehmigte* Inhaberpapiere *der* ostafrikanischen Gesellschaft. [B] — **2.** *Landarbeitermangel und* Sachsengängerei *in den* Ostprovinzen[1]. *Lt. Herrfurth ist wegen großer* Auswanderung *und seit der* Grenzsperre[2] *gegen* Rußland *von* 1885 *ein* Notstand *erwachsen. Lucius zufolge sind die natürlichen Nachteile des Ostens weder durch* staatliche Maßregeln *noch* Rentengüter *zu verändern. Goßler sieht in der Zulassung von Wanderarbeitern nur* Polonisierung und Katholisierung. *Die* jüdische Einwanderung aus Rußland *ist* tunlichst abzuwehren. *Der* Völkerwanderung nach Westen *soll nach Caprivis Vorschlag vorläufig mit* Milderung *der* Grenzsperre für *ledige* Wanderarbeiter *im Sommer begegnet werden, was die* Oberpräsidenten *jeweils* nach den Verhältnissen *anordnen sollen.* [B] — **3.** Entwurf[3] *für das* Gewerbesteuergesetz. *Monita Herrfurths, u. a. zu Steuerbefreiungen und der Klagemöglichkeit gegen die Steuerfestsetzung. Der Entwurf wird gebilligt*. [B] — **4.** *Ankauf zweier* Güter *aus* deutschem Besitz *durch die* Ansiedlungskommission *wird gebilligt.* [B] — **5.** *Geplante internationale* Kunstausstellung *des Vereins* Berliner Künstler; *Wilhelm II. soll derartige* Protektorate *nicht* zu häufig *übernehmen.* [B] — **6.** *Ernennung*. [B] — **7.–8.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 211, Bl. 27–72 (Berichte der Oberpräsidenten, Voten Herrfurths 1890/91); BArch, RAdI, Nr. 115058, Bl. 2–57 (Behördenberichte) und Nichtweiss, Johannes, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der ostelbischen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890 bis 1914, Berlin 1959, S. 47 sowie Saul, Konservative Struktur Ostelbiens, S. 136 ff.*
[2] *Vgl. Sitzung am 10.6.1885, TOP 3 und 24.9.1885, TOP 2 (Ausweisungen gem. Erlaß v. 26.7.1885).*
[3] *Rep. 151, HB Nr. 1702, Bl. 177–279 (Entwurf) u. Bl. 169–174 (Votum Herrfurth v. 9.11.1890) sowie Nr. 1701 (Vorentwürfe). Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 13; Debatte dazu 26.11.1890, S. 167–189 sowie Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 241 f.*

Nr. 27 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 13. November 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. 104, Bl. 108–109; MF 618 und MF-Suppl. 1 (Bl. 108).

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Rücktrittsgesuch*[1] *von* Lucius v. Ballhausen; *Caprivi schlägt W.* v. Heyden *als* Nachfolger *vor und das* Staatsministerium *stimmt zu*. [B] — **2.** *Geplante* internationale *Kunstausstellung des Vereins Berliner* Künstler; Kaiserin Mutter *Victoria wird das* Protektorat *übernehmen*.[2] — **3.** *Geplante* Ehrenbezeugungen *zum* 70. *Geburtstag von H.* v. Helmholtz *1891*. [B]

[1] *Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 147 f. (Gesuch v. 13.11.1890). Lucius nahm sachlich wegen der den Agrarprotektionismus lockernden Handelsvertragspolitik Caprivis, persönlich wegen Problemen mit Wilhelm II. aufgrund seiner Beziehungen zu Bismarck den Abschied. Zur Ernennung Heydens: Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 30.*

[2] *Vgl. zum Verhältnis der Kaiser-Mutter zur Kunst allg. Müller, Karoline/Rothe, Friedrich (Hrsg.), Victoria von Preußen (1840–1901) in Berlin 2001, Berlin 2001 (Ausstellungskatalog), passim.*

Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7] und Korrekturen, Bd. 104, Bl. 110–126; MF 618/619.

Anwesend [U]: Caprivi [V zu 1–4], Boetticher [zu 4–7], Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 7].

1. *Amtseinführung des neuen Landwirtschaftsministers W.* v. Heyden. — **2.** Inkrafttreten *der* Invaliditäts- und Altersversicherung *zum* 1. Januar 1891. *Jedes* Hinausschieben jenes Termins *wie von Gegnern propagiert, würde der* Mißdeutung unterliegen.[1] [B] — **3.** Verlängerung des Notenprivilegiums der Privatnotenbanken. *Entgegen dem Staatsministerialbeschluß vom* 16. Juni *1890 erhält die städtische* Breslauer Bank *eine dreijährige* Übergangsfrist; *die* Frankfurter Bank, *die* nur süddeutschen Banken Konkurrenz *macht, behält das* Privilegium *bis die erste nichtpreußische* Bank, *wahrscheinlich die* Badische Bank, *ihres verliert*.[2] [B] — **4.** *Vier Ernennungen. Die* Vorschläge *Herrfurths betr.* Versetzung *von* Regierungspräsidenten *in andere Bezirke, v. a. von J.* v. Puttkamer *von* Koblenz *nach* Frankfurt a./O., *werden trotz Widerspruchs Miquels und Heydens gebilligt*. [B] — **5.** Entwurf[3] *der* Verordnung *zum Schiedsgerichtsverfahren bei Streitigkeiten aufgrund des* Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes. *Berlepsch und Miquel wünschen eine* Erweiterung der Kompetenz des Reichsversicherungsamts im Interesse der Einheitlichkeit der Entscheidungen *und um den* Reichsgedanken *zu stärken. Eine Ministermehrheit optiert für Beschränkung des* Reichsversicherungsamts *auf* Revision wegen Rechtsverletzung *und* Kompetenz *der*

[1] *Vgl. RGBl., S. 191 (kais. VO v. 25.11.1890).*

[2] *Vgl. Rep. 120, A X Nr. 8 Adhib. 1 Bd. 7, n. f. (Voten v. April 1890); div. Schriftstücke auch in Rep. 90, Nr. 1159.*

[3] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 100. Zur Sacherläuterung vgl. Henning, Hansjoachim, Aufbau der Sozialverwaltung in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, hrsg. von Kurt G. A. Jeserich u. a., Bd. 3, Stuttgart 1984, S. 275–310, hier S. 305 f.*

Landesversicherungsanstalten *bei sonstigen* Beschwerden. [B] — **6.** *Mißfallen Wilhelms II. wegen Nichtbeflaggung von einigen* Staatsgebäuden *am 90. Geburtstag* Moltkes. — **7.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 104, Bl. 127–138v; MF 619. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 148–153v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1], Renvers [zu 2].

1. Aufhebung des Identitätsnachweises *für Getreide. Dies wirkt nach Miquel mindestens für* den Seehandel der Hafenstädte an der Ostsee *günstig; süddeutsche* Befürchtungen *bezüglich* Druck auf die Getreidepreise *sind unbegründet. Vorsichtige Bedenken Heydens und Caprivis. Der* Gesetzentwurf[1] *wird gebilligt*. [B] — **2.** Zahlung des Staatsgehaltes für auf dem linkem Rheinufer *neugebildete* katholische (Succursal-)Pfarreien *gemäß dem* Antrag[2] *P.* Reichensperger. *Goßler ist für grundsätzliche* Anerkennung *des* Rechts *der* Katholiken *auf Zahlung, da es auch* Evangelischen *eingeräumt wird. Bedenken mehrerer* Minister, *zumal angesichts der unklaren* Rechtslage. *Die* Berücksichtigung *im nächsten* Etat *wird aber* aus Gründen der Politik und Billigkeit *zugestanden.* [B] — **3.** *Ordenssache. Wilhelm II. hat Prof. R.* Koch *wegen der* Entdeckung *des Tuberkulin das* Großkreuz des Roten Adler-Ordens verliehen.[3] [B]

[1] *BArch, RAdI, Nr. 115064/3, Bl. 1–28 (Gesetzentwurf nebst Begründung und Voten).*
[2] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 12; Debatte dazu 4.2.1891, S. 596–601.*
[3] *Am 13.11.1890 hatte Koch seine Entdeckung dieses Mittels gegen Tuberkulose veröffentlicht. Vgl. allg. Hähner-Rombach, Sylvelyn, Sozialgeschichte der Tuberkulose vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs unter besonderer Berücksichtigung Württembergs, Stuttgart 2000, S. 146 ff.*

Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 29. November 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7], Bd. 104, Bl. 139–152; MF 619. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 155–161.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth [zu 1–6], Schelling, Berlepsch [zu 1–6], Miquel, Kaltenborn [zu 1–6], Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 7].

1. Einfuhr von Rindvieh aus Österreich-Ungarn. *Nach Caprivi haben* politische Motive *für das einvernehmliche Vorgehen von Bayern und Sachsen im* Bundesrat *mitgespielt, aber* beide Regierungen *haben rein sachliche* Gründe *vorgeschützt. Ein* Entgegenkommen *ist nunmehr angezeigt, zumal veterinärpolizeiliche* Recherchen *durchgeführt wurden. Heyden hat zwar weiterhin* Bedenken [...] gegen die Erleichterung *der Grenzsperre, aber will die* Einfuhr unter Vorsichtsmaßregeln *und als* Versuch *gestatten. Dem stimmt das* Staatsministerium *zu*. [B] — **2.** *Stempelsteuer-*

erlaß für die Fideikommißstiftung *von R. Frh.* Lucius v. Ballhausen. *Auf die Anfrage*[1] *von E.* Richter *ist zu antworten, daß* das Staatsministerium mit der Sache nicht befaßt gewesen *ist und die* Befugnis der Krone *zu gnadenweisem Stempelsteuererlaß ganz* zu Recht *besteht*. [B] — **3.** Vertrauliche Besprechungen *zur* Gewerbeordnungs-Novelle *stehen kurz vor annehmbarem* Abschluß. — **4.** *Ordenssache*. [B] — **5.** Dombau *zu Berlin. Goßlers* Besprechungen *mit den Fraktionsführern im AH fanden statt*. — **6.** Schaden *durch* Überflutungen *in verschiedenen* Provinzen. Staatshilfe *will Miquel nicht anbieten, da dies* nur die *zumutbare* Privatwohltätigkeit *lähmt*. — **7.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, 25.11.1890, S. 152 f. u. 157.*

Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. 104, Bl. 153–170; MF 619/620. — Abschr. [TOP 1–8, 11–12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 163–176.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Sperrgelderverwendungsgesetz. Die preußischen* Bischöfe *beantragen einen* neuen Gesetzentwurf[1]. *Goßler, Caprivi und Miquel sind für Aushändigung des gesperrten* Kapitals, *um aus der* bestehenden peinlichen Lage herauszukommen. *Die* Verwendung für ausschließlich kirchliche Zwecke *ist aber festzuschreiben. Weder ein Junktim mit der Bischofswahl in* Posen *noch* Verhandlung mit den Bischöfen *sind ratsam. Goßler soll den* Gesetzentwurf *aufstellen*. [B] — **2.** *Volksschulgesetz. Die preußischen* Bischöfe *verlangen* Zurückziehung, *was aber nach der günstigen Debatte im AH zweckwidrig wäre*[2]. *Die* in maßloser Sprache erhobenen Prätensionen des Episkopats *sind zurückzuweisen*. [B] — **3.** *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf*[3] Windthorst *betr.* Aufhebung *des Jesuitengesetzes. Ein* Eingehen *darauf ist* ausgeschlossen. [B] — **4.** *Caprivi zufolge ist gegenüber den* Konservativen *zu betonen, daß die* feste Absicht *besteht,* Landgemeindeordnung *und* Volksschulgesetz *in der* Session *1890/91 durchzubringen.*[4] [B] — **5.** Rede[5] *Wilhelms II. zur Eröffnung der Schulkonferenz am 4.12.1890. Caprivi kritisiert die aufsehenerregende, unredigierte* Veröffentlichung *im* Staatsanzeiger. Äußerungen *Wilhelms II. müssen immer durch die* Verantwortlichkeit eines der Herren Staatsministers gedeckt sein. — **6.** *Die* Anregung[6] *im RT,* Freifahrtkarten *für MdR nicht länger auf die* Fahrt zwischen Berlin und Wohnort *zu beschränken, wird* in Anbetracht der erheblichen Mißbräuche *abgelehnt*. [B] — **7.** *Stellungnahme zur* zweiten Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle *in RT-Kommission erfolgt demnächst.* [B] — **8.** Dombau *zu Berlin. Wilhelm II. begnügt sich mit dem* Bau einer würdigen Predigtkirche. *Die Finanzierung durch den Landtag scheint gesichert.* [B] — **9.** *Drei Ernennungen*. [B] — **10.** *Ordenssache*. [B] — **11.** *Stem-*

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 114991, n. f. (Schreiben der Bischöfe v. 26.11.1890, Abschr.) und Gatz, Erwin (Bearb.), Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 2, Mainz 1979, S. 129 f.*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 196, Bl. 126 f. (Abschriften des bischöfl. Schreibens v. 27.11.1890 und die Antwort Caprivis v. 12.12.1890); Druck bei Gatz, Akten, Bd. 2, S. 130 ff. Vgl. auch Lamberti, Marjorie, State, Society and the Elementary School in Imperial Germany, New York/Oxford 1989, S. 159–161.*

[3] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 157 (nicht im Plenum debattiert).*

[4] *Vgl. Kitzel, Landgemeindeordnung, S. 129.*

[5] *Druck in: Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts. Berlin, 4. bis 17. Dezember 1890, hrsg. im Auftrage des Ministers der geistlichen Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Berlin 1891, S. 70–76. Vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 613 und Albisetti, Secondary School Reform, S. 210–214.*

[6] *Vgl. Butzer, Hermann, Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999, S. 191.*

pelsteuererlaß für die Fideikommißstiftung von R. Frh. Lucius v. Ballhausen. *Keine weitere Stellungnahme dazu. Lt. Miquel würde ein Komptabilitätsgesetz zur* Beruhigung *dienen*.[7] — **12.** *Einkommensteuerreform. Die im AH gewünschte* Erleichterung *für* mittlere Einkommen *ist annehmbar, 4–5% Steuersatz für hohe* Einkommen *nicht*. [B] — **13.** *Zum* Antrag[8] *Th.* Conrad *betr. Vorlage* eines Wildschadensgesetzes *ist vor einem Beschluß des AH keine* Stellungnahme *nötig*.

[7] *Vgl. Rep. 151, IA Nr. 270, Bl. 1 ff. (Votenwechsel zum Komptabilitätsgesetz) und Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 251–255 (Stempelsteuererlaß, Komptabilitätsgesetz und Budgetrecht).*

[8] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 16.*

Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 10. Dezember 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7] und Korrekturen, Bd. 104, Bl. 171–184; MF 620. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 178–183v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [beide zu 1–6], Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 7].

1. *Feststellung des Antwortschreibens*[1] *an die preußischen* Bischöfe *betr. Sperrgelderverwendungsgesetz und Volksschulgesetz*. [B] — **2.** Maßregeln gegen den Kontraktbruch *von Landarbeitern*[2] *sind* vorläufig *untunlich*. [B] — **3.** *Stempelsteuererlaß für die Fideikommißstiftung von R. Frh.* Lucius v. Ballhausen. *Gegen Presseartikel*[3] *ist das* Recht des Königs zu einem solchen Gnadenakt zu betonen. [B] — **4.** Bestätigung des zum Bürgermeister von Danzig gewählten *freisinnigen* Vizepräsidenten *des RT, K.* Baumbach. *Er hat lt. RegPräs. v. Holwede* eine fast sozialdemokratische [...] Gesinnung. *Aus politischer Opportunität, weil* Baumbach *nicht* unfähig *ist und* im Amt *vielleicht eine* weniger freisinnige Haltung bekunden *wird, ist er zu bestätigen.* [B] — **5.** *Verkauf* des Schlosses zu Fulda[4] *durch Landgraf A. F. v. Hessen-Kassel. Da dort nicht mehr, wie noch* 1882, *eine* zu gründende freie katholische Universität *zu befürchten steht, ist zu prüfen, ob jetzt ein Ankauf für den Staat sinnvoll ist.* — **6.** Dombau *zu Berlin. Wilhelm II. neigt erneut zum Bau einer großen* Kathedrale. *Damit die* Konservativen *die Bausumme* bewilligen, *muß Wilhelm II. eine definitive* Stellungnahme *abgeben*.[5] [B] — **7.** *Fünf Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. Sitzung am 7.12.1890, TOP 2 mit Anm.*

[2] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 264, Bl. 72–75v (Schreiben Boettichers v. 5.11.1890).*

[3] *Vgl. Wippermann, 1890, II, S. 138–143.*

[4] *Vgl. Sitzung am 29.8.1882, TOP 8 mit Anm. und BArch, RAdI, Nr. 115066, Bl. 2 ff. Mit Immediatbericht v. 23.11.1891 widerriet das Staatsministerium dem Verkauf, aber 1892 war man schließlich doch dafür.*

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, 9.5.1891, S. 2268–2270 und Session 1891/92, 16.3.1892, S. 969–980 (Bewilligung von 10 Mio. Zuschuß im Etat).*

Nr. 33 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1890.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 1], Bd. 104, Bl. 185–193; MF 620.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 1].

1. *Fünf Disziplinarsachen. Eine Disziplinarsache wird zurückgestellt um zu* prüfen, *ob der* Disziplinarrichter *an* die Entscheidung *des Strafrichters* gebunden *ist*. [B] — **2.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1891; Revision in einem Fall.* [B] — **3.** *Geplante* Elektrizitäts-Ausstellung in Frankfurt a/M.[1]. *Ein reserviertes Verhalten ist zu beobachten und* Delegierte *nur* im dienstlichen Interesse *zu entsenden*. [B] — **4.** *Mitteilung Heydens, daß* sämtliche bis jetzt aus Rußland eingetroffenen Schweinetransporte *nach* dem Berichte des Regierungspräsidenten zu Oppeln [...] verseucht *waren.* — **5.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **6.** *Sechs Titelverleihungen.* [B]

[1] *Sie fand von Mai bis Oktober 1891 statt; vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 125 v. 5.5.1891, S. 1; Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. XI Teil VI Nr. 5 Bd. 2, Bl. 282 ff. (u. a. L. Sonnemann an Goßler, Programm, Voten, Immediatbericht gegen Übernahme des Protektorats durch Wilhelm II.); BArch, RAdI, Nr. 115070, Bl. 143–152 sowie den Ausstellungskatalog Eine neue Zeit ... ! Die Internationale Elektrotechnische Ausstellung 1891, ND Frankfurt/M. 1991.*

Nr. 34 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 1–26; MF 620/621. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 189–202v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. Landgemeindeordnung[1]. *Caprivi wünscht eine* gleichmäßige Stellung *aller Minister zu Änderungswünschen der Konservativen im AH. Ein gewisses* Entgegenkommen *bei staatlichen Mitwirkungsrechten ist möglich. Nach Heyden richtet sich das* Mißtrauen *vor allem gegen die künftig mögliche Zusammenlegung von* etwa 4000 Gemeinden *und leistungsunfähigen* Gutsbezirken. *Der* Instanzenzug *dafür soll mit dem* Kreisausschuß *beginnen.* [B] — **2.** *Stellungnahme zum* Antrag[2] *E.* Richter *betr. Stempelsteuererlaß für* Fideikommißstiftungen. *Miquel will* Auskunft *über Stempelsteuererlaß verweigern, zumal* viele Erlasse *recht* weitgehend *gegen den* Antrag der Ressortminister *ergingen und zukünftig* in engeren Grenzen *erfolgen sollen*. [B] — **3.** *Stellungnahme zu den* Kommissionsbeschlüssen *zweiter Lesung bei der Gewerbeordnungs-Novelle. Berlepsch erscheint v. a. das* Verbot *von Fortbildungsunterricht am* Sonntag vormittag *und ein zehnstündiger Maximalarbeitstag für* Frauen *unannehmbar*.[3] [B] — **4.** *Rechteerwerb des Staats an R.* Kochs Heilmittel *Tuberkulin. Ein Ankauf für 3 Mio. M. und die Errichtung eines* Instituts *für Infektionskrankheiten, wie von* Koch *gefordert, wird abgelehnt; zwecks Ankauf für maximal 1,5 Mio. M. Entschädigung ist mit* Koch *weiter zu verhandeln.*[4] [B] — **5.** *Stellungnahme zu den* Anträgen[5] *I.* Auer *und E.* Richter *betr*. Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle. *Eine* Herabsetzung *wurde* bis jetzt [...] nicht ins Auge gefaßt. [B]

[1] *Vgl. Kitzel, Landgemeindeordnung, S. 130–161, bes. S. 148–151.*
[2] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 23; Debatte dazu 21.1.1891, S. 412–430 (abgelehnt).*
[3] *Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 159 u. 245 f. sowie Rassow, Peter/Born, Karl Erich (Hrsg.), Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914, Wiesbaden 1959, S. 7–15 (Memorandum Berlepsch' vom 24.12.1890).*
[4] *Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 2964 u. 2965 (Schriftwechsel mit Koch, medizinische Berichte zum Tuberkulin).*
[5] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 19 u. 21; Debatte dazu 13.–16.1.1891, S. 920–937, 939–962, 965–984, 985–1013 (u. a. Erklärung Caprivis, schließlich Ablehnung der Anträge).*

Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums in der Dienstwohnung des Reichskanzlers am 10. Januar 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 27–36v; MF 621. — Abschr. [TOP 1–4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 204–209v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. Wildschadensgesetz.[1] *Das AH drängt mit dem* Antrag *Th.* Conrad *darauf und eine Verweigerung, wie* seit 1884 *geübt, würde* große Verbitterung erzeugen. *Um* eines der wirksamsten Agitationsmittel *der regierungsfeindlichen Parteien zu beseitigen, ist auf die* Initiative *des AH* einzugehen *und die* Genehmigung *Wilhelms II. einzuholen*. [B] — **2.** *Rechterwerb des Staats an R.* Kochs Heilmittel *Tuberkulin; ein* befriedigendes Abkommen *ist in Aussicht*. [B] — **3.** *Stempelsteuererlaß für die Fideikommißstiftung von R. Frh.* Lucius v. Ballhausen. *Lucius hat Wilhelm II. die früher erlassenen* 30.000 M. *für den Bau der* Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche *zur Verfügung gestellt.* [B] — **4.** *Terminierung der Debatte zu Staatshaushalt und* Reformgesetzen *im AH*. [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Ordenssache. Der Geh*. Kommerzienrat *E.* Becker *soll aufgrund* namhafter Spenden *für das Berliner* Augusta-Hospital *den Roten* Adler-Orden III. Kl. *erhalten*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11539, Bl. 104 ff (Voten) und Rep. 89, Nr. 31775, n. f. (Immediatbericht v. 19.4.1891). Vorangegangenes vgl. Sitzung am 11.5.1884, TOP 2.*

Nr. 36 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 15. Januar 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 37–44; MF 621. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 210–214.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. Prinz Heinrich *v. Preußen ist in die* Staatsverwaltung *einzuführen*. — **2.** Aufhebung des Einfuhrverbots für amerikanisches Schweinefleisch *und* Antrag[1] *Th.* Barth *dazu. Boetticher ist wegen* veterinärpolizeilicher *Zustände in den USA dagegen. Caprivi zufolge ist ein* Verbot *dauerhaft* nicht zu halten. *Nach Berlepsch sehen die USA im* Verbot *primär eine* feindselige Wirtschaftspolitik. *Da nach Miquel und Heyden mehr Importe die* ohnehin bedrückte Landwirtschaft *weiter* schädigen *würden, ist die* Sache *einstweilen* dilatorisch *zu behandeln*. [B] — **3.** *Der* Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, *O.* Hermes, *will zurücktreten*.[2]

[1] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 187, Debatte dazu 22./23.1.1891, S. 1096–1114, 1116–1137. Vgl. Rep. 90, Nr. 1622, n. f. (Schriftwechsel 1890/91) und Pommerin, Reiner, Der Kaiser und Amerika. Die USA in der Politik der Reichsleitung 1890–1917, Köln/Wien 1986, S. 28–44 (Handelspolitik im Zusammenhang der Außenpolitik).*

[2] *Außerhalb des Protokolls scheint Caprivi das Abschiedsgesuch Maybachs v. 14.1.1891 mitgeteilt zu haben. Die von Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 63 mit Anm. 32 so bezeichnete Geheimsitzung dürfte nach der Notiz Caprivis v. 17.1.1891 (in: BArch, RK, Nr. 1460, Bl. 2) diese reguläre Sitzung gewesen sein, ohne daß das Thema (wie häufiger bei derartigen Personalia) im Protokoll festgehalten wurde.*

Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 46–49v; MF 621.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Goßlers Entwurf*[1] *eines Sperrgelderverwendungsgesetzes wird gebilligt. Es ist als* Finanzgesetz *zuerst dem AH vorzulegen, obwohl die Vorlage an das HH* politisch erwünscht *wäre* [B]. *Heyden regt eine* Entschädigung *evangelischer* Geistlicher *für* Gebührenausfälle *gem. Personenstandsgesetz v.* 1874, § 54[2] *an*. — **2.** Illumination der Staatsgebäude *am* Geburtstage *Wilhelms II*. [B]

[1] *Rep. 77, Tit. 413 Nr. 42, Bl. 183–185 (2. Entwurf, da der erste im Abgeordnetenhaus am 7.6.1890, S. 1971 gescheitert war); vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 47.*

[2] *Der Paragraph stellte ein die Ausfallentschädigung regelndes Gesetz in Aussicht; vgl. GS, 1874, S. 108.*

Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 50–66v; MF 621/622. — Abschr. [TOP 1–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 7, Bl. 219–229v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–6].

1. *Das Zuckersteuergesetz wurde in den Kommissionsberatungen*[1] des *RT* abgelehnt, *aber* Zugeständnisse *bei* Steuersatz *und übergangsweisen* Exportprämien *lassen ein* Zustandekommen *erhoffen*. — **2.** *Die* Landgemeindeordnung *hat momentan im AH eine* annehmbare Gestalt *angenommen*. — **3.** Volksschulgesetz. *Die* Kommissionsberatungen *im AH verliefen* bis jetzt *recht* günstig; *hoffentlich bleiben die* Konservativen *gegen* Windthorstsche Anträge *fest*[2]. — **4.** *Mitteilung der Stellungnahme Miquels zu den Kommissionsbeschlüssen des AH beim* Einkommensteuergesetz. [B] — **5.** *Die Anregung Goßlers, im AH vorzuschlagen, daß erwartete* Überschüsse *aus der Einkommensteuerreform auch an* kommunale Verbände *für* Schulbauten *weitergeleitet würden*[3]*, ist lt. Miquel* im Landtage [...] völlig aussichtslos. [B] — **6.** *Der* Initiativgesetzentwurf[4] *J.* Bachem *bezweckt,* ortsstatuarische Bestimmungen *in der* Rheinprovinz, *die das Kommunalwahlrecht an bis zu* 18 M. [...] Klassensteuersatz *knüpfen, aufzuheben. Miquel fürchtet, daß bei regierungsseitiger* Ablehnung *die* Zentrumsfraktion gegen das Einkommensteuergesetz stimmen *wird. Herrfurth ist gegen die damit beabsichtigte* Stärkung des ultramontanen Einflusses. *Auf Vorschlag*

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 269 und Rep. 151, III Nr. 10484, n. f. (Schriftwechsel).*

[2] *Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 295 f. und Richter, Kurt, Der Kampf um den Schulgesetzentwurf des Grafen Zedlitz-Trützschler von 1892, Phil. Diss., Halle/S. 1934, S. 20 ff., hier S. 22 (Zentrumsanträge betr. die Konfessionalisierung der Volksschule).*

[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 10 (Gesetzentwurf betr. Verwendung von zweimal je 10 Mio. M. aus der Lex Huene für die Volksschulen) mit Drucks. Nr. 75, S. 1287 (Kommissionsbericht zu § 84 des Goßlerschen Volksschulgesetzentwurfs) sowie BArch, RAdI, Nr. 115028, Bl. 29 ff. und StenBerAH, Session 1890/91, 17.2.1891, S. 898 u. 906 (Rickert, Miquel zur Finanzierungsfrage). Somit wollte Goßler die Volksschulunterhaltung gegen die Ausfälle aus der erwarteten Aufhebung der Lex Huene sicherstellen und die Chancen seines Volksschulgesetzes im Abgeordnetenhaus heben.*

[4] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 78; Debatte dazu 10.2.1891, S. 704–716.*

Boettichers soll erklärt werden, daß es sich um ein Provinzialgesetz *handelt, das* der Zustimmung des rheinischen Provinziallandtags *bedürfte. Durch das neue* Einkommensteuergesetz *entstehende* Inkongruenzen für die Zusammensetzung der Wählerklassen *wird die* Staatsregierung *versuchen,* aus der Welt zu schaffen.[5] [B] — **7.** *Dombau zu* Berlin[6]. *Der* Staat *wird der* Domgemeinde *rd.* 10 *Mio. M. zum Bau und für künftige Unterhaltskosten zusichern.* [B] — **8.** *An der Debatte zum Initiativgesetzentwurf*[7] *F.* Riesch *betr. Aufbringung der Kreisabgaben durch Landgemeinden in Hessen-Nassau wird die Regierung teilnehmen.* [B]

[5] *Noch das Gemeindewahlgesetz v. 30.6.1900 (GS, S. 185) beließ es in der Rheinprovinz beim ortsstatuarisch möglichen maximalen Zensus von 18 M. Staatssteuerleistung, um dem Zentrum Mandatsgewinne zu erschweren; vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 242 f. u. 550 ff.*

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115023, n. f. (Schreiben v. Goßler und Miquel).*

[7] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 79; Debatte 10.2.1891, S. 718 f. (zurückgezogen).*

Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 67–82; MF 622.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–8, U].

1. Rang der Feldpröpste[1]. *Dies ist nach Goßler eine Frage* hochpolitischer Natur, *da es das* Bestreben der katholischen Kirche *gibt, den* Feldpropst *als eigenen* Armeebischof *zu etablieren und bei der evangelischen* Kirche *eine* Rückwirkung auf *den Rang der* Generalsuperintendenten *und die Kirchenverfassung droht. Nach Caprivi ist es der* Wille *Wilhelms II.,* beiden Feldpröpsten *den* Rang der Räte erster Klasse *zu* verleihen. *Goßler soll* Immediatvortrag *halten.* [B] — **2.** *Beim Gewerbesteuergesetz sind die Kommissionsbeschlüsse*[2] *des AH lt. Miquel annehmbar.* [B] — **3.** *Die* Aufhebung des Identitätsnachweises[3] *kann nicht vor* Abschluß *der Handelsvertragsverhandlungen mit* Österreich-Ungarn *im* Bundesrat *beantragt werden*. [B] — **4.** *Gehalts- und Pensionserhöhungen* aufgrund des Nachtragsetats für 1890/91 *besitzen keine* rückwirkende Kraft.[4] [B] — **5.** Erleichterung der Beamten bei Leistung der Amtskautionen. *Nur Berlepsch hält die Wünsche des* preußischen Beamtenvereins in Hannover *für* annehmbar.[5] [B] — **6.** *Neue dreiprozentige Reichs- und Staatsanleihen werden nicht durch ein* Konsortium *plaziert, sondern* billig *direkt* offeriert, *so daß* größere Mittel *verfügbar werden,* namentlich für den Fall eines Krieges. — **7.** *Der Initiativgesetzentwurf*[6] *des Abgeordnetenhauses betr. Ausdehnung des* § 2 *des Jagdscheingesetzes vom* 9. März 1868 *auf den Kreis* Herzogtum Lauenburg *wird gebilligt*. [B] — **8.** *Das* Wildschadensgesetz *wurde im* Abgeordnetenhause *angenommen. Heyden*

[1] *Vgl. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XXI Nr. 68A Bd. 1, Bl. 188 f. (Memorandum zur projektierten Novelle der Militärkirchenordnung v. 8.4.1890); BArch, RAdI, Nr. 115070, Bl. 72–88v (Voten vom Februar 1891); Wippermann, 1891, I, S. 263 (Erlaß Wilhelms II.) und allg. Rudolph, Hartmut, Das evangelische Militärkirchenwesen in Preußen, Göttingen 1973, S. 216–222 (Bedeutung der Frage 1890 ff.).*

[2] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 70.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/3, Bl. 32 ff. (Aufhebung auf Wunsch Caprivis verschoben).*

[4] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064 (Voten).*

[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 635, n. f. (Voten, Denkschrift des Beamtenvereins).*

[6] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 97. § 2 des Gesetzes v. 9.3.1868 (GS, S. 207) bestimmte, daß Jagdscheine für ganz Preußen Gültigkeit besaßen.*

wird im Herrenhaus *diverse Änderungen, zumal bei der* Entschädigung von Jagdbezirk zu Jagdbezirk, *fordern.*[7] [B] — **9.** Berufung *von fünf neuen Mitgliedern des* Herrenhauses *zwecks* Verstärkung der Arbeitskräfte *dort. Miquel ist gegen* jede Maßregel, *die als* Mißtrauen gegen das Herrenhaus *empfunden werden könnte.* [B] — **10.** *Drei Ernennungen. Zwei Titelverleihungen.* [B] — **11.–12.** *Vier Ordenssachen, u. a. für den Polen* Graf Kwilecki. [B] — **13.** *Ernennung*. [B] — **14.** *Sperrgelderverwendungsgesetz. Die* Meinungsverschiedenheiten innerhalb der konservativen Fraktion *sind* überwunden. *Man verlangt nur* Einwirkung des Staats *bei der* Verwendung der Mittel, welche nach Gewährung der Entschädigung übrig bleiben. [B]

[7] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 77 (hier § 5), StenBerHH, 20.3.1891, S. 109–116 (Heyden S. 115). Zum Gesetz aus liberaler Sicht Richter, Eugen, Politisches ABC-Buch, 8. Aufl., Berlin 1896, S. 477–480.*

Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 88–103v, Anlage: Bl. 104–107v; MF 622/623.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, G. Goßler, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Stauder [zu 2].

1. Anrechnung der Militärdienstzeit auf die Anciennität der Zivilbeamten[1]. *Zwar geht es dabei um* Begünstigung *der* Beamten *und sollte die* Wehrpflicht *in Preußen, anders als* in süddeutschen Staaten, wo die Wehrpflicht der Bevölkerung noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen *ist, eine freudig zu erfüllende* Ehre *sein, aber eine Ministermehrheit optiert für die* Anrechnung, *auch bei den* Subalternbeamten. [B] — **2.** Berechtigungen *der* Schularten *des* höheren Schulwesens *nach der* Schulkonferenz[2]. *Die* Gleichstellung *von* Oberrealschule, Gymnasium *und* Realgymnasium *für das* Bau- und Maschinenfach *wird von Goßer unterstützt. Die sechsklassige* höhere Bürgerschule *erscheint für den gesamten Subalterndienst ausreichend. Einzelne* Differenzpunkte *sind noch zu klären.* [B] — **3.** Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhls *in* Posen. *Der päpstliche Kandidat A.* v. Poninski *ist als* Werkzeug *der* polnischen Adelspartei *abzulehnen.* [B] — **4.–6.** *Vier Ordenssachen; u. a. erhält L.* v. Rönne *anläßlich der Neuauflage seines preuß.* Staatsrechts[3] *den Kronenorden* II. *Kl.* mit dem Stern. [B] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Titelverleihung. Zwei Ordenssachen.* [B] — **9.** *Ordenssache.* [B] — **10.** Vertrieb von Losen *der* Staatslotterie *und* Spielen in außerpreußischen Lotterien. *Eine Stellungnahme zum diesbezüglichen Initiativgesetzentwurf*[4] *O.* Korsch *wird vertagt*. [B]

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/1, n. f. (Voten Okt. 1890–Febr. 1891).*

[2] *Dazu die Anlagen A–D auf Bl. 104–107v. Vgl. die gedruckten Protokolle der Schulkonferenz in dem Band Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts, Berlin 1891 sowie Führ, Schulkonferenzen, S. 199–206 und Albisetti, Secondary School Reform, S. 226 ff. (Lehrplan von 1892).*

[3] *Ludwig v. Rönnes Staatsrecht der Preußischen Monarchie erschien in 4. Aufl. in Leipzig 1883, in 5. Aufl. und bearb. v. Ph. Zorn, in Leipzig 1899, so daß nicht genau zu bestimmen ist, für welche Ausgabe er den Orden erhielt.*

[4] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 44.*

Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 11. März 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 108–109v; MF 623.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. Abschiedsgesuch[1] *Goßlers. Als neuer Kultusminister wird* einstimmig *R. Graf* v. Zedlitz-Trützschler *benannt*. [B] — **2.** *Der neue Unterstaatssekretär im Kultusministerium ist mit dem neuem Minister zu finden*.[2] [B] — **3.** *Die Anregung Miquels, die* Verwaltung von Stiftungsvermögen *vom Kultus-* auf das Landwirtschaftsministerium zu übertragen, *wird vertagt*. — **4.** *Ernennung. H. Frh.* v. Wilamowitz-Möllendorff *soll auf Wunsch von* Zedlitz *neuer* Oberpräsident *von Posen werden.* [B] — **5.** *Der polnische* Rittergutsbesitzer von Lukomski *ist nun gegenüber der* Ansiedlungskommission *doch verkaufswillig*[3]*; der* Ankauf *wird gebilligt*. [B]

[1] *Vgl. zum Ministerwechsel Goßler – Zedlitz im Gefolge des v. a. vom Zentrum zu Fall gebrachten Volksschulgesetzes Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 160–162 (Rücktrittsgesuch Goßlers v. 10.3.1891) und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 649.*

[2] *Goßler hatte diese strittige Personalfrage bei seinem Rücktritt mit angeführt.*

[3] *Vgl. Sitzung am 13.7.1890, TOP 5.*

Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 111–127; MF 623.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Die Kommissionsbeschlüsse*[1] *des AH zur* Landgemeindeordnung *werden gebilligt. Herrfurth wird Versuchen der Konservativen,* Bestimmungen über Gemeindesteuern *und* Gemeindewahlrecht zu beseitigen [...] mit Entschiedenheit entgegentreten. [B] — **2.** *Vertrieb von* Losen *der* Staatslotterie *und Spielen in* außerpreußischen Lotterien. *Da* Mißbräuche *häufig sind, ist den Initiativgesetzentwürfen*[2] *O.* Korsch, *Ch.* Cremer und *M.* Eberhard *wohlwollend zu begegnen und eine gesetzliche Regelung anzustreben*. [B] — **3.** Gesetzliche Regelung *für den* Totalisator auf den Rennbahnen.[3] *Ein von Herrfurth gewünschtes* Verbot *bedeutete Heyden zufolge* erheblichen Nachteil für die Pferdezucht. *Da aber das Glückspiel* sittlich *wie* volkswirtschaftlich *problematisch bleibt, ist eine* strengere Kontrolle *notwendig, speziell auch gegenüber dem Berliner* Unionsclub. [B] — **4.** *Der* Vorsitz in der Ansiedlungskommission *soll vom Amt des* vollbeschäftigten *Posener* Oberpräsidenten *getrennt werden*. — **5.** *H.* v. Poschinger *plant eine Fortsetzung seiner* Aktenstücke zur inneren Politik des Fürsten Bismarck. *Ein* dritter Band der Schrift „Fürst Bismarck als Volkswirt“ *darf* erscheinen; *eine weitere* Veröffentlichung *wäre unerwünscht*.[4] [B] — **6.** *Novelle*

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 145. Vgl. Kitzel, Landgemeindeordnung, S. 162 f.*

[2] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 44 u. 157; Debatten dazu am 27.2.1891, S. 1130–1144 und am 2.6.1891, S. 2502–2517. Voten in: Rep. 90, Nr. 1469, n. f. Vgl. das Gesetz gegen den Privathandel mit Losen in GS, S. 353.*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 325 Nr. 28 Bd. 2, n. f. (Voten, v. a. Heydens v. 30.1. u. 6.3.1891 mit Totalisator-Statistik) sowie StenBerBundesR, Jg. 1891, Drucks. Nr. 70 und Sitzung v. 2.7.1891, § 407 (Totalisator-Tickets sind stempelsteuerpflichtig) sowie Chales de Beaulieu, Franz, Der klassische Sport, Berlin 1942, S. 88 f.*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 411, n. f. (Schriftwechsel Poschinger – Staatsministerium); Bismarck, Otto v., Die gesammelten Werke, Bd. 8, Berlin 1926, S. 657–661 (Poschinger bei Bismarck am 6.5.1889) und Sitzung am 18.11.1895, TOP 4.*

zum Einkommensteuergesetz *im* Herrenhaus. *Miquel regt an, dort den vom* Abgeordnetenhause *beschlossenen* Steuersatz *von 4% bei* großen Einkommen *wieder auf* 3% *reduzieren zu lassen*.[5] [B] — **7.** *Stellungnahme zum* Antrag[6] *L. A.* vom Heede *betr*. Ausdehnung *des* Gesetzentwurfs *über* Wassergenossenschaften *der* Wupper *auf die* Lenne. *Eine Vollmacht für die Regierung dazu kann in das Gesetz aufgenommen werden*.[7] [B] — **8.–9.** *Zwei Ordenssachen, u. a. für P. v.* Elpons, *der jahrelang* Vorsitzender des Deutschen Kriegerbundes gewesen *ist*.[8] [B]

[5] *Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 243–245 und Thier, Steuergesetzgebung, S. 477–487.*
[6] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 206 zu Drucks. Nr. 155 (Wassergenossenschaften).*
[7] *Dies erfolgte am 18.3.1891, StenBerAH, S. 1555 (der Antrag Tiedemann entspricht § 8 des Gesetzes v. 19.5.1891).*
[8] *Vgl. Rep. 89, Nr. 15438, Bl. 227.*

Nr. 43 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 21. März 1891.

Notiz, Bd. 105, Bl. 110; MF 623.

Anwesend[1]*: Caprivi, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Kaltenborn, Heyden.*

Nach der Notiz *hat* am 21. März 1891 [...] eine vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums stattgefunden, über welche ein Protokoll nicht aufgenommen *wurde*.[2]

[1] *Nach einer Notiz Homeyers v. 21.3.1891 auf dem Verteiler der Einladungen (in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 2, n. f.) war Miquel durch Krankheit verhindert und Boetticher nicht eingeladen.*
[2] *Nach Einladung und Tagebuch R. Bosse (VI. HA, NL Bosse, Nr. 8, Bl. 53v–55) dürfte es um die Affäre wegen der 1886 an Boettichers Schwiegervater gegebenen Welfenfonds-Gelder gegangen sein, was den Beginn des offenen Kampfes Bismarcks gegen die Männer des neuen Kurses markierte. Vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 650–652, 656–660.*

Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums am 23. März 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8–9] und Korrekturen, Bd. 105, Bl. 128–151; MF 623/624.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–7], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth, Bohtz, Heller, F. Seydel, v. Knebel-Doeberitz [alle zu 8], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 9].

1. *Amtseinführung des neuen Kultusministers R. Graf* Zedlitz-Trützschler[1]. — **2.** Vorsitz in der Ansiedlungskommission. *Zedlitz zufolge ist das Ansiedlungsgesetz zur erwünschten Vermehrung des kleineren* Grundbesitzes *geeignet, hat aber* politisch *versagt, da die* Mittel *zu gering sind, um* polnisch *dominierte* Kreise *zu* germanisieren. *Ob der* Landwirtschaftsminister *den Kommissionsvorsitz übernimmt, ist nach Ministervoten zu entscheiden*. [B] — **3.** *Übertragung der* Ver-

[1] *Graf Zedlitz-Trützschler zeichnete das Prot. durchgängig nur mit Zedlitz, so daß auf den seit einer Namensvereinigung im späten 18. Jahrhundert geführten Zusatz in den Regesten i. d. R. verzichtet wird.*

waltung *der* Stiftungsvermögen *vom Kultus- auf das Landwirtschaftsministerium;* vertagt.[2] — **4.** *Gesetzentwurf*[3] *betr. die* elektrischen Anlagen. *Auf Vorschlag Miquels wird die* Beratung *vertagt, da die Technik der* Elektrizität *dauernd* im Fluß *ist,* Behörden *unsicher sind und ein abschließendes* Gesetz *nur die* Entwicklung *hemmt*. [B] — **5.** *Terminierung der Beratung* von Sperrgelderverwendungsgesetz *und* Landgemeindeordnung *im AH*. [B] — **6.** *Ersuchen Caprivis, zu überlegen, was in den* Ressorts *vorsorglich für den* Fall eines Krieges zu veranlassen sein würde. — **7.** *Caprivi wird die in den* Parteien *diskutierte* Frage einer Aufhebung des Welfenfonds *demnächst zur* Beratung *stellen*. — **8.–9.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen. Grundsatzentscheidung, daß der* Disziplinarrichter *an die vorhergehende* Entscheidung *des* Strafrichters *nicht* gebunden *ist, sondern den* Tatbestand *frei beurteilt*. [B]

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2282, Bl. 119–164 (Liste der im Kultusministerium verwalteten Stiftungsvermögen).*
[3] *StenBerBundesR, Jg. 1891, Drucks. Nr. 14. Vgl. Rep. 77, Tit. 1375 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Voten v. März 1891).*

Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 31. März 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 153–177; MF 624. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 2–14.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn, Lohmann, Maßmann [beide zu 3].

1. Welfenfonds[1]. *Caprivi will die* Verwendung der Einkünfte *daraus neu* regeln, *wobei eine Übergabe an den* Herzog v. Cumberland *ausgeschlossen bleibt. Miquel schlägt einen* Gesetzentwurf *mit* Verwendungszwecken *in der* Provinz Hannover *vor. Herrfurth kann auf jetzige 30 000 M. jährlich für* Presszwecke *leicht verzichten*. *Ab dem* Etatsjahr 1892/93 *ist eine* gesetzliche Regelung *anzustreben* [B]. *Die Erträge für 1891 sollen wie bisher verwendet werden* [B]. — **2.** Wiederbesetzung *des* Bischofstuhls von Paderborn[2]. *Der ministerielle Wunschkandidat* Domkapitular *F. X.* Schulte *ist nicht auf der Vorschlagsliste;* Kandidat des Domkapitels *ist vielleicht* Weihbischof *A.* Fischer. — **3.** *Gesetzentwurf*[3] *betr.* die elektrischen Anlagen. *Regelungsansätze seit* 1884. *Die Empfehlungen einer Fachkommission sind nun unter Aufsicht der* physikalisch-technischen Reichsanstalt *umzusetzen, um* die öffentliche Sicherheit *zu gewährleisten; Preußen wird im* Bundesrat *zustimmen*. [B] — **4.** *Staatlicher Wohnungsbau für* Arbeiter *der militärtechnischen* Institute in Spandau[4]. *Kaltenborn hält dies* im militärischen Interesse *für* notwendig; *Miquel spricht sich wegen der* bedenklichsten Konsequenzen *für die* Privatindustrie *dagegen aus. Da die Frage* von prinzipieller Bedeutung für alle Staatsbetriebe *ist, sollen* kommissarische Beratungen *erfolgen*. [B] — **5.** *Ernennung*. [B]

[1] *Vgl. BArch, RK, Nr. 1402, Bl. 174 ff. (Miquels Gesetzentwurf); Rep. 90, Nr. 74, Bl. 256–260v und Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 294 f.*
[2] *Die diesbezüglichen Akten (Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Paderborn Nr. 2) fehlen im Bestand des GStAPK; vgl. aber Gatz, Erwin, Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803–1945, Berlin 1983, S. 706 f. (Bischof Simar).*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115074 (1891–93) und Sitzung am 27.2.1893, TOP 3 mit Anm.*
[4] *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Bd. 5, Bl. 255 ff. (Votum Kaltenborn v. 27.11.1890 zum Bau von 1350 Wohnungen mit 1–2 Zimmern und Gemeinschaftseinrichtungen für die 14 800 Arbeiter der Militärfabriken Spandaus für 12,4 Mio. M. bei einer Jahresmiete von 144 bzw. 180 M. pro Wohnung). Analyse bei: Zimmermann, Clemens, Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik. Die Reformbewegung in Deutschland 1845–1914, Göttingen 1991, S. 192 ff.*

Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 105, Bl. 179–204; MF 624/625. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 15–25.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–7], Boetticher, Herrfurth, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler [zu 1–7]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schelling, zu 8], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. Vorsitz *in der* Ansiedlungskommission[1]. *Um eine* große politische Diskussion, *eine* Mitwirkung des Landtags *und den Anschein einer veränderten* Stellung *gegenüber den* Polen *zu vermeiden, soll nicht* Minister *Heyden, sondern R.* v. Wittenburg *Vorsitzender werden. Caprivi zufolge kann* man sich über Annäherung *seitens der* Polen *nur* freuen, *aber man braucht* doch Beweise dafür [...], daß ihren Worten zu trauen *ist,* denn die Vergangenheit *bietet* dafür keine Garantie. [B] — **2.** *Volksschulgesetzentwurf. Zedlitz ist mit dem* Ergebnis der Kommissionsberatungen[2] *im AH unzufrieden und wird den Verzicht auf* weitere Beratung des Entwurfs *erklären. Das* Volksschulwesen *bleibt aber regelungsbedürftig*. [B] — **3.** *Sollte im Abgeordnetenhaus eine* Abzweigung der Unterrichtsangelegenheiten vom Kultusministerium *angeregt werden, wird Zedlitz* entschieden *widersprechen*.[3] [B] — **4.** *Novelle zum* Einkommensteuergesetz. *Das HH hat* 3% *Spitzensteuersatz wiederhergestellt*[4]*; Miquel strebt nun* Übereinstimmung beider Häuser *an*. [B] — **5.** Einfuhrverbote auf amerikanisches Schweinefleisch. *Heyden erwägt eine Überprüfung, weil die USA ein neues Fleischbeschaugesetz beschlossen haben. Die Verbote sind lt. Caprivi* auf die Dauer nicht *beizubehalten und haben einen* inneren Zusammenhang *mit der Handelsvertragspolitik*. — **6.** *Titelverleihung an* Dr. *A.* Libbertz *wird vertagt, solange* Tuberkulin *noch umstritten bleibt*. [B] — **7.** *Dem* Wunsch *deutscher Bundesstaaten, ihre* Lehrer *zu neuen preußischen archäologischen und naturwissenschaftlichen Kursen in* Berlin, Bonn und Trier *zuzulassen, ist grundsätzlich entgegenzukommen, aber erhöhte Finanzmittel dafür sind erst im nächsten* Etat *möglich*. [B] — **8.** *Sieben Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 90a, B III 4f Nr. 1 Bd. 2, Bl. 7–31; Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 219–233 u. Rep. 151, IC Nr. 12496, Bl. 166 ff. (Entwurf der neuen Verordnung, Voten) sowie Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire (1871–1900), Boulder/New York 1981, S. 133.*

[2] *Vgl. die Übersicht über die Geschäftstätigkeit des Preußischen Hauses der Abgeordneten in der III. Session der 17. Legislaturperiode 1890/91, S. 182–241 (Kommissionsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses zum Entwurf Goßlers) und StenBerAH, Session 1890/91, 4.5.1891, S. 2133 f. (Erklärung Zedlitz).*

[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, 4.5.1891, S. 2149 und 6.5.1891, S. 2175 f., 2184. Dabei ging es nur um die Abzweigung von Kunst und Wissenschaft bzw. des Medizinalwesens vom Kultusministerium.*

[4] *Vgl. Sitzung am 15.3.1891, TOP 6 mit Anm.*

Nr. 47 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 205–229v; MF 625. — Abschr. [TOP 1–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 27–39.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Miquel, zu 1–4].

1. Weltausstellung in Chicago [...] 1893. *Eine* Beteiligung des Reichs *erscheint* politisch und handelspolitisch geboten, *obgleich die* Industrie, *besonders die* Großindustriellen, *nur teilweise dafür sind. Der* Aufwand *wird* auf etwa 600 000 M. *geschätzt*. [B] — **2.** *Eingruppierung* staatlicher Arbeiter *in die* vier Lohnklassen *der* Invaliditäts- und Altersversicherung *nach* Jahresarbeitsverdienst. *Die* Ressorts *folgen bei der* Höherversicherung *nicht dauerhaft Beschäftigter dem Vorbild der* Reichsbetriebe. *Da die* Sache [...] finanziell jedenfalls von geringer Bedeutung *ist, soll sie* ihren Gang gehen. [B] — **3.** *Die* Initiativanträge[1] *für Staatshilfen zur* Beseitigung der durch Hochwasser *1890/91* herbeigeführten Verheerungen *sind abzulehnen, da dazu eine neue* Anleihe *nötig wäre, die* Privatwohltätigkeit ausreichend *ist und erst* Gemeinden, Kreise, Provinzen *helfen müssen. Die angeblich nur aufgrund staatlichen Wasserwegeausbaus in der Prov.* Posen *schwer Getroffenen sind nicht unmittelbar hilfebedürftig*. [B] — **4.** *Staatliches Verhalten zur* Maifeier *1891 der SPD wie 1890*. [B] — **5.** *Eine Novelle*[2] *zur Regelung der Sonntagsruhe wird nach Abschluß der* Gewerbeordnungsnovelle *nötig*. [B] — **6.** Verlegung des Buß- und Bettages. *Eine Einigung mit den* katholischen Bischöfen *war wegen gleichzeitiger* Dankfeste der katholischen Kirche *nicht möglich, aber ein Gesetzentwurf dazu ist auszuarbeiten*. [B] — **7.–8.** *Vier Ernennungen; u. a. wird E. v.* Weyrauch *neuer Unterstaatssekretär* im Kultusministerium. [B] — **9.** *Ordenssache*. [B] — **10.–11.** *Vier Ernennungen*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 253 u. 273 (Anträge von Konservativen, Zentrum und Polen); Debatte dazu 9.6.1891, S. 2650–2663.*

[2] *Vgl. Rep. 120, BB IIb 1 Nr. 6 Bd. 10, n. f. und StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 231 (Verlegung von Buß- und Bettag) sowie allg. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 170–181.*

Nr. 48 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7–8], Bd. 105, Bl. 230–246; MF 626. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 41–46v.

Anwesend [U][1]*: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Maybach, Herrfurth [zu 1–7, teilweise zu 8], Schelling, Berlepsch [zu 1–6], Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: Barkhausen [für Zedlitz-Trützschler], Rieth, J. Hermes [beide zu 7], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 8].

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Reise *Wilhelms II. in die* Rheinprovinz. [B] — **2.** Illumination *öffentlicher Gebäude dazu.* [B] — **3.** Verlegung *des* Buß- und Bettages. *Der* Gesetzentwurf[2] *soll diesen evangelischen* Feiertag, *ungeachtet des* Widerspruchs *von* katholischen Bischöfen, *staatlich schützen und* zu der auch politisch erwünschten größeren Einigung *der* evangelischen Kirche *Norddeutschlands führen sowie deren* Beruhigung *bewirken*. [B] — **4.** *Streiks in der* Rheinprovinz[3] *und* Reise *Wilhelms II. dorthin. Nach Caprivi ist Militär nur notfalls einzusetzen, etwaige ministerielle* Anordnungen *sind abzustimmen*. — **5.** *Getreidevorräte und* Brotversorgung *angesichts steigender Preise*. Reichsbank *und* Provinzialsteuerdirektoren *sowie Proviantämter sollen vertraulich* Auskunft geben. [B] — **6.** *Titelverleihung*. [B] — **7.–8.** *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Gelesen: Zedlitz [U].*

[2] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 331; Debatte dazu 12.5.1891, S. 2289–2300 und 17.5.1891, S. 2861–2866.*

[3] *Vgl. Wippermann, 1891, I, S. 143 f. (mehrwöchiger Streik von über 10 000 Bergleuten).*

Nr. 49 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 14. Mai 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 105, Bl. 247–252; MF 626.

Anwesend: Caprivi [V, U], Boetticher [U], Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch [U], Miquel, Kaltenborn [U], Heyden [U], Zedlitz-Trützschler [U]. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Rücktrittsgesuch*[1] *von* Maybach. *K.* Thielen *soll neuer* Minister der öffentlichen Arbeiten *werden, aber bei* Einschränkung *der* Befugnisse *wegen* Änderungen des Tarifwesens. *Da sie* ganze Landesteile *und* Erwerbszweige *beeinträchtigen können, sollen sie künftig vom gesamten* Staatsministerium *beschlossen werden* [B]. *Die Frage der alleinigen Zuständigkeit des Kultusministeriums für* Kirchenbauprojekte *wird vertagt*. — **2.** *Drei Ernennungen*. [B] — **3.** *Zwei Titelverleihungen*. [B]

[1] *Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 176 f. (Gesuch v. 1.5.1891). Zum Rücktritt Maybachs zum 20.6.1891 vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 63 f. u. 69 sowie Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 648, 652, 675, 678.*

Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Mai 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 253–262v; MF 626. — Abschr. [TOP 1–3, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 50–55.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Gesetzentwurf*[1] *betr. die* Gewerbegerichte *der* Rheinprovinz. *Berlepsch will die* Wahl *der Gerichtsvorsitzenden durch die* Mitglieder, *keine* Ernennung *durch die* Regierungspräsidenten, *da dies bisher* Wahlmodus *war und Wunsch der* Rheinländer *ist. Eine Ministermehrheit lehnt dies ab, weil sonst nach Boetticher und Miquel der* Wahl sozialdemokratischer Vorsitzender Tür und Tor *geöffnet wird und die* Staatsautorität *gegen die* Agitation der Sekretäre *zu wahren ist*. [B] — **2.** Wiederbesetzung *des Bischofstuhls zu* Paderborn. *Drei* Kandidaten *des* Domkapitels *sind* genehm, *aber* Weihbischof *A.* Fischer *und* Kaplan Bergmann *nicht*. [B] — **3.** *Trotz einer* erregten Debatte[2] *im AH über den* Wert *des* Tuberkulin *soll Robert* Koch *das neugegründete* Institut für Infektionskrankheiten *leiten*. [B] — **4.** *Ernennung. Th.* Lohmann *wird Ministerialdirektor im Handelsministerium*. [B] — **5.** *Zwei Titelverleihungen*. [B] — **6.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **7.** Übersicht *Maybachs über die Finanzergebnisse der* Staatseisenbahnverwaltung seit 1879 *und im Etatjahr* 1890/91.

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 407; Debatte dazu 12.6.1891, S. 2729–2731. Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 39 (1890/91) und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 109 ff.*

[2] *StenBerAH, Session 1890/91, 9.5.1891, S. 2256–2268. Vgl. Bochalli, Richard, Robert Koch. Schöpfer der modernen Bakteriologie, 2. Aufl., Stuttgart 1982, S. 104 ff.*

Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7] und Korrekturen, Bd. 105, Bl. 263–289; MF 626/627.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 7].

1. *Wildschadensgesetz.*[1] *Die vollständige Umarbeitung der Vorlage des* Abgeordnetenhauses *im* Herrenhaus, *speziell die* Ablehnung des Schadensersatzes von Jagdbezirk zu Jagdbezirk, *macht eine* Einigung beider Häuser *nicht* wahrscheinlich, *aber Heyden wird eine* Verständigung *versuchen*. [B] — **2.** Einführung einer Einheitszeit für das gesamte bürgerliche Leben, *der sog. Mitteleuropäischen Zeit*[2]. *Kaltenborn ist aus militärischen Gründen dafür, aber eine Ministermehrheit zunächst nur für eine* einheitliche Eisenbahnzeit, *da bei einem Reichsgesetz eine* Erweiterung der Kompetenz des Reiches *droht und das aktuelle Bedürfnis fehlt*. [B] — **3.** *K.* Thielen *ist* bereit, *das Ministerium der öffentlichen Arbeiten nach den gewünschten* Maßgaben *zu verwalten, speziell die* Verwaltung der Staatseisenbahnen unter Rücksichtnahme auf die Staatsfinanzen. — **4.** *Eine* Beratung *zwischen Ministerien und Reichsämtern über* im Falle eines Krieges zu treffende Maßregeln *steht bevor*. — **5.** *Die Stellungnahme zum* Antrag[3] *U. Graf* Stolberg *betr. ermäßigte* Eisenbahntarife für Getreide und Mehl *ist bald zu beraten*. — **6.** *Antrag*[4] *der* Berliner Stadtmission *nach* Korporationsrechten, *um nach dem Ausscheiden von* Hofprediger *A.* Stoecker *das* Institut *auf* gesicherte Grundlage zu stellen. *Zedlitz erwägt diese Genehmigung*. [B] — **7.** *15 Disziplinarsachen*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 348; Debatte dazu 13.6.1891, S. 2771–2802 sowie 15.–17.6.1891. Vgl. Rep. 84a, Nr. 11539, Bl. 179 ff. (Votum Heydens v. 15.5.1891); Rep. 89, Nr. 31775 (Immediatbericht v. 30.6.1891) und Meisner (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, Bd. 2, S. 210 (Wilhelm II. überredet Herrenhausmitglieder zur Annahme).*

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115053, n. f. (Voten Kaltenborns für und Caprivis gegen die Mitteleuropäische Zeit).*

[3] *StenBerHH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 115 (Antrag zurückgezogen).*

[4] *BArch, RAdI, Nr. 115093, n. f. (Voten). Vorangegangenes vgl. Sitzung am 16.3.1889, TOP 3.*

Nr. 52 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 28. Mai 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 105, Bl. 290–304; MF 627. — Abschriften.: GStAPK, I. HA, Rep. 87, ZB Nr. 328, Bl. 35–40v; Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 63–68v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Kurowsky [U].

Zollpolitische Maßregeln *gegen* Knappheit der Getreidevorräte *und aktuelle Handelsvertragspolitik*[1]. Zollermäßigung *oder* Suspension *wäre lt. Caprivi ein* bedenkliches Präcedens, *die die* Zölle *als* Kompensationsobjekt *beim absehbaren österreichischen und russischen* Handelsvertrag *entwerteten. Da die Preissteigerung teils durch* Unsicherheit *über die* Preise *nach dem* Handels-

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, 27.5.1891, S. 2353–2373 (im Prot. genannte Debatte). Zum Zusammenhang vgl. Weitowitz, Deutsche Politik, S. 25–28.*

vertrag *hervorgerufen wurde, ein* Notstand *durch* Importe *zu verhindern ist und* weitere Informationen *nötig sind, wird ein* Beschluß *vertagt.* [B]

Nr. 53 Sitzung des Staatsministeriums im Reichsamt des Innern am 31. Mai 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen[1]*, Bd. 105, Bl. 307–331v; MF 627/628. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 70–83v. — Teildruck [TOP 1] in: Reichsarchiv (Bearb.), Der Weltkrieg 1914–1918, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Anlagen zum 1. Bd., Berlin 1930, S. 294–298.*

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [U], Hollmann, Rudolf Koch [beide zu 1, U], Hake, Kobelt [beide zu 1].

1. Maßregeln *für den* Fall eines Krieges.[2] *Bei der Getreideversorgung besteht lt. Heyden in normalen Zeiten kein Engpaß, aber Miquel hält neue* zollfreie Transitläger *gegen momentane und künftige kriegsbedingte Getreideknappheit für nötig. Nach Caprivi würde bei einem Krieg* Rußland *ein* Feind sein *und eine Seeblockade höchstens* Import *über das neutrale* Holland *erlauben. Der* Bundesrat *soll neue* zollfreie Transitläger *besonders im deutschen* Westen *gestatten* [B]. *Eine* Geldbeschaffung von 1382 *½ Mio. M. für eine dreimonatige* Mobilmachung *ist lt. Maltzahn u. a. über* Kassenbestände, *den* Reichskriegsschatz, *eine* Anleihe, *die* Darlehenskassenscheine *sowie den* Reichsinvalidenfonds *zu leisten. Koch verspricht* Hilfe der Reichsbank *durch* Diskontierung *und* Lombardierung *und* Ausgabe von metallisch nicht gedeckten Banknoten, *widerrät aber dem Aufkauf von* englischen Wechseln *wegen* der wachsenden Kreditansprüche des Inlandes [B]. *Der Punkt* Verhalten der Behörden *bei* feindlicher Okkupation *wird vertagt*. — **2.** *Zollpolitische Maßregeln gegen Getreideknappheit. Caprivi zufolge besteht kein* Notstand, *der Zollsuspension oder Zollsenkung verlangt, zumal das* Zustandekommen der Handelsverträge, *die* einen der Industrie günstigen, auch den Arbeitern zu Gute kommenden Zustand auf 12 Jahre *sichern,* überwiegendes Interesse *ist. Eine* Erklärung[3] *Caprivis dazu im AH wird gebilligt*. [B]

[1] *Mit Vermerk des UStS Homeyer* Geheim *und Protokoll-Übersendung unter* „eigenhändig“ *bzw.* „geheim“.

[2] *Die Beratungen erfolgten nach der politischen Annäherung zwischen Frankreich und Rußland und – vielleicht von Bismarck inspirierten – Zeitungsartikeln, die vor einer neuen Kaunitz'schen Koalition gegen Preußen-Deutschland warnten; vgl. Lahme, Deutsche Außenpolitik 1890–1894, S. 355 ff. und Reichsarchiv (Bearb.), Der Weltkrieg 1914–1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, Berlin 1930, S. 433–437.*

[3] *StenBerAH, Session 1890/91, 1.6.1891, S. 2447–2450.*

Nr. 54 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 6. Juni 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 106, Bl. 2–18; MF 628. — Abschr. [TOP 1–2, 4–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 86–96.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch [zu 1–4], Miquel, Kaltenborn, Heyden [zu 1–3], Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer.

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–5, U].

1. *Maßnahmen gegen Getreideknappheit. Der* Antrag[1] *H.* Rickert *betr.* Mitteilung des Materials über die z. Z. verfügbaren Getreidebestände und die diesjährigen Ernteaussichten *ist abzulehnen, zumal gegen* Initiativanträge *generell* Zurückhaltung geboten *ist, das* Material [...] anfechtbar *bleibt und nicht* Grundlage *für die Beschlußfassung im Staatsministerium war.* [B] — **2.** *Einrichtung einer* Waisen- und Kommunikanden-Anstalt in Calbe *durch* die Genossenschaft der grauen Schwestern *aus* Neisse. *Zedlitz ist dafür, um nicht* ohne allen sachlichen Grund einen neuen Konflikt mit der katholischen Kirche *heraufzubeschwören. Alle Minister außer Herrfurth optieren für Genehmigung.*[2] [B] — **3.** *Die Berufung eines katholischen* Beamten *in die* Ansiedlungskommission *ist* unbedenklich, *sofern er* staatstreu *ist.* [B] — **4.** *Die Ressortzugehörigkeit der neuen* Prüfungsanstalten *für* Handfeuerwaffen[3] *liegt nicht beim* Kriegsministerium, *sondern beim* Handelsministerium. [B] — **5.** Komptabilitätsgesetz. *Caprivi stimmt dem Wunsch Miquels nach einer Vorbereitung in* Preußen *zu.* [B] — **6.** *Miquel mahnt zur Sparsamkeit beim* Etat *1892/93.* — **7.** *Die* Thronrede[4] *zum Landtagsschluß 1891 soll Wilhelm II. wegen dessen* besonders bedeutsamen Tätigkeit *persönlich verlesen* [B]; *Caprivi wünscht zuvor noch einen* Kronrat. — **8.** *Der* Gesetzentwurf *betr.* Verlegung *des* Buß- und Bettags *wurde in der* Kommission *des AH*[5] bedenklich *verändert. Zedlitz wird ein Zustandekommen anzubahnen und eine Verstimmung zwischen den Konfessionen zu verhindern versuchen.* — **9.** *Die von Wilhelm II. gewünschte Berufung von Prof. H.* Loersch *in das Herrenhaus ist unbedenklich.* [B] — **10.** *Titelverleihung. Ordenssache. Sieben Ernennungen, darunter drei* Oberverwaltungsgerichtsräte. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 377, Debatte dazu 11./12.6.1891, S. 2699–2728, 2731–2769 (Erklärung Caprivis S. 2699 f., Antrag abgelehnt).*
[2] *Vgl. zum im Prot. erwähnten Streitfall Braunsberg StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 128 und die Debatte am 21.5.1890, S. 1806–1813.*
[3] *Vgl. RGBl., S. 110 (§ 8 des im Prot. genannten Gesetzes).*
[4] *StenBerAH, Session 1890/91, 20.6.1891, S. 2925 f. (Wilhelm II. verliest die Schlußrede).*
[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1890/91, 17.6.1891, S. 2861–2866 (der Gesetzentwurf wird abgelehnt und die Regierung zu neuer Vereinbarung mit den Kirchen aufgefordert).*

Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums im Reichsamt des Innern am 14. Juni 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen[1]*, Bd. 106, Bl. 19–40v; MF 628/629. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 97–105v.*

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–3, U], Hollmann [zu 1–3], Hake, Kobelt, Rudolf Koch [alle zu 1].

1. *Maßregeln im* Falle eines Kriegs *und* Verhalten *der* Behörden *bei* feindlicher Invasion. *Caprivi zufolge ist mit einem Zweifrontenkrieg zu rechnen. Nach den* Erfahrungen *zwischen* 1806 *und* 1870 *sind der* geringste Schaden für das Land *und die größte Unterstützung für die* Armee *zu erzielen, indem die* Ordnung *im besetzten Gebiet durch eigene* Behörden *aufrechterhalten wird. Das* Verbleiben der Beamten auf ihrem Posten *soll* die Regel *und die* Landräte *sollen die* Hauptträger der

[1] *Und Vermerk* Geheim.

Verwaltung in okkupierten Landesteilen *sein. Die* Reichsbank *wird einerseits* Bestände in Sicherheit *bringen, andererseits den* Bedarf *für Militär- und Zivilbehörden decken. Im Kriegsfall sollen* obere Beamte *abziehen,* Ortsbehörden *inklusive* Landräte auf ihren Posten *bleiben. Eine* Instruktion[2] *dazu ist aufzustellen*. [B] — **2.** Gesetzentwurf[3] betr. Abänderungen *der* Militärpensionsgesetze *und des* Reichsbeamtengesetzes. *Die* Sätze *für die Pensionsberechnung und die Zahlung an ehem. Militärs im* Kommunaldienst *durch* Reich *oder* Kommunen *sind umstritten.* [B] — **3.** *Caprivi erwägt* dauernde Einrichtungen *zur Feststellung der Getreidevorräte. Nach Miquel ist eine* Anbaustatistik *ein* dringendes Bedürfnis. — **4.** *Titelverleihung*. [B]

[2] *Rep. 77, Tit. 332 bb Nr. 4 Bd. 2, n. f.* (*1891/92, insbes. die* Allerhöchste Ordre *v. 11.11.1891 betr.* Bestimmungen über das Verfahren der Zivilbeamten bei einer etwa eintretenden feindlichen Invasion). *Vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 958, n. f. (1891–1914, insbes. Verfahren mit Kassenbeständen) sowie Zilch, Reinhold, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung 1907 bis 1914, Berlin 1987, S. 92 f. (Banknoten-Problematik).*

[3] *Rep. 77, Tit. 330 b Nr. 66 Bd. 3, n. f. (Entwurf v. 24.4.1891, Voten Caprivis v. 12.5.1891 und Miquels v. 27.5.1891).*

Nr. 56 Sitzung des Staatsministeriums in der Dienstwohnung des Reichskanzlers am 18. Juni 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 106, Bl. 42–42v; MF 629.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Maybach[1]*, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Zedlitz-Trützschler. — Prot.: Homeyer.*

1. *Die* Thronrede[2] *zum Landtagsschluß wird* durchberaten. [B] — **2.** *Zwei Ernennungen. R.* v. Puttkamer *wird Oberpräsident von* Pommern, *G.* v. Goßler *soll Oberpräsident von* Ostpreußen[3] *werden*. [B]

[1] *Dies war die letzte Sitzung mit Minister Maybach, der am 20.6.1891 offiziell ausschied.*

[2] *Vgl. StenBerHH, Session 1890/91, 20.6.1891, S. 453.*

[3] *Goßler wurde indessen ab 1.8.1891 Oberpräsident von Westpreußen; vgl. Sitzung am 30.6.1891, TOP 4.*

Nr. 57 Sitzung des Staatsministeriums in der Dienstwohnung des Reichskanzlers am 19. Juni 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 5], Bd. 106, Bl. 43–48; MF 629.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–4], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–4], Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Zedlitz-Trützschler, zu 3–5], Frh. v. Broich [zu 5].

1. *Die* Thronrede *zum Landtagsschluß wurde von Wilhelm II. gebilligt*. — **2.** *Ernennung. Der* Unterstaatssekretär *im Handelsministerium E.* Magdeburg *soll Oberpräsident von* Westpreußen *werden*. [B] — **3.** *Vier Ernennungen. Zwei Titelverleihungen*. [B] — **4.** *Ernennung*. [B] — **5.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 5], Bd. 106, Bl. 49–69v, 77–79, Anlage: Bl. 70–75; MF 629/630. — Abschr. [TOP 2–3, Anlage]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 107–119v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–4], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–4], Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 5].

1. *Mitteilung der Entlassung* Maybachs[1] *und Amtseinführung von* Thielen *als neuem* Minister der öffentlichen Arbeiten. — **2.** *Geplante* Lotterie *des deutschen* Antisklaverei-Lotterie-Komité[2]. *Miquel und Herrfurth lehnen sie ab, da Geldlotterien den* Spieltrieb *des* Publikums *fördern und der* Staatslotterie *nur* Konkurrenz *machen. Nach Caprivi verdienen* Bekämpfung des Sklavenhandels *und* Kolonialpolitik *durchaus* Förderung*;* fast alle deutschen Staaten *haben die* Lotterie *genehmigt. Im* Kronrat *am 24.6.1891 soll darüber entschieden werden*. [B] — **3.** *Umsetzung der Schulreform und* Berechtigungswesen der höheren Schulen[3]. *Zedlitz hält eine Verweigerung der* Gleichberechtigung der realistischen mit der humanistischen Ausbildung *für einen* verhängnisvollen, *Deutschland* hinter andere Länder zurückbringenden Fehler. *Nach Caprivi hat Wilhelm II. diese Frage bereits entschieden. Es sind nun nur noch die* Beschlüsse der Schulkonferenz *hinsichtlich der* Oberrealschulen *mit den* Ressorts *abzustimmen. Für* Bergbeamte *als* Verwaltungsbeamte *verlangt Berlepsch eine Ausnahme bezüglich vorauszusetzender* Lateinkenntnisse, *was aber mehrheitlich abgelehnt wird. Thielen ist dezidiert für eine* Gleichstellung *der* Oberrealschulen *mit dem* humanistischen Gymnasium, *denn die* ganze technische Welt *strebt seit langem* danach, den Juristen und anderen akademisch Gebildeten nicht nachzustehen. *Über den* Subalterndienst und die Spezialfächer *wie* Tierärzte *oder* Landmesser *bestehen keine* Meinungsverschiedenheiten. *Das neue* Berechtigungswesen *ist somit gebilligt*. [B] — **4.** *Ernennung*. [B] — **5.** *Drei Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 176 f. (Abschiedsgesuch Maybachs v. 1.5.1891).*
[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 324a Nr. 47, n. f. (Voten, Lotteriedurchführung) und Wippermann, 1891, II, S. 76 f.*
[3] *Dazu als Anlage (auf Bl. 70–75) eine detaillierte* Zusammenstellung der von der Schulkonferenz für die höheren Schulen geforderten Berechtigungen und heutiger Stand der Verhandlungen. *Vgl. Albisetti, Secondary School Reform, S. 233 ff. und Wippermann, 1891, II, S. 234 f.*

Nr. 59 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 24. Juni 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 270–305; MF KR 28.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Caprivi, Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Maßnahmen* für den Fall eines Krieges. Vorträge[1] *der Ressortminister bezüglich Getreide-, Fleisch- sowie Kohleversorgung,* Beschaffung von Geldmitteln *und* Verhalten der Behörden *bei* feindlicher Invasion. *Wilhelm II. billigt die vorgeschlagenen Maßnahmen und erwägt angesichts*

[1] *Sie resümierten die Beratungen der Sitzungen am 31.5.1891, TOP 1 und 14.6.1891, TOP 1. Vgl. allg. Reichsarchiv (Bearb.), Der Weltkrieg 1914–1918, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, Berlin 1930, S. 298 ff.*

russisch-französischer Rüstungen eine Militärvorlage im Anschluß an Miquels Finanzreform, *vor allem zur Verlängerung der ungenügenden* zweijährigen Dienstzeit. [B] — **2.** Hebung *der* wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostpreußen.[2] *Nach Heyden ist v. a. die Landwirtschaft zu fördern, da eine* Blüte der Industrie [...] dort nicht zu erwarten *steht. Ein Maßnahmenbündel wird erwogen, u. a.* Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, *Verkehrswege-Ausbau,* Einführung von Eisenbahn-Staffeltarifen, *mehr* Landesmeliorationen, *Schaffung von Rentengütern gegen die Abwanderung der* Arbeitskräfte. *Lt. Miquel muß* stetig und planmäßig, auch mit finanziellen Opfern etwas geschehen; *lt. Berlepsch sind sowohl die landwirtschaftliche Veredelungsindustrie wie* Schiffs- und Maschinenbau *noch ausbaufähig. Für Wilhelm II. hat* Schichau *in* Elbing *eine* große Bedeutung. *Eine Informationsreise der* Ressortminister *wird geplant*. [B] — **3.** *Lotterie des Deutschen Antisklaverei-Lotterie-Komités. Caprivi ist* als Reichskanzler *dafür, da der* Nutzen *für die* Kolonialpolitik *schwerer als die* Bedenken *Herrfurths und Miquels wiegt. Wilhelm II. genehmigt die* Geldlotterie. — **4.** Totalisator *auf* Rennbahnen. *Nach Heyden ist er nur auf* 11 Bahnen widerruflich gestattet *und* unter strenger Kontrolle; *Wilhelm II. ist somit* befriedigt. — **5.** *Wilhelm II. erwartet von Thielen eine besondere Förderung binnenländischer* Kanalanlagen.

[2] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 85 Bd. 1, Bl. 4 ff. (Voten Caprivis, Miquels, Heydens) u. Bl. 46–80v (Miquel und Berlepsch über ihre Ostpreußen-Reise). Vgl. allg. Richter, Friedrich, Preußische Wirtschaftspolitik in den Ostprovinzen. Der Industrialisierungsversuch des Oberpräsidenten v. Goßler in Danzig, Königsberg 1938 sowie Tebarth, Hans-Jakob, Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen, Berlin 1991, bes. S. 167–183.*

Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 106, Bl. 81–100; MF 630. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 121–129.

Anwesend: Caprivi [V, U], Boetticher [U], Herrfurth, Schelling [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Kaltenborn [U], Heyden, Zedlitz-Trützschler [U], Thielen [U]. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Grundsatzdiskussion zur Neuregelung der Wasserwirtschaftsbehörden*[1]. *Die projektierten* 9 Stromämter als Provinzialbehörden für die gesamte Wasserwirtschaft *lehnen die Ressortchefs ab, da dadurch die* Regierungspräsidenten *entmachtet werden würden. Zedlitz wünscht erst die wissenschaftliche Erforschung der* Wasserverhältnisse *und ein neues* Wasserrecht. *Für Miquel ist die* Wasserfrage *wichtiger als die* Eisenbahnfrage. *Da auch Wilhelm II. daran interessiert ist, sind begutachtende* Stromämter *und* kommissarische Beratungen *über mögliche Gesetzentwürfe vorzusehen*. [B] — **2.** Beschlußfassung *des* Staatsministeriums *bei* wichtigen Fragen[2] *und Kompetenz der Ressortminister. Thielen überläßt die* Entscheidung *in* Eisenbahn-Tariffragen *gerne dem* Staatsministerium[3]. *Miquel verlangt für den* Finanzminister *eine Bekräftigung des Rechts, bei finanziell bedeutsamen Staatsministerialentscheidungen gegen ihn* die Allerhöchste Entscheidung anrufen *zu dürfen*[4]. *Nach Caprivi kann jeder überstimmte* Ressortchef *dies tun und soll das* kollegialische Verfahren *gelten*. [B] — **3.** *Ernennung. Einer Ministermehrheit zufolge soll* Halbey *Mitglied des* Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte werden. [B] — **4.** *Zwei Ernennungen. Auf*

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 76 Nr. 31 Bd. 1 und Rep. 84a, Nr. 5786, Bl. 37 ff. (gemeinsames Votum v. 20.5.1891).*
[2] *Vgl. allg. zur Kompetenz des Staatsministeriums Rep. 90, Nrn. 393/394, n. f.; aufgrund dieser Akten auch Rietdorf, Staatsministerium, S. 56 u. 68–70 (Zuständigkeitserweiterung des FinMinr.). Zur politischen Interpretation des Vorfalls vgl. Leibenguth, Modernisierungskrisis, S. 242–245.*
[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2050, Bl. 115–120 (Voten) und Sitzungen am 14.5.1891, TOP 1 und 25.5.1891, TOP 3.*
[4] *Gemäß Kronratsbeschluß v. 15.2.1852 in: Rep. 90, Nr. 393 (Abschr.). Vgl. Sitzung am 8.11.1893, TOP 3 (ähnlicher Anspruch Miquels).*

Wunsch *Wilhelms II. werden* Graf *U.* Stolberg-Wernigerode *neuer Oberpräsident von* Ostpreußen *und G. v.* Goßler *Oberpräsident von* Westpreußen. [B]

Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juli 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 102–126v; MF 630/631. — Abschr. [TOP 1–5, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 131–144. — Teildruck [TOP 4]: Häger, Peter, Klöster nach dem Kulturkampf, Paderborn 1997, S. 427 f.

Anwesend: Caprivi [V, U], Boetticher, Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [U], Heyden, Zedlitz-Trützschler [U], Thielen [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky [zu 1].

1. Anrechnung der Militärdienstzeit auf die Anciennität der Zivilbeamten. *Insbesondere bezüglich* Anrechnung *der* Militärdienstzeit der Militäranwärter *erfolgen weitere* kommissarische Beratungen.[1] — **2.** *Polenpolitik. Die* Ansiedlungskommission *soll* auch ohne spezielle Genehmigung des Staatsministeriums [...] Güter aus deutscher Hand *ankaufen dürfen, da polnische Güter nicht ausreichend angeboten werden und die* Stärkung des Deutschtums *auch gelingt,* wenn deutscher Großgrundbesitz mit deutschen Ansiedlern besetzt *wird; vertagt*.[2] [B] — **3.** *Stellungnahme zum bayerischen Bundesratsantrag*[3] *betr. Wiederzulassung der* Redemptoristen. *Kernfrage ist, ob die* Redemptoristen ein den Jesuiten verwandter Orden *sind. Nach Zedlitz wird die* Wirksamkeit der Orden *überschätzt und ist* der politische Nutzen *ausschlaggebend. Da selbst die* bayerische Regierung *ein* Hinziehen der Sache *wünscht und um politische Komplikationen zu vermeiden, sind erst die* Handelsverträge *abzuschließen*.[4] [B] — **4.** Niederlassung *der* Pallotiner *in* Norddeutschland. *Lt. Caprivi sind sie* in den Kolonien *nützlich, aber dieser* Weg *zur Wiederzulassung in* Preußen *bleibt grundsätzlich klärungsbedürftig. Die* Pallotiner *sind zuzulassen*[5]*, zumal dies ein zweckmäßiges* Entgegenkommen in unschädlichen Dingen *darstellt*. [B] — **5.** *Die Neufassung des* § 19 *des* Regulativs[6] *zum* Gesetze *betr. die* Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst *von* 1879 *wird gebilligt*. [B] — **6.–7.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **8.** *Beschlußfassung des* Staatsministeriums *bei wichtigen Fragen und Kompetenz der Ressortminister. Nach Caprivi ist das* Recht *jedes überstimmten Ressortministers, die* Allerhöchste Entscheidung *anzurufen, bereits mit der* Kabinettsordre[7] *vom* 3. April 1827 *bekräftigt*.

---

1 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/1, n. f. (Bericht über kommissarische Beratungen v. 25.8.1891).*

2 *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3, Bd. 1, Bl. 99–106 (Voten) und Rep. 151, IC Nr. 12496, Bl. 224 ff. Seit 1892 wurde vermehrt Grund aus deutschem Besitz angekauft. Zur Ansiedlungskommission vgl. auch Jakóbczyk, Witold, Pruska Komisja Osadnicza 1886–1919, Poznań 1976.*

3 *StenBerBundesR, Jg. 1891, Drucks. Nr. 59. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 106086, n. f. (u. a. Gutachten Döllingers) und Häger, Peter, Klöster nach dem Kulturkampf. Zur preußischen Genehmigungspolitik gegenüber den katholischen Männerorden in der Provinz Westfalen zwischen 1887 und 1919, Paderborn 1997, S. 206 f.*

4 *Vgl. allg. Rep. 77, Tit. 413 Nr. 14 Bd. 11 (Ausführung des Jesuitengesetzes v. 4.7.1872 zwischen 1888 und 1895).*

5 *Gemäß Art. 5, § 1 Milderungsgesetz vom 29.4.1887, GS, S. 129. Vgl. zum Wirken geistlicher Orden in den Kolonien ab 1890: Gründer, Horst, Christliche Mission und deutscher Imperialismus 1884–1914, Paderborn 1982, S. 61 ff.*

6 *Vgl. Illing, Julius/Kautz, Georg, Handbuch für preußische Verwaltungsbeamte, Geschäftsmänner, Kreis- und Gemeindevertreter und Schöffen, 6. Aufl., 2 Bde., Bd. 1, Berlin 1895, S. 72–76 (Regulativ v. 30.11.1883 mit § 19 in der Fassung v. 3.7.1891).*

7 *Rep. 90, Nr. 393, n. f. (Abschr., Auszug). Vgl. Rietdorf, Staatsministerium, S. 38 f., da die den Dissens zwischen Ministern betreffende Akte Rep. 90a, B III 2a Nr. 3 nicht überliefert ist.*

Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juli 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4] und Korrekturen, Bd. 106, Bl. 128–142, 145–147, Anlage[1]*: Bl. 144–144v; MF 631.*

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Berlepsch, Miquel, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn, R. v. Funck, Bahn, Bernhardt [alle zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 4].

1. *Staatlicher Wohnungsbau für Arbeiter der militärtechnischen Institute* Spandau *in* Haselhorst[2]. *Miquel verlangt höhere* Mietspreise *dort und statt* 0,93 % *rd.* 3½ % Verzinsung *des* Anlagekapitals *für die geplanten* 100 Arbeiterwohnungen *zu je mindestens* 41 *qm, um* später deren tausende *ohne* unerschwingliche Lasten *für die* Staatskasse *bauen zu können. Zedlitz lehnt Vielfamilienhäuser ab, dafür sollen* Arbeiter *nicht nur* 144 M., *also etwa* 20 %, *sondern* 25 % *bis* 30 % *ihres* Einkommens *als Miete bezahlen. Ein Bau durch Bauträger wird abgelehnt, da zwar der* Fiskus teuer *baut,* aber auch besser als Private. 732 090 M. *Kosten sind in den* Etat einzustellen, *und eine* 3½prozentige Nettoverzinsung *ist anzustreben*. [B] — **2.** *Ernennung*. [B] — **3.** *Entbindung eines* katholischen Geistlichen *von gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein geistliches Amt*. [B] — **4.** *Drei Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Es handelt sich um die im Prot. genannten, durch den Beschluß der Staatsministerialsitzung leicht abgeänderten Empfehlungen der kommissarischen Beratungen.*

[2] *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Bd. 6, bes. Bl. 152 ff. und Bl. 185 ff. (kommissarische Beratungen); BArch, RAdI, Nr. 115059 (1890–91) sowie Sitzung am 31.3.1891, TOP 4 mit Anm.*

Nr. 63 Sitzung des Staatsministeriums am 15. August 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 5] und Korrekturen, Bd. 106, Bl. 150–176; MF 631/632. — Abschr. [TOP 1, 3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 155–166.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–4], Boetticher, Miquel, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens, Magdeburg [beide zu 1–4], Droop [zu 2], R. v. Funck, Engelhardt [beide zu 1], G. Frh. v. Rheinbaben, H. Planck, F. Seydel [alle zu 5].

1. *Zollpolitische Maßregeln gegen Getreideknappheit. Schlechtes* Erntewetter *und ein russisches Roggenausfuhrverbot haben die Situation verschärft, aber Caprivi ist weiterhin gegen eine Zollsuspension oder -senkung, solange die* Handelsverträge *nicht perfekt sind. Auch* Rücksicht *auf die* Landwirtschaft, *die eine Zollsuspension* deprimieren *würde, und weil das* Verhältnis *zur* freisinnigen Partei *doch nicht besser würde, bestärken Caprivi darin. Einer Ministermehrheit scheint eine Zollsuspension dann* unabweislich, *wenn auch die* Kartoffelernte *1891 schlecht ausfällt.*[1] [B] —

[1] *Vgl. Weitowitz, Deutsche Politik, S. 29–31 und Rep. 87, ZB Nr. 328, Bl. 71–74 (Votum Caprivis v. 6.8.1891). Dazu auf Bl. 148–148v noch ein Marginalienwechsel zwischen Caprivi, Boetticher und Miquel über den genauen Inhalt des Beschlusses.*

Staffeltarife[2] *der Staatseisenbahnen. Im Rahmen einer Grundsatzdiskussion werden sie von Thielen zugunsten der östlichen* Landwirtschaft *wie* des konsumierenden Publikums *befürwortet. Eine versuchsweise* Frachtermäßigung *bereits ab* 200 km *und auch für* Mühlenprodukte *wird trotz der bekannten* Bedenken *westlicher Landwirte gebilligt* [B]. — *Eine Staatshilfe gegen den* Notstand *im* Regierungsbezirk Köslin *wird in Form zusätzlicher* Tarifermäßigung *für* Saatkorn *gewährt* [B]. — **2.** *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Herbstmanöver. *Revision in vier Fällen. Die* Orden *für* Hessen-Nassau *sind zu reduzieren*.[3] [B] — **3.** *Die* Neuordnung der Personentarife im Berliner Vorortverkehr *wird zum 1.10.1891 genehmigt*.[4] [B] — **4.** *Wilhelm II. hat zwecks* Verhütung von Überschwemmungen *den geplanten Ausschuß zur Untersuchung der Stromverhältnisse gebilligt*.[5] [B] — **5.** *Drei Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — **6.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von gesetzlichen* Erfordernissen *der* Vorbildung *für ein geistliches Amt*. [B]

[2] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bde. 4 u. 5; Rep. 90a, K II 3 Nr. 5 Bd. 1 (Prot.-Abschriften, Material zur Einführung und Wirkung der Staffeltarife); StenBerAH, Session 1890/91, 27.5.1891, S. 2364–2369 (Anregung) und Steinkühler, Martin, Agrar- oder Industriestaat. Die Auseinandersetzungen um die Getreidehandels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches 1879–1914, Frankfurt/M. 1992, 164 ff.*

[3] *Die jahresweise geordneten Aktenbände zu Ordensverleihungen von 1883 bis 1914, jeweils separat zu Ordensfesten und Herbstmanövern, befinden sich in Rep. 90, Nrn. 2094–2226.*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 258 Nr. 72 Bd. 1, n. f. (Voten aus dem Juli/August 1891).*

[5] *Durch Erlaß v. 22.4.1891 in: Rep. 84a, Nr. 5786, Bl. 97 (Abschr.).*

Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7], Bd. 106, Bl. 177–206v; MF 632.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–6], Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Zedlitz-Trützschler], H. Frh. v. Maltzahn [zu 1], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, H. Planck [alle zu 7].

1. *Gesetzentwurf*[1] *betr. die* Kosten Königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden. *Nach Herrfurth soll der* Staat *auch das* Nachtwachtwesen *übernehmen und die* Städte *sollen dazu* Beiträge *leisten nach dem Maßstab* Kopfzahl. *Da der* Staat *damit* finanziell *gewinnt, droht ein* Widerstand *der* Städte. *Deshalb sind ihnen die* Baupolizei *und die* Gesundheitspolizei *zu überweisen. Da aber speziell die* Abgabe *der* Baupolizei *an* Berlin *mehreren Ministern problematisch erscheint, sollen* kommissarische Beratungen *erfolgen*. [B] — **2.** *Übertragung der* Redaktion *der* Gesetzsammlung *an den* Bürovorsteher *im* Staatsministerium *F.* Schröter.[2] [B] — **3.** *Titelverleihung. H.* v. Helmholtz *wird* Wirklicher Geheimer Rat, *da sich bisher regelmäßig* ein Mitglied des Gelehrtenstandes [...] im Besitz jenes Titels *befand und für* Virchow *die goldene* Medaille für Wissenschaft *vorgesehen ist*. [B] — **4.** Bestellung *von* Schienen *für die* Staatseisenbahnen *bereits* 2 Jahre *im voraus*. [B] — **5.** *Ernennung. Th.* Freund *wird* Oberberghauptmann. [B] — **6.** *Zwei Ernennungen. Eine Ordenssache. Berufung von zwei neuen Herrenhausmitgliedern, darunter G.* von Mevissen. [B] — **7.** *13 Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 344 Nr. 9 Adhib. 1a (u. a. Vorentwürfe 1889–92) sowie StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 8 und Debatte am 6.2.1892, S. 325–343. Zur Gegnerschaft der Städte-Vertreter gegen das Gesetz vgl. StenBerHH, Session 1892, 24./26.3.1892, S. 36–55 u. 60–79. Zum Zusammenhang vgl. Funk, Albrecht, Polizei und Rechtsstaat. Die Entwicklung des staatlichen Gewaltmonopols in Preußen 1848–1918, Frankfurt/M. 1986, S. 221–226.*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 87 Nr. 14 Bd. 6, n. f. (Organisation der Gesetzsammlung 1872–1906).*

Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1891.

Vollz. Reinschr., Bd. 106, Bl. 207–233; MF 632/633. — Abschr. [TOP 1–6, 9–10, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 174–189v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Neuorganisation* der offiziösen Presse. *Caprivi wurde durch die* Polemik *gegen die* Handelsverträge *überzeugt, daß sie* nicht entbehrlich[1] *ist. Erfolge wie bei der Hahn'schen* Provinzial-Korrespondenz *gegen den Freisinn sind bei den momentanen* verworrenen Parteiverhältnissen *in RT und AH zwar nicht möglich, aber die jetzigen* Neuesten Mitteilungen *gehen an* 380 kleinere Blätter *und* eine Million *Leser, so daß deren von Herrfurth erwogenes* Eingehen *eine* Schädigung der regierungsfreundlichen Presse *wäre.* [B] — **2.** Beamte *und Politik.*[2] *Eine parlamentarische* Opposition *gegen die Regierungspolitik ist lt. Caprivi bei* Ministerialräten *untragbar*. Ein absolutes Verbot der Annahme eines Mandats *hält Herrfurth für nicht empfehlenswert. Caprivi bedauert, daß das* Staatsministerium *nicht* eine allgemeine Anordnung *dazu beschließt*. — **3.** Resolution[3] *wegen Vorlage einer* Übersicht *über* die Zahl und die Einkommens-Verhältnisse der diätarischen Beamten. *Um im AH geringe Angriffsfläche zu bieten, sind* möglichst wenige Personen *als* Diätarien *zu* bezeichnen. [B] — **4.** Stellungnahme *zum* Beschluß[4] *des RT über die* Immunität *von MdR. Sie besteht nach* Art. 31 der Reichsverfassung *auch während der* Vertagung *des RT, so* bedauerlich *dies für die Strafverfolgung von* Redakteuren sozialdemokratischer Blätter *ist. Nach Beratung im* Bundesrat *soll eine* authentische Deklaration *dazu erfolgen*.[5] [B] — **5.** Sanktion *des* Kirchengesetzes[6] über die Erweiterung der Befugnisse der kirchlichen Gemeindeorgane. [B] — **6.** Verleihung von Orden und Titeln *an Subalternbeamte der* Zentralbehörden. *Für* ältere und verdiente Kanzleibeamte *ist ab jetzt der* Kronenorden *IV. Kl. auch jenseits von* Dienstjubiläum und Ausscheiden aus dem Staatsdienst *zulässig.*[7] [B] — **7.** Orden *für Elsaß-Lothringer. Die* Immediatberichte *des* Statthalters *zeichnet künftig der Ministerpräsident vor der* Verleihung *gegen*. [B] — **8.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **9.** *Nach Heyden wünscht man in der Provinz* Ostpreußen *eher* Eisenbahnen *denn* Kanäle *und* Errichtung einer Regierung in Allenstein. [B] — **10.** *Das Finanzergebnis der* Staatseisenbahnen *wird 1891 günstiger als erwartet ausfallen*. — **11.** Berufung *von Frh. B. v.* Schorlemer *zum* Mitglied *des Herrenhauses*. [B] — **12.** *Die Anregung*[8] *im AH, den Titel* Gesetzsammlung für die Königlich Preußischen Staaten *zeitgemäß zu ändern, wird abgewiesen*. [B]

---

1 *Vgl. Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 140 ff. (Hintergründe und Memorandum zur Pressepolitik v. 13.10.1891) sowie StenBerAH, Session 1890, 16.4.1890, S. 1097 (Caprivi spricht gegen Weiterführung der offiziösen Presse).*

2 *Vgl. Sitzung am 18.12.1893, TOP 11 mit Anm.*

3 *Vgl. StenBerAH, Session 1892, 3.2.1892, S. 258–266 und Rep. 90, Nr. 490 (u. a. Votum Miquels v. 7.10.1891).*

4 *StenBerRT, Session 1890/92, 6.2.1891, S. 1364 f. (Anlaß: Anklage des MdR Karl Grillenberger, SPD).*

5 *Vgl. Rep. 90, Nr. 24, n. f. (Schriftwechsel und weitere Fälle); BArch, RAdI, Nr. 116682, Bl. 91–153 (Gutachten des RJA v. 22.6.1891, Voten, Verhandlungen im Bundesrat) und StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 516; Debatte dazu 5.12.1891, S. 3258–3278 (Gesetzentwurf betr. Zusatz zu Art. 31).*

6 *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 178 f. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115071, Bl. 80–84 und Wippermann, 1891, II, S. 201 (Generalsynode billigt Gesetzentwurf).*

7 *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 25, Bl. 3 f. (Votum Herrfurths v. 1.10.1891).*

8 *StenBerAH, Session 1890/91, 13.3.1891, S. 1447 (MdA Avenarius, NLP).*

Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7–8] und Korrekturen, Bd. 106, Bl. 234–259; MF 633/634. — Abschr. [TOP 1–2, 4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 191–198.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–6], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–7], Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: W. Frh. Senfft v. Pilsach, H. Planck [beide zu 7], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 8].

1. Evangelische Kirchenverfassung *Altpreußens*[1]. *Zwei Änderungswünsche des* Evangelischen Oberkirchenrats *im Detail werden abgelehnt*. [B] — **2.** *Maßnahmen gegen das* Zuhälterwesen *nach dem Prozeß Heinze*[2]. *Schelling zufolge ist die* Ordre[3] *Wilhelms II. vom 22.10.1891 schwer umzusetzen, da* Straffälligkeit *von Zuhältern* schwer nachweisbar *ist, und Strafverschärfung keinen* großen Erfolg *verspricht. Lt. Caprivi ist es ein* unhaltbarer Zustand, *daß* Hauswirte *nach Vermietung an* Prostituierte *wegen* Kuppelei *bestraft* (§ 180 StGB) *und zugleich von letzteren* eine Wohnung *verlangt wird. Die* Wiedereinführung der Bordelle *als* Mittel zur Abhilfe gegen schlimmere Übel *soll durch* kommissarische Beratungen *erörtert werden*. [B] — **3.** *Zuschuß an das schützenswerte altkatholische* Priesterseminar *in Bonn. Eine* Zahlung *aus dem neu zu ordnenden* Welfenfonds *wird abgelehnt, aber aus* Etatsfonds *erwogen*. [B] — **4.** *Das* Salzbergwerk Douglashall *bei* Aschersleben *ist* unerwartet ersoffen; *Berlepsch will dessen* 1000 Arbeiter *möglichst in den Staatsbergbau übernehmen*. — **5.** Reichstagswahl in Stolp-Lauenburg[4]. *Das Ergebnis ist nach Herrfurth nicht auf die* wirtschaftliche und politische Lage, *sondern* die maßlose Agitation der freisinnigen Partei gegen die Großgrundbesitzer zurückzuführen. — **6.** *Terminierung der* Wiederaufnahme *der Reichstagssession 1890/92*. — **7.–8.** *Neun Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 182 ff. (Voten). Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115071, Bl. 113–122.*

[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8095, Bl. 2 ff. (Schriftwechsel) sowie Mast, Peter, Künstlerische und wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich 1890–1901, Rheinfelden 1980, S. 139 ff. (Darstellung) sowie Lenman, R. J. V., Art, Society, and the Law in Wilhelmine Germany: the Lex Heinze, in: Oxford German Studies 8 (1973/74), S. 86–113.*

[3] *Rep. 84a, Nr. 8095, Bl. 38 f. (Abschrift). Druck bei Wippermann, 1891, II, S. 38 f.*

[4] *Bei der Ersatzwahl zum Reichstag am 27.10.1891 gewann überraschend Hofbesitzer G. Dau (Hospitant DFsP) den ländlichen, seit 1867 konservativ vertretenen Wahlkreis; vgl. Wippermann, 1891, II, S. 107 f. und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 722.*

Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 106, Bl. 260–287v, 290–294, Anlage: Bl. 288–289v; MF 634. — Abschr. [TOP 1–2, 4–5, Anlage]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 200–217v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher [beide zu 1–8], Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn [zu 1–8], Heyden [zu 1–5], Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky [zu 1], Frh. v. Broich [zu 9].

1. Anrechnung der Militärdienstzeit auf die Anciennität der Zivilbeamten. *Die* Kommissionsbeschlüsse[1] *dazu werden leicht revidiert, speziell bezüglich der* Militäranwärter *im* Subalterndienst. [B] — **2.** Berechtigungswesen der höheren preußischen Lehranstalten; *die Änderungen sind zu veröffentlichen*.[2] [B] — **3.** Erweiterung der Besteuerungsgrenze für die evangelische Landeskirche. *Zedlitz ist für* Erhöhung der Kirchensteuer, *um der Kirche für wachsende Aufgaben* die notwendigen Mittel *zu geben. Gegen Caprivi und Boetticher optieren Miquel und eine Ministermehrheit für eine erhöhte* Besteuerungsgrenze *von maximal* 6% *der Staatseinkommensteuer*.[3] [B] — **4.** Welfenfonds. *Der Gesetzentwurf*[4] *betr*. Abänderung der Beschlagnahmeverordnung *und die künftige* Verwendung *der jährlich rd.* 800 000 M. *für die* Provinz Hannover *werden gebilligt*. [B] — **5.** *Der* Ankauf *der* Güter Pniewno und Julienhof *aus* deutschem Besitz *durch die* Ansiedlungskommission *wird gebilligt*. [B] — **6.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein geistliches* Amt. [B] — **7.–8.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **9.** *Fünf Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/1, n. f. (25.8.1891 sowie weitere Voten 1890–96) und die Beschlüsse gemäß der Anlage auf Bl. 288–289v.*
[2] *Vgl. Wippermann, 1891, II, S. 234 f. (Abdruck aus Staatsanzeiger v. 14.12.1891).*
[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 1107, Bl. 70–86 (Voten).*
[4] *BArch, RK, Nr. 1402, Bl. 177–182v. Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 89 (neuer Entwurf); Debatte dazu 21.3.1892, S. 1079–1088. Vgl. Wippermann, 1892, I, S. 109–120.*

Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 295–320; MF 634/635.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Bosse [zu 1–2], Rudolf Koch [zu 1].

1. *Börsenreform*[1]. *Auf Anfrage Wilhelms II. und nach* Anträgen[2] *im RT sind das* Depotwesen, *der* Waren- und Effekten-Terminhandel *sowie die* Staatsaufsicht über die Börse *zu überprüfen. Dazu werden nicht nur* Anhänger der Börsenfreiheit *in eine* Enquête-Kommission[3] *berufen.* [B] — **2.** *Maßnahmen gegen das Zuhälterwesen im Rahmen der dann sog. lex Heinze. In Schellings* Gesetzentwurf[4] *betr. Änderung des* Strafgesetzbuchs *ist v. a. die* Bordellfrage *umstritten*. *Nach Zedlitz* legalisiert *der* Staat *dann* gewerbsmäßige Unzucht, *wenn er die* Vermietung *an Prostituierte* unter polizeilicher Kontrolle [...] für straflos *erklärt*. 6 gegen 3 Stimmen *optieren für grundsätzliche Zulassung der* Bordelle, *die auf* Sittlichkeit und Gesundheit günstig *wirken.* Beratung *vertagt*. [B] — **3.** *Ordenssache*. [B] — **4.** *Dem städtischen Reformgymnasium in* Frankfurt/M. *mit einem gemeinsamen* Unterbau für alle Arten höherer Schulen *wird Zedlitz* dieselben Berechtigungen *erteilen, die den* andern Anstalten nach den neuen Bestimmungen *zukommen*.[5] [B] — **5.** *Adelsverleihung an*

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 28221, S. 151–159 (Anregung durch Wilhelm II.) und Rep. 84a, Nr. 11161 (Börsenenquêtekommission) sowie zeitgenössisch: Richter, Eugen, Politisches ABC-Buch, 9. Aufl., Berlin 1898, S. 55–60 und Konservatives Handbuch, S. 89 ff.*
[2] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 528/531. Vgl. dazu Caprivi im Reichstag am 30.11.1891, S. 3154 f.*
[3] *Die 28köpfige Kommission wurde am 6.2.1892 eingesetzt und tagte bis 11.11.1893. Ihr Bericht 1893 bildete eine Grundlage des Börsengesetzes vom 22.6.1896. Vgl. Meier, Johann Christian, Die Entstehung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, St. Katherinen 1992, S. 108 ff. (zur Sitzung des Staatsministeriums).*
[4] *Rep. 84a, Nr. 8095, Bl. 115–117v; ebd., Bl. 125 ff. (Voten).*
[5] *Vgl. Albisetti, Secondary School Reform, S. 236.*

A. Bardeleben. [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** Ausnahmetarife *der Staatseisenbahnen für* Mais, *v. a.* aus Österreich-Ungarn, *werden als Maßregel gegen den Futtermangel in den* Ostprovinzen *gewährt*. [B]

Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 5. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 1], Bd. 106, Bl. 321–332; MF 635.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Herrfurth, Schelling, Miquel, Kaltenborn, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 1].

1. *Elf Disziplinarsachen*. [B] — **2.** *Ordenssache*. [B] — **3.** Resolution[1] *im* Landeseisenbahnrat *für Aufhebung der* Getreidestaffeltarife *nach dem Ende der* Notstandsperiode, *da sie den Seehandel von* Königsberg *und* Danzig *und* einige Industriezweige der Westprovinzen *schädigten. Thielen wird sich im* Landeseisenbahnrat *nicht vor* Mai *1892 dazu äußern*. [B]

[1] *Vgl. Der Preußische Landeseisenbahnrat in den ersten fünfundzwanzig Jahren seiner Tätigkeit (1883 bis 1908), Berlin 1908, S. 48 (Empfehlung vom 4./5.12.1891).*

Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 334–345v; MF 635. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 234–242.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen [zu 1–2]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn, Hollmann [beide zu 1–2], Bosse [zu 1–3], U. Gf. zu Stolberg-Wernigerode [zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2].

1. *Behandlung der* in Transitlägern lagernden Produkte *nach* Inkrafttreten *der* Handelsverträge. *Für sie soll stets der* neue Vertragszollsatz ohne Nachweis des Ursprungs *gelten*. [B] — **2.** Gesetzentwurf *betr.* Abänderung *der* Militärpensionsgesetze. *Kaltenborn optiert für Liegenlassen, da Miquel zu geringe Mittel zugesteht und dem Gesetzentwurf ein freisinniger* Antrag *zugrunde lag, so daß es scheint, als wäre nur durch den Freisinn ein* Erfolg zu gewinnen. *Caprivi ist für die* Kommissionsbeschlüsse[1]*, die* viele Verbesserungen *bringen, und nötigenfalls für eine* Präsidialvorlage *statt eines preußischen Antrags im* Bundesrat. *Miquel wendet sich gegen Bevorzugung der* Militäranwärter *vor reinen* Subalternbeamten, *da somit* zwei Klassen von Beamten geschaffen *werden. Weitere kommissarische Beratungen sind nötig*.[2] [B] — **3.** *Maßnahmen gegen das Zuhälterwesen im Rahmen der sog. lex Heinze*[3]. *Im* Gesetzentwurf *betr. Änderungen des* Strafgesetz-

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 330b Nr. 66 Bd. 3, n. f. (kommissar. Beratungen, Votum Caprivis). Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, 28.1.1891, S. 1193–1199 und 28.3.1891, S. 2094–2096 (freisinnige Resolution) sowie Session 1892/93, Drucks. Nr. 112 (Gesetzentwurf).*

[2] *Vgl. allg. Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1648–1939, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3, München/Freiburg 1968, ND 1983, S. 97–99 und Sitzung am 30.6.1882, TOP 3 mit Anm.*

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8095, Bl. 167 ff. (weitere Voten) und Wippermann, 1891, II, S. 32.*

buchs *wird mit* § 181a *bei* Zuhältern *nicht nur nachgewiesene* Kuppelei, *sondern auch* Annahme des Unterhalts *von* Dirnen *bestraft, da lt. Bosse und Zedlitz* diese Menschenklasse *eine* Brutstätte des Verbrechertums *darstellt. Ein weitgehender* Ausschluß der Öffentlichkeit *von solchen Strafprozessen wird abgelehnt*.[4] [B] — **4.** *Terminierung des Beginns der Landtagssession* 1892. [B] — **5.** *Titelverleihung*. [B] — **6.** *Ordenssache*. [B]

[4] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 713 (Gesetzentwurf) und Session 1892/93, Drucks. Nr. 11 (Wiedervorlage des unerledigten Entwurfs); Debatte dazu 3.12.1892, S. 133–151. Vgl. auch Richter, Politisches ABC-Buch, 1898, S. 356 f. zum weiteren Fortgang bis 1897.*

Nr. 71 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 346–369; MF 635/636. — Abschr. [TOP 1–5, 7, 9–10, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 244–262v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–11], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen [zu 1–2]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2].

1. *Titelverleihung. Der beim Zivilkabinett angeregte Titel als* Wirklicher Geheimer Rat *soll dem* Oberpräsidenten a. D. *Frh. F. v.* Nordenflycht *nicht verliehen werden, da er* wegen Zuwiderhandelns gegen die Politik *des Staatsministeriums verabschiedet wurde*.[1] [B] — **2.** Entschädigung *der* Standesherren *für* Aufhebung *der Personalsteuerfreiheit im Rahmen von Miquels Steuerreform*[2]. *Auch den* Standesherren *der* neuen Provinzen *gebührt eine* Entschädigung. *Sie soll* den 13 1/3fachen Betrag *der 1892 fälligen* Einkommensteuer *betragen.* [B] — **3.** *Wahlrechtsnovelle*[3] *Herrfurths. Eine* Festsetzung von Minimalziffern *für die ersten zwei* Klassen *soll das* Dreiklassenwahlsystem *befestigen, aber weitere plutokratische* Verschiebung *verhindern. Miquel fürchtet, daß die* Sozialdemokratie *somit* in die 2. Klasse eindringen *kann. Die Novelle ist hinauszuschieben*. [B] — **4.** *Initiativgesetzentwurf*[4] *von O.* Korsch *wegen eines reichseinheitlichen Vorgehens gegen den* Privathandel mit Staatslotterielosen. *Caprivi strebt in dieser Frage keine* Ausdehnung *der Reichskompetenz an*. — **5.** *Wider den* Kontraktsbruch *der Landarbeiter sollen vorerst keine gesetzlichen Regelungen getroffen werden, zumal eine Reichstagsdebatte dazu* nicht opportun *erscheint*.[5] [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Der Staatshaushalt 1892/93 ist knapp ausgeglichen; bei* Bauausführungen *und* Unternehmungen *verlangt Miquel preußische* Sparsamkeit. — **8.** *Zwei Ernennungen. Titelverleihung*. [B] — **9.** Kosten *für die* Sonderzüge *Wilhelms II. Die* Hofverwaltung, *die* 1890 *für die Fahrstrecke von* 16 000 km Eisenbahn etwa 190 000 M. *zahlte, möchte eine* Ermäßigung. *Thielen wird einen anderen* Tarif *anwenden, wodurch die* Kosten *ca.* 1/3 niedriger *ausfallen werden*. [B] — **10.** *Die* Kommission *zur* Beratung des Gesetzentwurfs *über das Depotwesen der Banken darf* Sachverständige *vernehmen*.[6] [B] — **11.** *Ernennung*. [B] — **12.** *Ordenssachen zum* Ordensfest *1892; Revision bezüglich B. Frh. v.* Schorlemer *und E. v.* Köller. [B]

[1] *Der konservative Oberpräsident wurde 1874 wegen Nicht-Durchführung der Kulturkampfgesetze z. D. gestellt.*
[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 43 Nr. 93, Bl. 1 ff. (Voten, Denkschrift Miquels Sept. 1891) und BArch, RAdI, Nr. 115096 (1891–94).*
[3] *Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 6, n. f. (Entwurf v. 6.12.1891 nebst Anlagen und Denkschrift sowie Votum Miquels v. 23.11.1891). Vgl. Kühne, Thomas, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994, S. 427–433.*
[4] *StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 44 u. 347; Debatte dazu am 27.2.1892, S. 1130–1144.*
[5] *Vgl. Sitzung am 10.12.1890, TOP 2 mit Anm. und Rep. 77, Tit. 307 Nr. 83 Bd. 4 (Verlauf 1890/91).*
[6] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11177 (Gesetzentwurf betr. die kaufmännischen Depots 1891/92) und Agrarisches Handbuch, hrsg. vom Bund der Landwirte, 2. Aufl., Berlin 1903, S. 261 ff.*

Nr. 72 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 370–408; MF 636/637. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 264–286v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Kügler, v. Bremen.

Zedlitz' Volksschulgesetzentwurf[1]. *Nach Zedlitz ist* Konfessionalität *ein* Grundprinzip des Gesetzes *und im* Schulvorstand *sowie im organisatorischen* Verhältnis der Kirche zur Schule *verwirklicht, ohne daß der* Staat *deshalb* in seiner bisherigen Machtvollkommenheit beschränkt *wird. Miquel hat einen Vorbehalt gegen ein Gesetz, das einen* Gegensatz zu den Mittelparteien *befürchten läßt, wie auch gegen das stark betonte* Prinzip der Konfessionalität. *Detaildiskussion; u. a. ist der* Begriff der anerkannten Religionsgemeinschaften *enger zu fassen* [B]. *Streitige Debatten zur* Qualifikation *der Religionslehrer, zur Heranziehung der* Hintersassen *zu* Schullasten *bei* minimalen Abverkäufen *im* Gutsbezirk, *zu den Befugnissen von* Schulvorstand *und* Gemeindebehörden *bei der* Verwaltung *der schulischen* Vermögensstücke *sowie zur Mitgliedschaft des* Lehrers *im* Schulvorstand [B]. *An der* Konzessionspflicht *für* Privatschulen *ist mit Bezug auf* katholische Privatschulen, *Polen und* Sozialdemokraten *grundsätzlich festzuhalten. Das* Minimalgehalt *der* Lehrer *wird gegen Zedlitz' Vorschlag auf* 1200 M. *und den Einwand, daß* hungernde Lehrer [...] eine große Gefahr *bilden, auf nur* 1000 M. *normiert* [B]. *Die nötigen Staatszuschüsse sind aus* Überschüssen *der neuen* Einkommensteuer *zu bezahlen, da der Rückgriff auf die* Lex Huene *lt. Zedlitz* nichts anderes als ein Verzicht auf das Gesetz *wäre* [B].

[1] *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 10, Bl. 29–62v (Entwurf v. 16.10.1891 plus dadurch bedingte Novelle zum Landesverwaltungsgesetz von 1883) bzw. Bl. 240–299 (letzte Fassung). In der Akte auch Voten. Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 9 u. 11; Debatte dazu 25./26. und 28.–30.1.1892, S. 89–150, 152–217, 219–241 sowie Rep. 90, Nr. 1747. Vgl. an Literatur v. a. Richter, Volksschulgesetzentwurf, S. 27–30; Herzfeld, Miquel, Bd. 2, bes. S. 296–300; Heß, Joseph, Der Kampf um die Schule in Preußen 1872–1906, Köln 1912, S. 63 ff. (kath. Position); Lamberti, Elementary School, S. 161–171 (Nov. 1891–1892) sowie Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 492–508.*

Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 106, Bl. 409–416v; MF 637. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 287–292v.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Kügler, v. Bremen.

1. *Zedlitz' Volksschulgesetzentwurf. Der* Begriff der staatlich anerkannten Religionsgesellschaften *bezieht sich nur auf die staatlicherseits mit* Korporationsrechten versehenen [B]. *Caprivi und Miquel sprechen sich für den* Dispens *der Dissidentenkinder vom* Religionsunterricht *überhaupt aus, damit nicht* Gewissensbedrückungen *entstehen* [B]. *Weitere Details* [B]. — **2.** *Bei Orden für* Offiziere des Beurlaubtenstandes *auf Vorschlag militärischer Stellen haben zunächst die* Zivilbehörden *sie* im geordneten Geschäftsgange *zu* prüfen. [B] — **3.** *Denunziationsvorwurf des verstorbenen Professors A.* Springer *gegen seine ehemaligen Bonner Kollegen, die* verstorbenen Professo-

ren *F. R.* Hasse und *K.* Sell[1]. *Dem involvierten ehemaligen* Oberpräsidenten *H. v.* Kleist-Retzow, *der* 1852 *die beiden* Professoren *um* Auskunft *bat, ob* Springer *wirklich* Demokrat *sei, aber ihn* in seiner amtlichen Tätigkeit nicht behindert *hat, darf die Aktenlage dazu zwecks Abwehr der Vorwürfe mitgeteilt werden*. [B]

[1] *Im Prot. fälschlich Selle. Vgl. Springer, Anton, Aus meinem Leben, Berlin 1892, S. 210–215, 241–243.*

Nr. 74 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1891.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 106, Bl. 418–440; MF 637/638. — Abschr. [TOP 1–4, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 294 bis 303v.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–5], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1, U], Bosse [zu 1–2 U], H. Planck, Möbius [beide zu 6].

1. *Der Gesetzentwurf*[1] *betr. die* Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze *auf in Transitlagern lagerndes* Getreide *wird gebilligt.* [B] — **2.** Gesetzentwurf[2] *betr.* die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. *Miquel fordert ein staatliches Auflösungsrecht gegen diese Firmen, sofern sie* Ausschreitungen *bei* politischen, religiösen und sozialen Fragen *begehen, was Bosse zusagt. Das bestehende landesgesetzliche Vereinsrecht beschränkt auch künftig die* Gesellschaften mit beschränkter Haftung. *Weitere Details*. [B] — **3.** *Novelle*[3] *des* Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz *von* 1870. *Angesichts bedeutender* Meinungsverschiedenheiten, *zumal zwischen deutschen* Bundesregierungen, *ist keine große* Reform *durchführbar. Der* Erwerb des Unterstützungswohnsitzes *soll auf das* 18. statt das 24. Lebensjahr *festgesetzt werden. Heyden wünscht im Interesse der Landwirtschaft die Überweisung unterstützungsbedürftiger Schwangerer an die* Krankenversicherung. *Miquel regt eine Strafverschärfung gegen* erwerbsfähige *Väter, die sich der* Alimentationspflicht *entziehen, an*. Ziel der Armengesetzgebung *bildet nach Boetticher, daß* der Arme an dem Orte zu verpflegen *ist, wo er* unterstützungsbedürftig *wird*. [B] — **4.** Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik[4]. *Zusammensetzung aus* Personen, die im praktischen Leben *stehen, und Abgrenzung von den Zwecken der* Reichsstatistik, *damit lt. Berlepsch der* eigentliche Zweck *in sozialpolitischer Richtung nicht gefährdet wird*. [B] — **5.** *Titelverleihung. A. v.* Levetzow, *der* als Präsident des Reichstags *das* Vertrauen aller Parteien wie der Regierung erworben *hat, soll* Wirklicher Geheimer Rat *werden*. [B] — **6.** *Pensionssache*. [B] — **7.** *Strafrechtliche* Verfolgung *von* Zahlmeister a. D. Gutsche *aus* Kiel *wegen* Beamtenbeleidigungen. [B]

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 592 u. 617; Debatte dazu 28.1.1892, S. 3919–3929.*
[2] *Rep. 84a, Nr. 10476, Bl. 154–213; vgl. ebd., Bl. 351 ff. (Voten) und BArch, RAdI, Nr. 115106.*
[3] *Rep. 77, Tit. 223 Nr. 167 Bd. 3, Bl. 196 f.; vgl. ebd., Bl. 90 ff. (Voten, Denkschrift) und BArch, RAdI, Nr. 115107 (1891–93). Vgl. zur Wirkung aus konservativer Sicht Konservatives Handbuch, S. 59–63.*
[4] *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 32 Bd. 1 (Regulativ, Voten, Arbeit bis 1894); StenBerRT, Session 1890/92, 20.1.1892, S. 3745–3748 (Antrag Siegle) und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 202–205.*

Nr. 75 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 1–27; MF 638. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 305–316v. — Teildruck [TOP 1]: Philippi, Hans, Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866–1913, Hildesheim 1966, S. 208–211.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. Welfenfonds[1]. *E. v.* Hammerstein *hat Wilhelm II. die Rückgabe der Gelder an* Herzog *v.* Cumberland *empfohlen. Dieser soll in einem* Brief *an Wilhelm II. auf* Agitation gegen Preußen *verzichten; dann ist* Rückgabe *anstelle Miquels Gesetzentwurf vorzuziehen.* [B] — **2.** Gesetzentwurf[2] *über den* Vorsitz der Geistlichen *im Vorstand* der katholischen Kirchengemeinden *im* Geltungsbereiche des französischen Rechts. *Die Vorlage wird trotz Widerspruchs mehrerer Minister beschlossen*. [B] — **3.** *Das sog.* Scherl'sche Sparsystem[3]. *Die* Verquickung *von* Sparbuch *und* Lotterie *ist anstößig*. [B] — **4.** *Ernennung. O. v.* Hoffmann *wird neuer* Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden. [B] — **5.** *Grundstückserwerb* französischer *Unternehmen in Preußen. Obwohl Käufe als Mittel zur* Spionage *untauglich sind, ist ein diesbezügliches* Reichsgesetz *vorzusehen*.[4] [B] — **6.** *Die* Eröffnungsrede[5] *zur Landtagssession 1892 ist vorzubereiten*. [B]

[1] *Vgl. BArch, RK, Nr. 1402, Bl. 212 ff. (Briefwechsel mit Hammerstein/Cumberland) und Rep. 87, ZB Nr. 225.*
[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 16; Debatte dazu 11.1.1893, S. 310–320. Vgl. Session 1891, 7.4.1891, S. 1593 (Anregung).*
[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1195 und Rep. 120, BB VII 1 Nr. 118 Bde. 4–5, n. f. (Schriftwechsel und Voten 1890–94, Immediatbericht v. 9.5.1892) und Scherl, August, Die Ausschreitungen der Spielsucht und deren Bekämpfung durch die Prämien-Verlosung des Scherlschen Sparsystems, Berlin 1892. Vgl. Sitzung am 14.3.1903, TOP 3 mit Anm.*
[4] *Vgl. Rep. 120, A XII.5 Nr. 2 Bd. 1 (1891/92) und BArch, RAdI, Nr. 115071, Bl. 146–154v (Voten nach Anregung durch Wilhelm II.).*
[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, 14.1.1892, S. 1–3.*

Nr. 76 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 28–45; MF 638/639. — Abschr. [TOP 2–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 8, Bl. 318–328.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–2, U], v. Kurowsky [zu 1].

1. *Die* Eröffnungsrede *zur Landtagssession 1892 wird* festgestellt. [B] — **2.** *Entwurf*[1] *eines* Komptabilitätsgesetzes *zum* Staatshaushalt. *Das vom AH geforderte*[2] Gesetz *soll lt. Miquel keine* Erweiterung der Rechte *des Landtags oder Beschränkung der* Kronrechte *mit sich bringen. Wegen Bedenken Herrfurths, Thielens und Kaltenborns sind* kommissarische Beratungen *anzusetzen*. [B] — **3.** *Landtagssession 1892. Verteilung der Gesetzesvorlagen an beide Häuser.* [B] — **4.** *Die* Aus-

[1] *Rep. 151, IA Nr. 270, Bl. 218–395 (Entwurf nebst Denkschrift dazu); in Rep. 151, IA Nr. 271 die Voten. Zur Bedeutung vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 251–255.*
[2] *StenBerAH, Session 1891, 21.1.1891, S. 430 (NLP-Antrag). Das Gesetz erging als Rechenlegungsgesetz erst unter dem 11.5.1898, GS, S. 72.*

nahmetarife *der Staatseisenbahnen für* Mais *v. a. aus* Österreich-Ungarn *sind auf ganz Preußen und später die* Seehäfen *auszudehnen*.[3] [B] — **5.** *Ein geplantes* Ehrenzeichen *der Provinz Hannover* für die Teilnahme am dänischen Krieg 1848/49 *wird abgelehnt.* [B] — **6.** *Der* Absicht *des früheren Ingenieurs und nunmehrigen Jesuiten* Joseph Paffrath, *als* extraneus *zunächst die Reifeprüfung nachzuholen und dann die* Stellung eines Universitätsdozenten für Mathematik und Physik *anzustreben, ist rechtlich nicht zu widersprechen, da* gesetzlich [...] nur die Ordenstätigkeit untersagt *ist*. [B]

[3] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bd. 5, Bl. 276 ff. (Voten).*

Nr. 77 Sitzung des Staatsministeriums in der Dienstwohnung des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern am 22. Januar 1892.

Notiz[1]*, Bd. 107, Bl. 46; MF 639.*

Anwesend: [?].

Über die [...] Sitzung ist ein Protokoll nicht aufgenommen worden.[2]

[1] *Vgl. Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 3 (Spezialakten zu den Sitzungsprotokollen, 1892–93), n. f., das diesbezügliche Handschreiben des Chefs der Reichskanzlei, Karl Goering, vom 22.1.1892.*

[2] *In der von Caprivi anberaumten Sitzung, zu der Miquel ausdrücklich nicht eingeladen wurde, ging es vor allem um Miquels Rücktrittsgesuch und die politische Lage im Zusammenhang mit der Krise um den Zedlitz'schen Volksschulgesetzentwurf. Vgl. BArch, RK, Nr. 1460, Bl. 54–66 (Abschriften der Schreiben Miquels und Wilhelms II.); Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 76 ff. sowie Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 300–303.*

Nr. 78 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 48–56v; MF 639.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel [zu 1], Heyden, Zedlitz-Trützschler [zu 1], Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Wasserwirtschaftsbehörden und Wasserrecht*[1]*. Die* Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Stromverhältnisse der der Überschwemnmungsgefahr besonders ausgesetzten Flüsse *wird befürwortet, jedoch* nur als begutachtende Behörde für Preußen, *da keine* Änderung der Reichsverfassung *erstrebt wird. Ein* Gesetz über Wasserrecht *wird vorbereitet. Von* der Einsetzung von Wasserämtern *ist* zur Zeit abzusehen. [B] — **2.** *Drei Ernennungen*. [B] — **3.** *Ordenssache*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 5786, Bl. 100 ff. (Voten, Schriftwechsel).*

Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 11–12] und Korrekturen, Bd. 107, Bl. 58–92; MF 639/640. — Abschr. [TOP 1–7, 9–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 6–19.

Anwesend [U]: Caprivi [V, zu 1–10], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Planck, Albert Schmidt [beide zu 11], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, G. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 12].

1. Einführung *der einheitlichen* mitteleuropäischen Zeit *im gesamten* Eisenbahnwesen *und im öffentlichen* Leben[1]. *Kontroverse Grundsatzdiskussion, da Boetticher, Berlepsch, Heyden und Zedlitz dagegen optieren; aber im* Eisenbahnwesen *besteht ein dringendes* Bedürfnis *danach, und auch* im Interesse der Mobilmachungspläne *ist sie nötig. Vor einer* reichsgesetzlichen Regelung *ist die* tatsächliche Entwicklung der Sache zunächst abzuwarten *und eine* Verständigung *mit den deutschen* Bundesregierungen *anzustreben.* [B] — **2.** *Ergänzung der* landwirtschaftlichen Statistik. Anbaustatistik *und* Saatenstandsbericht *sind* für das Reich *einzuführen*.[2] [B] — **3.** *Ein innerkirchliches Disziplinargesetz*[3] *für den Konsistorialbezirk* Wiesbaden *wird sanktioniert*. [B] — **4.** Beschwerde *eines MdA*[4] *wegen Verweigerung* amtlicher Inserate *für* Zeitungen *der Zentrumspartei durch die* Eisenbahnbehörden. *Auf Anregung Caprivis wird das* Verzeichnis *der für* amtliche Inserate [...] geeigneten Provinzialzeitungen [...] nach den jetzigen Verhältnissen *überprüft*. — **5.** *Die* Aufhebung des Identitätsnachweises *für Getreideexporte wird in Aussicht genommen, sobald die* Stimmung *der* Interessenten *sondiert ist*.[5] — **6.** *Der* Schluß *der Reichstagssession 1890/92 ist in Kürze erwünscht*. — **7.** Wiedereinführung des *gewerblichen* Befähigungsnachweises.[6] *Miquel unterstützt den* Befähigungsnachweis *für* Bauhandwerker. *Boetticher zufolge ist die* Wiedereinführung *vom* Staatsministerium *schon* 1888 *abgelehnt worden, zumal die* Bauausführungen *früher auch nicht* besser *waren. Deshalb sind alle derartigen Anträge*[7] *des RT im* Bundesrat *abzulehnen*. [B] — **8.** *Eine* Beschwerde[8] *aus dem Preußischen* Beamtenverein *wegen Nichtgewährung von* Begünstigungen *beim* Besuche von Norderney und anderen Bädern *wird zurückgewiesen.* [B] — **9.** *Ordenssache. Für* Domdechant *Ph.* de Lorenzi *wird der Kronenorden* II. *Kl. erbeten, da Hinderungsgründe nur aus Kulturkampfzeiten datieren*. [B] — **10.** *Bewer-*

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115053, n. f. (u. a. Voten v. Nov. 1891).*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 94 Nr. 146 Bd. 6.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115113, Bl. 49–69v (Kirchengesetz).*

[4] *Kläger war der Verleger P. Hauptmann, Bonn (Zentrumspartei). Vgl. Rep. 77, Tit. 53 Nr. 65 Adhib. 1, Bl. 1–21 (Klage abgewiesen); ebd. auch weitere Klagen über Anzeigenverweigerung bis 1913. Das Verzeichnis der preuß. Zeitungen über 1000 Abonnenten mit Angabe ihrer politischen Richtung findet sich in: BArch: RAdI, Nr. 106088, Bl. 6–159 (übersandt mit Begleitschreiben Eulenburgs v. 7.12.1892).*

[5] *Während zur Zollrückvergütung anfangs die Identität der wieder aus- oder eingeführten Waren nachzuweisen war, wurde mit der Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide und Ölfrüchte durch Reichsgesetz v. 14.4.1894 (RGBl., S. 335) bestimmt, daß bei der Ausfuhr Bescheinigungen ausgestellt wurden, die zur Wiedereinfuhr der gleichen Menge Waren bzw. auch anderer Waren ohne Zollerhebung berechtigten, die sog. Einfuhrscheine. Sie waren frei verkäuflich und wurden zur Begleichung der Importzölle etwa auf Kaffee und Petroleum verwendet. Vgl. Bitter, Rudolf v. (Hrsg.), Handwörterbuch der preußischen Verwaltung, Bd. 1, 2. Aufl., Leipzig 1911, S. 446 f. und zur Bedeutung für die ostdeutsche Landwirtschaft Lexis, Wilhelm, Art. Identitätsnachweis, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, 2. Aufl., Jena 1900, S. 1315–1320.*

[6] *Nachweis genügender Ausbildung als Bedingung eines selbständigen Gewerbes, insbes. im Handwerksbereich; vgl. Lenger, Friedrich, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt/M. 1988, bes. S. 156 f. Die Voten, v. a. die von 1888, in: Rep. 84a, Nr. 11373, Bl. 45–70.*

[7] *Vgl. StenBerRT, Session 1889/90, Drucks. Nr. 16 u. 27 (Anträge Ackermann/Aichbichler). Der Bundesrat lehnte am 17.6.1892 den Antrag Ackermanns ab.*

[8] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

bung von Städten *um das* Präsentationsrecht *zum* Herrenhause[9]. *Die vier Kommunen* Wiesbaden, Duisburg, Bielefeld, Liegnitz *sind* in Antrag zu bringen. [B] — **11.–12.** *13 Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[9] *Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 306–312.*

Nr. 80 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 94–120; MF 640.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [zu 1–4].

1. *Rang- und Titelverhältnisse der* Land- bzw. Amtsrichter.[1] *Schelling möchte sie nach 10 Jahren Dienst zum* Land- bzw. Amtsgerichtsrat *ernennen und somit eine* Gleichstellung *mit den* Verwaltungsressorts *anstreben, weil sonst die* konservativen Elemente aus der Justiz *getrieben würden. Dieser* Wunsch der Richter, *den* Rang des Landrats zu erhalten, *ist einer Ministermehrheit zufolge aber nicht* gerechtfertigt. [B] — **2.** *Rang- und Titelverhältnisse für* Rektoren und Lehrer *an* den Technischen Hochschulen, den Bergakademien, den landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen, den Forstakademien und verwandten Anstalten[2]. *Den* Rektoren *wird eine* Rangerhöhung *gewährt, den* Professoren *generell jedoch wird die* 4. Rangklasse (Oberlandesgerichts-, Regierungs-, Landräte) *verweigert, da dadurch lt. Caprivi* Berufungen und neue Mißstimmung *erzeugt würden*. [B] — **3.** *Titel- und Rangverhältnisse von* Seminardirektoren. *Der Wunsch Zedlitz', sie von der* 5ten Rangklasse *in die 4. zu versetzen, wird* mit 6 gegen 2 Stimmen *abgelehnt*. [B] — **4.** *Die* Verleihung des Titels als Landesökonomierat *an die* älteren Spezialkommissare *und* des Titels als Baurat *an die* älteren Bau- und Maschineninspektoren; *vertagt*. — **5.** Aufhebung des Identitätsnachweises *für Getreideexporte. Die* Stimmung im Reichstage *ist Berlepsch und Heyden zufolge eher* dagegen. [B] — **6.** *Maßnahmen gegen* Arbeitslosigkeit *und* Tumulte *von Arbeitslosen in* Berlin[3]. *Ein staatliches Beschäftigungsprogramm ist untunlich, aber der Versuch, über den kommunalen* Berliner Arbeitsnachweis *Arbeitslose als Landarbeiter anzuwerben, ist zu machen. Etwaige* polizeiliche Ausweisungen *von arbeitslosen* Schlafburschen *ist juristisch schwierig. Eine rasche Verurteilung der Beteiligten ist nötig; Caprivi zufolge sind aber keine neuen Gesetze als Ersatz für das ausgelaufene* Sozialistengesetz *erforderlich*. — **7.–8.** *Fünf Ernennungen. Titelverleihung*. [B] — **9.** *Ordensverleihungen anläßlich des Besuchs Wilhelms II. in der* Provinz Westpreußen *sind vorzusehen.* [B] — **10.** *Entbindung von vier katholischen Priestern von* gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung *für ein geistliches* Amt. [B] — **11.** *Zwei Titelverleihungen*. [B] — **12.** *Der Gesetzentwurf betr. den* Vorsitz *der Geistlichen* im Kirchenvorstand der katholischen Gemeinden im Geltungsbereich des rheinischen Rechts *wird zurückgestellt, da momentan dieses* Entgegenkommen gegen die katholische Kirche eine unnötige Beunruhigung erzeugen könnte. [B] — **13.** *Zwei* Ergänzungen *zur Novelle des* Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz.[4] [B]

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 43, Bl. 46–88v (u. a. Voten Schellings bzw. Herrfurths v. 28.1. bzw. 16.2.1892).*

[2] *Vgl. Rep. 76, Vb Sekt. 1 Tit. III Nr. 1 Bd. 1, n. f. (Votum der drei Minister v. 25.1.1892).*

[3] *Am 25./26.2.1892 hatte es in Berlin Ausschreitungen Arbeitsloser und Plünderungen gegeben; vgl. Wippermann, 1892, II, S. 197 und Froeba, Gudrun/Nitschke, Rainer, „Ein bißchen Radau". Arbeitslose machen Geschichte, Berlin 1983. Vgl. den amtl. Schriftwechsel in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 1b Bd. 13 (1891/92).*

[4] *Vgl. Sitzung am 30.12.1891, TOP 3 mit Anm. und StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 130; Debatte dazu 16./17.3.1893, S. 1677–1715.*

Nr. 81 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 121–137v; MF 640/641.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Zedlitz-Trützschler, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Welfenfonds. Der Gesetzentwurf zur Vermögensrückgabe ist nach dem, den früher* gestellten Ansprüchen *genügenden Schreiben*[1] *des Herzogs v.* Cumberland *vorzubereiten. Detailfragen.* [B] — **2.** *Die* Denkschrift *betr.* den Kanal von Dortmund nach den Emshäfen *ist dem Landtag vorzulegen.*[2] *Verfahrensweise.* [B] — **3.** *Beratungsgegenstände des geplanten Kronrats.* — **4.** *Rang und Titel des* Vorsitzenden der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken; *vertagt.* — **5.** *Eine strafrechtliche Verfolgung des* „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Staatsministeriums[3] *wird mehrheitlich verneint.* [B] — **6.** *Der Wunsch des* Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *nach offizieller* Anerkennung *des* Erinnerungszeichens *für Feldzugsteilnehmer* 1848/49 *in Schleswig-Holstein wird abgelehnt, zumal auch sein Schwager Wilhelm II. dagegen ist.* [B] — **7.** *Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Arbeitslose sind als Landarbeiter* unverwendbar[4], *und eine Abhilfe durch den Berliner kommunalen Arbeitsnachweis bleibt schwierig. Miquel regt einen staatlichen Arbeitsnachweis oder* Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitern *an, während Berlepsch* derartige staatliche Organisationen *für* nicht geeignet *ansieht*. — **8.** *Ordenssache.* [B] — **9.** *Titelverleihung.* [B] — **10.** *Die Geldzuwendung an das* altkatholische Klerikalseminar zu Bonn *ist trotz des Wegfalls des Welfenfonds beizubehalten*.[5] [B]

1 *Staatsanzeiger Nr. 163 v. 12.3.1892, abgedruckt bei Wippermann, 1892, I, S. 109 f.*
2 *Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 78.*
3 *„Vorwärts“ Nr. 36 vom 12.2.1892, S. 2. Der Artikel warf den preußischen Regierungen der letzten drei Jahrzehnte u. a. Kriegspolitik, Beugung der Verfassung, Mißachtung des Parlaments, Presseknebelung und Ausnahmegesetzgebung vor.*
4 *Zur Tätigkeit des im Prot. erwähnten Verbandes zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse in der Provinz Sachsen vgl. Rep. 87, B Nr. 265, Bl. 20 ff.*
5 *Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28 A Nr. 18.*

Nr. 82 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 17. März 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrektur[1]*, Bd. V, Bl. 1–26; MF KR 29.*

Anwesend: Wilhelm II. [V, U], Caprivi [U], Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Kaltenborn [U], Heyden [U], Zedlitz-Trützschler[2]*, Thielen [U]. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Gesetzentwurf*[3] *betr.* Aufhebung *der Einkommensteuerfreiheit der Standesherren. Miquel argumentiert gegen eine Eingabe der Betroffenen; ihre* Entschädigung *soll auch aus Rücksicht auf das AH*[4] $13^{1}/_{3}$ *Sätze des Einkommensteuerbetrags der Standesherren* 1892/93 *betragen*. [B] — **2.** *Per-*

1 *Es handelt sich v. a. um einen von Wilhelm II. gewünschten hs. Zusatz von Lucanus' Hand auf Bl. 18v.*
2 *Zedlitz unterschrieb das Prot. nicht, da es* die tatsächlich gebrauchten Ausdrücke *nicht wörtlich wiedergebe und er inzwischen verärgert seinen Abschied eingereicht hatte; vgl. das Schreiben Homeyers an Lucanus v. 23.3.1892 (Bl. 30 des vorliegenden Kronratsprotokollbandes). Vgl. zum Rücktritt auch VI. HA, NL Bosse, Nr. 8, Bl. 77v–78 (Tagebucheintrag Bosse v. 24.3.1892).*
3 *Rep. 77, Tit. 43 Nr. 93, Bl. 131–158v; ebd., Bl. 85 ff. Voten und die Eingabe Wieds v. 24.2.1892. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115096 und Rep. 151, IA Nr. 3730, n. f. zur Abwicklung der mit 2,6 Mio. M. angesetzten Entschädigungssumme.*
4 *Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 107 u. 175 (Kommissionsbericht).*

sonelle Besetzung des Ausschusses zur Untersuchung der Stromverhältnisse.[5] [B] — **3.** *Welfenfonds. Vermögensrechtliche Umsetzung des Gesetzentwurfs*[6] *durch* Verhandlungen *mit dem* Herzog *v.* Cumberland. — **4.** *Änderung des Ordenszeichens des* Roten Adler-Ordens[7]. *Wilhelm II. möchte das Symbol der preußischen Königskrone durch den brandenburgischen* Kurhut *ersetzen*. — **5.** Volksschulgesetz. *Wilhelm II. will ein nur von* Zentrum und Konservativen *getragenes Gesetz nicht unterzeichnen*. *Die* Nationalliberalen *müssen unbedingt dafür gewonnen werden, denn* die Nationalliberalen von den Freisinnigen geschieden und durch das Kartell den Konservativen genähert zu sehen, *ist* ein großer Gewinn für die Politik gewesen[8]. *Auch Miquel ist für die Fortsetzung der* Kartellpolitik, *die ihm zufolge seit* 1866 *alle wesentlichen politischen* Resultate erzielt *hat. Caprivi zweifelt, ob die* Kartellpolitik als bleibende Richtung der Politik *beizubehalten ist und ob seine und Miquels* Auffassung sich dauernd miteinander vertragen *werden.*[9] [B]

[5] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1150, Bl. 210 ff. und das Staatshandbuch, Jg. 1894, S. 59 f. zur endgültigen Zusammensetzung des Ausschusses.*

[6] *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 89.*

[7] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2016, n. f. (Vorgänge März–Juni 1892, auch Immediatberichte) und Nimmergut, Jörg, Deutsche Orden und Ehrenzeichen bis 1945, 4 Bde., Bd. 2, München 1997, S. 799 (erwähnt Sitzung am 3.6.1892, TOP 1).*

[8] *Zitat Bl. 20–20v.*

[9] *Vgl. zur Kronratsdiskussion auch Richter, Schulgesetzentwurf, S. 87–90 und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 812. Nach den Äußerungen Wilhelms II. zum Volksschulgesetzentwurf erbat Caprivi am 18.3.1892 seine Entlassung als Ministerpräsident; vgl. Meisner, Heinrich Otto, Der Reichskanzler Caprivi, Darmstadt 1969 (zuerst 1955), S. 37–42, 78–80 und Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 83–87.*

Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums im Dienstgebäude des Reichsamts des Innern am 18. März 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 138–145v, Anlage: Bl. 146–146v; MF 641.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn, A. Frh. Marschall v. Bieberstein [beide zu 1, U], Bosse, Droop, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 2].

1. Zollermäßigung *für die* Weineinfuhr *in* Kesselwagen *gemäß dem* italienischen Handelsvertrage[1]. *Miquel zieht seinen* Widerspruch *dagegen aus von Caprivi geltend gemachten außenpolitischen* Rücksichten *zurück. Er regt eine grundsätzliche* Erörterung *des Verhältnisses der* preußischen Ressorts *zu* Vorlagen *der Reichsämter bzw. zur Abgabe der* preußische Stimme im Bundesrat *an, da* Preußen [...] höchstens in den Ausschüssen [...] vorsichtig Bedenken *erheben kann. Auf Wunsch Caprivis wird diese* Prinzipienfrage *vertagt*. — **2.** *Disziplinarsache gegen den* Gesandten z. D. *und deutschkonservativen Politiker F. W. Graf* zu Limburg-Stirum[2]. *Die Untersuchung soll lt. Caprivi die politische* Disziplin unter den Beamten, die zugleich Abgeordnete *sind, beispielhaft erzwingen. Der Rekurs und eine* Begnadigung *werden abgelehnt*. [B] — **3.** *Die* Angelegenheit *betr*. Einführung der mitteleuropäischen Zeit für das *öffentliche* Leben *wird vertagt*.

[1] *RGBl., S. 97 (Vertrag v. 6.12.1891). Vgl. Rep. 87, B Nr. 7017 (diplomat. Schriftwechsel mit Italien, Voten, u. a. Miquels v. 26.4.1892). Dazu auch die Anlage (Schreiben Miquels v. 16.3.1892).*

[2] *Limburg-Stirum hatte in Zeitungsartikeln dezidiert gegen die Handelsvertragspolitik Caprivis Stellung genommen; vgl. Rep. 84a, Nr. 3073, Bl. 250–252 (Kreuzzeitungs-Artikel Limburgs v. 14.12.1891 und Caprivis Drängen auf Disziplinarverfahren); Rep. 90, Annex F, Nr. 1684 (Disziplinaruntersuchung); Limburg-Stirum, Friedrich Wilhelm Graf zu (Hrsg.), Aus der konservativen Politik der Jahre 1890/1905, Berlin 1921, S. 36–38 und Rejewski, Harro-Jürgen, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973, S. 109 f.*

Nr. 84 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 25. März 1892.

Vollz. Reinschr., Bd. 107, Bl. 147–157; MF 641.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Amtseinführung des neuen Ministerpräsidenten* Graf *B.* zu Eulenburg *und des neuen Kultusministers R.* Bosse.[1] — **2.** *Eine* Erklärung[2] *im Landtag zur nunmehrigen* Trennung *der* Ämter *von* Reichskanzler *und Ministerpräsident wird ins Auge gefaßt. Der Zedlitzsche Volksschulgesetzentwurf ist mit der Bemerkung,* daß das Staatsministerium auf weitere Beratung *verzichtet, zurückzuziehen. Die Landtagssession ist nicht zu verkürzen.* [B] — **3.** *Welfenfonds*. *Der* Vertrag *mit* Cumberland *ist annehmbar* vereinbart. *Der Wunsch des AH*[3]*, die* Aufhebung selbst durch Gesetz auszusprechen, *wird gebilligt.* [B] — **4.** *Miquel regt erneut eine* Aufhebung des Identitätsnachweises *für Getreide an, was nach Berlepsch aber erst* schriftliches Votum *erfordert.* [B] — **5.** Nachtragsetat[4] *für die Stelle des neuen* Ministerpräsidenten. [B] — **6.** *Miquel gibt eine Einnahmeschätzung aufgrund des* neuen Einkommensteuergesetzes *und umreißt den* Fortgang der Steuerreform. — **7.** *Ernennung.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 187–196, 200–205v (Rücktrittsgesuche Caprivis v. 18.3.1892 und von Zedlitz); VI. HA, NL Bosse, Nr. 8 (Tagebücher), Bl. 74–78v; BArch, RK, Nr. 1460, Bl. 81 ff. Darstellung bei Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 84 ff. und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 807–829.*

[2] *StenBerAH, Session 1892, 28.3.1892, S. 1162 (Eulenburg). Vgl. zur Ämtertrennung Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918, Berlin 1931, S. 98–102.*

[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 89 u. 122, Debatte 21.3.1892, S. 1079–1088.*

[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 128.*

Nr. 85 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9–10] und Korrekturen, Bd. 107, Bl. 158–198; MF 641/642. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 55–69v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Caprivi [zu 1–8], Miquel, Kaltenborn, Heyden [zu 1–8], Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Planck, F. Seydel [beide zu 9], Frh. v. Broich [zu 10].

1. *Stellungnahme zu den* Beschlüssen *des RT*[1] *beim Gesetzentwurf*[2] *betr*. *die* Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. *Bedenken Herrfurths und Miquels wegen der daraus erwachsenden* Belastung *von* 3½ *Mio. M. Die Beschlüsse werden als Mittel zur Verbesserung der Stimmung im RT gegenüber einer künftigen Militärvorlage akzeptiert*. [B] — **2.** Einführung *der* mitteleuropäischen Zeit *im Eisenbahnwesen und im öffentlichen* Leben. *Kaltenborn verlangt wegen der Wirkung bei einer* Mobilmachung *zum* 1.4.1893 *die Einführung im ganzen Reich. Eine Ministermehrheit optiert nun für* baldige Regelung der Frage durch Reichsgesetz, *zumal die Erfahrungen in* Bayern und Frankreich *gut waren*. [B] — **3.** *Fideikommißstiftung von A. v.* Hansemann. *Die* Bestimmung, *daß* zur Fideikommißfolge nur Protestanten zuzulassen *sind,*

[1] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 776. Vgl. Rep. 77, Tit. 332g Nr. 22 Bd. 1 (1886–1893).*

[2] *BArch, RAdI, Nr. 112116, n. f. (Gesetzentwurf v. Okt. 1890 plus Voten).*

wird nicht beanstandet.[3] [B] — **4.** Rabatt *bei Bücherkäufen* der Provinzialbehörden. *Obwohl statt der früher höheren Sätze nur mehr* 5% *gewährt wird, sind* die kleinen Buchhändler in der Provinz *förderungswürdig, denn deren Erhaltung bleibt* Staatsinteresse.[4] [B] — **5.** *Schloßbau des* Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *in* Primkenau. *Wegen der Finanzierung aus dem* Fideikommiß *ist Rücksprache mit Wilhelm II. nötig*. [B] — **6.** *Titelverleihung*. [B] — **7.** *Ordenssache*. *Drei Ernennungen*. [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B] — **9.–10.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 44637, Bl. 2 ff. (u. a. Votum Schellings); auch in: BArch, RAdI, Nr. 115113, Bl. 302–304v.*
[4] *Vgl. Rep. 120, BB IX 1 Nr. 8 Bd. 3, Bl. 270 ff. (Voten, ministerielles Rundschreiben v. 7.7.1892) und BArch, RAdI, Nr. 115111.*

Nr. 86 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 199–230; MF 642/643. — Abschr. [TOP 2–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 72–86.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Beileidsbekundung des Staatsministeriums zum Tode der* Großherzogin *Alexandrine* von Mecklenburg-Schwerin. [B] — **2.** *Die Rang- und Titelverhältnisse der* Lehrer an höheren Schulen *als Konsequenz der* Schulreform *sollen in Kürze behandelt werden*. [B] — **3.** *Die Frage der* Aufhebung *des* Bundesratsbeschlusses *vom 4.3.1890 über den Verkauf von Anhalter* Bier *im Wandergewerbe wird vertagt.* — **4.** Schloßbau *des Herzogs* Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *in* Primkenau. *Das* Staatsministerium *hat* darauf hinzuwirken, daß die Baukosten [...] in richtigem Verhältnis zum Werte des Fideikommisses *stehen; deshalb sind* kommissarische Verhandlungen *anzusetzen*. [B] — **5.** Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse *in* Neuvorpommern und Rügen. *Die Vorlage eines im AH angeregten Gesetzentwurfs*[1] *ist geplant*. [B] — **6.** *Der zurückgestellte* Gesetzentwurf *betr*. den Vorsitz *der Geistlichen im Vorstand* der katholischen Kirchengemeinden *wird erst in der Landtagssession 1892/93 eingebracht*. [B] — **7.** *Der* Betriebswechsel *im* Almelo-Salzbergener Eisenbahnunternehmen *wird gebilligt, wobei aus militärischen Gründen darauf zu achten ist, daß kein niederländischer* Einfluß auf Bahnen im Reichsgebiet *entsteht*.[2] [B] — **8.** *Erlaß von Rückständen der Domänenpacht im AH*[3]. Auskunft *darüber ist zu geben, aber das AH hat bei solchen Verwaltungs- und Gnadenakten kein Genehmigungsrecht*. [B] — **9.** *Mitteilung Miquels über das unerwartet günstige* Ergebnis *des neuen Einkommensteuergesetzes*. *Ein* Artikel *im* Staatsanzeiger[4] *soll die öffentliche Meinung zur Weiterführung der Steuerreform sondieren*. — **10.** *Erklärung*[5] *Eulenburgs im AH zum Ministerwechsel und der unveänderten* Richtung der bisher verfolgten Politik *sowie Begründung der Vertagung des* Volksschulgesetzes. [B] — **11.** *Ernennung. Th.* Lohmann *wird* Unterstaatssekretär *im Handelsministerium*. [B] — **12**. *Ernennung*. Landrat des Kreises Diepholz *soll statt des gewählten, aber wegen geringer* Schulbildung *und* Ehefrau *unwürdigen* Dr. Knüppling *K.* Frhr. *v.* Wangenheim *werden.* [B] — **13.** *Ernennung. Titelverleihung*. [B]

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115132 und StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 118/119; Debatte dazu 7.4.1892, S. 1299 bis 1306.*
[2] *Vgl. Rep. 90a, K III 3 Nr. 40, n. f. (Voten) und BArch, RAdI, Nr. 115113, Bl. 315–318 (Votum Thielen).*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115114, Bl. 17–26v (Votum Heyden und Übersicht über Pachterlaß). Zur Vorgeschichte des im Prot. genannten Falles K. v. Oppen vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 3 Bd. 2, Bl. 156 ff. (Lucius' Bericht 1890). Vgl. StenBerAH, Session 1892, 27.4.1892, S. 1345 ff.*
[4] *Vgl. Staatsanzeiger Nr. 97 v. 23.4.1892; der Artikel ist enthalten auf Bl. 231 des Protokollbandes.*
[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, 28.4.1892, S. 1383–1385 (Eulenburg).*

Nr. 87 Sitzung des Staatsministeriums am 25. April 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 232–244; MF 643. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 89–97v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Ordenssachen zum Besuch Wilhelms II. in* Westpreußen und Pommern. *Angehörige der* deutschfreisinnigen Partei *sind grundsätzlich akzeptabel. Somit werden die früheren Vorschläge von Bosse und Berlepsch nach Auszeichnungen für Prof. theol.* Schlatter *in* Greifswald *und* Kaufmann Allendorf zu Stettin *genehmigt*.[1] [B] — **2.** *Ein Gesetzentwurf*[2] *betr*. Geheimhaltung der Ergebnisse der Veranlagung zur *Einkommensteuer soll eingebracht werden*. [B] — **3.** *Personelle Besetzung des* Ausschusses zur Untersuchung der *Stromverhältnisse; er soll* 32 Mitglieder *haben*. [B] — **4.** Erklärung[3] *Bosses im AH über die Gründe der Nichtvorlage eines* Schuldotationsgesetzes. [B] — **5.** *Die Ergebnisse der* Kommissionsberatung[4] *im AH zur* Berggesetznovelle *waren günstig. Das* Staatsministerium *soll aber nicht die* entscheidende Instanz *für* Einzelfälle *in* Bergwerken *sein, sondern die* Oberbergämter *und der Handelsminister*.[5] [B]

1 *Vgl. Rep. 90, Nr. 2224 (neben Allendorf werden OB Baumbach und Kommerzienrat R. Damme aus Danzig dekoriert).*
2 *Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 9, n. f. (Entwurf v. 22.4.1892); vgl. StenBerAH, Session 1892, 23.5.1892, S. 1817–1826 (Gesetzentwurf abgelehnt).*
3 *StenBerAH, Session 1892, 28.4.1892, S. 1385–1387.*
4 *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 163. Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 396–428, hier S. 419 f.*
5 *Vgl. Rietdorf, Staatsministerium, S. 55, Anm. 4.*

Nr. 88 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 107, Bl. 245–257; MF 643.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel [beide zu 1–6], Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Beileidsbekundung zum Tode der* Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin[1]. — **2.** *Nachtragsetat im AH und* Behandlung der Bezüge *des Ministerpräsidenten und des* Vizepräsidenten.[2] [B] — **3.** *Änderung des Ordenszeichens des* Roten Adler Ordens. *Eulenburg wird die* Bedenken *des Staatsministeriums gegen die Wünsche Wilhelms II. mündlich vortragen.* [B] — **4.** *H.* Rathmann *bleibt* Mitglied des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte. [B] — **5.** *Titelverleihung.* [B] — **6.** *Stellungnahme zum* Antrag[3] *E. Richters betr. Pläne zur Umgestaltung der* Schloßfreiheit *in Berlin und zur Finanzierung durch eine* Lotterie. *Was man* unter noch nicht eingetretenen Voraussetzungen tun würde, *ist nicht anzugeben.* [B] — **7.** *Entbindung* eines katholischen Geistlichen *von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein geistliches* Amt. [B]

1 *Die Großherzogin-Mutter, Schwester Wilhelms I., war am 21.4.1892 gestorben.*
2 *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 128; Debatte dazu 3.5.1892, S. 1469–1476. Die im Prot. genannte Erklärung gab Miquel ebd., S. 1470 ab.*
3 *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 153; Debatte 9.5.1892, S. 1620–1636. Vgl. Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 512.*

Nr. 89 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4–5] und Korrekturen[1]*, Bd. 107, Bl. 258–272; MF 644. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 107–112v.*

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Herrfurth [zu 1–3], Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 4], H. Planck, E. Müller [beide zu 5].

1. Stellungnahme *zum* Antrage[2] *von E.* Richter *nach* Gesetzentwürfen *zur Wahlrechtsreform und zur Wahlkreis-Neueinteilung. Gemäß Beschluß vom* 21. Dezember *1891 ist erst das Ergebnis der Steuerreform abzuwarten und eine Wahlkreis-Neueinteilung unnötig. Miquel fordert, ein neues Wahlgesetz müsse* speziell den grundbesitzenden Klassen ein Übergewicht sichern. *Richters Antrag ist dilatorisch zu behandeln.*[3] [B] — **2.** *Der* Antrag[4] *von A. v.* Schalscha *betr. Änderung* § 69 *des neuen* Einkommensteuergesetzes[5] *ist* im *AH abzulehnen*. [B] — **3.** *Der Vorsitzende der* Bergwerksdirektion zu Saarbrücken *erhält* ein für alle Mal *den Titel als* Geheimer Bergrat *und* den Rang der Räte III. Klasse. [B] — > 4. *Änderung des Ordenszeichens des* Roten Adler Ordens. *Wilhelm II. wird nach Eulenburg* die Angelegenheit in nochmalige Erwägung nehmen.< — **4.–5.** *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Es handelt sich v. a. um Streichung des ursprünglichen TOP 4, hier in spitzen Klammern wiedergegeben.*
[2] *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 172; Debatte dazu 19.5.1892, S. 1779–1800.*
[3] *Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 433 u. 461.*
[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 177; Debatte dazu 19.5.1892, S. 1800–1809.*
[5] *Lt. Antrag sollten Vorsitzende von Einkommensteuer-Einschätzungskommissionen bei eigenmächtiger, nicht restlos belegbarer Höhereinschätzung der Steuerbürger bestraft werden können.*

Nr. 90 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 107, Bl. 273–297; MF 644. — Abschr. [TOP 1–3, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 114–123.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1], Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Miquel [zu 1–3], Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 6].

1. *Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen*[1] *des AH beim* Gesetzentwurf *über Klein- und Privatanschlußbahnen. Mehrere Punkte werden geklärt. Die im AH* einstimmig *gestrichene Einstellungsbevorzugung von* Militäranwärtern *bei Privatbahnen ist noch annehmbar. Der Kleinbahnbau ist staatlicherseits zu fördern*.[2] [B] — **2.** *Die* Gewährung des vollen Stimmrechts an die außerordentlichen Mitglieder der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen und der Provinzial-Medizinal-Kollegien *wird genehmigt*. [B] — **3.** Rang- und Titelverhältnisse *der* Lehrer an höheren Schulen. *Nach Bosse ist die* Hebung des Lehrerstandes *auch Wille Wilhelms II. Gymna-*

[1] *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 138; Debatte dazu 17.6.1892, S. 2061–2082 (Annahme). Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115113, Bl. 139–175v (Gesetzentwurf und Voten).*
[2] *Vgl. zum Kleinbahnwesen jetzt Ziegler, Dieter, Eisenbahnen und Staat im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart 1996, S. 401–441, 505–533 (skeptische Einschätzung der regionalen Strukturförderung mittels Kleinbahnen).*

siallehrer heißen künftig Oberlehrer, *maximal* ein Drittel *erhält den* Titel Professor, *der dadurch* an seiner bisherigen Wertschätzung *nicht allzu* stark *verliert*.[3] [B] — **4.** *Ernennung*. [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Sechs Disziplinarsachen. Im Anschluß an einen Fall behält sich das* Staatsministerium *eine* Prüfung der Formalien *für Berufungsverfahren in Disziplinarsachen vor*. [B]

[3] *Vgl. Rep. 76, VI Sekt. 1 Gen. Z Nr. 28 Bd. 1, Bl. 198–247 und BArch, RAdI, Nr. 115120, Bl. 26–44 (Voten, Immediatbericht) und Führ, Christoph, Gelehrter Schulmann – Oberlehrer – Studienrat, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 1, hrsg. von W. Conze u. J. Kocka, Stuttgart 1985, S. 417–457, hier S. 440–443.*

Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1892.

Vollz. Reinschr., Bd. 108, Bl. 1–19; MF 644/645.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 1], Reichardt [zu 4].

1. Änderung *des Ordenszeichens des* Roten Adler Ordens. *Wilhelm II. ist nun statt des gewünschten Kurhutes als Symbol* mit einer Königlichen Krone *einverstanden*. [B] — **2.** *Der Resolution*[1] *des AH nach Vorlage einer* Nachweisung *betr*. Ausdehnung des Systems der Alterszulagen *für Beamte ist im Rahmen der geplanten* Ausdehnung *dieses* Systems *nachzukommen*. [B] — **3.** Fortführung *der Steuerreform. Miquel möchte eine baldige Klärung des Vorgehens*. — **4.** *Gesetzentwurf*[2] über das Auswanderungswesen *im* Bundesrat. *Preußen wird zustimmen.* [B] — **5.** *Ernennung*. [B] — **6.** *Rückerstattung von* Zoll *auf unverschuldet verlorene* Waren *anläßlich eines Falles in* Elsaß-Lothringen[3]. *Aus Rücksicht auf die Stimmung dort wie im* Reichstage *sollen die strittigen* 32,50 M. *trotz Widerspruch Miquels gewährt werden*. [B] — **7.** *Bildung eines neuen Senats im* Oberverwaltungsgericht *zwecks* Erledigung der Revisionen in Einkommen- und Gewerbesteuersachen. *Die personelle Besetzung wird gebilligt*. [B] — **8.** *Ordenssache*. [B] — **9.–11.** *Sieben Ernennungen*. [B] — **12.** *Ordenssache.* [B] — **13.** *Wassereinbrüche in* Gruben der Mansfelder Gewerkschaft *verursachen beträchtlichen* Schaden. — **14.** *Der Ausschuß zur Untersuchung der Stromverhältnisse soll ein* Gutachten *zur* Organisation der Wasserbehörden *erstellen*. [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1892, 3.2.1892, S. 266.*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 29. Der Entwurf wurde am 2.12.1892 im RT vorgelegt (Drucks. Nr. 14), jedoch nicht durchberaten. Erst unter dem 9.6.1897 erging ein Reichsgesetz, vgl. RGBl. S. 463.*

[3] *Vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 89 f. (Interpretation dieser Episode für das Verhältnis Preußen–Reich bzw. Miquel–Caprivi).*

Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 108, Bl. 22–52v; MF 645/646. — Abschr. [TOP 1–4, 8–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 140–156.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–2, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2].

1. Stellungnahme Preußens *im Bundesrat gegenüber neun* Resolutionen des *RT*[1] *zu Dienstregelungen im Militär, gegenüber einer Resolution zur Novelle zum* Unfallversicherungsgesetz *und einer Resolution über Diäten und Erstattung der* Reisekosten *für MdR. Auf Caprivis Vorschläge hin wird beschlossen, sechs* Resolutionen *betr. Militärfragen abzulehnen, zwei bezüglich* Revision der Bestimmungen über den Schußwaffengebrauch der Militärposten *bzw. bezüglich* Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärstrafprozeßordnung *dem Reichskanzler zu überweisen sowie eine wegen Vorlage* eines Gesetzentwurfs *zum* einjährig-freiwilligen Dienst *zunächst* dilatorisch *zu behandeln. Die* Resolutionen *betr.* Diäten und *Erstattung der* Reisekosten *für MdR sowie betr. eine Novelle zum* Unfallversicherungsgesetz *sind abzulehnen.* [B] — **2.** Gesetzentwurf[2] *betr. Änderungen der* Militärpensionsgesetze, *des* Reichsbeamtengesetzes *und des* Gesetzes über den Reichsinvaliden-Fonds. *Sieben* Artikel *werden im Detail besprochen bzw. korrigiert*. [B] — **3.** *Festsetzung einer allgemeinen* Viehzählung *alle zehn Jahre, erstmals zum 1.12.1892*.[3] [B] — **4.** *Finanzierung des Schloßbaus des* Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *in* Primkenau. *Die ermäßigte* Bausumme *von* 750 000 M. *ist noch akzeptabel und Wilhelm II. zu berichten.* [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Die Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt *wird zurückgestellt*. [B] — **8.** *Der Wunsch Heydens nach* Zuziehung eines Vertreters landwirtschaftlicher Interessen *zu den* Verhandlungen *beim spanischen* Handelsvertrag *wird abgelehnt*. [B] — **9.** *Ordenssache*. [B]

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 730, S. 3971–3973 (10 Resolutionen) und Drucks. Nr. 798 (11. Resolution). Das Datum der Annahme der Resolutionen im Plenum (12.1.–17.2.1892) ist dort jeweils vermerkt. Das diesbezügliche Schreiben Caprivis an das Staatsministerium v. 30.5.1892 in den Spezialakten zu den Sitzungsprotokollen Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 3, n. f.*

[2] *StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 112 u. 228 (Kommissionsbericht).*

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 4489, Bl. 107–134v (Voten, Durchführung).*

Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 108, Bl. 54–75; MF 646.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth [zu 1–3, 6–10], Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–8], Miquel, Kaltenborn, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 9].

1. *Terminierung der Sessionen von* Reichstag *bzw.* Landtag *1892/93 für eine* Militärvorlage *bzw. die* Steuerreform. *Nach Caprivi erfordert die* feindliche Weltlage *nun die* Ausbildung aller Wehrpflichtigen *und die Durchsetzbarkeit im* Reichstag *eine bloß zweijährige Dienstpflicht*. [B] — **2.** Stellungnahme *zur* Interpellation[1] *K.* Sattler *betr*. den Zuschuß aus dem Kronfideikommiß für die Theater in Wiesbaden, Kassel und Hannover.[2] *Da aus der Andeutung, die* Überführung *der* Theater *in* städtische Verwaltung *stünde bevor, eine* hochgradige Bewegung *entstand, ist Beruhigung der* Gemüter *angesagt. Angesichts steigender* Kosten *sind Verhandlungen mit den* Städten *nötig, aber unter der* Zusicherung, *daß die* Staatsregierung *stets* Zuschüsse *gewähren wird, die den* Fortbestand der Theater zu sichern genügend sind. [B] — **3.** Welfenfonds. *Die* Überschüsse *des ersten Quartals* 1892 *in Höhe von rd. 400 000* M. *sind dem* Herzog von Cumberland auszuzahlen. [B] — **4.** Einrichtung von Berggewerbegerichten. *Zwischen Miquel und Berlepsch ist strittig, ob zu* Vorsitzenden *nur* Bergrevierbeamte in Aussicht zu nehmen *sind*. [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Die*

[1] *StenBerAH, Session 1892, Drucks. Nr. 240; Debatte dazu 20.6.1892, S. 2127–2137.*

[2] *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1225 (1887–1892).*

von Miquel angeregte Verwendung von Überschüssen *aus der* Lex Huene[3] *zu* Schulhausbauten *ist Bosse zufolge im AH zur Zeit ganz* hoffnungslos. [B] — **7.** *Endgültige Beschlüsse*[4] *des AH beim* Gesetzentwurf *über Klein- und Privatanschlußbahnen*. *Im* Herrenhause *ist* die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu versuchen. [B] — **8.** *Die Gesetzgebung gegen* Wucher *und eine Ermäßigung der* Eisenbahnfrachten für die Einfuhr von Getreide *werden wegen* Abwesenheit *Heydens vertagt*. [B] — **9.** *Disziplinarsache.* [B] — **10.** *Der* Antrag[5] *von F. Frh. v.* Solemacher *im* Herrenhause *wegen* Festsetzung *der* Entschädigung *für die Aufhebung der Befreiung der Standesherren von der Einkommensteuer* im Rechtswege *ist strikt abzulehnen*. [B]

[3] *Das nach dem MdR Karl Frh. v. Hoiningen, gen. Huene, benannte Verwendungsgesetz v. 14.5.1885 (GS, S. 128) bestimmte, daß der an Preußen fallende Ertrag der reichischen Getreide- und Viehzölle über 15 Mio. M. den Kreisen zwecks Ausbau ihrer Infrastruktur zu überweisen war. Zur Verwendung der Mittel aus der lex Huene vgl. Rep. 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 3 (1889–93) und StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 392 (Denkschrift).*

[4] *StenBerAH, Session 1892, 17.6.1892, S. 2062–2081.*

[5] *StenBerHH, Session 1892, Drucks. Nr. 117; Debatte dazu 18.6.1892, S. 357–362.*

Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juni 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 10] und Korrekturen, Bd. 108, Bl. 77–106; MF 646/647. — Abschr. [TOP 1–5, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 172–186.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Herrfurth, Schelling [zu 1], Berlepsch, Caprivi [zu 1–9], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Hanauer [zu 1, U], R. de la Croix, Frh. v. Broich [beide zu 10].

1. Gesetzentwurf[1] *betr.* Ausdehnung der strafgesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher *nach* § 302 *StGB. Detaillierte Debatte. Die von mehreren Ministern gewünschten harten Strafen bei* Wucher *werden unter Einfluß von StS Hanauer gemildert. Der* Gesetzentwurf *ist als* Präsidialvorlage *im Bundesrat* einzubringen. [B] — **2.** *Die von* Vertretern der Ems- und Weserhäfen *gewünschte* Herabsetzung *der Eisenbahntarife für Getreideimporte von den* Nordseehäfen nach Rheinland-Westfalen *lehnt Thielen nach* Gutachten der Eisenbahnräte *ab, zumal der* Rückgang des Verkehrs über die Nordseehäfen *meist* auf anderen Ursachen *beruht*. [B] — **3.** *Rang- und Titelverhältnisse der* Reichsbeamten. Meinungsverschiedenheiten *zwischen Caprivi und den preußischen Ressorts. Dazu sind* kommissarische Beratungen *anzuberaumen, aber Caprivi sieht sich dadurch oder gar* eine Abstimmung im Staatsministerium *nicht gebunden, denn es geht um eine Reichssache*. [B] — **4.** *Rang- und Titelverhältnisse* älterer Bau- und Maschineninspektoren. Die Bedeutung der Techniker *ist zwar* in allen Staaten erheblich gewachsen *und deren* Mißbehagen *über die* Zurücksetzung *hinter die* Richter *besteht, aber* mit 5 gegen 4 Stimmen *wird die weitgehende* Verleihung des Titels als Baurat *abgelehnt*.[2] [B] — **5.** *Rang- und Titelverhältnisse* älterer Ökonomie-Kommissare. Die Verleihung des Ökonomieratstitels *wird* im Einklange mit der *Ablehnung unter TOP 4 gleichfalls abgelehnt.* [B] — **6.** *Feststellung der geplanten Gesetzentwürfe zur Landtagssession 1892/93 wird vertagt. — **7.** Über die Weiterführung der* Steuerreform *ist in Kürze zu beraten*. — **8.** *Die* Militärvorlage *ist in Vorbereitung, aber ihre terminliche Einbringung im* Reichstage *noch unsicher. Der*

[1] *Rep. 151, IC Nr. 9325, n. f. (vorgelegt 29.1.1892); ebd. auch Voten. Vgl. StenBerRT, Session 1892/93, 27./28.4.1893, S. 2042–2048 u. 2053–2077. Ergangen als Gesetz vom 19.6.1893, RGBl., S. 197.*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 551, n. f. (13.2.–26.6.1892 und erneuter Votenwechsel 1893). Die Ablehnung der rangmäßigen Gleichstellung dieser Techniker mit Verwaltungsbeamten erfolgte – bedingt durch das Fehlen des Mitantragstellers Bosse – gegen die Stimmen von Thielen, Heyden, Herrfurth und Eulenburg.*

Gesetzentwurf[3] *betr*. die Ersatzverteilung *ist* beim Bundesrat eingebracht. — **9.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **10.** *Disziplinarsache*. [B]

[3] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 85, angenommen in der Sitzung v. 7.7.1892, § 548. Ergangen als Gesetz v. 26.5.1893, RGBl., S. 185.*

Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 108, Bl. 108–145; MF 647/648. — Abschr. [TOP 1–4, 7, 9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 188–203v.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher [U], Herrfurth [U], Schelling [U], Berlepsch, Caprivi [zu 1–2, U], Miquel [U], Kaltenborn [U], Heyden [U], Thielen [U], Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Der Ankauf der* Herrschaft Dembowalonka *aus* deutschem Besitz *durch die* Ansiedlungskommission *wird genehmigt.* [B] — **2.** Fortführung *der Miquelschen Steuerreform. Grundsatzdiskussion*[1] *bezüglich die Überweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die Kommunen, die Ertragsfähigkeit der neu geregelten* Einkommensteuer *und die* Aufhebung der lex Huene, *die Ergänzungssteuer* (Vermögenssteuer) *sowie die Neuregelung des Kommunalgabenwesens. Meinungsverschiedenheiten zwischen Miquel und Herrfurth, aber die Alternativvorschläge Herrfurths*[2] *finden keine Mehrheit. Diskussion der Auswirkungen von Miquels Plan auf die Besteuerung des* Grundbesitzes *und die Unterstützung* ärmerer Landesteile, *die* Kommunalsteuern *und die Volksschullasten, das* Wahlrecht *und die Belastung der unteren Einkommensgruppen. Gegen Herrfurths Vorwurf, Miquel* verwandle die Überbürdung des Grundbesitzes in eine Begünstigung desselben, namentlich der Großgrundbesitzer in den Ostprovinzen und benachteilige ärmere Landesteile zu Gunsten wohlhabenderer, *erwidert Miquel, sein Programm werde* die Staatsfinanzen *heben,* schreiende Übelstände *beseitigen,* den Kampf streitender Interessen *beenden und* überall einen Ausgleich *geben*[3]. *Miquels* Plan *soll die Grundlage der Steuerreform sein, zumal die* Minister *dafür bessere Chancen im AH erwarten*. [B] — **3**. *Titulatur von* katholischen Bischöfen. *Die Behörden werden* amtlich *weiterhin* das Prädikat „Bischöfliche Hochwürden", *nicht* „Bischöfliche Gnaden", *verwenden*. [B] — **4.** *Geplante* Gesetzesvorlagen *zur Landtagssession 1892/93. Das Berliner Eingemeindungsgesetz, die Wahlreform und das* Komptabilitätsgesetz *sind noch unsicher.* [B] — **5.** *Die* Beratung über den Verkauf des Stadtschlosses in Fulda *wird vertagt.* — **6.** *Ordenssache. Vier Ernennungen*. [B] — **7.** *Die Wassereinbrüche in* Gruben der Mansfelder Gewerkschaft *sind weiter aufzuklären, zumal* Wassermangel für das umliegende Land *droht*. — **8.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **9.** *Die* Erlaubnis *zur* Annahme *eines ausländischen* Ehrenzeichens *ist künftig* vom Souverän [...] auf die Ministerialinstanz zu übertragen*, zumal* in ähnlichen Fällen *bereits so* verfahren *wird*. [B]

[1] *Vgl. die im Prot. genannte* Denkschrift über die Fortführung und den Abschluß der Reform der direkten Staatssteuern und der Kommunalsteuern *v. 25.5.1892, in: Rep. 151, HB Nr. 1727, Bl. 101–120. In der Akte auch die Voten Miquels v. 29.6.1892 und Herrfurths v. 24.6.1892 sowie der von beiden Ministern am 21.6.1892 vorgelegte Entwurf des Kommunalabgabengesetzes. Diese Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 114978, n. f. Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 267–271 und umfassend Thier, Steuergesetzgebung, S. 551–568 (beide mit Zitaten aus dem Prot.).*

[2] *Diese – niedergelegt im Votum v. 24.6.1892 – sahen v. a. vor: Überweisung nur der halben Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die Kommunen und Verwendung der Mehrerträge der Einkommensteuer zur Deckung der dadurch entstehenden Einnahmeverluste sowie Fixierung der Erträge gemäß Lex Huene auf 30 Mio. Mark und Verwendung vorzugsweise für Bestreitung der Volksschullasten.*

[3] *Zitate Bl. 122 (Herrfurth) bzw. Bl. 120 (Miquel). Ähnlich wie Herrfurth urteilte Caprivi, der zudem die* Sozialreform [...] als Prüfstein für den Wert aller Maßregeln *ansah (Bl. 130).*

Nr. 96 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juli 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 108, Bl. 147–160d; MF 648. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 205–213.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 9].

1. *Maßnahmen gegen* Einschleppung *der* Cholera[1]. *Die Seuchenlage* in Rußland *erlaubt noch ein Abwarten;* Einfuhrverbote *für Textilien und diverse Nahrungsmittel aus* Rußland *sowie* Warnungen *an die Bevölkerung sind jedoch vorzubereiten*. Österreich *bereitet* Maßregeln *gegen russische* Auswanderer *vor, und es gibt Cholerafälle in* Frankreich. [B] — **2.** Revision der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes[2]. *Der* Justizminister *hat bei der geplanten Novelle die Federführung.* [B] — **3.** *Ordenssache. H.* Brassert *erhält statt des Titels* Wirkl. Geheimer Rat *den* Stern zum Roten Adler-Orden II. *Kl.* [B] — **4.** *Die* Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 4. März 1890[3] *über den Verkauf von Anhalter Bier im Wandergewerbe soll angegangen werden*. [B] — **5.** *Dem* Ersuchen[4] *des Herzoglich Gothaischen* Staatsministeriums, *die Absolventen* der höheren Bürgerschule zu Gotha *mit preußischen Realschulabsolventen gleichzustellen, wird entsprochen*. [B] — **6.** *Titelverleihung an Prof. R. v.* Ihering. [B] — **7.** *Geldzuwendung an das* altkatholische *Klerikalseminar zu Bonn. Aus dem* Welfenfonds *sollen letztmalig* 21 000 M. *gezahlt werden.* [B] — **8.** Prozeß Buschhoff[5]. *Schelling empfindet über dessen* Freisprechung [...] aufrichtige Genugtuung. — **9.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 3212, n. f. (Schriftwechsel und Voten zu den Abwehrmaßnahmen Juli–August 1892), vgl. auch Nrn. 3213–3217 (Schriftwechsel August 1892–Februar 1894).*

[2] *Vom 1.2.1877, RGBl., S. 253 bzw. v. 27.1.1877, RGBl., S. 41. Vgl. Rep. 84a, Nr. 8333, Bl. 81–134 (Voten, u. a. Schellings v. 17.6.1892) zum geplanten Inhalt. Die Novelle erging in zwei Gesetzen erst unter dem 17.5.1898, RGBl., S. 252.*

[3] *StenBerBundesR, Jg. 1890, Sitzung am 13.2.1890, § 95 und am 4.3.1890, § 114.*

[4] *Rep. 76, VI Sekt. 1 Z Nr. 70, Bl. 209; ebd., Bl. 210–218 auch der Schriftwechsel.*

[5] *Adolf Buschhoff, jüdischer Schlächtermeister zu Xanten, war am 15.7.1892 nach einem antisemitisch aufgeladenen Prozeß von der Anklage des „Ritualmords" an dem 1891 tot aufgefundenen Knaben J. Hegmann freigesprochen worden. Vgl. Rep. 84a, Nrn. 57459–57467 (1891–1909); Schoeps, Julius H., Ritualmordbeschuldigung und Blutaberglaube. Die Affäre Buschhoff im niederrheinischen Xanten, in: Ders., Deutsch-jüdische Symbiose oder Die mißglückte Emanzipation, Berlin u. a. 1996, S. 203–229; Kölling, Bernd, Blutige Illusionen, Ritualmorddiskurse und Antisemitismus im rheinischen Xanten am Ende des 19. Jahrhunderts, in: W. Neugebauer/R. Pröve (Hrsg.), Agrarische Verfassung und politische Struktur, Berlin 1998, S. 349–382 sowie Groß, Johannes T., Ritualmordbeschuldigungen gegen Juden im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Berlin 2002, bes. S. 51–88 (aufgrund GStA-Akten).*

Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juli 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 108, Bl. 162–197v; MF 648/649. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 215–234.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher, Herrfurth [U], Schelling, Berlepsch, Caprivi [U], Miquel [U], Heyden [U], Thielen [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Eine* Weltausstellung in Berlin *würde lt. Berlepsch einen* Zuschuß von über 40 *Mio. M. erfordern.*[1] *Die rd.* 11 500 Gastbetten *von* Berlin *würden für die* Fremden *nicht ausreichen. Unter den* Industriellen *herrscht keine* große Begeisterung: 209 *sind* strikt *ablehnend,* 294 *mit* allerlei Bedenken *dafür. Nach Caprivi könnte zwar so ein* Beschäftigungsobjekt *für das* nationale Gefühl *geschaffen und die* Popularität *Wilhelms II.* gehoben *werden. Da er aber dagegen ist und angesichts der* Kosten *wird die* Ausstellung *abgelehnt*. [B] — **2.** *Schloßbau des Herzogs* Ernst Günther *zu* Schleswig-Holstein. [B] — **3.** Fortführung *der Miquelschen Steuerreform.* Spezialdiskussion[2] *über kontroverse Fragen. Die* Betriebssteuer *wird von den* Gemeinden *erhoben, aber an die* Kreise *abgeführt*[3] [B]. *Die nach der Steuerreform nötige Wahlrechtsreform soll später folgen, da durch Anrechnung blos veranlagter anstatt real entrichteter Steuern mit dem Dreiklassenwahlrecht für* Landtag *wie für Kommunen weitergearbeitet werden kann* [B]. *Die nach 1861 gewährte* Entschädigung *für die* Aufhebung der Grundsteuerfreiheit *sollen auch* Erben *der damaligen Empfänger zurückzahlen müssen*[4]*, aber nach einem günstigen Tilgungsmodus* [B]. Aktiengesellschaften *zahlen keine* Ergänzungssteuer; Vereinbarungen *von Kommunen* mit Gewerbebetrieben *über mehrjährig feste Steuerzahlungen bleiben unter Staatsaufsicht zulässig* [B]. *Die* Autonomie der Gemeinden *bei der kommunalen Steuergestaltung soll unter Staatsaufsicht gewahrt bleiben. Die* Kommunalsteuer-Privilegien für Beamte[5] *werden beibehalten* [B]. *Ob* 1/3 oder ½ Promille *Ergänzungssteuer zu fordern sind, bleibt offen. Nur Herrfurth erkennt in der Reform* einen plutokratischen und agrarischen Charakter[6] *und stimmt dagegen* [B]. — **4.** *Maßnahmen gegen die* Cholera. *Ein Einreiseverbot für* jüdische Auswanderer aus Rußland *wird erwogen*.

---

1 *Vgl. Die geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins, hrsg. von N. Rich u. M. H. Fisher, Bd. 3, Göttingen 1961, S. 372 bis 375 und Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 513–515 (Gegnerschaft Wilhelms II.).*

2 *Grundlage bildete wiederum Miquels* Denkschrift *v. 25.5.1892. Vgl. Sitzung am 5.7.1892, TOP 2 mit Anm.*

3 *Die teilweise Belassung der Betriebssteuer, einer Schank- und Branntweinsteuer in den Gemeinden für kommunale Zwecke wurde mehrheitlich verworfen, da die Kreise diese Mittel nötiger hätten.*

4 *Infolge des Grundsteuerreform-Gesetzes v. 21.5.1861 waren ca. 35 Mio. M. Entschädigung an bis dahin grundsteuerfreie (Groß-)Grundbesitzer gezahlt worden; mit Außerkraftsetzung dieser Steuer zum 1.4.1895 wurden davon ca. 18 Mio. M – zahlbar in Raten – zurückgefordert. Vgl. Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1911, S. 496 f. u. 829 ff.*

5 *Beamtengehälter waren nur teilweise, Pensionen gar nicht kommunalsteuerpflichtig.*

6 *Zitat Bl. 174v. Herrfurth klagte (Bl. 192) explizit, die Reform komme* den großen Städten [...], wohlhabenderen Landesteilen [...], Groß-Grundbesitzern [...] vorwiegend zu Gute*. Daß Miquels Plan im Abgeordnetenhaus mehrheitsfähig sei, mußte Herrfurth allerdings zugeben. Wegen der Meinungsverschiedenheiten trat Herrfurth zum 9.8.1892 zurück und Ministerpräsident B. Eulenburg übernahm das Innenressort; vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 213–216, 232–236 (Rücktrittsgesuch); BArch, RK, Nr. 1460, Bl. 204–209 (1. Rücktrittsgesuch v. 4.8.1891) sowie Thier, Steuergesetzgebung, S. 564–567.*

Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 13. August 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 108, Bl. 200–220; MF 649. — Abschr. [TOP 1–4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 236–245.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Kaltenborn [U], Heyden [U], Thielen. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Lisco, F. Seydel, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 9].

1. Bau der Eisenbahnstrecke Rothfließ – Rudczanny. *Preußen soll sie allein durch eine Anleihe finanzieren.* [B] — **2.** *Der Wunsch Kaltenborns, bei der* Konzessionierung *von* Kleinbahnen *Rücksicht auf deren Verwendung als* Feldbahnen *zu nehmen, ist nach Thielen schwer realisierbar, da die* Spurbreite von 60 cm *selten gewählt und* 75 cm *favorisiert wird. Die* Konzessionierung *in* Grenzbezirken *kann der* Militärverwaltung *angezeigt werden, aber soll grundsätzlich* von aller

bürokratischen Bevormundung freigehalten werden.[1] [B] — **3**. Etat *der* Ansiedlungskommission. *Da die von früher 20 auf dieses Jahr nur* 5 *Mio.* M. *herabgesetzten Mittel für Ankäufe nicht ausreichen, darf der* Etat *um rd. 1,7 Mio.* M. [...] überschritten *werden*. [B] — **4.** *Die Ordenssachen anläßlich der* Herbstmanöver in der Rheinprovinz und in Lothringen *werden gebilligt*. [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Die* Maul- und Klauenseuche *grassiert in* 260 Kreisen. *Mögliche* Maßnahmen *wie* Verbot gegen das Treiben von Schweinen *sind zu erwägen*. — **7.–8.** *Zwei Ordenssachen. Titelverleihung.* [B] — **9.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1674, Bl. 254–261 (Voten).*

Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 16–18], Bd. 108, Bl. 222–264v; MF 649/650. — Abschr. [TOP 1–11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 248–265.

Anwesend: Eulenburg [V], Boetticher [U], Schelling [U], Berlepsch [U], Caprivi [zu 1–15, U], Miquel [U], Kaltenborn [zu 1–17, U], Bosse [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Marcard [für Heyden], Richard Koch [zu 1], Gutbrod [zu 1–3], Gerlach [zu 16], H. Planck [zu 16–18], W. Frh. Senfft v. Pilsach [zu 17], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 18].

1. *Der Gesetzentwurf*[1] *betr.* die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere *ist* als preußischer Antrag beim Bundesrat *einzubringen.* [B] — **2.** *Maßnahmen gegen öffentliche Herabwürdigung des* Ansehens des Staats *anläßlich der* Ahlwardtschen Broschüre „Neue Enthüllungen. Judenflinten“[2]. *Eine* Ergänzung *des Pressegesetzes und eine Strafbestimmung im geplanten Spionagegesetz sind zu prüfen, speziell zwecks* Ausdehnung der Beschlagnahmebefugnis [...] ohne richterliche Anordnung, *auch wenn* im Reichstag *diesbezüglich wenig* zu gewinnen *ist.* [B] — **3.** Zwangsweise Beitreibung *von* Steuern *und Ordnungsstrafen* anderer Bundesstaaten *in und durch* Preußen. *Die* Sache *ist seit der von Bismarck* 1884 *bestimmten Vertagung mehrfach* von einzelnen Bundesregierungen *angeregt worden, und es sollen nun* kommissarische Beratungen *stattfinden*.[3] [B] — **4.** Neuregelung des Impfwesens auf der Insel Helgoland *gem*. Reichsimpfgesetz *von* 1874.[4] [B] — **5.** *Stellungnahme zu* Resolutionen[5] *des* Reichstages, *die dessen* Kompetenz *überschreiten, etwa indem der* Reichskanzler *ersucht wird, durch* Vermittelung *einer* deutschen Regierung einen Gemeindebeamten wegen *Wahlmanipulation rügen* zu lassen. *Sie sind als verfassungswidrig im* Bundesrat *abzulehnen.* [B] — **6.** Verkauf des Stadtschlosses in Fulda[6] *durch den* Landgrafen von Hessen. *Bosse und Eulenburg lassen alle früheren Bedenken gegen den* Verkauf *fallen, zumal auch Wilhelm II. dafür ist*. [B] — **7.** Errichtung des Nationaldenkmals *für* Wilhelm I. *auf der Berliner* Schloßfreiheit. *Die* Kosten *für die* Regulierung *des Bauplatzes sind zwischen* Preußen *und dem*

[1] *Rep. 84a, Nr. 11177, Bl. 257–273v (Druck). Vgl. Sitzung am 16.11.1892, TOP 1 mit Anm.*
[2] *Erschien 1892 in Dresden.*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115148 (1892–1895) und Sitzung am 28.5.1884, TOP 4 mit Anm. zum früheren Anlauf.*
[4] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115146.*
[5] *StenBerRT, Session 1890/92, 21.1.1892, S. 3796 und 18.3.1892, S. 4843 f. Die Resolutionen forderten, der Reichskanzler möge die Regierungen von Sachsen bzw. Schwarzburg-Sondershausen im Bundesrat rügen lassen, da Gemeindebeamte bei der Reichstagswahl 1890 Stimmzettel verteilt hatten. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1892, Sitzung v. 10.11.1892, § 676 (Weiterleitung an Reichskanzler).*
[6] *Vgl. Rep. 90, Nr. 46, n. f. (Voten, Schreiben des Hofmarschalls v. Strahl, Immediatbericht v. 10.11.1892).*

Reich *strittig*. Preußen *wird den* Kostenbeitrag für Uferbauten *allein* übernehmen.[7] [B] — **8.** *Eine Mitteilung der wegen der Steuerreform änderungsbedürftigen Gesetze ist erwünscht.* — **9.** *Ordenssachen zu den Herbstmanövern in der* Rheinprovinz *und Lothringen entfallen*. — **10.** *Miquel mahnt zur* Sparsamkeit *beim Etat* 1893/94. — **11.** *Eine geplante Kollekte zum* Bau einer Kirche *der unierten* Gemeinde *in* Metz *wird in der lutherischen Kirche von* Schleswig-Holstein *auf* Widersetzlichkeit *stoßen, da dort* Agitation für exklusives Luthertum *betrieben wird. Bosse soll Wilhelm II. anheimstellen, die* Kollekte *trotzdem* zu bewilligen. [B] — **12.** *Ordenssache*. Orden *der* I. Klasse *werden erst ab der Rangstufe Wirkl.*Geheimer Rat *verliehen*. [B] — **13.** *Ernennung*. [B] — **14.** *Entbindung zweier katholischer Priester von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **15.** *Ernennung. Ordenssache*. [B] — **16.–18.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[7] *Vgl. Rep. 93, B Nr. 2373, Bl. 124–147 bzw. BArch, RAdI, Nr. 115040, Bl. 11–24v (Voten) sowie StenBerAH, Session 1892, 9.5.1892, S. 1620–1636 (Antrag E. Richter).*

Nr. 100 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 10] und Korrekturen, Bd. 109, Bl. 2–33; MF 650/651.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–9], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1, U], Frh. v. Broich [zu 10].

1. Gesetzentwurf[1] *betr.* die Friedenspräsenzstärke des Heeres[2]. *Die Finanzierung der* 67 *Mio. M. Mehrausgaben soll nicht durch höhere einzelstaatliche* Matrikularbeiträge, *sondern durch Erhöhung der Reichssteuern auf* Bier *und den* kontingentierten Branntwein, *den* Tabakzoll *sowie die* Börsensteuer *erfolgen. Eine* Reichsweinsteuer *erscheint kaum* opportun, *eine* Schaumweinsteuer *vielleicht. Miquel will eine Reichssteuerreform mit Wegfall der* Franckensteinschen Klausel *und dynamischen Reichssteuern folgen lassen*.[3] [B] — **2.** Ergänzungssteuergesetz[4]. *Änderungswünsche, vor allem Heydens, bei diversen, auf Grundbesitzer bezogenen Einzelpunkten werden meist* angenommen. [B] — **3.** *Die Umsetzung* der in § 302 des Handelsgesetzbuchs[5] vorgesehenen staatlichen Ermächtigung *an* Lagerhäuser *zur* Aufbewahrung von Waren *und* Sachen *soll in* kommissarischen Beratungen *vorbereitet werden*. [B] — **4.** *Zwei Ordenssachen. Wilhelm II. wird die evangelischen Geistlichen* Brückner *und* Koegel *dekorieren.*[6] — **5.** *Ernennung. Zum* vortragenden Rat *in einem Ministerium Beförderte müssen, wie seit 1883 üblich, zunächst* drei Monate als Hilfsarbeiter fun-

[1] *Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 16 Bd. 7, Bl. 27–73 (mit Anlagen). Vgl. StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 22; Debatte dazu 10.12. und 13./14.12.1892, S. 227–252, 287–313, 315–339.*

[2] *Zur Militärvorlage 1892/93 vgl. Förster, Der doppelte Militarismus, S. 36–74; zur Sitzung vgl. Werdermann, Johannes, Die Heeresreform unter Caprivi, Phil. Diss., Greifswald 1928, S. 78 f.*

[3] *Zur Finanzierung der Mehrausgaben vgl. Gerloff, Wilhelm, Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches nebst ihren Beziehungen zu Landes- und Gemeindefinanzen von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zur Gegenwart, Jena 1913, S. 303–309.*

[4] *Rep. 151, HB Nr. 1724, Bl. 144–210 (Entwurf nebst Begründung und Anlagen v. 18.8.1892). Das Votum Heydens v. 5.10.1892 ebd., Bl. 251 f. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 8986, Bl. 218 ff.; BArch, RK, Nr. 2094, Bl. 160 ff. und StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 6; Debatte dazu 18.–24.11.1892, S. 21–207. Analyse bei Thier, Steuergesetzgebung, S. 593 ff., zur Sitzung S. 601.*

[5] *Die entsprechende Bestimmung fand sich in § 302 des Allg. Deutschen Handelsgesetzbuches v. 24.6.1861 bis zur Novellierung des HGB unter dem 10.5.1897.*

[6] *Wohl aus Verstimmung hat das Staatsministerium die Verleihungen nicht explizit gebilligt.*

gieren. [B] — **6.** Staatsminister *als* Urwähler *nach dem Dreiklassenwahlrecht.* Boetticher *und* Berlepsch *wählen in der* III. *Klasse*. — **7.** *Ausbreitung der* Cholera in Ungarn. Einfuhrverbote *für* Waren *bleiben noch aufgeschoben*. [B] — **8.** *Ordenssache.* [B] — **9.** *Die Bestätigung des freisinnigen R.* Zelle *als* Oberbürgermeister von Berlin *erfolgte nach Vortrag* Eulenburgs *am* 6. *Oktober, die Bekanntmachung am* 7. *Oktober*. — **10.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen Bd. 109, Bl. 35–51v; MF 651/652. — Abschr. [TOP 1–3, 5–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 282–291.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Terminierung von Landtags- und Reichstagssession 1892/93. Wilhelm II. soll nur den* bedeutsameren *Reichstag persönlich* eröffnen. [B] — **2.** *Branntwein. Da die* gute Korn- und Kartoffelernte Schwierigkeiten in der Volksernährung *und der Branntweinproduktion* nicht befürchten *läßt, ist das* Maisbrennen *im* Betriebsjahre *1892/93* nicht zu gestatten. [B] — **3.** *Welfenfonds. In den Verhandlungen hierzu sind drei Punkte, nämlich das* Gestüt *in* Herrenhausen, *das* Welfenmuseum *und die* Bibliothek *strittig, da dies eine* politische *Dimension hat*.[1] [B] — **4.** *Die Besoldungsfrage eines* katholischen Religionslehrers *wird vertagt*. — **5.** Reform der Personentarife *der Staatseisenbahnen. Da Ermäßigungen Miquel zufolge finanziell untragbar sind, sollen nur* Verhandlungen *mit den deutschen Bundesstaaten über eine Angleichung* reglementarischer Bestimmungen, *wo* lästige Buntscheckigkeit *herrscht, stattfinden. Eine* Herabsetzung der Rohstofftarife *wäre lt. Berlepsch zudem* noch wichtiger.[2] [B] — **6.** Ergänzungssteuer. *Kommunale* Zuschläge *dazu sind unerlaubt*. [B] — **7.** *Gegen H.* Ahlwardt *ist* wegen seiner Broschüre über Judenflinten die Anklage wegen Verleumdung erhoben.[3] — **8.** *Ernennung. Der vom Kreistag* Darkehmen *als Landrat präsentierte A.* v. Saucken *ist als Freisinniger nicht zu bestätigen*.[4] [B]

[1] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 226, Bl. 1–8v (Miquel am 3.10.1892 zum Verhandlungsstand).*
[2] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f. und Rep. 77, Tit. 258 Nr. 72 Adhib., Bl. 7 ff. (Voten ab 6.8.1892).*
[3] *Vgl. Sitzung am 15.9.1892, TOP 2. Wegen der Behauptung, die Waffenfabrik I. Loewe habe den Staat wissentlich mit schlechten Gewehren betrogen, erhielt Ahlwardt 5 Monate Gefängnis; vgl. Wippermann, 1892, II, S. 87–90.*
[4] *Vgl. Rep. 77, Nr. 4707, Bl. 166–251 und Groeben, Klaus von der, Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, Berlin 1979, S. 33 u. 76.*

Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 3] und Korrekturen, Bd. 109, Bl. 52–66; MF 652.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 3].

1. *Gesetzentwurf*[1] *betr.* Aufhebung *der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und Überweisung an die Kommunen. Diskussion von Details. Heyden tritt erfolglos gegen die Pflicht zur Rückzahlung der nach 1861 gezahlten* Entschädigung *für* Aufhebung *der Grundsteuerfreiheit ein*. [B] — **2.** *Eine* Denkschrift[2] *zur Begründung der* gesamten Steuerreform *ist in Arbeit.* — **3.** *Sechs Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Rep. 84a, Nr. 8986, Bl. 288 (Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern, Druck, 37 S.).*
[2] *Rep. 84a, Nr. 8987, Bl. 38 f. (Druck, 79 S.). Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 8.*

Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 1. November 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 109, Bl. 67–87v; MF 652. — Abschr. [TOP 1, 3–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 301–310.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. Zivil- und Militäranwärter *bei der* beabsichtigten Vermehrung der etatmäßigen Stellen im Subalterndienst. *Kaltenborn sieht durch Miquels Vorschlag einer mindestens* vierjährigen Dienstzeit *für die* Anstellung *von* Diätaren *viele* Militäranwärter *benachteiligt und besteht auf deren grundsätzlichem 50%-Anteil*[1] *bei der Stellenbesetzung; vertagt.* — **2.** *Die Rede*[2] *des Ministerpräsidenten zur Landtagseröffnung wird* durchberaten. [B] — **3.** *Die* Denkschrift *zur Begründung der* Steuerreform-Gesetze *wird gebilligt*. [B] — **4.** Entwurf[3] eines Kommunalabgabengesetzes. *Der Wunsch Heydens, daß auch künftig der Gutsherr die Kreis- und Provinzialsteuern auf die Gutsbewohner verteilen darf, wird berücksichtigt*[4]. *Boetticher moniert, daß die vorgesehene Aufhebung der Kommunalsteuerfreiheit für staatliche Dienstgebäude und* Dienstwohnungen *unter den* Beamten *große* Unzufriedenheit *erregen wird. Nach Eulenburg ist, obwohl* manche Gründe *gegen die geplante* Änderung *sprechen,* die Stimmung [...] solchen Privilegien nicht günstig *und wäre* im Landtage *keine Mehrheit dafür. Da der* Fiskus *der* Steuerpflichtige *sein wird, bleibt es bei der Aufhebung*. [B] — **5.** Staffeltarife *für* Getreide und Mühlenfabrikate. *Der Anregung der bayerischen Regierung nach deren* Aufhebung *ist nicht nachzugegeben*. [B] — **6.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **7.** *Ernennung*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 514, n. f. (Voten). Zum 50% Anteil der Militäranwärter gem. Anstellungsgrundsätzen von 1882 (§§ 4, 11, 22) vgl. Illing/Kautz, Handbuch, Bd. 1, S. 92–113. Im Etat 1893/94 wurden ca. 3500 neue etatmäßige Stellen für Subalternbeamte geschaffen; vgl. StenBerAH, Session 1892/93, 24.1.1893, S. 537 f.*
[2] *StenBerAH, Session 1892/93, 9.11.1892, S. 1–3.*
[3] *Rep. 84a, Nr. 8986, Bl. 290–367v. Vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 1705 (bis Juni 1892) und BArch, RAdI, Nr. 115138. Debatte dazu StenBerAH, Session 1892/93, 25./26.11.1892, S. 209–265. Kommentar durch Adickes, Franz, Das Kommunalabgabengesetz v. 14. Juli 1893, Berlin 1894, bes. S. 118 ff.*
[4] *Miquels Entwurf legte in § 75 dem Gutsherren alleine die Kreis- und Provinzialsteuern auf und begründete dies mit seinen privilegierten politischen Rechten. Mit Votum v. 27.9.1892 wandte sich Heyden unter Hinweis auf (Teil-)Verpachtungen oder Parzellierungen etwa auch fiskalischer Grundstücke gegen diese Änderung des 1875 durch Ministerialerlaß (MinBl. innere Verw., 1876, S. 15) bekräftigten Zustandes und setzte sich durch; vgl. Rep. 84a, Nr. 8986, Bl. 379–383.*

Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 109, Bl. 89–121; MF 652/653.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–8], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–2, U], Richard Koch [zu 1, U], Gutbrod, Ullmann [beide zu 1], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, H. Planck [alle zu 9].

1. Gesetzentwurf[1] *betr.* die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere. *Detaildebatte. Die Vorlegung eines* Stückverzeichnisses *an den Auftraggeber ist in bestimmten Fällen verpflichtend. Der* Gesetzentwurf *ist als preußischer* Antrag beim Bundesrat *einzubringen.* [B] — **2.** *Novellen*[2] *des Reichsstempel-Gesetzes hinsichtlich der Börsensteuern, des Brausteuer- und des Branntweinsteuer-Gesetzes*[3]*. Maltzahn zufolge ist damit auch ohne Tabaksteuer-Novelle ein Mehrertrag von* 58 Millionen Mark *zur Deckung der Heeresvorlage zu erwarten. Bei der umstrittenen Branntweinsteuer-Novelle wurde die Erhöhung so eingerichtet, daß ein* Entgegenkommen *gegenüber den* Süddeutschen *im Bundesrat möglich ist.*[4] [B] — **3.** Anfrage[5] *der* Stadt Berlin, *ob der Staat den* Grunewald *an sie verkaufen würde. Da Wilhelm II. dies nicht wünscht und der Zweck des Verkaufs unklar bleibt, ist abzulehnen.* [B] — **4.** *Entbindung* zweier katholischer *Priester* von den *gesetzlichen Erfordernissen* der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **5.** *Ordenssachen. Ein* Jubiläum *ihrer Pfarrkirche ist grundsätzlich kein Anlaß, evangelischen* Geistlichen *Auszeichnungen zu verleihen, zumal einer* ein politischer Agitator gegen die Staatsregierung *ist.* [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.** *Eingang eines* Berichts[6] der Generalkommission zu Bromberg *betr.* den erfreulichen Fortgang in der Schaffung von Rentengütern. — **9.** *14 Disziplinarsachen.* [B]

---

1 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11177, Bl. 278 ff. (Votum Berlepsch, Immediatbericht). Der Entwurf blieb 1893 im Bundesrat liegen und wurde 1895 im Rahmen der Börsenreform aufgegriffen (RGBl. 1896, S. 183).*

2 *Rep. 151, III Nr. 8271, n. f. (Branntweinsteuer-Novelle des Reichsschatzamts v. 6.9.1892, 2. Entwurf v. 10.11.1892); BArch, RK, Nr. 2148, Bl. 168–184 (Brausteuer-Novelle nebst Anlagen); BArch, RK, Nr. 2160, Bl. 144–147 (Stempelsteuer-Novelle). Vgl. StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 51 (alle drei Novellen).*

3 *Vom 1.7.1881/29.5.1885, 31.5.1872 bzw. vom 24.6.1887.*

4 *Die Steuer für nichtkontingentierten Branntwein wurde im Gesetzentwurf bei 70 Pfennig pro Liter belassen, um im Bundesrat bzw. Reichstag leicht der Erhöhung auf 75 Pfennig zustimmen zu können.*

5 *BArch, RAdI, Nr. 115114, Bl. 240–243 (Abschr.). Vgl. zur weiteren Debatte um den Schutz des Grunewaldes, v. a. die Herrenhaus-Debatte am 31.5.1897, Rep. 90, Nr. 1632.*

6 *Rep. 87, B Nr. 18781 (Bericht v. 7.4.1892). Der zugrundeliegende Gesetzentwurf Heydens über die Beförderung der Errichtung von Rentengütern in: Rep. 84a, Nr. 4294, Bl. 4–29v; vgl. StenBerAH, Session 1890/91, Drucks. Nr. 233.*

Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 109, Bl. 123–151; MF 653/654. — Abschr. [TOP 1–5, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 9, Bl. 324 bis 341v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–3], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Hanauer [zu 1–2, U], Aschenborn [für H. Frh. v. Maltzahn zu 1, U], Kügler, v. Bremen [beide zu 3].

1. Resolution[1] *des* Reichstages *betr.* Gleichstellung der Invaliden früherer Kriege mit denjenigen des Krieges 1870/71. *Kaltenborn möchte die benötigten 1,25 Mio.* M. *in den* Reichsinvalidenfonds *einstellen, aber Miquel widerspricht aus Finanz- und anderen Gründen* entschieden. *Da Caprivi, Boetticher und Eulenburg für Entgegenkommen optieren, ist ein Reichsgesetz dazu vorzulegen*. [B] — **2.** *Gesetzentwurf*[2] gegen den Verrat militärischer Geheimnisse *(Spionagegesetz). Miquel wünscht, daß auch der* Verrat [...] unrichtiger Tatsachen *und eine potentielle Gefährdung der* Sicherheit des Reichs *strafbar sein sollen*. [B] — **3.** *Gesetzentwurf*[3] *betr.* Verbesserung des Volksschulwesens und des Diensteinkommens der Volksschullehrer. *Nach Bosse ist nur dieser Teil der Volksschulfragen zu regeln derzeit politisch möglich und nötig, damit nicht* ein großer Teil der Lehrer ins sozialdemokratische Lager *übergeht. Aus Überschüssen der Steuerreform sind ab 1895 vier Mio. M. jährlich und sechs Mio. M. einmalig für Lehrergehälter und Schulbauten zu verwenden. Zwischen der Schulaufsichtsbehörde und dem Kostenträger strittige Lehrergehälter sollen vom* Regierungspräsidenten *und dem Bezirksausschuß, strittige Schulbauten oder Lehrerstellen im Verwaltungstreitverfahren entschieden werden.*[4] *Nachdrückliche Einwände Heydens gegen die behördliche Vorgabe von Lehrergehältern oder Schulstellen zu Lasten der Landgemeinden und Gutsbezirke. Eulenburg unterstützt ihn, weshalb kommissarische Beratungen anzusetzen sind*. [B] — **4.** *Versicherung der Schaustücke für die* Weltausstellung *in* Chicago. [B] — **5.** Wassermangel *im* Harz *könnte die zeitweise Einstellung des Staatsbergbaus erfordern*. — **6.** *Ernennung*. [B] — **7.** *Wiederberufung L.* Baares *in den* Landeseisenbahnrat. [B] — **8.** *Fünf Disziplinarsachen*. [B]

[1] *StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 361; Debatte dazu 16.3.1891, S. 2094–2096.*
[2] *StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 63; Debatte dazu 18.4.1893, S. 1880–1905.*
[3] *Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 10, Bl. 56–70v. Auch Rep. 84a, Nr. 4688, Bl. 104–105v (u. a. kommissar. Beratungen). Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 14; Debatte dazu 10./11.1.1893, S. 269–287 u. 289–310.*
[4] *Dadurch wurde das Gesetz v. 26.5.1887 betr. Feststellung von Anforderungen für Schulbauten ersetzt. Zum Volksschulwesen vgl. Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in: Büsch, Otto (Hrsg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, Berlin 1992, S. 605–798, hier S. 750 ff.*

Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1892.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 109, Bl. 153–164; MF 654.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1, 3–10], Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden [zu 1], Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Aschenborn [für H. Frh. v. Maltzahn zu 2, U].

1. *Die Ordenssachen zum* Ordensfeste *werden genehmigt.* [B] — **2.** *Das Reichsschatzamt möchte in* Berlin [...] Privattransitläger *für Getreide* ohne amtlichen Mitverschluß[1] *gestatten. Preußen wird im* Bundesrat *dafür stimmen, um die Getreidelagerung und -versorgung* Berlins *zu erleichtern.* [B] — **3.** *Gesetzentwurf*[2] *betr*. Änderung des Wahlverfahrens. *Zwölftelung*[3] *und Anrechnung der direkten*

[1] *Vgl. in Rep. 87, B Nr. 6850 die StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 44 (Regulativ für Privattransitlager).*
[2] *Rep. 77, Tit. 496a Nr. 169 Bd. 2, n. f. (Gesetzentwurf v. 14.12.1892). In dieser Akte verschiedene Fassungen des Entwurfs mit hs. Korrekturen Eulenburgs, Schriftwechsel und den StenBerAH bis zum Wahlgesetz v. 29.6.1893. Vgl. auch Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 6, n. f.*

kommunalen Steuern anstatt der wegfallenden staatlichen Realsteuern *sollen lt. Eulenburg* im wesentlichen nur den Zustand wiederherstellen, wie er vor dem neuen Einkommensteuergesetz bestanden *hat. Allgemeines Einverständnis damit.* [B] — **4.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen* der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **5.** *Titelverleihung*. [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Die Ernennung eines* Mitgliedes des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte *erfolgt demnächst*. — **9.** *Die* 1890 *abgestellten* Neujahrsgratulationen unter den Beamten *sollen auch künftig fortfallen. Die Form der Gratulation an Wilhelm II. wird Eulenburg noch mitteilen.* — **10.** *Das Finanzergebnis der* Staatseisenbahnen *war im* November *1892 erstmals wieder besser als im* Vorjahr.

[3] *Anstatt aufgrund je eines Drittels der gezahlten Steuern, sollte nunmehr die 1. Klasse aufgrund 5/12, die 2. Klasse aufgrund 4/12 und die 3. Klasse aufgrund nur 3/12 Steuerleistung gebildet werden. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 434 f.*

Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Dezember 1892.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 5–6] und Korrekturen, Bd. 109, Bl. 166–187; MF 654/655.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–2, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 1], v. Kurowsky [zu 3], G. P. Humbert [zu 3, U], Raschdau [zu 3], v. Kügelgen, F. Seydel, H. Planck [alle zu 5], Frh. v. Broich [zu 6].

1. *Gesetzentwurf betr.* Änderung der Militärpensionsgesetze. *Dem Antrag*[1] *der* Bundesratsausschüsse, *den* § 108, *der in definierten Fällen die* Einzelstaaten und Kommunen *auf Mindest-Pensionen für* Militäranwärter *verpflichtet, zu streichen, wird nicht zugestimmt. Denn der sprachlich zu ändernde Paragraph soll nur ausdrücken, daß die* Militärdienstzeit in derselben Weise angerechnet wird, wie dies *bei* Pensionierung der Reichsbeamten vorgeschrieben ist. [B] — **2.** *Umsetzung der in* Artikel 302 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen Ermächtigung an *Lagerhäuser* zur Aufbewahrung von Waren *und* Sachen *ohne* Gesetz, *da den* Wünschen der Ostseestädte *schon vor* Revision des Handelsgesetzbuches *bzw.* Erlaß des bürgerlichen Gesetzbuchs *entsprochen werden soll*. [B] — **3.** Rechtliche Stellung des Herzoglichen Hauses [...] Schleswig-Holstein. *Von vier Wünschen des Herzogs* Ernst Günther *können drei* nicht erfüllt *werden, da es sich um kein* souveränes Haus *handelt und für dauerhafte* Befreiung von der Wehrpflicht *eine* Gesetzesvorlage *nötig wäre*. [B] — **4.** *Bergarbeiter-Streik im Saarrevier*[2]. *Es werden Achtstundentag und schnellere Beförderung zum* Vollhauer *gefordert. Weiter Streikende sind zu* entlassen. — **5.–6.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — **7.** Ergänzungssteuergesetz *in der AH-Kommission. Gegen die* Neigung für die Streichung des § 51[3] *ist* zunächst *an* diesem Paragraphen festzuhalten. [B] —

[1] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 97 (Ausschußbeschlüsse) und Jg. 1893, Drucks. Nr. 4; angenommen in der Sitzung v. 3.2.1893, § 58.*

[2] *Vom 28.12.1892 bis 18.1.1893 streikten ca. 25 000 Saarbergarbeiter. Vgl. dazu Mallmann, Klaus-Michael, Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848–1904), Saarbrücken 1981, S. 288–305; Berlepsch, Neuer Kurs, S. 422–426 (aufgrund Akten des GStA) und StenBerRT, Session 1892/93, 12.1.1893, S. 429–455.*

[3] *Lt. § 51 sollten die Promille-Sätze der Ergänzungssteuer relativ zum über 35 Mio. M steigenden oder unter diese Summe fallenden Veranlagungssoll per Verordnung ermäßigt bzw. erhöht werden können.*

8. *Zwei* Petitionen[4] *aus* Königsberg *und* Bremen *um* Aufhebung des Identitätsnachweises *für Getreide liegen im RT. Momentan kein Eingehen darauf; die spätere Umsetzung ist zu beraten*. [B] — **9.** *Ernennung*. [B] — **10.** *Ordenssache*. [B]

[4] *StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 209.*

Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 13], Bd. 110, Bl. 1–18; MF 655.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse [zu 4–13]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 3 und 13], Frh. v. Broich [zu 13].

1. *Miquel hält* die ganze finanzielle Lage für sehr bedenklich. *Der Etat 1892/93 weist ein* Defizit von rund 53 Millionen *auf, bedingt durch Konjunktur und* Einnahmen aus den Eisenbahnen. *Die Durchführung* des Dienstalterstufen-Systems *für* 18 000 Beamte *im* Etat für 1893/94 *und* 4000 neue Stellen für Subalternbeamte *sind positive Regierungserfolge. Eine Ausweitung der* Staatslotterie *könnte Einnahmen bringen.* — **2.** *Ernennung zum* Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte *wird vertagt*. — **3.** *Wilhelm II. hat den* Verkauf des Stadtschlosses zu Fulda *genehmigt*.[1] [B] — **4.** *Das Angebot des deutschstämmigen Eisenbahnunternehmers H.* Villard, *deutschen Technikern und Wissenschaftlern den Besuch der Weltaustellung* in Chicago *zu finanzieren, wird angenommen*. [B] — **5.** *Zwei Titelverleihungen*. [B] — **6.** *Die Frage der* Auflösung des früheren Königlich Hannoverschen Gestüts zu Herrenhausen *wird vertagt*. [B] — **7.** *Drei Ernennungen*. [B] — **8.** *Die* Bestätigung *des neugewählten 2. Bürgermeisters von* Berlin, *M.* Kirschner *wird unterstützt, da er nicht mehr aktiv für den Freisinn tätig und auch sonst ein dienstlich tadelloser* Ehrenmann *ist*.[2] [B] — **9.** *Der Gesetzentwurf*[3] betr. Ruhegehaltskassen für *Volksschullehrer ist* zuerst *beim* Herrenhause *einzubringen*. [B] — **10.** *Entbindung dreier* katholischer *Priester von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **11.** *Zwei Ernennungen. Zwei Titelverleihungen*. [B] — **12.** *Der Bergarbeiter-Streik im Saarrevier verläuft lt. Berlepsch aufgeregt und bedenklich. Die Ausweitung auf Westfalen und* Oberschlesien *ist nicht ausgeschlossen. Etwa* 400 *Rädelsführer sollen* entlassen *werden, die übrigen Streikenden sind mit befristeter* Ablegung *und* Geldbußen *zu bestrafen. Ein* Vorgehen gegen den *bergmännischen* Rechtsschutzverein, *der den Streik trägt, ist zu prüfen.* [B] — **13.** *Zwei Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 46, n. f. (Verkauf an Stadt Fulda für 45 0 000 M., Details).*
[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 240c Nr. 9 Bd. 2, Bl. 248 ff. (Berichte über Kirschners politische Haltung).*
[3] *BArch, RAdI, Nr. 114931, Bl. 63–66v; ebd. auch weitere Entwürfe und Voten. Vgl. Sitzung am 23.12.1893, TOP 1 und StenBerHH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 24; Debatte dazu 22.3.1893, S. 65–70 und 3.5.1893, S. 202–225.*

Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8], Bd. 110, Bl. 19–39; MF 655.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1–6], Schelling, Berlepsch [zu 1–6], Caprivi, Miquel, Kaltenborn [alle zu 1–7], Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. *Zur* Beratung *der* Petition *des* landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen *gegen den Handelsvertrag mit* Rußland *ist ein instruierter Vertreter der Regierung in das Abgeordnetenhaus zu entsenden.*[1] [B] — **2.** *Arbeitslosigkeit und Wohnungspolitik. Etwa* 60–70 000 *Arbeitslose bilden lt. Berlepsch* ein sehr bedenkliches Element *in* Berlin. *Zur* Abhilfe *geforderte* Beschäftigung durch Staatsarbeiten[2] *würden wohl nur den* Zuzug beschäftigungsloser Personen *vermehren. Deshalb erwägt Berlepsch erneut*[3] *polizeiliche* Mindestforderungen *für Wohnungen, um so* Zuzug *und* Freizügigkeit *der Arbeiter zu beschränken. Miquel hält eine* reichsgesetzliche Regelung *für möglich, wozu* kommissarische Beratungen *angesetzt werden sollen*. [B] — **3.** *Titelverleihung. Prof. E.* Du Bois-Reymond *wird* Geh. Obermedizinalrat. [B] — **4.** *Wie seit* 1891 *Praxis, sind* öffentliche Gebäude *am* Geburtstag *Wilhelms II. nicht zu illuminieren.* [B] — **5.** *Eine neue* Anweisung zur Verwaltung der Kanzleigeschäfte *in* Ministerien *ist vorzubereiten.* [B] — **6.** *Umweltschutz und Wasserverschmutzung in* Magdeburg. *Das* Wasser der Elbe *ist stets mit Abwässern, v. a.* Salz *aus den* Mansfelder Bergwerken *belastet. Ein Verbot der Einleitung ist* unausführbar. *Abhilfe soll durch* Brunnen *und neue* Leitungen *erfolgen, zu deren* Kosten *die* beteiligten Industrien heranzuziehen *sind*.[4] — **7.** *Drei Ernennungen. Ordenssache*. [B] — **8.** *Sechs Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 42 II. Damit begann der offene Widerstand von Großlandwirtschaft und agrarkonservativer Bewegung gegen die Handelsvertragspolitik Caprivis.*

[2] *Die Beratung erfolgte kurz nachdem am 18.1.1893 vier von Sozialdemokraten berufene Berliner Arbeitslosenversammlungen Notstandsarbeiten gefordert hatten; vgl. Wippermann, 1893, I, S. 164.*

[3] *Bereits 1891/92 hatten Beratungen über Wohnungsreglementierung stattgefunden; vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8 Bd. 1, Bl. 1–120 und Adhib. 12 Bd. 1, Bl. 1–21 sowie Berlepsch, Neuer Kurs, S. 79–82. Vgl. Sitzung am 2.4.1898, TOP 3 mit Anm.*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 4005 Stadt Magdeburg Nr. 28 Bd. 2, n. f. (Magdeburger Kanalisation und Rieselfelder).*

Nr. 110 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 28. Januar 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 110, Bl. 40–56; MF 656. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 20–26.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Bergarbeiter-Streik im Saarrevier. Wilhelm II. wünscht einen Kronrat[1] *dazu, speziell zur Behandlung des bergmännischen* Rechtsschutzvereins. *Berlepsch rekapituliert dessen Entwicklungsgeschichte seit* 1889 *und dessen Förderung durch die* katholische Geistlichkeit *um* Kaplan Dasbach. *Die* Verwaltungsbehörden *befürworten ein generelles Austrittsverlangen an* Bergleute *unter* Vermeidung der Ablegung. *Die Bergbehörden und Berlepsch halten die* Entlassung *der* sozialdemokratischen Agitatoren *des* Rechtsschutzvereins *ohne generelle Beschränkung der* Koalitionsfreiheit *für zweckmäßig. Caprivi optiert für* Entlassung aller Vereinsmitglieder, *Eulenburg und Miquel für* Entlassung *nur der agitierenden* Arbeiter, *um nicht* ohne Not einen neuen Konflikt *hervorzurufen. Dies soll Wilhelm II. empfohlen werden.*[2] [B]

[1] *Der in Aussicht genommene Kronrat fand nicht statt.*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 2513 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 64 ff. (Maßnahmen gegen Streiks in Bergwerken und Fabriken 1893/94).*

Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 110, Bl. 57–85v; MF 656/657. — Abschr. [TOP 1–5, 7, 9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 28–44v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1–3], Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen [zu 1–2], Bosse. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen *gegen den* Handelsvertrag *mit* Rußland *und diesbezüglicher* Antrag[1] *O.* Arendt *im AH. Das* Staatsministerium *unterstützt die Handelsvertragspolitik. Das AH kann sie zwar allgemein diskutieren, aber nicht in die* schwebenden Verhandlungen *oder die* Kompetenz des Reichs *eingreifen. Dies wird Eulenburg erklären.* [B] — **2.** *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *L. F.* Seyffardt *betr.* Verunreinigung des Elbewassers *bei* Magdeburg. *Da Einleitungen der* Kalifabriken *aus ökonomischen Gründen unvermeidlich bleiben, ist einstweilen nur die Übernahme von* Flußwasser in Trinkwasserleitungen *zu verbieten*. — **3.** *Gesetzentwurf*[3] betr. Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen *im* Bundesrat. *Ein Passus wird debattiert, um bei* Seuchengefahr *großräumige* Absperrungen *vornehmen zu können.* [B] — **4.** *Gesetzentwurf*[4] über Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung. *Als* Hauptfrage *wird diskutiert, ob die von Schelling präferierten* Oberlandesgerichte *oder die von Miquel bevorzugten* Landgerichte *als* Berufungsinstanz *einzusetzen sind. Dazu sind* kommissarische Beratungen *nötig*. [B] — **5.** *Die Aufhebung der wegen der* Choleragefahr gegen Rußland erlassenen Ein- und Durchfuhrverbote *ist bald möglich* [B]. *Zuzugsverbote für* russische *Landarbeiter bestehen nicht. —* **6.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters* von den *gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **7.** *Die* Beschlußfassung *zum* Antrag[5] *der* württembergischen Regierung, *den* Städten Ulm, Stuttgart und Heilbronn *auch* gemischte Transitläger[6] *zu erlauben, wird zwecks Stellungnahme des Reichsamts* des Innern *vertagt*. [B] — **8.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **9.** *Titelverleihung*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 51 (verlangt eine bessere Wahrung der Interessen von Landwirtschaft und Industrie). Zur Debatte vgl. StenBerAH, Session 1892/93, 9.2.1893, S. 765–777, 15./16.2.1893, S. 852–925; Eulenburgs Erklärung ebd., S. 865. Vgl. Caprivis Stellungnahme in: StenBerRT, Session 1892/93, 15.2.1893, S. 1031–1041 und 17.2.1893, S. 1114–1116.*

[2] *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 50; Debatte dazu 14.2.1893, S. 817–828. Vgl. Rep. 87, B Nr. 3049, n. f. (Elbe-Verunreinigung durch Mansfelder Kaliproduktion).*

[3] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 16; Beschluß in der Sitzung v. 13.4.1893, § 223; Wiedervorlage an den RT, der den Entwurf nicht beraten hatte, gemäß Beschluß v. 25.10.1893, § 571.*

[4] *Rep. 84a, Nr. 8334, Bl. 240–324v (übersandt am 5.12.1892).*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115176, n. f. (Maltzahn bringt den Antrag v. 18.6.1892 am 28.11.1892 befürwortend an die Bundesratsausschüsse. Die StenBerBundesR 1893/1894 weisen keine Beschlußfassung dazu aus.*

[6] *Diese wurden nach der Zollreform 1879 errichtet, um den Transithandel mit (v. a. russischem oder österreichischem) Getreide, von dem besonders See- und Handelsstädte profitierten, unbeeinflußt durch die Zölle weitergehen zu lassen. Gemischte Lager waren berechtigt, sowohl verzolltes Getreide in das Inland abzusetzen, als auch ohne Zollentrichtung Getreide einzuführen und zu exportieren.*

Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Februar 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 1–2] und Korrekturen, Bd. 110, Bl. 86–114; MF 657.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–13], Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Planck, Erdtmann, Möbius [alle zu 1], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 2].

1.–2. *Acht Disziplinar- und Pensionsachen.* [B] — **3.** *Änderungswunsch*[1] *Bayerns zum Gesetzentwurf* betr. die elektrischen Anlagen. *Der Entwurf bezweckt,* beim Übergange vom Dampf- zum elektrischen Betrieb schon bestehender Bahnen Gefahren für vorhandene Anlagen, *vor allem* Telegraphen, [...] vorzubeugen. *Da nur Thielen und Berlepsch den* Zeitpunkt für eine gesetzliche Regelung *angesichts der schnellen* Entwicklung *für* noch nicht gekommen *ansehen und den freien Fortgang der Elektrifizierung bevorzugen, ist am Gesetzentwurf festzuhalten und der* bayerische *Wunsch abzulehnen.* [B] — **4.** *Der Gesetzentwurf*[2] betr. die Gewährung von Beistand […] bei der Einziehung von Abgaben und Geldstrafen *ist* als Antrag Preußens beim Bundesrat einzubringen. [B] — 5. Staffeltarife für Getreide und Mühlenfabrikate. *Die* Einnahmen *der Staatseisenbahnen daraus entwickeln sich gut, aber eine lebhafte* Agitation *für die* Aufhebung *entsteht in Mittel- und Süddeutschland sowie in der Zentrumspartei. Obwohl auch die* bayerische Regierung *die* Aufhebung *angeregt hat, sind sie beizubehalten.* [B] — **6.** *Ernennung eines Mitglieds beim* Gerichtshofe zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte. *Mit* 5 gegen 4 Stimmen *setzt sich A.* Schultz *gegen K. Frh. v. Wilmowski durch.*[3] [B] — **7.** *Öffentliche* abfällige Kritik *am* Reichskanzler[4]. *Anläßlich eines Falles verlangt Caprivi eine Instruktion der preußischen* Beamten, *die bei solcher* Kritik *dienstlich anwesend sind, was er für den* Reichsdienst *bereits* veranlaßt *hat.* [B] — **8.** *Der* Wunsch des Provinzial-Landtages *von* Hessen Nassau auf Erhaltung *der* Theater *in* Kassel und Wiesbaden *als* königliche[5] *ist* im Auge *zu* behalten, *da es sich* um eine politische Frage *handelt.* [B] — **9.** *Ernennung.* [B] — **10.–11.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **12.** Kollekte *zum* Bau einer reformierten Kirche in Metz. *Der* Ausschuß der schleswig-holstein'schen Gesamtsynode *hat sie* in dieser Provinz *untersagt.* — **13.** *Ordenssache.* [B] — **14.** *Stellungnahme zum* Antrag[6] *A.* Schultz-Lupitz *betr. einen Ausnahmetarif der Staatsbahnen für* Düngemittel. *Bei* weiterer Herabsetzung würden höchstens noch die Selbstkosten gedeckt werden *und* Berufungen *einsetzen.*

[1] *StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 155. Auf Wunsch Bayerns sollte das Reichsgesetz gerade nicht die Elektrifizierung von Bahnen einbeziehen, da dies als Reservatrecht durch bayerische Bestimmungen zu erfolgen habe. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Sitzung am 19.1.1893, § 21 (Beschluß ausgesetzt) mit Anlage.*

[2] *Rep. 84a, Nr. 8799, Bl. 211 f. Vgl. StenBerBundesR 1893, Drucks. Nr. 60 und Sitzung am 20.4.1895, TOP 2.*

[3] *Der im Prot. nicht genannte unterlegene Kandidat Wilmowski ergibt sich aus: Rep. 84a, Nr. 20271, Bl. 1 f.*

[4] *Bei der Jahresversammlung des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 21.2.1893 in Berlin hatte Frh. v. Thüngen-Roßbach heftige Angriffe gegen die Handelspolitik Caprivis gerichtet. Vgl. BArch, RK, Nr. 359a, Bl. 153 ff. (Caprivis Erlaß an die Reichsbehörden v. 22.2.1893 und im Prot. genannter Art. der Zeitung Die Post v. 22.2.1893).*

[5] *Vgl. Sitzung am 18.6.1892, TOP 2 mit Anm.*

[6] *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 83; Debatte dazu 4.3.1893, S. 1338–1343.*

Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 110, Bl. 115–135; MF 657/658. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 60–68.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 9].

1. Beschlüsse[1] *der* Kommission des Abgeordnetenhauses *zum* Gesetzentwurf *betr*. Änderung des Wahlverfahrens. *Nach Eulenburg ist die von der Zentrumspartei durchgesetzte Maximierung*[2] *akzeptabel, da kaum wirksam; ebenso die von den Konservativen durchgesetzte Beschränkung nicht einkommensteuerpflichtiger* Personen *mit fingiertem* Steuersatz von 3 M.[3] *stets auf die dritte* Wählerklasse. [B] — **2.** Verunreinigung des Elbewassers. *Eine finanzielle Beteiligung der* königlichen Betriebe *ist vorzusehen, aber der Bau von Trinkwasser-Leitungen soll durch die betroffenen* Städte *erfolgen. Die Berufung einer* Kommission unter dem Oberpräsidenten von Sachsen *ist eingeleitet. Das Verbot von Abwassereinleitungen in Flüsse kann bei künftigen Gewerbekonzessionen ausgesprochen werden, aber eine* vorsichtige Behandlung der Sache *ist nötig, da die* Konsequenzen *daraus* unabsehbar *sind.*[4] [B] — **3.** *Beteiligung zweier Ministerien an der* Beratung des von dem Oberbürgermeister Adickes eingebrachten *Initiativgesetzentwurfs*[5] betr. Erleichterung von Stadterweiterungen. [B] — **4.** *Ein* Gesetzentwurf[6] *betr*. das Verfahren bei dem Oberverwaltungsgericht *in* Einkommen- und Gewerbesteuersachen *ist einzubringen*. [B] — **5.** *Ernennung*. [B] — **6.** *Der* Entwurf[7] eines Anleihegesetzes betr. den Bau von Eisenbahnen *wird gebilligt*. [B] — **7.** *An der* Kommissionsberatung im Herrenhause[8] über die Petition des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen *gegen den* Handelsvertrag *mit Rußland werden sich mehrere* Minister *beteiligen.* — **8.** *Zwei Titelverleihungen*. [B] — **9.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

1 *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 73.*
2 *Die Maximierung besagte, daß die über 2000 Mark Staatseinkommensteuer hinausgehende Steuerleistung inklusive der kommunalen Zuschläge zur Staatssteuer bei der Bildung der drei Wählerklassen unberücksichtigt bleiben sollte.*
3 *Bei der Einkommensteuerreform 1891 war für alle nicht Einkommensteuerpflichtigen ein fingierter Staatssteuersatz von 3 Mark angenommen worden, um ihnen das Wahlrecht überhaupt zu erhalten. Lt. Kommissionsbeschluß – vor allem in armen Landgegenden von Bedeutung – sollte dieser Personenkreis unter Anhebung der fingierten Steuer auf 4 Mark stets nur in der 3. Klasse wählen.*
4 *Vgl. Rep. 87, B Nr. 3048, n. f. (Votum Berlepsch v. 27.2.1893 und weitere Voten) sowie Büschenfeld, Flüsse und Kloaken, S. 361–363 (aufgrund Rep. 120, BB IIa 2 Nr. 85 Bd. 3).*
5 *StenBerHH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 5 (Initiativgesetzentwurf in Antragsform).*
6 *Ein diesbezügliches Gesetz erging ausweislich der Gesetzsammlung jedoch nicht.*
7 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*
8 *Wann die Kommissionssitzung stattfand, ist nicht bekannt; vgl. StenBerHH, Session 1892/93, 18.3.1893, S. 26–38 (Plenardebatte und Annahme der Petition).*

Nr. 114 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 110, Bl. 136–172; MF 658. — Abschr. [TOP 1–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 73–89v.

Anwesend [U][1]*: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1–2], Schelling, Caprivi [zu 1–8], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 9].

1. *Ein* Ausnahme-Tarif *der Staatseisenbahnen für* Eisenerze und Schlacken *ist ab* 1. Mai *1893 auf Wunsch der* rheinisch-westfälischen Hochofenwerke *einzuführen, da jetzt Minette-Importe* aus Lothringen und Luxemburg *nötig sind* [B]. *Heyden moniert, daß auch Tarifherabsetzung für* Dünger *beantragt ist, und man* pari passu vorgehen *soll, um* Beschwerden *wegen Bevorzugung der Industrie zu vermeiden*. — **2.** *Beratung zum Wunsch der* württembergischen Regierung, *gemischte* Transitläger *in* Ulm, Stuttgart und Heilbronn *zu erlauben, wird vertagt*. [B] — **3.** *Rangfolge von*

1 *Gelesen: Frh. v. Berlepsch [U].*

Kardinal, [...] *kommandierendem* General *und* Oberpräsident *in der* Provinz *Schlesien gemäß* Hofrangreglement. *Auf eine Anfrage des* Oberpräsidenten *über die* Rangstellung des Kardinal-Fürstbischofs Dr. Kopp *hin, ist eine Entscheidung Wilhelms II. einzuholen*.[2] [B] — **4.** *Immediatvorstellung*[3] *der* ostelbischen landwirtschaftlichen Zentralvereine. *Bezüglich der 10 Forderungen wird festgestellt: Der Getreidezoll soll bei* 3,50 M *bleiben; für Vieh-, Spiritus- und Zuckerexporte ist momentan* nichts zu tun *möglich; der russische Handelsvertrag bleibt aus* politischen Gründen *und für die* Industrie erwünscht *und die* Differentialzölle[4] *sollen gegen Konzessionen Rußlands aufgehoben werden; eine Novelle zum Viehseuchen-Gesetz ist im* Bundesrat[5]; *weitere Zucker-Exportprämien sind erwägenswert; eine Novelle zum* Gesetz über den Unterstützungswohnsitz *ist im RT*[6]; *Ausnahmetarife für* Düngemittel *sind möglich; der Kleinbahn- und Kanal-Ausbau mit Staatssubventionen wird weitergehen; die Forderung bezüglich innerer* Kolonisation *scheint unklar. Die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide wird erwogen. Eine* amtliche Enquête *zur* Doppelwährung[7] *wird, obwohl sie Eulenburg unterstützt, von Caprivi und Heyden abgelehnt, zumal die* Doppelwährung *nur international koordiniert einführbar wäre. Schließlich läßt Heyden einen* Gesetzentwurf *über* Landwirtschaftskammern *ausarbeiten*. — **5.** *Erwerb des Grundstücks und Gebäudes* Wilhelmstr. No. 64 *für das Handels- oder Justizministerium. Zuerst erfolgt eine Prüfung von Eignung und Preis*.[8] [B] — **6.** *Der Ankauf von* Gut Dorposch *durch die* Ansiedlungskommission *wird gebilligt*. [B] — **7.** *Caprivi wünscht ein Vorgehen gegen H.* Ahlwardts *antisemitische* Agitation.[9] *Eulenburg erwägt ein Verbot* Ahlwardtscher Schriften. — **8.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **9.** *Sechs Disziplinarsachen*. [B]

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115175, n. f. (Voten, die sich dagegen aussprechen, daß Kopp gem. Hofrangreglement v. 19.1.1878 der 9. Rang, dem kommand. General aber nur Rang 12 und den Oberpräsidenten, soweit sie nicht als Staatsminister a. D. Rang 16 bzw. als Wirkl. Geheime Räte Rang 19 einnahmen, nur Rang 25 zukommen).*

[3] *Am 22. Februar 1893 empfing Wilhelm II. in Gegenwart Eulenburgs und Heydens eine Deputation ostelbischer Grundbesitzer. Die vom Reichs- und Staatsanzeiger veröffentlichte Antwort Wilhelms II. versprach Berücksichtigung ihrer zehn Wünsche nach Möglichkeit; vgl. Schultheß, 1893, S. 10–17.*

[4] *Praktisch bedeutete dies die Senkung des Zolls von 5 M. auf 3,50 M. pro 100 kg Getreide, wie er Österreich-Ungarn im Handelsvertrag 1891 zugesichert worden war.*

[5] *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 16; beschlossen in der Sitzung am 13.4.1893, § 223.*

[6] *StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 130; Debatte dazu 16./17.3.1893, S. 1677–1715.*

[7] *Gemeint war die vieldiskutierte Einführung der Silber- oder Doppelwährung anstatt der Goldwährung, um der Landwirtschaft billigeren Kredit und bessere Preise zu sichern. Vgl. Lexis, Wilhelm, Art. Doppelwährung, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 2. Aufl., Jena 1900, S. 557–571 und Puhle, Hans-Jürgen, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914), 2. Aufl., Bonn 1975, S. 204, Anm. 224.*

[8] *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 184, n. f. (Ankauf der 4400 qm für 1,9 Mio. M. am 12.8.1893, Voten wegen Verwendung).*

[9] *Vgl. Rep. 84a, Nrn. 55739–55749 (Prozesse Miquels/Caprivis gegen Ahlwardt u. a. Antisemiten).*

Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1893.

Vollz. Reinschr., Bd. 110, Bl. 173–200; MF 658/659. — Abschr. [TOP 1, 3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 92–103.

Anwesend: Eulenburg [V zu 1–3, U], Boetticher [U], Schelling [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Kaltenborn [U], Heyden, Thielen, Bosse [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–3, U].

1. *Wunsch der württembergischen Regierung,* gemischte Transitläger *in* Ulm, Stuttgart und Heilbronn *zu erlauben. Berlepsch sieht nur für* Ulm *einen realen Getreide-Transithandel und somit*

sachliche Berechtigung; Heyden befürchtet dadurch sinkende Getreidepreise. *Eine Ministermehrheit optiert wegen mehrerer Bewilligungen* seit 1891 *und um* Württemberg *nicht zu verstimmen für die* Zustimmung *Preußens im* Bundesrat.[1] [B] — **2.** *Ernennung*. [B] — **3.** *Gesetzentwurf*[2] *betr.* Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870. *Da eine Auszahlung über den* Reichsinvalidenfonds [...] Bayern *bevorzugen würde, soll das Reichsschatzamt zunächst die Auszahlung über den* Dispositionsfonds des Kaisers *prüfen*. [B] — **4.** *Linienführung der von* Siemens & Halske geplanten elektrischen Hochbahn *in* Berlin. *Zwischen* Warschauerstraße *und* Nollendorfplatz *soll trotz eines* Einspruchs *der* Zwölf-Apostel-Gemeinde *am* Dennewitz-Platz *gebaut werden, da das* Verkehrsbedürfnis *gegeben ist*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 120, C VII 2a Nr. 9 Bd. 7, Bl. 62 ff. und StenBerBundesR, Jg. 1893, Sitzung 20.4.1893, § 241 (genehmigt).*
[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 55; Debatte dazu 2.12.1893, S. 227–234; ergangen als Reichsgesetz v. 14.1.1894, RGBl., S. 107.*

Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6], Bd. 110, Bl. 201–217; MF 659. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 105–112v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–5], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Aschenborn [zu 1, U], Frh. v. Broich [zu 6].

1. *Gesetzentwurf betr*. Gewährung von Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870. *Um* Bayern *politisch nicht zu verstimmen, wird nach dem Wunsch Caprivis dessen* Bevorzugung *bei der Gelderverteilung nach dem ursprünglichen Plan hingenommen, aber es soll* die nächste passende Gelegenheit benutzt *werden,* um einer finanziellen Bevorzugung Bayerns vorzubeugen. [B] — **2.** *Rang- und Titelverhältnisse der* Provinzial-Steuerdirektoren *und* Konsistorialdirektoren. *Die Frage soll einstweilen auf sich beruhen bleiben, da besonders Eulenburg und Caprivi* grundsätzlich gegen das Hinaufschrauben der Titel *eingestellt sind*. [B] — **3.** *Die* Beratungen über Rang und Titel der Reichsbeamten *haben lt. Caprivi* kein befriedigendes Ergebnis erzielt, *weshalb eine Neuregelung* zur Zeit nicht weiter *verfolgt wird*. [B] — **4.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **5.** *Mitteilung Miquels über* Verleumdungen *des* Staatsministeriums *in zwei* antisemitischen Versammlungen[1]. *Künftig sollen grundsätzlich* Strafanträge *gestellt werden, jedenfalls* soweit Erfolg davon erwartet werden *kann*.[2] [B] — **6.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Miquel bezog sich auf – nicht näher identifizierte – Zeitungsberichte über Versammlungen am 28.3., 30.3. und 7.4.1893; Schultheß und Wippermann vermelden dazu nichts. Vgl. Rep. 84a, Nr. 55748 (Prozeß Miquel contra Ahlwardt wegen Beleidigung).*
[2] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 129, Bl. 128 f. (Memorandum Bethmann Hollwegs v. 28.12.1910 betr. Stellung von Strafanzeigen).*

Nr. 117 Sitzung und vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 27. April 1893.

Vollz. Reinschriften mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8–9] und Korrekturen, Bd. 110, Bl. 218 bis 235; MF 659/660.

Anwesend [U][1]*: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1–7], Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–7], Miquel, Kaltenborn [zu 1], Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: H. Planck, Renvers, P. Sachs [alle zu 8], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 9].

1. *Ergänzung zur Novelle des* Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz. *Die Aufgaben der preußischen* Landarmenverbände *seit* 1891[2] *bezüglich* Fürsorge für hilfsbedürftige Geisteskranke *etc. sind einzufügen*. [B] — **2.** Beschlüsse[3] *der* Kommission des Herrenhauses *beim Wahlgesetz. Die Drittelung wurde wiederhergestellt und die Maximierung gestrichen*[4]*. Beides ist akzeptabel, zumal das* Abgeordnetenhaus *dem zustimmen wird.* [B] — **3.** Befreiung *der Beamten von der* Krankenversicherungspflicht. *Detailfrage*[5]. [B] — **4.** *Günstiges Finanzergebnis der* Staatseisenbahn-Verwaltung *im Etatjahr 1892/93.* — **5.** *Stellungnahme zur* Interpellation[6] *Graf H.* Douglas *betr. Maßnahmen gegen die* Choleragefahr. *Bosse wird erklären, daß die* Regierung ihre Maßregeln in gleicher Richtung *wie* 1892 *und analog der damaligen* Denkschrift[7] *einrichten wird*. [B] — **6.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen* der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **7.** Mitteilung *Miquels über die* Verhandlung *der Kommission* des Reichstags *zur* Beratung des Ahlwardt'schen Antrags[8]. — **8.–9.** *Acht Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — [**10.**] Vertrauliche Besprechung *in der* Sitzung[9]: *Mitteilung des* Reichskanzlers an die deutschen Bundesregierungen, *daß bei Nichtannahme des* Gesetzentwurfes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres *der Reichstag mittels* Präsidialantrag beim Bundesrat *aufgelöst werden soll*. Nach eingehender Beratung *erklärt das* Staatsministerium *sein* Einverständnis *damit*.[10] [B]

---

1 *Gelesen: Heyden [U].*

2 *Im preußischen Gesetz v. 11.7.1891 (GS, S. 300) war den Landarmen- anstelle der Ortsarmenverbände die Fürsorge für Geisteskranke und Behinderte übertragen worden.*

3 *StenBerHH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 69.*

4 *Vgl. Sitzung am 20.12.1892, TOP 2 mit Anm. und Sitzung am 11.3.1893, TOP 1 mit Anm.*

5 *Vgl. § 3 des Krankenversicherungsgesetzes v. 10.4.1892, RGBl., S. 379.*

6 *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 122; Debatte dazu 4.7.1893, S. 2517–2534.*

7 *StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nr. 76 (detaillierte Darlegung).*

8 *Ahlwardt hatte im Reichstag am 21.3.1893 Betrug in Millionenhöhe bei der Einrichtung des Reichsinvalidenfonds behauptet und Finanzminister Miquel sowie weitere „Freunde des Judentums" deshalb beschuldigt. Am 25.4. beantragte Ahlwardt eine Kommission zur Prüfung seiner Vorwürfe. In den vorgelegten Materialien konnte sie nichts Belastendes finden. Vgl. StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 200 und Debatte am 2.5.1893, S. 2102–2131.*

9 *Separat – aber nicht als TOP 10 gezählt – protokolliert und von den Ministern unterschrieben auf Bl. 228–228v.*

10 *Vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 219 ff. (Bundesstaaten und Reichstagsauflösung).*

Nr. 118 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 11–12] und Korrekturen, Bd. 110, Bl. 236–262; MF 660. — Abschr. [TOP 1–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 121–134v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–10], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1–2, U], Lindig, Supper [beide zu 11], Frh. v. Broich [zu 12].

1. *Detail-Änderungen zur* Zolltarifnovelle[1]. *Wünsche Miquels hinsichtlich zwei Tarifpositionen werden gebilligt; über die Wünsche* Bayerns und Sachsens *hinsichtlich* Zollerhöhung *auf Bleistifte bzw.* Honig *soll weitere Beratung erfolgen*. [B] — **2.** Gesetzentwurf *betr. Änderung der* Militärpensionsgesetze. *Die Beschlüsse der RT-Kommission*[2] *dazu sind annehmbar*. [B] — **3.** *Verhalten der* Regierung *im Reichstagswahlkampf. Für Eulenburg ist die* Militärvorlage[3] *das Hauptthema und sind die* Agrarier *deshalb* nicht *zu* bekämpfen; *die* Beamten *sind mündlich* zur *Stimmabgabe* aufzufordern. *Caprivi sieht die Linie* Bennigsens[4] *als möglichen Lösungsweg und die* agrarische Bewegung *als* vielfach unbequem, *aber die* Handelsverträge *stehen bedeutungsmäßig* hinter der Militärvorlage zurück. *Konsens bezüglich der Mobilisierung der Staatsbediensteten zur Stimmabgabe*. — **4.** *Die Frage der* Verlängerung *des Notenprivilegs* deutscher Privatnotenbanken[5] *ist nicht* eilbedürftig. — **5.** Einstellung *polnischsprachiger* Rekruten *in das* V. Armeekorps *in der* Provinz Posen. *Die* Genehmigung *des Wunsches von* Oberpräsidenten *und kommandierendem General nach* einem selbst festzusetzenden Prozentsatz *durch Wilhelm II. ist zwar eine* Maßregel [...] Allerhöchster Machtvollkommenheit, *aber Eulenburg wird* mündlich *die Umgehung* des Staatsministeriums *dabei monieren*. [B] — **6.** *Der* Durchzug russischer Auswanderer durch Preußen *verursacht lt. Eulenburg* in gesundheitlicher Beziehung Schwierigkeiten, *namentlich wegen der Choleragefahr. Eine Beförderung* vom Schiff direkt in die Eisenbahnwagen *verursacht* viel weniger Schwierigkeiten als die Zurückweisung. [B] — **7.** Ergebnis *der Untersuchungen zur* Arbeitslosigkeit *in* Berlin *1892/93. Sie war Berlepsch weniger dramatisch als gedacht; deshalb erfolgt keine* Veröffentlichung *dazu*. [B] — **8.–10.** *Sechs Ernennungen*. [B] — **11.–12.** *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[1] *Es handelt sich wohl um den Gesetzentwurf zur Abänderung des Zolltarifgesetzes v. 15.7.1879; vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 41. Die genannten Wünsche Bayerns und Sachsens scheinen nicht formell auf Drucksachen formuliert worden zu sein.*

[2] *StenBerRT, Session 1892/93, Drucks. Nr. 228; Debatte dazu 6.5.1893, S. 2199–2201.*

[3] *In der Fassung des Kompromißvorschlags Frh. v. Huene; vgl. Förster, Militarismus, S. 60–63.*

[4] *Nach dem Wortlaut des Prot. ist nicht eindeutig klar, ob es sich bei dem genannten Antrag Bennigsens um den am 16.3.1893 in die Militärkommission des Reichstags eingebrachten Antrag Bennigsens handelt, den Caprivi damals abgelehnt hatte; vgl. Schultheß, 1893, S. 26–29 und Oncken, Bennigsen, II, S. 584 f.*

[5] *1876 waren außer der Reichsbank noch 32 Banken berechtigt, eigene Banknoten herauszugeben. Das Privileg mußte seit 1891 alle 10 Jahre erneuert werden. 1910 gaben neben der Reichsbank nur noch die Bayerische und Württembergische Notenbank sowie die Sächsische und Badische Bank eigene Noten heraus. Die Erneuerung der Notenprivilegien regelte das Reichsbankgesetz v. 14.3.1875, RGBl. S. 177, bes. § 41.*

Nr. 119 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8–9], Bd. 111, Bl. 1–19; MF 661.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher [U], Schelling [U], Berlepsch, Caprivi [zu 1–7, U], Miquel [U], Kaltenborn [U], Heyden [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: J. Hermes [zu 1], H. Planck, Möbius, Vagedes [alle zu 8], Kügler, v. Kurowsky, Frh. v. Broich [alle zu 9].

1. Entwurf[1] neuer Normativbestimmungen für die preußischen Hypothekenbanken, *insbesondere zu* Beleihungsmaßstab *und* Staatsaufsicht. [B] — **2.** *Ordenssache M. v.* Pettenkofer. [B] — **3.** Petition *eines Forstbeamten* an das Abgeordnetenhaus *betr. Eisenbahnbau*[2]. *Dies ist für Beamte* nicht angemessen, *aber nicht auch ungehörig, sofern nicht* gegen die Absichten der Staatsregierung gerichtet. [B] — **4.** *Ordenssache*. [B] — **5.** *Die Öffnung der* Staatsforsten *zwecks* Gras- und Streu-Abnahme *angesichts des* Futtermangels *wird gebilligt.* [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.–9.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[1] *Vgl. MinBl. innere Verw., 1893, S. 152 und Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1911, S. 917.*
[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Anlagen, Anhang, VII. Verzeichnis der eingegangenen Petitionen, S. 53, Nr. 132.*

Nr. 120 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1893.

Vollz. Reinschr., Bd. 111, Bl. 20–32; MF 661. — Abschr. [TOP 1–6, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 142–152.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher [U], Schelling [U], Caprivi [U], Miquel [U], Kaltenborn, Heyden [U], Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1, U].

1. *Die Bundesratsbeschlüsse*[1] *zum Gesetzentwurf betr.* Unterstützungen an Invalide aus den Kriegen vor 1870 *werden gebilligt*. [B] — **2.** *Novelle zum Wahlgesetz. Wegen* Aufstellung der *Wählerlisten ist eine Verabschiedung zum* 1. Juli *1893 nötig. Die jetzige Fassung der Novelle scheint Eulenburg annehmbar*. [B] — **3.** *Eine 25%ige Tarifermäßigung der Staatseisenbahnen für* Torfstreu *und* Futtermittel *wird angesichts des Notstands* bis zum 1. Oktober 1894 *gebilligt*. [B] — **4.** *Terminierung der* Eröffnung des Reichstags *im* Juli *1893*. [B] — **5.** *Die Finanzlage Preußens ist nach Miquel wegen Überschüssen der Staatseisenbahnen* günstiger als [...] bisher angenommen. *Das* Defizit *im Etat 1893/94 wird sich von* 58 *Mio.* auf etwa 30 *Mio. M. vermindern.* — **6.** *Terminierung des Landtagsschlusses*. [B] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Zwei Ordenssachen. Grundsatzfrage betr.* zwei Auszeichnungen [...] in einem Jahre. [B]

[1] *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 74 (Ausschußbeschluß); Annahme in der Sitzung v. 29.6.1893, § 414.*

Nr. 121 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juni 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschrift [TOP 10], Bd. 111, Bl. 34–67; MF 661/662. — Abschr. [TOP 1–3, 5–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 154–169.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–9], Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1], Reichardt [zu 6], v. Frantzius, Althoff [beide zu 7], H. Planck, v. Knebel-Doeberitz [beide zu 10].

1. *Neuer* Entwurf eines Gesetzes *betr*. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres[1]. *Die* Überführung *eines württembergischen* Fußartillerie-Bataillons auf preußischen Etat *wird gebilligt*. [B] — **2.** *Der landwirtschaftliche* Futtermangel[2] *wird* bedenklich. *Die* Verordnung *eines* Ausfuhrverbots *für* Futtermittel *liegt im* Bundesrat[3]. *Eine generelle* Suspension *der* Zölle auf Futtermittel *ist aber nicht* ratsam. *Äußerstenfalls sind Staatsbeihilfen zu geben und ist nachher um* Indemnität *im AH zu ersuchen*. [B] — **3.** *Stellungnahme zu den Anträgen*[4] *betr. die* Staffeltarife *im AH. Obwohl* vielfach *der* ungünstige Ausfall der Reichstagswahlen in Süddeutschland *auf* die Mißstimmung *gegen die* Staffeltarife *zurückgeführt wird, sind sie* nicht aufzuheben, *da sie den* gehegten Erwartungen *entsprechen*. [B] — **4.** Staatshilfe *an die* Stadt Schneidemühl *nach einem Unglücksfall ist vorerst nicht nötig, da sie* eine Anleihe aufnehmen *kann*. — **5.** *Reichstagswahlen 1893 in* Köln. *Eine Prüfung der vielleicht ungültigen Resultate durch den* Bundesrat *ist nicht empfehlenswert.* [B] — **6.** *Übereinkommen*[5] mit Österreich bezüglich des Grenzverkehrs *bei Cholera-Epidemien. Eulenburg und Bosse möchten* ausländischen Arbeitern *aus Cholera-Gebieten* tägliches *Einpendeln verbieten können. Da die Fachleute in der Frage gespalten sind,* Österreich *nachteilige* Vergeltung *üben würde und formelle Verhandlungen erst beginnen, wird ein Entscheid aufgeschoben*. — **7.** *Welfenvermögen. Bezüglich der* Bibliothek, *dem* Archiv, *dem* Welfenmuseum *und dem* Gestüt *wünscht Miquel ein* Entgegenkommen, *aber ohne den* Herzog von Cumberland *politisch aufzuwerten. Caprivi sieht darin eine politische Gefahr*[6]. *Die preußische Kontrolle soll gewahrt und das* Gestüt *bestehen bleiben*. [B] — **8.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **9.** *Ernennung*. [B] — **10.** *Pensionssache*. [B]

---

1 *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 72.*
2 *Grund des Mangels an (Grün-)Futter für das Vieh war ein sehr trockenes Jahr.*
3 *Die kaiserliche Verordnung billigte der Bundesrat am 3.7.1893; vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, § 436 mit Anlage.*
4 *Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, Drucks. Nrn. 147, 149, 247. Debatte dazu 28.6.1893, S. 2402–2420 und 30.6.1893, S. 2421–2447 (Mehrheitsbeschluß für Aufhebung der Staffeltarife).*
5 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 61.*
6 *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 226, Bl. 87–91 (Schreiben Caprivis v. 24.6.1893).*

Nr. 122 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 1. Juli 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 111, Bl. 68–76v; MF 662. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 170–174.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Landwirtschaftlicher Futtermangel. *Angesichts des Notstands in* Hessen-Nassau, *der* Rheinprovinz, *Teilen Westfalens und Sachsens wünscht Heyden dringend* Staatsbeihilfe *und erwägt eine* Kreditvorlage *an den* Landtag.[1] *Lt. Miquel und Eulenburg sind aber zunächst* Kreise *und* Provinzen *für niedrigverzinsliche* Vorschüsse *zuständig*. *Zusätzliche* Tarifermäßigung *der Staatsbahnen ist in Vorbereitung.* [B]

---

1 *Direkt vor der Sitzung hatte das Abgeordnetenhaus die diesbezügliche Interpellation von Schultz-Lupitz debattiert, aber keinen formellen Beschluß gefaßt; vgl. StenBerAH, Session 1892/93, 1.7.1893, S. 2467–2486.*

Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juli 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4], Bd. 111, Bl. 77–82; MF 662.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel [zu 1], Kaltenborn [zu 1–3], Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 4].

1. *Die* Thronrede[1] *zum Landtagsschluß wird im* Wortlaut festgestellt. — **2.** *Titelverleihung*. [B] — **3.** *Zusätzliche* Tarifermäßigung *für* Futtermittel. *Umsetzung für die notleidenden* Kreise [B]. *Ein Bundesratsbeschluß zum* Ausfuhrverbot für Futtermittel *ist am 1.7.1893 erfolgt*. — **4.** *Drei Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. StenBerHH, Session 1892/93, 5.7.1893, S. 345 f.*

Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juli 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 111, Bl. 85–111[1]; MF 662/663.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Kaltenborn, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein [zu 1, U].

1. Verlängerung des Notenprivilegs *der* „Badischen Bank“. *Den diesbezüglichen* Antrag[2] Badens *befürwortet nur Marschall. Da die* preußische Bankpolitik seit 1880 *auf Beseitigung der Privatnotenbanken zielt, aber um* Baden *nicht politisch zu verstimmen, soll im* Bundesrat *auf Erlöschen aller* kleinen Notenbanken *im Jahre* 1901 *hingewirkt werden*. [B] — **2.** Antrag[3] Württembergs und Badens *betr*. Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre *bei der Schmuckherstellung. Dies wird* Preußen *im* Bundesrat *ablehnen, da sich das* Arbeiterschutzgesetz[4] *erst kurz in Kraft befindet*. [B] — **3.** *Terminierung der Reichs- und Landtags-Eröffnung 1893/94* [B]. — *Organisatorische Änderungen im* Wahlreglement, *aber Ablehnung der Terminwahl*. — *Eine* Mitteilung *der geplanten* Vorlagen *an den* Landtag *1893/94 ist erwünscht. — Terminierung der* Wahlen *zum Abgeordnetenhaus* [B]. — **4.** Einrichtung von *provinziellen* Behörden *im Wasserwirtschaftswesen*.[5] *Thielen befürwortet die Angliederung an das* Ressort *der* Oberpräsidenten, *Heyden an die* Generalkommissionen, *die mehr* Verständnis *für die Landwirtschaft besitzen sollen. Den* Oberpräsidenten *unterstellte* Wasserämter sind *baldmöglichst* einzurichten [B]. *Ein Gesetz zum* Wasserrecht *ist in* Arbeit.

[1] *Darin ist eine Ergänzung zu TOP 4 (Bl. 109) und ein separat vollzogenes Prot. zu TOP 5 (Bl. 110 f.) enthalten.*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 48; Beschluß in der Sitzung v. 22.7.1893, § 517. Vgl. Rep. 120, A X Nr. 8 Adhib. 1 Bd. 8, Bl. 48 ff. (u. a. Voten Berlepsch' v. 2.5. bzw. 14.7.1893); Jagemann, Eugen v., Fünfundsiebzig Jahre des Erlebens und Erfahrens (1849–1924), Heidelberg 1925, S. 114; Ruby, Josef, Die Badische Bank 1870–1908, Karlsruhe 1911.*

[3] *StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 154.*

[4] *Gemeint ist die Novelle zur Gewerbeordnung v. 1.6.1891. Vgl. dazu Berlepsch, Neuer Kurs, S. 250–269, zum württembergisch-badischen Antrag S. 265 f.*

[5] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1487, n. f. (Voten, Bericht der von Sterneberg geleiteten Kommission zur Neuregelung des Wasserrechts, Gutachten und Gesetzentwurf über die Verwaltung der wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten von 1894/95).*

— **5.** *Der Erwerb des Gebäudes* Wilhelmstraße 64[6] *für* Zwecke *des* Justizministeriums *wird gebilligt*. [B] — **6.** *Rangfolge von* Kardinal, *kommandierendem General und* Oberpräsident *in den Provinzen. Bei* Anwesenheit *Wilhelms II. gilt das* Hofrangreglement, *sofern* nicht anders befohlen. — **7.** *Ordenssachen bei Reichs- und Staatsbeamten. Eine generelle* Vermehrung *wegen der im Reich* seit 1880/81 *um* 20 000 Köpfe *gewachsenen Beamtenzahl wird in geringem Umfang gebilligt*.[7] [B] — **8.** *Eine* Konferenz *deutscher* Finanzminister[8] *wegen der* Deckung *der* Kosten *der* Militärvorlage *ist geplant*. [B] — **9.** *Finanzergebnis der* Staatsbahnen *im Juni 1893*. — **10.** *Rang- und Titelverhältnisse von Beamten*. *Die Ernennung eines Geheimen Regierungsrats zum Geheimen Oberregierungsrat ist keine* Beförderung, *sondern eine Titelverleihung und bedingt folglich auch nicht die* Niederlegung des Mandats *im* Abgeordnetenhause. [B] — **11.** *Die Ordenssachen anläßlich der Herbstmanöver sind vorzubereiten.* — **12.** *Welfenfrage. Detailfrage und Abschluß der* Verhandlungen. [B] — **13.** *Ernennung*. [B] — **14.** *Ordenssache*. [B] — **15.** *Zwei Ernennungen*. [B]

[6] *Vgl. Rep. 93, B Nr. 1970, n. f. (div. Schriftwechsel) und Demps, Laurenz, Berlin Wilhelmstraße, Berlin 1994, S. 111–113 u. 301 (Baugeschichte).*

[7] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2052, n. f. (Aufstellung über das Wachstum von früher 40263 Reichsbeamten auf aktuell 61151, vor allem in Post, Marine und Reichsbank).*

[8] *Sie fand vom 8.–10.8.1893 in Frankfurt/Main statt. Die Prot. in: BArch, RK, Nr. 197a, Bl. 147 ff.*

Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juli 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2, 4–5] und Korrekturen, Bd. 111, Bl. 112–140; MF 663/664.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher [U], Berlepsch, Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Droop [für Schelling, zu 1–4], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 4], Vietsch, F. Seydel [beide zu 5].

1. *Ordenssachen anläßlich der* Herbstmanöver. *Revision in sieben Fällen und Verminderung der Verleihungszahlen für* Lothringen.[1] [B] — **2.** *Zwei Disziplinarsachen.* [B] — **3.** *Erweiterung* des Bezirks der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Schleswig-Holstein *um das* Herzogtum Lauenburg, die Gemeinde Helgoland *und* Lübeck. [B] — **4.–5.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — **6.** *Außerkraftsetzung des zur Cholera-Abwehr erlassenen* Verbots *der* Durchfuhr *gebrauchter Textilien*. [B] — **7.** *Staffeltarife. Nach Thielen stimmt einzig die* Mühlenindustrie *der Westprovinzen gegen die* Staffeltarife für Mühlenfabrikate; *bei* Malz *ist angesichts ausländischer* Konkurrenz *aber die* Aufhebung *angebracht. Die* süddeutschen Staaten, *die um* Aufhebung der Staffeltarife *nachsuchen, sollen diplomatisch unterrichtet werden*.[2] [B] — **8.** *Mögliche Vergeltungsmaßnahmen, falls* Rußland *einen Zollkrieg beginnt*[3]. [B] — **9.** *Die Angelegenheit betr. Bau eines* Petroleumtanks *in* Frankfurt a. Main *ist in den Ressorts zügig* zu bearbeiten.[4] — **10.** *Finanzverfassung des Reichs*[5]. *Miquel will die* Militärvorlage *zum Anlaß einer* Finanzreform im großen Stile *nehmen. Die* Einzelstaaten *sollen vor finanziellen* Eingriffen des Reiches *sichergestellt wer-*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2058, n. f. (Schriftwechsel im Juli/August 1893 bezüglich Adt und Jaunez).*

[2] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 116 ff. (Gesandten-Berichte und Artikel im Staatsanzeiger v. 1.8.1893).*

[3] *Zum russisch-deutschen Zollkrieg 1893 vgl. Weitowitz, Deutsche Politik, S. 269–279.*

[4] *Vgl. allg. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 55 Bd. 14 (Petroleumpolitik).*

[5] *Grundlage bildete Miquels Denkschrift* Über die finanziellen Beziehungen Preußens zum Reich *v. 19.7.1893, in: Rep. 90, Nr. 1340, Bl. 101–128. Zum Problemkreis vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 355 ff. Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 51 (Entwurf). Aus linksliberaler Sicht: Richter, Politisches ABC-Buch, 1896, S. 137–143.*

den; das Reich *soll die Zölle und* Verbrauchssteuern *ohne Begrenzung durch die* Franckensteinsche Klausel *behalten. Allerdings erscheinen* 100 Millionen *M. Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung der Reichs- und Staatsfinanzen nötig. Dazu sind* Tabakfabrikatsteuer, *neue* Börsensteuern, *Stempelsteuern und eine* Weinsteuer *denkbar. Die Regierung muß die* Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände öffentlich rückhaltlos *auseinandersetzen, um die* öffentliche Meinung *für die* Reform *zu* gewinnen. *Miquels Plan wird im Grundsatz gebilligt*. [B] — **11.** *Eulenburg wird* eine Statistik der nächsten Wahlen *zum AH* aufnehmen *lassen*.[6] [B] — **12.–13.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **14.** *Entbindung eines kath. Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **15.** *Neuorganisation des* Handwerks *und* Befähigungsnachweis. *Lt. Berlepsch ist die* Wiedereinführung des obligatorischen Befähigungsnachweises *illusorisch; hingegen sind* Handwerkerkammern, *korporative* Fachgenossenschaft *und eine* Neuregelung *im* Lehrlingswesen *sinnvoll. Mehrseitig wird Einbeziehung der bestehenden* Innungen *gewünscht. Die Neuorganisation ist mittelfristig anzugehen.* [B]

[6] *Vgl. Kühne, Thomas, Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918, Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994, S. 34.*

Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1893.

Vollz. Reinschr., Bd. 111, Bl. 141; MF 664.

Anwesend [U]: Caprivi [V], Heyden, Bosse. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Ordenssachen; Revision in einem Fall*. [B] — **2.** *Entbindung eines katholische Priesters von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B]

Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 18. September 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 111, Bl. 142–161v; MF 664. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 210–219v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Miquel, Kaltenborn, Heyden. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner[1].

1. *Das* Gesuch[2] *einer* ausländischen *Firma um* Erlaß eines nachgeforderten Zollbetrages *befürwortet StS Marschall, aber Miquel sieht keine* Billigkeitsgründe; *vertagt*. — **2.** *Das neue Wahlreglement*[3] *wird Eulenburg veröffentlichen lassen*. [B] — **3.** *Unterstützungsfonds für* Kinder *von* Staats- und Subaltern-Beamten. *Die* Erhöhung *einzelner Zuwendungen und die Ausweitung auf*

[1] *Posadowsky amtierte seit 1.9.1893 als StS des Reichsschatzamtes. Maltzahn hatte seinen Rücktritt damit begründet, daß wegen Versprechungen Caprivis gegenüber den Süddeutschen die Biersteuer nicht zum Zweck der Finanzierung der Militärvorlage erhöht werden sollte; Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 246 f. (abschriftl. Rücktrittsgesuch v. 16.7.1893).*

[2] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 170 Bd. 1, n. f. (Eulenburg 26.7./18.9.1893); Druck: MinBl. innere Verw., 1893, S. 163.*

Subaltern-Beamte werden gebilligt. [B] — **4.** Wasserrecht. *Der* Entwurf[4] eines Wassergesetzes *liegt vor. Zwischen Heyden und Miquel ist strittig, inwieweit der Staat* Lasten, *etwa eine Entschädigungspflicht bei Hochwasserschäden, übernimmt. Vor der* Veröffentlichung *ist im Text die Selbstverpflichtung* des Staats *zur Lastenübernahme einzuschränken*. [B] — **5.** Dienstbefehle[5] *gegen* die Verbreitung sozialdemokratischer Bestrebungen in der Armee. Mannschaften *werden im Verhalten stärker reglementiert. Wann* sozialdemokratische Bestrebungen *vorliegen, beurteilt das jeweilige* Truppenkommando. *Eine* Veröffentlichung *ist* nicht angezeigt. [B] — **6.** *Die* Bestätigung *des zum Landeshauptmann der* Provinz Posen *gewählten bisherigen Oberpräsidialrats S. v.* Dziembowski *wird befürwortet*. [B]

[4] *Der gedruckte* Entwurf eines Wassergesetzes *(abgeschlossen im Sommer 1893) in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 31 Bd. 1, Bl. 91–138; ebd., Bl. 151–197 der im Oktober 1893 vorgelegte, geänderte Entwurf, der in der Sitzung am 8.11.1893, TOP 3 debattiert wurde. Vgl. Sitzung am 30.6.1891, TOP 1 zum Beschluß, ein Wassergesetz ausarbeiten zu lassen.*

[5] *Der an die Generalkommandos ergangene Befehl wiedergegeben und in den Zusammenhang gestellt bei Wittwer, Vom Sozialistengesetz zur Umsturzvorlage, S. 194 f. Zur Vorgeschichte vgl. Rep. 84a, Nr. 2325, Bl. 1–28v (Anregung der Dienstbefehle durch Wilhelm II.); auch in: Rep. 76, I Sekt. 28 B Nr. 45, Bl. 1–22.*

Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 10–11] und Korrekturen, Bd. 111, Bl. 162–176, 179–183; MF 664/665.

Anwesend [U][1]*: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel [zu 1–2], Heyden [zu 1–3], Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Knebel-Doeberitz, Supper, F. Seydel [alle zu 10], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 11].

1. *Amtseinführung des neuen Kriegsministers W.* Bronsart von Schellendorff[2]. — **2.** *Finanzreform des* Reichs. *Die* Grundgedanken *von Miquels* Denkschrift[3] *werden gebilligt*; *der Gesetzentwurf ist* als Präsidialvorlage *im Bundesrat einzubringen.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur Abgeordnetenhaus-Resolution*[4] *betr. Ausnahmetarife* für rohe Baumwolle der Baumwollindustrie Schlesiens. *Sie sollen gewährt werden, da dadurch nur geringer Einnahmeausfall entsteht* [B]. *Heyden moniert seine beantragten* Ausnahmetarife *für* Düngemittel; *dazu will Thielen erst den* Landeseisenbahnrat *hören*. — **4.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **5.** *Ordenssache. Th.* Mommsen *erhält den Stern* zum Kronenorden II. Kl. [B] — **6.** *Titelverleihung. Grundsätzlich dürfen im Kultusministerium* zwei Drittel *der* Vortragenden Räte *den Titel als Geh. Oberregierungsrat besitzen.* [B] — **7.** *Günstiges Finanzergebnis der* Staatseisenbahnen *im ersten Halbjahr 1893, was* 20 *Mio. höhere* Gesamteinnahmen *erwarten läßt*. — **8.** *Ordenssache*. [B] — **9.** *Ordensverleihungen an Reichs- und Staatsbeamte. Wilhelm II. hat der vom Staatsministerium beschlossenen Vermehrung aufgrund der gewachsenen Beamtenzahl zugestimmt. Verteilung unter den* Ressortministerien. [B] — **10.–11.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Gelesen: Caprivi [U].*

[2] *Kaltenborn war zum 4.10.1893 zurückgetreten; vgl. Schmidt-Bückeburg, Rudolf, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser 1787–1918, Berlin 1933, S. 194 f.*

[3] Denkschrift betreffend die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs *v. 20.10.1893 nebst diesbezüglichem* Gesetzentwurf *in: Rep. 90, Nr. 1340, Bl. 134–153. Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 51.*

[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1892/93, 3.7.1893, S. 2502–2506 (freikonservativer Antrag).*

Nr. 129 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 111, Bl. 185–217; MF 665. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 232–243v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–5], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Stephan [zu 1–2, U], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–3, U], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 6].

1. *Anläßlich des* Gesuchs *einer ausländischen* Firma *um* Erlaß eines nachgeforderten Zollbetrages *wird eine* Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Organen der Reichsverwaltung dem Staatsministerium zur Beschlußnahme unterbreitet. *Da* Reichsschatzamt *und Miquel den* Erlaß *ablehnen, entscheidet sich auch Caprivi gegen den von StS Marschall befürworteten* Erlaß. [B] — **2.** Reichsstempelabgaben. *In der Novelle, die im Rahmen der Reichsfinanzreform etwa* 12 *Mio.* M. *bringen soll, ist zwischen Thielen und StS Stephan strittig, ob neben* Frachtbriefen *der* Eisenbahn *auch* Postpakete mit Stempelsteuer zu belegen *sind. Thielen sieht die* Eisenbahnen viel höher *belastet als die* Post, *während Stephan die* Postpakete *bis* 25 Pf. *Porto als Sendungen der* kleinen *Leute bezeichnet. Als Kompromiß wird* ein einheitlicher Stempel von 10 Pf. *ab* Frachtsatz von 3 M. *beschlossen*.[1] [B] — **3.** *Finanzreform des* Reichs. *Nachträgliche Einwände*[2] *Heydens gegen Miquels Plan, der* das Reich [...] finanziell in eine schlechtere Lage *versetzt und die* Landwirtschaft *durch künftig mögliche* Zuschläge auf Verbrauchsabgaben *Belastungen ausgesetzt sieht, was* alsbald zu den gehässigsten Debatten *führen dürfte. Caprivi zufolge ist es jedoch nicht* schlimmer, wenn die Verhandlungen über die Deckung der Ausgaben mehr in den Reichstag verlegt *werden und auch Eulenburg billigt Miquels Plan*. [B] — **4.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters* von den *gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **5.** *Verhandlungen zur Rückgabe des Welfenvermögens*. Mitteilung *über das im Oktober* vollzogene Abkommen[3]; das Gestüt zu Herrenhausen *bleibt* in bescheidenen Grenzen fortbestehen. — **6.** *Acht Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1549, n. f. (Schreiben Thielen v. 27.10.1893).*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1340, Bl. 155 f. (Votum Heydens).*
[3] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber die frühere Vereinbarung v. 28.3.1892 abschriftlich in: PA AA, R 133046, n. f. und ebd., R 4185, n. f., Zeitungsberichte zum Abkommen.*

Nr. 130 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 112, Bl. 1–29; MF 665/666. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 245–255v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–8], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–8]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein [zu 1], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2, U], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 9].

1. Handelsverträge[1] mit Serbien, Rumänien und Spanien. *Zu* Unrecht *hat man lt. Caprivi seine* Politik *als* eine aus freier Willkür der Regierungen hervorgegangene *angesehen, denn* mit dem 1. Februar 1892 wurden die meisten [...] Handelsverträge hinfällig und damit auch der Genuß des Meistbegünstigungsrechts *aufgrund* Art. 11 des Frankfurter Friedenvertrages *von 1871. Nun soll* ein ausländischer Markt *für deutsche* Erzeugnisse [...] gewonnen *und ein allgemeiner* Zollkrieg *vermieden werden. Informationen zum Verlauf der Vertragsverhandlungen. Caprivi hält die Verträge, die auch* politisch von großer Bedeutung *sind, für* vorteilhaft. *Preußen wird im Bundesrat dafür stimmen.* [B] — **2.** *Novellen*[2] *zum Tabaksteuer-, Weinsteuer- und Reichsstempelsteuer-Gesetz, die dem* Reich *rd.* 100 *Mio.* M. *einbringen sollen. Posadowsky erwartet allein* 45 *Mio. M.* Gesamtertrag *der* Tabaksteuer *durch Fabrikat- statt* Gewichtsbesteuerung. *Debatte zu den Auswirkungen auf inländische Tabakproduktion und Konsumenten. Der* Gesetzentwurf *wird gebilligt* [B]. *Die* Weinsteuervorlage *wird* auf besonderen Widerstand stoßen[3], *aber Miquel zufolge begründet* die hohe Besteuerung von Bier und Branntwein *die* moralische Verpflichtung, *auch das* Getränk der Wohlhabenden zur Steuer heranzuziehen, *zumal* Wein *bis* 50 M. für das Hektoliter *steuerfrei bleibt. Dem* Entwurf *wird zugestimmt* [B]. *Bezüglich der* Reichsstempelabgaben *werden drei* Änderungen *beschlossen; vor allem wird die* Befreiung der Frachtpapiere *auf solche unter* einer Mark *begrenzt, da bei der* Grenze *von* 3 M. *rund* 65% *befreit gewesen wären* [B]. — **3.** *Entwurf*[4] *eines* Wassergesetzes. *Wenn dem* Staate *wie den* Provinzialverbänden *beim Unterhalt der* Ströme *je* die Hälfte der die Leistungsfähigkeit der Verpflichteten übersteigenden Kosten [...] auferlegt *werden, sind die Kosten des* Staates *momentan* nicht zu übersehen. *Nun sind die* Körperschaften *zum* Entwurf *zu hören* [B]. — *Miquel verlangt anläßlich dieses Falles die Grundsatzentscheidung,* daß jede *ministerielle* Anordnung, aus welcher mittelbar eine Belastung der Staatskasse hervorgehen *kann, der* Zustimmung des Finanzministers *bedarf. Dies wird einmütig abgelehnt, da die* Ressortminister [...] selbständig zu verfügen *in der Lage sein müssen* [B]. — **4.** *Titelverleihung.* [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** Mitteilung über den Ausfall der Landtagswahlen. — **9.** *Vier Disziplinarsachen; darunter H.* Ahlwardt. [B]

[1] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nrn. 55, 76, 108 u. 112 (Denkschrift dazu) sowie Weitowitz, Deutsche Politik, S. 219.*

[2] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nrn. 109, 110 u. 111.*

[3] *Zum Scheitern der Steuerreform, besonders wegen der Weinsteuer, am Widerstand Süddeutschlands vgl. Rauh, Manfred, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973, S. 139–150 und Richter, Politisches ABC-Buch, 1896, S. 476 f.*

[4] *Vgl. Sitzung am 18.9.1893, TOP 4. Gem. Allg. Landrecht II 14, § 21 waren von Natur schiffbare Flüsse (Ströme, später Gewässer 1. Ordnung) Staatseigentum, andere Gewässer Privateigentum mit entsprechenden Folgen für Unterhalts-, Ausbau- und Entschädigungspflicht. Vgl. die umfängliche* Zusammenstellung der gutachtlichen Äußerungen zu dem Entwurf eines preußischen Wassergesetzes, *hrsg. vom Landwirtschaftsministerium 1895, in: Rep. 77, Tit. 76 Nr. 31 Bd. 2. Wegen vieler Einsprüche blieb der Entwurf dann liegen; vgl. Sitzung am 2.1.1894, TOP 9. Zur Wiederaufnahme vgl. Sitzung am 15.11.1910, TOP 2.*

Nr. 131 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 112, Bl. 30–41v; MF 666.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Gesetzentwurf* über die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen; *vertagt, da Caprivi abwesend ist*. — **2.** *Die Gleichstellung* der städtischen Oberrealschule zu Braunschweig *mit preußischen* Oberrealschulen *wird gewährt* [B]. — *Bestimmungen über die* Schulbildung *nichtpreußischer* Aspiranten *für den preußischen* Subalterndienst. *Mindestens die*

Absolvierung einer sechsklassigen Realschule (höheren Bürgerschule) *ist erforderlich* [B]. — **3.** *Geplante Gesetzesvorlagen für den* Landtag *1893/94*. *Nach Heyden ist es noch* strittig, *ob* fakultative *oder* obligatorische *Landwirtschaftskammern vorzuschlagen sind*. — **4.** *Ernennung*. [B] — **5.** *Projekt einer* Berliner Gewerbeausstellung *für* 1896. *Im* Allgemeinen ist eine wohlwollende Haltung *einzunehmen; begrenzte Staatsbeihilfen sind möglich, sofern die* Mittel *aus Kreisen der* Industriellen *gesammelt sind.*[1] [B]

[1] *Vgl. Crome, Erhard, Die Berliner Gewerbeausstellung 1896. Betrachtung eines Jahrhundertstücks, in: Kaeselitz, Hella, u. a., Die verhinderte Weltausstellung. Beiträge zur Berliner Gewerbeausstellung 1896, Berlin 1996, S. 11–27, hier S. 19.*

Nr. 132 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 112, Bl. 42–73; MF 666/667. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 265–281.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U].

1. Entwurf[1] eines Gesetzes *betr*. Änderungen *des* Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung *und Anregung eines* Gesetzentwurfes[2] *betr*. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen Personen. *Schelling schlägt als* Berufungsinstanz *entweder besondere* Strafsenate bei den Landgerichten *oder die* Oberlandesgerichte *vor, was lt. StS Nieberding* das bisher vertretene System praktisch *umwirft. Nieberding und die Mehrheit der Bundesstaaten optieren für die* Oberlandesgerichte. *Caprivi wünscht ein Entgegenkommen beim im RT angeregten separaten Entschädigungsgesetz, da die Berufungsinstanzfrage noch länger schwelt. Mit* fünf Stimmen *gegen* drei *wird sein* Vorschlag *angenommen.* [B] — **2.** *Lage der Landwirtschaft. Die langandauernde* latente landwirtschaftliche Krisis *hat sich nach Heyden verschärft. Die* unter anderen Preisverhältnissen in den Besitz *ihrer Betriebe* gelangten Landwirte *drücken* kündbare Hypotheken; *die Agrarpreise sind gesunken, die Produktionskosten, Steuern und Sozialabgaben aber* erheblich gestiegen. *Gegen die Verschuldung sind eine* Änderung des Erbrechts, *eine* Verschuldungsgrenze *sowie neue* Kreditorganisationen *nötig. Miquel zufolge werden die kommenden Jahre* erfüllt sein von den agrarischen Fragen, *muß der* Staat *hier* Opfer bringen[3] *und eine* politische Reform im großen Stil *beginnen*. *Zunächst sind* obligatorische Landwirtschaftskammern[4] *einzurichten*. [B] — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[5] *A.* Werner *betr*. Verlängerung der Geschäftsstunden *am* 24. und 31. Dezember *1893 bis* 10 Uhr Abends. *An* beiden *Tagen sind* 10 Geschäftsstunden *insgesamt* zulässig *und* zwar bis 7 Uhr Abends. [B] — **4.** *Ernennung*. [B]

[1] *Vgl. neben den bei den Sitzungen am 11.2.1893, TOP 4 und am 2.1.1894, TOP 1 angemerkten Akten noch Rep. 151, IC Nr. 567, n. f. (u. a. Votum Schellings v. 27.10.1893).*

[2] *Rep. 151, IC Nr. 567, n. f. (Grundzüge des Gesetzes und Begleitschreiben Caprivis v. 3.11.1893).*

[3] *Zitate Bl. 61v–62v; die hs. korrigierte Protokollfassung hatte gelautet, es* müsse der Staat die größten Opfer bringen. *Zur Agrarpolitik 1893/94 vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 324–336.*

[4] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 13260 zur Vorgeschichte des Landwirtschaftskammer-Plans seit 1891, ab Bl. 211 Grundzüge des entsprechenden Gesetzentwurfs. Vgl. Rep. 87, B Nr. 13275 mit verschiedenen Vorentwürfen.*

[5] *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 95; Debatte dazu 11.12.1893, S. 373–375.*

Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1893.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 112, Bl. 74–105; MF 667/668. — Abschr. [TOP 1, 4–12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 283–301v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Terminierung der Landtagseröffnung*. [B] — **2.** *Titelverleihung*. [B] — **3.** *Ordenssache*. [B] — **4.** *Motivierung des Ankaufs des* Hauses Wilhelmstraße 64. *Es soll in erster Linie für das* Justizministerium, *eventuell auch* zur Unterbringung des Staatsministeriums *verwandt werden*. [B] — **5.** Einführung *des* fakultativen polnischen Lese- und Schreibunterrichts für die Volksschulen der Provinz Posen.[1] *Dieser soll lt. Bosse dem zunehmendem Mißbrauch des bisherigen* Privatunterrichts *im* nationalpolnischen Sinne *steuern, aber ist kein* obligatorischer polnischer Hilfsunterricht. *Er ist nicht auf* Ost- und Westpreußen *sowie* Oberschlesien *auszuweiten und keine* Konzession *an* polnische *MdR wegen ihrer Zustimmung zu den* Handelsverträgen, *sondern ein abschließender* Schritt. [B] — **6.** Ablösung der Stolgebühren in den katholischen Kirchengemeinden. *Dafür ist entgegen der Ansicht der* preußischen Bischöfe *kein* Äquivalent *zu gewähren.*[2] [B] — **7.** Entwurf[3] eines Apothekengesetzes. *Künftig soll Personal- statt Realkonzession erteilt werden. Der* Entwurf *ist zunächst den* größeren Bundesstaaten zur Äußerung zuzufertigen. [B] — **8.** *Die* bestehenden außerordentlichen Frachtermäßigungen *der Eisenbahn* für Futtermittel *sind zum* 1. Juli *1894* außer Kraft zu setzen. [B] — **9.** *Die* Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold *erfolgt frühestens zehn Jahre nach Besitz des Allg. Ehrenzeichens*. [B] — **10.** *Titelverleihungen an* Subalternbeamte der Zentralbehörden. *Grundsätze, u. a. bezüglich des* Charakters als Geheimer Rechnungs- bzw. Geheimer Kanzlei-Rat. [B] — **11.** Beamte *und Politik*[4]. *Nach Caprivi und Boetticher sind Auftreten und Stimmen* gegen die Handelsverträge [...] unvereinbar *mit dem* Erlaß *v.* 4. Januar 1882. *Speziell ist die* Teilnahme *an* den Agitationen des Bundes der Landwirte *zu* untersagen. *Eulenburg verhält sich zurückhaltend, zumal bei Parlamentariern, die für die* Militärvorlage *gestimmt haben*. *Er ist aber zur Bekräftigung des Erlasses und Untersuchung der monierten* Einzelfälle[5] bereit. Sollte der Bund der Landwirte seine Agitation in der bisherigen Weise fortsetzen, *ist* allerdings zu erwägen [...], ob man politschen Beamten das Verbleiben *darin* gestatten *darf*. [B] — **12.** *Das Finanzergebnis* der Staatseisenbahnen *war im* November *1893 günstig*. — **13.** *Ordenssache*. [B]

---

[1] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 169; Bl. 46–119 (Memorandum Bosses v. 14.11.1893), auch in: BArch, RK, Nr. 666; Rep. 89, Nr. 15007, Bl. 64 ff. (Immediatberichte v. 31.8.1892/13.1.1894); Rimmele, Eva, Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Frankfurt/M. 1996, S. 111 f. (Vorgeschichte der Sitzung) und Hagen, William H., Germans, Poles and Jews, Chicago/London 1980, S. 169 ff.*

[2] *Vgl. Huber, Ernst Rudolf/Huber, Wolfgang, Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 3, Berlin 1983, S. 33 bis 35 (Antwortschreiben durch Bosse und Miquel v. 8.1.1894).*

[3] *Rep. 120, BB IX 1 Nr. 6 Bd. 3, Bl. 108–126. Da ein Reichsapothekengesetz – übrigens bis 1918 – nicht zustande kam, wurde die Personalkonzession mit Erlassen v. 5.7./5.9.1894 eingeführt; vgl. MinBl. innere Verw., 1894, S. 119 u. 146. Zur Sache Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/Leipzig 1928, S. 73–75.*

[4] *Vgl. Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, bes. S. 107–109 u. 175 zur Bekräftigung durch Eulenburg am 20.12.1893. Eine Sammlung relevanter Staatsministerialbeschlüsse und Materialien in Rep. 90, Nr. 2323 (1871–99).*

[5] *Explizit erwähnt wurden Geh. Oberregierungsrat Gamp, die Landräte W. v. d. Schulenburg (Salzwedel) und A. H. W. Wagner (Rüdesheim) sowie Regierungspräsident A. v. Colmar (Lüneburg). Colmar hatte am 14.12.1893 im Reichstag Caprivis Rede mit Zwischenrufen gestört; zu Schulenburg vgl. Rep. 77, Nr. 5112, Bl. 68–74.*

Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 7] und Korrekturen, Bd. 112, Bl. 106–132; MF 668.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–6], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Thiel, J. Hermes, P. Sachs [alle zu 4], Supper, F. Seydel [beide zu 7].

1. *Der* Ankauf des Gutes Ostrowieczno[1] *durch die* Ansiedlungskommission *wird genehmigt* [B]. *Miquel kritisiert die Verwaltung mancher aus der Säkularisation hervorgegangener Stiftungsvermögen*. — **2.** *Ernennung eines Mitglieds des* Disziplinarhofes *für nichtrichterliche Beamte*. [B] — **3.** *Ernennung*. [B] — **4.** *Detaildiskussion zum Gesetzentwurf*[2] betr. die Einrichtung von Landwirtschaftskammern *und über Maßnahmen*[3] *zur* Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes. *Zwecks* Entschuldung *schlägt Heyden* Anerbenrecht, *obligatorische* Höferolle *und* Rentifizierung *der* kündbaren Hypotheken[4] *vor. Eulenburg und Miquel wünschen eine* genaue Prüfung *möglicher Maßnahmen durch eine Sachverständigenkonferenz*. Gesetzgeberische Maßnahmen *zur Entschuldung* sind vorzubereiten [B]. *Detaillierte* Spezialdiskussion *des* Gesetzentwurfs [B]. *Das* Statut *für die* Landwirtschaftskammern *ist zu* oktroyieren; *jeder* Kreis *entsendet mindestens einen Großgrundbesitzer in die Kammer* [B]. — **5.** *Caprivi wünscht* Auskunft *zur* Beschwerde[5] *der* sächsischen Regierung *über Ausnahmetarife der Staatseisenbahnen für* Malz *aus* schlesischen Mälzereien. *Boetticher führt Gespräche mit* Sachsen *zwecks einer Lösung*. — **6.** *Ordenssache*. — **7.** *Pensionssache.* [B]

---

1 *Vgl. Rep. 90a, P II 2 Nr. 5, n. f. (Votum Bosses v. 4.1.1894 zum Posenschen Säkularisationsfonds).*

2 *Rep. 87, B Nr. 13260, Bl. 220–228 nebst Anschreiben v. 16.12.93, Bl. 215–219.*

3 *Vgl. das Memorandum Heydens* Die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes *v. 30.11.1893 in: Rep. 87, B Nr. 9936, Bl. 66–124; dort auch zur Vorgeschichte der angeregten Agrarkonferenz 1894. Zum Zusammenhang vgl. Aldenhoff-Hübinger, Rita, Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich, Göttingen 2002, bes. S. 198 f.*

4 *Da die freiwillige Eintragung in Höferollen kaum Erfolg gebracht hatte, sollten zwangsmäßige Höferollen die automatische Anwendung des Anerbenrechts – und damit Verminderung der Erbauseinandersetzungsschulden – gewährleisten. Zur Rentifizierung der bei privaten Banken aufgenommenen kündbaren Hypotheken wurden halbstaatliche Kreditinstitute (v. a. die Preuß. Zentralgenossenschaftskasse) gegründet, die Landwirten Festzins und niedrige Amortisation der aufgenommenen Schulden garantierten. Dies kam auch bei der Rentengutsbildung zum Tragen. Vgl. Art. Anerbenrecht, in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hrsg. von Fritz Stier-Somlo u. Alexander Elster, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1926, S. 139 f. Vgl. Sitzung am 27.5.1895, TOP 12 (Zentralgenossenschaftskasse).*

5 *Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bd. 6, n. f. (3.–6.12.1893).*

Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1893.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 112, Bl. 133–169; MF 668/669. — Abschr. [TOP 1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 10, Bl. 317–333v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Kügler [zu 1], Frh. v. Lindenfels, Sieffert [beide zu 2], Frh. v. Broich [zu 6].

1. *Gesetzentwurf*[1] *betr*. das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen. *Es handelt sich zur* Hälfte *um* höhere Mädchenschulen. *Nach Bosse ist die Regelung nötig, damit nicht* der Landtag die Initiative *ergreift und weil* Lehrer [...] großen Einfluß in politischer Beziehung *besitzen. Widerstand Miquels aus finanziellen Gründen. Der* Entwurf *zugunsten der* so nützlichen Mittelschulen *ist einzubringen* [B]. Spezialdebatte *zu einzelnen Bestimmungen* [B]. — **2.** Einschränkung des Hausiergewerbes, *wie von* Bayern *im* Bundesrat *angeregt*[2]. Handlungsreisende *sind* Hausierer, wenn sie *ihre Waren nicht in der Branche tätigen* Gewerbebetrieben *anbieten* [B]. *Eine weitgehende Einschränkung des* Hausiergewerbes *wird abgelehnt, aber bestimmte Warengruppen, auch* Druckschriften, *sind für den Hausierhandel zu verbieten* [B]. Frauen *dürfen hausieren* [B]. — **3.** *Haltung zum* Antrag[3] *R. v.* Benda *betr. Freifahrtkarten der Staatseisenbahnen für MdR. Caprivi und Boetticher sind zu dieser* Konzession *an MdR, die zugleich in* Einzellandtagen *sitzen, bereit. Da aber erst der bestehende* Mißbrauch der Eisenbahnfreikarten *abzustellen ist, soll der* Antrag *im* Bundesrat *abgelehnt werden*. [B] — **4.** *Ordenssachen zum Ordensfest; Revision in drei Fällen*. [B] — **5.** *Die Frage von Ordenssachen anläßlich der Weltausstellung in* Chicago *wird vertagt*. — **6.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 7; Debatte dazu 30.1.1894, S. 177–184.*

[2] *Zugrunde lag ein Antrag Bayerns wegen Änderung der Reichsgewerbeordnung; StenBerBundesR, Jg. 1892, Drucks. Nr. 121; Beschluß Sitzung am 29.11.1894, § 531.*

[3] *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 75; Debatte dazu 11.12.1893, S. 382–384. Der – von Mitgliedern aller Fraktionen mitunterzeichnete – Antrag forderte, daß die Freifahrtkarten wieder – wie bereits zwischen 1874 und 1884 üblich (vgl. Sitzung am 29.8.1884, TOP 2 mit Anm.) – auf allen Strecken und nicht nur der Strecke Wohnort – Berlin während der Reichstagssession gültig sein sollten. Vgl. Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 10, n. f. (Votum Thielens v. 1.12.1893) und Butzer, Diäten und Freifahrt, S. 193–196.*

Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 1–32; MF 669/670. — Abschr. [TOP 1–11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 1–19.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–7]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1–2], Frh. v. Broich [zu 12].

1. Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung[1]. *Als Berufungsinstanz werden besondere* Strafsenate *bei den Landgerichten gebilligt. Den* Gesetzentwurf *betr*. Entschädigung unschuldig Verurteilter *wünscht StS Nieberding nicht separat auszuarbeiten. Ein zusammenfassender Entwurf ist als* Präsidialvorlage[2] *beim* Bundesrat *einzubringen.* [B] — **2.** Novelle[3] *zur* Zivilprozeßordnung *wegen Verbilligung des Verfahrens. Für Miquel hat* Preußen *ein falsches* Gebührenystem. *Eine* Kommission *zur* Revision der Zivilprozeßordnung,

[1] *Teildruck bei: Schubert, Werner/Jakobs, Horst Heinrich (Hrsg.), Die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in systematischer Zusammenstellung der unveröffentlichten Quellen. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und Nebengesetze (Zivilprozeßordnung, Konkursordnung und Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit), 2. Teilband, Berlin/New York 1990, S. 1061–1063.*

[2] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 4 und Rep. 151, IC Nr. 567, n. f. zu Schellings Untersuchung über die Häufigkeit unschuldig Verurteilter v. 27.1.1894. Ein Gesetz zur Entschädigung von im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen erging erst am 20.5.1898, RGBl., S. 345.*

[3] *Ein formeller Gesetzentwurf lag nicht vor, allerdings Voten Schellings v. 11.9.1893 und Miquels v. 7.10.1893; Rep. 84a, Nr. 3801, Bl. 222–241. Zum Fortgang vgl. Rep. 84a, Nr. 3802, Bl. 22 ff., 125 ff. sowie 160 ff. eine Zusammenstellung der Reformwünsche.*

insbesondere des Kostentarifs, *ist einzusetzen.* [B] — **3.** Tarifermäßigung *der Staatseisenbahnen für* Düngemittel. *Die Resolution*[4] *des HH ist abzulehnen, aber die Tarife für einige* Düngemittel *sind zu ermäßigen. Eine Preiserhöhung für* Kalirohsalze *wird für* 1894 ausgeschlossen. [B] — **4.** Verordnung[5] wegen *Erhebung* der Renten und direkten Staatssteuern durch die Gemeinden. *Das staatliche* Beamtenpersonal *ist somit verminderbar und eine* große Vereinfachung des Kassenwesens *möglich, aber wegen ihrer Inanspruchnahme steht* böses Blut *bei den* Gemeinden *zu erwarten. Deshalb ist eine* Übergangsperiode *bis* 1900 *angebracht*. [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf betr*. Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 *ist* insofern gegenstandslos, als der Bundesrat *der entsprechenden Reichstagsresolution bereits zugestimmt hat*.[6] — **6.** *Bezüglich* Abänderung der *Unfallversicherungsgesetze*[7] *werden die* Vota *der Minister angefordert*. [B] — **7.** *Ordensvorschläge des* Militärkabinetts *wegen nichtmilitärischer* Verdienste *sind stets und rechtzeitig den* einzelnen Ressorts zur Äußerung *zuzustellen.* [B] — **8.** *Der Staatshaushalt 1894/95 wird wegen hoher* Matrikularbeiträgen *und neuer* Ausgaben *mit einem* Defizit von 70 *Mio. M.* abschließen. — **9.** *Die* Motive *zum* Wassergesetz *liegen vor*. — **10.** *Dem* Immediatgesuche[8] *der MdA B*. Bohtz, *R.* Vopelius *und F.* Olzem *wegen einer* Amnestie *für* Diebstähle *anläßlich der* Futternot *ist nicht generell nachzukommen, aber eine individuelle* Begnadigung *ist möglich*. [B] — **11.** *Wilhelm II. wünscht einen* Kronrat *über die* agrarischen Fragen. *Zustimmung Miquels; Bedenken Eulenburgs, da ein fester* Plan *fehlt. Zunächst ist Caprivi zu hören.* [B] — **12.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

4 *StenBerHH, Session 1892/93, 23.3.1893, S. 113–122 und Drucks. Nr. 45.*
5 *GS, S. 5 (22.1.1894).*
6 *Vgl. Sitzung am 29.3.1893, TOP 3 mit Anm.*
7 *Vgl. Sitzung am 11.6.1894, TOP 1 mit Anm. zum Fortgang.*
8 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 33–45; MF 670.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Sterneberg, Thiel [beide zu 1].

1. *Gesetzentwurf*[1] *über die* Landwirtschaftskammern. *Detailänderungen an diversen Bestimungen und Redaktion der* Begründung. [B] — **2.** *Die* Thronrede[2] *zur Landtagseröffnung 1894 wird* festgestellt. [B] — **3.** Notiz[3] *im* Staatsanzeiger *zur Kronratsitzung am 11.1.1894*. [B] — **4.** *Titelverleihung*. [B] — **5.** Entbindung *eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **6.** *Titelverleihung. Prof. Dr. Eduard* Zeller *wird Wirklicher Geheimer Rat*. [B] — **7.** Mitteilung *Heydens über die erfreuliche* Entwicklung *bei der Rentengutsbildung*. — **8.** *Mitteilungen Heydens über die* Viehzählung *am* 1. Dezember 1893. *Die* Futternot *hat keine* Verminderung des Rindviehbestandes *bewirkt*. — **9.** Strafverfahren *von Berlepsch gegen den* Vorwärts *und den Broschürenautor I. Jastrow weil beide behaupten, Berlepsch habe*

1 *Rep. 87, B Nr. 13261 (letzter Entwurf) und StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 9.*
2 *Vgl. StenBerHH, Session 1894, S. 1 f. (erstmals seit 1890 wieder Verlesung durch Wilhelm II. persönlich).*
3 *Staatsanzeiger Nr. 9 v. 11.1.1894, S. 1.*

sein Amt übernommen, um Verwandten auf dem Gebiet der Bergverwaltung pekuniäre Vorteile zuzuwenden. *Dies ist mit* Akten *zu* widerlegen.[4] [B]

[4] *Vgl. Rep. 76, Vf Lit. J Nr. 12 (Personalakte I. Jastrow), n. f., v. a. den Bericht Berlepsch' v. 4.7.1894 zu den Vorwürfen im „Vorwärts" v. 12.11.1893 und in Jastrows Broschüre „Sozialliberal". Ein Weckruf zu den Landtagswahlen, Berlin 1893, S. 89 ff. Zu Jastrows Verurteilung zu 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Ministers vgl. auch Rep. 84a, Nr. 49681 (Prozeßakte 1893–97).*

Nr. 138 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 11. Januar 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 36–53v; MF KR 29/30.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Eulenburg, Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer.

1. Lage *und Verschuldungskrise der* Landwirtschaft. *Wilhelm II. zufolge wirken die* Landwirtschaftskammern *erst* nach Jahren; *gegen den* Notstand *ist deshalb der Ausbau der* landwirtschaftlichen Industrie, *deren Grundlage* im Westen *vor allem* Rübenbau, im Osten *primär* Kartoffelbau *sind, angeraten. Die* Landwirte *als* Stützen des Staates *müssen von* hetzender Agitation *abgebracht und mit der* Regierung *versöhnt werden*[1]. *Heyden sieht die* Notlage *durch Abwanderung, die* auswärtige Konkurrenz, *die* Steigerung der öffentlichen Lasten *und die* Verschuldung *verursacht. Letztere wird dadurch vermehrt, daß* bei Erbteilungen und Verkäufen *über Jahrzehnte der jeweils* erhöhte Wert der Güter zu Grunde gelegt *wurde. Die* Verschuldung *ist zu stoppen, wenn* mit dem römischrechtlichen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erben *gebrochen wird und neue* Kreditinstiute *unkündbare* Hypotheken *gewähren*[2]. *Mittel zur Festigung eines* leistungsfähigen unabhängigen Grundbesitzerstandes *sind auch die* Landwirtschaftskammern. [B] — **2.** *Die* Verwilderung der Presse *ist lt. Wilhelm II. zunehmend*. Kanzler *und Dynastie werden verspottet und somit das* Gefühl für Autorität *im* Volk untergraben.[3] *Schelling hält eine Verschärfung der bestehenden Presse- und Strafgesetzgebung für schwierig, steht aber mit dem Innenministerium in* Verhandlungen *wegen leichterer* Beschlagnahme von Druckschriften. *Obwohl* zu Landgerichts-Direktoren konservative Männer ernannt *werden, gibt es* milde *Urteile. Eulenburg und Schelling erwägen Maßnahmen.*

[1] *Der erwähnte Briefwechsel Caprivis mit dem ostpreußischen Konservativen Verein gedruckt bei Wippermann, 1894, I, S. 37–40.*

[2] *Vgl. Aldenhoff-Hübinger, Agrarpolitik und Protektionismus, S. 152 f.*

[3] *Die erwähnte Karikatur in: Kladderadatsch Nr. 53 v. 31.12.1893 gehörte in das Umfeld einer einsetzenden Affäre; vgl. Rogge, Helmuth, Die Kladderadatschaffäre in: HZ, Bd. 195 (1962), S. 90–130 sowie Allen, Ann T., Satire and Society in Wilhelmine Germany, Lexington/KT 1984, S. 63–69.*

Nr. 139 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 46–94; MF 670/671. — Abschr. [TOP 1–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 28–52v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel [zu 1–8], Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 4], Micke [zu 6].

1. *Gesetzentwurf*[1] *betr*. Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten *(Reichsseuchengesetz). Die Abänderungsanträge*[2] *der* bayerischen Regierung *sind abzulehnen*. [B] — **2.** Bildung eines internationalen Vereins für Veröffentlichung der Staatsverträge. *Die* Bedenken *Caprivis gegen diese schweizerische Initiative werden allgemein geteilt*. [B] — **3.** Verbindungen *der* deutschen *und* russischen Eisenbahnnetze. *Die* Linien Wieruczow–Lodz und Sieradz–Kalisch *sowie* Bajohren–Moschaiki *hält Thielen für wichtig für den Handel. Heyden hat kein* Interesse *daran, denn so wird nur die* Zufuhr russischer Produkte *gefördert. Bronsart prüft den militärischen Aspekt*. [B] — **4.** Gesetzentwurf[3] *betr*. Abänderung der *evangelischen* Kirchengemeinde- und Synodalordnung *für die neun älteren* Provinzen[4]. *Ziel Bosses ist es, den* Selbständigkeitsbestrebungen *in der* Kirche *entgegenzukommen*. *Miquel sieht* in der Mehrheitsherrschaft auf den Synoden *eine* große Gefahr; *der* Absolutismus des Papstes *erscheint* ihm weniger gefährlich als der der Mehrheit in einer Generalsynode. *Eine größere Autonomie bei kirchlichen Rechtsgeschäften und eine neue* Form *der ministeriellen* Unschädlichkeitserklärung *bei* Kirchengesetzen *werden gebilligt* [B]. *Der* Staatsministerialbeschluß vom 16. November 1891 *wegen* Erhöhung *der* Kirchensteuern *auf maximal* 6% *der* Staatseinkommensteuer *wird bekräftigt* [B]. — **5.** Beilegung der Rechte juristischer Persönlichkeit an die Kreis- und Provinzial-Synodalverbände[5]. *Der dahingehende* Wunsch des Evangelischen Oberkirchenrats *wird gebilligt*. [B] — **6.** Neuordnung der Staatseisenbahnverwaltung[6]. *Detaillierte Debatte zur* Organisation *und zum Verhältnis von* technisch *und* juristisch vorgebildeten Beamten. *Da lt. Miquel die* Staatseisenbahnen *ein* Kapital von 6 Milliarden *repräsentieren, sollen keine* Techniker an der Spitze *der* Direktionen *stehen, um die Finanzinteressen des Staates zu wahren* [B]. *Verfahrensweise bei der zur Disposition-Stellung von* 2000 Beamten. Zahl und Sitze *der* Direktionen [B]. *Thielens Plan wird zugestimmt* [B]. — **7.** *Ordenssachen anläßlich der* Weltausstellung in Chicago. *Um einen allgemeinen* Ordensaustausch *zu verhindern, sind* preußische Orden *nur* an Preußen zu verleihen.[7] [B] — **8.** Kosten der Stellvertretung *der* Kammergerichtsräte *V. Rintelen und A. v. Gliszczynski* während der *Vertagungspause des* Reichstags *1891. Sie sind trotz des Monitums*[8] *der* Oberrechnungskammer *durch die* Staatskasse *zu* tragen, *denn sowohl ein Rechtsstreit wie eine öffentliche Debatte darüber sind* unerwünscht. [B] — **9.** Flaggenführung auf preußischen Staatsfahrzeugen und Staatsgebäuden. *Detailfrage*. [B] — **10.** Entbindung *eines* katholischen *Priesters von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **11.** *Ordenssache*. [B]

---

1 *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 145.*

2 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 104 u. Nr. 30 (bayerische Anträge).*

3 *Rep. 84a, Nr. 1107, Bl. 201–215v. In dieser Akte (Bl. 155–200) auch die* Denkschrift *des Oberkirchenrats* betreffend die Bewegung in der evangelischen Kirche gegen das landesherrliche Kirchenregiment *(25.2.1893) sowie das Votum Bosses dazu. Vgl. StenBerHH, Session 1894, Drucks. Nr. 19 und StenBerAH, Session 1894, 12./13.4.1894, S. 1463 bis 1511.*

4 *Zur Vorgeschichte des Gesetzes vgl. Huber/Huber, Staat und Kirche, Bd. 3, S. 545 ff. u. 572 f.*

5 *Vgl. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XII Nr. 1 Bd. 8, n. f. (Votum Bosses v. 21.12.1893 und Gesetzentwurf).*

6 *Material dazu in: Rep. 93, E Nr. 94–97 (1894). Analyse bei: Seidenfus, Hellmuth St., Artikel Verkehrswesen (Eisenbahnen) in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 359–384 (mit Literatur). Vgl. zur Reorganisation auch den Erfahrungsbericht bei Hoff, Wilhelm, Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin 1931, S. 60 ff.*

7 *Vgl. Rep. 90, Nr. 2084, n. f. (Voten).*

8 *Rep. 77, Tit. 35 Nr. 10 Bd. 3, n. f. (Monitum v. 7.10.1893). Ebd. Votum Schellings v. 14.11.1893. Vorangegangenes vgl. Sitzung am 4.10.1867, TOP 1 mit Anm.; nachfolgendes vgl. Sitzung am 8.6.1904, TOP 4.*

Nr. 140 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Dienstwohnung des Reichskanzlers am 17. Januar 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 113, Bl. 95–102v; MF 671. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 53–56v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Stellungnahme zur* Interpellation[1] *O. Frh. v.* Manteuffel *betr. den* Notstand in der Landwirtschaft. *Bezüglich der* Währungsfrage *ist auf die geplante* Enquête[2] *zu verweisen, ansonsten sind die in der* Thronrede *erwähnten* Maßnahmen *zugunsten der* Landwirtschaft *zu erläutern*. [B] — **2.** *Die* Preise *für* Kalirohsalze *werden lt. Berlepsch* 1895 *nur mäßig erhöht.*

[1] *Vgl. StenBerHH, Session 1894, Drucks. Nr. 9; Debatte dazu 18.1.1894, S. 13–32.*
[2] *Die Währungsenquête fand Anfang Juni 1894 statt, brachte aber kein umsetzbares Ergebnis; vgl. Schultheß, 1894, S. 125–127 (mit Literaturangaben). Vgl. allg. Rep. 90, Nr. 1359 (Währungsfrage).*

Nr. 141 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Januar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 103–127; MF 671/672. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 62–67.

Anwesend [U][1]: Eulenburg [V, zu 1–4], Boetticher, Schelling, Berlepsch [zu 1–4], Miquel, Heyden [zu 1–5], Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein [zu 1, U], Supper, F. Seydel [beide zu 5], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 6].

1. *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *J. v.* Kröcher *betr. den* ferneren Abschluß von Handelsverträgen. *Sie ist inhaltlich* unerfüllbar, *und die* Währungsfrage *ist nicht mit dem* russischen Handelsvertrag *zu verkoppeln. Boetticher möchte der Ansicht von* Zeitungen, *es gäbe* einen Gegensatz zwischen der Reichs- und der preußischen Regierung entgegentreten, *denn* Preußen *hat* die Politik der Handelsverträge mit beschlossen. *Die* Antwort *soll Berlepsch* allgemein halten, *damit* die Sache tunlichst nicht als eine allgemeine politische Aktion *angesehen wird*. [B] — **2.** *Keine* Illumination der öffentlichen Gebäude *anläßlich des Militärjubiläums Wilhelms II.* [B] — **3.** *Der* Gesetzentwurf[3] *betr.* Abänderung des Berggesetzes *ist im Landtag einzubringen*. [B] — **4.** *Ernennung*. [B] — **5.–6.** *14 Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Gelesen: Caprivi [U].*
[2] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 22; Debatte dazu 25.1.1894, S. 95–124 (Berlepsch S. 99–101).*
[3] *Es handelte sich um eine stärkere Staatsaufsicht im schlesischen Eisenerzbergbau (§ 211 des Allgemeinen Berggesetzes v. 24.6.1865). Vgl. StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 47; Debatte dazu 24.2.1894, S. 670–680.*

Nr. 142 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 113, Bl. 128–139; MF 672.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden [zu 1–4], Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein [zu 1, U], Nieberding [zu 2, U], Frh. v. Thielmann [zu 1].

1. *Russischer* Handelsvertrag[1]. *Die ausgehandelten Zolltarife für* deutsche Einfuhren *nach* Rußland *werden gebilligt* [B]. *In einer* geheimen Note *wird* Rußland *zugesichert, daß die* Aufhebung des Identitätsnachweises *angegangen wird und* reine Transitläger *für die* Durchfuhr *von* Getreide *bestehen bleiben. Hingegen darf* Deutschland *danach* gemischte Transitläger *aufheben. Diese Klarstellung befriedigt Eulenburg* [B]. — **2.** *Geschäftliche* Behandlung des Entwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch *(BGB). Lt. Nieberding ist die* Frist *zur* Äußerung *absichtlich* kurz gegriffen, *um* auf die kleinen Regierungen einen Druck zu üben. *Auch die preußischen* Ressortminister *werden rechtzeitig votieren.*[2] [B] — **3.** *Gesetzentwurf*[3] *betr. die* privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt; *Detailfrage.* [B] — **4.** Titelverhältnisse *der* wissenschaftlichen Bibliothekbeamten. *Die Neuregelung beinhaltet keine* Titel- und Rangerhöhungen *und wird trotz Einwänden Heydens zugunsten der* Baubeamten *gebilligt*. [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Titelverleihung*. [B]

1 *Vgl. Weitowitz, Deutsche Politik, S. 280–299.*
2 *Vgl. Rep. 90, Nr. 2419, Bl. 22 u. Bl. 26 f. (Voten zum 1. Buch bis 1.7.1894, dann je nach Fertigstellung).*
3 *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 141.*

Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 140–171v; MF 672/673. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 78–92v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–3], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein [zu 1, U], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2, U], Frh. v. Thielmann [zu 1], Frh. v. Lindenfels [zu 4].

1. *Russischer* Handelsvertrag.[1] *Thielen moniert die Regelung im* § 19, *wonach* Rußland *ermäßigte* Eisenbahntarife *sowohl für via* Königsberg *und* Danzig *nach Übersee wie für in deutsches* Binnenland *gehendes* russisches Getreide *zugestanden wurden. Nach Marschall sollte diesen* Häfen *damit die russische Getreidedurchfuhr* gesichert *werden.*[2] *Ausgleichsweise soll deutsches* Getreide *zwischen Grenze und den* Häfen [...] ebenso billig *befördert werden* wie das russische. *Der Vertrag wird gebilligt*. [B] — **2.** Aufhebung des Identitätsnachweises *im* Gesetzentwurf[3] *betr*. Abänderung des Zolltarifgesetzes *vom* 15. Juli 1879. *Die neugeschaffenen* Einfuhrscheine *für alle* Waren[4] *sind*

1 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 15.*
2 *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, 12.3.1894, S. 1756–1762 (zu § 19).*
3 *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 14. Vgl. Sitzung am 16.5.1893, TOP 1.*
4 *Der Ausdehnung der Einfuhrscheine auf (fast) alle Waren lag ein interfraktioneller Antrag zugrunde; vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 251. Sacherläuterung bei der Sitzung am 2.2.1892, TOP 5 mit Anm.*

eine Art Exportprämie *für die Landwirtschaft und erleichtern deutsche Importe. Preußen wird im* Bundesrat *zustimmen* [B]. — **3.** Staffeltarife *für* Getreide *und russischer* Handelsvertrag.[5] *Die* bayerische Regierung *verlangt vor ihrer Zustimmung zum* Handelsvertrag *die Aufhebung der die* Ostprovinzen *begünstigenden* Staffeltarife, *da sie sich sonst dem* Drucke der Ultramontanen und der Bauernbündler *im* Landtage *gegenüber* nicht halten *kann. Nachdem Wilhelm II. ihr dies bereits zugesichert hat und die* Hauptfrage *so* entschieden *ist, sind Miquel, Eulenburg, Thielen und Heyden über diese* Pression *Bayerns verärgert, zumal die* Staffeltarife [...] prinzipiell richtig *wirken und* Bayern selbst [...] Staffeltarife *benutzt. Nach Caprivi, Boetticher und Berlepsch ist aber die* Annahme des Vertrags das Wichtigere *und dies* Nachgeben *angezeigt, zumal* die innere Reichspolitik [...] von jeher auf Kompromissen *beruht hat. Caprivi wird mit* Bayern *das Verfahren zur* Aufhebung *besprechen.* — **4.** Ausnahmetarife *der Staatseisenbahnen für* Baumwolle *für* sächsische Spinnereien. *Dieser Wunsch*[6] *der* sächsischen Regierung *wird abgelehnt, da* Sachsen nicht unbillig *behandelt wurde.* [B] — **5.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters* von den *gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B]

[5] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 169–214 (preußisch-bayerische Beratungen am 25./27.1.1894, Schreiben Caprivis v. 9.2.1894).*

[6] *Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Schreiben des sächsischen Finanzministeriums vom 23.1.1894 und Votum Thielens vom 4.2.1894). Aufgrund der in der Sitzung am 23.10.1893, TOP 3 beschlossenen Tarifermäßigung für Baumwolle schlesischer Spinnereien verlangte die sächsische Regierung ein Gleiches für Sachsen.*

Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Februar 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 113, Bl. 172–186; MF 673. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 94–100v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V, zu 1–4], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–4], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 5].

1. Staffeltarife. *Caprivi hat mit der bayerischen* Regierung *das Verfahren der* Aufhebung *vereinbart. Eine* Erklärung *der* Staatsregierung *dazu soll erst beim* Antrag[1] *H.* Eckels *im AH abgegeben werden, damit hervortritt, daß* preußische Interessen *zur* Aufhebung *geführt haben. Daß* Bayern seine Zustimmung zum russischen Handelsvertrage von der Aufhebung der Staffeltarife abhängig gemacht *hat, soll* Internum des Bundesrats *bleiben* [B]. *Aufzuheben sind nur die* 1891 *neu* eingeführten, *nicht alle* Staffeltarife [B]. — **2.** *Aufhebung des Identitätsnachweises gem.* Gesetzentwurf[2] *betr*. Abänderung des Zolltarifs *im* Ausschuß *des RT. Das* Staatsministerium *wird gegen etwaige Änderungswünsche an der Vorlage festhalten.* [B] — **3.** Besprechung *Boettichers und StS Posadowskys bei Wilhelm II. über die* Währungsfrage. *Das* Staatsministerium *ist gegen die Ausprägung weiterer* Silbermünzen *bevor das Ergebnis der* Enquête über die Währungsfrage *vorliegt*. [B] — **4.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **5.** *Disziplinarsache*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 38 (Aufhebung der Staffeltarife). Pressemeldungen über den Wunsch Bayerns nach Aufhebung gab es seit Januar 1894; vgl. Wippermann, 1894, I, S. 41–43.*

[2] *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 209; Debatte dazu 7.3.1894, S. 1641–1659.*

Nr. 145 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 18. Februar 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 57–73; MF KR 30. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 5, n. f. — Druck: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. von J. Lepsius u. a., Bd. 7, Berlin 1924, S. 447–452.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Eulenburg, Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer.

Weitere Teilnehmer: A. Frh. Marschall v. Bieberstein, Frh. v. Thielmann.

Russischer Handelsvertrag. *Caprivi* rekapituliert *den Hergang seit* 1890 *und den* Zollkrieg *von* 1893[1]. *Lt. StS Marschall folgte seit* 1880 *eine* Zollerhöhung *der anderen, ging die deutsche* Ausfuhr nach Rußland *zurück und stellte* 1887 *der* Getreidezoll von 5 M *einen* Kampfeszoll *dar. Der* Handelsvertrag *bedroht nicht die* Landwirtschaft, *denn* niedrige Preise *resultieren aus überall* guten Ernten *1892/93; selbst bei einem* Zoll von M 3,50 *ist* russisches Getreide *wegen Fracht und Spesen teurer als deutsches. StS Thielmann betont die* Vorteile *für* Handel *und* Industrie, *speziell die* Ostseehäfen *und Oberschlesien. Für Wilhelm II. ist der* Vertrag *auch* politisch [...] von der größten Bedeutung, *er soll die deutsch-russischen* Beziehungen *verbessern. Ferneres* Ziel *ist für Wilhelm II. die* Zolleinigung *Europas vor dem* wirtschaftlichen Kampf *gegen die USA, die das deutsche* Hauptabsatzgebiet *in* Südamerika *bedrohen*. Bedauerlich *ist* die Gegnerschaft eines großen Teils der Landwirtschaft, *und dieser* Kronrat *soll die Einigkeit im* Staatsministerium *dokumentieren. Wilhelm II. ist Caprivi* dankbar für das Erreichte; *selbst Bismarck würde* mit Befriedigung darauf geblickt haben, wenn es ihm geglückt wäre, solche Konzessionen von Rußland zu erreichen.

[1] *Vgl. Weitowitz, Deutsche Politik, S. 254–280.*

Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Februar 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 187–223; MF 673/674.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel [beide zu 1–7], Heyden, Thielen [zu 1–7], Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2, U], Frh. v. Lindenfels [zu 2], Frh. v. Broich [zu 14].

1. Ausprägung *von 22 Mio. M.* Reichssilbermünzen. *Der Wunsch Wilhelms II., damit* etwas für die Bimetallisten *zu* tun, *wird gebilligt, wenngleich es sich um keine* prinzipielle Maßregel für oder gegen den Bimetallismus *handelt*. [B] — **2.** *Zollhöhe für angerauhte* baumwollene Putztücher *aus* Belgien. *Da die* belgische Regierung *sich auf* bona fides *bei der* Verhandlung *des* Handelsvertrags *berufen kann, ist der bis* 1892 *gültige, ermäßigte* Tarif *anzuwenden*. [B] — **3.** *Der Antrag*[1] *J.* v. Strombeck *betr. Benachteiligung katholischer Kirchenstellen im* Kultusetat *ist als unbegründet zurückzuweisen*. [B] — **4.** *Einführung des* fakultativen polnischen Lese- und Schreibunterrichts *in den Volksschulen Posens. Eine kurzfristige* Veröffentlichung *dazu ist unnötig, da Caprivi damit*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 48; Debatte dazu 6./7.3.1894, S. 922–935.*

rechnet, daß die polnische Fraktion für den russischen Handelsvertrag stimmen *wird. Bosse wird den Sachverhalt im AH erwähnen*.[2] [B] — **5.–7.** *Vier Ernennungen*. [B] — **8.** *Entbindung eines* katholischen *Priesters* von den *gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **9.** *Die Rentengutsbildung im Regierungsbezirk* Marienwerder *schafft lt. Heyden zwar mehr* deutsche Besitzer, *aber zugleich nimmt der polnische* Grundbesitz zu.[3] — **10.** *Die* preußischen Anträge[4] *über die* Schulvorbildung der Tierärzte, Zahnärzte und Apotheker *sollen* einfach liegen bleiben, *da sie* vom Bundesrat voraussichtlich abgelehnt werden würden. [B] — **11.** Einstellung *polnischsprachiger* Rekruten *in das* V. Armeekorps *in der* Provinz Posen.[5] *Gegen* Zeitungsberichte *ist klarzustellen, daß der Anteil maximal* 5% *beträgt und dabei* nur Söhne zuverlässiger Eltern, *die* auch deutsch *sprechen, berücksichtigt werden*. — **12.** *Die* national-polnische Bewegung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet[6] *nimmt zu. Dagegen ist* gegenwärtig *kein* Einschreiten *nötig, aber die Frage ist* scharf im Auge *zu* behalten. — **13.** Fahrpreisvergünstigung *der* Eisenbahnen *für* Militärmusiker bei Reisen zu Erwerbszwecken; *vertagt*. — **14.** *Drei Disziplinarsachen*. [B]

[2] *Vgl. Sitzung am 18.12.1893, TOP 5 mit Anm. Die Erklärung Bosses StenBerAH, Session 1894, 1.3.1894, S. 781–783. Vgl. Wippermann, 1894, I, S. 300 f. (Erlaß). Zur Posener Schulpolitik Lamberti, Elementary School, S. 123 ff.*
[3] *Zu den Gründen Bernhard, Ludwig, Die Polenfrage, 3. Aufl., München/Leipzig 1920, S. 500–515.*
[4] *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 106 und Sitzung v. 9.11.1893, § 604.*
[5] *Vgl. Sitzung am 16.5.1893, TOP 5.*
[6] *Vgl. Rep. 77, Tit. 870 Nr. 47c Bd. 1 (1890–1901), hier Bl. 108 ff. (RegPräs. Arnsberg am 20.11.1893) und Kleßmann, Christoph, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945, Göttingen 1978, S. 83–93.*

Nr. 147 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 3. März 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 113, Bl. 224–240v; MF 674.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse [zu 1], Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Staffeltarife. *Nach Thielen ist im Reichstag wie im Abgeordnetenhaus*[1] *bald eine* Erklärung *des* Staatsministeriums *zur* Aufhebung *nötig. Caprivi und Boetticher zufolge ist zunächst die Annahme des* russischen Handelsvertrags *im Reichstag zu sichern. Eine vorherige* Debatte *des* Abgeordnetenhauses *über die* Staffeltarife *würde nur verstimmend wirken. Eine definitive* Erklärung *ist deshalb zu verzögern*. [B] — **2.** *Gesetzentwurf* über die Landwirtschaftskammern *im Abgeordnetenhaus. Nur die* Bestimmung, *daß jeder* Wahlbezirk *mindestens einen Großgrundbesitzer in die Kammer entsendet, wurde gestrichen*. — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *von A.* Osann *betr. Abhaltung des* Fortbildungsunterrichts *an* Sonntagen. *Berlepsch bereitet ein Gesetz zur weiteren Gestattung freiwilligen Fortbildungsunterrichts während der sonntäglichen Gottesdienstzeit vor und hofft auf* eine Verständigung mit den kirchlichen Behörden. — **4.** *Gesetzentwurf*[3] *betr. die* Gewinnung *der Kalisalze in der* Kommission *des Abgeordnetenhauses*. Die Konservativen *wollen eine Preisgarantie für Kali, die Hannoveraner die* Schonung erworbener Rechte. — **5.–7.** *Acht Ernennungen beim* Oberverwaltungsgericht. [B]

[1] *Der erwähnte Antrag Eckels auf Aufhebung der Staffeltarife wurde im Abgeordnetenhaus nicht formell diskutiert, vgl. aber die Debatte zur Aufhebung in: StenBerAH, Session 1894, 9.4.1894, S. 1359–1392.*
[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 215; Debatte dazu 5.4.1894, S. 1927–1945.*
[3] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 40. Vgl. Rep. 120, BB I 1 Nr. 21 (Gesetzentwurf im Rahmen des Berggesetzes) und Mette, Tim, Kali-Industrie, Kali-Staat und Kali-Junker. Recht und Wirtschaft am Beispiel des Reichskaligesetzes vom 25. Mai 1910, St. Katharinen 1997, S. 35 ff.*

Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 113, Bl. 241–271; MF 674/675. — Abschr. [TOP 1–11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 130–144.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–13], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2, U], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 14].

1. *Zollhöhe für* Eigelb *aus* Österreich-Ungarn. *Die* Reichsämter *glauben, daß* Österreich *gemäß* Warenverzeichnis *den im Handelsvertrag ermäßigten* Zoll *von* 2 M. *beanspruchen darf. Preußische Minister, v. a. Miquel, sehen dies als Präzedenzfall, denn Deutschland müßte bei einem Nachgeben dann* in unendlich vielen Fällen *das autonome* Warenverzeichnis *ändern. Caprivi und Boetticher unterliegen; Preußen wird im* Bundesrat *keine* Bindungen dieser Art *zugeben*. [B] — **2.** *Stellungnahme zur* Interpellation[1] *O.* Arendt *betr*. Neuprägung von 22 Millionen Mark Reichssilbermünzen. *Das Staatsministerium wird die* Beantwortung *ablehnen, da die* Frage *im RT*[2] *ansteht*. [B] — **3.** Ausschließung der Fähren *vom Binnenschiffahrtsgesetz*[3]; *Detailfrage.* [B] — **4.** *Stellungnahme zum Wunsch des AH nach* Aufhebung *der in der Rheinprovinz geltenden französischen* Gesetze über Geheimmittel *in Apotheken*[4]. *Eine reichsgesetzliche* Regelung *dazu wird bereits erwogen*. [B] — **5.** Bischofswahl *in* Fulda[5]. *Drei* Kandidaten *sind* genehm; *Prof. G.* Komp *kommt vor allem* in Betracht. [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf*[6] *P.* Krause *betr*. Strafen *für* Notare *bei* Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel. *Dem* Antrage *ist* nicht zu widersprechen. [B] — **8.** Mitteilung über die unvermutet günstigen vorläufigen Ergebnisse der neuen Veranlagung der Gebäudesteuer. — **9.** *Hinweis Schellings auf die laufende französische* Reform der Zivilprozeßordnung, *die auch bezweckt, das* Verfahren einfacher, billiger und schleuniger zu gestalten. — **10.** *Die* Vorstellung[7] *des* preußischen Beamtenvereins in Hannover *wegen* Erleichterung *bei* Amtskautionen *für* Beamte *wird mehrheitlich abgelehnt*. [B] — **11.–12.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **13.** *Zwei Ordenssachen*. [B] — **14.** *Neun Disziplinarsachen*. [B]

[1] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 88; zurückgezogen am 7.4.1894, S. 1357. Vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 3 Bd. 5, n. f. (Resolution der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, Votum des RSA).*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 267; Debatte dazu 6.4.1894, S. 1947–1966.*

[3] *StenBerBundesR, Jg. 1893, Drucks. Nr. 141 und Jg. 1894, Drucks. Nr. 32.*

[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1894, 3.4.1894, S. 1202.*

[5] *Vgl. Gatz, Erwin, Die Neubesetzung der Bistümer Limburg und Fulda 1885–87 in: Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte, Bd. 71 (1976), S. 78–112, hier S. 87 f., 109–112.*

[6] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 87; Debatte und Annahme am 3.4.1894, S. 1208–1211.*

[7] *Rep. 90, Nr. 635, n. f. (20.1.1894); ebd. die Voten. Vgl. zu Amtskautionen auch Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1. Aufl., Leipzig 1906, S. 58.*

Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 114, Bl. 1–22; MF 675/676. — Abschr. [TOP 1–4, 6–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 146–157.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen [zu 1], Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. *Gesetzentwurf betr*. Gewinnung *der* Kalisalze. *Nach Bedenken der Konservativen und Heydens wegen der* Preisbildung *durch das Kalisyndikat ist als künftiges Ziel eine* Preisgestaltung *wesentlich durch den Staat zu erklären* [B]. *Ein* Ausfuhrzoll *für* Kali, *wie im RT beantragt*[1]*, ist abzulehnen* [B]. *Eine Ausnahme der* Provinz Hannover *vom* Gesetz[2] *ist annehmbar* [B]. — **2.** *Gewerbeausstellung* 1896 *in* Berlin. *Die* wohlwollende Haltung *dazu bedeutet nicht, daß eine größere* finanzielle Beteiligung des Staats *erfolgen soll*. [B] — **3.** *Die Immediateingabe*[3] *betr*. Gründung einer deutschen Agrarbank *wird an die Ressortminister überwiesen*. [B] — **4.** *Reichsfinanzreformplan Miquels und* Reichstag.[4] *Das* Defizit *besteht, wenn auch auf rd.* 36 Millionen *ermäßigt, fort, und somit die* Notwendigkeit der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs. *Da der* Reichstag *trotzdem wohl den* entscheidenden § 5 des Tabakfabrikatsteuergesetzes[5] *ablehnen wird, soll er geschlossen, aber auch erklärt werden, daß eine* Reichsfinanzreform *weiterhin nötig bleibt*. [B] — **5.** *Titelverleihung.* [B] — **6.** *Die Eingabe des* Bundes der Landwirte *betr. Staatshilfen bei Sturmschäden an* landwirtschaftlichen Gebäuden *lehnt Heyden ab, da kein* Notstand *herrscht*.[6] [B] — **7.** *Der* Gesetzentwurf über Landwirtschaftskammern *ist demnächst* zu beraten. [B] — **8.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

1 *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 285. Eine Plenar-Debatte dazu fand nicht statt.*
2 *Vgl. StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 103; Debatte dazu 19.4.1894, S. 1653–1667. Der Gesetzentwurf, der auf ein staatliches Kalimonopol abzielte, wurde abgelehnt, v. a. durch Zentrumspartei und Liberale.*
3 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*
4 *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, 29.–31.1.1894, S. 907–975. Dann blieb die Reichsfinanzreform in der Kommission stecken, als „völliger Trümmerhaufen" wie Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 367 bilanzierte. Vgl. Sitzung am 15.9.1894, TOP 9 zum zweiten Versuch in der Reichstagssession 1894/95.*
5 *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 53. Ein Kommissionsbericht wurde nicht erstattet und eine Plenardebatte fand nicht statt. Vgl. die Erklärung in der Sessionsschlußrede StenBerRT, 19.4.1894, S. 2295.*
6 *Vgl. StenBerHH, Session 1894, 30.5.1894, S. 255–258 eine entsprechende Interpellation.*

Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 114, Bl. 23–45; MF 676. — Abschr. [TOP 2–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 160–172v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel [zu 1–5], Heyden, Thielen, Bosse [zu 1–2]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 10].

1. *Titelverleihung. H. v.* Sybel *wird* Wirklicher Geheimer Rat. [B] — **2.** Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammern. *Die Kommissionsbeschlüsse des* Abgeordnetenhauses[1] *werden besprochen. An der dort gestrichenen* Bestimmung, *daß jeder Wahlkreis mindestens einen Großgrundbesitzer entsendet, ist festzuhalten, um* Bauernparlamente *zu* verhüten [B]. *Bezüglich der* Provinz Posen *steht eine Mehrheit von* Polen *zu erwarten. Dem könnte ein teilweises* Ernennungsrecht *der* Regierung *oder der* Ausschluß *Posens* von der Geltung des Gesetzes *abhelfen* [B]. — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *E.* Kruse *betr*. Zwangsversicherungen gegen Viehverluste. *Heyden erwägt eine gesetzliche Regelung.* [B] — **4.** Anerbieten der Pfeffer'schen Buchhandlung zu Leip-

1 *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 101.*
2 *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 119; Debatte dazu 2.5.1894, S. 1937–1939.*

zig, *in ihrem* Preußischen Archiv[3] *Gesetzentwürfe abzudrucken. Dies ist abzulehnen, da der Staatsanzeiger ausreicht.* [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf*[4] *betr. Vermieterrechte* an den in die Mieträume eingebrachten Sachen *ist umgehend einzubringen.* [B] — **6.** *Bei der* Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens in Gold *soll auch im Militär die gesetzte zahlenmäßige* Schranke eingehalten *werden*. [B] — **7.** Naturalverpflegungsstationen *und Armenpflege*[5]. *Eulenburg erwägt eine Neuregelung der an sich nützlichen* Einrichtung, *um die* Kreise *vor finanzieller* Überbürdung *zu bewahren. Im* Norden und Osten *ist man Heyden zufolge* gegen diese Stationen eingenommen, weil die *verpflegten* Leute *dann* nicht arbeiten *wollen. Lt. Eulenburg ist die* Nötigung zu ländlicher Arbeit [...] dem gelernten Arbeiter gegenüber nicht immer durchführbar, weil er hierzu nicht geeignet und oft zu schwach ist. [B] — **8.** *Gesetzentwurf*[6] zum Schutz der Warenbezeichnungen. *Das Amendement H.* Roeren *betr*. Strafen *für falsche* Warenbezeichungen *ist abzulehnen, denn es gehört* in das Gesetz überhaupt nicht hinein. [B] — **9.** *Das Finanzergebnis der* Staatseisenbahnen *im Jahr* 1893/94 *war günstig und schloß mit 41,8 Mio.* M. *Mehreinnahmen*. — **10.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

[3] *Preußisches Archiv der Gesetze und der das Rechtswesen betreffenden Verordnungen und Verfügungen Preußens und des Reichs, hrsg. von Adolf Weißler, Leipzig/Ettlingen, Jg. 1, 1894 – Jg. 40, 1933. Vgl. Rep. 120, A I 2 Nr. 7 Bd. 3 (Angebot).*

[4] *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 177; Debatte dazu 2.5.1894, S. 1929–1937.*

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1894, 16.4.1894, S. 1552 f. (Anregung durch K. v. Pappenheim); BArch, RAdI, Nr. 115255, n. f. (im Gefolge der Beratung unter dem 12.6.1894 von Eulenburg übersandte Grundzüge); allg. zur Sache vgl. Bitter, Handwörterbuch, Bd. 2, 1911, S. 184.*

[6] *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 298, 325 u. 338. Der Antrag Roeren wurde nach Intervention Boettichers in 3. Lesung am 19.4.1894, S. 2255 f. abgelehnt. Vgl. Rep. 87, B Nr. 7446, n. f. (div. Schriftwechsel bis zum Gesetz v. 12.5.1894, RGBl., S. 441).*

Nr. 151 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 46–80[1]*; MF 676/677. — Abschr. [TOP 2–5, 7–8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 175–185v.*

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–9], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Supper, E. Müller [beide zu 10], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 11].

1. *Drei Ernennungen*. [B] — **2.** *Schloßbau des* Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *in* Primkenau. *Die Bewilligung einer höheren* Bausumme *kann erst nach Klärung der Fideikommiß-Verhältnisse erfolgen.* [B] — **3.** Fahrpreisvergünstigung *der* Eisenbahnen *für* Militärmusiker *bei* Reisen *zu Erwerbszwecken. Der Reichstagsresolution*[2] *wegen deren Aufhebung ist nicht nachzugeben und öffentlicher Streit über die* Konkurrenz der Militärkapellen mit den Zivilmusikern *ist zu vermeiden.* [B] — **4.** Kleinbahnen *und Staatseisenbahnverwaltung. Die* Gestaltung ihrer Tarife *ist bewußt nicht reglementiert worden, denn* möglichste Förderung des öffentlichen Verkehrs *war primärer Gesichtspunkt, nicht* das fiskalische Interesse. *Heyden möchte den im Osten so nützlichen* Kleinbahnen *sogar* Staatsprämien *zuwenden, aber für Miquel ist das bisherige tunlichste* Entge-

[1] *Bl. 68 f. umfaßt einen Brief Caprivis über eine Protokollergänzung und die bejahende Antwort Homeyers.*

[2] *StenBerRT, Session 1893/94, 13.4.1894, S. 2088–2094 (Petitionen um Aufhebung der Fahrpreisvergünstigung werden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen) und StenBerBundesR, Jg. 1894, § 205. Zur Frage vgl. Rep. 151, II Nr. 607, n. f. (Voten, Mindestpreise für Militärmusiker im Gefolge der Sitzung am 19.12.1896, TOP 4).*

genkommen *und* indirekte Subvention *ausreichend. Die* Eisenbahndirektionen *sind entsprechend anzuweisen.* [B] — **5.** Ausnahmetarife *der Staatseisenbahnen für* Baumwollensendungen von den deutschen Seehäfen in der Richtung nach der Provinz und dem Königreich Sachsen *sowie* Thüringen *sind zur Industrieförderung einzuführen, obwohl* Sachsen *seine wettbewerbsverzerrenden* Ausnahmetarife *nicht aufhebt*.[3] [B] — **6.** *Titelverleihung*. [B] — **7.** *Nach* Ablehnung des Kaligesetzes[4] *will Berlepsch neue staatliche* Bohrungen *um* Staßfurt *ausbringen. Die guten* Beziehungen *zum rheinisch-westfälischen* Berg- und Hüttenmännischen *Verein haben sich nach dessen Angriffen auf das* Kaligesetz *verschlechtert.* — **8.** *Mehrere* Resolutionen[5] des Reichstags *sind* im Bundesrat zu erörtern. *Die Grundsatzfrage, ob das* Reich *eine Stellungnahme der preußischen* Regierung *anfordern oder ob diese* aus eigener Initiative ihre Erklärung abgeben *will, wird dahin entschieden, daß das* Reich *anfordern soll*. [B] — **9.** *Die* Sperre *des* Berliner *Viehhofs ist aufzuheben, da* 10 Tage *lang keine eingeschleppte* Maul- und Klauenseuche *auftrat*. — **10.–11.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[3] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4, Bd. 2, n. f. (Votum Thielens v. 14.4.1894).*
[4] *Vgl. Sitzung am 10.4.1894, TOP 1 mit Anm.*
[5] *Vgl. StenBerRT, Session 1893/94, 16.4.1894, S. 2148–2156 (Jesuiten-Zulassung) bzw. 17./18.4.1894, S. 2202–2211 u. 2242–2248 (Heimstättengesetz) bzw. 19.4.1894, S. 2257 (Gesetz über unlauteren Wettbewerb).*

Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 81–102; MF 677. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 187–195.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–2], Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2, U], Kraetke [zu 2], Frh. v. Broich [zu 3].

1. Schloßbau *des* Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein *in* Primkenau. *Eine* Bausumme *von* 750 000 M. *wird bei Stimmengleichheit mit der Stimme des* Ministerpräsidenten *Eulenburg*[1] *bewilligt, sofern ein* Zuschlag *zum* Fideikommiß *in Höhe von* 250 000 M. *eingerichtet wird*. [B] — **2.** Reform *des* Postzeitungstarifs[2]. *Meinungsverschiedenheiten zwischen Eulenburg und Miquel einerseits und Caprivi und Posadowsky andererseits, ob das* Gesamtgewicht *einer* Zeitung *bei der* Durchgangsgebühr *zu berücksichtigen ist. Erstere glauben,* gerade die großen, einträglichen Inseratenblätter schärfer heranzuziehen *zu sollen, während Caprivi dem* Vorwurf der Begünstigung einer politischen Richtung *mit der* gleichmäßigen Behandlung aller Blätter *begegnen will und dafür auch leichter eine Mehrheit im* Reichstage *gewinnen zu können glaubt*. *Caprivi sieht nicht,* daß man gegenwärtig den Reichsgedanken *bei der* Post [...] hinter finanzielle Rücksichten *zurückstellen darf, will aber* Tarife *nach* Gewicht *prüfen lassen*. [B] — **3.** *Drei Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Somit ereignete sich hier wieder einer der ziemlich seltenen Fälle, wo die Stimme des Ministerpräsidenten bei Stimmengleichheit den Ausschlag gab; vgl. Rep. 90, Nr. 396, n. f. (diesbezügliche Notiz).*
[2] *Vgl. Sitzung am 5.11.1897, TOP 3 mit Anm.*

Nr. 153 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 105–132; MF 677/678. — Abschr. [TOP 1–3, 5–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 197–210.

Anwesend: Eulenburg [V, U], Boetticher [U], Schelling [U], Berlepsch, Caprivi [zu 1–7, U], Miquel [U], Heyden [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Supper, Körte [beide zu 8], Frh. v. Broich [zu 9].

1. *Nach dem Bundesratsbeschluß*[1] *über einen Zollzuschlag für spanische* Waren *bemängelt Eulenburg, daß nicht zuvor die* Beschlußfassung *im* Staatsministerium *zwecks Instruktion der preußischen Stimme stattfand. Nach Boetticher und Caprivi hatten bereits drei preußische* Ressorts *zugestimmt. Caprivi sichert Eulenburg künftig rechtzeitige* Mitteilung *wichtiger* Tagesordnungen *im* Bundesrat *zu, wenngleich es zuweilen Termindruck gibt und das* Staatsministerium [...] unmöglich bei jedem Antrage, über den der Bundesrat Beschluß fassen *muß,* vorher über Abgabe der preußischen Stimmen *beraten kann. Das* Gewicht der preußischen Stimme vor der der übrigen Bundesregierungen *kommt schon* darin zum Ausdruck, daß *man sich reichsseitig* mit den beteiligten preußischen Ressorts *verständigt,* bevor eine Sache an den Bundesrat *gelangt.* Das Verfahren des Reichsamts des Innern gegenüber der preußischen Regierung *darf* aber kein anderes sein, als gegenüber den übrigen Bundesregierungen. *Eulenburg ist* befriedigt.[2] — **2.** *Eine Stellungnahme zum* Antrag[3] *E. F.* Ring *hat sich durch Vertagung im AH erledigt*. — **3.** *Der* Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammern *steht im* Herrenhaus[4] *vor der Annahme. Die* Änderungen *des* Abgeordnetenhauses *betreffen vor allem die* Anhörung des Provinziallandtags *vor Kammererrichtung und die* Wahl *durch die* Kreistage. *Beides bleibt unerwünscht, aber trotzdem ist das Gesetz annehmbar*. [B] — **4.** *Der Landtagsschluß 1894 steht bevor*. [B] — **5.** *Agrarkonferenz*[5]*. Caprivi moniert, daß durch die Einladung von B. v.* Ploetz, *der* gegen *Caprivi wie Wilhelm II.* schroff aufgetreten *ist, und des Handelsvertragsgegners K.* Gamp *der* Bund der Landwirte *bestärkt bzw. die Beamtenschaft verwirrt wird. Heyden übernimmt die Verantwortung für das Vorgehen und will durch diese Agrarkonferenz die* wahre Lage der Landwirtschaft klar *machen und die* Agrarier *zwingen,* positive Vorschläge *zu machen*. — **6.** *Maßnahmen gegen Umsturzbestrebungen. Die Gesetzentwürfe*[6] *aus dem* Reichsjustizamt *bzw*. Preußens *stehen vor der Fertigstellung. Eulenburg*

---

1 *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 49; Beschluß Sitzung am 24.5.1894, § 328.*

2 *Zum folgenden Schriftwechsel vgl. Rep. 90, Nr. 395 und Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 324–327. Der Konflikt wurde mit Erlaß Caprivis v. 5.7.1894 beigelegt, der Bismarcks Erlaß v. 25.5.1885 bezüglich der obligatorischen Vermittlung des preußischen Außenministers zwischen Ministerien und Reichsämtern aufhob. Dementsprechend konstatierte Eulenburg per Schreiben v. 13.7.1894, daß* in Zukunft der unmittelbare geschäftliche Verkehr zwischen den obersten Reichsämtern und den beteiligten preußischen Herren Ressortministern die Regel bilden. *Bosse notierte:* Zum ersten Mal trat ein Gegensatz zwischen Graf Caprivi und Graf Eulenburg ziemlich scharf zu Tage; *VI. HA, NL Bosse, Nr. 8, Bl. 114 (Tagebucheintrag 26.5.1894).*

3 *StenBerAH, Session 1894, Drucks. Nr. 138 u. 208; Plenarbeschluß 25.5.1894, S. 2195–2204. Der Antrag bezweckte, die nur durch Gebäudesteuerzahlung im Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer zum Kreistag Einfluß gewinnenden Hausbesitzer der Berliner Stadtrandgemeinden dadurch zu beschränken, daß nur entsprechende Grundsteuerzahlung zum Grundbesitzer-Wahlverband des Kreistags berechtigen sollten.*

4 *Vgl. StenBerHH, Session 1894, 30.5.1894, S. 238–255.*

5 *Vgl. Sitzung am 22.12.1893, TOP 4.*

6 *Rep. 84a, Nr. 8464, Bl. 61–91 (inkl. Bericht der Kommissare des RAdI und des RJA). Ebd., Bl. 21–25v die Anregung eines Gesetzes gegen Umsturzbestrebungen durch Eulenburg mit Schreiben v. 30.12.1893. Zum Fortgang bis Nov. 1894 vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 821. Die Darstellung bei Mommsen, Wolfgang J., Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918, Berlin 1995, S. 172 (im Gefolge von Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 107), Eulenburg habe „überraschend" eine Umsturzvorlage in den Reichstag einzubringen verlangt, was ein „staatsrechtliches Novum" gewesen sei, ist so nicht zutreffend, denn die Anregung erfolgte bereits am 30.12.1893 und Preußen hat mehrfach Präsidialanträge vorbereitet.*

optiert für den nicht ausschließlich gegen Anarchisten *gerichteten preußischen* Entwurf. *Caprivi erklärt, keinen derartigen* Gesetzentwurf als Präsidialantrag einzubringen. *Die* Entscheidung *darüber bleibt offen.* [B] — **7.** *Ein* Votum *Miquels über* die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Anwärterdienstalter der Subalternbeamten *kommt demnächst*. — **8.–9.** *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

Nr. 154 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 133–166; MF 678/679. — Abschr. [TOP 1–6, 8–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 212–230v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–14], Miquel, Heyden, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 15].

1. Gesetzentwürfe[1] *betr. Änderung der* Unfallversicherungsgesetze. *Boetticher verteidigt die Entwürfe gegen* Bedenken *wegen der* Ausdehnung *auf* alle Gewerbe, *namentlich* Fischerei *und* Handwerk *sowie kleines* Handelsgewerbe, *und begründet die Schaffung von regionalen* Unfallversicherungs-Genossenschaften. Einer Zusammenfassung aller Kategorien der Versicherung *steht* entgegen, daß die Krankenversicherung ihrer Natur nach mehr lokal ausgestaltet werden *muß. Es wurde der* Selbstbestimmung der Interessenten tunlichst weiter Spielraum gelassen. *Miquel bedauert die neue Belastung der* kleinen Handwerker. *Die Einbeziehung von* Gefangenen *soll kommissarisch erörtert werden, da sie Eulenburg in der* jetzigen Gestalt unannehmbar *findet. Die Zusammenfassung der* verschiedenen Zweige des Versicherungswesens *erscheint beiden doch sinnvoll*. [B] — **2.** Immediatbericht[2] über die Fürsorge bei Arbeitslosigkeit. *Eine Arbeitslosenversicherung ist* untunlich. *Der* Arbeitsnachweis *bleibt Aufgabe der* Städte *unter Zuziehung der* Arbeitnehmer, *wobei Berlepsch auch* eine sozialdemokratische Zusammensetzung *hinnehmen möchte, denn in* Gewerbegerichten *wirkte das* nicht schlecht. *Der* Arbeitsnachweis für ländliche Arbeiter *ist* eine dankbare Aufgabe für die Landwirtschaftskammern, *aber eigentlich fehlt es auf dem Lande* nur an Arbeitern.[3] *Wehrpflichtige, die bei der* Entlassung *ohne* Arbeit *bleiben, werden* in Brandenburg *teilweise Sozialdemokraten. Miquel wünscht eine* fortschreitende Organisation der Arbeit, *wobei aber* eine obrigkeitliche Person den Vorsitz *führen soll, damit nicht die* Sozialdemokratie *die* Oberherrschaft *gewinnt*. [B] — **3.** *Der Initiativgesetzentwurf*[4] *betr*. Aufhebung *des Jesuitengesetzes ist im* Bundesrat *abzulehnen.* [B] — **4.** *Der Initiativgesetzentwurf*[5] *betr. Änderung des Reichstagswahlgesetzes ist abzulehnen, da lt. Eulenburg kein* Bedürfnis *zur besseren Wahrung des Wahlgeheimnisses besteht und selbst* Stimmzettel in Umschlägen [...] Niemanden befriedigen *würde*. [B]

---

1 *Rep. 84a, Nr. 5295, Bl. 227–350. Ebd., Bl. 43 ff. eine erste Fassung; Bl. 176 ff. die in der Sitzung am 2.1.1894, TOP 6 angeforderten Ministervoten; Bl. 366 ff. zum Ausschluß der Gefangenen. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 58 und die Darstellung bei: Wickenhagen, Ernst, Geschichte der gewerblichen Unfallversicherung. Wesen und Wirken der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bd. 1, München 1980, S. 105 ff.*

2 *Rep. 90a, D II 3a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 49–54 (Entwurf v. 31.8.1894); ebd., Bl. 27 ff. Voten. Vgl. ferner Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 290 ff. (Erlaß betr. kommunale Arbeitsnachweise v. 31.7.1894); Rep. 77, Tit. 922 Nr. 4 Bd. 1 und Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 373 f. Zur Tätigkeit des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise und einer Übersicht kommunaler Arbeitsnachweisstellen per 1.1.1900 vgl. Rep. 77, Tit. 922 Nr. 4 Bd. 2, Bl. 14 ff. u. 591 ff.*

3 *Vgl. Nichtweiss, Saisonarbeiter, S. 47.*

4 *StenBerRT, Session 1893/94, 16.4.1894, S. 2148–2156 (Initiativgesetzentwurf der Zentrumspartei).*

5 *StenBerRT, Session 1893/94, 17.4.1894, S. 2201 f. (Initiativgesetzwurf v. Zentrumspartei und Freisinn). Vgl. Anderson, Margaret L., Practising Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany, Princeton 2000, S. 243 ff.*

— **5.** *Der* Resolution[6] *betr*. Strafen *für* Konsumvereine, *die* Waren an Nichtmitglieder *verkaufen, wird Preußen im* Bundesrat *zustimmen*. [B] — **6.** *Der* Resolution[7] *betr*. Veröffentlichung einer Konkursstatistik *ist grundsätzlich* Folge zu geben. [B] — **7.** *Vor einer Stellungnahme zur* Resolution[8] *betr. weitere* Maßnahmen *gegen* Viehseuchen *ist das* Votum *des Landwirtschaftsministers abzuwarten*. — **8.** *Heimstättengesetz*[9]. *Berlepsch wünscht Auskunft,* welche Vorarbeiten *die* Reichsämter *dazu erstellt haben*. — **9.** *Urlaubsregelung im* Staatsministerium. — **10.** *Terminierung der Parlamentssession 1894/95 und geplante Gesetzesvorlagen dazu*. — **11.** *Entbindung* zweier katholischer *Priester von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein geistliches* Amt. [B] — **12.** *Ordenssache*. [B] — **13.–14.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **15.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

6 *StenBerRT, Session 1892/93, 8.2.1893, S. 935–937. Vgl. Rep. 84a, Nr. 10479, Bl. 67–70 (Voten).*
7 *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 335, Debatte dazu 18.4.1894, S. 2251 f.*
8 *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 189/2, Debatte dazu 9.5.1894, S. 2015–2023.*
9 *Zum Anlaß vgl. Sitzung am 7.5.1894, TOP 8 mit Anm. Zur Sache vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 126, Bl. 106 ff. (Anfrage Berlepsch' v. 6.6.1894, Voten dazu).*

Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 114, Bl. 167–201; MF 679/680. — Abschr. [TOP 1–6, 9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 231–242.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher [zu 1–7], Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–9], Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1, U], Nieberding [zu 1–2], E. v. Köller, Halley [beide zu 3], v. Knebel-Doeberitz, Supper, Körte [alle zu 10], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 11].

1. Verzollung *hochprozentigen spanischen Weins nach dem Tarif für* Branntwein *als* Kampfmittel *gegen die* Anwendung des Maximaltarifs *durch Spanien. Preußen wird im* Bundesrat *dagegen stimmen, da Caprivi es für rechtlich anfechtbar hält und man Spanien nicht* zu weiteren Schritten *anreizen soll.* [B] — **2.** *Dem* Ausschußantrag[1] *beim Gesetzentwurf betr. Änderung des* Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung *wird Preußen im* Bundesrat *zustimmen*. [B] — **3.** Gemeindeordnung[2] für Elsaß-Lothringen *im* Bundesrat. *Caprivi legt* größten Wert auf das Zustandekommen dieses Gesetzes. *Eulenburg hegt diverse* Bedenken, *vor allem gegen die ausnahmsweise mögliche französische Geschäftssprache im Gemeinderat und dagegen, daß Eisenbahn- und Forstbeamte* nicht Bürgermeister und Beigeordnete sein dürften. *Miquel ist gegen das* allgemeine direkte Wahlrecht für Gemeindewahlen. *Da nach UStS v.* Köller die Regierung in Elsaß-Lothringen Machtbefugnisse *wie kaum sonst hat, wird die vorliegende Fassung gebilligt.* [B] — **4.** Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Anwärterdienstalter für Subalternbeamte. *Dies ist auch für* Militäranwärter *einzuführen, sofern sie frühzeitig das Ziel einer Beamtenlaufbahn angaben*[3]. [B] — **5.** *Die* Ausführungsbestimmungen[4] *zum* Reichsgesetz über den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege *werden gebilligt*. [B] — **6.** *Trageweise von* Orden *mit der königlichen*

1 *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 56.*
2 *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 52. Vgl. Rep. 90, Annex E, Nr. 23 (Schriftwechsel) und Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 463.*
3 *Vgl. MinBl. innere Verw., 1894, S. 195 den entsprechenden Erlaß sowie Illing/Kautz, Handbuch, 8. Aufl., Bd. 3, Berlin 1903, S. 130 f.*
4 *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. das Reichsgesetz im RGBl. 1894, S. 463.*

Krone.[5] [B] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Acht Ordenssachen. Titelverleihung.* [B] — **9.** *Das Finanzergebnis der* Staatseisenbahnen *im* Mai *1894 war günstig*. — **10.–11.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2014, n. f. (Schriftwechsel Juni 1894).*

Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 114, Bl. 202–226; MF 680. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 244–255.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi [zu 1–6], Miquel, Thielen, Bosse. — Prot.: Homeyer [U].

1. *Stellungnahme zur Reichstagsresolution*[1] *betr*. Zulassung *des um die deutschen* Kolonien *verdienten Missionsordens der* Väter vom heiligen Geist *und zum* bayerischen *Bundesratsantrag*[2] *betr. Wiederzulassung der* Redemptoristen. *Vorgeschichte seit* 1872. *Caprivi möchte, wie schon* Bismarck *im Jahre* 1889, *durch die* preußische Zustimmung *den* Bayern *entgegenkommen und so die Zentrumspartei für die* Reichsfinanzreform *gewinnen. Bosse sieht keine Probleme hinsichtlich der* Väter vom heiligen Geist, *aber die nötige Revision des Bundesratsbeschlusses*[3] *über die Gleichsetzung der* Redemptoristen *mit den* Jesuiten *als Hindernis. Eulenburg erwartet die* Kritik, *daß die* Regierung *das* Jesuitengesetz [...] abbröckeln lasse, *ist aber für* Zulassung, *weil* die Väter des heiligen Geistes in den Kolonien [...] sich viel Sympathien auch unter Evangelischen erworben *haben*. Preußen *wird im* Bundesrat *für* Zulassung *stimmen*. [B] — **2.** *Die* Berufs- und Gewerbezählung *sowie die* Volkszählung *sollen auf Wunsch von* Direktor *Blenck* 1895 *getrennt* stattfinden.[4] [B] — **3.** *Disziplinarsache*. [B] — **4.** *Der* Ankauf *und die Ersteigerung einiger* Güter aus deutscher Hand *durch die* Ansiedlungskommission *werden* ganz ausnahmsweise genehmigt.[5] *Miquel bedauert, daß nicht grundsätzlich* im Westen der polnischen Provinzen *mit* Ankäufen *begonnen wurde, sondern* inmitten überwiegend polnischer Bevölkerung. [B] — **5.** *Ernennung*. [B] — **6.** *Entbindung* dreier katholischer *Priester* von den *gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **7.** *Disziplinarsache*. [B]

[1] *StenBerRT, Session 1893/94, 17.2.1894, S. 1319 mit Drucks. Nr. 170 C.*
[2] *StenBerBundesR, Jg. 1891, Drucks. Nr. 59. Vgl. Bachem, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 348–351.*
[3] *Vgl. StenBerBundesR 13.5.1873, § 267. Die Wiederzulassung erfolgte durch Bundesratsbeschluß v. 9.7.1894, § 425. Zum Echo darauf vgl. Wippermann, 1894, II, S. 98–101. Allg. Häger, Klöster, S. 362–364 (aufgrund Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XIII Nr. 22 Bd. 1, div. Einzelfälle 1894–1900).*
[4] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 4489, Bl. 147 ff. (u. a. Voten); ähnliches Material in: Rep. 120, A V 1 Nr. 6 Bd. 4, Bl. 221–239.*
[5] *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 114 f.; Bl. 119–121 (Voten Miquels und Heydens/Eulenburgs).*

Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 227–243; MF 680/681.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Bosse. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U].

1. Grundzüge *zum Gesetzentwurf*[1] zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbes. *Ein* strafrechtliches Einschreiten *bei unlauterer* Reklame *wird gebilligt. Der* Tatbestand *des Verrats von* Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen *wird bestimmter definiert*. [B] — **2.** *Gesetzesvorlagen zur* Landtagssession *1894/95. Geplant sind u. a. Vorlagen zur* Organisation der Wasserbaubehörden, *zur Volksschullehrer-Besoldung, zur Synodal-Verfassung und eine* Kodifikation der gesamten Stempelsteuergesetze. [B] — **3.** *Ordenssache*. [B] — **4.** Kommissarische *Beratungen über gesetzliche Maßnahmen gegen das* Boykottieren[2] *sollen stattfinden*. [B] — **5.** *Ernennung*. [B] — **6.** *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Anwesenheit *Wilhelms II. in* Ost- und Westpreußen *sollen bis* 20. *Juli 1894 beschlußreif sein*. [B] — **7.** *Vier Disziplinarsachen*. [B]

1 *Rep. 77, Tit. 307 Nr. 95 Bd. 1, Bl. 44–52 (15.6.1894); ebd. der Fortgang bis März 1896.*

2 *Anlaß war der mehrmonatige Arbeitskampf in Berliner Brauereien (sog. Bierkrieg) über die Frage, ob der 1. Mai Feiertag sein sollte und der sich anschließende Boykott von Bieren aus Brauereien, die Streikende entlassen hatten; vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3 Adhib. 4 (1894–96) und Struve, Emil, Der Berliner Bierboykott von 1894, Berlin 1897. Der Abschlußbericht der kommissar. Beratungen v. 3.10.1894 in: Rep. 151, HB Nr. 821, Bl. 77–96.*

Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juli 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 114, Bl. 245–249; MF 681.

Anwesend [U][1]*: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [zu 1], A. Gf. v. Bernstorff [zu 1–2].

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Anwesenheit *Wilhelms II. in* Ost- und Westpreußen; *Revision in sechs Fällen*. [B] — **2.** *Entbindung eines katholischen Priesters von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **3.** *Zwei neue Berufungen in die großen Landesämter* im Königreich Preußen *sind geplant*.[2] — **4.** Feier des 300jährigen Geburtstages Gustav Adolphs *v. Schweden.* Boetticher *hat Bedenken, daß die* Person *Wilhelms II.* zu sehr [...] für eine doch rein konfessionelle Feier [...] engagiert *wird.*[3] [B] — **5.** *Fünf Ernennungen*. [B] — **6.** *Disziplinarsache*. [B]

1 *Gelesen: Caprivi [U].*

2 *Ende 1894 wurden Rodrigo Graf zu Dohna-Finckenstein Oberburggraf und Heinrich Graf Lehndorff Landhofmeister im Königreich Preußen, d. h. Ostpreußen. Vgl. allg. Rep. 89, Nr. 1682 (Große Landesämter 1829–1917).*

3 *Vgl. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 34 Bd. 1 (Schriftwechsel, Ordre Wilhelms II. v. 27.8.1894 wegen Feiern in evangelischen Kirchen, Zeitungsausschnitte); Wippermann, 1894, II, S. 117–120 (Feiern) und Sitzung am 29.8.1882, TOP 3.*

Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1894.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 4 und 6] und Korrekturen, Bd. 115, Bl. 3–19v, 22–28; MF 681.

Anwesend [U][1]*: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Thielen. — Prot.: Kurowsky [U].*

1 *Gelesen: Heyden [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1], v. Weyrauch [zu 1–5, teilweise zu 6], B. Beyer [zu 1], Supper, Höpker [beide zu 4], Frh. v. Broich [zu 6].

1. *Verfahren mit* gemischten Privat-Transitlägern *nach* Aufhebung des Identitätsnachweises. *Nach schwebenden Ermittlungen für den* Bundesrat *sollen die Lager, die nur* inländischen Verkehr *bedienen, aufgehoben werden*.[2] [B] — **2.** *Das Hauptregister zur* Preußischen Gesetzsammlung *der* Jahrgänge 1884 bis 1893 *soll mit* 800 M. *entlohnt werden.* [B] — **3.** *Die* Herausgabe einer neuen Ordensliste *hat Lucanus angeregt, und Eulenburg befürwortet es* dringend.[3] — **4.** *Pensionssache.* [B] — **5.** *Ordenssache*. [B] — **6.** *Sechs Disziplinarsachen*. [B] — **7.** *Der Staatshaushalt* 1895/96 *wird bis zu* 70 Millionen *Mark* Defizit *aufweisen. Die* Mehreinnahmen *aus der* Steuerreform *decken* die den Kommunen überwiesenen *und somit ausfallenden* Steuern. *Miquel ist zu erhöhten* Aufwendungen für Landwirtschaft *und Landeskultur bereit*. — **8.** *Die* 3%ige Reichsanleihe *wurde an der* Londoner Börse eingeführt. *Miquel ist dagegen, da die* Staatspapiere ihren gegenwärtigen hohen Kurs *somit kaum* behaupten *werden und im Kriegsfall* verkauft *würden. Er möchte wissen, ob* die Deutsche Bank die Einführung allein *oder mit Hilfe der* Reichsfinanzverwaltung *bewirkt hat. Die* Preußischen Staatspapiere *sollen nicht in* London *eingeführt werden* [B]. *Die öffentlich diskutierte* Konversion der 4% preußischen Anleihe *ist noch nicht spruchreif.* — **9.** *Das* Reichsschatzamt *plant eine zu niedrig angesetzte* Tabakfabriksteuer *im Rahmen der Reichsfinanzreform*[4]. *Nach Miquels Vorschlag fordert das Staatsministerium daraus mindestens* 35 Millionen *Mark* Mehreinnahmen *zugunsten eines künftig ausgeglichenen Reichshaushalts*. [B] — **10.–11.** *Vier Ernennungen, u. a. wird* Fürst *Hermann* von Hatzfeldt-Trachenberg *neuer Oberpräsident* von Schlesien. [B]

[2] *Vgl. Rep. 120, C VII 2a Nr. 9 Bd. 8, n. f. und ebd., Bd. 7, Bl. 385 ff. (im Prot. genannte Kommissionsverhandlung v. 5.5.1894); StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 42 und Agrarisches Handbuch, S. 728–732.*

[3] *Die Königlich-Preußische Ordensliste, hrsg. von der Generalordenskommission, erschien in 2 Bänden, Berlin 1895.*

[4] *Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 369 f. und Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, S. 331 f. zum zweiten Versuch mit der Reichsfinanzreform.*

Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 25. September 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 30–54; MF 681/682.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 13].

1. *Heimstättengesetz anläßlich der Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf F.* Lutz[1]. *Heyden ist prinzipiell dafür, aber eine Ministermehrheit skeptisch bezüglich der Umsetzbarkeit. Die* Materie *ist* nicht von Reichs wegen, *sondern allenfalls durch die* Partikularstaaten *zu regeln*. [B] — **2.** *Wiederzulassung*[2] *der* Grund- und Gebäudesteuer *als Maßstab* zur Verteilung kirchlicher Umlagen. *Heyden ist gegen diese Belastung der* Grundbesitzer; *die Verwaltungsbehörden sollen nicht nur* Grundbesitzer *zu Kirchenlasten heranziehen. Das* absolute Verbot, die Grund- und Gebäudesteuer heranzuziehen, *wird, wie von Miquel und Bosse gewünscht, aufgehoben.* [B] — **3.** *Ankaufsgrund-*

[1] *StenBerRT, Session 1893/94, Drucks. Nr. 58 u. 346; Debatte 17./18.4.1894, S. 2202–2211 u. 2241–2247 (Antrag von Deutsch- und Freikonservativen sowie Zentrumspartei). Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 126, Bl. 134 ff. (weitere ähnliche Anträge) und zur Heimstätten-Idee allg. das Konservative Handbuch, S. 265 f.*

[2] *Zum Verbot per Staatsministerialbeschluß vgl. Sitzung am 13.2.1882, TOP 8.*

sätze der Ansiedlungskommission. *Das Ziel soll nicht der* Ankauf *einzelner* Güter *in* rein polnischen Gegenden, *sondern die Schaffung* möglichst kompakter Massen *sein*.[3] [B] — **4.** *Beim Disziplinargesetz* vom 21. Juli 1852 *für die nichtrichterlichen* Beamten *unterbleibt eine von Bosse gewünschte* Änderung[4], *da dies noch mehr* Unruhe *unter* Beamten *hervorriefe und gerade jetzt das* Staatsministerium *die Letztentscheidung behalten muß, weil es anders als der* Disziplinarhof *die* politische Seite der Sache besser beurteilen *kann*. [B] — **5.** *Die beginnende* Konversion *landschaftlicher* 4% Hypothekenbriefe in 3½prozentige *bildet keinen Zwang für die* Konversion *auch staatlicher* Schuldverschreibungen. [B] — **6.** *Ordenssache*. [B] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Presseangriffe*[5] *gegen die* Polenpolitik *der* Regierung. *Eine von Bosse gewünschte* Klarstellung *ist nach Eulenburg sachlich schwierig und wäre nur im Staatsanzeiger sinnvoll. Speziell nach der Rede Wilhelms II. in* Thorn *ist eine* offiziöse Pressepolemik *untunlich.*[6] [B] — **9.** *Orden anläßlich des* 40jährigen Bestehens *des* Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation *sind* nach den bestehenden Bestimmungen *nicht zu beantragen*. [B] — **10.** *Drei Ernennungen*. [B] — **11.** *Zwei Titelverleihungen*. [B] — **12.** *Eine neue* Ordensliste *erscheint 1895 und soll* 18 894 M. *kosten*. [B] — **13.** *Zwei Disziplinarsachen*. [B]

[3] *Unberücksichtigt blieb somit Miquels Monitum in der Sitzung v. 29.6.1894, TOP 4, daß Ankäufe im Anschluß an geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet erfolgen sollten. Zu den Ankaufsgrundsätzen vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 40–45 (1886) u. Bl. 114–129 (u. a. Voten Miquels und Heydens). Vgl. auch StenBerAH, Session 1907, Drucks. Nr. 501 (Denkschrift 20 Jahre deutsche Kulturarbeit) und Kronratssitzung am 13.2.1906, TOP 2.*

[4] *Der § 41 sollte in der Weise abgeändert werden, daß dem Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten die Letztentscheidung zukam; vgl. Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, S. 71 f. u. 84 f.*

[5] *Die Artikel, u. a. der (nationalliberalen) „Kölnischen Zeitung" v. 20./24.9.1894, bemängelten – im Anschluß an die Varziner Rede Bismarcks v. 16.9.1894 – das regierungsseitige Entgegenkommen gegenüber den Polen; vgl. Wippermann, 1894, II, S. 15–24 (Bismarckrede) und S. 95–98 (Artikel). Weitere Vorgänge in Rep. 89, Nr. 15007, bes. Bl. 154 ff.*

[6] *Die Thorner Rede, die eine antipolnische Wende der Politik billigte, gedruckt bei Wippermann, 1894, II, S. 7.*

Nr. 161 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 55–89v; MF 682/683. — Druck [TOP 4]: Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart/Berlin 1929, S. 193–204.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Titelverleihung*. [B] — **2.** *Ordenssache*. [B] — **3.** *Titelverleihung*. [B] — **4.** *Caprivi wünscht eine Klärung über die künftige politische Generallinie des* Staatsministeriums[1]. *Seine* Politik *ist* eine gemäßigt konservative *ohne Parteibindung* gewesen *sowie sozialpolitisch* auf den Schutz der schwächeren Elemente *abzielend. Jetzt verlangt Wilhelm II*. eine große einschneidende Aktion *gegen die Sozialdemokratie, die aber ein neues* Sozialistengesetz *nur* fester zusammenschweißen würde. *Bei der wahrscheinlichen* Ablehnung *der Umsturzvorlage im* Reichstag *ist dessen* Auflösung *geplant,* nach einer wiederholten Auflösung *soll* eine Änderung des Reichswahlgesetzes *erwogen werden. Letztlich ist sogar ein* Staatsstreich *der* Fürsten *zu gewärtigen, obwohl die* verbündeten Regierungen keineswegs *einmütig dafür stimmen würden. Caprivi wendet sich strikt*

[1] *Zur Regierungskrise 1894 vgl. Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart/Berlin 1929, S. 93 ff., zum 12.10.1894, S. 117–123. Das von Caprivi verlesene Telegramm Wilhelms II. ebd., S. 191 f. Vgl. auch Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 107–111 und Meisner, Reichskanzler Caprivi, S. 58–66. Zum Umfeld vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 1332–1395 (24.7.–26.10.1894).*

dagegen, zumal das Reich *nur* eine lockere Verbindung *darstellt und auch außenpolitisch bedroht ist. Die* Parteien *dürften schon für* eine Gesetzgebung gegen die Umsturzbestrebungen *schwerlich mehrheitlich stimmen. Eulenburg befürwortet hingegen energisch eine derartige* Vorlage, *denn die* Gefahren *des bisherigen* laissezaller *sind nicht* geringer als die Gefahren eines Staatsstreichs. *Miquel zweifelt am* Erfolg *einer weitgehenden* Vorlage, *wäre sie aber* milder gehalten, *dürfte* die große Mehrzahl der Gebildeten *das billigen. Politik* lediglich für die besitzenden Klassen *ohne Berücksichtigung der* arbeitenden Klassen *verschärft die* große Krisis *nur. Berlepsch votiert gegen ein neues* Sozialistengesetz *und Abbruch der Sozialpolitik; einer* Vorlage [...] gegen anarchistische Umtriebe *kann er zustimmen. Eulenburg wendet sich gegen jeden* Scheinentwurfe, *der* das Übel nur mit Handschuhen *anfaßt. Er ist bereit, neben dem preußischen Entwurf auch den Entwurf aus dem* Reichsjustizamt *zu beraten*. Beschlüsse *über ungewisse* Eventualitäten *kann man später* fassen. [B] — **5.** Grundzüge[2] *der Städte- und* Landgemeinde-Ordnung *für* Hessen-Nassau. *Miquel setzt sich erfolglos gegen die geplante Eingemeindung von* Bockenheim *nach* Frankfurt *ein und wünscht, das* Dreiklassenwahlrecht *im* Regierungsbezirk Kassel *einzuführen*[3]. [B] — **6.** *Den* Anträgen[4] Preußens *betr*. Abänderung *der* Gewerbeordnung *wird* zugestimmt. [B] — **7.** *Das* Kirchengesetz *über die* kirchliche Trauung in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover *wird gebilligt, obwohl die darin stipulierte* Streichung *des Vorworts*[5] *mehreren Ministern* bedenklich *erscheint*. [B] — **8.** *Die Frage der Finanzierung des Baus zweiter Gleise im militärisch-strategischen Interesse wird vertagt*. — **9.** *Die Entwässerungsprojekte der* Stadt Posen *sind demnächst zu beraten*.[6] [B]

[2] *Rep. 151, IC Nr. 1253, n. f. (von Eulenburg übersandt am 1.10.1894). Ebd. auch das im Prot. genannte Votum Miquels v. 11.10.1894. Vgl. ferner StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 20 (Gesetzentwurf) und die Debatte dazu 14.12.1896, S. 239–256 sowie GS 1897, S. 254 bzw. 301.*

[3] *Durch die Landgemeinde- und Städteordnung für Hessen-Nassau v. 4.8.1897 wurde schließlich doch das Dreiklassenwahlrecht eingeführt; eine Ausnahme bildete weiterhin die Stadt Frankfurt/M.*

[4] *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 91. Die Anträge gingen in die Gewerbeordnungsnovelle v. 22.6.1897 ein.*

[5] *Vgl. Kirchengesetz vom 6.7.1876 (GS, S. 278) und die Novelle vom 23.10.1894, Art. 2 (GS, S. 179).*

[6] *Vgl. Sitzung am 3.4.1895, TOP 3.*

Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Oktober 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 91–131; MF 683/684. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 304–322v.

Anwesend [U]: Eulenburg [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Caprivi, Miquel, Heyden, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding, v. Philippsborn, Lucas [beide zu 1].

1. Entwurf[1] eines Gesetzes betreffend Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung (*Umsturzvorlage*) *aus dem Reichsjustizamt. Detaillierte Diskussion aller Paragraphen. In* § 112 *des Strafgesetzbuches soll künftig die* Aufreizung *von Soldaten und* Beamten *zu Gehorsamsverweigerung und* gewaltsamen Umsturz *härter bestraft werden* [B]. *Die von Eulenburg gewünschte* Fortlassung des Wortes „gewaltsamen“ *wird abgelehnt, damit das Gesetz im* Reichstag *annehmbar*

[1] *Rep. 90a, D I 4c Nr. 8 Bd. 1, Bl. 73–77; Bl. 65–72v der Gegenentwurf Eulenburgs und Schellings. In dieser Akte befinden sich auch alle Voten, Protokolle und StenBerRT zur Umsturzvorlage. Vgl. diese Schriftstücke auch in: Rep. 120, CB I Nr. 138 Bd. 3, Bl. 1–90. Zum Inhalt der redigierten, am 5.12.1894 im Reichstag eingebrachten Umsturzvorlage vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 268–270 und Wippermann, 1894, II, S. 186 f. Eine Kritik aus linksliberaler Sicht bei Richter, Politisches ABC-Buch, 1898, S. 347–351.*

wird. Der § 130 *soll neben* Aufreizung *von Bevölkerungsklassen gegeneinander auch Angriffe auf Religion, Monarchie, Familie und Eigentum bestrafen, sofern sie* geeignet *erscheinen,* Gewalttätigkeiten hervorzurufen [B]. *Der* § 131 *soll die* Presse *bestrafen, sofern sie* Nachrichten, *deren* Unwahrheit *mindestens anzunehmen war, zur* Argumentation *gegen den Staat aufbauscht* [B]. *Caprivis* Vorschläge *über polizeiliche* Schließung von Vereinen *und das Verbot bzw. die Auflösung von* Versammlungen *erklärt Eulenburg für* wirkungslos. *Zunächst ist eine* Sondierung *bei den* Bundesstaaten *vorzunehmen bezüglich der Hauptabsicht, daß* Verbindungen, *die* die öffentliche Sicherheit *oder den* öffentlichen Frieden *gefährden, zu verbieten sind*.[2] [B] — **2.** *Die Finanzierung des Baus zweiter Gleise auf drei Linien an der Ost- bzw. Westgrenze wird im militärischen Interesse genehmigt. Preußens* Vorwegleistung *beträgt* 40%.[3] [B] — **3.** *Ernennung*. [B] — **4.** *Ordenssache.* [B] — **5.** *Anfrage der sächsischen* Regierung *wegen Wiedereinbringung der sog.* lex Heinze. — **6.** *Zwei Ernennungen. Titelverleihung*. [B] — **7.** *Entbindung von vier* katholischen Priestern *von den gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein geistliches Amt*. [B]

[2] *Sie fand am 25.10.1894 mit den Bundesratsbevollmächtigten statt. Dabei traten sie wie Caprivi für eine Vorlage in den Grenzen des beim Reichstag Erreichbaren ein und wandten sich gegen reichsgesetzliche Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie eine Politik bis zum Staatsstreich; vgl. Zechlin, Staatsstreichpläne, S. 142 f. und Rassow/Born, Akten, S. 51–54.*

[3] *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1317, n. f. (Antrag des Kriegsministers v. 29.9.1894 und Voten).*

Nr. 163 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichsamt des Innern am 29. Oktober 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 132–132v; MF 684.

Anwesend: Boetticher [V, U], Schelling [U], Miquel [U], Heyden, Thielen [U], Bosse [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Mitteilung der Entlassung Caprivis und Eulenburgs. Nachfolger sollen Fürst Ch. zu Hohenlohe-Schillingsfürst *und E. v.* Köller *werden. Das* Staatsministerium *hat keine* Bedenken.[1]

[1] *Bosse – VI. HA, NL Bosse, Nr. 8 (Tagebücher), 26.10.1894, Bl. 125v–126 – schreibt über die Besprechung, daß sein Vorschlag, die Minister sollten* in loyalster Weise Seiner Majestät *die* Portefeuilles zur Verfügung stellen, *abgelehnt worden ist, weil* dies nicht preußisch sei und wir unmöglich dem Kaiser in kritischer Zeit Schwierigkeiten machen dürften. *Zudem werde durch die beabsichtigten Ernennungen* die Quelle allen Übels, *d. h. der Dualismus Kanzler – Ministerpräsident, beseitigt.*

Nr. 164 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 133–155; MF 684.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Schelling, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding.

1.–2. *Amtseinführung und Eidesleistung des neuen Ministerpräsidenten Fürst Ch. zu Hohenlohe.*[1] — **3.** *Eidesleistung von* Staatsminister *A.* Freiherr von Marschall.[2] — **4.** *Amtseinführung des neuen Innenministers E.* von Köller.[3] — **5.** Gesetzentwurf[4] *betr.* Abänderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs *und des Pressegesetzes (Umsturzvorlage). Hohenlohe zufolge ist damit kein* Ausnahmegesetz *und kein neues* Sozialistengesetz *beabsichtigt, sondern eine* Verschärfung *des* Strafgesetzbuchs. *Diskussion aller Paragraphen des revidierten Entwurfs*. § 112 *soll nur die Aufreizung zum* gewaltsamen Umsturz *der* Staatsordnung, *nicht auch der* Gesellschaftsordnung, *d. h. von Religion, Ehe, Familie und Eigentum, härter bestrafen* [B]. *Der* Schutz *der* Monarchie *und der* Religion *sind anderweitig strafrechtlich gewährleistet.* § 110 *bezüglich Aufreizung gegen* Gesetze *und* Obrigkeit *wird gestrichen* [B]. § 112a *bezüglich* Aufforderung *von Staatsbediensteten zum* Umsturz *ist eventuell in einer Novelle zur* Gewerbeordnung *zu plazieren* [B]. § 131 *gegen Benutzung unwahrer Nachrichten über Staatseinrichtungen ist* absolut notwendig [B]. *Eine* Verschärfung *des* § 23 *des Pressegesetzes*[5] *wird gebilligt* [B]. *Der* Gesetzentwurf *ist als* Antrag Preußens beim Bundesrat *einzubringen* [B]. — **6.** *Die gerade beschlossene Umsturzvorlage ist dem* Reichstage *bei Sessionsbeginn vorzulegen.* [B] — **7.** *Die Eröffnung der Reichstagssession ist am* 6. Dezember *1894 geplant.* [B]

[1] *Zum 29.10.1894 waren sowohl Caprivi wie Eulenburg (Abschiedsgesuch in: Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 257 f.) von Wilhelm II. entlassen worden. Vgl. zum Ablauf der Entlassungskrise neben den bei der Sitzung v. 19.10.1894 mit Anm. genannten Werken noch Zechlin, Staatsstreichpläne, S. 207–225 (Berichte Graf Lerchenfeld und Graf Hohenthal) sowie Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 761–766.*

[2] *Der Staastssekretär des Auswärtigen Amtes, Marschall, war am Vortag zum Staatsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden.*

[3] *Köller übernahm am 29.10.1894 von Eulenburg das Innenressort; vgl. Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. von Karl Alexander v. Müller, Stuttgart 1931, S. 1–4.*

[4] *Rep. 90a, D I 4c Nr. 8 Bd. 1, Bl. 86–89 (2. Entwurf des RJA).*

[5] *Der neue § 23 dehnte die Möglichkeiten zur vorläufigen Beschlagnahme von Presseerzeugnissen auf die Tatbestände aus, die mit der Umsturzvorlage neu oder schärfer bestraft werden sollten.*

Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 156–156v; MF 684.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Die* Vorschläge *an Wilhelm II. wegen* Ernennung *von neuen Landwirtschafts- und Justizministern werden besprochen.*[1] — **2.** *Ordenssache*. [B]

[1] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 3 u. 10; Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 276 ff. und Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 116–119 (detaillierte Darstellung der Ministersuche).*

Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 157–176; MF 684/685.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, E. Hammerstein. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für das Justizministerium, zu 4–5], Supper, Heinke [beide zu 4], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 5].

1. *Amtseinführung des neuen Landwirtschaftsministers Frh. E. v.* Hammerstein.[1] — **2.** *K.* Schönstedt[2] *ist zum neuen* Justizminister *ernannt*. — **3.** *Die* Gegenzeichnung *des* Gesetzentwurfs[3] *betr.* Entschädigung für Verluste durch Schweine-Krankheiten *soll der neue Minister Hammerstein vornehmen*. [B] — **4.–5.** *18 Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[1] *Hammerstein hatte am 9.11.1894 die Nachfolge Heydens angetreten. Vgl. Rassow/Born, Akten, S. 56–59 (Bericht Lerchenfelds dazu).*
[2] *Schönstedt trat am 13.11.1894 die Nachfolge Schellings an.*
[3] *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 5; Debatte dazu 30.3.1895, S. 128–132.*

Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 177–189v; MF 685.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Amtseinführung des neuen Justizministers K. Schönstedt*. — **2.** *Die* 27te Lotterie *zum Ausbau des* Kölner Domes[1] *wird genehmigt. Das* Dombau-Comité *soll eine* Summe von 60 000 M. zum Ankauf von Kunstwerken *als Lotteriegewinne verwenden, obwohl früher* üble Erfahrungen *mit schlechten* Kunstwerken *gemacht wurden. Da* große Depression im Gebiete der Kunst *herrscht, ist es* wünschenswert, *der* Kunst *so* förderlich zu sein *und* gute Gemälde ins Volk zu bringen. [B] — **3.** *Fall des Privatdozenten* Dr. *Leo* Arons[2]. *Die* philosophische Fakultät *der* Universität *Berlin ist gegen* disziplinarisches Einschreiten, *da* Arons *als Dozent tadellos wirkt. Es kommt lt. Bosse aber hier nicht auf die* wissenschaftliche Lehrfreiheit an, *sondern darauf, ob* ein erklärtes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, *das sich zudem an der* Agitation dieser Partei beteiligt, *in* einer öffentlichen Lehrstellung [...] belassen werden *kann. Die rechtliche* Lücke, *daß* die *Entziehung der* venia legendi *von der* Fakultät *selbst* beantragt *werden muß, hindert einstweilen ein Einschreiten.* — **4.** *Entbindung zweier* katholischer *Priester von den gesetzlichen* Anforderungen der Vorbildung *für ein* geistliches Amt. [B] — **5.** Kondolenz-Telegramm[3] *an* Fürst Bismarck. [B] — **6.** *Die Stellungnahme bei etwaigen Interpellationen*[4] *zur* Konvertierung der 4% Reichs- resp. Staatsanleihen *wird besprochen*.

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 324a Nr. 24 Bd. 3 (Voten und Materialien zur Dombaulotterie 1890–1909).*
[2] *Vgl. Rep. 76, I Sekt. 31 Lit. A Nr. 18 Bd. 1 (1890–97); benutzt von Fricke, Dieter, Zur Militarisierung des deutschen Geisteslebens im Wilhelminischen Kaiserreich in: ZfG, 1960, H. 5, S. 1069–1107, bes. 1083–1088 u. 1099–1103. Mit Quellen aus Gelehrtennachlässen: Brocke, Bernhard vom, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich: Das „System Althoff" 1882–1907, in: P. Baumgart (Hrsg.), Bildungpolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreiches, Stuttgart 1980, S. 9–118, hier S. 95–99; Wolff, Stefan L., Der Fall des Physikers L. Arons in: T. Buddensieg u. a. (Hrsg.), Wissenschaften in Berlin, Bd. 3, Berlin 1987, S. 77–80. Vgl. Sitzungen am 20.2.1895, TOP 3 und 31.12.1914, TOP 1.*
[3] *Am 27.11.1894 war die Fürstin Johanna Bismarck gestorben; vgl. Wippermann, 1894, II, S. 24 f.*
[4] *Eine Interpellation erfolgte nicht. Vgl. aber StenBerAH 22.1.1895, S. 58, 65, 75, 80 und 22.1.1896, S. 28 f., 40 f., 82 f. sowie StenBerRT, Session 1894/95, 26.3.1895, S. 1707 f. (Posadowsky).*

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 191–214; MF 685. — Abschr. [TOP 3–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 347–366v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U], Mügel [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Nieberding, Sterneberg [für E. Hammerstein], Küntzel, J. Hermes.

1. *Ernennung von P.* Kayser *zum* stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat. [B] — **2.** *Ernennung*. [B] — **3.** Äußerungen über das Erste Buch – *Allgemeiner Teil* – des Entwurfs[1] eines Bürgerlichen Gesetzbuchs *sollen lt. Schönstedt nur erfolgen, insofern* es sich um Punkte von hervorragender politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung handelt. *Monita* von weniger erheblicher Bedeutung *werden zurückgezogen, u. a. betr. den* Volljährigkeitstermin *bei* 24 *statt* 21 *Jahren, da dies im RT nicht durchsetzbar erscheint* [B]. *Nach Köller ist die* Regelung des Vereinsrechts *im BGB, speziell die Übertragung der* Entscheidung über Eintragung und Auflösung *von* Vereinen *an die* Verwaltungsgerichte, *aus* politischen Gründen sehr bedenklich. *Da ein generelles Verlangen,* Verwaltungsgerichte *durch* Verwaltungsbehörden *zu ersetzen, im RT nicht durchsetzbar wäre, ist darauf zu dringen, daß im* Einführungsgesetz *bestimmt wird, daß* Verfahren und Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden *beim* Vereinsrecht *sich* nach den Landesgesetzen *richten* [B]. Kommissarische Beratungen *über etwaige* besondere Bestimmungen wegen der Schulvereine *sollen stattfinden* [B]. — **4.** *Rangfolge zwischen dem* Kardinal, *dem* Oberpräsidenten *und dem kommandierenden* General *in den* Provinzen. *Das* Hofrangreglement *bietet eine generelle* Richtschnur, *aber eine* erschöpfende Instruktion *dazu ist unmöglich*. [B] — **5.** *Pressepolitik und* Umgestaltung des Literarischen Büros.[2] *Nach Hohenlohe lancieren die* Ressorts *zu häufig* Mitteilungen *in* Presse; *deshalb herrscht* Konfusion *über die Politik des Staatsministeriums. Mehrere* Ressortchefs *halten die* Benutzung der Presse *für nützlich, aber werden in* Fragen der allgemeinen Politik *künftig mehr* Reserve *beobachten. Köller wird ein* Organ *ähnlich der früheren* „Provinzial-Korrespondenz" *gründen, das allein* offiziöse *Artikel veröffentlichen soll*.[3]

[1] *Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich. Zweite Lesung. Nach den Beschlüssen der Redaktionskommission, Berlin 1895, liegt gedruckt vor. Vgl. die Voten der Minister in: Rep. 84a, Nr. 11778, Bl. 51–340 oder Rep. 90, Nr. 2419, Bl. 58–135v. Material zum BGB in: Rep. 84a, Nrn. 11772–11778 u. 11832–11835. Zur Überlassung einiger wichtiger Materien an die einzelstaatliche Gesetzgebung vgl. Richter, Politisches ABC-Buch, 1896, S. 93–97 und John, Politics and Law, S. 187 f.*

[2] *Zur offiziösen Pressepolitik vgl. Groth, Die Zeitung, Bd. 2, S. 165 ff. und Stöber, Pressepolitik, S. 229–235.*

[3] *Am 10.12.1894 erschien erstmals die offiziöse „Berliner Korrespondenz". Zur Reaktivierung des Literarischen Büros vgl. Rep. 77, Tit. 946 Nr. 25 Bd. 1 (1894–1901); Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 163–180 (Köllers Aktivitäten) und BArch, RAdI, Nr. 115253 (1894–1912).*

Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 215–241v; MF 685/686.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding, Gf. v. Posadowsky-Wehner.

1. *Ernennung*. [B] — **2.** *Strafrechtliche Verfolgung sozialdemokratischer MdR wegen* Sitzenbleiben *beim Kaiser-Hoch bei der Eröffnungssitzung des* Reichstags.[1] *Hohenlohe erwägt Maßnahmen wegen* Majestätsbeleidigung. *Dies ist aber nach den* Art. 30[2] *und* 31 *der Reichsverfassung schwierig. Der* Staatsanwalt *soll* beim Reichstage die Genehmigung *zur* Untersuchung *gegen W.* Liebknecht, *P.* Singer *u. a. verlangen*. [B] — **3.** *Die* reichsgesetzliche Regelung der Polizeigewalt auf dem Nordostsee-Kanal *wird* vertagt. — **4.** Neuordnung der Staatseisenbahnverwaltung.[3] *Einkommens-, Rang- und Kompetenzfragen der neu gegliederten* Eisenbahndirektionen *und der* Eisenbahnabteilungen *des* Ministeriums. [B] — **5.** Zuckersteuer[4]. *E. Hammerstein wünscht eine Novelle in der* Session *1894/95, um eine absehbare Reduktion der* Ausfuhrprämien *ab* 1. Juli *1895 zu verhindern. Denn die* Zuckerindustrie, *die nach Handelsvolumen wie für die* Landwirtschaft *allgemein von größter* Bedeutung *ist, wird durch Exportförderung der Weltmarktkonkurrenten gefährdet. Posadowsky und Miquel optieren* aus taktischen Gründen *für die* Vertagung *auf die* Session *1895/96, um die* Tabaksteuervorlage *im* Reichstage *nicht zu stören, die süddeutschen Bundesstaaten zu gewinnen und ein* organisches Gesetz *mit* Kontingentierung *oder* Staffelung, *das* für die kleineren Zuckerfabriken *sorgt, vorzubereiten.* Hammerstein will *sich fügen* [B]. *Bei der* Interpellation Paasche[5] *ist* eine wohlwollende Erklärung *abzugeben* [B]. — **6.** *Titelverleihung*. [B]

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, 6.12.1894, S. 10 und 15.12.1894, S. 137–170 (Untersuchung gegen Liebknecht und Singer mit 168 : 58 Stimmen abgelehnt); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 20–22 sowie Fischer, Jörg-Uwe, Majestätsbeleidigung im Reichstag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33,3 (2002), S. 573–588, bes. 578 ff.*

[2] *Nach Art. 30 Reichsverfassung durften MdR wegen ihres Abstimmungsverhaltens und sonstiger Äußerungen in Ausübung ihres Mandats nicht belangt werden; vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 896 f. Vgl. Sitzung am 3.2.1879, TOP 10 mit Anm. (Sacherläuterung zu Art. 31 Reichsverfassung).*

[3] *Vgl. Sitzung am 15.1.1894, TOP 6 mit Anm.*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1501, n. f. (Voten ab 14.8.1894). Zum Problem allg. Merki, Christoph, Zucker gegen Saccharin, Frankfurt/M. 1993, S. 112–124 und Witt, Finanzpolitik, S. 41 ff.*

[5] *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, 14./15.12.1894, S. 107–137 (S. 111–114 Erklärung Posadowskys).*

Nr. 170 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 242–254; MF 686. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 22, n. f.; Rep. 90, Nr. 24, n. f.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Strafrechtliche Verfolgung *sozialdemokratischer MdR wegen Sitzenbleiben beim Kaiser-Hoch. Da lt. Hohenlohe eine* Verhaftung gesetzlich nicht zulässig *und die* Genehmigung *des RT zur* Strafverfolgung *gemäß* Art. *31 Reichsverfassung* nicht zu erwarten *ist, möchte er eine* Niederlage *der* Regierung *vermeiden. Nur Schönstedt unterstützt die* Aufhebung des gestrigen Beschlusses. *Nach Boetticher und Köller muß* mit Rücksicht auf *Wilhelm II. und um zu beweisen, daß die* Gesetze der Verbesserung bedürftig sind, *doch staatsanwaltschaftlich vorgegangen werden. Miquel zufolge deckt die* Immunität *gemäß* Art. 30 *nicht* jede Kundgebung *von MdR. Zunächst ist die* Genehmigung *zum* Verfahren *nur gegen* Liebknecht *zu beantragen und den* Fraktionen *zu signalisieren, daß die* Regierung *ein großes* Interesse *an der* Verfolgung *der begangenen* Majestätsbeleidigung *hat*. [B]

Nr. 171 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 15. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 255–270; MF 686/687. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 22, n. f.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen[1]*, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding.

Strafrechtliche Verfolgung *sozialdemokratischer MdR wegen Sitzenbleiben beim Kaiser-Hoch. Schönstedt ist für einen* Rückzug *der Regierung, da der* Reichstag *die* erforderliche Genehmigung *gemäß Art*. 31 der Verfassung *versagt, aber zugleich alle Parteien* das Verhalten der Sozialdemokraten *mißbilligen. Nach Boetticher und Köller haben die* Gerichte, *nicht der* Reichstag *zu* entscheiden, *ob* Majestätsbeleidigung vorliegt. *Schönstedt will keinen* Konflikt *mit dem* Reichstag *in der Art, daß* nach Schluß der Session Anklage *erhoben wird, sondern eher zurücktreten. Der* Antrag *an den* Reichstag *auf* Genehmigung *ist nach Mehrheitsmeinung nicht zurückzuziehen und über eine* Anklage *nach Sessionsschluß wird später entschieden* [B]. *Falls der* Reichstag *in seiner* Geschäftsordnung *die* Disziplinargewalt des Präsidenten *stärkt, kann von weiterer* Strafverfolgung *abgesehen werden*.

[1] Erst kurz vor Schluß der Besprechung *erschienen.*

Nr. 172 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 19. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 271–279; MF 687.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Gesuche *auf* bis 10 Uhr Abends *verlängerte Ladenöffnungszeiten zur Vorweihnachtszeit werden mit Mehrheit abgelehnt, denn Berlepsch ist dagegen, daß die gesetzlich festgelegte zehnstündige Arbeitszeit verlängert wird. Die Gewerbeordungs-Novelle vom* 1. Juni 1891[1] *wird mehrseitig kritisiert, da* es ein Fehler *war,* für alle Gewerbezweige dieselben Bestimmungen zu treffen, *was* in weiten Kreisen Mißstimmung *hervorrief. Es wird* betont, daß das Gesetz den Stand der kleinen Handwerker geschädigt *hat und* den Hausierern zu Gute *kommt.*[2] [B] — **2.** *Titelverleihung. O.* Dambach *wird nicht* Wirklicher Geheimer Rat, *da er* nicht Direktor einer Abteilung *ist*. [B] — **3.** *Ernennung*. [B] — **4.** *Terminierung der Landtagseröffnung 1895*. [B] — **5.–8.** *Fünf Titelverleihungen; u. a. erhält R. v.* Gneist den Charakter als Wirkl. Geheimer Rat. [B] — **9.** *Die Berufung von A.* Glatzel zum Mitglied des Herrenhauses *ist vorbereitet*.

[1] *Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 174–181 (u. a. im Prot. genannte Anweisung zur Sonntagsruhe v. 10.6.1892) u. S. 217–224 (weitere Angriffe auf den gesetzlichen Maximalarbeitstag und den Ladenschluß um 20 Uhr).*

[2] *Vgl. Sitzung am 5.12.1895, TOP 3 zum weiteren Fortgang.*

Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 115, Bl. 281–317v; MF 687/688. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 11, Bl. 384–403v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1–3], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [für E. Hammerstein].

1. Verwaltung des Nord-Ostsee-Kanals.[1] *Fünf* Minister *plädieren für den Übergang der Kanalverwaltung auf* Preußen, *das bereits die* Kanalpolizei *besitzt, da sonst eine unerwünschte* Ausdehnung der Reichskompetenz *droht. Boetticher, Marschall, Schönstedt und Bosse sind gegen einen* partikularistischen Standpunkt. *Aus* politischen *und sachlichen* Gründen *soll ein* kaiserliches Kanalamt *namens* Preußens *und* nach preußischem Recht *die* Kanalpolizei *ausüben, wobei der* Umfang dieser polizeilichen Befugnisse *noch* festzustellen *bleibt*. [B] — **2.** Neugestaltung der Handelskammern. *Da ein* Reichsgesetz *untunlich erscheint, sind erst* die kaufmännischen Korporationen zu hören, *dann ist ein* Gesetzentwurf *auszuarbeiten*.[2] [B] — **3.** Neuorganisation des Handwerks[3] *und* Regelung des Lehrlingswesens. *Boetticher optiert für sofort kommunal gewählte,* provisorische Handwerkerkammern, *aber gegen* Zwangsinnungen; *Berlepsch für die* Vorbereitung *durch eine* Enquête *und* Zwangsinnungen, *denn den* Handwerkern *kann nur damit* geholfen werden. *Bei der* Interpellation Heyl[4] *ist zu antworten, daß eine* obligatorische Organisation des Handwerks unter voller Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit *erwogen, daß nach der* Enquête *schnell ein* Gesetzentwurf *vorgelegt und zwischenzeitlich* provisorische Handwerkerkammern *geschaffen werden sollen*. [B] — **4.** *Ordenssachen anläßlich des* Ordensfestes; *Revision in fünf Fällen*. [B]

[1] *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 10752, n. f. (Prot. der kommissar. Beratungen, div. Schriftwechsel seit Juli 1894). Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, 16./22.5.1895, S. 2305–2312 u. 2426 (Boetticher, Limburg-Stirum) und Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, S. 44 Anm. 94 (lt. Rauh ein Beispiel für die Entscheidung von Reichssachen im Staatsministerium).*

[2] *Vgl. die Grundzüge für die Neugestaltung der Handelskammern v. 12.7.1894 in: Rep. 84a, Nr. 881, Bl. 229–236; ebd. auch Voten. Zum Ergebnis der Rundfrage von Berlepsch' dessen Schreiben v. 29.9.1895, ebd., Bl. 254 ff.*

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11374, Bl. 21–30v (Grundzüge eines Gesetzentwurfs); Bl. 31–109 Voten dazu. Der Schriftwechsel 1893–96 auch in: Rep. 77, Tit. 307 Nr. 96 Bd. 1. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 108 (Gesetzentwurf über Handwerkskammern) und StenBerRT, Session 1895/97, 16./17.12.1895, S. 155–179 u. 184–197 (Debatte).*

[4] *StenBerRT, Session 1894/95, 14./15.1.1895, S. 332–337 u. 339–359.*

Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1894.

Vollz. Reinschr., Bd. 115, Bl. 318–332; MF 688.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Supper, Krohne, Körte [alle zu 5], Frh. v. Broich [zu 6], J. Hermes, Vietsch, Mügel [alle zu 7].

1. *Der staatliche Wohnungsbau für* Arbeiter *der* Eisenbahn- *bzw*. Berg- und Hütten-Verwaltung, *die Novelle des* Stempelsteuergesetzes *und das* Komptabilitätsgesetz *sollen bald* beraten werden. [B] — **2.** *Sieben Ordenssachen anläßlich des Ordensfestes 1895*. [B] — **3.** *Zwei Titelverleihungen*.

[B] — **4.** *Ordenssache*. [B] — **5.–6.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen*. [B] — **7.** Gerichtskostengesetz.[1] *Die* Gebührensätze *für* Kirchengemeinden *und landwirtschaftliche* Grundbuchsachen *werden auf Wunsch der beiden Ressortminister ermäßigt. Über die* Gebührensätze *für* Eintragungen *von Betrieben sollen* kommissarische Beratungen *im* Januar *1895* stattfinden. [B] — **8.** *Der neuen* Gebührenordnung[2] für Notare *wird zugestimmt*. [B]

[1] *Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 5, Bl. 293–460 (Entwurf v. 7.11.1894). Die genannten Voten ebd., Bd. 6, Bl. 28 ff.*
[2] *Ebd., Bd. 6, Bl. 3–27v (Entwurf v. 27.11.1894). Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 8.*

Nr. 175 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 116, Bl. 3–46; MF 688/689. — Abschr. [TOP 1–3, 5–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 2–23v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Wilhelm II. [zu 1], Gf. v. Posadowsky-Wehner, Brefeld [für Thielen].

1. Entwurf *des* Komptabilitätsgesetzes.[1] *Nach Miquel soll es* Klarheit in den Beziehungen der Regierung *zum* Landtage *und zur* Oberrechnungskammer schaffen; *die* Fortexistenz *der* Begnadigungsrechte der Krone *wird darin garantiert, aber dem Parlament das* Einnahmebewilligungsrecht nicht gewährt. *Einzelwünsche aus den Ressorts und Detailfragen.* Bedenken *Bosses wegen der* Einstellung *der katholischen* Stiftungsfonds *in den politisch umkämpften Staatshaushalt und Marschalls gegen die* Tendenz, die Verwaltung zu Gunsten der Rechte des Landtages zu beschränken, *zumal auch der RT* eine ähnliche Vorlage verlangen *würde. Für den Entwurf optieren Hammerstein, Berlepsch, Posadowsky, Schönstedt, Boetticher und Thielen, gegen sofortige Einbringung Hohenlohe. Wilhelm II. bekennt sich als* Gegner des Gesetzes, *sieht darin* Eingriffe *in Kronrechte und wünscht angesichts der dargelegten* Meinungsverschiedenheiten, *daß es* auf ein Jahr zurückgestellt *wird. Weitere* Beratung *vertagt.* [B] — **2.** *Preußisches* Gerichtskostengesetz[2] *zur nicht streitigen Gerichtsbarkeit wird in der* Fassung *der* kommissarischen Beratungen *gebilligt*. [B] — **3.** *Miquel wird einen* Gesetzentwurf[3] *betr. Bewilligung von* 5 *Mio. M. Staatsmitteln zur Verbesserung der* Wohnungsnot *von staatlichen Arbeitern und gering besoldeten Beamten ausarbeiten lassen.* [B] — **4.** *Dispensation des kath. Priesters* Prinz Karl zu Hohenlohe-Langenburg von den *gesetzlichen* Erfordernissen der Vorbildung *für ein geistliches* Amt. [B] — **5.** Dispensationen *kath. Priester von den* gesetzlichen *Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt sollen künftig zwecks* Vereinfachung des Geschäftsganges *nicht mehr das* Staatsministerium, *sondern der* Kultusminister *allein erteilen.* [B] — **6.** *Auf Anfrage Miquels hin ist das* Staatsministerium *der* Ansicht, daß *Wilhelm II. das* Komptabilitätsgesetz nicht prinzipiell *ablehnt,* sondern *es* nur *in der* Session *1895 nicht vorgelegt haben will*.[4] — **7.** *Ernennung*. [B] — **8.** *Vorsitzender des* Comités der Kaiser-Wilhelm-Spende *soll Justizminister a. D. H. v.* Schelling *werden*. [B]

[1] *Rep. 151, IA Nr. 273, n. f. (Entwurf v. 20.11.1894); ebd. Voten, v. a. Bosses wegen der Stiftungsfonds, u. Prot. der kommissar. Beratungen zwischen Kultus- und Finanzministerium v. 7.11.1895 (mit Liste der kath. Stiftungen).*
[2] *Rep. 77, Tit. 114 Nr. 264 Bd. 6, Bl. 37–49 ein Votum Schönstedts mit den Änderungen aufgrund der kommissar. Beratungen. Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 7; Debatte dazu 25.1.1895, S. 127–144.*
[3] *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 7 Bd. 1, Bl. 1–22 (Voten, Schriftwechsel, Material bis 1901) u. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 155; Debatte dazu 3./4.5.1895, S. 1937–1973. Denkschrift zur Ausführung des Gesetzes in: StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 234; Debatte dazu 10.6.1896, S. 2291–2296.*
[4] *Das heißt, Miquel war sich nicht sicher, wie die Aussagen Wilhelms II. unter TOP 1 zu bewerten seien.*

Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Januar 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 116, Bl. 48–52v; MF 689.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1–4], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: J. Hermes, Hummel, Holtgreven [alle zu 5].

1. *Die* Thronrede[1] *zur Landtagssession 1895 wird im* Wortlaut *redigiert.* [B] — **2.** *Neuberufung des* Staatsrats; *Vorsitz;* Ernennung neuer Mitglieder *soll demnächst erfolgen.*[2] [B] — **3.** Immediateingabe[3] *betr. Gewährung einer* Dotation *an Anna v.* Helmholtz, Witwe *von H. v.* Helmholtz; *um einen Präzedenzfall zu vermeiden, ist dies abzulehnen, aber im Bedarfsfall* eine Erhöhung der Witwenpension *möglich.* [B] — **4.** *Gesetzentwurf*[4] *betr.* die von der Umgestaltung der Kassen im Bereich der Verwaltung der direkten Steuern *des Finanzministeriums* betroffenen Beamten *wird gebilligt.* [B] — **5.** *Novelle*[5] *des* Stempelsteuergesetzes. *Detailberatung und Änderungen, v. a. betr. Höhe der* Sätze *bzw.* Stempelfreiheit. [B]

1 *BArch, RAdI, Nr. 115244, n. f. (Entwurf Köllers v. 8.1.1895). Vgl. StenBerAH, Session 1895, 15.1.1895, S. 2–3.*
2 *Vgl. Schneider, Staatsrat, S. 290–293.*
3 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*
4 *Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 40; Debatte dazu 19.2.1895, S. 713–721.*
5 *Rep. 90, Nr. 1532, n. f. (Entwurf, übersandt unter dem 24.11.1894); ebd. das im Prot. genannte Votum Miquels v. 1.1.1895 u. weitere Voten. Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 35; Debatte dazu 19./20.2.1895, S. 721–777.*

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 14. Januar 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 116, Bl. 54–68; MF 689.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner, J. Hermes, Hummel [beide zu 2].

1. *Neuberufung des* Staatsrats.[2] *Wilhelm II. betrachtet* Bismarck noch als aktives Mitglied, *obwohl dieser a. D. ist und früher regelmäßig die Beendigung der* Mitgliedschaft *mit dem* Ausscheiden aus dem Staatsdienst *angenommen wurde.* Bismarck *ist demnach* Vizepräsident *des* Staatsrats. [B] — **2.** *Novelle des* Stempelsteuergesetzes. *Weitere Detailberatung und Modifikation einzelner Sätze, bes. aufgrund der Voten*[3] *Miquels und Berlepsch'.* [B] — **3.** *Novelle zum Tabaksteuergesetz*[4] *im* Bundesrat; *dem von den* süddeutschen Staaten *gewünschten* Zoll für Tabakblätter *von* 45 M. pro 100 *kg statt der im* Entwurf *vorgesehenen* 40 *M. wird Preußen nicht zustimmen, obwohl dadurch* 3 *Mio. mehr* Nettoertrag *zu erwarten stände, v. a.* weil dies die übrigen norddeutschen Staaten verstimmen würde [B]. *Weiteren Anträgen* Bayerns *bezüglich* Rauchtabak *soll im Kern entgegenkom-*

1 *Gelesen: Posadowsky [U].*
2 *Vgl. Rep. 90, Nr. 886, n. f. (Immediatbericht v. 19.2.1895) und Stribrny, Wolfgang, Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung (1890–1898), Paderborn 1977, S. 225–228.*
3 *Rep. 90, Nr. 1532, n. f. (Votum Berlepsch' v. 1.1.1895). Ebd. auch das Votum des AA (Marschall) v. 3.1.1895.*
4 *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 125. Diese Drucks. auch in Rep. 90, Nr. 1512, n. f., wo sich auch ein metallographiertes Blatt mit den im Prot. referierten Anträgen Bayerns befindet.*

men werden [B]. — **4.** Gesetzentwurf[5] *betr*. anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reiches *im Bundesrat; Anträge*[6] *von* Sachsen *zur Etatrechnung zugunsten der Einzelstaaten und Bayerns zur Verhinderung der* Erhöhung der Biersteuer *werden abgelehnt.* [B]

[5] *StenBerBundesR, Jg. 1894, Drucks. Nr. 124 (18.12.1894). Auch in: Rep. 90, Nr. 1340, Bl. 278–288v. Vgl. StenBerRT, Jg. 1895, Drucks. Nr. 115; Debatte dazu 25./26.2.1895; S. 1082–1103, 1105–1126 (Entwurf unerledigt). Wippermann, 1895, I, S. 41–46 u. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 440 f.*

[6] *Rep. 90, Nr. 1340, Bl. 298–300. In der Bundesratssitzung am 25.2.1895, § 37 wurden beide Anträge abgelehnt, wobei Bayern erklärte, künftiger Geldbedarf solle zuerst durch eine Tabaksteuererhöhung gedeckt werden.*

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Januar 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen[1]*, Bd. 116, Bl. 70–92; MF 690. — Abschr. [TOP 1, 2, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 37–48.*

Anwesend [U][2]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2], Nieberding [zu 3], R. Wentzel [zu 2].

1. *Wilhelm II. möchte zum 27.1.1895 an die* etwa 20.000 bis 25.000 *nicht invaliden, aber erwerbsunfähigen oder hilfsbedürftigen* Krieger *der Jahre* 1848 bis 1871 *eine Unterstützung gewähren, die sich aus den* 3 *Mio. M.* Zinsen *des* Reichsinvalidenfonds *oder auch bei einer* Erhöhung des Allerh. Dispositionsfonds *auf etwa* 120 M. jährlich *belaufen könnte. Die zudem erwogene* Anrechnung *eines* zweiten Kriegsjahres *bei den* Pensionen *der* 1870/71 Verwundeten *bedarf der* Rücksprache mit den verbündeten Regierungen, *auch um Wilhelm II. nicht* eine Aktion beginnen zu lassen, *die dann* große Schwierigkeiten *bereitet.*[3] [B] — **2.** Zoll *auf* Quebrachoholz.[4] Frage, *ob das* Reich *dies* autonom *im Rahmen der gültigen Handelsverträge tun darf; lt. Posadowsky hat der Zoll* praktisch keinen Nutzen, *weil z. B. aus* Vertragsstaaten *wie* Österreich *zollfreie Einfuhren oder* Gerbstoffe in Extraktform *erlaubt bleiben. Bronsart,* Besitzer von Eichenschälwaldungen, *spricht sich für den* Zoll *aus, Berlepsch und Bosse dagegen. Im RT soll erklärt werden, daß die* Regierung *sich kaum* Erfolg *vom Quebrachozoll verspricht, zumal damit die* Lederindustrie [...] geschädigt *würde*.[5] [B] — **3.** *Nieberding berichtet über die erste* Sitzung *der RT-Kommission zur Umsturzvorlage; das geforderte statistische* Material *ist zu verweigern*.[6] [B] — **4.** *Vorschläge zur* Berufung in den Staatsrat: *16 Männer sind ins Auge gefaßt, wegen vier weiterer sollen erst die* Oberpräsidenten *konsultiert werden*. [B] — **5.** *Eine* Ordre[7] *Wilhelms II. soll bestimmen,* daß die aus besonderem

[1] *Mit Marginalie v. 29.1.1895 auf Bl. 69 entschied P. Frh. v. Rheinbaben, daß das Prot. wegen der von diesem angebrachten Korrekturen zwar dem StS Posadowsky, nicht aber StS Nieberding vorgelegt werden solle.*

[2] *Gelesen: Posadowsky [U].*

[3] *Vgl. den diesbezüglichen Erlaß Wilhelms II. v. 22.3.1895 in: Wippermann, 1895, I, S. 8. Der Gesetzentwurf gedr. in: StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 317; Debatte dazu 14.5.1895, S. 2260–2275.*

[4] *Rep. 120, C VII 2a Nr. 5 Adhib. 1 Bd. 2, Bl. 1 ff. (div. Schriftwechsel ab Juni 1895, u. a. Bl. 49–65v Denkschrift des RSA v. Dez. 1895 zum Quebrachozoll). Der Bd. 1 ist nicht überliefert. Vgl. StenBerAH, Session 1894, 7.5.1894, S. 2033–2048. Quebrachoholz enthielt Gerbstoffe für Gerbereien, das stattdessen aus deutschen Eichenschälwäldern gewonnen werden sollte; vgl. Richter, Politisches ABC-Buch, 1898, S. 281 f.*

[5] *StenBerRT, Session 1894/95, 22.1.1895, S. 471 f. (Erklärung Posadowskys). Trotzdem faßte der RT am 2.5.1895 eine Resolution zugunsten des Quebrachozolls; vgl. dazu Sitzung am 29.1.1896, TOP 4.*

[6] *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 273, S. 2 f. (Kommissionsbericht).*

[7] *Rep. 89, Nr. 3770, Bl. 62 (Abschr. des Erlasses v. 25.2.1895).*

Allerhöchsten Vertrauen *in den Staatsrat* berufenen Staatsdiener auch nach ihrem Austritt aus dem Staatsdienst Sitz und Stimme im Staatsrate behalten. [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Preußen unterstützt die Wahl des württembergischen RegDir. v.* Schicker zum Mitgliede des Reichsversicherungsamts. [B]

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1895[1].

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 116, Bl. 94–118v; MF 690/691. — Abschr. [TOP 2–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 50–62v.

Anwesend [U][2]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben.

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2], Nieberding, Küntzel [beide zu 3].

1. *Gesetzentwurf*[3] *betr. die* Fürsorge für die Witwen und Waisen *von Soldaten des* Reichsheeres *wird gebilligt.* [B] — **2.** *Notgesetz*[4] *zur Zuckersteuer, um* den bevorstehenden Fortfall der Ausfuhrprämien *gemäß Gesetz v.* 31. Mai 1891 *zu verschieben. Wilhelm II. wünscht dies und die* Krisis *der* Zuckerindustrie *wie der zuckerrübenbauenden* Domänen *erfordert dies. Allgemeine Zustimmung. Der* Entwurf *ist als Präsidialvorlage in den Bundesrat* einzubringen, *weil dies* ein besseres *öffentliches Ansehen bedeutet.* [B] — **3.** *BGB-Entwurf.* Vortrag *Küntzels zu den am 30.11.1894 beschlossenen* kommissarischen Beratungen[5] *über* Einwendungen *von Ressortministern gegen das in 2.* Lesung *beschlossene Vereinsrecht. Bosse hält die Gültigkeit der Vereinen in einem* Bundesstaate *verliehenen* Rechtsfähigkeit *in allen* Bundesstaaten *bei gleichzeitiger Begrenzung der* Entziehung der Rechtsfähigkeit *nur auf den verleihenden Staat* für unerträglich. *Lt. Nieberding ist das die* Judikatur des Reichsgerichts, *bleiben Preußen die* polizeilichen Befugnisse *gegen Vereine vorbehalten und soll ein* Reichsrecht *geschaffen werden. Bedenken Marschalls und Miquels, aber da einem rechtsfähigen* Verein *von* einem anderen Bundesstaate *polizeilich* die Wirksamkeit untersagt werden *kann, kein Beharren auf Totalrevision* [B]. *Das von Bosse verlangte* Recht, *auch* Schul- und Erziehungsvereine *auflösen zu dürfen, sofern sie ins* politische *Feld eingreifen, wird gebilligt,* vorbehaltlich einer näheren Prüfung des Wortlauts *durch die BGB-Kommission* [B]. *Ansonsten wird dem* Ergebnisse der Kommissionsberatung *beigetreten*. [B] — **4.** *Die* Eingabe[6] des Deutschen Landwirtschaftsrates wegen reichsgesetzlicher Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse *ist* im Sinne des Schreibens *der drei früheren Ressortminister* vom 27. Oktober 1894 zu beantworten. [B]

---

1 *Die bei Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 2, S. 1149 f. von Holstein genannte Beratung des Staatsministeriums am 25.1.1895 über den von Wilhelm II. für A. Eulenburg und Lucanus gewünschten Titel Staatsminister erweist sich aufgrund Hohenlohe, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, S. 36 f. als „vertrauliche Besprechung" zu diesem Thema und wurde deshalb nicht als reguläre Sitzung protokolliert.*

2 *Gelesen [U]: Posadowsky, Nieberding.*

3 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 29; Annahme Sitzung am 2.5.1895; § 254. Debatte im RT am 13.5.1895, S. 2246–2248.*

4 *Rep. 90, Nr. 1501, n. f. (Notgesetzentwurf v. 17.1.1895 betr. Ausfuhrprämiengewährung bis 31.7.1897). Vgl. auch BArch, RK, Nr. 2170, Bl. 2 ff.; RAdI, Nr. 115230, n. f. (1894–96) u. StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 329.*

5 *Rep. 84a, Nr. 11778, Bl. 399–423 (Prot.). Ebd., Bl. 375–384 das Schreiben Hohenlohes v. 7.1.1895 dazu und Bl. 393 bis 395v das Votum Bosses v. 17.1.1895. Das gleiche auch in Rep. 90, Nr. 2419, Bl. 177 ff. Vgl. Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 237–239.*

6 *Rep. 87, B Nr. 265, Bl. 57 (Eingabe v. 1.5.1894, v. a. betr. Kontraktbruch ländlicher Arbeiter); Bl. 56 das Schreiben des Rklr. v. 17.5.1894 u. Bl. 60–66v das Schreiben der Ressortminister Eulenburg/Schelling/Heyden v. 27.10.1894.*

Nr. 180 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. Februar 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 116, Bl. 120–147; MF 691. — Abschr. [TOP 1]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 63–73v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

1. *Stellungnahme zur* Interpellation[1] *von F.* Hitze *und F.* Lieber *wegen gesetzlicher* Anerkennung der Berufsvereine *sowie* Einrichtung von Arbeiterkammern *und Strategiedebatte zur Sozialpolitik. Die im* Erlaß *Wilhelms II. v.* 4. Februar 1890[2] *gemachten* Versprechungen *an die* Arbeiter *sind lt. Berlepsch nicht* eingelöst *worden, und er befürwortet deshalb eine entgegenkommende Antwort.*[3] *Lt. Köller würden* Berufsvereine *bald* in das sozialdemokratische Fahrwasser geraten; *zudem werde man die beabsichtigte Verschärfung des* Vereins- und Versammlungsrechts *im LT nur mit* Konservativen *und NLP* zu Stande bringen, *die von Berlepsch befürwortete Sozialpolitik im RT aber mit Zentrum, Freisinn und SPD;* eine solche Doppelaktion erscheine ihm unausführbar. *Boetticher sieht keine* Unverträglichkeit *zwischen* Schaffung *einer organisierten* Arbeitervertretung *und* einem strengeren Vereinsgesetz in Preußen *sowie der* Umsturzvorlage. Marschall *meint,* es könne kein größerer Erfolg erzielt werden, *als von den* Arbeitern *akzeptierte* Berufsvereine *ohne* Sozialdemokraten *zu etablieren. Berlepsch will eine* Abnahme der Sozialdemokratie *gerade* auf dem Wege einer rechtlich anerkannten Vereinsbildung *erreichen, die – wie* in anderen Ländern *– zum Rückgang der* politischen Agitation *führen würde. Da in der laufenden* Session *zunächst* Vereinsgesetz *und* Umsturzvorlage *im Vordergrund stehen, ist eine* dilatorische Erklärung[4] *abzugeben.* [B] — **2.** *Ernennung eines stellvertretenden* Bevollmächtigten zum Bundesrat. [B] — **3.** *Die erbetene* Fahrpreisermäßigung *für die studentischen* Teilnehmer *der* Feier *von Bismarcks 80. Geburtstag in* Friedrichsruh *soll partiell gewährt werden*.[5] [B] — **4.** Kriegsveteranen *sollen* bis zum Range des Unteroffiziers *für die Reise zur* Feier der bei Metz *1870* errungenen Siege *verbilligte* Militär-Billets *gewährt werden.*[6] [B]

1 *StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 121; Debatte dazu 6.–8.2.1895, S. 689–750.*
2 *Vgl. Sitzung am 31.1.1890, TOP 2 mit Anm.*
3 *Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 369–374 u. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 14 Adhib. 2 Bd. 2, Bl. 35 ff. (v. a. Berlepsch'* Grundzüge *v. 18.12.1894).*
4 *StenBerRT, Session 1894/95, 6.2.1895, S. 695 (Hohenlohe). Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 33 f. (nach Gespräch mit Wilhelm II. formuliert Hohenlohe die Antwort unbestimmter).*
5 *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f. (Thielen 23.2.1895) u. Wippermann, 1895, I, S. 224 (5000 Studenten in Friedrichsruh).*
6 *Vgl. Wippermann, 1895, II, S. 32 (Feier in Metz am 14.8.1895).*

Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1895.

Vollz. Reinschr, Bd. 116, Bl. 149–169v; MF 691/692. — Abschr. [TOP 1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 75–85.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1].

1 *Gelesen: Posadowsky [U].*

1. *Stellungnahme zur geplante Anfrage*[2] *von W. v.* Kardorff *bezüglich* Währungsfrage *und Bimetallismus. Posadowsky zufolge beruht die* Preisermäßigung *bei* Verbrauchsgegenständen *eher auf* Fortschritten der Bewegungs- und der Produktionstechnik *als auf der Währungsform und ist für* Deutschland *überwiegend günstig, wenngleich z. B. die* Textilindustrie *durch den* sinkenden Wert des Silbers *im* Export nach den Silberländern *geschädigt wird. Auch* Knappheit an Zahlungsmitteln *besteht nicht. Die von Bimetallisten gewünschte internationale* Währungskonferenz *würde ohne England und* Frankreich *nur* Erschütterung des gesamten Bank- und Kreditwesens *führen. Marschall wie Miquel sehen Mängel des* Währungssystems *und sprechen sich für Sondierung bei den großen Staaten aus. Berlepsch will wegen des* heimischen Blei- und Silberbergbaus *v. a.* Mittel zur Hebung des Silberpreises *ergreifen. Nach Billigung durch die* Regierungen *der Bundesstaaten ist zu erklären, daß man durch den* resultatlosen Verlauf *der* Silber-Enquête *nicht abgeschreckt werde, ein* gleichmäßiges festes Münzwesen in der ganzen Welt *anzustreben.* [B] — **2.** *Vorschläge zur* Berufung in den Staatsrat: *21 Männer werden benannt*. [B] — **3.** Wortlaut *der* Erklärung *zur* Interpellation *von F.* Hitze *und F. Lieber wird* festgestellt. [B]

[2] *StenBerRT, Session 1895, Drucks. Nr. 140 (Antrag Friedberg, Kardorff, Lieber, Mirbach); Debatte dazu 15./16.2.1895, S. 893–931 (S. 915 Erklärung Hohenlohes). Vgl. Rep. 90, Nr. 1359, n. f. (div. Schriftwechsel 1894/95, auch Erörterungen und Beschlüsse des StR).*

Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 116, Bl. 171–183; MF 692. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 87–92v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien *und Fortgang der Sozialpolitik.*[1] *Berlepsch hält* Regelung der Arbeitszeit *nach den* Erhebungen *der* Kommission für Arbeiterstatistik *für unabweisbar und eine* Regelung *per* Gesetz *statt Bundesratsverordnung zieht er vor. Miquel spricht sich dafür aus, sieht in der* Beschränkung *der* Arbeitszeit Erwachsener *aber ein Novum, so daß* Ausnahmebestimmungen *nötig seien. Köller ist* Gegner *der* Einwirkung des Staates *und eines solchen* Bevormundungssystems. *Ministermehrheit optiert für Berlepsch' Vorschlag. In* kommissarischen Beratungen *sollen* Kautelen gegen eine Gefährdung der Existenz der mittleren und kleineren Betriebe *durch die geplante zwölfstündige Maximalarbeitszeit gefunden werden.* [B]

[1] *Vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 206–217, bes. S. 209 f. zur Sitzung v. 9.2.1895. Der Bericht der Kommission für Arbeiterstatistik in: Rep. 84a, Nr. 11321, Bl. 92 (38 S.), Bl. 89–92 das im Prot. genannte Schreiben Berlepsch' v. 18.12.1894.*

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 116, Bl. 185–208; MF 692/693. — Abschr. [TOP 1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 95–107v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt [zu 2–4]. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1], v. Philippsborn [zu 2].

1. *Erklärung*[1] *im RT zur Anfrage bezüglich Währungsfrage und Bimetallismus. Lt. Posadowsky hat sie* möglichst wenig Angriffsfläche *zu bieten und offen zu lassen, ob man die* bestehende Reichswährung *unter Umständen preisgeben würde. Bedenken Boettichers, entgegen der langjährigen* Praxis *auf einen* Initiativ-Antrag *einzugehen, bevor ein* Beschluß des Reichstags *vorliegt. Da eine Ministermehrheit diese Abweichung für sinnvoll hält und man, so* Marschall, *nach der* Silberenquête *der* Landwirtschaft in irgend einer Weise Entgegenkommen *zeigen müsse, soll Hohenlohe eine Erklärung verlesen.* [B] — **2.** Entwurf[2] eines *neuen* Vereins- und Versammlungsgesetzes. *Köller bezeichnet als wesentliche* Punkte *v. a. vermehrte Auskunftsrechte der* Polizeibehörde *über die Organisation von Vereinen, eine weitgreifende* Definition *der* politischen Vereine, *die* Befugnis, Versammlungen *ggf.* im voraus zu verbieten, *das verschärfte Verbot der* Teilnahme weiblicher und minderjähriger Personen *an politischen* Versammlungen *und die ausgedehnte* Befugnis, *eine laufende* Versammlung aufzulösen. *All dies wird lt. Berlepsch die* arbeitenden Klassen verbittern *und die* Sozialdemokratie verstärken. *Miquel steht in der* Hauptsache noch auf dem Boden des Entwurfs, *wünscht aber eine justiziable, engere* Definition *des Begriffs der* politischen Vereine. *Deshalb sollen* kommissarische Beratungen *stattfinden.* [B] — **3.** *Fragenkatalog für den* Staatsrat; Vorlage[3] *Hammersteins wird mit Formulierungsänderungen bezüglich Währungsfrage, Mittel zur Hebung der Getreidepreise,* Zuckerindustrie *und* Branntweingewerbe *sowie Eisenbahntarifen und* Schiffahrtsgebühren *gebilligt.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen; u. a. wird A.* Schultz *Vorsitzender des* Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte. [B]

[1] *Vgl. Sitzung am 4.2.1895, TOP 1 mit Anm. 2.*
[2] *Rep. 84a, Nr. 5379, Bl. 4–11 (Entwurf v. 12.1.1895), Begründung Bl. 30–35v, 39–48. In der Akte auch Voten, u. a. Bl. 49–52v Berlepsch' Votum v. 7.2.1895. Bl. 65–101 die Prot. der kommissar. Beratungen v. 19.2.–29.3.1895. Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 458 f. und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 380–383. Die gleichen Schriftstücke auch in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 14 Adhib 1 Bd. 1, Bl. 2–155 sowie BArch, RA dI, Nr. 115249.*
[3] *Rep. 90, Nr. 1501, n. f. (Vorlage Hammersteins v. 7.2.1895).*

Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 116, Bl. 210–215; MF 693.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Miquel, U]. Gf. v. Posadowsky-Wehner, Koreuber [beide zu 3].

1. *Vorschläge zur Berufung in den* Staatsrat. *Streichung von zwei Namen, Hinzufügung von acht Kandidaten. Die vorgeschlagenen* Personen *sollen nicht als ordentliche Mitglieder, sondern nur als weitere Teilnehmer* eingeladen werden. *Nur die engere* Versammlung *soll zusammentreten; Bestimmung der* Referenten. [B] — **2.** *Zwei Ernennungen von Senatspräsidenten am* Kammergericht. [B] — **3.** Entwurf[2] *einer Novelle zum Branntweinsteuergesetz v.* 24. Juni 1887 *wird lt. Posadowsky von Sachverständigen* einmütig *gebilligt. Miquel sieht nur das* Bedenken, *daß das steuerermäßigte* Kontingent *bald für den* Inlandskonsum *ausreichen und somit die* höhere Steuer ganz *wegfallen könnte. Der* Entwurf *ist im* Bundesrat *einzubringen.* [B]

[1] *Gelesen: Posadowsky [U].*
[2] *Rep. 151, III Nr. 8273, n. f. (gedr. Entwurf, übersandt am 15.2.1895). Ebd. auch die Anträge der Bundesstaaten im Bundesrat. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 28 u. StenBerRT, 26./27.4.1895, S. 1908–1945 (Debatte).*

Nr. 185 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 116, Bl. 217–252v; MF 693/694. — Abschr. [TOP 2–3, 5–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 113–126v.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff [U], Köller [U], Marschall [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U]. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Miquel], R. Wentzel [zu 2].

1. *Ernennungen* aus Anlaß der Umgestaltung der Eisenbahnbehörden *zum* 1. April 1895: *15 Ministerialbeamte, 13* Präsidenten *von* Eisenbahndirektionen *und 36 Oberregierungs- bzw. Oberbauräte sollen berufen werden; zudem gibt es zwei Titelverleihungen* [B]. *Daß Oberregierungsrat Paul* Meyer *in* Elberfeld [...] Jude *ist, bildet* kein Hindernis, *weil seine* Stellung keine autoritative ist [B]. — **2.** *Stellungnahme zur* Interpellation[1] *H. Paasche u. a. bezüglich Preise und Eisenbahntarife für* Düngemittel. *Wegen der* Notlage der Landwirtschaft *befürwortet Thielen eine* Ermäßigung *der Düngemitteltarife* um 20% *für* zwei *Jahre, was* 3 *Mio. M.* Einbuße *bedeutet. Leichte* Bedenken *Miquels, aber gebilligt* [B]. Preisermäßigung *für* Kalirohsalze *ist unmöglich, da die* fiskalischen Bergwerke *praktisch zum* Selbstkostenpreis *verkaufen; der bis Ende* 1898 *gültige* Vertrag *mit dem* Syndikat *soll jedoch bezüglich Rohsalzpreise neu verhandelt werden* [B]. *Eine* Verstaatlichung der Kaliproduktion *kommt lt. Berlepsch und Miquel nicht in Frage.* — **3.** *Fall* Privatdozent *Leo* Arons.[2] *Bosse möchte nach der Weigerung der* Berliner Philosophischen Fakultät, *nun dessen* Remotion *durch das Kultusministerium allein veranlassen, zuvor aber die* Fakultät *zur* Vernehmung des Dr. Arons *verpflichten. Um zügig zur Amtsenthebung zu kommen und einen offenen* Konflikt zwischen der Fakultät und dem vorgesetzten Ministerium *zu vermeiden, soll ein ministerieller* Kommissar *die* Vernehmung *durchführen.* [B] — **4.** *Ernennung von* Siemenroth *zum* Redakteur *des* Reichs- und Staatsanzeigers. [B] — **5.** *Margarinegesetz*.[3] *Hammerstein und Köller wollen* die Produktion der Margarine wegen der Konkurrenz, die sie der Butterproduktion *bereitet,* im Interesse der Landwirtschaft *reglementieren. Berlepsch sieht gesundheitspolitisch kein* Bedürfnis, *die* Margarinefabrikation *zu erschweren, und Boetticher zufolge lassen sich die* Butterpreise *nicht gesetzlich heben. Höchstens Maßnahmen wie Definition der Begriffe* Margarinekäse und Butterschmalz *sind zu erwägen.* [B] — **6.** *Absolventen der* Landwirtschaftsschulen *werden – gegen Widerspruch Bosses – bei der Zugangsberechtigung zum Subaltern-Beamtendienst den Absolventen anderer, sechsklassiger* Lehranstalten *gleichgestellt*.[4] [B]

---

[1] *StenBerAH, Session 1895, Druck. Nr. 44; Debatte dazu 27.2.1895, S. 955–963, Erklärung Thielens u. Berlepsch' S. 961, 961–963. Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Votum Thielens v. 18.2.1895 u. weiterer Schriftwechsel).*

[2] *Vgl. Rep. 120, CB I Nr. 138 Bd. 3, Bl. 145–196 (Bosse übersendet Schriftstücke, u. a. der Philosoph. Fakultät).*

[3] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 67 Bd. 2, Bl. 292 ff. (Voten, Petitionen, Publizistik, gesetzgeberische Überlegungen) und RGBl. 1887, S. 375 (Gesetz betr. den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter) sowie aus der Sicht des Bundes der Landwirte dessen Agrarisches Handbuch, 2. Aufl., Berlin 1903, S. 587–595 (mit zeitgenöss. Lit.).*

[4] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115248, n. f. (Voten) und allg. Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 2, 1906, S. 31 (mittlere Landwirtschaftsschulen).*

Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Februar 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2–3] und Korrekturen, Bd. 116, Bl. 254–290; MF 694/695. — Abschr. [TOP 1]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 128–139.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], v. Weyrauch [für Bosse], Sterneberg [für E. Hammerstein], Küntzel, J. Hermes [beide zu 1], Supper, Körte [beide zu 2], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 3].

1. *Einwände der* Ressortminister [...] gegen das zweite – *schuldrechtliche* – Buch des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs.[2] *Mehreren Bedenken, v. a. Hammersteins, folgt das Staatsministerium nicht* [B]. *Bezüglich* § 724 – Schuldverschreibungen *auf* Inhaber *dürfen* nur mit Genehmigung des Bundesrats in den Verkehr gebracht werden – *bestehen Befürchtungen, daß damit die* staatlichen Machtbefugnisse gegenüber *den Kommunen,* Hypothekenbanken und verwandte Kreditinstitute *sowie die* Aufsicht über Privateisenbahnen *geschwächt werden könnten. Zwar ist es lt. Schönstedt unwahrscheinlich, daß* der Bundesrat *ohne preußische* Zustimmung *neue* Schuldverschreibungen *zuläßt, aber Miquel hält eine staatliche Befugnis für nötig,* um städtische Kommunen an der Aufnahme von Anleihen *zu hindern.* § 724 *ist so zu fassen, daß der* Bundesrat nur auf den Antrag des betreffenden Einzelstaats *Inhaber-Schuldverschreibungen konzessioniert* [B]. *Die Bestimmung in* § 752, *wonach bei* Schaden *ohne* Vorsatz oder Fahrlässigkeit *eine* Verpflichtung zum Schadensersatz *nach den* Umständen des Falles *bestehen soll, wird einmütig abgelehnt, da dies eine* Durchbrechung des Verschuldungsprinzips *darstellt und das* Rechtsgefühl – *gleiche* Ersatzverbindlichkeit *für gleiche* Handlung – *verletzt* [B]. — **2.–3.** *13 Pensions- und Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Gelesen: Nieberding [U].*
[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11778, Bl. 269 ff. (Votum Schönstedts v. 13.2.1895).*

Nr. 187 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 4. März 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 117, Bl. 3–24; MF 695.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Köller, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Rudolf Koch, Wermuth [beide zu 5].

1. *Fünf Ernennungen.* [B] — **2.** Regelung des Polizeiwesens auf dem Nord-Ostseekanal.[1] Die Strom-Schiffahrts- und Hafen-Polizei soll auf die Kanalverwaltung (Kanalamt) übertragen *werden.* [B] — **3.–4.** *Neuberufung des* Staatsrats. *Da die* Oberpräsidenten *generell nicht eingeladen werden sollen, erledigt sich der diesbezügliche* Wunsch *des* Oberpräsidenten *U.* Graf zu Stolberg-*Wernigerode* [B]. — Zu den Verhandlungen *sollen keine Kommissare hinzugezogen werden und die*

[1] *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 10752, n. f. (div. Schriftwechsel).*

Minister nur zu tatsächlichen Berichtigungen *das* Wort *ergreifen* [B]. — **5.** *Börsengesetz.*[2] *Detaildiskussion, u. a. zur Frage, ob* Vertreter der Landwirtschaft *in den* Vorstand der Produkten-Börsen *aufzunehmen sind und zur Rolle eines ständigen* Staatskommissars, *der lt. Miquel auch nötig ist, um* die in Deutschland herrschende erregte Stimmung gegen die Börse zu beruhigen. *Der* Entwurf *soll als* Präsidialantrag *in den* Bundesrat [...] eingebracht werden. [B] — **6.** Ansprache[3] *Wilhelms II. zur Eröffnung des* Staatsrats. [B] — **7.** *Berlepsch wird dem* Herrenhause *einen Gesetzentwurf*[4] *wegen* Ausdehnung verschiedener Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 auf den Stein- und Kalisalzbergbau in der Provinz Hannover *vorlegen*. — **8.** *Gesetzentwurf*[5] über die Verpfändung der Eisenbahnen *soll* wiederum zunächst *dem* Herrenhaus *vorgelegt werden, da die* Stimmung der betreffenden Kommission *diesbezüglich sich* erheblich gebessert *hat.* [B] — **9.** *Berufung von vier neuen* Mitgliedern des Herrenhauses. [B] — **10.** *Pressepolitik; die* Beteiligung *der* Ressorts *an der offiziösen* „Berliner Korrespondenz“ *könnte Köller zufolge* eine regere *sein.*[6] [B]

[2] *Rep. 120, C XI 1 Nr. 28 Bd. 1, n. f. (Gesetzentwurf v. 3.12.1894, Voten, u. a. Hammersteins v. 5.1.1895, sowie die im Prot. genannte Zusammenstellung der Änderungswünsche v. 4.2.1895). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 44 sowie zum Gesamtproblem Schulz, Wolfgang, Das deutsche Börsengesetz. Die Entstehungsgeschichte und wirtschaftlichen Auswirkungen des Börsengesetzes von 1896, Frankfurt/M. 1993, S. 139 f. (aufgrund Rep. 84a, Nr. 11159 u. Rep. 89, Nr. 28221).*

[3] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3770, Bl. 157 (gedr. Prot. der Staatsratssitzung v. 12.3.1895).*

[4] *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 62; Debatte dazu 18.5.1895, S. 250.*

[5] *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 24; Debatte dazu 3.4.1895, S. 177 f.*

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115253, n. f. (Köller wiederholt seine Bitte am 15.3.1895).*

Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. März 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 117, Bl. 26–58v; MF 695/696.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen [zu 2–12], Bosse, Köller [zu 2–12], Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Brefeld.

1. *Pressepolitik; eine dem Staatsministerium vom Bund der* Landwirte *zugesandte* Broschüre[1] *soll nicht, wie vom BdL gewünscht, an die* Mitglieder des Staatsrats *verteilt werden.* [B] — **2.–6.** *Neuberufung des Staatsrats. Die* Ansprache *Wilhelms II. wird redigiert. Die* Verhandlungen *sollen im* Reichsanzeiger *kurz wiedergegeben werden. Brefeld teilt die* Verteilung der Referate[2] *mit. Die* Minister *werden sich an* Debatten *und* Abstimmungen *nicht beteiligen. Kommissare sollen an den* Sitzungen *allenfalls* ausnahmsweise *teilnehmen dürfen.* [B] — **7.** *Fragenkatalog für den* Staatsrat *und landwirtschaftliche Politik.*[3] *Zur* Hebung der Preise landwirtschaftlicher Produkte *taugt lt. Hammerstein der Antrag* Kanitz *in der vorgeschlagenen Form nicht. Marschall sieht es aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen für unmöglich an,* einer besitzenden Klasse die Garantie eines bestimmten Preises *zu geben. Köller will nicht die Hand zur Brotverteuerung bieten, sieht aber die Schuld für hohe Brotpreise beim* Zwischenhandel, *nicht beim* Landwirt. *Beim* Zucker *verlangt*

[1] *Gemeint sein dürfte: G. Ruhland, Die Internationale Notlage der Landwirtschaft, ihre Ursache und die Mittel zu ihrer Abhülfe, Berlin 1895; vgl. Rep. 77, Tit. 662 Nr. 5 Beiheft 1 Bd. 1, Bl. 34 ff.*

[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3770, das Referentenverzeichnis Bl. 59.*

[3] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3770, Bl. 55–58v.*

Hammerstein eine erhebliche Erhöhung *der* Exportprämien, *da die* anderen Staaten *deren gänzliche Abschaffung* abgelehnt *haben. Hinsichtlich* Doppelwährung *empfiehlt es sich lt. Miquel nicht,* die Hoffnungen abzuschwächen, welche mit den bimetallistischen Bestrebungen verknüpft *werden. Bei den Eisenbahntarifen kann die* Regierung *den* Hoffnungen der Landwirte wenigstens teilweise *entgegenkommen, wenngleich neue* Getreide-Staffeltarife *ausscheiden. Die Senkung von* Schifffahrtsgebühren *findet ihre Grenze in der* Rentabilität *der* Wasserstraßen *und Kanäle. Bezüglich landwirtschaftlicher* Kreditorganisation *unterstützt Miquel die ihm vom Staatsrats-Referenten Frh. v.* Huene *vorgeschlagenen* Zentral-Einrichtungen.[4] — **8.** *Stellungnahme zur* Interpellation[5] *B. v.* Ploetz *betr.* Verfälschungen der Futter- und Düngemittel *soll* in der nächsten Sitzung *erfolgen.* — **9.** *Bismarcks 80. Geburtstag. Bosse wird vielfachen Wünschen entsprechend am* 1. April *1895 schulfrei geben; das* Staatsministerium *wird schriftlich gratulieren.* [B] — **10.** Oberpräsident Graf *U.* zu Stolberg-*Wernigerode wurde* zur Disposition gestellt.[6] — **11.** Staatshilfe *an arbeitslose* Tabakarbeiter *in* Westfalen. *Der Anregung des* Oberpräsidenten *Studt, staatliche industrielle* Unternehmungen *zu gründen, ist keine Folge zu geben, zumal die Arbeitslosigkeit keine Folge des in Beratung befindlichen* Tabaksteuergesetzes, *sondern einer Überproduktionskrise ist.* [B] — **12.** *Armenpflege. Die von* Oberpräsident Studt *und Pastor F. v.* Bodelschwingh *angeregte Unterhaltspflicht der Kreise für Verpflegungsstationen für wandernde Arme soll in einem bereits fertigen* Gesetzentwurf[7] *geregelt werden.* [B]

[4] *Zur daraus erwachsenen Zentralgenossenschaftskasse vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 478–485.*

[5] *Vgl. Sitzung am 25.3.1895, TOP 9 mit Anm.*

[6] *Stolberg hatte sich im Februar 1895 bei seiner Nachwahl zum MdR für den Antrag Kanitz ausgesprochen und dabei die Unterstützung des Bundes der Landwirte erhalten. Dies sahen Hohenlohe und Wilhelm II. als unvereinbar mit der Stellung eines Oberpräsidenten an. Vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1480; XX. HA, StA Königsberg, Rep. 2 I, Tit. 3 Nr. 139, Bl. 127–141 u. Rep. 89, Nr. 13530, Bl. 171–175 (Immediatbericht Köllers).*

[7] *Rep. 120, BB VII 1 Nr. 125 Bd. 1, Bl. 44–68v (Gesetzentwurf Köllers v. 13.3.1895). Der Entwurf auch in: BArch, RAdI, Nr. 115255, n. f. Ebd. ein Schreiben Miquels v. 9.6.1895, das inhaltlich bereits in der Sitzung am 8.6.1895, TOP 11 diskutiert wurde. Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 157; Debatte dazu 4.5.1895, S. 1951–1974 (Gesetzentwurf 1.7.1895 abgelehnt). Anregung der Frage in: StenBerAH, 27.2.1895, S. 981–994.*

Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 18. März 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 117, Bl. 60–72; MF 696. — Abschr. [TOP 3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 169–174v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding, v. Philippsborn, Lucas [alle zu 4].

1. *Ordenssache. Titelverleihung. Ernennung.* [B] — **2.** *Ordenssache. Ernennung.* [B] — **3.** *Stellungnahme zum* Antrag[1] des Grafen Kanitz *im RT. Die* ablehnende Erklärung *soll* Namens der verbündeten Regierungen, *aber ohne die* Agrarier *zu* verletzen [...] abgegeben *werden. Zugleich sollen* die einzelnen Mittel *benannt werden, die zwecks Hilfe für die* Landwirtschaft *in Erwägung gezogen sind. Die* Oberpräsidenten *sollen darauf hingewiesen werden, daß* eine fernere Agitation von Behörden und Beamten zu Gunsten jenes Antrags unzulässig *ist.* [B] — **4.** *Die*

[1] *StenBerRT, Session 1894/95, Druck. Nr. 211; Debatte dazu 29./30.3.1895, S. 1776–1798, 1800–1821 (mit Erklärung Hohenlohes).*

„Umsturzvorlage“ in der Kommission des Reichstags.[2] *Lt. Nieberding fordert die zur Annahme nötige Zentrumspartei* Konzessionen *im kulturpolitischen Bereich, so* Aufhebung des § 130a *StGB* (sog. Kanzelparagraph) *und* Aufnahme des Vergehens der Gotteslästerung, *des* Ehebruchs *sowie des* Zweikampfs *in die Strafvorschrift des* § 111a der Vorlage. *Der* Kanzelparagraph *ist* als Kompensationsobjekt zu behandeln, *die* Aufnahme des Vergehens des Zweikampfs *hingegen grundsätzlich* unannehmbar. *Weitere Detailberatung der in der Kommission vorgesehenen Änderungen.* [B]

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 273 (Kommissionsbericht). Vgl. auch Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 419 f. (Kanzelparagraph); Bachem, Zentrumspartei, Bd. 5, S. 386–390. Rep. 90a, D I 4c Nr. 8 Bd. 1 weist als Vorlage zur Sitzung nur den Artikel des Staatsanzeigers Nr. 63 v. 13.3.1895 auf. Zu Inhalt und Debatte der Umsturzvorlage insgesamt vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 268–272. Zur Diskussion um die Einschränkung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft vgl. Mast, Peter, Künstlerische und wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich 1890–1901, o. O. 1980, S. 68–101.*

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 117, Bl. 75–110, zwei Anlagen: Bl. 111–122v; MF 696/697. — Abschr. [TOP 1, 3–4, 6–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 176–194v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Brefeld, J. Hermes, R. Wentzel [beide zu 6].

1. *Amtseinführung des neuen UStS im* Staatsministerium *G. P.* Humbert. — **2.** Hohenlohe *wurde von Wilhelm II.* ermächtigt, *eine Reichstagsauflösung zu erwägen.*[1] *Da aber die* Ablehnung der Beglückwünschung des Fürsten Bismarck *nicht hinreichend* Anlaß *bzw.* patriotische Stimmung *erzeugt hat und* Konservative, Zentrum und Nationalliberale *im RT weiterarbeiten wollen, ist eine* sofortige Auflösung *untunlich.* [B] — **3.** Glückwunschschreiben[2] *des* Staatsministeriums *zu Bismarcks 80. Geburtstag wird redigiert.* Glückwunschschreiben des Bundesrats. [B] — **4.** *Der Initiative Österreichs zur* Einleitung internationaler Verhandlungen zur Abschaffung der Zuckerprämien *wird* Deutschland *beitreten, zumal die international führende deutsche* Zuckerindustrie [..] dabei am besten fortkommen *wird.*[3] [B] — **5.** *Drei Ernennungen von* Landgerichts-Präsidenten. [B] — **6.** *Grundsätze der Landwirtschaftspolitik nach den Beschlüssen des* Staatsrats. *Der Antrag* Kanitz *soll in Übereinstimmung mit den Staatsratsbeschlüssen im RT als unausführbar bezeichnet werden; die als Begründung erarbeitete* Denkschrift[4] *einer Staatsratskommission ist ggf.* zu veröffentlichen [B]. *Die vom* Staatsrat *als sog.* „kleine Mittel“ *empfohlenen Maßnahmen werden akzeptiert bzw. erwogen.*[5] *So sollen die* gemischten Transitläger, *außer in den* Seeplätzen, *beseitigt werden*[6]*; eine*

[1] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 53 f. (Anregung durch Wilhelm II.) u. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 412–415 (Meinungsbildung bezüglich evtl. RT-Auflösung).*

[2] *Gedr. in: Schultheß, 1895, S. 84 f. Ebd., S. 84 auch das Glückwunschschreiben des Bundesrats.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1502, n. f. (div. Schriftwechsel ab März 1895).*

[4] *Als Anlage auf Bl. 114–122v.*

[5] *Vgl. die Liste im* Schlußantrag *(Ergebnisprot.) des Staatsrats als Anlage auf Bl. 111–113. Der Immediatbericht über die Beschlüsse des StR v. 19.4.1895 in: Rep. 87, B Nr. 7424, n. f. Ebd. auch die Denkschrift über das Ergebnis der Verhandlungen des StR sowie der gedr. Bericht (152 S.). Das gleiche auch in: Rep. 89, Nr. 3770 sowie BArch, RAdI, Nr. 115258. Weitere Schriftstücke zur Landwirtschaftspolitik auch in: Rep. 80, II Specialia Nr. 10.*

Reform der Produktenbörse *ist in Vorbereitung;* die Errichtung staatlicher Umschlagsplätze *für Getreide in* Berlin *sowie von* Kornspeichern *durch Genossenschaften wird erwogen. Eine Novelle zur* Branntweinsteuer *liegt vor; ein* Notgesetz *zur Zuckersteuer, das* die bisherige Prämie *verlängert, wird vorbereitet. Die diversen Staatsratsbeschlüsse über Eisenbahntarife sind als* Anregung zur tunlichsten Weiterentwicklung der Staffeltarife *anzusehen, aber kein Grund,* das bisherige Tarifsystem über den Haufen zu werfen, *zumal lt. Marschall* Staffeltarife für Vieh *zwar* dem Osten *helfen, zugleich* aber Mittel- und Süddeutschland *schädigen. Vorbehalte im Detail bestehen bezüglich der Vorschläge zur* Bildung von Rentengütern *und zur* Besserung des landwirtschaftlichen Realkredits. *Eine* staatliche Zentralstelle, *die* nur Kredit *an korporative* Genossenschaftsverbände *gewährt, ist zu gründen*.[7] [B] — **7.** Fortbildungsschulen *in* Posen und Westpreußen *und Polenpolitik. Um die von* Gerichten für ungültig *erkärten Ortsstatute, die* Arbeitern unter 18 Jahren *den Besuch der* Fortbildungsschulen *auferlegen, zu ersetzen, möchte Berlepsch gesetzgeberisch den Schulzwang sicherstellen. Da Zweifel bestehen, ob* Fortbildungsschulen *als* Pflanzstätten für den Polonismus *nicht* einen zahlreichen polnischen Mittelstand *bilden helfen und ob ein diesbezüglicher Gesetzentwurf die Zustimmung der* konservativen Fraktionen *findet, wird Berlepsch bei letzteren* Rücksprache nehmen.[8] [B] — **8.** Berufung *von R. Frh.* Lucius von Ballhausen *in das* Herrenhaus. [B] — **9.** *Die Stellungnahme zur* Interpellation[9] *B. v.* Ploetz *betr.* Verfälschung der Futter- und Düngemittel *soll Hammerstein abgeben.* [B] — **10.** *Stellungnahme zum* Antrag[10] *A.* Hobrecht, *demzufolge* die Zahlungen auf Grund des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 um $^1/_8$ reduziert werden sollten. *Da der* Staat *zu dieser* Maßregel *zum* Vorteil der Bauern *eine* Anleihe aufnehmen *müßte und zugleich die* Renten [...] zu zersplittert *sind, soll der* Antrag *abgelehnt werden.* [B] — **11.** Sicherung der Stadt Posen gegen Überschwemmungsgefahr *soll demnächst im* Staatsministerium *behandelt werden.*[11]

---

[6] *Vgl. aber Rep. 87, B Nr. 6850, den Bundesratsantrag Preußens v. 22.3.1895 (= Drucks. des BundesR Nr. 42), der 149 Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß in Preußen und 58 in anderen Bundesstaaten gestatten wollte. Zum Problem vgl. Steinkühler, Agrar- oder Industriestaat, S. 184–186.*

[7] *Vgl. Sitzung am 27.5.1895, TOP 12 mit Anm.*

[8] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115288, n. f. Erst mit Votum v. 28.1.1896 nahm Berlepsch seine Initiative wieder auf, was nach Voten der Minister in der Sitzung am 25.3.1896, TOP 8 diskutiert wurde. Berlepsch' Nachfolger Brefeld übersandte den entsprechenden Gesetzentwurf erst unter dem 13.11.1896. Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 29; Debatte dazu 9.1.1897, S. 321–335.*

[9] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 70; Debatte dazu 28.3.1895, S. 1594–1630 (Hammerstein S. 1597).*

[10] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 194 (ohne Debatte unerledigt).*

[11] *Die im Prot. genannte Debatte in: StenBerAH, Session 1895, 7.3.1895, S. 1244, 1248 f. (MdA Jaeckel, Thielen).*

Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 4] und Korrekturen, Bd. 117, Bl. 125–167v, 169–169v, Anlage: Bl. 168–168d; MF 697/698. — Abschr. [TOP 3, 5–11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 197–221.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U], Consbruch [zu 3].

Weitere Teilnehmer: Baensch, Kozlowski, Frh. v. Wilamowitz-Moellendorff [alle zu 3], Supper, Anton [beide zu 4], Wilhelmi [zu 6].

1. Dankschreiben[1] des Fürsten Bismarck *nach dem* Glückwunschschreiben des Staatsministeriums. — **2.** *Gesetzentwurf über* Verpflegungsstationen *wird demnächst beraten.* — **3.** Sicherung der Stadt Posen gegen Hochwasser *der Warthe angesichts der* damit verbundenen wirtschaftlichen und hygienischen Mißstände.[2] *Dem von der* 1889 *eingesetzten* Kommission *bevorzugten* Projekt *hat die Stadtverwaltung ihr billigeres* Projekt *entgegengesetzt. Detaillierte Sacherläuterung durch* Kozlowski *und* Baensch, *die das städtische* Projekt *ablehnen, weil es die* Gefahr *des Eisschollen-Staus mit nachfolgendem* Deichbruch *nicht ausschließt, weitere Nachteile hat und gegenüber dem revidierten* Projekt *der* Kommission *mit 4,0 gegenüber 4,25 Mio. M. kaum billiger ist. Miquel will einen* Staatszuschuß *nur zum staatlichen* Projekt *geben, aber* zwangsweises Vorgehen gegen die Stadt *vermeiden. Um endlich ein* Ergebnis *zu erreichen, soll das* Projekt Krause I *umgearbeitet und dann definitiv Beschluß gefaßt werden.* [B] — **4.** *Pensionssache.* [B] — **5.** *Rang- und titelmäßige* Gleichstellung *der* Leiter und Lehrer an den Landwirtschaftsschulen *mit den Gymnasiallehrern wird trotz Vorbehalten wegen der noch zurückgesetzen* Staatsbaubeamten *und einiger* Beamten-Kategorien *im Handels- bzw. Kultusressort gebilligt.*[3] [B] — **6.** Arbeitszeit in Bäckereien *und Konditoreien und Fortgang der Sozialpolitik. Meinungsverschiedenheit zwischen Berlepsch und Köller darüber, ob* ein Maximal-Arbeitstag für Erwachsene *nötig ist, um eine* Gefährdung der Gesundheit *der* Arbeiter *auszuschließen, zumal die Mehrzahl der befragten* Regierungspräsidenten *und Bürgermeister ihn ablehnten. Obwohl auch in* anderen Gewerben *die Arbeitszeiten lang sind und Miquel die* sozialpolitische Reform *künftig* etwas langsamer *angehen will, soll Berlepsch'* Gesetzentwurf[4] *als* Antrag Preußens in den Bundesrat *gebracht werden, denn die Ministermehrheit glaubt, daß* gegenüber der mißbräuchlichen Ausbeutung ein laisser aller vom Standpunkte einer konservativen Politik nicht tunlich *ist.* [B] — **7.** *Ordenssache. Wilhelm II. hat anläßlich eines Falles erneut*[5] *betont, daß er* den Hausorden von Hohenzollern nicht auf Antrag, sondern nur kraft eigener Gnade *verleiht.* — **8.** *Das bei der Debatte zur Interpellation über* Maßregeln *gegen die* Verfälschung der Futter- und Düngemittel *angeregte diesbezügliche* Spezialgesetz[6] *soll im Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet und in den* Bundesrat *eingebracht werden* [B]. — *Das Zuckersteuer-Notgesetz ist* fertiggestellt [B]. — **9.** *Die* Feier zur Eröffnung des Nordostseekanals[7] *soll* zu einer würdigen Repräsentation Deutschlands nach außen *dienen; den deshalb nötigen Nachtragsetat*[8] *von* 750.000 M. *wird der RT bewilligen, zumal die MdR zur* Feier *geladen wurden.* [B] — **10.** *Grundsteuer. Der Initiativgesetzentwurf*[9] *F. v. Bethmann Hollweg betr. Verzicht des Staates auf die im Gesetz vom* 14. Juli 1893, *§§ 18–23, vorgeschriebene* Zurückzahlung *der nach 1861 für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit staatlicherseits* gezahlten Entschädigungen *im Umfang von etwa* 9 Millionen Mark *soll erst nach einem Landtagsbeschluß beurteilt werden.* [B] — **11.** *Miquel*

---

1 *Gedruckt bei: Schultheß 1895, S. 85 (29.3.1895).*

2 *Dazu die Pläne der vier Varianten als Anlage auf Bl. 168a–168d. Vgl. Rep. 90a, N II 2 Nr. 3 Bd. 3, n. f. (u. a. Immediatbericht v. 20.5.1896); Rep. 77, Tit. 52 Nr. 62, Beiakten 2 (weiteres Material, Voten) und Sitzung am 25.5.1889, TOP 3.*

3 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115120, Bl. 50–71 (Voten).*

4 *Rep. 84a, Nr. 11321, Bl. 100–107v (Anschreiben Berlepsch'/Boettichers v. 16.3.1895 nebst Gesetzentwurf); Bl. 115 bis 156 der endgültige Gesetzentwurf v. 19.4.1895. Die im Prot. genannten Stellungnahmen der Behörden als Zusammenstellung in: Rep. 77, Tit. 307 Nr. 93 Adhib. 1 Bd. 1, n. f. (März 1895). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 131, Beschluß dazu am 27.2.1896, § 126. Ergangen als Bekanntmachung des Bundesrats v. 4.3.1896, RGBl. S. 55.*

5 *Vgl. Sitzung am 16.3.1889, TOP 2.*

6 *Ein diesbezügliches Gesetz ist ausweislich des Hauptregisters zum RGBl. nie ergangen.*

7 *Sie fand Ende Juni 1896 statt; vgl. Wippermann, 1895, I, S. 271–276 u. Sievers, Kai Detlev, Staatliche Feiern als dramatische Handlungen. Grundsteinlegung und Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals 1887 und 1895, in: Mitteilungen des Canalvereins 9 (1988), S. 105–140.*

8 *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 281; Debatte dazu 3.5.1895, S. 2051–2055.*

9 *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 56 u. 84 (Sacherläuterung); Debatte dazu 18.5.1895, S. 253–266.*

teilt mit, daß die Veranlagung *der* 1893 eingeführten Ergänzungs- (Vermögen-) Steuer *nicht die erwarteten* 35 *Mio., sondern nur rd.* 30 *Mio. M. erreicht.*[10]

[10] *Da das Veranlagungssoll nicht erreicht wurde, wurde der Steuersatz von 0,5 Promille um 5,2% erhöht; vgl. Rep. 151, II Nr. 2380, n. f. und Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1906, S. 458.*

Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 2], Bd. 117, Bl. 172–210; MF 698/699. — Abschr. [TOP 1, 4–6, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 223–243v.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], v. Spitz [für Bronsart v. Schellendorff], Gf. v. Posadowsky-Wehner, Nieberding, P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2], Ittenbach, Seidenspinner, Lucas, v. Philippsborn [alle zu 5], Gauß, A. Trott zu Solz [beide zu 6].

1. Differenz *zwischen* Preußen und Sachsen wegen Ankaufs der Weimar-Geraer Eisenbahn durch die sächsische Regierung *ist beigelegt, da* Sachsen *vom geplanten* Ankauf zurückgetreten *ist und* Preußen *kompensatorisch die Eisenbahnstrecke* Zittau–Nikrisch *an* Sachsen *verkauft.*[2] — **2.** *Zwei Disziplinarsachen.* [B] — **3.** *Titelverleihung und Ordenssache in der* Oberrechnungskammer. [B] — **4.** *Zuckersteuer.* Tiefgehende Differenzen *bestehen zwischen den* Interessen der landwirtschaftlichen großen Betriebe im Osten *und* denen der kleineren und mittleren Betriebe im Westen *sowie bezüglich Besteuerungsmodus. Deshalb ist ein* Notgesetz *rasch zu erlassen, ein umfassendes* Reformgesetz *bedarf kommissarischer* Verhandlungen. *Eine* internationale Verständigung *betr.* Beseitigung *aller Ausfuhrprämien, die* alle Parteien *im Reichstag anstreben, dürfte wegen USA und Frankreich schwerlich zu erreichen sein. Miquel sieht neuerdings die Meinung zunehmen, daß der wichtige innere* Konsum *nicht durch* starke Verteuerung *des Zuckers gefährdet werden solle.* [B] — **5.** Umsturzvorlage. *Die* Kommissionsbeschlüsse 2. Lesung[3] *entstanden als* Kompromiß zwischen Konservativen und Zentrum, *großenteils* über den Kopf der Regierung hinweg geschlossen. *Die* Vorlage *wurde* ihres ursprünglichen Charakters völlig entkleidet *und mehr* Maßregeln zum Schutze von Religion und Sitte *hineingebracht.* Bedenken *im Detail, u. a. gegen die Streichung des* § 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) *aus dem Straftatbestand und* Aufnahme des Ehebruchs *bzw. der* Gotteslästerung. *Weitere Detailberatung aller Paragraphen, u. a. betr.* § 184a *über* Unanständigkeiten *in Kunstwerken.* [B] — **6.** Gesetzentwurf[4] zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. *Detaildiskussion, u. a. betr.* Zivilklage auf Unterbrechung der Reklame; *das* Klagerecht der Verbände *wird gestrichen, der Anspruch auf* Schadensersatz *beibehalten. Der* Gesetzentwurf *ist als* Präsidialantrag *einzubringen.* [B] — **7.** *Ernennung; v.* Knebel-Döberitz *soll Mitglied des Aufsichtsrats der* Kaiser Wilhelm-Spende *werden.* [B] — **8.** *Armenpflege gem. Gesetzentwurf*[5] *über*

[1] *Gelesen [U]: Posadowsky, Nieberding, v. Spitz.*

[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 251; Debatte dazu 24.6.1895, S. 2434–2437 (mit Darlegung der Ankaufsfrage, wo eine sächs. Bahn im geschlossenen Gebiet preuß. Staatsbahnen gelegen hätte, durch Brefeld).*

[3] *StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 273, S. 34 ff. Eine Zusammenstellung der Beschlüsse 2. Lesung auch in: Rep. 90a, D I 4c Nr. 8 Bd. 1, Bl. 230–235. Ebd., Bl. 224–228v ein diesbezügliches Votum Hohenlohes v. 8.4.1895.*

[4] *Rep. 84a, Nr. 5790, Bl. 196–199v (übersandt v. RJA am 22.12.1894). Ebd., Bl. 171 ff. u. 211 ff. Voten. Auch in: Rep. 87, B Nr. 7446, n. f. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 63. Fortgang (v. a. Bundesratsbeschlüsse) in: Rep. 84a, Nr. 5791. Vgl. StenBerRT, Session 1895/96, 13./14.12.1895, S. 107–136.*

[5] *Vgl. Sitzung am 9.3.1895, TOP 12 mit Anm.*

Verpflegungsstationen. *Er erlegt zwar den* Kreisen *rd. 2 Mio. M.* Kosten *auf, aber gibt* einen Halt gegen die Bettler; *falls zur Durchbringung im Landtag erforderlich, möchte Köller die* fakultative Einführung *durch die* Provinzen *zulassen.* [B] — **9.** *Ernennung und Titelverleihung.* [B]

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6], Bd. 117, Bl. 212–238, 240–245, Anlage: Bl. 239; MF 699/700. — Abschr. [TOP 1–3, 5, 7–8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 246–265v.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2], Frh. v. Broich [zu 6], v. Woedtke [zu 7], H. Kühn [zu 2].

1. Umsturzvorlage. *Mitteilung Nieberdings über inspirierte Gerüchte und Pressemeldungen aus der Feder des MdA O. Frh. v.* Zedlitz-*Neukirch, wonach Wilhelm II. die* Umsturzvorlage *zurückziehen und die* württembergische Regierung gegen die Vorlage stimmen *wollten. Sofern* die regierenden Kreise in Preußen der Vorlage indifferent *gegenüberstehen, sieht sich Nieberding* außer Stande, *sie erfolgreich* zu vertreten. *Boetticher beklagt das bedenkliche Schwanken, will* Gewißheit *über die Haltung Wilhelms II., kein Nachgeben im RT und durch ein* Dementi[2] *im* Staatsanzeiger *das Festhalten der* verbündeten Regierungen *an der* Vorlage *bekräftigen. Lt. Miquel besteht auch* Mißstimmung der protestantischen Bevölkerung über die wachsende Machtstellung des Zentrums. [B] — **2.** Gesetzentwurf *betr.* Gewährung von Beistand bei der Einziehung von Abgaben *im Bundesrat. Stellungnahme zu den in den* Ausschüssen *beschlossenen* Änderungen.[3] [B] — **3.** Tabaksteuer-Vorlage. *Posadowsky will, da eine* Forderung *von* 35 *Mio. M. im RT* nicht durchzubringen *ist, sich* mit einem Mehrertrage *von* 10 *Mio. M. einverstanden erklären, da dies zur Haushaltsbalance ausreicht, dann die* Fabrikatsteuer *als* allein *möglicher Modus höherer Besteuerung festgeschrieben wird und die Reichsfinanzreform vorankommt. Bedenken Miquels und Boettichers, aber Beschluß im Sinne Posadowskys.*[4] [B] — **4.** *Pressepolitik.* Zwei Artikel *von H. v.* Sybel „Die Phantasien des Herzogs von Gramont“ *in der Zeitschrift* „Zukunft“ *sind unpassend;* Sybel *soll* seine Verbindung *zur Zeitschrift abbrechen.*[5] — **5.** *Schiffahrtsabgaben* für den Nord-Ostseekanal *sollen bei* kommissarischen *Beratungen festgelegt werden.*[6] — **6.** *Sechs Disziplinarsachen.* [B] — **7.** Befreiung *der* lediglich während der Badezeit beschäftigten Helgoländer *von der* Verpflichtung zur Invaliditäts- und Altersversicherung. *Boetticher ist aus mehreren Gründen gegen eine Ausnahme, u. a. wegen Präzedenzbildung bei ähnlichen Wünschen von Bundesregierungen. Die* Frage *soll nicht nur* für die Helgoländer, *sondern* im Bundesrat generell *geregelt werden.*[7] [B] — **8.** Rückzahlung *von* 900 000 M. *Entschädigung, die Großherzog Peter* von Oldenburg *für die* Aufhebung *der* Grund- und Gebäudesteuer-*Freiheit in den* Herzoglich Schleswig-Holstein-Gottorfschen

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Nieberding, Posadowsky.*
[2] *Vgl. diese Klarstellung im Entwurf als Anlage auf Bl. 239; Druck: Staatsanzeiger Nr. 96 v. 22.4.1895. Die Haltung des Reichskanzlers zu diversen Paragraphen wird ersichtlich aus Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 59–61 u. 62 f.*
[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8800, n. f. (Anträge u. Beschlüsse im Bundesratsausschuß 1895, Voten).*
[4] *Vgl. Posadowskys Erklärung zur 2. Lesung in: StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 306, S. 20–23.*
[5] *Im genannten Aufsatz in: Die Zukunft, Bd. 11, 20.4.1895, S. 9–15, 97–108, hatte Sybel die von Gramont behauptete Hauptschuld Bismarcks am Kriegsausbruch 1870 zurückgewiesen.*
[6] *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 10752, n. f. (Prot. der kommissar. Beratungen ab 2.5.1895; Tarif v. 4.6.1895, RGBl., S. 241).*
[7] *Eine Regelung erfolgte erst mit Bekanntmachungen v. 13.7., 24.12. u. 27.12.1899, RGBl., S. 465, 721, 725.*

Fideikommißgütern *vertragsgemäß 1870 erhalten hatte. Da es sich um kein* privatrechtliches Abkommen, *sondern um einen Staatsvertrag handelt, ist* von einer Zurückforderung des Betrages Abstand zu nehmen. [B]

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8], Bd. 117, Bl. 247–283; MF 700/701. — Abschr. [TOP 1, 3–5, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 267–280v.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V zu 1–7], Boetticher [V zu 8], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 4–5], Frh. v. Broich, Supper, Anton [alle zu 8].

1. *Drei Ordenssachen für die* Oberrechnungskammer. [B] — **2.** Militärstrafprozeßordnung. *Zum* Entwurf[2] *von* 1892 *ist fraglich a) ob das* Recht der Bestätigung bezw. Aufhebung militärgerichtlicher Urteile mit dem mündlichen Verfahren und der Einführung von Rechtsmitteln vereinbar *ist, b) ob durch* Schaffung *eines* Reichsmilitär-Gerichtshofs die Einheitlichkeit der Rechtsprechung *garantiert wird, c) ob* Ausschluß der Öffentlichkeit *empfehlenswert ist. Boetticher und Schönstedt sehen bei* der heutigen Rechtsanschauung *keinen Platz für gerichtsherrliche Bestätigungsrechte und Miquel zufolge liegen in der richtigen* Auswahl des Justizpersonals *sowie im* Gebundensein an die Allerhöchsten Entscheidungen und Deklarationen *hinreichende* Garantien *für die* militärischen Interessen [B]. *Die* Schaffung eines obersten Militärgerichts als letzte erkennende Instanz für das gesamte deutsche Heer *sichert lt. Miquel* den Zusammenhalt des Reichs *und ist genauso empfehlenswert wie die* Einführung einer beschränkten Öffentlichkeit [B]. — **3.** *Ordenssachen und Titelverleihungen für anläßlich der Eisenbahnreorganisation* zur Disposition gestellte Beamte[3] *werden gebilligt.* [B] — **4.** *Zuckersteuernotgesetz. Da* Frankreich *auf Anfrage von* Österreich-Ungarn *Bereitschaft zu Verhandlungen über Ausfuhrprämien erklärt hat, wird man sich* zunächst mit Österreich-Ungarn *verständigen.*[4] Bei Einbringung des Notgesetzes *ist darauf sowie* das in der Vorbereitung begriffene definitive Gesetz *zur Zuckersteuer* in vorsichtiger Weise hinzuweisen. [B] — **5.** *Statistische* Reichsenquête *über die* Verhältnisse im Handwerk[5]; *da in Preußen keine disponiblen Mittel vorhanden sind, sollen die* bezüglichen Kosten auf Reichsfonds *übernommen werden.* [B] — **6.** *Gesetzentwurf* wegen Errichtung von Verpflegungsstationen *wird zuerst dem arbeitsbedürftigen AH vorgelegt werden.* [B] — **7.** *Polenpolitik im Rahmen von Rentengutbildung und Ansiedlung.*[6] *Nach einer Rüge Wilhelms II., daß* durch die Bildung von Rentengütern das polnische Element in Westpreußen *gestärkt wird, wurde tatsächlich festgestellt, daß* unter den Erwerbern

[1] *Gelesen: Posadowsky [U].*

[2] *Rep. 84a, Nr. 2332, Bl. 255–325 (Druck, 133 S.). Vgl. Anker, Josef, Die Militärstrafgerichtsordnung des Deutschen Reiches von 1898, Frankfurt/M. 1995, S. 271; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 131 sowie Hutten-Czapski, Bogdan Graf v., 60 Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. 1, Berlin 1936, S. 280–298.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1021, n. f. (Vorlage Thielens v. 31.3.1895 u. Voten Hohenlohes u. Miquels).*

[4] *Der diesbezügliche diplomatische Schriftwechsel befindet sich nicht in der Akte Rep. 90, Nr. 1502. Die Berichte des AA wurden den Staatsministern i. d. R. nur zur Lektüre übersandt und dann an das AA zurückggeben.*

[5] *Gemeint ist die vom RT am 20.3.1895 genehmigte Berufs- und Gewerbezählung zum Stichtag 14.6.1895. Vgl. Rep. 120, A V 1 Nr. 6 Bd. 4, Bl. 242 ff. Die Ergebnisse veröffentlicht in: Statistik des Deutschen Reiches, N. F., Bde. 113–119, Berlin 1898/99. Interpretation bei Thissen, O., Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen, Tübingen 1901.*

[6] *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 130–136v (Votum Hammerstein v. 20.4.1895); ebd., Bl. 143 f. Schreiben mit Instruktion an die Bromberger Generalkommission v. 4.5.1895. Diesbezügliche Berichte von Generalkommissionen, Regierungspräsidenten und Ansiedlungskommission in: Rep. 87, B Nr. 18782 (1894/95).*

selbständiger Rentengüter 38,59% Polen *sich befinden, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur* 33,76% *ausmacht. Im AH wurde verlangt, daß Verwaltungs- und Selbstverwaltungsbehörden* bei der Rentengutsbildung *mitwirken sollen.*[7] *Letzteres ist lt. Hammerstein* undurchführbar; *möglich ist aber eine Instruktion an die Bromberger Generalkommission, sich jeweils mit den* Kreisausschüssen *und* landwirtschaftlichen Sachverständigen *sowie der* Ansiedlungskommission [...] zu verständigen, *wenngleich lt. Miquel* manche Großgrundbesitzer [...] die Kreisausschüsse benutzen *möchten*, um die Bildung von Rentengütern lahm zu legen. *Ein von Miquel vorgeschlagener* Fonds von 100 Millionen, *um zusätzliche* Ansiedlungen, *verpachtbare* Domänen *und Rentengüter zu gründen, bleibt weiterer Erwägung vorbehalten.*[8] — **8.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[7] *StenBerAH, Session 1895, 23./27.4.1895, S. 1760–1791, 1846–1856.*

[8] *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1239, n. f. (100-Mio.-Projekt u. Gesetzentwurf Miquels, der sich diesbezüglich mit Hammerstein absprach, aber am 20.7.1895 die Sache sistierte, da er Widerstand im LT befürchtete).*

Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 118, Bl. 3–16v; MF 701.

Anwesend[1]*: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff [U], Köller, Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 2], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 4].

1. Militärstrafgerichtsordnung. *Die vom* Staatsministerium *beschlossenen drei Änderungs-Empfehlungen sollen auf Wunsch Bronsarts in einem* Immediatbericht[2] *Wilhelm II. zugeleitet werden.* [B] — **2.** Umsturzvorlage *im RT. Die unterschiedliche Haltung von* Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen *und* Zentrum *läßt in der Plenardebatte* kaum eine Änderung *erhoffen. Boetticher zufolge ist* die Situation *allerdings* verwirrt, *aber eine Zurückziehung der* Vorlage *erst nach Bundesratsbeschluß möglich. Lt. Miquel wird sich das* Zentrum [...] sehr bemühen, etwas zu schaffen, *aber zugleich ist* der Kanzelparagraph die Ecke [...], an der die Sache scheitern *kann, denn wenn die* Majorität *dessen Streichung verweigert, dürfte das* Zentrum dann gegen die Vorlage stimmen. *Hohenlohe wird an geeigneter Stelle im RT* einige allgemeine Bermerkungen *zu den Kernanliegen der Regierung* machen.[3] [B] — **3.** *Stellungnahme zum* Antrag[4] *C. A. Frh. v.* Heeremann *betr.* Wiederherstellung der *im Kulturkampf* aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung; *die* Regierung *wird* nicht an der Diskussion Teil nehmen. [B] — **4.** *Dauer der Session des RT.*[5] *Gegen eine baldige* Schließung *spricht, daß einige Vorlagen wie das Zuckersteuer-Notgesetz, das* Branntwein-Steuergesetz[6] *sowie das* Gesetz über den Invaliden-Fonds[7] *noch* dringlich *erledigt werden sollen; eine* Vertagung *des RT wegen schwebender Vorlagen ist aber unnötig.* [B] — **5.** *Ordenssache und Ernennung.* [B]

[1] *Gelesen [2]: Nieberding [U], [4]: Posadowsky [U].*

[2] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, da die Akte in Rep. 90 nicht überliefert und er auch in Rep. 77, Tit. 332y Nr. 28 Bd. 3 sowie BArch, RK, Nr. 1312 nicht enthalten ist. Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 74 (Wilhelm II. lehnt am 31.5.1895 jegliche Aufgabe der gerichtsherrlichen Bestätigungsrechte ab).*

[3] *StenBerRT, 8.5.1895, S. 2137 f. (Hohenlohe).*

[4] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 73; Debatte dazu 18.5.1895, S. 2090–2100 (abgelehnt). Vgl. Rep. 90, Nr. 2379, Bl. 206–210v (Votum Bosses v. 24.4.1895).*

[5] *Der RT wurde am 24. Mai 1895 geschlossen.*

[6] *Vgl. Sitzung am 16.2.1895, TOP 3 mit Anm.*

[7] *Vgl. Sitzung am 18.1.1895, TOP 1 mit Anm.*

Nr. 196 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Mai 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 118, Bl. 18–36v; MF 701/702. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 283–293v.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse, Bronsart v. Schellendorff [U], Köller [U], Marschall [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U].

1. *Geänderter Gesetzentwurf*[1] *zum* Vereins- und Versammlungsrecht *wird dem* Landtage *erst in der nächsten* Session *vorgelegt werden können, da nun die Zeit zu knapp ist.* [B] — **2.** Abänderung des Hofrangreglements *von* 1878[2], *womit auch die* Reichsbeamten *gebührende Berücksichtigung erfahren. Die* vorgeschlagene Einfügung *von ersten Ordensklassen wird abgelehnt, weil dadurch* Männer der Wissenschaft und Kunst *wie R.* Koch *oder A.* Menzel *vor hohen Beamten rangieren würden. Weitere Detailberatung, u. a. zu den* Nachgeborenen *der ehem.* reichsständischen [...] Häuser, *den* Chefs der großen *Reichs- und preußischen* Ämter *sowie den Reichstagsabgeordneten, die zwar nicht im Rang* hinaufzusetzen, *aber doch mit den Landtagsmitgliedern genannt werden sollen, da ihre Nichtberücksichtigung* leicht als eine Willensäußerung *Wilhelms II.* gegen die Parlamentarier gedeutet werden *könnte.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[3] *E.* Ring *betr.* Maßregeln gegen Einschleppung der Klauenseuche. *Hammerstein möchte ein krankes Tier in einem Schweinetransport aus Ungarn zum Anlaß nehmen, um Einfuhrverbote zu erlassen. Die übrigen Minister betonen aber, daß Einzelfälle nicht zu dauerhaften Verboten führen sollten, zumal* Oberschlesien und Sachsen *der importierten* Schweine *bedürfen, auch Frankreich* Beschwerde *über deutsche* infizierte Schafe *geführt hat und die* Einrichtungen auf dem Berliner *und anderen Viehhöfen* in veterinärer Beziehung zur Zeit noch ungenügende *sind.* [B] — **4.** *Ordenssache. Drei Ernennungen.* [B] — **5.** Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen. *Nach Rücksprache mit den* beiden konservativen Parteien *wird Berlepsch die Frage erst in der Landtagssession 1896 wieder aufgreifen. — Mitteilung Berlepsch', daß* die Kosten der Enquête über die Verhältnisse im Handwerk *vom* Reich *übernommen werden.*

[1] *Rep. 84a, Nr. 5379, Bl. 106–122v (geänderter Entwurf, von Köller übersandt am 27.5.1895). Auch in: Rep. 120, BB VII 1 Nr. 14 Adhib. 1 Bd. 1, Bl. 159–179v.*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 95 Nr. 47, Bl. 109–136 (Entwurf des neuen Hofrangreglements, Voten).*

[3] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 170; Debatte dazu 14.5.1895, S. 2066–2073 (S. 2067 f. Erklärung Hammersteins).*

Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 13] u. Korrekturen, Bd. 118, Bl. 39–74; MF 702/703.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U]; Mügel [zu 9].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Nieberding, Küntzel [zu 9], J. Hermes [zu 9 und 12], Frh. v. Broich, Supper, Anton [alle zu 13],

[1] *Gelesen [U]: Nieberding, Weyrauch.*

1. *Sieben Titelverleihungen für* Räte *des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.* [B] — **2.** *Titelverleihung statt Ordensdekoration für einen Beamten der* Oberrechnungskammer. [B] — **3.** *Vier Ordenssachen. Der* Kronenorden zweiter Klasse *ist für* Oberregierungsräte *und* Bürobeamte *unangemessen und nur* im Hinblick auf das besondere Werk der Eisenbahnreorganisation *vertretbar.* [B] — **4.** *Rangverhältnis zwischen dem preußischen* Gesandten *und dem* kommandierenden General *bei der* Grundsteinlegung für den Elbe-Trave-Kanal *in Lübeck.*[2] *Zweifel, ob auch da, wo Wilhelm II. militärischer* Kontingentsherr *ist, der* Gesandte *dem* General *vorangehen soll.* [B] — **5.** *Strafrechtliche Verfolgung sozialdemokratischer MdR wegen Sitzenbleiben beim Kaiser-Hoch im RT. Eine Anklageerhebung gegen W.* Liebknecht *u. a. soll unterbleiben, da* politisch nach keiner Richtung hin nützlich.[3] [B] — **6.** *Ernennung eines Mitglieds der* Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte. *Thielen, Berlepsch und Miquel bemängeln, daß bei* Verwaltungsbeamten *in sozial-wirtschaftlichen und gewerblichen Fragen sich* bedauerliche Unkenntnis gezeigt *hat.* Eine Reform *des* Vorbereitungsdienstes *hält Miquel für* dringend geboten. [B] — **7.** *Titelverleihung.* [B] — **8.** *Ernennung eines preußischen* stellvertretenden Bevollmächtigten *zum* Bundesrat. *Der ausgeschiedene* Ministerialdirektor *im Justizministerium E.* Droop *soll durch den* Direktor im Reichsjustizamt *K.* Gutbrod *ersetzt werden; da Preußen* im Justizausschuß nur schwach vertreten ist, *soll* später *der neue Ministerialdirektor im Justizministerium Vietsch auch stellv.* Bundesratsbevollmächtigter *werden.*[4] [B] — **9.** *Stellungnahme zur zweiten* Lesung *des BGB-Entwurfs. Besprechung diverser* Bedenken, *v. a. Hammersteins, zum sachenrechtlichen* dritten Buch.[5] *Das Verbot* schikanöser Ausübung des Eigentums *entsprechend einem* Grundsatz des Allgem. Landrechts *soll gemäß Mehrheitsmeinung des* Staatsministeriums *in den* Entwurf *aufgenommen werden.* [B] — **10.** *Die* Stellungnahme zum vierten Buche *des BGB-Entwurfs ist* tunlichst zu beschleunigen.[6] [B] — **11.** *Wegen der angeregten Änderung des* Gesetzes[7] über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften *sollen kommissarische Beratungen stattfinden.* [B] — *Bezüglich Regelung des Straßenverkaufs von* Speisen und Getränken *an* Sonn- und Festtagen *soll Schönstedt votieren.* — **12.** *Gründung der* Zentralgenossenschaftskasse *zur* Förderung des Personalkredits. *Lt. Miquel hat der* Plan *bei den Genossenschaftlern* volle Zustimmung gefunden. Das Institut *soll gesetzlich mit* fünf *Mio. M. Betriebskapital ausgestattet werden, vom* Staat *unabhängig sein und die* Abhängigkeit der Genossenschaften *von sechs- bis siebenprozentigen Bankkrediten mindern. Ein Gesetzentwurf*[8] *folgt.* — **13.** *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **14.** *Titelverleihung.* [B]

---

[2] *Vgl. Staatsanzeiger v. 1.6.1895 (Reihenfolge offenbar: Boetticher, kommand. Gen. v. Waldersee u. Gesandter v. Kiderlen-Wächter) sowie Wippermann, 1895, I, S. 269 f. (Feiern am 30.5.1895).*

[3] *Vgl. Sitzung am 8.12.1894.*

[4] *Vietsch wurde 1896 stellv. Bundesratsbevollmächtigter.*

[5] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11832, Bl. 305–348 bzw. Rep. 90, Nr. 2420, Bl. 50–71v (Votum Schönstedts v. 17.5.1895). Diese Schriftstücke auch in: BArch, R 3001 (RJA), Nr. 3855, Bl. 219 ff.*

[6] *Vgl. Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 206 (Mahnung Nieberdings an die Staatsminister, ihre Stellungnahmen zu beschleunigen).*

[7] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 10479, Bl. 76 ff. (diesbezügl. RT-Anträge der Session 1894/95) u. Rep. 84a, Nr. 10491, Bl. 165 ff. (Voten), Bl. 208 (Beschlüsse der Bundesratsausschüsse v. 27.5.1895), Bl. 215 ff. (weitere Voten u. div. Schriftwechsel). Das Gesetz wurde mit Novelle v. 12.8.1896, RGBl, S. 695 geändert. Dabei ging es v. a. um ein Verkaufsverbot an Nicht-Mitglieder von (Konsum-)Genossenschaften; vgl. allg. Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1906, S. 679.*

[8] *Rep. 77, Tit. 1129, Nr. 139 Bd. 1, n. f. (Gesetzentwurf vom 30.5.1895). Vgl. zur Vorgeschichte Rep. 151, IC Nr. 10268 (u. a. Prot. der Konferenz am 18.5.1895) u. StenBerAH, Session 1895, 3.5.1895, S. 1911–1937 (u. a. Miquel). Vgl. Busche, Manfred, Zur Gründungsgeschichte der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, in: Tradition 13 (1968), S. 81–89.*

Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 118, Bl. 76–104; MF 703.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Sieffert, G. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 1], Frh. v. Broich, Supper, Anton [alle zu 6].

1.–2. *Gründung der Zentralgenossenschaftskasse. Diese* Bank für die Mittelklassen *soll lt. Miquel dem* Staat *mindestens* 3% *Verzinsung erwirtschaften, partiell* Einfluß *auf die Genossenschaften gewinnen und überschüssiges* Geld *der* Reichsbank *für* Landwirtschaft *und* Handwerk *nutzbringend verwenden. Vorbehalte der Minister wegen möglicher Konkurrenz zu* Privatbanken. *Detaillierte Spezialdiskussion, u. a. bezüglich* Darlehen *an* außerpreußische Verbände *bzw.* Innungsverbände *des Handwerks und zum* Finanzminister *als Aufsichtsbehörde. Der Entwurf wird gebilligt* [B]. *Direktoriumsvorsitzender soll Frh. v.* Huene *werden, da er sachverständig ist,* Staatsgefühl *besitzt und bei der katholischen* Bevölkerung *Vertrauen erweckt* [B]. — **3.** Verleihung des Stimmrechts im Bundesrat an die Reichslande [...] Elsaß-Lothringen. *Hohenlohe hält das für* politisch bedenklich und praktisch schwer durchführbar *und Boetticher zufolge würde ein selbständiger* Bundesstaat *eine inakzeptable* Verschiebung der Stimmenverhältnisse im Bundesrat *bedeuten. Deshalb einstimmige Ablehnung.*[1] [B] — **4.** *Ordenssachen für* Bautechniker *aus Anlaß der Eröffnung des* Nord-Ostseekanals; *für* Räte V. Klasse *ist nur der* Kronen-Orden IV. Klasse *angemessen.* [B] — **5.** *Eine amtliche Prüfung der von O.* Helfft erfundenen Spirituslampe *soll kostenhalber unterbleiben.*[2] [B] — **6.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 90a, A VII 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 100–119v (u. a. Memorandum v. 9.7.1895 gegen die Verleihung des Stimmrechts im Bundesrat).*

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 107801, n. f. (Prot. der Besprechung im RAdI v. 31.5.1895).*

Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 118, Bl. 107–135; MF 703/704.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Köller [U], Marschall, Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Kugler [für Bosse, zu 6], K. v. Vallet des Barres [zu 6], J. Hermes [zu 8].

1. *Ordenssache.* [B] — **2.** *Ernennung; v. Windheim wird* Polizeipräsident *in Berlin.* [B] — **3.** *Ernennung. K. v.* Savigny *wird* Landrat *in Büren, da er* ein brauchbarer Mann *und in der* ganz katholischen Gegend ungefährlich *ist.* [B] — **4.** *Dem abgelösten Oberpräsidenten* Graf Udo Stolberg *ist auf seine* Anfrage *hin zu erwidern, daß er als* Beamter [...] zur Disposition *zwar seine* Uniform als Oberpräsident tragen, *aber nicht das* Prädikat „Exzellenz“ *beanspruchen darf.* [B] — **5.** *Wilhelm II. hat den* Gesetzentwurf betr. Errichtung *der Zentralgenossenschaftskasse gebilligt und sich* anerkennend *über diese segensreiche* Vorlage *geäußert.* — **6.** Zulassung *der Absolventen der*

Volksschullehrerseminare zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst. *Da neuerdings die* Militärdienstzeit der Kandidaten des Volksschulamts *wieder* ein Jahr *beträgt und sie ihre* Gleichstellung *verlangen*[1]*, möchten Bosse und Bronsart diese* Berechtigung *erteilen. Wegen Bedenken mehrerer Minister, v. a., daß damit der* Neigung des Lehrerstandes zur Überhebung *nachgegeben würde, vertagt.* [B] — **7.** Landwirtschaftskammern *sollen in den acht* Provinzen, *deren Selbstverwaltungsorgane dies gebilligt haben, errichtet werden; in den Westprovinzen soll die* Errichtung *einstweilen unterbleiben.* [B] — **8.** *Gesetzentwurf*[2] *betr.* Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern. *Da hier* Differenzen *zwischen einigen Ministern bestehen, sind* kommissarische Beratungen *nötig.* [B] — **9.** *Änderung des* Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 *gemäß dem Initiativgesetzentwurf*[3] *von C.* Graf Klinckowstroem. *Da der Verzicht des* Eisenbahnfiskus *auf seinen Anteil an den* Jagdpachtgeldern *von der* Oberrechnungskammer *gerügt werden würde, soll erst ein Beschluß des AH abgewartet werden.* [B] — **10.** *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf*[4] *betr.* Verzicht *des Staates auf Zurückzahlung der nach 1861 für die* Aufhebung der Grundsteuerfreiheit *staatlicherseits* gezahlten [...] Entschädigung. *Da bei der Rückzahlpflicht bereits viele* Ausnahmen, *u. a. zugunsten der Kommunen, gewährt wurden, hauptsächlich große* Besitzer *profitieren würden und ein* Verzicht *sowohl im* Westen *wie unter den nichtkonservativen* Parteien [...] sehr unwillkommen *wäre, wird Miquel den* Verzicht *auf* Rückforderung in Bausch und Bogen *ablehnen.* [B] — **11.** Kostenfrage *im* Gesetzentwurf über die Verpflegungsstationen. *Der in der AH-Kommission*[5] *beschlossene* Staatszuschuß *ist abzulehnen, da dies mittelbar den* steuerkräftigen Westprovinzen zu Gute kommen *und* den Osten belasten *würde.* [B] — **12.** *Berufung* von neuen Mitgliedern in das Herrenhaus. *Die Anregung Berlepsch',* eine beschränkte Zahl von Industriellen *zu ernennen, wird grundsätzlich gebilligt; allerdings führt das Innenministerium bereits* eine Liste von Expektanten.[6] [B] — **13.** *Titelverleihung.* [B] — **14.** *Das* Gesuch[7] *der von Graf H.* Lerchenfeld *empfohlenen* Versicherungs-Gesellschaft „Arminia" in München *wegen* Zulassung in Preußen *wird Köller ablehnen, da sie* nicht vertrauenswürdig *erscheint.* [B] — **15.** *Ernennung. Landratsamtsverwalter K.* Steffens *in* Fulda *soll zum Landrat ernannt werden, obwohl bei der Wahl* 18 *von* 20 Stimmen *auf den von der Zentrumspartei* ganz abhängigen Amtsrichter Greib *gefallen sind.*[8] [B] — **16.** *Psychiatrie. Miquel möchte nach dem Prozeß um die Irrenanstalt im Aachener Alexianerkloster* Mariaberg[9] *dieser* Anstalt *die* Konzession zur Ausübung der Kranken- und Irrenpflege *entziehen; zuvor soll behördlicherseits weiter ermittelt werden.*

---

1 *Vgl. den Erlaß Wilhelms II. v. 27.1.1895 in: Schultheß 1895, S. 30 u. StenBerRT, Session 1894/95, 7.3.1895, S. 1316 bis 1328 (Boetticher S. 1320).*

2 *Rep. 120, CB I Nr. 104a, n. f. (Gesetzentwurf v. 4.5.1895, Voten). Vgl. Rep. 84a, Nr. 11518 (ab Dez. 1895).*

3 *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 88; Debatte dazu 17.5.1895, S. 240–243 (Annahme). Der erwartete Beschluß des Abgeordnetenhauses erfolgte am 3.7.1895, S. 2682 f. (Ablehnung der Herrenhaus-Initiative).*

4 *Vgl. Sitzung am 3.4.1895, TOP 10 mit Anm. Vgl. StenBerAH, Session 1895, 28.6.1895, S. 2554–2574 (Annahme durch DkP, RFKP u. einige NLP-Abgeordnete, obwohl Miquel dem Gesetzentwurf entgegentrat).*

5 *Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 205, S. 2859 f. (= § 3 des Gesetzentwurfs).*

6 *Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 429 f.*

7 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Ähnliche Gesuche in: Rep. 77, Tit. 789 Nr. 114 Bd. 1 u. Tit. 789 Nr. 42 Bd. 4. Zur reichsgesetzl. Regelung für Privatversicherungen vgl. Rep. 84a, Nr. 5558 (1892–1900).*

8 *Vgl. Klein, Thomas, Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945, Darmstadt/Marburg 1988, S. 47 u. 218 sowie Rep. 77, Nr. 4818, Bl. 145–174.*

9 *Vgl. Schultheß 1895, S. 152 f. (Mißhandlung eines freiwilligen Insassen als vermeintlich geisteskrank, Prozeß und Schließung der Anstalt am 12.6.1895).*

Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juni 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 118, Bl. 138–173v; MF 704/705. — Abschr. [TOP 5–13]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 336–353v.

Anwesend[1]*: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff [U], Köller, E. Hammerstein [U], Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U]; Bourwieg [zu 5].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 5], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 6], Küntzel [zu 5].

1. *Gründe der Abwesenheit Thielens und Marschalls.* — **2.** Militärstrafprozeßordnung. *Wilhelm II. verzichtet auf das* Aufhebungsrecht, *will aber das Recht zur* Bestätigung *der Urteile beibehalten, damit* der Soldat *weiß,* daß über seine Freiheit, Ehre und Leben der Gerichtsherr das letzte Wort *hat. Dieses* Bestätigungsrecht *wird Boetticher und Miquel zufolge im RT* schwerlich angenommen werden. *Bronsart sieht den Wunsch Wilhelms II. erfüllbar, indem* die Bestätigung gewissermaßen nur nachrichtlich für die Truppe *als* Konzession an das militärische Gefühl *formuliert wird, etwa im Sinne eines* Vollstreckungsbefehls *bei Verurteilungen. Dazu und über die* Frage der Öffentlichkeit *der Verfahren wird Bronsart demnächst* Vorschläge *unterbreiten.*[2] [B] — **3.** *Titelverleihung; Ordenssache.* [B] — **4.** *Ernennung.* [B] — **5.** *Einwände der Minister zum* IV. Buch des Entwurfs *des BGB, u. a. Miquels, daß adoptierte Kinder in der Hinterbliebenen-Versorgung und den* Versicherungsgesetzen *nicht die* Stellung eines ehelichen Kindes *besitzen dürfen.* — **6.** *Reform der* Reisekostenvergütung der Staatsbeamten.[3] *Posadowsky möchte nach Anregung im RT die zu hohen* Reisekosten *senken und die niedrigen* Tagegelder *erhöhen, um die* größten Auswüchse *unter Beamten, die* systematisch viel reisten, *zu beseitigen. Eine Ministermehrheit sieht aber für* Preußen *keine Reformnotwendigkeit und möchte bis zur* allgemeinen Gehaltsaufbesserung *warten. Diesen Standpunkt sollen preußische* Ressortchefs *auch im RT vertreten.*[4] [B] — **7.** *Gewerberechtliche Beurteilung des sonntäglichen Straßenverkaufs von Speisen und Getränken durch* Gast- und Schankwirte.[5] *Berlepsch und Bosse möchten den Verkauf der* Sonntagsruhe im Handelsgewerbe *unterwerfen, auch um die* Konkurrenz *für den* Kleinhandel *zu beseitigen. Eine Ministermehrheit sieht dies nicht durch die* Gewerbeordnung *gedeckt, sondern den Straßenverkauf als lange Gewohnheit des* Volkes *und arbeitsrechtlich unschädlich an. Zunächst sollen die* Regierungspräsidenten *dazu* berichten. [B] — **8.** *Altkatholiken. Gegen die* Konsekration *von Prof. Th.* Weber zum Weihbischof *gibt es staatlicherseits keine Bedenken.*[6] [B] — **9.** *Den* Gestütsdirektoren *soll wegen der* Wichtigkeit des Gestütswesens *der* Rang der Räte 5. Kl. *zuerkannt werden.*[7] [B] — **10.** Gesetzentwurf *betr.* das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern *soll* dem Staatsministerium zur Beschlußfassung *vorgelegt werden.* [B] — **11.** *Terminierung des Schlusses der Landtagssession 1895 wird vertagt.* [B] — **12.** *Psychiatrie. Zur* Interpellation[8] *K.* Sattler *über das Alexianerkloster*

---

1 *Gelesen [U]: Posadowsky, Nieberding.*

2 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2332, Bl. 330–337 (Bronsart 26./27.6.1895) und Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 271 f. Die im Prot. genannte KO Wilhelms II. v. 18.6.1895 ist nicht in dieser Akte.*

3 *Rep. 77, Tit. 913 Nr. 1 Bd. 10, n. f. (Voten ab 25.4.1895). Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 150 u. GS 1897, S. 193.*

4 *Eine Stellungnahme preuß. Minister im Reichstag erfolgte offenbar nicht. Vgl. aber StenBerRT, Session 1895/97, 17.2.1896, S. 1037 f. (Anfrage Bebel) und 26.5.1897, S. 6121 (Anfrage Paasche).*

5 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11345, Bl. 23 ff. (Bosse/Berlepsch 23.4.1895, Voten); das auch in: III. HA, MAA (D), Nr. 1146.*

6 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115244 (Votum Bosses v. 19.5.1895).*

7 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115244 (Votum Miquels/Hammersteins v. 4.6.1895).*

8 *StenBerAH, Session 1895, 25.6.1895, S. 2439–2479 (Sacherläuterung durch Bosse S. 2443–2447). Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 3948, n. f. (Schriftwechsel ab 8.6.1895, Zeitungsauschnitte) u. Rep. 76, VIII B Nr. 1835, Bl. 48 ff. (neue Maßregeln zur Aufsicht über die Psychiatrie ab 1895). Interpretation bei: Blasius, Dirk, Der verwaltete Wahnsinn. Eine Sozialgeschichte des Irrenhauses, Frankfurt/M. 1980, S. 129–138.*

Mariaberg *in Aachen wird Bosse mitteilen, daß die Irrenanstalt* von der Provinzialverwaltung übernommen *und die* Privatirrenanstalten *einer* außerordentlichen und unvermuteten Revision *unterzogen werden. Auch die* Bedingungen über die Aufnahme und Entlassung von Geisteskranken *sollen* verschärft werden. *Miquel sieht keine neue* Kulturkampfsdebatte, *aber* scharfe Angriffe *gegen Bosse bevorstehen.* [B] — **13.** Interpellation[9] *V.* Rintelen über den katholischen Religionsunterricht in den Volksschulen *ist* in versöhnlicher Form, *aber* entschieden *abzulehnen.* [B] — **14.** *Zulassung der Absolventen der Volksschullehrerseminare zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst; vertagt.* [B]

[9] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 184; Debatte dazu 5.7.1895, S. 2727–2743 (Bosse S. 2735).*

Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 118, Bl. 175–204; MF 705. — Abschr. [TOP 4–8, 10–11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 355–372.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch, Miquel [U], Bosse [U], Bronsart [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Ittenbach [zu 3], Holtermann [zu 5].

1. *Gründe der Abwesenheit Thielens und Köllers.* — **2.** *Titelverleihung.* [B] — **3.** Militärstrafgerichtsordnung. *Bronsart hat den* Entwurf[1] *von* 1893 *vorgelegt sowie die neuen* Bestätigungsparagraphen *bzw. Bestimmungen* über die Öffentlichkeit. *Die* obligatorische Ausschließung der Öffentlichkeit für Sittlichkeitsvergehen *wird abgelehnt, da kein Unterschied zum Zivilprozeß bestehen soll. Weitere Beratung ist nötig.* [B] — **4.** *Zulassung der Absolventen der Volksschullehrerseminare zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst wird wiederum vertagt.* [B] — **5.** *Anerbenrecht bei* Renten- und Ansiedlungsgütern. *Hammerstein wünscht schnelle* Vorlage *des* Gesetzentwurfs[2] *an den LT ohne Detailberatung im* Staatsministerium*. Eine Ministermehrheit optiert aber für bloße* Publikation. *Debatte zur Frage, ob der* Anerbe *eines belasteten Gutes, der dieses in langer Arbeit emporbringt, dann noch die* Erbabfindungen *für seine* Geschwister *zahlen soll.* [B] — **6.** *Reform des Vorbereitungsdienstes der* höheren Verwaltungsbeamten.[3] *Miquel möchte* Referendarien bei Gericht nur 1 Jahr *beschäftigen, denn junge Beamte verstehen oft nicht die* Verhandlungen des Landtages, *kennen nicht die* Höhe der Etats *und haben keine* Vorstellung von der sozialen Frage. *Hohenlohe hält die* rein juristische [...] Ausbildung *für die* bessere. *Bosse unterstützt praktische Ausbildung in* Bankgeschäften, *in der* Landwirtschaft *bzw. in* industriellen oder Handelsbetrieben [...] etwa in New York. Kommissarische Beratungen *sollen stattfinden.* [B] — **7.** Organisation des Handwerks. *Detailänderungen am Gesetzentwurf*[4] *über Handwerkskammern, aber die* Einbringung *wird auf die Session 1895/96 vertagt.* [B] — **8.** Gesetzentwurf[5] wegen Errichtung einer Gene-

[1] *Rep. 84a, Nr. 2332, Bl. 183–253. Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115251, Bl. 88–157. Ebd., ab Bl. 162 auch das Prot. über die kommissar. Beratungen von Juni 1896.*

[2] *Rep. 120, CB I Nr. 104a, n. f. (Hammerstein übersendet am 3.12.1895 den gedr. Entwurf).*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Gen. Nr. 233 Bd. 1, Bl. 8 ff. (div. Schriftwechsel, kommissar. Beratungen 27.11.1895, dann erst wieder 7.1.1897, Abschlußbericht v. 31.7.1898). Dieser nebst Beschlüssen auch in: BArch, RAdI, Nr. 115271, n. f. (Frage vertagt gem. Miquels u. Rheinbabens v. 29.3.1900). Vgl. Süle, Tibor, Preußische Bürokratietradition. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871–1918, Göttingen 1988, S. 88 f.*

[4] *Rep. 84a, Nr. 11374, Bl. 169–173. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 108.*

[5] *StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 22; 3. Lesung 27.4.1895, S. 1846–1856 (Annahme). Vgl. StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 93 (Kommissionsbericht) u. Nr. 104 (Anträge Udo Stolberg). Die Debatte am 5.7.1895, S. 298–313, ergab trotz Intervention Hammersteins die Ablehnung mit 51 zu 30 Stimmen.*

ralkommission für die Provinz Ostpreußen *im HH. Wie im AH kommt jetzt im HH die Frage der* Mitwirkung der Behörden der allgemeinen Landes- und Selbstverwaltung bei der Rentengutsbildung *wieder auf.* Manchen Herren, *so Hammerstein, ist* es unbequem, wenn sich Rentengüter und Kolonien *an ihren Gütergrenzen bilden; sie hoffen,* daß die Kreisausschüsse, in denen sie *herrschen,* die Rentengutsbildung ablehnen. *Eine derartige* gesetzliche Abgrenzung *wird Hammerstein aber strikt ablehnen. Lt. Miquel geziemt es dem HH* nicht, wenn es gleich den radikalen Parteien an ein Gesetz Bedingungen *knüpft, und bringt das versuchte Junktim* das ganze konstitutionelle System in eine Richtung der gefährlichsten Art. [B] — **9.** *Die bei einem* Kasernenbau in Elsaß-Lothringen *aufgefundenen* Altertümer *sollen von einem* Sachverständigen *begutachtet werden.* — **10.** *Die Interpellation V.* Rintelen *über den kath. Religionsunterricht in den Volksschulen dürfte im AH regierungsseitig nicht zu verhindern sein; Bosse wird* mild und freundlich, *jedoch* ablehnend *antworten.* [B] — **11.** *Die* Ermächtigung *zur* Schließung *der Landtagssession 1895 soll bei Wilhelm II. erbeten, das genaue Datum aber* offen *gelassen werden.*

Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [zu TOP 1 und 9], Bd. 118, Bl. 206–216, 218–231; MF 705/706.

Anwesend: Boetticher [V, U], Berlepsch, Miquel [U], Bosse [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Supper [zu 1], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 9].

1. *Pensionssache.* — **2.** *Fideikommisse. Das HH will auf die* Herabsetzung des Fideikommißstempels *im Rahmen des Stempelsteuergesetzes – was wegen der dann nötigen Rückverweisung an das AH das Scheitern des Stempelsteuergesetzes bedeuten würde – nur verzichten, sofern das* Staatsministerium *einer* Resolution[1] *zustimmt, die ein Fideikommiß-Reformgesetz* „in Betracht zu ziehen" *fordert. Da diese* Reform *sinnvoll ist, wird Miquel die gewünschte Zusage geben.* [B] — **3.** *Der Schluß der Landtagssession 1895 soll erst erfolgen, nachdem das HH die schwebenden Gesetzentwürfe erledigt hat.* [B] — **4.** *Bimetallismus. Die von* Graf Mirbach *angekündigte* Anfrage im Herrenhause *über eine angebliche* Äußerung des Botschafters *M. Frh. v. Thielmann, derzufolge* Konferenzen in der Währungsfrage *nicht* stattfinden *werden, soll, sofern die* Äußerung *überhaupt richtig kolportiert wurde, durch* eine richtig stellende Erklärung *abgewendet werden.* [B] — **5.** *Beamte, die bei den* Festlichkeiten in Kiel *zur Eröffnung des Nord-Ostseekanals* dienstlich anwesend waren, *können* Diäten liquidieren. [B] — **6.** *Zucker-Ausfuhrprämien. Bei den* Verhandlungen in Wien[2] *wurden mehrere österreichische Verlangen* abgelehnt *und vereinbart, in internationalen Verhandlungen* vor allem mit Frankreich *vollständige* Aufhebung aller Prämien *anzustreben.* — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **9.** *13 Disziplinarsachen.* [B]

[1] *StenBerHH, Session 1895, Drucks. Nr. 117; Debatte dazu 8.7.1895, S. 339, 356 (Miquel, Resolution). Vgl. Rep. 90, Nr. 1533, n. f. (Immediatbericht v. 22.7.1895).*

[2] *Rep. 90, Nr. 1502, n. f. (3 Seiten Prot. der dt.-österr. Verhandlungen in Wien v. 28.6.–2.7.1895).*

Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 2], Bd. 118, Bl. 233–250; MF 706. — Abschr. [TOP 1, 3–4, 6, 8–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 12, Bl. 379–390v.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Haase [für E. Köller], v. Kurowsky [zu 2].

1. *Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf des LT betr. Verzicht des Staates auf Rückforderung der für Aufhebung der* Grundsteuer-*Freiheit gezahlten* Entschädigungen *wird bis zur Rückkehr Hohenlohes vertagt.* [B] — **2.** *Disziplinarsache.* [B] — **3.** *Verhältnis zur* Oberrechnungskammer *anläßlich der Frage, ob die monatsweise im voraus gezahlten* Unfallrenten *verstorbener Empfänger vom* Todestage bis zum Monatsschlusse *von den* Hinterbliebenen *zurückzufordern sind. Der Vorschlag Thielens, in* Preußen *analog der* Praxis im Reiche *auf Rückforderung zu verzichten und die* Oberrechnungskammer *auf die zugrundeliegenden* Gründe *hinzuweisen, wird gebilligt.*[1] [B] — **4.** Bestimmungen über Dienstreisen *der Beamten. Die im* Reich *seit* 1881 *bestehende* Praxis *soll auch in* Preußen *angewandt werden.*[2] [B] — **5.** *Ernennung; Ordenssache.* [B] — **6.** *Katholische* Kirche *und* Religionsunterricht in den Volksschulen. *Bosse hält sich trotz Vorwürfen*[3] *von Zentrumsabgeordneten, er wahre die Rechte der* Kirche *hinsichtlich* Lehrbücher *und* Revisoren *nicht pflichtgemäß, zugute, einen* modus vivendi *etabliert zu haben. Mehrere Minister sehen* keinen Anlaß, sich zu rechtfertigen. *Bosse soll nur an* Fürstbischof Kopp *ein* Privatschreiben *richten, worin er sein bisheriges Entgegenkommen, namentlich beim* dogmatischen Teil des Religionsunterrichts, *bekräftigt, aber auch betont, daß* der Staat an der Aufsicht auch über den Religionsunterricht festhalten *muß.* [B] — **7.** *Bosse wird an der* Kriegserinnerungsfeier *der Berliner* Universität *am 19.7.1895 teilnehmen.*[4] [B] — **8.** Tarifermäßigungen *der Staatseisenbahnen* für landwirtschaftliche Produkte.[5] *Bei* Getreide *ist das problemlos; die* Viehstaffeltarife *hingegen sind zwischen den Vertretern der* westlichen *und* östlichen Provinzen *im* Landeseisenbahnrat *strittig. Das durch die* Staffelung bis Berlin *bedingte* Privileg des Berliner Viehmarktes *soll* durchbrochen *und das* Vieh *der Ostprovinzen möglichst ohne* Kommissionäre *direkt in die* westlichen *Verbrauchsgebiete transportiert werden.* [B] — **9.** *Die* Inspektion sämtlicher provinzieller Irrenanstalten *hat Bosse nach Meinung aller Minister außer Hammerstein zu Recht* an die Regierungspräsidenten gerichtet *und den* Oberpräsidenten *nur* Abschrift mitgeteilt. [B]

1 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115267, n. f. (Voten, Schreiben an die Oberrechnungskammer).*
2 *Vgl. Rep. 77, Tit. 913 Nr. 1 Bd. 10, n. f. (Voten, Praxis im Reich, Beschluß des Staatsministeriums v. 30.8.1895).*
3 *StenBerAH, 5.7.1895, S. 2733 f. (Anfrage Rintelen wegen Eingabe der Bischöfe v. 23.8.1893 gegen Falks Erlaß v. 18.2.1876).*
4 *Vgl. NPZ Nr. 335 v. 20.7.1895, S. 2 (Festrede H. v. Treitschkes).*
5 *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Tarifermäßigung f. Export-Getreide ab 1.10.1895).*

Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 17. August 1895.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 1–2], Bd. 118, Bl. 252–261; MF 706/707.

Anwesend: Boetticher [V], Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Beglaubigt Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Sternberg [für E. Hammerstein], Rödenbeck, H. Fritsch [beide zu 1], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2].

1.–2. *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Ordenssachen; Revision in drei Fällen.*[1] [B] — **4.** *Titelverleihung.* [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Berufung eines* erblichen *Mitglieds für das Herrenhaus.* [B] — **7.–8.** *Zwei Titelverleihungen.*[2] [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2192, passim.*
[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 23, Bl. 1 ff. (Den Titel Regierungsrat soll es nicht geben).*

Nr. 205 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1895.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 119, Bl. 5–33v; MF 707.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

1. *Hohenlohe teilt die Tagesordnung mit.* — **2.** *Korruptionsaffäre Boetticher. Den* Angriffen *der dem BdL nahestehenden* „Deutschen Tageszeitung“ *soll durch* eine amtliche Erklärung[1] *im Staatsanzeiger entgegnet werden.* [B] — **3.** Militärstrafgerichtsordnung *soll erst bei Anwesenheit Bronsarts im* Staatsministerium *beraten werden.* [B] — **4.** Wiederzulassung *der* Redemptoristen *und* Aufhebung des Jesuitengesetzes. *Bosse hält aus politischen Rücksichten auf das* Zentrum *und wegen* Priestermangel *eine* Wiederzulassung *an vier Orten für sinnvoll, obgleich die Verwaltungsbehörden dagegen sind. Fallweise* Wiederzulassung, *die* eher versöhnend als verschärfend wirken *dürfte, wird einstimmig gebilligt* [B]. *Die* Aufhebung des Jesuitengesetzes *wird abgelehnt, denn die* kirchlich gesinnten evangelischen Kreise würden *diese Maßregel* sehr verübeln. *Die Ablehnung wird lt. Marschall allerdings zunehmend schwerer, da der RT* alle Jahre mit größerer Majorität die Zulassung *beschließt*[2] [B]. — **5.** Novelle *zum* Vereins- und Versammlungsrecht. *Die* sozialdemokratischen Preßexzesse am Sedantage[3] *veranlaßten Köller, eine antisozialdemokratische* Novelle *im* preußischen Landtage *zu erwägen. Berlepsch hält ein solches* Ausnahmegesetz *für zwecklos und schädlich. Marschall befürchtet bei derartiger Landesgesetzgebung einen* Rückgang des Reichsgedankens *und sieht im* Vereinswesen die wichtigste Waffe *im* Kampf der wirtschaftlich Schwachen gegen die Macht des Kapitals.[4] *Miquel hält das* Vereinsgesetz für ergänzungsbedürftig, *will aber kein Ausnahmegesetz, denn* Antisemiten *oder die* Christlich-Sozialen *um F.* Naumann *müßte man dann auch verbieten. Köller möchte dem Willen Wilhelms II. nach einem scharfen* Vereinsgesetz *nachkommen, aber die Ministermehrheit will* die Angelegenheit dilatorisch [...] behandeln, *zumal man* mit dem Zentrum rechnen *muß und* die günstige Stimmung für das Bürgerliche Gesetzbuch *und andere Gesetzentwürfe* nicht verschlimmern *darf.*[5] [B] — **6.** *Berlepsch befürwortet die* Fort-

[1] *Staatsanzeiger Nr. 242 v. 9.10.1895, S. 1. Die* Deutsche Tageszeitung *hatte am 3./4.10.1895 beklagt, daß die Korruption in Beamtenkreisen zunehme und der Vorwurf der „Zukunft“ v. 29.6.1895, Boetticher habe 1886 erhebliche staatliche Gelder zur Sanierung seines zahlungsunfähigen Schwiegervaters E. H. Ch. Berg erhalten, nicht öffentlich zurückgewiesen worden sei. Zum Presse-Echo vgl. Wippermann, 1895, II, S. 147–151; zur regierungsinternen Erörterung bereits 1891 vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 1, S. 650 u. Vierhaus, Rudolf (Hrsg.), Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 293 f. und Nöll v. d. Nahmer, Robert, Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des deutschen Reiches, Mainz 1968, S. 190 bis 206; zur politischen Bedeutung 1895 vgl. Stribrny, Bismarck und die deutsche Politik, S. 258 f. (aufgrund des NL Boetticher im BArch Koblenz).*
[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1894/95, 17.1.1895, S. 387–391 sowie 17.6.1896, S. 2656–2666 (Jesuiten-Interpellation). Div. Schriftwechsel in: Rep. 77, Tit. 413 Nr. 14 Beiakte 12, n. f. (Redemptoristen 1895) u. Nr. 14 Bd. 11 (Jesuiten).*
[3] *Vgl. Schultheß 1895, S. 176 f., 179 f. (Auszüge aus Artikeln von SPD-Zeitungen gegen „Mordspatriotismus“ und zur Schuld Wilhelms I. bzw. Bismarcks am Kriegsausbruch 1870).*
[4] *Vgl. Berlepsch' ablehnendes Votum v. 10.6.1895 in: Rep. 84a, Nr. 5379, Bl. 126–131v u. Marschalls Brief an Ph. Eulenburg in: Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1554–1557.*
[5] *Vgl. zum Disput um die Novelle seit Sept. 1895 Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 94, 97–101, 112.*

führung der Sozialreform. *Aber Wilhelm II. hat kürzlich den* Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in Bäckereien *abgelehnt und* einstweilige Sistierung *der* sozialen Reform *gewünscht. Ein Abschiedsgesuch*[6] *Berlepsch' hat der Monarch verworfen. Hohenlohe wird* wegen des Bäckereigesetzes *seine* baldige Entscheidung *erbitten.* — **7.** *Zwei Titelverleihungen.* Oberlandesgerichtsräte, *die Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei sind, aber sich als Beamte* einen Titel *im* Lauf der Jahre gewissermaßen „erworben" *haben, soll Wilhelm II. trotz seiner Bedenken auszeichnen.*[7] [B] — **8.** *Bestellung eines* Bevollmächtigten *zum* Bundesrat. [B] — **9.** *Dem* Bund der Landwirte *dürfen die in* Eingaben *gewünschten* Informationen *aus* Akten *der Ministerien mitgeteilt werden.* [B] — **10.** *Ordenssache.* [B] — **11.** *Die am sozialdemokratischen Parteitag in* Breslau[8] *teilnehmenden* Ausländer *sind* nicht generell, *sondern nur bei Agitation* auszuweisen [B]. — *Im Fall Privatdozent L.* Arons *holt Bosse noch* gutachtliche Äußerungen *ein.* — **12.** *Die* Staatsratsprotokolle *sollen* bei der ganz sekreten Natur der Verhandlungen *nicht an* Universitätsbibliotheken [...] mitgeteilt *werden.* [B] — **13.** *Der* Staatsanzeiger *soll künftig die Titelverleihungen zu* Rechnungs- und Kanzleiräten *rein nach* Anciennität *gruppiert publizieren, nicht den* Rechnungsräten *den* Vorrang *einräumen.* [B]

[6] *Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 5–16; ebd., Bl. 23–29v auch Berlepsch' Immediatbericht v. 8.8.1895. Diesbezüglicher Briefwechsel Berlepsch' mit Hohenlohe (Juni–Nov. 1895) gedr. bei: Müller, Karl Alexander v., Der dritte deutsche Reichskanzler. Bemerkungen zu den „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit" des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, in: Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Abteilung, Jg. 1931/32, H. 3, S. 35–39. Zur Bäckerei-VO vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 210–213.*

[7] *Vgl. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 428.*

[8] *Er fand vom 6.–12.10.1895 statt; vgl. Schultheß 1895, S. 185 f.*

Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1895.

Vollz. Reinschriften[1] *mit vollz. Teilreinschriften [TOP 3 und 9] und Korrekturen, Bd. 119, Bl. 35–49, 51–68v, 69–78; MF 707/708.*

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Bosse [U], Köller [U], Marschall [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 9].

1. *Wiederzulassung der Jesuiten; die ablehnende* Antwort *an die* Bischöfe *soll erst nach dem diesbezüglichen* Beschluß[2] des Bundesrats *ergehen.* [B] — **2.** *Ordenssache.* Oberregierungsräte *dürfen bei der Pensionierung gem. einem Präzedenzfall von 1875 auch den* Roten Adler Orden *II. Kl. erhalten, da der formal gleichrangige* Kronen Orden *allgemein* geringer *eingeschätzt wird.* [B] — **3.** Konversion *staatlicher Anleihen von* 4% *auf* 3½%. *Hohenlohe will noch länger warten bis der* niedrige Zinsfuß *zur* Gewißheit *wird; Miquel möchte dies im Laufe der Landtagssession 1895/96 entscheiden, zumal* Landschaften *und* Kommunen *schon vielfach den Zins herabsetzen und* Börsenspekulationen *drohen.* Marschall *möchte* die Sache auf Jahre *hinausschieben, um nicht den Mittelstand durch* Konversion *von* ca. sechs *Mrd. M. zur Einschränkung seiner* Lebenshaltung *zu zwingen. Miquel sieht im Zinsrückgang bei steigendem* Reichtum *und steigenden Löhnen* die wahre Lösung der sozialen Frage *sowie eine Erleichterung der staatlichen und landwirtschaftlichen Schulden. Eine Ministermehrheit will abwarten, ob der* Zinsfuß *dauerhaft sinkt und dies nötigen-*

[1] *Das separate Prot. zu TOP 3 von Humbert, Bosse und Köller unterzeichnet, aber auch von Miquel und Marschall gebilligt lt. Humberts Marginalie (Bl. 51). Der Protokollteil wurde in einem Umschlag besonders geheimgehalten.*

[2] *Erfolgte nicht. Der lt. StenBerBundesR, Sitzung am 28.2.1895, § 121 an den Ausschuß verwiesene RT-Initiativgesetzentwurf blieb dort unerledigt. Vgl. StenBerBundesR, 28.4.1897, § 298 (neuerliche RT-Initiative).*

falls auch öffentlich erklären.[3] — **4.** *Grundsätze für Disziplinarsachen.*[4] *Über die* Rechtzeitigkeit der Berufungsanmeldung *entscheidet das* Disziplinargericht I. Instanz; *dagegen ist Rekurs des* Appellanten *an das* Staatsministerium *zulässig.* [B] — **5.** *Einführung der Bewährungsstrafe in die* Strafprozeßordnung.[5] *Ausländischen Beispielen folgend möchte Schönstedt speziell bei* jugendlichen Verurteilten *den* Zweck der Besserung *durch* gute Führung *statt* Vollstreckung *erreichen, zumal Gefängnisaufenthalt* häufig das Gegenteil erreicht. *Schönstedt wird Wilhelm II. um diese Ausweitung des Gnadenrechts ersuchen.* [B] — **6.** *Ordenssachen. Die von Köller wegen* der großen Zahl *von Anträgen* vorgeschlagenen Formulare *sind für die* Ressorts *nicht verpflichtend.* [B] — **7.** *Preußen–Reich-Verhältnis anläßlich der Aufteilung der* Kosten *für* Dienstwohnungen *von* Gendarmen, *die* an der Ostgrenze zur Abwehr der Rinderpest von Reichswegen *stationiert wurden.*[6] [B] — **8.** *Die neuerliche* Resolution[7] *des RT über* Diäten *für MdR ist abzulehnen, wenngleich Hohenlohe und Miquel zufolge das* Niveau *im RT so gehoben werden könnte.* [B] — **9.** *Zehn Disziplinarsachen.* [B] — **10.** *Zwei Ernennungen.* [B]

[3] *Vgl. StenBerHH, Session 1895/96, 18.5.1896, S. 282 f. (Miquel) u. StenBerRT, Session 1895/97, 2.5.1896, S. 2067 bis 2090 (Posadowsky S. 2070 f.).*

[4] *Vgl. Sitzung am 25.5.1892, TOP 6.*

[5] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8497, Bl. 23–72 (Schönstedt 4.7.1895, Voten, Immediatbericht). Unter dem 23.10.1895 erging ein diesbezüglicher Allerhöchster Erlaß; vgl. JMinBl., S. 348 u. Bitter (Hrsg.), Handwörterbuch, Bd. 1, 1906, S. 208.*

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115276, n. f. sowie Rep. 84a, Nr. 5361, Bl. 1–13 (Anregung Lerchenfelds v. 2.7.1895, Schreiben Boettichers v. 16.8.1895 u. Miquel/Köllers v. 12.9.1895) u. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 59 (ca. 105 000 M. Kosten). Beschluß Sitzung 25.6.1896, § 420. Vgl. Sitzung am 23.9.1908, TOP 5 (erneuter Streit).*

[7] *StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 108; Debatte dazu 11.2.1895, S. 798–804. Vgl. Butzer, Diäten und Freifahrt, S. 197 f.*

Nr. 207 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 119, Bl. 80–127v; MF 708/709.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U], Nieberding [U].

1. *Schönstedts Anregung, den 1894 unerledigten* Gesetzentwurf *wegen* Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung *modifiziert neu einzubringen, zumal die* Stimmung *im RT dafür* sehr günstig *ist, wird gebilligt.*[1] *Detaillierte Beratung, u. a. betr.* Stellung des Präsidiums bei der Geschäftsverteilung *und den Gerichtsstand der* periodischen Presse. *Dies ist besonders bei strafbaren* Publikationen, die ein außerhalb Preußens erscheinendes Organ nach Preußen hineinträgt, *bedeutsam. Schönstedt möchte den* Gerichtsstand *am Erscheinungsort auch außerhalb* Preußens *konzedieren, da auch die* Bundesstaaten *z. B.* Majestätsbeleidigung *verfolgen; Nieberdings Rat folgend, soll diese* Konzession *dem RT aber nicht schon im vorgelegten* Entwurf *gemacht werden* [B]. *Weitere Detailfragen, u. a. bezüglich* Ausdehnung der Privatklage [B]. In formeller Hinsicht *wird die* Präsidial-Vorlage *bevorzugt* [B]. — **2.** Militärstrafgerichtsordnung. *Bronsart will gegenüber Wilhelm II. an der* beschränkten Öffentlichkeit im Interesse der Armee *festhalten, zumal der Kaiser auch in der* Bestätigungsfrage *eingelenkt hat. Da die* Vorlage *im RT nur mit* Öffentlichkeit *chancenreich scheint und ein Rücktritt Bronsarts* ein politisches Unglück

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8337, Bl. 119 ff. (Schönstedt 2.10.1895) u. StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 109 (Gesetzentwurf).*

wäre, soll im Immediatbericht[2] *dargelegt werden, daß* nicht nur vom militärischen, sondern vom politischen Standpunkte *die* Öffentlichkeit *beizubehalten ist. Widerspruch nur von Köller.* [B] — **3.** *Bimetallismus.*[3] *Lt. Posadowsky dürfte der Bimetallismus bei der* Bevölkerung *mit festem* Einkommen *unerwünscht sein, zumal die Goldfunde in* Transvaal *eine etwaige* Goldknappheit *ausschließen. Um aber die im RT zugesagten internationalen* Verhandlungen *mit* England[4] *einzuleiten und die dann unerläßliche* Öffnung der indischen Münzstätten *für* Silber *zu erreichen, muß Deutschland* Konzessionen *wie* Einziehung *des goldenen* Zehnmarkstücks *anbieten. Ausführliche Debatte über die einzuschlagende Taktik, wobei Hammerstein die* Doppelwährung *als* Sprung in's Dunkle *ablehnt. Zunächst soll eine grundsätzliche* Anfrage *ohne* Konzessionen *an* England *gerichtet, aber nicht detailliert den* Bundesregierungen *mitgeteilt werden.* [B] — **4.** *Zwei Ordenssachen.* [B]

[2] *Da die Akten zur Militärstrafgerichtsordnung in Rep. 90/90a (Y VI 1 Nr. 3) nicht überliefert sind, sie auch mit den Beständen des Kriegsministeriums bzw. des Militärkabinetts vernichtet wurden und im Zivilkabinett (Rep. 89) offenbar nie vorhanden gewesen sind, konnten weder die im Prot. genannte Order Wilhelms II. v. 1.9.1895 noch der Immediatbericht v. Okt. 1895 nachgewiesen werden. In den vorliegenden Ministerialakten, im BArch, RAdI sowie im PA AA, R 973 befinden sich beide Schriftstücke nicht.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1360, n. f. (Instruktion an Botschafter P. Hatzfeldt v. 14.10.1895, Voten ab 2.9.1895). Die gleichen Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115270, Bl. 16 ff.*

[4] *Die im Prot. genannte Erklärung des engl. Schatzkanzlers A. J. Balfour zugunsten der Doppelwährung und für eine diesbezügliche internationale Konferenz erfolgte im Unterhaus am 2.8.1895; vgl. Schultheß 1895, S. 243. Vgl. dazu Singer, Kurt, Die Motive der indischen Geldreform, Straßburg 1910.*

Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 119, Bl. 130–171; MF 710. — Abschr. [TOP 2–4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 16–31.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Posadawsky [U], Frh. v. Broich, Belian, Supper [alle zu 8].

1. *Grundsteuer. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf betr.* Verzicht *des Staates auf* Rückzahlung *der ab 1861 geleisteten* Entschädigungen *für* Aufhebung *der Grundsteuerfreiheit. Miquel möchte* nachträglich *am* Kompromiß *von* 1893 *nicht* rütteln, *zumal nur ein Bruchteil der* Besitzer, *darunter allerdings viele Großgrund- und* Fideikommißbesitzer, *vom* Verzicht *des Staates auf* 16 bis 18 *Mio. M. profitieren würden. Bei vielen* Rückzahlungspflichtigen *hat Miquel weitere* Milderung *eintreten lassen und die* Rückzahlung *durch* eine vierteljährliche Rente in 60 Jahren *ergibt niedrige Raten. Der Initiativgesetzentwurf wird deshalb einmütig abgelehnt.* [B] — **2.** Zuckersteuer. *Hammerstein möchte für die Zeit nach Auslaufen des Notgesetzes am* 31. Juli 1897 *neue Exportprämien von vier M.* pro 100 kg *einführen und deren* Reduktion *vom künftigen Verhalten der* anderen Staaten *abhängig machen, selbst auf die Gefahr einer* Verringerung des inländischen Zuckerkonsums *hin. Lt. Posadowsky ist im* Konkurrenzkampfe *auch Deutschland zu* Prämien *gezwungen, zumal durch die Konstruktion des* Ausfuhrfonds *eine* automatische Reduktion der Prämien *zu erwarten steht. Ein* Gesetzentwurf[1] *soll vorgelegt werden.* [B] — **3.** Vorlagen *zur Reichstagssession 1895/96. Strittig ist ein* Entwurf über die Errichtung von Handwerkerkammern, *um danach die Fragen* Zwangsorganisation und Befähigungsnachweis *zu lösen, was Konservative und Zentrum befürworten. Lt. Miquel wollen viele* Handwerker *vom* Befähigungsnachweis nichts wissen, *aber* Handwerkerkammern *stellen doch* ein wesentliches Entgegenkommen *dar. Berlepsch*

[1] *Rep. 90, Nr. 1502, n. f. (Entwurf v. 2.11.1895). Ebd. Schreiben Hammersteins v. 10.10.1895.*

wünscht ein gut vorbereitetes definitives Gesetz, *bleibt aber in der Minderheit, da selbst Marschall* die ganze Frage für eine taktische *hält. Der* Entwurf *über* Handwerkerkammern *ist einzubringen* [B]. — *Eröffnung der Reichstagssession soll am* 3. Dezember *1895 sein* [B]. — **4.** Bestimmungen[2] über die Veröffentlichung des Erlöschens und der Kündigung von Staatsverträgen *werden verabschiedet.* [B] — **5.** Kosten außergewöhnlicher Reinigungen in den Dienstwohnungen der Staatsminister.[3] [B] — **6.** *Bundesstaaten und Preußen beim BGB-Entwurf.*[4] *Im* Bundesratsausschusse *haben* Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden *beim* § 724 *die* ausschließliche Zuständigkeit der Landesregierungen *für die* Genehmigung *von* Schuldverschreibungen auf den Inhaber *durchgesetzt; Preußen wird gegen diese* Majorität *nicht opponieren.* [B] — **7.** *Ordensache. Vier Ernennungen.* [B] — **8.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[2] *Vgl. BArch, RK, Nr. 359a, Bl. 212 ff. (Voten) u. Bl. 253 (Beschluß im Umlaufverfahren v. 10.11.1895).*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115275, n. f. (Voten).*
[4] *Vgl. Sitzung am 25.2.1895, TOP 1 und StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 9.*

Nr. 209 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 119, Bl. 173–205; MF 710/711.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [U], Frh. v. Broich [zu 6].

1. Schutz *des* Andenkens verstorbener Monarchen. *Schönstedt hält die von Wilhelm II. gewünschten rechtlichen* Maßnahmen *für* aussichtslos. *Anklagen wie* 1889 *gegen F.* Mehring *endeten stets mit Freisprüchen. Ein* § 95a *des StGB, der das* Andenken *aller Angehöriger der* landesherrlichen *Häuser unbefristet schützt, aber nicht* so ziemlich alle europäischen Dynastien *mitschützt und zugleich im RT angenommen wird, ist schwer zu formulieren. Bei Ablehnung im RT wäre dessen* Auflösung *oder gar* Rücktritt der Regierung *die Folge. Marschall ist gegen ein antisozialdemokratisches* Spezialgesetz *und erachtet* allgemeine Entrüstung *über publizierte* Beschimpfungen *von Wilhelm I. für ausreichend. Miquel fürchtet durch diesbezügliche* Diskussion *eine* Niederlage für die Monarchie. *Diese* Bedenken *sollen Wilhelm II. mitgeteilt werden.*[1] [B] — **2.** Titel *für* Beamte *in der Forstlaufbahn.*[2] *Lt. Hammerstein werden* Zivil-Forst-Assessoren *wegen* Überfüllung *der Laufbahn erst* mit 40 Jahren *als* Oberförster *angestellt, während* Mitglieder des reitenden Feldjäger-Korps *wegen Reservierung jeder fünften freiwerdenden* Stelle *dies schon mit* 32 *bis* 34 Jahren *erreichen. Deshalb sollen* ältere Forst-Assessoren *als* Ausgleich *den Titel* Oberförster *erhalten. Da in anderen* Ressorts *Beförderungsstaus bestehen,* Oberförster *wie* „Regierungsrat" *ein* Amt *bezeichnet und dem* Streben nach Beilegung höherer Titel *entgegenzutreten ist, wird das Ansinnen* mit sechs gegen fünf Stimmen *abgelehnt.* [B] — **3.** Gesetzentwurf *wegen* Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften *im* Bundesrat. *Der gegen Preußen angenommene Antrag*[3] *Badens, daß das Verkaufsverbot an* Nicht-Mitglieder *für* landwirtschaftliche Kon-

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115280, n. f. (Votum Schönstedts v. 25.10.1895) und Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 454 f., 463 f. (badische Gesandtschaftsberichte).*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 548, n. f. (u. a. Votum Hammersteins v. 17.10.1895) u. StenBerAH, 31.1.1894, S. 225–227 bzw. 6.2.1895, S. 361–366.*
[3] *StenBerBundesR, Jg. 1895, Drucks. Nr. 115 (Ausschußbericht); Beschluß Sitzung am 21.11.1895, § 642. Vgl. Sitzung am 27.5.1895, TOP 11 mit Anm. und BArch, RAdI, Nr. 115252, n. f.*

sumvereine *nicht gelten soll, wird von Boetticher aus agrarischem* Interesse *unterstützt, wenngleich* Protest der kleinen Gewerbetreibenden *zu erwarten steht. Köller betrachtet das* ganze Gesetz *als* Schlag ins Wasser, *da* Mitglieder *häufig* Waren einem Anderen *überlassen. Mit* 6 gegen 5 Stimmen *wird beschlossen,* im Bundesrat *für den Antrag Badens zu stimmen.* [B] — **4.** *Redaktionelle Berichtigung des* Gesetzentwurfes über die Errichtung von Handwerkskammern. [B] — **5.** *Bosse regt an,* Sonntags-Sitzungen des Staatsministeriums, *die unter* Bismarck *üblich waren, wegen der* Sonntagsruhe *möglichst zu vermeiden.* — **6.** *Zwei Disziplinarsachen.* [B]

Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1895.

Vollz. Reinschriften[1] *mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 119, Bl. 210 bis 233, 235a–235fv, 236–238; MF 711/712.*

Anwesend [U][2]*: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bronsart v. Schellendorff, Köller, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Gf. v. Posadowsky-Wehner [U], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. Heranziehung der Volksschullehrer zum Heeresdienst; *wird vertagt, da Hohenlohe und Bosse fehlen.* [B] — **2.** Militärstrafgerichtsordnung *und Köller-Affäre. Bronsart betrachtet in die Presse lancierte* Artikel[3] *über die diesbezüglichen* Verhandlungen des Staatsministeriums *als Versuche,* ihn persönlich *als Werkzeug des* Fürsten Bismarck *und illoyal gegenüber Wilhelm II. zu* diskreditieren. *Er wünscht* eidliche Vernehmungen *von* Beamten, *um den Urheber zu erfahren. Bronsart soll* eine Disziplinaruntersuchung gegen „Unbekannt“ *einleiten.* [B] — **3.** *Zuckersteuergesetz. Details zur* Kontingentierung *zugunsten der kleineren* Fabriken *des Westens und zum limitierten* Prämienfonds, *dessen etwaige Fehlbeträge von den über* Kontingent *produzierenden* Fabriken *aufzubringen sind. Diesbezügliche* Bedenken *bzw. auch wegen* Rückgang des inneren Konsums in Folge der *absehbaren* Preissteigerung um ca. 20% *hegen lt. Miquel die* großen Zuckerfabrikanten *der Ostprovinzen zwar, aber die* Nachteile *des Gesetzes sehen sie* doch nicht so groß wie die Vorteile *an. Vorbehalte* Bayerns *darf Preußen* sich nicht gefallen lassen, *zumal* Süddeutschland *bei* Zöllen, Börsensteuer *oder* Branntwein *große Vorteile genießt. Der Entwurf soll als* Präsidialvorlage *vorgelegt werden.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.** *Der persönliche* Verkehr *der Mitglieder der Gumbinner* Remonte-Kommission *mit dem* Gutsbesitzer Ebhardt, *der bei den* Reichstagswahlen *1893 als* sozialdemokratischer Kandidat *antrat, soll* abgebrochen *werden, da ein Boykott der von ihm offerierten* Pferde *nicht praktikabel ist.*[4] [B] — **6.** *Informationsreisen ausländischer Abgesandter. Das Gesuch*[5] *des Prof. G.* Blondel *und des Fürsten* Golizin, *in Preußen die* Lage der

---

[1] *Der TOP 2 zur Köller-Affäre wurde als separates, von Humbert unterzeichnetes, aber auch von den Ministern mit Paraphen abgezeichnetes Protokoll in einem versiegelten (heute offenen) Umschlag (Bl. 235a–235fv) aufbewahrt.*

[2] *Gelesen [U]: Hohenlohe.*

[3] *Die im Prot. genannten Artikel erschienen ab dem 4.11.1895; vgl. Schultheß 1895, S. 196 f. Die internen Schriftstücke (u. a. Briefe Köllers, Immediatbericht) in: Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 32–69. Zur ganzen Affäre vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 282–284; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 133–137; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 464–479; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 123 ff.; Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1584 ff.; Wilke, Ekkehard-Teja, Political Decadence in Imperial Germany, Urbana 1976, S. 131–152.*

[4] *Vgl. Stüttgen, Dieter, Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen 1870–1920, Köln/Berlin 1980, S. 218 u. 223.*

[5] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 128, Bl. 37 (Empfehlung der franz. Botschaft); Bl. 26 ff. (div. Schriftwechsel dazu). Blondel dankt im Vorwort seines Buches Etudes sur les populations rurales de l'Allemagne et la crise agraire, Paris 1897, den Ministerialräten H. Thiel u. T. Bödiker für die Unterstützung seiner Besuche auf Renten- u. Ansiedlungsgütern.*

Landwirtschaft zu studieren, *ist wegen Spionagegefahr mit Vorsicht zu behandeln. Solche in allen Ressorts anfragende Reisende sollen offiziell legitimiert sein und sich bei* Behörden *vor Ort* melden, *um sie ggf. zu* observieren. [B] — **7.** *Geheimhaltung im* Bundesrat. *Anläßlich der* Publikation *von Reichsetats in* Zeitungen *und ähnlicher* Indiskretionen *wird erwogen, die* Zahl *der* Exemplare *der* Drucksachen *zu reduzieren bzw. sie erst kurzfristig vor der Bundesratsberatung zu verteilen.*[6] — **8.** *Drei Disziplinarsachen.* [B] — **9.** *Änderung der* Gewerbeordnung *bezüglich des Wandergewerbes. Die nur bis zur Kommissionsberatung im RT gelangte Novelle*[7] *soll im Bundesratsausschuß darauf geprüft werden, ob sie* unverändert *oder modifiziert* wieder *einzubringen ist.* [B] — **10.** *Polenpolitik. Miquel zufolge muß in den* Ressorts, *speziell der* Postverwaltung, *die in* Posen und Westpreußen *zuweilen* Polen *anstellt, darauf geachtet werden,* Polen *nicht* in höhere Beamtenstellen *zu* berufen. Klagen *über Polonisierung, wie sie etwa der Ostmarkenverein äußert, sind* übertrieben, *aber* unzweifelhaft *gewinnt* das polnische Element *Boden.*[8] — **11.** *Neuregelung des* Fideikommißwesens. *Auf eine Herrenhaus-Resolution*[9] *hin soll Hammerstein die Sache inklusive der gewünschten* Stempelermäßigung in die Hand nehmen. [B] — **12.** *Über die Arbeitszeitfrage in Bäckereien soll Berlepsch* Vorschläge *unterbreiten.*[10] [B] — **13.** *Der Immediatbericht betr. den Schutz des Andenkens verstorbener Monarchen wird auf Anregung Miquels umformuliert, um Wilhelm II. zur* Abstandnahme von *einer* Vorlage *dazu zu bewegen.* [B]

[6] *Vgl. BArch, RK, Nr. 359a, Bl. 237 ff. (Köller 30.9.1895).*

[7] *StenBerRT, Session 1894/95, Drucks. Nr. 94 u. 353; Debatte dazu 29.1.1895, S. 572–586. Zur Wiedervorlage vgl. StenBerBundesR, Jg. 1895, Sitzung am 14.11.1895, § 613, Jg. 1896, Drucks. Nr. 3 (Ausschußbeschlüsse) und Sitzung am 9.1.1896, § 12. Vgl. StenBerRT, Session 1895/96, Drucks Nr. 85.*

[8] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1203, Bl. 12 ff. (Denkschrift des Posener Oberpräsidenten v. Wilamowitz-Moellendorff v. 23.11.1895 u. weitere Oberpräsidialberichte zur Polenpolitik 1896/97). Eine Stellungnahme von StS Stephan über Polen in der Postverwaltung in: BArch, RK, Nr. 1010, Bl. 110 ff. Zur Polenpolitik vgl. auch: BArch, RK, Nr. 667.*

[9] *Vgl. Sitzung am 4.7.1895, TOP 2 mit Anm. Der im Prot. genannte Gesetzentwurf der Dt. Adelsgenossenschaft von 1893 in: Rep. 84a, Nr. 50036, Bl. 82 ff. Die daraus erwachsende* Denkschrift über das Fideikommißwesen in Preußen *(Druck 1897, 33 S.) ebd., Bl. 188 ff. sowie in: Rep. 87, B Nr. 3439, n. f. Vgl. Heß, Klaus, Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich, Stuttgart 1990, S. 119–123.*

[10] *Die im Prot. genannte Ordre Wilhelms II. v. 11.11.1895 besagte, daß der Kaiser einer Regelung der Bäckerei-Arbeitszeit über eine Bundesrats-Verordnung zustimmte. Der daraufhin ausgearbeitete Entwurf Berlepsch' v. 23.12.1895 in: Rep. 77, Tit. 307 Nr. 93 Beiheft 1 Bd. 1, n. f. Vgl. auch Rep. 120, BB IIb 1 Nr. 13 Adhib. 4 Bd. 1, StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 26 u. RGBl. 1896, S. 55 (VO v. 4.3.1896). Vorangegangenes vgl. Sitzung am 3.4.1895, TOP 6 mit Anm.*

Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1895.

Vollz. Reinschriften[1] *mit Korrekturen, Bd. 120, Bl. 5–43v, 45a–45f; MF 712/713.*

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Köller, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U]; Mügel [zu 2].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner, F. Schulz [beide zu 1, U], Nieberding [U], Mügel [beide zu 2].

1. *Bau von* 600 km [...] zweiter Gleise *auf verschiedenen* Linien *im militärischen* Interesse *und Preußen–Reich-Verhältnis. Miquel will statt bisher 40% preußisches* Präcipium *nur* 30% *zugestehen, da Preußen bei den* Linien *kein* eigenes Verkehrsinteresse *hat. Ministermehrheit möchte bei 40% bleiben, zumal sonst andere* Bundesstaaten *im* Bundesrat *auch Reduktion verlangen und*

[1] *TOP 3 zur Köller-Affäre wurde als separate, nur von Humbert unterzeichnete, von Köller mit* vidi *abgezeichnete* Aufzeichnung *in einem versiegelten (heute offenen) Umschlag (Bl. 45a–45f) aufbewahrt.*

Debatten *im RT entstehen könnten. Miquel gibt* für diesmal *nach, wenngleich gem. der* Ordre vom 15. Februar 1852 *der* Finanzminister *durch* Mehrheitsbeschlüsse in finanziellen Dingen *nicht gebunden werden kann.*[2] [B] — **2.** *BGB. Stellungnahme zur Frage, ob im* sechsten Buche *eine* Regelung des internationalen Privatrechts zu erfolgen *hat.*[3] *Das* Auswärtige Amt *legt Wert auf dessen* Verweisung in das Einführungsgesetz[4] *und ist gegen* Privilegien *für* Ausländer *bei der* Anwendung ihres einheimischen Rechts *in Deutschland, da* Gegenseitigkeit nicht gesichert *ist. Um eine einheitliche* Norm *zu haben und dieses Rechtsgebiet nicht der* Judikatur *zu überlassen, ist in* kommissarischen Verhandlungen[5] *eine* Regelung *im* Einführungsgesetz *vorzubereiten.* [B] — **3.** Militärstrafgerichtsordnung *und Köller-Affäre. Lt. Bronsart muß die* gegen ihn eröffnete Preß-Campagne *durch* Indiskretionen [...] aus der Mitte des Staatsministeriums *genährt sein und er fragt* Köller *explizit,* ob er vielleicht anderen Personen Mitteilungen über die betr. Sitzung gemacht *hat.* Köller *erklärt, seine Position gegen die* Öffentlichkeit im Militärstrafprozeß *nicht verhehlt, aber das nur Wilhelm II. in* Letzlingen *auf Befragen erzählt zu haben. Bronsart weiß indessen durch die* Generale von Hahnke und Plessen, *daß* Köller *ihnen gesprächsweise erzählt hat, er* allein *habe* gegen die Öffentlichkeit gestimmt. *Dies betrachtet Bronsart als* grobe Indiskretion, *während* Köller *darauf hinweist, daß die* Artikel *vor diesem Gespräch erschienen. Bronsart kann mit* Köller *so nicht zusammenarbeiten. Das* Staatsministerium *will die weitere* Untersuchung *abwarten.* [B] — **4.** *H. v.* Poschinger *hat nach Erlaubnis durch Hohenlohe die ihm 1891 untersagte* Publikation über die innere Politik des Fürsten Bismarck 1862–1878 *wieder aufgenommen. Sein* Manuskript *ist aber* nicht geeignet, ein getreues Bild *der Arbeit des* Fürsten Bismarck *zu zeichnen und hätte unliebsame* Wirkungen für die gegenwärtige Staatsregierung. *Die* Publikation *ist abzulehnen und* Bismarck *mitzuteilen, daß sie* seinem Nachruhm nicht *förderlich wäre.*[6] [B] — **5.** Berechtigung *der* Volksschullehrer *zum* Einjährig-Freiwilligen-Dienst. *Bosse möchte das rd.* 70.000 *gut ausgebildeten Lehrern gewähren, auch um sie nicht in* Feindschaft gegen die Regierung *hineinzutreiben. Miquel möchte diese* Reverenz vor den Lehrern *aus* Wahltaktik *vermeiden und insgesamt die* Anforderungen *für diesen Dienst eher* steigern. *Da die Ausbildung* auf dem Seminar *durchaus* gleichwertig mit der Prüfung für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst *ist und auch kein Andrang zur Stellung als* Reserve-Offizier *zu befürchten steht, entscheidet sich die* Majorität *für das Ersuchen an den* Reichskanzler, *den* Lehrer-Seminarien *nach* Anhörung der Reichsschulkommission *die* Berechtigung *zu erteilen.*[7] [B] — **6.** *Änderung der* Gewerbeordnung *bezüglich des Wandergewerbes. Über die Stellungnahme zur Novelle im* Bundesrat *sollen* kommissarische Beratungen *stattfinden.*[8] [B]

[2] *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1317, n. f. (gesamter Schriftwechsel dazu 1895/96). Vgl. auch Sitzung am 15.2.1852.*
[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2420, Bl. 174–178v (Auswärtiges Amt 26.9.1895) u. Bl. 209–227v (Voten, v. a. Schönstedts v. 9.11.1895). Zum Problemkreis auch Rep. 84a, Nr. 4118 (1887–96) u. Nr. 4119 (1897–1900).*
[4] *Vgl. RGBl. 1896, S. 604.*
[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2421, Bl. 29–37 (Hohenlohe am 16.12.1895 über das Ergebnis der kommissar. Verhandlungen).*
[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 106090, n. f. (Voten mit detaillierten Bedenken der Minister).*
[7] *Vgl. Rep. 77, Tit. 332t Nr. 13 Bd. 10 Beiakte (Voten) und Bölling, Rainer, Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart, Göttingen 1983, S. 61 f.*
[8] *Vgl. Rep. 77, Tit. 307 Nr. 77 Adhib. 1 Bd. 1, n. f. (Kommissar. Beratungen am 26.11.1895).*

Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 120, Bl. 47–83; MF 713/714. — Abschr. [TOP 2, 6–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 57–69v.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Köller, Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Supper [alle zu 8].

1. Einverleibung der oldenburgischen Vororte von Wilhelmshaven *nach Preußen; vertagt.* [B] — **2.** *Eisenbahnen. Bestellung neuer* Schienen *und* Schwellen *beim* Syndikate der deutschen Schienen- und Schwellen-Walzwerke *ab 1.4.1896. Dem Vorschlag Thielens, dort trotz* Bedenken [...] gegen Ringe *zu ordern, da das Ausland nicht billiger liefert und alle deutschen* großen Werke *so mit* gleichmäßiger Beschäftigung *rechnen können, wird gebilligt.*[1] [B] — **3.** *Änderung des* Allgemeinen Ehrenzeichens und des Militär-Ehrenzeichens *von der Medaillen- in eine Kreuz-Form. Wird abgelehnt, da dies dem Roten* Adler Orden *IV. Kl. ähneln und* das Streben nach einem Höherschrauben der Ordenszeichen *fördern würde. Auch eine* Zwischenstufe *zwischen* Ehrenzeichen *und* Kronen-Orden *IV. Kl. ist unnötig.* [B] — **4.** *Stellungnahme zum Reichsgesetzentwurf*[2] *des* Allgemeinen deutschen Jagdschutzvereins, *wonach* Waffen *nur von* Personen *mit* Waffenschein *getragen oder gekauft werden dürfen. Ministermehrheit möchte dies den* Landesgesetzgebungen bzw. den Polizeibehörden *überlassen, obwohl alte* Militärwaffen *und billige* Schußwaffen *im Publikum zunehmen.* [B] — **5.** *Verordnung*[3] *zur Errichtung eines* Ärztekammer-*Ausschusses wird gebilligt, da damit* für die Regierung ein sehr bequemes Organ *entsteht.* [B] — **6.** *Kompetenz von Reichsämtern und Ministerien, hier* Handelsministerium *und* Reichseisenbahnamt. *Berlepsch bemängelt dessen direkte* Kommunikation *mit preußischen* Handelskammern.[4] *Auf Vorschlag Boettichers wird dies bei* Details *und großer* Eile *erlaubt, bei* Fragen prinzipieller Natur *aber soll direkte* Kommunikation *nur durch den jeweiligen* Ressortchef *stattfinden.* [B] — *Kompetenz des* Auswärtigen Amts *bei* Anfragen von auswärtigen Behörden *direkt an die Ministerien. Bei Bundesstaaten und* kleinen laufenden Sachen *ist dies zulässig, bei Ausländern und* politischen Gesichtspunkten *ist stets das* Auswärtige Amt *einzuschalten.* — **7.** Verteilung von Extrakten aus den Staatsministerial-Sitzungs-Protokollen. Ganz sekrete Besprechungen *bleiben* unter Couvert *im Staatsministerialbüro. Statt der bisherigen* Plus-Exemplare *bes. an* Finanzminister, *Landwirtschaftsminister und Auswärtiges* Amt *soll künftig jeder* Ressortchef *nur* ein Exemplar *erhalten, da bei* Verteilung so vieler Exemplare [...] Indiskretionen erwachsen. [B] — **8.** *14 Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[1] *Vgl. allg. Blaich, Fritz, Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland, Düsseldorf 1973, S. 67–73.*
[2] *Rep. 84a, Nr. 5726, Bl. 242–248v (Abschr., übersandt v. Boetticher am 15.9.1895). Bl. 253 ff. Voten.*
[3] *GS 1896, S. 1 (VO v. 6.1.1896).*
[4] *Vgl. BArch, RK, Nr. 359a, Bl. 218 ff. (Berlepsch contra den Präs. des REA Schulz, Boetticher 27.11.1895).*

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1895.

Vollz. Reinschr., Bd. 120, Bl. 85–119; MF 714/715.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens [für E. Köller].

1. Braunbehrens *vertritt den beurlaubten Köller.*[1] — **2.** *Arbeitszeit in* Bäckereien und Konditoreien. *Berlepsch'* Entwurf[2] *von diesbezüglichen* Anordnungen des Bundesrats, *der früheren Bedenken Rechnung trägt, wird gebilligt. Preußen wird den entsprechenden* Antrag *an den* Bundesrat *stellen*

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 54–56 (Hohenlohes Innenminister-Kandidaten sind Studt und RegPräs. H. v. Richthofen). Die bei Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 134 u. 137 genannten Sitzungen wegen der Köller-Frage am 30.11. und 4.12.1895 sind nicht als Prot. überliefert und wurden wohl als informelle Minister-Besprechungen aufgefaßt.*
[2] *Vgl. Sitzung am 13.11.1895, TOP 12 mit Anm. und III. HA, MAA (D), Nr. 1146 (div. Schriftwechsel).*

und den zögernden Bundesstaaten mitteilen, daß es großen Wert auf diese Bestimmungen *legt. Eine* Pressepolemik *durch* Veröffentlichung des ganzen Entwurfs im Reichsanzeiger *ist zu vermeiden*. [B] — *Weiter untersucht werden soll die Frage der Geheimhaltung von Bundesratsdrucksachen bzw. die stattgehabte Weitergabe der* Zuckersteuervorlage *an Zeitungen, möglicherweise durch O. Frh. v.* Zedlitz *und V.* Schweinburg. — **3.** Sonntagsruhe *gem.* § 105b der Gewerbeordnung *anläßlich der Regelung des vorweihnachtlichen Ladenschlusses in* Berlin.[3] *Die vom* Zentralausschuß *der* Berliner Gewerbevereine *gewünschte Verlängerung der Verkaufsstunden über 19* Uhr *hinaus bis 22* Uhr *erachtet Berlepsch als unnötig, da die* Sonntagsruhe sich *seit 1893* eingebürgert *hat und das* Staatsministerium *nicht an dieser Ressortfrage* rütteln *soll. Bosse möchte* 12 *bis 22* Uhr *konzedieren, dafür aber die Verkaufsstunden von* 7 bis 10 Uhr *im Interesse von Gottesdienstbesuchen schließen. Die Minister unterstützen die gewünschte Ausnahmeregelung in der Vorweihnachtszeit, weil in* Berlin *Bedarf für Abendverkauf besteht. Der Berliner* Polizeipräsident *soll* bekannt geben, daß die Handelsgeschäfte mit Nahrungsmitteln von 7 bis 10 Uhr Morgens und Abend bis *19* Uhr, *die übrigen Geschäfte* gleichmäßig von 12 bis *22* Uhr offen bleiben dürfen. [B] — **4.** *Berufung von Industriellen in das* Herrenhaus.[4] *Berlepsch hat fünf geeignete Persönlichkeiten ermittelt. Sie sollen* jedoch nicht auf ein Mal und jedesmal gemischt mit Anderen *Wilhelm II. vorgeschlagen werden.* [B] — **5.** Grundzüge[5] *von* Bestimmungen über den Vollzug von Freiheitsstrafen. *Detaildiskussion, u. a. zur Größe von Gefängniszellen, die Miquel aus finanziellen Bedenken nicht größer als die* Wohnung *der* Strafgefangenen *normieren sehen will, zur* Maximal-Arbeitszeit *von Sträflingen sowie zum ihnen für Gefängnisarbeit zu belassenden Lohn.* [B] — **6.** *Verleihung des von* Herzog *Friedrich I. von Anhalt neugestifteten* „Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit“ *an preußische Arbeiter ohne jedesmalige* Voranfrage*; wird erlaubt, da* Anhalt *die* Würdigkeit *der Arbeiter bei preußischen* Polizeibehörden *abklärt.* [B] — **7.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen werden vertagt.* [B] — **8.** Vertrauliche Besprechungen über Personalien, *d. h. die Köller-Krise*, und die im Reichstage bevorstehenden Verhandlungen.[6]

[3] *Vgl. Rep. 120, BB IIb 1 Nr. 6 Adhib. 4 Bd. 1 (Berlin 1895–1909).*

[4] *Vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 429.*

[5] *BArch, RJA, Nr. 5598, Bl. 163–171. Ebd., Bl. 139 ff. Voten dazu, v. a. Bl. 174–178v von Miquel zu den Größen der Gefängniszellen. Bl. 196 f. Schreiben Schönstedts über die vom StMinm. beschlossenen Änderungen. Zum Fortgang vgl. RJA, Nr. 5599.*

[6] *Dabei ging es um den Nachfolger für Köller bzw. eine Erklärung zur politischen Linie im RT, wo am 9./10.12.1895 die Etatberatung anstand; vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 138 (aufgrund Tagebuch-Aufz. Bosses) und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 140 f. (10.12.1895).*

Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1895.

Vollz. Reinschriften[1] *mit vollz Teilreinschriften [TOP 8] und Korrekturen, Bd. 120, Bl. 121–144, 145c–145cv, 146–153; MF 715/716.*

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff [U], Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke[2]*. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Renvers, Supper [alle vier zu 8].

[1] *Neben dem Hauptprot. gibt es ein separates, nur von Humbert unterzeichnetes Teilprot. zu TOP 5.*

[2] *Recke amtierte seit dem 8.12.1895 als Nachfolger Köllers.*

1. *Bimetallismus. Posadowsky sieht nach diplomatischen Sondierungen bei der* englischen Regierung *keine Chance zur Öffnung der* indischen Münzstätten *als* Vorbedingung *und die von* England *verlangte Einigkeit der* anderen Mächte *als nicht erreichbar an; deshalb sollte der* Bundesrat *die erwogene* Münzkonferenz *als sinnlos ablehnen. Die Ministermehrheit optiert aber für eine dilatorische* Behandlung *bis* England definitiv *antwortet, da erst dann zureichende Argumente gegen die* Bimetallisten *gegeben sind.* [B] — **2.** Ganz vertrauliche Mitteilung *Hohenlohes.* — **3.** *Sonntagsruhe anläßlich der Regelung des vorweihnachtlichen Ladenschlusses in Berlin.*[3] *Da der Berliner* Polizeipräsident *die* Scheidung in Weihnachts- und andere Geschäfte nicht für durchführbar *erklärt hat, werden erneut die möglichen Regelungen diskutiert. Gegen Berlepsch wird beschlossen,* Verkaufsstunden über *19* Uhr *hinaus zu erlauben, aber die Regelung dem* Polizeipräsidenten *zu* überlassen [B]. *Die Ausdehnung der Berliner Sonderregelung auf die* größeren Städte *bleibt den* Regierungspräsidenten *freigestellt* [B]. — **4.** *Eröffnung der Landtagssession 1896 soll am 15.1.1896 sein*. [B] — **5.** *Titelverleihung; Hohenlohe wird den* Bürovorsteher des Bundesrats, Geheimen Kanzleirat Kirschner, *zum GehRegR vorschlagen. Dies wird lt. Bosse* das Streben fördern, alle Rangverhältnisse in die Höhe zu schrauben. — **6.** *Konzessionsentzug für zwei amerikanische Versicherungsgesellschaften. Der vom Innenministerium wegen angeblicher Mißachtung* preußischer Versicherungsgesetze *verfügte Entzug soll auf Drängen von Marschall, Miquel und Berlepsch zurückgenommen werden, da die USA* Repressalien *gegen deutsche Unternehmen angedroht haben und die Vorwürfe gegen die* „Mutual Life Insurance Company“ *falsch sind.*[4] — **7.** *Ordenssache*. [B] — **8.** *Acht Disziplinar- und Pensionssachen*. [B]

[3] *Vgl. Sitzungen am 5.12.1896, TOP 6 mit Anm. u. am 29.6.1897, TOP 2 mit Anm.*

[4] *Vgl. Rep. 120, A XII 1 Nr. 2 Bd. 3 Bl. 9 ff. (Zeitungsartikel zu den preuß. Versicherungs-VO von 1891/92, amerik. Vergeltungsmaßnahmen), bes. Bl. 33–121 (Bericht Reckes v. 6.12.1896, Gutachten Marschalls); ähnliches Material in: Rep. 76, I Sekt. 1 Nr. 134 (1896–1899). Vgl. auch Rep. 77, Tit. 789 Nr. 141 Bd. 1, n. f. (Anstellung amtl. Versicherungstechniker) u. StenBerAH 29.1.1896, S. 142 f.*

Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4], Bd. 120, Bl. 156–169; MF 716.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V zu 7–8[1]*], Boetticher [V zu 1–6], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens [für v. d. Recke], Sterneberg [für E. Hammerstein], Nieberding [zu 1], v. Kurowsky [zu 4].

1. *BGB. Der* Entwurf[2] von abgeänderten Bestimmungen *über das* internationale Privatrecht *als Teil des Einführungsgesetzes wird gebilligt*. [B] — **2.** *Zur* Feier[3] des fünzigjährigen Bestehens des „Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“ *sollen* 100.000 M. *in den* Etat *eingestellt werden.* [B] — **3.** Bildung eines internationalen Vereins für Veröffentlichung der Staatsverträge. *Die diesbezügliche Initiative der* Belgischen Regierung *soll abgelehnt werden.*[4] [B] — **4.** *Drei Disziplinarsachen.* [B] — **5.** *Pressepolitik. Eine Remuneration für Bürovorsteher, die der offiziösen* „Berliner Korrespondenz“ *im Innenministerium Stoff weiterleiten, wird abgelehnt, da* Beamte für Dienste, die

[1] *Der im Prot. (Bl. 156) genannte Abwesenheitsgrund Hohenlohes war ein Immediatvortrag bei Wilhelm II. zu den Presseberichten über die Köllerschen Rücktrittskrise; vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 142–144*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2421, Bl. 29–37 (Hohenlohe 16.12.1895).*

[3] *Zur Ende Juli 1896 in Berlin stattgefundenden Festversammlung vgl. Gleim, Wilhelm, Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, in: Archiv für Eisenbahnwesen, Jg. 19 (1896), S. 1017–1033.*

[4] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1825 (Regeln über Veröffentlichung von Verträgen) und Sitzung am 15.1.1894, TOP 1.*

sie in amtlicher Eigenschaft *tun, keinen Lohn bekommen sollen, außer bei in den* Ministerien *herausgegebenen, offiziellen* Zeitschriften. [B] — **6.** Vertrauliche Mitteilungen *Miquels über das Ergebnis des* Rechnungsjahres *1895/96 und den Staatshaushalt 1896/97. —* **7.** *Die* Stiftungsurkunde[5] *des von Wilhelm II. initiierten neuen Wilhelmsordens wird gebilligt.* [B] — **8.** *Geheimhaltung von* Bundesratsdrucksachen. *Auch auf die Gefahr hin, daß* hohe Beamte, selbst Bundesratsmitglieder *bei der Weitergabe* beteiligt *waren, soll weiter ermittelt werden, da es sich meist wohl um* Geldgeschäfte, *die von Journalisten angestrengt werden bzw. um* Indiskretionen *der* Subalternen in den kleinen Kanzleien *handelt.* [B]

[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2015, n. f. (18.1.1896); gedr. in: GS, S. 7.*

Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1895.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4] und Korrekturen, Bd. 120, Bl. 171–189; MF 716.

Anwesend [U][1]: Boetticher [V], Berlepsch, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens [für v. d. Recke], Frh. v. Broich, v. Kurowsky [beide zu 4].

1. *Hohenlohe und Miquel sind verhindert. —* **2.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1896[2]; Revision in mehreren Fällen. So soll die* Dekorierung des Landesdirektors von Saldern in Arolsen *unterbleiben und v. d. Recke dessen Ablösung erwägen. Prof. Th.* Mommsen, *lt. Bosse der* erste unter den deutschen Gelehrten, *soll in Kürze den Kronenorden I. Kl. erhalten. MdR J.* Graf Mirbach-Sorquitten *soll nicht ausgezeichnet werden.* [B] — **3.** *Ordenssachen für besondere* Verdienste um das Kriegervereinswesen; *34 Männer aus 78* Vorschlägen *werden befürwortet.* [B] — **4.** *Vier Disziplinarsachen.* [B] — **5.** *Ernennung von O.* Küntzel *zum* stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten *anläßlich der Beratung des BGB.* [B] — **6.** Übersicht *der geplanten* Gesetzentwürfe *in der Landtagssession 1896 für Wilhelm II. Das Komptabilitätsgesetz soll nicht aufgenommen werden; fünf Entwürfe sind zuerst* beim Herrenhause einzubringen. [B] — **7.** *Wilhelm II. möchte die 25-Jahr-Feier der Reichsgründung im großen Stile begehen und dazu alle* Männer *einladen, die sich um diese* verdient gemacht *haben, einschließlich der* Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften.[3] — **8.** *Verhältnis zur katholischen Kirche und zur Zentrumspartei. Anläßlich der* Beisetzung *des* Kardinals Melchers *im* Kölner Dom[4] *hatte Bosse die Beteiligung der* Staatsbehörden *abgelehnt. In der Folge hat* Oberlandesgerichtspräsident *J.* Struckmann *in* Köln *bestimmt, die* Beamten sollten sich nach Ordre Sr. Majestät nicht beteiligen, *was der katholischen Presse Anlaß zu Artikeln gab. Dieses* Mißverständnis des Oberlandesgerichtspräsidenten *soll in der* Presse *richtiggestellt werden, zumal einzelne* hohe Beamte und Offiziere *der* Beisetzung *beiwohnten.* [B]

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Miquel, v. d. Recke.*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2108 bzw. 2155.*

[3] *Der letzte Halbsatz aus dem ursprünglichen Prot. wurde wieder gestrichen, da, so eine Marginalie auf Bl. 180v, sich mannigfache* Änderungen in den Dispositionen *ergeben hätten. Zu den Feiern um den 18.1.1896 vgl. Wippermann, 1896, I, S. 36–45.*

[4] *Melchers war am 14.12.1895 gestorben und wurde am 27.12.1895 im Kölner Dom beigesetzt. Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. 1 Nr. 139 Bd. 1, Bl. 500–573 (Anfrage Krementz', weiterer Schriftwechsel, div. Zeitungsausschnitte).*

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 121, Bl. 5–50; MF 717/718.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bonsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Hollmann, Kayser [beide zu 1, U], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2, U], Nieberding [zu 3, U].

1. *Kolonialpolitik, vor allem* Kosten *und* Organisation *der* Schutztruppe.[1] *Vortrag Kayers über die begrenzte wirtschaftlichen Nutzung bzw. die hohen Kosten der* Kolonien *und die Notwendigkeit, die* Schutztruppe *nicht mehr als europäisches Heer, sondern als lokale* Polizeitruppe *zu gestalten. Das* Gesetz[2] *von* 1891 *ist v. a.* an zwei Stellen zu ändern. Hollmann *ist vom* fachlichen Standpunkte *gegen Umwandlung in eine* Polizeitruppe, *die* schlaff *und militärisch unbrauchbar wäre. Bronsart hält es für nötig, daß* in den fernen Kolonien *der zivile* Gouverneur *auch die militärischen Entscheidungen, z. B. über Feldzüge gegen Stämme, trifft. Miquel ist über künftige Verwaltungsersparnis erfreut, zumal dann neue* Eisenbahnverbindungen *beim kolonialkritischen RT beantragt werden können. Lt. Posadowsky* verursachten die Kolonien seit ihrem Erwerb *mehr als* 47 *Mio. M.* Kosten *bei geringen Vorteilen, was Bosse als* deprimierend *empfindet. Das* Staatsministerium *wird ein* Promemoria[3] *zu geplanten Änderungen verfassen.* [B] — **2.** *Bimetallismus. Lt. Posadowsky hat* England *definitiv die Wiedereröffnung der* Münzstätten in Indien *abgelehnt. Hohenlohe kann nun* erklären, *daß damit die von* Bimetallisten *anerkannte Vorbedingung für* eine internationale Regelung der Silberfrage *wegfällt und* Deutschland *nur* Vorschläge anderer Regierungen *abwarten kann. Debatte über die weitere Strategie. Die* Staatsregierung *wird im* Bundesrat *gegen eine aussichtslose Münzkonferenz stimmen und ggf. dem* Landtage *auf dessen* Resolutionen *hin erklären, die Haltung Preußens werde im* Bundesrat *dargelegt werden.*[4] [B] — **3.** *Thronfolge in Lippe-*Detmold. *Die Regentschaft des Kaiserschwagers* Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe *wird in* Detmold *vielfach* beanstandet *und* Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld *als wahrer Thronfolger angesehen. Das Lippische* Landesgesetz *v. 26.4.1895*[5] *verlangt deswegen einen* Gerichtshof *und die* Lippische Regierung *wollte dies per* Reichsgesetzgebung *dem* Reichsgericht *übertragen. Die Bundesfürsten wollen jedoch ein* Austrägal-Gericht, *da ihre* Souveränität tangiert *wird. Marschall hält die Entscheidung aller* Thronstreitigkeiten durch das Reichsgericht *für sinnvoll, sofern* alle beteiligten Faktoren *dem zustimmen. Da ein Eingriff des Reichs in bundesstaatliche Verfassungsfragen eine* Alterierung der Grundlagen der Reichsverfassung *wäre, ist der* Lippische *Bundesratsantrag abzulehnen und der* Reichskanzler zu ersuchen, *einen* Kompromiß unter den streitenden

[1] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1381, Bl. 1–9v (Votum Hohenlohes v. 25.12.1895); auch in: BArch, RK, Nr. 562, Bl. 187 bis 195. Vgl. zum Fortgang auch RK, Nr. 563.*

[2] *RGBl. 1891, S. 53.*

[3] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. zu den Schutztruppen allgemein: Deutsches Koloniallexikon, hrsg. von Heinrich Schnee, Bd. 3, Leipzig 1920, S. 321–324. Die Novelle in: StenBerRT 1895/97, Drucks. Nr. 359; Debatte dazu 15.6.1896, S. 2606–2613.*

[4] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, Sitzung am 23.1.1896, § 43. Vgl. StenBerAH, Session 1895, 21./22.5.1895, S. 2125 bis 2167 (Resolution O. Arendt) und den dilatorischen Hinweis Hammersteins auf die Erklärung Hohenlohes im RT in StenBerAH, 29.1.1896, S. 175. Diese Erklärung Hohenlohes in: StenBerRT, Session 1895/97, 8.2.1896, S. 822.*

[5] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 1965, Bl. 19 f. u. 42 f. (Landesgesetz bzw. Bundesratsantrag v. 5.7.1895). Bl. 71–89v der das Reichsgericht als Entscheider ablehnende Antrag des Bundesratsausschusses v. 4.1.1896. PA AA, R 3109, n. f. (Aufzeichnung über Austrägal-Gerichtsbarkeit und Zeitungsausschnitte). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, Sitzung 1.2.1896, § 64 (Ablehnung des Antrags, aber Vermittlung durch den Reichskanzler). Diese Dokumente auch in: Rep. 90a, Z II 2 Nr. 1 Bd. 1 (1895/96). Der Ablauf der Frage bei Wippermann, 1896, II, S. 225–232; Analyse bei Bartels-Ishikawa, Anna, Der Lippische Thronfolgestreit. Eine Studie zu verfassungsrechtlichen Problemen des Deutschen Kaiserreiches im Spiegel der zeitgenössischen Staatsrechtswissenschaft, Frankfurt/M. 1995, hier S. 24–31.*

Teilen *anzubahnen.* [B] — **4.** *Drei Ordenssachen; u. a. wird Prof.* Dr. *E.* du Bois-Reymond *ausgezeichnet.*

Nr. 218 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 121, Bl. 54–73v; MF 718. — Abschr. [TOP 3–5, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 115–129v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [U], Küntzel, J. Hermes, Mügel [alle drei zu 7].

1. Beileidbezeugung *zum Tod des* Prinzen Alexander *von Preußen*.[1] [B] — **2.** Eröffnungsrede[2] *zur Landtagssession 1896 wird redigiert.* [B] — **3.** *Nationale Feiern. Der 18.1.1896 ist zwar nicht zum regulären* Feiertag *zu erklären, aber es ist schulfrei und die* Bürostunden *dürfen verkürzt werden.* [B] — **4.** Altkatholiken. *Am* Begräbnis *des verstorbenen* Bischofs Reinkens *soll nach Meinung einer Ministermehrheit der* Oberpräsident *teilnehmen, um die* Altkatholiken *nicht ostentativ zurückzusetzen.* [B] — **5.** Altkatholiken. *Dem* Weihbischof Weber *soll der von ihm beantragte* Eid als Bistumsverweser *abgenommen werden, ohne deshalb staatlicherseits auf alle Zukunft die* Altkatholiken *als* Teil der römisch-katholischen Kirche *betrachten zu wollen, zumal das Zentrum bei der Haushaltsdebatte stets den Antrag*[3] *stellt, die diesbezügliche* Etatsposition „katholischer Bischof“ *zu streichen.* [B] — **6.** *Ordenssache. Prof. R.* Virchow *darf das zum Jubiläum der Académie francaise verliehene* Kommandeurkreuz der Ehrenlegion *anlegen.* [B] — **7.** Bedenken[4] *gegen das Einführungsgesetz zum* BGB. *Die bestehenden* Privilegien *ehem. reichsständischer* Familien, *v. a. beim Erbrecht, sollen gewahrt werden* [B]. *Auf Anregung Miquels soll ein* Vorbehalt *für künftige landesgesetzliche* Bestimmungen über eine Verschuldungsgrenze *bzw. betr.* Einschränkung der freien Veräußerlichkeit von Boden *eingefügt werden* [B]. *Weitere Vorbehalte in diversen Fragen* [B]. *Betr.* Entziehung der Rechtsfähigkeit *für* von Deutschen im Auslande *gebildete* Vereine *soll eine* Bestimmung *aufgenommen werden* [B]. *Bezüglich* Zuständigkeit des Bayerischen Obersten Landesgerichts *soll aus Rücksicht auf* Mißstimmung *in Bayern abgewartet werden* [B]. — **8.** *Die bisher als* „Expedient“ *bezeichneten* Bürobeamten *des* Reichs- und Staatsanzeigers *sollen den Amtstitel* „expedierender Sekretär und Kalkulator“ *erhalten.* [B]

[1] *Prinz Alexander war am 4.1.1896 gestorben; vgl. Wippermann, 1896, I, S. 323.*

[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, 15.1.1896, S. 1 f.*

[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, 28.2.1896, S. 912 f. und 5.3.1896, S. 1086–1093. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 413 Nr. 40, Bl. 130–140 (Eingabe der kath. Bischöfe v. 20.8.1896 gegen die Altkatholiken u. Votum Bosses v. 13.11.1896).*

[4] *Vgl. als Vorlage das Votum Schönstedts v. 30.12.1895 in: Rep. 90, Nr. 2421, Bl. 118–131; dort auch Voten. Das Einführungsgesetz vom 18. August 1896 trug den Bedenken in den meisten Punkten Rechnung. Art. 10 bestimmte, daß Vereine mit ausländischem Sitz im Inland ihre Rechtsfähigkeit erst durch Bundesratsbeschluß erlangten.*

Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 121, Bl. 76–87v; MF 718.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

1. *Wilhelm II. plant eine* Amnestie *zum 18.1.1896. Eine* politische Amnestie, *etwa gegen* Sozialdemokraten, *ist* nicht beabsichtigt, *aber Schönstedt möchte alle* Haftstrafen *unter* 6 Wochen *amnestieren.*[1] *Weitere Details. Marschall, Miquel und Berlepsch optieren gegen eine willkürliche* Amnestie *für* Würdige und Unwürdige *und eher für* Begnadigung in großem Umfange *aufgrund Einzelfallprüfung, zumal ein Präjudiz für Bundesstaaten geschaffen wird. Schönstedt soll eine* Audienz *bei Wilhelm II. erbitten.* [B] — **2.** *Thronfolge in Lippe-Detmold.* Konservativen und Nationalliberalen *soll abgeraten werden, die Frage im RT zu erörtern; der* Vergleichsversuch *durch den* Reichskanzler *soll Wilhelm II. erläutert werden.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8487, Bl. 3 ff. (Schriftwechsel betr. Ausführung des Amnestie-Erlasses v. 18.1.1896, Druck in: JMinBl., S. 19) u. Rep. 89, Nr. 18671, n. f. (1895/96).*

Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 121, Bl. 90–135; MF 718/719. — Abschr. [TOP 1–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 131–158v.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].*

1. *Bau einer* festen Brücke *über den Rhein in* Düsseldorf.[2] *Die von einem privaten* Konsortium *gestellten* Bedingungen *hält Thielen für annehmbar, auch die verlangte* Konzession für eine Kleinbahn Düsseldorf–Krefeld, *da der* Staat *so Geld spart.* [B] — **2.** *Arbeitsbefreiung für die* Arbeiter *in* Staatsbetrieben *am* Nachmittag *des* Geburtstags *Wilhelms II. Generelle Arbeitsbefreiuung in allen* Ressorts *wird abgelehnt, da die Teilnahme der* Leute an patriotischen Festen *zwar politisch erwünscht ist, aber bei bezahltem freien* Nachmittage *in der* Bergverwaltung *auch hohe Kosten entstünden.* [B] — **3.** Illumination *und* Beflaggung *der* öffentlichen Gebäude *am 18.1.1896. Da davon eine patriotische* Wirkung *erwartet wird, soll es geschehen.* [B] — **4.** Einführung einer obligatorischen *Fleischbeschau* an den Grenzen.[3] *Dies ist lt. Hammerstein vom AH gefordert und nötig im Interesse der* menschlichen Gesundheit, *gegen* Einschleppung von Viehseuchen *sowie zum Schutze der* inländischen Viehproduktion. *Berlepsch sieht hier das* wirtschaftliche Interesse, *nicht das* veterinärpolizeiliche *dominieren und Grenzkontrollen zudem als Verstoß gegen die* Handelsverträge, *nur erlaubt, wenn* Fleischschau *auch überall* im Inlande *bestünde. Die* obligatorische *Fleischbeschau soll auch im Inland in Kooperation mit den Bundesstaaten eingeführt werden* [B]. — *Seuchenpolitische Maßnahmen gegen* Einschleppung der Maul- und Klauenseuche und der Geflügel-Cholera *durch* Federvieh aus Rußland und Galizien *sollen in zweckmäßiger Weise ergriffen werden* [B]. — **5.** *Reich–Preußen-Verhältnis anläßlich des Ansinnens der* Regierung *Sachsens, dem* Zuckersteuergesetz *im* Bundesrat *nur zuzustimmen, wenn die erwogenen Ausnahmetarife der preußischen Staatsbahnen für* Zucker *aus* Schlesien und Posen *auch* Sachsen *zugestanden würden. Diese* Forderung *verquickt unzulässigerweise* ganz heterogene Dinge *und* Sachsen *ist zu antworten, nur wenn* Ermäßigungen allgemein gewährt *würden,* solle auch Sachsen sie haben.[4] [B] — **6.** Zurückweisung ausländischen Getreides, *weil es nicht der* „börsenmäßigen Lieferungsqualität“

[1] *Gelesen: Miquel [U].*

[2] *Vgl. Weidenhaupt, Hugo (Hrsg.), Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 3, Düsseldorf 1989, S. 176 f. (Rheinische Bahngesellschaft).*

[3] *Rep. 90, Nr. 1813, n. f. (Voten ab 11.12.1895). Vgl. die Prot. der kommissarischen Beratungen v. 20.2. bzw. 9.4.1896 in: Rep. 77, Tit. 342a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 29 ff. und StenBerAH, Session 1895, 4.7.1895, S. 2695–2708 (AH-Resolution betr. einzuführende stärkere Grenzkontrollen).*

[4] *Sachsen stimmte der Zuckersteuer-Novelle am 1.2.1896 zu; 10 Staaten mit 21 Stimmen lehnten sie ab.*

entspricht, ist lt. Hammerstein nicht mit den Handelsverträgen *vereinbar; nur* sanitäre Gründe *rechtfertigen dies. Zudem wären* öffentliche Lagerhäuser *nötig, um die* Untersuchung auf Lieferbarkeit *durchzuführen.*[5] [B] — **7.** *Thronfolgefrage in Lippe-Detmold. Beim geplanten Kompromißversuch des Reichskanzlers ist weiterhin der* Ausdruck „Schiedsgericht" *zu gebrauchen, da ein* Gerichtshof *die relevanten* politischen Gesichtspunkte *gering achten würde.* [B]

[5] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bd. 8, Bl. 300 ff. (Votum Hammersteins v. 19.12.1895).*

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1896.

Vollz. Reinschriften[1] *mit vollz. Teilreinschriften und Korrekturen, Bd. 121, Bl. 144–180; MF 720.*

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, Schönstedt, v. d. Recke [7–13]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens [für v. d. Recke, zu 1–7], Donner, Gf. v. Posadowsky-Wehner [beide zu 4, U], Frh. v. Broich, Supper, E. Müller [alle zu 8].

1. *Hammerstein ist durch die Staatshaushaltsdebatte des AH verhindert.* — **2.** *Auf die* Einladung, *den* Verhandlungen *des* deutschen Landwirtschaftsrats *beizuwohnen, sollen wie bisher Ressortvertreter entsandt werden.* [B] — **3.** *Wilhelm II. plant eine Marine-Vorlage und wollte diese persönlich am 18.1.1896 dem RT* übergeben. *Hohenlohe riet ab und fand auch bei den* Parteiführern *nur Ablehnung. StS* Hollmann *bereitet einen* Flotten-Organisationsplan *vor.*[2] — **4.** Zoll auf Quebracho-Holz. *Der diesbezüglichen RT-Resolution*[3] *möchte Hammerstein mit einem geringen* Zoll *nachkommen, da das* Gerbereien *nicht schädigt und die regierungsfreundlichen* Schälwaldbesitzer im Westen *wie die Zentrumspartei befriedigt. Posadowsky, Berlepsch und* Marschall *lehnen* Zoll *aus sachlich-praktischen Gründen und weil dem die* Handelsverträge *entgegenstehen ab. Preußen wird* im Bundesrate *gegen die RT-Resolution stimmen.* [B] — **5.** Errichtung von Kornlagerhäusern.[4] *Miquels Anregung, staatlicherseits* drei *Mio. M. dafür aufzuwenden und den Betrieb* landwirtschaftlichen Genossenschaften *zu verpachten, so daß auch kleine Getreideproduzenten bessere Preise als im* Zwischenhandel *erzielen, wird gebilligt.* [B] — **6.** *Debatte zum Fortfall der* Amtsbezeichnung „Bauinspektor"[5] *und zum Erwerb von zwei Grundstücken durch eine niederländische* Aktiengesellschaft *wird vertagt.* [B] — **7.** *Pressepolitik.* Verleger *mehrerer* katholischer Blätter, *darunter J.* Bachem *und F.* Dasbach, *verlangen* gleiche Behandlung der katholischen Zeitungen *bei* amtlichen Inseraten *und somit* Aufhebung *des Staatsministerialbeschlusses*[6] *v.* 13. Dezember 1874. *Die* konfessionelle Richtung *einer* Zeitung *soll* in keiner Weise *den Ausschluß von* amtlichen Inse-

[1] *Es handelt sich um eine separate, vollzogene Aufzeichnung zu TOP 3, die im versiegelten Kuvert aufbewahrt wurde.*

[2] *Vgl. Rep. 90a, Y II 2b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 294 ff. (einige Schriftstücke), Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 151–162, Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 496 f. (Bericht Jagemanns, Tagebuch Marschalls) sowie als detaillierte Analyse der Jahre 1895–98 Berghahn, Volker R., Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1970, S. 82–107.*

[3] *StenBerRT, Session 1894/95, 26.4.1895, S. 1897–1908.*

[4] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1137 (Voten, Denkschrift v. 8.1.1896), Rep. 87, B Nr. 7579, n. f. (Schriftwechsel 1895/96) u. StenBerAH, Session 1896, 23.4.1896, S. 1837–1866.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115283, n. f. (Anregung Thielens v. 22.11.1895, Voten, Versanden, Wiederaufnahme 1903). Vgl. Sitzung am 12.12.1903, TOP 6 (Beseitigung der Bezeichnung).*

[6] *Vgl. Sitzungen am 10.1.1880, TOP 2 u. 2.2.1892, TOP 4 sowie StenBerAH, 14.3.1895, S. 1405 f. (Strachwitz). Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1559 (Eingabe v. 17.12.1895, Verzeichnis aller Zeitungen Preußens mit Angabe ihrer Parteirichtung u. Auflage) u. Rep. 77, Tit. 53 Nr. 65 Adhib. 1, Bl. 22 (Antwort an Bachem).*

raten *begründen, aber oppositionelle* Blätter *mit gehässigem* Ton *dürfen ausgeschlossen bleiben.* [B] — **8.** *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **9.** *Thronfolgestreit in Lippe-Detmold. Im Bundesrat ist der* bayerische Zusatzantrag[7], *ein anzubahnender* Kompromiß *solle durch den* Landtag *von* Lippe *genehmigt werden, abzulehnen.* [B] — **10.** *Die Adelsverleihung an Prof. E.* Leyden *wird gebilligt* [B]. Nobilitierungssachen *sollen* regelmäßig *mit dem Minister des* Innern *bzw.* des Königlichen Hauses *abgestimmt*, *aber nur bei problematischen Fällen auch an das* Staatsministerium gebracht werden; *letztendlich entscheidet Wilhelm II.*[8] [B]. — **11.** *Boetticher möchte die Voten betr.* Ausgleichung *von Defiziten bzw. Überschüssen unter den* Versicherungsanstalten *bald erhalten.* — **12.** *Zwei Ernennungen; u. a. soll der hervorragend tüchtige Georg Frh. v.* Rheinbaben *RegPräs. im schwierigen* Düsseldorf *werden.* [B] — **13.** *Die Polemik liberaler* Blätter, *daß in den* Ordenslisten *zum* Ordensfest *die um das* Kriegervereinswesen *verdienten Dekorierten zuerst mit ihrer militärischen* Stellung, *dann als* Staatsbeamte *geführt wurden, soll unbeantwortet bleiben.* [B]

[7] *Er ist, wie Anträge in Bundesratsausschüssen in der Regel, aktenmäßig nicht nachweisbar, aber genannt bei Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 495 (Bericht Jagemanns über die Ausschußsitzung am 28.1.1896).*

[8] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2011, Bl. 6 ff. (Voten).*

Nr. 222 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 121, Bl. 182–211; MF 720/721. — Abschr. [TOP 2, 4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 174–185v. Teildruck [TOP 3] in: Henning, Eckart, Der erste Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive Reinhold Koser, in: Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, hrsg. von F. Benninghoven und C. Lowenthal-Hensel, Köln/Wien 1979, S. 264–268.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein [3–8], Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

1. *Berlepsch und Hammerstein sind verhindert.* — **2.** *Altkatholiken. Bosse möchte aus politisch-rechtlichen Gründen kein Nachgeben gegenüber der Zentrumsforderung auf Streichung der Etatsposition* „altkatholischer Bischof“ *und somit* von der bisher eingenommenen Stellung *nicht abgehen. Miquel will die* Position *unter dem Rubrum* „für Geistliche aller Bekenntnisse“ *in den Staatshaushalt einstellen, da der Staat* nicht behaupten *kann,* daß die Altkatholiken Glieder der katholischen Kirche seien. Marschall *zufolge ist es* geradezu ungeheuerlich, *diese* Fiktion jetzt noch aufrecht zu erhalten. *Da jedoch das Altkatholikengesetz v.* 4. Juli 1875 *gilt, optiert eine Ministermehrheit für Beibehaltung der* bisherigen Stellung zu den Altkatholiken. [B] — **3.** *Direktion der* Staatsarchive.[1] *Die* bisherige Organisation *der Verbindung von Direktion der* Staatsarchive *und* Referenten für Archivwesen im Staatsministerium *mit der Stelle des* Direktors *des Berliner* Geheimen Staatsarchivs *wird beibehalten. Der Vorschlag von F.* Althoff, *R.* Koser *hierfür zu ernennen, wird gebilligt. Stellv.* Direktor *soll der* Archivrat *und nationalliberale* Abgeordnete *K.* Sattler *werden.* [B] — **4.** *Die* Wahlprüfungskommission *des RT hat anläßlich der* Prüfung der Wahl *von H.* Wamhoff *um Einsicht in mittelbar relevante gerichtliche* Untersuchungsakten *ersucht. Dies wird wie 1885*[2] *abgelehnt.* [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf*[3] *betr.* Aufhebung des Amtsgerichts zu Pellworm *soll wieder eingebracht werden, da dieses Gericht* aus dänischer Zeit *größenmäßig*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 946 (2. Dir. Sattler) u. Rep. 76 (D), Nr. 1262, Bl. 142 ff. (Pressestimmen, Gutachten Althoffs).*

[2] *Vgl. Sitzung am 17.2.1885, TOP 4 und die Wahlprüfung in: StenBerRT, 23.4.1896, S. 1884–1890.*

[3] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 224; Debatte dazu 12.6.1896, S. 2351–2353.*

lebensunfähig *ist.* [B] — **6.** *Das zu ändernde* Regulativ[4] über die staatlichen Dienstwohnungen *soll in kommissarischen* Beratungen *erarbeitet werden.* [B] — **7.** *Die* Beratung über die Offizier-Witwenkasse und die Leichenschau[5] *wird vertagt.* [B] — **8.** *Der* Gesetzentwurf[6] über die Einführung ärztlicher Ehrengerichte *soll von den* Oberpräsidenten *begutachtet werden.* [B]

[4] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1611, Bl. 27 ff. (Voten). Bl. 93 ff. das Prot. der in der Sitzung v. 18.12.1897, TOP 7 erneut beschlossenen kommissar. Beratungen. Bl. 104 das neue Regulativ v. 20.4.1898, MinBl. innere Verw., S. 120.*

[5] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1485 (Gesetzentwurf v. 4.12.1895, Voten, Fortgang bis zur Vertagung der Frage in der Sitzung am 28.10.1898, TOP 4). Dies auch in: BArch, RAdI, Nr. 115294, n. f.*

[6] *Rep. 76, VIII B Nr. 770, Bl. 155–171v (Entwurf Bosses, übersandt 9.1.1896). In der Akte auch der Fortgang bis Ende 1897. Das Gesetz erging erst 1899; vgl. GS, S. 565.*

Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7], Bd. 121, Bl. 214–250v, 252–258; MF 721/722. — Abschr. [TOP 2–5, 8–9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 188–209v.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: H. Holtz [zu 3], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 7].

1. *Hohenlohe, Berlepsch und Bronsart v. Schellendorff sind verhindert.* — **2.** *Ausnahmetarife für* Kohlensendungen aus Schlesien nach Stettin.[2] *Thielen zufolge ist dies nötig, um das* Vordringen *der* englischen Kohle *zu stoppen. Wie vom* Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen *Verein und Berlepsch gefordert, soll die* Fracht von 103 M. auf 75 M., *somit* 1,34 Pfg. pro Tonnenkilometer, *reduziert werden, obwohl dadurch bis 0,5 Mio.* M. *Einnahmeausfall befürchtet wird.* [B] — **3.** Einverleibung *von drei oldenburgischen Vororten von* Wilhelmshaven.[3] *Dies war* 1889 *geplant worden, um den* Herd für sozialdemokratische Agitationen *auszuschalten. Da aber über die kompensatorischen Abtretungen an* Oldenburg *und die* Entschädigung *sowie die Lastenverteilung zwischen* Preußen *und dem* Reich *Uneinigkeit besteht, der* Gebietstausch *auch den* sozialdemokratischen Einflüssen *auf Werftarbeiter keinen Abbruch tun würde, sollen die* Verhandlungen *abgebrochen und bezüglich* Polizeiverwaltung *und nötige* sanitäre Maßregeln *separates* Einvernehmen zwischen Preußen, Oldenburg und der Marine *angestrebt werden.* [B] — **4.** *Bevorzugung der* direkten Produzenten bei *landwirtschaftlichen* Lieferungen für staatliche Anstalten.[4] *Hammerstein berichtet über* Unzufriedenheit unter *schlesischen* Großgrundbesitzern *und fordert die* Ressorts *auf, tunlichst* direkt von den Produzenten zu beziehen. *Da man mit den Händlern auch die an sie liefernden* kleinen Bauern *trifft, soll zur Bildung von* landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften *ermutigt werden. Auf den* legitimen Handel *und die* Zwischenbearbeitung *kann nicht verzichtet werden.* [B] — **5.** *Ansiedlungspolitik.*[5] *Lt. Miquel muß der* Ankauf deutscher Güter durch die Ansiedlungskommission eine Ausnahme bilden *und, bei Mangel an* polnischen Gütern, *ein* langsameres Tempo *eingeschlagen werden. Auch nach Bosse hat man* große Fehler gemacht, *zumal*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Berlepsch, Bronsart v. Schellendorff.*

[2] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Voten Thielens v. 13.1.1896 u. Berlepsch' v. 12.2.1896).*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115284, n. f. (Voten, Schreiben v. 9.5.1896 wegen weiterer Verhandlungen mit Oldenburg).*

[4] *Vgl. die im Prot. genannte Resolution in: StenBerAH, Session 1895, 27.4.1895, S. 1856–1873. Zur Sache vgl. BArch, RAdI, Nr. 115285, n. f. (Voten Hammersteins v. 10.11.1895 u. 22.2.1896, im Umlauf hergestellter Staatsministerialbeschluß v. 30.4.1896, der in der Sitzung am 25.3.1896, TOP 6, redigiert wurde).*

[5] *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 148–153v (Votum Miquels).*

deutsche Güter *in polnischen* Gegenden gekauft *werden. Präsident* v. Wittenburg *ist anzuweisen, daß vor Neukäufen der vorhandene* Besitz *kolonisiert werden soll.* [B] — **6.** *Frage des Erwerbs von zwei Grundstücken* durch eine niederländische Aktiengesellschaft *wird vertagt.* [B] — **7.** *Sieben Disziplinarsachen.* [B] — **8.** *Die* Bestimmungen *für den Fall* feindlicher Invasion *sollen um eine Bestimmung über die Gelder der* Versicherungsanstalten für die Alters- und Invaliditätsversicherung *ergänzt werden.* [B] — **9.** *Pressepolitik. Die von Recke für 1895 beantragte* Remuneration *für* Zentralbüro-Vorsteher, *die der* „Berliner Korrespondenz" *Artikelentwürfe zuleiten, wird erneut abgelehnt.* [B] — **10.** *Hammerstein zufolge führte man im* Provinzial-Landtage in Hannover bittere Klage *über die hohen finanziellen* Anforderungen, *die entsandte Beamte für den* Bau einer neuen Provinzial-Irrenanstalt *stellten.*[6] *Bosse sieht die* Klagen als nicht unbegründet an. — **11.** *R. Koser möchte die Direktion der* Staatsarchive *zunächst* kommisarisch übernehmen. [B] — **12.** *Beschlußfassung über* Einführung des Reichs-Preßgesetzes in Elsaß-Lothringen *und* wegen des Margarine-Gesetzes *soll* schleunig *erfolgen.*

[6] *Protokolle des 29. hannoverschen Provinziallandtages vom 3. bis 12. Februar 1896, Hannover 1896, Debatte am 11.2.1896, S. 101–106.*

Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 122, Bl. 4–44; MF 722/723. — Abschr. [TOP 2–3, 5–7, 11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 211–228v.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U].

1. *Thielen ist verhindert.* — **2.** *Hohenlohe wünscht, daß die im Innenministerium für Wilhelm II. gefertigten* Zeitungsausschnitte, *die dieser zuweilen den Ressortchefs zusendet, ihm zur* Kenntnis *gegeben werden, soforn sie* Randbemerkungen und Direktiven *von politischer Bedeutung enthalten.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur Petition*[2] *von* Militäranwärtern, *die beklagen*, *daß ihnen die Militärpension auf ihr Einkommen aus Tätigkeit* im Reichs- und Staatsdienste *angerechnet und somit* vorenthalten *wird*, *während sie im Kommunaldienst zusätzlich zum* Gehalt *gezahlt wird. Posadowsky und Miquel setzen Ablehnung der Petition durch, da sie sachlich unberechtigt ist, die nötigen* sechs *Mio. M. fehlen und man sonst unübersehbare weitere* Wünsche *provoziert.* [B] — **4.** Einführung des Reichspressegesetzes in Elsaß-Lothringen.[3] Statthalter *Hohenlohe-Langenburg und reichstreue Kreise versprechen sich dadurch weitere* Germanisierung, *aber dadurch würden auch bisherige* Kautelen *wie die* Kautionen *wegfallen, profranzösische Kräfte profitieren und die* Einführung *würde als* Anerkennung der Vortrefflichkeit unseres Preßgesetzes *betrachtet, das man doch ändern möchte. Deshalb einstimmige Ablehnung.*[4] [B] — **5.** *Margarinegesetz in der* Reichstagskommission[5]. *Detailberatung, u. a. betr.* Zusatz von Phenolphtalein *um* Verfälschungen zu er-

[1] *Gelesen [U]: Thielen.*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Sitzung am 19.3.1896, § 174 (Petition abgelehnt).*

[3] *Vgl. Rep. 90, Annex E Nr. 22, Bl. 9 ff. (Anregung Hohenlohe-Langenburgs, Schreiben Hohenlohes v. 11.2.1896 mit Gesetzentwurf, Voten). Dies auch in: BArch, RAdI, Nr. 115303, n. f.*

[4] *Vgl. BArch, RK, Nr. 150/1, Bl. 177 ff. (Votum Hohenlohes v. 11.2.1896, Gesetzentwurf) u. Bl. 252 ff. (Hohenlohes Antwort an den Statthalter v. 5.3.1896). Dazu auch Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 165–167 u. StenBerRT, Session 1895/97, 8.5.1896, S. 2218–2230 (SPD-Antrag auf Einführung des Reichspressegesetzes).*

[5] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 224 (Kommissionsbericht). Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 67 Bd. 3, Bl. 231 ff. (Kommissionsbeschlüsse, Voten, Material). Zum umstrittenen Gesetz vgl. auch Bde. 1 u. 2 dieser Aktenreihe.*

schweren, *das* Verbot der Färbung von Margarine *und* Trennung der Verkaufsräume für Butter und Margarine, *was Berlepsch unter die agrarischen* Agitationsmittel *rechnet.* [B] — **6.** Erwerb zweier in Preußen gelegener Grundstücke durch eine niederländische Aktiengesellschaft.[6] *Eine in* Emmerich *geplante* Dampf-Ölfabrik *würde der* inländischen Landwirtschaft [...] Konkurrenz *machen. Bisher wurde ausländischen* Unternehmen *nie die* Genehmigung *verweigert und* Mißstimmung in Holland, *ja* Retorsionsmaßregeln *gegen* deutsches Kapital *im* Auslande *wären die Folge. Deshalb wird die* Genehmigung *erteilt.* [B] — **7.** *Berufung von Industriellen in das* Herrenhaus. *Neben drei Kommerzienräten sollen jetzt vier* Großgrundbesitzer, *später eventuell auch* einige Geistliche, *vorgeschlagen werden.* [B] — **8.** *Frage der* Ernennung *der* Lehrer *am* Gymnasium zu Wernigerode *und* Gesetzentwurf[7] wegen Gewährung von Umzugskosten-*Beihilfen* an Regierungs-Baumeister *werden vertagt.* [B] — **9.** *Verhältnis zu* Württemberg *anläßlich der Anfrage, die* Lose *für zwei württembergische* Lotterien *auch in* Preußen *vertreiben zu dürfen. Da* Geldlotterien *grundsätzlich* nicht genehmigt *werden, setzt Miquel die Ablehnung durch, obwohl* Marschall *und Hohenlohe* heftige Animosität gegen Preußen *befürchten.* [B] — **10.** *In der* Lippischen Thronfolgefrage *soll* König *Albert* von Sachsen *als Schiedsrichter vorgeschlagen werden.* — **11.** *Der* preußische *Vorschlag zur Arbeitszeit* in Bäckerein und Konditoreien *wurde im* Bundesratsausschusse *leicht modifiziert* angenommen. [B] — **12.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **13.** Gesetzentwurf betr. das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern in der Kommission des Herrenhauses.[8] *Die* Ressortminister *werden einige dort beschlossene Abänderungen für problematisch erklären.* [B] — **14.** *Zwei Titelverleihungen werden abgelehnt, da* Generalkommissionspräsidenten *nicht zu* Räten 1. Klasse *ernannt werden sollen.* [B]

[6] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115287, n. f. (Voten).*
[7] *BArch, RAdI, Nr. 115304, n. f. (Gesetzentwurf v. 9.2.1896). Vgl. Sitzung am 9.3.1896, TOP 5 (Zustimmung dazu).*
[8] *StenBerHH, Session 1896, Drucks. Nr. 25; Debatte dazu 27.2.1896, S. 34–56.*

Nr. 225 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 122, Bl. 48–71v; MF 723/724.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendoff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

1. *Lt. Bosse scheinen* Konservative und Zentrum *die Vorlage eines* Volksschulgesetzes *zu verlangen*[1], *was Bosse bisher vermieden hat,* weil die Leidenschaften und die konfessionellen Gegensätze zu groß *waren. Bosse würde eher zurücktreten als die* Staatshoheit *in der Schule aufgeben und stets* Rücksicht *auf die* evangelische Bevölkerung *nehmen. Da Wilhelm II. kein* Schulgesetz *will, diese* Brandfackel *weiter zu vermeiden und die* Koalition *unsicher ist, ist eine Vorlage* nicht zweckmäßig. *Marschall, Miquel und Hammerstein berichten vom* Schulgesetz *vom* März 1892. [B] — **2.** Lehrerbesoldungsgesetz[2]. *Freisinn und NLP kämpfen gegen die Bestimmung, daß staatliche* Zuschüsse *nur für* 25 Lehrerstellen *pro Kommune vorgesehen sind, was lt. Miquel bezweckt, die* großen, *leistungsfähigen* Städte *nicht wie bisher zunehmend unterstützen zu müssen. Etwaige Kompromißmöglichkeit. — Sparsamkeit hier ist trotz guter Lage im Staatshaushalt auch nötig, um eine von Miquel angepeilte* allgemeine Gehaltsaufbesserung *der* Beamten *bezahlen zu können.* — Dauernde Mehreinnahmen *ließen sich auch durch Konvertierung auf* 3½% *erreichen.* — **3.** *Tagung*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, 28.2.1896, S. 925 f. (Heydebrand propagiert konservativ-klerikale Mehrheit).*
[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 6; Debatte dazu 30./31.1.1896, S. 179–230.*

des Deutschen Handelstags.[3] *Boetticher soll wie bisher eine* kleine Rede *halten und* raten, die Gegensätze *zur* Landwirtschaft [...] nicht zu übertreiben, *auch wenn dann die* Agrarier *den Vorwurf der* Parteinahme gegen die Landwirtschaft *erheben.* — **4.** *Pressepolitik.*[4] *Die* „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" *hat eine* ungünstige finanzielle Lage *und benötigt einen neuen* Redakteur. *Da trotz der* „Berliner Correspondenz" *ein regierungsnahes* Blatt *unerläßlich ist, sollen als finanzielle Hilfe mehr* Inserate und Mitteilungen aus den einzelnen Ressorts *an die* Norddeutsche Allgemeine Zeitung *gehen.* [B]

[3] *Vgl. die Verhandlungen des 22. Deutschen Handelstages zu Berlin am 10.3.1896, Berlin 1896, in: Rep. 87, B Nr. 7490, Bl. 138–166 (Boetticher Bl. 145) u. Schultheß 1896, S. 46 (Handelstag gegen Börsen- und Margarinegesetz).*

[4] *Vgl. Stöber, Pressepolitik, S. 56 f. (auch zur Sitzung am 16.9.1897, TOP 1).*

Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 122, Bl. 74–124v; MF 724/725.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1–2, U], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 3, U].

1. *Eherecht im BGB. Lt. Nieberding befürworten Konservative zunehmend die* fakultative Zivilehe *und vielleicht schließt das* Zentrum *sich an; dann ist in der RT-Kommission die* Regierungsvorlage *gefährdet, sofern nicht deren zwei* freikonservative Mitglieder *dafür stimmen. An der* obligatorischen Zivilehe *ist festzuhalten.*[1] [B] — **2.** *Gesetzentwurf betr.* Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der *StPO in der RT-Kommission.*[2] *Die* preußische Regierung *wird durch einen* Kommissar *andeuten, was sie für* unbedingt nicht akzeptabel *und was für* annehmbar *hält, denn eine offizielle Festlegung schon in Kommissionsberatungen ist, wie bisher üblich, zu vermeiden.* [B] — **3.** Änderung des Reglements für die Offizier-Witwenkasse[3] *wird gebilligt. Um ein Hineinregieren des RT nach Preußen zu vermeiden, soll die analoge* Änderung *für die* „Preußische allgemeine Witwen-Verpflegungsanstalt" *an den Landtag gebracht werden.* [B] — **4.** Festsetzung des Tarifs *für den* Kaiser Wilhelm-Kanal *soll bis* 30. September 1899 *erfolgen.*[4] [B] — **5.** Rang und Gehalt *der* höheren technischen Beamten *anläßlich der* Gewährung von Umzugskosten-*Beihilfen an* Regierungsbaumeister. *Das gleiche Verlangen anderer* Staatsminister *für diverse Beamtengruppen ihres Ressorts ist erst bei allgemeiner Gehaltsaufbesserung zu berücksichtigen* [B]. *Zur* Änderung des Amtstitels der Bauinspektoren *sollen* kommissarische Beratungen *stattfinden* [B]. — **6.** Ausdehnung der Versicherungspflicht *der Krankenversicherung auf alle* direkt *im Staatsdienst Beschäftigten; kommissarische* Beratungen *betr.* mittelbar *Beschäftigte.*[5] [B] — **7.** *Ernennung.* [B] — *Thielen regt an, den* Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte *als* Senat *des Oberverwaltungsgerichts zu organisieren, was Boetticher ablehnt, da dann das*

[1] *Druck von TOP 1 bei: Jacobs/Schubert (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB, S. 396–399. Vgl. Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 239–244 und Sitzung am 4.6.1896.*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 294 (Kommissionsbericht).*

[3] *Rep. 84a, Nr. 2107, Bl. 194–201 (Bronsart 26.1.1896). Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 747.*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 39 Nr. 83, Anlage 1, n. f. (Gesetzentwurf betr. Abgabentarif v. 15.2.1896).*

[5] *Gem. § 2a der Bekanntmachung zum Krankenversicherungsgesetz v. 10.4.1892 sollten noch nicht versicherte Beschäftigte im Reichs- und im Staatsdienst durch Verfügung krankenversicherungspflichtig werden.*

Vertrauen *der* Ressorts *geringer wäre.* — **8.** Gesetzentwurf[6] *über* Neuordnung der Handelskammern. *Berlepsch möchte den* kaufmännischen Korporationen *in den* Seestädten *die Fortexistenz erlauben, während sie in* Berlin *oder* Magdeburg *aufzuheben sind. Gegen Berlepsch wird beschlossen, daß die* Gemeinden *nicht wie bei den* Landwirtschaftskammern *die* Beiträge *unentgeltlich einziehen müssen, sondern* Vergütung *erhalten.* Handelsfrauen *dürfen* nur durch Stellvertreter *an Handelskammer-Wahlen* teilnehmen. [B] — **9.** *Ernennung. F.* Rintelen *soll, obwohl er* unzweifelhaft ultramontane Neigungen *hegt, Präsident des* Oberlandeskulturgerichts *werden.* [B] — **10.** *Stellungnahme zur* Interpellation[7] *E. F.* Ring *betr. Maßnahmen gegen Einschleppung von Viehseuchen. Hammerstein zufolge bezwecken die* Agrarier *damit* Beschränkung *der Vieheinfuhr, was abzulehnen ist; Erklärung dazu wird redigiert.* [B] — **11.** *In der Presse gemeldete beleidigende Äußerung des Vorsitzenden des BdL, B. v.* Ploetz, *über Hammerstein wird dieser ggf. strafrechtlich verfolgen.*[8] — **12.** *Zwei Titelverleihungen werden verweigert.* [B] — **13.** *Titelverleihung.* [B] — **14.** *Titelverleihung. Ernennung.* [B] — **15.** *Teilnahme der* Staatsminister *an Feiern zu Bismarcks 81. Geburtstag ist nicht verpflichtend.* [B] — **16.** *Eintritt der Staatsminister in ein* Ehrencomité *für patriotische Theateraufführungen ist inopportun, zumal der* Theaterdirektor *F. A.* Heßler *unliebsam ist.* [B]

[6] *Rep. 87, B Nr. 7144, Bl. 249–282v. Ebd., Bl. 229 ff. die Voten dazu. Die Voten auch in: Rep. 84a, Nr. 882, Bl. 47 ff. Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 124 (Gesetzentwurf); Debatte dazu 24.4.1896, S. 1867–1894.*

[7] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 80; Debatte dazu 13.3.1896, S. 1351–1373 (ebd. Erklärung Hammersteins).*

[8] *Erfolgte offenbar nicht; vgl. Wippermann, 1896, I, S. 274 f., 285 (BdL u. v. Ploetz gegen Hammerstein).*

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 16. März 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 122, Bl. 125–166; MF 725/726.

Anwesend: Wilhelm II. [zu 1], Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff, Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1, 5–6, U].

1. *Stellungnahme zum* Antrag[1] *von E.* Lieber, *im Reichshaushalt* 1895/96 *vom Reichsanteil an den Zollerträgen* 13 *Mio. M. und im Reichshaushalt 1896/97 die* Hälfte *der sonst gem. der* clausula Franckenstein *den* Bundesstaaten *überwiesenen Überschüsse aus Zollerträgen zur Schuldentilgung zu verwenden. Dies ähnelt dem 1895 gescheiterten Reichsfinanzreform-Plan, aber es gibt die* staatsrechtlichen Bedenken *gegen diesen Eingriff des RT in das Budgetrecht und die Rechte der* Bundesstaaten. *Miquel befürchtet Präzedenzfall für künftige* ganz kapitale Forderungen durch das Etatsgesetz, *wogegen es in* Preußen *ab* 1850 unbedingter Grundsatz *war, daß durch das* Etatsgesetz *nicht andere* Gesetze *aufgehoben oder geändert werden dürfen. Posadowsky hält es für positiv, wenn das* Zentrum *die* clausula Franckenstein *als Ursprung der* Misere der Finanzen im Reiche *preisgibt, aber Miquel möchte gesetzliche* Trennung von Reichs- und Staatsfinanzen und Beseitigung der Matrikularumlagen; *er sieht beim* Zentrum *nur* Taktik. *Recke befürchtet gar eine* Diktatur des Reichstags. *Der* Antrag *ist strikt abzulehnen, aber einem separaten* Gesetzentwurfe *zur* Schuldentilgung *für* 1896/97 *wird* Preußen *zustimmen.* [B] —**2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **4.** *Geheimhaltung von* Bundesrats-Drucksachen. *Die Untersuchungen gegen drei*

[1] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 218 (Budget-Kommission). Nach Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 143 (aufgrund Marschalls Tagebuch und Berichten Jagemanns) hatte Posadowsky den Antrag bei Lieber angeregt und der deswegen verärgerte Miquel das spontane Erscheinen Wilhelms II. in der Sitzung veranlaßt.*

Redakteure *haben die Quelle der Indiskretionen nicht ermittelt; ein* Redakteur *der* „Saale-Zeitung“ *wurde zu* Haft von drei Wochen *verurteilt, aber* Anwendung des Zeugniszwangs auf Redakteure *findet Hohenlohe* etwas brutal; *unter Beamten soll weiter ermittelt werden.* [B] — **5.** *Auf diesbezügliche Fragen im RT wird Posadwosky erklären, das* Reich sei – *ohne die* Einzelstaaten – nicht in der Lage, die Konvertierung *von Anleihen* in Aussicht zu stellen. [B] — **6.** *Zuckersteuergesetz in der RT-Kommission.*[2] *Die dort beschlossenen Änderungen bei* Ausfuhrprämie *und* Kontingent *verstetigen die bisherigen hohen Kosten für das* Reich, *aber sind annehmbar.* [B]

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 334 (zu Prämie und Kontingent S. 1752 u. 1755).*

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 20. März 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 122, Bl. 169–184; MF 726.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen [zu 4, U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff, Marschall [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 4, U].

1. *Thielen und E. Hammerstein sind noch abwesend.* — **2.** *Geheimhaltung von* Bundesratsdrucksachen. *Hohenlohe wird* 2000 M. *Belohnung für Hinweise dazu aussetzen.* [B] — **3.** *Der* Hamburger Senat *hat Hammerstein für seine* berichtigenden Erklärungen[1] *über die* Behandlung verseuchten Viehes *in Hamburg gedankt.* — **4.** Gesetzentwurf[2] *betr.* Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung. *Miquel ist über den schnell erstellten* Gesetzentwurf *erstaunt, sieht im Antrag* Lieber *den Zweck,* Gelder *vor Forderungen für* Heer und Marine *zu* sichern *und fürchtet, daß dadurch die* Finanzreform *im* Reich *chancenlos wird, so daß er sich* für die Zukunft *über wirkliche* Finanzreform *seine* freie Entschließung *vorbehalten will. Posadowsky wird den* Gesetzentwurf *nur als* Anfang *und* Versuch *zu einer wirklichen* Finanzreform *bezeichnen. Debatte zur Entstehung der* clausula Franckenstein. *Posadowsky wird im RT auch eine Präjudizwirkung und die* Verbindung mit dem Etatsgesetz *ablehnen.* [B]

[1] *StenBerAH, 13.3.1896, S. 1360.*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 241; Debatte dazu 23./24.3.1896, S. 1628–1635, 1669 f., 1699. Zur Einordnung der dann sog. Leges Lieber vgl. Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, S. 336–340. Die diesbezügliche Akte des Staatsministeriums, Rep. 90, Nr. 1352, wie auch die des Finanzminsteriums, Rep. 151, HB Nr. 1560, beginnen erst ab Herbst 1896 und enthalten die relevanten Schriftstücke für die späteren Schuldentilgunggesetze.*

Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 122, Bl. 188–245v; MF 726–728.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 2–3].

1. *Kein telegraphischer Glückwunsch des Staatsministeriums zu Bismarcks 81.* Geburtstag. — **2.** *Ordenssachen für sieben* Mitglieder *der* 2. Kommission *zur Ausarbeitung des BGB; für seine* guten politischen Dienste *soll Helldorff-Bedra ausgezeichnet werden; bevor E.* Russel *der Kronenorden* 2. Kl. *verliehen wird, sind Vorwürfe gegen sein Geschäftsgebaren in der* Disconto-Gesellschaft *zu prüfen.* [B] — **3.** *Disziplinierung von Beamten, die sich der* Agitation *für die* fakultative Zivilehe *im BGB in Form von* Unterschrift *unter* Petitionen *anschließen.*[1] *Miquel hält angesichts dieser* Disziplinarfrage ersten Ranges *die* Dispositionsstellung *des beteiligten RegPräs. J. v.* Puttkamer *für geboten. Die* beteiligten Beamten in Frankfurt a/O. *sollen getadelt und den* Ressorts *ein* Beschluß *des* Staatsministeriums *mitgeteilt werden, wonach* ein agitatorisches Vorgehen in Versammlungen und Petitionen gegen Maßnahmen und Vorlagen der Staatsregierung bzw. der verbündeten Regierungen *nicht geduldet wird.* [B] — **4.** *Die Gesetzentwürfe betr. die* Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes, *den* Bau von Privat-Eisenbahnen und Kleinbahnen *sowie zur* Errichtung *von Kornlagerhäusern werden gebilligt.* [B] — **5.** *Stellungnahme zu den Initiativgesetzentwürfen*[2] *betr. Änderung des* Gesetzes *über* gemeinschaftliche Holzungen *v.* 14. März 1881. *Da die beantragte Einschränkung der* Staatsaufsicht *in der* Rheinprovinz *den* Waldungen *schaden würde, deren* Nebennutzungen *bereits weitgehend erlaubt wird und die* Klerikalen *bzw.* Nationalliberalen *mit ihren Anträgen* um die Gunst der kleinen Leute wetteifern, *ist Ablehnung angebracht.* [B] — **6.** Bevorzugung der direkten Produzenten bei Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für staatliche Anstalten. *Ein diesbezüglicher Beschluß*[3] *wird redigiert.* [B] — **7.** Verlängerung *des Notenprivilegs der* „Württembergischen Notenbank“ *bis* 1911.[4] *Obwohl die* Württembergische Regierung *größten Wert darauf legt, wird Preußen im* Bundesrat – *wie* 1893 *bei der* Badischen Bank – *nur einer* Verlängerung *bis* 31. Dezember 1900 *zustimmen.* [B] — **8.** *Gesetzentwurf*[5] *betr.* Abänderung des Gesetzes über Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen *in* Westpreußen und Posen *im Rahmen der Polenpolitik wird inklusive* Schulzwang von Staatswegen *gegen widerstrebende Kommunen gebilligt.* [B] — **9.** Ernennung *der* Lehrer am Gymnasium zu Wernigerode *durch den* Fürsten *zu* Stolberg-Wernigerode. *Vorgeschichte, insbes. der* Rezeß von 1822.[6] *Bosse möchte demgemäß die* Ernennung der Oberlehrer *konzedieren, aber die des* Direktors *ministerieller* Genehmigung *unterwerfen. Da es sich hier um eine strittige Frage handelt, ist sie gem.* Rezeß *dem* Geheimen Justizrat *beim* Kammergericht *zur* Entscheidung zu überweisen. [B] — **10.** Verwendung des Dienstgebäudes des Staatsministeriums, Leipziger Platz 11, *als* Dienstwohnung für den Handelsminister. *Frühere Pläne. Wegen* Kosten, *Baudauer und Umzugszwang für Justiz- und* Staatsministerium *ist zu prüfen, ob die* Erbauung der Dienstwohnung im Garten *des* Handelsministeriums, *Leipziger Str. 1, vorzuziehen ist.*[7] [B] — **11.** *Ordenssache.* [B]

---

[1] *Druck von TOP 3 bei: Jacobs/Schubert (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB, S. 400–403. Vgl. Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, S. 116–118.*

[2] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 9 (Roeren) u. Nr. 35 (Knebel). Debatte dazu 5.2.1896, S. 339–353 u. 7.5.1896, S. 2034–2047 (Annahme eines Initiativgesetzentwurfs, aber Ablehnung im Herrenhaus am 20.5.1896).*

[3] *Rep. 90, Nr. 2323, Bl. 101; gedr. bei Wippermann, 1896, I, S. 347 f.*

[4] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 33 (Antrag Württembergs). In seiner Sitzung am 11.6.1896, § 366 beschloß der Bundesrat gegen Preußen und fünf Kleinstaaten (!) die Verlängerung bis 1.1.1911.*

[5] *Rep. 84a, Nr. 4088, Bl. 81–84v (Berlepsch 28.1.1896). Ebd. Voten. Vgl. Sitzung am 25.3.1895, TOP 7 mit Anm.*

[6] *Vgl. Rep. 76, VI Sekt. 11 Z Nr. 26 Bd. 2, n. f. (Schriftwechsel ab Brief Otto Stolbergs an Bosse v. 11.12.1892, Denkschriften, Immediatgesuch v. 11.4.1895) und Bd. 3, n. f. (Entscheidung des Geh. Justizrats v. 17.5.1898). Bosse als ehem. Protegé des Fürsten Otto Stolberg war die Sache etwas peinlich (Bl. 231v). Zum Rezeß vgl. Sitzungen am 10., 17. u. 24.4.1822 (im Bd. 1 dieser Editionsreihe).*

[7] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1728 u. Rep. 93, B Nr. 1970, n. f. (Vorgeschichte ab Sitzung vom 18.12.1893, Voten, Schriftwechsel). Tatsächlich wurde die Dienstwohnung 1904 dort erbaut; vgl. Borchard, H. H., 50 Jahre Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879 bis 1929, Berlin 1929, S. 101 f. und Wilderotter, Hans, Alltag der Macht. Berlin Wilhelmstraße, Berlin 1998, S. 95–98.*

Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 13] und Korrekturen, Bd. 122, Bl. 247–272; MF 728.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [für E. Hammerstein], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 13].

1. *Abwesenheit von Hohenlohe, Bronsart v. Schellendorff und E. Hammersteins.* — **2.** *Ausnahmetarife der Staatseisenbahnen zugunsten der* Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft[1]*; vertagt.* [B] — **3.** Gesetzentwurf[2] betr. die Tilgung von Staatsschulden*. Da bei Thielen gegen die* Begründung große Bedenken *obwalten, wird er sich erst noch mit Miquel verständigen.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.** *Stellungnahme zum Antrag*[3] *F.* Wallbrecht *betr.* Errichtung eines Bauschöffenamts zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker. *Da Berlepsch u. a.* dieser Vorschlag eingehende Erwägung *zu verdienen scheint, sollen* Kommissarien *abgeordnet werden, auch wenn Miquel eine* Beschränkung der Gewerbefreiheit *befürchtet und* Beteiligung an den Kommissionsverhandlungen *bisher in der Regel vermieden wurde.* [B] — **6.** *Stellungnahme zum* Antrag[4] *F. Winckler wegen höherer* Besteuerung der Wanderlager. *Keine Beteiligung, da* Wanderlager *bereits beträchtlicher* Steuer *unterliegen und die Antragsteller v. a.* beweisen *wollen, daß* sie nicht nur für agrarische Interessen, sondern auch für die kleinen Kaufleute *aktiv sind.* [B] — **7.** *Stellungnahme zur beim* Lehrerbesoldungsgesetz *geplanten* Resolution[5] *bezüglich Vorlage eines Volksschulgesetzes* auf christlicher und konfessioneller Grundlage*. Bosse soll* vorsichtig *ausführen, daß man den* gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet *hält.* [B] — **8.** Gesetzentwürfe[6] *zur Änderung des* Gesetzes [...] über die Pfandleihanstalten in Kassel, Fulda und Hanau *bzw. über die* Landeskreditkasse in Kassel *werden gebilligt.* [B] — **9.** *Ernennung.* [B] — **10.** *Ordenssache. A. v. Levetzow, der* große Verdienste *hat, erhält den Roten AdlerO I. Kl.* [B] — **11.** *Staatsministerialbeschluß betr.* Beteiligung der Staatsbeamten an Petitionen *wird beraten.* — **12.** Mitteilungen *über die Untersuchung wegen Geheimhaltung von* Bundesratsdrucksachen *und über* eine Zuschrift des Kardinals Kopp. — **13.** *Zehn Disziplinarsachen.* [B]

---

1 *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Votum Berlepsch' v. 17.2.1896 u. weitere Voten).*

2 *BArch, RAdI, Nr. 115310, n. f. (Entwurf Hohenlohes v. 18.3.1896). Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 7; Debatte dazu 25./26.11.1896, S. 35–82.*

3 *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 99; Debatte dazu 20.3.1896, S. 1516–1529 (der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen). Vgl. div. Materialien dazu in: Rep. 77, Tit. 307 Nr. 92 Bd. 1, Bl. 82 ff.; die Vorgeschichte ab 1892 auch in: Rep. 120, A I 1 Nr. 95.*

4 *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 106; Debatte dazu 14.4.1896, S. 1586–1594 (angenommen).*

5 *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 123 (Kommissionsbericht, hier S. 1829 f.). Debatte zur Resolution StenBerAH, 22.4.1896, S. 1826–1835.*

6 *Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 146 u. 147; vgl. GS, S. 169 u. 170.*

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1896.

Vollz. Reinschriften[1] *mit Korrekturen, Bd. 122, Bl. 274–274v, 276a–276dv; MF 728.*

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

---

1 *Zu TOP 1 wurde ein separates, nur von Humbert unterzeichnetes Protokoll in einen versiegelten Umschlag gegeben.*

1. Stellungnahme *zur* Interpellation[2] *der Zentrumspartei über die* Duellfrage. Allseitiges Einverständnis darüber, daß die *kürzlichen Duelle* eine schwere Rechtsverletzung *waren* und Abhilfe dringend geboten *ist. Erstens soll eine* Reform des ehrengerichtlichen Verfahrens *bewirken, daß* Streitigkeiten *zunächst vom* Ehrenrat *zu schlichten versucht werden. Da die* Angehörigen der gebildeten Klassen *wegen des unerquicklichen Verfahrens kaum* den Weg einer Beleidigungsklage *wählen, ist auch hier zu reformieren. Drittens ist die schnelle* Begnadigung *verurteilter Duellanten einzuschränken. Die* Erklärung *im RT darf* nicht *im* Gegensatz *zur* öffentlichen Meinung *stehen.* [B] — **2.** *Der* Anregung [...], auch für die im Feindesland *1870/71* verwendeten Verwaltungsbeamten eine 25jährige Jubelfeier [...] zu veranstalten, *wird keine Folge gegeben.* [B] — **3.** Staatsministerialbeschluß[3] *betr.* Beteiligung von Staatsbeamten an Petitionen gegen Regierungsvorlagen *wird verabschiedet.* [B]

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 271; Debatte dazu 20./21.4.1896, S. 1797–1840 (S. 1802 f. Erklärung Boettichers). Vgl. Bringmann, Tobias, Reichstag und Zweikampf. Die Duellfrage als innenpolitischer Konflikt des deutschen Kaiserreiches 1871–1918, Freiburg 1997, S. 152 ff. (ausführliche Darstellung der Kotze-Affäre, des Duells Ketelhodt-Zenker und der folgenden RT-Interpellation) und Frevert, Ute, Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1991, S. 141. Zur Affäre Kotze-Schrader vgl. Rep. 89, Nr. 3307/2–18 (1894/95).*

[3] *Druck bei Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, S. 176 f. (aufgrund Rep. 90, Nr. 2323, Bl. 101). Vgl. ebd., S. 116 f. zur Staatsministerialsitzung.*

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 8], Bd. 122, Bl. 278–305; MF 728/729.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].

1. Erklärung *Boettichers im RT zur* Duellfrage *wird gebilligt.* [B] — **2.** Kommissarische Beratungen *sollen nicht nur zur* Frage der Arbeitszeit, *sondern auch betr.* Kündigungsfristen *und die sog.* Konkurrenzklausel *stattfinden.*[1] [B] — **3.** Gesetzentwurf[2] *betr.* Änderungen *des Militärgesetzes v. 3.8.*1893 *soll* als Präsidialvorlage *in den Bundesrat eingebracht werden.* [B] — **4.** *Titelverleihung; der* Vorsteher *der Frankfurter Reichsbank-Hauptstelle soll ausnahmsweise* Rat 3. Klasse *werden.* [B] — *Miquel regt an, bei den 25-Jahr*-Festlichkeiten *in* Frankfurt *auch die zurückhaltenden alten* Familien *auszuzeichnen, da sie* für Gnadenerweise empfänglich *sind.* — **5.** *Zur* Eröffnungsfeier der Berliner Gewerbeausstellung *am 1.5.1896 möchten die Minister nicht die von* Lucanus *gewünschte* Gala, *sondern nur die* kleine Uniform *anlegen.* — **6.** *Verbot des* börsenmäßigen Terminhandels *von Getreide im Rahmen des Börsengesetzes.*[3] *Hammerstein neigt zur Ablehnung des Verbots, da die künftig gesetzlich bestimmten* Lieferungsbedingungen *und* Lieferungsqualität *alte* Mißstände *beseitigen, findet das* Gesetz *aber auch mit* Verbot des Terminhandels *annehmbar. Lt. Miquel ist das* effektive Zeitlieferungsgeschäft völlig unentbehrlich, *aber der Börsenterminhandel das* reine Differenzspiel *mit einem* gar nicht existierenden Getreidebestand *und bloße* Baisse-Spekulation.

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1660, Bl. 308 f. (Hohenlohe 26.2.1896), BArch, RAdI, Nr. 115314 (Voten) und Sitzung am 24.10.1896, TOP 1 (Konkurrenzklausel).*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 50; Beschluß Sitzung am 7.5.1896, § 277. Vgl. Wippermann, 1896, I, S. 150 bis 154.*

[3] *Vgl. Schulz, Das deutsche Börsengesetz, S. 169–177 (aufgrund BArch, RK, Nr. 573). Vgl. zum Börsengesetz allg. Rep. 120, C XI 1 Nr. 28 Bd. 2 u. Rep. 87, B Nr. 7386. Vgl. StenBerRT, 28.4.1896, S. 1978 f. (Kanitz über Ritter & Blumenfeld).*

Aus politischen Gründen soll die Regierung keine zu prononcierte Stellung *nehmen, so dem RT die Verantwortung zuweisen und* Mißstände *ggf. über eine VO des* Bundesrats *korrigieren. Berlepsch möchte auch die* Interessen des Handels *berücksichtigen, nicht nur die der* Agrarier, *ist aber mit* Beschlußfassung *erst nach der 2.* Lesung *im RT einverstanden.* [B] — **7.** *Lehrerbesoldungsgesetz. Die Anregung Miquels, im HH den im AH abgelehnten* Antrag[4] *K.* Sattler *betr. Belassung der* bisherigen Zuschüsse *für die* großen Städte *zu unterstützen, um so das* Gesetz *mit den* Nationalliberalen *zustandezubringen, wird gebilligt.* [B] — **8.** *Fünf Disziplinarsachen.* [B] — **9.** Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivilbeamten*; vertagt.*

[4] *StenBerAH, Session 1896, 18.4.1896, S. 1729–1731. Das Kalkül Miquels ging nicht auf; das Lehrerbesoldungsgesetz wurde am 2.5.1896 im HH von den Konservativen und den liberalen Städtevertretern gleichermaßen abgelehnt. Vgl. Sitzung am 8.5.1896, TOP 2.*

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 27. April 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 16] und Korrekturen, Bd. 123, Bl. 4–52; MF 729/730. — Abschr. [TOP 2–7, 10, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 297–321v.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 16], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 6 und 16].

1. *Hohenlohe ist wegen Krankheit verhindert.* — **2.** *Das* Gesetz über die Handelskammern *trifft auf* Widerspruch*. Konservative befürchten eine* Gefährdung der Landwirtschaft, *Freikonservative fürchten eine analoge* Organisation der Arbeiter *und schutzzöllnerische Industrielle ein Übergewicht des freihändlerischen Handels in den neuen Kammern. Sollte der Entwurf in der AH-Kommission*[1] *abgelehnt werden, will Berlepsch ihn zurückziehen.* [B] — **3.** Millenniumsfeier in Budapest.[2] *Die Einladung der* Österreichisch-Ungarischen Botschaft *ist den Landtagspräsidenten mitzuteilen.* [B] — **4.** Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivilbeamten.[3] *Die von Bronsart befürwortete* Ausdehnung *der Anrechnung des Einjährig-Freiwilligen Jahres* auch auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten *wird abgelehnt.* [B] — **5.** *Stellungnahme zum Reichstagbeschluß*[4] *betr.* Sicherung *der* Forderungen *der* Bauhandwerker*. Miquel sieht darin* eine unzulässige Einschränkung der reichsgesetzlich begründeten Gewerbefreiheit, *aber in kommissarischen* Beratungen *sollen andere Mittel gegen den* fortdauernden Bauschwindel *überlegt werden, z. B.* hypothekarische Sicherstellung. [B] — **6.** *Die* Distrikts-Kommissare *in der Prov.* Posen *sollen* den Dienstrang der Regierungs-Subalternen 1. Kl. *erhalten; beamtenpolitische, finanzielle und nationalpolitische Aspekte; wegen* Abwesenheit *Hohenlohes wird* Entscheidung *vertagt.* [B] — **7.** Antrag[5] *Preußens an den* Bundesrat, Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit für Molkereien *zuzulassen. Detaillierte Debatte über ähnliche* Ausnahmen *gem.* § 105c *bzw.* § 105d *der* Gewerbeordnung*.* [B] — **8.** *Ernennung.* [B] — **9.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **10.** *Landwirtschaft*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 249 (Kommissionsbericht). Berlepsch teilte der Kommission bereits am 29.4.1896 die Absicht mit, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.*
[2] *Vgl. Wippermann, 1896, I, S. 382–387 (1000-Jahr-Feier Ungarns im Mai/Juni 1896).*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115064/1, n. f. (Voten ab 4.3.1896)*
[4] *StenBerRT, Session 1895/97, 22.1.1896, S. 473–495 (angenommener Antrag Bassermann).*
[5] *III. HA, MAA (D), Nr. 1146, Bl. 57–61. Ebd., Bl. 62 ff. auch Voten. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 64; Beschluß Sitzung am 25.6.1896, § 400.*

und der Tarif *auf dem* Dortmund-Ems-Kanal. *Eine* Petition[6] *an das HH beklagt, daß der zu niedrige* Tarif *nur den* Import ausländischen Getreides *fördere. Hammerstein sieht Nachteile für die* Getreideproduzenten Westfalens und Mitteldeutschlands, *während Thielen und Miquel die* Abneigung der Agrarier gegen Kanäle *erkennen und* abwarten *wollen, ob der provisorische* Tarif *etwa* Schaden *anrichtet. Thielen wird Beobachtung der Frage zusagen.* [B] — **11.** *Bei der* Anwesenheit *Wilhelms II. in* Frankfurt a/M. *zwecks* Enthüllung des Denkmals *für Wilhelm I. sollen die öffentlichen* Gebäude *illuminiert werden.*[7] — **12.** *Betr.* Berücksichtigung des Militärdienstes bei Feststellung des Besoldungsdienstalters *für Richter wird Schönstedt im AH ausweichend antworten*.[8] [B] — **13.** Berufung *von Männern aus* Handel und Industrie *in das* Herrenhaus. *Wilhelm II. hat lt.* Lucanus *dagegen* Bedenken. — **14.** *Die 1890 erlassenen Bestimmungen*[9] *gegen die Maifeier der Sozialdemokraten wurden von Recke erneuert.* — **15.** *Acht Ernennungen von Richtern am* Oberverwaltungsgericht. [B] — **16.** *Vier Disziplinarsachen.* [B]

[6] *StenBerHH, Session 1896, 29.4.1896, S. 231–237 (S. 232 f. Thielen).*
[7] *Vgl. Wippermann, 1896, I, S. 53–57 (10.5.1896).*
[8] *Vgl. StenBerAH 5.5.1896, S. 1969 (Schönstedt).*
[9] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 106998, Bl. 7–9v und Bl. 14–16 (Anordnungen Herrfurths bzw. Boettichers v. 11. bzw. 17.4.1890) und Wittwer, Vom Sozialistengesetz zur Umsturzvorlage, S. 76 f. – Der zweite Absatz des Prot. betr. die Sicherung der Fahrt Wilhelms II. zur Eröffnung der Gewerbeausstellung wurde gestrichen.*

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1896.

Vollz. Reinschr. mit Teilreinschriften[1] *[TOP 1 und 3] und Korrekturen, Bd. 123, Bl. 55–68, 70a–70d, 71a–71bv; MF 730/731.*

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

1. *Persönliches Regiment Wilhelms II. anläßlich seiner Anweisung an OPräs. v.* Wilamowitz-Moellendorff, *die in der Prov.* Posen bestehende Opposition gegen die Zuckersteuervorlage *durch* Einwirkung *v. a. der* Landräte *zu beseitigen oder andernfalls abgelöst zu werden.*[2] *Der König hat zwar* konstitutionell das volle Recht zu einem *derartigen* Erlasse, *aber* ohne Deckung durch das Staatsministerium *zu agieren, ist* politisch nicht ungefährlich. *Auch will* Wilamowitz *zurücktreten. Ein Immediatbericht soll nicht verfaßt werden, da er nur* durch den Geh. Kabinettsrat zum Vortrage gelangen würde und *dies* bei der Machtstellung der Kabinette möglichst zu vermeiden *ist*.[3] [B] — **2.** *Die* anläßlich der Gedenkfeier des Frankfurter Friedensschlusses *angeregten Titelverleihungen und Ordenssachen für ehem. Militäreisenbahnbeamte lehnt das* Staatsministerium *ab, da dadurch* die Bedeutung des Titel- und Ordenswesens *herabgedrückt würde; stattdessen soll eine allgemeine* anerkennende Allerhöchste Ordre[4] *ergehen.* [B] — **3.** Militärstrafgerichtsordnung. *Zeitungsartikel, v. a. der* „Kölnischen Zeitung“[5], *haben Wilhelm II. erbost und er verlangt,* daß die Wiederholung solcher Artikel unmöglich gemacht *wird. Dies soll versucht werden, aber* unabhän-

[1] *Die beiden separaten Teilprot. wurden nur von Humbert unterzeichnet und in versiegelten Kuverts aufbewahrt.*
[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 13586, Bl. 162–164 (Abschiedsgesuch Wilamowitz` v. 2.5.1896 und Einladung, sich bei einem Berlin-Besuch mit Wilhelm II. auszusprechen) sowie Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1675 (F. v. Holstein).*
[3] *Beispiele für die Bedeutung des Zivilkabinetts benennt der Brief F. v. Holsteins an Ph. Eulenburg in: Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1678 (6.5.1896).*
[4] *Vgl. Schultheß 1896, S. 70 (Ordre Wilhelms II. v. 10.5.1896).*
[5] *Die Artikel hatten von Differenzen zwischen dem reformfreudigen Bronsart v. Schellendorff und dem reformfeindlichen Chef des Militärkabinetts Hahnke berichtet. Vgl. Schultheß 1896, S. 63; Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1670 f.; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 168–175; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 216 f.*

gige politische Blätter *können kaum* gehindert *werden. Die* dauernde Beruhigung der Presse *läßt sich* nur durch eine baldige Einbringung der Militärstrafgerichtsordnung *erreichen. Wilhelm II. soll mitgeteilt werden, daß im RT auch die Militärvorlage* gefährdet *ist, wenn die* Militärstrafgerichtsordnung nicht angekündigt *wird.*[6] [B] — **4.** Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide *im Rahmen des Börsengesetzes. Lt. Boetticher beruht der diesbezügliche RT-Beschluß bei* Nationalliberalen *und Zentrum nicht auf* Überzeugung, *sondern auf* Volksinstinkt, *ist aber für das* Staatsministerium *hinnehmbar, da* das Gesetz manches Gute *enthält. Es wäre angesichts der* großen Majorität des Reichstages *auch unklug,* um des Verbots willen das ganze Gesetz fallen zu lassen. *Preußen wird im* Bundesrat *zustimmen.* [B] — **5.** *Die vom RT gewünschte Vertagung von Mai* bis zum Herbste *ist untunlich, da sie die Beratung des BGB verzögert.* [B] — **6.** *Terminierung des Schlusses der Landtagssession 1896.* [B] — **7.** *Das* Gesetz wegen der Handelskammern *wurde in der AH-Kommission* abgelehnt. *Daher ist die* Genehmigung *Wilhelms II.* zu einer formellen Zurückziehung *zu erbitten und eine modifizierte* Novelle *in der Landtagssession 1897 einzubringen.* [B]

[6] *Lt. Marschalls Tagebuch v. 3.5.1896 wollte Bronsart wegen der Querelen um die Militärstrafgerichtsordnung zurücktreten; vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1673 Fußnote u. S. 1677.*

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 123, Bl. 73–96, Anlage: Bl. 97; MF 731.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel, Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, E. Hammerstein, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 3].

1. *Thielen und Schönstedt sind verhindert.* — **2.** *Weiteres Vorgehen nach der* Ablehnung des Lehrerbesoldungsgesetzes *im* Herrenhaus.[1] *Bosse möchte den* 67 000 *Lehrern durch ein erneutes* Lehrerbesoldungsgesetz, *das die* bisherigen *Zuschüsse für die* großen Städte *beibehält und somit die Opposition der* Bürgermeister *im* Herrenhaus *beseitigt, helfen. Bosse soll eine neue Vorlage im AH ankündigen*[2]*, dabei aber keine* Spitze *gegen das* Herrenhaus *richten, denn damit würde diese* Stütze der Monarchie *nur der Kritik der* Sozialdemokraten *ausgeliefert.* [B] — **3.** Vertagung *des RT und Beratung des BGB.*[3] *Boetticher ist gegen* Vertagung, *die als* Schwäche angesehen *würde. Lt. Nieberding verlangt das* Zentrum *für die Durchberatung ein Weitertagen des LT, damit die Doppelmandatare* Diäten *erhalten und das BGB von einer* beschlußfähigen Majorität im Reichstage *verabschiedet werden kann. Da dem LT noch* Beratungsstoff *gegeben werden kann und BGB und die* Justiznovelle *nicht* gefährdet *werden dürfen, soll dem Zentrum signalisiert werden, daß man Weitertagen des LT und* Fortdauer der Fahrkarten *akzeptiert.* [B] — **4.** *Stellungnahme zum* Antrag[4], *die Bundesrats-Verordnung betr. Arbeitszeit in* Bäckereien und Konditoreien nicht in Wirksamkeit treten *zu lassen. Berlepsch lehnt diesen Versuch der* konservativen Parteien, *der* Sozialreform Schwierigkeiten zu bereiten, *strikt ab und möchte den Fortgang der von ihm* 1890

[1] *Vgl. StenBerHH, 2.5.1896, S. 259–270. Deswegen hatte Bosse sogar seinen Rücktritt erbeten, was Hohenlohe und Wilhelm II. aber entschieden ablehnten, da eine parlamentarische Niederlage kein Rücktrittsgrund sei; vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 217 f.*

[2] *Text der Erklärung als Anlage auf Bl. 97; vgl. StenBerAH, 12.5.1896, S. 2155.*

[3] *Druck von TOP 3 bei: Jacobs/Schubert (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB, S. 403–405.*

[4] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 189; Debatte dazu 15./16.6.1896, S. 2415–2450 (2423–2425 Erklärung Berlepsch'; von DKP, RFKP und der Mehrheit der NLP gegen das Zentrum angenommen). Zur Einordnung dieser Frage beim Rücktritt von Berlepsch vgl. Berlepsch, Neuer Kurs, S. 220–224 (auch zur Sitzung am 11.5.1896).*

begonnenen Sozialreform *erklären; andernfalls* wäre seine Position *unhaltbar. Die* vorsichtige Fortsetzung der Politik von 1890 *wird mehrheitlich gebilligt.* [B] — **5.** *Der Nachtragshaushalt*[5] *zum Bau eines* Gebäudes *für Prof. R. Virchows pathologische* Sammlung, *lt. Miquel* geradezu ein Unicum in der Welt, *wird gebilligt.* [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B]

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 200; Debatte dazu 12.5.1896, S. 2151–2153.*

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Mai 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 123, Bl. 101–137v; MF 731/732. — Abschr. [TOP 2–5, 8, 10, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 13, Bl. 338–358.

Anwesend[1]*: Boetticher [V, U], Berlepsch [U], Thielen [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff, Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].*

1. *Hohenlohe und Miquel sind verhindert.* — **2.** *Bundesrats-Verordnung betr. Arbeitszeit in* Bäckereien und Konditoreien *und Fortgang der* Sozialpolitik. *Wie im AH wird auch im RT diesbezüglich interpelliert.*[2] *Berlepsch möchte das* Staatsministerium *trotz der Angriffe aller* Parteien *mit* Ausnahme des Zentrums *und der* Sozialdemokraten *auf Fortsetzung der Sozialpolitik festlegen. Mehrere Minister glauben weitverbreitete* Unruhe und Unzufriedenheit *zu erkennen und wollen dem Wunsch Wilhelms II.,* ein langsameres Tempo *zu fahren, entsprechen. Berlepsch soll nur eine kurze* Erklärung *abgeben.* [B] — *Eine Disziplinierung der Beamten, die den* Antrag *gegen die Bundesrats-Verordnung unterschrieben haben, wird erwogen.* [B] — **3.** Margarinegesetz *im RT.* Färbeverbot für Margarine und Trennung der Verkaufsräume für Margarine und Butter *sind* unannehmbar, *da dies sogar für die* Landwirtschaft *schädlich wäre.* [B] — **4.** Interpellation[3] *betr. Stellungnahme des Staatsministeriums zur vermeintlichen Äußerung*[4] *Hammersteins, bei* Staatszuschüssen zu landwirtschaftlichen Zwecken *würden* künftig *die östlichen* Provinzen *bevorzugt, da sie anders als die westlichen* Provinzen *widerspruchslos* Landwirtschaftskammern *einführen wollen. Diese* Beschwerde an das Staatsministerium *ist formell* unrichtig gestellt *und sachlich weitgehend falsch.* [B] — **5.** *Die* Abhaltung der Mastviehausstellung am Himmelfahrtstage *in Berlin ist* 1896 *nicht mehr zu ändern, soll aber auf Drängen Bosses künftig nicht mehr geduldet werden, da dadurch das* religiöse Gefühl [...] verletzt *wird.*[5] [B] — **6.** Gesetzentwurf[6] *betr.* Aufhebung der Hypotheken-Ämter im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts *wird gebilligt.* [B] — **7.** *Vertagung des RT. Da die Parteiführer den RT zur Beratung des BGB nur* zusammenhalten können, *wenn der LT und damit Diäten bis Mitte Juni bestehen, ist das wohl unvermeidlich.* [B] — **8.** *Gewerbeordnungs-Novelle*[7]*. Die vom RT gegen das Wandergewerbe beschlossene* einschränkende Maßregel *kommt kaum dem* stehenden Gewerbe *zugute; deshalb ist zunächst an der Regierungsvorlage festzuhalten.* [B] — **9.** *Hohenlohe möchte* an der Beratung der Militärvorlage *im RT* teilnehmen, *da er* voraussichtlich eine Erklärung bezüglich der Militärstrafgerichtsordnung abgeben *wird.* — **10.** *Stellungnahme zu den Anträgen*[8] *W.* Albers *bzw. O.* Arendt *betr. eine internationale Konferenz zum*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Miquel.*
[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 301 (Antrag Kardorff/Manteuffel); Debatte dazu 17.3.1897, S. 5107–5137. Vgl. Sitzung am 8.5.1896, TOP 4 mit Anm.*
[3] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 185; Debatte dazu 13.6.1896, S. 2373–2387.*
[4] *StenBerHH, 26.3.1896, S. 150 f.*
[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115289, Bl. 192–201v (Votum Bosses v. 5.5.1896). Das Programm der Ausstellung am 13./14.5.1896 in: Rep. 120, E XVI 2 Nr. 13 N Bd. 1, n. f.*
[6] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 219; Debatte dazu 9.6.1896, S. 2262–2265.*
[7] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 212 (Beschlüsse 2. Lesung).*
[8] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 110 bzw. 192. Vgl. Sitzung am 10.6.1896, TOP 13 mit Anm.*

Bimetallismus wird vertagt. [B] — **11.** *Ordenssache.* [B] — **12.** *Eisenbahntarife. Stellungnahme zum* Antrag[9] *G.* Gothein, Bueck u. Gen. *betr.* Ausdehnung *des* Ausnahmetarifs für Düngemittel *auf Kohlen und* Erze *sowie weitere Frachtermäßigungen. Der resultierende* Ausfall *von ca.* 22 *Mio. M. wäre lt. Thielen erträglich.* [B] — **13.** *Die* Angelegenheit *wegen der persönlichen Anweisung Wilhelms II. an OPräs. v. Wilamowitz-Moellendorff in der* Zuckersteuerfrage *ist ohne Rücktritt Wilamowitz'* erledigt.

[9] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 183 (unerledigt). Vgl. Sitzungen am 6.10.1896, TOP 3 u. 3.11.1896, TOP 5.*

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 123, Bl. 138–153v; MF 732/733.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch, Miquel [zu 1], Thielen, Bronsart v. Schellendorff [zu 1], Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U].

1. *Baldiger* Schluß *der Landtagssession 1896 wird von einigen* Konservativen – *ungeachtet der fortdauernden Beratung des BGB im* Reichstag – *gewünscht. Ohne das* Verlangen der Freisinnigen *nach* Diäten *für den* Reichstag *fördern zu wollen, ist es lt. Nieberding geheime Absicht dieser* Konservativen, *so* die große Sache *BGB zu gefährden, da dessen Verschiebung auf den* Herbst *im* Sommer *einige* Agitation in der Vereins- und Ehegesetzgebung *begünstigt.*[1] *Zwar gibt es keine* Garantie, *daß durch das dem* Zentrum *konzedierte Weitertagen des* Landtags *mit* Diäten *das BGB im* Reichstag *verabschiedet wird und ist dieses Junktim* nicht schön, *aber doch im* preußischen Interesse *und erfolgversprechend. Deshalb wird, trotz Bedenken mehrerer Minister, im Sinne Nieberdings, Hohenlohes und Marschalls beschlossen,* den Landtag vor Pfingsten nicht zu schließen. [B] — **2.** *Die* Beschlüsse[2] *des RT zur Zuckersteuer-Novelle werden gebilligt.* [B] — **3.** *Ordenssache für* Max Eyth, *der die von ihm mitbegründete* „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" *unter* Ausschluß aller Politik *vielseitig* gefördert *hat.* — **4.** *Ernennung.* [B] — **5.** *Ordenssachen zur* Einweihung *der neuen* Garnisonkirche in Hannover. [B] — **6.** Tagesordnung der nächsten Staatsministerial-Sitzung. [B]

[1] *Druck von TOP 1 bei Jacobs/Schubert (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB, S. 406–410.*
[2] *StenBerRT, Session 1895/97, 15.5.1896, S. 2301–2324 (Beschlüsse 3. Lesung).*

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 123, Bl. 156–198v; MF 733/734.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Thielen, Bosse [U], Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 6].

1. *Bronsart v. Schellendorff ist beurlaubt.* — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Staatshilfe für die finanziell bedrängte* Familie *des verstorbenen H. v.* Treitschke *wird erwogen.* — **4.** Berufung von sieben neuen Mitgliedern in das Herrenhaus. *Wilhelm II. möchte keine* neue Kategorie von Mitgliedern

aus Handels- und Industriekreisen schaffen *und hält zwei Kandidaten für zu unbedeutend. Auf die* Sachkunde *von* Industriellen *ist aber nicht zu verzichten, und Wilhelm II. soll durch Hinzufügung von* Persönlichkeiten *wie* Krupp *überzeugt werden.* [B] — **5.** *Zwei Titelverleihungen. Die von* Lucanus *für* zwei Registraturbeamte *des* Zivilkabinetts *gewünschten* Titel *widersprechen zwar lt. Boetticher dem* Staatsministerialbeschluß von 1893[1], *aber lohnen keinen* Konflikt mit *v.* Lucanus. *Überhaupt sollen* Ausnahmen *bei der* Charakterisierung von *langgedienten* Subalternen *zugelassen werden.* [B] — **6.** *Rang* der Polizeidistriktskommissarien in der Provinz Posen. *Zwar befürchtet Hohenlohe eine* Gefährdung *des politisch* wichtigen Subordinationsverhältnisses zwischen dem Distriktskommissar und dem Kreissekretär *als Landratsstellvertreter, aber sie sollen wegen gestiegener* Anforderungen *und* Gehälter *den* Rang der Subalternen 1. Klasse *erhalten.* [B] — **7.** Novelle zur Gewerbeordnung *im RT. Da der* Antrag Stumm[2] *betr. Wandergewerbe unpraktikabel ist und mehrere Minister* die Freiheit des Detailreisens möglichst aufrecht zu erhalten *wünschen, ist an der in der Regierungsvorlage enthaltenen* Befugnis *für den* Bundesrat, Ausnahmen *zuzulassen, festzuhalten.* [B] — **8.** *Zu Verfahren in* Disziplinarsachen *dürfen dem* Präsidenten *des OVG* Persius *Akten des MdI mitgeteilt werden, selbst wenn sie* Staatsministerialsitzungsprotokolle *enthalten.* [B] — **9.** *Ordenssache*. [B] — **10.** Teilnahme *an der* Pariser Weltausstellung 1900. *Selbst wenn die* Franzosen *dabei* einer radikal demokratischen Strömung *folgen werden, die* Beteiligung *der* Industrie *noch ungeklärt ist und mindestens 3 Mio. M. Kosten entstehen, kann* Deutschland *doch* schon aus politischen Gründen nicht zurückbleiben.[3] [B] — **11.** *Ernennung.* [B] — **12.** *Nach der Belästigung der* Kaiserlichen Prinzen *durch* zwei Personen *in* Plön, *womöglich* Sozialdemokraten, *soll dort ein Geheimpolizist stationiert werden.*[4] [B] — **13.** *Disziplinierung der* 33 *hohen* Beamten, *die im AH den* Antrag *auf Sistierung der Bundesrats-VO betr. Arbeitszeit in Bäckereien/Konditoreien* unterschrieben. *Boetticher hält den* Fall für sehr ernst, *da diesen politischen* Beamten *offenbar die* nötige Umsicht *fehlt. Die* Zur-Dispositionsstellung *wird mehrheitlich abgelehnt. Eine* ernste Vorhaltung *an die betroffenen* vier Regierungspräsidenten *ist aber nötig.* [B] — **14.** Mitteilung *Hammersteins zum Prozeß gegen den Bernsteinfabrikanten E.* Westphal *wegen Beleidigung von Beamten der* Domänenverwaltung *im Zusammenhang mit dem Streit um die* Bernsteinpächter Stantien & Becker.[5]

[1] *Vgl. Sitzung am 18.12.1893, TOP 10.*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 432; Annahme 11.6.1896, S. 2552.*

[3] *Vgl. Rep. 120, E XVI 4 Nr. 3 H Bd. 1, n. f. (Berlepsch 13.5.1896; Bundesratsdebatte v. 25.6.1896, § 415, Pressestimmen, Fortgang 1897); Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. XI Teil VI Nr. 10 Bd. 1 (ab Sept. 1896); PA AA, R 7187, n. f. (div. Berichte 1896 ff.). Überblick bei Fuchs, Eckhardt, Das Deutsche Reich auf den Weltausstellungen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Comparativ, H. 5/6 (1999), S. 61–88, bes. S. 77 f. (aufgrund Akten des AA u. der RK).*

[4] *Kronprinz Wilhelm und Prinz Eitel Friedrich wurden seit April 1896 in der Plöner „Prinzenschule" erzogen; vgl. dazu Rep. 76, VI Sekt. 1 Gen. B Nr. 16, u. Jonas, Klaus W., Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt/M. 1962, S. 20 f.*

[5] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 57 Bde. 1 u. 2 (Broschüren u. div. Schriftwechsel 1889–99). Vgl. StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 220; Debatte dazu 18.6.1896, S. 2482–2496. Zusammenfassung in StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 43, S. 1769 (Verstaatlichung der Fa. Stantien & Becker). Zur Fa. vgl. auch Adolf Brekenfeld, Artikel F. W. Stantien, in: Altpreußische Biographie, Bd. 4, Marburg 1995, S. 1509–1511.*

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 123, Bl. 201–229; MF 734. — Abschr. [TOP 2, 4–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 14, Bl. 17–35v.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Berlepsch [zu 1–5], Miquel, Marschall, E. Hammerstein, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [für Bosse], von der Boeck [zu 3].

1. *Thielen, Bosse, Bronsart v. Schellendorff und Schönstedt sind abwesend.* — **2.** Zusammensetzung des Reichsbank-Kuratoriums. Hamburg *will, wie schon 1876–80, vertreten sein, da sein* Bankverkehr *selbst den der* Königreiche *weit übertrifft*. *Preußen unterstützt das.*[1] [B] — **3.** *Ordenssachen. StS* Stephan *beklagt* eine disparitätische Behandlung, *da* preußische Beamte *nach der Mindesttragezeit durch* mechanisches Aufsteigen *die* höheren Klassen *erhalten, Reichsbeamte aber nicht.* Mißstimmung *durch Kollision von Anciennitätsprinzip und Leistungsprinzip soll soweit möglich vermieden werden*.[2] [B] — **4.** *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Einweihungsfeier *des* Denkmals *auf dem* Kyffhäuser.[3] *Revision der zahlreichen* Vorschläge, *wobei Miquel und Marschall bei dieser* nationalen Feier *reichlichere* Dekorierungen, *auch der* Kriegervereine, *unterstützen.* [B] — **5.** *Beteiligung am zur* Millenniumsfeier in Budapest *geplanten* Kongreß *über die* Getreidepreise. *Trotz* Bedenken *sollen die* Geheimen Räte Thiel und Conrad *sowie Vertreter von* Landwirtschaftsrat *und* Landesökonomie-Kollegium *als* Reichsdelegierte *angemeldet werden.* [B] — **6.** *Hammerstein wird eine* Denkschrift[4] *über die bisherigen Maßnahmen* im Interesse der Landwirtschaft *erarbeiten lassen und dann veröffentlichen.* [B] — **7.** *Der* Gesetzentwurf[5] wegen Abänderung der Gewerbeordnung (Organisation des Handwerks) *soll umgehend im* Bundesrat *eingebracht werden, da man ohne* Innungen *bald* den Handwerkerstand gegen *sich* haben *würde.* [B] — **8.** Berlepsch *wird in der* Debatte[6] *zur Bundesrats-VO betr. die Arbeitszeit in Bäckereien/ Konditoreien* sprechen *und nicht den* Präsidenten *des AH um Absetzung dieser* Sache *von der* Tagesordnung *bitten.*[7]

---

1 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 101953, Bl. 130 ff. (Wunsch Hamburgs v. 7.5.1896, Bundesratsentscheidung 5.6.1896, § 343). Einer Notiz Boettichers (Bl. 203v) zufolge verzichtete Sachsen freiwillig auf den Sitz im Reichsbank-Kuratorium, und der Hamburger Versmann rückte nach. Zur Sache vgl. Hettlage, Karl M., Die Reichsbank 1876–1918, in: K. G. A. Jeserich u. a. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, S. 266 f.*

2 *Vgl. Rep. 90, Nr. 2075, n. f. (Votum Boettichers v. 9.5.1896, StS Stephan).*

3 *Vgl. Mai, Gunther, „Für Kaiser und Reich". Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kyffhäuser, in: Ders. (Hrsg.), Das Kyffhäuser-Denkmal 1896–1996. Ein nationales Monument im europäischen Kontext, Köln u. a. 1997, S. 149 bis 177, bes. S. 169 ff. (Einweihungsfeier am 18.6.1896).*

4 *Denkschrift über die zur Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen, Berlin 1896. Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 106 Bd. 1 (Entwurf) u. BArch, RAdI, Nr. 115331 (Änderungsvorschläge, Schriftwechsel).*

5 *Nachweis aus StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 97 (Gesetzentwurf v. 20.7.1896).*

6 *Vgl. StenBerAH, Session 1896, 15.6.1896, S. 2423–2425.*

7 *Gem. Notiz in Marschalls Tagebuch v. 1.6.1896 ging es in dieser Sitzung auch um die Nachfolge-Kandidaten für Berlepsch, R. Bitter bzw. M. Thielmann; vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 534, Anm. 1.*

Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 123, Bl. 232–298v; MF 734–736. — Abschr. [TOP 1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 14, Bl. 37–68.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch [U], Miquel [U], Bosse [U], Bronsart v. Schellendorff, Marschall [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [U].

1. *Stellungnahme zu den Beschlüssen*[1] *der* Reichstagskommission *zum BGB. Beim* Schadensersatz für Jagdschäden, *speziell* Hasenschaden, *wird sich lt.* Nieberding *kaum die Regierungsvorlage durchsetzen, da die* linksstehenden Parteien *inkl. des* Zentrums *durch die* öffentliche Meinung *gebunden sind* [B]. *Die* Regreßpflicht des Staates bei Schäden *von Beamten* durch Verletzung ihrer Amtspflicht *ist zu bekämpfen* [B]. *Das eigenhändige, privat verwahrte* Testament *soll trotz Gefahr der* Erbschleicherei *ggf. hingenommen werden* [B]. *Die zwischen* Zentrum *und* Nationalliberalen *ausgehandelten Kompromisse beim Eherecht und beim* Vereinsrecht *werden im wesentlichen akzeptiert, um das BGB bald zu verabschieden*. *Dementsprechend muß beim* Vereinsrecht *hingenommen werden, daß das staatliche* Einspruchsrecht *gegen die* Erlangung der Rechtsfähigkeit durch Eintragung *nicht für* Vereine *zu* Erziehungs- oder Unterzwecken *gilt und der Einspruch gegen* politische, sozialpolitische oder religiöse Vereine *durch* Verwaltungsgerichte, *nicht durch die* politischen Behörden *geprüft wird* [B]. *Bezüglich Genehmigungspflicht für* Zuwendungen an die tote Hand, *v. a. die kath*. Kirche, *ist wegen des damit berührten* Kronrechts *noch mit dem* Zentrum *zu verhandeln* [B]. *Wünsche der preuß.* Landschaftsdirektoren *zur* Stellung der Landschaften *und ihrer* mündelsicheren Wertpapiere *unter den Bestimmungen des BGB werden abgelehnt* [B]. — **2.** *Ordenssachen anläßlich der* Einweihungsfeier *des* Denkmals auf dem Kyffhäuser*; Revision in vier Fällen.* [B] — **3.** Konzessionen *an* Auswanderungs-Unternehmen *für* Brasilien.[2] *Die* Nachteile für die Landwirtschaft *dürften gering sein. Da in* Süd-Brasilien, *speziell dem von H.* Wiegand *angekauften* Terrain, *ein* großes und gesundes Ansiedlungsgebiet *besteht, ist künftig* von Fall zu Fall *zu konzessionieren.* [B] — **4.** Einschränkung des Duellwesens.[3] *Eine* Reform *der militärischen* Ehrengerichte *soll sie als Schlichter stärken*, *aber als* Kampfgericht, *zu dem sie ab* 1843 *oft wurden, beseitigen*. *Wer diesem* Ehrenrate seinen Streit nicht *anzeigt, wäre sofort zu* entlassen. *Zivile* Ehrbeleidigungen *sollen nach einem* Beweisverfahren, *bei dem nicht* der Beleidiger zum Ankläger *wird, mit höheren* Geldstrafen *geahndet werden.* [B] — **5.** *Die* Anordnungen[4] *zur* Verhütung umstürzlicher Bestrebungen in der Armee *sind zu veröffentlichen.* [B] — **6.** *Der* Gesetzentwurf *über* Richtergehälter und die Ernennung der Gerichtsassessoren *ist im AH in der vom HH, speziell beim sog. Assessorenparagraphen* 8, *geänderten Fassung zu vertreten.*[5] [B] — **7.** *Die belästigenden* Äußerungen der Bootsleute *in* Plön *richteten* sich nicht gegen die kaiserlichen Prinzen, sondern gegen den Gendarmen, *wodurch* die Sache ihre Spitze verloren *hat.*

---

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nrn. 440–440d (Kommissionsbeschlüsse). Teildruck von TOP 1 bei Jacobs/Schubert (Hrsg.), Materialien zur Entstehungsgeschichte des BGB, S. 410–414. Vgl. auch Damnitz, Michael, Bürgerliches Recht zwischen Staat und Kirche. Die Mitwirkung der Zentrumspartei am Bürgerlichen Gesetzbuch, Baden-Baden 2001, S. 154. Zum Wildschadensersatz vgl. Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 244–247.*

[2] *Vgl. Brunn, Gerhard, Deutschland und Brasilien (1889–1914), Köln/Wien 1971, S. 116–164, bes. S. 136–141; Hell, Jürgen, Der Griff nach Südbrasilien. Die Politik des Deutschen Reiches zur Verwandlung der drei brasilianischen Südstaaten in ein überseeisches Neudeutschland (1890 bis 1914), MS, phil. Diss., Rostock 1966, S. 110–137 (beide u. a. aufgrund BArch, AA, Nr. 30279 u. Nr. 30304); Michael, Wolfgang, Richard Krauel als deutscher Gesandter in Brasilien 1894–1897, in: Preußische Jahrbücher 195 (1924), S. 62–80 sowie Rep. 77, Tit. 226 Nr. 75 Bd. 18, Bl. 63 bis 69 (Reise-Bericht Krauels v. 15.9.1896, mit der Marginalie Wilhelms II.:* Sehr gut geschrieben und vortrefflich beobachtet*).*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 114 Nr. 223 Bd. 1, Bl. 118 ff. Grundzüge und Denkschrift Schönstedts v. 24.11.1896 u. ebd., Bl. 168 ff. Voten dazu. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 8036, Bl. 66 ff.*

[4] *Rep. 87, ZB Nr. 203, Bl. 103; auch in Rep. 84a, Nr. 2325, Bl. 87; ebd. auch Schriftwechsel. Vgl. Wippermann, 1896, II, S. 126 f. (Druck der Meldung im Staatsanzeiger v. 24.7.1896).*

[5] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 229; Debatte dazu 11.6.1896, S. 2337 (Schönstedt für HH-Fassung). Trotzdem lehnte das AH die HH-Fassung ab. Zur Bedeutung des § 8 (Anspruch auf Anstellung nach bestandener Assessor-Prüfung) vgl. Richter, Politisches ABC-Buch, 1898, S. 31–33 u. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 161 bis 163. In seiner im Prot. erwähnten Rede (StenBerHH, 20.5.1896, S. 332–334) nannte Drenkmann als Auswahlkriterium für Richter offen Herkunft und Auftreten und wollte die diesbezüglich „minderwertigen" Elemente ausscheiden, um das Ansehen der Richter zu erhöhen.*

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 12] und Korrekturen, Bd. 124, Bl. 5–52; MF 736/737.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch[1]*, Miquel [U], Bosse, Bronsart v. Schellendorff [U], Marschall, Schönstedt [U], v. d. Recke [U].— Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Donner [für E. Hammerstein], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 12].

1. Thielen *und E. Hammerstein sind abwesend.* — **2.** *Preußen wird dem vom RT verabschiedeten* Börsengesetz *im* Bundesrat *zustimmen.*[2] [B] — **3.** *Für eine* reichsgesetzliche Regelung der Leichenschau *sollen kommissarische* Beratungen *stattfinden.*[3] [B] — **4.** *Stellungnahme zu den Initiativen*[4] *des RT betr.* Vereins- und Versammlungsrecht*. Das von der SPD initiierte* Vereinsgesetz *ist indiskutabel, weil damit die antisozialdemokratische Kampagne* Köllers[5] *mit einer* Niederlage der Regierung *endete. Die im liberalen* Notgesetz *vorgesehene* Aufhebung *des Verbindungsverbots für* Vereine *gem.* § 8 *des Vereinsgesetzes* vom 11. März 1850 *ist zwar* Wunsch aller Parteien, *aber einer Ministermehrheit zufolge einerseits bereits umgehbar, andererseits nur bei Gewinnung stärkerer Waffen gegen schädliche* Vereine *konzedierbar. Zudem ist wegen der* Verschiedenartigkeit *in den* Bundesstaaten *eine Regelung durch die Landesgesetzgebung vorzuziehen* [B]. *Dies empfiehlt sich umso mehr, als Recke eine* Novelle *zum* Vereinsgesetz *vorbereitet* [B]. — **5.** *Staatsrechtliche Stellung des Reichskanzlers. E. Richters* Auffassung[6]*, daß der* Reichskanzler [...] jedes Gesetz [...] verhindern *kann indem er nicht gegenzeichnet, ist falsch, da* Reichsgesetze *durch* Mehrheitsbeschlüsse des Bundesrats und des Reichstags *zustandekommen. Nicht einmal der* Kaiser *hat ein* Veto *dagegen. Diesbezügliche Richtigstellung ist aber unnötig.* [B] — **6.** Immediateingabe[7] des Erzbischofs v. Stablewski *betr. Verbitterung der Polen durch den Ostmarken-Verein, die Ansiedlungspolitik und die Kirchen- und Schulpolitik. Dem meist loyalen, aber schwankenden und schwachen Stablewski ist zu antworten, er möge den* staatsfeindlichen Neigungen unter dem Klerus *entgegentreten.* [B] — **7.** *Kath.* Kindererziehung *bei* Offizieren in gemischter Ehe*. Die* Ordre[8] *v.* 7. Juni 1853, *derzufolge bei Abgabe des* Versprechens der katholischen Kindererziehung *der Ausschluß aus dem* Heere *droht, wird umformuliert, aber nicht aufgehoben, und die Kirche soll das Versprechen nicht mehr fordern.* [B] — **8.** *Die von Bronsart bekämpfte* Einkommensteuerpflicht der

[1] *In der Unterschriftsliste ist bei Berlepsch vermerkt:* (ausgeschieden).

[2] *Vgl. Schulz, Das deutsche Börsengesetz, S. 181–183 (Zustimmung Bundesrat 18.6.1896, StenBerBundesR, § 386).*

[3] *Vgl. Rep. 76, VIII B neu Nr. 3379, Bl. 169 ff. (v. a. Votum Bosses v. 3.2.1896, kommissar. Beratungen v. 5.7.1897). Diese Schriftstücke auch in: III. HA, MAA (D), Nr. 1485, Bl. 19–81v.*

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 48 (Gesetzentwurf) u. Nr. 448 (sog. Notgesetz auf Antrag Bassermann); Kommissionsbericht dazu Drucks. Nr. 321; Debatte dazu 3.6.1896, S. 2387–2408 u. 17.6.1896, S. 2667–2676. Vgl. Rep. 84a, Nr. 5372, Bl. 221 f. (Votum Reckes v. 9.6.1896); BArch, RAdI, Nr. 115249, Bl. 176 ff. und Berlepsch, Neuer Kurs, S. 385–387.*

[5] *Köller hatte Ende Nov. 1895 die Berliner SPD-Vereine einschließlich des Parteivorstands wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz polizeilich auflösen lassen; die folgenden Gerichtsverfahren endeten im März 1897 mit Freispruch; vgl. Schultheß 1895, S. 192 u. 1897, S. 60, Rassow/Born (Hrsg.), Sozialpolitik, S. 63–107 (Prozeß, Urteile) sowie Turk, Eleanor L., The Berlin Socialist Trial of 1896: An Examination of Civil Liberty in Wilhelmian Germany, in: Central European History 19 (1986), S. 323–342. Anders als ebd., S. 328 angedeutet, resultierte der Rücktritt Köllers primär aus seinem Geheimnis-Verrat, höchstens indirekt aus seinem Vorgehen gegen die SPD.*

[6] *StenBerRT, Session 1895/97, 9.6.1896, S. 2494.*

[7] *Rep. 89, Nr. 22966, Bl. 76–80 (28.9.1896). Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 122 Bd. 30, Bl. 127–135 u. Blanke, Prussian Poland, S. 196 f.*

[8] *Rep. 84a, Nr. 1046, Bl. 31 (Abschr.). Ebd., Bl. 27–47 auch Voten, Ordre-Entwurf u. Pressestimmen dazu. Vgl. Sitzung am 22.1.1910, TOP 3.*

Mitglieder des reitenden Feldjägerkorps *bleibt bis zu einer* Revision des Einkommensteuergesetzes *bestehen*. [B] — **9.** *Zwei Ernennungen. Zwei Titelverleihungen.* [B] — **10.** *Über einige Details der* Militärstrafgerichtsordnung *sollen kommissarische Beratungen stattfinden.*[9] [B] — **11.** *Stellungnahme zum Antrag*[10] *E.* Richter, *statt* einer Anleihe zur Deckung der Mehrkosten *die* Matrikularumlagen zu erhöhen. [B] — **12.** *Zwölf Disziplinarsachen.* [B] — **13.** *Stellungnahme zum* Antrag[11] *W.* Albers*/O.* Arendt, *durch Eingehen auf* ein internationales Übereinkommen ein festes Wertverhältnis zwischen Silber und Gold herzustellen. *Da dabei ausgesprochen wird,* daß England die Initiative ergreifen müßte, *ist die Zustimmung Preußens* unbedenklich. [B]

[9] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1442, n. f. (Prot. der kommissarischen Beratungen v. 22.6.1896). Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115251, Bl. 163–165.*

[10] *Ein formeller Antrag Richters ist nicht nachzuweisen. Ähnliche Zielrichtung verfolgte jedoch ein überfraktioneller Antrag; vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 439 und Debatte am 16.6.1896, S. 2647.*

[11] *StenBerAH, Session 1896, Drucks. Nr. 110 u. 192; Debatte dazu 13.6.1896, S. 2387–2400 (angenommen).*

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 124, Bl. 54–94v; MF 737/738.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Berlepsch, Miquel [U], Bosse, Bronsart v. Schellendorff, Marschall, Schönstedt [U], v. d. Recke [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Wilhelmi, Hoffmann [beide zu 4].

1. *Abwesenheit von Thielen und Hammerstein.* — **2.** *Vereinsrecht. Alle* Bundesregierungen *sind gegen den Initiativgesetzentwurf des RT; viele bevorzugen den* Weg der Landesgesetzgebung. *Zum jetzt im Parlament liegenden* Notgesetz *müssen sich die* Regierungen *erst schlüssig machen.* [B] — **3.** *Schluß der Landtagssession 1896 soll bald sein, da Schönstedt auf* Verabschiedung des Richterbesoldungsgesetzes *mit dem im AH abgelehnten Assessorenparagraphen* 8 *definitiv* keinen Wert *legt.* [B] — **4.** Novelle[1] zur Gewerbeordnung *betr.* Organisation des Handwerks. *Berlepsch und Boetticher befürworten die Einbringung wegen der* Agitation *in* Handwerkerkreisen, *während andere* Minister *nur* Veröffentlichung *wünschen* [B]. *Berlepsch und Miquel setzen gegen Bedenken Hohenlohes und Boettichers* Zwangsinnungen *durch, weil an sie soziale Einrichtungen wie* Arbeitsnachweis *und Schiedsgerichte anzubinden sind und* individuelle wirtschaftliche Interessen *vom* Zwange *unbeeinträchtigt bleiben* [B]. *Detaildiskussion über* Handwerkerausschüsse *für die* nicht korporierten Handwerker *und* Handwerkerkammern *als Gutachter für die* Behörden *und beider Verhältnis zueinander* [B]. *Der* Befähigungsnachweis *ist* klar *abzulehnen. Es sollen zunächst noch* kommissarische Beratungen *stattfinden.* [B] — **5.** Immediateingabe[2] *des Landgrafen Alexander Friedrich v.* Hessen, *im Einführungsgesetz zum BGB die* Depossedierten *den* Landesherren *gleichzustellen. Im RT soll eine* Korrektur *versucht werden, zumal* jedes Mitglied des Zentrums gern den Antrag stellen würde. [B] — **6.** *Der RT soll nicht offiziell* vertagt, *sondern nur der* Reichstags-Präsident *die* nächste Sitzung *erst* im Herbste *ansetzen.* [B] — **7.** Aufhebung *des Jesuitengesetzes. Das Zentrum präsentiert lt. Boetticher die* Rechnung für *seine* Bereitwilligkeit zum

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11374, Bl. 249 u. 251 (Druck, 43 S. u. Begründung, 55 S.). Bl. 252 ff. drei Voten dazu. Vgl. Lenger, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker, S. 154–159.*

[2] *Rep. 90, Nr. 83, n. f. (6.6.1896). In dieser Akte auch der Immediatbericht v. 30.6.1896. Der interfraktionelle Antrag, die Depossedierten im BGB wie Landesfürsten anzusehen, in: StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 485.*

Bürgerlichen Gesetzbuche *und fragt, warum der* Bundesrat *zum* Beschluß des Reichstages *von 1895 noch nicht Stellung nahm.*[3] *Es ist wegen der* Abneigung *Wilhelms II. und der* Stimmung in den evangelischen Kreisen[4] *ausweichend zu antworten.*

[3] *Vgl. Sitzung am 8.10.1895, TOP 4 mit Anm.; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 241 f. (Brief K. Bachems) u. StenBerRT, Session 1895/97, 17.6.1896, S. 2656–2666 (S. 2657 Erklärung Hohenlohes).*

[4] *Diese Formulierung, die ähnlich u. a. in der Sitzung am 20.4.1895, TOP 1, auftaucht, deutet die anti-katholische Haltung des Evangelischen Bundes, der mehrfach gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes protestierte, an. Vgl. Rep. 89, Nr. 24155, Bl. 247 ff. (Immediatbericht Bosses v. 27.4.1896) und Müller-Dreier, Armin, Konfession in Politik, Gesellschaft und Kultur des Kaiserreichs. Der Evangelische Bund 1886–1914, Gütersloh 1998, S. 460 ff.*

Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 10] und Korrekturen, Bd. 124, Bl. 96–134; MF 738/739.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Lohmann [für Berlepsch], R. de la Croix [für Bosse], L. Frh. v. Falkenhausen [für Bronsart v. Schellendorff], Plath [zu 3], Frh. v. Broich, v. Kurowsky, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 10].

1. *Abwesenheit von vier Ministern.* — **2.** *Dem* Antrage[1] *des* Verbandes der deutschen Gewerkvereine *auf Arbeiterschutzmaßnahmen in Reichs- und Staatsbetrieben kann kaum entsprochen werden, zumal einiges bereits versucht wird.* [B] — **3.** Verjährung *von* Schuldposten, *z. B. nachträglich geltend gemachter Pensionsforderungen. Lt.* Plath *besteht strikte Handhabung im* Reiche, *aber diskretionäre in Preußen, wo gegen berechtigte, verspätet entdeckte Ansprüche* aus sozialen Gründen *nicht* ausnahmslos *der* Verjährungseinwand *erhoben wird. Miquel sieht dadurch das* Staatsvermögen *berührt und als Ausnahme nur den* Gnadenweg *beim* König, *zumal solange kein* Komptabilitätsgesetz *besteht. Die Ressorts bleiben ermächtigt, in Fällen, wo* Rechtsgefühl *und* Anstandspflicht *dies verlangen, den* Verjährungseinwand *nicht zu erheben.* [B] — **4.** Verminderung des Schreibwerkes *bei Behörden. Hohenlohe und Bosse sind gegen die von Miquel und Recke angeordnete generelle* Beseitigung der Kurialien, *da sich sonst* ein gewisser harter Ton *im Schriftverkehr* einbürgern könnte. *Nach Voten aller Minister soll eine* gemeinschaftliche Verfügung[2] *für Preußen und das Reich erlassen werden.* — **5.** *Titelverleihung. W.* Jebens *wird trotz des Grundsatzes,* daß kein Beamter mehr als einmal charakterisiert werden *soll, Wirkl.* Geheimer Rat. [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B] — **7.** *Die* Beteiligung *galizischer* Turnervereine *und ein festlicher* Umzug *sollen beim sog.* Sokoltag in Posen[3] *verboten werden.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B] — **9.** *RT-Initiativen zum Vereinsrecht. Ein sozialdemokratischer Antrag*[4] *von I.* Auer *könnte dazu führen, daß die* Aufhebung *des Verbindungsverbots in das* Einführungsgesetz *zum BGB gebracht wird.*

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115313 (Voten) u. StenBerRT, Session 1895/97, 22.2.1896, S. 1154 f.*

[2] *BArch, RAdI, Nr. 115324, n. f. (Verfügung v. 20.5.1896). In der Akte auch Voten, das im Prot. genannte Schreiben Miquels v. 16.6.1896 und der abschließende Runderlaß v. 12.8.1897 zur Verminderung des Schreibwerks.*

[3] *Vgl. PA AA, R 4063, n. f. (Bericht der Zeitung „Post" über den Sokoltag vom 14/15.8.1896).*

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 474; Debatte dazu 27.6.1896, S. 3016–3023 (S. 3018 Erklärung Hohenlohes, daraufhin Ablehnung durch die Stimmen des Zentrums).*

Nieberding soll im RT dagegen argumentieren; notfalls soll die Aufhebung *durch* Landesgesetzgebung *im RT versprochen werden.* [B] — **10.** *Zehn Disziplinarsachen.* [B] — **11.**–**12.** *Zwei Titelverleihungen zur* Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen [B]. *Eine offizielle* Begrüßung *der Versammlung durch den* Präsidenten des Reichseisenbahnamtes *F.* Schulz *ist unnötig* [B].

Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juli 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 13] und Korrekturen, Bd. 124, Bl. 137–193, 196–198, Anlage: Bl. 195; MF 739/740.

Anwesend: Hohenlohe [V], Boetticher [U], Miquel [U], Thielen [U], Schönstedt, v. d. Recke [U], Brefeld [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse, U], Sterneberg [für E. Hammerstein], Lohmann, v. Woedtke, Kaufmann [alle zu 3], Frh. v. Broich, Supper, Anton [alle zu 13].

1. *Amtseinführung des neuen Handelsministers L.* Brefeld.[1] — **2.** *Die* Voten *zur kommissarischen* Beratung *über die* Militärstrafgerichtsordnung *sollen bis* August *vorliegen.* — **3.** Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.[2] *Die mehrfach vorgeschlagene* Zusammenlegung der Arbeiterversicherung *ist lt. Boetticher einstweilen untunlich, während Brefeld die aktuelle* Novelle *um eine spätere* weit ausholende Vereinfachung in Verwaltung und Rechtsprechung *ergänzen möchte. Eine Kommission hierzu ist nicht einzusetzen* [B]. *Detaildiskussion, u. a. zur Feststellung der* Erwerbsunfähigkeit, *zur* verschärften Aufsicht *der* Zentralbehörden *über kostenträchtige* Beschlüsse *der* Versicherungsanstalten, *zum* Veto des Staatskommissars *gegen Entscheide der* Geschäftsführung der Versicherungsanstalten, *über eine* Ausgleichung *bei der* Verteilung der Last *zwischen reichen und armen* Versicherungsanstalten *wie* Berlin und Ostpreußen[3], *zur* Höhe der Beiträge *sowie zur, von* agrarischen Interessen *gewünschten,* Entrichtung der Versicherungsbeiträge *durch die* nichtständigen Arbeiter *anstelle ihrer* Arbeitgeber. [B] — **4.** Immediatbericht[4] *zur Eingabe des* Erzbischofs von Stablewski *wegen Verbitterung der Polen. Diskussion zu* Fassungsänderungen, *da Hohenlohe gegenüber* Stablewski *eine mildere Wortwahl wünscht, zumal ein* kaiserlicher Bescheid an einen hohen katholischen Kirchenfürsten *bedeutsam ist. Zudem ist der Fall* Propst Szadzynski in Witaschütz[5] *noch ungeklärt, aber* leider durch die Agitationen des H.K.T.-

[1] *Berlepsch war zum 26.6.1896 zurückgetreten; vgl. sein Rücktrittsgesuch v. 24.5.1896 in: Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 75 bis 78. Ebd., Bl. 87 die Ernennung Brefelds v. 26.6.1896. Vgl. Rassow/Born (Hrsg.), Sozialpolitik, S. 62 f. (Berichte Lerchenfelds) und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1697 f. (Ablehnung des Kandidaten R. Bitter durch Hohenlohe).*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1267, n. f. (u. a. gedr. Prot. der Kommission für die Revision der Invaliditäts- u. Altersversicherung v. 4.–9.11.1895 im RAdI, Voten ab März 1896, Übersicht über den Inhalt der Voten nebst Gegenbemerkungen). Die Schriftstücke auch in: Rep. 90, Nr. 1220 u. BArch, RAdI, Nr. 115296. Vgl. Tober, Holger J., Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus, Husum 1999, S. 136 ff. (aufgrund Akten des RAdI).*

[3] *Dazu die Nachweisung auf der Anlage (Bl. 195).*

[4] *Rep. 89, Nr. 22966, Bl. 63–75 (12.8.1896). Vgl. auch Rep. 89, Nr. 15007, Bl. 254 ff.*

[5] *Vgl. Rep. 76, VII neu Sekt. 6B Posen Teil 1 Nr. 2 Bd. 1, n. f. (Presseartikel ab 27.6.1896); Müller, Leonhard, Nationalpolnische Presse, Katholizismus und katholischer Klerus, Breslau 1931, S. 82–96 u. Wippermann, 1897, I, S. 245 f. (Beleidigungsprozeß Szadzynski vor dem Posener Landgericht). Zum dabei involvierten Verhältnis Regierung–Ostmarkenverein vgl. Grabowski, Sabine, Deutscher und polnischer Nationalismus. Der deutsche Ostmarkenverein und die polnische Straz 1894–1914, Marburg 1998, S. 128 ff., hier S. 144 f.*

Vereins sehr verschärft worden. [B] — **5.** *Stellungnahme zur* Resolution[6] *betr.* Einrichtung von Versuchsstationen zur gründlichen Erforschung der Maul- und Klauenseuche. Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt und in den tierärztlichen Hochschulen *sollen angestellt werden.* [B] — **6.** Brefeld *wird Bevollmächtigter* zum Bundesrat. [B] — **7.** *Dem* Margarinegesetz *mit dem* Färbeverbot und den getrennten Verkaufsräumen *für Margarine und Butter wird Preußen im* Bundesrat *nicht zustimmen.*[7] [B] — **8.** *Titelverleihung. Der um das BGB verdiente Prof. G.* Planck *soll kais. Wirkl.* GeheimerRat *werden.* — **9.** *Der zum* Oberlandesgerichtspräsidenten *ernannte O.* Küntzel *muß zum Bedauern Schönstedts das* Amt *als stellv. Bevollmächtigter zum Bundesrat aufgeben.* — **10.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **11.** *Die MdR der Zentrumspartei, die zugleich Richter sind, wollen auch während der* Vertagung des Reichstages ihre amtliche Tätigkeit *ruhen lassen.*[8] *Dies ist in den* Personalakten *zu vermerken, und die* Namen *dieser MdR sind in die* Presse *zu lancieren.* [B] — **12.** Konvertierung *der Anleihen auf* 3½ Prozent. *Miquel ist* nicht erfreut, *glaubt dies aber* nicht länger aufschieben *zu dürfen, da die meisten Staaten und* Kommunen *konvertiert haben und die* Zinsersparung *für verbesserte Beamten- und* Lehrerbesoldungen *gebraucht wird. Miquel wird Wilhelm II. die* Konvertierung *empfehlen.*[9] — **13.** *Drei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[6] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 232; Annahme Sitzung am 23.3.1896, S. 1647–1651. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, 14.7.1896, § 486 (Beschluß). Die Aussage Boettichers* In den Bundesratsausschüssen werde es mehr und mehr Gewohnheit, statt selbst zu prüfen, die Sache dem Reichskanzler zu überweisen *wurde im Prot. (Bl. 180v) wieder gestrichen.*

[7] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Sitzung am 9.7.1896, § 450 u. am 14.7.1896, § 477 (Ablehnung).*

[8] *Vgl. Sitzung am 15.1.1894, TOP 8.*

[9] *Vgl. Rep. 151, IA Nr. 2753, n. f. (div. Schriftwechsel zur Konvertierungsfrage 1895/96).*

Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 5] und Korrekturen, Bd. 124, Bl. 200–235; MF 740/741.

Anwesend: Boetticher [V, U], Miquel, Thielen [U], E. Hammerstein [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Gf. v. Posadowsky-Wehner, Tetzlaff [zu 1], v. Kurowsky [zu 5].

1. *Vorwürfe wegen* Bestechung von Beamten *nach* Äußerungen *des Bernsteinpächters M.* Becker *über Kauf des Titels als* Geheimer Kommerzienrat *in Verbindung mit dem Beleidigungsprozeß von Beamten der Domänenverwaltung gegen E.* Westphal.[1] *Die* Beschuldigungen *sind gerichtlich bzw. durch* Disziplinaruntersuchung gegen „Unbekannt“ *aufzuklären. Frage der* Verjährung *und Vorgehensweise.* [B] — **2.** Änderung *der* Grundsätze *zur* Berechnung der Reise- und Umzugskosten *der Beamten in Bezug auf die* Bestimmung des Ortsbegriffs *wird gebilligt.*[2] [B] — **3.** Änderung der Bestimmungen über die Pfarrvakanzüberschüsse der ostpreußischen lutherischen Gemeinden. *Der* Weg der Kirchengesetzgebung *genügt, ein* Akt der Staatsgesetzgebung *ist unnötig, zumal bei der* Unbedeutendheit des Gegenstandes *und jüngst gekräftigter kirchlicher* Autonomie. [B] — **4.**

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115290, Bl. 3 ff. (Strafprozess E. Westphal) u. Bl. 31 f. (Votum Schönstedts).*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 786, n. f. (Votum Miquels v. 2.6.1896, Beschluß des StMinm. v. 12.8.1896).*

Gehaltsaufbesserung der Beamten.[3] *Miquel wird dazu bald votieren, zumal der* Reichsetat *davon berührt wird.* — **5.** *Drei Disziplinarsachen.* [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **9.** *Informationsreisen ausländischer Abgesandter in Preußen. Da der russische Gelehrte* Soboleff *weder* polnische Propaganda *betreiben noch spionieren wird, ist der Besuch bei* Ansiedlungskommission *und* Generalkommissionen *zu erlauben.*[4] [B] — **10.** *Wegen seiner abfälligen* Kritik über die ganze Rentengutsgesetzgebung *in seiner* Broschüre[5] *ist gegen den* Regierungsrat *bei der* Generalkommission zu Merseburg, Chüden, *disziplinarisch vorzugehen.* [B] — **11.** *Urlaubsregelung der Staatsminister.* — **12.** *Für das* Margarinegesetz *haben im* Bundesrat *nur vier Kleinstaaten gestimmt.* — **13.** *Die* Bundesregierungen *sollen sich zur erwogenen* Beseitigung *des Verbindungsverbots für Vereine äußern.* — **14.** *Beteiligung am in* Budapest *geplanten* internationalen landwirtschaftlichen Kongreß.[6] [B] — **15.** *Titelverleihung. Zwei Ordenssachen.* [B]

[3] *Vgl. Sitzung am 6. u. 7.11.1896, TOP 2 mit Anm.*
[4] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 128, Bl. 67 ff. (Schriftwechsel 1896).*
[5] *Chüden, Oskar, Die Rentengutsbildung in Preußen. Eine wirtschaftliche und soziale Gefahr für die Ostprovinzen der Monarchie, Königsberg 1896 (106 S.). Vgl. Rep. 87, B Nr. 2166, Bl. 91–139 (Disziplinarverfahren) u. Nr. 18811 (Manuskript Chüdens von 1894 über vermeintliche Mißstände, das zu publizieren ihm verboten wurde).*
[6] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 5 Bd. 9, n. f. (Schriftstücke, v. a. des AA, ab 29.6.1896 betr. Kongreß am 17.–20.9.1896) u. BArch, AA, Nrn. 13870–13871 (div. Schriftstücke 1896).*

Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juli 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 124, Bl. 236–238v; MF 741.

Anwesend: Boetticher [V, U], Thielen [U], E. Hammerstein. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Rotenhan [für Hohenlohe, U].

Beteiligung am landwirtschaftlichen internationalen Kongreß in Budapest. *Nach Bedenken Posadowskys und Hohenlohes, daß bezüglich künstlicher* Erhöhung der Getreidepreise *und* Bimetallismus *auch* Angriffe gegen die deutsche Regierung *erfolgen könnten, sollen nur H.* Thiel *und A.* Conrad *als* landwirtschaftliche Sachverständige *entsandt werden.* [B]

Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums am 11. August 1896.

Reinschr., Bd. 124, Bl. 239–240; MF 741.

Anwesend: Hohenlohe [V], Boetticher, Thielen. — Prot.: Beglaubigt Kurowsky [U].

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen zu den Herbstmanövern in* Posen und Schlesien. *Revision in acht Fällen.* [B] — **2.** *Titelverleihung.* [B] — **3.** *Dem Landesbibliothekar* Dr. Schwartz in Posen *ist das gewünschte Exemplar der* Gesetzsammlung *nicht kostenlos zu überlassen.* [B]

Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 14. August 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 124, Bl. 241; MF 741.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Thielen, Schönstedt, Marschall. — Prot.: Kurowsky.

Wilhelm II. wird Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff *entlassen und* Generallieutenant *H. v.* Goßler *ist als* Nachfolger *vorgesehen.*[1]

[1] *Zum Rücktritt vgl. Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 95–111; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 249–257, 526; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 549–551 (Berichte Jagemanns); Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1699–1736 (interne Meinungsbildung, auch zur erwogenen Ablösung Marschalls); Meisner, Heinrich Otto, Der Kanzler Hohenlohe und die Mächte seiner Zeit, T. 2, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 230 (1932), S. 131 f.; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 179–183.*

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 11. September 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 13] und Korrekturen, Bd. 124, Bl. 246–279; MF 741/742.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Schönstedt [zu 1–9], v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Anton, Mügel [alle zu 13].

1. *Ordenssache und Titelverleihung für* Mitglieder *der BGB-Kommission;* G. *Planck wird für sein Lebenswerk und seine ganz außerordentlichen* Verdienste *um das BGB kaiserlicher Wirklicher Geheimer* Rat. [B] — **2.** *Ordenssache für den im Kulturkampf zur* Disposition *gestellten Frh. I. v.* Landsberg-Velen-Steinfurt, *der* in seinen wichtigen Stellungen *in der* Selbstverwaltung *wie in der Zentrumspartei* sehr entgegenkommend *wirkt.* [B] — **3.** Militärstrafprozeßordnung. *Der neu ernannte* Kriegsminister *H. v.* Goßler *teilt hierbei den* Standpunkt *Hohenlohes*[1]*, und Wilhelm II. wird die Einbringung des Entwurfs mit grundsätzlicher* Öffentlichkeit *der Gerichtsverhandlung demnächst erlauben.* — **4.** Ernennung *Goßlers zum Bundesratsbevollmächtigten wird gebilligt.* [B] — **5.** Vertrauliche Mitteilungen *Hohenlohes* über die Lage der auswärtigen Verhältnisse.[2] [B] — **6.** *Ordenssache bzw. Titelverleihung.*[3] [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.** *Drei Ernennungen.* [B] — **9.** *Titelverleihung. Sieben Ernennungen, darunter die des* hervorragenden Wasserbautechnikers *E.* Kummer *zum* Oberbaudirektor, *lt. Miquel* eine der wichtigsten Stellen in der Monarchie. — **10.** *Terminierung der Landtagssession 1896/97. Da eine* zu frühe Berufung *die* Beratungen im Landtage erfahrungsmäßig verschleppt, *aber auch viele Gesetzentwürfe anstehen, bleibt die Terminierung* Anfangs Dezember *oder später noch offen.* — **11.** Bei Jubiläen der Staatsbeamten *soll künftig* die im öffentlichen Dienst *verbrachte* Zeit mitangerechnet *werden, nicht jedoch die bei* Privat-

[1] *Vgl. Anker, Militärstrafprozeßordnung, S. 293 f.*

[2] *Damit dürfte die Zusammenkunft Wilhelms II. mit Zar Nikolaus in Breslau am 5./6.9.1896 gemeint sein; vgl. Wippermann, 1896, II, S. 9 ff. und Canis, Konrad, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 205 f.*

[3] *Der in der Sitzung nur für den Stern der Komthure des Hausordens von Hohenzollern vorgeschlagene Präs. des Kammergerichts Drenkmann wurde nach erneuter Intervention des Justizministers (Bl. 259v) doch Wirkl.GehR.*

eisenbahnen. [B] — **12.** *Der* Resolution[4] des Reichstags *über die* Impffrage *wird Preußen im* Bundesrate *zustimmen, da die einzusetzende* Kommission *ja* Maßregeln *gegen die Übertragung anderer* Krankheiten *durch* Impfungen *finden soll.* [B] — **13.** *Sieben Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, 8.5.1896, S. 2203–2218. vgl. Rep. 76, VIII B Nr. 3917, n. f. (div. Schriftwechsel ab 5.8.1896). Nach Widerstand der süddt. Staaten im Ausschuß lehnte der Bundesrat in seiner Sitzung am 16.6.1897, § 439, die Einsetzung einer Kommission ab, bat aber den Reichskanzler, Experten zur Frage der Modifikation des Impfzwanggesetzes von 1874 zu konsultieren. Zum Widerstand gegen die Impfungen vgl. Huerkamp, Claudia, The history of smallpox vaccination in Germany. A first step in the medicalization of the general public, in: Journal of Contemporary History 20 (1985), S. 617–635, bes. S. 627–630. Vgl. Sitzung am 9.3.1897, TOP 10.*

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 125, Bl. 2–50v, Anlage: Bl. 51–56; MF 742/743.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 2, U], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 3, U].

1. *Einführung und* Vereidigung *des neuen Kriegsministers H. v.* Goßler. — **2.** Militärstrafgerichtsordnung. Kernpunkt *bleibt der* Ausschluß der Öffentlichkeit *in der* Hauptverhandlung *aus* Gründen der Disziplin. *Exakte Formulierung dazu.* Ausschließung der Militärpersonen minderen Grades *von der* Verhandlung *als Ausfluß der* Kommandogewalt des Kaisers. *Weitere Details. Der* Entwurf *wird als* Präsidialvorlage *eingebracht.* [B] — **3.** Konvertierung *der Anleihen.*[1] *Miquel ist aus fiskalischen,* politischen und sozialen Gründen *dafür. Marschall, Boetticher und Hohenlohe möchten weiter abwarten. Lt. Posadowsky haben die niedrigen* Kurse *der* vierprozentigen *und* 3½prozentigen *Papiere bereits die* Konversion *vorweggenommen. Nach Ansicht der Ministermehrheit ist die* Konversion unvermeidlich, *weil der* Zinsfuß *europaweit* gesunken *ist und der* Staat *ihn nicht* lediglich im Interesse der Kapitalbesitzer [...] künstlich höher halten *darf.* [B] — **4.** *Zum* Lehrerbesoldungsgesetz *soll Wilhelm II. beim Kronrat gesagt werden, daß es* im wesentlichen auf der früheren Grundlage *erneut vorgelegt werden wird.* [B] — **5.** *Die Landtagssession 1896/97 soll mit Rücksicht auf genügend Zeit für* Etatberatungen, Lehrerbesoldungsgesetz *und Abkommen über die Hessische* Ludwigsbahn *etwa am* 20. November *beginnen.* [B] — **6.** Besoldungsaufbesserung der Beamten.[2] Parteien *wie Wilhelm II. bevorzugen eine Erhöhung bis zur* IV. *Rangklasse, also ohne höhere Beamte und* die 1890/91 aufgebesserten unteren Beamten, *aber das lehnen mehrere* Minister *ab, und das Thema soll im Kronrat möglichst knapp gehalten werden.* [B] — **7.** *Polenpolitik. Diverse* Vorschläge *hierzu verlangen lt. Miquel eine* eingehende Erwägung *im* Staatsministerium, *so daß im* Kronrat *noch nichts zu entscheiden ist.* [B] — **8.** *Hohenlohe wird den Termin des* Kronrats *eruieren.*

[1] *Dazu die Anlage auf Bl. 51–56 (Mitteilung Kochs über Depotinhaber bei der Reichsbank) und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 262 f.*

[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 7395, n. f. (Miquels* Vorschläge zur Verbesserung der Gehälter der höheren und mittleren Beamten*, übersandt am 29.7.1896, beinhaltete 111 Positionen und 19,8 Mio. M. Mehrbedarf). Dies auch in: BArch, RAdI, Nr. 115322, Bl. 39 ff. Dort auch der Fortgang der Besoldungsfrage bis zur Sitzung am 6./7.11.1896.*

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 125, Bl. 58–92v; MF 743/744.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Humbert [U].

1. *Der Kronrat findet um 7.10.1896 in* Hubertusstock *statt.* — **2.** *Goßler ist wegen Vortrags bei Wilhelm II. über die Militärstrafgerichtsordnung verhindert.* — **3.** Ausdehnung *des Ausnahmetarifs für Rohstoffe auf* Brennstoffe. *Brefeld sieht durch* gewaltig steigende Überschüsse *im* Güterverkehr *die Möglichkeit, die* Brennstofftarife *auf* 2,2 *bzw.* 1,4 *Pf. pro Tonnenkilometer zu ermäßigen, was maximal 15,5 Mio.* M. *Ausfall bedeutet und die* Industrie, *die* fern von den Kohlen *liegt, aber auch die hochwertige* oberschlesische und die Ruhrsteinkohle gegenüber ihren minderwertigen *Konkurrenzprodukten fördert und zudem der* Landwirtschaft *hilft. Miquel erachtet das als richtige Industriepolitik. Rückwirkung auf Staatsfinanzen und diverse Wirtschaftsbereiche.* Ermäßigung *für* Erzfrachten, *v. a.* Minette, *und* Grubenholz *wird weiter erwogen.*[1] [B] — **4.** *Beseitigung der* Mißstände in der wasserwirtschaftlichen Verwaltung.[2] *Die* Organisation von Wasserämtern unter den Oberpräsidenten *und die Ressortzuständigkeit von Arbeits- oder Landwirtschaftsministerium sind ebenso umstritten wie die* Frage, *ob* provisorische Abhilfe *reicht oder definitive* Umgestaltung *im Rahmen eines* Wassergesetzes *anzugehen ist.* [B] — **5.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **6.** *Drei Ordenssachen zur* Enthüllung des Provinzialdenkmals *für Wilhelm I. bei Porta Westfalica.*[3] — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Vier Ordenssachen für Hauptbeteiligte an der Berliner* Gewerbeausstellung.[4] Anschuldigungen *gegen* Kommerzienrat Kühnemann, *er habe* seine Stellung *im* Arbeitsausschuß *genutzt,* um seiner Fabrik Bestellungen *von Ausstellern zu verschaffen, sind nicht so gravierend;* Kommerzienrat Goldberger *erhält als* persona grata *bei Wilhelm II. den* Kronen-Orden III. Kl. [B]

[1] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (Voten ab Mai 1896).*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 76 Nr. 31 Bde. 1 u. 2 (div. gutachtliche Äußerungen, Entwurf eines Preuß. Wassergesetzes vom November 1895, Druck, 671 S.) u. Rep. 84a, Nr. 5787, Bl. 20 ff. (Voten).*

[3] *Vgl. Gießelmann, Roland, „Die Provinz Westfalen: Hurrah!" Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica 1888–1896, in: J. Meynert u. a. (Hrsg.), Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888 bis 1914, Bielefeld 1991, S. 177–207, bes. 191–203 (Feier am 18.10.1896); ebd. auch weitere Bibliographie.*

[4] *Vgl. Rep. 120, A IV Nr. 5b Bd. 6, Bl. 30–43 u. Rep. 120, E XVI 2 Nr. 13 AF Bd. 3, n. f. (u. a. Bericht des Berliner Polizeipräsidenten u. Zeitungsausschnitte). Vgl. allg.: Berlin und seine Arbeit. Amtlicher Bericht der Berliner Gewerbeaustellung 1896, hrsg. von F. Kühnemann, B. Felisch und L. M. Goldberger, Berlin 1898.*

Nr. 252 Sitzung des Kronrats im Jagdschloß Hubertusstock am 7. Oktober 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 76–135; MF KR 30/31.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner.

1. Konvertierung *der Anleihen auf* 3½% *und* Aufbesserung der Beamtenbesoldungen. *Miquel zufolge wäre Nichtkonversion* eine Ungerechtigkeit gegen die steuerzahlenden Staatsbürger *und zum* Nachteil der erwerbenden Klassen, *speziell der verschuldeten* Landwirtschaft. *Wilhelm II. ist damit, zumal nach Milderungen, einverstanden. Bezüglich* Beamtenbesoldungen *bemängelt er die*

kolossale Repräsentation *in* Armee *und Beamten mit* großen Wohnungen und feinen Diners *von Offizieren und Räten. Die Besoldungserhöhung soll nicht nur bis zur* IV. Rangklasse *gehen, da* Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten *vielfach* Repräsentationspflichten *haben. Die von Schönstedt angeregte* Aufbesserung *auch für* Oberlandesgerichtspräsidenten *wird von Miquel abgelehnt. Wilhelm II. wünscht zudem,* die Fonds für die Witwen und Waisen zu erhöhen. — **2.** *Wilhelm II. hat den Gesetzentwurf*[1] *betr.* Schuldentilgung und Bildung eines Ausgleichsfonds *gebilligt.* — **3.** *Das Lehrerbesoldungsgesetz soll wieder vorgelegt werden,* wenn auch mit gewissen Änderungen. — **4.** *Polenpolitik. Wilhelm II. sieht* Posen *nach mehreren Vorfällen*[2] *beinahe* im Zustande der Revolution *und verlangt scharfe* Maßnahmen, *da die Polen mit* Undank und Gehässigkeit *auf die lockeren* Zügel *der letzten Jahre reagiert haben. Den Aktionen der* polnischen Geistlichen, *zumal unter* Polen *in westlichen* Garnisonen, *ist* ein Riegel *vorzuschieben.* Der niedere Klerus ist eine demokratische Gesellschaft unter Leitung des Vatikans, der mit Hilfe der Jesuiten allgemeine Herrschaft erringen *will. Recke zufolge hat die* polnische Agitation *in den Westprovinzen und in den* Mittelklassen *stark zugenommen. Dagegen ist mit* vorhandenen Machtmitteln energisch und umsichtig *und* einheitlich durch alle Ressorts *einzuschreiten. Mögliche* Maßnahmen, *speziell im Kirchen- und Schulbereich, u. a. Verbot der* katholischen Lehrer-Vereine, *die agitatorisch-polnisch sind. Posadowsky zufolge sind* Polen *nicht durch* Bildungselemente *für* das deutsche Staatswesen *zu gewinnen, im* Gegenteil. *Man soll die* Polen *mit* strenger Gerechtigkeit [...] *behandeln,* ihr materielles Wohl selbstlos [...] fördern, *aber* auf politischem Gebiete *das deutsche Element stärken und* zuverlässige deutsche Einsassen *gewinnen.* — **5.** *Wilhelm II. möchte zur* Enthüllung *des Berliner Nationaldenkmals für* Kaiser Wilhelm den Großen *1897 eine* Feierlichkeit *abhalten und eine Erinnerungsmedaille stiften.* — **6.** *Die* Militärstrafgerichtsordnung *muß lt. Wilhelm II.* so wie *sie ist* angenommen werden. Der erste Abänderungsvorschlag *bringt* das Gesetz zu Falle. — **7.** *Pressepolitik. Wilhelm II. fordert bei neuen* Preßtreibereien *gegen sein Haus* unnachsichtlich gegen diese Leute vorzugehen. *Marschall hält K. v.* Lützow *für den Hauptschuldigen, Wilhelm II. hingegen verdächtigt A. v.* Huhn.[3]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 7.*

[2] *Vgl. Müller, Nationalpolnische Presse, S. 62 ff. (Opalenitza/Carnap vs. Stablewski) bzw. S. 96 ff. (Propst Bartsch). Eine Debatte zum Fall Carnap in: StenBerAH, Session 1896/97, 10.2.1897, S. 836 ff. Analyse bei: Kulczyński, John, School Strikes in Prussian Poland 1901–1907: The struggle over Bilingual Education, New York 1981, S. 30–47; überarb. poln. Fassung: Strajki szkolne w zaborze pruskim 1901–1907, Walka o dwujęzyczną oświątę, Poznań 1993.*

[3] *Wilhelm II. verdächtigte damit einem dem Auswärtigen Amt Marschalls nahestehenden Journalisten, während der von Marschall genannte K. v. Lützow bald im berüchtigten Prozeß Leckert-Lützow-Tausch eine Hauptrolle spielte; vgl. zum Ablauf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 281 f. und Fricke, Dieter, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871–1898), Berlin 1962, S. 288 ff. (u. a. aufgrund Rep. 89, Nr. 667, Bl. 6 ff. sowie Akten des Berliner Polizeipräsidiums, Rep. 30, im Brandenburg. Landeshauptarchiv Potsdam). Vgl. auch Hammann, Otto, Der neue Kurs. Erinnerungen, Berlin 1918, S. 78 ff.; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 269, 286–288; Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1764 ff.; Hutten-Czapski, 60 Jahre, Bd. 1, S. 307–309 sowie Schultheß, 1896, S. 145 f. und ebd.,1897, S. 96 f.*

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 125, Bl. 95–148; MF 744/745.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

1. *Polenpolitik. Die ausschließliche* Anstellung deutscher Beamten *ist im Justizwesen, bei der Eisenbahn und im Postwesen der östlichen Provinzen unmöglich, da geeignete Deutsche häufig*

abwandern. Recke wird die Zusammenstellung[1] *der Ministervoten zur Polenpolitik erstellen.* [B] — **2.** Wassergesetz.[2] *Die* wasserwirtschaftlichen Rechtsverhältnisse *werden durch* etwa 54 Gesetze und Verordnungen *geregelt; eine Kommission soll die einheitliche* Landesgesetzgebung *vorbereiten. Aktuelle* Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie, *v. a. aber die* außerordentlichen Schwierigkeiten der Materie *lassen ein* Wassergesetz *erst* in Jahren *erwarten. Das Thema* Verunreinigung *der Gewässer, wo* feste Grundsätze *fehlen, aber die* schreienden Mißstände *dringend Regelung erfordern, soll mitberaten, aber ggf.* im Reiche oder in Preußen [...] in separato *kodifiziert werden. Auch die* Frage des Quellenschutzes *bzw. der* Wasserversorgung *der* Städte *ist einzubeziehen. Umstritten bleibt, ob in der* Mittelinstanz *der* Regierungs- *oder der* Oberpräsident *die* Kompetenz *haben sollen sowie die* Konzentration der Zuständigkeiten *im* Landwirtschaftsministerium, *wogegen Thielen Widerspruch erhebt, zumal auch der Landtag dagegen wäre. Die* Behördenorganisation *ist der* Entscheidung des Staatsministeriums *vorzubehalten*. [B] — **3.** *Ernennung. Ministerialdirektor* Kayser *soll auf Wunsch Wilhelms II. Senatspräsident am* Reichsgericht *werden, obwohl das manche Reichsgerichtsräte* verstimmen *wird.*[3] [B] — **4.** *Da Schönstedt die* Vertretung seines Ressorts im Bundesrat *für wichtig hält, soll* Ministerialdirektor Vietsch *stellv.* Bevollmächtigter *werden.* [B] — **5.** *Polenpolitik. Die* Farben *der* Fahnen für die Provinz Posen *sollen auf Vorschlag von* Oberpräsident *Wilamowitz von* weiß-rot *auf* weiß-schwarz-weiß *geändert werden, so daß* Fahnen *mit* polnischen Farben *verboten sind.*[4] [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B] — **7.** Oberpräsident von Steinmann in Schleswig *hat* sein Abschiedsgesuch[5] eingereicht.

[1] *Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 4, S. 53–57 (Anlage zum Votum Reckes v. 23.1.1897).*
[2] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1488, n. f. (Voten 1895–97) und Büschenfeld, Flüsse und Kloaken, S. 246 f.*
[3] *Vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1737 f. (nach div. Friktionen bittet Kayser Ph. Eulenburg um Befürwortung).*
[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 10.2.1897, S. 838–841, 846, 852, 901.*
[5] *Rep. 77, Tit. 4045 Nr. 10, Bl. 98 (Rücktritt aus Altergründen). Nach Meisner, Heinrich Otto (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen v. Waldersee, Bd. 2, ND Osnabrück 1967, S. 372 f. erfolgte der Rücktritt v. a. wegen mehrfacher Nicht-Einladung bei Anwesenheit Wilhelms II. in Schleswig-Holstein.*

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2] und Korrekturen, Bd. 125, Bl. 151–210; MF 745–747. — Teildruck [TOP 1]: Schubert, Werner u. a. (Hrsg.), Quellen zum Handelsgesetzbuch von 1897, Bd. 2, Frankfurt/M. 1987, S. 715–739.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, Lindig, Supper, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 2].

1. *Entwurf*[2] des Handelsgesetzbuches. *Auf Einwurf Schönstedts hin wird diskutiert, ob* Landwirte *insoweit* Kaufleute *sind, als sie große kaufmännische Nebenbetriebe besitzen. Die dann nötige kaufmännische* Buchführung *würde lt. Hammerstein* schwere Kalamitäten herbeiführen. *Landwirten mit Nebengewerben bleibt die* Eintragung in das Handelsregister *freigestellt, aber die spätere* beliebige Löschung *ist nicht zulässig. Weitere Detailfragen* [B]. *Erkrankte* Handlungsgehilfen *müs-*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Nieberding.*
[2] *Rep. 90, Nr. 1661, Bl. 4–208 (Druck, 1896), Bl. 219–231 (Einführungsgesetz), Bl. 241 ff. (Voten, u. a. Schönstedts v. 14.10.1896); diese Schriftstücke auch in: Rep. 84a, Nr. 899 u. Nr. 900. Die Zusammenstellung der Äußerungen der Bundestaaten zum HGB (Druck, 91 S.) in: BArch, RAdI, Nr. 115325, n. f. Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 632 (HGB); Debatte dazu 8.–10.2.1897, S. 4546–4551, 4557–4577, 4580–4601.*

sen sich künftig ihr Krankengeld *von ihrem* Gehalt *abziehen lassen* [B]. *Die* Konkurrenzklausel *für* Handlungsgehilfen *wird bestätigt* [B]. *Weitere Beschlüsse, u. a. betr. die* Kosten *von* Revisionen, *die* Aktionäre *durch Gerichtsbeschluß gegen* Aktiengesellschaften *bewirken, bezüglich der Haftung von* Bankiers *für schlechte* Papiere, *die sie aber im* guten Glauben *weiterverkauften und bezüglich des Ersatzwertes für verlorenes bzw. beschädigtes Frachtgut im* Eisenbahn- und Seeverkehr [B]. *Weitere* Anregungen *anderer Bundesstaaten sind in kommissarischen Verhandlungen zu beraten* [B]. — **2.** *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **4.** *Erinnerungsmedaille zur* Feier *des 100.* Geburtages *Kaiser Wilhelms I. 1897.*[3] *Da – dem Wunsche Wilhelms II. gemäß* – für die ganze Armee und alle Beamten [...] mehrere Millionen *an* Medaillen *bei* Kosten *von ca.* 1 M. pro Stück *nötig wären, soll* die Sache als preußische behandelt *und möglichst* nur die Teilnehmer an der Feier *dekoriert werden.* [B] — **5.** Reichsversicherungsamt. *Einer Anregung Brefelds folgend soll versucht werden, dessen* Mitglieder aus dem Bundesrate *bei der nächsten Wahl* von 4 auf 6 *zu erhöhen, damit auch* Preußen *dort* vertreten *ist.*[4] [B]

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1928, n. f. (u. a. Immediatbericht v. 30.12.1897 u. Ordre Wilhelms II. v. 1.1.1897); Rep. 90, Nr. 2027, n. f. (Gedenkmedaille) sowie Rep. 89, Nr. 2302 (u. a. Gesuche um Medaillenverleihung) u. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 103 Bde. 1 u. 2, n. f. (Schriftwechsel ab Nov. 1896 zur Enthüllung des Denkmals für Wilhelm I. am 22.3.1897). Dazu Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 955–960 und Nimmergut, Deutsche Orden und Ehrenzeichen, Bd. 2, S. 986 f. u. 1108 f.*

[4] *Tatsächlich amtierten ab 1900 auch zwei preußische Vertreter dort.*

Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 125, Bl. 214–264; MF 747/748.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2–3], Frh. v. Broich [zu 9].

1. Mitteilungen *Hohenlohes und Marschalls* anläßlich der Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ *über Bismarcks Rückversicherungsvertrag.*[1] — **2.** Gesetzentwurf[2] *zur außerordentlichen* Schuldentilgung *im* Etatsjahr 1897/98. *Posadowsky bezweckt damit, daß das* Reich *nicht länger den* Einzelstaaten Mehrüberweisungen *leistet und zugleich* neue Schulden *macht; zudem ist so der erneut drohenden* lex Lieber[3] *des Zentrums zuvorzukommen und ein* künftiges organisches Reformgesetz *für die Reichsfinanzen vorzubereiten. Auch für die* Bundesstaaten *ist das* vorteilhaft, *aber auf Wunsch Miquels soll Hohenlohe die Vertreter der* drei Königreiche *frühzeitig informieren.* [B] — **3.** *Veterinärpolizeiliches und zollpolitisches Verhältnis zu* Rußland, *das gegen die* Herabsetzung des Kontingents *russischer* Schweine *für* Oberschlesien, *das Einfuhrverbot für frisches* Schweinefleisch, *die* Erschwerung der Getreideeinfuhr *etc. protestiert und* Repressalien *ausgeübt hat. Über die* Handhabung *kann verhandelt werden, aber eine* Veterinär-Konvention *bleibt* ausgeschlossen, *denn nur aus* Rücksicht *auf den* oberschlesischen Industriebezirk *ist das* 1889 *wegen*

[1] *Vgl. Wippermann, 1896, II, S. 131–144 (Hamburger Nachrichten 24.10. u. Erwiderung des Reichsanzeigers 27.10., weitere Pressestimmen); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 270 f.; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 561 f. (Tagebuch Marschall), Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1745 ff. Eine zusammenfassende Interpretation gibt Stribrny, Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung, S. 274–330.*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 662; Debatte dazu 23.2.1897, S. 4877–4890.*

[3] *Vgl. Sitzungen am 16.3.1896, TOP 1 und am 20.3.1896, TOP 4 mit Anm. (Antrag Lieber).*

Seuchengefahr erlassene Einfuhrverbot[4] *gelockert worden* [B]. *Beim zollpolitischen* Verhältnis *zu den USA ist* wenig zu machen *außer nutzlosen Nadelstichen.*[5] — **4.** *Erinnerungsmedaille zur* Feier *des 100. Geburtstages* Kaiser *Wilhelms I.* 1897. *Wilhelm II. beharrt auf* Verleihung *an* alle aktiven Militärs und Beamten *im* Reich *und Finanzierung durch* eine Vorlage an den Reichstag. *Da gegen Millionenzahl und -kosten große* Bedenken *bestehen und die* Ablehnung *im RT befürchet wird, soll Hohenlohe bei Wilhelm II. nochmals intervenieren.* [B] — **5.** *Ausnahmetarife der Staatseisenbahnen für* Düngemittel *werden um* 5 Jahre *verlängert.*[6] [B]. — **6.** Wegfall des Ehekonsenses für die unmittelbaren Staatsbeamten.[7] *Trotz* Bedenken *Reckes soll künftig eine bloße* Anzeige *über die erfolgte* Eheschließung *verlangt werden.* [B] — **7.** Verleihung *des Titels* Wirklicher Geheimer Rat. *Die bestehenden* Grundsätze, *v. a.* 10 Jahre *Dienstzeit als* Rat erster Klasse, *bleiben bestehen, aber* Ausnahmen *aus besonderen Anlässen und bei* Dienstaustritt *sind auch zulässig.*[8] [B] — **8.** *Verleihung von* Ratstitel *und* Geheimratstitel *an* Subalternbeamte. *Nach der Ausnahme für A.* Weber[9] *sollen künftig* Geheimratstitel *auch an mehr als* 1/5 *der* Bürobeamten *der* Zentralbehörden *verliehen werden, obwohl so der* Geheimratstitel *an* Bedeutung *verlieren dürfte.* [B] — **9.** *Disziplinarsache.* [B] — **10.** *Verleihung des* Kanzleiratstitels *an verdiente* Kanzleisekretäre *der* Zentralbehörden *bei Dienstaustritt.*[10] *Da einige* Ressorts *dies entgegen den Bestimmungen bereits tun, soll es künftig generell erlaubt sein.* [B] — **11.** *Die Minister werden künftig zur Landtagseröffnung nicht mehr die* zweite gestickte Uniform, *sondern – wie zur Reichstagseröffnung – den* blauen Frack mit Stern *anlegen.* [B] — **12.** Nächste Sitzung *soll am 6.11.1896 sein.*

[4] *Gem. VO v. 14.7.1889, RGBl., S. 149. Vgl. Rep. 87, E Nr. 6590, Bl. 137 ff. (div. Schriftwechsel zu den Fleisch- und Schweine-Einfuhrverboten); Rep. 90, Nr. 1622, n. f. (Prot. der kommissar. Beratungen im RAdI am 3.10.1896). Umfassende Analyse bei: Wulff, Dietmar, Der „kleine" Zollkrieg. Zu den Hintergründen und dem Verlauf der deutsch-russischen Zollkonferenz (November 1896 bis Februar 1897), in: Jahrbuch für Geschichte 29 (1984), S. 65 bis 95, bes. 83 ff. (aufgrund russ. Akten u. BArch, AA, Handelspolit. Abt., Nr. 10669).*
[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1622, n. f. (u. a. AA am 16.9.1896 über Möglichkeit eines Zollkriegs mit den USA).*
[6] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 2, n. f. (u. a. Schreiben Thielens v. 16.10.1896).*
[7] *Vgl. Sitzung am 14.7.1882, TOP 3.*
[8] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1984 (Verleihungsgrundsätze 1844–1918).*
[9] *Vgl. Sitzung am 21.5.1896, TOP 5.*
[10] *Vgl. Sitzung am 16.10.1891, TOP 6 mit Anm.*

Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 6. und 7. November 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 126, Bl. 4–87, Anlage: Bl. 88–100v; MF 748–750. — Abschr. [TOP 1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 14, Bl. 224–239.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V zu 1–2, 4–6], Boetticher [V zu 3], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner, Neumann [zu 4].

1. *Reitendes* Feldjägerkorps. *Goßler möchte die* Grundsätze *über die* Verleihung von Oberförsterstellen *klären, die seit 1895 nur noch zu* 1/8 *an Feldjäger gehen. Goßler soll das* erforderliche Material *zur Beratung im* Staatsministerium *besorgen.*[1] — Differenzen *zwischen preuß.* Bevollmächtigten *aus verschiedenen* Ressorts *in den* Bundesratsausschüssen *sind zu vermeiden. Hat ein* Ressort *Bedenken, etwa gegen eine* Etatsposition, *soll* Beschlußfassung des Staatsministeriums *beantragt werden*. Preußen *kann dann wie jede andere* Bundesregierung *auch gegen eine* Vorlage

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115346, n. f. (Voten 1895/96).*

stimmen, die vom Reichskanzler *als* Chef der Reichsverwaltung *befürwortet wird.*[2] — **2.** *Besoldungserhöhung der preußischen* Beamten.[3] Stellen über 12 000 M. *sind mit* Ausnahme *der* Unterstaatssekretäre *jetzt* nicht aufzubessern. *Abstimmung über zahlreiche Gehaltshöhen, u. a. für den* Präsidenten *der* Oberrechnungskammer *und des* Evangelischen Oberkirchenrats, *den* Direktor *der* Staatsarchive, *die* Eisenbahndirektions-Präsidenten, *die* Direktoren *der* Porzellanmanufaktur, *die* Gewerbeinspektoren. *Die* Forderung *Schönstedts nach völliger Gleichstellung der* Richter erster Instanz *mit* Landräten und Regierungsräten *wird abgelehnt. Weitere Abstimmung über Gehaltshöhen, u. a. von* Oberpräsidialräten *und Landräten, Spezialkommissaren und Oberförstern.* [B] — **3.** *Bericht an Wilhelm II. über die zur Landtagssession 1896/97 geplanten* Vorlagen. [B] — **4.** *Besoldungserhöhung der Reichsbeamten. Abstimmung über zahlreiche Gehaltshöhen, auch in* Reichsheer *und der* Marine *sowie der* Postverwaltung, *der mehrere* Verlangen *abgelehnt werden. Für das* Reichsamt des Innern *werden mehrere Wünsche berücksichtigt, da* Berlin *teuer ist und sonst* Nichtpreußen *zunehmen. Auch dem* Auswärtigen Amte *werden mehrere Wünsche erfüllt.* [B] — **5.** *Besoldungserhöhung der Beamten im Bereich des Kultusministeriums. Abstimmung über 13 Gehaltshöhen, u. a. von* Konsistorialpräsidenten *und* Generalsuperintendenten. *Die von Bosse verlangte* Gleichstellung *der höheren* Lehrer *mit den* Richtern *im* Höchstgehalt *von* 6300 M. *wird abgelehnt.* [B] — **6.** *Polenpolitik und katholische* Lehrervereine *in der Provinz* Posen. *Da ein* Verbot *wegen politischer* Agitation *nach* Lage der Gesetzgebung nicht *möglich ist, erwägen Bosse und Recke das* Verbot der Teilnahme im Disziplinarwege. *Eine Ministermehrheit hält jedoch angesichts der* Unmasse giftigen Streits, *wegen der dann drohenden Solidarisierung des Zentrums mit dem* Polonismus *und um* taktisch *richtig gegen* die schlimmsten polnischen Typen, *die* Volksschullehrer, *vorzugehen, zunächst eine formelle* Warnung *an alle* Lehrer *für angemessen.*[4] [B]

[2] *Diese Festlegung bildet einen Nachklang zum Vorstoß Miquels 1895, daß der Finanzminister schon bei der Aufstellung des Reichetats beteiligt sein sollte, um zu vermeiden, daß im Bundesrat Meinungsunterschiede zwischen reichischen und preußischen Bevollmächtigten offen zutage treten; vgl. die Ausführungen dazu in der Einleitung.*

[3] *Vgl. zu den strittigen Positionen die* Zusammenstellung *in der Anlage (Bl. 88–100v). Diese auch in: Rep. 90, Nr. 683, n. f. sowie Rep. 84a, Nr. 7396, n. f. (Miquel 26.10.1896).*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 870 Nr. 47e Fasz. I (Schriftwechsel von Bosse, Recke und Oberpräsident Wilmowski 1896/97).*

Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 126, Bl. 102–136v; MF 750/751.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 2–3, U].

1. Vertrauliche Mitteilungen *Marschalls zur* Interpellation[2] des Zentrums *über die* Enthüllungen der Hamburger Nachrichten *zu Bismarcks Rückversicherungsvertrag.* — **2.** Grundbuchordnung.[3] Monita *der Minister zu diversen Details wie* Einsicht *in die* Grundbücher. *Die von Schönstedt zugunsten einheitlicher* Einrichtung der Grundbücher *gewünschte Kompetenz des* Bundesrats *wird aus Rücksicht auf die* Bundesregierungen *fallengelassen. Die von Nieberding und Schönstedt befürwortete* direkte Haftpflicht des Staats *für fehlerhafte* Handlungen *der* Grundbuchrichter *wird in* prinzipielle *Haftung des* schuldigen Beamten *und nur* subsidiär *des* Staates *geändert. Einbrin-*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe.*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, 16.11.1896, S. 3261–3292 (S. 3262–3265 Hohenlohe u. Marschall).*

[3] *Rep. 84a, Nr. 6720, Bl. 378–443 (Entwurf v. 15.7.1896); Bl. 445 ff. Voten dazu.*

gung als Präsidialvorlage. [B] — **3.** Stellungnahme *zum Initiativgesetzentwurf*[4] *von Graf* Holstein *betr.* Beschlagnahme *des Lohnes* zugunsten unehelicher Kinder, *die von ihren in die* Städte *abwandernden Vätern häufig* auf dem Lande [...] in Not *zurückgelassen werden. Da Nieberding sich dafür ausgesprochen hat und die Konservativen wie die* Bundesregierungen *zustimmen, soll ein* Entwurf *ausgearbeitet werden.* [B] — **4.** *Preußen–Reich-Verhältnis und Teilnahme der Reichsstaatssekretäre an Sitzungen des* Staatsministeriums. Nieberding *war* gekränkt *über die verspätete* Einladung *zur* Sitzung, *da das RJA die* Beratung *beantragt hatte. Deshalb sollen künftig* Einladung *und Ministervoten* direkt *an die* Reichsressorts *gehen, sofern die Beratungen auf deren* Initiative *beruhen. In* anderen Fällen *entscheidet wie* bisher *die* Reichskanzlei, *ob* Reichsressorts *zu Staatsministerialsitzungen geladen werden.* [B] — **5.** Thronrede[5] zur Eröffnung *der Landtagssession 1896/97 wird* festgestellt. — **6.** *Ordenssache. Zwei Ernennungen.*[6] [B] — **7.** *Lehrerbesoldungsgesetz. Der neue* Entwurf *gewährt* größeren Gemeinden *gut 0,8 Mio.* M. *mehr an* Staatszuschuß, *was die* Bürgermeister *im* Herrenhause *befriedigen dürfte. Eine von den* Lehrern *geforderte* Erhöhung des Mindestsatzes *auf 1000 M. pro Jahr erlaubt die* Finanzlage *nicht.* [B]

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 66; Debatte dazu 13.6.1896, S. 2592–2597. Vgl. Rep. 84a, Nr. 10588, Bl. 43 ff. (Votum Schönstedts, kommissar. Beratungen, Gesetzentwurf u. RT-Debatte dazu am 8.2.1897, S. 4541–4546).*
[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 20.11.1896, S. 1–2.*
[6] *Vgl. Sitzung am 5.12.1896, TOP 10 (Schönstedt zieht Mannhardt als neuen Senatspräs. beim OLG Kiel zurück).*

Nr. 258 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 11] und Korrekturen, Bd. 126, Bl. 140–184; MF 751/752. — Abschr. [TOP 2–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 14, Bl. 258–281.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner[1] *[zu 3], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 11].*

1. Mitteilungen *Brefelds über die bis 31.* Oktober *1896 um 40,2 Mio. auf 656,7 Mio.* M. *gestiegenen* Gesamteinnahmen *der* Staatseisenbahnen. — **2.** *Veterinärpolizeiliches und zollpolitisches Verhältnis zu* Rußland. *Marschall möchte bei der bevorstehenden Zollkonferenz die* Einfuhr *von* 2 kg frischen Fleisches *im kleinen* Grenzverkehr *erlauben, um nicht zum* Zollkriege *zu treiben. Da der Handelsvertrag Preußen* freie Hand *läßt und die Gefahr der* Einschleppung *von Krankheiten minimiert werden muß, wird der Wunsch abgelehnt.* [B] — **3.** Remunerationen *und Unterstützungen sowie* Reisekosten- und Tagegelder *für Beamte; da in AH und RT diesbezügliche Anfragen zu erwarten sind, ist hier nach der Besoldungsaufbesserung eine Neuregelung zu treffen.* [B] — **4.** Antwort *auf vierzehn* Resolutionen *von HH und AH im Rahmen der jährlichen* Übersicht[2] *an den Landtag. Die Resolution*[3] *betr.* Reform des Rechtsanwaltstandes *betrifft den* Erlaß eines Reichsgesetzes *und ist nicht zu beantworten* [B]. *Die Resolution*[4] *betr. Schweineeinfuhrverbot nach* Oberschlesien *ist vorsichtig zu beantworten* [B]. *Weitere sieben* Resolutionen *sind nicht zu beantworten, da sie* Gegenstände der Gesetzgebung *betreffen* [B]. *Die Resolution*[5] *betr.* Aufhebung des Zollkredits *für* Getreide *tangiert den* Handelsvertrag *mit* Rußland *und ist, wie vier weitere Parlaments-*

[1] *Posadowsky wurde nicht unter den Anwesenden geführt, sprach aber (lt. Prot. Bl. 146) zu TOP 3.*
[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 11. Vgl. Sitzung am 6.10.1879, TOP 4 mit Anm.*
[3] *StenBerHH, 20.5.1896, S. 343.*
[4] *StenBerHH, 18.6.1896, S. 367.*
[5] *StenBerHH, 19.5.1896, S. 315.*

beschlüsse, mit Formeln wie „Verhandlungen schweben noch“ *zu beantworten* [B]. — **5.** *Der frühere Beschluß betr. Gehaltshöhen von zwei* Beamten *wird bekräftigt.* [B] — **6.** *Die Tagesordnungspunkte* Religionsunterricht der Dissidentenkinder *bzw.* Eingabe des Vereins homöopathischer Ärzte *werden vertagt.* — **7.** *Zwecks* Vereinfachung des Geschäftsganges *der Behörden, namentlich* Gebrauch der Kurialien *und* Titulaturen, *sollen kommissarische Beratungen*[6] *stattfinden.* [B] — **8.** *Fünf Ordenssachen zur* Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals *in* Kiel; *u. a. erhält der ehem. freisinnige MdA Prof. A.* Hänel *den* Kronen-Orden *II. Kl.* [B] — *Recke wird die Anregung Boettichers*, *daß bei* Festlichkeiten *mit Wilhelm II. die Behörden stets auch das* Staatsministerium *einladen, aufgreifen*. — **9.** *Als neuen* Oberpräsidenten *der Provinz* Schleswig-Holstein *soll Recke Wilhelm II. primär den von diesem für wiederverwendungsfähig erklärten* Grafen *R. v.* Zedlitz-*Trützschler, eventuell* Graf *K.* Stolberg-*Wernigerode oder* Graf Kurt Reventlow *vorschlagen.* [B] — **10.** *Die* Medaille *zur* Feier *des 100. Geburtstags Wilhelms I. fertigt* Bildhauer Schott*. Die auch* vom monarchischen Standpunkte gegenüber den übrigen Bundesfürsten *gebotene* Einschränkung *der* Verleihung *soll Hohenlohe nochmals Wilhelm II. vortragen.* — **11.** *Sechs Disziplinarsachen.* [B]

[6] *Vgl. Sitzung am 20.5.1897, TOP 4 mit Anm. (kommissar. Beratungen Januar – April 1897).*

Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1896.

Vollz. Reinschr. mit Teilreinschr. [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 126, Bl. 186–199, 202b–202c, Anlage: Bl. 200–201; MF 752.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

1. *Thielen ist verhindert.* — **2.** *Lehrerbesoldungsgesetz im Landtag.*[1] *Um die* Agitation *von Kommunen und* Lehrern *dagegen zu dämpfen, möchte Bosse die* Alterszulagen *nachträglich erhöhen, was ca.* 2 *Mio.* M. *kosten würde. Miquel bedauert zwar die Tendenz, daß die Volksschule zunehmend* Staatsschule *wird, befürwortet dieses* Entgegenkommen *aber, um RFKP und NLP zu beruhigen. Boetticher befürchtet, daß diese* Konzession *schon bei der 1. Lesung* Lehrer *wie Parteien ermutigt, künftig generell* mehr zu fordern*. Eine Ministermehrheit beschließt, eine* diesbezügliche Erklärung *nicht* im jetzigen Stadium, *sondern erst später, z. B.* in der Kommission, *abzugeben.* [B] — **3.** *Titelverleihung. Subalternbeamte der* Bankverwaltung *sollen nicht den* Titel „Geheimer Regierungsrat“, *sondern den* Titel „Bankrat“ *bzw.* „Geheimer Bankrat“ *erhalten.* [B] — **4.** *Das* Gesuch[2] *des Vereins der* deutschen Bühnenangehörigen *unter* Graf Hochberg *um einen* Zuschuß *von* 54 000 M. *zur* Errichtung einer Bühnen-Akademie *wird abgelehnt; dies ist Ländersache.* [B] — **5.** *Boetticher erbittet Vorschläge für einen neuen Vorsitzenden der* Kommission für Arbeiterstatistik. *Th.* Lohmann *will abtreten, da* die Sozialreform verlangsamt *wurde. Sein* Nachfolger *soll aber nicht den Eindruck erwecken, als ob man nun* stark zurückstoppen *wollte.* — **6.** *Pressepolitik und Prozeß Leckert – Lützow.*[3] *Dem als Zeugen vorgeladenen* Kriminalkommissar von Tausch *soll*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 26./27.11.1896, S. 82–126 (S. 109–112 Miquel u. Bosse). Die* Erklärung *als Anlage auf Bl. 200–201.*

[2] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Das Gesuch ging an Boetticher als StS des RAdI.*

[3] *Das separate Prot. zu diesem TOP wurde im versiegelten (heute offenen) Umschlag aufbewahrt. Vgl. Kronratssitzung am 7.10.1896, TOP 7 mit Anm. und Rep. 77, CB Sachen, Nr. 3 I 1 (Presseartikel zu Affäre und Prozeß 1896/97) sowie Rep. 77, Tit. 1063 Nr. 2 Bd. 1, n. f. (u. a. Broschüren zu den Affären Tausch und Kotze).*

auf Wunsch Boettichers, Marschalls und Schönstedts die Aussage nicht nur zu zwei Artikeln der „Welt am Montag“, *sondern* generell *zu* Preßhetzereien *etwa im Zusammenhang mit der* Köller Krisis[4] *gestattet werden.* [B]

[4] *Zur Rolle Tauschs dort vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 2930, n. f. (Disziplinar-Gutachten v. 22.10.1898, S. 21 ff.).*

Nr. 260 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 15] und Korrekturen, Bd. 126, Bl. 206–262v, 263a–263b; MF 752–754.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall [zu 2–15], Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 2, U].

1. *E. Hammerstein ist* verhindert. — **2.** *Stellungnahme zu den RT-Beschlüssen zweiter* Lesung *beim Gesetzentwurf betr.* Änderungen *des* Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung.[1] *Detailberatung* [B]. *Beim Presserecht möchte* Nieberding *die Beschränkung der Strafverfolgung für* Preßdelikte *auf die* Gerichte, in dessen Bezirk die Zeitung *erscheint, akzeptieren, da* andernfalls die Vorlage aussichtslos *wäre, aber wegen der vom RT erweiterten* Zeugnisverweigerung zu Gunsten *der verleumderischen* Presse *ist ggf. das ganze Gesetz scheitern zu lassen* [B]. *Auch das vom RT erleichterte* Wiederaufnahmeverfahren *mit* Entschädigung *nach Freispruch mangels Beweises ist* unannehmbar [B]. *Der* Bundesrat *soll* ohne Präjudiz für künftige Fälle *bereits* vor der dritten Lesung *beschließen,* die Vorlage zurückzuziehen, *wenn der RT* auf seinen unannehmbaren Beschlüssen *beharrt* [B]. *Der Wunsch*[2] *Wilhelms II., den Depossedierten auch beim Strafrecht* die Privilegien *der* landesherrlichen Häuser zu gewähren, *ist dann zu berücksichtigen, wenn das* Gesetz Aussicht auf Zustandekommen *hat* [B]. — **3.** *Einführungsgesetze* zur Militärstrafgerichtsordnung *und* betr. die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten.[3] *Detailberatung.* [B] — **4.** Homöopathie. *Bosse hat die schon im* Reglement[4] *von* 1843 *geforderte ministerielle* Genehmigung *zur Herstellung* homöopathischer Arzneimittel *jetzt als* unentbehrliche Vorsichtsmaßnahme *durchgesetzt; dadurch fühlen* sich die Homöopathen *speziell* auf dem Lande, wo die Homöopathie viele Verbindungen *hat,* belastet. *Hohenlohe versteht die Verärgerung. Bosse konzediert eine milde* Praxis, *um* unnötige Belästigungen *zu vermeiden.* — **5.** *Die von den* preußischen Bischöfen *gewünschte* Aufhebung des Altkatholiken-Gesetzes *wird Bosse höflich ablehnen, da man die* im Niedergang *befindlichen Altkatholiken* nicht vollständig hilflos lassen *darf.*[5] [B] — **6.** *Ladenschluß* an den Sonntagen vor Weihnachten. Polizeipräsident *Windheim,* Berlin, *hat bei seiner Regelung zwar wie 1895* eigenmächtig gehandelt, *aber für 1896 ist daran* nichts mehr zu ändern.[6] [B] — **7.** *Die* Novelle[7] zum Handelskammergesetz *nimmt lt. Brefeld zentrale* Bestimmungen *der im Mai*

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 587 (Beschlüsse 2. Lesung Nov. 1896).*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 83, n. f. (Ordre Wilhelms II. v. 24.11.1896 betr. Standesherren).*
[3] *Rep. 84a, Nr. 2333, S. 219–233, 234–253 (Drucke). Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115251, Bl. 481–516. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 169 und Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 333 ff. (bayer. Wünsche zum Einführungsgesetz).*
[4] *GS 1843, S. 305. Vgl. Rep. 76, VIII B Nr. 1319, n. f. (div. Schriftwechsel, das Gesuch v. 26.7.1896 fehlt aber).*
[5] *Vgl. Rep. 77, Tit. 413 Nr. 40, Bl. 130 ff. (Eingabe der Bischöfe v. 20.8.1896, Votum Bosses v. 13.11.1896). Das Antwortschreiben Bosses an die Bischöfe v. 30.1.1897 in: Gatz (Bearb.), Akten der Fuldaer Bischofskonferenz, Bd. 2, S. 419 f. Die entsprechende Aktenreihe Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Nr. 132 ist nicht überliefert.*
[6] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2696, n. f. (div. Schriftwechsel, v. a. kommissar. Beratungen u. Berichte des PolPräs. von 1897).*
[7] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 24; Debatte dazu 17.12.1896, S. 259–279.*

1896 zurückgezogenen Gesetzesvorlage *auf. Schönstedt ist gegen* aktives *und passives* Wahlrecht *für* Frauen, *da die* Frauen-Bewegung [...] so große Dimensionen *angenommen hat, daß die* Wahl von Frauen in die Handelskammern *zu befürchten ist. Wegen der* politischen Konsequenzen *ist das Frauenwahlrecht* aus dem Gesetze *herauszulassen.* [B] — **8.** Berufung von neuen Mitgliedern in das Herrenhaus. *Wilhelm II. hat die* vier *Großgrundbesitzer akzeptiert, aber neben A.* Frentzel *v. a. F.* Krupp *verlangt und für 1897 noch H.* Doms *und A.* Schlutow *in Aussicht gestellt.*[8] [B] — **9.** *Die Ernennung des von Wilhelm II. gegenüber v. d. Recke gewünschten E. v.* Köller *zum neuen* Oberpräsidenten *von Schleswig-Holstein soll noch etwas hinausgeschoben werden.* [B] — **10.** *Ernennung. Titelverleihung. Zurückziehung einer Ernennung.* [B] — **11.** *Hamburger Hafenarbeiter-Streik.*[9] *Das von Wilhelm II. geforderte strafrechtliche Vorgehen gegen Reichstagsabgeordnete, die den Streik gefördert haben, ist lt. Schönstedt unmöglich. Jedoch sind Polizeibeamte und nötigenfalls auch Militär einzusetzen.* — **12.** *Titelverleihung. Der schon lange im Ruhestand lebende L.* Wiese *wird entgegen bisheriger Praxis Wirkl.GehR.* [B] — **13.** *Ordenssache.* [B] — **14.** *Prof. W.* Oncken *ist mit der Abfassung der von Wilhelm II. gewünschten* Schrift[10] *zum 100. Geburtstag Wilhelms I.* betraut. [B] — **15.** *Pressepolitik und Prozeß* Leckert *und v.* Lützow.[11] Boetticher *beklagt, daß Polizeipräsident Windheim, Berlin, dem* Kriminalkommissar *v.* Tausch *verbot, seinen Informanten über den* Verfasser *eines* Artikels *zur* Militärstrafprozeßordnung *zu* nennen. *Recke zufolge soll die* Geheimpolizei *ihre* Agenten *nicht* nennen. *Auf Wunsch Boettichers und Marschalls ersucht das* Staatsministerium *Recke, daß er* Tausch dienstlich zur Nennung seines Gewährsmannes *veranlaßt.* [B]

[8] *Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 3 (u. a. Immediatbericht v. 16.12.1896).*

[9] *Vgl. Schultheß, 1896, S. 133 f., 144 f. und 1897, S. 16 f., 34 f. (Streik Nov. 1896–Febr. 1897) und Bieber, Hans-Joachim, Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97 und die Haltung des Senats, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 64 (1978), S. 91–148 sowie ders., Der Hamburger Hafenarbeiterstreik 1896/97, in: A. Herzig u. a. (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 229–245 (mit weiterer Lit.).*

[10] *Oncken, Wilhelm, Unser Heldenkaiser. Festschrift zum hundertjährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms des Großen, Berlin 1897. Vgl. Rep. 76, Vc Sekt. 1 Tit. XI Teil Vb Nr. 32, u. Berding, Helmut, W. Oncken (1838–1905), in: H. G. Gundel (Hrsg.), Giessener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Marburg 1982, S. 696–703, S. 701.*

[11] *Das separate Prot. zu diesem TOP wurde im versiegelten (heute offenen) Umschlag aufbewahrt.*

Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1896.

Vollz. Reinschr., Bd. 127, Bl. 3–39v; MF 754/755.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke [zu 1–2], Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–2, U], Reichardt [zu 1].

1. *Veterinärpolizeiliches und zollpolitisches Verhältnis zu* Rußland. Reichardt *zufolge hat* Rußland *einige* Zugeständnisse *gemacht, etwa die Aufenthaltserlaubnis für Landarbeiter auf nun* 8 Monate *zu bemessen. Da aber der russische Wunsch nach erleichtertem Viehexport abgelehnt wurde, droht jetzt ein* latenter Zollkrieg *auch bei Industriewaren. An* Konzessionen *von deutscher Seite sind weitere Zulassung von russischer* Kleie *und Mitnahme von* 2 kg *ungekochtem* Schweinefleisch *im kleinen Grenzverkehr anzubieten* [B]. *Obwohl* die Fleischversorgung des oberschlesischen Industriegebiets *auf russisches* Magerfleisch *angewiesen bleibt*, *wird eine* Erhöhung des *zuzulassenden* Kontingents lebender Schweine *abgelehnt* [B].— **2.** Medaille *zum 100. Geburtstag Wilhelms I.*[1] *Wilhelm II. lehnt ein bloß preußisches* Ehrenzeichen *ab, will die* Medaille *an* die gesamte Armee

[1] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 285 f. (5./6.12.1896).*

und Marine (mehr als 600 000 Köpfe) *verleihen und die 1,8 Mio. M.* Kosten *vom RT bewilligt haben. Den* Bedenken *des Staatsministeriums dagegen soll durch* mündliche Sondierung *der* Bundesregierungen *argumentative Unterstützung gegeben werden.* [B] — **3.** *Besoldungserhöhung für die Beamten. Der Antrag Hammersteins, den* Spezialkommissarien *das* Höchstgehalt *nicht erst nach* 12, *sondern nach* 9 Jahren *zuzugestehen, wird abgelehnt.*[2] [B] — **4.** *Neues Mitglied der* Ansiedlungskommission *soll nach dem Willen einer Ministermehrheit der evangelische deutsche MdH A. v.* Nitykowski-Grellen *werden.*[3] [B] — **5.** Lehrerbesoldungsgesetz. *Die in der AH-Kommission*[4] *beschlossene* Erhöhung *der* Dienstalterszulagen *auf* 100 M. pro Stufe *wird auf Drängen Miquels gebilligt, um das Gesetz zustande zu bringen und zu verhindern, daß* die Lehrer *vom LT* noch mehr *bewilligt erhalten.* [B] — **6.** *Ordenssache.* [B] — **7.** *Ernennung.* Göbell *soll Senatspräsident am OLG* Kiel *werden.* [B] — **8.** *Die* Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung in Hamburg *fordern den achtstündigen* Arbeitstag. *Thielen will das Ende des Hafenarbeiterstreiks abwarten und dann nötigenfalls* energisch vorgehen.[5] — **9.** *Titelverleihung.* [B]

[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 7395, n. f. (Voten ab 30.11.1896).*
[3] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 9498, Bl. 85 ff. (div. Schriftwechsel dazu). Mit Beschluß vom 6.1.1897, TOP 2, wurde dann doch der zunächst abgelehnte Wendorff-Zdziechowo berufen.*
[4] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 52. Vgl. die Erklärung Miquels in der Debatte am 11.1.1897, S. 365 f. u. 369 f.*
[5] *Vgl. Sitzung am 9.2.1897, TOP 5 mit Anm.*

Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1896.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 11] und Korrekturen, Bd. 127, Bl. 41–55; MF 755.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1–4], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler [zu 1–4]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U], Koser [zu 3].

1. Feier *zum 100.* Geburtstag *Wilhelms I. Diesbezügliche Wünsche Wilhelms II. und Ablaufplanung für eine* möglichst volkstümliche Feier *in* Berlin. Die Kosten für 700 000 Medaillen *sollen ohne* parlamentarische Mitwirkung *aus* Allerhöchsten Dispositionsfonds *bestritten werden.*[1] [B] — **2.** *Kommunale Unterhaltsleistungen für das Militär.* Revision des Servistarifs und der Klasseneinteilung der Orte. *Zwei Detailfragen.*[2] [B] — **3.** *Rangerhöhung für Beamte.* Archivbeamten *soll sie zugestanden, bei anderen Kategorien soll sie kommissarisch beraten werden.* [B] — **4.** *Der neue* Mindesttarif *für* die Musikkorps des Gardekorps *soll auch für die* musizierenden Unterbeamten *gelten und dem Berliner* Kommunal-Unterbeamten *zur Beachtung empfohlen werden.*[3] [B] — **5.** *Hohenlohe und Goßler verlassen die* Sitzung. — **6.** *Ernennung. M. Beckmann wird ungeachtet schlechterer* Anciennitätsverhältnisse *in anderen Ressorts mit nur 41 Jahren* Regierungs- und Gewerberat *in* Frankfurt a./O.[4] [B] — **7.** *Zum* Ankauf des Gutes Trempel[5] *durch die* Ansiedlungskommission *soll auf Wunsch Miquels schriftlich berichtet werden.* [B] — **8.** *Ordenssache.* [B] —

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 153 Nr. 96 Bd. 1, n. f. (Boetticher 17.12.1896, Goßler 14.2.1897 mit Statut der Erinnerungsmedaille, Verzeichnisse der Ausgezeichneten).*
[2] *Vgl. BArch, RadI, Nr. 115349, n. f. (Voten) und die Änderungen im Gesetz v. 26.7.1897, RGBl., S. 619.*
[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115316, n. f. (Tarif, Voten dazu).*
[4] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115352 (Voten u. Biographie Beckmanns).*
[5] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 9511, Bl. 57 (Ersteigerung des Gutes Trempel für 12 000 M.).*

9. *Drei Ernennungen. Eine Titelverleihung.* [B] — **10.** *Die* Eingabe[6] des Rektors der Redemptoristen *Pater G.* Steinheuer *wie die beigefügte* Summe von 2000 M. *werden Miquel überwiesen*. [B] — **11.** *Drei Disziplinarsachen.* [B]

[6] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1896.

Vollz. Reinsch. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7], Bd. 127, Bl. 57–81; MF 755/756.

Anwesend: Wilhelm II. [V, zu 1–6], Boetticher [V zu 7–10, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 7].

1. Erinnerungs-Medaillen *zur* Feier *des 100.* Geburtstages *von Wilhelm I.*[1] *Der überraschend in der Sitzung erschienene Wilhelm II. will sie* nur an die Preußische Armee *bzw.* Marine verleihen *und die* Kosten *aus seinen* Dispositionsfonds *tragen, wobei keine* Medaillen aus Silber, sondern sämtliche Medaillen aus *1870 erobertem* Kanonen-Metall zu fertigen *sind. Programmablauf.* Mitteilung an die Bundesregierungen *soll lt. Wilhelm II.* erst dann *abgehen,* wenn für Preußen alles fertig *arrangiert ist.* — **2.** *Presserecht. Wilhelm II. möchte das* Erscheinen *von Artikeln, die* die Krone in schamloser Weise angreifen, *z. B. im* Berliner Tageblatt, *gesetzlich erschweren. Boetticher ist für* Verschärfung *der Strafen bei* Beleidigungen, *zumal der Beleidigte die Unwahrheit von* Nachrichten *belegen muß und* Berichtigungen im Reichsanzeiger *quasi* stillschweigende Anerkennung *der Presseorgane bedeuten. Im RT ist ein schärferes Presserecht aber kaum zu erreichen.* — **3.** Mitteilungen *Boettichers* über die Frequenz *des Nord-Ostsee-Kanals.* — **4.** *Thielen berichtet über die 1895/96 für 64 Mio.* M. *ausschließlich* im Inlande *bestellten* Wagen und Lokomotiven *der Staatseisenbahnen. Wilhelm II. regt* Versuche mit flüssiger Heizung *der* Lokomotiven *aus* Torf *an, wie es* bei der Marine *erprobt wird.* — **5.** *Wilhelm II. hofft, daß die* Spirituslampe *verbessert wird, womit der* Landwirtschaft *geholfen würde, und daß* bald brauchbare Spiritusmotore *hergestellt werden.*[2] — **6.** Besprechung über neue Erfindungen auf dem Gebiete der Leuchtstoffe. — **7.** *13 Disziplinarsachen*. [B] — **8.** *Ordenssachen und Titelverleihungen zum* Ordensfeste 1897. *Revision in mehreren Fällen.* 25 *Vorschläge von Auszeichnungen für Verdienste um das* Krieger-Vereinswesen *werden gebilligt.*[3] [B] — **9.** *Nächste* Sitzung *soll am 31.12.1896 sein.* [B] — **10.** *Titelverleihung.* [B]

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2027 (div. Schriftwechsel).*
[2] *Zur Diskussion um das mit Spiritus statt Petroleum arbeitende Glühlicht vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 66 Bd. 5, Bl. 29 ff. (Besprechung v. 31.5.1895) u. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 117 (Presseartikel, Prüfung durch Gesundheitsamt 1898).*
[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2109, Bl. 383 ff. (Vorschläge zu Auszeichnungen).*

Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1896.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 127, Bl. 84–112v; MF 756.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner, Frh. v. Rotenhan [zu 1–2], Reichardt [zu 2].

1. *Ordenssachen zum Ordensfest 1897; Revision in mehreren Fällen.* [B] — **2.** *Veterinärpolizeiliches und zollpolitisches Verhältnis zu* Rußland*. Das von Reichardt für ein Einvernehmen befürwortete Weiterbestehen von mindestens fünf zur Schließung vorgesehenen* Transitlägern *für* russisches Getreide *lehnt Hammerstein ab, da die* Russen *dann* von den Transitlägern aus *stets auf die deutschen Getreidepreise* drücken *können*.[1] *Posadowsky ist gegen ein* bindendes Versprechen *des Weiterbestandes, das man bei niedrigen Getreidepreisen gegen den Widerstand von Landwirtschaft und RT kaum halten könnte. Schon die* Aufhebung des Identitätsnachweises *hat den Getreideimport aus* Rußland *sehr befördert.* Rotenhan *befürwortet aus politischen Gründen* Konzessionen *an die* Russen*. Angeboten werden soll, die* Aufhebung in die Länge zu ziehen*.* [B] — **3.** Kanzleibeamte *außerhalb der Zentralbehörden erhalten grundsätzlich erst das Allg. Ehrenzeichen* in Gold, *dann ggf. den* Kronen-Orden IV. Kl.[2] [B] — **4.** Reisekosten-Vergütungen für die Reichs- und Staatsbeamten. *Deren Reform soll in* kommissarischen Beratungen *vorbereitet werden, wobei das* Reich *die* Materie *erst regelt, wenn* Preußen *vorangegangen ist.* [B] — **5.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **6.** *Titelverleihung. F.* Althoff *soll noch nicht* Wirkl.Geh. Oberregierungsrat *werden, da er* noch nicht zehn Jahre Rat 2. Kl. ist. [B] — **7.** *Änderungsvorlage*[3] *zur* Gewerbeordnung *im* Bundesrat. Das Prinzip der Zwangsinnungen *wurde nur von* Preußen und Sachsen *verteidigt*, während Bayern, Baden *und* Württemberg *sog.* „fakultative Zwangsinnungen" *wünschen*. Boetticher *will deshalb weder die* Vorlage gegen eine starke Minorität *durchdrücken, noch unterliegen, sondern* sich leidlich aus der Affaire *ziehen. Eine* definitive Stellungnahme *Preußens wird vertagt;* in den Ausschüssen *soll Brefeld zunächst sondieren, ob die* Vorlage *oder der* bayerische Vorschlag *konsensfähig sind.* [B]

[1] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, 7.2.1896, S. 795–820 (Interpellation betr. Transitlager).*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2073, n. f. (Schreiben Miquels u. Reckes v. 18.12.1896).*
[3] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 97. Vgl. auch StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 33 (Ausschußbericht mit Ablehnung obligatorischer Zwangsinnungen); Beschluß Sitzung am 11.3.1897, § 187.*

Nr. 265 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 3–35; MF 756/757.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–3], Reichardt [zu 3].

1. Margarinegesetz*. Boetticher skizziert eine Kompromißmöglichkeit bei* Färbeverbot *und getrennten* Verkaufsräumen, *womit ein neuer Gesetzentwurf für RT und* Bundesrat *annehmbar und die* außerordentliche Mißstimmung der Konservativen und des Zentrums *wegen dieser* Frage *beendbar erscheinen. Trotz Bedenken Brefelds, Schönstedts und Hohenlohes, der davon* keine wesentliche Erhöhung der Butterpreise *erwartet, wird Boettichers* Linie *gebilligt.*[1] [B] — **2.** Wendorff *soll neues Mitglied der* Ansiedlungskommission *werden*. [B] — **3.** *Veterinärpolizeiliches und handels-*

[1] *Die Anregung Boettichers stand wohl in Zusammenhang mit den Anträgen, die Konservative u. Zentrum Mitte Dez. 1896 gestellt hatten; StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 613 u. 614. Debatte dazu StenBerRT, 19.2.1897, S. 4813–4823 (S. 4814–4816 Stellungnahme Boettichers). Dies auch in: Rep. 120, C VIII 1 Nr. 67 Bd. 4, n. f. Vgl. ebd. die Verhandlungen der 28. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der die Wirkung des Gesetzes bis 1900 debattierte.*

politisches Verhältnis zu Rußland. Rußland *hat den von Hohenlohe angebotenen Fortbestand der beiden Lager* Stettin und Lübeck *akzeptiert. Ihm und* Marschall *zufolge soll das* Staatsministerium *dies billigen, denn im Gesamtresultat ist* Deutschland *der* empfangende, Rußland der gebende Teil, *während beim Scheitern* alle Nachteile eines latenten Zollkrieges, *zumal für die* Industrie, *einträten. Hammerstein sieht dies als Zugeständnis* auf Kosten der Landwirtschaft, *stimmt aber zu, zumal bereits beim Handelsvertrag* 1894 *die* geheime Konzession *des Fortbestandes der* Transitläger *gemacht wurde. Gegenüber* Bundesrat und Reichstag *ist diesbezüglich* Geheimhaltung *angebracht.*[2] — **4.** Religionsunterricht der Dissidentenkinder *im Fall* Dr. Bruno Wille.[3] *Dieser hatte freireligiösen* Religionsunterricht *an* Kinder *erteilt, was das* Provinzialschulkollegium *als* sozialdemokratischen *Vorbereitungsunterricht ansah und mit 30 Tagen* Haft *bestrafte. Die* Beschwerde *Willes dagegen lehnt das* Staatsministerium *ab, da es sich nicht um* Ersatz des kirchlichen Unterrichts *handelte.* [B] — **5.** Unfall- und Krankenversicherung der russisch-polnischen Arbeiter. *In neuen* Bestimmungen[4] *sollen die* Exemtionen *geregelt werden.* [B] — **6.** *Stellungnahme zur* Interpellation[5] Stephan *betr. Auflösung von* Versammlungen in Oberschlesien. *Recke hat die* Auflösungen *wegen der* polnischen *Agitation veranlaßt, obwohl der* Gebrauch einer fremden Sprache *nicht* ohne weiteres einen Auflösungsgrund *darstellt. Recke soll die* Hoffnung aussprechen, daß das Oberverwaltungsgericht *seine diesbezügliche* Judikatur *ändert.* [B] — **7.** *Bezüglich der* polnischen Lehrervereine *soll es* einstweilen *mit einer* Verwarnung *sein Bewenden haben*.[6] [B] — **8.** Vor einer Zustimmung Preußens zum *sächsischen* Bundesratsantrag[7] *betr.* Verbot des Börsenterminhandels in Kammzug *sollen einige sachverständige* Körperschaften *gehört werden.* [B] — **9.** *Die* Eingaben[8] *des* Bundes der Landwirte *betr.* Börsenterminhandel *bzw.* Veterinärangelegenheiten *sind* agitatorischer [...] Natur *und ohne* Bescheid *zu lassen.* [B] — **10.** *Besoldungserhöhung für die* Beamten. *Sofern im LT deren Kommunalsteuerfreiheit moniert wird, wird Miquel vier* gute Gründe *für den Weiterbestand anführen.* [B] — **11.** *Da Bosse die Verweigerung der Titelverleihung an F.* Althoff *moniert, wird beschlossen, daß* künftig *der* Rang *als Rat I. Kl. erst verliehen wird, nachdem der* Rang *als Rat II. Kl. zehn Jahre* bekleidet *wurde.* [B]

---

[2] *Dem Reichstag wurde offiziell nichts über die Konzession in der Frage der beiden Transitlager mitgeteilt; vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 649 (Schlußprotokoll v. 9.2.1897). Bereits am 26.11.1896 hatte Boetticher eine zollpolitische Interpellation der SPD abgelehnt; vgl. StenBerRT, 26.11.1897, S. 3483.*

[3] *Vgl. die literarische Darstellung Wille, Bruno, Das Gefängnis zum Preußischen Adler. Eine selbsterlebte Schildbürgerei [zuerst 1914], ND mit einem Nachwort von J. Scharnhorst, Berlin 1987, bes. S. 266 f.*

[4] *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[5] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 26; Debatte dazu 8./9.1.1897, S. 290–297, 299–321 (S. 294–297 Stellungnahme Reckes).*

[6] *Vgl. Wippermann, 1897, I, S. 351 f. (Veröffentlichung eines diesbezüglichen Erlasses Bosses).*

[7] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 171; an den Ausschuß verwiesen in der Sitzung am 7.1.1897, § 9. Beschluß erfolgte erst in der Sitzung am 20.4.1899, § 282 (sächs. Verbotsantrag genehmigt).*

[8] *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 266 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 8. Januar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 37–39v; MF 757.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Pressepolitik. Telegraphisch hat Wilhelm II. sämtlichen Behörden jeden Verkehr mit der „Kölnischen Zeitung“ untersagt.[1] *Zwar können die* Ressorts – mit Ausnahme des Auswärtigen Amts – in der Zentralinstanz *jeglichen* Verkehr *abbrechen, aber die* Provinzialbehörden in Rheinland und Westfalen, *zumal die* Eisenbahnverwaltung *und die* Justizbehörden, *brauchen dieses meistgelesene* Blatt. *Sonst müßte man* sich der ultramontanen Blätter *häufiger* bedienen. *Dies ist Wilhelm II. mitzuteilen.* [B]

[1] *Anlaß war ein Artikel über die angebliche Tätigkeit des Journalisten Normann Schumann im Auftrag von Waldersee; vgl. Meisner (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen v. Waldersee, Bd. 2, S. 383–385. Die im Prot. genannten Telegramme Wilhelms II. u. Hohenlohes v. 7.1.1897 gedr. bei: Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 291 f. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 3568, Bl. 197 (Telegramm-Abschr.) und Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1777 f. (Darstellung Holsteins).*

Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 128, Bl. 43–67; MF 757/758.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 7–10].

1. *Reichsbörsengesetz.* Widerstand der Produktenbörsen *gegen die* Vertretung der Landwirtschaft *in ihren* Vorständen *und* gegen die Preisnotierung.[1] *Dabei wird verlangt, daß sie* berufsmäßige Landwirte *sind und* ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt verwalten *sowie daß die* Notierung *exakt je festgelegter* Qualität *erfolgt. Boetticher sieht* viele Maßregeln gegen die Börse ab irato getroffen *an und hält* Vermittlungsversuche *für angebracht. Brefeld möchte wissen, ob er gegen die sog.* freien Vereinigungen *als wilden* Börsen *einschreiten soll. Dazu sind Ermittlungen anzustellen.*[2] [B] — **2.** Bekämpfung der Tuberkulose *bei Rindern durch tierärztliche Untersuchung an den Grenzen bzw. neu einzuführende obligatorische* Fleischbeschau *in* öffentlichen Schlachthäusern. *Beim diesbezüglichen* Antrage[3] *E. F.* Ring *ist zudem zu erklären, daß dafür* 10 Tage in den Quarantäne-Anstalten *genügen.* [B] — **3.** *Mit Wegfall des Ehekonsenses für die* Beamten *soll eine* gleichmäßige Form *der nötigen* Anzeige *vereinbart werden.* [B] — **4.** *Schutz der* Stadt Posen gegen Hochwassergefahren.[4] *Der Staatszuschuß kann auf 1,6 Mio.* M. *erhöht werden, aber* Ausführung *und Unterhalt des Hochwasserschutzes obliegen der* Stadt, *nicht dem* Staat. [B] — **5.** Rang *der Bibliothekare der* Königlichen Bibliothek *in Berlin und der* Universitätsbibliotheken. *Der* Rang der Räte *II. Kl. für den* Generaldirektor *wird abgelehnt, aber* verdienten Archivaren *der* Rang der Räte *IV. Kl. verliehen.* [B] — **6.** *Bei der* 3. Lesung *des Schuldentilgungsgesetzes wird Miquel die vom LT gewünschte Erhöhung des Tilgungssatzes* auf $^{3}/_{5}$ % *akzeptieren.*[5] [B] — **7.** *Zwecks Novellierung des* Gesetzes *v.* 20. Mai 1882 *über die Hinterbliebenenfürsorge stellt Miquel* Ermittlungen *über die* Mehrkosten *an. Posadowsky zufolge können es 8,43 Mio.* M. *sein.* [B] — **8.** *UStS K.* Fleck *wird Vorsitzender*

[1] *Vgl. Rep. 120, C XI 1 Nr. 28 Bd. 3, n. f. (Brefeld 12.1.1897, StenBerAH, 19./21.1.1897, S. 549 f., 560–562, 627 f.) und als zusammenfassende Analyse Schulz, Das deutsche Börsengesetz, S. 515–527 (aufgrund Rep. 84a, Nr. 11160 u. Nr. 11173).*

[2] *Vgl. StenBerAH, 25.6.1897, S. 3251–3281 (S. 3254–3257 Brefeld).*

[3] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 57; Debatte 29.1.1897, S. 733–747 (S. 741 Hammerstein), 1.2.1897, S. 749 bis 785, 6.2.1897, S. 788–825. Vgl. zur Bekämpfung der Rinder-Tuberkulose Rep. 84a, Nr. 5361, Bl. 31 ff. (Anregung durch Hammerstein, kommissar. Beratungen, Voten).*

[4] *Vgl. Rep. 90a, N II 2 Nr. 3 Bd. 3, Bl. 123 ff. (Kommissionsberatung ab April 1896, Schreiben Thielens v. 7.1.1897).*

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 22.1.1897, S. 654.*

der Kommission für Arbeiterstatistik.[6] [B] — **9.** *Recke will Artikel u. a. des* Berliner Tageblatt, *die* unehrerbietige Ausdrücke *über* Wilhelm I. und das Kaiserhaus enthalten, *in der* Norddeutschen Allgemeinen Zeitung[7] besprechen *lassen, um* an das Ehrgefühl der Presse zu appellieren. — **10.** *Sollte die* Budgetkommission *des RT in den* Etat des Reichsversicherungsamtes *das Gehalt* für einen dritten Direktor *einstellen, wird Boetticher dem* entgegentreten, *denn* Oktroyierung einer Beamtenstelle durch den Reichstag *muß man sich lt. Posadowsky* nicht gefallen lassen.[8] [B]

[6] *Vgl. Rep. 90, Nr. 868, n. f. Der im Mai 1897 bekannt gegebene Wechsel wurde in der Öffentlichkeit als Bremse in der Sozialpolitik angesehen.*

[7] *Schultheß und Wippermann vermelden dazu nichts.*

[8] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, 26.2.1897, S. 4980–4989, bes. S. 4981 (Lieber) u. S. 4987 (Pachnicke gegen die Stelle eines 3. Direktors).*

Nr. 268 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 19. Januar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 69–70v; MF 758.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Prozeß Leckert-Lützow. *Den Vorwürfen des konservativen Fraktionsführers* Graf zu Limburg-Stirum, *die* Regierung *solle ihre Pressepolitik ändern und nicht Differenzen öffentlich austragen, wird entgegnet werden,* daß das Staatsministerium in allen größeren Fragen einig *ist.*[1] [B] — **2.** Grundbuchordnung *im Bundesrat. Das* Prinzip der direkten Haftung des Staates *wurde im Ausschuß* mit allen Stimmen gegen diejenige Preußens *angenommen. Im* Plenum *ist dies hinzunehmen, da eine Änderung aussichtslos erscheint.* [B] — **3.** *Die Berufung der neuen Mitglieder des Herrenhauses wird auf Wunsch Wilhelms II. erst zum Kaisergeburtstag am 27.1.1897 publiziert.*

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 18./19.1.1897, S. 520 f., S. 532 f. (Limburg-Stirum, Hohenlohe) und aus marxist. Sicht, aber unter Verwendung archivalischer Quellen Fricke, Dieter, Die Affäre Leckert-Lützow-Tausch und die Regierungskrise von 1897 in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1960), S. 1579–1603.*

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 72–93; MF 758.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V, zu 1–4], Hohenlohe [V, zu 5–11], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U].

1. *Hinterbliebenenversorgung für Beamte.*[1] *Miquel schlägt* Aufbesserung der Witwenpensionen um 20% *vor, was* 8 *Mio.* Mehrausgabe *bedeutet, bei* rapidem Steigen *der jährlichen Pensionslasten, die z. Z.* 98 *Mio.* M. *betragen. Das Maximum soll bei* 2160 M. *liegen, das Minimum bei* 216 M. *Posadowsky erwartet* weitere Erhöhungen seitens des Reichstages. *Wilhelm II. möchte für Härtefälle zudem 1 Mio.* M. Dispositionsfonds *für* zahllose Unterstützungsgesuche. Erhöhung *des Maxi-*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 839, n. f. (Voten ab 14.11.1896, Gesetzentwurf wegen Änderung der §§ 8 u. 12 des Gesetzes v. 20.5.1882, übersandt am 3.2.1897).*

mums bis 3000 M. *wird erwogen, zumal Wilhelm II. davor warnt,* in großen Fragen dem Landtage die Initiative zu überlassen. [B] — **2.** *Hamburger Hafenarbeiterstreik. Wilhelm II. zufolge haben die* Arbeitgeber [...] sich um die Arbeiter nicht gekümmert, *und in den* Machtkampf *hat sich* dann die Sozialdemokratie eingemischt.[2] Bei der nächsten Reichstagswahl *muß die* Parole *lauten*: „Alle Mann gegen die Sozialdemokratie!" — **3.** *Wilhelm II. übergibt Thielen einen* Bericht[3] über elektrische Lokomotiven. — **4.** *Wilhelm II. lehnt die Begnadigung eines Lehrers, der* junge Mädchen in 38 Fällen gemißbraucht *hat, ab, und ersucht Bosse um* strengere Kontrolle der Lehrer. — **5.** *Budgetrecht des RT. Die Kommissionsanregung*[4] *auf Erhöhung des Reichsinvalidenfonds betrachtet Posadowsky als* ungesetzlich. *Miquel schlägt einen* Bundesratsbeschluß *vor, daß* ein Eingreifen des *RT* in die Exekutive *vorliegt und* derartige Beschlüsse *nicht akzeptiert würden. Posadowsky wird bei* verständigen Abgeordneten *versuchen, den* Beschluß *zu* verhindern. [B] — **6.** *Bosses Ablehnung der Eingabe der kath.* Bischöfe *nach* Aufhebung des Altkatholikengesetzes *wird gebilligt.* [B] — **7.** *Goßler drängt auf Maßnahmen gegen die* sozialdemokratischen Bestrebungen. *In der* Armee *wird* sozialdemokratische Gesinnung *hart bestraft;* Agitation *sollte auch im* Beurlaubten-Stande *strafbar sein. Miquel erwägt eine* Reform des Wahlrechts, *damit* die Sozialdemokraten nicht die Hoffnung hätten, jemals die Majorität im Reichstage zu erlangen; *dafür könnte* vielleicht auch das Zentrum durch erhebliche Konzessionen gewonnen werden. *Der monarchische* Staat könne sich mit dem allgemeinen Wahlrecht auf die Dauer nicht vertragen. *Recke sieht kaum Chancen für ein neues* Sozialistengesetz, *ist aber wie Marschall und Boetticher für eine Korrektur des* Wahlrechts. *Goßler wird eine* schriftliche Vorlage machen.[5] — **8.** *Ordenssachen sollen zwischen den* Ressorts *koordiniert werden, damit* nicht für eine verdienstliche Handlung zu viele Dekorationen auf einmal beantragt *werden.* [B] — **9.** *GehORegR Frh. v.* Broich *darf* aus prinzipiellen Gründen *nicht* Aufsichtsratmitglied *der* Deutschen Landesbank zu Berlin *werden.* [B] — **10.** Beschlußfassung *über Viehimportverbote gegen Österreich-Ungarn soll bald erfolgen.* [B] — **11.** *Die vom* Reichseisenbahnamt *angeregte* Revision der Personentarife *wird abgelehnt, da dies* ein erhebliches finanzielles Risiko *bedeutete.*[6] [B]

---

[2] *Der im Prot. genannte Immediatbericht Waldersees, in dem er einen Präventivschlag gegen die SPD erwog, gedr. bei: Meisner (Hrsg.), Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen v. Waldersee, Bd. 2, S. 386–389. Die Staatsministerialsitzung schilderte Wilhelm II. gegenüber Waldersee (ebd., S. 390) so: „Sie hätten mal die Gesichter der Herren sehen sollen; ich dachte, sie würden in die Erde sinken." Vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 199 f.*

[3] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 634 (Kommissionsbericht); Debatte dazu 23.2.1897, S. 4892–4905 (S. 4892 f. Müller-Fulda; Resolution auf Einbringung eines Nachtragshaushalts zur Erhöhung der Mittel für Invalide).*

[5] *Vgl. VI HA, NL Waldersee, B I Nr. 22, Bl. 10–16v (Rundfrage Goßlers v. 27.1.1897 bei den Generalkommandos und Antwort Waldersees v. 20.2.1897, wo er einen scharfen Kurs zwecks Wahlrechtsänderung zum RT, nötigenfalls Austritt Preußens aus dem Reich u. Neugründung, vorschlägt). Vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 200.*

[6] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f. (Votum Thielens v. 5.12.1896 zum Schreiben des Reichseisenbahnamtes).*

Nr. 270 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 28. Januar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 97–109; MF 759.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Reichardt.

1. *Veterinärpolizeiliches und handelspolitisches Verhältnis zu* Rußland. *Das Abschlußprotokoll*[1] *der Zollkonferenz wird* demnächst *fertig. Die geheime* Zusage *bezüglich der* beiden Transitläger *in* Stettin und Lübeck *soll den* Russen *nicht* ausdrücklich *unter Vorbehalt gegeben werden, da diese* Mental-Reservation *impliziert ist.* — **2.** *Stellungnahme zum* Antrag[2] *E. F.* Ring *betr.* absolute *Viehimportsperre. Eine* absolute Sperre *allein gegen* Rußland *ist lt. Hammerstein unmöglich; aus* Österreich *kommt* schon jetzt kein Stück Vieh ungeschlachtet *nach Deutschland. Lt.* Marschall *ist* der Zollkrieg mit Rußland *knapp* vermieden; ein Zollkrieg mit *den USA* bevorstehend *und es daher nötig,* gegen Österreich loyal zu verfahren. *Boetticher und Hohenlohe zufolge kommt das* Staatsministerium *mit* dem Hinhalten *der* Agrarier *bald* nicht weiter. *Da aber Hammerstein den* 253 *Antragstellern* keine ablehnende Antwort geben *will, soll die Verweisung* an eine Kommission *versucht werden.* [B] — **3.** *Der Versuch, den Depossedierten auch im Strafrecht die Privilegien der regierenden* Häuser *zu gewähren, soll nach dem Scheitern der* Novelle zur Strafprozeßordnung *nicht durch ein* Sondergesetz, *sondern in* Einzelbestimmungen *umgesetzt werden*.[3] [B]

[1] *Vgl. Sitzung am 6.1.1897, TOP 3 mit Anm. und Wulff, Der „kleine" Zollkrieg, S. 92–94.*
[2] *Vgl. Sitzung am 15.1.1897, TOP 2 mit Anm.*
[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 83, n. f. (StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 119, Art. II stellte die Depossedierten den regierenden Häusern gleich).*

Nr. 271 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6] und Korrekturen, Bd. 128, Bl. 111–128v, 149–153, Anlage: Bl. 129–148; MF 759/760.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Thielen, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Küster, Landsberg [beide zu 3], v. Philippsborn [zu 4], Frh. v. Broich [zu 6].

1. Verordnung[1] *betr. Einfuhrverbote* aus Asien *zur Verhütung der Pest wird gebilligt.* [B] — **2.** *Nachdem Wilhelm II.* eine Nummer der Zeitschrift „Der sozialistische Student"[2] *an Recke gesandt hat, ist* gerichtliches Einschreiten *zu prüfen, aber* sonst nichts zu veranlaßen. [B] — **3.** *Viehimportverbote gegen* Österreich-Ungarn. *Hammerstein zufolge hat die* Regierung künftig ihre Stütze bei der konservativen Partei und dem rechten Flügel der Nationalliberalen zu suchen, *während* auf das Zentrum von allen Parteien am wenigsten Verlaß *ist. Um diesen Parteien entgegenzukommen, möchte Hammerstein bei neuen* Fällen *von Viehseuchen eine* totale Sperre *erlassen.* [B] — **4.** *Vereinsgesetz-Novelle.*[3] *Recke sieht trotz der* bevorstehenden Wahlen *gute* Chancen *dafür, denn sie enthält* Marschall *zufolge* nichts [...], was nicht auch in neueren deutschen Gesetzgebungen bereits zu finden *ist. Goßler hat Bedenken gegen die konzedierte Aufhebung des* Koalitionsverbotes *für* Vereine. *Detailänderungen und Billigung.* [B] — **5.** *Änderungsvorlage zur* Gewerbeordnung *bezüglich der Handwerkskammern im* Bundesrat. *Der* Vorschlag Bayerns *nach fakultativen* Zwangsinnungen[4] *könnte mit den* preußischen Stimmen *gegen die* süddeutschen Staaten *durchgesetzt*

[1] *Vgl. RGBl., S. 15.*
[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 15265, Bl. 122–124v (Immediatbericht über Strafverfahren). Lt. Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, Bd. 1, Berlin 1987, S. 604, erscheinen von dieser Zeitschrift insgesamt nur neun Nummern.*
[3] *Rep. 77, Tit. 662 Nr. 1 Beiheft 11 Bd. 2, Bl. 54 f. u. 84–93 (Gesetzentwurf nebst Begründung v. 27.11./28.12.1896). Ebd., Bl. 56 ff. u. 162 ff. Voten (u. a. Recke 23.1.1897). Dies Material auch in: Rep. 84a, Nr. 5379, Bl. 162–221v.*
[4] *Vgl. die Anlage Bl. 129–148.*

werden, aber dies sieht die Ministermehrheit als politisch bedenklich *an, zumal der* tatsächliche Unterschied *zum abgelehnten preußischen* Entwurf *kaum* so erheblich *ist.* [B] — **6.** *Fünf Disziplinarsachen.* [B]

Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 128, Bl. 155–180v; MF 760.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner.

1. *Pressepolitik. Wilhelm II. hat* den Verkehr mit der Kölnischen Zeitung *für Auswärtiges Amt,* Reichsbehörden *und* Provinzialbehörden in der Rheinprovinz und Westfalen *erlaubt; die preußischen* Zentralbehörden *sollen ihn abbrechen.*[1] — **2.** *Das geplante* Denkmal *für Friedrich III.* in Kronberg *wird unterstützt.* [B] — **3.** *Die* Zentrumspartei *wird* von Rom her gedrängt, *die* Aufhebung des Jesuitengesetzes *vom* 4. Juli 1872 *zu betreiben.* Graf Hompesch *hat Hohenlohe um Beseitigung des* § 2 *gebeten. Preußen wird die* Initiative *dazu nicht* ergreifen *und behält sich die Stellungnahme im* Bundesrat *vor. Boetticher, Miquel, Hammerstein und Schönstedt würden gegen* ordentliche Konzessionen, *etwa bei* Zustimmung des Zentrums zu einem besseren Wahlrecht [...], vielleicht zustimmen, *während* Marschall *das* Jesuitengesetz *für* ganz obsolet *hält. Hohenlohe wird gegenüber* Hompesch *die Ablehnung durch Wilhelm II. als seinen Hauptgrund bezeichnen, wenngleich* er persönlich nichts gegen die Aufhebung des § 2 einzuwenden *hätte.*[2] [B] — **4.** *Jubiläumsfeier für Wilhelm I. Die* Ordre[3] *Wilhelms II. dazu ist nicht wörtlich, aber sinngemäß zu veröffentlichen, und die* staatlichen Arbeiter *erhalten ein oder zwei* Tage *dienstfrei, ggf. sogar mit* Zuschuß von 1 M. *zur Feier.* [B] — **5.** *Die* Versammlung *der Eisenbahnarbeiter* in Hamburg *war Folge der* Verhetzung *seitens* sozialdemokratischer Agitatoren.[4] — **6.** Gesetzentwurf[5] *betr. Neubauten für das* Charité-Krankenhaus *und Verlegung des* Botanischen *Gartens nach Berlin-Dahlem. Der Neubau soll auch den* militärärztlichen Interessen zu Gute kommen. *Wegen des* Anspruches *von Hausminister Wedel* auf einen Teil des *bisherigen* Botanischen Gartens *muß noch verhandelt werden.* [B] — **7.** Behandlung der Staatsnebenfonds, *bes. der* Kultusverwaltung, *im Staatshaushalt.*[6] *Umfang der diesbezüglichen* Auskunft *an den* Landtag *und* Konsequenzen für die anderen Fonds, *die meist im* Auftrag des Testators *von Staatsbeamten verwaltet werden.* Vorherige Mitteilung *an Wilhelm II., da diese Frage zum geplanten Komptabilitätsgesetz gehört*. [B] — **8.** *Polenpolitik. Diskussion künftiger* Maßregeln.[7] *Bei bloß administrativem Vorgehen ist lt. Posadowsky v. a.* Geld

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 15234, Bl. 226 f. (der im Prot. genannte Immediatbericht fehlt hier).*

[2] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 298 f.*

[3] *Gemeint ist wohl die Ordre an das Staatsministerium v. 1.1.1897, die im Reichsanzeiger am 12.2.1897 veröffentlicht wurde; vgl. Schultheß, 1897, S. 38.*

[4] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 203, Bl. 114–127v bzw. III. HA, MAA (D), Nr. 1180, n. f. (Schreiben Thielens v. 28.1.1897). Dazu die zusammenfassende Darstellung bei Saul, Klaus, Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890 bis 1914, in: D. Stegmann u. a. (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 315–336, bes. S. 319 ff.*

[5] *Rep. 151, IC Nr. 6665, Bl. 219–276 (Entwurf v. 18.1.1897); ebd. Voten. Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 149 (mit Plänen); Debatte dazu 6.4.1897, S. 2087–2097.*

[6] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 18./19.1.1897, S. 523, 557 (Miquel) und 28.4.1897, S. 2189–2192 (Bosse).*

[7] *Vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr.1 Bd. 4, Bl. 4 ff. (Votum Reckes v. 23.1.1897 mit Anlagen, Zusammenstellung der in den Ministervoten angesprochen Maßnahmen). Dies auch in. Rep. 120, CB I Nr. 120 Bd. 2, Bl. 140 ff.*

erforderlich. Die Selbstverwaltung *führt lt. Miquel* zuerst zu einer Verschmelzung verschiedener Nationalitäten, *ist aber in* Posen *Recke zufolge nicht auszuweiten.* Auch die Stellen der unteren Beamten *sollen nur* mit Deutschen *besetzt werden, aber in* Postverwaltung *und* Eisenbahnverwaltung *sowie* Justizverwaltung *ist das schwierig; ggf. ist dem mit* Benefizien *für Beamte im Osten abzuhelfen. Recke wird* Vorschläge *machen.* [B] — **9.** *Auszeichnung für* Staatsminister *a. D. A.* Falk *zum fünfzigjährigen* Dienstjubiläum.

Nr. 273 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 13. Februar 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 182–191v; MF 760/761.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [zu 1, V], Hohenlohe, Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Haltung zum* Bund der Landwirte *anläßlich dessen Anfrage, ob das Landwirtschaftsministerium bei der* bevorstehenden *Generalversammlung*[1] durch Kommissarien vertreten *sein möchte. Wilhelm II. sieht darin nur* eine Maske, *denn bestenfalls wünscht* der anständige Teil des Bundes *eine* Teilnahme. *Zudem hat die* Presse des Herrn von Ploetz [...] sich Ungehörigkeiten auch gegenüber der Krone zu Schulden kommen lassen, *und eine Regierungsbeteiligung würde als* Kapitulation der Krone vor dem Bunde, *der bereits* auseinander zu gehen *beginnt, angesehen. Selbst* die Führer der Konservativen (Limburg, Kanitz, Manteuffel) *waren für* Ablehnung ohne Motivierung, *aber Recke möchte* in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen *dem BdL* nicht zu schroff entgegentreten. *Die mündliche* Ablehnung *soll mit dem erwarteten Mangel an sachlicher Diskussion begründet werden.* [B] — **2.** *Börse. Den sog.* freien Vereinigungen, *die* das gesetzliche Verbot des Terminhandels in Getreide *aufheben wollen und schädlichen Streit mit der* Landwirtschaft *haben, ist weiterhin abwartend zu begegnen.*[2] [B] — **3.** *Ordenssachen zum 22.3.1897 zu verleihen hat Wilhelm II. sich selbst* vorbehalten. — **4.** Auszeichnung *für* Staatsminister *a. D. A.* Falk *bleibt Wilhelm II.* anheimgestellt. — **5.** *Die von Wilhelm II. erwogene* Ruhmeshalle *für die* in den Kriegen 1870/71 Gefallenen *könnte 1,5 Mio.* M. *kosten; ein* Gesetzentwurf[3] *ist auszuarbeiten.* [B] — **6.** *Hammerstein wird den* ständigen Forstarbeitern *zur Feier am 22.3.1897* eine Lohnzulage [...] gewähren. — **7.** *Über die Ablehnung der Aufhebung des Jesuitengesetzes hat Hohenlohe den* Grafen Hompesch *informiert.* — **8.** *Nach dem Vorbild von StS H. v.* Stephan *im* Reichstage[4] *können auch Staatsminister eine* Antwort *auf parlamentarische Anfragen, die auf* Indiskretionen *beruhen, ablehnen.* [B] — **9.** *Besoldungserhöhung für Beamte. Sofern die* Beschlüsse *der AH-Kommission* nicht akzeptabel *ausfallen, soll Hohenlohe dies* feierlich *zur* zweiten Lesung *im Plenum* erklären. [B]

---

1 *Vgl. Wippermann, 1897, I, S. 224–229.*

2 *Vgl. Rep. 87, B Nr. 7401 (div. Schriftwechel zum Konflikt zwischen Berliner Getreide- u. Produktenhändlern u. der Landwirtschaft sowie den Behörden bis zum Urteil des OVG v. 26.11.1898) u. Wippermann, 1897, I, S. 364–367.*

3 *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 700; Debatte dazu 12.3.1897, S. 5082 f. (Gesetzentwurf blieb unerledigt).*

4 *Der Vorgang konnte nicht eruiert werden, da er ausweislich der StenBerRT nicht in der Session 1895/97 geschah.*

Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 6–7], Bd. 128, Bl. 194–211; MF 761.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt [zu 5–7], v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Stöckel, Wallach [beide zu 6], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 7].

1. *Die strafrechtliche Verfolgung von* zwei sozialdemokratischen *Zeitungen, die eine* Rede[2] *des* sozialdemokratischen *MdR H.* Möller *abdruckten, bleibt Brefeld* überlassen. [B] — **2.** *Viehimportsperre gegen Rußland. Lt. Hammerstein machen* haarsträubende Zustände *möglicherweise die Rücknahme des für* Oberschlesien *zugelassenen Kontingents russischer* Schweine *nötig. Marschall sieht das kurz* nach Abschluß *der Zollkonferenz als kaum* angänglich *an. Nach weiteren Ermittlungen und ggf.* Mitteilung *an* Rußland *soll die Frage* bis Mitte April in der Schwebe *verbleiben.* [B] — **3.** *Ordenssache.* [B] — **4.** Glückwunsche *zum fünfundzwanzigjährigen Dienstjubiläum des Bürodirektors des Abgeordnetenhauses A.* Kleinschmidt *bleiben den Ministern* überlassen. [B] — **5.** Statut[3] *zur* Stiftung *der* Erinnerungs-Medaille *zum 100. Geburtstag Wilhelms I. Darin soll dieser nur als* König von Preußen *firmieren und das* Staatsministerium *wird gegenzeichnen. An Nichtpreußen ist die* Medaille *nur mit* Einwilligung *der Landesherren zu verleihen.* [B] — **6.**–**7.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **8.** *Jubiläumsfeier für Wilhelm I.* Besondere Zuschüsse für Festlichkeiten *können speziell den* Unterbeamten *und* Arbeitern *für von diesen arrangierte* patriotische Feste [...] gewährt werden. *Jeder* Arbeiter *in Staatsdiensten soll am* 22. oder 23. März [...] einen Tag *arbeitsfrei erhalten.* [B]

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *StenBerRT, Session 1896/97, 12.1.1897, S. 3984–3991. Möller hatte der Waldenburger Berginspektion wegen ihrer laxen Haltung bei Arbeitsschutz bzw. Unfallprävention „Impotenz“ und „Verlotterung“ vorgeworfen und war deshalb vom RT-Präsidenten gerügt worden. Bei den Zeitungen handelte es sich (lt. Notiz auf Bl. 194v) um die Wochenschrift „Wahrheit“ (Breslau/Waldenburg) bzw. den „Proleterarier aus dem Eulengebirge“ (Langenbielau).*
[3] *Rep. 90, Nr. 2027, n. f. (von Goßler am 14.2.1897 übersandt). Vgl. GS, S. 47.*

Nr. 275 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 128, Bl. 213–226v; MF 761.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Belian [zu 2].

1. *Für die Verteilung einer agitatorischen* Broschüre[2] *von A.* Bebel *zum sächsischen Vereinsrecht durch das* Büro *des RT hat sich* Bürodirektor *Knack* entschuldigt; *es soll wegen der Beschwerde*

[1] *Gelesen: Posadowsky [U].*
[2] *Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen. Auf Grund des Thatsachenmaterials dargelegt von A. Bebel, Berlin 1897. Vgl. August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 5: Briefe 1890 bis 1899, bearb. von A. Beske, München 1995, S. 265.*

des sächsischen Gesandten Hohenthal *aber auch der* Präsident *des RT informiert werden*.[3] [B] — **2.** *Besoldungserhöhung für Beamte in der* Budgetkommission *des AH.*[4] *Miquel und Schönstedt zufolge ist es nun unerläßlich, das* Maximalgehalt der Richter *1. Instanz* auf 6600 M. zu erhöhen. *Die Ministermehrheit glaubt aber, daß* die Vorlage auch ohne *diese* Konzession durchzubringen sein *wird, weil sonst Unzufriedenheit* in anderen Ressorts *und Schwierigkeiten* im Reich *entstünden und* den Parlamenten die Macht *gegeben würde,* Gehaltserhöhungen durchzusetzen [B]. *Die* Vorschläge *der* Vorlage *sollen mehrheitlich* festgehalten, *teils aber auch den* Vorschlägen der Kommission *nachgegeben werden* [B]. — **3.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **4.** *Ernennung.* [B]

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 106092, n. f. (Beschwerde Hohenthals, Notiz Boettichers über Gespräch mit RT-Präs.).*

[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 148 (Kommissionsbericht); Debatte dazu 29./30.3.1897, S. 1838–1883 (Generaldiskussion) mit anschließender Einzelbesprechung. Die Benachteiligung der Richter gegenüber Verwaltungsbeamten rief bei Zentrum und NLP Widerstand hervor, so daß die Vorlage zu scheitern drohte.*

Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 128, Bl. 227–250, Anlage: Bl. 251–254v; MF 761/762.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U], Sterneberg [für E. Hammerstein, U].

1. *Berufung von neuen* Mitgliedern des Herrenhauses. — **2.** Gesetzentwurf[1] *über die* Tagegelder und Reisekosten *der Beamten. Detaildiskussion zu den künftig reduzierten* Sätzen von 10, 8 und 6 Pfg. pro Kilometer *und den kompensatorisch erhöhten* Diäten *von z. B.* 35 M. *für Staatsminister sowie weitere Einzelfragen.* [B] — **3.** Regelung des Remunerations- und Unterstützungswesens.[2] *Die* bisher üblichen Gratifikationen *für die* Kanzlei- und Unterbeamten *sollen bleiben*, *um* Härten *zu vermeiden. Dem RT muß aber konzediert werden,* daß keine Remunerationen an höhere Beamte gezahlt *und daß sie nicht* aus ersparten Gehältern gegeben würden. *Dazu sind* neue Vorschläge [...] auszuarbeiten. [B] — **4.** *Besoldungserhöhung für Beamte. Um eine* Mehrheit *dafür im AH zu erlangen, wird Miquel erklären*[3]*, daß man* an der Gleichstellung der Oberlandesgerichtsräte mit den Regierungsräten *und am* Maximalgehalt von 7200 M. *festhält.* [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 150; Debatte dazu 24.3.1897, S. 1754–1757.*

[2] *Dazu die Anlage (Bl. 251–254v), die die Voten der Minister zusammenfaßt. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115335, n. f. den diesbezüglichen Schriftwechsel 1896/97 u. StenBerAH, Session 1896/97, 8.5.1897, S. 2563 f.*

[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 30.3.1897, S. 1895 ff. (S. 1898 f. Miquel, S. 1901 f. Schönstedt).*

Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [TOP 11], Bd. 129, Bl. 2–20; MF 762/763.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen [zu 6–18], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1–7], P. D. Fischer [zu 1–7], Lusensky, Stöckel [beide zu 11].

1. *Berufung von neuen Mitgliedern in das Herrenhaus. Obwohl* Schlutow in Differenzen mit der Landwirtschaftskammer *verwickelt war, ist er* persona grata *bei Wilhelm II. und zu berufen.*[1] [B] — **2.** Erinnerungsmedaille *zum 100. Geburtstag Wilhelms I.* Ausführungsbestimmungen *und Verteilungsmodus werden gebilligt.* [B] — **3.** *Die* Ausstellung *der* Akademie der Künste *und des Vereins* für die Geschichte Berlins *zur* Feier *des 100.* Geburtstages *Wilhelms I. darf einige von dessen* Handschreiben *im Faksimile zeigen.* [B] — **4.** *Das* Auswanderer-Gesetz[2] *soll dem* Bundesrat zugehen, *obwohl* Vertreter der Hansestädte *behaupten, daß dadurch die* Dampfervorlage[3] aufs Äußerste gefährdet *würde.* [B] — **5.** *Titelverleihung*. [B] — **6.** *Die in der HH-Kommission beim Lehrerbesoldungsgesetz geforderte Novellierung des schlesischen* Landschulreglements *vom 18.5.1801*[4] *möchte Bosse ggf. als* Notgesetz *vornehmen, um* Härten *bezüglich der* Schulunterhaltungspflicht *zu beseitigen.* [B] — **7.** *Die* Wünsche der Reichspostverwaltung *betr*. Anrechnung der *über* 5 Jahre *hinausgehenden* etatsmäßigen Landbriefträger-Dienstzeit als Diätariat in der Postschaffnerklasse *werden gebilligt.* [B] — **8.** Vorschläge zur Verleihung des Wilhelmsordens am *22.3.1897 werden erörtert.* — **9.** *Die von der* General-Ordenskommission *erneut*[5] *gewünschte* Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens in Kreuzform *würde zwar* den Beamten Freude bereiten, *soll aber erst nach einer diesbezüglichen* Anregung aus dem Allerhöchsten Kabinett *beraten werden.* [B] — **10.** *Impfzwang. Eine* Diskussion *darüber soll vermieden und zunächst die Bundesregierungen um Material dazu gebeten werden.*[6] [B] — **11.** *Pensionssache.* [B] — **12.** *Titelverleihung.* [B] — **13.** *Thielen wird Wilhelm II. informieren, daß kürzlich ein folgenloser* Anschlag *auf dessen* Sonderzug *versucht wurde, indem* eine Bohle über das Geleise gelegt *wurde.*[7] [B] — **14.** *Beamtenbesoldung. Miquel hat in der AH-Kommission ein* Maximalgehalt *von* 6600 M. *für* Richter *I. Instanz zugestanden. Sofern nicht im AH für die* Landräte *ein* Maximalgehalt *von* 6900 M. *beantragt wird, sollen eventuell deren* Dienstaufwandsentschädigungen erhöht *werden.* [B] — **15.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **16.** *Die* Disziplinarsache[8] *F.* Weisner *soll auf Wunsch Schönstedts erneut dem* Disziplinarhof zugehen. [B] — **17.** *Ernennung*. [B] — **18.** Börse. *Brefeld wird* Oberpräsident *Achenbach anweisen, die* Ältesten der Kaufmannschaft *von Berlin um* Vorschläge *zum Ersatz des nicht existenten Börsenvorstandes bei Feststellung von* amtlichen Preisnotierungen *für* Produkte *zu ersuchen und die* Bereitwilligkeit *zur* Vermittlung *im Konflikt mit den Landwirten anzudeuten.* [B]

---

1 *Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 6 Bd. 3 (Schriftwechsel März 1897).*

2 *StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 175. Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 706; Debatte dazu 16.3.1897, S. 5091–5106.*

3 *Gemeint ist der Gesetzentwurf wegen Ergänzung der Gesetze über Postdampferschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 547. Er sah vor, daß der Norddeutsche Lloyd 1,5 Mio. M. mehr Subvention erhalten sollte, blieb aber unerledigt in der Budgetkommission liegen, nachdem, wie von den Hansestädten befürchtet, das für den Lloyd finanziell günstige Auswanderergesetz beschlossen worden war.*

4 *Druck: Rönne, Ludwig v., Das Unterrichtswesen des preußischen Staates, Bd. 1, Berlin 1855, S. 149–160. Vgl. Kosler, Alois, Die preußische Volksschulpolitik in Oberschlesien 1742–1848, Breslau 1929, ND Sigmaringen 1984, bes. S. 116 ff. und StenBerHH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 52, S. 95–98 u. Debatte dazu am 18.2.1897, S. 201–204.*

5 *Vgl. Sitzung am 26.11.1895, TOP 3.*

6 *Vgl. Rep. 76, VIII B Nr. 3917, n. f. (Boetticher 29.12.1896, Votum Bosses v. 4.2.1897, worin nach der Material-Sammlung kommissar. Beratungen vorgeschlagen werden). Daraus entstand die Impfkommission vom Juli 1898.*

7 *Vgl. Kronrat am 14.10.1897, TOP 1, Bl. 145v.*

8 *Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 3123 (Disziplinarverfahren wegen unsittlicher Handlungen an einer Minderjährigen).*

Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 129, Bl. 22–33, Anlage: Bl. 34–35; MF 763.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen [zu 4–9], Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.. Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner.

1. *Feiern zum 100. Geburtstag Wilhelms I. Sollten die an den Bauten hierzu tätigen* Arbeiter *nur* Forderungen *in* mäßigen Grenzen *bescheiden erheben, soll diese* Lohnerhöhung bewilligt werden. *Bei* Androhung eines Streiks *ist* militärische Hilfe *anzufordern.* [B] — **2.** *Der* Gesetzentwurf[1] wegen Errichtung einer Gedenkhalle *für die Kriegstoten wird nach Meinung vieler MdR in der* Budgetkommission *des RT* begraben *werden; eine* formelle Ablehnung *soll Boetticher aber verhindern.* [B] — **3.** *Das im RT* etwas *modifizierte Schuldentilgungsgesetz ist annehmbar. Posadowsky hofft, auf diesem* Umwege *zur nötigen* organischen Finanzreform *zu gelangen.* [B] — **4.** Grundzüge[2] für die Verwaltung der Fonds zu Remunerationen und Unterstützungen *an Beamte werden* nach längerer Beratung *gebilligt, damit der RT nicht* dispositive Beschränkungen *beschließt.* [B] — **5.** *Gesetzentwurf betr.* Reisekosten und Tagegelder *der Beamten; Wünsche Hammersteins dazu werden berücksichtigt.* [B] — **6.** *Frauen als Bedienstete bei den Staatseisenbahnen. Thielen erwägt nach einem Monitum von* Rickert[3] *im AH, ihnen wie in der* Reichspost-Verwaltung nach längerer Dienstzeit eine etatsmäßige Anstellung *und Pension zu gewähren.* — **7.** *Drei Ordenssachen* aus Anlaß *des* Epoche *machenden* Betriebsvertrages *der Staatseisenbahnen* mit Hessen.[4] [B] — **8.** Besprechung *möglicher* Vorschläge zur Verleihung des Wilhelms-Ordens. — **9.** *Da die* dritte Lesung des Etats *im RT wohl nicht bis zur Feier am* 22. März *abgeschlossen sein wird, sind die* beabsichtigten militärischen Ernennungen *Wilhelms II. aufzuschieben.*[5]

[1] *Vgl. Sitzung am 13.2.1897, TOP 5 mit Anm.*
[2] *Als Anlage auf Bl. 34–35.*
[3] *StenBerAH, Session 1896/97, 13.3.1897, S. 1548–1552 (Rickert kritisiert den Staatsministerialbeschluß von 1873, wonach Frauen nicht Beamtinnen werden können).*
[4] *GS 1896, S. 215. Vgl. allg. Kirchhoff, Hermann, Die deutsche Eisenbahngemeinschaft, Stuttgart/Berlin 1911.*
[5] *Sie wurde erst am 29.3.1897 im RT abgeschlossen.*

Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 37–60v; MF 763.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Knebel-Doeberitz [zu 4].

1. *In der Ausstellung der Akademie der Künste zum 100. Geburtstag Wilhelms I. dürfen auf Anordnung Wilhelms II. auch* Schriftstücke *im* Original *gezeigt werden.* — **2.** Revision des Servistarifs *im Bundesratsausschuß und* Meinungsverschiedenheit *zwischen zwei preuß.* Bevollmächtigten. Generalmajor *J. v.* Gemmingen *hat dort erklärt, das Kriegsministerium halte die vom* Staatsministerium *beschlossene Regelung für* unausführbar, *was trotz Intervention des* Vorsitzenden, *UStS* Meinecke, *zur Ablehnung der* Vorlage in der Kommission *führte. Dieses nicht autorisierte Auftreten* gegen einen ausdrücklichen Beschluß des Staatsministeriums *soll im Bundesratsausschuß durch eine* Erklärung[1] *mißbilligt werden.* [B] — **3.** *Die* Erinnerungsmedaille *zum 100. Geburtstag Wilhelms I. soll ggf. auch den* alten Kriegern *von 1870/71* verliehen *werden, um* Mißstimmung *zu verhüten.* — **4.** *Konzessionsentzug für die* amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften Mutual und New

[1] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1897, Sitzung am 8.4.1897, § 283 (Annahme des neuen Servistarifs).*

York.[2] *Recke zufolge besteht kein Grund,* den Amerikanern besonders gefällig zu sein, *zumal zwei* Gutachten *deren* Insolvenz *voraussagen. Lt.* Marschall *erwarten die beiden* Weltgesellschaften *Zurücknahme des* Verbots, *da sie ihr* Rechnungswesen den preußischen Bestimmungen *angepaßt* haben *und ihre* Papiere [...] durchaus solide *sind; bestritten wird dies nur von deutschen* Konkurrenten. Repressalien *der USA könnten* viele Millionen kosten. *Miquel möchte nur das* Tantieme-Geschäft untersagen, das sonstige *wiederzulassen; das* Staatsministerium *dürfe aber* einen direkten Beschluß gegen *den* alleinverantwortlichen *Innenminister* nicht fassen. *Als Kompromiß soll Prof. F.* Klein *ein* Gutachten *erstellen, wozu auch* von amerikanischer Seite Material *erbeten werden soll.* [B] — **5.** *Zur Feier des 100. Geburtstages Wilhelms I. ist* für die Beamten in den Ministerien *am* 22. März *dienstfrei,* auf Wunsch *auch der* 23. März.[3] [B]

[2] *Vgl. Sitzung am 12.12.1895, TOP 6 mit Anm.*

[3] *Zur Feier am 22.3.1897 vgl. Alings, Reinhard, Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – Zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918, Berlin/New York 1996, S. 393–396.*

Nr. 280 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 62–84v; MF 763/764.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 1].

1. *Kommunale Unterhaltsleistungen für das Militär beim* Servistarif *und der* Klasseneinteilung der Orte.[1] *Goßler hat Bedenken betr.* Rechnungslegung *und* Verkoppelung der Quartierentschädigung mit der Marschverpflegung, *implizit mit der* Höhe der Entschädigungen, *aber lt. Miquel ist man* in Preußen *lange* gewohnt, kleine Opfer bei Manövern *etc.* zu bringen. *Posadowsky befürwortet* dilatorische Behandlung *bis nach den* Neuwahlen *1898. Da aber* bereits bei den Herbstübungen Schwierigkeiten *erwüchsen, wird Preußen im Bundesratsausschuß eine Lösung anstreben.* [B] — **2.** Ausdehnung der Unfallversicherung auf Gefangene. *Auf* Drängen des Reichstages[2] *sollen erneut kommissarische* Beratungen *stattfinden, wobei aber die* Bedürfnisfrage *eingehend zu prüfen ist.* [B] — **3.** Arbeitsverhältnisse *in der* Kleider- und Wäsche-Konfektion*; vertagt.* — **4.** Bildung des Börsenausschusses*; vertagt.* — **5.** *Eine Lotterie zum* Besten des St. Hedwigs-Krankenhauses *in Berlin wird für diese* exceptionell gute Anstalt *mehrheitlich gebilligt, zumal man damit der* katholischen Bevölkerung einen Gefallen *tun kann.*[3] *Miquel sieht in* Privatlotterien, *die meist von* jüdischen *Händlern mit* 33$^{1}/_{3}$% Provision *vertrieben würden,* eine unliebsame Konkurrenz *der* Staatslotterie *und wird dies Wilhelm II. vortragen.* [B] — **6.** Verordnung[4] betr. die Führung *akademischer* Titel *wird gebilligt; es ist aber nicht* zweifelsfrei, *ob das* Hoheitsrecht des Landesherrn *auch die Verleihung akademischer* Würden *einschließt.* [B] — **7.** Gefängnisarbeit.[5] *Die Fertigung von* Gegenstän-

[1] *Vgl. Rep. 77, Tit. 332cc Nr. 37 Bd. 11, n. f. (Votum Miquels v. 18.3. u. a. Voten, Antrag Sachsens im Bundesrat v. 3.3.1897); Sitzung am 19.12.1896, TOP 2 mit Anm. u. StenBerRT, Session 1895/97, 4.5.1897, S. 5730–5735.*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, 10.2.1897, S. 4601–4605 (fast einstimmig angenommene RT-Resolution); Rep. 84a, Nr. 5297, Bl. 527 ff. (Gesetzentwurf Boettichers v. 3.3.1897, Votum Brefelds v. 15.3.1897 für Wiederaufnahme der 1894 vertagten Frage) u. Nr. 5298, Bl. 2 ff. (Prot. der kommissar. Beratungen v. 26.10.1897). Diese Stücke und der Fortgang bis zum Gesetzentwurf von 1902 in: BArch, RAdI, Nr. 115370.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115356, Bl. 217 ff. (Votum Bosses v. 9.3.1897 auf Antrag der Fürstin Marie Radziwill).*

[4] *Vgl. GS, S. 99. Die VO v. 7.4.1897 stipulierte, daß ab 15.4.1897 zur Führung von im Ausland erworbenen akademischen Titeln im Inland eine kultusministerielle Genehmigung erforderlich sei.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115336, n. f. (Voten).*

den, *die die* Betriebsverwaltungen *benötigen, soll drei Jahre versuchsweise auch in* Gefängnissen *erfolgen.* [B] — **8.** Erinnerungsmedaille *zum 100. Geburtstag Wilhelms I. soll auch den preußischen* Veteranen *der Kriege* 1864 *bis* 1870/71 verliehen *werden und Wilhelm II. trägt die* Kosten.[6] [B] — **9.** *Pressepolitik. Anläßlich eines mißverständlichen Artikels*[7] *zur* Erinnerungsmedaille, *den Goßler im* nichtamtlichen Teil *des Staatsanzeigers plazieren ließ, wird präzisiert, daß* Artikel, *die die* allgemeine Politik *oder Wilhelm II. berühren, mit dem* Ministerpräsidenten *abgesprochen werden sollen.* [B] — *Der von Miquel geäußerte Wunsch*, *daß der* Ministerpräsident regelmäßig vorher Kenntnis von den politischen Reden *Wilhelms II.* erhalten *sollte, wurde bereits* 1890 *L.* Caprivi *einmal* abgeschlagen.[8] — **10.** *Der* Entwurf des Komptabilitätsgesetzes *soll* erst nach Eintritt der parlamentarischen Ferien *beraten werden.*

[6] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2027, n. f. (Erlaß Wilhelms II. v. 23.3.1897).*

[7] *Staatsanzeiger Nr. 65 v. 17.3.1897, S. 2. Darin hieß es, der Reichstag solle Mittel bewilligen, damit der Wunsch Wilhelms II., die Medaille allen Veteranen der Kriege 1864–1870/71 zu verleihen, realisierbar würde.*

[8] *Anlaß war die öffentliche Debatte über die Rede Wilhelms II. beim brandenburgischen Provinziallandtag am 26.2.1897. Darin hatte er behauptet, Wilhelm I. wäre im Mittelalter heilig gesprochen worden u. seine Ratgeber inklusive Bismarck und Moltke seien bloße Handlanger gewesen; vgl. Schultheß, 1897, S. 56–58 u. Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1792.*

Nr. 281 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 86–101v; MF 764.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher [zu 1–4], Miquel, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke [zu 4–8], Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Braunbehrens [für v. d. Recke, zu 1–4], v. Philippsborn [zu 4].

1. Direkte telefonische Verbindung der Ministerzimmer *im* neuen *AH-Gebäude* mit einigen Ministerien *soll eingerichtet werden.*[1] B] — **2.** Glückwünsche *zum 50jährigen* Dienstjubiläum *von* Generaloberst *W. Frh. v.* Loe *kann jeder Minister privat aussprechen.* [B] — **3.** Arbeitsverhältnisse *in der* Kleider- und Wäsche-Konfektion; *vertagt*. — **4.** Gesetzentwurf[2] *zum Vereins- und Versammlungsrecht. Recke hat deutsch- und freikonservative sowie nationalliberale* Parlamentarier *dazu gehört. Wegen Bedenken der* Nationalliberalen *möchte Recke die* Zulässigkeit von Präventiv-Maßregeln gegen Versammlungen *aufgrund von* § 10 II 17 *ALR in einer* Erklärung *statt formell im Entwurf konstatieren. Debatte über die richtige Taktik, damit das* Gesetz schnell und glatt *zustande kommt. Lt. Marschall ist ein großer* Sturm in der liberalen Presse *doch unvermeidlich und sind* erhebliche Abschwächungen *der Vorlage zu erwarten, weshalb jetzt alle nötigen* Bestimmungen *vorzuschlagen sind. Aber eine Ministermehrheit stimmt Recke zu, daß man lieber* etwas weniger, aber dieses Wenige sicher *haben, als durch ein Nein der* Nationalliberalen *das* Scheitern des ganzen Gesetzes *riskieren soll. Details, u. a. betr.* Teilnahme von Minderjährigen an Versammlungen. *Recke wird den* Parlamentariern *diese* Beschlüsse *mitteilen.* [B] — **5.** Marschall *protestiert gegen Hammersteins Plan, die* Einfuhr von Schweinen aus Rußland *ab 15.5.1897* gänzlich *zu* verbieten.

[1] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115374 (Voten). Die diesbezügliche Akte in Rep. 90 ist nicht überliefert, vgl. aber Rep. 90, Nr. 379, n. f. (Telefonnutzung im Staatsministerium ab 1881).*

[2] *Rep. 84a, Nr. 5379, Bl. 244–247 (Entwurf v. 29.3.1897); ebd., Bl. 162 ff. die Voten seit 27.11.1896. Veröffentlichung der Vereinsgesetz-Novelle in: StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 232; Debatte dazu 17./18.5.1897, S. 2767 bis 2831. Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 328 f. (Aufz. Hohenlohes) und die Analyse bei Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 206–209 (auch zu allen Sitzungen bis Juni 1897).*

Darüber soll demnächst ausführlich beraten werden. [B] — **6.** *Die* Interpellation[3] wegen der Zollkredite *soll Miquel* in ähnlicher Weise beantworten *wie StS* Posadowsky *im RT.* — **7.** *Die Beschlüsse*[4] *der RT-Kommission zur* Erhöhung der Offiziersgehälter *werden Goßler zufolge von Wilhelm II. gebilligt.* [B] — **8.** *Ordenssache.* [B]

[3] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 160; Debatte dazu 27.4.1897, S. 2155–2188 (S. 2165 f. Miquel). Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, 10.3.1897, S. 5007–5032 (Antrag Schwerin-Löwitz gegen Zollkredite).*

[4] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 822, Beilage B (Beschlüsse der Budgetkommission). Auf welche Ränge hier Bezug genommen wurde, wird aus dem Protokoll zur Sitzung am 6.5.1897, TOP 2 (Bl. 171) ersichtlich.*

Nr. 282 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 103–119v; MF 764/765.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [für E. Hammerstein].

1. Gesetzentwurf *zum Vereins- und Versammlungsrecht. Recke hat den deutsch- und freikonservativen sowie nationalliberalen* Vertrauensmännern *das Sitzungsergebnis vom 2.4.* mitgeteilt. *Leider will eine Majorität der führenden nationalliberalen* Mitglieder des Reichstages und Landtages *für die von Hohenlohe früher versprochene* Aufhebung des Koalitionsverbots *keine* Konzessionen *machen, zumal dies ihre Wahlchancen mindern würde. Recke rät daher* dringend, *den Entwurf jetzt* nicht mehr einzubringen. *Zusammenarbeit mit dem* Zentrum *oder* Aufhebung des Koalitionsverbots *gegen die* Konservativen *will Recke nicht. Letzteres sieht* Marschall *als Ausweg, während eine Ministermehrheit den* Entwurf *selbst auf die Gefahr der Ablehnung hin einbringen will, um den* Vorwurf des Treubruchs *zu vermeiden. Eine* Niederlage *zwingt lt. Schönstedt nicht automatisch, das* Abgeordnetenhaus aufzulösen oder zurückzutreten, *zumal man nach Miquel das Scheitern durch* Differenz zwischen dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhause *bewirken kann.* [B] — **2.** Gesetzentwurf[1] *betr. das* Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze *wird* ohne Debatte angenommen. [B] — **3.** *A. Halley, GehORegR im Ministerium* für Elsaß-Lothringen, *wird* zum stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens beim Bundesrat ernannt. [B] — **4.** Arbeitsverhältnisse *in der* Kleider- und Wäsche-Konfektion.[2] *Da* in anderen Ländern *die* Beschränkung der Arbeitszeit *ohne das* Verbot *der* Mitgabe nach Hause *praktisch* wirkungslos geblieben *ist, stimmt eine Ministermehrheit dem* Verbot *als* Versuch *zu. Miquel sieht darin den* Beweis, *daß* die Regierung sich noch mit der Sozialpolitik *beschäftigt.* [B] — **5.** *Die Absicht von MdA* Graf Kanitz, *eine* Erhöhung der Gehälter *der Staatsminister anzuregen, soll ihm ausgeredet werden.* [B] — **6.** Staatsminister *R. v.* Delbrück *wird zum 80. Geburtstag* vom Bundesrate eine Adresse erhalten. — **7.** *Die neue* direkte Verbindung zwischen Deutschland und Schweden *soll mit einer* Feier *unter Beteiligung mehrerer* Staatsminister *in* Sassnitz *begangen werden.* — **8.** *Titelverleihung.* [B] — **9.** *Ordenssache.* [B] — **10.** *Ernennung. Titelverleihung.* [B] — **11.** *Ordenssache.* [B] — **12.** *Ernennung.* [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 216; Debatte dazu 14.5.1897, S. 2718–2732.*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 840; Debatte dazu 24.5.1897, S. 6073–6081u. Richter, Politisches ABC-Buch, 1898, S. 197–200.*

Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2] und Korrekturen, Bd. 129, Bl. 121–134; MF 765.

Anwesend [U][1]*: Boetticher [V], Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Stöckel, Holleufer [beide zu 1], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 2].

1.–**2.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Gesetzentwurf zum Vereins- und Versammlungsrecht. Miquel glaubt nach* Besprechung mit Führern der nationalliberalen Partei, *daß der* Entwurf *keine* Majorität im Abgeordnetenhause *erreichen, sondern nur einen* Gegensatz zwischen *den* drei Kartellparteien *hervorbringen wird. Deshalb ist er* nur *für* Aufhebung des Koalitionsverbots *als Einlösung des* Versprechens *Hohenlohes im RT. Recke stimmt zu und erwartet, daß die Frage sonst* bei den Freisinnigen und dem Zentrum als Wahlparole *dienen wird. Da Hohenlohe als der* Hauptbeteiligte *telegraphisch die* Aufhebung des Koalitionsverbots *als* einzig richtige Lösung *bezeichnet hat, muß nur noch Wilhelm II. für die* einzubringende Vorlage *gewonnen werden.* [B] — **4.** *Einer* Deputation aus Helgoland *hat Wilhelm II. weitere* Mittel *für* Dünenschutz *und bei amtlich festgestellter Bedürftigkeit auch* eine Unterstützung *zwecks* Eröffnung des Seebades *in Aussicht gestellt.* [B] — **5.** *Zum* Empfang bei Reisen *Wilhelms II. ist auch der* Präsident des Kanalamts zu Kiel *zuzulassen.*[2] [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B] — **7.** *Zur 3.* Lesung der Besoldungsvorlage *für Beamte wird Miquel im AH* erklären[3], daß die Regierung an den in *2.* Lesung vereinbarten Sätzen unbedingt *festhält.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B]

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Wilhelm II. hielt sich häufiger in Kiel auf, u. a. zum Segeln und für Nordland-Fahrten; vgl. Wippermann, 1897, II, S. 31 f.*
[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 10.5.1897, S. 2580 f.*

Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 137–155v; MF 765/766.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner, Küster [zu 3].

1. *Gesetzentwurf zum* Vereins- und Versammlungsrecht. *Wilhelm II. lehnte eine* Aufhebung des Koalitions-Verbots ohne Kompensationen *ab, wäre aber einverstanden,* einstweilen *nichts zu tun, was Recke billigt, da* kein zeitlich begrenztes Versprechen *Hohenlohes vorliegt. Miquel will v. a. das* Einvernehmen der Kartell-Parteien *erhalten. Hohenlohe wird Wilhelm II.* Vortrag *halten und die* geringe Bedeutung des Koalitions-Verbots *darlegen.* [B] — **2.** *Der* Tarif *auf dem* Dortmund-Ems-Kanal *muß lt. Thielen* geringer sein als auf der Rhein-Route, *da sonst* kein Verkehr *stattfindet. Dies beeinträchtigt aber nicht die Getreidewirtschaft im preußischen Osten, wie einige* Landwirtschaftskammern *befürchten.* [B] — **3.** Einfuhr russischer Schweine *und von Geflügel*. *Hammerstein möchte den Schweine-Import aus veterinärpolizeilichen Gründen verbieten, da versprochene* Ver-

besserungen nur auf dem Papier *stünden und der* Bedarf *im* oberschlesischen Industriebezirk [...] sehr wohl vom Inlande gedeckt werden *kann. Marschall hält den Zeitpunkt für ungeeignet, glaubt nicht, daß die* sofort *geschlachteten* Schweine anstecken *können und befürchtet* Teuerung *und* Mißstimmung *in* Oberschlesien. *Ein* Beschluß *dazu wird* bis zum Herbst vertagt. *Eine* dreitätige Quarantäne *für Geflügel wird gebilligt.* [B] — **4.** *Der* Brief[1], *den Wilhelm II. an seinen Bruder* Heinrich *schrieb und den dieser vor Matrosen verlas, so daß er öffentlich bekannt wurde, begründet keinen Handlungsbedarf für das* Staatsministerium. [B] — **5.** *Drei Ernennungen.* [B]

[1] *Vgl. Wippermann, 1897, I, S. 7 f. Im der Presse zugespielten Text hatte Wilhelm II. Heinrich gegenüber bedauert, daß er zu den Jubiläumsfeierlichkeiten für Königin Victoria v. England kein besseres Schiff als das alte „König Wilhelm" benutzen könne, da die Vaterlandslosen im RT, d. h. SPD und Zentrum, die Anschaffung neuerer Schiffe hintertrieben. Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 332–335 u. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 204 f. (geplante Interpellation des Zentrums wird diesem von Hohenlohe und Marschall ausgeredet).*

Nr. 285 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1897.

Vollz Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 157–186; MF 766.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2–3, U], Neuhaus [zu 5].

1. *Gesetzentwurf zum Vereins- und Versammlungsrecht. Hohenlohe konnte Wilhelm II. nicht überzeugen, daß* eine einfache Aufhebung des Koalitionsverbots *ohne* Kompensationen *geboten ist. Hohenlohe dringt darauf, sein* gegebenes Wort *einzulösen und* jetzt irgend ein Gesetz vorzulegen, *egal* ob es durchgehe oder nicht. *Recke möchte eine* Session *warten. Aber eine Ministermehrheit sieht keine* übertrieben reaktionäre Tendenzen *in dem am 2.4.1897 beschlossenen* Entwurf, *dessen* Vorlage *sowohl Wilhelm II. entgegenkommt als auch die* politische Stellung *von Hohenlohe* nicht erschüttert. *Der* Entwurf *soll zuerst dem* Herrenhause zugehen. [B] — **2.** *Erhöhung der Beamtenbesoldung in der* Budgetkommission *des RT.*[1] *Gegenüber Änderungswünschen, etwa des* Zentrums *für die* Assistenten, *soll Posadowsky einstweilen* an den ursprünglichen Vorschlägen *festhalten, um zu vermeiden, daß das* Parlament Erhöhungen *beschließt und so* die Beamten Parlamentsbeamte *werden.* [B] — **3.** *Stellungnahme zum* Antrag[2] *Mecklenburg-Schwerins* auf Beseitigung des Zollkredits für Getreide *etc. Miquel und Hammerstein sind dafür, da Deutschland* als importierendes Land *keinen Grund hat,* die Zollkredite zu konservieren, *obwohl* den Agrariern *dadurch* ein wesentlicher Nutzen nicht *entsteht. Posadowsky findet es* wichtig, der Landwirtschaft entgegenzukommen. *Da man sich von* Rußland *nicht* mala fides vorwerfen *lassen will und auch Wilhelm II. keine Erschwerung der* Grenzbeziehungen *wünscht, ist eine* dilatorische Behandlung *angezeigt.* [B] — **4.** *Das* Ergebnis *der interministeriellen* Verhandlungen *betr.* Bildung des Börsenausschusses *wird* gut geheißen. [B] — **5.** Vorbildungs- und Prüfungsordnung[3] für die Gewerbeaufsichtsbeamten *wird gebilligt, wobei auf Wunsch Bosses* Promotion *oder* Habilitation *in* Chemie *als* Ersatz für die erste Prüfung der Gewerbeaufsichtsbeamten *erlaubt werden.* [B] — **6.** *Die* Petition[4] *von* Amtsgerichtsrat *H.* Jastrow, *worin* Aufhebung *des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. (Zusammenstellung des RSA) u. StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 822, Beilage B (Gehaltssätze nach den Beschlüssen der Budgetkommission); Debatte dazu 26.5.1897, S. 6120–6149.*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1896, Drucks. Nr. 19. Der Antrag wurde in der Sitzung am 13.2.1896, § 82 den Ausschüssen überwiesen und blieb offenbar unerledigt.*

[3] *Vgl. MinBl. innere Verw., 1897, S. 29 u. 32 (Vorbildungs- und Prüfungsordnung v. 7.9.1897).*

[4] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

verlangt wird, ist nicht zu beantworten. [B] — **7.** *Die staatsanwaltschaftlich gewünschte* Genehmigung *Wilhelms II., daß die* früheren Minister *v.* Köller *und v.* Bronsart *im Prozeß* Tausch *aussagen dürfen, soll erbeten werden; über* Vorgänge *im* Staatsministerium *sollen sie aber keine* Auskunft *erteilen.*[5] [B] — **8.** *Die Bitte der* Landgemeinde Schöneberg, [...] ihr das Stadtrecht zu verliehen, *soll bei Wilhelm II. unterstützt werden.*[6] [B] — **9.** *Die* Wahlstatistik[7], *die Recke dem AH vorlegen wollte, soll* zunächst dem Staatsministerium *zugehen. Da das* Einkommensteuergesetz *von 1893* auf die Gemeindewahlen einen plutokratischen Einfluß geübt *hat, erwägt Recke Konsequenzen beim Kommunalwahlrecht.* [B]

[5] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 134 ff. (Bericht Schönstedts v. 11.5.1897 über die Aussagen von Köller u. Bronsart).*
[6] *Rep. 77, Tit. 2836 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 1 ff. (Gesuche seit 1893, Immediatbericht v. 10.5.1897, Stadtrecht ab 1.4.1898).*
[7] *Eine Wahlstatistik ging dem AH nicht zu; vgl. aber Reckes Zahlen in: StenBerAH, Session 1898, 26.1.1898, S. 172 f.*

Nr. 286 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 9. Mai 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. 129, Bl. 187–188; MF 766.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Miquel [U], Bosse, Marschall [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Telegraphisch soll die Genehmigung *Wilhelms II. zur Vorlage des Gesetzentwurfes betr. das* Vereins- und Versammlungsrecht *eingeholt werden; Hohenlohe wird dazu eine* Erklärung[1] *abgeben.* [B]

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 17.5.1897, S. 2767 f. und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 337.*

Nr. 287 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 12. Mai 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 191–201; MF 766/767.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Die* Novelle zum Vereinsgesetz *hat Wilhelm II. gebilligt. Recke glaubt, daß* die Regierung mit dem Entwurfe einen starken Echec erleiden *wird und will diesen durch Einbringung zuerst beim HH mildern. Miquel möchte Vorlage zuerst beim AH, damit ggf. das HH die Regierungsvorlage* wiederherstellen *kann. Eine Ministermehrheit bittet Recke,* sich der Majorität anzuschließen. — **2.** *Die* Beschlüsse[1] *der AH-Kommission zum* Gesetzentwurf *betr.* Reisekosten und Diäten *der Beamten sind annehmbar.* [B] — **3.** *Der* Gesetzentwurf[2] *betr. die Disziplinarverhältnisse der* Privatdozenten *soll im* Umlauf *gebilligt werden; darin ist als 1.* Instanz *die* betreffende Fakultät, *als 2.* Instanz *aber das* Staatsministerium *vorgesehen.* [B] — **4.** *Detailänderungen der* Motive der Novelle zum Vereinsgesetz *werden gebilligt.* [B] — **5.** *Terminierung des Reichstagsschlusses ist*

[1] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 177.*
[2] *Rep. 76, Va Sekt. 1 Tit. 4 Nr. 42 Bd. 2, Bl. 115–120; ebd., Bl. 113 ff. der Entwurf eines Immediatberichts u. Zeitungsausschnitte. Vgl. StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 25; Debatte dazu 7.2.1898, S. 399–430.*

nicht Sache *von dessen Seniorenkonvent, sondern* Sache *des* Kaisers.[3] — **6.** *Die* Militärstrafprozeßordnung *soll dem* Reichstage *möglichst binnen zehn Tagen vorgelegt werden.*[4] [B]

[3] *Der Reichstag vertagte sich vom 28.5. bis 22.6.1897 ohne kais. Ermächtigung; Sessionsschluß erfolgte durch kais. Botschaft erst zum 25.6.1897; vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 344 f.*

[4] *Dies erwies sich wegen des Widerstands Bayerns im Bundesrat als illusorisch; vgl. Sitzung am 20.5.1897, TOP 1.*

Nr. 288 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 17. Mai 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 203–208; MF 767.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Gf. v. Posadowsky-Wehner [U].

1. *Die* Beschlüsse *der* Budget-Kommission *des RT zur Besoldungserhöhung für Reichsbeamte sind annehmbar, wenngleich dadurch* zahlreiche Unterbeamte *der Preuß. Staatsbahnen* schlechter gestellt *werden als ihre Kollegen im* Reichsdienst.[1] [B] — **2.** *Die* Beschlüsse[2] *der* Budget-Kommission *des RT* zur Gestaltung des Servistarifs und zur Klasseneinteilung der Orte *sind akzeptabel; die* Klasseneinteilung *muß ggf. durch* kaiserliche Verordnung geregelt werden, *da die* einzelnen Abgeordneten sich zu sehr von lokalen Interessen leiten *lassen.* [B] — **3.** *Recke erwägt eine* Aufbesserung *beim* Wohnungsgeldzuschuß *oder bei der* Dienstaufwandsentschädigung *der* Gendarmen. — **4.** *Miquel ersucht darum, sich künftig* bei Vorschlägen *zu Gehaltserhöhungen der* Unterbeamten in möglichst engen Grenzen zu bewegen, *da* in den letzten Jahren *mehr als* 52 *Mio. M.* bewilligt worden *sind; ggf. ist das mit der geplanten* Regulierung des Wohnungsgeldzuschusses zu verbinden.

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. (RSA 16.5.1897).*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 810. Die Klasseneinteilung wurde doch im Rahmen des Gesetzes geregelt.*

Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 210–221; MF 767.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Miquel [U], Thielen [U], Marschall, E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [zu 1, U], Brefeld [U], H. Goßler [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse].

1. Militärstrafgerichtsordnung *im* Bundesrat.[1] Bayern *hat* Spezialwünsche *u. a. bezüglich des* Ober-Militärgerichts *im* Einführungsgesetze. *Dagegen hätte Preußen* in den Ausschüssen *eine* Majorität *organisieren können, aber Goßler hat es vermieden,* Bayern majorisieren zu lassen, *zumal Wilhelm II. dies vor der Begegnung mit dem* Prinzregenten *Luitpold nicht will. Ein* Vermittlungsvorschlag *Goßlers wird* als Antrag Preußens *gebilligt; bis die diesbezüglichen* Verhandlungen mit

[1] *Goßlers Vermittlungsvorschlag sah vor, die Militärstrafgerichtsordnung in Bayern nur nach Maßgabe des Versailler Bündnisvertrages von 1870 anzuwenden und die Organisation des Reichsmilitärgerichts dem Bundesrat zu übertragen, d. h. einen bayerischen Senat einzurichten. Die Begegnungen Wilhelms II. mit Prinzregent Luitpold erbrachten keine greifbaren Ergebnisse. Vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 353–361 u. 367, Anm. 49.*

Bayern *abgeschlossen sind, soll die* definitive Entschließung *Wilhelms II. eingeholt und die Vorlage an den* Reichstag *bis zur* Session *1897/98 verschoben werden.* [B] — **2.** Rang der Land- und Amtsrichter. *Die* Vorschläge[2] *Schönstedts werden vorläufig gebilligt, zumal sich lt. Miquel die* frühere Oppositionsstellung der Richter [...] zum Teil *aus* ihrer geringen Rangstellung *erklärt.* [B] — **3.** Rang *der* Förster.[3] *Die* Verleihung des Ranges der Subalternbeamten *II. Kl. wird gebilligt, nicht zuletzt aus* politischen *Gründen, denn die* bisher gute Stimmung *der* Förster *muß* erhalten werden. [B] — **4.** Vereinfachung des Geschäftsganges *und* Verminderung des Schreibwerks. *Die* Vorschläge[4] der Kommission *werden gebilligt.* [B] — **5.** *Zum Besuch Wilhelms II. in* Köln[5] *am* 18. Juni *1897 ist* Ausschmückung *der* Dienstgebäude *inkl.* Feuerwerk *für* Kosten *von ca.* 18 600 M. *anzuordnen.* [B]

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 43, Bl. 93 ff. (Voten betr. Ernennung von max. 50% zu Amts- u. LG-Räten). Zur im Prot. genannten Titel- und Rang-Kommission vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 5, Bl. 59 ff. (Prot. der Sitzungen).*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 47, Bl. 22–36 (Voten).*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 545 Nr. 98 Bd. 2, n. f. (Vorschläge v. 29.4.1897, Voten, Allg. Verfügung v. 25.6.1897 sowie Grundzüge nebst Runderlaß an die Allg. Verw. v. 12.8.1897). Die Prot. der Kommission in: Adhib. 3 zu dieser Akte.*

[5] *Vgl. Wippermann, 1897, I, S. 10–12 (Enthüllung eines Denkmals Wilhelms I., Rede Wilhelms II.).*

Nr. 290 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 26. Mai 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 225–230; MF 767.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, Marschall, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Novelle zum Vereinsgesetz im AH. Der freikonservative Antrag*[1]*, wonach sozialdemokratische oder separatistische Versammlungen und Vereine aufgelöst werden können, zielt auf ein neues* Sozialistengesetz *und ist lt. Miquel* überhaupt nicht mehr *machbar.* Auf die konservative Partei *ist einzuwirken, daß* wenigstens einige Artikel der Vorlage an das Herrenhaus gelangen.[2] [B] — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Ernennung.* [B] — **4.** *Ordenssache* [B] — **5.** Mitteilung *Boettichers* in Betreff der Pfingstferien des Reichstages. — **6.** *Den* Gesetzentwurf[3] betreffend die Fleischbeschau *möchte Hammerstein bald beraten haben.*

[1] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 274; Debatte dazu 28.5.1897, S. 3010–3032 (abgelehnt). Die abwartende Stellungnahme Reckes zum freikonservativen Antrag S. 3018.*

[2] *Die Passage, daß Boetticher empfahl,* unter keinen Umständen verlauten zu lassen, daß die Regierung das Herrenhaus bewegen würde, die Vorlage, wenn sie auch verstümmelt sei, nicht anzunehmen, *ist gestrichen.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1813, n. f. (Votum v. 15.4.1897) und Sitzung am 21.6.1897, TOP 3.*

Nr. 291 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 30. Mai 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 129, Bl. 231–237; MF 767.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Boetticher [U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], Marschall, Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Novelle *zum Vereinsrecht im AH. Recke zufolge gibt es* in der konservativen Partei eine starke Strömung, *die* Novelle *ganz abzulehnen. Deshalb wird er* in der dritten Lesung *ggf.* erklären[1], daß die Regierung im Herrenhause ihre ursprüngliche Vorlage, *nicht die* Fassung *des AH,* vertreten *wird. Bei einer Ablehnung schon im AH gäbe es gar keine* Möglichkeit, *die* Vorlage durch das Herrenhaus verbessern zu lassen. [B] — **2.** *Ordenssache; J.* Schwabach *erhält den* Stern zum Kronen-Orden II. *Kl.*[2] [B] — **3.** *Titelverleihung; die Verleihung des Ranges der* Räte *II. Kl. an den* Kurator der Ritterakademie in Liegnitz *durch Wilhelm II. wird Bosse* nachträglich *gegenzeichnen.* [B] — **4.** *Die* Ausschüsse des Bundesrats *haben die* Militärstrafprozeßordnung nebst Einführungsgesetz angenommen.

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1896/97, 31.5.1897, S. 3094 (Erklärung Limburg-Stirums, daß die Konservativen nur zustimmten, damit im Herrenhaus die Regierungsvorlage wiederhergestellt werden könne).*

[2] *Die Angabe bei Stern, Fritz, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt/M. u. a. 1978, S. 658, J. Schwabach habe zum 50jährigen Geschäftsjubiläum keine Auszeichnung erhalten, trifft somit nicht zu.*

Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [zu TOP 5–6], Bd. 129, Bl. 239–264a; MF 767/768.

Anwesend [U]: Boetticher [V, U], Thielen [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt, v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Stöckel, Anton [beide zu 5], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle drei zu 6].

1. Militärstrafprozeßordnung. *Die* Instruktion der preußischen Stimme für das Plenum des Bundesrats *soll demnächst beraten werden*. Mitteilungen *Goßlers* über die voraussichtliche Stellungnahme *Wilhelms II.* — **2.** Einführung *der* obligatorischen Fleischbeschau; *vertagt.* — **3.** *Ordenssache.* [B] — **4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.–6.** *23 Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 130, Bl. 3–28; MF 768/769.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Boetticher, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], Gf. v. Posadowsky-Wehner [zu 2, 4], Reichardt, Küster [beide zu 3].

1. Militärstrafgerichtsordnung. *Hohenlohe möchte den* Absatz 2 des § 270, *wonach der Kaiser den* Ausschluß der Öffentlichkeit *fallweise bestimmen kann, streichen, da ein* Sturm *der Entrüstung und eine* Debatte *zum* Recht des Kaisers *dazu zu befürchten steht. Goßler zufolge will Wilhelm II. gerade* an dem Absatze *strikt festhalten. Miquel schlägt vor, im* Bundesrat *beschließen zu lassen, daß schon* § 8 des Reichsmilitärgesetzes *die volle* Disziplinargewalt des Kaisers *stipuliert und man folglich den* Absatz 2 *habe* streichen *können. Das* Staatsministerium *wird im Sinne Hohenlohes an Wilhelm II.* berichten, *aber anfügen, daß Goßler sich an sein* Versprechen, *für* Allerhöchstdessen

Rechte *einzutreten,* gebunden *fühlt.*[1] [B] — **2.** *Stellungnahme zur* Resolution[2], *ein weiteres Grundstück zur* Herstellung einer Dienstwohnung für den Reichstagspräsidenten *anzukaufen. Aus sachlichen Gründen und um den* Reichstag *nicht* zu verstimmen, *soll zugestimmt werden.* [B] — **3.** Obligatorische Fleischbeschau[3] *soll nach Hammerstein sowohl* im Reiche *wie* an der Grenze *vorgeschrieben werden, um mit den* Handelsverträgen *vereinbar zu sein. Reichardt möchte die* Einführung *etwas* verschieben, *um zu* wirksamen Repressivmitteln *greifen zu können, falls die USA die* Einfuhr deutscher Produkte *tarifär behindern sollten. Die* Einführung *ist auch mit den* Bundesregierungen *abzustimmen* [B]. *Beim* Antrag[4] v. Mendel-Steinfels *ist dies im AH zu* erklären [B]. — **4.** Zulassung der polnischen Vereinsbank der Erwerbsgenossenschaften *zum* Geschäftsverkehr mit der Zentralgenossenschaftskasse.[5] *Dies ist lt. Miquel von der* größten prinzipiellen Bedeutung, *denn es fragt sich*, ob man der polnischen bäuerlichen Bevölkerung, blos um ihre wirtschaftliche Erstarkung zu verhindern, die staatlichen Mittel, *die auch aus ihren Steuern herrühren*, entziehen *soll*. Soweit *kann Posadowsky zufolge* ein zivilisierter Staat nicht gehen; *nur wenn in* agitatorischer Weise polnische Sonderbestebungen *erfolgen*, *kann der Staat* die Förderung materieller Interessen *einstellen*. *Zu verlangen wäre eventuell, daß polnische* Genossenschaften *das* Deutsche als Geschäftssprache *zulassen. Der* Vereinsbank *ist der* von der Zentralgenossenschaftskasse eröffnete Kredit *zu belassen,* sofern *die gesetzlich* erforderlichen Voraussetzungen zweifellos vorhanden *sind.* [B] — **5.** *Zwei Ordenssachen.* [B]

[1] *Vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 366 f.; Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 360 f. (Hohenlohe an Wilhelm II. 23.6.1897) sowie Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 666 f. (Bericht Jagemanns).*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, 26.5.1897, S. 6144 f. (Annahme der Resolution auf Drucks. Nr. 905). Dabei ging es um den Ankauf von 2486 qm für 1,175 Mio. M., um ein repräsentatives Reichstagspräsidenten-Palais bauen zu können.*

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 10758, Bl. 57 ff. (Fortgang 1897/98, bes. Denkschrift Posadowskys v. 18.5.1898).*

[4] *StenBerAH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 292; Debatte dazu 23.6.1897, S. 3190–3208 (S. 3195 f. Hammerstein)*

[5] *Vgl. Sitarek, Henryk, Rola kredytu w rozwoju gospodarki Wielkopolski na przelomie XIX i XX wieku. Bank Związku Spólek Zarobkowych w Poznańiu 1885–1918, Warszawa 1977, S. 142–148 u. Blanke, Prussian Poland, S. 213 f. und Balzer, Brigitte, Das Vereins- und Versammlungsrecht im Rahmen der Polenpolitik der Preußischen Regierung, in: Studia Historica Slavo-Germanica XIII (1984), S. 77–96, hier S. 88.*

Nr. 294 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 10] und Korrekturen, Bd. 130, Bl. 30–68v, 71–76, Anlage: Bl. 69–70; MF 769/770.

Anwesend: Hohenlohe [V zu 1–6, U], Miquel [V zu 7–10, U], Thielen [U], Bosse [U], Schönstedt, v. d. Recke [U], Brefeld [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2, 10], Frh. v. Broich [zu 10].

1. *Rücktritt Boettichers und Ministerwechsel im Reich und Preußen.*[1] *Hohenlohe und mehrere Minister bedauern* tief *den Verlust eines Kollegen, der* wegen seiner trefflichen Eigenschaften hoch zu schätzen gewesen *ist*. *Um* Boetticher, *der bald ein* Oberpräsidium *erhalten soll, die* Gehaltsrate

[1] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 144 ff. (Aufz. Lucanus, Entlassung Boettichers, noch aber mit Gehalt für Juli 1897); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 345–364; Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1826 ff.; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 210–219; Pressestimmen bei Wippermann, 1897, I, S. 354–359. Zur Beurlaubung Marschalls, seiner Entlassung per 17.10.1897 und seiner Ernennung zum Botschafter in Konstantinopel vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 662 ff., 673 (Tagebuch Marschalls, Berichte Jagemanns).*

am 1. Juli noch *zahlen zu können, soll Hohenlohe für ihn bei* Lucanus *einen* Urlaub *bis* 1. September *erbitten* [B][2]. *Da zur* Frage des Nachfolgers *das* Staatsministerium gehört werden *muß, wird Hohenlohes Vorschlag, daß* Graf Posadowsky *neuer* Staatssekretär des Innern und zugleich Staatsminister *werden soll, gebilligt* [B]. *Die* Verbindung des Reichsamts des Innern *mit dem* Staatsministerium *ist lt. Miquel* absolute Notwendigkeit, *um* Einfluß auf die Reichsangelegenheiten *zu* haben und die preußischen Interessen *im* Bundesrat *zu* wahren. — **2.** *Sonntagsruhe.*[3] *Hohenlohe besteht darauf, die Berliner* Polizeiverordnung *vom* 10. Oktober *1896 zu entschärfen, v. a. das* Ausstellen von Waren in den Schaufenstern *oder private* Tanzlustbarkeiten *auch sonntags zu erlauben. Bosse und Recke wollen für* Berlin *nur eine mäßigende* Klarstellung, *um* in kirchlichen Kreisen eine tiefgehende Beunruhigung *zu vermeiden, aber* es in den Provinzen bei dem bestehenden Zustande *belassen.* Kommissarische Beratungen *sollen das klären.* [B] — **3.** Vereinsgesetz-Novelle *im HH. Die konservative Mehrheit des HH verlangt, daß die* Staatsregierung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Kommission *erklärt; sonst würde die* Vorlage pure abgelehnt. *Debatte zum taktisch besten Vorgehen. Obwohl das im HH fabrizierte* kleine Sozialistengesetz *im Grunde* unerwünscht *und dessen* Ablehnung *im AH zu befürchten ist, soll die* Möglichkeit, verstärkte Machtmittel *gegen* Umsturzbestrebungen *zu erhalten, wahrgenommen werden. Auf Wunsch Miquels wird in einer* Erklärung[4] *betont, daß* berechtigte Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage *erlaubt bleiben.* [B] — **4.** *Ernennung.* [B] — **5.** *Gebrauch* von Prädikaten und Kurialien im Geschäftsverkehr mit den kirchlichen Behörden. [B] — **6.** Verwendung des Grundstücks Wilhelmstr. 64.[5] *Anstelle des Plans*, Staatsministerium *und* Justizministerium *dort unterzubringen*, *schlägt Miquel* im Einvernehmen *mit Lucanus vor, das* Zivilkabinett *dort anzusiedeln und ein* Dienstgebäude *für das* Staatsministerium *im* Garten des Reichsamts des Innern *zu erbauen*. *Weitere kommissarische* Beratung. [B] — **7.** *Verteilung des* Fonds von 500.000 M. zur Unterstützung für Witwen und Waisen *auf die* Ressorts. [B] — **8.** Verleihung *der von Mecklenburg-Schwerin geplanten Erinnerungsmedaille für* Großherzog Friedrich Franz II. *an* preußische Staatsangehörige. *Die erbetene* generelle Genehmigung *kann aus* politischen Rücksichten *nur für* Nichtoffiziere *und Nichtbeamte* erteilt *werden* [B]. — *Die erwogene generelle* Übertragung der Anlegungserlaubnis *für fremde Orden vom König* auf die Ministerialinstanz *wird abgelehnt* [B]. — **9.** Verwaltung der Fonds zu Remunerationen und Unterstützungen *an* Beamte. *Details der am 13.3.1897 gebilligten* Grundsätze. [B] — **10.** *Sechs Disziplinarsachen.* [B]

[2] *Dies mißlang; vgl. Rich, Norman/Fisher, M. H. (Hrsg.), Die Geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins, Bd. 4, Göttingen 1963, S. 38 f.*

[3] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1146 (Voten ab 26.4.1897; kommissar. Beratungen v. 26.8. u. 16.10.1897).*

[4] *Als Anlage auf Bl. 69–70.*

[5] *Vgl. Rep. 93, B Nr. 1966, n. f. (Denkschrift u. Pläne v. 31.5.1897) und Demps, Berlin-Wilhelmstraße, S. 153 f. In der Akte auch das Schreiben von Miquel u. Schönstedt v. 22.9.1897 und das Prot. der Budgetkomm. des AH, wo der Neubau für das Zivilkabinett nur mit 9 gegen 7 (konservative) Stimmen gebilligt wurde. Vgl. auch StenBerAH 12.2.1898, S. 596 f. (Resolution der Budgetkomm. gegen die zu große Wohnung des Geh. Kabinettsrats).*

Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [zu TOP 9] und Korrekturen, Bd. 130, Bl. 78–119, 121–122, Anlage: Bl. 120–120v; MF 770/771.

Anwesend[1]*: Miquel*[2] *[V], Thielen [U], Bosse, E. Hammerstein [U], Brefeld [U], Posadowsky*[3] *[U]. — Prot.: Humbert [U].*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt, U], Reichardt, Küster [beide zu 3], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 8–9].

1. *Einführung des neuen Staatsministers und StS* des Innern *Graf v.* Posadowsky. — **2.** *Die* Vorlagen *für die* Landtagssession *1897/98 sind Miquel zufolge* auf das Äußerste *zu beschränken, um nicht die letzte* Session *der Legislaturperiode zur* Wahlkampagne *werden zu lassen.* [B] — **3.** Quarantäne *bei* Einfuhr von Gänsen und Enten aus Österreich-Ungarn und Rußland. *Das* Auswärtige Amt *möchte die von Hammerstein zum* 1. Juli *vorgesehene* Einführung *vertagen, um das Klima des Besuchs Wilhelms II. beim Zaren nicht zu belasten, und Hammerstein sieht das ein.*[4] *Thielen und Brefeld sehen die* Gefahr *der Krankheitseinschleppung durch Geflügel als* sehr übertrieben *an; die* Agrarier *möchten nur* Prohibitivmaßregeln. *Zunächst soll eine lokale* veterinärpolizeiliche Untersuchung *stattfinden, die generelle* Quarantäne *erst* 1898. [B] — **4.** *Bergrecht*. *Brefeld möchte das* Recht der bergpolizeilichen Beaufsichtigung *in den elf* Privatregalbezirken[5] *im Verhandlungswege aufheben, bei Nichteinigung im* Weg der Gesetzgebung, *da die* finanziellen Interessen des Regalherren *v. a. bei* Unglücksfällen *oft* unerquickliche Differenzen *mit den staatlichen* Bergpolizeibehörden *verursachen. Die meist standesherrlichen* Regalherren *würden bei* Aufhebung der privaten Bergpolizei *sogar* Kosten *sparen.* [B] — **5.** *Beamtenvereine.*[6] *Sie sind wie bisher* zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, *v. a. als* Konsumvereine, *durchaus* erwünscht. Druck *auf die* vorgesetzten Behörden *und Parlamente ist aber untragbar,* agitatorische Tätigkeit in regierungsfeindlichen Vereinen *zu bestrafen. In* dieser Zeit des Parlamentarismus *sind* die Zügel schärfer anzuziehen, *und es soll Material für* allgemeine Grundsätze *gesammelt werden* [B]. — *Pressepolitik. Posadowsky wird die* Oldenberg'sche Korrespondenz *auffordern, die* Reden der Freunde der Regierung ausführlicher wiederzugeben; *ein Entzug der* Subvention *wäre zu hart.* — **6.** *Stellungnahme zur* Resolution[7] des Herrenhauses, *die bemängelt, daß die* Aufbesserung der Beamtenbesoldungen *als* Teil des Etats *dem* Haus *nur die Wahl zwischen unveränderter Annahme oder Ablehnung des* ganzen *Etat lasse. Nach bisheriger Übung und* Verfassung *können* nicht einzelne Teile aus dem Etat künstlich ausgesondert werden, blos damit das Herrenhaus *sie* verwerfen *kann.* [B] — **7.** *Grundsätze der Verleihung von* Kronen Orden II. Kl. mit Stern *bzw.* des Stern zum Roten Adler Orden II. Kl. *an* Räte 1. Klasse *in nicht leitender Stellung.* [B] — **8.–9.** *Drei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **10.** *Titelverleihung* [B]. — *Ordenssache. Eine für den Rennstallbesitzer E. Frh. v.* Oppenheim in Köln *angeregte Auszeichnung wird abgelehnt, da das* übereinstimmende Votum der Provinzialbehörden *ihn* einen wenig beliebten Mann *nennt* [B]. — **11.** *Zwei Ordenssachen. Wilhelm II. hat den* Äbten *von* Beuron *und* Maria Laach *hohe* Orden *verliehen.* [B] — **12.** *Titelverleihung* [B]. — *Ernennung*. [B]

---

[2] *Miquel war als Nachfolger Boettichers seit 1.7.1897 Vizepräsident des Staatsministeriums; vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 512–518; Hutten-Czapski, 60 Jahre, Bd. 1, S. 323–327 u. Wippermann, 1897, II, S. 1–23 (Pressestimmen zu den div. Personalveränderungen).*

[3] *Posadowsky amtierte seit 1.7.1897 als StS des RAdI, Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatsminister ohne Geschäftsbereich.*

[4] *Vgl. Sitzung am 28.4.1897, TOP 3. Der Besuch Wilhelms II. in Rußland fand von 7.–11.8.1897 statt.*

[5] *Vgl. Brassert, Heinrich/Gottschalk, Hans (Bearb.), Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten mit Kommentar, 2. Aufl., Bonn 1914, S. 960 f.*

[6] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 3142, Bl. 4 ff. (Voten u. Sitzungen 1897/98) und Rejeweski, Pflicht zur politischen Treue, S. 110 f. sowie Saul, Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft, S. 326 ff. Umfangreiches Aktenmaterial in Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Bd. 4 (1894–99) und Adhib. II (1897–1902).*

[7] *StenBerHH, Session 1896/97, 25.5.1897, S. 313–322.*

Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juli 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 9] und Korrekturen, Bd. 130, Bl. 124–159; MF 771/772.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], v. d. Recke [U], Brefeld, Posadowsky [U]. — Prot.: Humbert [U], P. Rheinbaben [zu 5].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse, U], Sterneberg [für E. Hammerstein, U], v. Viebahn [für H. Goßler, U], Aschenborn, Reichardt, Johannes [alle zu 4], v. Kurowsky, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 9].

1. *Thielen ist verhindert.* — **2.** *Der* Antrag[2] des Bundes der Landwirte *an Hohenlohe, die* Einfuhr von Getreide für *sechs Monate* zu verbieten, *ist* mit den Handelsverträgen nicht vereinbar, *und* alle großen Parteien *samt* Presse *lehnen ihn ab. Dies ist im* Reichsanzeiger *zu publizieren.* [B] — **3.** *Vereinsgesetz-Novelle im AH. Recke erwägt eine* Befristung, *um die* Annahme *der Novelle chancenreicher zu machen und wird dies vertraulich bei* Graf Limburg-Stirum *anregen. Eine* Auflösung *des AH bei* Ablehnung *der Novelle, wie von Wilhelm II. erwogen,* würde politisch sehr nachteilig sein. [B] — **4.** Reklamation *der* Schweiz *betr.* Zollermäßigung *für einige Arten von Tüchern.*[3] *Es handelt sich nur um* 23 000 M., *aber ein* wichtiges Prinzip, *nämlich die Änderung des* amtlichen Warenverzeichnisses *auf* Verlangen. Dilatorische Behandlung, *da dies* nur der Bundesrat entscheiden *kann.* [B] — **5.** *Ansiedlungspolitik.*[4] Verstärkung des Ansiedlungsfonds *um* weitere 100 *Mio. M. wird gebilligt; dessen* Ausdehnung auf die Kolonisation der östlichen Provinzen überhaupt *aber abgelehnt. Weitere Bestimmungen zum Ankauf* von Gütern aus deutscher Hand, Ansiedlung *von* zivilversorgungsberechtigten Militärs *sowie zur* Unterstützung des deutschen Gewerbe- und Kaufmannstandes, *bes. in Städten*. [B] — **6.** *Die* Annahme-Erlaubnis *bei* fremdherrlichen Ordens- und Titelverleihungen *bearbeitet das Innenministerium, aber bei Beamten a. D. wird der frühere* Ressortchef *informiert.* [B] — **7.** Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens *an* Nichtbeamte. *Das bisher notwendige fünfzigjährige* Arbeitsverhältnis *für* Werkmeister, Vorarbeiter *etc. wird* auf etwa 30 Jahre *verkürzt, damit sie als Vorbild wirken können.* Gegenüber den Sozialdemokraten *ist* es von politischem Wert, Stufen in die Arbeitermassen zu bringen und Klassen zu schaffen. *Auch die Ressorts sollen* Dekorierungen der Unterbeamten etwas larger *vornehmen, da* Orden oder Titel an richtiger Stelle [....] viel erreichen *können.* [B] — **8.** Vereinigung der beiden Finanzabteilungen in der Eisenbahnverwaltung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten *wird gebilligt.* [B] — **9.** *Vier Disziplinarsachen.* [B] — **10.** *Drei Ordenssachen* [B]. Ernennung [B]. *Mitteilung, daß* Oberpräsident von Bennigsen *zum 31.12.1897 seinen Abschied erbeten hat.*

---

1 *Gelesen: Hohenlohe [U].*
2 *Vgl. Wippermann, 1897, II, S. 63 (BdL-Eingabe v. 13.7.1897) u. S. 65 (Reichsanzeiger v. 22.7.1897).*
3 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115385, n. f. (Voten v. Juli 1897).*
4 *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 185 ff. (Voten; Grundsätze der Ankaufspolitik).*

Nr. 297 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 29. Juli 1897.

Vollz. Reinschr mit Korrekturen, Bd. 130, Bl. 162–174v; MF 772.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], Thielen [U], v. d. Recke, H. Goßler [U], Posadowsky [U]. — Prot.: Humbert [U].*

1. *Vereinsgesetz-Novelle und mögliche* Auflösung *des Landtags. Miquel wird bei der befohlenen Beratung mit Wilhelm II. in* Kiel *davon abraten, da die* einzige Möglichkeit für eine gute Zusammensetzung *von* Reichstag und Landtag *seine in* Solingen[2] *skizzierte* Linie *der* Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen *unter Vermeidung heftiger politischer* Debatten *ist.* Zu einer Konfliktspolitik *ist* z. Zt. kein Anlaß. *Recke zufolge muß man sich* den gut komponierten Landtag möglichst lange erhalten *gegen einen renitenten RT.* [B] — **2.** *Einsetzung eines Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen.*[3] *Hier sollen unter* Leitung der Regierung *die* Landwirtschaft, Industrie und Handel *eine* Verständigung *erreichen, speziell mit* Zustimmung der Industriellen die Getreidezölle um die Hälfte, allenfalls bis auf das Doppelte *erhöht werden. Lt.* Posadowsky *wird im* Reichsschatzamt *bereits die* Aufstellung eines Schemas zu einem neuen autonomen Tarif *vorbereitet. Thielen hält das für eine* glückliche Lösung. — **3.** *Bei einer Landtagsauflösung wäre lt. Posadowsky neben dem* Kampfe gegen den Umsturz *eine Marinevorlage* in den Vordergrund *zu stellen, zumal* die größten Marinefreunde *speziell* bei den Nationalliberalen *sitzen; er empfiehlt* ein vorsichtiges Verhandeln mit dem Zentrum, *das den* Forderungen [...] gar nicht so abgeneigt sein dürfte.[4] *Miquel fürchtet einen* Konflikt *mit dem RT, sofern die* Militärstrafprozeßordnung *nicht zustande kommt und will den Flottengesetz-Plan von* Tirpitz *durch eine zehnjährige* Anleihe *für Marinezwecke im* Etat *verankern.* Posadowsky *hält eine Festlegung von* 500 *Mio. M.* auf 10 Jahre *für wenig aussichtsreich im RT, will die Strategie bei der Marinevorlage aber* Tirpitz *überlassen.*

---

1 *Gelesen: Hohenlohe [U].*

2 *In seiner Solinger Rede vom 15.7.1897 machte Miquel sein Konzept der Sammlungspolitik von Industrie und Landwirtschaft publik; Text in: Schultheß 1897, S. 112 f. Andeutung schon in StenBerAH 24.7.1897, S. 3368 f. (Beruhigung auf einer Mittellinie). Zum Kontext vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 519–525.*

3 *Vgl. Stegmann, Dirk, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970, S. 66–73 (S. 70 zur Sitzung v. 29.7.1897); Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 224 f.; Kaulisch, Baldur, Die Bildung des „Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen" im Jahre 1897, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. III, S. 115–142, hier S. 128.*

4 *Vgl. Berghahn, Tirpitz-Plan, bes. S. 106 ff. und Sitzung am 6.10.1897, TOP 1.*

Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 2. August 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 130, Bl. 176–194; MF 772.

Anwesend [U]: Miquel [V], Thielen, v. d. Recke, Posadowsky. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse, U], Sterneberg [für E. Hammerstein, U], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt, U], v. Viebahn [für H. Goßler, U], v. Wendt [für Brefeld, U].

1. Überschwemmungen, *bes. in* Schlesien.[1] *Thielen und Recke lassen zwar schon die* Schäden *ermitteln, aber Miquel empfiehlt,* wegen des Eindrucks auf die Bevölkerung *doch* nicht zu lange *mit persönlichen Inspektionsreisen* zu warten. [B] — **2.** *Grundsätze der Verleihung des* Kronen-Ordens IV. Klasse *an* Subalternbeamte II. Klasse. *Der Wunsch Hammersteins, den erst kürzlich rangerhöhten* Förstern *nun diesen* Orden *anstelle des* Allgemeinen Ehrenzeichens *zu* verleihen *wird abgelehnt, da dadurch der* Wert *beider Auszeichnungen* herabgesetzt *und Unzufriedenheit bei anderen Beamtenkategorien entstehen würde.* [B] — **3.** *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der* Kaisermanöver *in der* Rheinprovinz, Hessen-Nassau *und* Bayern. *Revision in 44 Fällen und Bestätigung der Grundsätze für diverse Ordens- bzw. Titelkategorien* [B]. — *Berufung eines neuen Mitglieds in da*s Herrenhaus [B]. — **4.** *Drei Ordenssachen* anläßlich der Enthüllung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals in Magdeburg. [B]

[1] *Vgl. Schultheß, 1897, S. 116 (Überschwemmungen mit über 100 Toten) und Sitzung am 19.8.1897, TOP 3 mit Anm.*

Nr. 299 Sitzung des Staatsministeriums am 19. August 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 4] und Korrekturen, Bd. 130, Bl. 197–222v, 224–228, Anlage: Bl. 223–223v; MF 772/773.

Anwesend[1]*: Thielen [V, U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke, H. Goßler [U]. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Grandke [für Miquel, U], v. Weyrauch [für Bosse, U], Frh. v. Rotenhan [für Hohenlohe, U], A. Schultz, v. Münstermann [beide zu 2–3], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 4].

1. Quarantäne *bei Einfuhr von* Geflügel *aus* Rußland. *Hammerstein hat eine diesbezügliche, aufgrund eines Mißverständnisses publizierte* Verfügung[2] *des Königsberger* Regierungspräsidiums *weitgehend widerrufen, fürchtet aber deswegen Angriffe der* Agrarpartei *und Ansehensverlust.* Rotenhan *verlangt Aufhebung aller Diskriminierung gegen* Rußland, *um* Mißklang *zu vermeiden. Recke zufolge hat es* Einschleppung der Geflügelcholera *jahrelang gar nicht gegeben. Hammerstein soll eine neue* Verordnung *nur mit veterinärpolizeilichen Maßnahmen gem. Viehseuchengesetz ausarbeiten.* [B] — **2.** *Nach den* Überschwemmungen *soll eine Ministerialkommission bald auch geschädigte* Kreise *in* Brandenburg *bereisen.* [B] — **3.** Maßnahmen *nach der* Bereisung des schlesischen Überschwemmungsgebiets.[3] *Da die* Sammelgelder *kaum ausreichen, werden lt.* Oberpräsident *Hatzfeldt ca.* 2 *Mio. M. Staatshilfe nötig, dringend* ½ Million.[4] *Ein* Notstandsgesetz *ist zu* vermeiden, da im Landtage *gewöhnlich* die geforderte Summe überboten *wird. Debatte zur finanztechnischen Aufbringung der Summe und zur Vergabe durch den* Oberpräsidenten *an* Kreise und Gemeinden, *während* Private in erster Linie auf Privatsammlungen angewiesen sein sollten. *Frage der* Regulierung *schlesischer* Gebirgsflüsse. [B] — **4.** *Fünf Disziplinarsachen.* [B] — **5.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **6.** *Die Ernennung des neuen StS des RSA, Frh. v.* Thielmann, *zum* preußischen *Bundesratsbevollmächtigten erfolgte aus* Zeitmangel *ohne* vorgängige Anhörung des Staatsministeriums.

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Vgl. Staatsanzeiger v. 18.8.1897.*
[3] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1204, Bl. 62–67v (Bericht Hatzfeldts v. 7.8.1897) u. Bl. 111 ff. (Immediatbericht). In der Akte auch Pressestimmen u. der Entwurf einer Erklärung im Staatsanzeiger gegen Vorwürfe der Untätigkeit.*
[4] *Dazu als Anlage (Bl. 223–223v) ein zustimmendes Schreiben Miquels.*

Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums am 16. September 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 7–8] und Korrekturen, Bd. 130, Bl. 233–263; MF 773/774.

Anwesend [U][1]: Miquel [V], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, Posadowsky. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1–5, U], v. Podbielski[2], Frh. v. Thielmann[3] [beide zu 1–6, U], Braunbehrens [für v. d. Recke], K. v. Bülow [für H. Goßler, U], Wedow, Enke [beide zu 7], Frh. v. Broich [zu 8].

1. *Für die finanziell angeschlagene Norddeutsche Allgemeine Zeitung kann kaum* mehr als bisher geschehen, *da zusätzliche* Inserate *des Justizressorts in diesem* Blatt *von den interessierten* Kreisen *nicht gelesen würden.*[4] — **2.** Überschwemmung in Schlesien. *Vorwürfe der Presse, daß die* Regierung *nicht genügend tue, erfolgen teils* aus wahltaktischen Gründen *und sind zurückzuweisen. Miquel will allerdings nicht* erst umfassende Zusammenstellungen *der Schäden* abwarten, *sondern auch* in engere Verbindung mit den *privaten* Komités *treten. Beamte sollen aber nur* aus staatlichen Fonds *unterstützt werden.* [B] — **3.** *Strafrecht. Die* Grundzüge[5] *zum* Gesetz *betr.* Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen *sollen noch in der Reichstagssession 1897/98 als* Gesetzentwurf [...] vorgelegt werden. [B] — **4.** *Ein* Gesetzentwurf[6] *betr. die* Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit *soll* dem Bunderat vorgelegt *werden.* [B] — **5.** *Die* Novelle[7] zur Zivilprozeßordnung *darf* ohne vorherige Prüfung durch das Staatsministerium an den Bundesrat gebracht werden, *da im* Bundesrat *noch* Zeit *für* etwaige preuß. Wünsche *ist.* [B] — **6.** *Die* Aufhebung *der* Kautionspflicht *für* Beamte *ist lt. Miquel bei deren* Rechtschaffenheit *und dem* geordneten Kassenwesen *gefahrlos möglich. Auf Drängen Schönstedts soll sie* jedoch *für* Beamte, *deren* Dienste Privatpersonen *gesetzlich* in Anspruch zu nehmen genötigt sind, *v. a.* Gerichtsvollzieher, einstweilen bestehen bleiben. [B] — **7.–8.** *Vier Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **9.** Unfallversicherung der Gefangenen.[8] *Eine Ministermehrheit optiert gegen Schönstedt für* Vertagung, *aber* Posadowsky *darf die* Frage *im Rahmen einer Novelle zum* Unfallversicherungsgesetz *aufgreifen*. [B] — **10.** *Ein Erlaß*[9] *Wilhelms II. betr.* Übertragung von Strafniederschlagungs- und Strafmilderungsbefugnissen *in Zoll- und Steuersachen an den Finanzminister wird gebilligt*. [B] — **11.** Benutzung von Kleinbahnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten. *Da strittig ist, ob dies auch* Beamte *verpflichtet, die* erster oder zweiter Klasse zu fahren *berechtigt sind, sollen* kommisarische Beratungen *erfolgen.* [B] — **12.** *Das Grundstück Wilhelmstr.* 64 *soll für einen* Erweiterungsbau für das Justizministerium *und einen* Neubau für das Geheime Zivilkabinett *verwandt werden.*[10] *Den Vorschlag, ein* Dienstgebäude für das Staatsministerium *im* Garten des

---

1 *Gelesen: Hohenlohe [U].*
2 *Amtierte seit 1.7.1897 als StS des Reichspostamts. Zu den Querelen um seine Berufung durch Wilhelm II. vgl. Rep. 89, Nr. 29852, Bl. 155 ff. (Protestmemorandum und Rücktritt des UStS Fischer) sowie Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 218 f.*
3 *Amtierte seit 1.7.1897 als StS des Reichsschatzamtes; vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 218 f.*
4 *Vgl. allg. Mendelssohn, Peter de, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, 2. Aufl., Frankfurt u. a. 1982, S. 269–275 (Finanzprobleme der Norddeutschen Allg. Ztg. bis 1916/17).*
5 *Vgl. Sitzung am 8.12.1893, TOP 1 mit Anm. u. StenBerRT, Session 1897/98, Drucks. Nr. 22; Debatte dazu 3.12.1897, S. 24–39.*
6 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 103 u. StenBerRT, Session 1897/98, 3.12.1897, S. 14–24. Vgl. allg. Schubert, Werner (Hrsg.), Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und Nebengesetze, Bd. 2, S. 1640 ff.*
7 *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 119; Beschluß Sitzung am 9.12.1897, § 724.*
8 *Vgl. Sitzung am 24.3.1897, TOP 2 mit Anm.*
9 *Vgl. GS, S. 402 (Erlaß v. 26.9.1897).*
10 *Vgl. Wilderotter, Alltag der Macht, S. 99 f. u. 259 f.*

Reichsamts des Innern *zu* errichten, *hält Hohenlohe wegen einer Ordre Wilhelms I. von* 1871, *die die Bebauung dieser Ministergärten untersagte, für schlecht. Brefeld dringt auf* Herstellung einer Dienstwohnung für den Handelsminister; *diese Frage bleibt einstweilen offen.* [B] — **13.** *Fideikommisse. Die diesbezügliche* Denkschrift[11] *Hammersteins soll zu einem* Gesetz ausgearbeitet *werden, allerdings nicht im* Justizministerium, *da dort die* Arbeitskräfte *durch die* Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch *in* Anspruch genommen *sind.* [B] — **14.** *Polenpolitik. Nachdem mehrere* Ressorts *bei Miquel* zur Förderung des Deutschtums *Subventionen gewünscht haben, soll ein* Fonds von etwa 200 000 M. *durch die* Oberpräsidenten von Posen, Westpreußen und Schlesien *verteilt werden; vertagt.* — **15.** *Bei der* Ausarbeitung der Motive *zum Gesetzentwurf betr. Erhöhung des Ansiedlungsfonds um* 100 *Mio. M. soll der Präsident der* Ansiedlungskommission *Wittenburg mitwirken.* [B] — **16.** *Drei Ordenssachen.* [B]

[11] *Rep. 87, B Nr. 3439, n. f. (Druck, 33 Seiten). In dieser Akte auch Vorentwürfe. Vgl. auch BArch, RAdI, Nr. 115513 (1897–1906).*

Nr. 301 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 130, Bl. 266–286, Anlage: Bl. 287–287v; MF 774.

Anwesend [U][1]: Miquel [V], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1–4, U], Braunbehrens [für v. d. Recke, U], v. Münstermann, Holle [beide zu 2].

1. *Thronfolge in Lippe-Detmold. Wilhelm II. verweigert* Grafregent Ernst *den* Titel „Erlaucht“.[2] *Nun ist* staatsrechtlich *zweifelhaft, ob die bevorstehende* Bekanntmachung *im* Reichsanzeiger *über die* Ernennung eines *lippischen Bundesratsbevollmächtigten ohne diesen* Titel *erfolgen darf. Ausweg wäre eine andere Formulierung der* Bekanntmachung, *aber das ist* Sache des Reichskanzlers. — **2.** *Staatshilfe nach den Überschwemmungen.* Oberpräsident *Hatzfeldt hat* 500 000 M. *zur* Verteilung durch den Provinzial-Ausschuß *erbeten. Die Summe wird bewilligt, jedoch sollen die* Staatsgelder nicht einer Korporation zu arbiträrer Verwendung *gegeben, sondern durch den* Oberpräsidenten *als* Wohltaten *des* Staates *verteilt werden. Da* Darlehen *lt. Miquel* fast nie zurückgezahlt *werden, sind eher* Zuschüsse *zu bevorzugen. Auch für* Brandenburg *sind* 500 000 M. *anzuweisen.* [B] — **3.** *Maßnahmen in der Polenpolitik.*[3] *Die* „Kriegsfonds“ *für die drei* Oberpräsidenten *zur* Befestigung des Deutschtums *werden bewilligt; die Volksschullehrer sind* möglichst unabhängig von den Geistlichen zu machen*; Miquel erwägt* Zulagen an Offiziere und Militärbeamte, die in der Provinz Posen bleiben sollten; Beamte polnischer Abkunft, *bes.* Richter und Assessoren, *sind* nicht in den polnischen Landesteilen anzustellen, *wobei Ausnahmen* für mittlere und untere Beamte *erlaubt bleiben.*[4] *Abwehr der zahlreichen* Polen *in der Landwirtschaft, in* Westfalen, *in der Armee und in der Reichspost.* [B] — **4.** *Geplanter Gesetzentwurf betr.* Sicherung *der Forderungen der*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Mit Schreiben v. 21.8.1897 hatte Hohenlohe die Benutzung dieses Prädikats gebilligt und einen Immediatbericht veranlaßt; vgl. BArch, RAdI, Nr. 115302, Bl. 14–18.*
[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 871 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 2 ff. (Oberpräsidenten-Berichte, Voten u. Schriftwechsel ab Nov. 1896) und Blanke, Prussian Poland, S. 199 f.*
[4] *Dazu als Anlage (Bl. 287–287v) eine Richtlinie Minr. Thielens betr. Anstellung polnischsprachiger Beamter.*

Bauhandwerker.[5] *Einige Hauptfragen werden geklärt* [B]. — *Ein Gesetzentwurf betr.* Abänderung der Gewerbeordnung *wird* gänzlich abgelehnt [B]. — **5.** *Die Antwort*[6] *an die* Oberrechnungskammer *betr.* die bei den Justizbehörden als Kanzleigehilfen beschäftigten Zivilpensionäre *wird im* Justizministerium *entworfen.* [B] — **6.** *Titelverleihung. Ordenssache. Vier Ernennungen.* [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.** *Über die heutige Bewilligung der Gelder für die Opfer der* Überwemmungen *soll zwecks* Abwehr *der* wiederholten Angriffe *eine* Notiz *in die Presse* gebracht werden. [B] — **9.** *Ordenssache. Oberrechnungskammerpräsident v.* Wolff *erhält die* Brillianten zum Kronen-Orden I. *Kl. und ein* Glückwunschschreiben. [B]

[5] *Vgl. Rep. 77, Tit. 307 Nr. 92 Bd. 2 (ab 30.7.1896, u. a. Denkschrift betr. mögliche Maßregeln und Entwurf eines Reichsgesetzes v. Okt. 1896) und Sitzung am 2.4.1896, TOP 5 mit Anm.*

[6] *Dazu konnte nichts ermittelt werden. Die Oberrechnungskammer dürfte Gehalts- u. Pensionsfragen moniert haben.*

Nr. 302 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 12] und Korrekturen, Bd. 131, Bl. 4–39; MF 775.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V, U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U], Brefeld [U], H. Goßler [U], Posadowsky [U]. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], v. Knebel-Doeberitz, Stöckel, Frh. v. Broich [alle zu 12].

1. Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. *Die von Bundesstaaten und Ressortministern befürwortete Ablehnung der* Resolution[2] *des RT im* Bundesrat *wird gebilligt, zumal man* nur der Opposition verwertbares Material für die Wahlen *böte.* [B] — **2.** *Polenpolitik. Die drei betroffenen* Oberpräsidenten *haben* Mitteilung *über den geplanten* Dispositionsfonds *erhalten.* — **3.** *Staatshilfe bei* Überschwemmungen. *Wilhelm II. möchte seine* Ordre[3] *vom* 19. August *publiziert sehen. Dabei muß der* Anschein, *daß die* Staatsregierung *bei ihren Maßnahmen* nur einem Allerhöchsten Drucke gefolgt *ist, vermieden werden; zudem bleibt die angeregte* Anlegung von Sammelbecken *schwierig.* [B] — **4.** Novelle[4] zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze *im RT. Der* Ausgleich der verschiedenen Belastung der einzelnen Versicherungsanstalten *ist sehr strittig, so daß die Novelle unerledigt bleibt. Eine Neuvorlage 1898 ist ungewiß, aber Posadowsky wird die* Streitgegenstände *dem* Staatsministerium *darlegen.* [B] — **5.** *Grundsätze*[5] *der* Gewerbeordnung *bezüglich des Wandergewerbes* im Bundesrat. *Bezüglich* Mitführung von Kindern *durch die* Wandergewerbetreibenden *und die* Benachrichtigungspflicht *bei eventuellen Bestrafungen ist eine* Neuredaktion *vorzunehmen. Nach diesen Detailänderungen wird Preußen zustimmen.* [B] — **6.** Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht *auf rd.* 6000 *Staatsbedienstete*.[6] *Unberücksichtigt bleiben* vorübergehend *Beschäftigte und* Personen *in* Privatdiensten *von* Beamten. *Diskutiert wird, ob* Beamten *das* Gehalt auf 13 Wochen fortzuzahlen *ist und ob* Betriebskrankenkassen *oder* eine gemeinsame Krankenkasse *für* größere Bezirke *einzurichten sind, denn* Ortskrankenkassen *stehen* häufig unter sozialde-

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 440d (dort S. 2119); Debatte dazu 11.12.1896, S. 3830–3846.*

[3] *Vgl. Sitzung am 19.8.1897, TOP 3 mit Anm.*

[4] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 696; Debatte dazu 28.4.–30.4.1897, S. 5625–5700. Die Unfallversicherungs-Novelle ebd., Drucks. Nr. 570; Debatte dazu 23.1–26.1.1897, S. 4256–4334. Vgl. Rep. 90, Nr. 1269, n. f. (Voten 1897/98, Denkschrift Posadowskys v. 24.4.1898 als Vorlage zur Sitzung am 17.6.1898, TOP 7).*

[5] *Rep. 84a, Nr. 11346, Bl. 46–48; ebd., Bl. 53 ff. Votenwechsel. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 105; Beschluß dazu Sitzung am 9.12.1897, § 723.*

[6] *Vgl. Rep. 77, Tit. 923 Nr. 2 Beiakte 2, n. f. (Voten).*

mokratischem Einflusse. *Weitere kommissarische Beratung.* [B] — **7.** *Eine* Zusammenstellung der Beschlüsse *zur Polenpolitik soll den Ober-* und Regierungspräsidenten *unter größter Geheimhaltung zugehen. Die* Maßregeln *sollen* ohne Rücksichten in der Flottenfrage *bzw. auf das Zentrum durchgeführt werden.* [B] — **8.** *Ernennung. Ordenssache.* [B] — **9.** *Zwei Titelverleihungen. Der* Grundsatz der nur einmaligen Charakterisierung höherer Beamter *wird am Beispiel zweier* Generalkommissionspräsidenten *und ähnlicher Fälle erörtert. Der Vorschlag, daß als* Ministerialräte bereits Räte II. Klasse *gewesene* Räte III. Klasse *den Titel als Rat* I. *Kl. erhalten können wird abgelehnt, da Beamte, die* aus der angestrengten Ministerialtätigkeit zu einem viel angenehmeren Leben, *z. B. als* Provinzialsteuerdirektoren *übergehen,* ohne weitere Rangerhöhung zufrieden sein *sollten und sonst* Verschiebungen zwischen Beamten derselben Kategorie *eintreten.* [B] — **10.** *Titelverleihung für einen Subalternbeamten.* [B] — **11.** *Am fünfzigjährigen Jubiläum der Fa.* Siemens *nehmen drei Minister teil.* [B] — **12.** *Disziplinar- bzw. Pensionssache.* [B]

Nr. 303 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 131, Bl. 43–96; MF 775–777.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U], Posadowsky [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1–3, U], Tirpitz [U], Frh. v. Thielmann [U], B. v. Bülow, Capelle [alle zu 1].

1. *Flottenvorlage.*[1] Tirpitz *erklärt die* gesetzliche Fundierung der Marine überhaupt, speziell des Sollbestandes der Schiffe, *zum Kernpunkt; die jährlichen Kosten von* 120 *bis* 150 *Mio. M. machen* keine neuen Steuern erforderlich, *und* eine Beeinträchtigung des Budgetrechts des Reichstags *liegt nur vor, wenn man die* Marine *als* bequemes Pressionsmittel *für andere Fragen benutzen will.* Posadowsky *zufolge werden MdR deduzieren, daß eine zahlenmäßig festgelegte* Schlachtflotte *die Bewilligung dauernd steigender* Summen *bedingt; zur Mehrheitsfindung muß zudem dem* Zentrum *eine* Konzession *beim Jesuitengesetz gemacht werden. Detaillierte Debatte, u. a. über die* volle Freiheit *des RT bei der Verteilung der* Neubauten *auf die* Jahre *bis* 1904/05. *Miquel glaubt, daß die* herrschenden *Parteien* Freisinnige und Zentrum *an der* vollen Souveränität *des RT festhalten, aber erachtet* Verständigung *für möglich. Goßler glaubt, daß für das* Schicksal der Vorlage *im RT die* Militärstrafgerichtsordnung wichtiger als das Jesuitengesetz *ist. Recke möchte weniger die* Schlachtflotte *als die Bedeutung der* Schiffe *für die überseeischen* Interessen *betonen. Tirpitz verteidigt seine Fassung. Da die* Presse *den Entwurf* zerpflücken *und die* Reichstagsabgeordneten vorher festgenagelt würden, *soll er* geheim *dem* Bundesrat *zugehen.* [B] — **2.** Aufhebung des Jesuitengesetzes *gemäß den Initiativgesetzentwürfen*[2] *des RT dazu. Hohenlohe und* Posadowsky *wollen*

[1] *Rep. 90a, Y II 2b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 325–336v; ebd., Bl. 345–365v die aufgrund der Sitzung geänderte Version. Teildruck bei: Berghahn, Volker R./Deist, Wilhelm, Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914, Düsseldorf 1988, S. 136–146. Vgl. Berghahn, Tirpitz-Plan, S. 111–126; Petter, Wolfgang, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz, in: Deutsche Militärgeschichte 1648–1939, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 5, München 1983, S. 175 ff.; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 696–698 u. 700 (Bericht Jagemanns); Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 546 ff., bes. S. 549–551. Interpretation bei: Eley, Geoff, Sammlungspolitik, Sozialimperialismus und das Flottengesetz von 1898 [zuerst engl. 1974], in: Ders., Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland, Münster 1991, S. 99–143 (S. 106 u. 111 Bezug auf diese Sitzung).*

[2] *StenBerRT, Session 1895/97, Drucks. Nr. 688 u. 736; Debatte dazu 2./3.4.1897, S. 5473–5509. Vgl. Rep. 84a, Nr. 10888, Bl. 130 ff. (div. Schriftwechsel). Vgl. auch Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 704 f. (Bericht Jagemanns) und Häger, Klöster, S. 392 f.*

Aufhebung des § 2 dieses Gesetzes *und somit das sachlich unnötige* Residium einer alten Kampfgesetzgebung *beseitigen, zumal alle* Parteien *dafür sind. Lt. Schönstedt fehlt ohne* § 2 *das Recht,* ausländische Jesuiten *auszuweisen und* inländischen *den* Aufenthalt an bestimmten Orten *zu verbieten. Schönstedt zufolge stehen* die Jesuiten an Staatsgefährlichkeit hinter den Sozialdemokraten nicht zurück. 7 gegen 3 Stimmen *votieren für* Aufhebung des § 2, *aber vor der Beratung des* Bundesrats *muß Wilhelm II. entscheiden, damit er nicht* in die unangenehmste Lage *kommt.* [B] — **3.** *Duelle. Die Ordre*[3] *Wilhelms II. v. 1.1.1897 soll zur* Verringerung der Zahl der Duelle *im Militär führen.* Gesetzgeberischen Versuchen *bei Zivilisten mißt Schönstedt wenig* Erfolg *zu, eher einer Weisung an die* Staatsanwälte, *in* Duellsachen *streng zu verfahren. Miquel* würde *eine* Verschärfung der Duellstrafen *nur* dann billigen, wenn *zugleich Strafverschärfung* für Beleidigungen zu erreichen wäre *und nicht mehr gerichtlich* die ganze Vergangenheit des Beleidigten durchforscht *wird. Eine Weisung Schönstedts soll genügen.* [B] — **4.** *Die* Ressortzugehörigkeit der Lokalbaubeamten *soll von der* Kommission *zur Vorbereitung eines* Wassergesetzes *mitberaten werden.* [B] — **5.** Tagegelder *für* kommissarisch außerhalb ihres Wohnorts *beschäftigte Beamte; wegen Einwänden von Bosse und Brefeld vertagt.* [B] — **6.** *Wilhelm II. wünscht, daß die* 1889 *geänderte Darstellung der* Königskrone *auch in der* Staatsverwaltung *verwendet wird; eine abändernde Ordre wird wunschgemäß vorbereitet.*[4] [B] — **7.** *Zwei Ernennungen. Titelverleihung und Ordenssache. Wilhelm II. hat erlaubt, daß* Boetticher *der* Nachfolger *des zu pensionierenden* Oberpräsidenten *v.* Pommer Esche *wird.*[5] *R. v.* Bennigsen *soll zum erbetenen Abschied das* Großkreuz *des* Roten Adler *Ordens erhalten,* weniger um seiner Verwaltung in Hannover willen als wegen seiner Verdienste [...] um die Einigung Deutschlands. *Sein Nachfolger soll K.* Graf Stolberg *werden.* [B] — **8.** *Staatshilfe bei* Überschwemmungen. *Die* Publikation *der* Ordre *Wilhelms II. unterbleibt, damit erst* die Presse sich beruhigt.[6] [B] — **9.** *Polenpolitik. Zwei Einzelfragen der* „Zusammenstellung“[7] *der* Beschlüsse, *v. a., ob eine* Zurückweisung en masse *der* russisch-polnischen Arbeiter *nicht dem* Interesse der Landwirtschaft *schadet.* [B]

[3] *Rep. 77, Tit. 114 Nr. 223 Bd. 1, Bl. 176 (Ordre v. 1.1.1897 gedr. in der „Post“ v. 6.1.1897). Ebd., Bl. 186 f. die Verfügung Schönstedts v. 16.11.1897 betr. die strafrechtliche Behandlung der Duellvergehen und Beleidigungen (= JMinBl. 1897, S. 285 f.).*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1945, n. f. (Immediatbericht v. 1.11.1897); Sitzung am 23.12.1888, TOP 5 mit Anm. Die Ordre v. 8.12.1897 gedr. in: GS 1898, S. 2 f.*

[5] *Rep. 77, Tit. 4045 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 190 ff. (v. a. Streit um Pensionshöhe Pommer Esches). Vgl. Hutten-Czapski, 60 Jahre, Bd. 1, S. 332 (Miquel besteht gegen Recke auf Oberpräsidium für Boetticher) und Vierhaus (Hrsg.), Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, S. 360 (Verärgerung Pommer Esches).*

[6] *Im Abgeordnetenhaus wurde ausweislich StenBerAH, 9./10.2.1898, S. 469–531 nichts verlesen.*

[7] *Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 162–201; auch in Rep. 120, CB I Nr. 120 Bd. 2, Bl. 269 ff. Zur Landarbeiter-Zurückweisung vgl. Nichtweiss, Saisonarbeiter, S. 53.*

Nr. 304 Sitzung des Kronrats im Neuen Palais zu Potsdam am 14. Oktober 1897.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 144–183; MF KR 32/33.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Miquel, Thielen, Bosse, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: B. v. Bülow.

1. *Eisenbahnen. Wilhelm II. möchte wissen, ob zu große* Sparsamkeit *oder technische Defekte zur neuerdings großen* Zahl der Unfälle *geführt haben. Thielen sieht den Grund v. a. in der* außerordentlichen Verkehrssteigerung, *was zu Problemen bei Zuglänge und* Überholung *führt; auch wirbt die* Industrie *ausgebildete Bahnbeamte ab; bei* Sicherheit, *neuen* Wagen *und vergrößerten*

Bahnhöfen *und Gleisen wird nicht gespart. Technische Neuerungen wie Notbremse helfen. Eine* Untersuchungskommission[1] *arbeitet bereits.* — **2.** *Polenpolitik. Das* Streben nach einem Groß-Polen *ist Miquel zufolge* gewachsen *durch die* Verhältnisse *in* Österreich-Ungarn, *ein* chauvinistisches Bürgertum *in den Städten und die Identifikation der* katholischen Kirche *mit den* polnischen Interessen*. Probleme sind der steigende* Bedarf der Landwirtschaft *an billigen* Arbeitskräften *und die Polen in Rheinland-Westfalen.* Wesentlich *sind* eine positive Förderung des Deutschtums, *weniger* polizeiliche Einschränkungen gegen die Polen. *Die* Ansiedlungskommission *muß planmäßig* große Komplexe deutscher Ansiedler *schaffen. Weitere geplante Maßnahmen.* Ziel *ist nicht,* die polnische Sprache auszurotten, aber jeder Pole *muß* Deutsch lernen, *dann wird* die deutsche Sprache die Überhand *gewinnen. Wilhelm II. zweifelt, ob* Oberpräsident *Wilamowitz* der geeignete Mann *ist*. — **3.** *Höheres Schulwesen.*[2] *Lt. Wilhelm II. ist die* ganze Gymnasialerziehung [...] mit unpraktischem Stoff belastet, *besonders den* alten Sprachen. *Besser ist die Lehrmethode im* Kadetten-Korps. Die Klassizität *fördert die* Sozialdemokraten, *und das* fortwährende Exemplifizieren auf republikanische Zustände *enthält* die Gefahr, daß die Gymnasien schließlich lauter junge Republikaner *erziehen, die die* Monarchie *dann* steter Kritik *unterziehen. Moderne* Sprachen *und preußische* Geschichte *sind nötig, zumal fast alle* Erfinder *des 19. Jahrhunderts* ehemalige Realschüler *sind. Bosse sieht bereits Besserung; Miquel unterstützt* Reformgymnasien, *aber man muß* zunächst noch Erfahrungen sammeln. — **4.** Militärstrafgerichtsordnung. *Wilhelm II. widerspricht erneut einer* Änderung des § 270. Ein Beschluß des Staatsministeriums *kann in Militärfragen* überhaupt nicht maßgebend sein, *das ist Sache der* Kontingentsherren. Die Frage der Öffentlichkeit *ist* militär-technischer Natur, deren Wert Laien nicht zu beurteilen *vermögen.* Der wesentliche Punkt in politischer Hinsicht *ist für Wilhelm II. der* oberste Reichsmilitärgerichtshof unter dem deutschen Kaiser. *Dagegen opponiert nur* Bayern *und riskiert das Scheitern der* Reform.[3] *Nach den* unerhörten Angriffen *in der* bayerischen Kammer *hat er die* Entscheidung des Prinzregenten *verlangt und erwartet eine* Majorisierung *Bayerns im* Bundesrat. — **5.** *Wilhelm II. dankt den Ministern für* Annahme der Marinevorlage*.* Konzessionen an das Zentrum *will er aber nicht machen, zumal Leo XIII.* Befehl gegeben *haben soll,* daß die deutsche Flotte sich nicht vergrößern dürfe, *und die* katholische Kirche *nirgends in Europa* so gut behandelt *wird wie in Deutschland.*[4]

[1] *Vgl. deren Bericht in StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 6; Debatte dazu 18./19./21.3.1898, S. 1593–1709.*

[2] *Das im Prot. erwähnte Buch ist Massow, Conrad v., Reform oder Revolution?, Berlin 1894.*

[3] *Zu den Debatten in der Bayer. Abgeordnetenkammer vom 6.–8.10.1897, die Wilhelm II. entrüsteten vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 373–379. Ebd., S. 371–373 zu den letzten Verhandlungen mit Bayern. Vgl. zum Kronrat Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 390 f.; ebd., S. 391 f. ist das im Prot. genannte Schreiben an den preuß. Militärattaché in München, v. Krosigk, abgedruckt. Vgl. auch Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 706 f. (Bericht Jagemanns) u. VI. HA, NL Bosse, Nr. 9, Bl. 36 der Tagebucheintrag Bosses:* Ein seltsamer Kronrat. Geraten hat keiner von uns etwas. *Die Transkription bei Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 235 ist somit falsch.*

[4] *Vgl. PA AA, R 2278, n. f. (Brief Kardinal Kopps v. 27.12.1897 über die päpstl. Haltung zur dt. Marine etc.).*

Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 12] und Korrekturen, Bd. 131, Bl. 98–140; MF 777.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].*

[1] *Gelesen: Posadowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [U], Frh. v. Thielmann [zu 1–4, U], B. v. Bülow [zu 1–4], v. Weyrauch [für Bosse, zu 4–12], Höter [für Brefeld, zu 1–4], Reichardt, Wermuth [beide zu 1–3], W. v. Dirksen [zu 4], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Stöckel, v. Holleuffer [alle zu 12].

1. *Posadowsky, Bosse und Brefeld sind verhindert.* — **2.** Erneuerung des Handelsvertrages mit Großbritannien. London *hat den* Vertrag *von* 1865 [...] gekündigt, *um* Deutschland *die bisherige* Meistbegünstigung *in den* Kolonien *zu nehmen und nach* Chamberlain's *Plan eine wirtschaftliche* imperial federation *anzustreben. Deutschland muß lt.* Wermuth *für* Ostindien *weiter die* Meistbegünstigung *sowie vertragliche* Zollfreiheit *für die Hauptexportartikel* Zucker und Butter *fordern*. *Weder* England *noch die meisten* Kolonien *dürften diesbezüglich* Schwierigkeiten *bereiten. Der RT ist um* Fortgewährung der Meistbegünstigung *ab* 1. August 1898 *bis zu einem neuen Vertrag anzugehen; über* Detailfragen *sind* kommissarische Beratungen *zu veranlassen.*[2] [B] — **3.** *Handelspolitisches Verhältnis zu den USA.*[3] *Der neue* Dingleytarif *ist keine* Meistbegünstigung *wie seit* 1828 *vertraglich festgelegt und bedeutet* Mehrbelastung *des deutschen Exports in die USA*. Posadowsky *empfiehlt* sehr vorsichtige Behandlung der Frage, *weil Deutschland* Baumwolle *und* Petroleum *aus USA* nicht entbehren *kann*. *Statt* Zollkrieg mit Amerika *wünscht Hammerstein die vertagte* Fleischbeschau; *das würde die USA* empfindlich treffen. *Er erwägt, die* Zuckerprämie *abzuschaffen, was den USA den Anlaß zur Zollerhöhung nähme, und zugleich die Zuckersteuer zu ermäßigen, so daß der* inländische Konsum *steigt. Thielmann sieht den* Dingleytarif *aufgewogen durch steigende deutsche Kali- und Zucker-Exporte, ähnlich* Reichardt. *Im Verhandlungswege sollen* Konzessionen *als* Entschädigung *für die* Beinträchtigung *des* Meistbegünstigungsrechts *verlangt werden.*[4] [B] — **4.** Frage der Gegenseitigkeit gegenüber *den USA* bei Entschädigungsansprüchen *an* den Staat *wegen* Handlungen von Beamten. [B] — **5.** *Wilhelm II. will B. v.* Bülow *zum StS des AA ernennen und* gleichzeitig *zum* Mitglied des Staatsministeriums; *dies wird gebilligt*. [B] — **6.** *Grundsätze im Titel- und Rangwesen.*[5] *Detaildiskussion; u. a. legt Schönstedt* Wert darauf, *daß die* Staatsanwälte *wie Richter einen* Ratstitel *erhalten, nämlich* „Staatsanwaltschaftsrat" [B]. *Nieberding hätte eine Beteiligung der* Reichsämter *gewünscht, worauf* Staatsminister *bemerken, der* Reichskanzler *könne die* Titulaturen *in der* Reichsverwaltung *ja analog ändern.* — **7.** Grundzüge[6] eines Gesetzes betr. Änderungen der Konkursordnung *werden* ohne Diskussion *gebilligt.* [B] — **8.** *Der im* Bundesrat *liegende* Gesetzentwurf[7] *über die freiwillige* Gerichtsbarkeit *darf vor Einbringung in den RT veröffentlicht werden, denn er ist rein* technischer Natur. [B] — **9.** *Der Güterverkehr auf den Staatseisenbahnen nimmt außerordentlich zu; um ihn zu bewältigen, sind* Mehrausgaben *künftig* unvermeidlich. — **10.** *Drei Ernennungen. Recke wird trotz* Bedenken *zweier sächsischer Adeliger die Ernennung Boettichers zum* Oberpräsidenten *bei Wilhelm II. beantragen und K. v.* Oertzen *soll*

---

[2] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 7273, Bl. 2 ff. (Mitteilung Lascelles v. 30.7.1897) u. Rep. 87, ZB Nr. 271, Bl. 4 ff. (u. a. Prot. der kommissar. Beratungen; Bl. 20 ff. Gesetzentwurf betr. vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen ab 31.7.1898; Bl. 93 ff. weitere Verlängerung 1899–1903). Zum Umfeld vgl. Kennedy, Paul, The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914, London 1980, S. 231 ff. und Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 589 f.*

[3] *Vgl. Fiebig-von Hase, Ragnild, Lateinamerika als Konfliktherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1890–1903, Bd. 1, Göttingen 1986, S. 292–305, hier S. 300 f.*

[4] *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 308, Bl. 17 ff. (div. Schriftwechsel) u. StenBerRT, 11.2.1899, S. 783–810, bes. S. 789–792 (Erläuterungen Bülows) sowie StenBerRT, 11.2.1899, S. 783–810. Vgl. Lekschas, Jan, Die handelspolitischen Reibungsflächen zwischen Deutschland und den USA im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, insbesondere von 1897 bis 1900, in: Jahrbuch für Geschichte 29 (1984), S. 129–168, bes. S. 145–15, 161 f. (aufgrund Akten der Handelspolit. Abt. des AA). Zur Einbettung in die dt. Außenpolitik vgl. Pommerin, Der Kaiser und Amerika, bes. S. 44–49, 71–76 (mit amerik. Lit.). Zur weiteren Entwicklung vgl. Sitzung am 12.2.1906, TOP 5 mit Anm.*

[5] *Vgl. in Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 5 die Protokolle der Titel- und Rangkommission; ebd., Bl. 72 ff. der im Prot. genannte Bericht Hohenlohes an das Staatsministerium v. 27.7.1897, Voten dazu und Immediatbericht v. 5.1.1898.*

[6] *Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 90 Bd. 12, Bl. 328; Bl. 309 ff. der Entwurf des RJA und Äußerungen der Bundesstaaten. Vgl. allg. Schubert, Werner (Hrsg.), Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch und Nebengesetze (Zivilprozeßordnung, Konkursordnung und Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit), Bd. 2, Berlin 1990, S. 1494 ff.*

[7] *StenBerBundesR, Jg. 1897, Drucks. Nr. 100; Beschluß dazu Sitzung am 25.11.1897, § 686.*

Regierungspräsident in Sigmaringen *werden.* [B] — **11.** *Recke wird Wilhelm II. über die* Beschlüsse *zur Polenpolitik berichten* [B]. *Miquel wünscht, daß man, wie früher* Friedrich der Große, *recht* viele Polen für den preußischen Staats- und Militärdienst *gewinnt. Sie sind aber nur* außerhalb der polnischen Landesteile *einzusetzen.* — **12.** *Fünf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

Nr. 306 Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 131, Bl. 143–196v; MF 777/778.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V zu 1–8], Miquel [V zu 9–12], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, Posadowsky. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], K. v. Bülow [für H. Goßler, beide zu 1–4], v. Podbielski [zu 3, U], Kraetke [zu 3].

1. *Thielen wird durch* Fleck, *H. Goßler durch K. v.* Bülow *vertreten.* — **2.** Komptabilitätsgesetz.[2] *Detaildiskussion zur* Etatisierung *von privaten Spenden an Staatsstellen bzw. zu* Nachweisungen *kultusministerieller* Nebenfonds, *wo Bosse Widerstand des* Zentrums *befürchtet, aber von Miquel beruhigt wird.* Kronrechte *betr. Einnahmenverzicht oder Niederschlagung von Defekten bleiben wesentlich bestehen.* Nachweisungen *über* Dispositionsfonds, *die nicht durch die* Oberrechnungskammer *kontrolliert werden, sind, wie lange mit dem* Landtage *vereinbart, auch künftig nicht nötig. Weitere Details. Sollte Wilhelm II. noch* Bedenken *hegen, wird Miquel ihn* mündlich *überzeugen.* [B] — **3.** *Postgebühren.*[3] *Ein neuer* Postzeitungstarif *bedeutet lt.* Podbielski *eher* Mehrbelastung *für kleine* Zeitungen *und es würde* vor den Wahlen [...] politisch besser wirken, *erst Ermäßigungen der* Brief- und Postanweisungstaxe *anzugehen. Zugleich sind ca.* 80 *bestehende Privatpostanstalten durch* Postzwang *auch für* Ortsbriefe *zu bekämpfen. Beim* Postzeitungstarif *sollen Einschreibe-, Vertriebs- und* Gewichtsgebühr *erhoben werden. Technisch schwierig ist es,* regierungsfreundliche *Provinzial- und* Kreisblätter *sowie die kleinen* landwirtschaftlichen und kirchlichen Blätter *nicht zu schädigen.* Erleichterungen für den Brief- und Postanweisungs-Verkehr *bei* Beseitigung der Privatposten *und Reformen im* Postzeitungstarif *sowie im defizitträchtigen* Telegraphen- und Telefonwesen *sind anzustreben;* Podbielski *wird aber erst dem neuen RT* Vorlagen *machen.* [B] — **4.** Benutzung von Kleinbahnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten. *Die* Regierungspräsidenten *sollen entscheiden, ob die* Benutzung *zumutbar ist oder nicht. Auf* Wunsch *Schönstedts weitere kommissarische* Beratungen[4] *wegen der Auswirkung auf* Kosten *in* Justizangelegenheiten. [B] — **5.** *Stellungnahme zum Vereinsgesetz des RT im* Bunderat.[5] *Die* Aufhebung des Koalitionsverbots *ist Wilhelm II. unannehmbar und insbesondere macht es* der ganze Verlauf *der* Regierung unmöglich zu schwanken *und in diesem* Streit *dem RT nachzugeben.* [B] — **6.** Jesuitenfrage. *Posadowsky bedauert, daß Wilhelm II. nicht* § 2 *aufzuheben erlaubt, aber die* Canisius-Enzyklika[6] *erleichtet die* ablehnende Haltung. *Der* Bundesrat *wird die Sache nicht behandeln.* [B] — **7.** *Terminierung der RT-Session 1897/98. — Bei der* Militärstrafgerichtsordnung *versucht* Großherzog *Friedrich I.* von Baden *bei Wilhelm II. doch noch den* § 270 Absatz 2 *zu* beseitigen. *Im* Bundesrat *hatten* außer

[1] *Gelesen [U]: Thielen.*
[2] *Rep. 151, IA Nr. 273, n. f. (Entwurf v. 19.11.1897).*
[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 214 Nr. 58 (Petitionen für Privatpostanstalten 1897/98) und den Gesetzentwurf über Änderungen im Postwesen, StenBerRT, Session 1898/99, Drucks. Nr. 116; Debatte dazu 12./13.4.1899, S. 1699–1744.*
[4] *Deren Prot. v. 11.12.1897 in: Rep. 77, Tit. 913 Nr. 1 Beiakte 3, n. f.*
[5] *Vgl. StenBundesR, Jg. 1897, Sitzung am 26.5.1897, § 388 (Überweisung an Ausschüsse). Blieb dann unerledigt.*
[6] *Vgl. Wippermann, 1897, II, S. 310–312 (päpstl. Rundschreiben zum 300. Todestag des Jesuiten Canisius). Gegen die Geringschätzung Luthers darin protestierte Ende November 1897 die preuß. Generalsynode.*

Bayern nur Braunschweig und Reuß ältere Linie *dagegen* gestimmt.[7] — **8.** *Bosse versetzt jetzt den Gymnasiallehrer aus* Dirschau, *der* durch Stimmenthaltung einem Polen zur Wahl verholfen *hat, nach* Warendorf, *da man einen* solchen Mangel an Nationalgefühl *unter Beamten nicht duldet.* — **9.** *Duellwesen. Schönstedts Anweisung*[8] *an die Staatsanwälte wird gebilligt; ob Wilhelm II. davon in Kenntnis zu setzen ist, bleibt strittig.* — **10.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **11.** *Bei einer geplanten* Versammlung *des Alldeutschen Verbandes und des* deutschen *Schulvereins in Berlin sollen* drei *deutschnationale* österreichische Abgeordnete[9] [...] mit Rücksicht auf *die* freundliche Stellung zu Österreich *nicht* reden *dürfen.* — **12.** *Neuer Vorsitzender der* Kommission zur *Reform des Vorbereitungsdienstes der* höheren Verwaltungsbeamten *soll* Unterstaatssekretär Braunbehrens *werden.* [B]

[7] *Vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 386 f. (Bundesrat 4.11.1897) und Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 3, S. 710–723 (div. Berichte u. Briefwechsel Friedrich I. – Wilhelm II.).*

[8] *Entwurf in: Rep. 84a, Nr. 8037, Bl. 24–32v, Druck in: JMinBl. 1897, S. 285 f. und Wippermann, 1897, II, S. 50. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 11.11.1901, TOP 2.*

[9] *Der im Prot. genannte Abg. K. H. Wolf hatte sich im Sept. 1897 mit Minr. Graf Badeni duelliert und wurde am 26.11.1897 nach Tumulten im österr. Abgeordnetenhaus von der Sitzung ausgeschlossen; vgl. Rumpler, Helmut, Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867–1914, in: Ders. (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie, Bd. 7,1, Wien 2000, S. 667–894, hier S. 842. Die geplante Versammlung fiel nach dem Verbot der Teilnahme der drei Abgeordneten Wolf, Prade und Funk aus. Vgl. Rep. 77, Tit. 662 Nr. 133, Bl. 1–34 (Schriftwechsel, Zeitungsartikel).*

Nr. 307 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 21] und Korrekturen, Bd. 131, Bl. 197–232, 234–243, Anlage: Bl. 233; MF 779/780.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [zu 5, U], Renvers, Stöckel, Meyerhoff, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 21].

1. Posadowsky *ist* verhindert. — *Zum* Geburtstag *der* Kaiserin Friedrich *ist Wilhelm II. zufolge wie üblich zu flaggen, obwohl Totensonntag ist.* [B] — **2.** *Wasserwirtschaftsbehörden.*[1] *Der Wunsch Thielens, das* Büro *des Ausschusses zur Untersuchung der Wasserverhältnisse* in eine ständige Anstalt *umzuwandeln, wird vertagt, um Zeit für Voten zu haben.* [B] — **3.** Gesetzentwurf[2] *zur Erklärung des* Karfreitag *als* gesetzlichen Feiertag. Protestanten *fordern dies, aber das* Zentrum *würde* Gleichstellung katholischer Feiertage *verlangen. Aus* Opportunitätsgründen *soll die* Vorlage *erst nach den* Wahlen *erfolgen.* [B] — **4.** *Die* Mitteilung *von* Nachweisungen über die Verhältnisse der preußischen Staatseisenbahn-Bediensteten *an den RT unterbleibt nach* Bedenken *der Minister, weil ihm dies* Anlaß zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten *böte.*[3] [B] — **5.** Gehaltsaufbesserung des Präsidenten des Reichseisenbahnamtes *Schulz auf* 20 000 M.[4] *Die*

[1] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 5787, Bl. 31 ff.; Rep. 87, F Nr. 1512, Bl. 93–129 u. Rep. 76, VIII B Nr. 2121, Bl. 168 ff. (v. a. Voten im Nachgang zur Sitzung). Nachdem sich die süddeutschen Staaten gegen eine Reichszentralstelle für Wasserwesen ausgesprochen hatten, entschieden sich die Staatsminister mehrheitlich gegen eine preußische Anstalt für Gewässerkunde. Die Wasserbehörden-Frage wurde erst mit Votum des MöA v. 15.9.1900 wiederaufgenommen; vgl. Sitzung am 18.11.1902, TOP 4 mit Anm. und BArch, RAdI, Nr. 115401 (1897–1902).*

[2] *Rep. 84a, Nr. 2696, n. f. (Gesetzentwurf und Votum Bosses v. 13.10.1897). Vgl. StenBerHH, Session 1899, Drucks. Nr. 19; Debatte dazu 21.2.1899, S. 20–26 u. 13.5.1899, S. 210–226 sowie StenBerAH, 20.6.1899, S. 2443–2465.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115396, n. f. (Voten, v. a. Hohenlohes v. 13.11.1897) und Sitzung am 15.1.1898, TOP 1.*

[4] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115397, n. f.*

Budgetkommission *des RT hat sie* abgelehnt, *aber eine Ministermehrheit will sie erneut fordern, da das Amt die* Verhandlungen mit den Bundesstaaten über die strategischen Eisenbahnen erfolgreich *führt.* [B] — **6.** Gesetzentwurf[5] *betr.* Aufhebung *der Amtskautionen der Beamten. Die* Kautionspflicht *soll nur für* Gerichtsvollzieher *und rheinische* Hypothekenbewahrer *fortbestehen.* [B] — **7.** *Grundsätze für* Orden III. *Kl. an Subalternbeamte. Die von Schönstedt vorgeschlagene* Verleihung *nicht nur bei* Jubiläen *und Pensionierung wird erneut abgelehnt.*[6] [B] — **8.** Mitteilung, *daß die Staatseisenbahnen seit 1.4.1897 33 Mio. M.* Mehreinnahmen *erzielten und der Wagenmangel abgeebt ist.* — **9.** *Das neue Abgeordnetenhaus wird 1898 bezugsfertig; eine* Inschrift *am Giebel ist* überflüssig. [B] — **10.** *Pressepolitik. Die* Frankfurter Zeitung *suchte in mehreren* Artikeln *gehässig* in Süddeutschland gegen Preußen zu hetzen. *Thielen erwägt ein* Verbot *ihres* Verkaufs *an* Bahnhöfen. *Dies würde als* Angriff gegen die Preß- und Meinungsfreiheit *ausgebeutet und vor den* Wahlen *wohl* mehr Schaden als Nutzen stiften. *Eher trifft eine gewisse* Beschränkung *von amtlichen* Inseraten *den* Geschäftsmann *L.* Sonnemann. [B] — **11.** *Wilhelm II. hat die* Verfügung *Schönstedts über das Duellwesen gebilligt.* — **12.** *Der Kommissionsbericht*[7] *zum gesetzlichen Schutz der Forderungen der* Bauhandwerker *ist zu veröffentlichen ohne vorher an Wilhelm II.* zu berichten. [B] — **13.** *Erzbischof Stablewski,* Posen, *ist auf seinen eingesandten* Hirtenbrief [...] privatim dankend zu antworten. [B] — **14.** *Titelverleihung. Drei Ernennungen.* [B] — **15.** *Titelverleihung. Th.* Mommsen *soll zum 80. Geburtstag Wirkl.GehR werden. Sein Brief*[8] an die Deutschen in Wien *ist kein Hinderungsgrund, da nach dem* Verbot der Teilnahme von *Wolf u. a. an der* geplanten Versammlung[9] *in Berlin* Kaiser Franz Joseph *Hohenlohe* danken *ließ.* [B] — **16.** *Drei Ernennungen.* Boetticher *und Graf K.* Stolberg *wurden Oberpräsidenten, in* Merseburg *soll E.* von der Recke *Regierungspräsident werden.* [B] — **17.** *Wiederzulassung amerikanischer* Lebensversicherungsgesellschaften.[10] *Da sich die Handelsbeziehungen zu den USA* verschlechtert *haben und man einen* Trumpf *behalten will, wird Recke dilatorisch verfahren.* [B] — **18.** *Sprachenpolitik. Das Urteil*[11] *des OVG, daß* mangelnde Kenntnis der polnischen Sprache seitens des überwachenden Beamten kein Grund *ist,* polnische Versammlungen aufzulösen, *erfordert eine* Novelle zum Sprachengesetz.[12] [B] — **19.** *Staatshilfen nach den Überschwemmungen. Der Gesetzentwurf*[13] *wird dem Landtage zugehen, sobald alle* Schadensnachweisungen aus Schlesien und Brandenburg *vorliegen.* — **20.** Plusexemplare *von Extrakten aus den* Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums *sind den anfordernden* Zentralbüros *wie seit 1895*[14] *bei* Angelegenheiten politischer oder sonst sekreter Natur *zu verweigern, um* Indiskretionen *zu vermindern.* [B] — **21.** *Zehn Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

---

5 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 12; Debatte dazu 24.1.1898, S. 135–148.*

6 *Vgl. Sitzung am 2.8.1897, TOP 2 u. 3.*

7 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11879, Bl. 343 ff. (Prot. der kommissar. Beratungen ab 3.11.1896) u. Wippermann, 1897, II, S. 121. Fortgang der Frage in Rep. 84a, Nr. 11880.*

8 *Druck: Wickert, Lothar, Theodor Mommsen. Eine Biographie, Bd. 4, Frankfurt/M. 1980, S. 74 f. (Quelle: Neue Freie Presse, Wien, v. 31.10.1897). Vgl. Schultheß, 1897, S. 138 u. 203. Mommsen unterstützte darin die Opposition der deutsch-österreichischen Parteien gegen das Kabinett Badeni und dessen pro-tschechische Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren.*

9 *Vgl. Sitzung am 5.11.1897, TOP 11 mit Anm.*

10 *Vgl. Sitzung am 12.12.1895, TOP 6 mit Anm.*

11 *Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts 32, S. 396–398 (Urteil v. 5.10.1897). Vgl. Wippermann, 1897, II, S. 51 und Rimmele, Eva, Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Frankfurt/M. u. a. 1996, S. 134 ff. u. 146.*

12 *Reckes Vorschlag als Anlage auf Bl. 233. Vorarbeiten zum Sprachengesetz in: Rep. 77, Tit. 871 Nr. 2 (1897/98). Vgl. Balzer, Vereins- und Versammlungsrecht, S. 90 f.*

13 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 37; Debatte dazu 9./10.2.1898, S. 469–502, 505–531.*

14 *Vgl. Sitzung am 26.11.1895, TOP 7.*

Nr. 308 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 131, Bl. 245–270v; MF 780.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 3–5]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer [U]: v. Podbielsky, Frh. v. Thielmann [beide zu 4].

1. Posadowsky *wird* erst später erscheinen. — **2.** Errichtung konfessioneller *Friedhöfe* im Gebiete des rheinischen Rechts. *Bosse hat zwar* 1895[1] *dem* Zentrum *einen Gesetzentwurf quasi* versprochen, *aber alle* Behörden *raten ab, da sonst die* katholischen Kirchhöfe solche ersten Ranges *wären,* während die kommunalen Friedhöfe zu solchen zweiten Ranges *herabsänken und* Unfrieden unter den Konfessionen *entstünde. Bosse wird dies gelegentlich öffentlich äußern.* [B] — **3.** *Ernennung.* [B] — **4.** *Postbeamte.* Erhöhung des Maximalgehaltes *von rd.* 2000 Landbriefträgern *um* 100 M. *auf* 1000 M. *Die im RT von den* Sozialdemokraten *aufgegriffene Frage ist finanziell ohne* Bedenken, *aber Miquel befürchtet eine Präzedenzwirkung bei* Unterbeamten, *zumal* seit 1890 über 65 *Mio. M.* Gehaltsaufbesserungen bewilligt *wurden. Gibt man dem RT bei Gehaltserhöhungen nach, hört* jede Disziplin auf. *Eine Ministermehrheit beschließt, die Frage erst bei der geplanten generellen* Aufbesserung der Unterbeamten *anzugehen.*[2] [B] — **5.** *Grundlinien der künftigen Politik des* Staatsministeriums.[3] *Lt. Miquel muß man sich über die behördliche Haltung bei den* Wahlen, *v. a. gegenüber dem* Bunde der Landwirte, *über die* Handelsverträge *und die* landwirtschaftlichen Zölle *klar werden. Posadowsky hält einen* modus vivendi *mit dem* Zentrum *für* geboten, *da Nationalliberale und Konservative tendenziell* zerrieben *würden und nur so gegen SPD und Freisinn der* Schutz der nationalen Arbeit *zu verwirklichen ist. Die Flut von* Anträgen *in der Sozialpolitik ist zunächst* dilatorisch zu behandeln, *da sie* große Anforderungen *an die Wirtschaft stellt* und *die* sozialdemokratischen Arbeiterklassen *es doch nicht danken. Miquel wünscht* Verständigung auf wirtschaftlichem *Gebiet,* festes Auftreten gegen die Polen *und vermehrt* Fragen der auswärtigen Politik an den *RT zu* bringen, *denn* in auswärtigen Fragen würden die Gefühle der Nation am meisten *vereint und die* politischen Gegensätze gemildert. *Die* Meistbegünstigung *ist in künftigen* Handelsverträgen *nicht* allgemein, *sondern verhandlungsweise* individuell *einzuräumen, das wollen auch die* Industriellen. *Goßler wünscht anstelle der* Matrikularbeiträge *unter Kontrolle des RT mehr sichere Reichseinnahmen für* Armee und Marine. Posadowsky *soll öffentlich weiteren* Schutz *der* Landwirtschaft *in Aussicht stellen, um* eine regierungsfreundliche Stimmung *zu fördern. Mehrere Minister werden* Leitsätze *ausarbeiten, die zu einem* Programm *zusammenzufassen sind.* [B]

---

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1895, Drucks. Nr. 39 (Initiativgesetzentwurf des Zentrums); Debatte dazu 13.3.1895, S. 1379–1391. Zusicherung Bosses am 20.3.1895 in der AH-Kommission auf Drucks. Nr. 108. Vgl. Rep. 77, Tit. 1380, Nr. 10 u. Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 7 Bd. 1 (Behördenberichte, Gesetzentwurf u. Votum Bosses v. 30.10.1897). Die im Prot. angekündigte Äußerung Bosses in: StenBerAH 9.3.1898, S. 1289–1291. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 8.1.1903, TOP 6 mit Anm.*

[2] *Vgl. Sitzung am 17.6.1898, TOP 8 mit Anm.*

[3] *Vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 540; Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 228 f.; Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 105 ff., bes. S. 110; Smith, Helmut Walser, German nationalism und religious conflict. Culture, ideology, politics, 1870–1914, Princeton 1995, S. 170 (Zitate Miquels); Canis, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 252 f. (welt- u. kolonialpolitischer Kontext).*

Nr. 309 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 132, Bl. 3–51v; MF 780–782.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann, Reichardt [zu 4–8], v. Koerner [zu 7–8].

1. *Titelverleihung. Wilhelm II. hatte* trotz mancher Bedenken *Th.* Mommsen *den Titel Wirkl.GehR verleihen wollen, aber* Mommsen *hat gegenüber* Althoff *abgelehnt. Wilhelm II. ist* ganz zufrieden.[1] [B] — **2.** *Amtseinführung von B. v.* Bülow *als* Staatsminister.[2] [B] — **3.** Vermehrung der Normalzahlen *von 552* Orden III. *und* IV. *Kl. sowie von 436 Allg.* Ehrenzeichen *zum* Ordensfest. *Kontingentserhöhung für das* Auswärtige Amt *und die* Oberrechnungskammer, *zumal das* Personal *des AA* seit 1879 von 1197 auf 2053 Beamte *stieg.*[3] [B] — **4.** Fleischbeschau. *Hammerstein möchte sie* aus politischen Gründen *einführen, zumal gegenüber den USA*, *deren Fleischexport* kolossal *steigt, und um den* Agrariern *entgegenzukommen. Auf* Rußland *ist lt.* Bülow *Rücksicht geboten, da* Verhandlungen *über* China *schweben. Wie früher beschlossen, kann* die Fleischbeschau an der Grenze nur in demselben Maße erfolgen wie im Inlande. *Letzteres liegt auch* in der Hand der *Agrarier* selbst. *Wegen der unfreundlichen Handelspolitik der USA ist* ein Vorgehen gegen die amerikanischen Schinken und Würste *zu prüfen.*[4] [B] — **5.** *Bahnfrachttarife und Landwirtschaft. Da* russisches Getreide *zwischen der Grenze und den* Ostseehäfen Danzig, Königsberg und Memel *gem.* Handelsvertrag *zu den* niedrigen russischen Frachtsätzen befördert *wird, soll das* inländische Getreide *zum gleichen Satz transportiert werden, um die* agrarischen Kreise *zu beruhigen.*[5] [B] — **6.** *Beschränkung der russischen* Schweineeinfuhr *und* Errichtung von Gänse-Quarantäne-Anstalten. *Hammerstein sieht wegen des deutsches Fleischbedarfs und angesichts der* Veterinärmaßnahmen *Rußlands aktuell wenig Anlaß dazu. Auch Minderung des* Schweinekontingents für Oberschlesien *ist untunlich, zumal die* Russen *lt.* Bülow *stets* Erhöhung *wünschen.*[6] *Im* Landtage *ist dieser außenpolitische Grund zu verschweigen.* [B] — **7.** *Zollpolitisches Verhältnis zur Schweiz nach deren* Beschwerde *über den Zoll auf* seidene *bzw.* gestickte Taschentücher. *Grundsatzfrage ist, ob die Sätze der Handelsverträge auf* Gegenstände, welche in den Verträgen nicht aufgeführt, aber im amtlichen Warenverzeichnisse Vertragsartikeln zugewiesen sind, *anzuwenden sind*. *In einem Präzedenzfall hat das* Staatsministerium *die Verbindlichkeit der* Vertragssätze *verneint.*[7] *Da das* Auswärtige Amt *die* Konzession *auch deshalb gewähren möchte, weil der* ganze Vorteil für die Schweiz *ca.* 24 000 M. *beträgt und* Vertragstreue *gefordert ist, soll nachgegeben werden, aber ohne Präzedenzwirkung.* [B] — **8.** Aufhebung von fünf gemischten Privattransitlägern. *Im* acte secret *zum* Handelsvertrag *wird* Rußland [...] zugesichert „de faciliter le transit des blés russes"; *die*

[1] *Vgl. Wickert, Mommsen, Bd. 4, S. 76 (Ablehnung Mommsens, gedr. Auszug aus Tagebuch Bosses v. 25.11.1897) u. Rep. 90, Nr. 1992, n. f. (Immediatbericht v. 22.11.1897).*

[2] *Bülow wurde am 20.10.1897 zum StS des AA und StMinr. ernannt, nachdem er das AA kommissarisch bereits seit 6.8.1897 geleitet hatte. Das im Prot. (Bl. 3v) genannte, gesonderte Prot. über die Eidesleistung liegt nicht bei. Zu Bülows Rolle im Staatsministerium bis 1900 vgl. Lerman, Katherine, The Chancellor as Courtier. Bernhard von Bülow and the Governance of Germany, 1900–1909, Cambridge 1990, S. 29–40.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2052, n. f. (Immediatberichte v. 4.12.1897 u. 24.9.1898).*

[4] *Vgl. zum im Prot. genannten Saratoga-Abkommen von 1891: Pommerin, Der Kaiser und Amerika, S. 36 f.; zum Fortgang die Denkschrift (hier S. 61 f.) in: StenBerRT, Session 1907, Drucks. Nr. 391.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115400, Bl. 1–12v (Voten) u. StenBerAH, Session 1898, 24.3.1898, S. 1818 f. (Beschwerden von Mühlen, daß das Getreide knapp wird).*

[6] *Vgl. Canis, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 262 f. (Rußland ist nach Besetzung Kiautschous nicht zu reizen).*

[7] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115385, n. f. (Voten) und Sitzung am 29.3.1894, TOP 1.*

Landwirte *werden die* Aufhebung von *nur fünf* Transitlägern *als* wertlos *ansehen. Deshalb ist* die ganze Sache zu verschieben *und der* acte secret *in den Protokollextrakten nicht zu erwähnen bzw. zu streichen.* [B]

Nr. 310 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 132, Bl. 54–99v, Anlagen: Bl. 100–102; MF 782/783.

Anwesend [U]: Hohenlohe [zu 1–7, V], Miquel [V zu 8–15], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: O. Frh. v. Richthofen [zu 5].

1. Rang- und Titelverhältnisse *der* wissenschaftlichen Lehrer *an* höheren *Schulen; Bosse verlangt Gleichstellung mit Bau- und* Gewerbeinspektoren *bzw.* Ökonomie-Kommissaren. [B] — **2.** *Beginn der Landtagssession 1898.* [B] — **3.** *Titelverleihung. Ein von* Lucanus *gewünschter Hofratstitel für einen* Subalternbeamten *des Zivilkabinetts ist nach den* bestehenden Grundsätzen [...] abzulehnen.[1] [B] — **4.** Denkmal *für die Märzgefallenen von* 1848 *im Berliner* Friedrichshain. *Lt. Posadowsky trägt* die Errichtung eines Steines für Aufrührer [...] einen agitatorischen Charakter und würde die Staatsautorität schädigen. *Leider besteht kein Recht, den* Eigentümer *zu zwingen,* den Kirchhof eingehen zu lassen, *aber gegen* Verherrlichung der Revolution *wäre einzuschreiten.*[2] — **5.** Geldlotterien *der* Deutschen Kolonialgesellschaft *im Umfang von* 15 *Mio. M.* für koloniale Zwecke.[3] *Recke möchte sie wegen* großer nationaler Bedeutung *genehmigen, zumal mehrere große Lotterien gestartet wurden. Miquel hat Bedenken wegen der* Staatslotterie, *weil* die Spielsucht ins Übermaß gesteigert *wird und weil* eine solche nationale Sache *nicht* auf Lotterie zu basieren *ist. Richthofen zufolge ist das Geld für* Zwecke sanitärer und wirtschaftlicher Natur *unter Kontrolle der* Kolonial-Abteilung *des AA gut zu gebrauchen. Mit* 7 Stimmen Majorität *und unter* Bedingungen *genehmigt.* [B] — **6.** Einführung des Reichspressegesetzes in Elsaß-Lothringen.[4] Statthalter *Hohenlohe-Langenburg befürwortet dies als* Landesgesetz, *um nicht die* Reichsgesetzgebung *zu präjudizieren, und mit* Kautelen *wie Verbotsmöglichkeit französischer* Druckschriften *und deren* Kolportage. *Posadowsky zufolge muß der* Diktaturparagraph[5] *des* Gesetzes *v.* 30. Dezember 1871 *unberührt bleiben, was auch andere Minister meinen.* Rücksprache *mit dem* Statthalter *ist nötig.* [B] — **7.** *Nachtrag zum Regulativ* über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten. [B] — **8.** *Polenpolitik. Redaktion des Immediatberichts*[6] *betr.* Verstärkung des Ansiedlungsfonds um 100 *Mio. M.* [B]. *Der* Bericht *über die* beschlossenen *neuen Maßnahmen wird redigiert* [B]. *Die* Zusammenstellung[7]

---

1 *Vgl. Sitzung am 21.5.1896, TOP 5.*

2 *Vgl. Rep. 77, Tit. 151 Nr. 109, Bl. 7 ff. (Berichte von Ober- und Berliner Polizeipräsident, Zeitungsausschnitte, Prot. der Stadtverordnetenversammlung, Brief von OB Zelle, Immediatbericht) und Czihak, Hans, Der Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, in: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, hrsg. von Walter Schmidt u. a., Berlin 1998, S. 549–561, bes. S. 556–558.*

3 *Vgl. Rep. 77, Tit. 324a Nr. 53 Bd. 1, n. f. (div. Schriftwechsel, auch Voten Miquels bis zur Genehmigung durch Wilhelm II. am 9.2.1898) u. Rep. 89, Nr. 32515, Bl. 86 ff. (Immediatbericht v. 2.2.1898).*

4 *Vgl. die Anlage (Bl. 100–102), Rep. 90, Annex E Nr. 22, Bl. 105 ff., BArch, RAdI, Nr. 115303, n. f. sowie Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 426 f. (Klage über Posadowskys Verzögerungstaktik).*

5 *Vgl. dazu Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918, Düsseldorf 1986, S. 74 f.*

6 *Rep. 90, Nr. 1611, n. f. (Entwurf mit beschlossenen Korrekturen). Auch in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 257–265 u. Rep. 87, B Nr. 9485, Bl. 5–11.*

7 *Rep. 120, CB I Nr. 120 Bd. 2, Bl. 269–285. Vgl. Sitzung am 6.10.1897, TOP 9.*

der neuen Maßnahmen ist nur den drei Oberpräsidenten *zuzustellen, da die* Polen *recht* geschickt *dabei sind,* herauszubekommen, was in den Behörden *geschieht* [B]. — **9.** *Psychiatrie. Der* Resolution[8] des Reichstages *betr. reichsgesetzlicher* Regelung *der Verhältnisse in Heilanstalten ist nicht nachzukommen.* [B] — **10.** *Staatshilfen nach den* Überschwemmungen. *Die* Provinz Schlesien *will* 600 000 M. *geben, sofern* der Staat *insgesamt* 5/6 *der* Notstandskosten *trägt. Für* Regulierung *der* kleinen Flüsse *werden* 30 Millionen *Kosten befürchtet.* [B] — **11.** *Titelverleihung.* [B] — **12.** *Die Mehreinnahmen der Staatseisenbahnen im* Personenverkehr *betrugen im* November *1897 rd. 5,7 Mio.* M. — **13.** Gesetz[9] wegen Aufhebung des Koalitionsverbots *für* Vereine *in Sachsen. Die von den dortigen* Konservativen *verlangten* Kautelen *bezüglich* Ausschluß *von* Frauen *und* Minderjährigen *will die* Regierung *v.* Metzsch *nicht akzeptieren, weil die* Nationalliberalen *dagegen sind.* Posadowsky *und Miquel sehen den* Ausschluß der Minderjährigen *als durchsetzbar an und werden dies* Metzsch *mitteilen.* [B] — **14.** *Ordenssache. H. A.* Bueck *soll erst* nach Erledigung der Flottenvorlage *dekoriert werden.*[10] [B] — **15.** *Titelverleihung.* [B]

[8] *StenBerRT, Session 1895/97, 16.1.1897, S. 4104. Die Frage war vom Bundesrat dem Reichskanzler überwiesen worden; vgl. StenBerBundesR 8.4.1897, § 284.*

[9] *Vgl. Wippermann, 1898, II, S. 158 f. (Rede Metzsch' in der sächs. 2. Kammer). Am 31.3.1898 wurde der Entwurf vom Landtag gebilligt – mit Ausschluß von Minderjährigen und Frauen.*

[10] *Die im Prot. genannte Industriellen-Versammlung fand am 13.1.1898 in Berlin statt und unterstützte die Flotten-Vorlage; vgl. Schultheß, 1898, S. 11. Miquel scheint durch vorzeitige Auszeichnung Buecks Gefahr für die Sammlungspolitik gesehen zu haben.*

Nr. 311 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2] und Korrekturen, Bd. 132, Bl. 105–128; MF 783.

Anwesend [U][1]: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Stöckel, Enke, M. Peters, Neuhaus, v. Kurowsky, Frh. v. Broich [alle zu 2].

1. *Die* Feier des Krönungs- und Ordensfestes *findet bereits am 16.1.1898 und somit die* Beratung *der Ordenssachen und Titelverleihungen schon Ende* Dezember *1897 statt.* — **2.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Redaktion der* Thronrede[2] *zur Landtagseröffnung 1898. Ein Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenversorgung für Volksschullehrer ist nicht anzukündigen* [B]. — *Miquel plant einen* Gesetzentwurf[3] wegen Erhöhung des Grundkapitals *der* Zentralgenossenschaftskasse, *die anfänglich fehlerhafterweise* Genossenschaften *aus Großgrundbesitzern förderte, aber jetzt gut arbeitet. Der Fall der* Genossenschaft *in* Posen, *die E.* Endell[4] *leitete, wird untersucht. Der* Passus *zur Erhöhung des* Ansiedlungsfonds *wird unverfänglicher gefaßt, weil Hohenlohe befürchtet, daß bei Betonung einer scharfen Antipolenpolitik die* Stellung des Zentrums zur Flottenfrage *feindlicher wird* [B]. — **4.** *Geplante Gesetzesvorlagen zur Landtagssession 1898 und Verteilung an Abgeordneten- bzw. Herrenhaus. Drei* Gesetzentwürfe *werden* gestrichen [B]. *Das von Wilhelm II. gegenüber Recke gewünschte* Sprachengesetz[5] *wird aus* Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1898, 11.1.1898, S. 1 f.*

[3] *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 41; Debatte dazu 15.2.1898, S. 656–683.*

[4] *Zu späteren Vorwürfen wegen Endells Finanzgebaren als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Posen vgl. Rep. 77, Tit. 874 Lit. E Nr. 10 Bd. 1, Bl. 1 ff. und Sitzung am 8.12.1900, TOP 2.*

[5] *Vgl. Sitzung am 16.11.1897, TOP 18 mit Anm. 12.*

und auf die Flottenvorlage *zurückgestellt; es würde als* Eingriff in die Versammlungsfreiheit *angeprangert werden, und zudem ist noch Material zu sammeln.* [B] — **5.** *Ernennung.* Regierungspräsident von Tepper-Laski in Wiesbaden *soll nach* Köslin *versetzt werden, weil er in seinem* Zeitungsbericht[6] *die* Plazierung der Kriegervereine gelegentlich der Kaisermanöver *erörtert hat, diese Ungehörigkeit von Vorgesetzten beklagt wurde, und Wilhelm II. auch wegen anderer* Vorkommnisse *seine Versetzung verlangt. In* Köslin *soll* Tepper *der* Wahlagitation *des freisinnigen Bauernvereins* Nordost *entgegentreten.* [B] — **6.** *Der* Vortrag *Miquels zum Staatshaushalt* 1898/99 *wird vertagt.*

[6] *Rep. 89, Nr. 15883, Bl. 226–226v (Zeitungsbericht Teppers v. 12.10.1897). Abschr. in: Rep. 77, Nr. 2589, Bl. 47 f.; ebd., Bl. 45 f. Beschwerde des Oberpräsidenten; ebd., Bl. 39 ff. Beschwerde, daß Tepper am Pfingstfest jagte.*

Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1897.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [TOP 2] und Korrekturen, Bd. 132, Bl. 130–151; MF 783/784.

Anwesend [U][1]: Miquel [V], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 2].

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen zum* Ordenfeste *1898.*[2] *Revision in 33 Fällen; u. a. wird A.* Wagner *nicht dekoriert, da* seine Reden *die* Sozialdemokratie mindestens moralisch *unterstützen* [B]. Ministerialräte *sollen künftig erst* ein Jahr *nach der mindestens nötigen* Tragezeit *die* höhere Dekoration *erhalten, da sich dienstältere Beamte* in den Provinzen *über Benachteiligung beklagen* [B]. *Brefeld möchte für hochangesehene Kaufleute und Industrielle sofort* künftig eine höhere als eine vierte Ordensklasse *beantragen dürfen. Orden für die* Grafen Kanitz und Mirbach *werden erwogen, um diese* Führer der Konservativen, *die* die Agrarier aufgefordert *haben,* sich für die Flottenvorlage zu erklären, *gegenüber dem* Bund der Landwirte *zu* stärken, *auch wenn weder der* Antrag Kanitz *sachlich noch* Mirbach persönlich *Wilhelm II.* sympathisch *sind* [B]. *Von* 60 *Vorschlägen für in* Kriegervereinen *Aktive werden 28 aus* Anciennitätsrücksichten *vertagt; Miquel betont, daß es im Staatsinteresse liegt,* die Beamten, namentlich die Subalternen, in den Kriegervereinen möglichst zahlreich vertreten *zu sehen und dies auch den* Intentionen *Wilhelms II. entspricht* [B]. — **2.** *Vier Disziplinarsachen.* [B] — **3.** Vortrag *Miquels über den Staatshaushalt* 1898/99. — **4.** *Thronfolge in Lippe-Detmold und das* Verhältnis *von* Oberpräsident *und kommandierendem* General *in* Münster *zum* Regenten *Graf* Ernst. *Beide Beamte müssen* den dienstlich gebotenen Verkehr *aufrechterhalten; dem wird sich Wilhelm II. auf Vortrag nicht widersetzen, ungeachtet seiner Ablehnung von Graf* Ernst. [B] — *Die offenkundige Verstimmung des* Fürsten *Georg* zu Schaumburg-Lippe *gegenüber* Oberpräsident Studt *soll durch Vermittlung des preußischen* Gesandten *A. v. Bülow beseitigt werden.* [B] — **5.** *Ernennung. Der langjährige* Oberpräsidialrat *E.* Maubach *darf sogleich mit dem Rang als Geheimer* Oberregierungsrat *ins Innenministerium eintreten.* [B] — **6.** *Bosse und Recke sollen sich zur bald zu beratenden Frage der* Beteiligung der Beamten an Vereinen und Zeitschriften *äußern.*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2110. In die Prot.-Abschrift wurde der Passus l) betr. Kanitz und Mirbach nicht aufgenommen.*

Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1897.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 132, Bl. 153–178v, Anlagen: Bl. 180–217; MF 784/785.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

1. *Wie früher schon sollen* formelle Beglückwünschungen *zum Jahreswechsel unterbleiben.* — **2.** *Ordenssachen und Verhältnis zu den* Konservativen*. Hohenlohe lehnt Orden für die* Grafen Kanitz und Mirbach *ab, da sie mit* Antrag Kanitz *bzw.* Bimetallismus *gegen die* Regierung *agitieren.* Posadowsky *glaubt grundsätzlich, daß* Parlamentarier *nicht wegen* einer einzelnen Frage *auszuschließen sind und daß beide im Vergleich zu Führern des* Bundes der Landwirte und der Antisemiten [...] noch traitable Männer *sind, aber erkennt die* Auffassung des leitenden Staatsmannes *als* maßgebend *an.* [B] — **3.** Titel- und Rangverhältnisse *der* höheren Lehrer; Lucanus *wird den* Immediatbericht[1] *Wilhelm II.* ohne Verzug *vorlegen*. — **4.** *Politisches* Programm *des* Staatsministeriums *vor den* Wahlen *inklusive Stellungnahme bei* Anfragen*. Feststellung des Textes*.[2] *Miquel möchte das* Dreiklassensystem *etwas weniger* plutokratisch *gestalten, da sonst in* rheinischen Städten *die* erste und zweite Klasse in den Händen *weniger reicher Protestanten ist, während* alle übrigen, *meist katholische,* Bürger machtlos *sind. Der* status quo ante *vor der* Steuerreform *ist sein Ziel. Die* ausgedehnte Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung *hat den* Vorteil, *daß* die starke Tätigkeit für die kommunalen Interessen den Blick von den eigentlich staatlichen und politischen Angelegenheiten *abwendet. — Dem* reinen Freihandel, *aber auf Wunsch Hohenlohes auch dem* übertriebenen Schutzzoll *ist entgegenzutreten. — Die* Beamtendisziplin *ist besonders unter den oft freisinnigen Lehrern zu wahren. Ober- und* Regierungspräsidenten *sowie* Landräte *sollen* in der Regel *keine Mandate annehmen.*[3] — Die Einheitlichkeit der Regierung *ist lt. Miquel* gefährdet, *wenn* Räte hinter dem Rücken ihrer Minister [...] im Staatsministerium *abgelehnte* Gehaltserhöhungen *durch* Amendements der Abgeordneten *wiederherzustellen suchten, oder* in den Bundesratsausschüssen *zuweilen* Vertreter der Ressortminister gegen die Vorlage *stimmten*. — *Die* Vertretung in der Presse *ist* ungenügend; *die Vergabe von* Nachrichten *an oppositionelle* Blätter *wie* Frankfurter Zeitung, die Vossische Zeitung *und* Berliner Tageblatt *möchte Recke unterbinden, außer für das* Auswärtige Amt*. — Jeder* Ressortchef *hat vor Stellungnahme zu brisanten* Initiativ-Anträgen *des Landtags das* Staatsministerium *zu hören.* [B] — **5.** *Denkmal für die Märzgefallenen von 1848 im Berliner* Friedrichshain*. Die* Stadtverordneten-Versammlung *möchte ein* Portal *von* 2½ m Höhe *und einen* Denkstein, *was Oberbürgermeister* Zelle *oder die* Aufsichtsbehörde *durch formelle* Beanstandung *verhindern sollen. Nach Recke ist nötigenfalls auch per Polizeirecht dagegen anzugehen, selbst auf das Risiko eines Verfahrens beim* Oberverwaltungsgericht *hin.* Zelle *müßte von sich aus einschreiten, um die* Stadt Berlin *nicht* in Gegensatz *zu* Krone *und* Regierung *zu bringen.*

---

1 *Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 5, Bl. 96–104v (5.1.1898).*

2 *Vgl. die beschlossenen Änderungen im Text auf der Anlage Bl. 180–187; Bl. 188–191 die maschinenschriftl. Endfassung des Programms. Bl. 192–216v die Zulieferungen einiger Ministerien.*

3 *Auf Bl. 202–202v findet sich dazu die, wohl aus Posadowskys Reichsamt des Innern stammende, Formulierung:* Der konstitutionelle Staat muß sich auf sein Beamtentum politisch unbedingt verlassen können; seine Kraft reicht nicht aus, den parlamentarischen Kampf erfolgreich zu führen, wenn er sich hierbei auf frondierende Beamte stützen soll, welche sich sogar nicht scheuen, die Schwerkraft der Parlamente gegen ihre vorgesetzten Instanzen in Bewegung zu setzen.

Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 3–49; MF 785/786.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], P. Frh. v. Rheinbaben, Kruse [beide zu 3].

1. *Thielen und Goßler sind verhindert.* — **2.** Übersicht[2] *über die Beschlüsse der* Staatsregierung *auf 14* Anträge und Resolutionen *des Landtags. U. a. ist die Resolution*[3] *des* Herrenhauses *gegen* Behandlung der Beamtenbesoldungsverbesserungen *in einem* Nachtragsetat *wie früher abzulehnen* [B]. — *Auf die Resolutionen*[4] *beider Kammern nach Staffelung der* Kanalgebühren *zum* Schutz der deutschen Landwirtschaft *bzw. der* einheimischen Produktion *soll erwidert werden, daß* eine nochmalige Prüfung der Gebührensätze zu gegebener Zeit *in* Aussicht *genommen wird* [B]. — *Der Beschluß*[5] *des AH* wegen Revision des Gesetzes vom 20. Juni 1875 betr. die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden *bedarf* an sich *keiner* Antwort, *da er auf* Änderungen eines Gesetzes *abzielt; um dem* Zentrum *entgegenzukommen, soll es aber heißen,* „die Erwägungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt." — *Den Antrag*[6] *E. F.* Ring *betr. Einfuhrverbot für* Gänse und Schweine *aus* Rußland *soll Hammerstein allein* mit sachlichen Gründen *ablehnen, da* Bülow *die Erwähnung der kolonialpolitischen* Rücksichten auf Rußland *im Landtag für unklug hält* [B]. — **3.** Heilighaltung der Sonn- und Feiertage *und Ladenöffnungszeiten. Hohenlohe hält die* Belästigung des Publikums *durch* unnötige Polizeivorschriften[7] *für falsch. Detaildiskussion, wobei gegen die drei* zuständigen Ressortminister *eine etwas großzügigere Fassung beschlossen, aber auch gegen Hohenlohe unter anderem das* Offenhalten *der* Schaufenster *über die* Verkaufszeit *hinaus abgelehnt wird. Lt.* Posadowsky *hat man zwar* in der Reglementierung des gewerblichen Lebens des Guten zu viel getan, *aber vor den* Wahlen *darf man nicht konservative* Partei *und* Geistlichkeit beider Konfessionen *verprellen.* [B] — **4.** Konzessionspflicht *für* Gesindevermieter und Stellenvermittler *als* Novelle *zur* Gewerbeordnung, *denn nach Hammerstein gibt es unter* 5216 gewerbsmäßigen Stellenvermittlern *immerhin* 3931 *Frauen, davon* 632 *Vorbestrafte. Eine* Novelle *ist erst nach den Wahlen zum RT sinnvoll.*[8] [B] — **5.** *Polenpolitik. Der* Wunsch *von* Erzbischof *F. v.* Stablewski, *im Gesetzenwurf zur Erhöhung des* Ansiedlungsfonds *nicht explizit die* Ansiedlung *von* deutschen Bauern *zu fordern, ist* unerfüllbar. *Schon die* Ansiedlung deutscher Katholiken *brachte* Posadowsky *zufolge am Ende Polonisierung und* Stablewski *ist* schwach und ohne Gewalt über den Klerus [B].[9] Oberbürgermeister Witting von Posen *zufolge tun Ober- und* Regierungspräsident

---

1 *Gelesen: Thielen [U].*
2 *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 14.*
3 *Vgl. Sitzung am 10.7.1897, TOP 6 mit Anm.*
4 *StenBerHH, 24.5.1897, S. 307 bzw. StenBerAH, 19.5.1897, S. 2856.*
5 *StenBerAH, 1.6.1897, S. 3135.*
6 *Vgl. Sitzung am 15.1.1897, TOP 2 mit Anm.*
7 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2696, n. f. (Prot. der kommissar. Beratungen, Votum der drei Ressortminister v. 6.10.1897, Bericht des Berliner Polizeipräs. v. 15.10.1897). Diese Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115381, n. f. Zu den neuen Regelungen vgl. StenBerAH, 3.5.1898, S. 2327–2351.*
8 *Vgl. Rep. 90a, H III 3 Nr. 8 Bd. 1, n. f. und BArch, RAdI, 115398, n. f. (Voten, Gesetzentwurf v. Nov. 1897). Die Konzessionspflicht wurde erst im Rahmen der Gewerbeordnungs-Novelle v. 30.6.1900 (§ 34 der Bekanntmachung), RGBl. 1900, S. 884 eingeführt.*
9 *Vgl. Galos, Adam, Tragizm Ugody. Władze Pruskie a Arcybiskup Stablewski, in: Przegląd Zachodni 31,2 (1975), S. 235–256, zur Sitzung und Stablewski S. 244.*

für die deutschen Gewerbetreibenden [...] nahezu nichts; *grassierender* Antisemitismus *stößt die* jüdischen Geschäftsleute vor den Kopf.[10] — **6.** *Titelverleihung.* [B]

[10] *Wittings Bericht v. 13.1.1898 in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 9–19, seine Eingabe v. 19.12.1897 betr. Errichtung einer TH in Posen in: Rep. 77, Tit. 871 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 388–396v.*

Nr. 315 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 52–95; MF 786/787.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Podbielski [zu 4, U], Möllhausen, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 6].

1. Reichstag *und Reichsämter.* Tirpitz *hat dem RT eine von Hollmann zugesagte* Statistik[1] über die Arbeitslöhne *und* Arbeitszeit *in* Marinebetrieben *vorgelegt.* Nachweisungen *für* Reichseisenbahnamt *und* Heeresverwaltung *sind nötigenfalls zu geben, auch wenn* Verhandlungen eines Reichsressorts mit dem Reichstage *doch* sehr bedenklich *sind. Für die* Einzelstaaten *ist dies aber zu verweigern.* [B] — **2.** Reichstag *und Reichskanzler. Der* Anspruch *der* Reichstags-Baukommission, *die* Ausschmückung des Reichstagsgebäudes sei lediglich Sache des Reichstages, *ist zurückzuweisen, denn* Hausherr *ist das* Reich, *vertreten durch* Reichskanzler *und* Reichsamt des Innern. *Sonst müßte man* alle Gelder geben, welche die Herren sich *bewilligen.*[2] [B] — **3.** *Die* Begründung[3] zu dem Gesetzentwurfe *betr.* Verstärkung des Ansiedlungsfonds *wird auf Wunsch Hohenlohes weniger* verletzend *gefaßt.* [B] — **4.** *Portogebühren der* Reichspost.[4] *Podbielski will den* Privatpostanstalten *die Beförderung geschlossener* Briefe, *nicht aber von Drucksachen und* Postkarten, *untersagen, dafür das Maximalgewicht einfacher* Briefe *auf* 20 gr *erhöhen und das* 5 Pf. *Ortsporto auch in* Berlin *und im* Nahverkehr *anwenden. Eine* Entschädigung *würde nicht fällig. Debattiert wird, ob die Reform bei den* Wahlen *wirklich* günstig *wirkt; die baldige Vorlage wird mehrheitlich bejaht.* [B] — **5.** *Zentralausschuß zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland. Zur Sitzung des Ausschusses werden* Kommissarien *entsandt, da das für* 1900 *geplante Nationalfest den* Charakter eines deutschen Olympia tragen *soll und Goßler bereits* militärische Spiele auf dem Tempelhofer Felde *genehmigt hat. Miquel hält* Förderung des Sports *für* politisch nützlich, *denn wer ihn* nicht *betreibt, verfällt* leicht auf politische Dinge; *in* England *ist Sport auch* von großer sozialpolitischer Bedeutung *für die* arbeitenden Klassen. [B] — **6.** Reform der Personentarife *und* Stückgutfrachtsätze *der Staatseisenbahnen.*[5] *Thielen zufolge besteht wie 1892 kein Anlaß,* eine wesentliche Erleichterung *anzupeilen, aber eine* Vereinfachung *der* Tarife *in Absprache* mit den anderen Bundesstaaten *ist nötig, denn die* Buntscheckigkeit der Personentarife *ist so groß, daß sich* in Berlin eigene Büros *damit beschäftigen,* den billigsten Reiseweg zu ermitteln. *Miquel warnt davor,* wesentliche Einnahmequellen Preis zu geben, *da steigende* Ausgaben *drohen, die* unteren Volksklassen *nicht zu neuen* Steuern *herangezogen werden können und der* Personenverkehr *stets zunimmt. Hammerstein ist gegen Preisnachlässe, weil so die* in agrarischen Kreisen beklagte Fluktuation der Bevölkerung *zunimmt. Eine* Konferenz *der* Bundesstaaten *dazu ist anzustreben* [B]. *Die*

[1] *Vgl. Sitzung am 16.11.1897, TOP 4; StenBerRT, Session 1895/97, 24.3.1897, S. 2528 f. (Anregung Roesicke) u. Session 1897/98, Drucks. Nr. 55 (Nachweisung Tirpitz' v. 30.11.1897). Eine Debatte dazu fand nicht statt.*
[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 20.3.1899, S. 1631–1642 (Debatte zur Ausschmückung).*
[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1611, n. f. (Textänderungen).*
[4] *Vgl. Sitzung am 5.11.1897, TOP 3.*
[5] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f. (Voten ab 24.11.1897) u. Sitzung am 12.12.1898, TOP 3.*

Beratung zur Ausgestaltung des Stückguttarifs *als* Staffeltarif *bei einem zeitweiligen Ausfall von maximal 11,3 Mio.* M. *wird vertagt* [B]. — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Ordenssache.* [B]

Nr. 316 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 98–134v; MF 787/788.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 7–9], B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Reichardt [zu 5–6], Möllhausen, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 5], Küster [zu 6].

1. *Vier Ernennungen.* [B] — **2.** *Drei Ernennungen. Wilhelm II. hat die Berufung von R. v.* Bitter zum Ministerialdirektor *im MdI gebilligt; dessen* Nachfolger *in* Oppeln *soll der mit* Besonnenheit und Klugheit *ausgezeichnete, zudem wohlhabende und ortskundige F. v.* Moltke *werden.* [B] — **3.** Berufung in das Herrenhaus. *Graf R. Zedlitz-Trützschler würde* durch seine maßvolle Haltung in agrarischen Fragen einen guten Einfluß üben, aber *die Bereitschaft Wilhelms II. ist erst zu sondieren. Prof. J.* Kühn *aus* Halle *würde* als bloßer Theoretiker nicht viel nutzen. [B] — **4.** *Volkshochschulkurse.*[2] *Eine Professoren-Initiative möchte eine* Subvention, *um* Volkskurse *über* Hygiene *und* Impfwesen *oder* Armen- und Genossenschaftswesen *sowie Kunst abzuhalten. Gegen Bedenken mehrer* Minister *hält Miquel diese Kurse – wie beim Freien deutschen* Hochstift *– für ein Mittel gegen sozialdemokratischen* Radikalismus, *solange* der Staat die Hand darauf *hält* und sie in gute Bahnen lenkt. *Zuerst sind* Erkundigungen *in anderen* Städten *anzustellen.* [B] — **5.** *Reform der Stückgutfrachtsätze der Staatseisenbahnen. Miquel hat Bedenken wegen Einnahmeverlusten und zweifelt am Wert des* Staffelsystems, *aber Thielen erwartet* 1898 *einen* Mehrüberschuß *von ca.* 30 *Mio. M. und sieht* ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis *für* Staffeltarife, *die Verkehr* auf weite Entfernungen *begünstigen.* Staffeltarife *sind zum 1.10.*1898 *einzuführen.* [B] — **6.** Einschleppung der Rindertuberkulose aus Dänemark und Schweden. *Hammerstein wünscht schärfere* Vorschriften, *da trotz* Quarantänestationen *und* Tuberkulinprobe *mehrfach* tuberkulöse Tiere *gefunden wurden und* Dänemark *seit* Jahren die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Deutschland verboten *hat.* Reichardt *hat praktische und rechtliche* Bedenken, *aber* Bülow *stimmt* schärferen Maßregeln *zu.*[3] [B] — **7.** Gesetzentwurf[4] zur Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftskasse *wird gebilligt;* Bedenken für die Sicherheit der Darlehen *bestehen* nicht. [B] — **8.** *Das vom Zentralverband* deutscher Kaufleute *geforderte Verbot der* Beteiligung von aktiven und inaktiven Offizieren *an* Konsumvereinen *für Militärs ist ebenso wie ein Vorgehen gegen die* großen Versandgeschäfte *oder* Kaufhäuser *rechtlich kaum realisierbar. Goßler wird zum angezeigten Fall Erkundigungen einholen.* [B] — **9.** *Beamtenvereine.*[5] *Miquel hält* unter Hinweis auf die agitatorische und gehässige Tendenz *der Zeitschrift* „Reveille“ *als Organ des Verbandes der* Militär-, Kriegs- und Friedens-

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115440 (Voten, Material zur Volkshochschulbewegung). Die Berliner Initiative schloß sich dem 1899 gegründeten Verband für volkstümliche Kurse von Hochschullehrern des Deutschen Reiches an; die Geschäfte erledigte die Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Vgl. Sitzung am 21.2.1899, TOP 4.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115403, n. f. (Voten) u. StenBerAH, Session 1898, 29.1.1898, S. 230 (Hammerstein).*

[4] *Vgl. Sitzung am 23.12.1897, TOP 3 mit Anm.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115434, Bl. 4–78 (Voten 1898, Goßler u. Recke warnen vor dem Leipziger Verband, der für einen Ehrensold agitiert); Rep. 84a, Nr. 3142 (Protokollabschr.) sowie Vogel, Jakob, Der Undank der Nation: Die Veteranen der Einigungskriege und die Debatte um ihren „Ehrensold“ im Kaiserreich, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 60 (2001), S. 343–366, hier S. 361 (auch aufgrund Rep. 89, Nr. 15439).*

Invaliden *ein baldiges* Vorgehen *für nötig, zumal manche* Vereine *ihre* Interessen rücksichtslos vertreten, *sogar mit* Petitionen *oder* Einzeleingaben *an den* Landtag. [B]

Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 138–169; MF 788/789.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein [zu 9], Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [beide zu 1]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], Lewald [zu 7], Frh. v. Broich [zu 8].

1. *Thronfolge in Lippe-Detmold.*[1] *Wilhelm II. hat die mögliche* Verweisung auf den Rechtsweg *für prinzipiell falsch erklärt; der* Bundesrat *ist* verfassungsmäßig *Entscheider. Hohenlohe und* Posadowsky *sehen aber nicht* Streit zwischen zwei Bundesstaaten, sondern nur zwischen zwei [...] Fürstenhäusern. *Posadowsky zielte deshalb bisher auf eine* Austrägal-Instanz *der* deutschen Fürsten. *Nun soll Sachsen anregen, daß die* Lippische Regierung *die landesgesetzliche* Regelung *der* Frage *sistiert, um dem* Bundesrat *Zeit zu geben,* sich über seine Kompetenz *klar zu werden.* [B] — **2.** Kaiser-Wilhelm-Erinnerungsmedaille. *Die Besitzurkunden mit der* Überschrift „Mit Gott für Kaiser, König und Reich" *werden als* preußische, *nicht als* Reichsauszeichnung *verliehen. Auch wer die* preußische Staatsangehörigkeit verloren *hat, soll sie erhalten.* [B] — **3.** *Die* Feier *zum 50. Jahrestag der* Erhebung Schleswig-Holsteins gegen Dänemark *war ein* fait accompli *von* Oberpräsident *E. v.* Köller; *das* Auswärtige Amt *soll sich äußern.*[2] [B] — **4.** *Politische Disziplin der Beamten. Nachdem* drei *hannoversche* Landräte *einen* Wahlaufruf des Bundes der Landwirte gegen die Nationalliberalen *unterschrieben haben, sind die* Provinzialbehörden *erneut darauf* hinzuweisen, *daß* Landräte sich unter keinen Umständen an Wahlaufrufen beteiligten sollten.[3] *Die* Ressortchefs *werden den* Provinzialbehörden *mitteilen, sich die* Weisungen *über ihr politisches Verhalten bei den* Oberpräsidenten zu holen. [B] — **5.** *Die* Disziplinaruntersuchung gegen *v.* Tausch *hat* nicht auf Dienstentlassung, sondern auf Versetzung *erkannt, da es nur um seine* Schulden und Darlehen *ging. Auf Wunsch Wilhelms II. ist* Berufung *einzulegen, so daß das* Staatsministerium *doch auf* Dienstentlassung *erkennen kann. Dann ist* Tausch finanziell zu stützen, *und* damit *behält* man ihn in der Hand.[4] [B] — **6.** Reform des kommunalen Wahlrechts. *Die* Vorlegung statistischen Materials *soll nur erfolgen, falls die* Kommission *des AH zur Beratung des diesbezüglichen Zentrumsantrages es anfordert.*[5] — **7.** *Nachdem in einer* Sendung amerikanischen Obstes *in* Hamburg *Schildläuse gefunden wurden, soll ein Einfuhrverbot* für Obst und lebende Pflanzen *aus den USA ergehen.*[6] [B] — **8.** *Acht Disziplinarsachen.* [B] — **9.** *Staatshilfen nach den* Überschwemmungen *in* Schlesien und Brandenburg. *Eine neue Vorlage*[7] *von 5 Mio.* M. *ist nötig.*

---

1 *Vgl. Rep. 90a, Z II 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 238 f. (Hohenlohe 26.1.1898) und StenBerBundesR, Jg. 1898, 3.2.1898, § 81.*
2 *Vgl. Wippermann, 1898, I, S. 272 f. (Feier am 24.3.1898).*
3 *Vgl. Puhle, Agrarische Interessenpolitik, S. 195–197 (BdL u. NLP in Hannover).*
4 *Vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 2930 (Disziplinarsache Tausch).*
5 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, 26.1.1898, S. 168–186.*
6 *Vgl. Rep. 87, B Nr. 19048 (Schriftwechsel seit Sept. 1897); RGBl., S. 5 (Bundesrats-VO v. 5.2.1898); Schultheß, 1898, S. 43–47 (Posadowsky im RT am 8.2.1898) u. S. 346 (Proteste in USA gegen Obst-Einfuhrverbote).*
7 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 37; Debatte dazu 9./10.2.1898, S. 469–502 u. 505–531.*

Nr. 318 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 171–205v, Anlage: Bl. 206–206v; MF 789/790.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1–2], B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [für E. Hammerstein], Braunbehrens [für v. d. Recke], Reichardt [zu 2], P. Sachs [zu 3].

1. *Hohenlohe, Hammerstein und Recke sind verhindert. —* **2.** *Handelspolitisches Verhältnis zu den USA nach der Entdeckung der* San-José-Schildlaus *in einer Ladung Obst. Einfuhrverbote sind lt.* Posadowsky *nicht* agrarische Maßregeln, *sondern sachlich nötig und auch in den USA üblich. Bülow erwartet gleichwohl Erschwernis der laufenden* Vertragsverhandlungen *und* Repressalien *gegen deutschen* Weinexport *sowie vor allem die* Schiffahrt*. Sterneberg hält* dilatorische Behandlung *für unmöglich, denn der* Schaden durch die Schildlaus *würde* weit größer als der Wert *der Weinexporte sein. Ein* Einfuhrverbot für lebende Sträucher und Bäume *wird gebilligt, bei* Obst *soll das* Verbot *nur für* Sendungen *mit nachgewiesenem Befall gelten. Den USA ist dieses* Vorgehen *zu erläutern.* [B] — **3.** *Polen- und Ansiedlungspolitik. Posadowsky hat den Verkauf ganzer* Güter *an deutsche* Besitzer *angeregt, um schneller eine* Germanisierung *zu erreichen. Die* Ansiedlungskommission *hält dies nur ganz ausnahmsweise für richtig; neben der gesetzlich stipulierten Aufsiedlung ist allenfalls zeitweise* Verpachtung *möglich.*[2] *Allerdings fehlen Ansiedlungswillige* [B]. *Der Versuch*, ländliche Arbeiter *in den Osten* zu ziehen, *wird von der* Ansiedlungskommission *als* vergebliches Bemühen *angesehen*, *denn die* an eine bessere Lebensführung gewöhnten Arbeiter des Westens *wollen* mit den bedürfnislosen Polen nicht konkurrieren *und* in die verwahrlosten Insthäuser *einziehen. Schon* Leute *mit* nur 5 bis 6 Morgen *arbeiten nicht mehr* auf dem Gutshofe*. Nur die* eingeleiteten Versuche *sind* fortzusetzen [B]. *Die Einweisung* ausgedienter Soldaten *in* Ansiedlerstellen *ist schwierig, da sie* dem landwirtschaftlichen Leben zu sehr entfremdet *sind; ein* Versuch mit Stellen *wird gebilligt* [B]. *Die vom Posener Oberbürgermeister* Witting *geforderte staatliche Förderung der* Niederlegung *der Festungsanlagen in* Posen *würde* Industrie *ermöglichen* [B]. — **4.** *Eine* Novelle[3] *zum Gesetz betr. die* Naturalleistungen *für das Militär ist* Posadowsky *zufolge umgehend einzubringen, weil die jetzigen* Entschädigungssätze *nach* Manövern *nicht ausreichen und das* platte Land *noch vor den* Wahlen *profitieren soll. —* **5.** *Politische Disziplin der Beamten. Der* gefährliche Charakter gewisser Vereine *und ihrer Organe ist bekannt. Dem ist disziplinarisch, durch Gründung patriotischer Beamtenvereine und* gute Lektüre *für Beamte entgegenzuwirken; vertagt.* — **6.** *Neuregelung des* Wartegeldes *für Beamte*[4]*; vertagt.*

---

1 *Gelesen [U]: Hohenlohe, F. Hammerstein, v. d. Recke.*

2 *Dazu die Äußerung auf der Anlage (Bl. 206).*

3 *StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 68; Beschluß Sitzung am 26.4.1898, § 276. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115402, n. f. (Entwürfe von 1897, Voten).*

4 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115405, n. f. (Voten, erneute Vertagung der Erhöhung 1899).*

Nr. 319 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 209–250v, Anlage: Bl. 251–252; MF 790/791.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V, zu 1–10], Miquel [V zu 10–11], Thielen [zu 10–11], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 10–11]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [zu 2, U], Renvers, Wedow, v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 10], G. Frh. v. Seherr-Thoß, v. Münstermann, P. Fuhrmann [alle zu 11].

1. *Bülow und Thielen sind verhindert.* — **2.** *Stellungnahme zur* Resolution[2] *des RT wegen Gehaltserhöhung für die* Landbriefträger. *Im RT beharren alle Parteien auf der* Erhöhung; *sie haben zugleich die* Erhöhung des Gehalts der Staatssekretäre von 24 000 auf 30 000 M. *abgelehnt.* Podbielski *und* Thielmann *wären wegen* Flottenfrage *und* Militärstrafprozeßordnung *zum Nachgeben bereit, aber Miquel ist gegen dieses Junktim und sieht auch keine politische Gefahr. Ein* Bundesratsbeschluß[3] *soll die Gehaltserhöhung im Rahmen der* Aufbesserung *für Unterbeamte 1899 ankündigen.* [B] — **3.** *Politische* Disziplin *der* Beamten. *Die* gutgesinnten Vereine *sind zu* fördern, *die agitatorisch auf* Vorteile *drängenden* Vereine *disziplinarisch zu bekämpfen. Gegen* Vorsteher *ist* Dienstentlassung *anzustreben, massenhafte* Petitionen *sind illegal. Vor den* Wahlen *sind Mitgliedschafts- oder Vereinsverbote untunlich, um die* politische Aufregung *nicht zu steigern, aber* Material *ist zu sammeln. Hohenlohe soll um* ein entsprechendes Vorgehen *im* Reiche *ersucht werden* [B]. *Den* Universitätsprofessoren, *die sich an der* Petition[4] *gegen die lex Arons beteiligen, soll Bosse sein* Befremden *aussprechen* [B]. — **4.** *Polenpolitik. Erhöhung der* Dispositionsfonds *für die drei* Oberpräsidenten[5] *wird vertagt* [B]. — *Goßler geht die Entfestigung von* Posen *an.* — **5.** *Disziplinarrecht. Der* Disziplinarhof *akzeptiert nun die vom* Staatsministerium *vertretene* Ansicht, *daß* Geldbußen *höchstens ein* Monatsgehalt *betragen dürfen.*[6] [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Über die* Feier *zum 50. Jahrestag der* Erhebung Schleswig-Holsteins gegen Dänemark *ist Wilhelm II.* zu berichten. [B] — **8.** *Die* Ressorts *müssen nicht alle* Beamte, *die nun* den Rang der Räte IV. Kl. *erhalten können, zur* Beförderung *vorschlagen.* [B] — **9.** Denkmal *für* Friedrich *III. Wilhelm II. wünscht eine Bewilligung von Etatgeldern durch den* Landtag *nur dann, wenn das Parlament dabei nicht in die* Gestaltung *eingreift, zumal er diese der* Kaiserin Friedrich überlassen *möchte.*[7] [B] — **10.** *Sieben Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **11.** Gesetzentwurf[8] *betr.* Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren. *Trotz rd.* 40 *Mio.* M. *Kosten muß nach Thielen in* Schlesien *und* Brandenburg *damit begonnen werden, da der* Ausbau des ganzen Flußgebiets *leicht* 10 Jahre *erfordert und Wilhelm II. gesetzliche* Maßregeln *wünscht. Lt. Miquel bleibt das Projekt momentan unübersehbar, und ist deshalb gegenwärtig nur zu beraten, ob* noch in dieser Session *ein* Gesetz-

[1] *Gelesen: B. Bülow [U].*
[2] *StenBerRT, Session 1897/98, 7.2.1898, S. 876–887. Vgl. Sitzung am 22.11.1897, TOP 4.*
[3] *StenBerBundesR, Jg. 1898, Sitzung am 20.5.1898, § 359.*
[4] *Vgl. Rep. 76, I Sekt 31a Nr. 18 Bd. 2 (div. Schriftwechsel ab 1898, bes. Stellungnahmen der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Univ.) und Preuß. Jahrbücher, Bd. 91 (1898), S. 388 ff. (Kommentar H. Delbrücks).*
[5] *Vgl. dazu deren Berichte, v. a. den im Prot. genannten Goßlers in: Rep. 87, ZB Nr. 175, Bl. 21–37.*
[6] *Vgl. Rep. 151, IB Nr. 4341, Bl. 28 ff.*
[7] *Vgl. Rep. 89, Nr. 20939, Bl. 17 ff. (Denkmalsfrage bis zur Enthüllung 1904) u. StenBerRT, Session 1897/98, 28.3.1898, S. 1843 f. (Antrag der Konservativen auf Denkmalbau für Friedrich III.).*
[8] *Rep. 87, F Nr. 1222, Bl. 31–46 (Entwurf v. 3.2.1898); in der Akte auch der weitere Fortgang. Vorentwurf in: Rep. 87, F Nr. 1221, Bl. 221–233. Die Grundsätze des Gesetzentwurfs als Anlage auf Bl. 251 f. Der Gesetzentwurf wurde – nur auf Schlesien bezogen – erst 1900 vorgelegt; vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 88; Debatte dazu 23.3.1900, S. 3494–3542.*

entwurf *einzubringen ist. Sinnvoll wäre, erst* Vorarbeiten *für die* gefährlichsten Flüsse *abzuschließen und die Situation* im Harz, in Thüringen, in Westfalen *zu erkunden; sonst bedeutet ein* Gesetzentwurf *eine* Last von unberechenbarer Schwere. *Eine Ministermehrheit optiert dafür, erst in der* Session *1899 und* nach Verständigung mit den Provinzialvertretern *ein* Gesetz *vorzulegen.* [B]

Nr. 320 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 15. Februar 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 186–218; MF KR 33.

Anwesend [U][1]*: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].*

1. *Wasserwirtschaftsbehörden.*[2] *Wilhelm II. zufolge haben seit den* Katastrophen *von* 1888[3] *weder das* Staatsministerium noch der Ausschuß *zur Untersuchung der Wasserverhältnisse* Wesentliches zu Stande gebracht. *Nun müssen Pläne für die* Gebirgsflüsse *und die* Oder *erarbeitet werden, wobei auch* Vorsorge für eine pflegliche Waldwirtschaft *durch* Gemeinden und Korporationen *zu* treffen *ist. Wilhelm II. bedauert, daß ihm nicht mehr* Vorschläge *für* Auszeichnungen *für bei der Hochwasser-Bekämpfung Tätige zugegangen sind, da er so* Freude zu bereiten *gewünscht hätte und etwaige* Verstimmung *sich ggf. bei den* Wahlen *entlädt. In der* Zentralinstanz *soll eine neue* Abteilung des Ministeriums für Landwirtschaft *die ganze* Verantwortlichkeit *für Wasserbau haben und das* Ministerium der öffentlichen Arbeiten *soll nur* Eisenbahn-Ministerium *sein. Der* Ausbau von Wasserstraßen *liegt* im Interesse der Landwirtschaft *und ist nicht preisdrückend.* Dünenbefestigung *bei* Helgoland *ist nötig. Thielen optiert für* ein vollständig neutrales Bauministerium, *wo der* stete Austausch der künstlerischen und technischen Erfahrung *gewährleistet ist; dagegen möchte Wilhelm II.* jedem Ressort seinen Baumeister *belassen. Miquel regt zudem die Übertragung der* Medizinalverwaltung *vom Kultus- auf das Innenministerium an, was Wilhelm II. billigt.* — **2.** Militärstrafgerichtsordnung. *Wilhelm II. erkennt kein bayerisches* Reservatrecht *an, wird* Prinzregent *Luitpold aber mitteilen, daß im Berliner* Zentralmilitärgerichtshof ein bayerischer Senat unter einem bayerischen General errichtet *wird. Bei Ablehnung sieht Wilhelm II. den* Weg der Vereinbarung der Kontingentsherren, *was Hohenlohe aber als verfassungswidrig bezeichnet.*[4] — **3.** *Eine lt. Miquel gegründete polnische* Vereinigung *zum* Ausschluß des deutschen Handels aus Polen, Galizien pp. *soll Brefeld beobachten.*

[1] *Gelesen: Bosse [U].*
[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 161–179v den Immediatbericht v. 17.8.1898 über die Wasserwirtschaftsbehörden.*
[3] *Vgl. Sitzungen am 22.6.1888, TOP 4 mit Anm. und am 17.2.1889, TOP 7 mit Anm.*
[4] *Vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 444–451 (S. 450 Nachweis des im Prot. genannten Schreibens des Prinzregenten an Wilhelm II. v. 16.4.1898).*

Nr. 321 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Februar 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 133, Bl. 254–299; MF 791/792.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

1. *Terminierung der Reichstags- und Landtagswahlen. Da bei einer teilweisen Ablehnung der* Flottenvorlage *durch das* Zentrum *die* Auflösung *des RT zu erwägen ist und von* Nationalliberalen *gefordert wird, muß vorher der* Etat *verabschiedet sein. Dazu wäre die* Flottenvorlage *in der* Kommission *dilatorisch* hinzuziehen. *Eine derartige* Auflösung *bringt nach Hohenlohe aber keine Vorteile bei der* Masse der Wähler, *nämlich* Sozialdemokraten, Freisinnigen *und* Zentrum. *Wilhelm II. ist zu informieren.* [B] — **2.** *Berufung eines neuen Mitglieds in das* Herrenhaus. Oberpräsident Fürst Hatzfeldt *möchte zudem den* Magnaten *F.* Graf Ballestrem *vom* konservativen Flügel des Zentrums *berufen haben; Miquel wünscht mehr reine* Industrielle, *aber Recke und Brefeld entgegnen, daß derartige Kandidaten* mehr oder weniger minderwertig *sind.* [B] — **3.** *Ernennung. Recke wird Wilhelm II. drei Kandidaten für die* Stelle des Polizeidirektors in Kiel *vorschlagen.*[1] [B] — **4.** Reform des Kommunalwahlrechts. *Die AH-Kommission wird auf ihren* Wunsch *etwas harmloses* Urmaterial *erhalten, um sie* in guter Stimmung *zu halten.* [B] — **5.** *Ressortverhältnis bezüglich der Maßnahmen an* hochwassergefährdeten Flüssen. *Die Ressorts Landwirtschaftsministerium und* Arbeitsministerium *werden das* Material *für baldige* Maßnahmen *vorbereiten. Hammerstein zufolge sollte künftig die gesamte* Wasserwirtschaft *in seinem Ressort* vereint *sein.*[2] *Hingegen möchte Thielen die* Vorarbeiten *einer* Kommission *aus* Technikern *des* Arbeitsministeriums *und den* besten Meliorationsbaubeamten *unter Leitung des* Oberpräsidenten *Schlesiens übertragen, der* zwischen den verschiedenen Interessen neutral *ist. Über deren* Projekte *müssen sich dann Thielen und Hammerstein* verständigen. [B] — **6.** Abtrennung *der* Wasserbauverwaltung *vom* Ministerium *der* öffentlichen Arbeiten. *Thielen zweifelt am Sinn dieser im* Kronrat *debattierten Maßnahme wie auch an der erwogenen Auflösung der* Hochbauverwaltung, *denn dann wäre der* Staat *auf* Privatbaumeister *und* Architekten *ganz* angewiesen. Wasserbau und Hochbau *sollten zusammenbleiben, ggf.* in einem Bauministerium. *Miquel hält dies für* eine der schwierigsten Organisationsfragen. *Hammerstein reklamiert die* Wasserbauverwaltung *für sich; Bosse will die zentrale* Bauverwaltung *beibehalten, Goßler und andere Minister möchten ein* Ministerium für Hoch- und Wasserbau. *Dazu sollen* kommissarische Beratungen *stattfinden*.[3] [B] — **7.** *Goßler erwägt den Ankauf eines Grundstücks an der* Ecke der Voß- und Königgrätzer Straße *um 1,7 Mio.* M. *für das* Kriegsministerium.

[1] *Ernannt wurde Bernhard v. Puttkamer. Zu seiner Dienstentlassung vgl. Sitzung am 19.4.1904, TOP 4 mit Anm.*

[2] *Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 5 Bd. 3, Bl. 42–51 (Immediatbericht v. 17.8.1898 betr. Übergang der wasserwirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten auf das Landwirtschaftsministerium).*

[3] *Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 5a Bd. 1, Bl. 23–43v (Bericht über die kommissarischen Beratungen v. 7.4.1898, weiterer Schriftwechsel, v. a. Widerstand der Gewerbe gegen künftige Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums). Die Prot. der kommissar. Beratungen auch in: Rep. 87, F Nr. 1489.*

Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 2–56, Anlage: Bl. 57; MF 792/793.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert.

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [zu 2, U].

1. Reichstag *und Reichskanzler.* Posadowsky *zufolge kommt es darauf an, daß die* Mittel für das Parlamentsgebäude *weiterhin* im Etat des Reichsamts des Innern *verbleiben und der* Reichskanzler *auch* Etatsherr gegenüber dem Reichstage *bleibt, so daß er z. B.* die Aufstellung ungeeigneter

Standbilder beanstanden *kann.* Scharfe Auseinandersetzungen *diesbezüglich sind zu vermeiden.*[1] [B] — **2.** Flottenvorlage. *E.* Lieber *war in der* Budgetkommission *des RT flottenfreundlich, aber beantragte auf Druck linker Zentrumsabgeordneter,* Kosten *über* 117 *Mio. M. p. a. durch* Matrikularbeiträge *aus Einkommensteuerzuschlägen nur für* Einkommen *über* 10 000 M. *zu finanzieren. Diesen* Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten *will* Lieber *vermeiden, sofern die* Bundesregierungen *erklären,* Mehrkosten den stärkeren Schultern aufzuerlegen. *Die* Konzession *in Form einer vorsichtigen* Erklärung[2] *ist zu machen, um das* Zentrum *einzubinden.* [B] — **3.** Erbfolgeordnung der *adeligen* Familien in der Provinz Westfalen*; vertagt.* — **4.** *Terminierung der Reichs- und Landtagswahlen. Es ist terminlich unmöglich, die ruhigen Abgeordnetenhaus-Wahlen zuerst anzusetzen, um einen günstigen* Einfluß auf die Reichstagswahlen *auszuüben. Dies wäre auch staatsrechtlich zweifelhaft, weil die Wahlperiode des AH erst sechs* Monate *nach der des RT endet.* [B] — **5.** *Kanalabgaben auf der oberen* Oder. *Eine Eingabe*[3] *des* Schlesischen Provinzialvereins für Fluß- und Kanalschiffahrt *und anderer Gewerbevereine verlangt niedrige* Tarifsätze *wie beim* Dortmund-Ems-Kanal. *Thielen sieht große sachliche Unterschiede, die auch im* Landtag *dargelegt wurden*[4]*, und angesichts der kräftig steigenden Exporte von* Kohlen und Eisenfabrikaten *aus* Oberschlesien *keine Gründe für eine Reduktion.* [B] — **6.** *Staatshilfen nach den Überschwemmungen. Die im AH beschlossene Ermächtigung für die* Staatsregierung, *ggf. bis zu 10 Mio. M. auszugeben, ist abzulehnen, und nur eine gleichgerichtete* Resolution[5] *annehmbar. Die Aufnahme der* Kreise *unter die Beihilfeberechtigten ist hinzunehmen, da die Abgeordneten sich hierzu* verpflichtet *halten.* [B] — **7.** *Polenpolitik. Die* Dispositionsfonds[6] für die *drei* Oberpräsidenten *von je* 400 000 M. *wurden in der* Budgetkommission *bewilligt. Statt* Stipendien *für* Subalternbeamte *sollen eher* Kaufleute und Handwerker, *die in der* Provinz *bleiben, sowie der unpolitische* Volksbildungsverein *Rickerts unterstützt werden. Ein neues* Museum *nebst* Gesellschaftsräumen *in* Posen *soll die* deutsche Gesellschaft *stärken.*[7] — **8.** *Angleichung des* Wartegeldes *für* zur Disposition gestellte Beamte *in* Preußen *an die höheren* Sätze *im* Reich. *Das* auswärtige Ressort *drängt darauf, um* Versetzungen *ohne* Unzuträglichkeiten *durchführen zu können, aber Miquel widerspricht. Eine* Erhöhung *nur für den* auswärtigen *Dienst soll* 1899 *erfolgen.* [B] — **9.** *Ernennung. Recke wird Wilhelm II.* eine doppelte Kombination *vorschlagen, um A.* Trott zu Solz *zum* Regierungspräsidenten *zu befördern.* [B] — **10.** *Ernennung. Recke wird den von den konservativen Großgrundbesitzern unterstützten Regierungsassessor W. v.* Alvensleben *zum* Landrat *in* Gardelegen *ernennen, obwohl er bei der* Präsentationswahl *dem Kandidaten der liberal-freikonservativen* Bürgermeister *und Landgemeinden unterlag.*[8] [B] — **11.** General von Spitz, *der die Mitwirkung der* Kriegervereine *angeboten hat, ist mitzuteilen, daß das* zehnjährige Regierungsjubiläum *Wilhelms II. nicht* gefeiert *wird.*[9] [B]

---

1 *StenBerRT, Session 1895/97, 31.1.1896, S. 681 (Resolution v. Leipziger). Vgl. auch Sitzungen am 31.1.1898, S. 750 u. 30.3.1898, S. 1935.*

2 *Als Anlage auf Bl. 57. Die am 12.3.1898, unter TOP 3 revidierte Erklärung gab Posadowsky am 16.3.1898 in der Budgetkommission des RT ab; vgl. Schultheß, 1898, S. 77 sowie Rauh, Föderalismus, S. 215–220.*

3 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

4 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, 11.2.1898, S. 551–556 (Gothein, Peters).*

5 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, 2.3.1898, S. 1071–1073 (Ablehnung durch Miquel) u. 10.3.1898, S. 1308 f. (Resolution u. Akzeptanz durch Miquel).*

6 *Vgl. Rep. 90a, D I 2 Nr. 8 Bd. 1 (1886–1901).*

7 *Zu den Posener Museums- und Bibliotheksbauten vgl. Rep. 77, Tit. 871 Nr. 1 Bd. 3 (Votum Bosses v. 22.4.1898, Protokolle der diesbezüglichen Beratungen in Posen v. 21.5. u. 8./9.9.1898).*

8 *Vgl. Rep. 77, Nr. 5089, Bl. 167–201.*

9 *Vgl. Wippermann, 1898, I, S. 10–12 (Reden Wilhelms II. zum Jubiläum).*

Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 60–95, Anlagen: Bl. 96–97; MF 793/794.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V, zu 3–10], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Frh. v. Thielmann [zu 2–3, U], Tirpitz, Capelle [beide zu 3], v. Kurowsky, Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Möbius, Wedow [alle zu 11].

1. *Orden II. Kl. sind auch für den* Kanzleichef *einer* Zentralbehörde *unzulässig.* [B] — **2.** Beihilfe *an* Kriegsveteranen *aus dem* Überschuß *des* Reichsinvalidenfonds. *Eine diesbezügliche* Resolution[2] *des RT will rd.* 6000 Veteranen *je* 120 M. *zuwenden. Da lt. Goßler bereits jetzt ein* Ehrensold für alle Veteranen *gefordert wird und weitere* Anträge *absehbar sind, ist die* Resolution *begründet* abzulehnen. [B] — **3.** Flottenvorlage. Lieber *verlangt die Aufnahme des Antrages*[3] Bennigsen *betr. Finanzierung von Mehrausgaben durch* Steuern *für Wohlhabende* in das Gesetz selbst, *da sonst die* Majorität *im RT klein bliebe. Miquel hält eine* freiwillige Erklärung der Bundesregierungen *für verfassungsrechtlich unbedenklich, denn* würde das Flottengesetz abgelehnt, *wäre der RT gegen das* Zentrum *aufzulösen und Neuwahlen brächten eine* Niederlage *für die Regierung.* Tirpitz *zufolge ist das* Aeternat *für* Ersatzbauten *der Kern des* Gesetzes *und er will dem im* Zentrum *schon* sehr *geschwächten* Lieber *entgegenkommen. Wegen Bedenken mehrerer* Minister *soll Posadowsky nur* im äußersten Falle bis zur Annahme *der* Erklärung *nachgeben.* [B] — **4.** *Polenpolitik. Miquel regt einen* Erlaß *an, um den* Beamten *der Ostprovinzen ihr Verhalten bezüglich* Förderung des Deutschtums *klar zu machen; vertagt.* — **5.** *Sofern die Berliner* Stadtverordneten-Versammlung *beschließt, an den* Grabstätten *der* Märzgefallenen *von 1848 einen* Kranz *niederzulegen, wird Recke diese* Verherrlichung der Revolution *durch den* Oberpräsidenten beanstanden lassen.[4] *Obwohl* Demonstrationen *nicht zu erwarten sind, werden* Truppen bereit stehen, *um* einen etwaigen Zug nach dem Schlosse zu verhindern. — **6.** *Ordenssache.* [B] — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Die Anregung*[5]*, die* Titulaturen *der* Staatsanwälte *abzuändern, z. B. in* „Generalstaatsanwalt" *statt* „Oberstaatsanwalt", *ist abzulehnen, zumal die Bezeichnung* Staatsanwalt [...] 2. Klasse *schlecht klingt.* [B] — **9.** *Gehaltserhöhung für* Landbriefträger. *Obwohl es unnötig scheint,* Flottenvorlage *und* Militärstrafprozeßordnung *im RT mit Entgegenkommen bei der Gehaltserhöhung zu fördern, möchte Miquel am diesbezüglichen Bundesratsbeschluß*[6] *festhalten.* [B] — **10.** Änderung des Zustellungsverfahrens *bei Orden.*[7] *Bei der* Generalordenskommission *ist dazu nachzufragen.* [B] — **11.** *Elf Disziplinar- und Pensionssachen.*[8] [B] — **12.** *Der* Dispositionsfonds *von* 500 000 M. zur Unterstützung *der Hinterbliebenen von* Beamten, *die* vor dem 1. April 1897 *starben, reicht lt. Schönstedt nicht aus. Eine* Erhöhung *lehnt Miquel aber ab, da die neuen Regelungen ab* 1897 *durchwegs* keine rückwirkende Kraft *haben.* — **13.** *Ordenssache.* [B]

---

1 *Gelesen [U]: Bosse, B. Bülow, Tirpitz.*

2 *StenBerRT, Session 1897/98, 21.3.1898, S. 1644.*

3 *Als Anlage auf Bl. 96. Auf Bl. 97 die im Prot. genannte Erklärung.*

4 *Vgl. Rep. 77, Tit. 151 Nr. 109, Bl. 63 ff. (Stadtverordnetenbeschluß zur Kranzniederlegung v. 11.3.1898, Beanstandung durch OB Zelle, abgewiesene Klage der Stadtverordneten vor dem OVG, da der Beschluß zur Kranzniederlegung aus polit. Gründen erfolgt sei); vgl. auch StenBerAH, 8.3.1899, S. 1213 ff. (Munckel).*

5 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, 4.2.1898, S. 366, 372, 378 (Schönstedt, Eckels).*

6 *Vgl. Sitzung am 11.2.1898, TOP 2 mit Anm.*

7 *Vgl. BArch, RK, Nr. 360, Bl. 27–52v (Voten).*

8 *Darunter auch der Lehrer Ernst Langscheid, der in einem Vortrag zum Kampf für das demokratische Prinzip aufgefordert hatte; vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 1620 u. Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, S. 113.*

Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums am 19. März 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 99a–137, Anlage: Bl. 138–139v; MF 794/795.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V, zu 1–7], Miquel, Bosse, E. Hammerstein, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [beide zu 4–9], B. Bülow*[2] *[zu 7–9]. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], v. Kurowsky [zu 8], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 2].

1. Abschriften aus dem Kronratsprotokoll *werden* grundsätzlich nur den beteiligten Herren Ministern persönlich in 1 Exemplar zugestellt; *auch* bei gewöhnlichen Staatsministerial-Protokollen *soll aus Geheimhaltungsgründen nur je eine Abschrift an die* beteiligten Ressorts *gehen.* [B] — **2.** *Polenpolitik. Eine* Eingabe[3] des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes *E.* Hasse *bemängelt, daß die* Generalkommission in Bromberg *gegen die* Ansiedlungskommission *arbeitet und der polnischen* Bank Ziemski *Kapital zuführt. Die* Generalkommission *ist bereits angewiesen, nicht wie bisher ca.* 48% *der* Rentengüter *an Polen zu vergeben. Ein gesetzliches Verbot* zur Bildung polnischer Rentengüter *ist aber ebenso untunlich wie die* Vereinigung *von* Generalkommission *und* Ansiedlungskommission. [B] — **3.** Immediatgesuch[4] des Verschönerungsvereins für das Siebengebirge wegen Bewilligung einer Geldlotterie und Verleihung des Enteignungsrechts zur Erhaltung des Gebirges. *Miquel will zunächst die* reiche Rheinprovinz *um* Mittel *und Maßnahmen gegen die* Steinbrüche *etwa am* Drachenfels *angehen; erst dann ist eine* Lotterie zu erwägen. [B] — **4.** *Polenpolitik. Der* Erlaß[5] *an die* Beamten *in den gemischtsprachigen* Provinzen *gibt ihnen auf, die* nationalen Bestrebungen zu fördern, *da* namentlich in den kleinen Städten *nur von ihnen* etwas zu erwarten *ist, und so* viele Deutsche *eine* Direktive *erhalten. Bosse sieht den* Verkehr des Beamten mit den Bürgern [...] dadurch erschwert, daß letztere in Posen vorwiegend Juden *sind.* Oberpräsident *Wilamowitz ist lt. Miquel für* aktive Aufgaben *ungeeignet. Der* vor den Wahlen *zu publizierende* Erlaß *soll es den* Freisinnigen *erschweren, sich* von der Gesamtheit der Deutschen loszulösen. — **5.** *Weitere* Verleihung der Kaiser-Wilhelm-Erinnerungsmedaille an Zivilpersonen. *Nach* 5600 Medaillen *sollen abschließend weitere rd. 2000 vergeben werden, darunter an den hochverdienten Th.* Fontane. *Den* 9850 Kriegervereinen *Preußens ist jedoch keine* Medaille für ihre Fahnen zu verleihen.— **6.** *Nach einer anonymen* Beschwerde, *daß* Kanzleibeamte bei Provinzialbehörden *stets nur das* Allgemeine Ehrenzeichen *erhalten, soll künftig* zeitiger und häufiger das Allgemeine Ehrenzeichen – nach 10 Jahren in Gold – an *sie gegeben werden und ausnahmsweise der* Kronen-Orden *IV. Kl.*[6] [B] — **7.** *Eine Sitzung am 22.3.1898 soll die* Interpellation[7] *J.* Szmula *betr.* Zulassung *russisch-polnischer Landarbeiter und den Antrag*[8] *v.* Mendel-Steinfels *betr.* Fleischbeschau *behandeln.* [B] — **8.** *Drei Diziplinarsachen.* [B] — **9.** *Ernennung.* [B]

---

1 *Gelesen [U]: Thielen, Schönstedt.*

2 *Bülow schrieb während dieser* namenlos langweilige[n] Sitzung des Staatsministeriums *einen kurzen Brief an Ph. Eulenburg; dies ergibt sich aus Röhl (Hrsg.), Eulenburg-Korrespondenz, Bd. 3, S. 1886.*

3 *Vgl. StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 174 (Übergang zur Tagesordnung empfohlen, keine Plenardebatte).*

4 *Abschr. in: Rep. 77, Tit. 324a Nr. 57 Bd. 1, Bl. 77–79 (24.11.1897). Ebd. weiterer Schriftwechsel inkl. Voten bis 1903. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 1053 Nr. 44 Beiakte II, Bl. 23 ff.*

5 *Als Anlage auf Bl. 138–139v. Auch in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 78–78v u. BArch, RK, Nr. 1012, Bl. 48. Druck in: Wippermann, 1898, I, S. 19 f. (mit Pressestimmen). Vgl. Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 232 f. und Grabowski, Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 144–146 (Miquel als Kontaktmann zum Ostmarkenverein).*

6 *Vgl. Sitzungen am 31.12.1896, TOP 3 mit Anm. und am 16.10.1891, TOP 6.*

7 *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 51; Debatte dazu 20./21.4.1898, S. 2069–2130 (Hammerstein S. 2073–2075).*

8 *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 92; Debatte dazu 27./29.4.1898, S. 2206–2257 (Hammerstein S. 2223–2225).*

Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 22. März 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 142–183; MF 795/796. — Druck [TOP 1]: Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931, S. 327 bis 332.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], Reichardt [zu 4].

1. *Wilhelm II. möchte* Tirpitz *zum* Staatsminister *ernennen. Miquel zufolge ist* dies ein ganz ungewöhnlicher Fall, *da die* Marine unter allen Reichsämtern am wenigsten mit preußischen Interessen zu tun *hat. Der Eindruck, daß die* Reichsinteressen *im* Staatsministerium *dominieren, wäre schlecht und umgekehrt die Furcht der* Bundesstaaten *vor preußischer Dominanz auch. Goßler möchte die* Teilnahme *von* Tirpitz *auf* Wasserfragen *begrenzen. Posadowsky glaubt, daß* Reichsschatzsekretär *Thielmann* für Preußen unendlich bedeutender *und eine derartige* Organisationsänderung *staatsrechtlich bedenklich ist. Hohenlohe lehnt einen* Protest [...] in corpore *ab, da der* refus *zu erwarten ist, aber wird Wilhelm II. bitten,* Tirpitz *nur den* Charakter eines Staatsministers zu verleihen, *analog wie* 1872 *bei* Stosch.[2] [B] — **2.** *Flottenvorlage im RT. Posadowsky wird im* Plenum *klar stellen, daß die* Erklärung *der* Bundesregierungen *nur für die nächsten* 6 Jahre, *nicht aber darüber hinaus* für ewige Zeiten *gilt.* [B] — **3.** *Wasserwirtschaft. Der* Kommission *zur Erarbeitung von Hochwasser-Schutzmaßnahmen sollen unter dem Vorsitz von* Oberpräsident *Fürst Hatzfeldt auch Prof.* Intze *und je ein Mitglied der Provinzialausschüsse von* Schlesien *und* Brandenburg *angehören.* [B] — **4.** *Stellungnahme zur* Interpellation Szmula *und zum* Antrag *von* Mendel-Steinfels *wegen* Zulassung *russisch-polnischer* Landarbeiter. *Vorgeschichte seit* 1885. Auswanderung, *Sachsengängerei und* intensive Landwirtschaft *haben den* Notzustand *verursacht. Lt. Miquel beträgt der Lohn als* Industriearbeiter täglich 5 M., *auf dem Land* nur 1½ M. *Erwogen werden* Zulassung *russisch-polnischer Arbeiter* im Gesindedienst und weiterer Ersatz durch andere Nationalitäten *wie* Schweden *und* Italiener. *Die weitere* Erörterung *wird vertagt.*[3] [B] — **5.** *Polenpolitik. Miquel möchte, daß die* Ressorts *melden,* wann und wie *die* Beschlüsse des Staatsministeriums *ausgeführt wurden, etwa bezüglich der Vergabe von Inseraten in* hetzerische staatsfeindliche Blätter *wie die freisinnige* „Posener Zeitung". *Lt. Schönstedt kann die Justiz dies im Handelsbereich nicht ganz vermeiden.* — **6.** *Die Frage der* Fleischbeschau *sollen im* Landtage *Hammerstein und Bosse* gemeinsam *vertreten. Über Importverbote für* Fleisch *aus* Schweden, Dänemark *und USA ist bald* eine Entscheidung zu treffen. — **7.** *Der Beschluß, daß die* Ressortchefs *die* Provinzialbehörden *anweisen, sich die* Weisungen für ihr politisches Verhalten bei den Oberpräsidenten zu holen, *ist* nicht allerseits *umgesetzt worden*; dies *ist* nachzuholen. *Miquel zufolge wird überhaupt* Vieles im Staatsministerium *Beschlossene leider* nicht so bald ausgeführt. [B] — **8.** *Lt. Miquel müssen die* Provinzialbehörden *aufgefordert werden, das* Material über das Verhalten der Beamten-Vereine *bald an die* Ressorts *zu senden, damit* nach den Reichstagswahlen *das* Vorgehen *beschlossen werden kann.* — **9.** *Ernennung.* [B]

---

1 *Gelesen: Thielen [U].*

2 *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 435–437 (Hohenlohe am 23.3.1898 an Wilhelm II., der am 27.3.1898 ablehnt) und Röhl, Deutschland ohne Bismarck, S. 236.*

3 *Vgl. Sitzung am 16.4.1898, TOP 3 mit Anm.*

Nr. 326 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 28. März 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 185–190; MF 796.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U], Posadowsky. — Prot. Humbert [U].

Wilhelm II. hält daran fest, Tirpitz zum Staatsminister mit Sitz und Stimme im Staatsministerium zu ernennen.[1] *Miquel wiederholt seine* politischen Bedenken, *v. a. daß dies* eine Zurücksetzung für die ebenso verdienten älteren Staatssekretäre *wie* Nieberding *bedeutet und* Preußen *von* Männern *des Reichs abhängt. Für Posadowsky ähnelt dies einer* Titelverleihung; *damit könnte leicht* ein Rückschlag gegen die Marine eintreten. *Hohenlohe wird die* vorhandenen Bedenken, auch diejenigen finanzieller Natur, *Wilhelm II., der gerade in der Reichskanzlei eintrifft, vortragen. Wenig später kehrt Hohenlohe* mit der Mitteilung zurück, *daß Wilhelm II. die* Ordres vollzogen *hat und* Tirpitz *persönlich überbringt.*

[1] *Vgl. Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 332 u. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 34 f. (Jagemann).*

Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 192–243v; MF 796/797.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].

1. Einführung *von* Tirpitz *in das Staatsministerium.* — **2.** *Erbrecht des Adels in Westfalen. Da das BGB die Abweichung vom* Pflichtteilsrecht *nur durch* landsgesetzliche *Regelung vor dem* 1. Januar 1900 *zuläßt, möchte die* Ritterschaft *erreichen, daß ein Kind erben kann und die* Geschwister *nur mäßige* Abfindung *erhalten. Ein* leistungsfähiger *Grundadel liegt zwar im* Staatsinteresse, *aber die* Ritterschaft *könnte alternativ Fideikommisse stiften oder die neue Höfeordnung*[1] *nutzen. Recke möchte dem Wunsch nachgeben, da dies* 1837 *verprochen wurde. Zunächst ist* abzuwarten, wie das Anerbengesetz[1] für Westfalen *ausfällt.* [B] — **3.** Reform der Wohnungsverhältnisse.[2] *Die seit* 1895 *erwogenen neuen* Grundsätze der Wohnungshygiene *werden auf Wunsch Miquels erörtert, da auch* Bauordnungen *zu novellieren und* kleine Arbeiterwohnungen zum Mietspreise von etwa 100 bis 300 M. *herzustellen sind. Ausführliche Debatte, u. a. über gesetzliche Ermächtigung der* Gemeinden *zur* zwangsweisen Zusammenlegung von Baugrundstücken; *über unterschiedliche* Bauordnungen *für* Zentrum *bzw.* Peripherie *einer* Stadt; Einführung von Arbeiterfahrkarten, *die aber nicht die* Arbeiternot auf dem Lande fördern *und* Arbeiter *zu städtischen* Sozialdemokraten *machen sollen; über Erbverpachtung von Baugrund durch die* Städte, *was Miquel in* Frankfurt *durch die an hohen* Mieten *interessierte* Stadtverordnetenversammlung *früher* abgelehnt *wurde, sowie zum gesetzlichen Erfordernis von* 10 *Kubikmeter* Luftraum *für Erwachsenen-Schlafzimmer, was der* wilden Freizügigkeit *steuern könnte. Bezüglich* Einrichtung einer staatlichen Wohnungsinspektion *bezweifelt Hohenlohe,* ob der Staat *für die* Gesundheit seiner Staatsbürger zu sorgen *hat, sonst untersucht ein*

[1] *GS 1898, S. 139. Die Voten nebst Zusammenfassung der Vorgeschichte seit 1826 in: BArch, RAdI, Nr. 115416, n. f.*

[2] *Vgl. Rep. 76, VIII B Nr. 2084, Bl. 1 ff. (Vorgeschichte seit 1895); ebd., Bl. 76 ff. die im Prot. genannte* Tagesordnung; *Bl. 111 ff. Prot. der kommissar. Beratungen ab Juni 1898; Bl. 286 ff. Abschlußbericht v. 16.6.1899. Vgl. Zimmermann, Von der Wohnungsfrage zur Wohnungspolitik, S. 209 ff.*

Inspektor noch, ob das Essen pp. auch gesund *ist*. *Der* Zuzug vom Lande nach der Stadt *bleibt lt. Hammerstein möglichst* einzuschränken, *während Miquel zufolge die* Gutsbesitzer *durch* bessere Wohnungen *weniger* Arbeitermangel *hätten. Posadowsky moniert,* daß die Regierung [...] zu viel gesetzlich ordnen *möchte und die* Bevölkerung *so* bei weitem zu stark belastet, *während Miquel dies v. a. für die* Sozialpolitik *gelten läßt*. *Da* Baupolizei-Verordnungen *nicht ausreichen, werden* kommissarische Beratungen *mit* 6 gegen 5 Stimmen[3] beschlossen. [B] — **4.** *Die vom* Landgericht in Posen *für einen Presseprozeß*[4] *erbetene Zeugenvernehmung Reckes über eine angebliche* geheime Verfügung *gegen alle* polnischen Vereine *wird gem.* § 53 der Strafprozeßordnung *nicht versagt, da es lt. Recke allenfalls* Anklänge daran *in* einzelnen Verfügungen *gibt. Es muß aber* ausgeschlossen *sein,* einen Beamten eidlich als Zeugen *darüber zu* vernehmen, [...] ob er *eine* geheime Verfügung erlassen *hat, denn sonst* könnten die Leute hinter alle Staatsgeheimnisse kommen. [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Politische* Mandate *für Beamte. Der* Regierungspräsident v. Tiedemann *soll als MdR kandidieren, um den* polnisch vertretenen Wahlkreis Bromberg zu gewinnen. *Da er als MdA* 6–10 *Monate in Berlin lebt, sind* zwei Mandate *dienstlich untragbar. Er muß* als Regierungspräsident *abgehen und soll wie gewünscht zum Abschied den Titel Wirklicher Geheimer Rat erhalten* [B]. *Bei* Regierungspräsident *E. v.* Jagow *liegt die* Sache anders, *da* dieser *nur* zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses [...] zeitweilig *nach Berlin kommt.*

[3] *Die Minderheit bestand wohl aus Hohenlohe, Posadowsky, Recke, Goßler und Bosse.*

[4] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 50464 u. Rep. 77, Tit. 1063 Nr. 9 Bd. 2, n. f. (Prozeß gegen den Redakteur der Posener Zeitung Oredownik, Josef Siemianowski). § 53 der StPO v. 1.2.1877 gab Kaiser, Landesherren bzw. Vorgesetzten das Recht, die Zeugenvernehmung eines Beamten zu versagen, wenn das Wohl des Reichs oder Bundestaates Nachteil erleiden würde. Div. Fälle in: Rep. 90, Nr. 616.*

Nr. 328 Sitzung des Staatsministeriums am 16. April 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 134, Bl. 244–288; MF 797/798.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Lohmann [für Brefeld], Grandke [zu 1], Reichardt [zu 3].

1. *Ankauf des Grundstücks* Wilhelmstr. *63.*[2] *Das für 2,6 Mio.* M. *erworbene ehem.* Stolbergsche Palais *sollen nach* Umbau *das* Staatsministerium *und die* Generallotteriedirektion *nutzen. Die* Dienstwohnung *des Handelsministers ist im bisherigen Staatsministerialgebäude* Leipziger Platz 11 *einzurichten*. [B] — **2.** *Das Betriebsergebnis der Staatseisenbahnen* im Rechnungsjahr 1897/98 *beträgt 318,6 Mio.* M. *im* Personenverkehr, *781,9 Mio.* M. *im* Güterverkehr *und somit* 6,43% *bzw.* 4,76% *mehr.* — **3.** *Landarbeitermangel in den* östlichen Provinzen.[3] *Hammerstein schlägt* 8 Punkte *vor, u. a.* Zulassung *russisch-polnischen* Gesindes *in einem Grenzstreifen* von 1 bis 2 Meilen, *was aber Bedenken mehrerer Minister wegen der Polonisierung erregt;* Posadowsky *sieht darin eine* nicht blos nationale, sondern auch hygienische Gefahr, *etwa wegen* Pocken. Arbeitskräfte *verlangt vor allem der* Zuckerrübenbau; *schon die* Erbauung guter Wohnungen *würde den Arbeitermangel beheben. Die* Ausdehnung der Rückkehrfrist für Saison-Arbeiter *bis* 1. Dezember *ist*

[1] *Gelesen: Brefeld [U].*

[2] *Vgl. Demps, Berlin-Wilhelmstraße, S. 155; Wilderotter, Alltag der Macht, S. 48 f. und StenBerAH, Session 1899, 17.1.1899, S. 20 u. 16.3.1899, S. 1567.*

[3] *Vgl. Rep. 87, C Nr. 1279, n. f. (im Prot. gen. Bericht Heydebrands v. 8.3.1898, Votum Hammersteins v. 9.4.1898). Diese Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115058, Bl. 95 ff.; ebd., Bl. 188 ff. der neue Erlaß des MdI an die vier Oberpräsidenten v. Febr. 1899 betr. längere Zulassungszeiten.*

sinnvoll [B]. Verwendung schulpflichtiger Kinder in der Landwirtschaft *wird schon jetzt gewährt, soweit* mit den Interessen der Schule verträglich [B]. *Die* Militärverwaltung *soll die* freie Fahrt *der Militärentlassenen auf die früheren Arbeitsorte begrenzen, damit sie* wieder nach dem Osten gehen. *Dies wie die Begrenzung der* Arbeitsnachweise *nur auf die* Heimatprovinz *ist praktisch schwer umzusetzbar* [B]. *In der* Frage des Kontraktbruchs *möchte Hammerstein eine* reichsgesetzliche Regelung *versuchen, aber* Posadowsky *sieht zivil- wie strafrechtlich kaum Möglichkeiten, da man nicht* tausend Arbeiter *in* ganz Deutschland *suchen kann* [B]. *Die* Arbeiterwohlfahrtspflege *ist* im Auge zu behalten [B]. *Die Antwort*[4] *auf die* Interpellation *J.* Szmula *wird formuliert, wobei Posadowsky betont, man könne* nicht den Arbeitsmarkt regulieren *und die Gewinne der* Industrie *zu Lasten der* Landwirtschaft *verhindern* [B]. — **4.** *Pressepolitik.*[5] *Die* „Berliner Korrespondenz" *will Recke* zu einem politischen Organe *umgestalten, wo* Leitartikel *zur Regierungshaltung erscheinen, und die* „Hülle'sche Korrespondenz" *soll zur* Speisung der kleinen Provinzialblätter dienen. *Tirpitz hält, um* Einfluß auf den Reichstagswähler zu gewinnen, *eine* Fühlung mit der gesamten Presse, *die von* Zentrum und *Freisinn* ausgenommen, *für nötig; er hat sich* einen sehr leistungsfähigen Apparat *aufgebaut.*[6] *Als* Direktor des Literarischen Büros *wünscht Recke* Dr. von Falck, *während Hohenlohe und* Bülow *H.* Jacobi *befürworten*. [B] — **5.** *Miquel regt an, daß Hohenlohe den* Erlaß an die Beamten *der gemischtsprachigen* Provinzen *auch auf die* Reichsbeamten *und die* Elsaß-Lothringens *ausdehnt.* — **6.** *Vom fünzigjährigen Bestehen des Landwirtschaftsministeriums*[7] *ist Wilhelm II. keine besondere Mitteilung zu machen.* [B] — **7.** *Titelverleihung.* [B]

[4] *StenBerAH, Session 1898, 20.4.1898, S. 2073–2075 u. 2097–2101 (Hammerstein).*
[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 238 ff. (Votum Reckes v. 1.4.1898 u. weitere Voten).*
[6] *Vgl. Deist, Wilhelm, Flottenpolitik und Flottenpropaganda, Stuttgart 1976, bes. S. 71 ff. u. 129 ff. und Stöber, Pressepolitik, S. 54 f. u. 237–239 (aufgrund Rep. 77, Tit. 948, diverse Nrn. u. BArch, RK, Nr. 1560).*
[7] *Im Prot. fälschlich: Oberlandeskulturgericht; vgl. Korrektur in der Sitzung am 27.6.1898, TOP 11.*

Nr. 329 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 19. April 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 289–298v; MF 798/799.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–2], Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].

1. *Terminierung der* Reichstagswahlen. Drei Alternativen *Mitte* Juni, *da* jeder Tag später *nur* Stimmen *kostet. Die Wahlen sind in die zweite Hälfte der Woche zu legen, weil dann die* nach der Lohnzahlung am Sonnabend und am Sonntag stattfindenden Agitationen nicht mehr so stark *nachwirken.*[1] [B] — **2.** *Noch* vor den Reichstagswahlen *sollte Hohenlohe Miquel zufolge erklären, daß* die Regierung ein Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente gegen den Umsturz *und* Zusammenschluß der produktiven Stände *bei* Schutz der nationalen Arbeit *befürwortet. Hohenlohe hält solche* Mahnungen *bei der* Parteienzerklüftung *für nutzlos, zumal doch erneut* Zentrum und Sozialdemokraten den Sieg davon tragen *würden. Nicht als* Regierungsprogramm, *aber als* Wahlparole *stimmt Hohenlohe der* Abgabe einiger allgemeiner Sätze *zu, allerdings* im Herrenhause.[2] —

[1] *Vgl. Fairbairn, Brett, Democracy in the Undemocratic State. The German Reichstag Elections of 1898 and 1903, Toronto 1997, S. 92–94.*
[2] *Vgl. Fairbairn, Democracy in the Undemocratic State, S. 86–88. Hohenlohe hielt keine derartige Rede; allerdings ließ Posadowsky nach Absprache mit Hohenlohe am 7.6.1898 ein Privatschreiben veröffentlichen, in dem die Sammlung gegen die Sozialdemokratie befürwortet wurde; vgl. ebd., S. 97 f. und Wippermann, 1898, I, S. 226–230.*

3. *Politische Mandate für Beamte.* Tiedemann *möchte lieber Regierungspräsident bleiben und das angebotene* Reichstagsmandat *ablehnen. Als* Ausweg *könnte* Tiedemann *das* Mandat *annehmen, aber zum* 1. April *1899* sein Amt *niederlegen.*[3] [B]

[3] *Vgl. Gey, Thomas, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871–1920, Köln/Berlin 1976, S. 36 f.*

Nr. 330 Sitzung des Staatsministeriums am 25. April 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 134, Bl. 300–339v; MF 799.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], Reichardt, Küster, RegAss. Schröder [alle zu 2].

1. *Thielen ist verhindert.* — **2.** *Stellungnahme zum* Antrag *H. v.* Mendel-Steinfels *betr.* Einführung der obligatorischen Fleischbeschau *in Preußen und gleichwertige Fleischkontrolle* an den Grenzen. *Hammerstein ist für* Verbot *der* Einfuhr von Würsten und Konserven *und für ein* Reichsgesetz, *da* vielfach *trichinöse* Sendungen[1] *aus den USA* eintreffen, *der* Import *von* 21 *Mio. M.* 1896 *auf* 44 *Mio. M.* 1897 *stieg, Frankreich z. B.* hohe Eingangszölle *erhebt und* Rußland *nicht geschädigt wird, weil der* Grenzverkehr *bleiben soll.* Bülow *sieht die* Fleischbeschau im Innern als Vorbedingung für Maßregeln gegen das Ausland *und hat* Bedenken *wegen* Retorsion *durch die USA. Miquel sieht sachliche Gründe gegeben und erwartet* vor den Wahlen eine gute Wirkung. Reichsgesetz *und* gleichwertige Kontrolle des Imports *von* Fleisch *werden* einstimmig *gebilligt;* sofortiges Einfuhrverbot für amerikanische Würste und Konserven *unterstützen nur Hammerstein, Bosse und Goßler* [B]. *Betr.* Einfuhr von Vieh aus seuchenverdächtigen Ländern *soll* erneute *Sachprüfung stattfinden* [B]. *Die* Pferdeeinfuhr *aus den USA ist nicht zu beanstanden* [B]. *Wegen der* russischen Gänseeinfuhr *wird das* Auswärtige Amt *mit* Rußland *verhandeln* [B]. — **3.** Unterbringung geisteskranker Verbrecher. *Die* Petitionen[2] *der Provinzialverbände, der Staat möge die* Fürsorge *übernehmen, sind abzulehnen und nur* Beobachtungsstationen *zur Feststellung der* Geisteskrankheit *einzurichten.* [B] — **4.** *Pressepolitik. Der Klage von V.* Schweinburg, *daß auch der 1897* wegen Beleidigung *von Staatsminister v.* Marschall *verurteilte* Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung" Wegener aus den Ministerien Nachrichten *erhält, ist nicht abzuhelfen, da* Wegener *regierungsfreundlichen* Einfluß *auf Zeitung und* Bund der Landwirte *übt.* [B] — **5.** *Stellungnahme zur* Interpellation[3] *G.* Gothein *betr. Verweigerung der* Errichtung eines Mädchengymnasiums in Breslau. *Bosse hielt den vorgeschlagenen* Lehrplan *des Frankfurter* Reformgymnasiums *für sehr bedenklich; v. a. ist ungeklärt,* inwieweit Mädchen an den Universitäten immatrikuliert *sein dürfen. Er will* Frauen *nicht* zu Konkurrentinnen der Männer [...] erziehen *und hält am* Ziel *fest, sie* zu guten Hausfrauen und Müttern zu erziehen. *Einzelne haben allerdings berufliche* Befähigung, *bes. als* Ärztinnen, *und werden bereits als* Hospitantinnen zugelassen; *generelle* Frauen-Emanzipation *ist*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1622, n. f. (Denkschrift betr. trichinöses Fleisch aus den USA v. 18.5.1898). Der im Prot. genannte Artikel aus E. Klappers Deutscher Agrarzeitung als Beilage zur Prot.-Abschrift in: Rep. 90, Nr. 1814, n. f.*

[2] *StenBerHH, Session 1896/97, Drucks. Nr. 44; Debatte dazu 15.2.1897, S. 122–129.*

[3] *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 153; Debatte dazu 30.4.1898, S. 2259–2286 (Bosse S. 2261 ff.). Die Akte Rep. 76, VI Sekt. 8 Breslau ee Nr. 5 Bd. 1 (höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend vor 1908) ist nicht überliefert. Vgl. VI. HA, NL Bosse, Nr. 9 (Tagebuch), Bl. 18, die Mitteilung, daß die freisinnig dominierte Breslauer Stadtverordnetenversammlung ihn deshalb sehr kritisierte. Zum Umfeld vgl. Albisetti, James C., Schooling German Girls and Women. Secondary and Higher Education in Nineteenth Century, Princeton 1988.*

abzulehnen. Miquel zufolge degenerierten *die* Deutschen in den Kolonien durch Verbindung mit eingeborenen Frauen *häufig; nach* Ansicht *Wilhelms II. könnte* der Überschuß an Frauen *daher* vielleicht durch Übersiedelung in die Kolonien vermindert werden. [B]

Nr. 331 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. Mai 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 3–15v, Anlage: Bl. 16–18; MF 800.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [U].

1. Aufhebung der Getreidezölle *wegen der* ungewöhnlich hohen Getreidepreise. *Die zur* Interpellation[1] *I.* Auer *von Thielmann für Hohenlohe abzugebende* Antwort[2] *wird gebilligt* [B]. *Der Termin soll aber vom* Präsidenten *des RT erst im Anschluß an die Verabschiedung der* Militärstrafgerichtsordnung *angesetzt werden* [B]. — **2.** *Terminierung des Schlusses von Reichstags- und Landtagssession. Wilhelm II. soll den* Landtag, *der* mit Ausnahme des Vereinsgesetzes alle Vorlagen der Regierung genehmigt *hat, persönlich* schließen. [B] — **3.** Militärstrafgerichtsordnung. *Goßler zufolge bestehen vor der Annahme* in 3. Lesung[3] *nur geringe* Differenzen, *etwa bezüglich der* Verhaftung eines Offiziers durch Jedermann wegen Fluchtverdacht. *Hohenlohe soll Wilhelm II. sagen, daß das* Staatsministerium *die* Vorlage *wie sie wohl gegen einige rechte Konservative beschlossen werden wird, billigt. Nur alte Generale behaupten, daß das Gesetz* das alte Preußen vernichte, *während gerade durch das* Festhalten *Wilhelms II.* in allen wesentlichen Punkten *die* Aufrechterhaltung der Disziplin gewährleistet *bleibt. Lt.* Tirpitz *meint man in der* Marine, daß eine so gute Militärstrafgerichtsordnung nicht wiederkommen *würde.*

[1] *StenBerRT, Session 1897/98, Drucks. Nr. 263; Debatte dazu 5.5.1898, S. 2202–2225 (Thielmann S. 2207).*
[2] *Als Anlage auf Bl. 16–18.*
[3] *StenBerRT, Session 1897/98, 4.5.1898, S. 2155–2185. Vgl. Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 451–459.*

Nr. 332 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 20–58v; MF 800/801.

Anwesend: Hohenlohe [V zu 4–6, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler, Posadowsky [U], B. Bülow [U], Tirpitz [U]. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 4], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 1].

1. *Neun Disziplinarsachen.* [B] — **2.** Gesetzentwurf[1] *betr.* Verpflichtung der Gemeinden in der Provinz Sachsen zur Bullenhaltung *wird bis zur Landtagssession 1899 zurückgestellt*. [B] — **3.** *Pressepolitik. Die* Besitzerin *der* Posener Zeitung, Frau Röstel, *hat sich* im Hinblick auf die ihr

[1] *BArch, RAdI, Nr. 115410, Bl. 97–117v (Gesetzentwurf und Voten). Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 132; Debatte dazu 26.4.1899, S. 1977 f. (angenommen).*

angedrohte Entziehung der Inserate bereit erklärt, *ihren* Redakteur Wagner, *der* ein sehr gefährlicher Radikaler *unter den* Freisinnigen *ist,* zu entlassen. *Behördliche* Maßregeln *gegen die* Posener Zeitung *sind* bis auf weiteres zu sistieren.[2] — **4.** Stellungnahme *zu den* Beschlüssen[3] *des RT beim* Gesetzentwurf über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. *Die Fassung des RT, wonach ein* Dolmetscher zuzuziehen *ist, sofern* ein Beteiligter *erklärt, der* deutschen Sprache nicht mächtig *zu sein, ist lt.* Nieberding *für Polen- und Dänenpolitik nicht so nachteilig, um den* ganzen Gesetzentwurf, *der für die BGB-Einführung* zum 1. Januar 1900 *essentiell ist, zu* verwerfen. *Zudem kann per* Landesgesetzgebung *den* Polen *eine* Gebühr *abverlangt und das* Gesetz *in der* Dolmetscherfrage *bald novelliert werden* [B]. *Auch* Konkursordnung[4] *und* Gesetzentwurf[5] betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung *inklusive der Novelle zur* Zivilprozeßordnung *werden gebilligt* [B]. — **5.** Wiederzulassung *der kath.* Orden *der* Lazaristen und der Schwestern vom heiligen Herzen Jesu.[6] *Hohenlohe zufolge bräuchten bei Zulassung der* Schwestern *der* katholische Adel *und die* besseren Stände *die* Töchter *nicht länger im Ausland erziehen lassen. Die* Richtung *der* Politik *muß* eine versöhnliche *sein. Lt. Bosse ist es eine* Frage *politischer* Opportunität, *die beiden mit den* Jesuiten *verwandten* Orden *zuzulassen, etwa um* dem Zentrum für seine regierungsfreundliche Haltung in der Flottenfrage eine Art Äquivalent *zu gewähren; allerdings sind die* Evangelischen *nicht dafür. Recke möchte die Frage* als Kompensationsobjekt für später *aufheben, während* Tirpitz *und* Bülow *für Zulassung sind, da man* im Zentrum die konservativen Elemente stärken *muß. Die Zulassung* vor den Wahlen *wird* mit 8 gegen 4 Stimmen *befürwortet; die* Zustimmung *Wilhelms II. ist einzuholen.* [B] — **6.** Einführung des Reichspressegesetzes als Landesgesetz in Elsaß-Lothringen.[7] *Die* Kommission des Landesausschusses *lehnt das dem* Ministerium *eingeräumte Verbot französischsprachiger* Druckschriften *ab, da die* französische Sprache *im Elsaß* Umgangssprache der gebildeten Klassen *und* in Lothringen *meist* sogar Volkssprache *ist. Der* Vorschlag *des* Statthalters *Hohenlohe-Langenburg, daß ersatzweise* Druckschriften, *die den* öffentlichen Frieden *gefährden oder die* Grundlagen der bestehenden Staatsordnung angreifen, *von* Kolportage *und* Sendung unter Kreuzband *per Post* ausgeschlossen *werden können, wird gebilligt.* [B]

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 945 Nr. 5 Beiakte a, n. f. (Bericht Jagows v. 29.4.1898 über ein Gespräch mit Frau Röstel).*
[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1897/98, Drucks. Nr. 166; Debatte dazu 8.3.1898, S. 1402–1407, 10.3.1898, S. 1442–1460.*
[4] *StenBerRT, Session 1897/98, Drucks. Nr. 237; Annahme in der Sitzung am 2.5.1898, S. 2083.*
[5] *StenBerRT, Session 1897/98, Drucks. Nr. 283; Annahme in der Sitzung am 5.5.1898, S. 2198–2202.*
[6] *Vgl. PA AA, R 9334 (div. Berichte zur Tätigkeit der Lazaristen, Antrag Pater Schreiber v. 4.1.1898 auf Zulassung); Rep. 89, Nr. 24155, Bl. 261 ff. (Immediatbericht Hohenlohes v. 12.5.1898); Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 444; Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 550 f.; Bachem, Zentrumspartei, Bd. 9, S. 302 f. (Widerspruch Kardinal Kopps verhindert die Wiederzulassung) u. Sitzung am 29.6.1894, TOP 1.*
[7] *Vgl. allg. BArch, RAdI, Nr. 115303, n. f.*

Nr. 333 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 135, Bl. 59–62v; MF 801.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], Thielen [U], Bosse [U], E. Hammerstein, Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], B. Bülow [U], Tirpitz [U]. — Prot.: Humbert [U].*

1. *Der* Wortlaut der Thronrede[2] *zum Landtagsschluß wird* festgestellt. — **2.** *Ordenssache. Der* Wirkliche Oberkonsistorialrat Brückner *soll, da* Geistliche *nicht* Wirklicher Geheimer Rat *werden*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *StenBerAH, Session 1898, 18.5.1898, S. 2747 f.*

können, den Roten Adler Orden I. *Kl. oder die* Brillianten zum Kronen Orden I. *Kl. erhalten.* [B] — **3.** *Titelverleihung. Der Verwaltungsleiter der* Königlichen Porzellanmanufaktur, *Barenthin, soll den* Titel „Direktor der Porzellanmanufaktur“ *erhalten.* [B]

Nr. 334 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 65–100; MF 801/802.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse [zu 4–9], E. Hammerstein [zu 3–9], Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann, Reichardt [beide zu 3–4].

1. *Die* Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung *wiesen im* April *ein* Plus von *6,7 Mio.* M. *gegenüber* April 1897 *auf.* — **2.** *Mißbrauch der Freifahrtkarten der Staatseisenbahnen durch Reichs- und Landtagsabgeordnete zwecks* Wahlagitation*. Besonders Abgeordnete des* Zentrums *und der SPD fingieren* Heimatsorte*; aber auch Beamte kassieren* Gehalt, die Diäten und Reisekosten *und obendrein die* Diäten als Abgeordnete*. Die* Sache *ist* weiter zu verfolgen*.* [B] — **3.** *Die* Interpellation[2] *von Graf Kanitz über die Getreideversorgung im Kriegsfall kommt* wieder auf seinen Antrag hinaus, daß der Staat bei niedrigen Preisen die Getreideläger *füllen, bei Preisanstieg* Mitteldurchschnittspreise *festsetzen soll. Hohenlohe zufolge ist der* gegenwärtige höhere Preisstand *keineswegs von* amerikanischen Spekulanten *verursacht. Goßler sieht die Getreideversorgung im* Kriegsfall *nicht als gesichert an; aber Lagerung ist nur jeweils* ein Jahr *und bei* großen Kosten *möglich. Lt.* Tirpitz *kann* England *einfach* Getreide für Kriegskontrabande *erklären und so Deutschlands* Einfuhr *abschneiden. Lt. Miquel ist man wie* 1870/71 *auf* Holland und Belgien *angewiesen.*[3] *Die Interpellation gelangt kaum zur Plenardebatte.* [B] — **4.** Petroleum *im deutsch-amerikanischen und deutsch-russischen Handel.*[4] *Russisches* Petroleum *soll durch* Erhöhung des Testpunktes *und Verkauf* nach Gewicht *begünstigt werden*, *denn das leichtere* amerikanische Petroleum *brennt besser.* Die Abhängigkeit vom amerikanischen Petroleum *ist* sehr unbequem *und in den* öffentlichen Betrieben *soll* russisches Petroleum *verwandt werden. Damit soll* Rußland *von* Repressalien *bei* Aufhebung *der* Transitläger *für Getreide bzw. der* Zollkredite *ebenso abgehalten werden sowie von einer* Verständigung *mit dem* Standard-Oil-Trust*.* [B] — **5.** *Gedenkmünze in Lippe-Detmold.*[5] *Die* Lippische Regierung *hat nicht die* übliche Voranfrage *zwecks* Annahmeerlaubnis *für Preußen gestellt und Wilhelm II. kann sie folglich verweigern, zumal die* Thronfolgefrage *noch ungeklärt ist* [B]. — *Beim anstehenden* Eisenbahnvertrag[6] mit Lippe *läßt sich der von Wilhelm II. bestrittene* Titel „Erlaucht“ *für den* Grafregenten *Ernst vermeiden, indem der Vertrag* zwischen den beiden Regierungen *geschlossen wird und sich der* Grafregent *nur selbst* „Erlaucht“ *nennt.* [B] — **6.** *Ordenssache.* Nieberding *erhält zum Abschluß der* Justizgesetze *den* Roten Adler Orden *I. Kl.* [B] — **7.** *Ordenssache.* [B] — **8.** *Verkehr mit* Sprengstoffen*. Bisher wurde* 300 m *Mindestabstand von* bewohnten Gebäuden *verlangt, was die* Sprengstoff-Industrie der Rheinprovinz *zwang, die* Verla-

[1] *Gelesen: Brefeld [U].*

[2] *StenBerAH, Session 1898, Drucks. Nr. 216 unerledigt gem. Sitzung am 17.5.1898, S. 2744 f.*

[3] *Vgl. Steinberg, Jonathan, A German Plan for the Invasion of Holland and Belgium 1897, in: Historical Journal, 1963, S. 107–119 u. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 542 ff.*

[4] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 66 Bd. 7, Bl. 150 ff. (Denkschrift Posadowskys v. 3.5.1898, Prot. der kommissar. Beratung v. 1.7.1898). Diese Schriftstücke auch in: Rep. 87, B Nr. 7432, n. f. (1898–1900).*

[5] *Vgl. Rep. 77, Tit. 153 Nr. 79 Bd. 2, n. f. (23.4.–6.8.1898 bezüglich der Annahme von fremden Orden durch Paul Franke, Bamberg und Karl Lietsch, Coesfeld).*

[6] *Vgl. den Vertrag über den Eisenbahnbau von Lage nach Bielefeld v. 8.3.1899, in: GS, S. 500. Darin wird der* Grafregent *als* Erlaucht *bezeichnet.*

destelle in Hohnstorf *an der Elbe zu benutzen. Da* Erdwälle *auch schützen, sollen die* Bundesrats-Bestimmungen[7] *geändert und somit ein kürzerer Verladeweg ermöglicht werden.* [B] — **9.** *Zwei Titelverleihungen. Die* Sachverständigen [...] zweiter Instanz *des Reichspatentamts,* durchweg *Wissenschaftler* oder Großindustrielle, *sollen künftig* nach 20 Jahren *Mitarbeit* zu Geheimen Regierungsräten befördert werden. [B]

[7] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 56 Adhib. 1, n. f. (Eingabe der dt. Dynamitfabriken v. 7.3.1898, Voten dazu ab 15.3.1898). Die neuen Bestimmungen über Sicherheitsabstände v. 29.6.1898 in: MinBl. innere Verw., 1899, S. 58.*

Nr. 335 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 103–159v; MF 802/803.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], Thielen [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], Posadowsky, B. Bülow [U], Tirpitz. — Prot.: Humbert [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Reichardt [zu 4, 7], Niehaus, Stöckel, P. Frh. v. Rheinbaben [alle zu 11].

1. *Die Teilnahme der* Beamten *an der* Reichstagswahl *soll durch* einige Stunden *dienstfrei gefördert werden.* [B] — **2.** *Zum* zehnjährigen *Regierungsjubiläum Wilhelms II. möchte das* Staatsministerium *mündlich gratulieren.* [B] — **3.** *Drei* Professoren *der* Technischen Hochschulen *werden von Wilhelm II. in das* Herrenhaus berufen, *da die erst beabsichtigte* Verleihung des Präsentationsrechts *nur* auf gesetzgeberischem Wege erfolgen *kann.* [B] — **4.** Konzession[2] der hanseatischen Kolonisationsgesellschaft *zur* Beförderung von Auswanderern nach Süd-Brasilien. *Die Zahl* von 50 000 Ansiedlern in 13 Jahren *erscheint Posadowsky unrealistisch und* bei der Arbeiternot der Landwirtschaft bedenklich; *mindestens sind* Kautelen *nötig und die* Sache *nicht vor den* Wahlen *zu erledigen, um agrarische Agitation zu vermeiden. Bülow ist* entschieden *dafür, da* große Interessen in Süd-Brasilien *existieren. Direktor H.* Wiegand *drohte, bei Nicht-Konzessionierung* die Gesellschaft liquidieren *und Wilhelm II.* Vortrag halten *zu müssen. Miquel ist reserviert dafür, da die* Auswanderer *in* Brasilien *meist* ihr Deutschtum bewahrten *und so, lt. Tirpitz,* eines der wenigen großen Wirtschaftsgebiete *Deutschland* noch offen *steht*. [B] — **5.** *Pressegesetz für* Elsaß-Lothringen. *Da* Statthalter *Hohenlohe-Langenburg die* vom Landesausschuß beschlossene Fassung[3] *befürwortet, wird Preußen im* Bundesrat *dafür stimmen.* [B] — **6.** *Erbrecht des westfälischen* Adels. *Recke befürwortet einen Gesetzentwurf, weil* 1837 *König* Friedrich Wilhelm III. *die* autonome Testierbefugnis *zusicherte und das* Anerbengesetz nicht *ausreicht, während Schönstedt, Miquel und Hammerstein* neue Privilegien, *die* Adel *und Bauern entzweien, ablehnen. Der Oberpräsident soll die* Ritterschaft *zur Aufgabe überreden.* [B] — **7.** *Handelspolitisches Verhältnis zu* Rußland *anläßlich des* Verbots des Treibens des Geflügels. *Die* Maßregel *ist als* interne *veterinärpolizeiliche gegen* Geflügelcholera *sowie* Maul- und Klauenseuche *den* Russen *anzukündigen.* Import *per Bahn soll nicht verboten werden.* [B] — **8.** Diäten und Reisekosen *der* Beamten *bei* Benutzung der Kleinbahnen.[4] *Miquel sieht einen* Mißbrauch *darin, daß* Reisekosten *zu großzügig gewährt und dort* für jeden Zu- und Abgang 3 M. *gegeben werden.* Ab- und Zugangs-

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Tirpitz.*

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 101533, Bl. 119 ff. (Gesuch v. 9.4.1898) u. StenBerBundesR, Jg. 1898, Sitzung am 3.11.1898, § 566 (Genehmigung mit Kautelen); Brunn, Deutschland und Brasilien, S. 155–164 und Fiebig-von Hase, Ragnild, Lateinamerika als Konfliktherd, Bd. 1, S. 218–229, bes. S. 228. Zur HAPAG vgl. BArch, RAdI, Nr. 101506.*

[3] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 102; Annahme Sitzung am 16.6.1898, § 474.*

[4] *Rep. 77, Tit. 913 Nr. 1 Beiakte 3, n. f. (Voten, Staatsministerialbeschluß v. 25.10.1898).*

gebühren *bei* Kleinbahnen *fallen künftig weg.* [B] — **9.** *Rangverhältnis der* inaktiven Staatsminister *zu den* inaktiven Generälen. *Der Wunsch von Frh.* Lucius *v. Ballhausen,* daß ältere inaktive Staatsminister *nicht länger* viel jüngeren inaktiven Generälen *nachstehen, wäre nur durch eine inopportune* Änderung *des* Hofrangreglements *möglich.* [B] — **10.** *Die* Etatsüberschreitungen *der* Ansiedlungskommission *werden weiterhin vom* Staatsministerium, *nicht nur, wie von Hohenlohe vorgeschlagen, von den* Ressortministern *genehmigt.* [B] — **11.** *Drei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **12.–13.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **14.** *Ordenssache.* [B] — **15.** Tagesordnung *der* Sitzung *am 17.6.1898.* [B]

Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 161–255; MF 803–805.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], Posadowsky [U], B. Bülow. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], v. Podbielski, Kraetke [beide zu 2–3], v. Woedtke, Kaufmann [beide zu 7].

1. *Ergebnisse der* Reichstagswahlen.[1] *Zu den* Stichwahlen *soll* Posadowsky *einen Artikel* gegen die Sozialdemokratie *in die* Norddeutsche Allgemeine Zeitung *bringen.* [B] — **2.** *Die* Reform des Postzeitungstarifs *wird die annoncenstarken* General-Anzeiger *belasten, aber auch die* Vossische Zeitung, *Die* Post *erwartet 1–1½ Mio. M. Mehreinnahme.* [B] — **3.** Entschädigungen *der* Privatpostanstalten. *Alle* Parteien im Reichstage *haben sie* gefordert. Podbielski *rechnet mit maximal* 6–7 *Mio.* M. *für die* 70 Gesellschaften *und mit* 900 000 M. *für deren* Angestellte, *die ggf. auch* in den Reichspostdienst *zu* übernehmen *sind. Erstere sollen i. d. R. das* 8fache *des jährlichen* Reingewinns *analog* § 252 *BGB erhalten; bei Streit entscheidet das* Reichsgericht. [B] — **4.** Neuorganisation der wasserwirtschaftlichen Verwaltung.[2] *Ein kostspielig-schwerfälliges* Bauten-Ministerium *empfiehlt sich lt. Hammerstein nicht, sondern Übergang der* Wasserbauverwaltung *auf das* Landwirtschaftsministerium. *Auf die politischen* Bedenken *von Handel und Industrie ist zu erwidern, daß deren* Interessen *schon* in sich eine solche Kraft *haben, daß ihre Übergehung* einen Sturm der Entrüstung erregen würde. *Der* Hochbau *mit* 13 *höheren und* 825 *Provinzial-Beamten soll wegen des Zusammenhangs mit der* Eisenbahnverwaltung *beim* Ministerium *der* öffentlichen Arbeiten *verbleiben. Thielen bevorzugt wegen seiner* Überlastung *die* Bildung eines Hochbau- und Wasserministeriums, *evtl. die* Angliederung *auch des* Hochbaus *an das* Landwirtschaftsministerium, *um die* Zusammenhaltung der Techniker *zu erreichen. Brefeld will die* Zahl der Staatsminister *nicht* von 12 auf 13 *vermehren, da* schon jetzt *die* Leitung des eigenen Ressorts *zurücktritt* vor den Aufgaben des Staatsministers, *z. B. beim* Voten *verfassen. Lt. Miquel hat sich das* Wasserbauwesen *nicht* überall besonderen Ruhm erworben, *fehlt* Technikern vielfach *der nötige ökonomische* Sinn *und sollen sie die* technischen Fragen *prüfen,* aber nicht als solche die Macht haben in der Verwaltung des Staates[3], *was im* Bautenministerium *geschähe. Schönstedt glaubt, daß die* Politik der Sammlung *durch die Ressortveränderung* einen Stoß erleiden würde. *Gegen ihn und Thielen wird*

[1] *Vgl. dazu Schmädeke, Jürgen, Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland. Die Reichstagswahlen von 1890 bis 1912: Eine historisch-statistische Untersuchung, 2 Bde., Berlin 1995, Bd. 1, S. 69–71 u. Fairbairn, Democracy in the Undemocratic State, passim.*

[2] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1490, n. f. (Voten, div. Eingaben, u. a. des DHT v. Dez. 1898 gegen die Übertragung der Wasserbauverwaltung an das Landwirtschaftsministerium).*

[3] *Der letzte Satzteil ist eine (Bl. 209) protokollierte, aber mit Bleistift von Miquel wieder gestrichene Passage.*

ein eigenes Bautenministerium *abgelehnt und Hammersteins Vorschlag gebilligt* [B]. *Da Wilhelm II.* jetzt nicht mehr so auf eine Entschließung *drängt und der* Mittellandkanal *den Ressortwechsel zum 1.4.1899* untunlich *macht, wird* Vertagung *zum* 1. April 1900 *erwogen.* — **5.** *Ordenssache.* [B] — **6.** *Die* Mehreinnahmen *der Staatseisenbahnen haben* im Mai *rd. 10,5 Mio.* M. *betragen. Miquel mahnt die* Eisenbahnverwaltung, *ausgabenmäßig* Maß *zu* halten, *denn ihre* Überschüsse *braucht man, um den* Etat *zu* balancieren. — **7.** Invaliditäts- und Altersversicherung *der Arbeiter.*[4] *Primär aufgrund der* Abwanderung *gibt es finanzielle* Mißstände: *Die* Versicherungsanstalt der Provinz Ostpreußen *hat* ein erhebliches Defizit, *während Berliner bzw.* hanseatische Versicherungsanstalt *erhebliches* Kapital angesammelt *haben. Zur* Ausgleichung *wäre* Teilung *in* Gemeinvermögen *aller* Anstalten *und* Sondervermögen *zur* Deckung *der* Steigerungen *der* Invalidenrenten *denkbar. Organisatorisch muß das* Verfahren *nach* Akten *geändert werden, damit der* politische Zweck der ganzen Arbeiterversicherung *auch* erreicht *wird. Eine entscheidende* Lokalbehörde *in* Berührung mit der Arbeiterbevölkerung *würde* sozialpolitisch eine versöhnende Wirkung üben. Lokale Organisation *wäre späterhin auch für die* Unfallversicherung *gut, wo eine* Unzahl von Beamten *in* Berufsgenossenschaften *arbeitet. Ein* Gesetzentwurf *ist auszuarbeiten.* [B] — **8.** *Die* Gehaltsverbesserung der Unterbeamten *muß sich lt. Miquel auf* Ausgleichung von Härten seit *der Reform* 1890/91 *beschränken.*[5] [B] — **9.** *Novellierung des Kommunalwahlrechts. Recke zufolge sollen die* plutokratischen Wirkungen der Steuerreform *gemildert und der* Zustand von 1891 *wiederhergestellt werden, zumal der* Landtag *darauf drängt. Dazu sind* statistische Erhebungen *anzustellen, besonders bezüglich* Bildung der Abteilungen *nach dem* Verhältnis $^{5}/_{12}$, $^{4}/_{12}$ und $^{3}/_{12}$. [B] — **10.** *Ein von* Podbielski *geplanter* Erlaß[6] *gegen die* sozialdemokratischen Bestrebungen *unter Postbeamten soll im* Staatsministerium *beraten werden; da* man Gesinnungen nicht treffen *kann, sollen entsprechende* Äußerungen *ggf. mit Dienstentlassung bestraft werden.* [B] — **11.** *Urlaubsplanung der* Staatsminister. — **12.** *Titelverleihung.* [B]

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1250, n. f. und Rep. 84a, Nr. 11043, Bl. 296–343v (Votum u. Denkschrift Posadowskys v. 24.4.1898, Voten). Div. Schriftwechsel in: Rep. 77, Tit. 923 Nr. 5 Bd. 9 und BArch, RAdI, Nrn. 100041/100042 (1897/98). Zu den im Prot. angesprochenen Fragen der Versicherungsentwicklung vgl. Haerendel, Ulrike, Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, Speyer 2001, bes. S. 126–134 u. Kaschke, Lars, Eine versöhnende und beruhigende Wirkung? Zur Funktion der Rentenverfahren in der Invaliditäts- und Altersversicherung im Kaiserreich, in: St. Fisch/U. Haerendel (Hrsg.), Geschichte und Gegenwart der Rentenversicherung in Deutschland, Berlin 2000, S. 127–144.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115409, n. f. (Voten, Vorschläge Miquels v. 23.9.1898 als Vorlage zur Sitzung am 21.11.1898, TOP 1). Zum Fortgang vgl. Sitzung am 23.2.1901, TOP 2.*

[6] *Amtsblatt des Reichspostamts v. 25.6.1898. Druck: Wippermann, 1898, I, S. 23.*

Nr. 337 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juni 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 135, Bl. 259–292; MF 805/806.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Humbert [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Miquel], A. Schultz [für Thielen], v. d. Boeck [für H. Goßler], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 10].

1. *Mitteilung des Reichstagswahlergebnisses in* Preußen.[1] — **2.** *Den diskutierten* Erlaß *gegen die* sozialdemokratischen Bestrebungen *unter Postbeamten wird* Podbielski *veröffentlichen, da der von* Posadowsky *vorbereitete* allgemeine *Erlaß vor dessen Urlaub nicht fertig wurde.* — **3.** *Das geheim*

[1] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 451–453 (Memorandum Hohenlohes).*

gehaltene Protokoll vom 16.5.1898, TOP 4, zur Petroleumfrage *ist dem* Ausw. Amt *für die neuen* Verhandlungen mit Rußland *abschriftlich mitzuteilen.* [B] — **4.** Beleidigung *des Staatsministeriums durch die* polnische Zeitung sozialdemokratischer Richtung „Gazeta Robotnicza". *Obwohl Hohenlohe der inkriminierte* Artikel[2] *als* dumm und töricht *sowie eine mögliche* Freisprechung *als* unerwünscht *erscheint, optiert eine Ministermehrheit für den* Strafantrag. [B] — **5.** *Die* Mehrforderungen für den Militäretat pro 1899 *haben Wilhelm II. und Miquel grundsätzlich gebilligt;* genauere Prüfung *bleibt der* Budgetberatung vorbehalten. [B] — **6.** Zuständigkeit der Provinzialbehörden bei Dienstvergehen der höheren Baubeamten. *Die seit* 1853[3] *in* erster Instanz *den* Provinzialbehörden *unterstellten* Bauräte *und* Bauinspektoren *sollen auf Wunsch Thielens wieder dem* Disziplinarhof *unterstehen. Widerspruch Bosses, da die ranggleichen* Oberlehrer *der* Disziplinargerichtsbarkeit der Provinzialbehörden *unterstehen.* Die Empfindlichkeit der Beamten in Bezug auf Rang und Standesehre *äußert* sich schon in den verschiedensten Richtungen; quieta non movere *ist deshalb angesagt. Auch Meinecke sieht* einen gewaltigen Sturm mit üblen Folgen für die Disziplin *ausbrechen, wenn* Änderungen *erfolgen. Weitere Beratung nach* Votum *Bosses.* [B] — **7.** Erhöhung der Normalzahlen für das Ordensfest. *Die seit* 1880 *gültige* Zahl *von* 68 Orden III. *und* 335 Orden IV. *Kl. sowie* 326 Allgemeine Ehrenzeichen *soll erhöht werden, da alle Ressorts mehr Personal aufweisen und auch Handel und Industrie bzw. tüchtige und königstreue* Arbeiter in nichtleitender Stellung *zu dekorieren sind.* [B] — **8.** *Das vom Zentralverband deutscher Kaufleute geforderte Verbot der* Beteiligung von aktiven oder inaktiven Offizieren und Beamten *an einem Konsumverein ist unnötig, da kaum* Beteiligung *nachgewiesen ist und das unbedeutende* Unternehmen *den* Mittelstand, *für den* Senator H. Schulze *eine* stark agitatorische Tätigkeit *entfaltet, nicht schädigt.* [B] — **9.** *Terminierung der* Landtagswahlen. *Der* neue Landtag *ist erst nach* Ablauf des Mandats des alten *am* 15. Januar 1899 *einzuberufen, um unangenehme* Interpellationen *zu Reichstagsmaterien zu verhüten.* [B] — **10.** *Zwölf Disziplinarsachen.* [B] — **11.** *Im* Protokoll *der Sitzung am* 16. April, *TOP 6, muß es richtig* Jubiläum *des* Landwirtschaftsministeriums *heißen.*

[2] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 50466 über die Strafsache wegen des Artikels „Menschen oder Hammel" in Nr. 18 v. 30.4.1898 der* Gazeta Robotnicza. *Das Blatt erschien als Organ der Polnischen Sozialistischen Partei 1891–1901 in Berlin, bis 1919 in Kattowitz; vgl. Fricke, Dieter/Knaack, Rudolf (Bearb.), Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878–1913, Bd. 2: 1890–1906, Weimar 1989, S. 180, 214 f. Da der Redakteur ins Ausland floh, wurde Verleger Franz Morawski angeklagt, aber vom LG Berlin I freigesprochen, da ihm keine Kenntnis des Artikels nachzuweisen war. Die Revision verwarf das Reichsgericht.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115428, n. f. (Voten wegen Aufhebung des Staatsministerialbeschlusses v. 23.8.1853, Widerstand Bosses u. Miquels dagegen, so daß die Aufhebung unterbleibt).*

Nr. 338 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 1. August 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 136, Bl. 2–3v; MF 806.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Anordnungen *anläßlich des Todes des* Fürsten Bismarck.[1] *Eine Bestattung im* Berliner Dom, *wie von Wilhelm II. gewünscht, kommt wegen* testamentarischer Verfügung *Bismarcks nicht in Frage. R.* Koser *schreibt den* Artikel *für den Staatsanzeiger.* 10tägige Hoftrauer *und Kondolenzbesuch Hohenlohes in* Friedrichsruh. [B] — **2.** Nichtbestätigung *von P.* Singer als Mitglied der *Berliner*

[1] *Bismarck war am 30.7.1898 in Friedrichsruh verstorben. Zu den Trauerfeiern vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 456–458, Wippermann, 1898, II, S. 114–130 u. allg. Machtan, Lothar, Bismarcks Tod und Deutschlands Tränen. Reportage einer Tragödie, München 1998, S. 195 ff.*

Schuldeputation; *vertagt*. — **3.** *Der* „Veteranenverein“ *hat Wilhelm II.* ein Geschenk *gemacht und dieser bat Goßler, dem* „Veteranenverein“ Bronze zu einer Gedenktafel für den Kaiser Friedrich in San Remo zu überweisen. *Der Verein enthält aber* sehr bedenkliche Elemente, *so daß jedenfalls kein* Dankschreiben *erfolgen soll.*[2]

[2] *Gemeint ist der 1894 in Leipzig gegr. Verband deutscher Kriegsveteranen, 1. Vors. Versicherungsdir. C. Lange, Ehrenmitglied Otto v. Bismarck. Vgl. Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 25 Bd. 1, Bl. 181 ff. (Aufruf zur Gedenktafel in San Remo, Gutachten des Dt. Kriegerbundes über die Agitation des Verbandes, Bericht Goßlers an Lucanus 11.8.1898).*

Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums am 12. August 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 5–9; MF 806.

Anwesend: Miquel [V, U], v. d. Recke, H. Goßler [U], Posadowsky [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [zu 1–6], Lohmann, v. Weyrauch, Sterneberg, Micke, Büchsel [alle zu 1–3], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben [beide zu 4].

1. *Ordenssachen zu den Herbstmanövern. Revision in 13 Fällen.*[1] [B] — **2.** *Zwölf Ordenssachen für* Herren, *die sich bei der Popularisierung der* Flottenvermehrung besondere Verdienste erworben haben, *u. a. H. A.* Bueck, *C. G.* Busley *und A.* Woermann. [B] — **3.** *Weitere* Verleihung der Kaiser-Wilhelm-Medaille. *Da sich im Komitee für die* Centenarfeier *1897* bedenkliche Elemente *wie der wegen* Majestätsbeleidigung *vorbestrafte* Redakteur *J.* Trojan *befinden, sollen* keine Anträge *auf weitere* Verleihung *mehr berücksichtigt werden.* [B] — **4.** *Zehn Disziplinarsachen.* [B] — **5.** *Der Termin der Landtagswahlen am* 27. Oktober *und* 3. November *soll Wilhelm II. mitgeteilt werden.* [B] — **6.** *G. v.* Falck *soll* Vorsteher des Literarischen Büros *werden und ist wunschgemäß zum* Geheimen Regierungsrat *zu ernennen.*[2] [B] — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Ordenssache. OB* Zelle, *Berlin, soll zum Abschied den* Kronen-Orden II. *Kl. erhalten.* [B] — **9.** *Wilhelm II. wird am* 28. *August in Berlin eintreffen und kann bis* 1. *September* Vorträge der Staatsminister *entgegennehmen.*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2195 zu den im Prot. genannten Namen.*
[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 948 Presse II C Nr. 32 (Personalakte 1898–1922).*

Nr. 340 Sitzung des Staatsministeriums am 25. August 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 11–17; MF 806.

Anwesend [U]: Miquel [V], Bosse, E. Hammerstein, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Braunbehrens [für v. d. Recke], v. Chappuis [zu 1].

1. *Nichtbestätigung von P.* Singer *als* Mitglied *der Berliner* Schuldeputation.[1] *Lt. Bosse kann ein Sozialdemokrat nicht* in eine mit staatlichen Aufsichtsbefugnissen bekleidete Behörde eintreten.

[1] *Vgl. VI. HA, NL Bosse, Nr. 10, Bl. 43–43v (Hohenlohe stimmt dem Staatsministerialbeschluß telegrafisch zu) und Bernstein, Eduard, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1910, S. 234.*

Mehrere Wege *dazu werden diskutiert, v. a., ob man das dem* Magistrat *von* Berlin *im* Jahre 1829 verliehene Bestätigungsrecht überhaupt *zurücknehmen oder es* lediglich für den vorliegenden Fall *ausnahmsweise* außer Kraft *setzen kann. Auf Vorschlag Goßlers wird beschlossen, die* Behörden, denen die Bestätigung der Wahlen von Mitgliedern der städtischen Schuldeputationen übertragen ist, *anzuweisen, daß* Wahlen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei die Bestätigung zu versagen *ist.*[2] *Sollte der Berliner* Magistrat *dem im Falle* Singer *nicht nachkommen, kann die* Bestätigung für nicht geschehen *erklärt und das* Bestätigungsrecht des Magistrats sofort *ganz aufgehoben werden.* [B] — **2.** *Ordenssache* [B]. — **3.** *Neun Disziplinar- und Pensionssachen* [B].

[2] *Die entsprechende Verfügung v. 29.8.1898 in: ZBl. der Unterrichtsverw., S. 725, u. Wippermann, 1897, II, S. 39 f.*

Nr. 341 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichskanzlerpalais am 30. August 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 136, Bl. 18–18v; MF 806.

Anwesend: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Mitteilung Hohenlohes zum Stand der Militärstrafgerichtsordnung. *Er wird diesbezüglich, vor allem zur* Stellung Bayerns *zum bayerischen Senat im Reichsmilitärgericht, Wilhelm II. ein* Promemoria[1] *übersenden.* [B]

[1] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden und ist auch in BArch, RK, Nr. 1318 nicht enthalten. Vgl. aber Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 458; Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 530 f.; Anker, Militärstrafgerichtsordnung, S. 480 ff. (Verhandlungen mit Bayern).*

Nr. 342 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 136, Bl. 20–49; MF 806/807.

Anwesend [U]: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1], v. Derenthall [für B. Bülow, zu 1–2], v. Frantzius, Klehmet [beide zu 1].

1. Thronfolgestreit *in Lippe-Detmold. Strittig ist, ob der* Bundesrat *kompetent ist, den* Anträgen[1] *der* Regierung *von* Schaumburg-Lippe *gegen das* einseitige *lippische* Regentschaftsgesetz *v.* 24. März 1898, das *die* Söhne des Regenten *Ernst gegenüber dem konkurrierenden Haus bevorzugt, zuzustimmen. Preußen wird im* Bundesrat *beantragen, daß er gem.* Art. 76 der Reichsverfassung *zuständig ist und das* Regentschaftsgesetz *die* Thronfolge *für* Schaumburg-Lippe *nicht ausschließt, daß aber* materiell *erst mit dem Tode des Grafregenten* Ernst *zu entscheiden sein wird.* [B] — **2.** *Gegen die von Prinzregent Luitpold* von Bayern beabsichtigte Verleihung des Herzogstitels an den Fürsten Albert von Thurn und Taxis *bestehen keine* Bedenken. [B] — **3.** Einführung

[1] *StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 8 u. 76. Vgl. Bartels-Ishikawa, Der Lippische Thronfolgestreit, S. 31–35.*

von Schiffahrtsabgaben auf dem kanalisierten Main.[2] *Thielen befürwortet* Tarife von 1,0 und 0,5 Pf. für eine Übergangszeit von 5 Jahren, *um die* Ausgaben *inkl. der* Zinsen des Anlagekapitals *zu decken und so die Chancen für die* Mittellandkanal-Vorlage *zu bessern*. *Brefeld und Miquel sind aus Rücksicht auf das in Konkurrenz zu* Mannheim *stehende* Frankfurt *für* Sätze von 0,6 Pf. *bzw.* 0,3 Pf. *pro* Tonnenkilometer. *Dies wird gebilligt.* [B] — **4.** *Die vom* Verein für Sozialpolitik *gewünschte* Mitwirkung der Staatseisenbahnbehörden *bei den* beabsichtigten Erhebungen über *die* Arbeits- und Lebensverhältnisse der unteren Bediensteten *im Verkehrsgewerbe wird abglehnt.*[3] [B] — **5.** *Errichtung der Kaiser Wilhelm* Bibliothek in Posen.[4] *Die* Bibliotheksverwaltung durch die Provinz *wird befürwortet, damit die* Provinzbewohner [...] mehr Interesse an der Bibliothek nehmen *und die* Verbindung mit den Volksbibliotheken *leichter fällt.* [B] — **6.** Anstellung von vorläufig 3 besondren gewerbeschultechnischen Beamten als Regierungs- und Gewerbeschulräte. *Sie sollen u. a.* Fachschulangelegenheiten *sachgemäß*, *aber unter* Disposition *der* Regierungspräsidenten *erledigen, da der* Regierungsschulrat *dazu nicht die Zeit hat.*[5] [B] — **7.** *Zur Fideikommißbildung des ganz loyalen polnischen Rittergutsbesitzers B. v.* Potocki auf Bendlewo[6] *soll die* landesherrliche Genehmigung *eingeholt werden, zumal* Fideikommisse *bis zu* 30 000 M. *Ertrag sowieso* keiner Genehmigung *bedürfen.* [B]

[2] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115422, Bl. 59 ff. (Voten). Div. Schriftwechsel aus den Jahren 1899/1900 in: Rep. 93, B Nr. 4640 (frühere Akten sind in Rep. 93 B nicht überliefert). Zur sachlichen Bedeutung im Umfeld der Kanalvorlage (v. a. 1905–11) vgl. Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, S. 55 ff.*

[3] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115438 (Voten).*

[4] *Vgl. Rep. 76, Vd Sekt. 23 Nr. 6 Bd. 1, n. f. (div. Schriftwechsel 1898/99).*

[5] *Vgl. Rep. 120, E I Gen. Nr. 25 Bd. 1 u. BArch, RAdI, Nr. 115436 (Votum Brefelds v. 30.8.1898). Zur generellen Einführung vgl. GS 1900, S. 77.*

[6] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 4548 u. allg. Heß, Klaus, Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71–1914), Stuttgart 1990, S. 203–207.*

Nr. 343 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 51–60v; MF 807.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 7–14]. — Prot.: Kurowsky [U].*

1. *Die* Stiftung einer „Roten Kreuz-Medaille“ *wird gebilligt.*[2] [B] — **2.** *Entfestigung von* Posen.[3] *Eine* erste Rate für die Übernahme des Festungsterrains *durch Preußen braucht in den* Etat *noch* nicht aufgenommen zu werden, *aber für ersatzweise* Festungsbauten *sind* 12 *Mio. M. anzusetzen.* — **3.** *Die* Ordre[4] *Wilhelms II., daß ihm* Beschlüsse des Staatsministeriums über Abstimmungen im Bundesrat *vorher* zur Genehmigung vorgelegt werden sollen *ist* in der Praxis *insoweit* unausführbar, *als* schleunige Sachen während der *kaiserlichen* Reisen *nicht warten können und* es sich oft um ganz unbedeutende Sachen *handelt. Vorlage* zur nachträglichen Genehmigung *ist zu erwägen.* [B] — **4.** *Die* Vorschläge des Staatsministeriums *zum Thronfolgestreit in Lippe-Detmold hat Wilhelm II.* genehmigt. [B] — **5.** *Bau der Eisenbahnlinie* von Lage nach Bielefeld.[5] *Sofern sich die*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 153 Nr. 105 Gen. Bd. 1.*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 871 Nr. 1 Adhib. VII Fasz. 1 (u. a. Votum Goßlers v. 9.7.1898, Denkschrift zur Entfestigung mit Plänen von 1898, Streit um Staatsministerialbeschluß v. 13.6.1900, TOP 3, um Kaufpreis für die Festungsgelände in Höhe von 5 Mio. wie die Stadt, oder 12 Mio. M., wie das KrMinm. will). Vgl. Sitzung am 3.11.1900, TOP 2.*

[4] *Rep. 84a, Nr. 4385, Bl. 198 (Abschr.). Vgl. BArch, RK, Nr. 360, Bl. 53 ff. und Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 972.*

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115432, Bl. 1–46 (1898).*

Lippische Regierung *nicht analog der preußischen* zur unentgeltlichen Geländestellung *bereit erklärt, soll diese* Meinungsverschiedenheit *gem. Art.* 76 *RV durch den Bundesrat entschieden werden.* [B] — **6.** Änderung des Enteignungsverfahrens.[6] *Ob neben formellen auch zu* materiellen Änderungen *geschritten werden soll, ist in Kürze zu entscheiden, da lt. Miquel die* Frage der Entschädigung *gerade* bei den Kanalbauten besonders wichtig *ist und* Empörung im Lande *über die jetzige Gesetzeslage herrscht.* [B] — **7.** Plakate der Ansiedlungskommission *sollen auf den* Bahnhöfen *aufgehängt und auch als* Flugblätter *in die* Waggons *gebracht werden, da lt. Thielen die jetzigen* Plakate in den Eisenbahnwagen *anzubringen, nur* den Spott der Reisenden hervorrufen *würde.* [B] — **8.** *Demnächst ist über die Ernennung eines neuen* Oberrechnungskammer-Präsidenten *zu entscheiden.* — **9.** *Ernennung.* [B] — **10.** Sicherheitsmaßregeln *anläßlich der Palästina-Reise Wilhelms II. In* Kairo *sollen die* italienischen Anarchisten *aktiv geworden sein.*[7] — **11.** Plan des Großherzogs *Ernst Ludwig* von Hessen, *1899* eine Ausstellung von Schlachtenbildern *zu veranstalten.* — **12.** Kommissarische Beratungen *betr.* Errichtung von Volksbibliotheken[8] *haben ergeben, daß sich auch* Kreise und Kommunen *finanziell beteiligen müssen.* — **13.** *Die Haltung gegenüber den* Beamten-Vereinen *ist demnächst zu beraten.* — **14.** *Posadowsky wird den von Wilhelm II.* genehmigten Antrag[9] *betr. den Thronfolgestreit in Lippe-Detmold* im Bundesrate stellen.

[6] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 3896, Bl. 168 ff. (Voten ab 25.3.1898, was auch Vorlage zur Sitzung am 28.10.1898 ist). Ebd., Bl. 215 ff. weitere Voten u. Einsetzung einer Kommission 1899 sowie Prot. über deren Beratungen ab 18.4.1901). Diese Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115420, n. f.*

[7] *Vgl. dazu Richter, Jan Stefan, Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. 1898, Hamburg 1997, S. 31.*

[8] *Vgl. Rep. 76, Vd Sekt. 1 Nr. 24 Bd. 2, n. f. (diverse Einzelfälle u. Zeitungsartikel zu Volksbibliotheken).*

[9] *Dazu kam es nicht; vgl. Sitzung am 16.12.1898, TOP 1 mit Anm.*

Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 62–80; MF 807/808.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen, Bosse, Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], H. Goßler [U], Posadowsky [U], B. Bülow, Tirpitz [U]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding, Sterneberg, v. Woedtke [alle zu 1–4].

1. *Am 7.10.1898 findet ein* Kronrat *statt.* — **2.** *Ein* Gesetzentwurf[1] *zum* Schutz *der Arbeitswilligen wird auf Anregung Wilhelms II. im Reichsamt des Innern ausgearbeitet.* Posadowsky *zufolge bedeutet dies* Kampf mit der Sozialdemokratie. *Deshalb müssen die Bundesstaaten* einig sein *und ist sogar eine* Auflösung des Reichstages *nicht auszuschließen. Da auch* Arbeitgeber *gehindert werden sollen, einen* Arbeiter *zu zwingen, aus einem* Streikverband [...] auszutreten, *handelt es sich lt. Miquel nicht um* ein unberechtigtes Klassengesetz. *Nieberding wünscht, daß das* Koalitionsrecht der Arbeiter *ganz erhalten bleibt und die* noch vorhandenen Ausnahmebestimmungen *für die* landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde *gleichzeitig* beseitigt werden, *was* Posadowsky *aber ablehnt. Mehrheitlich wird ein* Spezialgesetz *im* Rahmen des Strafgesetzbuchs, *nicht der* Gewerbeordnung *befürwortet. Schönstedt will damit nur die* Kategorien von Arbeitern *treffen, für die ein* dringendes Bedürfnis nachgewiesen *ist, sonst* würde man den Sozialdemokraten neue Waffen in die Hand geben. *Auf die* verbündeten Regierungen *ist nötigenfalls energischer* Druck *auszuüben.*

[1] *BArch, RAdI, Nr. 106836, Bl. 1–11 (Woedtke 1.10.1898). In der Akte und der folgenden Nr. 106837 der Fortgang. Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 458 f. (Posadowsky unglücklich über des Kaisers Initiative); Wippermann, 1898, II, S. 7 f. (Oeynhauser Rede v. 6.9.1898 mit Ankündigung eines Gesetzes zum Schutze Arbeitswilliger); Rep. 77, Tit. 2513 Nr. 1 Beiheft 20, Bl. 139 ff. (Protestversammlungen gegen Zuchthaus-Vorlage 1899).*

Kommissarische Verhandlungen *sind einzuleiten.* [B] — **3.** *Die* Novelle[2] *zur* Invaliditäts- und Altersversicherung *soll Posadowsky zufolge zeigen, daß die* Sozialreform fortgeführt *wird. Mit dem Gesetz wird die* Festsetzung der Renten *in die* Lokalinstanz *verlagert. Vorlage an den* Bundesrat *wird gebilligt.* [B] — **4.** *Die* Entwürfe[3] eines Hypothekenbankgesetzes und eines Gesetzes *betr. die* gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen *werden gebilligt.* [B] — **5.** *Wilhelm II. will die Reichstagsession 1898/99 persönlich* eröffnen, *aber erst nach* Rückkehr *von der Palästina-Reise* am 13. Dezember, *so daß zu erwägen ist, den RT* erst nach Neujahr zu berufen. — **6.** *Ordenssache.* [B] — **7.** *Geheimhaltung von* Aktenstücken *ist demnächst zu erörtern.* — **8.** Haltung *gegenüber Beamtenvereinen ist demnächst zu beraten.* — **9.** *Zu* Sitzungen *des Staatsministeriums soll möglichst* drei Tage vorher *eingeladen werden.* [B] — **10.** *Der neugewählte* Oberbürgermeister von Berlin, *M.* Kirschner, *soll Wilhelm II.* zur Bestätigung empfohlen *werden.*[4] [B] — **11.** *Palästina-Reise Wilhelms II. Die vorhandenen unbestimmten* Nachrichten über Gefahren in Jerusalem und Ägypten *sollen* Lucanus *mitgeteilt werden, aber Wilhelm II. soll keine* Details *erfahren.*

[2] *StenBerBundesR, Jg. 1898, Druck. Nr. 123.*

[3] *Rep. 84a, Nr. 6741, Bl. 278–293v bzw. Bl. 294–300. Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115426, n. f. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 157 u. 158.*

[4] *Vgl. Rep. 77, Tit. 240c Nr. 9 Bd. 3, Bl. 3 ff. (Berichte des Oberpräsidenten und des Berliner Polizeipräsidenten, Ablehnung durch Wilhelm II. bis zur Bestätigung am 23.12.1899). Zum Konflikt um die Bestätigung im Umfeld des Streits über das Grabmal für die Märzgefallenen im Friedrichshain vgl. Matern, Daniel S., Martin Kirschner, in: W. Ribbe (Hrsg.), Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 157–166, bes. S. 160 f.*

Nr. 345 Sitzung des Kronrats im Marmorpalais zu Potsdam am 7. Oktober 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. V, Bl. 223–248; MF KR 33/34.

Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Kurowsky [U].

1. *Der* Gesetzentwurf[1] *zum* Schutze *der Arbeitswilligen soll Posadowsky zufolge verhindern, daß die* Sozialdemokratie auf Kosten der bürgerlichen Freiheit eine Solidarität *der Arbeiter bei Streiks erzwingt. Zusammenstehen aller* Regierungen *und Entschlossenheit zur Reichstagsauflösung sind unerläßlich, denn nach Umsturzvorlage und* Vereinsgesetz *kann man* eine neue Ablehnung *im RT nicht hinnehmen. Wilhelm II. will verhindern, daß* die ganze Arbeiterschaft der Sozialdemokratie *verfällt. Anlaß war ein* Streik *in* Potsdam, *wo arbeitswillige Meister aus* Berlin *von* Agitatoren *am arbeiten gehindert wurden. Wilhelm II. würde* sich im Notfall auf die Bajonette stützen, da es scheine, daß in Deutschland ohne Blut und Eisen auch im Innern gesunde Zustände nicht herbeizuführen *sind.* Das allgemeine Wahlrecht *gefährdet Deutschlands* politische Entwickelung, da es von den Sozialdemokraten mißbraucht *wird. Wilhelm II. hofft auf Annahme der* Vorlage *und darauf ohne* Bajonette *auskommen zu können.* — **2.** *Mittellandkanal.*[2] Thielen *erläutert die* neue Linie *im* Emscher Tale, *die billiger als die* Süd-Emscher-Linie *ist und die* Interessen der Landwirtschaft genügend *schont. An den* Kosten *von* 191 *Mio. M. sollen sich die* Interessenten *beteiligen, wobei*

[1] *Vgl. Rep. 120, BB VI Nr. 169 Beiheft 2, Bl. 1–13v die Grundzüge v. 8.10.1898). Div. Material auch in: Rep. 120, BB VI Nr. 164 Bd. 2. Vgl. auch Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 86–90 (Bericht Jagemanns) und Rassow/Born (Hrsg.), Akten, S. 107 ff. (v. a. div. Gesandten-Berichte 1897–99).*

[2] *Vgl. Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 5, n. f. (Immediatbericht v. 7.3.1899 betr. Bau des Mittellandkanals mit Anlagen u. Denkschrift v. Prüsmann) sowie Rep. 120, C XV 1 Nr. 72 Bd. 6, Bl. 45–106 (Immediatbericht u. Gesetzentwurf v. 7.3.1899). Weitere Akten vorwiegend technischer Natur in: Rep. 93, B Nrn. 5539–5550.*

Hannover *und Rheinprovinz* Garantien *übernehmen wollen, die* Provinz Westfalen *aber zudem einen* Kanal *Lippe–Rhein fordert und* Sachsen *sich bisher* ablehnend *verhält. Eine* Kanalisation der Weser von Rinteln abwärts *ist zwecks Wasserspeisung nötig; davon übernimmt* Bremen *einen großen Kostenanteil.* — **3.** *Großschiffahrtsweg* Berlin–Stettin.[3] *Der* Finow-Kanal *nützt nur Schiffen* bis zu 150 Tonnen; *nun muß für* Schiffe bis zu mindestens 600 Tonnen *ausgebaut werden. Thielen erläutert die* beiden projektierten Kanäle. *Wilhelm II. findet es* doch stark, *daß* Stettin *über die* Trasse des Kanals *bestimmen will; er bevorzugt den* Ostkanal, *der* Warthe- und Oderbruch *einbezieht, um so den dortigen* Landwirten den Beweis *zu* liefern, *daß man* etwas für sie tun *will.* — **4.** Mitteilungen *Wilhelms II.* über die politische Lage im Ausland. *Miquel und Bülow wünschen* wegen *der* Zustände in Frankreich, *daß die* geplante Orientreise vielleicht etwas *abgekürzt wird.*[4] — **5.** *Wilhelm II. regt an, den geplanten Gesetzentwurf zum* Schutze *der Arbeitswilligen im* Reichsanzeiger *anzukündigen. Miquel und Posadowsky raten, dies erst nach Einverständnis der* verbündeten Regierungen *mit dem* Entwurf *zu tun.*

[3] *Vgl. Rep. 120, C XV 1 Nr. 44 Bd. 1 (div. Schriftwechsel, auch zur Linienführung) u. Rep. 77, Tit. 39 Nr. 85 (Broschüren, Eingaben, StenBerAH 7.6.1900, S. 4770 ff.). Akten technischer Natur in: Rep. 93, B Nrn. 5387–5396.*

[4] *Vgl. Richter, Orientreise Wilhelms II., S. 34. Es gab Gerüchte über einen Militärputsch in Frankreich im Zusammenhang mit dem Dreyfus-Prozeß und einen folgenden französischen Revanchekrieg gegen Deutschland. Bosse notierte im Tagebuch (VI. HA, NL Bosse, Nr. 10, Bl. 45–45v):* Der Kaiser besprach [...] mit uns alle großen Fragen der Politik, des Verhaltens zu Rußland und England und Frankreich mit einer Klarheit, Einsicht, Entschlossenheit und Überlegung, die uns allen Bewunderung abnötigte. [...] Wir hätten die Ehre, seine Minister zu sein [...]. Wir seien keine parlamentarischen, sondern königlich preußische Minister, und so lange er mit uns zufrieden sei, hätten wir einfach unsere Pflicht zu tun.

Nr. 346 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 83–100v; MF 808.

Anwessend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], v. Weyrauch [für Bosse], v. Podbielski, Frh. v. Thielmann [beide zu 1–3], Aschenborn [zu 1–2].

1. *Hohenlohe hat Wilhelm II.* glückliche Reise *in den Orient gewünscht.* — **2.** *Grundsätzliche* Meinungsverschiedenheit *zwischen* Reichsfinanzverwaltung *und* Militärverwaltung, *ob das Gehalt für fünf Offiziere im Reichsetat 1899 überschritten werden darf, weil die Stelleninhaber, darunter der* General-Quartiermeister, *persönlich einen höheren Militärrang haben und im Militär nach persönlicher* Charge, *nicht nach* Stelle *wie im übrigen Staatsdienst entlohnt wird.*[1] *Da Wilhelm II. diese Regelung ausdrücklich will und Miquel sie toleriert, wird Preußen im* Bundesrat *die Höherdotierung für Militärs in der* Erwartung *keiner weiteren* Ausdehnung *unterstützen* [B]. — *Im* Bundesrat *soll auch dafür zugestimmt werden, dem* sächsischen Kriegsminister *eine* Zulage von 6000 M. zu gewähren, falls ein ihm in der Anciennität nachstehender Offizier General der Infanterie *wird* [B]. — **3.** *Maßnahmen gegenüber den* Beamtenvereinen. *Miquel zufolge sind namentlich der* Verband der Militär- und Kriegsinvaliden *nebst* Organ „Reveille“ *sowie der* Verband der Kanzleibeamten *zu bekämpfen. Die* Beamten sind zum Austritt aus diesen Vereinen zu veranlassen *und bei Weigerung im* Disziplinarverfahren *zu bestrafen. Recke glaubt, daß schon eine* Warnung *einen* Massenaustritt *bewirkt. Podbielski sieht sich in* schwieriger *Lage, weil er die Frage im RT* zu vertreten *hat. Der* Verband der Postassistenten *wurde durch* Verfügungen *gezähmt. Das* Organ *des*

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. (RSA 9.10.1898, Voten).*

Verbandes der Unterbeamten [...] „Der Postbote“ *wurde von* 15 000 auf 541 *Abonnenten gedrückt, ein* Hauptagitator *wurde* disziplinarisch aus dem Postdienst entlassen.[2] *Auch die* Auflösung *von Vereinen erwägt Podbielski. Brefeld möchte* Verzeichnisse der zu verbietenden Vereine und Zeitungen *aufstellen. Schönstedt hat mit Justizbeamtenvereinen* im Ganzen gute Erfahrungen gemacht. Vorsichtig behandelt *werden muß der* Lehrerverein *mit* 65 000 *Mitgliedern, der* sich der Regierung zu nähern *beginnt. Eine* Kommission *ist einzusetzen.*[3] — **4.** Stellungnahme *gegen den agitatorisch tätigen* Verband deutscher Kriegsveteranen, *Leipzig.*[4] *Die Sächsische* Regierung *hat* ihre Beamten *bereits gewarnt und Recke wird mit Goßler die* erforderlichen Maßregeln *in Preußen einleiten.* [B] — **5.** *Zur Geheimhaltung* von vertraulichen Aktenstücken *wird Recke* Vorschläge entwerfen.

[2] *Vgl. Halmen, Rainer M., Staatstreue und Interessenvertretung. Studien zur Soziologie und Sozialgeschichte des deutschen Beamtentums und der Verbandsbewegung bis zur Novemberrevolution, Hamburg 1988, S. 194 ff., 208 ff.*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 205 Bd. 4, Bl. 196–225v (Kommissionsbericht v. 15.2.1899); in der Akte auch die Voten. Der Kommissionsbericht auch in: Rep. 120, CB I Nr. 143, Bl. 155–184v; ebd., Bl. 230 die Mitteilung im Staatsanzeiger, daß Beamte agitatorische Vereine meiden sollen. Der Erlaß v. 31.8.1899 im Staatsanzeiger Nr. 205 v. 31.8.1899 (= ebd., Bl. 254).*

[4] *Vgl. Sitzung am 1.8.1898, TOP 3 mit Anm.*

Nr. 347 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 102–121v; MF 808/809.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 2–8], Miquel, Thielen, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], v. Podbielski, Conrad [für E. Hammerstein[1]*].*

1. Reichsgesetzliche Regelung *der Befugnisse der* Telegraphen-Verwaltung *bezüglich* Benutzung der öffentlichen und privaten Grundstücke. *Die* Grundzüge[2] *Podbielskis begegnen mehrfacher Kritik, u. a. Schönstedts, daß die Eingriffsrechte der* Telegraphen-Verwaltung gegenüber der späteren Dispositionsbefugnis des Grundeigentümers genauerer Fixierung *bedürfen.* Posadowsky *befürchtet viele Entschädigungsanträge und befürwortet Vertagung bis zur* Änderung des preußischen Expropriationsgesetzes. *Da Podbielski aber dringend* Regelung *verlangt, auch im Interesse der neuen* Starkstromanlagen, *werden* kommissarische Beratungen *angesetzt.* [B] — **2.** Änderung des Enteignungsgesetzes.[3] *Da eine* reichsgesetzliche Regelung *schon im* Bundesrat *schwer würde, soll ein preußisches* Gesetz *ergehen, das* auf das Reich günstig einwirken *dürfte* [B]. *Posadowsky sieht angesichts* einer geradezu skandalösen Schädigung des Fiskus *und ungebührlicher* Bereicherung Einzelner *den Zwang zu* materiellen Änderungen *und Thielen akzeptiert das, wenngleich er für die* bevorstehenden Eisenbahn- und Kanalbauten *v. a.* ein beschleunigtes Verfahren *wünschte* [B]. — **3.** Einführung *von Schiffahrtsabgaben* auf den natürlichen Wasserstraßen. *Thielen läßt dazu eine* Schrift[4] *ausarbeiten und befürwortet Vertagung. Miquel sieht Einnahmebedarf, da durch den* Mittellandkanal *die* Staatseisenbahnverwaltung *ca.* 35 *Mio. M. verlieren wird.* [B] — **4.** *Das vom RT*

[1] *Das Prot. nennt ihn* Kommissar; *er war jedoch der einzige Vertreter des Landwirtschaftsministeriums.*

[2] *Rep. 84a, Nr. 5241, Bl. 23–26. Ebd. Voten dazu.*

[3] *Vgl. Sitzung am 24.9.1898, TOP 6 mit Anm.*

[4] *Scheint nicht erschienen zu sein, da weder in BArch, RAdI, Nr. 115422 noch in Rep. 120, C XV 1 Nr. 2 Bd. 3, bes. Bl. 29 ff. erwähnt. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 17.10.1903, TOP 2 mit Anm.*

angeregte[5] *Gesetz* über die Leichenschau *ist lt. Posadowsky* bei dem jetzigen Kulturstande *im* Osten *Preußens* nicht einführbar, *da Ärzte fehlen und für* einen wirklichen medizinal-statistischen Wert *hohe* Kosten *entstünden. Deshalb ist Vertagung nötig.* [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf zum* Schutze *der Arbeitswilligen soll bald beraten werden.* Tirpitz *zufolge ist es* recht schwer, *das* Material *zum* Beweis *der Notwendigkeit des Gesetzes zu beschaffen.* — **6.** *Die* Ausweisung des Redakteurs des „Vorwärts" *H.* Braun (eines Österreichers) *wird gebilligt.* [B] — **7.** *Eine* von den Anarchisten beabsichtigte Versammlung *wurde vom* Polizeipräsidenten *von Berlin* verboten, *da* ein Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten zu befürchten war. — **8.** *Die Stadtverordneten in* Krefeld *haben den* Führer der Ultramontanen in Krefeld, Dr. Urfey, zum Beigeordneten gewählt. *Vor einer* Bestätigung *sind dessen* Antecedentien, *speziell seine* militärische Vergangenheit, *weiter zu erforschen*.[6] [B]

[5] *Vgl. III. HA, MAA (D), Nr. 1485 (Voten, Entwurf v. Juli 1897, Prot. der kommissar. Beratungen). Die obligatorische Leichenschau wurde nicht eingeführt, obwohl der Reichstag per Resolution vom 11.6.1900, S. 6003 erneut darauf drängte. Vgl. zur Rechtslage Hue de Grais, Robert Graf, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, 23. Aufl., Berlin 1926, S. 462.*

[6] *Vgl. Rep. 77, Tit. 445 Nr. 6 Bd. 2, n. f. (Schriftwechsel ab 2.11.1898, Immediatbericht v. 13.2.1899, Bestätigung am 13.5.1899, nachdem Urfey bei Wilhelm II. um Versetzung aus dem Status eines entlassenen in den Status eines auf Wunsch verbschiedeten Offiziers ersucht hatte).*

Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 123–133v; MF 809.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Fleck [für Thielen], Nieberding, v. Woedtke, Gruner.

Gesetzentwurf[1] zum Schutze *der Arbeitswilligen*. *Die prinzipiellen* Fragen, *ob auch das* Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt werden *soll bzw. ob die* landwirtschaftlichen Arbeiter *auszunehmen sind, werden debattiert. Hammerstein und Schönstedt möchten auch* Ausschreitungen der Arbeitgeber *bestraft sehen, womit zudem die* parlamentarische Chance *für den Entwurf stiege, während lt. Brefeld und Recke dadurch die Unternehmer in der* nationalliberalen Partei *verärgert würden.* Posadowsky *und Miquel wollen* den Arbeitgebern nicht gestatten, *was* den Arbeitern *verboten wird, so daß eine Ministermehrheit für Einbezug der* Arbeitgeber, *aber Ausschluß der* Landarbeiter *optiert. Detaildebatte, u. a. wird der* Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte *als Strafe abgelehnt, weil dies ein* neues Agitationsmittel *für die SPD darstellte.* [B]

[1] *Rep. 120, BB VI Nr. 169 Beiheft 2, Bl. 40–42v u. BArch, RAdI, Nr. 106836, Bl. 129–131v.*

Nr. 349 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 135–148; MF 809.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], O. Frh. v. Richthofen [für B. Bülow], Nieberding, v. Frantzius [zu 1].

1. Thronfolgestreit *in Lippe-Detmold. Der früher beschlossene* Antrag[1] *Preußens erreicht nur durch die* Württembergische Regierung *eine Mehrheit in den* Bundesratsausschüssen. *Zwar kann* im Plenum [...] mit Hilfe der kleinen Bundesstaaten, wenn Preußen unter Geltendmachung seines vollen wirtschaftlichen und politischen Schwergewichts auf sie *drückt*, eine dürftige Majorität *erzielt werden;* indessen würde ein derartiges Resultat politisch höchst unerwünscht sein. *Eine* abgeänderte Fassung[2] *des Antrags betont, daß* Art. 76 Abs. 1 der Reichsverfassung *Grundlage der* Zuständigkeit des Bundesrats *ist, daß das* Lippische Haus- und Landesrecht für die Entscheidung des Thronfolgestreits maßgebend *bleibt und* Landesgesetze *der* Entschließung *des* Bundesrats *nicht vorgreifen. Es soll sondiert werden, ob die* Württembergische Regierung *dem zustimmen kann.* [B] — **2.** Lex Heinze.[3] *Hohenlohe hat große* Bedenken *dagegen, da nur* Heuchelei und Scheinheiligkeit gefördert *würden und überhaupt die* Menschen durch Strafvorschriften sittlich zu bessern *schwierig bis unmöglich ist. Nieberding zufolge muß jedoch der Initiative Wilhelms II. von* 1891 *gefolgt und kann auf* Unterstützung *durch Konservative und* Zentrum *gerechnet werden. Detailberatung, v. a. betr. Nachweisbarkeit der* Absicht der Verführung zu geschlechtlichen Ausschweifungen *und zur Verfahrensweise bei* „erotica“ *literarischer oder künstlerischer Qualität.* [B] — **3.** *Die Grundzüge*[4] *eines Gesetzentwurfes betr.* Änderungen der Zivilprozeßordnung und der Strafprozeßordnung werden gebilligt. [B] — **4.** Beteiligung von Bergarbeiter-Vertretern bei der Überwachung des Sicherheitszustandes der Bergwerke. *Brefeld möchte den* Bericht[5] *einer zum* Studium der Gesetzgebung *von* England, Frankreich und Belgien *dorthin entsandten* Kommission *veröffentlichen. Solange unklar ist, ob Arbeiterbeteiligung an der* Bergpolizei *eingeführt wird, wünscht eine Ministermehrheit keine* Veröffentlichung, *auch um nicht* der Sozialdemokratie Vorschub zu leisten. [B]

[1] *Vgl. Sitzung am 24.9.1898, TOP 4 u. 14; zum Fortgang vgl. Sitzung am 16.12.1898, TOP 1 mit Anm.*
[2] *Auf Bl. 136v. Vgl. dazu Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 96 ff. (Stellungnahme der Bundesstaaten).*
[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8097 (div. Schriftwechsel, Bl. 235 ff. Voten). Zur im Prot. genannten RT-Initiative: StenBerRT, Session 1897/98, 13.1.1898, S. 397–419, 19.1.1898, S. 499–528, Drucks. Nr. 191 (Kommissionsbericht zum Antrag des Zentrums) und Debatte am 26.4.1898, S. 1963–1975 (Beschlußunfähigkeit wegen geringer Präsenz). Der Gesetzentwurf als StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 160. Interpretation bei Mast, Peter, Künstlerische und wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich 1890–1914, o. O. 1980, S. 139–190, hier S. 141–143.*
[4] *Rep. 84a, Nr. 8339, Bl. 118–124. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 152 (Gesetzentwurf v. 28.11.1898).*
[5] *BArch, RAdI, Nr. 115442, n. f. (August 1898); ebd. auch das Votum Brefelds v. 20.9.1898. Vgl. StenBerAH, 27./28.2.1899, S. 942–964 u. 967–973 (S. 954–957 Brefeld zum Antrag M. Hirsch betr. Hinzuziehung von Arbeitern).*

Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 150–170v; MF 809/810.

Anwesend [U]: Miquel [V], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Aschenborn [zu 2], Lehnert [zu 1].

1. *Besoldungserhöhung für Unterbeamte.*[1] *Lt. Miquel hat die zunächst beabsichtigte* Ausgleichung von Unbilligkeiten *zur allgemeinen Aufbesserung im Umfang von* über 12 *Mio. M. geführt, wovon* Stellenzulagen *rd.* 2½ *Mio. M. ausmachen. Einzelfälle, u. a. Gefängniswärter und* Schutzmänner,

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 48 u. Debatte am 22.2.1899, S. 817–824 u. 24.2.1899, S. 889–893.*

werden entschieden. [B] — **2.** Kompetenz des Reichseisenbahnamtes. *Die Begründung zweier neuer Stellen dort mit der angeblichen Aufgabe* „Kontrolle des Tarifwesens“ *bemängelt Thielen, da dies den* Einzelstaaten *zusteht. Da* Aschenborn *diese* Motivierung *ändern wird, kann Preußen* im Bundesrate *zustimmen.* [B] — **3.** Antrag[2] *des* Allgemeinen Knappschaftsvereins *in* Bochum *auf* Statutenänderungen. *Damit soll der Zustand aufhören, daß Bergarbeiter bei* Berufsinvalidität [...] nur die berggesetzliche Rente *erhalten, obwohl sie auch* Beiträge *in die allgemeine* Reichsversicherung *gezahlt hatten. Brefeld möchte* im Interesse des sozialen Friedens *zustimmen, während* Posadowsky *die* Sicherheit der reichsgesetzlichen Leistungen durch das neue Statut *und dadurch bedingte* 30% *Rentensteigerung* für gefährdet *ansieht. Um eine* Insolvenz *etwa* 1902 oder 1903 *zu verhüten, will Brefeld die* Beiträge der Werkbesitzer *von* 75% der Arbeiterbeiträge [...] auf 100% *erhöhen und dann eine* mäßige Erhöhung der Arbeiterbeiträge *erwägen. Wegen der involvierten* großen politischen und sozialen Interessen *wird Preußen im* Bundesrat *dem neuen* Statut *zustimmen.* [B]

[2] *Rep. 77, Tit. 923 Nr. 8 Beiakte 4 Bd. 1, n. f. (Abschr. des Antrags v. 20.9.1898); in dieser Akte der Schriftwechsel. Vgl. StenBerBundesR, Sitzung am 6.10.1898, § 496 aa u. Sitzung am 26.1.1899, § 66 (Genehmigung des Antrags).*

Nr. 351 Sitzung des Staatsministeriums am 25. November 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 172–194; MF 810.

Anwesend [U]: Hohenlohe [U], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, Posadowsky. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: K. v. Bülow [für H. Goßler], Nieberding [zu 1, U], v. Podbielski [zu 2, U], R. Sydow [zu 2].

1. *Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen. Wilhelm II. hält* Strafverschärfungen *für nötig, während* Posadowsky *nur einen* Gesetzentwurf *vorlegen will, der* die Zustimmung der maßgebenden Parteien des Reichstags *erlangen kann und Nieberding Vermittlungsvorschläge vorlegt.*[1] *So soll Zwang, Drohung oder Boykott bei* Streiks *nun mit bis zu einem* Jahr *Gefängnis bestraft werden.* Posadowsky *hält die von Schönstedt angeregte* Polizeiaufsicht *für Streik-Agitatoren für falsch, da nicht jeder* Streik *nur* frivol *ist, es vielmehr auch solche gibt, die* sittlich berechtigt *sind, und diese Bestimmung* voraussichtlich dem ganzen Gesetze das Genick *bräche. Der von Wilhelm II. gewünschten zweijährigen* Zuchthausstrafe *für* Rädelsführer *von* Streiks, *die die Sicherheit des Staats gefährden, widerrät das* Staatsministerium, *würde aber bei Insistieren Wilhelms II. eine* Erhöhung *der* angedrohten Gefängnisstrafen *akzeptieren.* [B] — **2.** Reichsgesetzliche Regelung *der Befugnisse der* Telegraphen-*Verwaltung bezüglich* Benutzung von öffentlichen und privaten Grundstücken.[2] *Bosse wünscht für öffentliche* Grundstückseigentümer *wegen* Interessen der Kunst- und Denkmalspflege *ein* Einspruchsrecht *gegen* Überführung von Telegraphendrähten. *Recke wünscht Beteiligung der* Wegepolizeibehörde, *um* wegebaupolizeiliche Bedenken geltend *machen zu können. Dies würde lt. Sydow das* Genehmigungsverfahren unnötig komplizieren *und* Mitteilung

[1] *Vgl. Rep. 120, BB VI Nr. 169 Beiheft 2, Bl. 37–39 (Wünsche Wilhelms II., Stellungnahme Nieberdings).*

[2] *Rep. 84a, Nr. 5241, Bl. 41 ff. (Prot. der kommissar. Beratungen v. 5.11.1898), Bl. 61 ff. (Zusammenstellung der Rechtsverhältnisse anderer Staaten), Bl. 100–105 Gesetzentwurf v. Anfang 1899, Abschluß mit dem Telegraphenwege-Gesetz v. 18.12.1899, RGBl., S. 705.*

von Plänen reicht aus. Beide Minister *lassen ihre* Abänderungsvorschläge *fallen und stimmen zu.* [B] — **3.** Regelung der Sonntagsruhe im Berliner Handelsgewerbe [...] vor Weihnachten *1898.*[3] [B]

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2696 (Schreiben von Bosse/Recke/Brefeld v. 14.11.1898 über den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten v. 13.11.1898).*

Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 136, Bl. 196–208v; MF 810/811.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U].

1. Gesetzentwurf *zum Schutze der Arbeitswilligen. Wilhelm II. besteht auf* Strafschärfungen *für* Rädelsführer *von* Streiks *und bei* Gefahr für Menschenleben *bzw.* Gefährdung der Sicherheit des Reichs. *Nieberding sieht durch die* Zuchthausstrafe *für letzteres das* ganze Gesetz in der öffentlichen Meinung mit einem unheilbaren Odium belastet, *aber die Minister optieren für weitgehende Akzeptanz der Wünsche Wilhelms II., da* Änderungen im Bundesrat *möglich sind und man* im Reichstage *die* materielle Notwendigkeit schärferer Strafen *darlegen kann. Als* theoretische Begründung *ist zu betonen, daß man* jetzt einer geschlossenen Phalanx der Arbeiterschaft *gegenübersteht und man* auf den tatsächlichen Eintritt solcher Eventualitäten gefaßt *sein muß. Der* Gesetzentwurf *ist als* Reichsvorlage [...] einzubringen, *da dies Preußen* eine freiere Stellungnahme *im* Bundesrat *ermöglicht.*[1] — **2.** *Der* Widerspruch *Hohenlohes gegen die Unterbringung auch der* Generallotteriedirektion *auf dem* künftigen Staatsministerial-Grundstück *Wilhelmstr. 63 wird von keinem Minister geteilt, zumal der hohe Grundstückspreis gute* Ausnutzung *verlangt. Hohenlohe fügt sich.*[2] — **3.** *Die nebenamtliche* Mitgliedschaft *von* Beamten *in der* Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte *und ähnlichen* Ministerialkommissionen *endet* von selbst *gleichzeitig mit dem* Hauptamt, *auch um der Gefahr zu entgehen, daß sie verknöchert,* doktrinär und einseitig *werden. Dieser Grundsatz hindert die* Ressortchefs *nicht, den* ausgeschiedenen Beamten jederzeit auf's Neue zu berufen. [B] — **4.** *Der* Dispositionsfonds des Präsidenten *der* Ansiedlungskommission für 1899 *wird mit dem* Rückeinnahme- und Übertragungsvermerk *versehen.* [B] — **5.** *Titelverleihung. Ordensache.* [B] — **6.** *Ordenssache.* Eduard von Oppenheim *erhält wegen seiner Verdienste um die Rennpferdezucht den Roten* Adler Orden *II. Kl.*[3] [B] — **7.** *Zehn Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 95 (Bericht Jagemanns).*

[2] *Vgl. Zöbl, Dorothea, Das periphere Zentrum. Bundes- und Reichsbehörden im Groß-Berliner Stadtraum 1866/67–1914, Berlin 2001, S. 150 f.*

[3] *Vgl. Stürmer, Michael u. a., Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. u. Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie, München/Zürich 1989, S. 244–247 (Eduard Oppenheim).*

Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 210–216v; MF 811.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

1. *Novelle zur Alters- und Invaliditätsversicherung im* Bundesrate[1]. *Dort bestehen Bedenken gegen die beabsichtigte* Feststellung der Renten *durch lokale* Rentenstellen, *da diese uneinheitlich* bemessen *könnten, in* die Hand der Sozialdemokratie gelangen *und den* Vorständen der Versicherungsanstalt eine so wichtige Obliegenheit *abnehmen würden. Daher sollen die Länder entscheiden, wer den Rentenbescheid erteilt, was* Preußen *erlaubt,* als Vorsitzende der Rentenstellen *primär* Landräte *einzusetzen, damit sie* mit der arbeitenden Bevölkerung in nähere Fühlung *kommen.* [B] — **2.** *Die* Beschlußfassung des Bundesrats *über den Initiativgesetzentwurf*[2] *zur* Aufhebung *des Verbindungsverbotes für Vereine ist dem Wunsch Reckes gemäß zu* verzögern, *um* vielleicht *im Landtag eine* Vereinsgesetz-Novelle *zu erreichen. Schönstedt und* Posadowsky *möchten Wilhelm II. dazu bewegen, daß Preußen* im Bundesrate *für eine* Aufhebung des Koalitionsverbots *stimmt, da Hohenlohe dies versprochen hat und* Sachsen *und* Bayern *ihr Vereinsrecht liberalisiert haben.* [B] — **3.** Reform der Personen- *und Gepäcktarife der Staatseisenbahnen. Verhandlungen mit den Bundesstaaten*[3] *lassen eine partielle* Einigung *und kaum* Einnahme-Ausfall *erwarten. Miquel bleibt* skeptisch, *aber lt. Thielen kann* Preußen *das* Odium, *allein gegen die* notwendigen Tarifverbesserungen *aufzutreten, nicht tragen*. — **4.** *Terminierung der* Eröffnung *der Landtagssession 1899.* [B] — **5.** *Titelverleihung* [B]

[1] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1899, Drucks. Nr. 2 (dort § 51); dazu Sitzung am 16.1.1899, § 27.*
[2] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1897, Sitzung am 26.5.1897, § 388 mit Anlage 2 (Überweisung an Ausschüsse). Erst in der Sitzung am 7.12.1899, § 751, stimmte der Bundesrat dem neuerlichen Initiativgesetzentwurf des Reichstages zu. Diesem lag der im Prot. genannte Antrag Bassermann (StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 32) zugrunde.*
[3] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f. (Thielen am 29.6.1899 über die Konferenzen v. 28.4.1898 u. 10.2.1899).*

Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 218–239; MF 811.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

Weitere Teilnehmer: Lohmann [für Brefeld], Reichardt, A. Schroeter [beide zu 2].

1. *Thronfolgestreit in Lippe-Detmold. Dem von der* Sächsischen Regierung *beabsichtigten* Antrag[2] *soll im* Bundesrat *zugestimmt werden, da er dem früher vom* Staatsministerium *beschlossenen gleichkommt.* [B] — **2.** *Förderung des Absatzes für* Petroleum *aus* Rußland, *um von der amerikanischen* Standard Oil Company *unabhängiger zu werden und* Rußland *für die* Aufhebung der Zollkredite *und ggf. der* gemischten Transitläger *eine* Gegenkonzession *machen zu können.* Rußland *gesteht ersteres zu und besteht bei letzteren nur auf jene in* Königsberg und Danzig, *was* einen sehr großen politischen Erfolg *bedeutet. Auch bezüglich* Erhöhung des Testpunktes *für* Petroleum *und*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1899, Beschluß am 5.1.1899, § 16 u. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 99 f. (Entstehungsgeschichte).*

dessen Verkauf nach Gewicht *ist Einigung erzielbar. Das* mit Rußland zu schließende Abkommen *bedeutet* ein Zusatzabkommen *zum* bestehenden Handelsvertrage, *da lt. Miquel* bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen *das* Petroleum [...] ein Kampfmittel ersten Ranges bilden *wird.*[3] [B] — **3.** *Hochwasserverhütung* durch Ausbau der schlesischen Gebirgsflüsse. *Die diesbezüglichen Pläne sind den* Oberpräsidenten *Hatzfeldt und Achenbach mitzuteilen, ein* Gesetzentwurf[4] *betr.* Schutzmaßregeln *an linksseitigen Oder-Zuflüssen ist dem* schlesischen Provinziallandtag *zur* Begutachtung *vorzulegen und* Verhandlungen mit dem schlesischen Provinzial-Ausschusse *über die Finanzierung anzugehen.* [B] — **4.** *Die* Geldlotterien *zum Schutze des* Siebengebirges *sollen regional begrenzt erlaubt werden und vom Verschönerungsverein erworbene* Grundstücke *bedürfen bei nicht-landwirtschaftlicher* Verpachtung *der* Genehmigung des Oberpräsidenten. [B] — **5.** *Die* Einnahmen aus dem Staatseisenbahnbetrieb *sind* bis Ende November 1898 *um 52,1 Mio. M. oder* 6,62% *gestiegen.* — **6.** *Zwei Ernennungen. E.* Magdeburg *soll Präsident der* Oberrechnungskammer *werden und R.* Graf v. Zedlitz-Trützschler *sein* Nachfolger *als Oberpräsident von* Nessen-Nassau; *Wilhelm II. ist damit* einverstanden. [B] — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Gegen Prof.* Dr. Hans Delbrück *soll* wegen seiner Äußerungen über die Ausweisungen aus Nordschleswig im Dezemberhefte der „Preußischen Jahrbücher" das Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Amte eingeleitet *werden.*[5] [B] — **9.** *Sechs Disziplinarsachen.*[6] [B]

[3] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 66 Bde. 7 u. 8 (div. Schriftwechsel bezüglich Förderung russischen Petroleums).*

[4] *Vgl. Verhandlungen des 39. Provinziallandtages der Provinz Schlesien, Breslau 1899, Drucks. Nr. 131; Debatte dazu 12.1.1899, S. 44–87. Vgl. auch Verhandlungen des 40. Provinziallandtages der Provinz Schlesien, Breslau 1900, Drucks. Nr. 9; Debatte dazu 7.2.1900, S. 24–66. Zum Fortgang vgl. Kronratssitzung am 14.8.1903 mit Anm.*

[5] *Delbrück hatte in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 94 (1898), S. 574 geschrieben: „Die jüngsten Ausweisungen aus Schleswig schreien zum Himmel. (...) Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Abscheu der gebildeten Welt macht, ist die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampf der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können." Weiterer Text in: Schultheß, 1898, S. 192 f.; vgl. ebd., 1899, S. 74 (500 M. Geldstrafe für Delbrück). Analysen bei Thimme, Annelise, Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955, S. 96–98; Sievers, Kai Detlev, Die Köller-Politik und ihr Echo in der deutschen Presse 1897–1901, Neumünster 1964, S. 94–99; Bruch, Rüdiger vom, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980, S. 150–153 (aufgrund des NL Delbrück).*

[6] *Die im Prot. genannten besonderen* Protokolle *liegen nicht bei und die übliche Marginalie mit den Namen fehlt.*

Nr. 355 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1898.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 136, Bl. 241–272; MF 811/812.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

Weitere Teilnehmer: Richard Koch, Aschenborn [beide zu 1], Reichardt, Wilhelmi, Karl Köhler, Bumm, A. Schroeter [alle zu 3].

1. *Novelle*[2] *zum Bankgesetz. Auf das* Kündigungsrecht *gegenüber allen* Privatnotenbanken *wird nicht verzichtet. Die vorgesehene* Ausgabe von 50 M.-Noten, *um die* Goldreserve *der* Reichsbank

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Rep. 120, A X Nr. 40 Bd. 1, Bl. 107–119v (Entwurf Posadowskys v. 2.12.1898). Div. Schriftwechsel dazu in: Rep. 151, IA Nr. 161. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1898, Drucks. Nr. 170; Richter, Eugen, Politisches ABC-Buch, 10. Aufl., Berlin 1903, S. 21–23; Zilch, Reinhold, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung von 1907 bis 1914, Berlin 1987, S. 92 f.*

[...] zu verstärken, *wird auf Drängen Miquels und Thielmanns unterlassen.* [B] — **2.** Novelle[3] zur Gewerbeordnung. *Der Bedürfnis-Nachweis bei der* Konzessionierung *für* Gesindevermieter und Stellenvermittler *wird abgelehnt, da dies einen* Zankapfel *zwischen* Industrie und Landwirtschaft *schüfe und den* staatlichen Behörden eine unzulässige Einwirkung auf die Konkurrenz der Arbeiter *ermöglichte* [B]. Jugendliche Arbeiterinnen, *die* neben ihrer Beschäftigung in *Fabriken, v. a. der* Kleider- und Wäschekonfektion, *noch* vom Arbeitgeber zu Hause beschäftigt werden, *sollen nicht mehr als die* gesetzlich *zulässige* Arbeitszeit *arbeiten dürfen. Diese* Vorschrift *kann* leicht umgangen werden, *wird aber mehrheitlich gebilligt* [B]. *Mit weiteren Detailänderungen wird die Novelle gebilligt* [B]. — **3.** *Gesetzentwurf über Einführung der* Fleischbeschau.[4] *Detailberatung, v. a. betr.* Ermächtigung des Bundesrates, *die* Einfuhr von Fleisch, dessen Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr nicht mehr festgestellt werden kann, zu verbieten. *Hammerstein verlangt* grundsätzliches *Verbot, da dann kein* Staat *über schikanöse* Behandlung *klagen kann.* Reichardt *sieht darin einseitige agrarische* Interessenpolitik *und* fürchtet äußerste Erregung in Amerika. *Die USA sind lt.* Bülow *nunmehr* Weltmacht und *Deutschland kann u. a.* Baumwolle *und* Harze *von dort nicht entbehren. Deshalb soll die* Zulassung amerikanischer Wurstkonserverven, *deren Wert 54½ Mio. M. im Jahre 1897 betrug,* die Regel bilden [B]. *Eine reichische* Entschädigungspflicht *für krankes Vieh und* Einführung einer Zwangsversicherung *werden abgelehnt* [B]. — **4.** Novelle *zur Alters- und Invaliditätsversicherung* im Bundesrate. *Einem sächsischem Antrag, daß überschüssige* Mittel *einer* Versicherungsanstalt *zum allgemeinen Nutzen der* Rentenempfänger, *z. B.* Sanatorien *und höheres Krankengeld, verwandt werden dürfen, wird* Preußen *zustimmen, da viele* Staaten *dafür sind, und man dann Entgegenkommen beim* so dringend notwendigen finanziellen Ausgleich *zwischen den Versicherungsanstalten erwarten kann.* [B] — **5.** *Ordenssachen zum* Ordensfeste *1899. Revision in acht Fällen. Von* 72 Vorschlägen der kommandierenden Generale *für in Kriegervereinen Aktive werden* 39 genehmigt.[5] [B] — **6.** *Zwei Ernennungen.* [B]

[3] *Rep. 90, Nr. 1656, Bl. 120–216 (Entwurf Posadowskys v. 8.11.1898). Auch in: Rep. 84a, Nr. 11412, Bl. 8 ff. und Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 23, Bl. 26–119. Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1899, Drucks. Nr. 4.*

[4] *Rep. 90, Nr. 1814, n. f. (Entwurf Posadowskys v. 9.12.1898). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1899, Drucks. Nr. 8. Der Gesetzentwurf auch in: Rep. 84a, Nr. 10758, Bl. 164–180v. Zu den im Prot. behandelten Friktionen mit den USA vgl. Pommerin, Der Kaiser und Amerika, S. 195 f. (aufgrund Rep. 90, Nr. 1623).*

[5] *Vgl. Rep. 90, Nr. 2111, Bl. 427 f. (im Prot. genanntes Schreiben Reckes v. 10.12.1898).*

Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1898.

Vollz. Reinschr., Bd. 136, Bl. 274–280v; MF 812.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz. — Prot.: P. Rheinbaben [U].*

1. *Geheimhaltung von Schriftstücken.*[2] *Recke zufolge besteht* Hauptgefahr *bei Runderlassen an* Provinzialbehörden, *die* regelmäßig im Wortlaute den unteren Behörden mitgeteilt *werden. Dies soll abgestellt und speziell die* Erwähnung des ministeriellen Ursprungs tunlichst vermieden *werden, damit z. B. der* Oberpräsident *und* nicht die Zentralstelle [...] in der Öffentlichkeit als Urheber

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. BArch, RK, Nr. 360, Bl. 56–57 (Reckes Grundzüge) u. ebd., Bl. 68 f. (Erlaß v. 13.5.1899). Auch in BArch, RAdI, Nr. 115277, n. f. Zum im Prot. genannten Antrag Klinckowstroem vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 18.1.1899, S. 255–265 (unerledigt).*

der Verfügung *dasteht. Miquel will* ganz geheime Angelegenheiten mehr auf mündlichem Wege zur Kenntnis nachgeordneter Behörden [...] bringen. *Die Praxis* vieler Landräte, [...] Verfügungen *nur mit dem* Vermerk „Abschrift zur Beachtung“ *weiter zu geben und so* in die Hände *unzuverlässiger städtischer* Polizeibehörden und *ländlicher* Amtsvorsteher *zu befördern, soll aufhören*. [B] — **2.** Haftung *von Staat und Kommunen für den durch ihre Beamte* Dritten zugefügten Schaden.[3] *Schönstedt möchte eine* Regelung *wie im Reich und einigen* Bundesstaaten, *während sich Miquel zufolge* Unzuträglichkeiten aus dem bisherigen Rechtszustande nicht ergeben *haben. Zunächst finden* kommissarische Beratungen *statt.* [B] — **3.** *Titelverleihung. Zwei Ernennungen.* [B] — **4.** *23 Disziplinarsachen.* [B]

[3] *Vgl. Rep. 151, IB Nr. 4549, n. f. (Prot. der kommissar. Beratungen v. 27.3.1899, Aussetzung 1900, weitere kommissar. Beratungen 16.12.1903). Vgl. Sitzung am 22.4.1904, TOP 3 (weitere Vertagung bis zum Gesetzentwurf v. 10.2.1908).*

Nr. 357 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 137, Bl. 2–9; MF 812.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow. — Prot.: P. Rheinbaben [U]; Greiff [zu 4].

Weitere Teilnehmer: Küntzel, Mügel, Greiff, Struckmann [alle zu 4].

1. *Die* Thronrede[1] *zur Landtagseröffnung wird* festgestellt. [B] — **2.** *Die* Übersicht[2] *der* Entschließungen *der* Staatsregierung *auf* Beschlüsse *des Landtages 1898 hin wird verabschiedet*. [B] — **3.** *Die* Übersicht *der für die Landtagssession 1899 geplanten* Vorlagen *wird* genehmigt*; eine* Vorlage wegen Ergänzung des Gesetzes *über die* Geschäftssprache der Behörden *ist nicht mehr vorgesehen.* [B] — **4.** Entwurf[3] eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. *Detaildiskussion, u. a. betr. genehmigungsfreien Grunderwerb durch* außerpreußische Eisenbahngesellschaften [B]; *die Vertagung einer* Neuregelung des Gesinderechts [B]; Kosten- und Stempelfreiheit *der* Überleitung des Güterstandes der bestehenden Ehen [B]; Einführung der elterlichen Gewalt der Mutter *sowie die* Gewährung der Mündelsicherheit für Hypothekenpfandbriefe und Kommunalobligationen der Preußischen Hypotheken-Aktienbanken. *Schönstedt ist dafür, aber Hammerstein erwartet starke Konkurrenz für die* Landschaften. *Miquel sieht die* fraglichen Papiere *als* minder stabil *an und befürchtet* einen beträchtlichen Rückgang *bei* Staatspapieren, *da neben* 7 Milliarden *M. an Staatsschuldverschreibungen schon für fast* 2 Milliarden *M.* Hypotheken-Pfandbriefe und Kommunalobligationen *umlaufen.* Das Interesse der Preußischen Hypothekenbanken *kann lt. Miquel* gegenüber den höheren Interessen des Staates nicht den Ausschlag geben. Fortsetzung der Beratung *wird vertagt*.

[1] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 16.1.1899, S. 2 f.*
[2] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 11.*
[3] *Rep. 84a, Nr. 400, S. 5–271 (gedr. Entwurf) u. S. 315–347 (Nachtrag). Ein Votum Schönstedts v. 2.1.1899 ebd., S. 351 bis 357. Zur Frage der Mündelsicherheit für Papiere der Hypothekenbanken eine Eingabe der Kur- und Neumärkischen Hauptritterschaftsdirektion auf S. 377–391, Voten dazu ab S. 393.*

Nr. 358 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Januar 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 11–42; MF 812/813.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V, zu 1–2], Miquel [V zu 3–8], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow. — Prot.: Seckendorff [U]; Greiff [zu 1]; Struckmann [zu 2].*

Weitere Teilnehmer: Küntzel, Mügel, Greiff [alle zu 1], Struckmann [zu 1–2].

Amtseinführung des neuen *Unterstaatssekretärs* im Staatsministerium, *R. Frh. v.* Seckendorff.[2] — **1.** *Ausführungsgesetz zum BGB. Nach* kommissarischen Beratungen[3] *werden Fassungsänderungen gebilligt. Zur* Mündelssicherheit *der Papiere der* Preußischen Hypotheken-Aktienbanken *wird beschlossen, die Frage* einstweilen zu vertagen und erst, wenn sich die Stellung der Parteien des Landtages übersehen *läßt, ggf. eine* besondere Vorlage *einzubringen* [B]. *Die* durch das Bürgerliche Gesetzbuch veranlaßten Änderungen des Zwangserziehungsgesetzes *werden* einem besonderen Gesetze vorbehalten[4] [B]. *Die* Erhöhung *der* Gerichtskosten *bei Verhandlungen mit* einer der deutschen Sprache nicht mächtigen Person *wird gebilligt* [B]. *Die* Vorschriften des Landrechts, soweit sie sich auf das öffentliche Recht beziehen, *bleiben* bestehen [B]. *Die Anregung*, Schenkungen *an katholische* Orden *genehmigungspflichtig zu machen*, *wird abgelehnt, da dies* starke Erregung *unter Katholiken hervorriefe* [B]. — **2.** *Gesetzentwurf*[5] über die freiwillige Gerichtsbarkeit *und Nachtrag. Detaildiskussion, u. a. zur* Vermittelung *durch* Notare *und* Ausdehnung *der altpreußischen* Disziplinarvorschriften auf die rheinischen Notare. [B] — **3.** *Gesetzentwurf über die* ärztlichen Ehrengerichte. *Detailberatung und Billigung.* — **4.** *Neuregelung der* Beteiligung der schlesischen Gutsherrschaften an der Aufbringung der Schullasten. *Im Gefolge einer* Resolution[6] *im* Herrenhaus *angestellte* Erwägungen *ergaben*, *daß damit die* herrschende Mißstimmung sowohl auf Seiten der ländlichen Gemeinden und des Kleingrundbesitze*s wie bei den Gutbesitzern* eher gesteigert *würde. Die* Schulunterhaltungspflicht *kann* billiger Weise nur für *ganz Preußen* geregelt werden. *Ein* Gesetzentwurf *ist nur im Rahmen* eines allgemeinen Volksschulgesetzes *mehrheitsfähig.* [B] — **5.** Eingabe[7] *des Ostmarkenvereins betr.* Unterstützung *der* Gründung selbständiger *deutscher* Pfarrgemeinden unter Loslösung von den polnischen Pfarrkirchen *in* Posen. *Bosse erwägt Maßnahmen* zum Schutze *der* deutschen Katholiken. [B] — **6.** *Bei der* ersten Sitzung *des AH im neuen* Landtagsgebäude *sollen die Staatsminister* möglichst *zahlreich vertreten sein und Hohenlohe einen kurzen Glückwunsch*[8] *aussprechen.* [B] — **7.** Bestätigung des zum Beigeordneten in Krefeld gewählten Dr. *W.* Urfey. *Seit seiner unehrenhaften Entlassung als* Assistenzarzt *und* Verurteilungen wegen Beleidigung in den 70er und 80er Jahren *liegt* nichts Belastendes *vor.* Regierungspräsident *v. Rheinbaben befürwortet* entschieden *die* Bestätigung, *während die* Militärbehörden *doch* Bedenken *haben. Wie in einem* ähnlich gelagerten Falle *früher ist zunächst eine* militärische Rehabilitierung *anzustreben.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B]

---

1 *Gelesen: Tirpitz [U].*

2 *Zu den Querelen betr. Ernennung eines neuen UStS vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 464 f. u. 469 (Wilhelm II. verhinderte die Ernennung von Kurt v. Wilmowski zum UStS).*

3 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 400, S. 443 ff. (Prot. der kommissar. Beratungen v. 13.1.1899).*

4 *Die Aufhebung des Gesetzes betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder v. 13.3.1878 erfolgte mit Gesetz v. 2.7.1900, GS, S. 269.*

5 *Rep. 84a, Nr. 10636, Bl. 269–335, Nachtrag Bl. 346 ff; ebd., Bl. 342–345 Votum Schönstedts v. 2.1.1899.*

6 *Die im Prot. wiedergegebene Resolution in StenBerHH, Session 1897, 18.2.1897, S. 204.*

7 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

8 *StenBerAH, Session 1899, 16.1.1899, S. 5.*

Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 25. Januar 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 44–59; MF 813/814.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow [zu 3–8], Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [zu 4, U].

1. *Ernennung. Der evangelische E.* zur Nedden *soll Regierungspräsident in* Trier *werden, da Hohenlohes Ansicht, daß* ein staatstreuer und zuverlässiger Katholik besonders heilsam wirken *würde,* mit 5 gegen 4 Stimmen *abgelehnt wird. Jedoch wird erwogen, den* Wünschen des Zentrums *entsprechend, eine Stelle in der* Rheinprovinz, *mit* einem katholischen Präsidenten *zu besetzen.*[1] [B] — **2.** *Drei Ernennungen.*[2] [B] — **3.** *Denkmal für die* Märzgefallenen *im Friedhof Berlin-Friedrichshain. Recke moniert am* neuen Plan *des* Begräbnisplatzes *weiterhin den* monumentalen Charakter, *während Thielen die Frage für* in einer bedauerlichen Weise aufgebauscht *ansieht und auch Miquel sie für* nicht so wichtig *nimmt,* um einen Konflikt mit der Stadt zu rechtfertigen. *Aus Rücksicht auf Wilhelm II. wird mit* Mehrheitsbeschluß *entschieden, daß weiterhin* aus Gründen der öffentlichen Ordnung die Genehmigung zu versagen ist.[3] [B] — **4.** *Hinterbliebenenversorgung im Militär.* Heeresverwaltung *wie* Reichstag *möchten aus den* 16 *Mio.* Überschuß *des* Reichsinvalidenfonds *die Hinterbliebenen besser stellen, z. B. Soldatenwitwen auf* 300 M. *p. a. Ein* Gesetzentwurf[4] *ist auszuarbeiten.* [B] — **5.** *Volksschul- und Polenpolitik im RegBez.* Danzig. *Die* Verfügung, *die den* Lehrern *zur* Pflicht *macht, daß* die deutsche Sprache als Umgangssprache *benutzt wird und daß sie bei Wahlen aktiv* deutsche Gesinnung *bekunden, mißbilligt Bosse als selbständiges* Vorgehen einer einzelnen Regierung. *Die* Sache *soll aber nicht weiter verfolgt werden, da sonst* die Energie der Behörden im Kampfe für das Deutschtum gelähmt *würde.*[5] [B] — **6.** *Das Ausführungsgesetz*[6] zum Reichsgesetze *über* Änderungen der Zivilprozeßordnung *wird gebilligt.* [B] — **7.** *Verfahren* bei Ausweisungen. *Recke möchte eine Änderung dahingehend, daß* Ausweisungen *von* politisch verdächtigen oder lästigen Ausländern *nicht mehr* von jeder unteren Polizeibehörde *verfügt werden kann, sondern der* Genehmigung durch höhere Behörden *bedarf. So können auch politische Rücksichten, namentlich gegenüber* Rußland, *institutionalisiert werden. Recke will dazu eine* Denkschrift *vorlegen.*[7] [B] — **8.** *Die vom AH gewünschte* Remuneration von 10 000 M. *für die* Witwe *des um den Landtagsneubau verdienten* Bürodirektors Kleinschmidt *soll aus staatlichen* Baufonds *bestritten werden.*[8] [B]

---

1 *Vgl. Jungblut, Die „altpreußischen" höheren Regierungsbeamten, S. 28–30 u. 48. Die Ministerminderheit bildeten Hohenlohe, Brefeld, Goßler und Tirpitz. Zusammenfassende Interpretation: Hunt, James C., „Die Parität in Preußen" (1899). Hintergrund, Verlauf und Ergebnis eines Aktionsprogramms der Zentrumspartei, in: Historisches Jahrbuch 1982, S. 418–434, S. 427 f. Bezug auf die Protokolle. Vgl. Sitzung am 28.1.1898, TOP 2.*

2 *Der als OVGR in Aussicht genommene Eisenbahndirektionspräs. O. v. Mühlenfels (Oldenburg) wurde nicht ernannt.*

3 *Vgl. Schultheß, 1899, S. 48 (Nicht-Genehmigung wegen Verherrlichung der Revolution) u. allg. Abraham, Heike, Der Friedrichshain. Die Geschichte eines Berliner Parks von 1840 bis zur Gegenwart, Berlin 1988, bes. S. 27 f.*

4 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 11562, Bl. 60–62v (Hohenlohe schlägt 7.10.1898 Gesetz vor) u. RGBl., S. 339 (Gesetz). Zur finanziellen Überbürdung des Reichsinvalidenfonds vgl. Gerloff, Finanz- und Zollpolitik, S. 340–344.*

5 *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 10.3.1899, S. 1333 f. (Anfrage Mottys über Danziger Verfügung v. 5.10.1898).*

6 *Vgl. GS 1898, S. 284.*

7 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. Rep. 77, Tit. 1176 Nr. 1 G Bd. 4 (Einzelfälle); unter diesem Tit. der Repositur 77 befindet sich eine umfangreiche Aktenreihe zu Ausweisungen.*

8 *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 28.1.1899, S. 188–192 u. 21.6.1899, S. 2471 f. (Bewilligung).*

Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 62–72v; MF 814.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V zu 1–2], Miquel, Thielen, Bosse, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [beide zu 1–2], Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Conrad [zu 1], Frh. v. Broich [zu 3].

1. Herabsetzung der Eisenbahnfrachten *für Zuckerexporte und für Futtermittel. Die* Mehrzahl der landwirtschaftlichen und Handels-Körperschaften *sowie die* Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen *haben sich dafür ausgesprochen und Thielen könnte den* Ausfall von etwa 1 *Mio. M. Frachteinnahmen verkraften. Retorsion der USA fürchtet er nicht, zumal die* Ausfuhr nach Großbritannien *dominiert und* Eisenbahntarife *autonom festgesetzt werden. Hingegen sehen Posadowsky u. a., obwohl die USA* sich nicht einmal streng an die völkerrechtlichen Verträge *halten und wirtschaftspolitisch* stets die vollste Freiheit beanspruchten, *doch die* Gefahr *eines* allgemeinen Zollkrieges *mit* weitgehenden Kampfesmitteln *wie Ausschluß deutscher* Spielwaren und Weine. *Wenngleich* Enttäuschung *in* landwirtschaftlichen Kreisen *zu erwarten steht, ist lt. Bülow politische* Beruhigung *und diplomatische Sondierung in den USA abzuwarten, bevor eine Tarifänderung eintritt.*[2] [B] — **2.** *Ernennung. Hohenlohe möchte eine* Konzession an die Zentrumspartei *machen und* Bülow *und* Posadowsky *betonen, daß* im Reiche ohne Unterstützung dieser Partei eine fruchtbare und gemäßigte Politik, namentlich auf sozialpolitischem Gebiete, undurchführbar *ist. Deshalb soll A. Frh. v.* Hövel *in Kürze* zum Regierungspräsidenten in Koblenz *ernannt werden.* [B] — **3.** *Sechs Disziplinarsachen.* [B] — **4.** *Mitteilung, daß eine neue* Anleihe *von* 75 *Mio. M.* für das Reich *und von* 125 *Mio. M.* für Preußen *emittiert wird.* — **5.** *Ernennung.* [B]

[1] *Gelesen: Hammerstein [U].*
[2] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 3, n. f. (Votum Thielens v. 10.1.1899). Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115465, n. f. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 23.1.1901, TOP 3.*

Nr. 361 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 137, Bl. 74–107v; MF 814/815.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen [zu 1–8], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld [zu 3–10], H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [beide zu 1–7], Tirpitz [zu 1–8]. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Lohmann [für Brefeld zu 1–2], Reichardt [zu 4], Hauß [zu 7], Freund [zu 8].

1. *Teilnahme von Staatsministern an der* Beerdigung *von L. Graf v.* Caprivi.[1] — **2.** *Pressepolitik.* Tirpitz *beschwert sich über* Artikel[2] *der* Norddeutschen Allgemeinen Zeitung *und der* Berliner Korrespondenz, *worin ihm* zu laxe Haltung gegenüber der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde.

[1] *Caprivi war am 6.2.1899 gestorben und wurde einige Tage später in Skyren b. Crossen/O. begraben.*
[2] *Norddeutsche Allgemeine Zeitung v. 1.2. u. 3.2.1899 und Berliner Korrespondenz 1899, Nr. 12. Zum im Prot. genannten Vorgang vgl. StenBerRT, Session 1899/1900, 30.1.1899, S. 518–521 u. 523 f. (Singer, Tirpitz, Stumm).*

Recke hatte vor Erscheinen [...] keine Kenntnis, *aber die* Artikel *stammten aus dem* Literarischen Büro. *Künftig sollen derartige* Artikel *dem betroffenen* Ressortchef *vorgelegt werden; Hohenlohe wird den* Redakteur Lauser *tadeln.* [B] — **3.** *Stellungnahme zur* Interpellation[3] Szmula *betr. den Gesindemangel*. *Hammerstein möchte deshalb den* Regierungspräsidenten *erlauben, ledige* Leute russisch-polnischer oder galizischer Nationalität *längstens* drei Jahre *zuzulassen. Recke und* Posadowsky *sehen so die Polonisierung voranschreiten; zum* Gesindedienste *sind die* teilweise geradezu geistig und körperlich verkommenen russischen Arbeiter *nicht geeignet. Miquel möchte versuchsweise vorgehen, da* griechisch-katholische Russen oder Letten [...] nicht so gefährlich *sind. Außenpolitisch gibt es* Beschwerden *Rußlands, wenn die* Zugelassenen *dann* wegen Verheiratung, Vergehungen usw. *wieder ausgewiesen werden. Zuerst sind* Erhebungen *anzustellen.* [B] — **4.** *Handelspolitisches Verhältnis zu* Rußland. Witte *will die* Aufhebung der Zollkredite *bzw. der* gemischten Transitläger *hinnehmen und* eine Fusion der russischen Petroleum-Industrie *mit* Standard *Oil verhindern. Eine* Liste *von weiteren* 18 *deutschen Wünschen betr.* Zollbehandlung *wird er wohlwollend prüfen. Die USA werden beim* Petroleum *nicht* differentiell *behandelt, da die* Bundesrats-Verordnung[4] über die Erhöhung des Testpunkts *nur ausländischen Vorbildern folgt. Die Einigung mit* Rußland *soll noch einige Wochen geheim bleiben.* [B] — **5.** *Pressepolitik. Der* Posener Zeitung *sind* sämtliche behördliche Inserate *etc. zu entziehen, da ihre* gehässige *Haltung gegenüber der* Regierung *fortbesteht;* Oberpräsident *Wilamowitz soll auch die* Provinzialverwaltung *zu dieser* Sperrmaßregel *anhalten.*[5] [B] — **6.** *Die ungelöste* Thronfolge *im* Herzogtum Braunschweig[6] *verursacht angeblich* Mißstimmung *dort. Wenngleich eine* baldige entscheidende Lösung *sehr* wünschenswert *ist, kann* momentan *nichts geschehen.* [B] — **7.** *Der Gesetzentwurf*[7] *betr. die* Patentanwälte *wird mit einer Änderung gebilligt.* [B] — **8.** *Gesetzentwurf*[8] *betr.* Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten. *Es sollen die* Beamteneigenschaft *von* Erteilung einer Bestallungsurkunde abhängig *gemacht, die* Bemessung *der Zeugengelder für Kommunalbeamte ggf. staatlicher* Genehmigung *unterstellt und der* ordentliche Rechtsweg *für Beamtengehaltsprozesse durch die reine* Verwaltungsgerichtsbarkeit *ersetzt werden.* [B] — **9.** *Der Gesetzentwurf*[9] *betr.* die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen *wird gebilligt*. [B] — **10.** *Zwei Ordenssachen. Eine Titelverleihung.* [B]

---

[3] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 27; Debatte am 9.–11.2.1899, S. 428–450, 453–490, 498–527.*

[4] *BArch, AA, Nr. 11099, Bl. 50–52v (Entwurf Boettichers v. 13.2.1899). Der Entwurf wurde am 28.3.1899 geheim an die Bundesratsausschüsse gebracht, weil Bülow die dagegen bereits am 28.1.1899 durch Botschafter White protestierenden USA im Umfeld der Samoa-Krise nicht verärgern wollte. Geheime Beschlußfassung erfolgte am 4.7.1899, eine deutsch-russische Übereinkunft über Petroleum wurde am 10.6.1899 unterzeichnet; vgl. BArch, AA, Nr. 11100, Bl. 11 ff. (Bülow 2.6.1899). Bezüglich des Inkrafttretens ergaben sich weitere Komplikationen.*

[5] *Vgl. BArch, RK, Nr. 1012, Bl. 100 ff. (RP-Bericht v. 7.8.1898) u. Bl. 151 ff. (MdI am 28.1.1899 über die Posener Zeitung). Diese Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115478, n. f.*

[6] *Nachdem Herzog Wilhelm 1884 starb, bestand in Braunschweig eine Regentschaft unter Prinz Albrecht v. Preußen, da sich der erbberechtigte Herzog Ernst August (Cumberland) weigerte, die preußische Herrschaft in Hannover anzuerkennen. Erst 1913 bestieg sein Sohn Ernst August, verheiratet mit Wilhelms II. Tocher Viktoria Luise, den Thron. Vgl. Philippi, Hans, Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866–1913, Hildesheim 1966, S. 103–109. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 16.10.1913, TOP 2 mit Anm.*

[7] *Rep. 84a, Nr. 4131, Bl. 7–28v (Entwurf v. 21.1.1899); in der Akte auch Eingaben und Schriftwechsel dazu.*

[8] *Rep. 77, Tit. 316 Nr. 56 Bd. 2, Bl. 18–31 (Reckes Entwurf v. 11.1.1899). Vorentwürfe ebd., Bd. 1 (1898). Vgl. StenBerHH, Session 1899, 9.5.1899, S. 138–159.*

[9] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 136; Debatte dazu 21.4.1899, S. 1935–1953.*

Nr. 362 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 21. Februar 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 109–135v; MF 815.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow [zu 1–4], Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Weyrauch [für Bosse], Althoff [zu 2 und 4], Halle, Stöckel [beide zu 5], Drews, Evert [beide zu 1].

Thielen, Bosse *und* Posadowsky *sind verhindert.* — **1.** *Gesetzentwurf*[2] *betr.* Bildung der Wählerabteilungen bei *Kommunalwahlen. Die* „Zwölftelung" *würde lt. Recke über das* Hauptziel *der Wiederherstellung des Zustandes* von 1891 *hinausgehen. Deshalb soll jeder Wähler, dessen* Steuerleistung *den durchschnittlichen* Steuerbetrag *in der Kommune* übersteigt, stets der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen *werden*. *Dies kann dem* Zentrum *nicht* unangenehm sein. *Daß lokal das* Eindringen sozialdemokratischer Wähler in die *zweite* Abteilung *vorkommen kann, ist hinzunehmen. Miquel verteidigt das* Dreiklassensystem; *seine Anregung, auch* juristischen Personen *das Wahlrecht zu geben, um Firmen* Einfluß auf die Gemeindeverwaltung *zu gewähren, wird gebilligt. Ein direktes Kompensationsgeschäft mit dem* Zentrum, *das die* Militärvorlage *erst annehmen will, sofern* ein befriedigendes Kommunalwahlgesetz *vorliegt, soll der* Entwurf *nicht sein.* [B] — **2.** *Errichtung einer* Abteilung für Schiff- und Schiffsmaschinenbau an *der neuen Technischen* Hochschule in Danzig. *Der zunächst beabsichtigten Verlegung dieser* Abteilung *von der TH* Charlottenburg *nach* Danzig *wurde vom* Reichsmarineamt *und Wilhelm II. widerraten, da* Danzig *dem* Weltverkehr *zu weit* entrückt *ist. Für die lt.* Tirpitz *auf* die verschiedensten Industriezweige befruchtend *wirkende* Hebung des Schiffbaus *ist der zusätzliche* Kostenaufwand *zu tragen.*[3] [B] — **3.** Behandlung von Immediatgesuchen.[4] *Recke möchte die vielen* Begnadigungsgesuche *oder* Gesuche *um Beihilfen bzw.* um Verleihung der Kaiser Wilhelm Erinnerungsmedaille *vom* Zivilkabinett *direkt an die zuständigen* Provinzialbehörden *übersenden lassen. Schönstedt sieht darin aber einen* Regierungsakt *des Monarchen, der der* Gegenzeichnung eines Ministers *bedarf, auch um vom* Bericht *der* Provinzialbehörden *zu erfahren. Miquel möchte diese Art der* Delegation *fallweise beschränkt sehen. Jeder* Minister *kann mit* Kabinettschef *Lucanus* erforderlich erscheinende Abmachungen *treffen.* [B] — **4.** *Volkshochschulkurse*.[5] *Bosse möchte nach dem* erfreulichen Erfolg des ersten Zyklus *dem* Ausschuß *von* Berliner Hochschullehrern *etwa* 10.000 M. *Staatshilfe gewähren. Althoff zufolge ist so das Abdriften* in die Hände staatsfeindlicher Elemente *zu verhindern. Miquel hingegen betrachtet Staatshilfe als* Unbilligkeit *zugunsten Berlins und sieht die Kurse*

---

1 *Gelesen [U]: Bosse, Thielen, Posadowsky.*

2 *Rep. 77, Tit. 311 Nr. 175 Bd. 2, n. f. (Votum Reckes v. 29.12.1898 u. Entwurf). Ebd. und in Bd. 3 der Reihe (n. f.) Berichte der RegPräs. u. Voten, ein Entwurf des MdR E. Lieber u. statistische Berechnungen). Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115455. Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 194; Debatte dazu 9.6.1899, S. 2323–2341 (unerledigt). Analyse jetzt bei: Alexander, Matthias, Die Freikonservative Partei 1890–1918. Gemäßigter Konservativismus in der konstitutionellen Monarchie, Düsseldorf 2000, S. 244–255. Rheinische Beispiele des Wahlrechts gibt: Lenger, Friedrich, Bürgertum und Selbstverwaltung in rheinischen Großstädten im 19. Jahrhundert, in: Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990, S. 97–169, bes. S. 115–120.*

3 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115462, n. f. (Voten) und allgemein: Rep. 76, Vb Sekt. 10 Tit. 1 TH Danzig I. Abt. Nr. 1 Bd. 2 (1898–1934).*

4 *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115461, n. f. (Voten).*

5 *Vgl. Rep. 77, Tit. 46 Nr. 37, Bl. 28 ff. (Votum Bosses v. 7.2.1899 mit Abschr. der Eingabe der Professoren Max Delbrück, H. Diels, G. Schmoller, H. Waldeyer v. 19.11.1898).*

als Ehrensache *für Honoratioren an. Somit ist nur ideelle* Unterstützung *zu gewähren.* [B] — **5.** *Pensionssache*. [B] — **6.** *Zwei Ordenssachen. Ernennung.* [B] — **7.** *Zwei Ernennungen. Titelverleihung. Ordenssache.* [B]

Nr. 363 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 13. März 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 136–154v; MF 815/816.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V, zu 1–3, 10–12], Miquel, Thielen, Bosse [zu 4–13], E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler [zu 1–8], Posadowsky, B. Bülow [zu 1–6]. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 1, U], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 3–4], Stöckel [zu 5–6], Lewald [zu 5], Lindig [zu 6].

1. *Initiativgesetzentwurf*[2] *zur* Strafprozeßordnung *im RT. Antragsteller* Rintelen *schlägt vor, die seit 1894 strittige Frage der als* Berufungsinstanz *tätigen* Strafkammern *so zu lösen, daß sie* teils mit 3, teils mit 5 Richtern *besetzt werden. Nieberding lehnt dies sachlich und rechtssystematisch ab und will* bei geeigneter Gelegenheit eine neue Vorlage *der Bundesstaaten einbringen, die durch* Ausdehnung des Systems der Schöffengerichte *eine Reform bewirkt. Schönstedt ist für Eingehen auf den* Entwurf *als vorläufige Lösung, zumal* Schöffengerichte *in* Preußen *nicht* allgemein beliebt *sind. Eine Ministermehrheit sieht den* Entwurf *als akzeptabel an, sofern die* durchgängige Besetzung der Strafkammern mit 3 Richtern *erreicht wird.* [B] — **2.** *Die Kooptation von Beamten, hier des Eisenbahndirektionspräsidenten Ulrich und des Oberforstmeisters Hintz zu* Kassel *in die* dortige Landwirtschaftskammer *ist* zulässig; *ob daraus Konflikte entstehen, bleibt abzuwarten.* [B] — **3.** *Disziplinarsache*[3] wider den Kriminalkommissar von Tausch. [B] — **4.–6.** *Drei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **7.** *Die geplante Fideikommiß-Gründung des Herrenhausmitglieds* Graf *M.* Kwilecki *wird genehmigt, da der loyale* Stifter *durchaus* erhebliche Verdienste um die Provinz Posen *besitzt und der Erbe* Graf Hektor Kwilecki *zwar* von polnisch-ultramontaner Färbung *ist, aber sich unter den* Fideikommißbesitzern *Posens* kaum gefährliche Elemente *befinden.*[4] [B] — **8.** *Ernennung.* [B] — **9.** *Titelverleihung. Anläßlich eines Falles wird grundsätzlich festgelegt, daß die Berechnung* der *Dienstzeit auch bei* Bergbeamten *erst mit dem* Tage der Vereidigung als Beamter *beginnen soll und nicht wie bisher schon* vom Beginne der praktischen bergmännischen Tätigkeit *ab.* [B] — **10.** *Den* Teilnehmern *am internationalen* Preßkongreß *in* Rom *im* April *1899 ist keine* Vergünstigung *bei* Billets *der* preußischen *Staatsbahnen zu gewähren, da auch Bayern* Bedenken *dagegen hat und sonst bei* anderen Kongressen *ebenfalls* Ermäßigung *gewährt werden müßte.* [B] — **11.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **12.** *Ernennung. Wilhelm II. hat die Ernennung von H.* Günther *zum* Regierungspräsidenten *in* Stettin einstweilen zurückgestellt, *weil er Th. v.* Bethmann Hollweg *zum* Regierungspräsidenten *berufen möchte. Recke hat* Bethmann *bereits für* Bromberg *vorgesehen. Sollte Wilhelm II. widerstreben, kann auch ein* Tausch *vorgenommen werden.* [B] — **13.** *Ernennung. P.* Lehnert *wird neuer Unterstaatssekretär im* Finanzministerium. [B]

---

1 *Gelesen: Tirpitz [U].*
2 *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 17. Ausschußbericht Drucks. Nr. 203 (im Plenum unerledigt).*
3 *Vgl. Rep. 90, Annex F. Nr. 2930.*
4 *Vgl. Rep. 84a, Nr. 45112 (Berichte).*

Nr. 364 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 157–195; MF 816/817.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler [zu 1–2], Posadowsky [zu 2–13], B. Bülow [zu 2–13], Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Aschenborn [zu 1, U].

1. Beihilfen *an Kriegsveteranen. Der* Antrag[1] *W. v.* Kardorff *fordert baldige Beschaffung der* Mittel *für die* Beihilfen von 120 M. *gem. Gesetz v.* 22. Mai 1895. *Da die 2,4 Mio. M. p. a. speziell für Kriegsteilnehmer, die nicht invalide, aber sozial bedürftig sind, nicht reichen, hat eine* Resolution *des RT die Bereitstellung allgemeiner* Reichsmittel *gefordert. Aschenborn empfiehlt Nachgeben, wobei der* Reichsinvalidenfonds *den neuen* Ausgabenbedarf *von rd. 1,7 Mio.* M. *tragen soll. Miquel und Bosse stimmen trotz* Bedenken *zu, da* Erbitterung *aufkommt, wenn nur ein Teil der* Kriegsveteranen *Ehrensold erhält; es handelt sich aber um einen* abschüssigen Weg. [B] — **2.** *Maßnahmen gegenüber den Beamtenvereinen. Die* Vorschläge[2] der Kommission *lauten, daß vor* genau bezeichneten Verbänden *zu warnen ist und eine* Mahnung *vor Beteiligung an* schädlichen Vereinen *im* Staatsanzeiger *veröffentlicht werden soll. Dies muß* sehr vorsichtig abgefaßt *werden, aber bei Widerhandeln ist sogar* Dienstentlassung *anzustrengen. Zwar kann eine Veröffentlichung* eine lebhafte Polemik in der Presse und in den Parlamenten hervorrufen, *aber mit* 6 gegen 5 Stimmen *wird dafür optiert. In eklatanten* Einzelfällen *sollen die* Ressortchefs *die* geeigneten Maßregeln *ergreifen.* [B] — **3.** *Eine weitere* Maßregel *gegen Beamtenbeteiligung an* sozialdemokratischen Bestrebungen *ist nach den* Erklärungen[3] *von Podbielski und Posadowsky im RT* zur Zeit *unnötig.* [B] — **4.** Die Grundzüge[4] für die Behandlung geheimer *Schriftstücke werden zwecks* Durchführung *in den Ressorts gebilligt.* [B] — **5.** Antrag[5] des Hannoverschen Provinziallandtags, *daß der* Provinz *wie Gemeinden und Kreisen erlaubt wird, den* Unternehmern, *die* Provinzialchausseen *besonders abnutzen, einen Kostenbeitrag zur* Unterhaltung *dieser Wege aufzuerlegen. Die* Staatsregierung *hat dies bisher nur* weniger leistungsfähigen Verbänden *erlaubt, aber Miquel befürwortet das Gesuch. Thielen sieht darin* Rückkehr zum System der Chausseegeld-Erhebung, *wird jedoch* Erhebungen für die verschiedenen Provinzen *anstellen.* [B] — **6.** Eingaben[6] des „Tarifamts deutscher Buchdrucker“ *betr. Vergabe staatlicher* Druckarbeiten *nur an* Firmen, *die den* deutschen Buchdruckertarif als Lohnsatz anerkennen. *Das ist abzulehnen und den* Behörden zu überlassen, *die* Druckereien *entsprechend* Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit *und Preis auszuwählen*. [B] — **7.** *Im* Disziplinarverfahren *gegen Prof. H.* Delbrück *ist* auf Verweis und Geldstrafe von 500 Mark erkannt worden.[7] *Bosse behält sich Berufung vor.* — **8.** *Die Beschwerde des Erzbischofs v.* Stablewski *über*

[1] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 105; Debatte dazu 26.4.1899, S. 1988–1994 (S. 1989 f. Miquel). Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 6.3.1899, S. 1378 u. StenBerBundesR, Jg. 1899, Sitzung am 4.5.1899, § 329 u. 330.*

[2] *Vgl. Sitzung am 18.10.1898, TOP 3 mit Anm.*

[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 20.3.1899, S. 1624 (Posadowsky) u. 21.3.1899, S. 1680 (Podbielski).*

[4] *Vgl. Sitzung am 27.12.1898, TOP 1 mit Anm.*

[5] *Protokolle des 32. hannoverschen Provinziallandtages vom 15. bis 23. Februar 1899, Hannover 1899, 20.2.1899, S. 69–71. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115205, n. f. (Voten, nicht weiter beratener Gesetzentwurf).*

[6] *Vgl. Rep. 120, BB IX 1 Nr. 9 Adhib. 2 Bd. 1, n. f. (div. Schriftwechsel, Voten u. Antwort des Staatsministeriums v. 5.5.1899). Ebd. eine weitere Eingabe v. 11.10.1899, die in der Sitzung am 7.3.1900, TOP 5 besprochen wird. Vgl. auch BArch, RAdI, Nr. 115469, n. f.*

[7] *Vgl. Rep. 77, Tit. 1063 Nr. 7, Bl. 104 ff. (Verfahren u. Urteil v. 25.3.1899).*

Hammersteins Äußerung[8] *im AH, es sei schwierig,* für die deutsch gesinnten katholischen Ansiedler *auch* deutsch-nationale Seelsorger zu beschaffen, *ist zu beraten.* [B] — **9.** *Der Gesetzentwurf*[9] *betr.* die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung *soll* zunächst an das Abgeordnetenhaus gebracht *werden.* [B] — **10.** *Die* Mitteilung *des MdH v.* Below-Saleske, *daß Rußland die Zahl der* russisch-polnischen Arbeiter in den preußischen Grenzprovinzen *kennt und vermehren will, um* größeren Druck *bei den Handelsvertragsverhandlungen* ausüben *zu können, soll diplomatisch überprüft werden; bei Landarbeitern sind* Letten *zu bevorzugen.* — **11.–12.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **13.** *Titelverleihung. UStS* Lohmann *hat* Bedenken *dagegen, daß* Oberberghauptmann Freund *vor ihm Wirklicher Geheimer Rat wird, da bei* Vorsitz in Sitzungen usw. Schwierigkeiten entstehen könnten. *Die* dienstliche Stellung *des UStS* über den Direktoren *berührt das aber nicht.* [B]

[8] *StenBerAH, Session 1899, 16.3.1899, S. 1558. Vgl. Rep. 120, CB I Nr. 120 Bd. 3, Bl. 89 ff. (Votum Hammersteins und Antwortentwurf auf Stablewskis Beschwerde v. 20.3.1899).*

[9] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 139; Debatte dazu 24.4.1899, S. 1956–1972.*

Nr. 365 Sitzung des Staatsministeriums am 8. April 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 198–215, Anlage: Bl. 216–217v; MF 817.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben, Frh. v. Broich [beide zu 6].

1. *Pressepolitik.*[2] *Die* Besitzerin *der* Posener Zeitung, *A.* Röstel, *hat um Rücknahme des amtlichen Inseratenboykotts, der ihren Ruin bedeute, gebeten. Die* Hakatisten *verwenden sich für die* Zeitung, *um den* Riß *zwischen* Freisinnigen *und* Polentum *in Posen auszunutzen. Sie benutzen* Posadowsky *zufolge das Blatt aber auch, um den* Oberpräsidenten *Wilamowitz* zu beseitigen.[3] *Da die* Zeitung [...] seit 10 Jahren *eine* gehässige *Haltung* gegen Regierung und Beamte *einnahm und* vornehmlich Organ des freisinnigen Judentums *war, bleibt der Entzug aller Druckaufträge bestehen.* [B] — **2.** *Maßnahmen gegenüber den Beamtenvereinen. Der* Entwurf[4] *Miquels für eine öffentliche* Warnung *wird gebilligt. Dies soll den* jetzt manchmal schwankenden Provinzialbehörden *als* eine Art Richtschnur *dienen.* [B] — **3.** *Die* Beschwerde[5] des Erzbischofs von Stablewski *über Hammersteins Äußerung betr. die Schwierigkeit,* deutsch-nationale Seelsorger *für* Ansiedler *zu finden, ist sachlich abzuweisen. Posadowsky hält die* Ansiedlung deutscher Katholiken *insgesamt für wenig erfolgversprechend, da sie gegenüber den* Polen [...] nicht genug Widerstandskraft *haben.* [B] — **4.** *Reisekostenerstattung für Beamte. Selbst wenn* Wohnort *und* Dienststätte *mehr als* zwei Kilometer *auseinander liegen, sind Dienstgänge – bis auf wenige* Ausnahmeverhältnisse *– nicht abrechenbar.* [B] — **5.** *In der* Disziplinarsache *gegen Prof. H.* Delbrück *verzichtet Bosse auf Berufung, da dokumentiert ist, daß* auch die Professoren die allen Beamten obliegenden Rücksichten zu nehmen *haben,* Delbrück [...] seine Ausschreitungen eingestanden *hat und* Versuche, eine allgemeine Petition zu *seinen* Gunsten *zu initiieren, scheiterten.* [B] — **6.** *Acht Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. Rep. 77, Tit. 945 Nr. 5 Beiakte a, n. f. (Gesuch Röstels an Recke v. 5.4.1899).*

[3] *Zur Gegnerschaft Wilamowitz–HKT seit 1896 vgl. Grabowski, Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 142 ff.*

[4] *Bl. 216–217v.*

[5] *Rep. 90a, H II 3d Nr. 12 Bd. 1, Bl. 81–84 (20.3.1899); ebd. weiterer Schriftwechsel. Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 175, Bl. 211–212v (Abschr.); ebd., Bl. 224–229 Antwort des Staatsministeriums v. 3.5.1899.*

Nr. 366 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 219–249, Anlage: Bl. 250–251v; MF 817/818.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1–16], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–16]. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schuckmann [zu 1], Frh. v. Broich [zu 17].

Tirpitz ist verhindert. — **1.** *Handelspolitisches Verhältnis zu den USA.*[1] Bülow *möchte deren* Wunsche *nach* niedrigeren *deutschen Eisenbahnfracht-Tarifen für* amerikanisches Holz *nachgeben, quasi als* Konzession *für die Maßnahmen zugunsten von russischem* Petroleum. *Lt. Thielen ist die* Einfuhr *von US-Holz trotz der Tarife* kolossal *gestiegen und wären bei den hohen Holzpreisen mehr Importe für den* Konsumenten *gut, was Hohenlohe unterstützt. Hammerstein ist dagegen, da die Holzpreise* fast der einzige Punkt *sind,* mit dem die Landwirte zufrieden *sind. Ein* Schrei *öffentlicher* Entrüstung *entstünde bei einem* Entgegenkommen *zum Nutzen der USA. Zunächst sind die* Bundesstaaten *zu befragen.* [B] — **2.** *In der Antwort*[2] *auf Erzbischof Stablewskis* Beschwerde *über Hammersteins Äußerung möchte Bosse* einen entschiedenen Standpunkt einnehmen, *da der* Erzbischof *nur darauf reagiert. Sachlich ist es schwer,* deutsche Geistliche aus anderen Diözesen *zu finden, da* zuverlässige Leute *in* Posen *sich* nicht wohl fühlen *und weggehen,* andere *aber* sich unterordnen und nichts nützen. *Lt.* Posadowsky *ist die* Korrespondenz mit dem Erzbischof *generell wertlos, da die* Polen *die* katholische Kirche gewissermaßen als provisorische Form des polnischen Staates *betrachten und die* Deutschen dagegen nicht *aufkommen, so daß* katholische Ansiedlungen *polonisiert werden.* [B] — **3.** Antrag[3] *des* Ansiedlungsvereins *in* Rödding – Nordschleswig – *auf* Gewährung laufenden Kredits bei einer öffentlichen Kasse. *Miquel möchte einen* Reservefonds bei Rentenbanken *via* Seehandlung *benutzen. Zunächst sind* 10 000 M. vorzuschießen. [B] — **4.** *Das Monitum der* Oberrechnungskammer, *daß es* unzulässig *ist, wenn Beamte* Tagegelder aus der Staatskasse *und* für dieselben Tage *zugleich* Diäten als Abgeordnete *beziehen, ist zurückzuweisen, da* Diäten ganz anderer Natur *als* Tagegelder *sind und ein diesbezüglicher Streit* mit dem Landtage *nicht lohnt.*[4] [B] — **5.** *Ordenssache. Vier Ernennungen.* [B] — **6.** *Zum Ausführungsgesetz zum* Bürgerlichen Gesetzbuche *wird im AH beantragt*[5]*, auch die* Hypothekenpfandbriefe und Kommunalobligationen der preußischen Hypotheken-Aktienbanken [...] für mündelsicher zu erklären. *Dies ist zu bekämpfen.* [B] — **7.** *Der Gesetzentwurf*[6] *betr.* Erleichterung des Übertritts in den Ruhestand *für vom neuen BGB überforderte alte* Richter *wird trotz* Kosten *von* 3½ *Mio. M. gebilligt.* [B] — **8.** *Ordenssache.* [B] — **9.** *R.* Meinecke *bleibt trotz* Rücktritt vom Hauptamt *weiter* Präsident *des* Disziplinarhofes für nicht richterliche Beamte. [B] — **10.** *Ernennung.* [B] — **11.** *Bei* Enthüllung von Bismarck-Denkmälern *hängt die Verteilung von* Auszeichnungen *wie sonst auch von der* Bedeutung des Denkmals, *dem* Verdienste der Künstler *sowie den* Umständen *ab.* [B] — **12.** *Die* Klage *Berlins gegen die polizeiliche Nicht-Genehmigung des Friedhofs* für die Märzgefallenen *im*

---

1 *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 3, n. f. (Votum Bülows v. 6.4.1899 u. US-Anfrage). Vgl. auch Rep. 87, ZB Nr. 308, Bl. 64 ff. Memorandum über deutsch-amerik. Handelsbeziehungen.*

2 *Als Anlage auf Bl. 250–251v.*

3 *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

4 *Vgl. Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 1, Bl. 202 ff. (Monita der Oberrechnungskammer von 1898, Votum Reckes und Miquels v. 24.3.1899, Antwort an die Oberrechnungskammer u. Mitteilung, daß das Monitum fallengelassen wird).*

5 *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 227 (Kommissionsbericht, dort S. 3020 ff. zu § 72).*

6 *Rep. 84a, Nr. 4132, Bl. 159 ff. (Schönstedt 26.4.1899); Bl. 94 ff. der Schriftwechsel dazu. Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 189; Debatte dazu 6.6.1899, S. 2226–2237. In Rep. 84a, Nr. 4133 ein Verzeichnis von rd. 300 Richtern über 65 Jahren, die im Gefolge des Gesetzes v. 13.7.1899, GS, S. 123, in den Ruhestand versetzt wurden.*

Friedrichshain wird Recke zufolge vom Bezirksausschuß *wahrscheinlich* abgewiesen *werden.*[7] [B] — **13.** *Mit Vorlage des* Kommunalwahlgesetzes *soll* noch etwas gewartet *werden*, *zumal Recke* Argwohn *hegt, daß zwischen* Konservativen *und* Zentrum *ein* Komplott *besteht, wonach letztere die* Unterstützung der Konservativen *beim Kommunalwahlgesetz durch Ablehnung der* Kanalvorlage *vergelten.* [B] — **14.** *Recke wird die lt.* Posadowsky *gegen das* neue Invaliden-Versicherungsgesetz[8] *tätigen* Provinzialverwaltungsbeamten von Brandt und Brandts durch die betr. Oberpräsidenten *ermahnen lassen.* [B] — **15.** *Der* Bericht[9] *des* Oberpräsidenten *über den 32. Posener Provinziallandtag soll Wilhelm II. mitgeteilt werden.* [B] — **16.** *Miquel hält den Boykott gegen die* Posener Zeitung *für unklug. Die* zwar freisinnige, aber doch deutsch-nationale Richtung *des Blatts droht OB* Witting *und* Hakatisten *zufolge zur reinen* Polenpolitik oder doch radikalen Politik *zu werden. Aber die übrigen* Minister *lehnen es ab,* Frau Röstel *Hoffnung auf ein Ende des Entzugs aller Druckaufträge zu machen.* [B] — **17.** *Drei Disziplinarsachen.* [B]

[7] *Vgl. Rep. 77, Tit. 151 Nr. 109, Bl. 172 ff. (Abweisung der Klage Berlins durch den Bezirksausschuß am 15.9.1899 u. durch das OVG mit Urteil v. 14.12.1899) und Czihak, Kampf um die Ausgestaltung, S. 558.*

[8] *Vgl. Sitzung am 24.6.1899, TOP 5 mit Anm.*

[9] *Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 4, S. 419–428. Diesem Bericht v. 26.3.1899 zufolge stimmten auch die Polen für das in Posen geplante Museum bzw. die Bibliothek und herrschte sachlich deutsch-polnische Einmütigkeit. Wilamowitz hielt es für möglich, bei allem Festhalten an der nationalen Politik einen* modus vivendi mit den Polen [...] gut zu gestalten *und Polen* nach Kräften zur Mitarbeit, zum Mitleben mit uns [*Deutschen*] heranzuziehen (*S. 428*).

Nr. 367 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 137, Bl. 253–280v; MF 818.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Podbielski [zu 1, U], Frh. v. Broich [zu 7], Schütte [zu 8].

Bülow *ist* verhindert. — **1.** Postgesetznovelle *im RT. Die dort gewünschte* Aufnahme der Tarife in das Gesetz *ist zu bekämpfen. Durch Intervention von E.* Lieber *sind* Privatpostanstalten *praktisch verboten, was* Einnahmen *von rd.* 2½ *Mio. M. mehr bringt. Die* Entschädigung *der langjährig* Beschäftigten *wurde erhöht. Die* Kommissionsbeschlüsse[1] *werden akzeptiert* [B]. *Beim* Postzeitungstarif *regte der Konservative* Oertel *eine* Erleichterung für die kleine Presse *an, was* für die Regierung vorteilhaft *erscheint, denn diese ist* viel mehr dem Einflusse der Regierung unterworfen und zugänglich *als* Frankfurter Zeitung *oder* Kölnische Zeitung [B]. — **2.** *Ausführungsgesetz* zum Bürgerlichen Gesetzbuch *hinsichtlich der Frage, ob Grundstücksverkäufe gerichtlich oder notariell zu beurkunden sind. Nach Petitionen aus* Kommunen *möchte Schönstedt*[2] Ausnahmen *für Fälle, wo ein Vertragsschließender* durch eine öffentliche Behörde vertreten wird. *Trotz Mindereinnahme für* Staatskasse *und* Notare *wird dies gebilligt.* [B] — **3.** *Stellungnahme zum* Reichstagsbeschlusse, *eine* Reichskommission *zur Untersuchung der* Wasserstraßen *rücksichtlich der* gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte; *vertagt.* — **4.** *Gesetzentwurf über den* Karfreitag *in der* Kommission[3] *des* Herrenhauses. Kardinal Kopp *und die übrigen* Bischöfe[4] *sind uneins, wie die*

[1] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 314.*

[2] *Vgl. sein Votum in Rep. 84a, Nr. 401, S. 129 ff.*

[3] *StenBerHH, Session 1899, Drucks. Nr. 79; Debatte dazu 13.5.1899, S. 210–226.*

[4] *Deren im Prot. genannte Eingaben konnten nicht nachgewiesen werden. Div. Schriftwechsel in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 4 Bd. 5, n. f. (1896–99). Gem. Bericht des badischen Gesandten Jagemann entstand der Gesetzentwurf auf Anregung von Kaiserin Auguste Viktoria; Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 4, S. 138.*

Heiligkeit des Tages *staatlich zu schützen ist; letztere wünschen kein von* evangelischer *Seite postuliertes* Arbeitsverbot. *Mehr als die in der* Kommission *von allen* Katholiken *mitbeschlossene* Fassung *ist nicht zu gewähren, denn dies wäre ein* nicht zu rechtfertigender Rückzug der Regierung. [B] — **5.** *Die in der Abgeordnetenhaus-Kommission zum BGB-Ausführungsgesetz beschlossene* Mündelsicherheit der Hypothekenpfandbriefe *ist* im Plenum *zu bekämpfen, ggf. in* 3. Lesung *ein Kompromiß einzugehen.*[5] [B] — **6.** *Stellung* Preußens *im* Bundesrat. *Hohenlohe und* Posadowsky *sind dagegen, daß der neue UStS* Lehnert *wie sein Vorgänger* Meinecke Hauptbevollmächtigter *zum* Bundesrat *oder gar* Vorsitzender eines Ausschusses *wird, denn dies galt nur für* Meinecke *persönlich. Vielmehr muß, wie* in allen übrigen Ausschüssen, *der preußische* Ressortminister *den* Vorsitz im Ausschusse für Rechnungswesen *haben und der StS des* Reichsschatzamts *stellv.* Vorsitzender *werden. So bleibt das* gebotene Übergewicht Preußens *in den Ausschüssen erhalten. Auch* Tirpitz *und Goßler wollen diese* Etikettenfrage *so lösen. Auf Wunsch Miquels vertagt. —* **7.–8.** *Elf Disziplinarsachen.* [B]

[5] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 227 (dort S. 3020 ff.). Vgl. Sitzung am 26.6.1899, S. 2577–2589 und am 26.8.1899, S. 3073–3076 (Abgeordnetenhaus besteht auf Mündelsicherheit für Institute mit Staatskredit).*

Nr. 368 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 282–305v; MF 819.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse, E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld, H. Goßler, Posadowsky. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Podbielski [zu 1, U], Stöckel, Lewald [beide zu 11].

Bülow und Tirpitz *sind* verhindert. — **1.** Dienstalterszulagen *der* Beamten. *Die bisherige* Rechtsauffassung *des* Reichspostamts, *daß für deren Entzug die* Einleitung eines Disziplinar- oder Strafverfahrens *erforderlich ist, gibt Podbielski auf, da das* Staatsministerium *feststellt, daß die* Versagung der Dienstalterszulagen im *begründeten* Ermessen *der* Ressortchefs *liegt und nicht* Anrecht *ist, sondern* wichtiges und wirksames Disziplinarmittel *darstellt.* [B] — **2.** *In die* Novelle zur Gewerbeordnung *soll auf Anregung Reckes und Brefelds das* gewerbsmäßige Vermieten möblierter Zimmer *und* gewerbemäßige Aufnahme von Kost- und Quartiergängern der Regelung durch die Polizeibehörde *unterstellt werden, da das OVG analoge* Polizeiverordnungen, *die auf* sittliche Unzuverlässigkeit *abhoben, zurückwies. Lt.* Posadowsky *wäre dieser* Versuch *im RT aber* ganz aussichtslos *und unterbleibt.* [B] — **3.** Ausführungsgesetz *zum BGB. Bei* öffentlich-rechtlichen Anstalten *ist der Wunsch nach Beibehaltung der* auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen *laut geworden. Schönstedt hat einen* Entwurf[1] *ausarbeiten lassen. Thielen sieht darin* Umständlichkeiten *im* Verkehr *und den Wunsch von* Instituten *sich* gegen Untreue ihrer Beamten *abzusichern. Die* Ausdehnung auf Staatspapiere *ist später zu erwägen. Der* Entwurf *wird* mit 6 gegen 4 Stimmen bejaht. [B] — **4.** *Die* Einführung gleichmäßiger Formulare bei Einzelanträgen auf Verleihung von Orden und Ehrenzeichen *wird bei Ausnahmen gebilligt.* [B] — **5.** Witwengeld *für Beamtenwitwen, die selbst im* Staatsbeamtenverhältnis *arbeiten wollen, z. B. als Fahrkartenausgeberinnen. Bei* Beamten *soll* eine erdiente Pension *nur insoweit* neben einem späteren Diensteinkommen gezahlt *werden als sie dieses* übersteigt. *Die* Rechtsfrage *ist zweifelhaft;* Ermittelungen *sind anzustellen.* [B] — **6.** *Vier Ernennungen. Titelverleihung.* [B] — **7.** *Nach Ablehnung des Mittellandka-*

[1] *Rep. 84a, Nr. 401, S. 515–517 bzw. 527–529.*

nals in der Abgeordnetenhauskommission[2] *durch* Konservative, Freikonservative *und* Zentrum *hält Thielen* eine Verständigung mit dem Zentrum *für möglich, sofern* Zusagen *für den Oderausbau in* Schlesien *und die* Kanalisierung der Lippe *in* Westfalen *gemacht werden. Dies ist zu beraten*. [B] — **8.** *Die Kommunalwahlgesetz-Novelle ist Recke zufolge nun einzubringen, da das* Zentrum *mit* Rücksicht auf die Kanalvorlage nicht verstimmt werden *darf; daß die Novelle Gesetz wird, hält Recke für* nicht sehr wahrscheinlich. [B] — **9.** *Ordenssache.* [B] — **10.** *Preußen wird dem* Reichsbankgesetz *trotz unerwünschter* Änderungen *im Bundesrat zustimmen.* [B] — **11.** *Pensionssache.* [B] — **12.** *Der Gesetzentwurf über den* Karfreitag *in der* Fassung *des Herrenhauses widerspricht Schönstedt zufolge* dem § 193 *BGB, da* ein als allgemeiner Feiertag nicht anerkannter Tag *nicht* landesgesetzlich *durch Verbot von* Amtshandlungen und Rechtsgeschäften *quasi* Feiertag *werden darf.* [B]

[2] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 209 (dort S. 2886 das Abstimmungsergebnis 17 zu 11 Stimmen). Zur Haltung der Parteien vgl. Horn, Hannelore, Der Kampf um den Bau des Mittellandkanals. Eine politologische Untersuchung über die Rolle eines wirtschaftlichen Interessenverbandes im Preußen Wilhelms II., Köln/Opladen 1964, S. 47 ff.*

Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 137, Bl. 307–321, Anlagen: Bl. 322–325v; MF 819.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V zu 1], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1–4], B. Bülow [zu 1–4], Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Bosse], Frh. v. Broich, Schütte [beide zu 9].

1. *Die* Aussichten des Gesetzentwurfs *über den Mittellandkanal* im Abgeordnetenhause *sind Thielen zufolge* nicht gerade ungünstig, *da mit* Kompensationen *bei Oderausbau und* Lippe-Kanalisierung *noch* Zentrumsmitglieder *aus* Schlesien *und* Westfalen *zu gewinnen sind. Eine* Erklärung[1] *zur künftigen Möglichkeit der* Lippe-Kanalisierung *durch die* Provinz Westfalen *wird gebilligt. Die* Besorgnis, daß die schlesische Kohle *nach dem* Kanalbau *durch westliche* vom Berliner Kohlenmarkte verdrängt *wird, ist sachlich unbegründet; die* Eisenindustrie von Oberschlesien *verliert aber tendenziell durch die* schon jetzt viel benutzten Wasserwege. *Der Oderausbau von Brieg bis* Fürstenberg *wäre kostspielig, zumal inklusive* Schutz gegen Überschwemmungen. *Eine* Erklärung[2] *dazu soll eine* beruhigende Wirkung *ausüben. Gleiche* Transportkosten *für* Produkte *aus* Schlesien *wie für das* Ruhrgebiet *sind nicht zuzusichern, weil sonst allgemein* Herabsetzung der Eisenbahntarife *gefordert würde* [B]. Von Wichtigkeit *für einen* Erfolg *im AH ist die Haltung der* 37 politischen Beamten, *davon* 33 Landräte. — **2.** *Wilhelm II. möchte den* Gesetzentwurf[3] *über* Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes *zurückstellen, bis der Mittellandkanal im AH genehmigt ist. Dies ist taktisch ungünstig und soll mit* Lucanus [...] besprochen *werden.* [B] — **3.** *Recke wird den* Landräten, *die MdA sind,* in vorsichtiger Weise geeignete Vorhaltung *über ihr Abstimmungsverhalten beim Mittellandkanal machen.* [B] — **4.** *Ernennung.* [B] — **5.** *13 Disziplinarsachen.* [B]

[1] *Als Anlage auf Bl. 322–322v. Zur Frage der Kompensationen an das Zentrum vgl. Horn, Kampf um den Bau des Mittellandkanals, S. 54–57.*
[2] *Als Anlage auf Bl. 323–325v.*
[3] *Wurde in der Session 1899 nicht mehr eingebracht; vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 30.*

Nr. 370 Sitzung des Kronrats im Stadtschloß zu Berlin am 13. Juni 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrektur, Bd. V, Bl. 254–276, Anlagen: Bl. 277–279v; MF KR 34/35.

Anwesend [U][1]*: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].*

1. Mittellandkanal *und* Zuchthausvorlage*. Wilhelm II. sieht die Kanalgegnerschaft als* Ausfluß agrarischer Kurzsichtigkeit*. Er befürwortet, den* Interessen und Wünschen der Schlesier etwas *entgegenzukommen, um die* Konkurrenz mit Rheinland-Westfalen *zu gewährleisten. Drei diesbezügliche* Erklärungen[2] *werden gebilligt* [B]. *Miquel und* Posadowsky *zufolge sind die* Interessen der Landwirtschaft tunlichst nach allen Richtungen *zu fördern; bei der anstehenden* Umgestaltung des Zolltarifs *sollen* Vorteile für die Landwirtschaft als Kompensation *erreicht werden. — Die Opposition der* Beamten *darf* nicht geduldet *werden, zumal im Kriegsfall neben* Eisenbahnen *auch* Wasserstraßen nötig *sind. Die* Zuchthausvorlage *ist gegen den* Terrorismus der Sozialdemokratie *nötig;* preußischen Traditionen *entspricht es nicht,* vor der Sozialdemokratie zu kapitulieren *wie* in Belgien *geschehen. — Die Novelle zur Gewerbeordnung ist eine* Arbeiterschutz-Vorlage, *deren* Verteidigung *sich lt. Miquel* die bayerischen und württembergischen Minister *mehr annehmen sollten. Posadowsky zufolge zeigen leider gerade* Württemberg *und* die Hansestädte *der* Sozialdemokratie gegenüber eine bedenkliche Schwäche, *wie der SPD-Parteitag in* Stuttgart *bewies. —* **2.** *Wilhelm II. fragt nach dem* Zustandekommen des Spiritusringes.[3] *Etwa* 4/5 der Interessenten *sind beigetreten, aber es gibt* eine Gegenbewegung seitens der sogenannten Hakatisten. Auch in der Zuckerindustrie *arbeitet man Miquel zufolge* auf eine Verbindung hin, *um* die Konkurrenz von Frankreich völlig auszuschließen. *Wilhelm II. möchte einen höheren* Zuckerverbrauch *wie* in England *und dazu einen niedrigeren* Zuckerpreis. — **3.** *Wilhelm II. hebt die* großartigen [...] Pläne der Hamburg-Amerika-Linie und die Verdienste ihres Direktors Ballin *hervor. Er bringt mehrere* staunenswerte Fortschritte auf technischem Gebiete *wie eine unterirdische, drahtlose telegrafische* Leitung, *die* Verwertung der Elektrizität zur Erhöhung der Fruchtbarkeit des Landes *sowie die elektrische* Kraftübertragung *auf* 300 bis 400 Kilometer [...] zur Sprache.

[1] *Gelesen: Bosse [U].*
[2] *Als Anlage auf Bl. 277–279v.*
[3] *Damit ist der Verwertungsverband deutscher Spiritus-Fabrikanten und die Zentrale für Spiritus-Verwertung GmbH gemeint. Beigetretene (landwirtschaftl.) Produzenten mußten ihren Alkohol zunächst zu einem festgesetzten Preis anbieten. Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 72 Adhib. 33 Bd. 1 (Spiritus-Zentrale 1899–1905) und Richter, Politisches ABC-Buch, 1903, S. 166 f.*

Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 15. Juni 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 138, Bl. 2–9v; MF 820.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow, Tirpitz. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Bosse], K. Frh. v. Wilmowski.

[1] *Gelesen: Bosse [U].*

Lage der Kanalvorlage *im* Abgeordnetenhaus. *Das* Zentrum *wird nach Mitteilung von* Lieber *gegenüber Hohenlohe eine* erneute Beratung in der Kommission *wegen der* Kompensationen *beantragen.*[2] *Dies ist akzeptabel, aber keine Verschiebung auf die nächste* Landtagssession. *Grund ist angeblich, daß die* rheinisch-westfälischen Zentrumsmitglieder die ernste Absicht der Regierung, das Kommunalwahlgesetz zu Stande zu bringen, in Zweifel *ziehen. Miquel glaubt nicht, daß bei Landtagsauflösung* gleichzeitig gegen Konservative und Zentrum *zu* kämpfen *möglich ist und will deshalb den* Kommunalwahlgesetz-Entwurf tunlichst durchpeitschen. *Diesen wollen nach Reckes* Eindruck *die* Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen *durch* Abänderungsanträge *möglichst* für das Zentrum unannehmbar [...] machen. *Deshalb sind die* Nationalliberalen zu beeinflussen, *doch* im Plenum für das Wahlgesetz *zu stimmen, denn nur auf die* Linksliberalen *und das* Zentrum *kann sich die* Regierung *unmöglich* stützen. *Die schwierige* Lage *ist Wilhelm II.* unverzüglich *vorzutragen.*

[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 15.6.1899, S. 2381–2387 (Zentrumsforderung S. 2383, Hohenlohe S. 2382 f.). Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 505. Eine Analyse aus der Sicht Hohenlohes bietet: Stalmann, Volker, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Paderborn 2003 (im Druck), Kapitel XI, 16 (Kanalvorlage).*

Nr. 372 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 24. Juni 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 138, Bl. 11–55v; MF 820/821.

Anwesend: Hohenlohe [V], Miquel [U], Thielen [U], Bosse [zu 1–3, U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], v. d. Recke [U], Brefeld [U], Posadowsky [U], B. Bülow. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Viebahn [für H. Goßler], Nieberding, Frh. v. Thielmann, P. Herz [alle zu 1], Küntzel, Mügel [beide zu 2].

1. Einkommen *und* Rang *der Richter am* Reichsmilitärgericht *und der* Oberkriegsgerichtsräte.[1] *Die* Reichsfinanzverwaltung *bekämpft die Wünsche von* Militär- und Marineverwaltung, *da eine* Gleichstellung der Mitglieder des Reichsmilitärgerichts mit denen des Reichsgerichts *juristisch unbegründet ist. Vergleichspunkt wäre eher das* Oberverwaltungsgericht. *Eine Ministermehrheit wünscht aber Gleich-, obschon keine* Besserstellung, *um nicht* im Reichstage mißliche Kritik *hervorzurufen. Hoher* Berliner Servis *und* Freiheit von Kommunal- und Kirchensteuern *bedeuten fallweise* Besserstellung *für Militärrichter* [B]. Gegen den Rang der Räte I. Klasse *für die* Senatspräsidenten *und den* Ober-Militäranwalt *gibt es mehrheitlich* Bedenken [B]. *Rang- und gehaltsmäßige* Besserstellung *der* Oberkriegsgerichtsräte *gegenüber* Oberlandesgerichtsräten *würde* Verstimmung *bedeuten und daher ist auch hier* Gleichstellung *anzustreben* [B]. — **2.** *Ausführungsgesetz zum BGB im AH. Mehreren Detailänderungen wird zugestimmt. Die vom AH beschlossene* Mündelsicherheit der Hypothekenpfandbriefe *halten Beamte des Landwirtschaftsministeriums bezüglich* Sicherheit *für tragbar, aber Miquel fürchtet um den* Staatskredit *und sieht darin einen illoyalen Versuch,* in letzter Stunde das Reichsrecht zu durchbrechen. *Die betroffenen* 11 preußischen Hypothekenbanken *haben sich auch so* günstig entwickelt. *Der* Beschluß *ist zu bekämpfen.*[2] [B] — **3.** *Das Ausführungsgesetz*[3] zur Grundbuchordnung *wird wie von der* Kommission des Abgeordne-

[1] *Vgl. Rep. 90, Nr. 534, n. f. (Schreiben Hohenlohe 10.6.1899, Voten, v. a. Goßlers v. 19.6.1899). Auch vorhanden in: BArch, RK, Nr. 1322, Bl. 17 ff. und RAdI, Nr. 115481, n. f. Durch Erlaß v. 25.2.1908 erhielten dann doch sämtliche Militärgerichtsräte/Militäranwälte den Rang der Räte II. Kl.; ZBl. für das Dt. Reich v. 13.3.1908, S. 114.*

[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 25.8.1899, S. 3050–3054 (Mündelsicherheit weitgehend aufrechterhalten).*

[3] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 223. Im Herrenhaus wurde dieses Ziel nicht erreicht.*

tenhauses *beschlossen gebilligt; die* Wiederherstellung der Regierungsvorlage *soll* im Herrenhaus *erreicht werden.* [B] — **4.** Kanalvorlage. *Miquel zufolge ist die* Ablehnung *jetzt* wahrscheinlich, *weil die* Erklärungen *betr. Kompensationen unter den entscheidenden Zentrumsabgeordneten* nicht für genügend befunden *und das Kommunalwahlgesetz nicht zuvor verabschiedet wird. Einer* Auflösung *des AH widerrät Miquel, da ein* Bruch mit den Konservativen gefährlich *und ein* Wechsel des Ministeriums *möglich ist; den Landtagsschluß wird Wilhelm II. kaum* vor Annahme der Kanalvorlage [...] genehmigen. *Somit bleibt nur* Vertagung *und Einwirken auf* Zentrum und Nationalliberale. Posadowsky *stimmt dem zu, während Hohenlohe auch* gegen die Konservativen energisch vorzugehen *erwägt.*[4] [B] — **5.** *Das* Invalidenversicherungsgesetz[5] *wird in der Fassung des* Reichstags *gebilligt, wobei Miquel* erhebliche Bedenken *im Detail äußert.* [B] — **6.** *Der Gesetzentwurf*[6] *betr. die* Versetzung richterlicher Beamter in den Ruhestand *wird wie vom AH beschlossen gebilligt.* [B] — **7.** *Ein Antrag*[7] Preußens *im* Bundesrat *wegen* Gestattung des Feilbietens von Bier mit geringen Alkoholgehalt im Umherziehen *wird genehmigt.* [B]

[4] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 508 f. (Wilhelm II. genehmigt Vertagung).*
[5] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 386 (RT-Beschlüsse 3. Lesung); fast einstimmige Annahme am 15.6.1899, S. 2561. Zu den Hauptänderungen im RT vgl. auch Wippermann, 1899, I, S. 112.*
[6] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 236; Debatte dazu 21.6.1899, S. 2467–2471 (Bedenken Miquels S. 2468 f.); gebilligt am 24.6.1899, S. 2531.*
[7] *Ausweislich der StenBerBundesR, Jg. 1899 u. 1900 nicht formell gestellt.*

Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 1. Juli 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 57–75; MF 821.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, Posadowsky. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Viebahn [für H. Goßler, zu 2].

Bülow *ist verhindert.* — **1.** Stellungnahme *zur Resolution*[1] des Reichstags *wegen* Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der *deutschen* Wasserstraßen, *v. a. hinsichtlich Hygiene. Posadowsky empfiehlt Eingehen darauf; auf Wunsch Thielens vertagt.* — **2.** Witwengeld *für Beamtenwitwen, die selbst* als Staatsbeamte *ein* Gehalt *beziehen. Thielen hat bisher vor Einstellung die Versicherung verlangt, daß die* Witwenpension während der Dauer des Beamtenverhältnisses *ruhen und später nur gezahlt werden soll, soweit sie den* Betrag der gesetzlichen Beamtenpension *übersteigt. Da Thielen,* Posadowsky *und Hohenlohe Zweifel an der Rechtswirksamkeit dieser Verzichtserklärung äußern,* Witwengeld und Beamtengehalt auf ganz verschiedenen rechtlichen Grundlagen beruhen, *auch* in Preußen und im Reiche *nicht* verschieden verfahren *werden soll, läßt Miquel seine Ansicht, daß in* Preußen *die* Hinterbliebenenfürsorge [...] schon viel zu weit getrieben *wird, fallen.* Witwengeld *wird künftig* unabhängig *vom* Gehalte weiter gezahlt. [B] — **3.** *Zwei Ernennungen. Der von Recke beabsichtigten* Versetzung *des* Regierungspräsidenten *v.* Tieschowitz, *der* sich den Aufgaben des außerordentlich schwierigen Königsberger Bezirks nicht gewachsen *zeigte, nach* Stade *wird widersprochen, da* Stade *auch* besonders schwierig *ist und* in Hannover [...] politisch zuverlässige Hannoveraner mehr leisten als altpreußische Beamte, *die* Mißtrauen

[1] *StenBerRT, Session 1898/1900, 13.3.1899, S. 1514–1521 (Antrag Heyl zu Herrnsheim). Vgl. Rep. 84a, Nr. 4334 (Voten, Berichte über die kommissar. Beratungen von 1899, Beschluß des Bundesrats v. 25.4.1901, § 241, womit die Gewässerhygiene dem neu geschaffenen Reichsgesundheitsrat übertragen wurde). Diverse Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 109296 (1899–1901).*

erregen. Tieschowitz *ist abzulösen und* Stade *anderweitig zu besetzen.* [B] — **4.** *Der Gesetzentwurf*[2] *betr. die* Landesbank in Wiesbaden *ist noch in laufender* Session *einzubringen.* [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf*[3] *betr.* Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben *ist noch in laufender* Session *einzubringen, obwohl Thielen* Verstimmung *befürchtet, wenn* nicht gleichzeitig *Ausbau der* Kleinbahnen *angeboten wird.* [B] — **6.** *Der* Wunsch *des MdR und MdA P.* Letocha *im Rahmen des* neuen Richterpensionierungsgesetzes in den Ruhestand versetzt zu werden, *wird abgelehnt, da er noch dienstfähig ist.* [B] — **7.** *Das* Herrenhaus *muß wie das* Abgeordnetenhaus *im* August *noch* Sitzungen abhalten, *um* über die Justizgesetze Beschluß zu fassen, *die* am 1. Januar 1900 *in Kraft treten.*[4] [B] — **8.** *Bei einer Ablehnung von Mittellandkanal und Kommunalwahlrechtsreform ist Wilhelm II. die* Schließung des Landtags – nicht aber eine Auflösung – anzuraten. [B] — **9.** *Nachdem* Reichstagspräsident [...] Graf Ballestrem [...] in der Reichstagssitzung vom 21. Juni [...] an einer Äußerung *des Bundesratsbevollmächtigten Staatsminister* Brefeld Kritik geübt *hat*, *aber gesprächsweise zugab,* eine geschäftsordnungsmäßige Disziplinargewalt gegen die Mitglieder des Bundesrates *nicht beanspruchen zu wollen, soll Hohenlohe* Ballestrem *brieflich die Negierung einer solchen* Disziplinargewalt *durch Bundesrat und Staatsministerium mitteilen.*[5] [B] — **10.** *Urlaubsplanung der* Staatsminister.

[2] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 322; ohne Debatte angenommen 18.8.1899, S. 2877.*
[3] *StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 317; Debatte dazu 18.8.1899, S. 2856–2858 (unerledigt).*
[4] *Vom 23.–29.8.1899 erledigte das Herrenhaus tatsächlich die div. Nebengesetze zum BGB.*
[5] *StenBerRT, Session 1898/1900, 21.6.1899, S. 2726 u. 2729. Vgl. Wippermann, 1899, I, S. 121 f. und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 509 (Schreiben).*

Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 77–86v; MF 821.

Anwesend [U]: Bosse [V], Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, Posadowsky. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Lehnert [für Miquel], Frh. v. Broich, P. Frh. v. Rheinbaben, Schütte [alle zu 6].

1. Bischofswahl *in* Köln. *Von den* fünf Kandidaten *des* Domkapitels *hat Wilhelm II. bereits* Bischof *H.* Dingelstad, *den Kölner* Weihbischof *H. J.* Schmitz *sowie* Weihbischof Fischer *für* unannehmbar *erklärt. Um* wenigstens drei Personen auf der Liste zu belassen, *sollte lt. Bosse auch der lautere und patriotische* Fischer *akzeptiert werden, während* Dingelstad *zwar* persönlich den Frieden mit dem Staate *wünscht, aber unter* dem Einflusse seiner Umgebung *recht* schwach *wird und* Schmitz *nach Beinamputation wohl* untauglich geworden *ist.* Posadowsky *rät* aus politischen Rücksichten *auf das* Zentrum *eine* möglichst geringe Streichung unter den Vorgeschlagenen *an.*[1] [B] — **2.** *Zur* Beisetzung *des* verstorbenen Oberpräsidenten *H. v.* Achenbach *läßt das* Staatsministerium *einen* Kranz niederlegen. [B] — **3.** *Titelverleihung. Wilhelm II. hat den Titel* Wirklicher Geheimer Rat *für Ch. v.* Tiedemann *abgelehnt und den Stern* zum *Roten AdlerO II. Kl. gewünscht. Da ihm beim* Pensionierungsgesuch *der Titel* in Aussicht gestellt *wurde, ist nochmals an Wilhelm II. zu berichten, obwohl* Posadowsky *zufolge* die wenig ersprießliche Amtstätigkeit eine außerordentliche Aus-

[1] *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. 2 Köln Nr. 1 Bd. 3, Bl. 143 (im Prot. genannte Marginalien Wilhelms II. zum Bericht Rotenhans v. 10.6.1899, Behördenberichte über die Kandidaten, Entwurf des nicht abgesandten Immediatberichts) u. Rep. 89, Nr. 23011, Bl. 30 ff. (Bosse an Wilhelm II.). Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 511 f. und Trippen, Norbert, Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821–1929, Köln/Wien 1972, S. 302–336.*

zeichnung nicht verdient.[2] [B] — **4.** *Ernennung. Da kein geeigneter Hannoveraner* zu finden gewesen *ist, soll K. Frh. v.* Reiswitz u. Kaderzin *neuer Regierungspräsident in* Stade *werden.* [B] — **5.** *Urlaubsregelung der Staatsminister.* — **6.** *Zwölf Disziplinarsachen.* [B]

[2] *Tiedemann wurde nicht Wirkl.GehR, sondern erhielt den Orden.*

Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 5. August 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 138, Bl. 88–97; MF 822.

Anwesend [U]: Thielen [V], v. d. Recke, H. Goßler. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Eichhorn [für B. Bülow], Lehnert [für Miquel], v. Bartsch [für Bosse], Sterneberg [für E. Hammerstein], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Lohmann [für Brefeld].

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der Herbstmanöver. Die* Gesamtzahl *für* Elsaß *sowie* Württemberg *und* Baden *beträgt mit* 231 [...] noch nicht die Hälfte *der Zahl, die 1898 den Provinzen* Westfalen und Hannover *zugeteilt wurde. Revision in 24 Fällen. Zweifelhafte Fälle werden mehrheitlich gebilligt.* Ausdehnung der Ordensvorschläge auf die preußischen Beamten in Hohenzollern *ist anzuregen.* [B] — **2.** *Titelverleihung.* [B]

Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums am 15. August 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 99–123; MF 822.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Bosse], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Rothe [zu 2].

1. *Bischofswahl in* Köln. *Hohenlohe wünscht erneute* Beratung *der Frage, ob von den* Kandidaten 2 oder 3 oder alle 5 stehen zu lassen sind. *Unter* Dingelstad *hätte Generalvikar K.* Kreutzwald *großen* Einfluß; Fischer *ist patriotisch, aber* asketischer Richtung *und somit ungeeignet;* Schmitz *ist* bedeutend, *aber* gefährlich und unzuverlässig. Dingelstad *wäre Hohenlohe zufolge* den Jesuiten und der Kurie *am genehmsten.* Für Köln *ist lt. Miquel* ein tatkräftiger und charakterfester Erzbischof erforderlich, der sich allmählich von dem einflußreichen dortigen Klüngel *löst sowie der* beginnenden Demokratisierung der Geistlichkeit und dem Übergewicht der Kapläne *entgegentritt.* Simar *wäre deshalb* der beste. *Er könnte* im Zusammengehen mit dem Kardinal Kopp [...] vereint die übrigen Bischöfe völlig leiten. *Wen die* Mehrheit des Domkapitels *will, ist vertraulich zu erfragen. Vor einer Entscheidung ist Bosses* Rückkehr *abzuwarten.* [B] — **2.** *Einsetzung einer* Reichskommission *zur Beaufsichtigung der deutschen* Wasserstraßen *in hygienischer Hinsicht.*[2] *Thielen lehnt dies ab, weil im einzelstaatlichen Wasserrecht die* Kommission lediglich eine beobachtende und begutachtende *Funktion haben kann. Zudem ist ihm die Reichskompetenz gem.* Art. 4 No. 9 der Reichsverfassung *zweifelhaft. Allerdings gibt* Art. 4 No. 15 *laut Rothe doch die* Medizinal- und

[1] *Gelesen: Bosse [U].*

[2] *Vgl. Rep. 87, F Nr. 1519, Bl. 9 ff. (Schreiben Posadowskys v. 22.4.1899, Voten, Prot. kommissar. Beratungen). Div. Schriftstücke auch in: BArch, RAdI, Nr. 115477, n. f. Vgl. Sitzung am 1.7.1899, TOP 1 mit Anm.*

Veterinärpolizei *in Reichskompetenz, soweit es um die* mehreren Staaten gemeinsamen Wasserläufe *geht. Da die* diplomatischen Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten *z. B. im Falle der* Stadt Leipzig *kürzlich* zu greifbaren Resultaten nicht gelangt *sind, läßt eine solche* Kommission *besseren* Erfolg *erhoffen. Brefeld schlägt sogar vor, ihr* auch die Beschäftigung mit dem Zustande der Wasserläufe in gewerblicher und landwirtschaftlicher Beziehung *zuzuweisen. Zunächst sind* kommissarische Beratungen *einzuleiten.* [B] — **3.** Kanalvorlage *und Novelle zum Kommunalwahlrecht im AH. Die vom* Zentrum *und* Nationalliberalen *befürwortete* Zwölftelung für Städte *über 10 000* Einwohnern *ist akzeptabel.* [B] — **4.** *Ausbau der Kleinbahnen. Thielen wird auf etwaige Nachfragen im* Abgeordnetenhause[3] *erklären, daß eine* Vorlage *dazu erst nach Klärung wichtiger* Punkte *bei der* Kanalvorlage, *v. a.* Heranziehung der Interessenten zu den Kosten und die Frage der Kompensationen, *möglich wird.* [B]

[3] *Derartige formelle Nachfragen fanden nicht statt.*

Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums im Reichskanzlerpalais, Wilhelmstr. 77 am 20. August 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 124–135, Anlage: Bl. 136; MF 822/823.

Anwesend[1]*: Hohenlohe [V], Miquel [zu 2–3], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld. — Prot.: Seckendorff [U].*

1. *Fünf Ernennungen von* Landgerichtspräsidenten *im Rahmen der Personaländerungen als Folge der Einführung des BGB; weitere 29* Präsidentenstellen *wurden bereits besetzt.*[2] [B] — **2.** *Nach* Ablehnung der Kanalvorlage *im AH*[3] *verlangt Wilhelm II. Maßregelung der politischen Beamten.*[4] *Hohenlohe befürwortet hingegen* Auflösung des Abgeordnetenhauses *zwecks* Wiederherstellung der Autorität der Krone und der Regierung*, denn bloßes* Vorgehen gegen die oppositionellen Beamten *erscheint ihm* wenig wirksam*. Zudem droht* die Gefahr, daß der Bund der Landwirte die konservative Partei einschließlich vieler Beamten immer mehr zu seiner Gefolgschaft herabdrücken *und zusammen* mit den Antisemiten zu ebenso verderblichen Mitteln gegen die Regierung greifen *wird. Nur Miquel widerspricht der* Auflösung *entschieden, da* Neuwahlen eine noch *größere* Mehrheit gegen die Kanalvorlage bringen könnten *und die wichtigen* Parteien *wie* Zentrum *und Nationalliberale dagegen sind. Auch Thielen fürchtet Stärkung von* Zentrum *und* Freisinnigen*. Zunächst ist Klarheit über die* Intentionen *Wilhelms II. zu gewinnen.* [B] — **3.** *Stellungnahme zu den* Beschlüssen der IV. Kommission des Herrenhauses[5] *beim* Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch *bzw. zum* Handelsgesetzbuche*. Die* Beschlüsse *über* Stiftungen, Auflösung einer Aktiengesellschaft [...] wegen Gefährdung des Gemeinwohls *sowie* Mündelsicherheit *der* Schuldverschreibungen *von* preußischen Hypotheken-Aktienbanken *sind akzeptabel.* [B]

[1] *Gelesen: B. Bülow [U].*
[2] *Vgl. allg. zu den Pensionierungen mit Inkrafttreten des BGB: Rep. 84a, Nr. 4132 u. 4133.*
[3] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, 19.8.1899, S. 2879–2905.*
[4] *Dazu als Anlage auf Bl. 136 das Telegramm Wilhelms II. v. 19.8.1899:* Ordre, die Absetzung der Landräte und Regierungspräsidenten betreffend, ist mir sofort vorzulegen. Ausschließung von Graf L.[imburg-Stirum] und Genossen von der Hofliste bereits verfügt. *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 519 f. und Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 978 f.*
[5] *StenBerHH, Session 1899, Drucks. Nr. 136; Debatte dazu 23.8.1899, S. 341–359.*

Nr. 378 Sitzung des Staatsministeriums im Reichskanzlerpalais, Wilhelmstr. 77 am 21. August 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 138–146; MF 823.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler. — Prot.: Seckendorff [U].*

1. *Nach Ablehnung der* Kanalvorlage *bekräftigt Hohenlohe seine* Ansicht *wegen* Auflösung des Abgeordnetenhauses. *Wilhelm II. ist hingegen nicht dafür, so daß Hohenlohe einen* Kronrat *vorschlug. Goßler zufolge interpretiert man in der* Armee *die* erlittene Niederlage *als* Schädigung *des* Ansehens *Wilhelms II. und kann* dasselbe Ministerium die Kanalvorlage nicht wiederbringen. *Hammerstein schwebt als* Wahlparole *vor:* Regierung des Landes durch den Bund der Landwirte *oder eine* gerechte, unparteiische, alle verschiedenen Interessen wahrende Regierung. *Als einziger stellt sich erneut Miquel gegen die* Auflösung, *da* nicht einmal die Trennung der Konservativen von ihren bisherigen Führern *wie* Limburg-Stirum *zu erreichen ist. Ein* Kronrat *ist abzuhalten.* [B] — **2.** *Ernennung. Der als neuer* Regierungspräsident *von* Königsberg *vorgesehene W. v.* Waldow *ist zuvor* über seine Stellung *zum* Agrariertum *zu befragen.* [B] — **3.** *Ernennung. Recke erwägt als neuen Oberpräsidenten von* Brandenburg *den* Grafen *B.* Eulenburg. *Thielen hält dessen Einsatz in* Hannover *für besser, da dann der dortige Oberpräsident K.* Stolberg, *unter dem das* Welfentum *anwuchs, nach* Potsdam *versetzt werden könnte.* — **4.** *Ernennung.* Oberpräsident *H. Frh. v.* Wilamowitz-Möllendorff in Posen *ist amtsmüde.* — **5.** *Militärwaisenhaus in* Potsdam. *Mit den* 600 M. *p. a.* Miete, *die die* Waisenhausstiftung *als Eigentümerin des Wohngebäudes des brandenburgischen* Oberpräsidenten *erhält, ist dieses* Gebäude *nicht* zu unterhalten. *Miquel hat bereits* Erhöhung des Mietzinses *auf* 1200 M. *p. a.* angeboten.[2]

[1] *Gelesen: B. Bülow [U].*
[2] *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 11785 (Votum Hobrechts v. 17.4.1879, worin eine Mieterhöhung abgelehnt wird).*

Nr. 379 Sitzung des Kronrats im Neuen Palais zu Potsdam am 23. August 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. V, Bl. 282–307v; MF KR 35.

Anwesend [U][1]*: Wilhelm II. [V], Hohenlohe, Miquel, Thielen, Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt, v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow. — Prot.: Seckendorff [U].*

1. *Nach* Ablehnung der Kanalvorlage *bekräftigt Hohenlohe seine Meinung bezüglich* Auflösung des Abgeordnetenhauses, *da die* Opposition *v. a. der Konservativen den* Charakter eines Komplotts *besitzt und die* Autorität des Monarchen und seiner Regierung *in Frage stellt. Um die* Konservativen zur Besinnung *zu* bringen, *müßten die* bisherigen, vielfach freundlichen Beziehungen zwischen der Verwaltung und dem Bunde der Landwirte gänzlich gelöst werden. *Miquel fürchtet hingegen, daß* Neuwahlen *nur* Bauernbündler, Antisemiten und weit linksstehende Liberale *stärken, zumal auch ein* Teil der Industrie im Westen [...] gegen den Kanal *agitiert. Bosse hält eine* Verstimmung der konservativen Partei *für erwartbar, was* der Regierung auch die Politik im Reichstage noch mehr erschweren *würde. Zur Durchsetzung des Kanals könnte dann* nichts übrig bleiben, als sich auf ganz linksstehende Parteien einschließlich der Sozialdemokraten zu stützen. *Bosse optiert deshalb für einen neuen Versuch* in der nächsten Landtagssession. *Recke zufolge ist regierungsseitig*

[1] *Gelesen [U]: Posadowsky, Tirpitz.*

seit Jahrzehnten bei den Wahlen in Preußen [...] im konservativen Sinne gewirkt worden, *was erschwert,* jetzt mit einem Male das Steuer umzustellen. *Nach Meinung der meisten* Minister *geht es um eine* Machtfrage, *die im Sinne der* Regierung *zu lösen aber schwierig ist. Wilhelm II. dankt den Ministern und wünscht keinen* „Kabinettswechsel“[2]. So tragisch *scheint ihm die* Sache *nicht, denn das* eigenartige und historisch herausgewachsene Verhältnis der Konservativen zum Könige von Preußen *bedingt, daß sie* zwar die Opposition *lieben, aber* ihre Söhne mit Freuden dem Königlichen Dienste im Heere auch in den gefahrvollsten Zeiten zur Verfügung *stellen. Die* auswärtige Lage *ist momentan* schwierig wie lange nicht *und die Haager* Friedenskonferenz, die hauptsächlich gegen die preußische Heeresentwicklung gerichtet gewesen *ist, hat die* Staaten gegen einander mißtrauisch gemacht. *Auch die Zuchthausvorlage kann* nur mit Hilfe der Konservativen durchgebracht werden. *Mit einer Landtagsmajorität* aus Fortschrittlern und anderen Linksliberalen *ist in wichtigen* Fragen, namentlich auch in der Reichsgesetzgebung nichts anzufangen, *und* vom Zentrum *kann* man sich in Preußen nicht regieren lassen. *Statt* Auflösung *ist* gegen den Bund der Landwirte *einzuschreiten und sind die oppositionellen* Beamten *sofort* zur Disposition *zu stellen.*[3] *Dann werden die* Konservativen *den* Kanal später schon annehmen. *Die Maßregelung ist verfassungsmäßig mit dem* Interesse des Dienstes *zu begründen und die Betroffenen können vielleicht* später *erneute* Anstellung *erhalten.*[4] — **2.** *Wilhelm II. fordert die* beteiligten Ressortminister *auf, den* Bau einer neuen protestantischen Kirche in Homburg, für *den seine Mutter Victoria* besonderes Interesse *hegt, zu fördern, v. a.* einen Platz zur Verfügung zu stellen.[5] — **3.** *Wegen Ankauf des* Gestüts in Georgenburg *und* Aufhebung des Hengstdepots in Insterburg *werden die Ressortminister in Kürze Wilhelm II. berichten.*[6]

[2] *Bosse notierte dazu im Tagebuch (VI. HA, NL Bosse, Nr. 10, Bl. 85):* unter Hervorhebung, daß es in Preußen kein Kabinett gebe, sondern daß der König zu befehlen und die Minister auszuführen hätten.

[3] *Dazu die Marginalie Wilhelms II. (Bl. 300v u. 301):* Wenn ein Regiment im Kampf zum Angriff geführt werde und es meuterten Leute desselben, so werde das Regiment deshalb nicht aufgelöst, sondern man stelle die Verbrecher vor die Front und schieße sie zum warnenden Exempel für die anderen nieder. So solle es auch hier gemacht werden. [...] *Es handelt* sich um einen Graben von 3–40 Meter Breite und 2–3 Tiefe, der durch das Land geführt werden solle! Darauf eine hochpolitische Aktion mit Kraftprobe gegen die Krone zu bauen sei zu albern und dumm. [...] Die Herren müßten von ihrem „Gaul“ herunter auf den Boden der Alltäglichkeit und wirtschaftlichen Lebens.

[4] *Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 523 f.*

[5] *Zur 1902–07 von F. Schwechten erbauten und am 17.5.1908 von Wilhelm II. eingeweihten Erlöserkirche vgl. Schomann, Heinz, Die Homburger Erlöserkirche – Kaiserdom oder Palastkirche? in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg v. d. H. 35 (1982), S. 304–353.*

[6] *Vgl. Rep. 87, A II Nr. 1117, Bl. 1 ff. (Kaufvertrag v. Sept. 1899) u. Rep. 89, Nr. 30251, Bl. 51–79 (Berichte an Wilhelm II.). Das bisherige Gut der Familie Simpson wurde zum 1.10.1899 vom Staat für 3 Mio. M. übernommen und den Simpsons im Gegenzug die Domäne Hamersleben für 2,58 Mio. plus 0,42 Mio. M. bar überlassen.*

Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 28. August 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 148–167v, Anlage: Bl. 168–169v; MF 823.

Anwesend: Hohenlohe [V, zu 1–4, U], Miquel [U], Thielen [U], Bosse, E. Hammerstein, Schönstedt [U], v. d. Recke, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow [zu 1–4]. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [zu 1–2].

1. *Wilhelm II. hat angeordnet, daß die* 2 Regierungspräsidenten und 18 Landräte, die im Abgeordnetenhause gegen die Kanalvorlage gestimmt *haben, mit Wartegeld in den einstweiligen* Ruhestand

zu versetzen sind.[1] — **2.** *Bischofswahl in* Köln. *Bei Erkundigungen meinten* Kopp *und* Kreutzwald, *daß* Simar – wahrscheinlich einstimmig – gewählt *werden wird. Bosse rät deshalb dazu, staatsseitig einer Dreierliste mit* Keppler *und* Fischer *zuzustimmen, damit das* Kölner Kapital *sich nicht weigern kann, aus nur* zwei Kandidaten [...] zu wählen. *Ferner sind noch* Oberpräsident Nasse *und W. v.* Loe *nach ihrer* Auffassung *zu fragen.* [B] — **3.** Vorgehen gegen *die* Beamten, *die die* Kanalvorlage *bekämpften. Miquel hält, da* der Kanal womöglich mit den Konservativen zu Stande gebracht werden *soll, ein zu scharfes* Vorgehen gegen die Beamten für politisch nicht richtig, *da dies* weniger einschüchtern als verbittern *wird. Eine* allgemeine Mahnung [...] an die politischen Beamten[2] *erscheint ihm sinnvoll und wird* einstimmig *beschlossen. Die Zustimmung Wilhelms II. dazu ist einzuholen.* [B] — **4.** *Mittellandkanal. Miquel bezweifelt,* daß die Vorlage in der nächsten Session *unverändert* wieder an den Landtag gelangen *wird; entweder ist sie zu erweitern oder einzuschränken, ggf. sogar* Privatunternehmern *zu* übertragen. *Thielen erwägt* Kanalbau *bis* Hannover; *die* Zugeständnisse an Schlesien *auszuarbeiten, kostet Zeit. Die* Aufstellung *eines* Gesamtplanes *hat* auf den ersten Blick ja viel Bestechendes, *aber Streit über die Priorität der* Teilprojekte *ist absehbar. Eine* Kommission *müßte* zusammentreten. [B] — **5.** *Pressepolitik. V.* Schweinburg *bietet Miquel zufolge an, gegen Zahlung von* etwa 10 000 M. *Artikel seiner Süddeutschen* „Reichskorrespondenz“ *zu* landwirtschaftlichen Fragen *auch* Kreisblättern *zur Verfügung zu stellen.*[3] — **6.** *Ernennung.* [B]

[1] *Eine Liste dieser „Kanalrebellen“ in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 6, n. f. (26.8.1899), Druck bei Horn, Kampf, S. 139 f. Es handelte sich um die MdA und Regierungspräsidenten Jagow-Posen und Colmar-Lüneburg sowie die 18 Landräte und MdA A. Baarth, K. Berg-Schönfeld, F. Bockelberg, B. Bodenhausen, J. Bodenhausen, B. Bonin, E. Bornstedt, E. Brockhausen, H. Dallwitz, H. Dumrath, G. Kersten, L. Kotze, H. Kreth, M. Lewald, K. Schilling, F. Winckler, E. Wolff-Gorki, P. Wrochem.*

[2] *Text als Anlage auf Bl. 168–169v; Druck bei: Rejewski, Pflicht zur politischen Treue, S. 121.*

[3] *Vgl. Stöber, Pressepolitik, S. 54 u. 89–99 (Geschichte der seit 1898 von Krupp finanzierten Süddeutschen Reichskorrespondenz). 1900 wollte Bülow mit 12 000 M. Jahreszuschuß die Verbindung zu Krupp lösen.*

Nr. 381 Sitzung des Staatsministeriums am 2. September 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 138, Bl. 171–180v; MF 823/824.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], E. Hammerstein, Schönstedt [U], Brefeld, B. Bülow. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Bosse], Halle, v. Heinz, Stöckel [alle zu 5], Schütte [zu 6].

1. Mitteilung *Miquels, daß Wilhelm II. beabsichtigt, G. Frh. v.* Rheinbaben *zum neuen Innen- und K.* Studt *zum neuen Kultusminister zu ernennen.*[2] Gegen diese Ernennungen walteten seines Erachtens keinerlei Bedenken ob*; die* glückliche *Wahl dürfte* im Volke guten Eindruck machen. [B] — **2.** *Einbehalt der* Diensteinkommen *von Volksschul- und anderen nicht-staatlichen Lehrern, solange sie* sich ohne Urlaub vom Amte entfernen oder den Urlaub überschreiten. *Diese Regelung hat ein Staatsministerialbeschluß vom* 14. April 1860 *auf die Gesetze über* Dienstvergehen *der* Beamten *gestützt. Bei von der* Gemeinde *besoldeten* Lehrern *ist es aber* eine Unbilligkeit, *wenn der*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Vgl. Rep. 89, Nr. 3697, Bl. 222 (Abschiedsgesuch Reckes mit dem Hinweis Wilhelms II., jener solle Oberpräsident v. Westfalen werden) u. Bl. 226 f. (Abschiedsgesuch Bosses). Als Gründe des Rücktritts gibt Bosse im Tagebuch (VI. HA, NL Bosse, Nr. 10, Bl. 86 u. 88) an, daß Wilhelm II. seit längerem nicht mehr zufrieden mit Bosse war, die Konservativen ihm nach Versetzung des Hilfsarb. im KuMinm. u. „Kanalrebellen“ B. Irmer die Unterstützung versagten und er auch selbst wegen des ihm unangenehmen Falles Irmer ausscheiden möchte. Zum Ablauf vgl. ebd., Bl. 90–92.*

zu entziehende Teil des Diensteinkommens *dann* dem Staate zu Gute kommen *soll. Da die* Frage *gar* keine erhebliche Tragweite *hat, ist der* Beschluß *von* 1860 *nur* auf unmittelbare Staatsbeamte *anzuwenden.*[3] [B] — **3.** *Einkommen und Rang der Richter des* Reichsmilitärgerichts *bzw. der Oberkriegsgerichtsräte. Da Goßler in* fast allen Punkten *an seinen* Forderungen *festhält, soll er seinen* Standpunkt *in einem separaten* Berichte *neben dem* Immediatbericht[4] des Staatsministeriums *Wilhelm II. vortragen.* [B] — **4.** Feier des Sedan-Tages. *Miquel schlägt vor, die* besondere amtliche Berücksichtigung des Tages, der für den Dienst in den Ministerialbüros wie ein Sonntag behandelt *wird, künftig* fallen zu lassen. *Darüber ist noch zu beraten.* [B] — **5.–6.** *Acht Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

[3] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 3075, Bl. 98 ff. (u. a. Votum Bosses v. 19.7.1899) und BArch, RAdI, Nr. 115483, n. f.*

[4] *Rep. 90, Nr. 534, n. f. (Immediatbericht des StMinm. bzw. Goßlers v. 15.9.1899). Ebd. auch der Erlaß Wilhelms II. zur Streitfrage v. 6.11.1899. Vgl. auch BArch, RAdI, Nr. 115503, n. f. (Goßler 17.11.1899) und ZBl. für das Dt. Reich 1900, S. 441 (veröffentlichter Erlaß Wilhelms II. zum Rang der Richter am Reichsmilitärgericht).*

Nr. 382 Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 182–206v; MF 824.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], Thielen, Schönstedt [U], Studt [U], G. Rheinbaben [U]. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Thiel [für E. Hammerstein, zu 3], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 8].

Einführung der neuen Minister *K.* Studt *und G. Frh. v.* Rheinbaben *in das* Staatsministerium. — **1.** *In der amtlichen Pressepolitik besteht lt. Rheinbaben eine* Krisis, *da* Falck *dauernd krank ist und Pressereferent v.* Philipsborn *versetzt wurde. Die* mittelbare Beeinflußung der Presse, *vor allem* persönliche Fühlung und nähere Verbindung mit größeren Zeitungen, *etwa durch* Abgabe von Personalnotizen *usw., ist gerade in der aktuellen politischen Lage wichtig. Deshalb muß* mehr für die Presse verwertbares Material *aus den* Ressorts *kommen.* Fast alle offiziellen Preßorgane *sind* bisher an dem Mangel an Stoff gescheitert. *Miquel erwägt wieder mehr* Bevorzugung *regierungsfreundlicher* Blätter *anstelle Zusendung der* „Berliner Korrespondenz“ *an alle; speziell der einflußreiche* Schweinburg *sollte* mehr bedacht *werden.* [B] — **2.** *Die* Erhebung der Anklage wegen Majestätsbeleidigung *gegen die von E.* Klapper herausgegebene Agrar-Korrespondenz *wird gebilligt, obwohl* absolute Garantie für den Ausfall *des Verfahrens nicht gegeben ist, wie sich bei* Max Harden *zeigte. Wilhelm II. ist zu informieren, weil er Anklageerhebung* befohlen *hat.*[2] [B] — **3.** Meinungsverschiedenheit *über den* Ankauf des Rittergutes Görsdorf [...] im Kreise Konitz *zwecks* Ansiedlung von deutschen Katholiken. *Dies erschien Hammerstein* aus politischen Gründen erwünscht, *während* Oberpräsident *und* Landrat *dagegen sind. Miquel und Rheinbaben befürchten die* politische Unzuverlässigkeit der dortigen deutschen Katholiken, *gar Verlust zweier* Wahlkreise. *Da* Görsdorf *in deutscher* Hand *und* von polnischer Seite nicht *umworben ist, wird der* Ankauf *mehrheitlich abgelehnt.*[3] [B] — **4.** *Bischofswahl in* Köln. *Auch Studt hält* Dingelstad *für eine* Marionette in den Händen der mit Rom eng zusammenhängenden westfälischen Katholikenführer *wie M. Graf v.* Galen *und* Perger*; da er Wahlchancen hat, ist als minder genehm abzulehnen. Entscheidung erst*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*

[2] *Klapper hatte in einem Artikel die Konservativen aufgefordert, die Beamten-Maßregelung mit Budgetverweigerung zu beantworten. Dagegen verwahrte sich sowohl die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung wie am 9.9.1899 die offiziöse Berliner Korrespondenz; vgl. Wippermann, 1899, II, S. 47 f. Das Verfahren ist aktenmäßig nicht nachweisbar.*

[3] *Vgl. Rep. 87, B Nr. 9514, Bl. 2–81 (Berichte von Ansiedlungskomm., Landrat u. Oberpräsident).*

nach der von Wilhelm II. gewünschten Äußerung *von W. Frh.* Loe. [B] — **5.** *Ernennung; v. d.* Recke *soll* Oberpräsident *von* Westfalen *werden* [B]. *Ordenssache für den ausscheidenden* Oberpräsidenten *v.* Wilamowitz-Möllendorff [B]. *B.* Eulenburg *bleibt Kandidat für das Brandenburger Oberpräsidium. Zwei Ernennungen, u. a. von W. v.* Waldow *zum* Regierungspräsidenten, *da er seine* politische Richtung *erklärt hat* [B]. — **6.** *Der zweite* Immediatbericht[4] *betr.* Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimer Rat *an Ch. v.* Tiedemann *wird vollzogen.* — **7.** *Drei Ordenssachen.* [B] — **8.** *Disziplinarsache.* [B]

[4] *Rep. 90, Nr. 1992, n. f. (11.9.1899). Obwohl betont wurde, daß Tiedemann für den Mittellandkanal eintrat, gewährte ihm Wilhelm II. nur den Stern zum Roten AdlerO II. Kl. In der Akte auch der 1. Immediatbericht v. 21.6.1899 und die Ablehnung der Titelverleihung durch Wilhelm II. am 3.7.1899.*

Nr. 383 Sitzung des Staatsministeriums am 21. September 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 208–217; MF 824.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: P. Rheinbaben [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann, Aschenborn [beide zu 1–2], Weiffenbach, F. Wolf [beide zu 2].

1. *Die frühere Ablehnung*[1] *der Erhöhung der* Bezüge *einzelner Offiziere über die* Dienstbezüge, *die im Reichshaushalt* für ihre Stellen *ausgewiesen sind, hinaus wird im Falle des* Kommandanten des Hauptquartiers *Wilhelms II., H. v. Plessen, aufgegeben. Denn Wilhelm II. hat dies ausdrücklich befohlen, um Plessen* länger in dieser Stellung *halten zu können, und Miquel erwartet davon keine Präzedenzwirkung.* [B] — **2.** Anmeldungen zum Etat für das Reichsmilitärgericht. *Goßler bittet, die* einzelnen Bemängelungen *jetzt* fallen zu lassen, *weil Wilhelm II. die* Genehmigung der angesetzten Positionen *wünscht und er selbst* endlich mit dieser Angelegenheit zum Abschluß *kommen will. Die Stellenzahl von* zwölf Reichsmilitärgerichtsräten *und drei Militäranwälten wird aber nicht erhöht.*[2] [B] — **3.** Austritt *der* politischen Beamten aus dem Bunde der Landwirte. *Der* Oberpräsident von Hannover *fürchtet, daß ein sofort erzwungener Austritt Welfen und extreme Bauernbündler stärken wird; der* Oberpräsident von Posen *warnt, daß dann* eine Trennung der verschiedenen deutschen Elemente *und Wahlkreisverlust an die* Polen *drohen. Miquel zufolge wirkte die* Teilnahme *der* Landräte *am BdL in beiden* Provinzen *in nationaler Hinsicht* nützlich. *Man sollte* den Oberpräsidenten *anraten*, nicht allzu eilfertig *den* Austritt *zu verlangen;* auf die Dauer *aber sind* die politischen Beamten herauszuziehen. [B] — **4.** *Die Aufforderung des Landrats v.* Lucke *an den* nationalliberalen Abgeordneten seines Kreises, *J. Nischwitz, er möge die* Kanalvorlage *ablehnen, war ungehörig. Aber da sie* vor *dem Eintreten Wilhelms II. für die* Kanalvorlage *erfolgte, ist nicht disziplinarisch einzuschreiten.* [B] — **5.** *Vierzehn Ernennungen, u. a. von R. v.* Bitter *zum* Oberpräsidenten in Posen *und Th. v.* Bethmann Hollweg *zum* Oberpräsidenten in Potsdam, *da Wilhelm II. den* Grafen Botho Eulenburg *nicht berufen will, ferner von sechs* Regierungspräsidenten *und von* Regierungspräsident *v.* Bischoffshausen *zum* Ministerialdirektor *im Innenministerium.* [B] — **6.** *Drei Titelverleihungen.* [B] — **7.** *Ordenssache. Der Bürobeamte* Nitschke *erhält den KronenO II. Kl., da er zwar nicht* Vorsteher einer Registratur *war, aber es* Ausnahmen *bei* 60jährigen Dienstjubiläen *geben darf.* [B] — **8.** *Schönstedt soll ein*

[1] *Vgl. Sitzung am 18.10.1898, TOP 2.*

[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. (Schriftwechsel, v. a. Hohenlohe 5.9.1899, Erlaß Wilhelms II. v. 6.11.1899 über die Gehälter). Teilweise auch in: BArch, RK, Nr. 1322, Bl. 77 ff. Vgl. Sitzung am 2.9.1899, TOP 3 mit Anm.*

Gutachten[3] *zur* Frage *erstatten,* ob die mit den Provinzen über den Bau des Mittellandkanals abgeschlossenen Verträge durch *die Ablehnung im AH* hinfällig *wurden.* — **9.** *Bischofswahl in* Köln. *Dingelstad bleibt* persona minus grata, *zumal er wahrscheinlich* gewählt werden würde. [B] — **10.** *Der neugewählte* Bischof von Osnabrück, *Voß, erhält die* landesherrliche Anerkennung als Provikar der nordischen Missionen. [B] — **11.** *Zwei Ordenssachen anläßlich der* 100jährigen Jubelfeier der *Charlottenburger* Technischen Hochschule. [B] — **12.** *Titelverleihung.* [B]

[3] *Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 7, n. f. (Gutachten v. 30.10.1899). In der Akte auch Voten.*

Nr. 384 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 138, Bl. 219–260v; MF 824/825.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V, zu 1–4], Miquel, Thielen, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1–4], Tirpitz, B. Bülow, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Aschenborn, B. Fritsch [beide zu 1], v. Woedtke, Caspar [beide zu 2], Löwenberg, Bourwieg [beide zu 5], Schütte [zu 6].

1. *Neuregelung des* Wohnungsgeldzuschusses der Beamten. *Im* Gesetz *über den* Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte[1] *wurde auf ein fast einstimmiges Votum des RT hin bestimmt, daß eine neue* Klasseneinteilung der Orte *bis 1902 stattfinden muß.* Posadowsky *möchte dazu eine* Enquête *veranstalten, aber Miquel befürchtet Begehrlichkeiten der* Beamten *bezüglich* Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse *und bei* Änderung des Systems *gar* Mehrausgaben *von* 30–40 *Mio. M. Sinnvoller ist unmittelbare* Hingabe von billigen Wohnungen [...] für immer mehr Beamte. *Die* Frage, *ob der* Wohnungsgeldzuschuß lediglich nach den Servissätzen zu bemessen *ist*, *soll im Rahmen von nichtöffentlichen* Erhebungen *der* Ortspolizeibehörden *untersucht werden.* [B] — **2.** *Sechs Gesetzentwürfe*[2] *über Änderungen der* Unfallversicherungsgesetze im Anschluß an das neue Invalidenversicherungsgesetz. *Die von* Posadowsky *befürwortete Einbeziehung von Handwerksberufen wie* Schlosser *und* Fleischer *begegnet* Bedenken, *da dies Kosten verursacht und die* Berufsgenossenschaften *vielleicht ungeeignete* Organe *dafür sind* [B]. *Der Einbeziehung von* Strafgefangenen, *die bisher der* Armenpflege einer Gemeinde zur Last *fallen, widerspricht Rheinbaben im Sinne des Staatsministerialbeschlusses*[3] *von* 1894 *und weil* Gefangene *sich schon* gegen unangenehme Arbeiten *sträuben und künftig* Schadensersatzansprüche erheben könnten. *Eine Ministermehrheit optiert aber dafür, zumal die Kosten die bisherige gnadenweise Unterstützung von 30 000* M. *nicht übersteigen und der RT sonst* nicht zu befriedigen sein *dürfte* [B]. *Mit* Modifikationen *in weiteren Details wird die* Vorlage *in* Bundesrat und Reichstag *gebilligt* [B]. — **3.** Entwurf[4] einer Königlichen Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. *Strittig ist, ob den* Regierungspräsidenten *die* Erteilung *bzw.* Erhebung der Klage auf Entziehung *der* Rechtsfähigkeit *für* Vereine *zu überlassen ist oder, wie Rheinbaben will, dem* König. *Damit eine* einheitliche Behandlung der auch politisch wichtigen Frage *gewährleistet bleibt, soll der zuständige Minister die* Rechtsfähigkeit *erteilen und der* Landrat *bzw. die* Ortspolizeibehörde *ggf.* Klage *erheben* [B]. *Über* Änderung *bzw.* Aufhebung von Stiftungen *entscheidet der Minister, obwohl* hierin *eine* Einschränkung der

[1] *RGBl. 1897, S. 619. Vgl. Rep. 90, Nr. 709, n. f. (Vorarbeiten ab 1898, Nachweisung über Beamten-Mietverhältnisse 1900). Zum Fortgang vgl. Sitzung am 27.4.1901, TOP 4 mit Anm.*

[2] *Rep. 90, Nr. 1250, n. f. (Entwürfe v. 26.7.1899 u. Voten dazu). Vgl. Wickenhagen, Unfallversicherung, S. 109 ff. und Tober, Deutscher Liberalismus, S. 163 ff., bes. S. 181 ff.*

[3] *Vgl. Sitzung am 11.6.1894, TOP 1 mit Anm.*

[4] *Rep. 90, Nr. 2426, Bl. 191–193. Ebd., Bl. 178–257 Voten u. Immediatbericht v. 4.11.1899. Vgl. GS, S. 562.*

bisherigen Kronrechte *liegt* [B]. — **4.** *Ordenssachen und Titelverleihungen sind bei* 50jährigen Jubiläen *von* Behörden *wie jetzt der* Handelskammer zu Schweidnitz *nicht zu beantragen, zumal in nächster* Zeit noch mehr derartige Jubiläen in Aussicht *stehen.* [B] — **5.–6.** *Sieben Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

Nr. 385 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 138, Bl. 262–303; MF 825/826.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler [zu 1–6], Posadowsky, B. Bülow [zu 1–6], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann, v. Podbielski [beide zu 2, U], Reichardt [zu 3–4], v. Knebel-Doeberitz, Stöckel [beide zu 11].

Tirpitz *ist verhindert.* — **1.** *Die Minister* Studt *und* Rheinbaben *werden* zu Bevollmächtigten zum Bundesrat *ernannt.* [B] — **2.** Änderung in der Abstufung der Gehaltsklassen *der* Postassistenten *von* 1700 *auf* 1800 *und von* 2700 auf 2800 M. Regierungsvertreter *haben dies dem RT gegenüber in Aussicht gestellt; dieser soll nicht* wieder als Vertreter berechtigter Interessen der Beamtenschaft dastehen, *wie bei der* Erhöhung des Einkommens der Landbriefträger.[2] *Studt hat* Bedenken *gegen diese* Bevorzugung vor den Beamten seines Ressorts *und Miquel sieht dadurch die* Frage *der* Beamtenbesoldungen *wieder* aufgerollt, *was für* Preußen aber unannehmbar *ist*, *obwohl das* Staatsministerium *nur ungern* einer Maßregel Widerstand *leistet, die von* Reichsressorts einmütig befürwortet *wird*. *Derartige* Erklärungen *gegenüber dem RT sind* überhaupt nur verbindlich *und* zulässig, *soweit* Bundesrat *und* Staatsministerium ihre Zustimmung dazu gegeben *haben*. *Die Gehaltsklassenänderung wird gegen* Bülow, *Goßler und* Posadowsky *abgelehnt.* [B] — **3.** Verwendung russischen Petroleums *bei den Staatsbahnen. Durch ein* geheimes Abkommen *ist* Rußland *die* Erhöhung des Testpunktes *zugesichert; der analoge Bundesratsbeschluß aber wegen russischer Zollerhöhung auf* Silberwaren *und um den RT zuvor zu informieren nicht* publiziert.[3] *Allerdings kommt schon jetzt die Masse der 17 000 t Jahresverbrauch aus* Rußland. *Weitere* Empfehlung des russischen Petroleums *in Zeitungen soll erfolgen.* [B] — **4.** Wiederzulassung *der* Lebensversicherungsgesellschaften New York und Mutual. *Nach einer USA-Reise befürworten zwei* Sachverständige *und das* Staatsministerium *die* Wiederzulassung der New York, *zumal sie* Bedingungen *wie* Abstossung *von Aktienbesitz akzeptierte. Im Gegenzug sollten* preußische Versicherungsgesellschaften *in USA* unbehelligt bleiben.[4] [B] — **5.** *Ein* gleichmäßiges Formular *für Ordenssachen der* Provinzialbehörden *zum Ordensfest soll ausgearbeitet werden.*[5] [B] — **6.** *Die im AH gescheiterte Novelle zum Kommunalwahlrecht. Rheinbaben fürchtet als* allerbedenklichste Konsequenz der Einführung des Durchschnittsprinzips *die* Demokratisierung der Gemeindevertretung *gerade* in größeren Gemeinden, *wo* Arbeiter *in die* IIte Abteilung *gelangen können. Dagegen wäre*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Tirpitz.*

[2] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 16.3.1899, S. 1562, 1564 (Zusage Podbielskis). Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. (Votum Hohenlohes v. 27.10.1899) und Sitzungen am 11.2.1898, TOP 2 mit Anm. bzw. 12.3.1898, TOP 9.*

[3] *Gem. Wulff, Dietmar, Handel und Politik in den russisch-deutschen Beziehungen 1894–1904. Zu den Auseinandersetzungen um die russische Agrarausfuhr, MS, Phil. Diss., Akademie der Wissenschaften, Berlin 1984, S. 150 u. 285 verlief die Frage im Sande, weil man regierungsseitig fürchtete, der RT werde die geheimgehaltene Vereinbarung nicht billigen.*

[4] *Vgl. Sitzung am 12.12.1895, TOP 6 mit Anm.*

[5] *Vgl. Rep. 77, Tit. 153 Nr. 8 Bd. 1, n. f. (Voten ab 6.1.1899, Formular-Entwürfe).*

die Zwölftelung in Gemeinden *über* 10 000 *Einwohner gemäß dem Kompromiß Fritzen-Sattler*[6] *zu stipulieren. Dies wirkte auch gegen die* Polonisierung *in* Posen. *Da das* Zentrum *sonst* verstimmt *wird und die* Kanalvorlage *ablehnt, muß die Novelle* gleichzeitig mit *jener wieder vorgelegt werden.* [B] — **7.** *Der* Ankauf der Landgutes Sinnig *zwecks* Ansiedlung deutscher Katholiken *wird gebilligt;* wegen der kirchlichen Versorgung der Ansiedler *ist* Stablewski *zu hören.*[7] [B] — **8.** *Der* Gesetzentwurf[8] *des Reichsjustizamts wegen Bestrafung der* Entwendung elektrischer Kraft, *der eine* Lücke der Strafgesetzgebung *schließt, wird gebilligt.* [B] — **9.** *Geplante* Vorlagen *zur Landtagssession 1900.* — **10.** *Die Bischofswahl in* Köln *ist auf* Simar *gefallen, der aber die* Annahme der Wahl *verzögert. Staatliche* Einwirkung *ist allenfalls vertraulich in* Rom *angezeigt.* [B] — **11.** *Pensionssache.* [B]

[6] *Vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 368; im Plenum wurde darüber nicht mehr debattiert. Vgl. Alexander, Freikonservative Partei, S. 251, 256 f. (mit Hinweis auf Berichte d. RegPräs. in Rep. 77, Tit. 311 Nr. 175 Adhib. 1).*

[7] *Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 12 Bd. 1, Bl. 138 f. (Votum Rheinbaben).*

[8] *Rep. 84a, Nr. 8495, n. f. (Gesetzentwurf v. Okt. 1899, Urteil des Reichsgerichts v. 20.10.1896). Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 612; Debatte dazu 27.2.1900, S. 4320–4324.*

Nr. 386 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 139, Bl. 2–22v; MF 826/827.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen [zu 1–10], E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1–2, 8–11], Tirpitz [zu 1–2], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Gruner, v. Knebel-Doeberitz [beide zu 2], Schütte [zu 11].

1. *Zweites Flottengesetz*[2]*. Tirpitz zufolge bedingen eine veränderte* Weltpolitik, *zumal die Kolonialpolitik, und die* fieberhaft gesteigerte Entwickelung der Marine in den meisten großen Staaten *eine neue* Flottenvorlage, *die auch Wilhelm II. wünscht. Es handelt sich* um eine der wichtigsten Fragen *seit 1871 und sie muß* ohne Verkettung mit anderen schwebenden politischen Fragen vom nationalen Standpunkte behandelt werden. *Die jetzige* Abneigung gegen England *ist der Flottenverstärkung* günstig. — **2.** *Reichsgesetz* über die privaten Versicherungsunternehmen.[3] *Detaildiskussion, u. a. zur* Aufbringung der Kosten für das Privatversicherungsamt *zu ¾ durch die* Versicherungen. *Die* Anlegung des Prämienreservefonds in mündelsicheren Papieren *ist wegen der Hypothekenpfandbriefe noch zu entscheiden; für weitere Fragen wie die der* Berufung *gegen* Entscheidungen des Versicherungsamts *sind* kommissarische Beratungen *nötig.* [B] — **3.** *Die* Übertragung der Angelegenheiten der Aichung der Rheinschiffe *auf das Ministerium der* öffentlichen Arbeiten *unterbleibt einstweilen.*[4] [B] — **4.** *Feier zur Jahrhundertwende.*[5] *Wilhelm II. wünscht einen feierlichen Gottesdienst* am 1. Januar 1900, *Festakte* in den Schulen *und weitere* Veranstaltungen *Studt soll dazu* Vorschläge *machen.* [B] — **5.** *Titelverleihung.* [B] — **6.** *Drei Ernen-*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, B. Bülow.*

[2] *Vgl. Berghahn, Tirpitz-Plan, S. 205 ff.*

[3] *Vgl. Rep. 120, A XII 1 Nr. 11 Bd. 5, n. f. (Entwürfe 1898/1899, Voten). Dies auch in: Rep. 84a, Nr. 5558. Vgl. allg. Burger, Dirk, der Einfluß der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen auf die Entfaltung der Versicherungsaufsicht im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1988, S. 53 ff.*

[4] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2051 (Voten). Auch in: BArch, RAdI, Nr. 115500, n. f.*

[5] *Vgl. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 104, n. f. (Anregung Wilhelm II. v. 1.11.1899, Voten dazu, verliehene Auszeichnungen); Brendecke, Arndt, Die Jahrhundertwenden. Eine Geschichte ihrer Wahrnehmung und Wirkung, Frankfurt/M. 1999, S. 224 ff. (aufgrund Rep. 89, Nr. 23515, Bl. 268 ff.); Wippermann, 1900, I, S. 1–9.*

nungen. [B] — **7.** Eingabe[6] des Westfälischen Bauernvereins *zur Unterstützung des Gesuchs des* Gutsbesitzers Westhoff *um* Erlaubnis der Führung des Namens Schulze-Linzel *nach seinem Schulzenhof* Linzel. Ersetzung *des* Familiennamens *durch den* Namen eines Hofes *wurde bisher* aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung nicht gestattet, *aber Miquel unterstützt diese alte westfälische* Sitte; *vertagt.* — **8.** *Studt hat* Bedenken *Wilhelms II.* gegen die Sanktionierung des Gesetzes *betr.* die ärztlichen Ehrengerichte *zerstreut.* — Simar *wird die* Wahl zum Erzbischof von Köln *annehmen, nachdem Studt seine* Bedenken *wegen der* katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn *ausräumen konnte*. — *Die* Eingabe[7] der deutschen Bischöfe *v. 28.10.1899 bleibt mit Einverständnis Wilhelms II.* vorläufig *unbeantwortet*. — **9.** Einschränkung der Kongreßbeschickungen *durch* Beamte. *Da anläßlich der* Pariser Weltausstellung *viele* Kongresse stattfinden, *wird auf Initiative Posadowskys beschlossen, daß in* Auswahl *der* Kongresse *und* Zahl der Delegierten *das* größte Maß zu halten *ist.* [B] — **10.** *Ordenssache. Der freisinnige Reichstagsvizepräsident R.* Schmidt *erhält für seine* Verdienste *um das* Zustandekommen des Invalidenversicherungsgesetzes *den KronenO II. Kl.* [B] — **11.** *Sieben Diszplinarsachen.* [B]

[6] *Rep. 77, Tit. 220 Nr. 9, Bl. 57 f. (22.7.1899).*

[7] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, da nicht in Rep. 90, Nr. 2379 enthalten und die Parallelüberlieferung Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. 1 Nr. 123 nur bis Bd. 5 (Ende 1897) reicht.*

Nr. 387 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 18. November 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 139, Bl. 25–69; MF 827/828.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler [zu 1–14], Posadowsky, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [zu 11, U], B. Fritsch [zu 11].

Bülow und Tirpitz *sind verhindert.* — **1.** Anstellung von deutschen Geistlichen für die katholischen Ansiedler. *Der* schwer *erkrankte* Erzbischof *v.* Stablewski *wünscht auf seine diesbezügliche* Eingabe *eine* Antwort.[2] [B] — **2.** Errichtung einer Bismarck-Säule in oder bei Berlin. Einige *der* Minister *haben keine* Bedenken *gegen diesen Plan* der Berliner Studentenschaft, *aber* in der Stadt Berlin *ist* Genehmigung *Wilhelms II.* erforderlich. [B] — **3.** *Bei der* Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs *hat Wilhelm II. die* Änderung *vorgenommen, daß bei Satzungsänderung einer* Stiftung *der* König, *nicht die* zuständigen Minister *entscheiden. Dies ist, da* nicht häufig *vorkommend, hinzunehmen.* [B] — **4.** Strafantrag *wegen* Majestätsbeleidigung *soll gegen M.* Harden *nicht erhoben werden, da* Verurteilung *nicht sicher ist und* Diskussion *über* die beiden Depeschen[3] *zur* Schädigung des Ansehens *Wilhelms II.* führen könnte. [B] — **5.** *Die* Gesamteinnahmen *der* Staatseisenbahnen *erreichen im bisherigen Etatjahr* 1899 *ein* Plus *von 44,6 Mio.* M. *gegenüber dem* Vorjahr. — **6.** Meinungsverschiedenheit *zwischen Miquel/Schönstedt und Goßler über die Höhe des* Servis *der* Oberkriegsgerichtsräte. *Wilhelm II. hat deren gehaltsmäßige* Gleichstellung *mit den* Oberlandesgerichtsräten *gebilligt, weshalb erstere höheren* Servis *ablehnen. Aber Goßlers* Standpunkt *obsiegt, zumal die Kosten* unerheblich *sind.*[4] [B] — **7.–8.** *Zwei Ordenssachen*

[1] *Gelesen [U]: B. Bülow, Podbielski.*

[2] *Rep. 90a, H II 3d Nr. 12 Bd. 1, Bl. 141 f.*

[3] *Der im Prot. genannte Artikel* „Zwei Depeschen“ *über die Krüger-Depesche Wilhelms II. und ein Telegramm an einen engl. Dragoner-Oberst im Burenkrieg Ende Okt. 1899 in: Die Zukunft, Bd. 29, S. 185 f. (4.11.1899). Darin wurde Wilhelm II. verantwortungsloser außenpolitischer Aktionen bezichtigt. Vgl. Rep. 84a, Nr. 49819.*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 684, n. f. und BArch, RK, Nr. 1322, Bl. 162 ff. (Voten Miquels/Schönstedts v. 14.11. bzw. Goßlers v. 17.11.1899).*

werden zurückgezogen, da zwei Auszeichnungen [...] binnen Jahresfrist *selbst bei unerwarteter krankheitsbedingter* Pensionierung *unstatthaft sind.* [B] — **9.** *Die* Äußerung *R. v.* Bennigsens *gegenüber dem* Oberpräsidenten *K.* Stolberg, *daß* das Staatsministerium *mit Stolbergs* Haltung gegenüber der nationalliberalen Partei *Hannovers unzufrieden sei, ist* unzutreffend. — **10.** *Drei Ernennungen.* [B] — **11.** *Gehälter der* Militäranwärter, *die* als überzählige Hilfsarbeiter *im Postdienst* 1882 *bis* 1894 *nur* drei Viertel des Tagesgeldsatzes *nicht etatmäßiger* Assistenten *bezogen. Da ein diesbezügliches* Urteil des Kammergerichts *auf* unhaltbaren Rechtsgründen *beruht und um politisch* Verstimmung *zu vermeiden, soll* ein beteiligter Beamter zur Durchführung des Rechtsstreits durch alle Instanzen auf Kosten der Verwaltung veranlaßt *werden.*[5] [B] — **12.** *Die* Regelung der Ortsnamen für die Provinz Posen *ist Rheinbaben zufolge* einstweilen zu vertagen, *um die Polen bei der* Kanal- *und* Flottenvorlage *nicht zu reizen.*[6] *So kann man auch ruhig erwägen, ob die* polnischen Namen einzelner Ortschaften durch deutsche zu ersetzen *sind, was bisher die Zustimmung der Gemeindevertretung voraussetzt.* [B] — **13.** *Namensrecht. Gesuche von* Hofbesitzern *wie des Westfalen* Westhoff *um* Erlaubnis zur Führung des Hofnamens an Stelle ihres Familiennamens *sind wie bisher abzulehnen, da* administrative Schwierigkeiten *bei der* Führung der Steuerregister, *der* Standesregister *oder der* Militärstammrollen *drohen.*[7] [B] — **14.** Gesetzentwurf[8] *betr. die* Warenhaussteuer. *Miquel zufolge ist dies nötig, um dem* Mittelstande *zu helfen, was auch die* Mehrheit des Abgeordnetenhauses *verlangt. Um nicht als* „Erdrosselungsteuer“ *zu wirken, soll das* Maximum [...] 3% vom Jahresumsatz *betragen. Rheinbaben bevorzugt eine* Reform *der* Gewerbesteuer. *Lt. Brefeld bieten* Warenhäuser *für* die Konsumenten bedeutende Vorteile *und Schönstedt ist* kein Freund *der* Warenhaussteuer. *Hohenlohe sieht darin ein* Übel *und hält den* Schutz des kleinen Gewerbestandes *dadurch für* völlige Illusion. Posadowsky *stimmt gegen dieses* Tendenzgesetz *und bevorzugt eine Gewerbesteuerreform. Da die* Reform *dieser* Gemeindesteuer *aber wenig Aussicht hat, wird sie* abgelehnt *und der* Gesetzentwurf *Miquels mit* Stimmenmehrheit angenommen. [B] — **15.** Feier *zur Jahrhundertwende. A. Auwers ist gutachtlich der Meinung, daß das* Jahrhundert erst *am* 1. Januar 1901 *beginnt. Auch die* Katholiken *sind zu befragen.*[9] [B] — **16.** *Ordenssache.* [B]

[5] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115499, n. f. (Voten) und Sitzung am 23.2.1901, TOP 2 (erneute Beratung).*

[6] *Vgl. Rep. 77, Tit. 136 Nr. 20 Bd. 3, Bl. 150 ff. (Voten Reckes u. Goßlers) u. allg. Rep. 77, Tit. 311 Nr. 262B Bd. 1 (1897–1900) bzw. ebd., Nr. 263 Bd. 1 (1897–1904). Die Voten auch in: BArch, RAdI, Nr. 115486.*

[7] *Rep. 77, Tit. 220 Nr. 9, Bl. 32–62v (Voten u. Schriftwechsel).*

[8] *Vgl. Rep. 151, II Nr. 2968, n. f. (Entwürfe 1899 u. 1900, Voten, Eingaben, Broschüren). Zum Fortgang Nr. 2969 u. 2970. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 311 Nr. 172 Bde. 1–2 (1896–1900) und StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 47; Debatte dazu 26./27.2.1900, S. 1882–1950, 1954–2006. Ohne Nutzung archivalischer Quellen: Spiekermann, Uwe, Warenhaussteuer in Deutschland. Mittelstandsbewegung, Kapitalismus und Rechtsstaat im späten Kaiserreich, Frankfurt/M. u. a. 1994, S. 105–122.*

[9] *Vgl. BArch, RAdI, Nr. 115504 (Voten) und Sitzung am 4.12.1899, TOP 1.*

Nr. 388 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 21. November 1899.

Vollz. Reinschr., Bd. 139, Bl. 71–85; MF 828.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Thielmann [U], O. Frh. v. Richthofen, v. Buchka [alle zu 1], Schütte [zu 4].

[1] *Gelesen [U]: B. Bülow.*

1. *Bau der Eisenbahnlinie* Daressalam Morogoro *in Deutsch-Ostafrika.*[2] *Da* Privatunternehmer *unannehmbare* Forderungen *stellten, müssen Buchka zufolge* 2 *Mio.* M. *im* Etat *1900 bereitgestellt werden. Kolonialkreise sehen dies als* Lebensfrage für die Kolonie *an, da die Bahnlinie* weite Länderstrecken *erschließt. Bewilligt der RT die* Forderung *nicht, so trägt er das* Odium *der* Schädigung der Kolonie. *Thielmann befürchtet* Widerspruch *im* Bundesrat *und hält eine* Anleihe *für schwierig, zumal keine* Voranschläge *der* Kosten *vorliegen. Richthofen und Bülow treten* entschieden *für die* Einstellung *in den* Etat *ein. Lt. Miquel ist,* je mehr die Kolonialpolitik in den Vordergrund *tritt, dies* desto mehr [...] für die Flottenvorlage zu verwerten. *Dem RT ist die* Erhöhung der Position Einmalige Ausgaben [...] nach Ausarbeitung der Voranschläge *des Baus* in Aussicht zu stellen.[3] [B] — **2.** *Die Zuchthausvorlage ist* vom Reichstag *gestern* abgelehnt worden.[4] Posadowsky *bedauert die Haltung des* Zentrums *dabei, hält aber* eine Auflösung des Reichstags bei der gegenwärtigen politischen Lage, *speziell der vorbereiteten* Flottenvorlage, *für* untunlich. *Ein* besseres Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft von den ihr durch die Sozialdemokratie drohenden Gefahren *bleibt abzuwarten. Reichstagsanträge wegen Verbesserung des* Arbeiter-Koalitionsrechts *sind* bis auf weiteres *abzulehnen.* Tirpitz *zufolge wäre auch ohne* Flottenvorlage *wegen* des vorauszusehenden ungünstigen Ergebnisses von Neuwahlen *nicht aufzulösen.* [B] — **3.** *Nachforschung bei B.* Bülow, *ob das Gerücht stimmt, das von E.* Freiherrn v. Mirbach *namens der* Kaiserin *Auguste Viktoria verfaßte* Antwortschreiben[5] *an die* Berliner Stadtverordneten [...] beruhe auf einem Befehle *Wilhelms II.* — **4.** *Sieben Disziplinarsachen.* [B] — **5.** *Ordenssache.* [B]

[2] *Vgl. Deutsches Koloniallexikon, hrsg. v. Heinrich Schnee, Bd. 1, Leipzig 1920, S. 532 u. Tetzlaff, Rainer, Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885–1914, Berlin 1970, S. 65 bis 70, 82 f. (Mittellandbahn Daressalam-Tabora-Kigoma, dann Tanganjikabahn genannt, ab 1904 gebaut).*

[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 14.2.1900, S. 4105 ff. (Etat und Bahnen für Deutsch-Ostafrika).*

[4] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 20.11.1899, S. 2901–2920.*

[5] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 49820, n. f. (Antwortschreiben v. Nov. 1899), gedr. bei: Wippermann, 1899, II, S. 22 f. In der Akte auch Überlegungen, ob diesbezügliche Artikel der freisinnigen Berliner Zeitung eine Majestätsbeleidigung beinhalten.*

Nr. 389 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 4. Dezember 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 139, Bl. 87–108v; MF 828/829.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1–8], B. Bülow [zu 1–8], G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Studt], v. Podbielski [zu 2, U], P. Frh. v. Rheinbaben, Schütte [beide zu 10].

Tirpitz *ist verhindert.* — **1.** Feier *der Jahrhundertwende. Der* Beginn des 19. Jahrhunderts *wurde am* 1. Januar 1801 kirchlich gefeiert. *Jetzt ist Benehmen mit den* deutschen Bundesstaaten *nötig, damit der* gleiche Zeitpunkt *gefeiert wird, nämlich der von Wilhelm II. für die* Armee *bestimmte* 1. Januar 1900. — **2.** *Die Novelle zum Postgesetz ist mit* nicht unerheblichen Modifikationen *im RT* angenommen worden. *Der beschlossene Postzeitungstarif führt zwar zu Einnahmeverlust, aber begünstigt die* Kreisblätter *vor den* großen Zeitungen. *Die* Entschädigung *der* Privat-Beförderungsanstalten *und ihrer* Angestellten *wurde erhöht, zugleich aber die* gänzliche Beseitigung *der* Privatpostanstalten *für* Briefpost *stipuliert. Preußen wird dem im* Bundesrat *zustimmen* [B]. — *Auch die* Fernsprechgebührenordnung[1] *ist wie vom RT beschlossen akzeptabel* [B]. — *Dem Telegra-*

[1] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 129; Annahme 21.11.1899, S. 2944 f.*

phenwegegesetz ist zuzustimmen, sofern es bei den Kommissionsbeschlüssen[2] *bleibt* [B]. — **3.** *Im novellierten Unfallversicherungsgesetz bestimmt* § 76a, *daß Gelder von* Berufsgenossenschaften *außerhalb Preußens je nach landesgesetzlicher* Vorschrift *in* Hypothekenbank-Pfandbriefen [...] angelegt werden *dürfen.* Posadowsky *möchte dies im* Interesse *der* Sicherheit der Vermögensanlage *und* Stärkung des Reichs- und Staatskredits *untersagen. Die* Mehrheit des Staatsministeriums *stimmt dem zu.* [B] — **4.** Aufhebung des Verbindungsverbotes *für* Vereine. *Hohenlohe hat bei Wilhelm II. erreicht, daß Preußen dem diesbezüglichen* Antrag *E.* Bassermann[3] *im* Bundesrat *zustimmen darf. Die* Zustimmung des Staatsministeriums *hat er als* sicher *vorausgesetzt. Mehrere Minister begrüßen* diese Lösung der politisch schwierigen Frage freudig, *aber* Posadowsky *möchte auf dem* Gebiete des Vereinsrechts *und* des gewerblichen Arbeitsverhältnisses *den* Anstoß [...] seitens der bürgerlichen Parteien *abwarten. Hohenlohe wird im RT die* Zustimmung *zum* Antrag *erklären.* [B] — **5.** Tarifermäßigungen *für Eisenbahnreisen zur* Pariser Weltausstellung *sind inopportun, da man* Bülow *zufolge* Frankreich als einen wirtschaftlichen Konkurrenten betrachten *muß, dessen* Ausstellung *nicht* besonders zu unterstützen *ist.* [B] — **6.** *Auszeichnung. Zwei Ernennungen.* [B] — **7.** Auszeichnung. [B] — **8.** *Beginn der Landtagssession 1900 soll* möglichst früh im Januar *sein, um* den Etat rechtzeitig *verabschieden zu können.* [B] — **9.** *Titelverleihung. Wilhelm II. hat mehrfach gewünscht, dem Bankdirektor H.* Jordan *den* Charakter als Geheimer Regierungsrat zu verleihen.[4] *Er unterstützte die* Hebung der Industrie in Westpreußen. *Obwohl Jordan früher Reichsbankbeamter war, bestehen* grundsätzlich Bedenken, *diesen* Titel *an* Private *zu verleihen, zumal dadurch* Verstimmung *bei altgedienten* Regierungsbeamten *entstünde und* Titel *wie* Kommerzienrat *oder* Geheimer Kommerzienrat *abgewertet würden. Deshalb sind Wilhelm II. für* Jordan *der* Kommerzienrat *oder der KronenO III. Kl. vorzuschlagen.*[B] — **10.** *Acht Disziplinarsachen.* [B]

[2] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 170; Kommissionsbeschlüsse Drucks. Nr. 498; Annahme nach den Kommissionsbeschlüssen 13.12.1899, S. 3329.*

[3] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 32; Debatte dazu 6.12.1899, S. 3245–3255 (Hohenlohes Zustimmung namens des Bundesrats S. 3245 f.). Vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 543–545, 548 f. (Erfolg Hohenlohes) und Fesser, Gerd, Von der „Zuchthausvorlage" zum Reichsvereinsgesetz. Staatsorgane, bürgerliche Parteien und Vereinsgesetzgebung im Deutschen Reich 1899–1906, in: Jahrbuch für Geschichte 28 (1983), S. 107–132, S. 115 f.*

[4] *Jordan erhielt den KronenO III. Kl. und erst 1901 den Titel Kommerzienrat; vgl. Rep. 90, Nr. 2006.*

Nr. 390 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 139, Bl. 110–141v; MF 829.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen [zu 1–10], E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld [zu 1–10], H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–10], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 9].

Tirpitz *ist verhindert*. — **1.** Titel der Preußischen Gesetz-Sammlung. *Obwohl der seit* 1806 *gültige Name „*Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten" *nach Meinung von Hohenlohe und Goßler* seit dem Bestehen des Deutschen Reichs [...] mit dem geltenden Staatsrechte nicht mehr in Einklang *steht, wünscht die Ministermehrheit die* alte Benennung *beizubehalten.*[2] [B] — **2.** *Die Bitte des Direktors eines* Realgymnasiums, *daß dessen* Abiturienten *nach der Neuordnung des*

[1] *Gelesen: Tirpitz [U].*

[2] *Vgl. Sitzung am 13.10.1890, TOP 14 mit Anm.*

Lateinunterrichts zum Studium der Medizin *berechtigt werden, ist berücksichtigenswert.* — **3.** *Hohenlohe regt die* Wiederanstellung *einzelner „Kanalrebellen“ in* nicht *politischen Ämtern an. Lt. Miquel würde dies die* Regierungsposition *bei den Konservativen bessern.* [B] — **4.** *Novelle zur Unfallversicherung. Die beschlossene Untersagung der Anlage von Rücklagen in* Pfandbriefen *der* Hypothekenbanken *findet im* Bundesrat *nirgends* Zustimmung. *Ein Vermittlungsvorschlag erlaubt Preußen nun die Untersagung, anderen Staaten aber Autonomie bei der Anlage; er wird gebilligt.* [B] — **5.** *Titelverleihung. Die* Ernennung *des* in den Ruhestand tretenden *Vizepräsidenten des Rechnungshofes des* Deutschen Reichs, *A.* Mand, *zum Wirkl.* Geheimen Rat *begegnet* Bedenken. [B] — **6.** *Ernennung. H. Frh. v.* Maltzahn *soll Oberpräsident von* Pommern *werden.* [B] — **7.** *Gesetzentwurf*[3] *betr. die* Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. *Drei strittige* Punkte *werden beraten, u. a. zur Aufbringung der* Kosten. *Der* Entwurf *wird gebilligt.* [B] — **8.** *Frachttarife der Staatseisenbahnen* für rohe Häute und Felle.[4] *Die* von der Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen [...] beschlossene Herabsetzung *soll den* Kleingerbereien *im* Binnenlande *helfen, wird aber von Miquel, der bei* Tarifänderung *ein Zustimmungsrecht des* Finanzministers *beansprucht, bekämpft. Da* nachträglich Widerspruch *einzulegen für Thielen unmöglich ist, gibt Miquel* sachlich *nach, beharrt aber in der* Kompetenzfrage *auf grundsätzlicher* Regelung. [B] — **9.** *Das Allgemeine* Ehrenzeichen in Gold *will Wilhelm II. in* Form *eines* Kreuzes *verleihen, damit für* Hofbeamte minderen Ranges *eine* passende Auszeichnung *vorhanden ist.* [B] — **10.** Vertrag der Staatseisenbahnverwaltung mit dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat. *Die verlangte* Preiserhöhung von M. 1,50 p. Tonne, *insgesamt über 4 Mio.* M., *muß* akzeptiert werden, *weil* anderwärts Kohlen billiger zu beziehen *unmöglich ist.*[5] — **11.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1900. Revision in 14 Fällen.* [B] — **12.** *Von* 79 *Ordensvorschlägen der* kommandierenden Generale *für um die Kriegervereine verdiente* Personen *werden* 56 *akzeptiert.* [B] — **13.** *Vierzehn Titelverleihungen.* „Vorsteher“ der 12 größeren Staatsarchive *erhalten den* Titel „Archivdirektor“, *der* „Direktor der Staatsarchive“ *erhält den* Amtstitel „Generaldirektor“ *und deren* 2. Direktor *K.* Sattler *wird* „Geheimer Regierungsrat“. [B] — **14.–15.** *Drei Titelverleihungen.* [B]

[3] *Rep. 76, VIII B Nr. 3395, n. f. (Gegenüberstellung der Fassungen 1894 und 1899, Entwurf als StenBerBundesR, Jg. 1900, Drucks. Nr. 4, Voten dazu). Vgl. diese Schriftstücke auch in: Rep. 77, Tit. 224 Nr. 6 Adhib. 1 Bd. 1.*

[4] *Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 3, n. f. (Voten Thielens v. 4.12. und Miquels v. 12.12.1899).*

[5] *Vgl. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 72 Adhib. 45 Bd. 1, Bl. 141–181v (Memorandum über das Syndikat von 1903) u. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 72 Bd. 2 (Überlegungen zur Kontrolle der Kartelle 1899).*

Nr. 391 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1899.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 139, Bl. 143–163v; MF 829/830.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

1. *Die* Antwort[1] *auf die* Eingabe *Stablewskis betr.* Zulassung deutscher Priester für die deutschen katholischen Ansiedler *wird gebilligt.* [B] — **2.** *Titelverleihung. A.* Mand *wird zur Pensionierung* Wirklicher Geheimer Rat. [B] — **3.** *Wilhelm II. wird den gewählten* Ersten Bürgermeister von Berlin, *M.* Kirschner, *und den* zum Bürgermeister von Thorn gewählten *„Kanalrebellen“ G.* Kersten *bestätigen.* [B] — **4.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1900; Revision in drei Fällen.* [B] — **5.** Wiederanstellung *von „Kanalrebellen“. Rheinbaben denkt zunächst an vier* sehr tüchtige frühere [...] Landräte, *die* Regierungsratsstellen *erhalten können. Thielen möchte nur* allmählich und vereinzelt

[1] *Rep. 90a, H II 3d Nr. 12 Bd. 1, Bl. 147 (die Ansiedlungskommission wird ggf. deutsche Priester aus dem Westen akzeptieren). Indessen befanden sich bis 1902 unter 5906 Ansiedlern ganze 279 Katholiken.*

wiederanstellen, da die agrarische Presse *gerade jetzt Hohenlohe* in maßloser Weise *angreift. Durch die* Ernennung zu Regierungsräten *geht ihr* Mandat als Landtagsabgeordnete *verloren. Posadowsky glaubt nicht, daß durch* Wiederanstellung [...] bei der konservativen Partei, namentlich zu Gunsten des Kanals, etwas erreicht *wird, denn der Bund* der Landwirte *ist* fast ebenso radikal wie die Sozialisten. *Miquel hingegen erwartet* besänftigende Wirkung. *Unter* Bedingung der Nichtbeteiligung *am* Kampfe um die Kanalvorlage *sind* zwei [...] Landräte *z. D. umgehend als* Regierungsräte *anzustellen.* [B] — **6.** Vorlagen *zur Landtags- und Reichstagssession 1900 und politische Lage. Für die Novelle zum Kommunalwahlrecht sieht Rheinbaben* gar kein dringendes Bedürfnis *mehr. Denn selbst wenn sie durch* einige weitere Einschränkungen *ergänzt wird, steht deutlicher Mandatsgewinn für* Zentrum *und* Sozialdemokraten *sowie* Polen *zu befürchten.*[2] *Dagegen wünscht eine Ministermehrheit inklusive Miquel* beim Zentrum den üblen Eindruck zu vermeiden, den zweifellos das Nichteinbringen *dieser* Vorlage oder die Vorlegung eines wesentlich veränderten Entwurfs hervorrufen würde *und überstimmt Rheinbaben. Dabei ist die* Ausschließung der gemischtsprachlichen Provinzen im Osten *wohl durchsetzbar. Die Vorlage erscheint der* Majorität *ferner nötig, um das* Zentrum *für die* Kanalvorlage im Landtage *und die* Flottenvorlage im Reichstag *zu gewinnen, denn* bei der gegenwärtig feindlichen Stimmung der Konservativen *kann ohne die Zentrumspartei* keine fruchtbare Politik im Reiche getrieben werden. *Es ist folglich anzustreben, daß* im Reichstage zunächst der Etat abgeschlossen, dann die Flottenvorlage zur Entscheidung gebracht *wird. Anschließend ist die* erweiterte Kanalvorlage einzubringen. *Fällt die* Flottenvorlage, *so muß die* Auflösung des Reichstages[3] folgen. [B]

[2] *Vgl. dazu ferner die im Prot. (Bl. 152v) gestrichene Passage, daß auch* ein erhebliches Wachsen des Einflusses des sogenannten Mittelstandes in der Gemeindevertretung bei dessen politischer Unzuverlässigkeit und Neigung, die eigenen Interessen dem Gemeinwohle voranzustellen, nur zum Schlimmeren ausschlagen würde.

[3] *Die Auflösung hatte Wilhelm II. gegenüber Hohenlohe bereits am 29.11.1899 angedroht; vgl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 547.*

Nr. 392 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1900.

Vollz. Reinschr., Bd. 140, Bl. 2–18; MF 830.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld. Posadowsky, Tirpitz [zu 1–4], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: K. v. Bülow [für H. Goßler].

1. *Die* Eröffnungsrede[2] *zur Landtagssession 1900 wird* festgestellt. [B] — **2.** *Stellungnahme zur Interpellation*[3] *O. Arendt betr. Maßregelung der „Kanalrebellen". Miquel zufolge ist es* nicht unmöglich, daß es dabei zu einer Abstimmung *kommt,* bei der das ganze Haus gegen die Regierung *stimmt. Hohenlohe soll erklären,* daß der Vorwurf des Verfassungsbruchs entschieden zurückgewiesen *wird und auch künftig* politische Beamte, *die die* Politik der Regierung *nicht vertreten, dem Disziplinargesetz v.* 1852 *gemäß* einstweilig in den Ruhestand *versetzt werden.* [B] — **3.** *Geplante Vorlagen zur Landtagssession 1900 und Verteilung an beide Häuser, damit das* erste Arbeitspensum des Herrenhauses nicht zu knapp *ausfällt.* [B] — **4.** *Die angeblich von* Präsident von Kröcher *schon am Eröffnungstag des* Abgeordnetenhauses *angesetzte* Sitzung *zur Etatberatung ist hinzunehmen, auch wenn der* Tag *dann* stark belastet *erscheint.*[4] [B] — **5.** *Der Gesetzentwurf*[5] über

[1] *Gelesen [U]: H. Goßler, B. Bülow.*

[2] *StenBerAH, Session 1900, 9.1.1900, Sp. 2–6.*

[3] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 11; Debatte dazu 11.1.1900, Sp. 38–83 (Hohenlohe Sp. 46 f.).*

[4] *Die angeblich angesetzte Arbeitssitzung schon am Eröffnungstag fand nicht statt.*

die Zwangserziehung Minderjähriger *ist lt. Rheinbaben nötig, um der* erschreckend um sich greifenden Verwahrlosung der Jugend zu steuern. *Der* Zwangserziehung *unterworfen werden sollen Jugendliche, deren* Eltern *ihre* Erziehungsgewalt *vernachlässigen und nicht strafmündige, aber straffällig gewordene Jugendliche. — Die* Abänderung[6] *der* Kreisordnung *bezweckt, den* Zustand zu beseitigen, *daß im* Wahlverbande der „größeren ländlichen Grundbesitzer“ *in den Kreisen* Niederbarnim und Teltow *die* Hausbesitzer *die absolute* Mehrheit *besitzen und den* Großgrundbesitz *zu* verdrängen *drohen. —* **6.** *Der Staatshaushalt* 1900 *umfaßt 2,472 Mrd.* M. *Das* Extraordinarium *von* 6,7% *aller Ausgaben kommt primär dem Ministerium* der öffentlichen Arbeiten *zugute. Die* Netto-Überschüsse *betragen* 85 *Mio.* M.; *wegen fallender* Pachtpreise *tragen Domänen weniger dazu bei. Die* direkten Steuern *bringen* 156 *Mio. ein.* Seit 1890/91 *wurden* 800 Mio. Mark an Schulden getilgt *und* 907 *Mio.* neue Schulden *gemacht, davon* 734 *Mio.* M. *für die* Eisenbahnen. *Die* Finanzlage *ist günstig. —* **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Die* Übersicht[7] *der* Entschließungen *der* Staatsregierung *auf* Anträge und Resolutionen des Landtags *hin wird gebilligt. Wie stets seit* 1875 *bleiben* diejenigen Beschlüsse der Landesvertretung, *die sich auf den Staatshaushalt oder* Vorlegung von Gesetzentwürfen *beziehen,* von der Beantwortung ausgeschlossen. [B]

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 131; Debatte dazu 26.4.1900, Sp. 3946–3996.*

[6] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 54; Debatte dazu 22.2.1900, Sp. 1802–1818. Materialien dazu in: Rep. 77, Tit. 772 Nr. 47 Bd. 4, n. f. (statistische Nachweisung der Kreistagswähler in Niederbarnim u. Teltow, Presseartikel).*

[7] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 13.*

Nr. 393 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 20–46v; MF 830/831.

Anwesend [U]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, B. Bülow [zu 1–2], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: P. Frh. v. Rheinbaben [zu 3].

Posadowsky *und* Tirpitz *sind* verhindert. — **1.** *Ernennung. Für die* Stelle *als Präsident der* Seehandlung *dachte Miquel an eine* Persönlichkeit *aus dem* Kaufmannsstand, *aber nach* Diskussion *wird R.* Havenstein *präferiert.*[1] [B] — **2.** *Titelverleihung. Der älteste Militärintendant, O.* Kreidel, *soll trotz* Bedenken *den* Rang der Räte *I. Kl. erhalten, allerdings ohne* Konsequenzen für andere Beamtenklassen. [B] — **3.** *Beim von Wilhelm II. neu gestifteten* „Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens“ *werden zwei Änderungen angeregt.*[2] [B] — **4.** *Pressepolitik.* Oberpräsident *v. Bitter hat gebeten,* im Interesse der deutsch-nationalen Politik *den Entzug aller Annoncen gegenüber der* Posener Zeitung *aufzuheben.*[3] *Deren neuer Redakteur O. Linke ist Garant einer* anständigen Haltung *und die polenfreundlichen* „Posener Neuesten Nachrichten“ *sind deutlich* weiter links. *Dabei ist auch die* für die nationale Politik unzuverlässige und hauptsächlich nur durch finanzielle Interessen bedingte Haltung des Judentums in den gemischt-polnischen Provinzen *zu bedenken. Der Annoncen-Entzug ist aufzuheben, allerdings sind bestehende* Verträge *mit anderen Blättern zu*

[1] *Der erst kurz amtierende O. Frh. v. Zedlitz-Neukirch hatte als Seehandlungspräsident demissioniert, als der „Vorwärts“ am 26.9.1899 enthüllte, daß er in der „Post“ auch kanalkritische Artikel veröffentlicht hatte. Im Immediatbericht Miquels heißt es dazu lakonisch, daß er* an hochgradiger Augenschwäche leidet und es erscheint glaubhaft, wenn er erklärt, daß in Folge seiner alltäglichen Beschäftigung mit reichem Zahlenmaterial [...] eine bedenkliche Verminderung seiner Sehkraft eingetreten *sei. Zit. aus: Rep. 89, Nr. 26938, Bl. 82 (6.10.1899).*

[2] *Vgl. Wippermann, 1900, I, S. 5 (Erlaß Wilhelms II. v. 1.1.1900).*

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 945 Nr. 5 Beiakte a, n. f. (Bitter 2.1.1900 u. erneutes Gesuch Röstel v. 4.11.1899):*

achten und eine Schädigung des konservativen „Posener Tageblatt“ *zu vermeiden.* [B] — **5.** *Die Novelle*[4] *zum Kommunalwahlrecht ist* im Anschluß an das Ergebnis der vorjährigen Beratungen des Abgeordnetenhauses *ausgearbeitet. Mit* Ortsstatut *können* Durchschnittsprinzip *und* Zwölftelung *geändert werden, weil sie* – besonders in der Zukunft – stark demokratisierend wirken und der Sozialdemokratie vielfach *Zuwachs verschaffen können.* Ortstatute *bringen zwar* Unfriede *unter die kommunalen* Parteien, *aber eine einheitliche* Regelung *für* ganz *Preußen war* nicht zu finden. *Die* Gemeinden unter 10 000 *Einwohner bleiben von der Novelle* ausgeschlossen, *auch im Interesse des* Deutschtums *in* Posen und Westpreußen. *Miquel möchte dem* Zentrum *punktuell* etwas mehr entgegenkommen. *Erfahrungsgemäß werden sogar* Sozialdemokraten vernünftiger und rücksichtsvoller, wenn sie in die städtischen Verwaltungskörper *eintreten. Studt und Brefeld hingegen befürchten, daß, wenn die* Gemeindeverwaltung in die Hände der Klerikalen *gerät,* das ganze frische geistige Leben in den westlichen Städten leiden *wird. Aus* politischen Gründen *ist baldige* Vorlage *im* Landtage *nötig.* — **6.** *Der frühere Beschluß*[5]*,* Mitteilungen der Staatsminister *an den* Landtag *erst auf ein* Datum *nach dem* Zusammentritte des Landtags *zu datieren, wird aufgehoben, da* ohnehin außer Übung gekommen. [B] — **7.** *In einer* Immediateingabe[6] *unter Pseudonym wird geklagt, daß* Ordensauszeichnungen an die Bürobeamten der Reichs- und Staatszentralbehörden *nach sehr ungleichen Dienstzeiten erfolgen. Eine* Ausgleichung der Verschiedenheiten *oder Erhöhung der* Normalzahlen *ist aber* nicht durchführbar. [B]

[4] *Rep. 77, Tit. 311 Nr. 175 Bd. 5, n. f. (16.1.1900). Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 51.*
[5] *Vgl. Sitzung am 17.2.1889, TOP 8. Der dort in der Anm. gegebene Hinweis auf Bekräftigung des Beschlusses am 13.1.1900 ist insoweit zu revidieren.*
[6] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 394 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 20. Januar 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 48–75v; MF 831/832.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 9], Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Lehnert [für Miquel], Frh. v. Thielmann [zu 1, U], v. Koerner [zu 6], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 9].

Miquel und Bülow *sind* verhindert. — **1.** *Das zweite Flottengesetz wird von* Tirpitz *begründet. Dessen hohe Kosten bedeuten Goßler zufolge, daß die Armee* möglichst sparsam sein *muß. Ferner bedingt die* Weltpolitik, *die* Defensive so zu stärken, daß die Grenzen sicher *sind und* man nicht sofort zur Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres schreiten muß.[2] Tirpitz *hält eine Majorität im RT aus* Konservativen, der Mehrheit des Zentrums und eines Teils der Liberalen *für* wahrscheinlich. [B] — **2.** *Stellungnahme zum* Antrag[3] *Th.* Barth *betr. Neueinteilung der* Wahlbezirke *für das* Abgeordnetenhaus. *Der schon* 1892 *von allen* Parteien *außer der* freisinnigen *bekämpfte* Antrag *würde letzterer* etwa 17 *Mandate mehr bringen und* Nationalliberalen *und* Zentrum *im Westen Mandate kosten. Rheinbaben hat* große politische Bedenken, an einer so grundlegenden gesetzlichen Einrichtung zu rütteln *und so zu* einer periodisch wiederkehrenden Neueinteilung *zu kommen. Zudem würde die* Anwendung *auf den Reichstag zur* Stärkung *der SPD führen. Deshalb*

[1] *Gelesen [U]: Miquel, B. Bülow.*
[2] *Teildruck von TOP 1 bei: Berghahn/Deist, Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik, S. 66 f.*
[3] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 21; Debatte dazu 22.1.1900, Sp. 255–302 (abgelehnt). Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 463–466.*

ist die Erörterung des Antrags *unnötig, bevor* ein Beschluß des Hauses *vorliegt.* [B] — **3.** *Der* Gesetzentwurf[4] *betr.* die Polizeiverwaltung in den Vororten von Berlin *wird, dem Wunsch des* Abgeordnetenhauses *gemäß,* auf drei bestimmte Stadtgemeinden – Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf – *beschränkt.* [B] — **4.** *Titelverleihung.* [B] — **5.** *Die* Teilung des Regierungsbezirks Potsdam *wird* nicht weiter *verfolgt, da sachlich eher die Schaffung eines* Oberpräsidiums *für* Berlin *eine* zweckmäßige Lösung *darstellt, zumal wenn der schon überbürdete* Oberpräsident zu Potsdam *noch die* Aufsicht über die Wasserverhältnisse *übernimmt. Allerdings erhielte* Berlin *keinen eigenen* Provinziallandtag. *Rheinbaben wird sich ggf im AH so äußern.*[5] — **6.** Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für *Zuckerexporte*.[6] *Thielen ist im Interesse der* Landwirtschaft *dafür, zumal der Einnahmeausfall gering ist. Lt.* Koerner *drohen nach wie vor amerikanische* Zollmaßregeln *und dürfen die* Verhandlungen über ein Reziprozitäts-Abkommen *sowie das* Samoa-Abkommen[7] *nicht gestört werden. Da* Amerika *nicht* verstimmt werden *soll, votiert eine Ministermehrheit für erneute Verschiebung der* Tarifermäßigung. [B] — **7.** *Studt wird die* Erlasse[8] *Bosses betr. das* Züchtigungsrecht der Lehrer *aufheben, da sie juristischen* Bedenken *begegnen.* [B] — **8.** *Den* Immediatbericht[9] *betr. Verleihung des erblichen Herrenhaussitzes an Fürst Ph.* Eulenburg *wird Rheinbaben* ausnahmsweise *alleine* vollziehen. [B] — **9.** *Disziplinarsache L.* Arons [B].[10] *Der* Vorsitzende *des* Disziplinarhofs, *Meinecke, hat falsch gehandelt, als er im* Verfahren *dem* Beamten der Staatsanwaltschaft, *Prof. L. Elster*, das Wort zur Erwiderung auf den Vortrag des Vertreters der Universität, *Prof.* Schmoller, versagt *hat,* obwohl *dieser ihn* in Überschreitung seiner Befugnisse *verbal angriff* [B].

[4] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 53; Debatte dazu 22.2.1900, Sp. 1793–1801. Zum Wunsch des AH nach Beschränkung auf die drei Stadtgemeinden vgl. StenBerAH, Session 1899, Drucks. Nr. 297.*

[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, 13.2.1900, Sp. 1333–1337 (Rheinbaben) u. Rep. 90, Nr. 2312, Bl. 212 ff.*

[6] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 4, n. f. (Votum Thielens v. 12.1.1900) u. Sitzung am 28.1.1899, TOP 1 sowie am 28.1.1901, TOP 3 (Tarifermäßigung gewährt).*

[7] *Vgl. Pommerin, Der Kaiser und Amerika, S. 101–103 (Samoa) u. S. 196–201 (Reziprozität).*

[8] *Der Erlaß v. 1.5.1899, der die körperliche Züchtigung stark einschränkte wurde mit Erlaß v. 27.7.1899 erheblich modifiziert und durch Studt am 19.1.1900 aufgehoben; vgl. Schultheß, 1899, S. 90, 1900, S. 16.*

[9] *Rep. 77, Tit. 496b Nr. 89, n. f. (Immediatbericht v. 20.1.1900).*

[10] *Aus Rep. 90, Annex F Nr. 60, Bl. 11 ff. ergibt sich, daß das Staatsministerium den Freispruch der Philosophischen Fakultät der Univ. Berlin v. 22.7.1899 in Entzug der Eigenschaft als Privatdozent abänderte. Vgl. auch Rep. 76, I Sekt. 31 Lit. A Nr. 18 Adhib. (Prot. des Verfahrens vor dem Disziplinarhof v. 18.11.1899). Mit Staatsministerialbeschluß v. 31.12.1914 erhielt Arons seine Rehabilitierung. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 955 f.; Arons, Leo (Hrsg.), Die Aktenstücke des Disziplinarverfahrens gegen den Privatdozenten Dr. Arons, 1900.*

Nr. 395 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 5. Februar 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 77–113; MF 832.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Lehnert [für Miquel], Nieberding [zu 1–5, U], Frh. v. Thielmann [zu 3, U], Stöckel, Martini [beide zu 7].

1. *Wilhelm II. ist* indigniert, *daß die Verleihung des erblichen Herrenhaussitze an Fürst Ph.* Eulenburg *vorzeitig* durch die Nationalzeitung veröffentlicht *wurde. Rheinbaben verdächtigt einen der*

[1] *Gelesen [U]: Miquel.*

Boten des Reichstags, *so daß künftig den* Sitzungsdienst *nur ein* Beamter *versehen soll.* [B] — **2.** Niederlassung der Redemptoristen *im Wallfahrtsort* Wartha. *Bosse hat dies* Kardinal Kopp *zugesagt und auch Studt ist aus* politischen Rücksichten *dafür. Mehrere Minister unterstützen die Zulassung rücksichtlich* Zentrum *und* Flotte. *Eine* Wiederzulassung der Jesuiten *ist aber nicht vorgesehen, obwohl* Posadowsky *und* Bülow *den* § 2 des Jesuitengesetzes *streichen möchten* [B]. — *Da Wilhelm II. die* erbetene Benutzung der Fürstenzimmer im *Bahnhof* Köln *untersagt hat, sind* andere geeignete Räume *zum* feierlichen *Empfang* des neuen Erzbischofs Simar *bereitzustellen* [B]. — **3.** *Finanzierung des 2. Flottengesetzes.* Bayern *hat im* Bundesrat *angeregt,* daß, wenn eine neue Steuer unabweisbar werden sollte, *primär* eine Reichs-Erbschaftssteuer *einzuführen ist. Diese ist* Posadowsky *und* Miquel *aber* unannehmbar *und auch nicht nötig, weil die* ordentlichen Mittel *bzw. künftig erhöhte Zolleinnahmen ausreichen. Lt. Goßler darf das Heer* nicht völlig zurücktreten *hinter der* Flotte. [B] — **4.** *Die* lex Heinze *in der* Reichstagskommission.[2] *Die dort beschlossene* Erweiterung *des* Theater-Paragraphen *auf* gröbliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls *durch* Aufführungen *und* Art *des* Auftretens *schafft* weitere Freiheit *für* Polizei *und* Theaterzensur, *so daß Rheinbaben den Staatsministerialbeschluß v. 18.11.1898 ändern möchte. Lt. Nieberding haben, seit Wilhelm II.* 1891 *den* Gesetzentwurf *befahl, mehrfach* Forderungen des Zentrums und der Sozialdemokraten *den Bogen überspannt. Kaum justiziabel erscheint Nieberding und Schönstedt die Strafandrohung für Verhalten, das* Ärgernis zu erregen geeignet *gewesen sein soll. Mit großer* Majorität *wird am* bisherigen Standpunkt des Staatsministeriums *festgehalten.* [B] — **5.** Eingabe[3] *des* „Allgemeinen deutschen Jagdschutzvereins" *betr. Anerkennung der* Schäden, *die Jagdrechtinhaber durch* Truppenübungen *erleiden, als schadenersatzpflichtig gemäß* Naturalleistungsgesetz. *Da die* Minister *uneins sind, ob* Jagdschäden *rechtlich wie* Flurschäden *stehen, ist auf den* Rechtsweg *zu verweisen.* [B] — **6.** *Die* Einführung direkter Eisenbahntarife *für* frisches Schweinefleisch *aus* den Balkanländern *ist unnötig, da in Kürze ein* Einfuhrverbot *ergehen wird.*[4] [B] — **7.** *Pensionssache.* [B] — **8.** *Ernennung.* [B] — **9.** *Ordenssache.* [B] — **10.** *Die von E. v.* Mirbach *wegen der Artikel, die das Antwortschreiben der Kaiserin an die* Berliner Stadtverordneten *diskutieren, gegen die* „Berliner Zeitung" *gewünschte Majestätsbeleidigungsklage lehnen Schönstedt und Rheinbaben ab.*[5] [B]

[2] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 312 (Kommissionsbericht). Vgl. Rep. 84a, Nr. 8097 (v. a. Drucks. bis zum Gesetz v. 25.6.1900, RGBl., S. 301) und Mast, Künstlerische und wissenschaftliche Freiheit, S. 148 ff.*

[3] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[4] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 4, n. f. (Voten ab 22.1.1900).*

[5] *Vgl. Sitzung am 21.11.1899, TOP 3 mit Anm.*

Nr. 396 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 16. Februar 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 115–128v; MF 832/833.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Thielen, Schönstedt, Brefeld, Studt, G. Rheinbaben [zu 2–5]. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Donner [für E. Hammerstein], Möllhausen, S. v. Ammon, v. Koerner [alle zu 2], P. Frh. v. Rheinbaben [zu 1], Schütte [zu 3].

Miquel, Goßler, Bülow, Posadowsky und Tirpitz sind *verhindert.* — **1.** *Fünf Disziplinarsachen.* [B] — **2.** *Ausnahmetarife für ausländische* Kohlen.[2] *Die sächsische* Regierung *hat darum ersucht, weil*

[1] *Gelesen [U]: Miquel, E. Hammerstein, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz.*

ein Streik der Bergarbeiter im böhmischen Kohlenrevier *auf das* Zwickauer Revier *übergriff. Würde Preußen die* durch den Streik bedrohten *Industrien mit* englischen Kohlen *versorgen, könnte* ein Funke in das Pulverfaß geworfen *werden und die* Streikbewegung *auch* in Oberschlesien und an der Ruhr *ausbrechen. Thielen ist aus Rücksicht auf das* freundnachbarliche Verhältnis *zu* Sachsen *dafür, während bei Brefeld und der Ministermehrheit die politisch-praktischen* Bedenken *gegen* ein gewagtes Experiment *überwiegen* [B]. — *Sollte eine* Resolution[3] *im RT wegen inländischem* Kohlenmangel *die* Beseitigung der Tarifermäßigungen *für* Ausfuhrkohlen *und* Herabsetzung des Kohlentarifs für den Import *verlangen, so wäre* zu erklären, *daß ersteres erwogen, letzteres aber* verschoben *wird.* [B] — **3.** *Sieben Disziplinarsachen.* [B] — **4.** *Ordenssachen. Der* Grundsatz, *daß eine* Auszeichnung *für* Offiziere oder Beamte *erst 12 Monate nach der letzten* Beförderung *erfolgen darf, wird aufgrund zweier von Wilhelm II. negativ entschiedener Fälle dahin modifiziert, daß bei Vorschlägen* zum Krönungs- und Ordensfeste *zudem auch das ganze letzte* Kalenderjahr *vergangen sein muß.* [B] — **5.** *Titelverleihung.* [B]

[2] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 4, n. f. (Schriftwechsel ab 26.2.1900, Prot. der kommissar. Beratung am 30.6.1900, die zusammen mit Votum Thielens v. 29.5.1900 die Vorlage zur Sitzung am 6.9.1900, TOP 4, bilden).*

[3] *Eine diesbezügliche Interpellation der Zentrumspartei fand erst Ende 1900 statt; vgl. StenBerRT, Session 1900/1903, 3./6./7.12.1900, S. 273–299, 336–357, 361–389 (S. 279–285 Brefeld u. Thielen).*

Nr. 397 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 28. Februar 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 130–168v, Anlage: Bl. 169–170v; MF 833/834.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt [zu 6–9], Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, Tirpitz [zu 1–6], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 6, U].

Bülow *ist verhindert.* — **1.** *Beamte und politische Mandate anläßlich der* Wiederanstellung *des „Kanalrebellen" H.* Kreth. *Obwohl der Wahlkreis* Gumbinnen *dabei* vermutlich den Konservativen verloren gehen[2] *wird, soll* Kreth *und anderen „Kanalrebellen" die* Wiederannahme *eines* Mandats *nicht erlaubt werden. Da* Präsident *J. v.* Kröcher *gebeten hat, ihm nicht durch* Wiederanstellung *einige* der tüchtigsten Mitglieder *des* Abgeordnetenhauses *zu* entziehen, *ist K.* Schilling *vorläufig nicht anzustellen.* [B] — **2.** *Titelverleihung.* [B] — **3.** *Preußen wird der* Präsidialvorlage[3] *betr.* Änderungen der Grundsätze für die Einreihung der einzelnen Orte in die Servisklassen *im* Bundesrat *zustimmen.* [B] — **4.** *Der* Erwerbung *zweier* Güter [...] aus polnischer Hand *durch die* Ansiedlungskommission *wird zugestimmt, auch der dadurch bedingten* Kreditüberschreitung. [B] — **5.** Fleischbeschau-Gesetz *in der Reichstagskommission.*[4] *Dort ist eine große* Mehrheit dafür, *daß* frisches Fleisch aus dem Auslande bis 1903 zugelassen *wird,* Wurst und Konserven einschließlich des Pökelfleisches *aber* überhaupt nicht mehr. *Diese beiden Punkte möchte das* Staatsministerium

[1] *Gelesen [U]: B. Bülow.*

[2] *Diese Passage des Prot. (Bl. 130v) ist nachträglich gestrichen. Gumbinnen-Insterburg blieb in konservativer Hand.*

[3] *StenBerBundesR, Jg. 1900, Drucks. Nr. 15.*

[4] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 631 (Kommissionsbeschlüsse). Vgl. Rep. 90, Nr. 1815, n. f. und Rep. 151, IC Nr. 8951, n. f. (v. a. Protokollabschr. u. Drucks.). Zur parlamentarischen Debatte vgl. Nonn, Christoph, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996, S. 116–121.*

weniger restriktiv fassen. Posadowsky *wird dem* Ausschlusse des ausländischen Pökelfleisches *widerraten.* [B] — **6.** *Gesetzentwurf*[5] *betr.* das Urheberrecht in Werken der Literatur und der Tonkunst. *Goßler fürchtet, daß* Militärkapellen *bei* musikalischen Aufführungen Erschwernisse erwachsen *durch* Ausdehnung der Schutzfrist *für* Komponisten *von* 30 *auf nun* 50 Jahre*. Deshalb soll die* Fristverlängerung *die* Aufführung *einzelner* Stücke *oder* Teile nicht treffen [B]. *Detailfragen werden einer* kommissarischen Beratung *überwiesen* [B]*. Die* Wiedergabe [...] geschützter Werke *durch* mechanische Musikinstrumente *soll* allgemein *freigegeben werden, wenngleich die* Rechtsprechung des Reichsgerichts *bis jetzt anders entschied und Studt darin eine Schädigung der* selbstausübenden Musiker *erblickt* [B]. *Die Bedingungen der Strafe für* unbefugte öffentliche Mitteilung von Privatbriefen, Tagebüchern u.s.w. *sind nochmals kommissarisch zu beraten* [B]. — **7.** *Stellungnahme zur* Interpellation[6] *von NLP und RFKP betr. Neuregelung der* Unterhaltung der Volksschulen. *Im Zedlitzschen* Volksschulgesetz *von* 1892 *sollten die Kommunen die* Kosten *tragen und die Volksschullehrerbesoldung* 1897 *wie die Hinterbliebenenversorgung* 1899 *wurden* unter der Bedingung *geregelt,* daß dem Staate *keine neuen* Lasten *zuwüchsen. Trotzdem ist lt. Studt der* gegenwärtige buntscheckige Zustand *unhaltbar, so daß nun eine* Statistik *der Volksschullasten erarbeitet wird. Durch in einer* Erklärung[7] *zugesagte* 10 *Mio.* Zuschuß *wird die* Dringlichkeit *eines* Gesetzes *gemindert.* [B] — **8.** *Stellungnahme zum* Antrage[8] *E. v.* Eynern *betr. eine* Dotatation an die Provinzen *in Höhe von* 50 *Mio. M. Miquel zufolge ist das* unannehmbar, *wenngleich die östlichen* Provinzen *durchaus* überlastet *sind. Allenfalls können für bestimmte* Bedürfnisse Zuschüsse geleistet *werden.* [B] — **9.** *Ernennung.* [B]

[5] *Rep. 84a, Nr. 2420, S. 191–243 (Entwurf v. 2.7.1899). S. 453 ff. Voten dazu, S. 627–652 Prot. der kommissar. Beratungen v. 24.4.1900, S. 653 ff. erneut Voten als Vorlage zur Sitzung am 22.6.1900, TOP 9. Vgl. Richter, Politisches ABC-Buch, 1903, S. 182 f.*

[6] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 52; Debatte dazu 29.3.1900, Sp. 3698–3726 (Studt Sp. 3700 f.). Vgl. Rep. 151, IC Nr. 7829, Bl. 285 ff. Voten u. Bl. 318–331v Grundzüge eines Gesetzentwurfs Studts v. 26.6.1900. Ebd., Bl. 332 ff. Voten Miquels v. 7.7. u. Rheinbabens v. 2.8.1900. Schriftwechsel sowie eine Denkschrift über die Rechtsverhältnisse der Volksschulen v. Nov. 1900 in: Rep. 77, Tit. 1124 Nr. 10 Bd. 11.*

[7] *Als Anlage auf Bl. 169–170v.*

[8] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 37; Debatte dazu 1.5.1900, Sp. 4134–4175 (Miquel Sp. 4150–4157) und 22.5.1900, Sp. 4639–4669 (Annahme des Antrags als Resolution). Vgl. Rep. 84a, Nr. 4910, Bl. 133–138 (Votum Miquels v. 23.2.1900). Die kommissar. Beratungen seit Mai 1900 u. das Prot. einer Konferenz der Landesdirektoren v. Febr. 1901 in: Rep. 77, Tit. 489a Nr. 70 Bd. 1, n. f. Daraus erwuchs das Dotationsgesetz v. 2.6.1902; vgl. Sitzung am 24.4.1901, TOP 5.*

Nr. 398 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 7. März 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 172–192; MF 834.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–3], Tirpitz, Studt [zu 3–8], G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Sterneberg [für E. Hammerstein], Frh. v. Thielmann [zu 1–4], Aschenborn [zu 1–3], v. Koerner [zu 1–2].

1. *Fleischbeschaugesetz in der Reichstagskommission. Hohenlohe hat gegenüber* Agrariern *die aus dem Ausschluß von Fleischimporten resultierende* Fleischverteuerung *als sozialdemokratisches*

[1] *Gelesen: Hammerstein [U].*

Agitationsmittel *bezeichnet, aber kein Verständnis gefunden. Er bedauert, daß gegen den Bund der* Landwirte *nicht hart* vorgegangen, *sondern dieser weiter von* Behörden und Beamten unterstützt *wird. Er würde lieber das* Fleischbeschaugesetz *scheitern, als die* Masse der Bevölkerung [...] unter hohen Fleischpreisen leiden *sehen.*[2] Posadowsky *wird* Einfuhr des Pökelfleisches *und Möglichkeit zur Aufhebung der* Einfuhrverbote *durch Bundesratsverordnung verlangen; vielleicht stimmt das* Zentrum *dafür. Eine Ministermehrheit will aber eher* Handel und Industrie *verstimmen, als das* Gesetz gegen Konservative und Zentrum zu Fall kommen *lassen.* [B] — **2.** *Auf weitere* Angriffe[3] *der* Konservativen *gegen die* gemischten Transitläger *wird das* Staatsministerium *ggf. erwidern, daß* dies mit anderen noch schwebenden Fragen *zusammenhängt. Bülow teilt intern mit, daß ein* Abkommen *mit* Rußland *über* Erhöhung des Testpunktes für das Petroleum *und kompensatorische* Aufhebung der Zollkredite *jüngst* gescheitert *ist.* [B] — **3.** *Zur Finanzierung des 2. Flottengesetzes wird in der Reichstagskommission eine Festlegung der* Regierung *auf bestimmte Steuern, v. a.* Erbschafts- *und* Vermögenssteuer, *gewünscht. Dies lehnt Miquel ab und will eher* indirekte Steuern *und* Lotteriestempel *erhöhen. Dazu müßte nötigenfalls* mit den Parteiführern *und den* Bundesstaaten *verhandelt werden.* [B] — **4.** *Preußen wird der* Verlängerung des Notenprivilegiums *der* Badischen Bank *im* Bundesrat *nicht zustimmen, obwohl die Majorität dort wohl dafür ist.*[4] [B] — **5.** *Erneute* Bitte[5] des Tarif-Amtes der deutschen Buchdrucker: alle amtlichen Buchdruckerarbeiten nur tariftreuen Firmen *aufzutragen. Dies ist generell abgelehnt worden, nur Brefeld hat geantwortet, daß* schon gegenwärtig *so verfahren werde; gemeint war allerdings nur die* Zentralbehörde *in* Berlin. *Grundsätzlich gilt der frühere Staatsministerialbeschluß.* [B] — **6.** *Ordenssache.* [B] — **7.** *Der Anregung von* Graf *K.* Kospoth, *daß* 1901 *vermehrt* Angehörige der mittleren und unteren Volksklassen *mit* Ordensverleihungen *bedacht werden sollen, ist auf geeignete Weise nachzugehen.* [B] — **8.** *Die Schulreform, besonders bezüglich der* Realgymnasial-Abiturienten, *wird* dringlich. *Wilhelm II. plant, den* Kadetten die Berechtigung zum medizinischen wie zum juristischen Studium *zu* verleihen. *Darüber ist bald zu beraten.* [B]

[2] *Diese Ansicht des Kanzlers auch in Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 565–567.*
[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 3.3.1900, S. 4425–4434 (Schwerin, Thielmann) u. Sitzung am 3.5.1900, TOP 1.*
[4] *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1900, Sitzung am 29.3.1900, § 222 (Mehrheit gegen Preußen für Badens Antrag).*
[5] *Vgl. Sitzung am 25.3.1899, TOP 6 mit Anm.*

Nr. 399 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 14. März 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 195–211v; MF 834/835.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, Posadowsky [zu 1–4], G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: K. v. Bülow [für H. Goßler], Frh. v. Thielmann [zu 3–5], Stöckel, Brümmer, Lindig, Martini [alle zu 1].

Bülow, Tirpitz *und* Studt *sind* verhindert. — **1.** *Drei Pensionssachen.*[2] [B] — **2.** *Titelverleihung. Ernennung.* [B] — **3.** *Fleischbeschaugesetz im* Reichstag. Posadowsky *hat mit* Führern des Zentrums und der Konservativen, *v. a. C. v.* Klinckowstroem, verhandelt. *Man kann sich wohl* verständigen *auf* Ausschluß der ausländischen Würste und Fleischkonserven, *aber nur bei weiterer* Zulassung der Einfuhr von Pökelfleisch *und ohne ein absolutes* Einfuhrverbot *ab* 1. Januar 1904, *um in*

[1] *Gelesen [U]: H. Goßler, B. Bülow, Tirpitz, Studt.*
[2] *Zur dabei erörterten Grundsatzfrage der Zustellung von Entscheidungen vgl. Rep. 84a, Nr. 3075, Bl. 277–280v.*

künftigen Handelsvertragsverhandlungen ein wertvolles Kompensationsobjekt *zu besitzen und zudem* Zwiespalt zwischen der Landwirtschaft *und* Handel und Industrie *zu vermeiden. Hohenlohe will* den Agrariern [...] keinesfalls weiter *entgegenkommen, denn ein* Zollkrieg *mit* Amerika *schadet* Handel, Industrie, Schiffahrt usw. *und deren etwaige* Opposition gegen die Flotte *würde sich* bei Neuwahlen *zum RT schlecht für die* Konservativen *auswirken.* Das Staatsministerium *beschließt* demgemäß.[3] [B] — **4.** *Ordenssache.* [B] — **5.** *Finanzierung des 2. Flottengesetzes. Miquel hat mit* Abgeordneten *gesprochen. Das* Zentrum *wäre wohl mit* Erhöhung des Lotteriestempels und einiger Zölle auf Luxusartikel [...] einverstanden. *Das* bayerische Ministerium *wäre* bereit, einer Reichs-Erbschaftssteuer zuzustimmen, *die aber abzulehnen ist. Miquel erwägt* Erhöhung des Stempels für ausländische Emissionen.

[3] *Vgl. StenBerRT, Session 1898/1900, 21.5.1900, S. 5668–5670 (Posadowsky warnt den BdL vor Überziehen) und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 568 f.*

Nr. 400 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 213–246; MF 835.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Brefeld, H. Goßler [zu 3], Posadowsky, Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt, U], Aschenborn [für Frh. v. Thielmann, zu 1–3, U], K. v. Bülow [für H. Goßler, zu 1–2].

Bülow *ist verhindert.* — **1.** *Ordenssache.* [B] — **2.** *Gegen die* Verleihung des Titels „Geheimer Regierungsrat" an Schulmänner, *speziell* Gymnasialdirektoren, *äußert Rheinbaben* Bedenken, *da dieser* Titel *meist die* höchste Auszeichnung für verdiente Landräte und Mitglieder der Regierungen *bildet. Studt erwägt* „Geheimer Schulrat" *als alternativen* Titel. — **3.** *Finanzierung des 2. Flottengesetzes. In der* Budgetkommission des Reichstags *hat* Aschenborn *zufolge das Zentrum die* Lösung der Deckungsfrage *verlangt; bei einem Defizit der* Reichsfinanzen *von* etwa 25 *Mio. M. für* 1901 *sind* neue Einnahmequellen *auch nötig. Eine* Erhöhung des Lotteriestempels und der Süßstoff-Steuer *sind mindestens nötig; die* Reichserbschaftssteuer *wird v. a. in* Bayern *und im* Zentrum *favorisiert. Lt. Miquel ist es nötig, mit der* Zentrumspartei [...] zu paktieren, *und eine* Zollerhöhung auf Schaumweine *und* Besteuerung der Seepassage-Billets *möglich. Eine* Reichserbschaftssteuer *hält er für politisch unerwünscht; sie brächte bei ihrer* Erhebung *wohl* Eingriffe in die Souveränität der Bundesstaaten *und bedeutete* Doppelbesteuerung *in* Preußen *sowie* Entwertung *für den* Grundbesitz *wie in* England. *Erhöhungen von vier Steuerarten sind demnach akzeptabel; statt* Süßstoff-Steuer *soll eher die* Börsensteuer *erhöht werden.* [B] — **4.** *Schulreform.*[2] *Zwecks Zulassung der* Abiturienten der Realgymnasien *und* Oberrealschulen *zum Medizin-Studium muß* deren Lehrplan im Lateinischen *wie am* humanistischen Gymnasium aussehen *oder ersatzweise ist* eine besondere Nachprüfung *zu absolvieren. Griechisch fällt künftig weg, zumal moderne* Sprachen *und* Naturwissenschaften *jetzt* viel wichtiger *sind.* Virchow *hat zu Miquel geäußert,* daß nicht klassisch gebildete

[1] *Gelesen: B. Bülow [U].*

[2] *Vgl. Rep. 76, VI Sekt. 1 Gen. Z Nr. 115 Bd. 4, bes. Bl. 98 ff. (Teilnehmer u. Fragenkatalog der Schulkonferenz, Ordre Wilhelms II. v. 26.11.1900, Denkschrift zum Lehrplan, entsprechend StenBerAH, Session 1901, Drucks. Nr. 82) und ebd., Nr. 129 Bd. 6, bes. Bl. 152 ff. sowie Rep. 89, Nr. 22309, Bl. 239 ff. (Immediatberichte Studts, Schulkonferenz 1900, Briefe Hinzpeters); Albisetti, Secondary School Reform, S. 274 f.; Führ, Schulkonferenzen, S. 206 ff. und Romberg, Helga, Staat und höhere Schule. Ein Beitrag zur deutschen Bildungsverfassung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Weinheim/Basel 1979, S. 274–280.*

Ausländer *medizinisch* ebenso viel *leisten wie* Inländer. *Das* Reformgymnasium *in* Frankfurt *hat sich lt. Studt nicht gut bewährt. Für ein Jura-Studium soll* die alte klassische Vorbildung gewahrt werden. [B] — **5.** Zulassung der Abiturienten des Kadettenkorps *zum Medizin- und Jura-Studium. Dieser Wunsch Wilhelms II. kann verfassungsrechtlich nur vom* Bundesrat *realisiert werden und, da* Kadetten *mit den* Realgymnasiasten *gleichstehen, können beide nicht* ohne weiteres *zum* höheren Justizdienste [...] zugelassen *werden*.[3] [B] — **6.** *Ernennung. M. v.* Pohl *wird Regierungspräsident in* Oppeln. *Zur* Vermeidung einer persönlichen Verstimmung *ist G. v.* Heydebrand *mitzuteilen, daß er* demnächst *Regierungspräsident werden wird.* [B]

[3] *Vgl. Rep. 89, Nr. 22309, Bl. 273–276v (Immediatbericht v. 18.4.1900 u. Antwort Wilhelms II., daß ein gesonderter Erlaß für Kadettenanstalten entfällt, soweit sie die Berechtigungen der Realgymnasien erhalten) und umfassend Schmitz, Klaus, Militärische Jugenderziehung. Preußische Kadettenanstalten und nationalpolitische Erziehungsanstalten zwischen 1807 und 1936, Frankfurt/M. 1997, S. 108–125 (aufgrund Akten).*

Nr. 401 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1900.

Vollz. Reinschr., Bd. 140, Bl. 248–252; MF 835.

Anwesend [U][1]: Thielen [V], E. Hammerstein, Brefeld, H. Goßler, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Lehnert [für Miquel], Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], P. Frh. v. Rheinbaben, Schütte [beide zu 1].

1. *17 Disziplinarsachen.* [B] — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Titelverleihung.* [B] — **4.** *Ausschmückung der* Straßen und Plätze *Berlins anläßlich des Besuchs von Kaiser Franz Joseph von* Österreich.[2] *Die* öffentlichen Gebäude *sind zu flaggen und* mäßig [...] auszuschmücken. [B] — **5.** *Ordenssache.* [B]

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Miquel, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz.*
[2] *Franz Joseph hielt sich vom 4. bis 6.5.1900 in Berlin auf.*

Nr. 402 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 28. April 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 255–287, Anlage: Bl. 288; MF 836.

Anwesend [U][1]: Miquel [V], Thielen, E. Hammerstein, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–8], Tirpitz [zu 1–5], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Frh. v. Thielmann [zu 1–3, U], v. Koerner [zu 1–3], Bumm [zu 1, 3, 5].

1. Vorbereitung eines Saccharingesetzes[2] *und höhere* Besteuerung der Schaumweine. *Da technische* Schwierigkeiten *der sofortigen* Regelung *entgegenstehen, die Parteien zur Flottenfinan-*

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Schönstedt.*
[2] *Rep. 120, C VIII 1 Nr. 71 Bd. 3, n. f. (Entwurf Posadowskys v. 9.4.1900, Schriftwechsel u. Voten dazu, auch Entwurf Thielmanns v. 18.6.1900 u. Eingaben gegen das Gesetz). Vgl. Merki, Zucker gegen Saccharin, S. 126 ff., bes. S. 139 bis 145 (aufgrund Akten im BArch, RSA) u. Sitzung am 23.2.1901, TOP 4 mit Anm.*

zierung nicht verlangen und auch die schwebenden Verhandlungen *mit* Luxemburg [...] wegen des Betriebes der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen *abzuwarten sind, um die dortige* französisch gesinnte Gegnerschaft [...] gegen Deutschland *nicht zu stärken, sind beide Maßnahmen erst* für die Zukunft *anzukündigen.* [B] — **2.** *Finanzierung des 2. Flottengesetzes. Eine Formulierung des* Zentrums *läßt zwar eine reichische* Erbschaftssteuer *zu, ist aber* so unbestimmt, *daß sie* nicht sehr gefährlich *wirkt* [B]. *Von der* Verdoppelung des Lotteriestempels *soll der* Totalisatorbetrieb bei Wettrennen *ausgenommen werden, denn er liefert* einen erheblichen Zuschuß für die Landespferdezucht.[3] *Möglichst soll* ein Mitglied des Zentrums *zu einem* Antrag *diesbezüglich* veranlaßt *werden* [B]. — **3.** Das Zustandekommen des Fleischbeschaugesetzes *im RT ist* wahrscheinlich.[4] [B] — **4.** *Der Gesetzentwurf betr. die* Patentanwälte *ist in der Fassung des Reichstags akzeptabel.* [B] — **5.** *Gesetzentwurf*[5] *betr.* den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken. *Diese* Novelle zum Weingesetz *von* 1892 *soll* Posadowsky *zufolge* Weinfälschungen *verhindern, was aber schwer ist. Miquel ist an sich* ein Gegner dieser Art von Purismus, *aber es soll* mit den Regierungen der Bundesstaaten ins Benehmen getreten *werden.* [B] — **6.** *Staatshilfen für den Evangelischen Hauptverein* für deutsche Ansiedler und Auswanderer *zu* Witzenhausen, *der bisher* 1200 Personen *aus* Südungarn und Galizien *sowie* Rußland und Rumänien *als Landarbeiter* auf Gütern in Hessen, Schlesien, Brandenburg und Sachsen *untergebracht hat und jetzt* 10 000 Sommerarbeiter gewinnen *will. Da dies* im Kampfe gegen die Leutenot [...] nützlich *wirkt, werden* 10 000 M. *bewilligt.* [B] — **7.** Kommunalwahlreform-Vorlage *im AH. Sie bezieht sich* nur auf 249 Gemeinden *über* 10 000 *Einwohner statt früher* rund 37 000 *Kommunen*. Zentrum *und Konservative paktieren und haben beschlossen, daß Ortsstatute, die vom* Durchschnittsprinzip *abgehen,* mit $^2/_3$ Majorität *gefaßt werden müssen, so daß* eine Demokratisierung der 2. Abteilung *zu befürchten ist. Ein* Antrag[6] *von O.* Zedlitz *will das mildern. Um die* Konservativen, die sich völlig der Führung des Abgeordneten von Heydebrand *unterordnen, dafür zu gewinnen, wird Rheinbaben den* Antrag [...] namens des Staatsministeriums *unterstützen.* [B] — **8.** *Ob eine* Kanalvorlage *noch in dieser Landtagssession einzubringen ist, soll nach* Rückkehr *Hohenlohes beraten werden.* [B] — **9.** *Bei der Kommissionsberatung*[7] *zum* Gesetzentwurf *betr.* Verhütung von Hochwassergefahren *in Schlesien wird Hammerstein eine Anfrage der* konservativen Partei *dahin beantworten, daß dieser* Entwurf [...] unabhängig von *der* Kanalvorlage *und diesbezüglichen* Kompensationsforderungen *zu* behandeln *ist*. [B] — **10.** *Ernennung.* [B] — **11.** *Finanzspekulationen des ehem. GehORegR im* Staatsministerium *E. Frh. v.* Broich. *Er hat ein Empfehlungsschreiben*[8] *Brefelds benutzt, um über* Geldvermittler *Privatpersonen für die Zahlung größerer* Summen *staatliche* Auszeichnungen *zu versprechen. Das Geld hat er nicht für die gemeinnützige* Aktiengesellschaft Pionier, *sondern* zu Privat-Geschäftszwecken verwendet. *Nun soll* Broich *zur* Herausgabe des Schreibens *aufgefordert werden; disziplinarische Schritte sind nicht möglich, da er bereits a. D. ist.* [B]

---

[3] *Vgl. Rep. 77, Tit. 325 Nr. 28 Bde. 3–4 (Schriftwechsel 1897–1901).*

[4] *Vgl. Rep. 90, Nr. 1815, n. f. (Schreiben Posadowskys v. 17.4.1900).*

[5] *Rep. 90, Nr. 1819, n. f. (Entwurf Posadowskys v. 12.3.1900) u. Rep. 120, C VIII 1 Nr. 34 Bd. 6 (Vorgeschichte 1898/99). Zum Fortgang vgl. Sitzung am 23.10.1900, TOP 4.*

[6] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 142, S. 46 ff. Vgl. Alexander, Freikonservative Partei, S. 262 f.*

[7] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 211 (Kommissionsbericht).*

[8] *Als Anlage auf Bl. 288. Vgl. zum Fall Broich Rep. 120, A IV Nr. 5a Bd. 3, Bl. 205 ff. (u. a. Bericht des Berliner PolPräs. über Broichs Ordens- und Titelversprechen) u. Rep. 120, A IV Nr. 11a (erneute Eingabe für Titel im Febr. 1901) sowie Rep. 89, Nr. 27, Bl. 162 ff. (Denkschrift über seine finanzielle Lage v. April 1898).*

Nr. 403 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 3. Mai 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 290–313; MF 836/837.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen [zu 4–7], E. Hammerstein, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky [zu 1, 6–7], B. Bülow, Tirpitz, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Schönstedt], Frh. v. Thielmann [zu 1–2, U], v. Koerner [zu 1], Brümmer, Stöckel [beide zu 7].

1. *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *der* Konservativen *betr.* Aufhebung der gemischten Privattransitlager *und der* Zollkredite *gem. Reichstagsresolution vom* 10. März 1897. *Da die Abhängigkeit von den* Abmachungen mit Rußland *nicht* bekannt gegeben werden *darf, ist allgemein auf den* Zusammenhang *mit dem* neuen Zolltarif *zu verweisen.* [B] — **2.** *2. Flottengesetz im RT. Obwohl die* Budgetkommission auf Antrag des Zentrums mit großer Mehrheit die Auslandsschiffe vorläufig gestrichen *hat, ist* in der 3. Lesung regierungsseitig *daran festzuhalten*[3] [B]. *Die* Einigung *über die* Deckungsfrage *ist* in der Budgetkommission *weitgehend* erfolgt. — **3.** *Ernennung.* [B] — **4.** Verlängerung der Frist für die Zulassung polnischer Arbeiter. *Dauernde* Zulassung *ist* aus nationalen Rücksichten *unmöglich, aber Ausweitung* vom 1. Februar bis zum 20. Dezember *wird auf Vorschlag Rheinbabens beschlossen.* [B] — **5.** *Sofern die von E. v.* Hertzberg-Lottin *beabsichtigte* Interpellation *über die angeblichen jüdischen* Ritualmorde *im Herrenhaus verhandelt wird, wird die* Staatsregierung eine Beantwortung *ablehnen.*[4] [B] — **6.** Mittellandkanal. *Da die* Vorarbeiten *bis auf die* Projekte *Wasserstraßenausbau* zwischen Oder und Weichsel *und* Herstellung des Masurischen Seenkanals *voranschreiten, ist eine* Wiedereinbringung *zu erörtern. Angesichts der* Parteiengegensätze *und bei dem* Konkordat zwischen den Konservativen und dem Zentrum *erscheint dies aber taktisch unklug. Der* Großschiffahrtsweg Berlin–Stettin, *der auf der* Westlinie *binnen* 5 Jahren *gebaut werden kann, ist zudem finanziell noch nicht ganz geklärt; aber die* Stimmung *für den* Kanal *dürfte sich durch die kompensatorischen* Nebenprojekte *bessern. Die* Wiedereinbringung *noch im Jahre 1900 ist erst nach* Erledigung der Flottenvorlage im Reichstage *anzukündigen.*[5] [B] — **7.** *Pensionssache.* [B]

[1] *Gelesen: Schönstedt [U].*
[2] *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 714; Debatte dazu 8.5.1900, S. 5319–5331 (Thielmann, S. 5321 f.). Die im Prot. genannte Resolution vom 10.3.1897 ebd., Session 1895/97, S. 5032.*
[3] *StenBerRT, Session 1898/1900, 6.6.1900, S. 5814 f. (Tirpitz erklärt sich mit Verschiebung der Bewilligung von Auslandsschiffen einverstanden).*
[4] *Eine Interpellation zum Mordfall Ernst Winter fand nicht statt; vgl. Nonn, Christoph, Eine Stadt sucht ihren Mörder. Gerücht, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich, Göttingen 2002 (aufgrund Akten des GStA).*
[5] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, 7.6.1900, Sp. 4779–4783 (Thielen).*

Nr. 404 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 22. Mai 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 140, Bl. 315–343v; MF 837/838.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld [zu 1–5], H. Goßler, Tirpitz [zu 1–4], G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Bartsch [für Studt], Strutz [zu 1].

[1] *Gelesen [U]: Posadowsky, B. Bülow, Studt.*

1. *Gesetzentwurf* über die Warenhaussteuer *im AH. Dort verlangen* Zentrum *und Konservative, daß die* Steuerpflicht *ab einem* Jahresumsatz von über 300 000 M. *anfängt, weil sonst* manche mittleren Städte *nicht getroffen werden. Brefeld lehnt diese* Erdrosselung *der* mittleren Geschäftsbetriebe, *die oft nur* 5 bis 7% *Verdienstspanne haben*, *ab; Thielen und Schönstedt pflichten ihm bei. Miquel und Rheinbaben hoffen, daß dies den* Kommunen *Anstoß gibt, bestehende* Ungerechtigkeiten *der* Gewerbesteuer *zu beseitigen. Eine Ministermehrheit will im AH an der* Grenze von 500 000 M. *Umsatz festhalten* [B]. *Zwei weitere Änderungen des AH* an der Regierungsvorlage *sind akzeptabel* [B]. — **2.** *Stellungnahme zur* Interpellation[2] *M.* Broemel *bezüglich* Vorlegung des Entwurfs *zu dem* Großschiffahrtswege Berlin–Stettin. *Dies kann wegen des Zusammenhangs* mit anderen in Vorbereitung begriffenen Projekten *erst später geschehen.* — **3.** Gesetzentwurf[3] *betr.* Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a/M. *im AH. Das* Zentrum *versucht* mit Unterstützung der Konservativen *den* konfessionellen Charakter der Schulen *in drei einzugemeindenden Orten festzuschreiben, was sachfremd ist. Trotz staatlicher Zusicherung, den* konfessionellen Charakter der Schulen in Niederrad *finanziell sicherzustellen, ist der Ausgang der Sache im AH ungewiß. Eher ist* auf das Zustandekommen des Gesetzes zu verzichten *als diesen Versuch der* katholischen Kirche, die paritätischen Schulen in Frankfurt zu beseitigen, *hinzunehmen.* [B] — **4.** Beteiligung von Beamten *etc.* an Konsumvereinen *und* Genossenschaften.[4] *Die* Minister *halten diesbezügliche* Beschwerden der kleineren Kaufleute und Handwerker *angesichts von* 22 Konsumvereinen *mit* 124 *führend beteiligten* Beamten *im Bergressort und* 48 Konsumvereinen *im Eisenbahnressort für übertrieben, zumal die* Beteiligung von Beamten an der Verwaltung der Konsumvereine [...] notwendig *erscheint*, um den staatlichen Einfluß auf dieselben zu stärken. Erhebungen *in allen* Ressorts *sollen die Frage weiter klären.* [B] — **5.** *Per* Eingabe[5] *fordert der Ostmarkenverein den* vom Staatsministerium [...] abgelehnten Ankauf *des* Gutes Groß-Chrzypsko zu Ansiedlungszwecken, *weil es* sonst in polnische Hände *über- und* bei der nächsten Reichstagswahl dem deutschen Kandidaten *der Sieg entgeht. Da das* Gut *zur* Ansiedlung wenig geeignet *ist und bei Wahlen nur* 7 bis 10 Stimmen zu gewinnen wären, *wird* mit Stimmenmehrheit *der frühere Beschluß bekräftigt.* [B] — **6.** Maßnahmen *gegen die* welfischen Bestrebungen *in* Hannover.[6] *Der* Oberpräsident *fordert* Reinhaltung der Beamtenschaft, *zumal es* zahlreiche welfische Richter *und Geistliche und Lehrer gibt. Auch in* landwirtschaftlichen Vereinen *gibt es Welfen; diesen sind daher die* Gelder *zu entziehen. Hammerstein und Schönstedt werden* über die politische Zuverlässigkeit ihrer Beamten [...] geeignete Ermittelungen *anstellen.* [B]

[2] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 208; Debatte dazu 7.6.1900, Sp. 4770–4820. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 23.3.1901, TOP 1 mit Anmerkungen.*

[3] *StenBerAH, Session 1900, Drucks. Nr. 108; Debatte dazu 30.3.1900, Sp. 3756–3777 u. 12.6.1900, Sp. 5038–5042 (Rheinbaben Sp. 5039, worauf der strittige § 3 gestrichen wurde).*

[4] *Vgl. Rep. 84a, Nr. 10479, Bl. 177 ff. (u. a. Voten Brefelds v. 30.12.1899 u. 28.3.1900).*

[5] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

[6] *Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 142 Adhib. 6, Bl. 10–19 (Oberpräsidial-Bericht v. 29.3.1899 an MdI). Ebd. weitere Berichte u. Voten 1898–1900. Der Oberpräsidial-Bericht abschriftlich in: Rep. 77, Tit. 343a Nr. 142 Fasz. I, Bl. 19 ff. Vgl. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 481–486.*

Nr. 405 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 3–34; MF 838.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel [zu 1–11], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–5], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

[1] *Gelesen: H. Goßler [U].*

Weitere Teilnehmer: K. v. Bülow [für H. Goßler].

1. *Preußen wird* im Bundesrate *für das 2. Flottengesetz und* die Gesetze[2] wegen Abänderung des Zolltarifgesetzes und des Reichsstempelgesetzes *stimmen.* [B] — **2.** Voten[3] *zum Ergebnis der* kommissarischen Beratungen über die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse *sollen schnell abgegeben werden.* [B] — **3.** *Polenpolitik. Die* Aufrechterhaltung des Deutschtums *in der* Provinz Posen *ist Miquel zufolge* ernstlich gefährdet, *da die* deutschen Bauern *in den* westlichen Kreisen *wie die* deutschen Handwerker *in den* Städten *weggehen und* Polen *nachrücken.* Posadowsky *zufolge haben die* gebildeten Deutschen *leider* dort kein Heimatsgefühl, *weshalb ein* deutsches Theater in Posen *nötig ist. Lt*. Bülow *gehen* die polnischen Bestrebungen von Österreich, *wo* gerade die Polen eine große Rolle *spielen, auf* Preußen *über.* Funktionszulagen *und* Dienstwohnungen *für Beamte wünscht sich Rheinbaben. Hammerstein will* Pachthöfe *für* Deutsche *errichten. Die* Polen *zeichnet* Fruchtbarkeit, Zähigkeit, Anspruchslosigkeit und nationale Opferwilligkeit aus. *Studt wird in* Volksschulen *die* Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache *anordnen*. *Dagegen empfielt Schönstedt die* Unterrichtung der Deutschen im Polnischen, weil dadurch die Deutschen auf vielen Gebieten konkurrenzfähiger *werden. Bei Vergabe von* Aufträgen *sind* deutsche Handwerker *zu bevorzugen; die* Entfestigung *Posens ist günstig für die* Stadt *zu regeln; ein* deutsches Theater in Posen *ist zu bauen. Eine* Konferenz *in* Posen *wird geplant.*[4] [B] — **4.** Auszeichnungen *für den Reichstagspräsidenten F.* Graf von Ballestrem *zum 200jährigen* Jubiläum seines schlesischen Familienbesitzes *sowie der Kammerpräsidenten J. v.* Kröcher, *O. v.* Manteuffel *und v.* Heeremann. [B] — **5.** *Rheinbaben unterstützt die Eingemeindung von* Linn *nach* Krefeld *und will Enteignungen erlauben, um* Krefeld *einen* Rheinhafen *zu schaffen. Eine Ministermehrheit hat rechtliche* Bedenken *gegen* Enteignung *für neue* industrielle Anlagen, *zumal* Krefeld *nötige* Grundstücke *freihändig kaufen kann. Die Eingemeindung wird gebilligt.*[5] [B] — **6.–8.** *Drei Ordenssachen.* [B] — **9.** *Ernennung.* [B] — **10.** *Anzugsordnung der* Minister *bei der* Feier der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals.[6] [B] — **11.** *Für den erst kürzlich* zum Wirklichen Geheimen Rat *ernannten und nun abgehenden UStS v.* Bartsch *ist kein* Orden *zu beantragen.* [B] — **12.** *Ernennung.* [B] — **13.** Form *des* Dimissoriale *bei* Beamten. *Wie seit* 1840 *vorgeschrieben, aber nicht mehr in allen* Ressorts *geübt, soll* kein besonderes Patent über *Ordens-* oder Titelverleihung ausgefertigt, *sondern diese im* Dimissoriale *integriert werden.* [B] — **14.** *Trotz* eines beifälligen Vermerks *Wilhelms II. zu* einem Artikel der Schlesischen Zeitung, *worin* ein neues Gesetz *zum* Schutz der Arbeitswilligen gefordert *wird, ist ein solcher Gesetzentwurf als* gänzlich aussichtslos *abzulehnen* [B]. — *Rheinbaben soll* veranlassen, *daß* seitens des Literarischen Büros Zeitungsartikel, die wichtigere Angelegenheiten der Reichsgesetzgebung *behandeln, Wilhelm II.* nicht vorgelegt *werden,* bevor die zuständigen Reichsressorts darüber gehört *wurden* [B].

---

2 *StenBerRT, Session 1898/1900, Drucks. Nr. 716 u. 910.*

3 *Vgl. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 11 Adhib. 8 Bd. 2, Bl. 284 ff. (Anschreiben v. 7.5.1900, Voten). Zum Fortgang vgl. Bd. 3 dieser Aktenreihe u. Sitzung am 8.12.1900, TOP 10.*

4 *Vgl. Rep. 90a, Y IV 1b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 188 ff. (Voten, Schreiben Wittings) und Blanke, Prussian Poland, S. 201. Die Konferenz fand Ende Sept. 1900 statt, vgl. Wippermann, 1900, II, S. 68 f. Diverse Schriftstücke zu Bauten in der Stadt Posen auch in: BArch, RAdI, Nr. 115338 (1898–1900) bzw. Nr. 115339 (1900–1902).*

5 *Vgl. Rep. 77, Tit. 445 Nr. 11 Bd. 1, n. f. (div. Schriftwechsel 1899–1903, woraus Rheinbabens Unterstützung der Eingemeindung schon als Düsseldorfer RegPräs. deutlich wird) u. StenBerAH, Session 1901, Drucks. Nr. 64; Debatte dazu 15.3.1901, Sp. 3416–3427.*

6 *Vgl. Wippermann, 1900, I, S. 34 (16.6.1900).*

Nr. 406 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 15. Juni 1900.

Vollz. Reinschr., Bd. 141, Bl. 36–42v; MF 838.

Anwesend: Hohenlohe [V, U], Miquel [U], Thielen [U], E. Hammerstein [U], Schönstedt [U], Brefeld [U], Posadowsky [U], B. Bülow, Studt [U], G. Rheinbaben [U]. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: H. Fürst v. Hatzfeldt [zu 2].

1. *Der Landtagsschluß kann wegen unerledigter* Gesetzentwürfe *erst am 18.6.1900 erfolgen* — **2.** Gesetzentwurf *betr.* Verhütung von Hochwassergefahren in Schlesien *im Landtag. Das* Herrenhaus *hat den* Antrag[1] *A. v.* Levetzow *angenommen, wonach die Kanalisierung der* linksseitigen *Zuflüsse der* Oder, *die dort* Hochwasserzuführung *mit sich bringt, erst nach* Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder *begonnen werden darf. Dieses* Mißtrauensvotum *gegen die* Regierung *ist inakzeptabel und kann zum Scheitern des Entwurfs im AH führen, was Hammerstein nötigenfalls hinnehmen will. Lt. Miquel ist die Lage besser, da im AH ein* Antrag[2] *P.* Letocha *nur fordern wird, daß* eine Schädigung *der* unteren [...] Oder *möglichst* vermieden *werden soll, was ihm und Oberpräsident Hatzfeldt* nicht unannehmbar *erscheint. Der* Antrag *P.* Letocha *ist im AH zu empfehlen, aber abschließend erst nach den* übereinstimmenden Beschlüssen der beiden Häuser *zu entscheiden.* [B]

[1] *Vgl. StenBerHH, Session 1900, 15.6.1900, S. 301.*
[2] *Vgl. StenBerAH, Session 1900, 18.6.1900, Sp. 5303–5308 (Letocha, Miquel); Sp. 5316 Annahme des Antrags.*

Nr. 407 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 44–79v; MF 839.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, Posadowsky, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Nieberding [zu 9, U], Frh. v. Thielmann [zu 3].

1. *Drei Ernennungen. Titelverleihung. Ordenssache.* [B] — **2.** *Dem* Ankauf des Rittergutes Zelazno *widerrät Hammerstein, weil es zu teuer und* zu Ansiedlungszwecken nicht geeignet *ist. Da aber* Oberpräsident *Bitter und Studt fürchten, daß durch Einzug von* etwa 20 Polen *die* evangelische Kirchengemeinde *in* Lubin [...] gefährdet würde, *sind weitere Informationen einzuholen* [B]. *Über Ankäufe soll künftig nicht das* Gesamtstaatsministerium, *sondern die Ressortminister entscheiden.* [B] — **3.** *Dem* Antrag[2] *von* Baden, [...] in Kehl gemischte Privattransitlager für Getreide *zu erlauben, wird Preußen im* Bundesrat *nicht zustimmen, weil* Baden *in* Mannheim *schon* Transitlager *hat und* das meiste Getreide daraus ins Inland *ginge, was* berechtigte Klagen der Agrarier *hervorriefe*. [B] — **4.** *Titelverleihung. Ernennung. Der „Kanalrebell" K.* Schilling *wird* vortragender Rat *im Landwirtschaftsministerium.* [B] — **5.** *Dem Antrag*[3] *von* Oberpräsident *E.* Köller, *der* Zeitung

[1] *Gelesen [U]: H. Goßler, B. Bülow.*
[2] *StenBerBundesR, Jg. 1899, Drucks. Nr. 110. Ein Plenarbeschluß wurde dazu nicht mehr gefaßt.*
[3] *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. allg. zu Unterstützungen von Zeitungen in Nord-Schleswig aus dem Dispositionsfonds von Oberpräsident Köller: Rep. 77, Tit. 4030 Nr. 123 Bd. 1, Bl. 79 ff.*

„Dannevirke“ in Hadersleben *einen staatlichen Kredit von* 73 000 M. *zu gewähren, damit die jetzt in* deutschfreundlichem Sinne *geführte* Zeitung *weiter bestehen kann, wird zugestimmt.* [B] — **6.** Gesetzentwurf[4] über die privaten Versicherungsunternehmungen *im Bundesrat. Obwohl manche* Bundesstaaten *dann* Retorsionsmaßregeln *gegen ihre stark im* Auslande *tätigen Versicherungen fürchten, ist darauf zu bestehen, daß* ausländische Gesellschaften *im Inland die* Hälfte *ihres* Prämienreservefonds *in* Reichs- oder Staatspapieren *anlegen müssen.* [B] — **7.** Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen *nach dem erwarteten Tod von* Stablewski.[5] *Studt und* Posadowsky *halten nach dem gescheiterten* Versuch mit Dinder *die* Wahl *eines* Polen, *der* in politischer Beziehung hinreichende Garantien *bietet, für akzeptabel. Hohenlohe hingegen denkt an den deutschstämmigen* Propst von Lobsens, *K. Blümel, und* Kardinal Kopp *an eine* Person *aus* Oberschlesien. *Studt wird versuchen,* bestimmte passende Personen zu finden, *obwohl das* Domkapitel *sich kaum* beeinflussen *läßt.*[6] [B] — **8.** Eingabe *der deutschen* Bischöfe *v. 28.10.1899 zum* katholischen Religionsunterricht. *Weder darf die* missio canonica widerruflich *erfolgen noch können bei* Aufstellung des Lehrplans *die* Bischöfe freie Hand *erhalten. Diese* kirchlichen Ansprüche *verdienen* entschiedene Ablehnung. [B] — **9.** *Gesetzentwurf betr.* das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst. *Die* Unterscheidung zwischen dem Ganzen und den Teilen des Werkes, *für die früher* 50jährige *bzw. 30jährige* Schutzfrist *beschlossen wurde, ist* unpraktisch *und* ein Kartell zwischen der deutschen und französischen *Urheberschutzorganiation nur bei 50jähriger* Frist *möglich* [B]. *Eine* Strafbestimmung *gegen* unbefugte Mitteilung *der* Privatbriefe *gehört in das* Strafgesetzbuch. Bestrafung *der* Veröffentlichung *der* amtlichen Erlasse *hat* gar keine Aussichten *im RT und gegen* Indiskretionen *der* Beamten *gibt es* Disziplinargesetze. *Hier ist ein* Spezialgesetz *vorzubereiten* [B].

[4] *StenBerBundesR, Jg. 1900, Drucks. Nr. 37 (Entwurf) u. Nr. 82 (Bundesratsbeschlüsse). Vgl. Rep. 84a, Nr. 5558, Bl. 453 ff.*
[5] *Druck des TOP bei: Gatz, Akten zur Kirchenpolitik, S. 183–185.*
[6] *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. 2 Gnesen-Posen Nr. 1a Bd. 1, Bl. 1 ff. (von Studt gewünschte Kandidaten).*

Nr. 408 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juni 1900.

Vollz. Reinschr., Bd. 141, Bl. 81–86v; MF 839.

Anwesend[1]*: Miquel [V, U], Thielen, Schönstedt [U], Brefeld [U], Posadowsky [U], Studt [U], G. Rheinbaben [zu 3–8, U]. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Stöckel, Niehaus [beide zu 2], P. Frh. v. Rheinbaben, Schütte [beide zu 3].

1. Vergrößerung der kaiserlichen Werft in Kiel. *Wilhelm II. hat die in* Ellerbek *dazu* erforderlichen Expropriationen *angeordnet und Thielen hat nach Einschaltung Rheinbabens kontrasigniert. —* **2.–3.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **4.** *Ernennung; H. Wever soll UStS im Kultusministerium werden, sofern er seine* Bedenken *dagegen aufgibt.* [B] — **5.** *Ernennung; A. v.* Bischoffshausen *soll UStS im Innenministerium werden* [B]. *Sein Vorgänger* Braunbehrens *soll* Präsident *der* Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte *bleiben* [B]. — **6.** *Die* Mitglieder *und der Präsident* Meinecke *des* Disziplinarhofs für die nichtrichterlichen Beamten *sollen für weitere drei Jahre amtieren.*[2] [B] — **7.** *Die* Feier des Sedan-Tages *soll in den* Ministerial-Büros *wie seit* 1874 *üblich erfolgen, d. h. es wird* Dienstfreiheit *wie* an Sonntagen *herrschen.* [B] — **8.** *Studt erachtet*

[1] *Gelesen: Hohenlohe [U].*
[2] *Vgl. Rep. 90, Nr. 924, n. f. (u. a. Immediatbericht v. 21.7.1900). Zum Fortgang vgl. Sitzung am 14.8.1903, TOP 8.*

bei einigen in jüngster Zeit erfolgten Ordensauszeichnungen [...] die Ressortverhältnisse nicht in gehöriger Weise gewahrt. *Die* Angelegenheit *soll bei Anwesenheit aller* Ressortchefs *behandelt werden.* [B]

Nr. 409 Sitzung des Staatsministeriums am 10. August 1900.

Vollz. Reinschr., Bd. 141, Bl. 88–92v; MF 840.

Anwesend [U]: Schönstedt, Goßler, Studt. — Prot.: Schütte [U].

Weitere Teilnehmer: Lohmann [zu 1 und 3], v. Bischoffshausen, Thiel [beide zu 3].

1.–2. *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **3.** *Ordenssachen zum Herbstmanöver 1900. Revision in 15 Fällen.* [B]

Nr. 410 Sitzung des Staatsministeriums am 27. August 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 94–104; MF 840.

Anwesend [U][1]*: Thielen [V], Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Schütte [zu 10].

1. *Wilhelm II. möchte die in Kürze fertigen* Pläne zu dem neuen Staatsministerialgebäude in der Wilhelmstraße *63 einsehen.* [B] — **2.** *Thielen wird* ein Plakat *des* Deutschen Flottenvereins, *das* zu Beiträgen für die deutschen Truppen in Ostasien *auffordert, nicht in* Dienstgebäuden, Bahnhöfen usw. anschlagen *lassen, da die* Agitation dieses Vereins *lt. Goßler* etwas vordringlicher Art *ist und der Inspekteur der* freiwilligen Krankenpflege *bei der Armee im Felde, Graf F.* zu Solms-Baruth, *die richtige Anlaufstelle für* Geldgaben *ist.* [B] — **3.** *Der* Sitzung des Hilfskomités für Ostasien, *die in* Anwesenheit *der* Kaiserin *stattfindet, sollen auch die* eingeladenen Damen, *nicht aber die* Herren Minister *beiwohnen.* [B] — **4.–5.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **6.** *Katholischer* Religionsunterricht *an* den Volksschulen der Stadt Posen. *Studt hat der* Regierung in Posen *erlaubt, für die* mittleren und obersten Stufen die deutsche Sprache *vorzuschreiben, in der* untersten Stufe *für die* polnischen Kinder *aber noch polnisch zu unterrichten. Dagegen agitiert die* Zentrumspresse *und Erzbischof* Stablewski *hat dagegen protestiert, während die* Kreuzzeitung *gewünscht hätte, daß* zuvor *der* Erzbischof *gehört worden wäre. Dies ist lt. Studt aber nicht angängig.*[2] — **7.** Feier des Sedantages. *Studt erwägt, nachdem* deutsche und französische Truppen *in* China *gemeinsam kämpfen, den bisher üblichen feierlichen* Redeakt *an* Volks- wie in den höheren Schulen *zu sistieren, was auch* Zeitungen *vorschlagen*. *Da* die Feier [...] nach der Volksanschauung *aber* weniger dem

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, Miquel, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz.*

[2] *Vgl. Rep. 76, VII neu Sekt. 6B Posen Teil I Nr. 2 Bd. 2 (Religionsunterricht in div. Einzelfällen 1899–1901); Wippermann, 1900, II, S. 64 f. (Abdruck des im Prot. genannten Artikels der Norddt. Allg. Ztg. v. 19.8.1900) u. StenBerAH, Session 1901, 2.3.1901, Sp. 2597 ff. (Dauzenberg, Studt u. a.). Das Vorgehen Studts in der Stadt Posen war ein Anlaß für die Schulstreiks der Polen im Jahre 1901; vgl. Korth, Schulpolitik, S. 63–68 und Lamberti, Elementary School, S. 139 f.*

Siege über die Franzosen, als der Begründung des Kaiserreichs *und der* Hebung des patriotisch-nationalen Sinnes *gilt*, *sie* in Zukunft wieder ins Leben zu rufen *wäre und Wilhelm II. zum* 1. September die große Herbstparade befohlen *hat, soll es bei den bisherigen* Feierlichkeiten *bleiben*.[3] [B] — **8.** *Ordenssache. Titelverleihung.* [B] — **9.** *13 Disziplinarsachen.* [B] — **10.** *Nachtrag von Ordenssachen und Titelverleihungen anläßlich der Herbstmanöver.* [B]

[3] *Vgl. Schneider, Ute, Einheit ohne Einigkeit. Der Sedantag im Kaiserreich, in: S. Behrenbeck/A. Nützadel (Hrsg.), Inszenierungen des Nationalstaats, Köln 2000, S. 27–44, hier S. 33.*

Nr. 411 Sitzung des Staatsministeriums am 6. September 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 107–146, Anlage: Bl. 147–149v; MF 840/841.

Anwesend [U][1]*: Miquel [V], Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: K. v. Bülow [für H. Goßler], Nieberding [zu 1, U], O. Frh. v. Richthofen [für B. Bülow, zu 1], Heller, Stöckel [beide zu 3].

1. *Maßnahmen* gegen die Anarchisten.[2] Preußen *kontrolliert* Anarchisten *ständig und weist ggf. Ausländer aus. Eine internationale* Konferenz[3] *in* Rom *Ende* 1898 *hat* Anarchismus *als Gewaltakte gegen die gesellschaftliche Ordnung definiert, aber* Großbritannien *hat Ausweisungen abgelehnt. Bevor gesetzgeberisch mit Strafverschärfung, auch auf* Vorbereitung *von* Gewalttaten, *und Präventivmaßregeln vorzugehen ist, möchte Rheinbaben angesichts der* neuesten anarchistischen Schandtaten *internationale* Abmachungen *erreichen und hat einen* Entwurf[4] *erstellt.* Rußland *und Spanien sind für internationales Vorgehen; die USA müßten dafür gewonnen werden. Schönstedt hat* Bedenken *gegen den* Entwurf, *etwa die* Prügelstrafe, *und befürwortet* kommissarische Beratung, *obwohl Rheinbaben* zu großen Zeitverlust *befürchtet. Hohenlohe soll* internationale Verhandlungen *anregen.* [B] — **2.** *Auszeichnung für P.* Persius *zum* 25jährigen Jubiläum *des Oberverwaltungsgerichts, auch um* den aus verschiedenen Gründen zur Mißstimmung neigenden *Gerichtshof zu besänftigen.* [B] — **3.** *Pensionssache.* [B] — **4.** *Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung gegen die* Kohlenknappheit.[5] *Ein Ausfuhrverbot ist untunlich, und der Abschaffung der* Ausnahmetarife *für Exportkohle widerraten die Experten. Thielen unterstützt daher die* Ausdehnung des Rohstofftarifs auf alle Kohlentransporte, *auch um die* bisherige Agitation in der Presse *abzuwehren und* parlamentarisch *beruhigend zu wirken. Miquel ist dafür, sofern* auf ein Jahr *befristet, denn sonst würde die deutsche* Konkurrenzfähigkeit *gegenüber* amerikanischen Kohlen *und der Preis des* Holzes *sinken. Die Maßnahme wird auf die* Dauer der gegenwärtigen Kohlennot *beschlossen* [B]. *Angriffe u. a. der* „Schlesischen Zeitung“ *auf angeblich preistreibende* Großhändler wie Arnhold und Friedländer, *die nur* 40 Pfg. pro Tonne *aufschlagen, sind in* offiziellen Blättern *zu widerlegen*[6] [B]. —

[1] *Gelesen [U]: Hohenlohe, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow, Tirpitz.*

[2] *Vgl. Rep. 90a, D I 4c Nr. 8 Bd. 2, Bl. 84 ff. (Prot. der kommissar. Beratungen) u. Rep. 77, Tit. 2512 Nr. 8 Bd. 3, Bl. 26 ff. (div. Schriftwechsel). Vgl. Linse, Ulrich, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S. 24–29 (aufgrund Akten des Bayer. HStA München und des Berliner Polizeipräsidiums, Br. Pr. Rep. 30 C, im Landeshauptarchiv Potsdam) und Vogel, Barbara, Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900–1906, Düsseldorf 1973, S. 88 ff. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 3.11.1900, TOP 5.*

[3] *Vgl. Wippermann, 1898, II, S. 383–385. Die Prot. der Konferenz in: Rep. 77, Tit. 2512 Nr. 7 Bde. 1–2 (1898–1901).*

[4] *Als Anlage auf Bl. 147–149v.*

[5] *Vgl. Rep. 90a, K II 3 Nr. 4 Bd. 4, n. f. (Schriftwechsel ab 10.9.1900 bis zur Sitzung am 23.1.1901, TOP 3).*

[6] *Vgl. Dorrmann, Michael, Eduard Arnhold (1849–1925). Eine biographische Studie zu Unternehmer- und Mäzenatentum im Deutschen Kaiserreich, Berlin 2002, S. 74 f. (mit Bezug auf das Prot.).*

5. *Verhinderung des Übergangs von* Rentengütern [...] in polnische Hand.[7] *Ob* Festsetzung einer Konventionalstrafe *und* vertragsmäßige Bestellung eines dinglichen Wiederkaufsrechts *für die* Generalkommission *rechtlich machbar sind, soll Schönstedt klären.*[8] [B] — **6.** *Maßnahmen gegen die* welfischen *Bestrebungen in* Hannover. *Der Vorwurf, daß* zu viele Hannoveraner als junge Richter in der Provinz *angestellt würden, ist lt. Schönstedt unberechtigt, da* in der Übergangszeit *nach 1866 die* Partikularrechte *der* Provinz *von Sachkennern bearbeitet werden mußten. Die* Verwaltung *ist Miquel zufolge* noch straffer und geschickter *zu führen.*[9] [B] — **7.** *Dem* Immediatbericht[10] über die Entfestigung der Stadt Posen *ist der* Bericht des Oberbürgermeisters *Witting anzufügen.* [B]

[7] *Die im Prot. genannte Eingabe des Ostmarkenvereins v. 30.4.1900 sowie die Voten Hammersteins und Schönstedts in: Rep. 87, B Nr. 18785, Bl. 158 f. bzw. 164 ff.*
[8] *Vgl. Schönstedts diesbezügliches Gutachten v. 3.11.1900 in: Rep. 120, CB I Nr. 120 Bd. 3, Bl. 201–205.*
[9] *Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 142 Fasz. I, Bl. 125 ff. den Oberpräsidial-Bericht v. 23.7.1900 über welfische Justizbeamte u. Bl. 155 ff. die Äußerung Schönstedts v. 6.10.1900 dazu. Material auch in: Rep. 77, Tit. 343a Nr. 142 Bd. 8.*
[10] *Rep. 90a, Y IV 1b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 233–242 (Bericht Wittings v. 22.8.1900 über die Notwendigkeit von Raum zum Bau von Eigenheimen für Bildungs- und Besitzbürger, die in Posen bisher in Mietshäusern teuer zur Miete wohnen).*

Nr. 412 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 151–162v; MF 841.

Anwesend [U][1]: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Brefeld, Posadowsky, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].

Weitere Teilnehmer: Küntzel [für Schönstedt], Wever [für Studt], Wollmar [für H. Goßler], Frh. v. Thielmann [zu 2].

1. *Aus dem Wilhelm II. vorzulegenden* Plan *zum* Neubau eines Staatsministerialgebäudes in der Wilhelmstraße *63 sind die frontseitigen* Medaillons *mit dem* Reliefporträt *Wilhelms II. und von acht* Präsidenten des Staatsministeriums *einstweilen wegzulassen.*[2] [B] — **2.** *Terminierung der Reichstagsession 1900/1901. Ab* 15. November *sollen möglichst* Etatsdebatte, *China-Anleihe und* China-Debatte *zusammen erledigt werden; in der* Öffentlichkeit *ist diese Terminierung* tunlichst totzuschweigen. [B] — **3.** *Wiedereinbringung der* Kanalvorlage. *Die Aussichten für den Gesamtplan von rd.* 405 *Mio. M. sind lt. Thielen durch das* Bündnis zwischen den Konservativen und dem Zentrum [...] nicht günstig, *aber die Strecke vom* Rhein bis Hannover *könnte* im Landtage durchgehen. *Ggf. ist sogar* ein Kompromiß *vom* Rhein [...] bis zur Weser *akzeptabel; eine* Auflösung *des* Landtags *ist* jedenfalls *abzulehnen*. *Die* gleichzeitige Einberufung des Landtags und des Reichstags *soll vermieden werden, da dort* alle staatserhaltenden Elemente möglichst zu einigen und nicht durch Streitpunkte wie über den Kanal zu entzweien *sind*. Posadowsky *und Miquel möchten die* Regelung des Zolltarifs *zwecks* Beruhigung der Agrarier *am liebsten zeitlich der* Kanalvorlage *vorziehen.*[3] [B] — **4.** *Ernennung.* [B] — **5.** *Titelverleihung. Zwei Ernennungen. Ordenssache.* [B]

[1] *Gelesen [U]: Schönstedt, H. Goßler, B. Bülow, Tirpitz, Studt.*
[2] *Vgl. zum Fortgang Sitzung am 14.11.1900, TOP 1.*
[3] *Vgl. zum Fortgang die vertrauliche Besprechung am 8.12.1900.*

Nr. 413 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1900.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 141, Bl. 166–213; MF 841/842.

Anwesend [U][1]*: Hohenlohe [V], Miquel, Thielen, E. Hammerstein, Schönstedt, Brefeld, H. Goßler, Posadowsky, B. Bülow [zu 1–4], Studt, G. Rheinbaben. — Prot.: Seckendorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Nieberding [U], Frh. v. Gemmingen [beide zu 1].

1. Reichsmilitärgericht. *Dem* Regulativ[2] über die Dienstverhältnisse der Obersekretäre (Militärgerichtsschreiber) *wird Preußen im* Bundesrat *zustimmen. Aber* Bayern *wehrt sich gegen die* Ernennung *dieser Beamten* im Namen des Kaisers *und wünscht, daß am* bayrischen Senat *stattdessen Bayerns* König *die Anstellung verfügt. Dieser* Anspruch *ist nach* Nieberding *rechtlich* unbegründet *und wird auch von* Sachsen und Württemberg *abgelehnt. Den* bayerischen Prätensionen *ist entgegenzutreten.* [B] — **2.** Vortrag *Hammersteins* in einer Personalangelegenheit; ein Beschluß *wurde* nicht gefaßt. — **3.** *Die vom Bremer Senat gewünschte Gebietsabtretung bei* Bremerhaven *soll zur* Vergrößerung der Hafenanlagen *genutzt werden und die* Flecken Lehe *und* Imsum *mit* 1590 Hektar *sowie* fast 24 000 Einwohnern *einbeziehen. Thielen erscheint dies* aus politischen wie aus wirtschaftlichen Rücksichten *unmöglich, zumal* seitens der Gemeinde Lehe heftigster Widerstand *zu erwarten steht und das angebotene bremische* Vegesack *kein* Äquivalent *darstellt.* Bremen *wie* Hamburg *haben lt. Miquel* Preußen *bei* früheren Verträgen *schon* meist übervorteilt. *Auch wenn H.* Wiegand *Wilhelm II. überreden wollte, daß die* Abtretung *für* Bremen [...] eine Lebensfrage *darstellt, ist allenfalls unbewohntes Gebiet abtretbar. Dies ist Wilhelm II. schnell mitzuteilen, damit er nicht* zu Gunsten Bremens weiter beeinflußt *wird.*[3] [B] — **4.** *Polenpolitik nach den* Konferenzen[4] *in* Posen. *Miquel zufolge hat man* jetzt eine andere polnische Nation als früher vor sich, *mit einem* Mittelstand, *der die* Revolution *ablehnt und die* Einheit der Nation *kulturell, unter* Benutzung der Presse und Mitwirkung der Geistlichkeit [...] in allen Klassen heranzubilden *sucht und* in Galizien schon gesiegt *hat. Dies bedeutet* Kampf auf Tod und Leben *mit dem* Deutschtum, *der* bei dem minderwertigen Charakter der Deutschen im Osten *und der Überlegenheit der* Polen *in* Agitationseifer *und* Anspruchslosigkeit *vom Staat unterstützt werden muß. Die* deutschen Katholiken *müssen zum* Mitkämpfen *gewonnen werden. Geplant sind der* Ankauf von *deutschen* Bauernhöfen *durch die* Ansiedlungskommission *und der* Ankauf von großen Gütern *als* Pachtgüter *für* Deutsche.[5] [B] *Den* deutschen Handwerkern *ist durch* Vergebung der staatlichen Aufträge *zu helfen; eine* Kommission *soll* Unterstützungen *beraten* [B]. *Der* Stadt Posen *hilft die* Entfestigung, *aber* 12 *Mio. Kaufpreisforderung* des Reichs *ist* zu hoch. *Goßler zufolge ist sie von Wilhelm II.* auf 12 *Millionen* ermäßigt *worden und niedrig; nur Miquel habe die vertraulichen* Verhandlungen *gestört und eine* Agitation *in* Posen *entfacht. Miquel verwahrt sich dagegen.*[6] *Die* Verhandlungen *sollen beschleunigt und notfalls mit* Staatsmitteln *geholfen werden* [B]. *Der* Bauplan *für ein neues*

[1] *Gelesen: Tirpitz [U].*

[2] *BArch, RK, Nr. 1322, Bl. 146 ff. Diese am 5.10.1900 übersandte Fassung findet sich auch als StenBerBundesR, Jg. 1900, Drucks. Nr. 97. Eine im Bundesratsausschuß leicht zugunsten Bayerns geänderte Fassung auf Drucks. Nr. 129 wurde in der Bundesratssitzung am 20.11.1900, § 622, gebilligt.*

[3] *Vgl. Rep. 90, Nr. 3, n. f. (Voten, Immediatbericht v. 23.10.1900 u. Zustimmung Wilhelms II., Schreiben der Bremer Senatskomm., weitere Verhandlungen). Durch Staatsvertrag v. 21.5.1904 erhielt Bremen bei Bremerhaven 597 ha und gab an Preußen zugleich 595 ha ab; vgl. GS 1905, S. 292. Vgl. Sitzung am 3.11.1900, TOP 3 mit Anm.*

[4] *Die Tagesordnung, jedoch kein Prot. in: Rep. 87, ZB Nr. 176, Bl. 79 f.*

[5] *Ein Halbsatz Posadowskys, daß, sollte der wirtschaftliche Kampf nicht genügen,* später nur mit scharfen Ausnahmemaßregeln, beispielsweise dem Verbote des Grundbesitzerwerbes durch Polen, *vorgegangen werden könne, wurde (Bl. 190v-191) wieder gestrichen. Vgl. Smith, German nationalism, S. 178 (Zitat aus dem Prot.).*

[6] *Voten zur Entfestigungsfrage und dem Kaufpreis in: Rep. 90a, Y IV 1b Nr. 3 Bd. 1, Bl. 278 ff.*

Theater *soll erstellt und der Bau mit* $^{2}/_{3}$ *vom* Staate *bezuschußt werden* [B] — **5.–6.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **7.** Maßregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. *Hohenlohe schlägt vor, die* Genehmigung industrieller Anlagen an die Bedingung ordnungsmäßiger Unterbringung der Arbeiter zu knüpfen. *Dies ist lt.* Posadowsky *aber rechtlich nur beschränkt möglich; vertagt.*[7]

[7] *Die Sitzung dauerte gem. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, S. 589 bereits rd. 4,5 Stunden. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 3.11.1900, TOP 6, als Hohenlohe aber bereits entlassen war.*